

Wahied Wahdat-Hagh

Iran:

**Über Antisemitismus, Atomprogramm,
Terrorismus, Diskriminierung von Frauen
und Menschenrechtsverletzungen**

**Eine Dokumentation von Medienanalysen
und Übersetzungen aus der persischen
Sprache**

(2003-2008)



Inhalt:

Einleitung.....	3
I. Iran gegen den Westen.....	4
II. Der iranisch-islamistische Antisemitismus.....	141
III. Zum iranischen Atomprogramm.....	198
IV. Der iranisch-schiitische Terrorismus.....	254
V. Zur Diskriminierung der iranischen Frauen.....	305
VI. Die islamistische Diktatur und Menschenrechte.....	352
VII. Die islamistische Diktatur ist nicht reformierbar.....	393
VIII. Anhang.....	600

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. - Göttingen: Cuvillier, 2018

© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2018

Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen

Telefon: 0551-54724-0

Telefax: 0551-54724-21

www.cuvillier.de

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

1. Auflage, 2018

Gedruckt auf umweltfreundlichem, säurefreiem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.

eISBN 978-3-7369-8889-7



In meiner Dissertation habe ich die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus beschrieben. Diese dritte Form der totalitären Herrschaft erweist sich indessen als nicht reformierbar.

Im Folgenden werden Texte dokumentiert, die ich in den Jahren zwischen 2003 bis 2008 geschrieben habe. In der Tat belegen die Übersetzungen und Analysen, dass die „Islamische Republik Iran“ nicht reformierbar ist. Diese Texte wurden von Middle East Media Research Institute (MEMRI) und Honestly Concerned veröffentlicht.

Der antiisraelische Antisemitismus und die geschlechtsspezifische Diskriminierung der iranischen Frauen und die immensen Menschenrechtsverletzungen, die im genannten Zeitraum beschrieben und analysiert worden sind, kennzeichnen nach wie vor die tägliche Praxis der totalitären Diktatur der „Islamischen Republik Iran“.

Wahied Wahdat-Hagh



I. Iran gegen den Westen

Special Dispatch, 19. Februar 2003 - Iranische Reaktionen auf die weltweiten Friedensdemonstrationen ¹

Die weltweiten Friedensdemonstrationen vom vergangenen Wochenende wurden in verschiedenen Zeitungen im Iran hauptsächlich als anti-amerikanisch Stellungnahme wahrgenommen. In der Zeitung Keyhan kritisiert N. Kamran am 16. Februar 2003 das bewusste Herunterspielen der amerikanischen Medien über das Ausmaß der Demonstrationen. In einem Kommentar konstatiert Ali Qassemi ebenfalls am 16. Februar in der Zeitung Resalat die Notwendigkeit der Mitgliedsstaaten der UN, die sich gegen einen Krieg ausgesprochen haben, weiterhin im Irak-Konflikt eine zentrale Rolle zu spielen. Die Expertin für internationale Fragen, Shala Baqeri, allerdings kritisiert in einem Interview mit der staatlich-studentischen Internetagentur ISNA, dass sich trotz der starken Kritik der Friedensbewegung an der amerikanischen Politik diese nicht ändern wird. ²

Keyhan, 16.2.2003

"Als gestern Millionen Menschen [...] auf die Straßen strömten, um George Bush für paar Stunden allein zu lassen, schrieten sie in jeder Sprache, dass wir keinen Krieg wollen.

Von diesen Demonstrationen mit Millionen von Teilnehmern, die in dutzenden Städten stattfanden, hat CNN, der von sich selbst glaubt, die Dame der Massenmedien in den USA zu sein, insgesamt fünf Sekunden lang Bilder [über die Demonstrationen] gezeigt. Wenn sich aber eine weibliche Fliege in New York zierte, übertragen alle Medien das Lustschauspiel direkt.

Gestern Nacht berichtete auch Radio Amerika, das ständig ohrenbetäubend nach Freiheit schreit und behauptet, unabhängige Zeitungen zu unterstützen, nur kurz von diesem großen Ereignis. Andere Nachrichten wie [...] die ärztliche Behandlung eines afghanischen Kindes durch US-amerikanische Soldaten - dieses Kind wurde durch amerikanische Militäreinsätze verletzt - [...] wurden ausführlich gesendet. Alles ist für eine Berichterstattung relevant, aber die Präsenz von Massen in Berlin, Washington, London und Madrid verdienen offenbar nicht, ausführlicher wiedergegeben zu werden.

Sie sagen, 'Wissen ist ein Menschenrecht', aber de facto glauben sie an ihr eigenes Recht, basta! Als gestern die US-amerikanischen Medien, das für sie erniedrigende Aufgebot der Menschen (.....) runterspielten, fühlte ich mich an den weisen Führer erinnert, der vor zwölf Tagen in seiner Rede von den Lobbygruppen der Kreuzfahrer und Zionisten in den Medien sprach und wie er besonders betonte, dass die

¹ Memri

² Keyhan: <http://www.kayhannews.com> Resalat: <http://www.resalat-news.com> ISNA: <http://www.isnagency.com>



Wahrheit über die Herrschaft der kapitalistisch-zionistischen Zentren über die Weltmedien endlich entlarvt werden müsse."

Resalat, 16.2.2003

"Die öffentliche Meinung in 600 Städten und 160 Staaten hat gestern einstimmig die kriegstreiberische Politik der USA verurteilt und die Einseitigkeit des Weißen Hauses im Zusammenhang mit den internationalen Problemen und der Akte Irak verurteilt. Die großen Demonstrationen gegen den Krieg fanden kurz nach der ‚kalten Antwort‘ des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf die USA statt. Die weltöffentliche Meinung hat gemeinsam mit den Positionen der Regierungen Frankreichs, Russlands, Chinas und Deutschlands der US-Regierung einen erneuten Schlag versetzt.

Die Proteste der Öffentlichkeit richteten sich gegen die US-amerikanische Politik und nicht gegen die islamischen Staaten. Diese Proteste fanden in Städte wie Washington, New York und San Francisco statt. Die einseitige und ignorante Haltung des Weißen Hauses gegenüber den internationalen Organisationen und gegenüber den Souveränitätsrechten der Staaten, hat den Hass der Welt gegen die USA verstärkt. Dieser Hass war gestern auf den weltweiten Demonstrationen gegen den Krieg deutlich sichtbar. Die USA können nicht mehr von organisiertem Widerstand sprechen oder die Behauptung aufstellen, dass eine Gruppe oder eine besondere Organisation mit Einsatz von Medien und Propaganda die Isolierung und Vernichtung der USA anstrebe. Dieser Hass kommt aus der Bevölkerung. [...]

Vor dem Hintergrund der ‚kalten Antwort‘ des Sicherheitsrates auf die USA und der ablehnenden Haltung der Weltöffentlichkeit gegenüber den einseitigen Maßnahmen der USA gegen den Irak, haben die Kriegstreiber der USA keine Erklärung mehr für den Beginn eines Krieges gegen den Irak.

Die Weltöffentlichkeit und die unabhängigen und freiheitsliebenden Regierungen betrachten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als das einzige Organ zum Schutz des Weltfriedens und haben auch viel unternommen, um dieses Organ zu stabilisieren. Aber George Bush, Präsident der USA, glaubt, dass sein Land einen eigenen Weg beim Problem Irak gehen müsse.

Die Präsenz der Weltöffentlichkeit war eine gute Gelegenheit, um die Bedrohungen des Weltfriedens durch die Projekte des Weißen Hauses ernsthaft zu blockieren. Die Mitglieder der Vereinten Nationen insbesondere Frankreich, China und Russland, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, müssen die Zeit nutzen, um weiterhin die zentrale Rolle des Sicherheitsrates bei der Bewältigung der Irak-Krise zu spielen."

ISNA, 16.2.2002

"Diejenigen, die an den weltweiten Antikriegsdemonstrationen teilnehmen, glauben an das Selbstbestimmungsrecht der Völker und glauben, dass die Iraker selbst über ihre Regierung entscheiden müssen, [...]"



"Das gesellschaftliche Gewissen der Welt ist verletzt worden. Die Menschen glauben, dass das Recht der Bevölkerung Iraks ignoriert wird und die USA als Herr aller Völker der Welt, u.a. der Bevölkerung Iraks, auftreten." [...]

"Ein anderer Grund für die breiten Demonstrationen sind die hohen Kosten, die im Falle der Teilnahme an der möglichen Koalition gegen den Irak aus den Taschen der Bevölkerung bezahlt werden müssen. [...] Die demokratischen Staaten, die auf ihre Steuerzahler angewiesen sind, müssen auf die Stimmen ihrer Bevölkerung achten, und die europäischen Staaten müssen bei der Teilnahme an der Koalition für den Krieg gegen den Irak auf die Stimmen ihrer Bevölkerung Rücksicht nehmen. [...]

Die machtvollen Staaten wissen, dass wenn die sichere Strategie der USA ein Angriff gegen den Irak ist, sie der USA folgen müssen. Daher werden sie mit den USA Kompromisse eingehen, was ein Prinzip der internationalen Beziehungen darstellt. Das Ziel von George Bush ist die Militarisierung der Welt. Denn die USA sind die Nutznießer. Die Widerstände der Friedensbewegung werden nichts an dieser Politik der USA ändern."

Special Dispatch, 04. März 2003 - Einschätzungen eines iranischen Offiziellen zur Irakkrise ³

*Die Iranian Student News Agency veröffentlichte am 26.02.2003 Auszüge aus einem Gespräch mit **Dr. Mohssen Mirdamadi**, Vorsitzender der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des iranischen Parlaments. Mirdamadi geht dabei auf Überlegungen zur Positionierung des Iran in der gegenwärtigen Irakkrise ein. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Interview, das unter www.isnagency.com veröffentlicht wurde:*

"Der Streit zwischen den USA und dem Irak brachte prinzipiell nichts, d.h. die Berichte der Waffenkontrolleure der Vereinten Nationen über den Irak und die Diskussionen im Sicherheitsrat haben nichts an den politischen Zielsetzungen der USA verändert. [...] Die Widerstände [auf internationaler Ebene] können die militärischen Operationen für ein paar Tage verzögern, aber der militärische Aufmarsch der Amerikaner zeugt davon, dass der Krieg stattfinden wird. Die Amerikaner haben sich auf einen Weg ohne Rückkehr begeben, um das irakische Regime zu ändern. Da der Ruf der Amerikaner auf dem Spiel steht, können die Berichte der Kontrolleure lediglich den Krieg verzögern, ändern aber am eigentlichen Problem nichts. [...]

Die USA haben eine mächtige Rolle in der neuen Weltordnung für sich vorgesehen und sie sehen sich in der Lage, gegen jedes Regime einen Krieg zu führen und nach

³ MEMRI



Belieben für einen Regimewechsel zu sorgen. Nach Afghanistan haben die USA ihre Politik gegen den Irak auf eine neue Ebene gebracht. Der Irak kann für eine solche Strategie nur der Anfang, und nicht das Ende sein. Wenn die Amerikaner an diesem Anfangspunkt aufgehalten werden und nicht erfolgreich sind, werden sie diese Chance für immer verloren haben. Sie werden daher all ihre Kräfte nutzen, um [gleich] zu Beginn all ihre Vorteile zu nutzen. Sollten sie die Zustimmung der anderen bekommen, werden sie gemeinsam mit ihnen handeln. Wenn nicht, so werden sie alleine handeln. Handeln sie anders, wird die von ihnen beabsichtigte neue Ordnung eine Niederlage erleiden.

Die Bedingungen haben sich in der Region nicht verändert und sie [die Amerikaner] werden bald gegen den Irak vorgehen. Die Sache könnte sich anders entwickeln, wenn ein Wandel innerhalb des Irak vollzogen wird, was jedoch sehr unwahrscheinlich ist. [...] Die Präsenz der amerikanischen Militärkräfte in der Region wird ernsthafte Auswirkungen haben, und wie schon erwähnt, wird der Irak nicht das Ende dieses Planes in der Region sein, sondern dessen Anfang. Dann [erst] werden die ernstesten Konsequenzen einsetzen. Falls die Amerikaner im Irak erfolgreich sein werden und wenn dieser Erfolg in kürzerer Zeit erzielt wird, werden diese Auswirkungen besonders groß sein.[...]

Nach dem Irak wird der größte Druck auf Syrien ausgeübt werden, zumal Syrien mit Israel benachbart ist. Ein anderer Nachbar des Irak ist die Türkei. Die Türkei und Israel arbeiten militärisch zusammen und [auch] Jordanien ist pro-amerikanisch. Der neue Irak wird sich ähnlich [wie Jordanien] verhalten und [somit] wird Syrien umzingelt sein. Zunächst wird der Druck auf Syrien lasten, damit es sich aus dem Libanon zurückzieht, dann werden weitere Schritte folgen. [...] Auch der Ölmarkt wird sich stark ändern. Wenn Irak mehr Öl exportieren wird, werden Saudi-Arabien und Iran große Probleme bekommen. Die USA könnten so intensiver im Irak investieren, dass die OPEC de facto geschwächt würde. Die OPEC könnte in einem solchen Fall auseinander fallen. Es sind die wirtschaftlichen Probleme, die die Staaten der Region in Schwierigkeiten bringen könnten. Hinzu kommt noch der politische Druck, der auf die Staaten ausgeübt wird. [...] Auch Jemen und Ägypten sind nicht vor den Auswirkungen eines Irak-Krieges gefeit. Die Ägypter sind überzeugt, dass sie die Nachbeben der amerikanischen Militäroperationen spüren werden. Wenn die amerikanischen Operationen lange dauern, werden die amerikanischen Erfolge umso geringer sein. [...]

Außerdem wird der Extremismus und Radikalismus in der Region zunehmen, besonders weil in den islamischen Ländern ein großer Hass gegen die USA besteht. Die Menschen sehen, dass gegen die israelische Politik nicht protestiert wird, während die USA hart gegen den Irak vorgeht. Dennoch hat die Politik des Irak in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass niemand den Irak unterstützt, nicht einmal Frankreich und Deutschland, die gegen die militärischen Operationen der Amerikaner sind. Sie betonen, dass sie nicht Saddam verteidigen, aber wenn sie die Situation in Palästina betrachten und sehen, wie die USA und andere Weltmächte sich dort verhalten und wenn sie die US-Palästina-Politik mit der US-Irak-Politik vergleichen, bemerken sie, dass zweierlei Maß angesetzt werden, und sehen das



Ergebnis dieser unterschiedlichen Reaktionen [seitens der USA und der Weltmächte]. Deswegen werden nach den militärischen Operationen die extremistischen und radikalen Bewegungen in der Region stärker wachsen. Je mehr die USA ihre Politik in der Region fortführt, desto mehr wird der Radikalismus zunehmen. [...] Iran kann in diesem Krieg auf keiner der beiden Seiten in den Krieg eintreten. Wir können nicht das irakische Regime verteidigen, wenn wir an den langen [iranisch-irakischen] Krieg denken. Die iranische Bevölkerung würde einen solchen Schritt nie akzeptieren. In der Vergangenheit hat das irakische Regime große Unsicherheit in der Region ausgelöst. Wir können [aber] auch nicht auf der Seite der Amerikaner kämpfen. Wir können nicht mit ihnen kooperieren. Denn die USA wollen ohne eine Verbindung mit der irakischen Bevölkerung Entscheidungen treffen, die den Willen der Bevölkerung nicht berücksichtigen. Eine solche Politik kann in der gegenwärtigen Weltordnung nicht akzeptiert werden. Wir können nicht mit den Amerikanern kooperieren, da uns eine solche Politik in Zukunft große Probleme bereiten würde. [...]

Wir müssen aufpassen, dass wir auf keine Seite gezogen werden. Wir müssen aber mit allen regionalen und internationalen Protagonisten im Zusammenhang mit diesem Problem in Kontakt bleiben und eine aktive Diplomatie betreiben. Wir haben mit allen Nachbarländern gemeinsame Interessen. Wir müssen an den gemeinsamen Interessen arbeiten. Beispielsweise haben wir mit der Türkei das gemeinsame Interesse, dass der Irak nicht geteilt wird. Mit Kuwait, das ein Verbündeter der USA ist, haben wir gemeinsame Interessen beim Schutz des Ölmarktes und der OPEC. Mit den Kuwaitis haben wir auch das gemeinsame Interesse, dass im zukünftigen Irak strukturelle Änderungen vollzogen werden und dass die Iraker selbst ihr Land regieren. Wir haben mit Syrien in Bezug auf die libanesische Hizbollah und Palästina gemeinsame Interessen. Wir haben mit allen unseren Nachbarländern in der Region bei einer Reihe von Themen gemeinsame Interessen und wir müssen mit ihnen zusammen arbeiten. [...] Europa verfolgt auf der internationalen Ebene eine ernsthafte Politik gegen den Krieg. Diese Politik harmoniert gänzlich mit unserer Politik. Wir können gemeinsam mit Staaten wie Deutschland und Frankreich eine Politik gegen den Krieg verfolgen. Wir können mit einer aktiven Diplomatie in der Region unsere Präsenz zeigen. Natürlich können wir auch gegenüber den USA in einem mehrseitigen Dialog unsere Positionen austragen und uns verteidigen. [...] Unsere Beziehung zu der irakischen Regierung bedeutet nicht, dass wir Saddam unterstützen. Die Türkei ist Mitglied der NATO und wird sicher an den militärischen Aktionen gegen den Irak beteiligt sein. Aber trotzdem pflegt die Türkei diplomatische Beziehungen mit dem Irak. Das Kommen und Gehen der Minister verschiedener Länder weist nicht auf gegenseitige Unterstützung hin. Im Vordergrund steht jeweils die Vertretung der eigenen Interessen. Wir haben Beziehungen mit dem Irak, weil unsere Pilger nach Irak reisen und weil wir gemeinsame Handelsabkommen haben. Daher müssen die entsprechenden Apparate miteinander agieren. Niemand in der Welt hat den Besuch des irakischen Außenministers im Iran als Zeichen einer iranischen Unterstützung interpretiert. Alle wissen, dass beide Seiten nationale Interessen verfolgen. Diese Spielregeln sind in der internationalen Diplomatie normal.



[...] Auch der Besuch [des iranischen Außenministers] bei [Tony] Blair in England bedeutet nicht eine Bestätigung der britischen Irak-Politik. Es geht mehr um Beratung. Wir müssen sehen, welche gemeinsamen Interessen wir haben können. Morgen könnte sich der iranische Außenminister auch mit dem französischen Außenminister treffen, der eine ganz andere Politik als England verfolgt. Weder kann eine Reise nach England als die Bestätigung der britischen Politik interpretiert werden, noch bedeutet eine Reise nach Frankreich die Bestätigung der französischen Politik. Diese beruhen auf Gegenseitigkeit und sind für die Außenbeziehungen der Staaten wichtig, sogar gegenüber Staaten, deren Politik gänzlich abgelehnt wird. Er ergänzte: Wir sehen überhaupt keine Probleme im Umgang mit Irak und Europa. Wir müssen besonders mit den europäischen Staaten diplomatische Beziehungen pflegen. [...]"

Special Dispatch, 10. April 2003 Reaktionen aus dem Iran auf den Krieg im Irak ⁴

Im Folgenden dokumentieren wir öffentliche Reaktionen von iranischen Geistlichen, Politikern und Militärs zum Irak-Krieg, ein Tag vor und ein Tag nach dem Fall von Bagdad

Aus der konservativen Tageszeitung Jomhuriye Eslami am 7. April 2003:

"Ayatollah Vahid Khorassani und Ayatollah Haj Scheich Javad Tabrisi, beide Marjai Taqlid [höchster Rang des Klerus] haben gestern die Verteidigung der irakischen Muslime gegen die Aggression der Amerikaner und der Engländer gefordert. Ayatollah Tabrisi sagte: ‚Iran darf keinen Versuch unterlassen der moslemischen und verteidigungslosen Bevölkerung des Irak zu helfen.‘ Er verurteilte den Angriff der USA und Englands gegen den Irak und fügte hinzu: ‚Den Muslimen ist in der gesamten Geschichte ständig mit Ungerechtigkeiten und Härte begegnet worden. Dieses Mal ist die Geschichte Zeuge eines Angriffs der amerikanischen und der englischen Aggressoren gegen die unschuldige irakische Bevölkerung.‘ Er sagte in Bezug auf die Pflicht aller Muslime sich gegen die Unterdrückung von Unschuldigen zu wehren: ‚Die islamische Regierung des Iran muss einen Weg für Hilfeleistungen für die irakische Bevölkerung ebnen.‘

Ayatollah Tabrisi betonte: ‚Die moslemische Bevölkerung des Iran muss der ganzen Welt ihren Zorn und Ekel über die amerikanischen und englischen Aggressoren mit Hilfe von Demonstrationen zeigen.‘

Auch Ayatollah Vahid Khorassani von Hoseye Elmiye [Mullah-Akademie] in Qom forderte, dass aus Solidarität mit der Hoseye Elmiye von Najaf ein Trauerfeiertag der Wissenschaft und der Geistlichkeit eingeführt werde. Er sagte im Zusammenhang mit den menschlichen Katastrophen, die sich bei den Heiligen Stätten ereigneten: ‚Wenn

⁴ MEMRI



die Frommen nur auf zwei Suren des Koran achten würden, würden sie die gegenwärtigen Probleme nicht haben: Sowohl eine blasphemische Regierung als auch die Herrschaft der Unterdrücker muss abgelehnt werden.' Ayatollah Vahid Khorassani sagte: ‚Wie der Prophet sagte, werden alle Frommen als Teile eines Körpers betrachtet. Das Problem der irakischen Bevölkerung ist ein Problem der ganzen islamischen Ummat [Gemeinschaft].‘

Aus der staatlichen Studentenagentur ISNA vom 8. April 2003:

„Der Vorsitzende der 2. Khordad Fraktion [Pro-Khatami] des Majless sagte: ‚Die Besetzung der heiligen Stätten im Irak ist der Beginn der Besetzung anderer Stätten, wie Mekka, Medina. Dies hat zur Folge, dass die Muslime und die Schiiten der Welt gemeinsam und einheitlich gegenüber diesen Ereignissen Sensibilität zeigen und ihre islamischen und menschlichen Pflichten erfüllen müssen.‘ Hojatoleslam wal Muslemin Seyyed Ali-Akbar Mohtashemipur, Mitglied der rechtlich-gerichtlichen Kommission des Majless, betonte gegenüber der ISNA: ‚Der amerikanische Präsident erklärte schon nach dem suspekten Ereignis vom 11. September, dass sie wieder beabsichtigten die Kreuzzüge ins Leben zu rufen. Sie beabsichtigen die regionale Ordnung zugunsten der US-amerikanischen, britischen und zionistischen Kreise zu ändern. Daher muss aus diesem Blickwinkel das Thema der Aggression gegen die Besetzung der heiligsten Orte der schiitischen und islamischen Welt mehr berücksichtigt werden. Denn jede Nachlässigkeit in Bezug auf das Wesen der christlich-zionistischen Aggressoren wird nicht nur eine Herrschaft über die Wirtschaft und Politik der islamischen Länder mit sich bringen, sondern wird der mehrdimensionalen Bedrohung der befreienden und göttlichen Schule des Islam den Weg bereiten. [...]‘

‚Die Verbrechen, die sie letzte Woche dem moslemischen Volk des Irak angetan haben, erinnern an die Angriffe der Mongolen im Mittelalter und an die Herrschaft des Dschungels, die Unordnung bedeutet. Wir verstehen heute die Worte des Imam Khomeini: Amerika ist der große Teufel und alle Probleme der islamischen Welt rühren aus Amerika.‘ [...] ‚Heute werden die Verletzten der Koalition Amerikas und Englands direkt in ein europäisches Land geflogen, um in modernen Krankenhäusern behandelt zu werden. Es wird aber nicht erlaubt, dass verletzte und unschuldige moslemische irakische Kinder und Frauen, die in den Krankenhäusern unter Mangel an Medikamenten leiden, zur Behandlung ins Ausland gebracht werden.‘ [...]

‚Das Verbrechen der Amerikaner und Engländer im Irak ist mit nichtsvergleichbar, was während der letzten 100 Jahre geschah. Sie sind mit der Parole der Entwaffnung und des Sturzes des irakischen Regimes gekommen und realisieren ihre teuflischen Ziele im Irak und in anderen Ländern. Die größte Gefahr für den Mittleren Osten ist Israel, das die fortschrittlichsten Massenvernichtungswaffen besitzt, die täglich zur Tötung des palästinensischen Volkes eingesetzt werden.‘ [...]

‚Das israelische Besatzungsregime, das hinter der Bühne die Amerikaner und die Engländer in den Krieg treibt, verfolgt seine eigenen Ziele. Wie die Israelis und Zionisten 1948 und 1967 das heilige Land und den ersten heiligen Ort der Muslime



besetzt haben, wollen sie nun in weiteren Schritten andere islamische Länder besetzen. Ein Teil davon ist Irak und die heiligen Orte des Irak. Zu den anderen Teilen ihrer Ziele gehören Saudi Arabien, Mekka und Medina. [...]"

Aus der regierungsnahen Tageszeitung Kayhan vom 8. April 2003:

"Wie die Presseabteilung der Judikative berichtete, betonte Ayatollah Seyyed Mahmud Hashemi Shahroudi in einer Versammlung der Obersten Richter des Landes: ‚Das amerikanische Regime muss wissen, dass das irakische Volk keine Fremden akzeptiert und die Präsenz von Fremden in Irak nicht dulden wird.‘ Ayatollah Hashemi Shahroudi sagte: ‚Mit dem Sturz Saddams muss das irakische Volk die Macht erobern; wenn nach Saddam ein amerikanisches Regime an die Macht kommen sollte und der Willen des irakischen Volkes nicht gehört wird, wird in den Nachbarländern Unruhe und Erschütterung entstehen.‘ [...]"

‚Parolen wie Demokratie und Volksherrschaft sind in der Logik der globalen Arroganz nur ein Mittel zur Einflussnahme und Eroberung von Staaten, um ihre Schätze und Reichtümer zu rauben.‘ [...]"

Es folgen Stellungnahmen verschiedener wichtigen Persönlichkeiten aus der Ausgabe der Kayhan vom 10. April 2003, also nach dem Fall Bagdads:

Vorsitzender des Islamischen Versammlungsrates:

"Der Vorsitzende des Islamischen Versammlungsrates [Majless/Parlament] sagte: ‚Die Eroberung des Irak bedeutet keinen Sieg für Amerika, sondern ist der Beginn von Problemen für dieses Land.‘

Hojatol Eslam Mehdi Korrubi fügte hinzu: ‚Amerika muss den Irak gänzlich der Bevölkerung überlassen, damit die Menschen dieses Landes über ihr Schicksal entscheiden können. Die Iraker sind gegen Saddam. Das irakische Volk hat schon einmal gegen Saddam einen Aufstand unternommen. Saddam war am Rande des Sturzes, wurde aber von den Amerikanern gerettet. Wenn Amerika in Irak bleiben will und für dieses Land einen ausländischen Herrscher auswählt, wird die Lage noch dunkler werden, denn man kann nicht mit einem physischen Sieg über ein Land auch darüber herrschen.‘ Er sagte, dass die Eroberung des Irak innerhalb von 20 Tagen nicht als ein Sieg bewertet werden könne. ‚Sie hatten 3 Tage angekündigt, aber mit aller Kraft, gemeinsam mit den Briten, haben sie ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Wenn die Amerikaner das Land der Bevölkerung überlassen, ist es gut, aber wenn sie selber den Irak beherrschen wollen, wird es sehr kompliziert werden. [...]"

Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrates:

"Der Vorsitzende des Obersten Nationalen Sicherheitsrates des Iran, Dr. Rohani sagte dem niederländischen Botschafter in Teheran: ‚Das irakische Regime war stets eine Bedrohung für das irakische Volk und für die Nachbarländer. Aber der Wechsel einer ausländischen Diktatur mit einer inländischen Diktatur kann keine Lösung mit sich bringen. [...]"



Die irakische Bevölkerung muss ihre Unabhängigkeit fühlen und darf nicht von Fremden besetzt werden. Dies wird erst dann erfüllt werden, wenn sich kein ausländischer Soldat mehr im Irak befindet. [...] Die Iraker müssen fühlen, dass sie eine nationale Regierung haben und dass sie nicht von Ausländern regiert werden.' Rohani sagte bezüglich der Installierung eines Herrschers, der mit Zionisten verwandt sei:

'Diese Sache wird sehr viele politische und gesellschaftliche Probleme schaffen.' Er sprach von der Bereitschaft des Iran menschliche Hilfe für das irakische Volk zu leisten."

Stellvertreter der iranischen Luftwaffe:

"Der Stellvertreter der iranischen Luftwaffe sagte: ‚Ein Hinweis des Oberbefehlshabers genügt und wir werden den Feind sofort auf den Boden werfen.' General Nasrollah Erfani fügte hinzu: ‚Dem angreifenden Feind werden wir nicht mit Scham begegnen.'

Er fügte hinzu: ‚Die Luftwaffe ist gänzlich vorbereitet, um mit aller Kraft die Befehle des verehrten Revolutionsführers auszuführen.' Erfani sagte: ‚Für den Schutz des heiligen Bodens der Islamischen Republik Iran, kennt unsere Luftwaffe keine Grenzen und keine Probleme. Die Luftwaffe wird auf keinen Fall erlauben, dass die militärischen Angriffe der Amerikaner und der Briten auf das moslemische Land des Irak unserer islamischen Heimat Probleme bereitet.'

Er sagte weiterhin: ‚Die Existenz einer 1000 km langen gemeinsamen Grenze mit Irak und der Aufmarsch der amerikanischen Kräfte im Persischen Golf, führen unvermeidlich dazu, dass die Aggressoren den Boden des islamischen Iran überfliegen. Bisher konnten diese Aktionen nicht als eine Grenzübertretung unseres Landes bewertet werden.'

General Erfani sagte: ‚Bisher sind 3 Raketen in Abadan und in Nordwesten des Landes eingeschlagen. Ein absichtlicher Angriff konnte bisher jedoch nicht nachgewiesen werden. Eine der Raketen war eine irakische Boden-Luft-Rakete (SAM), die vom Irak aus auf die Flugzeuge der Aggressoren geschossen wurde. Diese verfehlten ihr Ziel und schlugen in unser Land ein. Unsere Bevölkerung sollte sich sicher sein, dass nachdem 20 Tage von dem Krieg Amerikas gegen Irak vergangen sind, bisher keine Gefahr für die Grenzen der Islamischen Republik Iran zu verzeichnen war. Die Iraner haben während der achtjährigen heiligen Verteidigung gegen den Irak in der Vergangenheit bewiesen, dass sie bereit sind, freiwillig gegen die Aggressionen von Feinden an die Kampffront zu gehen.'"

Vorsitzender des Schlichtungsrates:

"Der Vorsitzende des Schlichtungsrates Rafsanjani sagte: Das Ziel der Amerikaner bei ihrem Angriff gegen den Irak ist die Beherrschung der Ölquellen und Schutz der Interessen Israels. Niemand kann akzeptieren, dass ein pensionierter amerikanischer General ein Volk regiert, das 30 Jahren von der Ba´th-Diktatur beherrscht wurde. Alle wissen, dass Amerika die Kontrolle des Öls anstrebe, [...] aber das Weiße Haus liefert den Vorwand der Freiheit und Demokratie für seine Verbrechen. [...] Eine der besonders grausamen Szenen ist die Nicht-Berücksichtigung von internationalen



Regeln, wenn Journalisten und die Bevölkerung von den Briten und Amerikanern angegriffen werden. [...]"

Special Dispatch, 22. Mai 2003 - Iranische Zeitung Aftabe Yasd zu den Entwicklungen in Irak 5

Mehrere Beiträge in der reformorientierten iranischen Tageszeitung Aftabe Yasd setzten sich zuletzt mit der Entwicklung in der Folge des Irakkrieges auseinander. Referiert wurden unter anderem Positionen von Ayatollah Ali Meshkini (Vorsitzender des Expertenrates), Ahmad Jannati (Freitagsimam von Teheran) sowie dem religiösen Führer des Iran, Ayatollah Khamenei.

"In seiner Predigt während des Freitagsgebetes in Qom bezeichnete Ayatollah Ali Meshkini die Lage im Irak als 'kläglich' und erklärte: 'Tausendmal soll der verdammt sein, der gegangen ist [Hussein] und tausendmal der, der seinen Platz eingenommen hat [USA]. Gekommen sind sie unter dem Vorwand der Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, der Herstellung von Sicherheit und Demokratie. Aber was haben sie gemacht! [...] All dies fand statt auf Befehl von Bush und vor dem Hintergrund der Feindschaft gegen den Islam. Aber welches Gesetz erlaubt es, solche Angriffe gegen einen Staat zu führen und mit Gewalt die Herrscher für dessen Bevölkerung auszuwählen? Ist das Demokratie? [...] Die Iraker müssen jetzt wach werden, damit sie nicht von der Last eines Schlimmeren als Saddam erdrückt werden - selbst wenn sie beim Rauswurf der Amerikaner die Hälfte ihrer Bevölkerung verlieren sollten. Denn ein freies Irak mit 10 Millionen Menschen ist besser als ein Irak, in dem 20 Millionen unterdrückt werden. [...] Türkische, kurdische und arabische Iraker müssen mit einem Wort sprechen, Bush und Blair aus ihrem Land werfen und ihre Herrscher nach dem Prinzip "ein Iraker, eine Stimme" wählen. Ihnen müssen alle gehorchen und hinter einer Verfassung stehen, die auf dem Islam, auf der Sharia und dem Verstand beruht. [...]'. Dabei, so Meshkini, wolle er nicht, dass das iranische Volk es ablehnt, dem irakischen zu helfen." (Aftabe Yasd, 3. Mai 2003)

"Der Freitagsimam von Teheran, Ahmad Jannati, empfahl den Irakern, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, indem sie die Einheit des Wortes und den Gehorsams gegenüber der Geistlichkeit bewahren. Er wies darauf hin, dass das irakische Volk keine andere Möglichkeit als die Intifada habe [...]. Die Mojahedin [iranische Volksmujahedin, die nach dem Krieg in Irak mit den Amerikanern zusammenarbeiten] bezeichnete Jannati als eine kleine terroristische Gruppe und sagte: Amerika benutzt das Problem des Terrorismus mit List und Lügen und [als Vorwand], um die Iraker zu unterdrücken." (Aftabe Yasd, 3. Mai 2003)

⁵ MEMRI



"Auf einer Versammlung von tausenden Studenten der Shahid Beheshti Universität erklärte Ayatollah Khamenei: 'Amerika ist gegen die Positionen der Islamischen Republik Iran angetreten, um Grundlagen für die Verwirklichung eigener Ziele [in der Region] zu schaffen. Der einzige Weg, diesen Forderungen entgegenzutreten, ist es, die innere Ordnung des Landes zu stärken. [...] Amerika will in der iranischen Bevölkerung ein Klima des Zweifels über die Grundlagen unserer Werte, unserer Moral und der Revolution erzeugen, um die enge Verwurzelung der Bevölkerung mit der Ordnung zu schwächen und dann - nachdem die Weltöffentlichkeit entsprechend vorbereitet wurde - militärische oder ähnliche Schritte zu beginnen. [...] Aber sie [die Amerikaner] wissen genau, dass ein Abenteuer im Iran ohne Erfolg bliebe. Denn trotz der Unzufriedenheit über einige staatlichen Angelegenheiten vertraut die Bevölkerung den Verantwortlichen und die leidenschaftliche Jugend des Landes steht zur Verteidigung der islamischen Ordnung bereit. [...] Deren Erfolglosigkeit zu behaupten und Zweifel an den Werten und Grundlagen des Glaubens und der Revolution zu säen, gehört zu den Interessen der amerikanischen Regierung und - bewusst oder unbewusst - leider auch einiger Elemente, die solchen Interessen des Feindes Hilfe leisten und damit den Boden für dessen militärische und ähnliche Schritte bereiten'." (Aftabe Yasd, 13. Mai 2003)

Special Dispatch, 6. Oktober 2003 - Reaktionen aus der iranischen Presse über Rezzo Schlauchs Reise nach Teheran ⁶

*Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) **Rezzo Schlauch** reiste am 3. Oktober in den Iran. Durch die Unterzeichnung des deutsch-iranischen Investitionsschutz- und -fördervertrages im August 2002 haben sich laut der Nordafrika Mittelost Initiative der deutschen Wirtschaft (NMI) neue Perspektiven für deutsche Investoren in einem Land mit 70 Mio. Einwohnern und großen Gas- und Ölreserven (15% bzw. 9% der weltweiten Reserven) eröffnet. Schlauch wurde von einer Gruppe hochrangiger Vertreter aus der deutschen Wirtschaft begleitet. Im folgenden dokumentieren wir Reaktionen aus der iranischen Presse auf den Besuch aus Deutschland:*

Wie die staatliche **iranische Nachrichtenagentur (IRNA)** berichtete, sagte Rezzo Schlauch während seines Aufenthaltes, dass Deutschland den Iran bei seinen Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation unterstützen werde. Weiterhin befürworte die deutsche Bundesregierung die Unterzeichnung von neuen Handelsverträgen des Iran mit der Europäischen Union.

⁶ MEMRI



IRNA zufolge kam Schlauch auf die dritte internationale Industriemesse in Teheran zu sprechen und konstatierte, dass die Revision der Gesetzesvorlage über die Auslandsinvestitionen im Iran eine Ausweitung der ökonomischen Kooperation zufolge haben werde.

Deutschland werde [aber] als einer der führenden Käufer iranischer Nicht-Öl-Produkte in der Welt die politischen Entwicklungen im Iran kritisch verfolgen. Der Besuch von Präsident Mohammad Khatami in Deutschland im Jahre 2002 habe die Grundlage für eine Ausweitung der gegenseitigen Beziehungen auf den Gebieten der Wirtschaft, des Bildungswesens und der Kultur beider Länder bereitet. Schlauch hob hervor, dass eine besonders bezeichnende ökonomische Entscheidung in Hinblick auf die Expansion der gegenseitigen Kooperation während eines Treffens der vierten iranisch-deutschen Wirtschaftskommission im Jahre 2001 getroffen worden sei. Damals habe die Wirtschaftskommission beschlossen, die wirtschaftliche Kooperation im industriellen, technischen und petrochemischen Sektor sowie im handwerklichen Bereich, bei der Telekommunikation, beim Bergbau und beim regionalen Aufbau zu verstärken.

Bezüglich der Handelsbilanz zwischen dem Iran und Deutschland sagte Schlauch, der Iran solle seine Nicht-Öl-Exporte nach Deutschland erhöhen, um seine Handelsbilanz auszugleichen. Weiterhin bezeichnete er die Rolle des privaten Sektors in beiden Ländern als signifikant und wies darauf hin, dass sich der Iran noch nicht am endgültigen Ziel seines gesamten wirtschaftlichen Entwicklungsplanes befinde. Diese Ziele bestünden darin, das Wirtschaftsmonopol der Regierung zu begrenzen, die Steuergesetze zu verbessern und die Aktivitäten der privaten Banken zu beschleunigen.⁷

Die **Zeitung Kayhan** berichtete, dass Schlauch in Aussicht gestellt habe, dass die kurzfristige Hermesbürgschaft mit einer Geldsumme von bis zu 500 Millionen € innerhalb eines Jahres von deutschen Unternehmen für den Export ihrer Waren in den Iran genutzt werden könne.⁸

Die **Zeitung Aftab-e Yasd** hob die Empfehlung des parlamentarischen Staatssekretärs hervor, der Iran solle seine Investitionsgesetzgebung reformieren.⁹

Die von Schlauch angesprochene Mitgliedschaft des Iran in der WTO und die von ihm erwähnte Exportsteigerung des Iran wurden in den letzten Tagen wiederholt in der iranischen Presse diskutiert:

Der iranische Wirtschaftsminister, Tahmasseb Masaheri, hatte kürzlich in der **Zeitung ISNA** betont, dass "die heutige Welt sich in eine Richtung entwickelt, die einem Land keine andere Möglichkeit lässt, als Mitglied in der WTO zu werden, sobald es einen wirtschaftlichen Fortschritt anvisiert". Masaheri dazu in diesem

⁷ IRNA, 2.10.2003.

⁸ Kayhan, 4.10.2003.

⁹ Aftab-e Yasd, 4.10.2003.



Interview: "Wirtschaftliches Wachstum erfordert die Absorption von ausländischem Kapital, die Erweiterung technischen Wissens und eine Verminderung des inländischen Konsums". Er wies darauf hin, dass der Iran sich an eine zweistellige Inflationsrate gewöhnt habe, die das wirtschaftliche Wachstum des Landes hemme. Er halte zwar Kritik an der WTO in mancher Hinsicht gerechtfertigt, denke aber, dass diese Probleme eine Mitgliedschaft des Iran in der WTO nicht behindern dürfe. Zwar bestehe kein Zweifel, dass die mächtigen Mitglieder der WTO ihre eigenen Interessen verfolgten, aber kein Mitglied in der WTO zu sein sei zum Nachteil der iranischen Wirtschaft.¹⁰

Esfandiar Omidbakhsh, Vertreter einer Handelsgesellschaft des Iran, äußerte sich über die Möglichkeiten einer Mitgliedschaft des Iran in der WTO gegenüber der **Zeitung Hamshahri** skeptisch. Der Iran werde im November nun zum fünfzehnten Mal einen Antrag auf eine Mitgliedschaft stellen.¹¹

Adolresa Roknoldin Eftekhari, Leiter des Forschungsinstituts für den Außenhandel, geht laut Aftabe Yasd davon aus, dass es einen Konsens bezüglich der Mitgliedschaft des Iran in der WTO gebe. Kaum jemand argumentiere für eine Isolation des Iran.

Infolge des dritten Entwicklungsplanes sei der Handel mit vielen Waren freier geworden. Dies bedeute zum einen eine Erleichterung des Imports vieler Waren und zum anderen die Freiheit der Wahl der Konsumenten.

Allerdings müsse der Iran eine Exportstrategie entwickeln. Der Anteil des Iran an der Welthandelsbilanz betrage 0,34 Prozent, obwohl die Bevölkerung des Irans einen Prozent der Weltbevölkerung ausmache. Daraus ergebe sich, dass der Iran gemäß der Bevölkerungszahl seine Außenhandelsbilanz kräftig steigern müsse. Ahmad Mirmotahari, Direktor eines Instituts zur Privatisierung der Wirtschaft, problematisierte in derselben Ausgabe der Aftabe Yasd die Abhängigkeit der iranischen Wirtschaft vom Eröl. Er kündigte an, dass Experten einen Gesetzesentwurf zur Privatisierung der Wirtschaft formulierten und er darauf hoffe, dass der Entwurf später vom Majless, dem islamistischen Parlament, und der Regierung bestätigt werde.¹²

In der Diskussion über die Privatisierung der Wirtschaft, die ebenfalls von Schlauch thematisiert wurde, meldete sich der iranische Wirtschaftsexperte Dr. Seyyed Mehdi Sahraian zu Wort. "Unsere Wirtschaft ist eine Geburt der Politik", so Sahraian. Die politischen Fraktionen [innerhalb des Irans] hätten unterschiedliche Wirtschaftskonzepte. In anderen Ländern dagegen stehe die Politik im Dienste der Wirtschaft. Daher habe sich die Zentralbank des Landes zu einem Erholungsgarten für Politiker entwickelt. Wenn sich die Politik [aber] weiterhin isoliere, würde die Wirtschaft von der Politik gefiltert und monopolisiert werden. Sahraian wies auf die

¹⁰ ISNA, 30.9.2003.

¹¹ Hamshahri, 1.10.2003.

¹² Aftabe Yasd, 2.10.2003.



weit verbreitete "politische Rente" in der iranischen Wirtschaft hin: Die politische Gruppierung, die das Parlament beherrsche, bestimme auch die wirtschaftliche Orientierung des Landes. Solange der Iran aber kein [übergreifendes] Wirtschaftskonzept verfolge, werde sich das Land weiterhin in einem Abstiegtrend befinden.¹³

Special Dispatch, 27. November 2003 - Interview in der iranischen Zeitschrift *Aftab* zum "Syndrom der politischen Lähmung"¹⁴

*Die den Nationalreligiösen nahestehende Monatszeitschrift **Aftab** veröffentlichte in ihrer Oktober-Ausgabe ein Interview mit **Ahmed Sadri**, Soziologieprofessor in Chicago, zu Fragen der iranischen Außenpolitik, der iranisch-amerikanischen Beziehungen und zum Stand der politischen Veränderungen im Zuge der Regierung von Präsident **Khatami**. Das sozial- und politikwissenschaftliche Magazin *Aftab* beschäftigt sich immer wieder eingehend mit dem Reformprozess und politisch-philosophischen Auseinandersetzungen im Iran. Sein Herausgeber, **Issa Saharkhis**, gegen den bereits mehrere Verfahren laufen, erhielt nun auch aufgrund der Oktober-Ausgabe eine Gerichtsvorladung. Im Folgenden dokumentieren wir eine gekürzte und bearbeitete Übersetzung des in *Aftab* erschienenen Interviews mit Ahmed Sadri:*

Frage: "Herr Sadri, Sie haben sich viel mit der iranischen Außenpolitik, insbesondere nach der Revolution, beschäftigt. Vor welchen Problemen steht ihrer Ansicht nach heute unsere Außenpolitik?"

Ahmad Sadri: "Die iranische Außenpolitik agiert nicht. [...] Die Ursache der politischen Lähmung im Iran ist die allgemeine Verantwortungslosigkeit. [...] In der Außenpolitik gibt es zwei Formen von Verantwortungslosigkeit: einmal auf höchster [politischer] Ebene und einmal an der Basis des Systems. [...] Beispielhaft dafür ist wie die Geiselnahme in der US-amerikanischen Botschaft beendet wurde; wie der Iran-Irak-Krieg zu Ende ging; wie sich der Iran zu den Problemen, die das Kaspische Meer betreffen, verhält; oder wie der Iran auf den 11. September und auf die zwei Kriege im Osten und Westen des Landes reagiert hat. Bei all diesen Ereignissen kann man kaum von einer Reaktion sprechen. Wir warten jeweils solange bis die Krise außer Kontrolle gerät. [...] In all den genannten Fällen haben wir einen K.O.-Schlag erlitten. Wenn wir aus den Niederlagen gelernt hätten, könnten wir in anderen Situationen besser handeln. [...]"

¹³ ISNA, 3.10.2003.

¹⁴ MEMRI



"Hat der Wechsel von Experten im Außenministerium nach der Revolution einen Einfluss auf diese Verantwortungslosigkeit gehabt?"

Sadri: "[...] Die Ursachen [der Probleme der iranischen Außenpolitik] liegen nicht in vorrevolutionären Bedingungen. Meines Erachtens besteht ein Hauptproblem in den staatlichen Organen des Iran. Es handelt sich dabei um das Problem der offiziellen Seilschaften und Beziehungen. [...] Manchmal arbeiten in einem Ministerium vorwiegend die Einwohner eines bestimmten Stadtviertels. Ein Mitarbeiter verschafft seinen ehemaligen Freunden einen Job in seinem Bereich. Diese Personen verhindern, dass andere qualifizierte Personen weiterkommen. [...] Mein Hauptthema ist die Verantwortungslosigkeit an der Spitze und der Basis der Außenpolitik. An der Spitze haben wir es mit einer ideologischen Form der Planung und Politik zu tun. Das bedeutet, auf der Grundlage einer Reihe von Idealen werden offizielle allgemeine Linien verfolgt. In einem solchen System wird mit den Idealen keineswegs flexibel umgegangen. [...] Sie wollen nicht akzeptieren, dass bei der Auseinandersetzung mit realpolitischen Tatsachen diese Ideale revidiert werden müssen. [...] Aber in der ideologischen Politik, gleich ob die Ideologie religiös oder säkular ist, wird der kompromissbereite Politiker als rückschrittlicher Politiker angesehen. [...] Wir sind Gefangene unserer eigenen Parolen. Die ständige Wiederholung von Parolen erweckt den Eindruck, dass es sich dabei um den Volkswillen handelt. Und dem Volkswillen kann man nicht widersprechen. [...] Wir müssen aber darauf achten, dass die wirkliche Welt anders ist als unsere Träume. [...] Das bedeutet keineswegs, dass ein Politiker keine Ideale haben darf, aber er muss kompromissbereit sein. [...]"

"Und wie äußert sich der Mangel an Verantwortungsbewusstsein an der Basis?"

Sadri: "[...] Die Beamten sind Diener der Regierung. Sie müssen daher fürchten, bei Zuwiderhandlung von der Regierung entlassen zu werden. Somit wird Eigeninitiative und kreatives Handeln nicht belohnt, sondern im Gegenteil bestraft. Würden sie beispielsweise monieren, die ideologischen Pläne der Regierung seien nicht umsetzbar, werden sie entlassen. Selbst wenn dem Staat die Gefahr droht, gestürzt zu werden, müssen sie schweigen und lassen daher zu, dass der Staat ernsthaft gefährdet wird. [...]"

"Viele Beamte sprechen in privaten Kreisen über Probleme, über die sie sonst schweigen würden. Wie können wir diese Krankheit heilen?"

Sadri: "[...] Es gibt viele Wege zur Heilung dieser Krankheit. Technokratische oder bürokratische Systeme werden alle auf eine Art fanatisch und partikularistisch. Staatsbürokratische Systeme versuchen ihre eigene Ideologie in den Vordergrund zu rücken. Im Gegensatz dazu existieren in demokratischen Systemen verschiedene Formen der Korrektur. [...]"

"Manche Kritiker sind der Meinung, wenn wir die positiven Zeichen der Clinton-Regierung wahrgenommen hätten, wäre ein Dialog mit der USA möglich gewesen. Wie Sie wissen sind über 70 Prozent der Iraner für iranisch-amerikanische



Beziehungen. Glauben Sie, dass man das System ändern kann, um die Beziehungen zu den USA zu verbessern? "

Sadri: "Ja, besonders viele Intellektuelle sind optimistisch und sind der Meinung, dass wir unsere Beziehungen zu den USA verbessern sollten. Wir können aber nicht unter jeder Bedingung unsere Probleme mit den USA lösen. Wir sollten nicht naiv sein. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass die USA die Demokratie im Iran einführen will. [...] Der Abbruch der Beziehungen zu den USA war eine übertriebene Parole der revolutionären Periode des Iran. [...] Haben die Amerikaner die Vietnamesen weniger verletzt als uns? Haben sie weniger Japaner ermordet? Haben die Amerikaner die Interessen der Bosnier nicht besser vertreten als die Russen? Haben nicht die Russen Massenmord an Muslimen betrieben? Deswegen müssen wir unsere Beziehungen zu Russland nicht abbrechen. Natürlich sollten wir bezüglich all dieser Probleme diplomatisch handeln. Wenn es der Islamischen Republik gelingt gegenüber Russland geschickt zu handeln, warum gelingt es uns nicht gegenüber den USA geschickt zu handeln! Die USA sind doch nicht antiislamischer als Russland. Die Quintessenz meiner Ausführungen ist, dass wir nicht Geiseln unserer eigenen Parolen werden dürfen und einen unnötig hohen Preis dafür zahlen. [...] Die USA befinden sich auf dem Weg von einer legitimen Macht zu einer ausschließlichen Macht. Da wir angreifbar sind, müssen wir unsere Beziehungen zu den USA normalisieren."

"Einige Iraner vermuten, dass wir keine Politiker haben, die mit ihren gleichberechtigten amerikanischen Partnern an einem Verhandlungstisch sitzen könnten ohne sich hintergehen zu lassen. Aus diesem Grund sind sie gegen den Dialog mit den USA. Sie sind der Meinung, dass die Übermacht siegreich aus Verhandlungen hervorgehen würde und wir deswegen nicht verhandeln sollten. Meinen Sie, dass es sinnvoll ist, trotz der Schwächen der Kader des Außenministeriums in einen Dialog mit den USA zu treten?"

Sadri: "Ich bin, wie gesagt, bezüglich unserer Kader nicht besonders optimistisch, aber wir haben geschickte Diplomaten. Ich kenne einige von ihnen persönlich und schätze ihre Verpflichtung, die nationalen Interessen zu vertreten. Wenn der politische Wille vorhanden wäre, könnten diese Personen sicherlich von Lobbygruppen im Ausland und von iranischen Kräften, die Jahrzehnte im Ausland verbracht haben, profitieren. Denn diese kennen die fremde Sprache und Kultur. [...] Wir müssen natürlich die Lage in Afghanistan und in Irak genau beobachten und analysieren, wie sich die Amerikaner dort verhalten. Es wird nicht so sein, dass die Amerikaner ihre nationalen Interessen aus den Augen verlieren, nur weil sie bei uns die Demokratie einführen wollen. [...] Wir haben eine Universität für die Ausbildung von Diplomaten. An acht oder neun Universitäten bilden wir promovierte Politikwissenschaftler aus. Es wäre absurd, wenn wir nicht vier Diplomaten finden würden, die in der Lage wären, mit den USA zu verhandeln. [...] Ich glaube, dass dies nur ein vorgeschobenes Argument ist. Wir sollten allerdings Geheimverhandlungen mit den USA vermeiden, denn Verhandlungen hinter verschlossenen Türen würden



unseren nationalen Interessen schaden. [...] Wir sollten den Streit mit den USA zugunsten unserer Bevölkerung beenden."

"Inzwischen gehen sogar die Experten des Außenministeriums davon aus, dass ein Bruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA nicht in unserem nationalen Interesse liegt. Aber im bürokratischen Apparat verhält man sich immer noch wie der Schüler zum Lehrer."

Sadri: "Ja, Sie haben recht, aber ich würde das Problem anders beschreiben. Wir haben es hier mit Interessenpolitik zu tun. [...] Das Hauptproblem ist die Konkurrenz unter den Beamten. Der Aufbau von Beziehungen zu den USA ist kein ideologisches Problem. Diejenigen, die entscheidende Posten haben, sind nicht aus ideologischen Gründen gegen die USA. Auch die, die schweigen, handeln logisch. Sie schützen ihre persönlichen Interessen."

"Nach der Revolution bekam sogar der Prediger einer Moschee einen Posten im Außenministerium. Solche Leute wurden gar Botschafter im Ausland. Es waren Leute, die sich immer an der Führung orientierten. Statt auf die Meinung von Experten zurückzugreifen, betrieben sie Weissagungen. Wie sieht dies heute aus?"

Sadri: "Ja, unser großes Problem war schon zu Beginn der Revolution, dass viele nicht qualifizierte Personen staatliche Ämter übernahmen. Sie kompensieren das stets mit ihren Treuebekundungen. Das ist auch eine Form der Verantwortungslosigkeit. Religiöse Bekundungen gibt es in jeder Gesellschaft. Ich will um Gottes willen nicht religiösen Menschen versagen, den Islam zu verbreiten. Mich beschäftigt eher das Thema welche Typologien in der Gesellschaft als Vorbilder funktionieren. In jeder Zivilisation und Gesellschaft gibt es Persönlichkeiten, deren Sprache, deren Blick und Kleidungsform eine Vorbildfunktion haben. [...] Nach der Revolution wurde in unserer Gesellschaft, nicht nur im Außenministerium, der Prediger zum Vorbild der Gesellschaft. Die Nachahmung der Vorbilder ist [in unserem Land] viel wichtiger als ein akademisches Diplom. Es gilt Vertrauen in die Führung zu demonstrieren und damit zu beweisen, dass man zu ihr gehört. Es sind diejenigen, die keine eigene Meinung haben und sich dem herrschenden Verständnis der Schia verpflichtet fühlen. [...]"

"Ist nach der Wahl von Khatami das Syndrom der politischen Lähmung schwächer geworden?"

Sadri: "Es hat sich nicht viel verändert. [...] Die Regierung der Reformer hat diese Diagnose ignoriert und dasselbe Verhaltensmuster der früheren Regierungen fortgesetzt. Wenn Sie die Führung des Außenministeriums näher betrachten, merken Sie, dass sich nicht viel verändert hat. Viele Gelegenheiten wurden verpasst. Sogar wenn die Reformer versucht hätten einiges zu verändern, hätten sie nicht viel erreichen können, da sich das System nicht so einfach verändern lässt. Aber ich glaube auch nicht, dass man sich viel Mühe gegeben hat. [...] Genau betrachtet, haben nach der Wahl dieselben Gruppen die Posten und Stellen verteilt wie früher auch. [...] Diejenigen, die zu dem Kreis der "Khodis" - zum politischen System -



gehören, haben die Verteilung aller Posten in fester Hand. Die geringste Erwartung seitens der Reformwähler, wie von mir selbst, war, dass wenigstens ein Elitenwechsel stattfinden würde. [...] Nach der ersten Wahl Khatamis fand so ein Paradigmenwechsel nicht statt und nach Khatamis Widerwahl wurde sogar das Gegenteil unternommen. [...]"

"Welche Rolle spielen die Lobbygruppen?"

Sadri: "[...] Es gibt eine sehr wichtige und einflussreiche Gruppe von reformorientierten Iranern, die sehr solidarisch mit dem System, also mit der Khatami-Bewegung sind. Sie würden alles tun, um die Reformen voran zu bringen. [...] Aber es wurde versäumt, diese Kraft zu nutzen. [...] Die reformorientierten Iraner im Ausland konnten sich mit der Parole Khatamis "Iran für alle Iraner" identifizieren. [...] Aber diese Kräfte haben genauso wie viele Iraner im Inland ihre Hoffnung verloren. [...]"

"Mit Hilfe der schönen Parolen von Khatami, wie zum Beispiel dem 'Dialog der Kulturen' oder der 'religiösen Zivilgesellschaft' konnten die reformorientierten Iraner im Ausland gegen das schlechte Klima gegenüber dem Iran, das unter Rafsanjani erzeugt worden ist, angehen."

Sadri: "Ja, sowohl die Reformbewegung als auch Khatami selbst, haben dazu geführt, dass sich das Bild vom Iran verändert hat. Natürlich haben die Exiliraner eine wichtige Rolle bei diesem Blickwechsel gespielt. [...] Diese Reformbewegung zeigt doch, dass der Iran Isolation und Radikalismus satt hat. Und unsere Bevölkerung hat für einen Fortschritt in Wirtschaft und Politik gestimmt. [...] Das Ende der Reformen hat natürlich diesen Entwicklungen ein Ende gesetzt, was die Menschen noch schneller frustriert. [...]"

"War Khatami in der Lage eine andere Außenpolitik zu betreiben oder war er gezwungen entgegen seiner eigenen Wünsche eine ihm vorgeschriebene Politik zu betreiben?"

Sadri: "Wir können sagen, dass Khatami nicht die nötige Macht hatte seine Pläne zu verfolgen, weder in der Außen- noch in der Innenpolitik. Ich frage mich allerdings, ob sich Herr Khatami wirklich bemüht hat, sich von den Zwängen zu befreien. Hat Khatami alle legalen Möglichkeiten genutzt, um frei zu handeln? [...] Khatami scheint hingegen sowohl gegenüber den staatlichen Gesetzen als auch gegenüber den islamischen Traditionen ergeben zu sein. [...] Natürlich besitzt er nicht die gesamte [staatliche] Macht. Er ist nicht für alles verantwortlich und man kann deswegen auch nicht so viel von ihm erwarten. [...] Leider wurden zu oft Schritte unternommen, die den Idealen der Reformbewegung diametral gegenüber stehen."



Special Dispatch, 10. Dezember 2003 - Iran, ein neues Mitglied der Arabischen Liga? ¹⁵

Nachdem der Sprecher des iranischen Außenministeriums auf einer Sitzung des Golfkooperationsstaaten (GCC) am 30. November erklärt hatte, dass "Teheran darauf wartet, Mitglied in der Arabischen Liga zu werden"¹⁶, ist im Iran eine öffentliche Diskussion über diese Frage in Gang gekommen. Darin kommt ein Identitätskonflikt zum Ausdruck, der die Iraner vor allem seit der Revolution beschäftigt: Soll sich der Iran mehr auf die eigene nationale Geschichte beziehen oder wird die iranische Identität vor allem von der schiitischen oder gar von einer panislamischen Identität bestimmt?

Diese Fragen entscheiden auch über die politische Orientierung des Landes. So versprechen sich manche Iraner von einer Mitgliedschaft in der Arabischen Liga eine größere Solidarität der arabischen Staaten in Konfliktsituationen. Beispielsweise habe der ägyptische Ex-Außenminister, Amr Mussa, der gegenwärtig den Vorsitz der Organisation innehat, den Iran in der Atomfrage besonders unterstützt. Obwohl es in der Debatte nur um eine Mitgliedschaft in Form eines Beobachterstatus geht, erklären andere Wissenschaftler und Politiker dagegen, dass eine Mitgliedschaft des Iran in der Arabischen Liga, den Interessen des Landes schaden würde.

Die Aussagen des Sprechers des iranischen Außenministeriums, Hamidresa Asefi, auf der letzten Sitzung der Golfkooperationsstaaten (GCC) machen deutlich, dass er darum bemüht war, Gemeinsamkeiten iranischer und arabischer Interessen hervorzuheben: "Die Sitzung der Golfkooperationsstaaten (GCC) findet in einer sehr sensiblen Zeit statt. Wir erwarten, dass unsere Brüder mit einer korrekten Vorstellung von den Realitäten der islamischen Welt die Hauptprobleme an der Wurzel packen. Alle islamischen Staaten werden von der Speerspitze des zionistischen Regimes bedroht." [ebd.] Um die Relevanz der Anerkennung einer Mitgliedschaft des Iran als Beobachter in der Arabischen Liga im Rahmen der GCC-Sitzung zu unterstreichen, wies Hamidresa Asefi weiterhin auf die Verflechtungen der iranischen Außenpolitik mit den arabischen Ländern hin.

Auch der religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei, betonte bei seinem Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Djibuti, Ismail Omrgele, dass eine Verbesserung der Beziehung des Iran mit den islamischen Ländern die erste Priorität in der iranischen Außenpolitik habe. Ali Khamenei führte aus: "Dem Willen unserer Feinde zum Trotz, die die Widersprüche und die Distanz zwischen den islamischen Ländern vergrößern wollen, müssen sich die islamischen Länder mehr als je zuvor annähern und die islamische Umma im wahrsten Sinne des Wortes realisieren." ¹⁷

¹⁵ MEMRI

¹⁶ Sharq, 1.12.2003.

¹⁷ Kayhan, 4. 12. 2003.



Auf der anderen Seite veröffentlichte die staatliche Presseagentur ILNA ein Interview zur Frage einer iranischen Mitgliedschaft in der Arabischen Liga mit Pirus Mojtahedsadeh, einem iranischen Wissenschaftler am Centre for Geopolitics and International Borders Studies der University of London¹⁸:

ILNA: "Welchen Einfluss hätte der Iran mit einem Beobachterstatus auf die Beschlüsse der Arabischen Liga?"

Mojtahedsadeh: "Was haben die Beschlüsse der Arabischen Liga mit uns zu tun? [...] Wir sind doch keine Araber. Warum müssen wir unsere Persönlichkeit, unsere Identität, unsere Nationalität mit Füßen treten und Mitglied von Organisationen werden, die den arabischen Völkern gehören - nur um dort mit der Infragestellung unserer nationalen Identität konfrontiert zu werden? Ich verstehe diese Auseinandersetzung nicht [...]. Warum wird nicht bedacht, dass die Arabische Liga vor dem Hintergrund des Panarabismus entstanden ist und zwar um eine arabische Identität zu manifestieren. Zunächst muss doch deutlich werden, dass der Antrag auf die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation, gleich unter welchem Motto, eine nationale Entscheidung sein muss. Wie kann denn ein Staatsapparat wie das iranische Außenministerium eigenmächtig einen solchen Antrag stellen, ohne zu berücksichtigen, dass ein derartiger Schritt die mehrtausendjährige Identität einer ganzen Nation verletzt. [...] Wir müssen unsere Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten erweitern. Wir müssen auch in Fragen der nationalen Sicherheit und anderen Interessen mit den arabischen Staaten zusammenarbeiten. Aber niemand darf einen Antrag stellen, in dessen Folge die eigene Identität für die Entwicklung der iranisch-arabischen Beziehungen geopfert werden muss. [...]"

ILNA: "Können wir nicht auf diesem Wege den Palästinensern helfen?"

Mojtahedsadeh: "Wer glaubt, dass auf diesem Wege den Palästinensern geholfen werden kann, irrt sich gewaltig. Menschen dieser Meinung sollten ihre Augen öffnen und sich die Arabische Liga genau ansehen, damit sie erkennen, wie viel Mühe sich diese Organisation in den letzten 40-50 Jahren tatsächlich mit den Palästinensern gegeben hat."

ILNA: "Erklärt nicht die Präsenz eines Vorsitzenden wie Amr Mussa den Antrag des Iran?"

Mojtahedsadeh: "Auch wenn der gegenwärtige Vorsitzende der Arabischen Liga ein besonders guter Diplomat ist und sich mit den Problemen der gesamten Welt gut auskennt, rechtfertigt dies nicht, dass wir unsere nationale Identität mit Füßen treten. Wir können nicht Mitglied einer Organisation werden, die die Manifestation einer arabischen Identität verfolgt; einer Organisation, deren Prinzipien auf Nationalismus und Panarabismus beruhen wie sie von Nasser und Saddam Hussein verfolgt wurden und die der iranischen Identität stets feindselig gegenüberstanden. Nasser agitierte auf dem Höhepunkt seiner panarabischen Politik fortgesetzt feindselig

¹⁸ ILNA, 1.12.2003.



gegenüber dem Iran und auch Saddam Hussein verhielt sich feindselig gegenüber allem, was sich persisch nannte. Es waren genau diese Leute, die in der Arabischen Liga oft Resolutionen gegen den Iran beschlossen. Warum sehen wir nicht, dass diese Liga sich prinzipiell feindselig gegenüber nicht-arabischen Identitäten und insbesondere gegenüber der iranischen Identität verhält. Warum wollen wir nicht sehen, dass die Iraner seit 1 400 Jahren dafür kämpfen, Iraner zu bleiben und nicht arabisiert werden wollen."

ILNA: "Die Türkei will ja auch Mitglied der Europäischen Union werden."
 Mojtahedsadeh: "Die Türkei beabsichtigt Mitglied der EU zu werden und will damit eine angebliche europäische Identität manifestieren. Wenn wir die Geschichte anschauen, sehen wir, dass dieses Volk keine richtige Identität hat. Sonst müsste sich die Türkei ihrer eigenen Identität verpflichtet fühlen. Wir dagegen beanspruchen eine unabhängige Identität und sind stolz darauf, moslemisch zu sein und dem Islam mehr als die Araber gedient zu haben." [...]

ILNA: "Kann die Arabische Liga überhaupt einen solchen Antrag akzeptieren? Wie werden die iranisch-arabischen Beziehungen aussehen, wenn dieser Antrag abgelehnt wird?"

Mojtahedsadeh: "Die Arabische Liga muss sehr konfus sein, wenn dieser Antrag angenommen wird. Zum Glück ist dies bisher nicht geschehen. Wenn allerdings ein solcher Antrag in Zukunft akzeptiert wird, glaube ich nicht, dass die iranische Bevölkerung diesen akzeptieren wird. Die Nachricht über den Antrag kam sehr plötzlich und zurückhaltend, die Mehrheit der iranischen Bevölkerung hat davon gar nichts mitbekommen."

Die Zeitung Sharq setzte die kontroverse Debatte am 2. Dezember fort. Zunächst begrüßte Mashallah Shamsolwaezin, Chefredakteur der verbotenen Zeitung Jamee, eine iranische Mitgliedschaft in der Arabischen Liga:

"Eine Mitgliedschaft in der Arabischen Liga bedeutet nicht, dass wir auf unsere nationalen Interessen verzichten. Es geht vielmehr um die Aufhebung der Isolation und um die diplomatischen Aktivitäten des Iran in der Region und weltweit." Eine Mitgliedschaft in der Arabischen Liga habe eine strategische Bedeutung und eröffne eine neue Seite der iranisch-arabischen Beziehungen, meinte Shamsolwaezin und fügte hinzu: "Viele Gemeinsamkeiten, wie Religion, Kultur und ein gemeinsames Schicksal gegenüber den Weltproblemen und insbesondere gegenüber Israel verbindet uns mit den arabischen Staaten." Shamsolwaezin geht davon aus, dass die arabischen Staaten, die gute Beziehungen zu den USA pflegen, versuchen werden, den Beobachterstatus des Iran in der Arabischen Liga zu verhindern. Denn das politische Gewicht des Iran würde mit einer Mitgliedschaft in der Arabischen Liga größer werden: "Die Gegner des Iran wollen, dass die Arabische Liga in ihrem nationalistischen Rahmen bleibt." Für Shamsolwaezin ist der Iran hingegen ein Stabilitätsfaktor in der Region: "Eine Mitgliedschaft in der Arabischen Liga könnte statt nationalistischer Tendenzen eine regionale Entwicklung fördern. Dies würde



sowohl den Iranern als auch den Arabern nutzen. Denn mit unserer Mitgliedschaft würde die regionale Stabilität wachsen."

Dagegen äußerte sich einer der Sprecher der nationalreligiösen Bewegung der Nehsate Asadi, Ibrahim Yasdi. Seiner Meinung nach würde eine Mitgliedschaft des Iran in der Arabischen Liga eine "Demütigung" des Iran bedeuten. Yasdi zufolge habe der Iran bisher noch nicht einmal eine Zustimmung für seine "berechtigte Mitgliedschaft im Golfkooperationsrat" bekommen. Er kritisiert weiter: "Es wird nicht deutlich, wie die iranische Regierung eine solche Mitgliedschaft legitimiert, wenn manche arabischen Staaten ernsthafte Feindschaft gegenüber dem Iran hegen. Außerdem hat die Arabische Liga während einer Sitzung in Beirut auf Vorschlag Saudi-Arabiens die Resolution 240 der Vereinten Nationen akzeptiert, wonach die Anerkennung Israels, der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten von 1967 und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates festgelegt worden ist. Die Präsenz des Iran in dieser Liga könnte diese Entscheidung keineswegs rückgängig machen. Im Gegenteil würde dies zu einer Versöhnung der iranischen Positionen gegenüber Israel und dem Friedensprozess im Mittleren Osten führen."¹⁹

Auch Babak Siawashi äußert sich in einem Kommentar in der Sharq kritisch zu einer Mitgliedschaft des Iran in der Arabischen Liga: "Stellen Sie sich vor, dass sich die Balkan-Staaten mit einer slawischen Mehrheit in einer Liga organisieren und diese ‚Slawische Liga‘ nennen würden. Es wäre doch sehr lächerlich und fragwürdig, wenn das deutsche Außenministerium einen Antrag auf Mitgliedschaft in dieser Liga stellen würde."²⁰

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 22. Dezember 2003 - Annäherung zwischen Ägypten und dem Iran²¹

In den vergangenen Monaten ist Bewegung in das Verhältnis zwischen dem Iran und den arabischen Staaten gekommen (s. MEMRI, 10.12.2003). Besonderes Aufsehen erregte ein Treffen von Husni Mubarak und Mohammad Khatami, das am Rande der Genfer Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft am 14.12. stattfand. Im Iran wurde dieses Ereignis als "historisch" angesehen. So schrieb die reformislamistische Zeitung Sharq, dass die Konferenz "entgegen allen Erwartungen ein positives

¹⁹ Sharq, 2.12.2003.

²⁰ Sharq, 9.12.2003.

²¹ MEMRI



Ergebnis für den Iran hatte: Tauwetter in den seit 24 Jahren auf Eis gelegten iranisch-ägyptischen Beziehungen." Nicht zuletzt haben beide Staaten angekündigt, wieder Botschaften in ihren Hauptstädten eröffnen zu wollen. Im Folgenden dokumentieren wir einen Bericht zum Treffen der beiden Politiker sowie einen Kommentar der Zeitung zu Vergangenheit und Zukunft der iranisch-arabischen Beziehungen:

Am 13.12 schrieb die Zeitung Sharq: "Der Iran hat im Jahre 1979 seine Beziehungen zum ägyptischen Regime auf Befehl des Imam Khomeini abgebrochen. Galt Ägypten doch als der Staat, der als erster Staat ein Friedensabkommen mit Israel unterschrieb. Nach einem einstündigen Gespräch teilte der ägyptische Präsident nun der Presse mit, dass beide Staaten gleiche Positionen hinsichtlich der Probleme im Mittleren Osten haben und gute Beziehungen miteinander pflegten. [...] Zwar kann der Iran den ägyptischen Vorstoß beim Friedensvertrag mit Israel nicht vergessen - es scheint aber, als bilde sich nicht nur im Iran, sondern langsam auch in Ägypten ein Konsens für den Aufbau von neuen Beziehungen zwischen beiden Ländern heraus. [...]"

Bisher hatten die Ägypter als Grund für die Stagnation der bilateralen Verhältnisse einen Straßennamen in Teheran angegeben - die Khaled-Eslamboli-Straße. Khaled Eslamboli hatte den Anschlag auf den ehemaligen ägyptischen Ministerpräsidenten Anwar Sadat verübt. Aber jetzt griffen die Ägypter dieses Thema bei den Gesprächen mit dem Iran nicht mehr auf. Man kann also hoffen, dass Kairo begriffen hat, dass der Name einer Straße in Teheran - oder auch in Kairo - bei der Normalisierung der Beziehungen beider Staaten keine Rolle spielen darf.

Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang auch, dass parallel zu dieser wichtigen Begegnung der Iran eine Mitgliedschaft in der Arabischen Liga beantragt hat.²² Und die hat ihren Sitz schließlich in Kairo. Es wäre nun in der Tat unsinnig, wenn ein Staat Schritte für die Mitgliedschaft in einem regionalen Pakt unternehmen aber keine diplomatischen Beziehungen mit dem Staat unterhalten würde, in dem dieses Bündnis ihren Sitz hat. Es sieht so aus, als hätten die Organe unseres Staates dieses nahe liegende Problem erkannt und würden nun den Weg für die Annahme der Mitgliedschaft des Iran in der Arabischen Liga ebnen.

Allerdings wird die Angelegenheit von inländischen Experten noch mit vielen Wenn-und-Abers versehen. So lässt sich etwa nichts über den Einfluss dieser Entwicklung auf Israel sagen. Natürlich wird sich das israelische Regime über die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ägypten und dem Iran nicht freuen - Israel stört schließlich alles, was die Sicherheit des israelischen Regimes gefährdet. Man kann die Geschichte aber auch anders betrachten: Israel könnte kraft seiner Beziehungen zu Ägypten Einfluss auf Teheran ausüben, damit sich die iranischen Positionen

²² Es handelt sich um eine Mitgliedschaft des Iran mit Beobachterstatus. Damit erhielte der Iran zwar kein Stimm- aber ein Rederecht in der Arabischen Liga.



gegenüber Tel Aviv verändern. Wir müssen abwarten und sehen, welche Analyse sich bewahrheiten wird. [...]"

Das Treffen von Mohammad Khatami mit Husni Mubarak greift auch der Kolumnist Mehran Karami in der Sharq vom 13.Dezember auf. Er zeichnet dabei die Geschichte der iranisch-arabischen Beziehungen seit den 50er Jahren nach. Den Sturz Saddam Husseins und die wichtige Rolle Ägyptens in der arabischen Welt sieht er als Ausgangspunkt für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Seiten:

"Das Treffen von Mohammad Khatami mit Husni Mubarak ist der Anfang vom Ende einer 25 jährigen Feindschaft, das Ende von Pessimismus und Distanz zwischen dem Iran und Ägypten. Nun ließen sich diese drei Charakteristika aber auch auf eine noch weiter zurückliegende Vergangenheit und die Beziehungen zwischen dem Iran und den arabischen Staaten insgesamt übertragen. Vor diesem Hintergrund, könnten die neuen Entwicklungen nicht nur das Ende der frostigen Beziehungen zwischen Iran und Ägypten bedeuten. Vielmehr könnten wir sogar Veränderungen der iranisch-arabischen Beziehungen insgesamt erwarten und müssten nicht länger Zeuge von negativer Propaganda und der kulturell und historisch begründeten Erniedrigungen sein, mit denen sich beide Seiten attackieren.

Es ist lange her, dass Jamal Abdel Nasser nicht nur das Bewusstsein der arabischen Regierungen, sondern auch das öffentliche Bewusstsein in der Hand hatte und den arabischen Nationalismus gegen die nicht-arabischen Staaten in der Region wie den Iran und Israel propagierte. Damals hatten die traditionellen arabischen Staaten die besseren Beziehungen mit dem Iran. Diese reaktionären Staaten mit ihren spezifischen traditionellen Erbmonarchien und Despotien standen neben dem royalistischen Iran gegen Staaten wie Syrien, Ägypten, Irak, Libyen, Algerien oder dem Nord- und Süd-Jemen. Diese als fortschrittlich titulierten Länder der arabischen Welt, die sich auf den arabischen Nationalismus und Sozialismus stützten, wurden diktatorisch regiert, und jeder politische Führer eines arabischen Staates fühlte sich gleichzeitig als alleiniger Führer der arabischen Welt. [...]

In den ersten Jahren nach der Revolution kämpfte der Iran dann insbesondere gegen die konservativen arabischen Staaten und bezeichnete diese als reaktionär. In dieser Zeit bestanden gute Beziehungen zu den fortschrittlichen arabischen Staaten - abgesehen vom Irak (acht-jähriger Krieg) und von Ägypten (wegen der Unterzeichnung des Camp-David-Vertrages). Die fortschrittlichen arabischen Staaten standen während des Krieges gegen den Irak eher auf der iranischen Seite, während die konservativen und traditionellen arabischen Länder zu den Hauptunterstützern des Saddam-Regimes gehörten. Das Ende des Iran-Irak-Krieges und vor allem der zweite Golfkrieg im Jahre 1991 führten dann zu einer neuen, eher ursprünglichen Frontbildung in der arabischen Welt: Jetzt verteidigten Staaten wie Ägypten, Syrien,



Libyen und der Jemen Saddam Hussein gegen den Westen, und die traditionellen arabischen Staaten standen auf der Seite Kuwaits gegen Saddam Hussein.

In dieser Zeit [...] bemühte sich die Islamische Republik Iran um politische Beziehungen mit traditionellen Staaten wie Saudi-Arabien. Schwarze Wolken hingen hingegen über den Beziehungen zu den Frontstaaten. [...] Je älter dann die Arabische Liga und je stärker die Konservativen wurden, desto mehr geriet die nationalistische Ideologie und der Panarabismus in Vergessenheit. Der Zusammenbruch des Kommunismus und der UdSSR, die die arabischen Diktaturen unterstützt hatte, änderte das Gleichgewicht zugunsten der Konservativen. Vom versprochenen Sozialismus blieb nichts übrig als die Idee der Machtkonzentration. Die arabischen Konservativen hatten dagegen eine neue Waffe entwickelt: einen Fundamentalismus, der seine Wurzeln in den Ideen von Mohammad Ibn Abdel Wahhab besaß. Mit Petrodollars wurden nun die Fundamentalisten in Tschetschenien, Afghanistan, Palästina und Algerien unterstützt.

Die neue [iranische] Freundschaft mit den konservativen arabischen Staaten beruhte auf zwei Positionen des Fundamentalismus in der islamischen Welt, über die Einigkeit bestand - die ideologische Feindschaft gegen den Westen und gegen den Zionismus. Je mehr sich jedoch die arabischen Staaten radikalisierten und den Terrorismus unterstützten, desto stärker entfernte sich der Iran von dieser Strategie und näherte sich einer gemäßigten Politik fernab der [terroristischen] Fundamentalismen an.²³ Der Iran steht gegenwärtig zwischen einem [gemäßigten] islamischem Fundamentalismus und der Demokratie und fühlt sich der Türkei, wo ein moderater Islamismus an die Macht gekommen ist, viel näher als den konservativen Staaten, die als Motor des Fundamentalismus und Terrorismus in der islamischen Welt gelten.²⁴

Auch wenn der Islamismus in Ägypten eine lange Geschichte hat und sogar stärker ist als im Iran und in anderen islamischen Ländern, konnte der Radikalismus hier nie siegen und Gruppen wie die Jamaat Islami konnten sich gegenüber den gemäßigten Kräften der Muslimbrüder nicht behaupten. Diese Tatsache erleichterte die Unterdrückung von Fundamentalismus und Terrorismus durch das Regime von Husni Mubarak. Im Gegensatz zu den meisten arabischen Staaten, wo der Radikalismus sich zu einer islamistischen Strömung entwickelt hat, stellt diese in Ägypten keine Gefahr für die Regierung dar. Wenn sich der Demokratie- und Reformprozess in diesen Ländern verstärken sollte, wird die Hauptkonkurrenz zwischen Islamisten in Form der [türkischen] Gerechtigkeitspartei und Laizisten bestehen.

²³ Im Verständnis der politischen Führung des Iran sind Jihad Islami, Hamas und Hizbollah keine terroristische, sondern Widerstandsbewegungen. Daher wird die Unterstützung dieser Bewegungen auch gemeinhin nicht als Zusammenarbeit mit terroristischen Bewegungen betrachtet.

²⁴ Angespielt wird hier auf das Konzept der "religiösen Demokratie" von Präsident Khatami.



Ägypten wird jedenfalls die moralische Führung in der arabischen Welt übernehmen. Ägypten galt stets als Herz der arabischen Welt und ist bis heute das intellektuelle Zentrum dieses Teils der islamischen Welt. Die freundschaftliche Hinwendung Ägyptens zum Iran wird dementsprechend Auswirkungen auf andere arabische Staaten haben und auch der Umstand, dass der Hauptsitz der Arabischen Liga in Kairo und ihr Vorsitzender ein Ägypter ist, wird die Aussichten des Iran als Mitglied mit einem Beobachterstatus in der Arabischen Liga aufgenommen zu werden, verbessern.

Entgegen der Annahme, dass das Camp-David-Abkommen und der israelisch-arabische Streit den arabisch-iranischen Beziehungen im Wege stehen, ist die negative Sicht der arabischen Staaten auf den Iran vor allem anderen auf die destruktive Rolle des alten irakischen Regimes zurückzuführen. Der Irak hatte im Zuge seiner Bemühungen um die Führungsrolle in der arabischen Welt versucht, den zentralen Konflikt von Palästina auf den Osten der arabischen Welt zu verschieben. Nun aber ist das Regime von Saddam Hussein gestürzt worden und es sieht so aus, dass die Schiiten mit Hilfe der Amerikaner im Irak die Macht übernehmen werden. Vor diesem Hintergrund steht einer Verbesserung der iranisch-arabischen Beziehungen nichts anderes mehr im Weg als die Überwindung der destruktiven kulturellen Gewohnheiten. Die Begegnung von Khatami und Mubarak ist ein Schritt auf dem Weg zur Überwindung dieser Gewohnheiten."

Special Dispatch, 5. Januar 2004 - Iranische Presse über den Wandel der amerikanisch-iranischen Beziehungen - zusammengestellt von Dr. Wahied Wahdat-Hagh*

*Die Bedingungen des amerikanischen Präsidenten für eine weitere Entspannung zwischen den USA und dem Iran nach Aussetzung der US-Sanktionen aufgrund der Erdbeben vor zwei Wochen werden in der iranischen Presse kontrovers diskutiert. Im folgenden dokumentieren wir die Zusammenfassung einiger Pressestimmen und einen ausführlichen Kommentar aus der reformislamistischen Zeitung Sharq vom 3. Januar 2003. **Dr. Hossein Dahshiar** analysiert darin die amerikanische Außenpolitik unter **George W. Bush**:*

Pressestimmen zur Annäherung

Die reformislamistische Zeitung **Sharq** berichtet, dass der Iran die Entsendung einer offiziellen US-Delegation für eine humanitäre Mission in das iranische Erdbebengebiet ablehnt. Die Zeitung hebt hervor, dass die Leiterin der Mission, die republikanische Senatorin Elizabeth Dole, die Ehefrau von Bob Dole ist, der früher



Mitarbeiter des amerikanischen Roten Kreuzes, ehemaliger Präsidentschaftskandidat und Mitarbeiter von Richard M. Nixon und Ronald W. Reagan war. Dieser habe durchgesetzt, dass die US-amerikanische Handelsblockade im Fall der humanitären Hilfe für die Erdbebenopfer für 90 Tage aufgehoben wurde.

Diese "unpolitische" Mission, so die *Sharq*, sollte den Iranern "grünes Licht geben" und verdeutlichen, dass die USA an einer Verbesserung der Beziehungen zum Iran interessiert seien. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums **Hamid Resa Assefi** betonte dagegen, dass der Iran zwar an einer humanitären Hilfe interessiert sei, diese jedoch nicht mit politischen Fragen vermischt werden sollte.²⁵

Die iranische Presseagentur **ILNA** zitiert dazu **Mostafa Mosensadeh**, Sekretär des Ministers für Industrie, der den amerikanischen Vorstoß lediglich für einen "symbolischen Akt" hält und betont, dass der Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen weitaus mehr Zeit benötige. Das reformislamistische Majlessmitglied, **Elahe Kolai**, wird hingegen mit der Aussage zitiert, dass der Abbruch der Beziehungen zwischen dem Iran und den USA beiden Staaten geschadet habe. Es sollte nun keine weitere Zeit verloren werden, denn die Interessen des iranischen Volkes hätten absolute Priorität.

Laut **ILNA** sieht **Dr. Mohammad Javad Asemipur**, Berater des Ölministers, die neue Qualität der Beziehungen zu den USA in Zusammenhang mit den Diskussionen um die Probleme der Wirtschaftsliberalisierung des Iran und die Barrieren einer Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO). Iran müsse zunächst seine eigenen Wirtschaftsstrukturen reformieren.²⁶

Wiederum in der Zeitung **Sharq** vertrat der Journalist, **Mohammad Firusan**, die Position, dass der "offene Dialog" zwischen dem Iran und Europa aus strategischer Sicht einen Modellcharakter für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Teheran und Washington haben könnte. Eine kritische in den Medien ausgetragene Debatte beider Staaten könne das Misstrauen der Kontrahenten abbauen. Universitäten und [andere] Forschungseinrichtungen sollten jede Gelegenheit für den Aufbau von wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit ergreifen. Teheran habe in den letzten Jahren seine Beziehungen zu Peking, Moskau und den arabischen Staaten verbessert. Auch wenn die Beziehungen zu Europa und Japan rein wirtschaftlicher Natur seien, sei eine Kooperation zwischen dem Iran und Amerika aufgrund der außergewöhnlichen geopolitischen Lage des Iran im Herzen Eurasiens absolut notwendig.²⁷

Kommentar: "Amerika und die ‚Erdbeben-Diplomatie‘"²⁸

"Um ein genaues Bild vom Zustandekommen der Ziele amerikanischer Außenpolitik zu bekommen, muss man deren Charakter von verschiedenen Seiten beleuchten.

²⁵ *Sharq*, 4. Januar 2004.

²⁶ **ILNA**, 2. Januar 2004.

²⁷ *Sharq*, 3. Januar 2004, S.5.

²⁸ *Sharq*, 3. Januar 2004, S.1 und S. 4.



Dazu ist es zunächst erforderlich, Verständnis für die Geschichte sowie Wissen über die Strukturen und Einsicht in die Psychologie der Entscheidungsträger zu entwickeln. Wir müssen berücksichtigen, welches die Prinzipien der amerikanischen Entscheidungsträger sind. Vor diesem Hintergrund können dann auch die symbolischen Handlungen der amerikanischen Regierung verstanden werden.

Die Handlungen der Entscheidungsträger, d.h. der einflussreichsten und wirksamsten ‚Geologen‘²⁹, lassen sich nur in ihrem Kontext verstehen, da außenpolitische Aktivitäten immer bestimmten Strategien folgen. Auf internationaler Bühne muss die Politik von George W. Bush zum einen als Anknüpfung an die Resultate der Politik früherer Präsidenten verstanden werden [...]; zum anderen erlangt das Weiße Haus jedoch wachsende Bedeutung, wenn der Präsident mit einer eigenen Mission normative Ziele verfolgt.

Was die Präsidentschaftsperiode von George W. Bush von der Amtszeit seines Vaters und Bill Clintons unterscheidet, [...] ist seine Persönlichkeit. Seit 1989 wurde der ganzen Welt bewusst, dass Amerika zur konkurrenzlosen Weltmacht wurde. Wahrscheinlich werden wir noch 25 Jahre Zeugen dieser Macht sein. Wir haben die Verkörperung dieser Macht in der kuwaitischen Wüste und über Belgrad erlebt. [...] Das Unterscheidungsmerkmal der Ära George W. Bush zu den zwei vorherigen Präsidenten liegt zweifelsohne [...] in der normativen Einflussnahme und den Glaubensgrundsätze, die der amerikanischen Macht eine Orientierung bieten und diese Macht erklären. Was die heutige amerikanische Macht von der früherer Tage unterscheidet, ist die Lust an der Macht und der Wille zur Macht. [...]

Im Gegensatz zu den früheren Präsidenten bestimmt George W. Bush selbst, welche Methoden zur Erreichung von definierten Zielen verwendet werden. Daher müssen wir zum Verständnis der Politik der gegenwärtigen amerikanischen Regierung ihre normative Sicht genauer betrachten. Auf diese Weise lassen die amerikanischen Machenschaften einen Sinn erkennen und müssen ganz anders erklärt werden als ähnliche Schritte früherer Präsidenten.

Richard Nixon etwa griff zur "Pingpong-Diplomatie", als es darum ging, das öffentliche Bewusstsein zu ändern und eine Grundlage für seine historische Reise nach China zu schaffen. Diese Politik wollte eine Annäherung beider Mächte erleichtern, um ein Gleichgewicht gegenüber der Sowjetunion herzustellen. George W. Bush hingegen bestärkt mit der ‚Erdbeben-Diplomatie‘ seinen Glauben, dass Amerika der ‚Leuchtturm der Meere‘ ist, der den in Sturm geratenen Schiffen wieder Lebenshoffnung schenkt. Man muss sehen, dass die Mitglieder des Weißen Hauses wegen ihres prinzipiellen Glaubens an die Bibel auch die Taten anderer mit

²⁹ Der Begriff ‚Geologen‘ bezieht sich polemisch auf Politiker, die sich nur vom Interesse an Naturressourcen (Öl) leiten lassen.



moralischen Wertvorstellungen zu erklären suchen. Dadurch lässt sich auch die Entschlossenheit und Klarheit der praktizierten Politik erklären.

Anders als die Logik von Nixon, der bestrebt war, gute Beziehungen zu anderen Staaten herzustellen, verfolgt die Diplomatie von George W. Bush nur das Ziel, die eigene moralische Überlegenheit gegenüber den Konfliktstaaten hervorzuheben. Ziel ist dabei, das öffentliche Bewusstsein in Amerika davon zu überzeugen, dass politische Differenzen nicht aus der amerikanischen Zielsetzung entstehen, sondern Folge der Ziele und Wertesysteme des jeweiligen Gegenübers sind.

Solange die Regie in den Händen von George W. Bush ist, der wohl bis zum Jahr 2008 regieren dürfte, wird die US-Politik Bedingungen stellen, um die amerikanischen Werte, so wie vom Weißen Haus vorgegeben, als normative Wahrheit jenseits aller Grenzen durchzusetzen. Die ‚Erdbeben-Diplomatie‘ muss auch auf dieser Ebene erklärt und analysiert werden."

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 12. Januar 2004 - Beziehungen zwischen den USA und Iran weiter in der Sackgasse ³⁰

*Viel wurde in den hiesigen Medien zuletzt über eine "Entspannung" in den Beziehungen zwischen den USA und Iran spekuliert. Dazu trug auch der deutsche Botschafter in Teheran, **Paul von Maltes**, bei, der gegenüber der iranischen Nachrichtenagentur **ILNA** bemerkte, dass ungenannte iranische Politiker Deutschland gebeten hätten, zwischen dem Iran und den USA zu vermitteln.³¹ Dies erinnert an die Debatte um eine Wiederaufnahme der iranisch-amerikanischen Beziehungen, die bereits vor fünf Jahren im Anschluss an ein sehr versöhnliches **CNN-Interview** von **Mohammad Khatami** (7.1.1998) geführt wurde. Solche Überlegungen weisen die iranischen Konservativen derzeit weit von sich. Der Iran, so die Zeitung *Sharq*, habe "das Angebot von **Collin Powell** für einen Dialog zurückgewiesen und [Außenminister] **Kamal Kharrazi** erklärte, dass Amerika zunächst seine aggressive Politik aufgeben muss." ³²*

*Im Folgenden dokumentieren wir zunächst die harsche Reaktion des iranischen religiösen Führers **Ayatollah Seyyed Ali Khamenei**. Weiterhin folgt die Analyse des Soziologen **Sadeq Sibakalam**, in der er eine Verbesserung der iranisch-*

³⁰ MEMRI

³¹ ILNA, 31.12.2003.

³² Sharq, 11.1.2004; IRNA 10.1.2004.



*amerikanischen Beziehungen im Sinne des "nationalen Interesses" des Irans befürwortet. Beide Texte erschienen in der Zeitung **Sharq**, die reformislamistischen Positionen nahe steht:*

"Die tiefe Feindschaft Amerikas gegen den Iran wird nicht vergessen"

"Am Donnerstag sagte Ayatollah Khamenei, der große Führer der islamischen Revolution, dass der iranischen Bevölkerung vor dem Hintergrund ihrer nationalen und religiösen Identität jede Grobheit und jede Drohung verhasst ist. In Bezug auf die amerikanische Hilfe für die Erdbebenopfer erklärte er: ‚Die humanitäre Hilfe hat nichts mit den Beziehungen zwischen beiden Staaten zu tun.‘ Der Führer ist weiterhin der Überzeugung, dass die USA ihre eiserne Faust lediglich in einem Samthandschuh verstecke und führte aus: ‚Wir sind gewöhnt auf Logik und Argumente einzugehen. Amerika muss aufhören, Druck auszuüben, seine Verschwörung gegen die islamische Ordnung einstellen und die Feindseligkeiten gegen die Interessen der iranischen Bevölkerung, die Unterstützung des usurpatorischen und verbrecherischen zionistischen Regimes sowie die Unterdrückung des afghanischen und des irakischen Volkes beenden. Amerika darf nicht weiter versuchen, die finanziellen und existenziellen Ressourcen des Iran zu bedrohen.‘"³³

Anders als **Khamenei** hatte zwei Tage zuvor der Soziologe **Sadeq Sibakalam** die Situation analysiert. Strategisch argumentierend fordert er die Verbesserung der Beziehungen zu den USA, um die Islamische Republik Iran politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren:

"Iran und Amerika: Ideologie oder nationale Interessen"

"Der britische Premierminister Benjamin Desraeli hat in einem berühmt gewordenen Satz einmal formuliert, dass kein Staat ewige Freunde oder Feinde hat. Seine nationalen Interessen hingegen seien stets fest definiert. Wir erinnern uns alle an die Tage als auf Teheraner Straßen ´Tod England, Tod Frankreich und Tod Deutschland´ skandiert wurde. Wir erinnern uns, wie wir überstürzt die nach Churchill und Frankreich bezeichneten Straßen umbenannten.³⁴ Und wir erinnern uns, wie das dritte Majless, das sich vorwiegend aus linken Freunden zusammensetzte, mit einem geradezu revolutionären Aufstand für den Abbruch der Beziehungen mit England entschied. Vor kurzem wollten nun manche, die derselben Logik folgen, den Argentinien-Platz umbenennen. Wir erinnern uns auch daran, welche Beziehungen wir mit Saudi-Arabien, Jordanien und mit dem Irak hatten und wie sich diese Beziehungen gegenwärtig gestalten. So sind etwa unsere Beziehungen zum

³³ Sharq, 10.1.2004.

³⁴ Kürzlich wurde aufgrund der neuen Beziehungen mit Ägypten eine Straße, die nach dem Mörder des ägyptischen Präsidenten Sadat "Khaled Islambuli" hieß, umbenannt. Die Straße heißt jetzt "Intifada".



provisorischen Übergangsrat des Irak gegenwärtig so freundschaftlich, dass wir in einigen Fällen als Vermittler zwischen den Irakern und ihren arabischen Nachbarn auftreten. Kurz: Disraeli hatte Recht und unsere eigenen Erfahrungen im letzten Jahrhundert zeigen ganz deutlich, dass sich ehemalige Feinde in Freunde und Verbündete verwandelt haben.

[...] Prinzipiell stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage wir unsere Außenpolitik definieren müssen? Oder einfacher gesagt: Welchen Interessen und Gesetzen muss die Außenpolitik folgen? Nach welchen Kriterien müssen wir die Beziehungen zu einem Staat gestalten oder einen Feind definieren? Disraelis Antwort basierte darauf, dass es letztlich die nationalen Interessen eines Landes sind, an denen sich die Außenpolitik orientieren muss. Wenn es also unseren nationalen Interessen dient, Beziehungen zu Amerika zu unterhalten, müssen wir selbstverständlich solche Beziehungen aufbauen. Wenn uns unsere nationalen Interessen umgekehrt nicht die Pflege von Beziehungen, sondern Feindschaft und Kampf vorschreiben, müssen wir uns daran halten. Und wir müssen allen Persönlichkeiten und Gruppen im In- und Ausland erklären, warum uns die nationalen Interessen im einen Fall die Normalisierung der Beziehungen mit Amerika nicht erlauben, und warum Entspannung und der Aufbau von Beziehungen auf der Agenda stehen müssen, wenn unsere Interessen dies erfordern.

Nichtsdestotrotz war unsere Außenpolitik nicht durchgehend von nationalen Interessen bestimmt. Manchmal spielten ideologische und innenpolitische Überlegungen eine Rolle bei der Bestimmung der außenpolitischen Linie. Nach dem Sieg der Revolution schwankte unsere Diplomatie zwischen Ideologie und politischer Rücksichtnahme sowie zwischen Fraktionsinteressen und dem nationalen Wohl. Im Rahmen dieser Konfliktfelder konnten in den vergangenen 25 Jahren manche politischen Aufgaben nicht eindeutig bearbeitet werden. Einerseits wurde von nationalen Interessen gesprochen, andererseits bestimmte de facto die Ideologie, welche Entscheidungen getroffen und welche politischen Pläne umgesetzt wurden.

Dabei ist die Festlegung nationaler Interessen nicht so kompliziert wie etwa die Überlegungen zur Ordnung einer vernünftigen Stadt von Platon oder Farabi, oder wie die Fragen, welche Gottesvorstellung der heilige Augustin und welchen Begriff vom Wert Karl Marx hatte. Außerdem ist das nationale Interesse keine Kategorie, die immer wieder neu und mit unterschiedlichen Lesarten diskutiert und interpretiert werden kann. Über das nationale Interesse des Iran in Afghanistan, am Kaspischen Meer, in Irak und am Persischen Golf braucht man nicht lange herumzuphilosophieren - wir benötigen ganz einfach Kooperation, Investitionen großer amerikanischer Unternehmen und die Aufhebung der gegen uns gerichteten amerikanischen Boykottmaßnahmen. Schließlich sind die Schäden immens, die unsere Luftfahrtindustrie, unsere Öl- und petrochemischen, aber auch unsere elektrotechnischen Unternehmen, sowie die Medien- und Computerindustrie durch den US-Boykott erlitten haben.



Am Kaspischen Meer sind gerade alle dabei, nach Gas und Öl zu bohren. Wir dagegen können nichts tun, als die Rechtmäßigkeit der verschiedenen Ansprüche am Kaspischen Meer einzufordern. Ist dies nicht ein Resultat unserer Feindschaft mit den Amerikanern? Und weil alle Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres von unserer feindseligen Beziehung mit Washington wissen, besteht für sie gar keine Veranlassung, uns unseren rechtmäßigen Anspruch freiwillig zu gewähren. Müssen wir nicht auch die Tatsache, dass wir in Afghanistan nur noch eine periphere Rolle spielen und in den vergangenen 25 Jahren auf diese Weise Milliarden Tuman verloren haben, auf unsere Feindschaft mit Amerika zurückführen? Könnte uns nicht dasselbe im Irak passieren? Wir geben Milliarden für die militärische Rüstung am Persischen Golf aus. Gibt es einen anderen Grund dafür als unserer Feindschaft mit Amerika? Schaden nicht die fehlenden Investitionen amerikanischer Mutterfirmen der iranischen Öl- und Gasindustrie unseren nationalen Interessen? [...]

Die Apologeten dieser Feindschaft liefern bis heute nur unlogische Argumente: So wird stets erklärt, dass sich Amerika aggressiv verhalte und daher kein Dialog möglich sei. Oder es wird behauptet, dass Amerika dem Islam und der islamischen Revolution prinzipiell feindselig gegenüberstehe und man daher mit Amerika nicht auskommen könne. Es wird behauptet, dass wir unsere Unabhängigkeit und politische Würde aufgeben würden, wenn wir Beziehungen mit Amerika aufbauten. Sie behaupten, dass jeder Dialog als Verhältnis zwischen einem Gewinner und einem Verlierer verstanden werden müsste, da der Iran schwächer sei als Amerika und wir daher automatisch unterlegen seien und uns dem Willen der Amerikaner ergeben müssten. Sie sprechen davon, dass die Amerikaner nicht ehrlich sind, keine guten Absichten verfolgen, dass sie lügen und, und, und....

Es liegt auf der Hand, dass all dies weder Argumente noch Wahrheiten sind. Manchmal handelt es sich um die Folge von "Verschwörungstheorien" und manchmal sollen solche Behauptungen den Antiamerikanismus fortsetzen. Wer sagt eigentlich, dass wir auf all unsere Positionen verzichten müssten, wenn wir eines Tages Beziehungen zu Amerika unterhalten sollten? Sind etwa all jene Staaten, die Beziehungen mit Amerika haben von ihren nationalen Positionen abgerückt? [...] Als unabhängiger Staat müssten wir uns dem Druck der Amerikaner nicht beugen. Schließlich unterhalten wir auch zu anderen Staaten Beziehungen und haben doch nicht auf unsere nationalen Interessen verzichtet. Führen denn normale freundschaftliche Beziehungen mit Russland, China, Japan, Frankreich, Deutschland und England dazu, dass wir gegenüber diesen Mächten kapitulieren?

Die bittere Erfahrung der vergangenen Krisen und Probleme in der Außenpolitik zeigen, dass wir immer dann gegen unsere nationalen Interessen handelten, wenn wir uns von der Ideologie leiten ließen. Auf diese Weise haben wir beste Gelegenheiten versäumt und manche Wahrheiten erst begriffen, als wir mit leeren Händen dastanden. Wir sollten beten, dass wir angesichts unserer fortdauernden Feindseligkeit gegenüber Amerika nicht erneut mit leeren Händen dastehen. Wir



sollten beten, dass wir nicht eines Tages gezwungen sein werden, eine Entspannungspolitik mit Amerika zu beginnen. Wir sollten beten, dass wir es nicht eines Tages bedauern, die Angebote Amerikas ausgeschlagen zu haben als wir zwar tief um Bam trauerten aber noch in Würde lebten. Wir sollten darum beten, dass es uns nicht eines Tages leid tut, auf die zwar nur auf kurze Zeit beschränkten aber moderaten amerikanischen Zeichen nicht positiv reagiert zu haben." ³⁵

Special Dispatch, 7. April 2004 - Iranische Stimmen zum Aufstand radikaler Schiiten im Irak

*Auch in den iranischen Medien werden die heftigen Kämpfe radikaler Schiiten im Irak gegen die amerikanischen Truppen diskutiert. Im Folgenden dokumentieren wir, wie die staatliche Nachrichtenagentur **ISNA** und die reformorientierte Zeitung **Entekhab** die Forderungen des Schiitenführers **Moqtada Sadr** wiedergeben. Dann werden Positionen aus iranischen Medien vorgestellt, die von ihrer Regierung eine klarere Unterstützung der Schiiten im Irak fordern. Dabei haben sich die iranischen Politiker bereits in den letzten Monaten mit Kritik an der amerikanischen Politik im Irak kaum zurückgehalten. So bekundete **Präsident Khatami**, dass die Amerikaner nicht im Namen der Menschenrechte auftreten dürften, weil sie diese ständig verletzen würden. Schärfer noch haben sich Vertreter der Teheraner Büros von **Hamas** und des palästinensischen **Islamischen Jihad** geäußert.*

*Abschließend ein Kommentar der reformislamistischen Zeitung **Sharq**, der die Möglichkeit einer gemeinsamen Front von Schiiten und Sunniten im Irak sowie die Radikalisierung der iranischen Außenpolitik gegenüber der amerikanischen Besatzung diskutiert.*

Nach den Auseinandersetzungen in Nasseriyeh meldete die iranische Nachrichtenagentur **ISNA**, dass sich die italienischen Soldaten inzwischen bereit erklärt hätten, die Stadt zu verlassen. Auf der anderen Seite sollen die Anhänger von Moqtada Sadr inzwischen bereit sein, die Kontrolle der Stadt der irakischen Polizei zu überlassen.³⁶ Die reformorientierte Zeitung **Entekhab** berichtete über Sadrs Attacken gegen die Amerikaner und zitierte ihn mit dem Ausspruch, dass die irakische Bevölkerung "die Krallen Amerikas nicht mehr schweigend, hinnehmen" werde. Weiter habe Sadr die Freilassung der irakischen Gefangenen aus den Gefängnissen der Alliierten, deren Rückzug aus den Wohngebieten und die öffentliche Verurteilung von Saddam Hussein gefordert. Die Besatzer, so Sadr laut

³⁵ Sharq, 8. 1. 2004.

³⁶ ISNA, 6.4.2004: "Sadr: Wir übergeben die Kontrolle der Stadt an die irakische Polizei"



Entekhab, sollten die Verantwortung für Unsicherheit und Gewalt im Land übernehmen. George Bush nannte er "den Führer der Schurken der Welt."³⁷

In der renommierten Website **Bastab** meldeten sich derweil Stimmen, die die "Neutralität" der iranischen Regierung kritisieren. Die "Gleichgültigkeit" der iranischen Regierung verstoße sowohl gegen die nationalen Interessen als auch gegen ihre religiösen Pflichten, erklärte die Redaktion der Bastab.³⁸ Und Seyyed Mostafa Haeri schrieb in einem Kommentar für Bastab: "Der Iran hat in diesen Tagen nicht klar Position bezogen. Was haben denn die Schiiten getan, die von den Wahabiten, den Amerikanern und von den Baathisten getötet werden? Muss nicht die iranische Regierung endlich von den internationalen Instanzen fordern, dass die Amerikaner mit ihren Missetaten aufhören? Damit sagen wir nicht, dass unsere Regierung den Amerikanern mit gewalttätigen Aktionen drohen sollte. Die irakische schiitische Führung betrachtet die dortige Regierung als "Kofar Harbi"³⁹ und wird der irakischen Bevölkerung erlauben, sich bewaffnet zu verteidigen. [...] Die iranische Regierung und die schiitische Geistlichkeit müssen wissen, dass das Schweigen von heute die Amerikaner dazu bewegen wird, in Zukunft die Rechte der irakischen Bevölkerung noch stärker zu unterdrücken. Morgen werden sie Najaf und die kleine Stadt Sadr auch mit F 16 und F 18 angreifen."⁴⁰

Tatsächlich hatten sich jedoch iranische Politiker in den letzten Wochen keineswegs zurückgehalten und die Amerikaner immer wieder aufgefordert, den Irak zu verlassen. In einer am 6.4.2004 vor einem Kreis von Jugendlichen gehaltenen Rede, hatte **Präsident Khatami** erklärt, dass die Amerikaner die Menschenrechte für ihre Interessen instrumentalisieren würden: "Menschen, die weltweit die Menschenrechte verletzen und in ihrem Namen Staaten unter Druck setzen - Menschen, die wegen einer Demonstration eine kleine Stadt mit Panzern beschießen lassen, dürfen nicht von Menschenrechten reden."⁴¹

Bastab berichtet, dass ihrer Redaktion ein Schreiben des irakischen Regierungsmitgliedes Seyyed Abdolasis Hakim vorliege, in dem dieser vor der Fortsetzung der Gewalt gegen die Schiiten warne und die Gefährdung der Stadt Najaf hervorhebe. Hakim spreche von hunderten "Märtyrern".⁴² Darüber hinaus berichtete die offizielle Nachrichtenagentur **ILNA**, dass der irakische Ayatollah Sistani seine Solidarität mit Moqtada Sadr erklärt habe.⁴³

³⁷ Entekhab, 6.4.2004: "Sadr: Das Schweigen über die Besatzer ist nicht mehr angemessen"

³⁸ Bastab, 6.4.2004: "Weder Gleichgültigkeit noch Krieg"

³⁹ Gegen einen "kriegführenden Ungläubigen", Kofar Harbi, gibt es nach schiitischer Lehre ein Kriebsrecht.

⁴⁰ Bastab, 6.4.2004: "Das erstaunliche Schweigen der Geistlichkeit in Qom"

⁴¹ ISNA, 6.4.2004: "Khatami: Reform bedeutet, dass unsere Revolution für Fortschritt ist"

⁴² Bastab, 6.4.2004: "Hakim und Moqtada Sadr gegen Amerika"

⁴³ ILNA, 6.4.2004: "Sistani solidarisch mit Moqtada Sadr"



Auch die örtlichen Vertreter von **Hamas** und palästinensischem **Islamischen Jihad**, Abuasame Abdolmoatali und Abujahad, sind in Teheran in einer Pressekonferenz aufgetreten: Abdolmoatali sagte über die Unterstützung der Hamas für die irakischen Schiiten: "Das 26-Millionen-Volk des Irak ist gut gerüstet und braucht keinen Einsatz einzelner Individuen von außerhalb. Die Hilfe muss propagandistisch und moralisch sein. Wir alle unterstützen das irakische Volk - gleich ob Araber, Sunniten, Schiiten oder Kurden. Wir unterstützen den Widerstand des irakischen Volkes. Die wahre Widerstandsform ist jene, die die Amerikaner zur Zielscheibe macht. Alle Palästinenser sind sich in der Unterstützung des irakischen Volks einig. Die militärische Niederlage der Amerikaner wird auch das Scheitern des amerikanischen Planes für die Region bedeuten."

In ähnlicher Weise stellte Abujahad, Vertreter des Islamischen Jihad in Teheran, den Kampf gegen den gemeinsamen Feind in den Vordergrund: "Der Widerstand in Palästina und im Libanon hat ein gemeinsames Ziel und einen gemeinsamen Weg. Wir haben gemeinsame strategische Ziele, auch wenn sich unsere Schanzen und Fronten unterscheiden mögen. Unser Widerstand stärkt den Kampf der Hisbollah im Libanon. Und auch der Widerstand im Irak ist legitim - wir müssen schließlich gar nicht erst darüber diskutieren, ob Amerika den Irak besetzt hat. Die Präsenz der Amerikaner wurde zunächst mit dem Sturz von Saddam Hussein begründet. Jetzt besteht kein Grund mehr für die Besatzung. Aber Amerika braucht den Irak als neue militärische Basis in der Region. Heute betrachten es alle Palästinenser als ihre Pflicht, eine Antwort auf die Ermordung von Scheich Ahmad Yassin zu geben - darüber müssen wir uns keine Sorgen machen."⁴⁴

Die Lage im Irak und die Konsequenzen für die iranische Politik analysierte Mehran Karami in einem Kommentar für die reformorientierte Zeitung **Sharq**:

"Zunächst schienen die amerikanischen Herrscher im Irak für eine relative Stabilität gesorgt zu haben. Die Machtdemonstration der Anhänger von Moqtada Sadr stellt nun aber die Amerikaner und ihre internationalen Alliierten vor neue Konflikte.

Vor einem Jahr [...] hatten junge zornige Koranschüler, offensichtlich wegen einer Verwechslung, Seyyed Abdolmajid Khoi, einen jungen moderaten Schiiten ermordet, der das Vertrauen der Amerikaner und der Briten genoss. Die Verhaftung eines Freundes von Moqtada Sadr in der letzten Woche, dem vorgeworfen wird, an der Ermordung Khois beteiligt gewesen zu sein, hat den Zorn des jungen Moqtada erweckt. Er will nun beweisen, dass die irakische Bevölkerung nicht nur hinter dem moderaten Ayatollah Sistani, sondern auch hinter ihm steht.

Sistani schien mit seiner Kritik an der Besatzung die Mehrheit der irakischen Schiiten auf seiner Seite zu haben. Es sah so aus, als ob er eine einvernehmliche Position mit

⁴⁴ ILNA, 6.4.2004: "Hamasvertretung in Teheran: Sieg des Widerstandes in Irak, in Palästina und in Libanon"



den anderen Mitgliedern der Übergangsregierung darüber gefunden hatte, dass die Machtübergabe an die Iraker sukzessive realisiert werden müsse. Moqtada Sadr vertrat jedoch eine ganz andere Position.

Sadr hatte das Problem, dass ihn Ayatollah Sistani trotz seiner Bemühungen nie empfangen hatte und er von den irakischen Gelehrten kaum anerkannt wurde. Wegen seiner radikalen Parolen wurde er auch von Paul Bremer und den alliierten Kräften nicht ernst genommen. Und nun könnte mit der Verhaftung von Sadrs Freund, Mostafa Yaqubi, der Khoi ermordet haben soll, auch Sadrs Verstrickung in den Mord zur Sprache kommen.

Vor diesem Hintergrund könnte der Angriff der Sympathisanten von Moqtada Sadr auf die alliierten Kräfte in Basra, Najaf und Al-Sadr eine Flucht nach vorne sein. [...] Nun hat Ayatollah Sistani die Besatzer zwar wegen der Ereignisse in den schiitischen Städten kritisiert, gleichzeitig rief er aber die irakische Bevölkerung zur Ruhe auf. Und da Sistani großen Einfluss auf die irakischen Schiiten hat, ist es sehr unwahrscheinlich, dass sich Sadrs Machtdemonstration und der Aufstand ausweiten.

Sollten die Ereignisse der letzten Tage aber nicht unter Kontrolle kommen, könnte sich eine neue Koalition zwischen den Schiiten, die die Mehrheit der irakischen Gesellschaft ausmachen, und der Minderheit der arabischen Sunniten herausbilden. Dann wäre die Stabilität im Irak und die Sicherheit der Amerikaner und ihrer Verbündeten gefährdet. Denkbar wäre in diesem Fall auch, dass die iranische Außenpolitik radikaler ausfallen und ein entschiedener Kurs gegen die Präsenz der Amerikaner im Irak verfolgt würde. Die Wahrscheinlichkeit dafür wächst mit der Schwächung der Reformen im iranischen Machtgefüge. Eine solche Politik wird die radikalen Muslime im Iran und Irak näher aneinander rücken. Die Reformkräfte unter Führung Khatamis dürften dann ebenso wie die Anhänger Sistanis, die einem nicht-politischen Islam angehören, noch mehr unter Druck geraten." ⁴⁵

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

⁴⁵ Sharq, 6.4.2004: "Vom Terror zum Aufstand"



Special Dispatch, 19. April 2004 Iranische Stimmen zu Entwicklungen in den palästinensischen Gebieten und Irak, zusammengestellt und übersetzt von Dr. Wahied Wahdat-Hagh*

Die folgenden Auszüge aus der iranischen Presse greifen die Entwicklung im Palästina-Konflikt sowie die zugespitzte Lage im Irak auf: So gab der iranische Präsident Mohammad Khatami über die Nachrichtenagentur ISNA eine Erklärung ab, in der er Gott um Beistand für den "Märtyrer" Abdolasis Rantisi bittet. Zur Lage im Irak geben wir Beiträge wider, welche den Widerstand schiitischer Gruppen begrüßen und den Einfluss Israels und Irans auf die US-Wahlen kommentieren.

Zum Tod von Hamas-Führer Rantisi

Zur Ermordung des politischen Führers der Hamas, **Dr. Abdolasis Rantisi**, hat **Mohammad Khatami**, der iranische Präsident, eine Erklärung abgegeben, in der er Rantisi und dessen "Märtyrertod" würdigt und Israel und die USA für Gewalt und Unsicherheit in der Region verantwortlich macht:

"Im Namen des barmherzigen Gottes. Erneut hat der Staatsterrorismus der herrschenden Regierung in Israel einen Sohn des bescheidenen palästinensischen Volkes unfair den Märtyrertod sterben lassen. Vor weniger als einem Monat wurde der Terroranschlag gegen Scheich Ahmad Yassin verübt. Nun wurden Dr. Rantisi und zwei seiner Begleiter zur Zielscheibe des Hasses der Besatzer von Jerusalem. Zweifellos besteht in der bedenkenlosen Unterstützung der schmutzigen Verbrechen des zionistischen Regimes durch das Weiße Haus der Hauptgrund für die Fortsetzung von Terrorpolitik und Unterdrückung. Wie ich schon oft gesagt habe, ist der israelische Staatsterrorismus die Hauptursache der Feindseligkeiten und der Unsicherheit in der Region. Solange keine entschiedenen Maßnahmen zur Zählung der aggressiven Politik des zionistischen Regimes unternommen werden, wird die Region täglich gewalttätiger und unsicherer werden. Ich gratuliere dem heldenhaften und aufrichtigen palästinensischen Volk und spreche ihm mein Beileid aus, dass sein kämpferischer Sohn mutig im islamischen Widerstand den Märtyrertod gestorben ist. Ich bin mir sicher, dass der islamische Widerstand den Kampf gegen die Besatzung bis zur Rache für das Blut dieser Lieben fortsetzen wird. Ich bitte den erhabenen Gott um die höchsten Ränge für diesen großzügigen Märtyrer Dr. Rantisi und für alle Märtyrer im Widerstand und im palästinensischen Kampf." (ISNA, 18.4.2004)

Zur Lage im Irak: USA sind Gewaltverbrecher und Kriegstreiber

Wie ILNA berichtete, erwäge der religiöse schiitische Führer **Ayatollah Ali Sistani** die Verkündung einer Fatwa, die es den Schiiten erlaube, Waffen zu tragen. Sistani habe die Amerikaner mehrfach gewarnt, die heiligen Städte Najaf und Karbala anzugreifen (ILNA, 17.4.2004) und die heiligen Städte als "rote Linie" bezeichnet.



(**Fars News Agency**, 16.4.2004) Die Nachrichten-Website **Baztab** erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Bombardierung der Moschee in Kufa ein amerikanischer Test sei, um die Reaktion der Iraker zu testen. Die Moschee sei ein heiliger Ort der Schiiten. (Baztab, 17.4.2004)

Zur iranischen Vermittlerrolle im Irak hieß es auf der Website des iranischen Außenministeriums, dass Außenminister **Kamal Kharasi** betont habe, dass der Iran eine "Vermittlung zwischen den Aufständischen und den Besatzern ablehnt". Kharasi verwies auf die "legitime Forderung der irakischen Bevölkerung auf einen schnellen Abzug der Besatzer und auf eine Machtübergabe an die Iraker. (Iranisches Außenministerium, 15.4.2004) Weiterhin erklärte er: "Natürlich gibt es unter diesen Bedingungen weiterhin Krieg. Und die Ursache des Krieges ist die Besatzung und die falsche Politik der Amerikaner auch gegen die Islamische Republik Iran." (ILNA, 16.4.2004)

Besonders scharf griff **Ayatollah Emami Kaschani**, Mitglied des Schlichtungsrates, die USA bei seinem Freitagsgebet an: "Heute ist Amerika Anführer der Gewaltverbrecher und Kriegstreiber. Im Namen des Kampfes gegen Terrorismus forcieren die Amerikaner selbst den Terrorismus, insbesondere den israelischen Staatsterrorismus. Immer wenn es der amerikanischen Regierung genehm ist, unterstützen sie die guten Terroristen und wenn ihre Interessen bedroht sind, gilt der Terrorismus als böse. Die Amerikaner werden für diese Strategie einen hohen Preis zahlen. Die Iraker müssen sich alle hinter Ayatollah Sistani stellen, um eines Tages die Besatzer verjagen zu können." (Jomhuriye Eslami, 17.4.2004) In einem weiteren Artikel derselben Ausgabe empfiehlt die Zeitung Jomhuriye Eslami den Irakern, "die Schnauzen der Besatzer in den Staub" zu drücken und ihre Kampfmoral zu stärken. Imam Khomeini habe die Amerikaner als den "großen Satan" bezeichnet [...] und Erfolg gehabt, weil er Amerika bloßstellte und den Sieg der libanesischen Hezbollah über das zionistische Regime feierte.

In der Zeitung **Resalat** kam **Hojatoleslam wal Moslemin Mohammadresa Faker** zu Wort: "Die moralische Macht und der Einfluss der islamischen Revolution versetzen die Welt der Arroganz in Schrecken. Das ist die Ursache, warum die Feinde sich mit aller Kraft gegen die Islamische Republik verschwören. Die Mächte der Arroganz unter Führung der Amerikaner agitieren gegen die islamische Revolution, die von einer religiösen Weltanschauung geprägt ist. Sie sind erbost, weil die attraktive Moral der islamischen Revolution das menschliche Leben in seinen Tiefen berührt. Imam Hussein hat, um den wahren Weg zu finden, einen Aufstand organisiert und ist den Märtyrertod gestorben. Der Jihad ist ein Bestandteil des koranischen Gebotes 'zu gebieten, was recht ist, und zu verbieten, was verwerflich ist.'" (Resalat, 17.4.2004)

Zu Moqtada Al-Sadr

Schon am 13. April hatte die reformislamistische Zeitung **Sharq** erklärt, dass die militanten von der Zeitung als "Fundamentalisten" bezeichneten Kräfte von Moqtada



Al-Sadr mit ihren Terroranschlägen nicht aufhören würden und diese Anschläge mit der Irak-Politik der Amerikaner gleichgesetzt, die eine Demokratisierung lediglich vortäusche. (Sharq, 13.4.2004)

In derselben Zeitung kommentierte Frau **Farsane Rustai** die politische Entwicklung im Irak: "Ziel der Amerikaner ist es, dass sich alle schiitischen und sunnitischen Gruppen auf einer Linie in der Mitte treffen. Am 30. Juni soll der provisorische Regierungsrat in eine permanente irakische Regierung verwandelt werden. Dann werden sich die politischen Institutionen gar nicht mehr auf die Stimmen der Bevölkerung stützen können und das Schicksal der irakischen Republik nur von den Verhandlungen und Vereinbarungen der Stammesführer und der großen religiösen Anführer bestimmt werden.⁴⁶ Nach diesem Maßstab herrscht gegenwärtig bereits die provisorische Regierung in Irak und auch in der afghanischen Stammesgesellschaft. In einer Stammesgesellschaft ist die Unterdrückung der Widersacher der Schlüssel zum Erfolg. Wenn es zu keiner Verständigung mit einem jungen revolutionären Geistlichen wie Al-Sadr kommt, wird eben die Bevölkerung [seine Anhänger] [gewaltsam] unterdrückt."

Rustai kritisiert: "Die irakische Mittelklasse, die vor einem Jahr noch von Saddam Hussein infiziert war, schweigt und beobachtet das Geschehen. (...) Diese Mittelklasse ist nicht bereit, einen Aufstand gegen die Besatzer zu unternehmen. Die bewaffneten Gruppen, wie die der 'Armee Mahdis', sind kleine Gruppen, die jeweils nur ein paar dutzend oder ein paar hundert Mitglieder haben. Die Sympathisanten dieser Guerillagruppen werden schnell isoliert, wenn ihre Führer getötet werden. Obwohl Moqtada Al-Sadr von seinen Positionen abgerückt ist, kann er in den kommenden Tagen nach einem Angriff der Amerikaner auf Najaf und Kufa noch verhaftet werden. Falls die Lobby, die sich für den Dialog [mit den Amerikanern] einsetzt, ihn nicht zum Schweigen bringen kann, wird er wie Saddam Hussein ganz leicht verhaftet werden können." Die Autorin schließt mit der Bemerkung, dass die Stützung bewaffneter Kräfte im Irak auf keinen die nationale Sicherheit des Iran gefährden dürfe. Schließlich beeinflusse das Geschehen im Irak die politischen Verhältnisse im Iran. (Sharq, 17.4.2004)

Zum Einfluss "der Zionisten" und des Iran auf die US-Wahlen

In den USA selbst habe mittlerweile, so der Direktors der News Site **Baztab**, **Foad Sadeqi**, in einem Kommentar zum US-Wahlkampf, der Schicksalskampf des Präsidenten Bush begonnen. Im Gegensatz zu den früheren Wahlkämpfen fänden

⁴⁶ Offenbar kritisiert die Autorin die in diesem Fall befürchtete Einflusslosigkeit des kleinen extremistischen Schiitenführers, Moqtada Al Sadr. Dieser wird hier als schiitischer Revolutionär und in der Tradition von Ayatollah Khomeini gesehen, der weiterhin Vorbild für viele Anhänger einer Fortsetzung der islamischen Revolution in der Region ist.



die "Meetings" und Kämpfe dieses Mal nicht in den großen amerikanischen Städten statt, sondern im Mittleren Osten. Hier werde die Zukunft des Weißen Hauses entschieden. Sadeqi schreibt:

"Das Dreieck aus ‚Zionismus‘, ‚Wahabismus‘ und ‚Schiitentum‘ hat eine unwiderlegbare Relevanz für die amerikanischen Wahlen." Im Rahmen dieses komplizierten Beziehungsgeflechts habe der israelische Ministerpräsident Sharon, der zu den "einflussreichen Gesichtern der zionistischen Lobby" gehöre, ohne Zustimmung von Bush von der Ermordung Arafats gesprochen. "Diese Äußerungen Sharons haben gezeigt, dass das Gleichgewicht zwischen Tel Aviv und Washington in den letzten zwei Jahren ins Wanken geraten ist. Sharon war bisher von der direkten finanziellen Unterstützung der Amerikaner sowie der amerikanischen Unterstützung im Sicherheitsrat und in anderen internationalen Gremien abhängig. Sharon muss daher seine Politik mit den Neokonservativen in Übereinstimmung bringen. Angesichts der letzten Regierungsmonate von Bush und der entscheidenden finanziellen Rolle der Zionisten bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen weiß Sharon aber, dass Bush von ihm abhängig ist. Er übt nun Druck auf ihn aus, um im israelischen Interesse Punkte zu machen. Andererseits wird die zionistische Lobby bei den kommenden Wahlen die demokratischen Gegenspieler unterstützen. Die Demokraten sind wahrscheinlich bereit, Zugeständnisse zu machen, um die Unterstützung der Zionisten zu gewinnen. Es gibt aber noch eine Bedrohung für Bush: Der Wahabismus hat sich inzwischen in Al-Qaida organisiert." Sadeqi betont: "Die arabischen Regierungen gelten als die inoffiziellen und heimlichen Unterstützer der Wahabiten. Für sie ist es positiv, wenn die Amerikaner im Irak in Bedrängnis geraten - können sie doch dann das, was sie im Irak unternommen haben in anderen arabischen Staaten nicht wiederholen. Daher widerspricht eine Niederlage für Bush keineswegs ihren langfristigen Interessen."

Der Iran, so heißt es weiter, könne ebenfalls eine große Rolle im US-Wahlkampf spielen. Dann nämlich, wenn er seine Politik der Neutralität im Irak aufgebe: "Die Islamische Republik Iran, die über genügend Mittel verfügt, um den Amerikanern zu schaden, hat indes die Sicherheit der Region im Auge. Der Iran hat daher die Spannungslinie nicht überschritten und damit seine Neutralität im Mittleren Osten bewiesen. Die Frage ist aber, was die irakischen Schiiten und die Islamische Republik von dieser Neutralität haben? Tatsache ist doch, dass die Amerikaner gegenüber den Schiiten keineswegs guten Willen bewiesen und gegenüber dem Iran ihre feindselige Politik fortgesetzt haben. (...) Sollten die irakischen Schiiten und die islamische Republik Iran ihre Politik gegenüber den Amerikanern revidieren, wird diese dritte Ecke Bush erheblichen Schaden zufügen und seine Wiederwahl erschweren. Sollten sich also die Unruhen im Irak verstärken und sollte der Iran seine Neutralität mindern, würde das die Niederlage des Weißen Hauses im Mittleren Osten besiegeln. Die Neokonservativen müssen nun selbst ihr Schicksal bestimmen und Entscheidungen bezüglich der dritten Ecke im Dreieck, d.h. bezüglich des Schiitentums treffen. Dabei muss Bush gar nichts besonders Kompliziertes



unternehmen: Er muss nur die Würde der Schiiten im Irak achten, die Verfassung des Irak korrigieren, seinen Druck auf Iran mindern und diesen endlich als regionale Macht anerkennen." (Baztab, 7.4.2004)

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 24. August 2004 - Kommentare zur iranischen Außenpolitik

*Vor allem in der Frage des Atomprogramms und im Hinblick auf Teherans Rolle bei den Entwicklungen im Irak steht die iranische Außenpolitik gegenwärtig im Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit. Als deren Leitlinien benannte der religiöse Führer des Iran, **Ayatollah Ali Khamenei**, in einem Vortrag noch einmal die Grundprinzipien der islamischen Revolution. Er distanzierte sich dabei sowohl von einem "liberalen" wie auch von einem "Steinzeitislam". Amerika habe sich als Supermacht isoliert, so Khamenei, der in diesem Zusammenhang noch einmal Irans Haltung in der Atomfrage darlegte.*

***Ebrahim Yasdi**, Sprecher der legalen Opposition der **Nehsate Asadi** (Freiheitsbewegung) warnte hingegen vor einem europäisch-amerikanischen Konsens gegenüber dem Iran. Der Iran müsse versuchen, wieder diplomatische Beziehungen mit den USA zu entwickeln.*

*Als einer der Sprecher der traditionellen rechten Islamisten im Majless (Parlament) konkretisierte **Mohammadresa Bahonar** die Haltung der iranischen zur irakischen Regierung, indem er vier irakische Minister als "CIA-Elemente" bezeichnete. Überdies forderte, **Mahmud Mohammadi**, stellvertretender Vorsitzender des nationalen Sicherheitsrates des Iran, dass der Iran **Moqtada Sadr** unterstützen solle.*

Der iranische Revolutionsführer zur Außenpolitik

Die Zeitung Sharq berichtete über die Rede von **Khamenei**: "Bei einem Treffen mit den Beamten des Außenministeriums und den Botschaftern in den Außenvertretungen des Iran erklärte der 'Revolutionsführer': ‚Die Ziele und Strategien sowie der generelle Rahmen der iranischen Außenpolitik folgen weiter den Zielen der islamischen Revolution vor 25 Jahren. [...]‘ Ayatollah Khamenei bezeichnete den Kampf gegen fremde Hegemonialmächte, die Verteidigung der Moslems und der unterdrückten Völker als die stabilen Prinzipien der iranischen Außenpolitik. Er beteuerte: ‚Es ist möglich, dass unter bestimmten Bedingungen taktische Mittel in der Außenpolitik eingesetzt werden, aber der Geist und das Wesen der Außenpolitik der islamischen Ordnung hat sich keineswegs verändert und wird



sich auch nicht verändern. [...] Die Feinde des Iran sind sich darüber bewusst, dass die Macht des Iran wächst. Zumal die islamische Wachsamkeit den Völkern die Angst vor den Supermächten genommen und den islamischen Massen eine Identität gegeben hat, die ein Resultat der islamischen Revolution des iranischen Volkes ist. Täglich wächst der Widerstand der Weltöffentlichkeit gegen die liberale Demokratie des Westens. Der Hass der Welt auf Amerika wächst so stark, dass die faktisch isolierte Regierung dieses Landes vor einer politischen Niederlage steht. [...] Wir verteidigen einen Islam, der auf den drei Prinzipien der Moral, der Rationalität und der Gerechtigkeit beruht. Unser Islam unterscheidet sich sowohl vom Steinzeit-Islam, als auch vom liberalen Islam. Er beruht auf Weisheit und Vernunft und betont das Prinzip der Gerechtigkeit. [...] Wir müssen all unsere weltweiten bilateralen Beziehungen aktiver gestalten und unsere Ziele und unsere Stärke bekannter machen. In Bezug auf Fragen wie Menschenrechte, Minderheitenrechte, Kampf gegen den Terrorismus, Frauenrechte, das Verbot der Nutzung von Massenvernichtungswaffen oder der gleichen Rechte aller Regierungen zur Nutzung von Atomenergie sind wir es, die Forderungen zu stellen haben und nicht die Westler. Denn wir haben die gerechten Positionen. Wir müssen unsere Positionen offensiv und aktiv propagieren. Im Zusammenhang mit unserem Atomprogramm haben wir damit begonnen, das Vertrauen der Atomenergiebehörde (IAEA) zu gewinnen. Dabei sollten wir überlegt vorgehen. Diejenigen, die einen Aufstand darüber inszenieren, dass wir Zentrifugenteile bauen, stellen unser Recht auf die Nutzung der Atomenergie in Frage. Manche westlichen Eliten verstehen aber die logischen Positionen des Iran und akzeptieren diese." [Sharq, 17.8.2004]

Zur Gefahr eines europäisch-amerikanischen Konsenses

In anderem Tonfall äußerte sich **Ebrahim Yasdi**, Sprecher der "legalen Opposition" der Nehsate Asadi⁴⁷, zum Verhältnis zu den USA: "Der Iran muss sich darum bemühen, dass die europäischen und amerikanischen Positionen keine Einheit bilden. Wenn sie einen gemeinsamen Weg gehen, dann wird die iranische Akte beim Sicherheitsrat landen. Die Beendigung diplomatischer Beziehungen ist kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche. Selbst während des Krieges gegen den Irak haben wir noch diplomatische Beziehungen mit der irakischen Regierung gehabt. Dies war sehr positiv. Wenn wir diplomatische Beziehungen mit Amerika aufnehmen, heißt das nicht, dass wir alles akzeptieren werden, was sie uns diktieren. Wir müssen die Beziehungen so aufbauen, dass die Interessen beider Seiten gewahrt bleiben." [ILNA, 19.8.2004]

Zur irakischen Regierung und Moqtada Sadr

Das Majlessmitglied, **Mohammadresa Bahonar** stimmte grundsätzlich den von Khamenei genannten außenpolitischen Positionen zu und formulierte eine iranische

⁴⁷ Die Nehsate Asadi vertritt aus Sicht des iranischen Revolutionsführers, Ali Khamenei, einen zu westlich orientierten "liberalen" Islam.



Haltung zur irakischen Regierung: "Amerika hat in Eile eine Regierung im Irak installiert, die eine Vermittlungsrolle spielen soll, wenn Amerika dort ein Gemetzel veranstaltet. Vier Minister der irakischen Regierung - der Premierminister, der Verteidigungsminister, der Staatsminister und der Gouverneur von Najaf - gehören zu den US-Elementen. Sie wollen die irakische Bevölkerung spalten und Intrigen zwischen ihnen fördern. Der Auftrag der CIA-Elemente in der irakischen Regierung ist die Zerschlagung des irakischen Widerstandes gegen die Besatzung. Das Ergebnis wird jedoch nicht im Sinne der Bushregierung ausfallen, sondern die Lage komplizierter machen." [ILNA, 20.8.2004]

Auf die Aufständischen im Irak ging auch **Mahmud Mohammadi** ein. Der stellvertretende Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates forderte eine staatliche Unterstützung des irakischen Widerstandes: "**Moqtada Sadr** ist jemand, der gegen die Besatzung kämpft, der protestiert, um sein Land zu befreien. Diese Form des Protestes ist vernünftig. Die islamische Welt muss eine Strategie gegen die wilde Besatzung des Irak entwickeln. Die islamische Republik Iran muss Moqtada Sadr, diese Persönlichkeit, die sich gegen die Besatzung stellt, verteidigen. Wenn wir das Prinzip der Verteidigung der islamischen Werte und der islamischen Freiheiten auf unsere Fahnen geschrieben haben, dürfen wir natürlich nicht negativ auf seinen Kampf reagieren. Unser Land hat Einfluss im Irak und wir müssen diesen Einfluss machtvoll nutzen und dem Irak auf diplomatischem Weg helfen. Der Iran muss im Irak aktiver werden und darf keine Angst haben, dass seine Präsenz im Irak als eine Politik der Einmischung verstanden wird. Wenn die Islamische Republik Iran und die islamische Welt jetzt schweigen, wird die Krise des Irak und der heiligen Stätten auch auf alle anderen islamischen Länder übergreifen. Warum haben wir eigentlich keine Reaktionen gezeigt, als Amerika mit der Diskussion über den neuen Mittleren Ostens begann? Warum haben wir nicht direkt auf die expansive Politik Amerikas geantwortet?" [ILNA, 22.8.2004]

Special Dispatch, 9. September 2004 - Harsche Kritik eines iranischen Theoretikers der Revolutionären Garden am 'Dialog der Kulturen'

Dr. Hassan Abbasy wird als ‚Theoretiker des Geheimdienstes der revolutionären Garden‘ bezeichnet. Darüber hinaus leitet er das "Zentrum für nationale Sicherheit ohne Grenzen".⁴⁸ Besonders berühmt sind seine Reden aus den 80er Jahren. Heute kann man seine alten und neuen Reden aus dem Fernsehen oder von anderen

⁴⁸ Dabei handelt es sich um ein Forschungszentrum der Revolutionären Garden, welches über politische und militärische Ziele im In- und Ausland („ohne Grenzen“) Nachforschungen anstellt.



Veranstaltungen überall im Iran auf CD kaufen. Da er seit Anfang August nicht mehr im staatlichen Fernsehen auftreten darf, hält er inzwischen im Gebäude der ehemaligen US-Botschaft, die man im Iran "Netz der Spione" nennt, öffentliche Vorträge. Im Folgenden dokumentieren wir einen Vortrag, den er an der Technischen Universität von Teheran hielt und der dazu führte, dass er nicht mehr im staatlichen Fernsehen auftreten darf. Die von uns übersetzten Auszüge aus dieser Rede stammen von der Website von Dr. Hassan Abbasy.⁴⁹ Auf dieser weiterhin zugelassenen Website gibt es allerdings drei verschiedene Fassungen seines insgesamt fünfzigminütigen Vortrages, wobei die gravierenden Unterschiede oder Zusätze in den Anmerkungen dokumentiert werden:

"Farsnews - [...] Abbasy: ‚Ihr könnt euch nicht gegen die Zivilgesellschaft und die Demokratie des Westens wehren - begrüßt sie daher mit Genuss. Ihr Reformier handelt gemäß des angelsächsischen Sprichwortes: Wenn man Dich vergewaltigt und Du kannst Dich nicht wehren, dann leiste keinen Widerstand und genieße es. [...] Als in Bosnien und in Herzegowina ein Völkermord stattfand, zerstörten israelische Bulldozer im Gazastreifen palästinensische Häuser. Qatar, Kuwait, Bahrain, Burkina Faso, Japan und Italien verurteilen diese Vorgehensweise und die Islamische Republik begnügte sich ebenfalls nur mit einer Verurteilung. Wofür ist eigentlich die Islamische Republik gut?

Der Vorsitzende des Forschungszentrums für die nationale Sicherheit ohne Grenzen fügte hinzu: ‚Schämt euch, dass ihr von Modernität sprecht und die Gesellschaft dazu auffordert, in ein modernes Zeitalter zu gehen. Worin unterscheidet ihr euch [dabei] von Muammar Ghaddafi? Was unterscheidet eigentlich die Führer des Iran von der politischen Führung anderer Staaten?⁵⁰

[...] Der ‚Dialog der Kulturen‘ hat dazu geführt, dass die Amerikaner und die Israelis ihre Kriege begonnen haben. Die politischen Führer eines islamischen Staates werden dann vom Westen kritisiert, wenn sie einen Schritt jenseits der roten Linie, d.h. jenseits [ihrer] Vorstellungen von Menschenrechten, Zivilgesellschaft, Liberalismus und Demokratie unternehmen. Sie nutzen die Achillesferse der islamischen Welt indem sie androhen dass, wenn [ihre] Menschenrechts-

⁴⁹ <http://www.drabbasy.persianblog.com/> , 8. September 2004

⁵⁰ An dieser Stelle gibt es eine ergänzende Version der Website Sfarzaneh, laut der Abbasy hinzufügt: ‚Unsere Führer und Beamten sind wie die Männer, deren Frauen man vor ihren Augen vergewaltigt. [...] Wann darf unsere islamische Jugend ihre unterdrückte Wut zum Ausdruck bringen? Die islamische Welt braucht Guerillas und nicht Führer, die von einem Dialog schwafeln. Unser Präsident spricht von der Zivilgesellschaft. Dabei wird genau die Zivilgesellschaft vom Westen als Vorwand benutzt, um in den Mittleren Osten einzudringen, Herr Präsident! Sie haben sechs Jahre lang vom ‚Dialog der Kulturen‘ gesprochen und haben dadurch erreicht, dass die Grenzen unseres Landes immer enger wurden. Warum haben Sie denn mit Ihrem Plan nicht den ‚Krieg der Zivilisationen‘ verhindern können?! Was hat denn Ihr ‚Dialog der Kulturen‘ außer der Besetzung des Iraks und von Afghanistan gebracht, Herr Präsident? Heute hat die amerikanische Jugend T-Shirts, auf denen Bilder von Patronen und Bomben neben dem Iran abgebildet sind. Herr Khatami! Warum haben Ihre Parolen bezüglich einer Zivilgesellschaft so viel Ähnlichkeit mit denen von George Bush? [...]‘



Zivilgesellschafts- Liberalismus-, und Demokratievorstellungen nicht berücksichtigt werden, werde man die Angelegenheit vor der UNO diskutieren. Ein Beispiel für ein solches Vorgehen ist die Diskussion um Atomwaffen. Man droht uns damit, die Atomakte vor die UNO zu bringen. [...].'⁵¹

Abbasy spricht von einer Front der Ungläubigen, der Feinde Gottes und der Feinde der Moslems. Alles, was an diesen Fronten für den Terror und die Erzeugung von Schrecken passiere, sei heilig und ehrenhaft. Abbasy: ‚Die libanesische Hisbollah, die Jihad Eslami und die Hamas werden von solchen [heiligen und ehrenhaften] Händen geführt. Dies ist keine Verrohung. Dies ist der ‚Dialog der Kulturen‘, der sie zwingt sich zu ergeben.‘ Der Jihad sei ein religiöser Gewinn, so Abbasy weiter: ‚Unsere eigentliche Waffe ist der Jihad. Wer den Jihad als Rohheit und Terrorismus charakterisiert, will unsere Waffe entschärfen. Wir aber sind stolz auf den Jihad. Denn mit dem Jihad werden die Säulen der Gottlosigkeit zum Erzittern gebracht.‘

Abbasy verwies darauf, dass Armeen aus 38 Staaten der Welt im Irak stationiert seien und dass es 30.000 tote Iraker gebe und bemängelte, dass in den drei Weltkriegen [sic! d.R.] Millionen von Menschen verletzt wurden. Weiter sagte er: ‚Die Modernität, das Judentum und das Christentum benutzen den Islam von drei Seiten als Zielscheibe. Modernität ist die verrotteste Form des Denkens, das die Welt je erlebt hat.‘ Im Zusammenhang mit der iranischen Finanzhilfe von 175 Millionen Dollar an Afghanistan sagte Abbasy: ‚Was macht eigentlich unser nationaler Sicherheitsrat. Sie stärken mit der finanziellen Hilfe für Afghanistan und den Irak die amerikanischen Stützpunkte in beiden Ländern. Wer so etwas tut, begeht Verrat an dem iranischen Volk und am Islam.‘

Amerika habe in Afghanistan und im Irak den Satz: ‚Im Namen Allahs, des Erbarmers, des Barmherzigen‘ verboten. Statt Arabisch werde Englisch geschrieben und die Suren über den Jihad und das Martyrium seien aus den Schulbüchern verbannt worden. Abbasy weiter: ‚Die Vermischung der Rasse eines Volkes gehört zu den amerikanischen Strategien. Den amerikanischen Kräften wurde befohlen,

⁵¹ Die Website Sfarzaneh dokumentiert eine ergänzende Passage Abbasys: ‚Wenn sich jemand einen Bombengürtel umbindet, um seine Ehre zu verteidigen, nennen sie ihn einen Terroristen. Ich bin stolz darauf, dass ich gegen die Zivilgesellschaft kämpfe. Sollen sie doch schreiben, dass Abbasy der Theoretiker des Terrors und der Verrohung ist. Sie sagen, der Jude ist demütig. Dieser ‚demütige Jude‘ zerstört jede Nacht die Häuser der palästinensischen Bevölkerung. Sie bezeichnen unseren Widerstand als Verrohung und Terrorismus, wir jedoch müssen unsere Strategie verteidigen. Ich bin stolz darauf, etwas zu unternehmen, was den Amerikanern Angst einjagt. Ein solcher Terroranschlag ist heilig. Haben sich denn die Moderne, das Judentum und das Christentum nicht mit Gewalt durchgesetzt? Es ist eine Ehre ihnen diese Gewalt zurückzuzahlen. Wenn wir während des Krieges gegen den Irak auf die Worte von Banisadr gehört hätten, der Gewaltlosigkeit predigte, würde Khoramshahr [Stadt im Süden des Iran] inzwischen dem Irak und Amerika gehören. Wir müssen Widerstand leisten. Entweder wird auch Sicherheit uns gewährleistet oder niemand soll sich sicher fühlen. Wir sind der Überzeugung, dass der Islam nicht auf die Grenzen der Islamischen Republik beschränkt ist. Wenn unsere Ehre und Würde infrage gestellt wird, werden wir inner- und außerhalb unserer Grenzen aktiv werden.‘



dass es nach der Invasion in ein Land ihre Pflicht sei, die Rasse des jeweiligen Landes zu verändern.'

So seien laut Abbasy folgende Schritte dagegen zu unternehmen: ‚Zunächst müssen wir vier Schritte in Angriff nehmen: Die Feinde kennen lernen, ihre Ziele studieren und daraufhin zwar nicht sie selbst aber ihre Strategien angreifen. Genauso wie der Westen unsere [Vorstellungen von] Jihad und Martyrium angegriffen und somit ineffektiv gemacht hat.'

Abbasy äußerte seine Skepsis bezüglich des Zentrums für den Dialog der Kulturen⁵². Ein Zentrum mit demselben Ziel sei drei Jahre vor der islamischen Revolution von 1979 von Roger Garaudy in Frankreich gegründet worden.

Abbasy betonte im Zusammenhang mit der Diskussion um den Transfer des iranischen und arabischen Kapital (53 Milliarden Dollar) aus den USA, dass diese Kapitalflucht aufgrund eines iranischen Vorschlags zustande gekommen sei. Abbasy: ‚Ein Neuntel der 470 Milliarden Dollar, die im Staatsbudget Amerikas fehlen ist auf unsere Beratung zurückzuführen. Und hiermit erklären wir, dass wir die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wurzeln Amerikas austrocknen werden.'

Bezüglich der 29 [militärischen] Schwachstellen der USA und des [übrigen] Westens, die als potentielle Angriffsziele dienen, sagte er: ‚In unseren Plänen haben wir mehr als sechstausend atomare Sprengköpfe Amerikas im Visier, die man sprengen könnte. Außerdem werden wir die Schwachstellen unseren Guerillaorganisationen bekannt geben und mit ihnen gemeinsam die notwendigen Schritte unternehmen. Wir haben auch für England eine eigene Abteilung geschaffen. Der Sturz der englischen Regierung gehört zu unserer Agenda.' [...]"

"ISNA - Abbasy: ‚ Im ‚Krieg der Zivilisationen' haben die Reformer durch ihre Parolen den Weg für den 11.9. geebnet. Sie haben im ‚Dialog der Kulturen' von der Welt gefordert die Waffen niederzulegen, damit Amerika und England aktiv werden können. [...] Der Koran schreibt vor, dass die Antwort auf die Eroberer der Jihad ist. In den letzten Jahren ist jedoch der Geist des Jihad und der Wille zum Martyrium geschwächt worden. Die Identität eines jeden Volkes ist seine Sprache, sein Land, seine Rasse und seine Religion. Die Amerikaner haben es in Afghanistan und im Irak geschafft, durch die Einführung der lateinischen Sprache die Identität dieser Völker zu verletzen.' Weiterhin erinnerte Abbasy daran, dass die USA im letzten Jahr durch den Stromausfall einen Schaden von 35 Milliarden Dollar erlitten haben. Abbasy weiter: ‚Wir haben in unserem Forschungszentrum für nationale Sicherheit ohne Grenzen alle Schwachpunkte der westlichen Zivilisation identifiziert. In naher Zukunft werden diese Statistiken und Informationen auf unserer Hauptseite im Internet veröffentlicht werden.]"

⁵² Dieses Zentrum wurde von Khatami gegründet.



Special Dispatch, 18. Januar 2005 - Kommentar zu angeblichen US-Angriffsplänen ⁵³

*Für die reform-islamistische Zeitung **Sharq**, die für einen Dialog mit Europa plädiert und von den Europäern erwartet, dass diese sich von der Politik der USA distanzieren, kommentierte heute **Mehran Karami** den Bericht des US-Journalisten **Seymour M. Hersh** über die Vorbereitung von Militärschlägen der USA gegen den Iran. Unter der Überschrift "Der Traum von Rumsfeld" meint Karami, dass es angesichts der Entwicklungen dazu kommen könnte, dass der Iran seinen Dialog mit Europa beendet und aus dem **NPT-Vertrag** aussteigt:*

‘Die europäischen Staaten kommen in eine schwierige Lage’

"Der in der letzten Sonntagsausgabe der Zeitschrift THE NEW YORKER erschienene Bericht des amerikanischen Journalisten Seymour M. Hersh enthält Nachrichten, deren Tragweite erst in den kommenden Tagen zu erkennen sein wird.

Seymour Hersh gehörte zu den ersten, die die Schande von Abu Ghareib enthüllten. Laut BBC ist Hersh mit seinem investigativen Journalismus zum Experten für Sicherheitspolitik avanciert. Ungeachtet dessen monierte das Weiße Haus in seiner ersten Reaktion auf den Bericht, er sei unbegründet und unpräzise. [...]

Der Bericht von Hersh besteht aus Informationen und einer Analyse. Er befragte eine Vielzahl von Personen, die anonym bleiben. Seine Gesprächspartner reichen von einem iranischen Hochschullehrer, der an einer europäischen Universität lehrte, bis zu einem hohen US-Geheimdienstmitarbeiter. Dieser sei, so Hersh, Mitglied der amerikanischen Aufklärungskommandos gewesen, die 2003 vom Pentagon mit Erkundungsmissionen beauftragt worden waren. Er soll inzwischen in Pakistan mit Atomwissenschaftlern und -technikern zusammenarbeiten. Als Reaktion darauf erklärte der Sprecher des pakistanischen Außenministeriums, dass Pakistan im Hinblick auf das iranische Atomprogramm nicht mit dem Geheimdienst der USA kooperiert habe.

In seiner Analyse vertritt Hersh die These, dass George Bush den Iran als strategisches Ziel im Visier habe. Seine Analyse stützt sich auf Informationen über die Aktivitäten eines amerikanischen Aufklärungskommandos, das über Afghanistan in den Iran gekommen sei und dort in den letzten sechs Monaten militärische Anlagen ausgekundschaftet hätte, um einen Militärangriff auf Iran vorzubereiten.

Diesen Plan habe man noch vor der Wiederwahl von Bush konzipiert. Als Diplomaten einiger Industriestaaten gerade mit dem Weißen Haus über Verhandlungen mit dem Iran berieten und Powell und Bush noch eine diplomatische Lösung befürworteten,

⁵³ MEMRI



waren Donald Rumsfeld, sein Sekretär Paul Wolfowitz und Douglas Feith vermutlich schon dabei, militärische Operationen gegen den Iran auf ihre Prioritätenliste zu setzen. Diese drei Personen identifiziert Hersh als Kern der reaktionären Neokonservativen unter dem Zivilpersonal im Pentagon. [...]

In seinem Bericht kritisiert Hersh in erster Linie Donald Rumsfeld, der in der zweiten Amtsperiode von Bush eine einflussreiche Position innehat: ‚Bush und Cheney können sich für eine Politik entscheiden. Diese wird jedoch von Rumsfeld umgesetzt.‘

Weiter sagt Hersh: ‚Im vergangenen Jahr versuchten Frankreich, Deutschland, England und andere europäische Staaten Zeit zu gewinnen. In Konkurrenz mit der Bushregierung wollten sie verhindern, dass der Iran Atomwaffen entwickelt. Der Iran stimmte dann einem vorläufigen Stopp der Urananreicherung zu. Die Gespräche, die mit dem Iran im letzten Dezember in Brüssel aufgenommen wurden, laufen aber auf die Schließung der Anlagen hinaus. Als Gegenleistung soll der Iran moderne Öltechnologie erhalten [...]. Europa hat die Bushregierung mittlerweile aufgefordert, sich diesen Gesprächen anzuschließen. Amerika lehnte dies jedoch ab. Die nichtmilitärische Führung des Pentagons - insbesondere die drei genannten Hauptfiguren - ist der Meinung, dass es keinen diplomatischen Fortschritt bei der Lösung des Konflikts über das iranische Atomprogramm geben könne, solange der Iran nicht auch militärisch unter Druck gesetzt werde.‘

Damit stellt Hersh die Aktivitäten der amerikanischen Aufklärungskommandos in den Kontext der iranisch-europäisch-amerikanischen Beziehungen. Ungeachtet der möglichen Fehler einer solchen Enthüllung, werden in dem Bericht sowohl die amerikanischen als auch die europäischen Ziele und Interessen deutlich. Manche Kommentatoren behaupten, es werde zum einen klar, dass der Plan des amerikanischen Verteidigungsministeriums eine weitere Option neben dem europäisch-iranischen Dialog darstelle. Auf der anderen Seite könne dadurch genau dieser Dialog zwischen Europa und dem Iran zunichte gemacht werden. Angesichts einer militärischen Bedrohung könnte sich der Iran nämlich aus den laufenden Gesprächen mit Europa zurückziehen und sogar aus dem NPT-Vertrag aussteigen. In diesem Fall könnte auch die internationale Atomenergiebehörde die iranischen Anlagen nicht untersuchen, da es unter solchen Bedingungen jedes Land das Recht hat, Maßnahmen gegen die Gefahren eines militärischen Angriffs zu treffen.

Der Journalist des NEW YORKER zitiert dazu Shahram Chubin, Direktor des Genfer Instituts für Sicherheitspolitik: "Es ist möglich, dass der Iran aus dem NPT-Vertrag aussteigt. Für den Iran wäre ein solcher Schritt besser, als im Rahmen des Systems der internationalen Atomenergiebehörde zu arbeiten."

Der Bericht der amerikanischen Zeitschrift wird in den kommenden Tagen massive Reaktionen auslösen. Die europäischen Staaten kommen dadurch in eine sehr schwierige Lage. Wenn Europa den Iranern nicht garantieren kann, dass Beschlüsse



auch von den Amerikanern akzeptiert oder zumindest respektiert werden, dann wird der Iran den Dialog mit Europa beenden. Europa kann dann vom Iran keine vertrauensbildenden Maßnahmen mehr erwarten." (Sharq, 18.1.2005)

Special Dispatch, 11. August 2005 - Irans Frontstaatenpolitik: Ein "islamischer Broader Middle East"

In Fortsetzung des bereits unter Präsident **Muhammad Khatami** verfolgten außenpolitischen Kurses, die Beziehungen des Iran mit den Staaten der Region zu verbessern, konzentrierte sich der Iran zuletzt auf Syrien und den Irak. Im Folgenden dokumentieren wir iranische Presseberichte zum Besuch des syrischen Präsidenten **Baschar Assad** vom 7. und 8. August 2005, sowie des irakischen Ministerpräsidenten **Ibrahim Jafari**, der den Iran am 17. und 18. Juli 2005 besucht hat. Anschließend dokumentieren wir ein Interview, das die arabische Zeitung Al-Hayat mit dem Ex-Präsidenten Khatami⁵⁴ zur Außenpolitik des Iran, zum Revolutionsexport und zu den iranisch-amerikanischen Beziehungen führte. Darin bezeichnet Khatami seine Strategie für ein Bündnis der Staaten in der Region auch als "islamischen Broader Middle East".

Zusammengefasst und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh*

Baschar Assads Reise in den Iran

In seinem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Baschar Assad hob der neue iranische Präsident **Mahmud Ahmadinejad** die "stabilen iranisch-syrischen Beziehungen" hervor. Eine gemeinsame "Front" begründete er wie folgt: "Ich denke, dass Syrien in der vordersten Front zur Verteidigung der islamischen Welt steht. Äußere Bedrohungen und gemeinsame Feinde sind ein Grund für die Intensivierung der Beziehungen beider Staaten. Iran und Syrien spielen eine große Rolle bei der zukünftigen Entwicklung in der Region und in der islamischen Welt. Die Zusammenarbeit beider Staaten [...] ist so bedeutsam, dass die Feinde unsere Beziehungen schwächen wollen. Eine stärkere Zusammenarbeit beider Staaten wird die islamische Welt aber vor den Verschwörungen ihrer Feinde schützen."⁵⁵ Die dem religiösen Führer des Iran, Ayatollah **Khamenei**, nahestehende Zeitung *Kayhan* zitiert Ahmadinejad, der sich für eine Koalition des Iran mit Syrien und Irak aussprach: "Eine Zusammenarbeit der drei Staaten wird den Interessen der Völker in der Region dienen." Assad begrüßte die "positiven Entwicklungen der neuen

⁵⁴ Khatami wurde laut einer Meldung der IRNA vom 8. August 2005 zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der "Versammlung der kämpfenden Geistlichkeit" gewählt.

⁵⁵ ISNA, 7.8.2005



irakischen Regierung" und äußerte seine Hoffnung, dass diese "die Probleme des irakischen Volkes lösen" werde.⁵⁶

Der iranische Ex-Präsident **Khatami** lud den syrischen Präsidenten zu einem privaten Besuch zu sich nach Hause ein. Laut ISNA forderte Assad eine "solidarische Zusammenarbeit des Iran, Iraks und Syriens, um Frieden und Fortschritt zu gewährleisten." Khatami betonte, dass sich die "freundschaftliche syrisch-iranische Zusammenarbeit durch den Regierungswechsel im Iran nicht verändert" habe und forderte eine "größere Solidarität insbesondere zwischen Staaten wie Iran, Irak und Syrien, um den Interessen der Völker gerecht zu werden und Frieden und Ruhe in der Region zu stärken."⁵⁷

Assad traf sich auch mit dem iranischen Außenminister **Kamal Kharasi**. IRNA zufolge ging Kharasi in seinem Gespräch mit dem syrischen Präsidenten auch auf die Situation im Libanon, Irak und Palästina ein. Er hob die neuen "Errungenschaften bei den libanesischen Wahlen" hervor. [Die Hezbollah ist in das libanesisches Parlament eingezogen und stellt erstmals einen Minister. Der Iran ist prinzipiell gegen eine Entwaffnung der Hezbollah.] In Bezug auf den Irak sagte Kharasi, dass der Iran stets der Meinung gewesen sei, dass das "irakische Volk über sein eigenes Schicksal entscheiden" müsse. Abschließend betonte er die "gemeinsamen strategischen Interessen des Iran und Syriens."⁵⁸

Rafsanjani, Vorsitzender des iranischen Schlichtungsrates [ein staatliches Organ, das zwischen Majless, Wächterrat und religiösem Führer vermittelt], vertrat bei seinem Treffen mit Assad die Ansicht, dass "Syrien und Iran gemeinsam die Schmerzen des irakischen Volkes lindern und beweisen können, dass die Vorwürfe, die im Irak gegen beide Staaten erhoben werden, nur dazu dienen, die Beziehungen beider Staaten zu schwächen." Baschar Assad bezeichnete die "iranisch-syrischen Beziehungen als ein großes Hindernis für die Ziele der Besatzer in der Region" und versicherte dem Iran syrische Unterstützung für dessen Bestehen auf dem Atomprogramm.

⁵⁶ Kayhan, 9.8.2005. Verschiedene iranische Zeitungen reagierten auch auf die Kritik von Bundesinnenminister Otto Schily, der in einem Spiegel-Gespräch am 18. Juli erklärt hatte: "Wenn wir jetzt hören, dass Iran und der Irak enger kooperieren wollen und in Teheran gleichzeitig ein Fundamentalist an die Macht kommt, bei dem nicht sicher ist, dass er absolute Distanz zum Terrorismus hält, sind das alles sehr besorgniserregende Perspektiven". Daraufhin schrieb beispielsweise Kayhan: "Der verrufene deutsche Innenminister, der mit der marxistisch-terroristischen Baader-Meinhof-Gruppe zusammengearbeitet hat, wurde von unserem Außenminister zurechtgewiesen. Er empfahl Schily sich aus dem Kreis der Zionisten zu lösen und sich demokratische Prinzipien anzueignen. Daraufhin hat Joschka Fischer, der deutsche Außenminister, dem ebenfalls eine Zusammenarbeit mit der Baader-Meinhof-Gruppe vorgeworfen wird, einen geheimen Brief an die Botschaft der Islamischen Republik in Deutschland geschickt und betont: „Die Berliner Position gegenüber dem Iran wird sich trotz der Bemerkungen von Schily nicht verändern.“ Die Zeitung Kayhan forderte, dass sich Schily bei der iranischen Regierung und beim iranischen Volk entschuldigen müsse. Zudem stellte der Herausgeber der Zeitung, Hussein Schariatmadari, die Frage, ob der Iran nicht konsequent handeln und "Regierungen, die wie die deutsche eine rote Linie überschreiten" würden, daran hindern müsse, "vom iranischen Markt zu profitieren" (Kayhan, 26.7.2005).

⁵⁷ ISNA, 8.8.2005

⁵⁸ IRNA, 8.8.2005



Für den iranischen Verteidigungsminister **Shamkhani** stellt der "syrische Widerstand gegen das zionistische Regime ein Modell für die islamische Welt dar. Eine regionale Zusammenarbeit ist die beste Strategie gegen die expansive Haltung des zionistischen Regimes und der westlichen Mächte."⁵⁹

Ibrahim Jafaris Reise in den Iran

Nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein ist Ibrahim Jafari der erste irakische Ministerpräsident, der den Iran besuchte. Zuvor hatte er als Mitglied des provisorischen irakischen Regierungsrates den Iran besucht. Nun wurde er gemeinsam mit zehn seiner Minister in Teheran empfangen. Jafari pflegt enge persönliche Beziehungen zu dem Nachbarstaat. Der reformislamistischen Zeitung *Sharq* zufolge trat Jafari schon im Jahr 1966 in die islamische Dawa-Partei ein. Die Partei war 1950 von Ayatollah Seyyed Mohammad Baqr-Sadr gegründet worden und ist eine der ältesten schiitischen Parteien im Irak. Da die Dawa-Partei während der Herrschaft von Saddam Hussein verboten war, immigrierte Jafari in den Iran und lebte neun Jahre dort. Später ging er nach London und wurde Vorsitzender des ersten provisorischen Regierungsrates. Das Ziel seiner Reise war laut Sharq "nicht nur der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran. Auch die Wunden in den Beziehungen zwischen beiden Ländern sollen gelindert werden." Der zur Zeit von Jafaris Besuch noch amtierende Präsident Khatami erklärte: "Der Iran wird sich bemühen, dem Irak beim Wiederaufbau und bei der Stabilisierung des Landes zu helfen." Zur "Strategie der iranischen Irak-Politik" gehört nach Ansicht Khatamis die "Unterstützung eines freien, unabhängigen, fortschrittlichen und sicheren Irak". Über Saddam Hussein sagte Khatami: "Er war nicht der Vertreter des irakischen Volkes." Auch Hashemi Rafsanjani äußerte die Absicht, dass die "Islamische Republik Iran bereit und interessiert ist, der irakischen Bevölkerung und der Regierung zu helfen."⁶⁰

Khatamis außenpolitische Initiative

In einem Interview mit der arabischen Zeitung *Al-Hayat* bedauerte Mohammad Khatami, dass die Iraner nicht genügend Energie für die Realisierung eines "Gegenkonzepts zum amerikanischen Broader Middle East" investieren würden. Die Nachrichtenagentur ISNA veröffentlichte die vollständige Fassung des Interviews, das im Folgenden auszugsweise dokumentiert wird:

Khatami betonte, dass der Iran es versäumt habe, lange vor den Amerikanern das Konzept eines **Broader Middle East** zu formulieren. Khatami erläuterte: "Ich meine dabei natürlich nicht, dass wir anderen unsere Forderungen aufzwingen wollen. Wir stützen uns auf demokratische Prinzipien, die mit religiösen Prinzipien vereinbar sein müssen. [...] Wir selbst müssen einen Broader Middle East anstreben, der auf Prinzipien der Demokratie beruht. Meiner Meinung nach leiden die Völker der Region unter drei Problemen: Erstens gibt es tyrannische Regierungen, die keine Beziehung

⁵⁹ Sharq, 9.8.2005

⁶⁰ Sharq, 18.7.2005



zu ihrer Bevölkerung haben. Zweitens gehorchen dieselben Regierungen fremden Mächten und werden von deren kolonialistischen Regierungen erniedrigt. Drittens gibt es radikale Bewegungen, die im Namen des Islam für Unruhe sorgen." [...]

Auf die Frage, wie sich die Beziehungen des Iran mit der **arabischen Welt** entwickeln, sagte Khatami: "Meines Erachtens hat die islamische Revolution von 1979 die Grundlagen für eine größere Annäherung zwischen dem Iran und der islamischen und arabischen Welt geschaffen. [...] Meine Regierung hat sich bemüht, gute Beziehungen zu arabischen Staaten im Süden und zu Saudi-Arabien aufzubauen. [...] Zuletzt haben wir uns darum bemüht, unsere Beziehungen mit Ägypten zu verbessern. [...] Ich möchte betonen, dass unsere Beziehungen mit der arabischen und islamischen Welt rein strategische Beziehungen sind, die den Interessen aller Länder in der Region dienen sollen. Wir haben gelernt, zu koexistieren und ich hoffe, dass diese Entwicklung keinen Rückschlag erleiden und die neue iranische Regierung diese Politik fortsetzen wird. [...]"

Zur Frage des **Revolutionsexportes** sagte Khatami: "So etwas gibt es überhaupt nicht. Sogar zu Lebzeiten von Imam Khomeini war der Revolutionsexport nicht als eine Einmischung in die Angelegenheiten der anderen Staaten zu verstehen. Seit Jahren gibt es diesbezüglich Missverständnisse. Die Staaten entscheiden selbst über ihr Schicksal. Das aktuelle Beispiel dafür ist der Irak. [...] Wir verteidigen die Demokratie im Irak. Wir würden uns nie erlauben, unsere Herrschaftsform den Irakern aufzuzwingen. Der Revolutionsexport, so wie ihn sich manche Leute vorstellen, gehörte nie zu den Hauptbestandteilen der islamischen Revolution." Auf die Frage, ob der Iran sein Herrschaftsmodell in den Irak exportieren wolle, erklärte Khatami: "Wenn wir die Struktur der irakischen Bevölkerung, die Stammeszugehörigkeiten und die ethnische Vielfalt berücksichtigen, kommen wir zu dem Ergebnis, dass es besser ist, wenn sich die Iraker nicht an uns, sondern an ihrer eigenen Geschichte orientieren. Iran und Irak haben jeweils ihre spezifische eigene Identität."

Über die **Hizbullah** sagte er: "Die Hizbullah ist keine kleine Gruppe, die vom Iran oder einem anderen Land unterstützt wird. Die Hizbullah ist eine unabhängige Bewegung, die ein Symbol des Widerstands gegen die Besatzer ist. Das ist eine nationale Angelegenheit des Libanon. [...] Die Libanesen meinen, dass die Israelis längst Beirut besetzt hätten, wenn die Hizbullah nicht wäre. Ein Ende des Widerstandes nützt den Libanesen keineswegs. [...] Die Hizbullah sollte ihre Waffen behalten. Natürlich sollen ihre Waffen die Region nicht noch mehr destabilisieren. Die Waffen sollen sich gegen die Feinde der libanesischen Bevölkerung richten. Ohne Zweifel sind viele Länder, insbesondere die westlichen Staaten, für die Entwaffnung der Hizbullah." [...]

In Bezug auf die **iranisch-amerikanischen Beziehungen** fügte Khatami hinzu: "Meines Erachtens kam die Politik von Clinton der Realität schon sehr nah. Ich habe



auch versucht, mit den Amerikanern Kontakt aufzunehmen, um Geschichte, Kultur und Politik des Iran zu erklären. [...] Aber die Fehler der Amerikaner machten die Iraner misstrauisch. [...] Auf jeden Fall müssen die US-Amerikaner die nächsten Schritte unternehmen. Leider haben die Amerikaner ihre Positionen gegenüber dem Iran bisher nicht revidiert. Die hohlen Behauptungen von Bush haben dazu geführt, dass die Annäherungen wieder rückgängig gemacht wurden. Amerika hat aber bisher im Mittleren Osten und im Irak eine sehr gute Lektion erhalten. Vielleicht führt das dazu, dass sie die iranischen Positionen in Zukunft positiver bewerten. [...] Im Iran werden die politischen Positionen von der islamischen Revolution definiert und selbstverständlich geschieht dies bei jeder Regierung in Übereinstimmung mit dem religiösen Führer. Wir sind bisher zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen, ob wir diplomatische Beziehungen mit den USA haben wollen. Solange sich an dieser Lage nichts ändert, wird weder eine reformorientierte noch eine konservative Regierung eine andere Politik verfolgen können als bisher. Mit dem Regierungswechsel wird es daher keine Änderungen in der iranischen US-Politik geben. [...]

Wir hatten zunächst im Irak und in Afghanistan langfristig betrachtet gemeinsame Interessen mit den USA. Wir haben gemeinsam mit den Amerikanern die Wahlen in diesen Ländern unterstützt. Wenn der Iran beim Sturz der Taliban in Afghanistan nicht geholfen hätte, würden die Amerikaner dort bis heute vor unlösbaren Problemen stehen. [...] Die Amerikaner wollen aber im Irak und in Afghanistan herrschen. Wir haben sie immer davor gewarnt, dass eine solche Politik Nachteile für sie bringen würde. Und so ist es auch gekommen. Die Amerikaner haben im Irak die Grundlage für terroristische Aktivitäten selbst geschaffen. [...] Daher ist unsere taktische und punktuelle Gemeinsamkeit mit den Amerikanern von den strategischen Zielen beider Länder zu unterscheiden. [...] Wir haben beschlossen, dem Irak Wirtschaftshilfe zu gewähren. Öl- und Gasabkommen werden gegenwärtig vorbereitet. [...]"⁶¹

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

Special Dispatch, 9. September 2005 - Die neue "außenpolitische Doktrin" des Iran

"Die Bemühungen der EU, mit Iran zu einer langfristigen Vereinbarung über das Nuklearprogramm mit 'objektiven Garantien' zu kommen, sind", so die FAZ am 7.9., nach den Worten eines hohen EU-Diplomaten "am Ende." Der logisch nächste Schritt sei es jetzt, den Fall vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. Der Iran wirft der EU hingegen vor, sich zu stark der amerikanischen Position

⁶¹ ISNA, 5.8.2005



angenähert zu haben und erklärte noch einmal, dass "die Bedingungen der Europäer für die Fortsetzung des Dialoges nicht akzeptiert" werden könnten. Eine erneute Aussetzung des Urananreicherungsprogramms sei ausgeschlossen. Ali Larijani, Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrates des Iran, warnte in diesem Zusammenhang den UN-Sicherheitsrat davor, Druck auf den Iran auszuüben. Dies, so Larijani, sei "zum Scheitern verurteilt". [Kayhan, 8.9.2005] Außerdem habe der Iran auch die Möglichkeit, sich noch stärker in Richtung seiner Nachbarn im Osten zu orientieren. So versuche die EU zwar, Einfluss auf China und Russland zu nehmen - die strategische Zusammenarbeit des Iran mit China, Russland oder auch Indien sei aber schon jetzt so intensiv, dass diese Länder nicht davon überzeugt werden könnten, den Iran im UN-Sicherheitsrat zu verurteilen. Im Folgenden dokumentieren wir die Berichterstattung iranischer Medien über die aktuellen diplomatischen Initiativen des Iran.

Zusammengefasst und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh*

Indienbesuche: Die Suche nach regionalen Bündnispartnern als "Ersatz für den EU-Dialog"

Ende August traf Ali Larijani in Neu Delhi den indischen Außenminister Natwar Singh. Die dem religiösen Führer Khamenei nahestehende Zeitung Kayhan nannte als Ziel dieser Reise den "Ausbau der strategischen Kooperation auf den Gebieten der Sicherheits- und Energiepolitik zwischen Iran, Indien, Pakistan, Russland und China." Larijani sagte, dass die Zusammenarbeit mit diesen vier Staaten in der iranischen Außenpolitik der nächsten Jahre besondere Priorität genießen würde. Kayhan kommentierte, dass diese Position der Regierung Ahmadinejad "die neue Doktrin in der iranischen Außenpolitik" darstelle. Kayhan schreibt:

"Mit der neuen Doktrin verfolgt der Iran eine strategische Zusammenarbeit mit regionalen Bündnispartnern, die gemeinsame Interessen mit dem Iran haben. Aufgrund von existierenden ideologischen Verwandtschaften können die neuen Beziehungen den EU-Dialog ersetzen." Vor dem Hintergrund, dass die Bemühungen um ein Vertrauensverhältnis und die Verbesserung der Beziehungen nicht gelungen seien, heißt es weiter: "Zumindest können die neuen Beziehungen eine höhere Priorität gewinnen als die Beziehungen mit den EU-Staaten. Dies ist eine Lektion, die wir nach zwei Jahren Arbeit mit der EU gelernt haben, in denen wir das Vertrauen des Westens für unser Atomprogramm erlangen wollten."⁶²

Larijani betonte bei dem Treffen die "historischen Beziehungen" beider Länder und sprach sich für eine "neue Ebene der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Indien und Iran" aus. Eine "Zusammenarbeit auf den Gebieten der Energiepolitik, des Transports und fortgeschrittener Technologie" werde "den Frieden und die Sicherheit in der Region stabilisieren", so Larijani. Für den indischen Außenminister sind die iranisch-indischen Beziehungen von

⁶² Kayhan, 31.8.2005



"strategischer Natur", berichtete Kayhan. Singh forderte eine "enge Zusammenarbeit insbesondere zur Reform der UN-Strukturen". Zudem hätte Indien sein Interesse bekundet, über den "Iran Zugang zu Mittelasien und dem Kaukasus" zu bekommen. Gemeinsam, so Kayhan, hätten Indien und Iran Anstrengungen beim Wiederaufbau Afghanistans und bei der Schaffung von legalen Strukturen im Irak unternommen. Larijani kündigte an, der Iran werde "innerhalb der nächsten vier Wochen umfassende und intensive diplomatische Anstrengungen unternehmen, um seine Atomaktivitäten fortzusetzen." Dazu plant die Regierung, vor allem ihre Beziehungen mit blockfreien sowie europäischen Staaten zu vertiefen, die nicht der Troika angehören.⁶³

Die "Pipeline des Friedens"

Geplant sei auch eine Reise des neuen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad nach Indien im Anschluss an die UN-Generalversammlung in New York. Ziel der Reise sei die Stärkung der Position des Iran im Gouverneursrat der IAEA. Immerhin sei Indien einer der stärksten dort vertretenen blockfreien Staaten. Weitere Themen seien eine neue Pipeline, die iranisches Gas nach Indien transportieren soll, und ein "Nordkorridor", der als Transitweg Iran, Russland und Indien verbinden soll.⁶⁴ Am 3.9. reiste auch der indische Außenminister in den Iran und traf seinen neuen Amtskollegen Manouchehr Mottaki. Dieser betonte, dass der Iran eine "neue Balance in seiner Außenpolitik" anstrebe und sich daher mehr nach Asien und Osten orientieren werde. Das indisch-iranische Handelsvolumen bezifferte Mottaki auf drei Milliarden Dollar im vergangenen Jahr. Zum Ausbau der Handelsbeziehungen ist geplant, dass Indien ab 2009 jährlich fünf Millionen Tonnen flüssiges Naturgas aus dem Iran importiert.⁶⁵ Für den Export einer größeren Menge indischer Waren in den Iran soll die dortige Infrastruktur etwa durch den Bau neuer Bahnlinien verbessert werden.

Im Iran werden derzeit auch die Probleme bei der Realisierung des iranisch-pakistanisch-indischen Gaspipelineprojektes diskutiert. Zwar habe der indische Außenminister Natwar Singh bei seiner Iran-Reise grünes Licht für das 4,5 Milliarden Dollar teure und von der Nachrichtenagentur IRNA als "Pipeline des Friedens" bezeichnete Projekt gegeben. Die USA würden jedoch versuchen, die 2.775 km lange Pipeline, die im Jahr 2009 fertig gestellt werden soll, zu verhindern.⁶⁶ Auch die den iranischen Reformern nahe stehende Zeitung Sharq wies darauf hin, dass Condoleezza Rice schon im März des Jahres das Pipeline-Projekt kritisiert habe. Die USA wollten nicht, dass sich das Wirtschaftswachstum des Iran durch den Anstieg der Öl- und Gaspreise sowie infolge eines höheren Exportvolumens erhöhe. Insbesondere hätten die USA kein Interesse daran, dass das Öl des Kaspischen

⁶³ Kayhan, 1.9.2005

⁶⁴ Kayhan, 31.8.2005

⁶⁵ IRNA, 3.9.2005

⁶⁶ IRNA, 5.9.2005, 5231



Meeres über den Iran exportiert werde. Daher hätten sie sich für den Bau einer Pipeline in Baku/Aserbaidschan eingesetzt, die in die Türkei führt.⁶⁷

Die pakistanisch-iranischen Beziehungen

Nach dem Treffen des pakistanischen mit dem israelischen Außenminister am 1. September zitierte IRNA den pakistanischen Premierminister Schaukat Aziz mit der Erklärung, dass sich die pakistanische Politik gegenüber Israel nicht verändert habe und Israel von Pakistan weiterhin nicht anerkannt werde.

Aziz betonte laut IRNA, dass das Treffen des pakistanischen Außenministers mit seinem israelischen Amtskollegen auf Ersuchen des palästinensischen Präsidenten Mahmood Abbas zurückzuführen sei. Dieser habe die pakistanische Regierung gebeten, sich für eine "friedliche und gerechte Lösung der palästinensischen Frage" einzusetzen.⁶⁸

Die Zeitung Sharq berichtete, dass sich Pakistan vor dem Treffen mit dem saudiarabischen König Abdallah, dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan und einigen anderen Führern islamischer Staaten abgesprochen habe. In Pakistan gehe man davon aus, so die Zeitung weiter, dass der pakistanische Außenminister seinem israelischen Amtskollegen die "Sichtweise und Positionen der islamischen Welt am besten verdeutlichen konnte." Trotzdem habe der Iran die pakistanisch-israelischen Gespräche verurteilt.

Sharq berichtete auch von einer anstehenden Reise Ali Larijanis nach Pakistan, die im Rahmen der "neuen Strategie der iranischen Außenpolitik in Richtung Osten" stattfinde. Zwar habe Larijani "den Osten nicht direkt als die neue Achse der Atomgespräche benannt, habe aber die Ausschließlichkeit des Dialoges mit der europäischen Troika kritisiert."⁶⁹

In seinem Treffen mit dem pakistanischen Präsidenten Musharraf erklärte Larijani dazu: "Die Umsetzung der Resolutionen der IAEA darf keine Bedrohung für irgendeinen Staat darstellen. Iran und Pakistan sind sich darüber einig, dass die Resolutionen der IAEA zwar einen Maßstab darstellen, aber nicht zur Schaffung von neuen Spannungen auf der regionalen und internationalen Ebene instrumentalisiert werden dürfen. Iran will seine Beziehungen mit Pakistan institutionalisieren, auch im Interesse des zu errichtenden Pipelineprojektes."⁷⁰

Auch den neuen Präsidenten Ahmadinejad zitierte Kayhan zu dieser Frage: "Die Atomakte des Iran ist von der IAEA politisiert worden. Wir werden uns im IAEA-Gouverneursrat [der am 19.9. tagt] bemühen, dass der politische Druck auf den Iran ein Ende nimmt."⁷¹ Der neue iranische Außenminister Manuchehr Mottaki erklärte dazu: "Keine Organisation kann uns gegen das internationale Recht unserer Rechte

⁶⁷ Sharq, 6.9.2005

⁶⁸ IRNA, 3.9.2005

⁶⁹ Sharq, 6.9.2005

⁷⁰ IRNA, 7.9.2005

⁷¹ Kayhan, 8.9.2005



berauben. [...] Wir haben gemäß des NPT ein Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie."⁷²

Special Dispatch, 16. September 2005 - Iranische Stimmen deuten den Hurrikan als Symbol für das Scheitern der US-Gesellschaftsordnung

Die Auswirkungen des Wirbelsturms Katrina wurden auch im Iran diskutiert. In der reformislamistischen Zeitung Sharq konstatierte Dr. Hussein Dahshiar, dass der dürftige Einsatz der US-Regierung gezeigt habe, dass die Idee des Liberalismus gescheitert sei, weil dieser offenbar vor allem die schwarzen US-Bürger nicht ausreichend sichern und versorgen würde. Auch ein Kommentar in der Wochenzeitung **Partowe Sokhan**, das dem Ayatollah Mohammad-Taqi Misbah-e Yazdi, religiöser Mentor des neuen Präsidenten Ahmadinejad, gehört, macht nicht nur die Bushregierung für die Folgen des Wirbelsturms verantwortlich. Vielmehr käme hier eine Krise "der technologischen Zivilisation der liberalen westlichen Demokratie" insgesamt zum Ausdruck. Die Opfer würden sich nun fragen, warum die Regierung Soldaten in die ganze Welt schicken würde, anstatt sich um die Katrina-Überlebenden zu kümmern.

Im Folgenden dokumentieren wir Ausschnitte aus den beiden Beiträgen vom 11. und 7. September:

‘Keine Rettung für die schwarzen US-Bürger’

Hussein Dahshiar beginnt seinen Artikel in der Sharq mit einem Angriff auf Abu Masab Al-Zarqawi, der Osama Bin Laden und Scheich Aiman Al-Zawahari dazu gratuliert habe, dass Katrina "dem Teufel" so großen Schaden zugefügt habe. Die Position Zarqawis, so Dahshiar, sei unmenschlich, primitiv und "ungehörig" und ein Ausdruck "kulturellen Verfalls". Auf der anderen Seite kritisiert der Autor die US-Regierung dafür, dass sie "in beschämender Weise" dabei versagt habe, die durch den Sturm entstandenen sozialen Probleme zu bewältigen.

Die seit 1776 in den USA vorherrschende politische Philosophie des Liberalismus gehe davon aus, so Dahshiar, dass der denkende Mensch "jedes Ereignis managen" könne. Eine Regierung, die von der Idee des Liberalismus geleitet sei, verfolge das Ziel "die Sicherheit aller Bürger zu gewährleisten." Weil Sicherheit die Voraussetzung für die Entwicklung der Menschen wäre, sei jeder traditionelle liberale Politiker verpflichtet, diese zu gewährleisten. Während die amerikanischen Republikaner eher

⁷² Sharq, 8.9.2005



auf "law and order" setzten, würden die Demokraten vorwiegend auf die Gewährleistung von gesellschaftlichem Wohlstand abzielen.

Nach Ansicht von Dahshiar sei nun bei der Bewältigung der Folgen des Wirbelsturmes nicht nur die US-Regierung, sondern auch die Idee des Liberalismus insgesamt gescheitert:

"Die Regierung von G.W. Bush ist gescheitert, weil sie nach dem Sturm weder Sicherheit, noch ein Mindestmaß an Wohlstand gewährleisten konnte. Der Sturm hat die Schwäche der Regierung aufgedeckt. [...] Besonders für die schwarze Bevölkerung gab es keine Möglichkeit, sich an einen sicheren Ort zu retten. Die finanziell besser gestellten Weißen jedoch konnten die Küstenregion verlassen. [...] Allein in Louisiana leben 5,1 Millionen Schwarze, ca. 70 Prozent der Bevölkerung. Und obwohl die Zentralregierung wusste, dass viele Bürger ihren Wohnort nicht verlassen konnten, unternahm sie nichts, um die Menschen aus den vom Sturm bedrohten Regionen zu evakuieren."

So hätten sowohl die Regierung des Bundesstaates als auch die Zentralregierung versagt. Ein Staat wie die USA, der beim Wiederaufbau von zerstörten Staaten wie Deutschland und Japan finanzielle Hilfe geleistet habe, sei bei den eigenen vom Sturm heimgesuchten Regionen wie gelähmt. Die Bilder von hungernden Menschen, Toten und geplünderten Häusern hätten die "Schwäche des gesamten politischen Systems demonstriert." Der Sturm habe so gezeigt, "wie wenig die Demokratie in den Vereinigten Staaten verankert ist".⁷³

‘Plünderungen als Ausdruck einer moralischen Krise’

In einem Leitartikel für die Wochenzeitung Parto Sokhan betont Mohammad Maleksadeh:

"Bis vor einigen Tagen hätten sich die wenigsten Menschen vorstellen können, dass ein Wirbelsturm und eine Überschwemmung in den Vereinigten Staaten eine derartige menschliche Katastrophe und solches Missmanagement herbeiführen könnten. Niemand konnte sich vorstellen, dass im Zentrum der kapitalistischen Welt nicht einmal ein Mindestmaß von sozialer Absicherung gewährleistet werden kann. Die traurige Situation in den drei ärmsten Bundesstaaten der Vereinigten Staaten hat gezeigt, wie ungeeignet die Regierung Bush ist, was für tiefe Klassenunterschiede existieren und wie Armut, Diskriminierung und Ungerechtigkeit im reichsten Staat der Welt vorherrschen."

Überdies sei "in der Wiege der technologischen Zivilisation der liberalen westlichen Demokratie" ein, so Maleksadeh, "immenser Mangel an Moral, Kultur und menschlichen Werten zutage getreten". Insbesondere die Plünderungen hätten

⁷³ Sharq, 11.9.2005.



deutlich gemacht, wie unzivilisiert es vor Ort zugehe. Dabei hebt der Autor hervor, dass CNN "den Schwarzen in rassistischer Manier unterstellt hat, alleine für die Plünderungen verantwortlich gewesen zu sein", die BBC diese Behauptung aber in Frage gestellt habe. "Wenn wir an vergleichbare Katastrophen denken, die sich in der islamischen Republik Iran ereignet haben, dann erinnern wir uns an die Spendenbereitschaft und die Hilfeleistungen der muslimischen Iraner. Erst dann wird uns auch klar, wie unmenschlich und unmoralisch diese aus der liberaldemokratischen Kultur erwachsenden Verhaltensweisen tatsächlich sind."

Der Wirbelsturm habe die "Ineffektivität des Weißen Hauses bei der Lösung von Problemen" erwiesen: "Hunderttausende hungrige, wütende und obdachlose Menschen irren orientierungslos zwischen verstreuten Leichen umher. Sie haben die jämmerlichsten Szenen in der US-amerikanischen Geschichte geschaffen. [...] In New Orleans vegetieren die Überlebenden des Wirbelsturms im Schlamm, wie Tiere unter Toten. [...] Die Hauptverantwortung für die Obdachlosigkeit dieser unglücklichen Menschen trägt die Bushregierung. Jetzt fordern [die Opfer], dass die Bush-Regierung nicht so viel Geld ausgeben solle, um sich in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen. Vielmehr solle sie ihre Soldaten nicht weiterhin überall in die Welt schicken, sondern diese einsetzen, um die Überlebenden zu retten. Die armen Menschen fragen, warum die US-Regierung den Reichtum der Amerikaner für ihre räuberischen Ziele verschwenden muss."⁷⁴

Special Dispatch, 7. Oktober 2005 - Iranische Positionen zu den Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union ⁷⁵

Die Europäische Union hat in der Nacht von Montag [3. Oktober 2005] auf Dienstag die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufgenommen.

Das Ziel der Beitrittsverhandlungen, die nach Aussagen der Bundesregierung 10, 15 oder noch mehr Jahre dauern werden, ist der Beitritt der Türkei in die Europäische Union. Die Mitgliedschaft der Türkei in der Gemeinschaft soll durch die Reformierung des Staates möglich werden. Das Ziel der Beitrittsverhandlungen ist die Überprüfung der anstehenden Reformen. Die Frage wird sein, ob die durchzuführenden Reformen u.a. auf den Gebieten der Regional-, Sozial- und Rechtspolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik nur auf dem Papier bestehen bleiben, oder tatsächlich auch in der

⁷⁴ Partowe Sokhan, 7.9.2005

⁷⁵ MEMRI



Provinz und in der Stadt, von der Exekutive genauso wie von der Judikative und Legislative verwirklicht werden.

Im Folgenden dokumentieren wir Meinungen von iranischen Politikwissenschaftlern und Journalisten, die den Beitritt der Türkei in die Europäische Union diskutieren. Die iranischen Wissenschaftler heben religiöse Probleme hervor, gehen aber auch auf die Probleme der Demokratisierung und des Wertewandels einer islamischen Gesellschaft ein.

Pro und Contra

Das Die Zeitung **Sharq** schrieb, dass die Mitgliedschaft der Türkei in Europa auch ein religiöses Problem darstelle. 74 Millionen Türken, die vorwiegend Muslime seien, würden Mitglied einer Gemeinschaft werden, die aus überwiegend 430 Millionen Christen bestünde. Die konservativen und rechten Kräfte in Europa hätten daher keine positive Meinung über eine türkische Mitgliedschaft in der EU.⁷⁶

Sharq zufolge hat sich die "Position der Türkei nach dem Tod des polnischen Papstes Johannes Paul II. verschlechtert". Der neue deutsche Papst, Benedikt XVI, sei ein "strenger Gegner des Eintritts der Türkei in den christlichen Club".⁷⁷

Ehssan Naraqi, iranischer Wissenschaftler, befürwortet eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union und meint, dass dies dazu beitragen könnte, dass die Europäer die Traditionen und Lebensformen der Muslime kennen lernten. Er schreibt: "Der Westen und der Osten könnten sich in Zukunft annähern, so dass die große Kluft, die gegenwärtig die Welt teilt, sich in beachtenswerter Form verringere. Falls die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird, wäre sie damit das bevölkerungsreichste Land Europas. Dann werden auch wir Europa näher kommen. Und auch manche arabische Staaten, wie Ägypten, die nichts von Demokratie verstanden haben, können dann etwas von den Erfahrungen der europäischen Demokratien lernen und von ihnen beeinflusst werden." Naraqi hebt hervor, dass sowohl die Europäer als auch die Türken von einer EU-Mitgliedschaft profitieren würden. Besonders die türkischen Militärs könnten im Falle einer Mitgliedschaft in der EU nicht mehr eigenmächtig vorgehen. Er fügt hinzu: "In der Vergangenheit haben die europäischen Staaten eher auf ihre innere Einheit gepocht. Nach dem Abschluss der europäischen Integration wird der Prozess der Globalisierung dazu beitragen, dass Europa, in seinem eigenen Interesse, stärker in Kontakt mit Asien kommt."

Abdolresa Sadr, Experte für internationale Politik, sagte in einem Interview mit der staatlich-studentischen Nachrichtenagentur **ISNA**, dass "eine Nachbarschaft mit Europa und der NATO eine Art Bedrohung für den Iran" bedeuten würde. Sadr ist der Meinung, dass Europa "über die NATO schon seit längerer Zeit zu den Nachbarn des

⁷⁶ Sharq, 1.10.2005

⁷⁷ Sharq, 2.10.2005



Iran gehört. Zumal die NATO, gemäß ihres neuen Verständnisses sich nicht mehr allein in ihren traditionellen Grenzen bewegt, sondern auch im mittleren Osten, in Nordafrika und im persischen Golf aktiv ist." Weiter fügte er hinzu: " Die NATO ist gegenwärtig in Afghanistan präsent und könnte sich auch bald im Irak stationieren." Sadr geht davon aus, dass ein Beitritt der Türkei nichts an den "Problemen des Iran mit dem Westen ändern" würde. ISNA zitiert Sadr: "Es ist wichtig zu verstehen, dass die Europäische Union eng mit der NATO verflochten ist. Eine Nachbarschaft mit der Europäischen Union oder mit der NATO wird für uns die gleichen Auswirkungen mit sich bringen, wie die Präsenz Europas in Form der NATO in den Staaten des persischen Golfes." Daher sei es wichtig, strategisch auf die Vereinigten Staaten, auf die Europäische Union und auf die NATO zu reagieren. Sadr schlussfolgert: "Unter den gegenwärtigen Bedingungen muss unzweifelhaft eine Nachbarschaft mit diesen Bündnissen als eine Bedrohung verstanden werden. Daher müssen auf jeden Fall alternative Wege gesucht werden."

Dr. Assadolah Athari, iranischer Experte für Internationale Politik forderte, dass der Iran auf die Stärkung der Position der Türkei in der NATO mit dem Eintritt in einen "neuen Block" antworten müsse, um ein "Gleichgewicht herstellen" zu können. "Das Fehlen eines solchen Gleichgewichtes kann neue Konflikte schaffen." ⁷⁸

Dr. Hussein Dahshiar kommentiert den "Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in Europa" unter dem Titel:

"Die Einheit des Kreuzes mit dem Halbmond"

Die Türken haben objektiv zeigen können, dass sie etwas vom doppelten Sieg der Diplomatie verstehen. Die Eliten dieses Landes haben bewiesen, dass sie das ABC der internationalen Politik und die Bedürfnisse und Fähigkeiten ihrer eigenen Gesellschaft sehr genau kennen. Nach 42 Jahren hat sich ein Gros der europäischen Öffentlichkeit, trotz aller wirtschaftlichen, politischen und insbesondere kulturellen Bedenken mit dem türkischen Antrag auf die Mitgliedschaft in einen der wichtigsten wirtschaftlichen und kulturellen Blöcke der Welt einverstanden erklärt.

Die Türken haben in den letzten 400 Jahren immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie ihre Zukunft in der legitimen Präsenz in Europa sehen. Sie haben versucht mit Waffengewalt dieses Ziel durchzusetzen. Aber die Niederlage des osmanischen Reiches vor den Toren von Wien im Jahre 1683 hat dem Glauben an militärische Effektivität der Türkei in Europa ein Ende gesetzt. Die Formierung des modernen Europa ist eng verbunden mit dem internationalen Bewusstsein der türkischen Staatsführung. Sie geht von dem weltoffenen Verständnis aus, dass ihre nationalen Interessen am besten in Zusammenarbeit mit den einflussreichsten Global Playern erreicht wird. Auf dieser Basis ebnet sie sich ihren Weg in Richtung Europa.

⁷⁸ ISNA, 1.10.2005



Trotz der deutlich ablehnenden Haltung von Frau Angela Merkel, der potentiellen deutschen Bundeskanzlerin und der ebenfalls ablehnenden Position von Nicolas Sarkozy, dem potentiellen Präsidenten Frankreichs, bekam die Türkei grünes Licht von Europa unter der gegenwärtigen englischen Führung. Im Rahmen der Außenpolitik von Toni Blair erklärte der britische Außenminister Jack Straw, dass die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union als eine unabwendbare Notwendigkeit verstanden werden muss. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice hat deutlich erklärt, dass ihr Land alle Mittel einsetzen werde, damit die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird. 322 Jahre nach der historischen Niederlage vor Wien haben die Anglosachsen, gleich von zwei Seiten, den Weg der Türkei nach Europa mit politischem Druck geebnet. Die einflussreichen Verbündeten der Türkei haben schließlich das durchgesetzt, was das osmanische Reich mit Gewalt nicht durchsetzen konnte. Die Türkei hat endlich den Lohn für ihre Fähigkeit, die Rolle einer Weltmacht zu spielen, erhalten. Die langfristigen Investitionen dieses Landes tragen nun erfolgreich ihre Früchte. Tatsächlich war die Türkei schon im 20. Jahrhundert zu der Erkenntnis gelangt, dass der kürzeste und realistischste Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung und der beste Weg für die Schaffung eines humanen politischen Klimas durch den Eintritt in die geographische, politische und wirtschaftliche Sphäre Europas gewährleistet ist.

Aus diesem Grund betrachtet die Türkei ihre Bindung an die anglosächsische Macht als die beste Wahl. Der Westen war seit den Kreuzzügen im 10. Jahrhundert bestrebt, die Welt außerhalb des europäischen Kontinents zu verändern. Seit der Renaissance wurde dieser Wunsch in zwei Formen umgesetzt: Europa verfolgte das Ziel der strukturellen sowie der kulturellen Einheit außerhalb der eigenen Grenzen. Die islamische Welt nahm mit Neugier die Technologie und die Wissenschaft des Westens auf. Heute werden die bürgerliche Bildung, die gesellschaftlichen und politischen Institutionen des Westens außerhalb Europas sehr wohl wahrgenommen. Was aber nicht erfolgt ist, ist die kulturelle Einheit. Eine solche Entwicklung benötigt eine tiefgehende Reformierung der Wertegrundlagen.

Hierbei ist eine veränderte Zielorientierung der Identität der islamischen Gesellschaften am wichtigsten. Sich nach Westen zu orientieren, bedeutet nicht, dass man den Halbmond mit dem Kreuz eintauschen muss. [...] Vielmehr geht es darum, die religiösen Werte den zivilrechtlichen Werten anzupassen. Die Türkei muss in den kommenden Beitrittsverhandlungen, welche 10 bis 15 Jahre dauern werden, 80.000 Seiten Gesetze, die vom europäischen Parlament verabschiedet worden sind, in ihrer Politik umsetzen. Das Land hat in den letzten 50 Jahren begonnen die westlichen Werte zu akzeptieren und wenn es die westlichen Werte in seiner Politik umsetzt, wird es Mitglied der Europäischen Union werden.

Nun kann man auch schlussfolgern, dass der Westen doch sehr erfolgreich bei der kulturellen Vereinheitlichung ist. Die Türkei wird ihr Ziel des wirtschaftspolitischen Fortschritts erreichen und Europa wird damit seine alte Politik der Verbreitung der



westlichen Werte in der islamischen Welt durchsetzen. Beide Seiten können dann von einem Sieg sprechen. Welche Seite jedoch den größten Nutzen gezogen hat, wird die Geschichte zeigen. Jetzt verstehen wir vielleicht besser was die Diplomatie des doppelten Sieges bedeutet." ⁷⁹

Special Dispatch, 18. Oktober 2005 - Iranischer Kolumnist über Angela Merkel ⁸⁰

In einem Kommentar über den Wahlausgang in Deutschland bezeichnete der iranische Journalist Dr. Hussein Dahshiar Angela Merkel als die "deutsche Thatcher" und als Vertreterin des protestantischen Neoliberalismus. Zwar wolle eine große Koalition nun Wirtschaftsreformen durchsetzen, diese seien aber zum Scheitern verurteilt, da die Sozialdemokraten andere Strategien als die CDU verfolgten. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Artikel aus der reformislamistischen Zeitung Sharq vom 11. Oktober 2005:

"Die deutsche Thatcher"

"Eine Garantie für die Glaubwürdigkeit der Demokratie ist die Fähigkeit, neue Eliten hervorzubringen. [...] Angela Merkel, die als Physikerin im kommunistischen Ost-Deutschland aufgewachsen ist, wird als erste Frau in der Geschichte ihres Staates Bundeskanzlerin. Ihre Geschichte ist ein Beweis für die Legitimität der Demokratie und die fundamentalen Veränderungen in Deutschland.

Der Aufstieg von Merkel zur Macht bestätigt die hegelianische These, dass jedes Phänomen sein Gegenteil hervorruft. Die neue deutsche Bundeskanzlerin, die einst unter der Planwirtschaft lebte, ist heute im vereinten Deutschland die größte Verteidigerin der neoliberalen Wirtschaft. Merkels Argumente und ihre ideologisches Fundament hinsichtlich ökonomischer Fragen beruhen auf den britischen Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte. Für Merkel ist die freie Marktwirtschaft die beste Strategie für Deutschland, um die erwünschte Spitzenposition in der Weltwirtschaft zu erreichen. Da Merkel stark von Margaret Thatcher beeinflusst wurde, geht sie davon aus, dass man durch eine Senkung der Steuern, der Subventionen und der Staatsausgaben, d.h. durch die Senkung der Ausgaben für den Dienstleistungssektor und der Sozialleistungen der Arbeiter, wirtschaftlichen Erfolg und eine gesunde Konkurrenz erreichen kann.

⁷⁹ Sharq, 5.10.2005

⁸⁰ MEMRI



Angela Merkel stammt nicht aus den inneren Kreisen der westdeutschen Eliten. Deswegen ist die Tatsache besonders interessant, dass sie, obwohl in einem kommunistischen Land groß geworden, für Deutschland neoliberale Wirtschaftsprinzipien verfolgt, die einen spezifisch amerikanischen Charakter haben. Das politische Denken in Deutschland wurde stark durch den Verfall des Kommunismus und den Aufstieg Amerikas als Führungsmacht in der Welt beeinflusst. Daher sind dort traditionelle sozialistische Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaatsmodelle nicht mehr so beliebt. Schon die englische "eiserne Lady" näherte trotz des Widerstands der Gewerkschaften die auf Beschäftigungspolitik beruhenden keynesianischen Wirtschaftskonzepte dem amerikanischen Vorbild an. Ähnlich versucht Angela Merkel auf der Grundlage der amerikanischen Wirtschaftstheorie, wie der von Milton Friedmann, die soziale Wirtschaftspolitik in Deutschland zu vernichten.

Angela Merkel und die CDU/CSU siegten am 18. September mit 35,2 Prozent, da aber die sozialdemokratische Partei Schröders 34,3 Prozent der Stimmen erreichte, erhielt keine Partei die Mehrheit der Sitze im deutschen Parlament, das über 613 Sitze verfügt. [...] Beide Parteien sehen die Notwendigkeit für die Bildung einer großen Koalition. Unter den 25 Mitgliedern der Europäischen Union gilt Deutschland als die größte wirtschaftliche Macht des Kontinents und als die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Dennoch hat Deutschland im Vergleich zum Vorjahr das geringste Wachstum des Nettosozialprodukts. [...]

Auf jeden Fall wird die Tatsache, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin wird, als eine Zäsur in die deutsche Geschichte eingehen. Fraglich bleibt indes, ob eine nach 1966 zum zweiten Mal zustande kommende ‚große Koalition‘ Reformen hervorbringen kann, wie sie von den britischen Konservativen vor zwei Jahrzehnten durchgesetzt wurden.

Die neue Koalition ist sehr labil, da Angela Merkel substantielle Veränderungen nach dem amerikanischen Modell der neoliberalen Wirtschaft fordert. Für ein solches Ziel hat Merkel zwar die Unterstützung ihrer eigenen Partei, Gerhard Schröder aber fordert Reformen, die nach und nach umgesetzt werden und die auch die Interessen der Gewerkschaften berücksichtigen. Daher ist zu erwarten, dass das Reformprojekt in einer Sackgasse enden und es in weniger als zwei Jahren Neuwahlen geben wird. [...]

Ein Reformstau aber könnte sich sehr negativ auf die wichtigste Wirtschaftsmacht Europas und den ganzen Kontinent auswirken. Das ist die Achillesferse der großen Koalition und der Bundeskanzlerin Angela Merkel als Vertreterin des protestantischen Neoliberalismus."



Special Dispatch, 8. Dezember 2005 - Iranische Satiriker über einen Aufruf an Fidel Castro, zum Islam zu konvertieren ⁸¹

Wie iranische Nachrichtenagenturen berichteten, ist der kubanische Präsident Fidel Castro von einem iranischen Geistlichen dazu aufgefordert worden, zum Islam zu konvertieren.⁸² Zeitgleich erklärte mit **Ayatollah Ahmad Jannati** der Vorsitzende des Wächterrates, dass "Nicht-Muslime Tiere sind, die nur ihr Futter kauen und für den Niedergang der Welt verantwortlich sind".⁸³

Das griffen zwei iranische Exil-Websites in satirischer Form auf. Auf der auch im Iran bedeutenden Site Roozonline (www.roozonline.com) schrieb **Ibrahim Nabavi**, einer der im Iran und im Exil beliebtesten Satiriker, zwei Kolumnen mit den Titeln "Mohammad Abd Al-Fidel konvertiert zum Islam" sowie "Über Tiere und Muslime". Ein weiterer Satiriker, **Abd Al Qader Baluch**, machte sich in einer Glosse über Castros Übertritt zum Islam lustig, die von www.ettelaat.net veröffentlicht wurde.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus den Beiträgen:

Nabavi: "Mohammad Abd Al-Fidel konvertiert zum Islam"

"Ein Wunder ist geschehen! Die Reichweite des Islam ist wirklich einmalig. Meldungen zufolge haben führende iranische Elemente den Führer der iranischen Revolution, Castro, dazu aufgefordert, den Islam anzunehmen. Ich denke, das ist eine ausgezeichnete Wahl, denn Castro erfüllt alle Bedingungen, die für einen Übertritt zum Islam erforderlich sind:

Erstens hat sich Castro schon seit Jahren nicht rasiert, während viele unserer Brüder von der Hizbullah vom [rechten Weg] abgewichen sind und sich irgendwann einmal rasiert haben. Zu nennen wären da etwa Said Hajjarian,⁸⁴ [Ataollah] Mohajerani,⁸⁵ oder Abbas Abdi ⁸⁶.

⁸¹ MEMRI

⁸² Nachdem die iranische Tageszeitung Iranian Farda News Fidel Castro mit den Worten zitiert hatte: "Wir haben das Gefühl, dass unserer Gesellschaft so etwas wie eine Religion fehlt und fühlen ein Vakuum" (<http://fardanews.com/shownews.php?id=14580>, 22.11.2005), forderte der Geistliche Mohammad Reza Hakimi laut der Zeitung *Iran* Castro auf, zum Islam überzutreten.

⁸³ ISNA, 20.11.2005. Der Wächterrat ist ein Überwachungsorgan, das u.a. das Majless kontrolliert und kann dessen Gesetzesinitiativen unter dem Vorwand zurückweisen, dass sie sich gegen die Scharia richten.

⁸⁴ Hajjarian wird als ein Theoretiker der iranischen Reformbewegung betrachtet und ist einer der Unterstützer von Ex-Präsident Khatami.

⁸⁵ Ehemaliger Minister für kulturelle Führung, der unter Khatami abgesetzt wurde.

⁸⁶ Abbas Abdi war als Student an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran im Jahr 1979 beteiligt und wurde dann zum Reformist. Die Konservativen im Iran warfen ihm in den letzten Jahren wiederholt vor, für die USA zu spionieren, nachdem er sich öffentlich für eine Wiederaufnahme der Beziehungen mit den USA ausgesprochen hatte.



Zweitens: Jahrelang hat Castro immer wieder ein einziges Mantra wiederholt. Zudem weigert er sich, anzuerkennen, dass die Welt sich verändert hat. Das macht ihn besonders tauglich für uns. [...]

Drittens: Da die Hauptquelle des kubanischen Staatseinkommens die Prostitution ist, kann sich Castro nach seinem Beitritt zum Islam endlich darum kümmern, [...] auch in Kuba ‚Häuser der Sittsamkeit‘ [Bordelle, die im Iran mit Erlaubnis des Regimes errichtet worden sind] einzuführen. [...]

Des weiteren scheinen die Glaubensvorstellungen Castros, der schon seit Jahren in Kuba die Redefreiheit verbietet, große Ähnlichkeiten mit denen der [iranischen] religiösen Konservativen aufzuweisen. Auch aus diesem Grund passt alles.

Dann trägt Castro seit Jahren eine Armeeuniform - nun ist klar, dass er ein geborener Jihadkämpfer für Allah und einer von unseren Bassiji-Brüdern ist. [...]

Ich schlage vor, dass ein großes Foto von Castro verbreitet wird, das ihm in dem weißen Rock zeigt, den er zur Beschneidungszeremonie tragen wird. Das wird ein mächtiger Schlag in das Gesicht der ‚Weltarroganz‘⁸⁷ sein.

Nabavi: " Über Tiere und Muslime"

"Wenn wir der weisen islamischen, tiefschürfenden und zum Nachdenken anregenden Erklärung von Herrn Jannati folgen, der zufolge [...] fünf Milliarden Menschen ´Tiere sind, die nur ihr Futter kauen and für den Niedergang der Welt verantwortlich sind´, ergeben sich folgende Fragen:

Erstens: Sind der Papst, Jesus, Maria, Moses und die anderen Propheten Gottes, die keine Muslime sind, auch in diese Kategorie einzuordnen?

Zweitens: Sind alle großen Wissenschaftler und Philosophen der Welt Tiere oder nur die meisten von ihnen?

Drittens: Sind nicht Menschen wie Bijeh - ein Mitglied der Muslimbrüder, der in der Stadt Pakdasht 21 Kinder und Jugendliche missbraucht hat - auch am Niedergang beteiligt? Und ist denn auch Mutter Theresa zu den Tieren zu zählen, die den Verfall verursachen?

Viertens: Ist es nicht ein Problem, dass Jannatis Worte jetzt übersetzt werden und Schlagzeilen in Time, Le Monde, und Newsweek machen. Werden dann nicht die Anhänger anderer Religionen und die Führer der Welt gute Gründe haben, gegen den Iran zu sprechen?"⁸⁸

⁸⁷ So bezeichnen die religiösen und politischen Führer häufig den Westen und v.a. die USA.

⁸⁸ <http://roozonline.com/03satire/011947.shtml>



Baluch: "Die islamische Republik und Castros Beschneidung"

"Die Führer des Regimes haben Castro eingeladen, den Islam anzunehmen. Im Lichte der letzten Stellungnahmen von Ayatollah Jannati [...] dürfte der Brief an den kubanischen Führer ungefähr so gelautet haben:

"Liebes Tier, verehrter Bruder Fidel Castro, der lange und ehrenvoll leben soll, in Befolgung unserer juristischen Pflicht, fordern wir das berühmte Tier auf, nicht länger auf dem Planeten Erde nur Futter zu kauen und die Ehre des Islam anzunehmen.

Angesichts ihres Bartes haben wir glücklicherweise keine Probleme mit Ihrer Ehre und ihr Beitritt zum Islam wird leichter sein als der anderer Tiere. Es reicht wenn Sie statt dieser Kappe, Ihrer Armeeuniform und den Stiefeln, die Sie seit 70 Jahren tragen, eine Robe, einen Turban und Pantoffeln anziehen. Wenn Sie dann wie ein altgedienter Ayatollah aussehen, können die religiösen Seminare von Qom Ihnen den Titel Ayatollah Fidel Castro verleihen.⁸⁹

Seien Sie wegen Ihres Schwanz' und der Beschneidung nicht allzu besorgt. Wir können uns da ganz auf die iranischen Reformer verlassen.

Allah ist der Führer und Sie werden der Mahdi sein."⁹⁰

Special Dispatch, 15. Februar 2006 - Iranische Stellen über Angela Merkel⁹¹

In den Auseinandersetzungen mit dem Iran wird jetzt auch Bundeskanzlerin Merkel angegriffen. Im Folgenden dokumentieren wir einen Kommentar, der gestern in der staatlichen iranischen Tageszeitung **Kayhan** erschien, sowie eine Stellungnahme aus dem Pressebüro der **Pasdaran**:

"Eine Regierung von Sklaven"

"Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte zu den Atomaktivitäten unseres Landes, dass es die Islamische Republik Iran nicht verdient habe, dass ‚ihr Atomprogramm akzeptiert wird‘. Nur einige deutsche Sozialdemokraten protestierten gegen ihre Ausführungen auf der Münchener Sicherheitskonferenz. [...] Dabei hat Frau Merkel nicht erklärt, warum denn der Iran eines Atomprogramms nicht würdig

⁸⁹ Eine Anspielung auf den religiösen Führer Ali Khamenei, der kein Ayatollah war bis ihm die Kleriker in Qom den Titel verliehen, damit er die Funktion des religiösen Führers übernehmen konnte.

⁹⁰ <http://ettelaat.net/05-11/news.asp?id=10537>

⁹¹ MEMRI



sein soll.⁹² Meint sie damit etwa, dass ein Volk nicht würdig sei, selbst über sein Schicksal, seine Ehre und seine Macht zu befinden?

Seit 28 Jahren leistet das iranische Volk Widerstand gegen all die Verschwörungen, die Gewalt und die Verbrechen Amerikas und Europas. Es ist deutlich geworden, dass der Iran heute der stärkste Pol in der islamischen Welt ist. Frau Merkel hat aber offenbar vergessen, dass der dem Iran aufgezwungene achtjährige Krieg gegen Irak, in dem der islamische Iran allein gegen Amerika, Europa und gegen die ganze Welt stand, nur ein Beispiel [für die Widerstandskraft des Landes] aus der langen iranischen Geschichte ist. Damals gab die deutsche Regierung den Auftrag, chemische Waffen an das Saddamregime zu verkaufen.

Nicht vergessen hat Frau Merkel aber sicherlich, dass sie die Kanzlerin eines Staates ist, der bis vor ein paar Jahren unter dem Mandat der vier Mächte, Amerika, England, Frankreich und Sowjetunion stand. Wenn in dieser Zeit eine deutsche Zeitung die Unabhängigkeit des Landes forderte, dann antworteten Amerikaner, Franzosen, Engländer und Russen, dass 'Deutschland nicht würdig für eine solche Unabhängigkeit ist'!

Wie aus Deutschland berichtet wird, scheinen die Regierungsgeschäfte für Frau Merkel weniger wichtig zu sein, als Nachbarn und Familienangehörigen ihren Schmuck vorzuführen. Vor diesem Hintergrund ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass ihr Verstand zur Erledigung der Regierungsgeschäfte wirklich ausreicht. Daher empfehlen wir ihr, sich in den Archiven des 'Spiegel' und der 'Welt' darüber zu informieren, wie würdig ihr Land für die Unabhängigkeit ist. Erst dann sollte sie sich ein Urteil darüber erlauben, wer würdig oder unwürdig ist.

Vielleicht wirft die Frau Bundeskanzlerin auch einen Blick in das offizielle Bulletin des deutschen Bundestages, in dem über die Vergangenheit und die Religionszugehörigkeit der Bundestagsabgeordneten berichtet wird. Und dann soll sie bitte die Frage beantworten, warum über 100 Bundestagssitze von nicht-deutschstämmigen Juden besetzt werden, obwohl doch nur 150.000 Juden in Deutschland leben. Eine so einfache Frage muss erlaubt sein. Die Antwort auf diese Frage zeigt, dass die unwürdige deutsche Regierung sich selbst und das deutsche Volk zu Sklaven der Zionisten gemacht hat. Ist das nicht beschämend?"⁹³

'Wie können die Deutschen nur den Amerikanern gehorchen?'

Der Vorsitzende des Pressebüros der Pasdaran, **Seyyed Masud Jasaeri**, sagte gegenüber
ISNA:

⁹² Merkel hatte nicht "würdig", sondern "inakzeptabel" gesagt.

⁹³ Kayhan 14.2.2006



"Die Art und Weise, in der Europa mit dem friedlichen Atomprogramm des Iran umgeht, zeugt von der Schwäche und Ineffektivität von Staaten wie England, Frankreich und Deutschland. Diese Schwäche kommt auch in Reden, wie derjenigen der deutschen Bundeskanzlerin deutlich zum Ausdruck. In ihren kindlichen Vorstellungen sieht sie sich selbst als Hitler und geht davon aus, dass sie als deutsche Bundeskanzlerin die freie Welt herumkommandieren kann. Natürlich kann man von Personen mit zionistischer Vergangenheit nichts anderes erwarten. Es ist aber erstaunlich, dass ein so großes Volk es zulässt, dass sich seine Staatsbeamten auf Weltkonferenzen als Sprecher Amerikas und Israels gebärden.

Ich versichere, dass die kindische Freude der amerikanischen Beamten und der Besatzer von Jerusalem über die Sendung der iranischen Atomakte an den Sicherheitsrat bald ein Ende nehmen wird. [...] Die französischen, englischen und deutschen Regierungen müssen sich fragen lassen, warum sie sich einem kleinen Cowboy verpflichtet fühlen und ihm gehorchen?"⁹⁴

Special Dispatch, 23. Februar 2006 - Neue außenpolitische Aktivitäten des Iran

Der Iran sucht nach neuen Verbündeten. Nachdem sich Ahmadinedschad in der islamischen Welt mittels anti-westlicher Hetztiraden Gehör verschafft hat, wendet er sich nun an potentielle Partner in der nicht-islamischen Welt. Im christlichen Venezuela will man nicht religiös überzeugen, sondern vielmehr ein revolutionäres Bündnis gegen die USA stärken. In diesen Zeiten ist auch das katholische Kuba ein willkommener Verbündeter, vor allem da Fidel Castro keine Möglichkeit auslässt gegen die USA zu wettern. Im Fernen Osten sollen sowohl die wirtschaftlichen als auch politischen Beziehungen zur Volksrepublik China gesichert werden.

Der Iran tut alles daran, einer vollkommenen Isolierung entgegenzuwirken, um in der Region selbst dazu in der Lage zu bleiben, gleichgesinnte Bewegungen, wie die palästinensische Hamas, finanziell und ideologisch zu fördern.

Im folgenden dokumentieren wir die außenpolitischen Ambitionen des Iran anhand verschiedener Presseberichte iranischer Zeitungen.

Venezuelas Solidarität mit dem Iran

Während der iranische Majlessvorsitzende, **Qolamali Hadad-Adel** Caracas besuchte, sprach der Vorsitzende des venezuelanischen Nationalkongresses,

⁹⁴ ISNA 8.2.2006



Nicolas Maduro, von der "großen Einheit der Brüder." Maduro fügte hinzu: "Geographisch sind wir zwar weit von Iran entfernt, aber wir fühlen gemeinsam mit den Iranern. Gemeinsam tragen wir die Fahne der Unabhängigkeit und werden gemeinsam den Sturz des amerikanischen Imperialismus miterleben." Hadad-Adel erklärte, seine Reise zielt darauf ab "eine Front von Staaten zu schaffen, die gegen Amerika Widerstand leisten. [...] Beide Staaten müssten sich gegen die Bedrohungen Amerikas und gegen den Druck des Imperialismus vereinigen. Denn beide Staaten haben eine gemeinsame Strategie im Hinblick auf den Freiheitskampf gegen Amerika. Die Einheit der beiden revolutionären Staaten beruht nicht auf Wirtschaftsbeziehungen, sondern auf höheren gemeinsamen Zielen der Einheit. [...]" Er bedankte sich für die Haltung Venezuelas gegen die Entscheidung des IAEA-Gouverneursrates. Dieser hatte sich dafür ausgesprochen, dass das iranische Atomprogramm auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates kommt. Neben Venezuela hatten sich auch Syrien und Kuba gegen die Entscheidung des IAEA-Gouverneursrates ausgesprochen.

Auch **Hugo Chaves**, Venezuelas Präsident, ging auf die These der "strategischen Einheit der Staaten des Südens" ein und "verteidigte gänzlich das iranische Atomprogramm", so die reformislamistische Zeitung, **Sharq**. Chavez sagte zudem: "Der iranische Präsident soll weiterhin das Recht auf das Atomprogramm und auf Unabhängigkeit verteidigen. Der Iran ist ein Modell für die ganze Welt, und wir unterstützen ihn. Venezuela wird nie aufhören, sich mit dem Iran zu solidarisieren. [...] Iran, Syrien, Kuba und Venezuela haben eine quadratische Einheit, mit einer starken Motivation des Widerstandes gegen Amerika."⁹⁵

Das politische Verhältnis Irans zu Kuba

Der iranische Majlessvorsitzende, Hadad-Adel setzte nach seinem Besuch in Caracas seine Reise in Richtung Kuba fort. **Kayhan** zitierte **Fidel Castro**: "Iran hat viel Macht im Mittleren Osten und in der Welt. Iran kann sich kraft einer alten Kultur und mit Hilfe des Volkes verteidigen. Amerika kann dem stolzen und vereinten Volk des Iran keinen Schaden zufügen." Castro habe betont, dass Amerika im Irak verloren habe und das Land bald verlassen müsse. Castro sagte weiterhin: "Bush ist ein Lügner. Seine Gedanken sind eine Gefahr für die Zukunft der Welt. Leider befinden sich aber einige europäische Staaten unter seinem Einfluss." Hadad-Adel erwiderte laut Kayhan: "Ich bin hierher gekommen, um zu erklären, dass die Islamische Republik Iran entschlossen ist, mit Kuba zusammenzuarbeiten. Als zwei revolutionäre Staaten haben wir einen gemeinsamen Feind. Daher müssen wir alle unsere Möglichkeiten der Kooperation nutzen, um unseren Völkern zu dienen." Fidel Castro fuhr fort: "Sie wissen besser als alle anderen, wie verärgert Amerika über den

⁹⁵ Sharq, 18.2.2006



Sieg der Revolution von Imam Khomeini ist. Seit dem Beginn der Revolution haben die Amerikaner versucht, Druck auf den Iran auszuüben." ⁹⁶

Die "strategische Kooperation" zwischen Iran und China

Mohammad Hussein Adeli, Ex-Mitarbeiter des iranischen Außenministeriums und gegenwärtig Wissenschaftler in einem iranischen Forschungsinstitut für Wirtschaft, schildert die iranisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wie folgt:

"Bis zum Jahr 2025 müsste die Produktion von Öl um 45 Mio. Barrel Öl steigen. 41 Prozent dieser Mehrproduktion werden von OPEC-Staaten und die restlichen 59 Prozent müssen andere Öl produzierenden Staaten erzeugen. Daher müssen wir schlussfolgern, dass Energie eine politische und strategische Ware ist." Dabei verwies Adeli auf das Volumen der chinesisch-iranischen Handelsbeziehungen, die gegenwärtig 10 Milliarden Dollar betragen würden. Ende Januar seien Verträge zwischen beiden Ländern formuliert worden, die zwar noch nicht unterschrieben seien, aber das Ziel verfolgten, das gegenwärtige Handelsvolumen auf 100 Milliarden Dollar zu verzehnfachen. Zudem warf Adeli die Frage auf, ob die iranisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen nicht sogar eine strategische Bedeutung hätten. Adelig erklärte in Anwesenheit der chinesischen Verhandlungspartner: "Energie ist für die Entwicklung Chinas existentiell. Daher ist die Frage berechtigt, ob es im persischen Golf für China eine andere Alternative gibt." Wie Sharq berichtet forderte auch der Sekretär des iranischen Außenministers, **Mortesa Bank**, die chinesischen Verhandlungspartner heraus, indem er sagte: "Die iranisch-amerikanischen Beziehungen sind voller Spannungen. China ist auf das iranische Öl angewiesen. Die Frage ist, ob sich China im iranisch-amerikanischen Konflikt neutral verhalten will? [...] Russland hat den Iran in einer sehr sensiblen Situation allein gelassen. Müsste sich China nicht langsam überlegen, ob es wichtig ist, für Vertrauen gegenüber dem Iran zu sorgen?"

Die Antwort des chinesischen Botschafters in Teheran war laut Sharq: "Die Energieversorgung Chinas wird zu 94 Prozent autonom gesichert. Wir können selbst unseren Ölenergiebedarf decken. China ist selbst ein Ölproduzent und war bis 1993 ein Ölexportland. Seitdem muss auch China Öl importieren. Dabei haben aber die Ölimporte keine 50 Prozent des Ölbedarfs erreicht. Etwa 10 Prozent unserer Ölimporte stammen aus dem Iran. Da jedoch der Energiebedarf Chinas jährlich um 10 Prozent steigt, wächst dementsprechend unser Öl- und Gasbedarf. [...] In Bezug auf das Atomproblem hoffen wir, dass Iran in der Lage sein wird, für Frieden und Sicherheit in der Region zu sorgen, so dass wir mit dem Iran zusammenarbeiten können. [...] Iran und China sind zwei unabhängige Staaten. Iran sollte sich sicher sein, dass sich China nicht negativ beeinflussen lässt. Beide Staaten haben keine Angst vor der Politik der Supermächte." Der Artikel endet mit der Analyse des chinesischen Botschafters und stellt zunächst fest, dass das iranisch-chinesische

⁹⁶ [2] Kayhan 22.2.2006



Treffen von zwei Ölonternehmen organisiert wurde und kein Staatsakt gewesen war. Der chinesische Botschafter habe jedoch deutlich gemacht, dass sich Iran nicht in einer konfrontativen Politik gegen die USA stellen sollte. Immerhin würde das chinesisch-amerikanische Handelsvolumen 130-140 Milliarden Dollar betragen.⁹⁷

Die Zeitung Kayhan kritisierte den "zionistisch-republikanischen amerikanischen Senator" Sam Brown, der den iranisch-chinesischen Handelsvertrag von über 100 Milliarden Dollar als eine antiamerikanische Haltung Chinas bezeichnet hatte.⁹⁸

Iran verspricht Hamas finanzielle Unterstützung

Der religiöse Führer des Iran, **Ali Khamenei**, sagte bei einem Besuch von **Khaled Mash'all** in Teheran: "In den letzten Jahren haben die Palästinenser und die kämpferischen Gruppen nie den Jihad und ihre Hoffnungen aufgegeben. [...] Inzwischen erfüllen sich nach und nach die göttlichen Versprechen. Nach der Befreiung von Gaza erleben wir nun den Sieg der Hamas. [...] Die politische Haltung der Hamas ist sehr logisch und richtig."

Bei dem Treffen betonte Khaled Mash'all, dass "der Sieg der Hamas ein Sieg der islamischen Umma sei". Zudem sagte er: "Wir gratulieren auch der Islamischen Republik Iran, denn sie hat auch zum Sieg der Hamas beigetragen."

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad sagte bei seinem Treffen mit Mash'all: "Der Sieg der Hamas hat gezeigt, dass das palästinensische Volk den Willen besitzt, seinen Kampf fortzusetzen. [...] Die Wahl des palästinensischen Volkes hat die Verträge von Oslo, den Roadmap und alle anderen früheren Diskussionen konterkariert und hat gezeigt, dass das palästinensische Volk sein Schicksal nicht den Supermächten und den westlichen Staaten überlassen wird. [...] Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, entstand in einer Zeit als die Muslime noch geschlafen haben. [...] Heute sind aber die islamischen Völker erwacht und die Welt der Arroganz ist dem Untergang geweiht."⁹⁹

Ali Larijani, Vorsitzender des nationalen Sicherheitsrates des Iran sagte: "Wenn Amerika wirklich die Demokratie in der Region fördern will, warum wollen sie dann die Hamas bestrafen? Hamas ist doch mit der Stimme des Volkes an die Macht gekommen. Wir bedauern sehr, dass Amerika keine Lehren aus den Erfahrungen im Iran und in Palästina gezogen hat. Aber wir werden der Forderung von Dr. Khaled Masha'll nachgehen und der Autonomiebehörde finanzielle Unterstützung zukommen lassen."¹⁰⁰

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

⁹⁷ Sharq, 19.2.2006

⁹⁸ Kayhan 19.2.2006

⁹⁹ Sharq 21.2.2006

¹⁰⁰ Sharq 23.2.2006



Special Dispatch, 29. März 2006 - Iran: Petrodollars und Inflation ¹⁰¹

Präsident **Mahmoud Ahmadinejad** ist mit der politischen Parole "mehr Gerechtigkeit" an die Macht gekommen. Aber wie jetzt in einem Artikel der reformislamistischen Zeitung **Sharq** zu lesen war, unterscheiden sich seine staatlichen Wirtschaftspläne kaum von denen der Regierung Khatamis. Das iranische Majless beschloss Anfang März den diesjährigen Staatshaushalt. Im Rahmen einer ganzen Reihe von Artikeln über die iranische Wirtschaftspolitik kritisieren verschiedene Wirtschaftswissenschaftler in Sharq, dass die Regierung kein klares Wirtschaftskonzept habe. Entgegen der versprochenen ‚gerechten Gesellschaft‘ werde sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Inflationsrate steigen. Weiterhin wird in den im folgenden zusammengefassten Artikeln die Frage behandelt, welche Folgen die hohen Öleinnahmen für die iranische Wirtschaft haben können.¹⁰² Die Wirtschaftsexperten kommen zu dem Schluss, dass hohe Öleinnahmen die Probleme der iranischen Wirtschaft nicht automatisch lösen werden. Damit machen sie auf den paradoxen Effekt der Ölpreiserhöhung aufmerksam, die im Zusammenspiel mit hohen staatlichen Ausgaben und einer fehlenden Binnenmarktentwicklung eher inflationäre Prozesse erzeugen werde.

Zusammengefasst von Wahied Wahdat-Hagh*

Staatliche Entwicklungspläne

Mohammad Resa Bahonar, stellvertretender Vorsitzender des Majless kündigte an, dass die iranische Wirtschaft in diesem Jahr um mindestens 8 Prozent wachsen soll.¹⁰³ Dabei sei allein das Budget für die staatlichen Unternehmen um 48 Prozent erhöht worden. Tatsächlich will die neue Regierung ihre Investitionen für die Armen steigern. Beispielsweise sollen die Subventionen für Nahrungsmittel um ca. 360 Millionen Dollar erhöht werden. Diese staatlichen Maßnahmen sollen zu einer Verbesserung der Ernährungslage der verarmten Teile der Bevölkerung führen. Gleichzeitig sollen die Ausgaben für ländlichen Gebiete erhöht werden, denn das sozioökonomische Gefälle zwischen Großstädten wie Teheran und kleineren Provinzregionen ist groß. Der finanzielle Aufwand für die Entwicklung der strukturschwachen Provinzen soll allein 900 Millionen Dollar betragen. Der Staat will zwar für die armen Bevölkerungsteile Häuser bauen, muss aber mindestens für 10 Milliarden Dollar Zement importieren, um den fehlenden Bedarf von 42, 7 Millionen Tonnen Zement zu decken, der im Iran eine Mangelware ist.¹⁰⁴

¹⁰¹ MEMRI

¹⁰² Laut Sharq betragen die Öleinnahmen zur Zeit rund 44 Milliarden Dollar, gleichzeitig aber steige der Importbedarf der Wirtschaft stetig.

¹⁰³ Das iranische Kalenderjahr beginnt jeweils am 21. März.

¹⁰⁴ Sharq, 4.3.2006.



Inflationäre Entwicklungen werden verstärkt

Ahmadinejad hat Sharq zufolge angekündigt, ca. 40 Milliarden Dollar in den iranischen Markt zu investieren. Dieser Prozess wird wie folgt beschrieben: Die Zentralbank beabsichtigt zunächst 1 Milliarde Dollar Staatsschulden zu tilgen, während die staatlichen Handelsbanken mit ca. 45 Millionen Dollar folgen sollen. Gleichzeitig würden die Kosten für notwendige Importe, beispielsweise für Zement, sowie die Ausgaben für Benzin, Nahrungsmittel und ambitionierte Entwicklungsprojekte sehr hoch seien.¹⁰⁵

Deviseneinnahmen aus dem Ölgeschäft

Sharq zitiert das Majlessmitglied Abdollahi mit der Aussage, dass falls die Ölpreise in diesem Jahr bei ca. 50 Dollar pro Barrel stabil bleiben, man die iranische Staatskasse trotzdem nicht wieder füllen lassen kann. Denn die Einnahmen von beispielsweise 43,8 Milliarden Dollar aus dem Ölgeschäft seien schon längst verplant. Außerdem gäbe es kaum zusätzliche Deviseneinnahmen, die die Wirtschaft jedoch dringend bräuchte. Daher sei die Zentralbank gezwungen, neues Geld zu drucken, was zu einer Inflation bis zu 30 Prozent führen kann. Eine Inflation würde wiederum mehr Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Zumal sich die Deviseneinnahmen aus dem Export von Nicht-Ölproduktion im letzten Jahr lediglich auf ca. 7 Milliarden Dollar beliefen. Mehr sei auch im laufenden iranischen Jahr nicht zu erwarten. Die iranischen Unternehmer seien zu schwach und hätten nicht genug Kapital, um von den Petrodollars zu profitieren. Das Problem sei, dass es keine funktionierende Investitionspolitik gibt.¹⁰⁶

Hohe Ölpreise können die Inflation stärken

Es wird die These aufgestellt, dass hohe Ölpreise zur Inflation im ölexportierenden Land führen können: Die Petrodollars würden für Importe wieder ins Ausland fließen. Es würde infolgedessen mehr Rial und Toman gedruckt, um die Kaufkraft zu erhöhen.¹⁰⁷ Die Nachfrage der Wirtschaft steigt, da es mehr Geld gibt. Dies führe dazu, dass die Waren, wie Industrie- und Landwirtschaftsgüter, vermehrt eingeführt werden. Dies wiederum führt zu sinkenden Preisen für solche importierten Waren, was zur Folge hat, dass der einheimischen Produktion Schaden zugefügt wird. Gleichzeitig steigen dann die Preise der Waren, wie z. B. Immobilien, die nicht importiert werden können. So steige die Inflation. Die einheimische Produktion stagniere und die Armen würden noch ärmer. So könne der hohe Ölpreis sogar zu

¹⁰⁵ ebenda

¹⁰⁶ ebenda

¹⁰⁷ Der Rial ist die Währung der Iranischen Republik. 10 Rial werden auch als Toman, der Name der alten persischen Währung, bezeichnet. Ca. 910 Toman sind 1 US-Dollar.



mehr Armut im Land führen, wenn nicht gleichzeitig investiert werden kann und keine neuen Arbeitsplätze entstehen.¹⁰⁸

Keine Lösung trotz Vergrößerung des Staatsbudgets

Eine weitere Analyse wurde von Dr. Mehdi Assali geliefert, der die Meinung vertritt, dass sich das Staatsbudget des Iran in diesem Jahr um 30 bis 40 Prozent erhöht habe. Assali stellt fest, dass die Regierung nun einen Teil ihrer Schulden zurückzahlen könnte, da sie über mehr Geld verfügt. Dadurch werde es theoretisch auch möglich, die weniger verdienenden Teile der Bevölkerung finanziell zu unterstützen, die Löhne der Angestellten zu erhöhen, die Wohlfahrtsprojekte zu fördern und die staatliche Dienstleistung zu verbessern. Assali kommt aber zu dem Schluss, dass dies zwar positive Ziele seien, manche Wirtschaftsexperten allerdings davor warnen, dass am Ende des Jahres trotz aller Versprechen die Arbeitslosigkeit und Inflation größer werden könnten. Dafür gäbe es laut Assali folgende Gründe: Erstens fehle ein klares Wirtschaftskonzept, das eindeutig die Probleme der Produktion, der Beschäftigung, der Inflation, des Exports von Nicht-Ölprodukten sowie der Lohnverteilung berechnet und analysiert.

Zweitens seien die steigenden Staatsausgaben von den Öleinnahmen abhängig. Es müssten Strategien entwickelt werden, um die Staatsausgaben im gesamtwirtschaftlichen Maßstab zu verringern.

Drittens seien die Kapazitäten der inländischen Industrieproduktion und des Dienstleistungssektors zwar gering, dennoch könnten sie den Umfang des inländischen Kapitalsockels noch mehr verkleinern.

Viertens könnten sinkende Öleinnahmen für großen Aufruhr sorgen.

Fünftens gäbe es keine genaue Entwicklungsplanung.

Sechstens würden Nicht-Ölsektoren, wie die Petrochemie oder die Gasindustrie im Vergleich mit der Ölproduktion vernachlässigt werden.

Siebtens seien die Ausgaben, die der Wohlfahrt der Gesellschaft dienen sollten, nicht rational geplant. Da es keine landesweit funktionierenden Parteien gäbe, die eine Wirtschaftsplanung entwickeln könnten, beschäftigten sich lediglich die Majlessmitglieder mit dieser Planung. Diese seien aber nicht in der Lage, eine genaue Wirtschaftsplanung durchzuführen. Eine Wirtschaftsplanung, die darauf abziele, den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung zu steigern, gäbe es überhaupt nicht.

Achtens wird in Erinnerung gerufen, dass die Suche nach neuen Ölquellen weltweit weitergehe. In Zukunft könne sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im Ölgeschäft stark verändern, so dass sich die Abhängigkeit des iranischen Staates und der Wirtschaft vom Ölpreis und Devisen noch verstärken könnte. Abschließend schlägt der Autor vor, dass der iranische Staat jährlich 20 Prozent seiner Schulden an die iranische Zentralbank zurückzahlen sollte. Zudem sollte der Staat einen Spartopf für nationale Öl- und Gasinvestitionen einrichten. Auch die

¹⁰⁸ Sharq, 2.3.2006.



Benzin- und Strompreise sollten den Preisen auf dem Weltmarkt angepasst werden, und somit nicht mehr so stark staatlich subventioniert werden.¹⁰⁹

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

Special Dispatch, 20. April 2006 - Iranische Medien über geplante amerikanisch-iranische Gespräche zum Irak

Auch in den iranischen Medien wurden in den letzten Tagen etwaige amerikanisch-iranische Gespräche diskutiert. Diese Gespräche sollen indes nicht das iranische Atomprogramm behandeln, sondern die Lage im Irak betreffen. Der amerikanische Beauftragte für den Irak Zalmay Khalilzad soll die Gespräche leiten, die das erste offizielle diplomatische Treffen zwischen beiden Seiten seit der Revolution von 1979 sein werden. Wie der Guardian am 18. April berichtete, haben demokratische und republikanische Senatoren die Bush-Administration unter Druck gesetzt, Gespräche mit dem Iran aufzunehmen. Die zunächst für den 8. April vorgesehenen Gespräche wurden bis zur vollständigen Wahl der irakischen Regierung verschoben, nachdem irakische Sunniten sich beschwert hatten, dass nur irakische und iranische Schiiten an dem Treffen mit den Amerikanern teilnehmen sollten.¹¹⁰

Während die USA den Iran in den Gesprächen auffordern dürften, militante Kräfte im Irak nicht mehr zu unterstützen und den Schmuggel der Al-Qaida über den Iran nach Irak zu stoppen, stellt der Iran die amerikanische Besatzung als Ursache für die Gewalt dar.

Im Folgenden dokumentieren wir Diskussionen über die bevorstehenden iranisch-amerikanischen Gespräche, die in iranischen Zeitungen geführt wurden.

"Dialog über den Irak kann Grundlage für weitere Gespräche sein"

Der Vorsitzende des Schlichtungsrates, **Ayatollah Ali Akbar Hashemi Rafsanjani**, erklärte: "Die Gespräche zwischen Teheran und Washington über den Irak werden die Grundlage für Gespräche auch über andere Themen schaffen." Ein Erfolg des

¹⁰⁹ Sharq, 18.3.2006.

¹¹⁰ Schon am 9. April meldete die Zeitung Sharq, dass die iranische Regierung eine Meldung der Financial Times dementiert habe, wonach Mohammad Resa Nahawandian als iranischer Unterhändler und naher Mitarbeiter von Ali Larijani, dem Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates des Iran, für die Aufnahme von Gesprächen in die USA eingereist sei. Sharq meldete, dass Nahawandian aus privaten Gründen in die USA geflogen sei (Sharq, 19.4.2006).



anstehenden Dialoges, so Rafsanjani, könnte die Fortsetzung von Gesprächen erleichtern.¹¹¹

Die reformislamistische Zeitung **Sharq** berichtete, dass die Gespräche im Irak im Haus des schiitischen Führers **Seyyed Abdolasis Hakim** sowie in der Botschaft eines dritten Staates stattfinden sollen. Der iranische Beauftragte für den Irak, **Hassan Kazemi Qomi**, solle die iranische Delegation leiten. Er kenne Khalilzad aus Afghanistan, weil er einige Jahre iranischer Botschafter in Kabul war. Die schiitischen Führer im Irak, Seyyed Abdolasis Hakim und Präsident **Ibrahim Jafari**, so die Sharq weiter, würden amerikanisch-iranische Gespräche sehr begrüßen. Der proamerikanische Kleriker Hakim hoffe, dass die iranisch-amerikanischen Konflikte nicht auf dem Boden des Irak ausgetragen werden. Sharq kommentierte, dass der Iran zwar noch keine Botschaft in Bagdad habe, dies jedoch möglich sei, wenn die Amerikaner die iranischen Interessen berücksichtigen würden.¹¹² Sharq berichtete an anderer Stelle, dass **Mohammad Javad Larijani** und **Mohammad Javad Sarif** als mögliche iranische Gesprächsteilnehmer vorgesehen seien.¹¹³

"Amerikanisch-iranische Gespräche sind tabu"

Ebenfalls in der Sharq erklärte der Journalist **Mohammad Resa Sardari**, dass ein Dialog mit den Vereinigten Staaten eigentlich "tabu" sei. Gespräche zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten hätten bisher nur in Ausnahmesituationen stattgefunden. Sardari weist etwa auf Gespräche hin, die unter der Präsidentschaft von **Mehdi Basargan** zwischen **Ibrahim Yasdi** und **Zbigniew Brzezinski** geführt worden wären. Damals sei es um die Auslieferung des Schahs an den Iran gegangen. Sardari schreibt: "Die Besetzer der US-Botschaft in Teheran kritisierten Basargan wegen der Gespräche mit den Amerikanern." Ein zweites Mal habe der Iran unter der Präsidentschaft **Rajais** mit den USA verhandelt. Der Iran habe damals "bei der Geiselfreiung im Libanon vermittelt." Während des Iran-Irak-Krieges habe es sogar Waffengeschäfte mit den Amerikanern gegeben, was eine Staatsaffäre [Iran-Gate] in den USA verursacht hätte. Unter der Präsidentschaft Rafsanjanis habe **Ataollah Mohajerani**, später Minister für religiöse Führung, sogar direkte Verhandlungen mit den USA befürwortet. Auch der iranische UN-Botschafter, **Rajai Khorassani**, habe sich für Verhandlungen mit den USA stark gemacht. Sardari schreibt, dass sich damals "die Linken"¹¹⁴ gegen einen solchen Dialog gestellt hätten.

Weil Verhandlungen unmöglich erschienen, hätten die USA den wirtschaftlichen Druck auf den Iran erhöht. Zwar habe Mohammad Khatami in einem CNN-Interview die amerikanische Kultur gewürdigt, Gespräche seien aber dennoch nicht ermöglicht worden. Auch nach dem 11.9. hätte der Iran Gespräche mit den Vereinigten Staaten

¹¹¹ IRNA, 13.4.2006

¹¹² Sharq 8.4.2006

¹¹³ Sharq, 18.4.2006

¹¹⁴ Linksislamistische Kräfte, die später hinter Khatami standen.



geführt, aber die Feindseligkeiten hätten trotzdem nicht abgenommen. Vor diesem Hintergrund sei klar, dass es bei den anstehenden Gesprächen nur um den Irak und nicht um die Lösung der iranisch-amerikanischen Konflikte insgesamt gehen könne.¹¹⁵

Der Iran als Gewinner der US-Kriege in der Region

Die im Iran viel gelesene Exil-Internetzeitung Roozonline interviewte **Dr. Hushang Amirahmadi**, Professor an der Universität von New Jersey. Dieser sieht in den Gesprächen eine Chance: "Gespräche mit den USA galten früher als eine rote Linie der Revolution. Jetzt heben sie selber diese rote Linie auf." Dieser Schritt sei ein "Wendepunkt und der Beginn eines neuen historischen Abschnitts." Auf die Frage von Roozonline was denn der Iran zur Lösung des Konfliktes im Irak beitragen könne, sagte Amirahmadi: "Die Islamische Republik hatte schon vor dem Sturz von Saddam Hussein gute Beziehungen zu den Führern der Kurden, der Sunniten und der irakischen Schiiten. Diese Gruppen haben finanzielle Unterstützung aus dem Iran erhalten. Über die Jahre hat der Iran viele Informationen über diese Gruppen gesammelt und verfügt über gute Beziehungen zu ihnen." Außerdem sei durch die Präsenz der amerikanischen Armee im Irak der Hauptfeind des Iran ausgeschaltet worden. Amirahmadi erklärte aber: "Falls die Amerikaner keine politische Lösung des Atomprogramms finden, wird der Streit zu einem Krieg führen. Das iranische Atomprogramm hat das Potential, den Iran zu irakisieren." Falls auch UN-Sanktionen nicht helfen sollten, könnte ein Krieg die Folge sein, so Amirahmadi.¹¹⁶

Der Sharq-Journalist **Mortesa Sharibani** analysiert, dass die Neokonservativen in den USA Saddam Hussein zwar gestürzt und den Irak besetzt hätten, den gegenwärtigen Problemen im Irak aber nicht mehr gewachsen seien. Weil ihre politische Zukunft eng mit einem Erfolg im Irak verbunden sei, wären sie nun auf den Iran angewiesen, denn nur mit dem Iran könnten Ruhe und Sicherheit im Irak wieder hergestellt werden. Sharibani schreibt: "In Wirklichkeit ist der Iran der größte Sieger der amerikanischen Invasion im Irak, denn der gefährlichste Feind des Iran in seinen westlichen Grenzen ist vernichtet worden." Und dabei sei auch noch Amerika selbst in eine schwere Krise geraten.¹¹⁷

"Amerikas Politik wird realistisch sein müssen"

Ebenfalls in Sharq geht **Ali Akbar Resai** auf die potentiellen internationalen Gesprächspartner des Iran ein. Dabei erklärt er, dass sich im Zuge des Streits um das Atomprogramm die Schwäche Europas erwiesen habe. Gleichzeitig sei zwar die Rolle Chinas und Russland in der Weltdiplomatie stärker geworden, dennoch müsse man jetzt in einen direkten Dialog mit den USA eintreten. Eine iranische Bereitschaft

¹¹⁵ Sharq 6.4.2006

¹¹⁶ Roozonline.com, 10.4.2006

¹¹⁷ Sharq, 12.4.2006



zum Dialog zwingt überdies die USA, eine "realistische Politik" gegenüber dem Iran zu verfolgen.

Eine "realistische amerikanische Politik" sollte die Macht des Iran akzeptieren. Eine "realistische Politik" kenne "keinen dauerhaften Freund oder Feind". Bündnispolitik sei für den Realisten immer auf bestimmte Zeit beschränkt und so müsse man auch nicht glauben, "dass Gespräche gleich zur Dauerfreundschaft mit Amerika führen." Solange die nationalen Interessen es verlangen, solle der Iran aber Gespräche mit den USA nicht ausschließen.

Dennoch sollte man als Ergebnis des möglichen Dialogs erwarten, dass die "Sicherheit des Iran dauerhaft garantiert ist." Zwar würden gerade die zur Schule der Realisten zählenden amerikanischen Politiker nicht direkt vom "Regime Change" im Iran reden, aber, so Resai, "die Möglichkeit eines Sturzes der iranischen Regierung wird weiterhin zum Spiel gehören." Er empfiehlt, dass der Iran seine "Rolle in der regionalen Politik weiter stärken soll, um die Verhandlungsposition mit dem Westen zu verbessern." Zwar solle bei den möglichen Gesprächen nur über die Lage im Irak gesprochen werden und nicht über das Atomprogramm, aber mit der Zeit würde sich auch die amerikanische Haltung gegenüber dem iranischen Atomprogramm ändern müssen. Schließlich warnt Resai vor der Rolle Israels: "Israel will keine Änderung der gegenwärtigen Lage. Israel hat immer dazu beigetragen, dass sich die amerikanische Politik vom Realismus entfernt."¹¹⁸

"Nur direkte Gespräche können die Probleme lösen"

Dr. Mohammadresa Tajik, ehemaliger Vorsitzender des "Zentrums für strategische Untersuchungen des Präsidentenbüros", hält einen Dialog mit den USA zum gegenwärtigen Zeitpunkt für gefährlich und "nicht im Interesse des Iran." "Wenn die Gespräche jetzt scheitern," so Tajik, "könnten die Türen für zukünftige Gespräche für immer geschlossen werden." Tajik erklärte seine Position so: "Nur direkte Gespräche [auf hoher Ebene] können die Probleme lösen. [...] Der Iran sollte jetzt nicht einem zweitklassigen US-Beauftragter im Irak hinterherlaufen".¹¹⁹

"Gespräche sind nur eine amerikanische Strategie"

Deutlich negativer zu Gesprächen mit den USA äußerte sich etwa **Dr. Mohammad Sadr**, ehemaliger Sekretär des iranischen Außenministers unter der Regierung Khatamis. In der Sharq vertritt er die Meinung, dass "die amerikanische Annäherung an den Iran eine langfristige Strategie darstelle, um taktischen Druck auf den Iran auszuüben." Die Amerikaner seien gegen gute Beziehungen des Iran mit Syrien und dem Libanon, weil es sich dabei um ein antiisraelisches Bündnis handele. Auch seien die Amerikaner verärgert darüber, dass "die proiranischen Kräfte die Wahlen in

¹¹⁸ Sharq, 9.4.2006

¹¹⁹ ISNA, 9.4.2006



Palästina und im Irak gewonnen haben." Daher sei es vernünftig, die guten Beziehungen zu Syrien auszubauen, zumal die syrische Regierung eine stabile Regierung sei.¹²⁰

Ähnlich argumentiert die dem religiösen Führer nahe stehenden Zeitung **Kayhan**. Sie schreibt, dass Amerika wisse, dass der Beschluss des UN-Sicherheitsrates den Iran nicht dazu bewegen werde, sein Atomprogramm zu stoppen. Daher hoffe Amerika auf Erfolge bei den Gesprächen in Bagdad.¹²¹

Ebenfalls in Kayhan wird aus einem Freitagsgebet zitiert, in dem **Ayatollah Abdollah Javad Amoli** erklärt: "Die islamische Republik ist sich der feindseligen Haltung der Amerikaner bewusst. Sie wird ihnen aber klar machen, warum sie im Irak Probleme haben. Wir werden ihnen ihre Ausbeutungspolitik erklären und klarstellen, warum sie verpflichtet sind, Reparation zu zahlen. Wir werden ihnen erklären, warum sie die iranischen Terroristen [Volksmujahedin] an den Iran ausliefern müssen. Und wir werden deutlich machen, warum sie den Irak wieder an die Iraker zurückgeben müssen und endlich ihre Spionagepolitik beenden müssen."¹²²

Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

Special Dispatch, 28. April 2006 - Iran auf Konfrontationskurs

In seiner jüngsten Rede schwärmt **Ahmadinejad** von der iranischen Kultur, insbesondere deren religiösem Fundament, als Modell für alle Völker. Er bekräftigt seinen Hass gegenüber dem Staat Israel und schlägt erneut vor, dass die Juden in die Länder zurückkehren sollen, aus denen sie vertrieben wurden. Weiterhin sei es ungerecht, dass sowohl die Palästinenser als auch die Deutschen noch heute unter den Folgen des Krieges zu leiden hätten, stattdessen müsse Deutschland sich aus der Gefangenschaft befreien und eine führende Rolle in der Welt einnehmen.

Gegenüber der IAEO droht Ahmadinejad mit dem Austritt Irans aus der Organisation. Zur gleichen Zeit verkündet **Ali Larijani**, der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates, dass es dem Iran gelungen sei, Uran anzureichern. Der Iran sei weiterhin auf dem Weg eigenes Brennmateriale herzustellen, denn man könne sich nicht auf die westlichen Staaten als Lieferanten verlassen. Aus diesem Grund sei es

¹²⁰ Sharq, 5.4.2006

¹²¹ Kayhan 8.4.2006

¹²² Kayhan 8.4.2006



notwendig, das eigene Atomprogramm fortzusetzen. Trotzdem gibt es weiterhin Studentenproteste, die sich gegen das Atomprogramm wenden.

Zusammengestellt und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh*

"Ein Modell für alle Völker"

Für Ahmadinejad stellt "die Kultur des iranischen Volkes ein Modell für alle Völker" dar. Er betonte, dass die "diesjährige Parole des iranischen Volkes, die Rückkehr zur Kultur der Propheten" sei, damit "Frieden und Gerechtigkeit für alle Wirklichkeit werden." Weil die religiösen Prinzipien noch nicht durchgesetzt worden seien, gäbe es immer noch Unterdrückung und Krieg. Zumal einige Mächte sich gegen die "Kultur der Propheten" stellen würden. Ahmadinejad fuhr fort: "Die Kultur des Krieges ist die Kultur von primitiven Menschen, die die Moral der Propheten nicht kennen. Sie haben im letzten Jahrhundert, in zwei Weltkriegen gut gekämpft und 60 Millionen Menschen haben in den Kriegen mit ihrem Leben bezahlt, aber warum sollen die Völker des Mittleren Ostens noch 60 Jahre später den Tribut dafür zahlen."¹²³

"Lasst die Juden in ihre Heimat zurückkehren"

Ahmadinejad sprach auch über Antisemitismus und richtete sich dabei an die westlichen Staaten: "Wegen Eures Antisemitismus mussten die Juden ihre Heimat verlassen und nach Palästina übersiedeln. Die Juden haben, wie alle Völker der Welt, das Recht in Freiheit und Sicherheit zu leben. Ihr müsst den Juden endlich erlauben, in ihre Heimat zurückzukehren. Ihr müsst endlich zulassen, dass Frieden und Sicherheit auf Grundlage von Gerechtigkeit aufgebaut wird. Ihr habt die Probleme geschaffen, als ihr die Juden nach Palästina transferiert habt, daher müsst ihr jetzt selber die Probleme lösen. Lasst doch endlich zu, dass die Palästinenser ihre Meinung frei äußern können."

Im folgenden richtete Ahmadinejad sich direkt an die deutsche und österreichische Bevölkerung: "Seht hin, wie das politische Klima in dieser Welt ist. Schaut euch an, wie diejenigen, die von Menschenrechten und Demokratie sprechen die Welt regieren wollen. Vor 60 Jahren gab es einen Krieg, in dem beide Seiten getötet haben, und 60 Millionen Menschen gestorben sind. Wenn wir in dieser Zeit über [die notwendige] Macht verfügt hätten, hätten wir soweit versucht, den Mord zu verhindern. Nun sind 60 Jahre vergangen und das palästinensische Volk zahlt den Tribut für einen Krieg, in dem es keine Rolle gespielt hat. Heute zahlen auch Deutsche, die damals nicht gelebt haben, den Preis für diesen Krieg. Nehmen wir mal an, dass in Deutschland vor 60 Jahren eine Regierung geherrscht hat, die einen Krieg begonnen hat und dass Deutschland im Zuge dessen, Verbrechen begangen hat. Welche Schuld tragen die Deutschen von heute, die drei Generation nach dem Krieg geboren sind? Warum müssen die Deutschen immer noch die Prügelknaben

¹²³ Sharq, 25.4.2006



sein? Die vermeintlichen Menschenrechtler sagen, dass Deutschland in der Welt keine eigenständige Rolle spielen sollte. Man will den Deutschen immer wieder einreden, dass ihre Großväter Verbrecher waren. [...] Ähnlich verhält es sich mit dem österreichischen Volk. Wir verurteilen den Krieg.[...] Aber warum muss eine Generation, die heute geboren wird, als Schuldner auf die Welt kommen? Warum muss eine ganze Generation politisch, kulturell und wirtschaftlich belastet werden? Warum muss diese Generation immer noch Reparationen zahlen? Und an wen? An die paar Zionisten? Damit sie das palästinensische Volk unterdrücken? Ich zweifle nicht daran, dass das große deutsche Volk ein solches Szenario nicht befürwortet. Was soll denn das? Vor 60 Jahren wurde der Krieg beendet und das Volk zahlt immer noch Reparationen dafür. Wir sagen, dass dies ungerecht ist. Wenn wir diskutieren, sprechen wir nicht von den Palästinensern, denn sie sind Muslime. Wir hegen auch große Sympathien für die Deutschen. Warum muss ein so kluges Volk historisch so erniedrigt werden? Deutschland muss eine herausragende Stellung in der Welt der Wissenschaft, der Kultur und der Politik einnehmen. Das deutsche Volk wird auch nach 60 Jahren immer noch von einer Handvoll Menschen unterdrückt.[...] Wir werden mit allen reden, außer mit dem Regime, welches Jerusalem besetzt."¹²⁴

Iran droht mit einem Ausstieg aus den Atomverträgen

Ahmadinejad forderte die Internationale Atomenergiebehörde auf, sich endlich gerecht zu verhalten: "Wenn ein Land Mitglied einer Organisation wird, aber keinen Nutzen von der Mitgliedschaft hat und sogar von den Großmächten unter Druck gesetzt wird, stellt sich die Frage, ob es noch einen Sinn macht, Mitglied einer solchen Organisation zu sein."¹²⁵

Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Ali Larijani, erklärte, dass der Iran das Programm zur Urananreicherung auf jeden Fall fortsetzen werde, zumal bisher große Erfolge erzielt worden seien. Am 25. Januar sei es "den iranischen Wissenschaftlern gelungen 4,1 prozentiges Uran anzureichern". Larijani konkretisiert, dass der Iran sich nicht auf Europa verlassen könne, rechtzeitig angereichertes Uran zu erhalten. Die Geschichte habe bewiesen, dass nach der Revolution von 1979 weder die Deutschen noch die Franzosen ihre Arbeit in den Anlagen von Bushehr fortgesetzt hätten. Daher gäbe es kein Vertrauensverhältnis mehr. Larijani fuhr fort: "Ihr habt nach der islamischen Revolution das iranische Volk bestraft, da es die Diktatur abgeschafft hat. Ihr habt damals jegliche Zusammenarbeit mit uns abgebrochen und uns auch kein Brennstoffmaterial mehr geliefert."¹²⁶

¹²⁴ ebenda

¹²⁵ ebenda

¹²⁶ Der Schah verfolgte das Ziel 20 Reaktoren zu bauen, damit jährlich die Erzeugung von 20.000 Megawatt Stromenergie garantiert wird. Unter Henry Kissinger wurden in der Tat iranisch-amerikanische Verträge in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar unterschrieben. Die Urananreicherung sollte jedoch in Europa erfolgen. In Folge eines iranisch-französischen Vertrages der am 27.6.1974



[...] Uns bleibt keine andere Wahl als selbständig den atomaren Brennstoffkreis zu betreiben. Wir können uns auch nicht auf Bush verlassen, der die Errichtung einer Weltbank für atomaren Brennstoff vorgeschlagen hat. [...] Wir haben 164 Zentrifugen erfolgreich aneinander geschlossen und 4,1 prozentigen Uran angereichert und wir werden noch mehr Zentrifugen aneinander schließen. [...] Inzwischen reagieren wir allergisch auf den Vorschlag, das Anreicherungsprogramm aufzuschieben. Wir befinden uns in einer neuen historisch Lage. Wir denken gar nicht mehr daran, dass das Anreicherungsprogramm aufzuschieben. [...] Aufgrund Eures Drucks werden wir unsere Entscheidungen nicht ändern. Falls die Amerikaner militärischen Druck auf den Iran ausüben, werden wir uns gesamtes Atomprogramm heimlich fortsetzen. Unser Land ist sehr groß und ihr könnt nicht unser ganzes Land bombardieren. Ihr könnt sagen, dass der Iran infolge eines militärischen Angriffs großen Schaden erleiden wird, aber auch ihr werdet darunter leiden. Falls ihr eine solche Aktion plant, werdet ihr dafür den adäquaten Tribut zahlen."¹²⁷

Hashemi Rafsanjani, der Vorsitzender des Wächterrates, warf indessen der Internationalen Atomenergiebehörde vor, "ihre Pflichten nicht erfüllt zu haben. Ich sage nicht, dass die Atombehörde absichtlich falsch gehandelt hat. Die Behörde muss die friedlichen Aktivitäten eines Mitgliedlandes unterstützen, aber in unserem Fall hat sie es nicht gemacht. Die Behörde hat mit ihrer ungerechten und einseitigen Vorgehensweise den Regierungen, die Gewalt ausüben wollen, einen Vorwand geliefert. [...] Manche Staaten mögen gezwungenermaßen ihre Mitgliedschaft in der IAEA fortsetzen. Aber es ist wohl ein Unterschied, wenn ein Staat seine Sicherheit durch die Mitgliedschaft gewährleistet sieht oder ständig über den Sinn seiner Mitgliedschaft zweifeln muss."¹²⁸

Islamische Umma gegen die Hegemonialmächte

Ahmadinejad hat bei einem Treffen mit dem sudanesischen Präsidenten, Omar Al-Bashir, darauf hingewiesen, dass "beide Staaten unter denselben verschwörerischen Aktionen der Hegemonialmacht zu leiden haben. [...] Für uns gehören die Sudanesen zur islamischen Umma und wir betrachten daher unseren eigenen Fortschritt auch als deren Fortschritt. [...] Wir werden die territoriale Einheit des Sudans immer verteidigen. Diejenigen, die die islamische Umma in Frage stellen, müssen wissen, dass sie bald erleben werden, wie die gesamte islamische Umma auf ihre Verschwörungen reagieren wird."¹²⁹

Ahmadinejad äußerte sich auch bei einer anderen Gelegenheit zur Frage eines Krieges: "Der Iran ist ein Atomstaat, stellt aber keine Gefahr dar. [...] Wir sind für den Frieden und für die Gerechtigkeit auf der ganzen Welt. Ich hoffe, dass die paar

unterschrieben wurde, sollte dann sogar eine Urananreicherungsanlage für den Iran gebaut werden, hob Larijani hervor.

¹²⁷ ISNA, 25.4.2006

¹²⁸ ebenda

¹²⁹ ISNA, 26.4.2006



Großmächte umdenken und den Lehren der Propheten gehorchen. Ich sage euch, falls Ihr euch den Völkern der Welt nicht fügt, werden sie bald euch und eure Macht stürzen. Die Völker der Welt wollen Gerechtigkeit und es wird nicht lange dauern, bis die Völker der Welt rufen: "La elah ela Ellalah" [Es gibt keinen Gott außer Allah].¹³⁰

Auch der religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei, griff die USA direkt an und sagte: "Wenn die Amerikaner den islamischen Iran angreifen, gefährden sie ihre Interessen in der ganzen Welt. Das iranische Volk wird jeden Angriff mit doppelter Kraft erwidern."¹³¹

Ayatollah Jannati warnte ebenfalls vor einem Angriff der USA gegen den Iran und sagte: "Der Feind will dem Islam einen Schlag versetzen und sich rächen. Er will den Koran, den Propheten und den Klerus vernichten. Der Feind will nicht, dass wir unsere Ziele erreichen und wird keine Gelegenheit verpassen, uns daran zu hindern. [...] Der Feind will uns spalten. [...] Wir müssen uns der neuen Lage anpassen und neue Wege gehen."¹³²

Studentischer Protest gegen das Atomprogramm

Wie Radio Farda berichtete, hat die studentische Organisation **Daftare Tahkime Wahdat** [DTW] eine Protesterklärung gegen das iranische Atomprogramm veröffentlicht. Die Studenten schreiben, dass die Regierung bemüht sei das Atomprogramm "als Lösung aller Probleme der Bevölkerung darzustellen." Die Studentenorganisation sei hingegen bestrebt, "eine Isolation des Iran in der Welt zu verhindern." In der Erklärung heißt es weiter: "Leider sind sehr viele Chancen verpasst worden, um [den Konflikt um] das Atomprogramm zu lösen. Leider sorgen die Kriegstreiber im In- und Ausland für ein politisches Klima, das die Sicherheit des Landes ernsthaft gefährdet." Die Behandlung der iranischen Atomakte im UN-Sicherheitsrat sei daher eine "offensichtliche Niederlage für die iranische Außenpolitik". Die Studenten sind der Meinung, dass "nur eine demokratische Regierung der Garant für den Erfolg eines iranischen Atomprogramms" sein kann. "Dabei gibt es im Iran ein Demokratiedefizit, es existieren keine politischen Freiheiten und die Menschenrechte werden verletzt. Außerdem gibt es bei weiterhin steigender Armut eine große wirtschaftliche Krise im Land. Daher sind wir der Überzeugung, dass die Ausgaben von Milliarden von Dollars für ein Atomprogramm nicht dem nationalen Interesse dienen."¹³³

Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

¹³⁰ ISNA, 27.4.2006

¹³¹ Sharq, 27.4.2006

¹³² ISNA, 27.4.2006

¹³³ radiofarda.com, 19.4.2006



„NEST DER SPIONE“ ¹³⁴

Am 4. November 1979 wurde in Teheran die US-amerikanische Botschaft besetzt. Die Geiselnahme von rund 70 Botschaftsangehörigen dauerte 444 Tage.

Auch in diesem Jahr wurden auf Demonstrationen, die an die „siegreiche“ Besetzung erinnern sollen, „Tod Amerika und Tod Israel“ gerufen.

Am 2. November 2006 meldete die iranische Nachrichtenagentur Farsnews, dass alle „Parteien und Gruppen mit Erklärungen zum Jahrestag der Besetzung des Spionagenestes eingeladen haben.“ Den Begriff „Nest der Spione“ prägte der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini und meinte damit die US-amerikanische Botschaft in Teheran.

Im Folgenden werden einige Erklärungen verschiedener Gruppierungen dokumentiert.

Die Zeitung Jomhuriye Eslami veröffentlichte ein Zitat des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini:

“Wir betrachten diese Leute, die hier sind nicht als Angehörige einer Botschaft. Für uns ist dieses Zentrum überhaupt keine Botschaft. Ja, wenn es eine Botschaft wäre, wären diese Leute doch auch Botschaftsangehörige. In diesem Fall könnten sie sogar Recht haben. Aber wir erkennen diesen Platz nicht als eine Botschaft an. Das ist ein Zentrum für Spione. Wir erkennen diese Leute weder als Botschafter und Botschaftsangehörige noch als Diplomaten an. Es kann überhaupt keine Rede davon sein. Es sind alles Spione. Sie sind alle Verbrecher. Und in unserem Land müssen sie auch Rechenschaft ablegen.“

Laut der Regierungszeitung Kayhan sollen viele Schüler und Studenten an den „Hass-Demonstrationen gegen Amerika“ teilgenommen haben. Wie üblich wurden israelische und US-amerikanische Fahnen verbannt. Hadad-Adel, Vorsitzender des islamistischen Parlaments, Majless sagte: „Der amerikanische Präsident sollte wissen, dass unser Volk davon überzeugt ist, dass er der am meisten verhasste Präsident der Welt ist. Die mutigen Studenten haben damals diese Botschaft, die nur ein Nest der Spione war, erobert.“

Die Zeitung Resalat berichtete, dass Hadad-Adel von diesem Tag als einen „Tag Gottes“ gesprochen habe, der ein „unvergesslicher historischer Tag in der islamischen Geschichte des Iran der letzten 50 Jahren“ sei.

Der Vorsitzende des Wächterrates predigte in seinem „Freitagsgebet“: „Dieser Tag ist ein Tag des nationalen Kampfes gegen die Führung Amerikas. [...] Das iranische Volk ist entschlossen die neuen Energieformen, wie die Atomenergie zu nutzen. [...] Wenn sich das iranische Volk mal entschieden hat, wird es auch danach handeln. [...] Der Entwurf der UN-Resolution gegen den Iran ist sehr listig formuliert worden. [...]

¹³⁴ November 7, 2006, <http://honestlyconcerned.info/2006/11/07/nest-der-spione-text-zum-jahrestag-der-besetzung-us-botschaft-in-teheran/>



Wir müssen die Westler fragen, wann sie einen Nutzen aus ihren Sanktionen gezogen haben. Ich hoffe, dass diese Länder endlich wieder zu Verstand kommen.“

Zum historischen Hintergrund des Geiseldramas:

Mehdi Salimi erinnert sich in einem Artikel, der in Baztab erschien, dass „zwei Wochen nach der Abreise des Schah nach New York und drei Tage nachdem der Präsident der Provisorischen Regierung Basargan sich mit Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von Präsident Carter traf,“ etwa 400 Studenten die US-amerikanische Botschaft stürmten. Die Zerstörung der Persönlichkeit von Khomeini sei in dieser Phase das wichtigste Ziel der US-amerikanischen Botschaft gewesen. Dabei hätte sich das iranische Volk entschieden, alle militärischen und zivilen Berater der Vereinigten Staaten von Amerika auszuweisen. Der wichtigste Grund für die Besetzung der amerikanischen Botschaft sei jedoch die Tatsache gewesen, dass die amerikanische Regierung keine Bereitschaft gezeigt habe, den Schah wieder in den Iran auszuweisen. Ayatollah Khomeini habe dann den Befehl ausgesprochen: „Studenten, Schüler und Fromme, weitet mit aller Kraft euren Kampf aus.“ Daraufhin hätten „Studenten der Imam Linie“ die US-amerikanische Botschaft gestürmt und besetzt.

Die Botschaftsbesetzung hatte zwei Folgen, so Salimi: „Die Mär der amerikanischen Macht in der Region“ sei endgültig überwunden worden und zudem konnte sich seit dieser Zeit der Iran zu „einer hegemonialen Macht in der Region entwickeln.“

Salimi erinnert auch daran, dass Khomeini die Botschaftsbesetzung als eine „zweite Revolution“ bezeichnet habe und zitiert ihn: „Heute hat sich wieder eine Revolution ereignet. Eine noch größere Revolution als die erste. In dieser zweiten Revolution ist der große Teufel Amerika.“

Die Botschaftsbesetzung habe auch die amerikanische Innenpolitik beeinflusst. Carter musste gehen und Ronald Reagan habe die Macht übernommen. Und der Spiegel habe kommentiert, dass früher die USA entschieden, wer in Iran herrschen solle, heute würde ein Ayatollah aus Teheran bestimmen, wer ein amerikanischer Präsident werde. Später habe die US-Regierung ein Wirtschaftsembargo gegen den Iran verhängt und ca. 10 Milliarden Dollar iranisches Kapital eingefroren. Nachdem ein US-amerikanischer Befreiungsversuch der Botschaftsgeiseln scheiterte, habe der damalige US-Präsident Carter einen geheimen Brief an Khomeini geschrieben und darin beteuert, dass die Regierung der Vereinigten Staaten „bereit ist die Wahrheiten der Revolution im Iran zu akzeptieren.“

Später habe die USA in einer Erklärung, die als die Deklaration von Algerien in die Geschichte eingegangen sei, garantiert, dass die „USA sich nicht mehr in die Angelegenheiten des Iran“ einmischen werde. Zudem sollten zumindest ab dem „14.11.1979 keine Wirtschaftsstrafen mehr über den Iran verhängt werden.“ Es sollten auch neue Vereinbarungen getroffen werden, wie das Eigentum der Schahfamilie an den Iran zurückgeführt wird. Außerdem habe die Regierung der Vereinigten Staaten versprochen, keine gerichtlichen Schritte im Interesse der ehemaligen US-Geiseln gegen den iranischen Staat zu unternehmen. Daraufhin habe die USA einen Bruchteil der eingefrorenen iranischen Gelder freigegeben, so



dass nach 444 Tagen die 52 Geiseln, die noch festgehalten worden waren, nach Algerien ausgeflogen worden seien.

Islamistische Frauenvereinigung und Bassiji über die Geiselnahme:

Farsnews veröffentlichte Auszüge aus Erklärungen verschiedener Gruppierungen.

Der Rat einer „iranischen Frauenvereinigung“ schrieb beispielsweise:

„Dank der Kämpfe des iranischen Volkes gegen die Mächte der Arroganz, wird heute, mehr als je zuvor, deutlich, dass Amerika das Symbol der Arroganz in der Welt ist. Die schändlichen Machenschaften der Amerikaner im Irak haben ihr wahres und wildes Gesicht deutlich gemacht. [...] Der Rat unserer Frauenvereinigung fordert den geehrten Präsidenten auf, immer wieder auf den Satz ‚Israel muss von der Bildfläche verschwinden‘ zu pochen. Und die reformorientierte „Etedalpartei“, die Ayatollah Rafsanjani nahe steht, schrieb:

„Jedes Jahr erinnert uns dieser Tag daran, wie ein Volk sich entschließt eine Fremdherrschaft abzuschütteln. [...] Das Weiße Haus hat es bis heute nicht unterlassen sich in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen. Ein Beispiel dafür ist ihre Einmischung in das Programm der atomaren Energieversorgung des Iran.“

Und die Bassiji-Einheiten, eine paramilitärische Sondertruppe des religiösen Führers des Iran schrieb: „Die Philosophie der rassistischen Führung der Besatzungsmacht Amerika steht in direkter Opposition zu den Ideen der islamischen Revolution. [...] Die wissenschaftliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit der islamischen Völker hat nichts mit den Interessen der ausbeutenden Herrn gemeinsam. Daher versuchen sie über verschiedene Kanäle wie den UN-Sicherheitsrat, Druck auf den islamischen Iran auszuüben.“

Iran: Raketenexport. Ölkrise. Dokument über Zusammenarbeit mit Al-Qaida. ¹³⁵

Iran will nicht nur durch Raketenexport den militärischen Konflikt mit dem Westen ausweiten, sondern warnt auch vor einer Ölkrise. Darüber hinaus sind Dokumente veröffentlicht worden, die eine Zusammenarbeit des Iran mit Al-Qaida belegen sollen.

1. Iran will Raketen exportieren

Aftab berichtete, dass der Oberbefehlshaber der Revolutionären Garden [Pasdaran], Rahim Safawi, in einem Interview im iranischen Fernsehen, Al-

¹³⁵ November 7, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/11/07/iran-raketenexport-olkrise-dokument-uber-zusammenarbeit-mit-al-qaida/>



Alam, das in arabischer Sprache sendet, angekündigt habe, der Iran sei bereit seine „Raketentechnologie an Freunde und Nachbarn zu verkaufen.“

Rahim Safawi habe auch betont, dass die Revolutionären Garden „Tausende Selbstmordattentäter ausgebildet haben, die bereit sind einer Bedrohung zu widerstehen.“ Safawi ist sich daher sicher, dass ein amerikanischer Angriff auf Iran nicht wahrscheinlich sei. Safawi hob hervor, dass der Iran das „Potential hat sein Raketensystem befreundeten und Nachbarstaaten zu verkaufen.“ Aftab zitiert auch den iranischen Botschafter in Libanon, Scheybani, der der libanesischen Regierung zugesichert habe iranische Luftabwehrsysteme erhalten zu können. Scheybani habe die Meinung vertreten, dass es die „Pflicht des Iran ist Staaten, die vom zionistischen Regime bedroht werden zu helfen.“

2. Iran warnt vor einer neuen Ölkrise

Hussein Schariatmadari, Herausgeber der Zeitung Kayhan, die als Sprachrohr des religiösen Führers bekannt ist, sagte in einem Interview mit der Farsnews: „Wenn Sanktionen gegen den Iran verhängt werden, wird die Blockade des Hormuskanals im persischen Golf eine reale Option werden.“ Zudem könnten Sanktionen den Ölpreis auf mehr als 100 Dollar steigen lassen. In einem solchen Falle seien besonders die westlichen Staaten die Leidtragenden. Er fügte hinzu: „China ist beispielsweise daran interessiert einen 100 Milliarden Dollar Öl- und Gasvertrag mit dem Iran abzuschließen. Früher haben die Chinesen ihren Ölbedarf über Irak gesichert. Nun hat Amerika die irakischen Ölquellen monopolisiert.“ Überdies drohte Shariatmadari: „Wenn wir den Hormuskanal im persischen Golf blockieren, werden die Industriestaaten kein Öl mehr bekommen. Die meisten westlichen Staaten werden dieses Problem nicht verkraften. Natürlich gibt es auch noch andere Hebel, die wir einsetzen können. [...] Die Amerikaner wollen den Europäern die Angst vor einem solchen Szenario nehmen. Aber die Amerikaner haben mitnichten ausreichend Ölreserven, so dass sie auch den europäischen Staaten helfen könnten. [...] Die Amerikaner verbrauchen täglich 10,5 Millionen Barrel Benzin. Sie müssen die Hälfte davon importieren. Wenn das Öl [aus dem persischen Golf] nicht mehr fließt, werden sie es schon zu spüren bekommen.“

Und der iranische Regierungssprecher, Qolam Hussein Elham: „Unsere Region wird mehr Freiheit, Sicherheit und kulturelle und zivilisatorische Fortschritte machen, wenn die Amerikaner und die Briten endlich abziehen.“

3. 11. September: Dokument über Zusammenarbeit des Iran mit Al-Qaida

Das Middle East Media Research Institute [Memri.org] berichtet, dass sunnitische Websites ein Dokument veröffentlicht haben, das die Zusammenarbeit des iranischen Geheimdienstapparates mit Al-Qaida belegt.



Die Kooperation des Iran mit Al-Qaida soll unter direkter Aufsicht des Büros des religiösen Führers gestanden und als absolut geheim eingestuft worden sein.

Der Direktor des Orient-Instituts zeigt Unverständnis für Sanktionen gegen den Iran ¹³⁶

Das iranische Führerblatt Kayhan zitiert aus einem Interview, das die Iranische Nachrichtenagentur, IRNA mit Prof. Dr. Udo Steinbach geführt hat. Der Direktor des Orient- Instituts in Hamburg soll in dem Interview gesagt haben: „Die möglichen Folgen eines Wirtschaftsboykotts gegen den Iran sind für den gesamten Mittleren Osten und für Europa völlig unklar. Sanktionen werden auch keine Auswirkungen auf den Iran haben. Die iranische Regierung hat sich doch auch auf die Folgen eines möglichen Embargos vorbereitet. Auch die deutsche und die europäische Wirtschaft bereitet sich auf die Auswirkungen eines Boykotts gegen den Iran vor. Diese ganzen Sanktionen werden auch keine besonderen Auswirkungen auf die Staaten des persischen Golfes und die Länder des Mittleren Ostens haben. Aber diese Sanktionen können sehr wohl Folgen für das iranische Volk haben. Dabei geht das iranische Volk davon aus, dass die Sanktionen nur verhängt werden, weil das iranische Volk auf sein Recht eines Atomprogramms pocht. Dies alles führt dazu, dass die Iraner noch mehr die iranische Regierung unterstützen, um ihr Recht zu bekommen. Es ist auch nicht klar, was das Ergebnis der Beratungen der Gruppe 5+1 im Hinblick auf die möglichen Sanktionen gegen den Iran sein wird. Es ist auch überhaupt nicht klar, wie die Sanktionen aussehen sollen. Während die iranische Regierung und das iranische Volk auf ihr Recht eines friedlichen Atomprogramms im Rahmen des NPT-Vertrages und im Rahmen der Regelungen der Internationalen Atomenergiebehörde [IAEA] pochen, fordern die fünf mächtigsten Atomstaaten der Welt und Deutschland, d.h. die Gruppe 5+1 den Stopp des iranischen Atomprogramms. Dabei hat die IAEA in einem seiner letzten Berichte die Nutzung der Atomenergie und den Bau neuer Reaktoren allen Ländern der Welt empfohlen.“ [Kayhan 8.11.2006]

¹³⁶ November 9, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/11/09/neuste-meldung-aus-dem-iran-der-direktor-des-orient-instituts-zeigt-unverstandnis-fur-sanktionen-gegen-den-iran/>



Ayatollah Ali Khamenei: Die NATO wurde von einer internationalen Bande gegründet. ¹³⁷

Im ersten Teil kommen der religiöse Führer und der Präsident des Iran zu Wort. Der „Führer der islamischen Revolution“ warnt vor einer „kulturellen NATO“ und Ahmadinejad sagt, dass wenn „die Atombombe schlecht ist, sollen doch zuerst die Atomstaaten ihre Atombomben abschaffen“.

Im zweiten Teil geht es um das iranische Atomprogramm. Ein Interview soll die Strategie des Iran durchleuchten: Der Weltsicherheitsrat hat Teheran bisher erfolglos dazu aufgefordert sein Uran-Anreicherungsprogramm einzustellen. Der Iran bleibt entschlossen bis März kommenden Jahres 3000 Zentrifugen zum Laufen zu bringen. Dabei hatte Mohammed ElBaradei schon im Juni 2005 ein fünfjähriges Moratorium für alle neuen Anlagen zur Anreicherung von Uran und zur Wiederaufbereitung von Plutonium gefordert. Iran bleibt jedoch hartnäckig und droht sogar mit dem billigen Export von atomaren Brennstoff und Mittelstreckenraketen. Damit steigt nicht nur die Gefahr für regionale Aufrüstung, sondern auch von Proliferation an terroristische Gruppen.

Abdolresa Rahmani Fasli, Stellvertretender Vorsitzender des Höchsten Nationalen Sicherheitsrates des Iran, erklärte am 4. Oktober 2006, dass ein zeitlich begrenztes Moratorium sinnlos sei, auch wenn man durchaus darüber diskutieren könne. Der Text ist informativ, weil es die Verhandlungslogik der iranischen Führung widerspiegelt. Interessant ist, dass Fasli den westlichen Medien vorwirft die iranische Position falsch darzustellen, besonders hinsichtlich eines Moratoriums. Zudem wird hier deutlich, dass der Iran einen Dialog, der auf einen transatlantischen Konsens beruht, vollständig ablehnt. Die Europäer dürften nicht „nach dem Geschmack und im Interesse der Briten und der Amerikaner“ handeln, was nach wie vor einer Spaltpilzpolitik des Iran gleichkommt.

Der „Führer der islamischen Revolution“, Ayatollah Ali Khamenei spricht über die NATO

ISNA schreibt, dass Ali Khamenei von „der Gefahr eines Wandels in der Welt sprach, der von den Zionisten und vom Weltkapitalismus gelenkt wird.“

Khamenei sagte weiter: „Die internationalen Banden haben damals eine militärische Organisation, die sich NATO nennt, gegründet, um die Interessen der Völker der Welt zu kontrollieren. Diese internationalen Banden wollen nun eine kulturelle NATO schaffen, um die nationale Identität der Völker zu zerstören. Daher wollen sie nun auch eine kulturelle NATO gründen. Damit wollen sie mit Hilfe von Medien den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel der Welt Völker lenken. Daher müssen wir sehr wachsam sein.“

Ahmadinejad sagt, „wenn die Atombombe schlecht ist, dann schafft doch eure Atombomben ab.“

¹³⁷ November 11, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/11/11/ayatollah-ali-khamenei-die-nato-wurde-von-einer-internationalen-bande-gegrundet/>



Ahmadinejad sagte zu seinen Zuhörern: „Ihr wisst doch, dass sie nicht wollen, dass der Iran Fortschritte macht. Sie lügen und behaupten besorgt zu sein, dass der Iran in den nächsten 10-15 Jahren vom Weg abweichen könnte und sich nicht mehr friedlich verhalten könnte. Ihr wisst doch, dass sie nur lügen. Wenn die Atombombe böse ist, dann schafft ihr doch zuerst Atombomben ab. Dann könnte die Welt auch wirklich erfahren, dass eine Atombombe schlecht ist. [...] Die Wahrheit ist, dass manche Staaten Angst vor unserem Fortschritt haben, deswegen wollen sie uns daran hindern Fortschritte zu machen. [...] Unsere Feinde sollten wissen, dass sie nichts gegen unser Atomprogramm unternehmen können.“

„Eine Diskussion über ein Moratorium heißt ja nicht, dass wir ein Moratorium auch wirklich akzeptieren.“

Abdolresa Rahmani Fasli sagte in einem Interview über die Diskussionen, die zwischen dem iranischen Unterhändler Larijani und Solana stattgefunden haben:

„Nachdem die Europäer ihre Vorschläge bekannt gegeben haben, warteten sie auf eine Antwort aus dem Iran. Sie bestanden auf Fortsetzung des Dialoges, obwohl der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet wurde. [...] Ein Problem ist auch die falsche Berichterstattung der westlichen Medien, insbesondere im Bezug auf das Moratorium. Die westlichen Medien berichteten mit zwei verschiedenen Methoden über das Moratorium. Manche berichteten, dass der Iran schon ein Moratorium akzeptiert habe. Es war aber keineswegs so. Wir hatten doch nur gesagt, dass wir bereit sind darüber zu sprechen. Eine Diskussion über ein Moratorium heißt ja nicht, dass wir ein Moratorium auch wirklich akzeptieren. Wir sind selbstverständlich bereit ihre Argumente zu hören und dann aber auch unsere Logik zu erklären. [...] Wir müssen sicherlich langfristig diskutieren. Iran ist Mitglied des NPT und hat seine Rechte. Der Dialog hat nur dann keinen Sinn, wenn Sie uns etwas einreden wollen und sagen: ‚Macht doch einen Dialog‘. Es hat auch keinen Sinn, wenn sie uns Vorbedingungen stellen. [...] Wir sind nur bereit über rechtliche und technische Fragen im Rahmen des NPT-Vertrages zu diskutieren. [...] Wenn sie aber versuchen nach dem Geschmack und im Interesse der Briten und der Amerikaner mit uns zu verhandeln, dann wird der Verhandlungsprozess noch länger dauern. [...] Der Iran hat in den letzten 2,5 Jahren für eine kurze Frist die Urananreicherung gestoppt. [...] Wenn sie wirklich bereit wären im Rahmen des NPT mit uns zu verhandeln, würde die Diskussion auch nicht so lange dauern. Aber wenn sie uns politische Bedingungen stellen, werden wir uns auf keine Diskussion einlassen. [...] Wir haben doch in den letzten drei Jahren alles gemacht, um Vertrauen zu schaffen. Wir haben die Inspektoren zugelassen und das Zusatzprotokoll wurde vom Höchsten Nationalen Sicherheitsrat bestätigt, sogar ohne eine Zustimmung des Majless [islamistisches Parlament]. Sie haben sogar die Volksmujahedin und die Spione, die für sie im Iran arbeiten als Informationsquelle benutzt. Und dennoch hat der Iran auf alle Fragen geantwortet. Natürlich wollen Amerika, England und Staaten wie Israel nicht, dass Iran erfolgreich ist. Manchmal sagen sie ja öffentlich, dass sie nicht wollen, dass der Iran sich die Atomtechnologie und andere Wissenschaften aneignet. [...] Solange der



Dialog unter dem Einfluss der zionistischen Lobby vorangetrieben wird, ist dieser zum Scheitern verurteilt. [...] In der Zwischenzeit des Dialoges haben wir alle Probleme, die wir bei der Produktion von Yellow Cake hatten, überwunden und später auch die Kaskaden für die Urananreicherung in Betrieb genommen. [...] Wir sind bereit mit ihnen einen Dialog zu führen, um die Probleme zu lösen. [...] Wir werden keinen Schritt zurückgehen und kein Moratorium mehr einführen. Sie waren sogar mit einem zweimonatigen Moratorium einverstanden. Welches Problem sollte in diesen zwei Monaten gelöst werden? Der Iran wird in diesen zwei Monaten keine unerwarteten Fortschritte bei der Urananreicherung machen. Die Europäer wollen doch nur ihr Gesicht nicht verlieren, und das interessiert uns überhaupt nicht. [...] Sie wollen, dass wir ein kurzfristiges Moratorium einführen, um dann der Welt zu sagen, dass der Iran Eingeständnisse macht. Unter diesen Bedingungen wird unser politisches System unter keinen Bedingungen ein Moratorium einführen. [...] Die ausländischen Medien stellen die Situation falsch dar, als ob der Iran unter inneren Widersprüchen leiden würde. [...] Insbesondere gibt es keine Widersprüche zwischen Larijani und Ahmadinejad. [...]

Wenn wir innenpolitisch keine Einheit herstellen, kann eine ernsthafte Gefahr für das Land entstehen. Wenn die ethnischen Minderheiten aufgestachelt werden, wenn zwischen den Parteien und Gruppen Widersprüche aufgebaut werden und wenn das alles eines Tages zusammenkommen sollte, kann eine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit des Iran auftreten. [...] Unser politisches System muss effektiver und stärker werden, sonst wird Unzufriedenheit entstehen.

Israel versucht die islamische Welt zu spalten. Wir müssen Israel als eine zentrale Bedrohung für den Iran bekämpfen. Dennoch bedeutet die israelische Bedrohung nicht eine wirkliche Gefahr. [...]"

Iran schürt den Konflikt gegen Israel immer weiter ¹³⁸

Kayhan meldete, dass der iranische Präsident telefonisch mit den Präsidenten Syriens, Finnlands, Malaysiens und Saudi-Arabiens gesprochen habe. Kayhan zufolge habe der Präsident in den telefonischen Gesprächen betont:

„Iran ist zu jeglicher Form der Zusammenarbeit mit islamischen Staaten und internationalen Institutionen bereit, wenn es um die Unterstützung des palästinensischen Volkes geht und um den Stopp der Verbrechen des Besatzungsregimes.“ Zudem hat Ahmadinejad laut Kayhan gesagt: „Es ist notwendig, dass die islamischen Staaten und die unabhängigen Völker der Welt das Jerusalem besetzende Regime verurteilen und das Blutbad gegen das schutzlose palästinensische Volk beenden.“ Ahmadinejad forderte eine „internationale islamische Konferenz zur Unterstützung des palästinensischen Volkes.“ Er

¹³⁸ November 13, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/11/13/neues-aus-den-iranischen-medien-iran-schurt-konflikt-gegen-israel-weiter-ahmadinejad-wettert-gegen-uno-khatami-verteidigt-rafsanjani/>



begründete dies mit folgenden Sätzen: „Denn die internationalen Institutionen stehen unter dem Druck der Weltarroganz und schweigen über die Verbrechen dieses Regimes. [...] Das palästinensische Problem ist nicht nur ein Problem der islamischen Welt, sondern der ganzen Menschheit und ist eine Bedrohung des Weltfriedens.“ Die finnländische Präsidentin Tarja Halonen soll laut Kayhan gesagt haben: „Finnland hat die Morde und die Verbrechen des zionistischen Regimes verurteilt und fordert den sofortigen Stopp der Angriffe des Regimes.“

Malek Abdollah, König von Saudi-Arabien soll im Telefonat mit Ahmadinejad gesagt haben, dass „die zionistischen Besatzer sich von der ersten Minute ihrer Präsenz auf dem palästinensischen Gebiet verbrecherisch verhalten haben. Die islamischen Staaten müssen sich für die Einheit der palästinensischen Gruppen einsetzen. Denn nur die Eintracht der palästinensischen Gruppen gewährleistet die Interessen der islamischen Welt und den Weltfrieden.“

Ahmadinejad wettert gegen die UNO

Laut ISNA sagte der iranische Präsident Ahmadinejad in einem Vortrag auf einer Konferenz der Parlamentsvertreter der asiatischen Staaten: „Sie wissen doch, dass sie wegen der Ermordung von einigen Juden durch Westler selbst nach Palästina kamen und die Region besetzten. [...] Heute bedroht das zionistische Regime alle asiatischen Staaten.[...] In den ganzen Jahren haben die Vereinten Nationen nichts unternommen, um die Rechte der Völker zu verteidigen. Sie haben noch nicht einmal einen positiven Schritt unternommen, um die Rechte der Palästinenser zu unterstützen. [...] Wir brauchen eine neue Weltordnung, die gerecht ist. Wir dürfen nicht nur auf uneffektive internationale Organisationen setzen. Wir können nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen die Probleme Asiens lösen. Wir Asiaten haben sehr viele Gemeinsamkeiten. Asien war das Zentrum der menschlichen Zivilisation. [...] Wir Asiaten müssen neue Pläne für die Entwicklung der Welt entwickeln und dabei die Völker aller Kontinente unterstützen.“

Khatami verteidigt Hashemi Rafsanjani

Nachdem ein argentinisches Gericht zwölf Jahre nach dem Anschlag auf ein jüdisches Kulturzentrum in Buenos Aires Haftbefehl gegen den Ex-Präsidenten Hashemi Rafsanjani und weitere ranghohe iranische Regierungsvertreter ausgesprochen, dementiert die iranische Staatsführung eine Beteiligung an dem Bombenanschlag. Der Iran weist auch eine Verantwortung für den Anschlag im Restaurant Mykonos zurück, wo ein deutsches Gericht iranische Politiker für staatsterroristische Aktivitäten verantwortlich gemacht hat.

In einem Interview sagte Ex-Präsident Mohammad Khatami über das Urteil des argentinischen Richters:

„Frage: Kürzlich hat ein argentinisches Gericht Herrn Rafsanjani wegen eines Bombenattentats in einem jüdischen Zentrum verantwortlich gemacht.....



Khatami: Dies ist sehr lächerlich. In Wahrheit handelt es sich um eine Verschwörung gegen den Iran. Früher haben sie auch schon viel Lärm gemacht. Damals kamen die unabhängigen Instanzen desselben Staates zu dem Ergebnis, dass Herr Hashemi Rafsanjani, eine im übrigen herausragende, vernünftige und friedensliebende Persönlichkeit, nichts damit zu tun hat. Ich glaube, dass innenpolitische Probleme in Argentinien dazu geführt haben, dass dieses Problem wieder aufgetischt wurde. Soweit wir wissen, stecken zionistische Hände hinter dieser Geschichte. Die Israelis und die Amerikaner haben so viele eigene Probleme, dass sie jetzt einen Vorwand vorgeben, damit die Weltöffentlichkeit nicht nur auf sie schaut. [...]

Frage: Glauben Sie, dass die Vorwürfe gegen Herrn Rafsanjani lächerlich sind.

Khatami: Ganz genau. Und es handelt sich um eine hässliche Verschwörung von falsch denkenden Kreisen. Aber sie werden zu keinem Ergebnis kommen.“

„Die Formierung der neuen Achse Iran, Irak und Syrien“¹³⁹

Der britische Premierminister Tony Blair hatte kürzlich Iran und Syrien aufgefordert die Gewalt in Irak zu stoppen. Zugleich warnte er vor Konsequenzen, wenn diese Länder die Friedensentwicklung behinderten.

Die iranische Regierung ist jedoch der Meinung, dass ein Frieden nur mit dem Abzug der Alliierten aus dem Irak möglich sei.

Quasi als Antwort auf Blairs Warnungen forderte der Iran vergeblich die Europäische Union auf Iran bei der beschlossenen Inbetriebnahme des Schwerwasserreaktors Arak zu helfen.

Nun hat der Iran den syrischen und irakischen Ministerpräsidenten eingeladen und hofft auf eine „Harmonisierung der Politik“ dieser neuen „Achse“, wie Kayhan es nannte. Kayhan gilt als das Sprachrohr des religiösen Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei.

Kayhan schreibt, dass es bemerkenswert sei, dass „der syrische Außenminister Walid Moallem und der irakische Außenminister Hoshyar Zebari sich in Bagdad getroffen haben. Einen solchen Besuch habe es seit 2002 nicht mehr gegeben. Zumal die Beziehungen beider Länder zueinander feindselig waren. Nun seien die Feinde Saddam Husseins an die Macht gekommen und offenbar befürworteten sie gute Beziehungen mit der syrischen Regierung. Der Autor dieses Artikels weist dann darauf hin, dass am kommenden Samstag auch Jalal Talebani, der kurdische

¹³⁹ November 22, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/11/22/die-formierung-der-neuen-achse-iran-irak-und-syrien/>



Ministerpräsident des Irak, in den Iran reisen werde, um über die Sicherheitsprobleme des Irak mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad zu sprechen. Zudem wird es bald Gespräche zwischen der syrischen, irakischen und iranischen Regierung geben.

Der anonyme Autor widerspricht der amerikanischen Position, dass der Iran nicht an einer Stabilität des Irak interessiert sei. Kayhan schreibt, dass es wichtig sei, dass „Tehran nun die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Probleme des Irak und Syriens harmonisieren und vereinheitlichen muss.“ Ein solches Ziel müsse auch kurzfristig erreicht werden. Zunächst könnte es bilaterale Gespräche zwischen der iranischen und irakischen Führung und später zwischen der iranischen und syrischen Führung geben. Amerika habe selbstverständlich Angst vor den Gesprächen der drei Regierungen. Denn eine Einheit zwischen Syrien, Irak und Iran würde das „System der Entscheidungsfindung der Amerikaner in eine neue Krise stürzen.“ Bisher habe es „Amerika sich sehr einfach gemacht und alle Probleme des Irak mit ‚Terrorismus‘ abgestempelt. Eine strategische Einheit des Iran, Irak und Syriens wird Amerika vor ganz neue Probleme stellen.“

Kayhan schreibt, dass der Iran sich „nicht ohne Gegenleistung für die Stabilität des Irak“ einbringe. Die Amerikaner wollten das iranische und das irakische Atomprogramm getrennt voneinander betrachten und eine gemeinsame Strategie beider Länder verhindern. Amerika könne jedoch keinen Druck auf den Iran im Hinblick auf das Atomprogramm ausüben. Tatsächlich werde die Zusammenarbeit der drei Staaten die Stabilität des Irak garantieren.

„Der iranische Militarismus ist wie ein Gebet“¹⁴⁰

Der iranische Majlessvorsitzende Qolam Ali Haddad-Adel bereiste die mehrheitlich von Sunniten bewohnte Provinz Sistan und Belutschetan. Er war bestrebt zu betonen, dass die Schiiten und die Sunniten keine Probleme miteinander haben. Und von den Problemen, die offenbar die Belutschen im iranischen Vielvölkerstaat mit der Zentralmacht haben, will der iranische Politiker überhaupt nichts wissen. Die Israelis und die Amerikaner trügen die Verantwortung für alle Konflikte dort. Haddad-Adel gibt mit Stolz zu, dass der Iran die schiitische Hisbollah und die sunnitische Hamas unterstütze, weil es um den Islam gehe.

Der Zeitung Resalat zufolge sagte er:

"Die Israelis und die Amerikaner versuchen Intrigen zwischen den Schiiten und den Sunniten zu schmieden. Im Iran sind sich die sunnitischen und die schiitischen Brüder sehr einig. Die Feinde haben sich gegen uns verschworen, um Intrigen zwischen den Sunniten und den Schiiten zu schmieden. Dies hat aber bisher zu nichts geführt."

¹⁴⁰ November 28, 2006, <http://honestlyconcerned.info/2006/11/28/neues-aus-dem-iran-der-iranische-militarismus-ist-wie-ein-gebet/>



Er sprach seine belutichischen Zuhörer an: „Im Gegensatz zu den bitteren Nachrichten über die Differenzen zwischen den irakischen Schiiten und Sunniten, seid ihr Brüder in der Provinz euch einig. Die Islamische Republik Iran unterstützt ja auch die schiitischen Brüder der Hisbollah im Libanon sowie die sunnitischen Brüder der Hamas. Denn für uns ist der Islam wichtig. Wir werden nie zulassen, dass unsere Feinde im Namen der Belutischen und der Perser oder der Schiiten und der Sunniten Intrigen zwischen uns säen.

Wir haben überhaupt keine Angst vor den Bedrohungen. [...] Unsere Geschichte ist die Geschichte der gemeinsamen Verteidigung des Iran. Und die iranische Zivilisation wird voller Stolz vorwärts getrieben werden. Unsere bewaffneten Kräfte vertreten ein Volk und sind Kinder eines Volkes und sind Beschützer eines Volkes. Wie unser religiöser Führer sagte, ist der iranische Militarismus wie ein Gebet und ein weiterer Grund für unseren Stolz. Dagegen setzen die aggressiven Mächte ihre militärischen Kräfte gegen die Armen anderer Staaten ein. Die Israelis bieten ein gutes Beispiel für eine solche Aggression. Unsere bewaffneten Kräfte sind jedoch mit dem Glauben an Gott geschaffen worden. Und wir wissen doch, dass die Armeen, die einen Glauben haben, keine Niederlage kennen."

Iranische Reaktionen auf die Hinrichtung von Saddam Hussein ¹⁴¹

Der ehemalige irakische Präsident Saddam Hussein ist am Samstag, den 30. Dezember 2006 um 6 Uhr Ortszeit in Bagdad hingerichtet worden. Nicht nur die Schiiten im Irak jubelten.

Im folgenden werden Meinungen iranischer Politiker dokumentiert. Für die iranischen Machthaber trägt Saddam Hussein die Hauptschuld an dem grausamen Iran-Irak-Krieg [1980-88]. Er wird als ein Diener des Westens, insbesondere der USA und Israels betrachtet. Die iranischen Machthaber fühlen sich selbst keineswegs durch die Hinrichtung Saddam Husseins gefährdet. Im Gegenteil versuchen sie aus der Not eine Tugend zu machen. Das iranische Regime wird nicht als eine Diktatur verstanden. Daher kann auch argumentiert werden, dass die Hinrichtung Saddam Husseins ein gerechter göttlicher Wille war. Gleichzeitig wird aber auch kritisiert, dass die USA und der Westen kein Interesse daran hatten die Verbrechen von Saddam Hussein aufzudecken. Daher habe man ihn auch schnell hingerichtet, um die Wahrheit zu verdecken, so die islamistische Verschwörungstheorie aus dem Iran.

„In die Hölle geschickt“

Der Vorsitzende der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des islamistischen Parlaments des Iran [Majless], **Alaoldin Borujerdi**, befasste sich mit der Hinrichtung Saddam Husseins: „Ich gratuliere dem großen iranischen Volk und

¹⁴¹ 03.01.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/01/03/iranische-reaktionen-auf-die-hinrichtung-von-saddam-hussein/>



den Angehörigen der Märtyrer [...], dass der eigentliche Verursacher für zahlreiche Verbrechen gegen unser Volk in die Hölle geschickt wurde. Die Verbrechen von Saddam beschränkten sich nicht nur auf den Iran. Er war sogar gegenüber denjenigen, die ihm halfen, erbarmungslos. Seine Verbrechen in Halabche gehören zu den schändlichsten Verbrechen in der Gegenwartsgeschichte. [...] Saddam versuchte alles voller Stolz und mit Hilfe einiger Mächte der damaligen Welt gegen die Islamische Republik Iran zu unternehmen, konnte aber nichts anrichten. Das iranische Volk und Imam Khomeini und das politische System der islamischen Republik mussten zwar sehr viel Schaden ertragen, gingen jedoch siegreich und aufrichtig aus dem aufgezwungenen Krieg heraus. [...] Die Technologie für den Bau von biochemischen Waffen hat Deutschland dem Irak überlassen. Auch die Amerikaner haben eine herausragende Rolle bei der Anstachelung von Saddam gespielt, damit dieser den Krieg beginnt. Auch die ehemalige Sowjetunion und Frankreich halfen der irakischen Diktatur. Sie ließen auch nicht zu, dass die Wahrheit zum Vorschein kommt.“ [...]

Der Koordinationsrat der **Tablignate Eslami**, eine staatliche islamische Propagandaorganisation, erklärte, dass die Hinrichtung von Saddam Hussein das „Herz von Millionen Muslimen erfreut“ habe.

Qolamali Hadadali Hadad, Vorsitzender des islamistischen Parlaments meinte, „alle, die Zeugen seines Todes waren, können mit Herzen und Verstand bezeugen, dass die rächende Hand Gottes seinen Hals drückte. [...] Ich gratuliere den irakischen Sunniten und Schiiten und den Kurden und dem Iran und den Angehörigen der iranischen Märtyrer. [...] Aber die Akte seiner Verbrechen und seiner Unterstützer und seiner Herren, insbesondere die amerikanische Regierung, aber auch die der anderen Regierungen, die ihn motivierten den Krieg gegen den Iran zu führen und ihm Waffen gaben, darf nicht geschlossen werden.“

Zudem forderten 203 Mitglieder des islamistischen Parlaments, dass die „Akte der Verbrechen Saddams geöffnet bleiben muss und von einem Komitee, in dem Vertreter Irans und Kuwaits vertreten sind, bearbeitet werden muss.“

Mohammad Khatami fragte: „Wer kann die großen Verbrechen von Saddam Hussein verleugnen? Wer fordert nicht die Bestrafung von Verbrechern? Und vergessen wir nicht, dass diejenigen, die für die Hinrichtung verantwortlich sind, der Meinung sind, dass das Todesurteil nur wegen eines kleinen Teils seiner Verbrechen ausgesprochen worden ist. [...] Wir können Gerechtigkeit fordern und dennoch uns eine Welt wünschen, in der es keine Verbrecher gibt.“ Zuvor hatte er erklärt, dass das Schicksal Saddam Husseins eine „Lehre für Diktatoren“ sei.

„Ein Zeichen der göttlichen Gerechtigkeit“

Hashemi Rafsanjani meint, dass die „Hinrichtung Saddam Husseins ein Zeichen der göttlichen Gerechtigkeit in der Geschichte ist.“ Gott habe stets versprochen „immer, wenn nötig Rache auszuüben.“ Er fuhr fort: „Die Ereignisse in Irak zeigen, dass Gott Gerechtigkeit walten lässt.“ Gott wisse, wann die „Gerechtigkeit erfüllt werden muss.“



Der Freitagsimam, **Ayatollah Mohammad Emami Kashani** setzt sich mit der Hinrichtung Saddam Husseins auseinander: „Wir müssen uns alle auf die Gerechtigkeit vorbereiten. [...] Wenn der Messias [der verschwundene 12.Imam] kommen werde, „werden wir Zeugen von Gerechtigkeit und Liebe weltweit werden.“

„Eine Ohrfeige für Amerika“

Ayatollah Alosma Nuri Hamedani urteilte wie folgt: „Saddams Hinrichtung ist eine Ohrfeige für Amerika. Die Macht des Islam wird täglich größer. Die Hinrichtung hat gezeigt, was den Unterdrückern und denjenigen, die unter der Fahne Amerikas handeln, widerfahren kann.“ [...]

„ würde es jetzt kein Israel geben.“

Hojatoleslam walmoslemin Mohssen Heydari meinte: „Saddam hat Israel größte Dienste erwiesen. Wenn der aufgezwungene Krieg nicht stattgefunden hätte, würde es jetzt kein Israel mehr geben. Das revolutionäre Klima, das nach dem Sieg der islamischen Revolution in den islamischen Ländern wuchs, hätte beinahe Israel vernichtet. Aber Saddam Hussein führte seinen Krieg [gegen den Iran], so dass Israel überleben konnte.“

„Die Geschichte wird die Dimensionen der Verbrechen des irakischen Diktators aufklären.“

Der iranische Präsident **Mahmoud Ahmadinejad** telefonierte mit dem irakischen Präsidenten **Jalal Talebani**. Ahmadinejad beklagte, dass „Saddam viele seiner Verbrechen mit ins Grab genommen und verhindert habe, dass diese ans Tageslicht gelangen. Bald wird die Geschichte die Dimensionen der Verbrechen des irakischen Diktators aufklären. Ich hoffe, dass jetzt die Regierung stabil wird und das irakische Volk sehr bald in vollständiger Sicherheit lebt. [...] Wir waren sehr besorgt, dass manche Leute versuchen könnten sich gegen das irakische Volk zu verschwören und mit Hilfe der Amerikaner Saddam zu befreien.“

„Die Verbrechen gegen Iran und Kuwait sind nur ein Teil der Morde.“

Seyyed Mohammad Ali Hussein, Sprecher des iranischen Außenministeriums, erklärte:

„Saddam hat eine grausame und dunkle Akte. Die Verbrechen gegen Iran und Kuwait sind nur ein Teil der Morde. [...] Die islamische Republik Iran erwartet, dass ein Gericht auch nach dem Tod Saddams die irakischen Verbrechen gegen die Islamische Republik verfolgt.“

„...keine Gerechtigkeit gesucht“

Der Jurist, **Jussef Molai**, meint, dass das irakische Gericht „keine Gerechtigkeit gesucht“ habe. [...] Kriegsgefangene, Opfer von chemischen Bomben und des aufgezwungenen Krieges können in einem Gericht als Zeugen auftreten, aber wegen



der Abwesenheit Saddam Husseins und seiner engsten Mitarbeiter verlieren die Zeugenaussagen ihre Wirkung. Man hätte die Akte Saddams vor einem unabhängigen internationalen Gericht behandeln müssen, damit auch der Iran darin einen Zugang gefunden hätte.“

„Irak muss seine Kriegsreparationen zahlen“

Hussein Nushabadi, Hardliner, ebenfalls Mitglied des Majless fordert, dass der Iran sich an den „internationalen Gerichtshof in Den Haag wenden muss und dort Klage einreichen muss. Die Amerikaner dachten, dass je länger Saddam am Leben bleibt, ihre eigene Mitschuld immer mehr bekannt werde. Die Hinrichtung Saddam Husseins garantiert nur die Sicherung der amerikanischen Interessen. [...] Wir konnten noch nicht einmal einen Teil der Reparationszahlungen von den Amerikanern erhalten. Denn sie haben Saddam aufgestachelt.“

Emad Afruq, Majlessmitglied forderte Reparationszahlungen: „Es handelte sich um ein Verbrechen eines politischen Systems. [...] Irak muss seine Kriegsreparationen zahlen.“

Der oberste iranische Staatsanwalt, **Dori Nahafabadi**, glaubt, dass alle „Unterdrücker eines Tages unter göttlicher Gerechtigkeit leiden werden.“ Dennoch müssten „alle, die Saddam Husseins achtjährigen Krieg gegen den Iran unterstützt haben vor einem Gericht zur Verantwortung gezogen werden.“

Die wahren Gründe der Hinrichtung Saddam Husseins

Und das reformislamsitische Mitglied des Majless, **Nuoldin Pirmosen**, meint, dass das Thema der „irakischen Schulden an den Iran sicherlich mit der Hinrichtung Saddams auch historisch vergessen werden.“

Said Abutaleb, Abgeordneter des islamistischen Parlaments [Majless] kommentierte: „Wenn Saddam geblieben wäre, könnten seine Verbindungen zu den großen westlichen Staaten, wie Amerika, Frankreich und Deutschland und sogar zu den arabischen Regierungen bekannt werden. Die Amerikaner haben den Prozess gegen Saddam in der Form gelenkt, dass seine Verbrechen gar nicht verfolgt werden können.“

Und **Javad Tahmassebi**, iranischer Jurist, meint, die Hinrichtung Saddam Husseins habe das Ziel verfolgt, dass „die Verbrechen Saddams nie aufgedeckt werden.“

In einer Erklärung der Bassijstudenten der Universität von Urumiye heißt es: „Die Hinrichtung von Saddam Hussein ist ein Balsam auf die Wunden des iranischen Volkes.[...]“ Saddam Hussein sei ein ausgebranntes Element der Amerikaner gewesen und musste deswegen beseitigt werden, meinte die Studentenorganisation.

Das Majlessmitglied, **Soleiman Jafarsadeh**, Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik vermutet: „Die Hinrichtung Saddam Husseins, seine



Leiche, sogar sein Grab sind nicht mehr als Instrumente der Interessenpolitik der Amerikaner.“

„Die Amerikaner werden langfristig versuchen die Baathisten zu instrumentalisieren“

Der Vorsitzender der „Versammlung zur Erkennung der Staatsinteressen“, **Mohssen Resai** argumentiert wie folgt: „Die Amerikaner glauben, dass die Hinrichtung von Saddam Hussein eine Instrumentalisierung der Baathisten erleichtern wird. Nach der Hinrichtung von Saddam Hussein ist eine amerikanische Zusammenarbeit mit den Kadern der Baathpartei nicht mehr gefährlich. Denn Saddam Hussein steht nicht mehr auf der Seite seiner Anhänger. [...] Es ist selbstverständlich, dass man nicht wollte, dass alle Wahrheiten über die Verbrechen Saddam Husseins bekannt werden. Deswegen wurde doch seine Akte nicht vollständig geöffnet und deswegen sollte er auch schnell hingerichtet werden. [...] Man wollte nicht, dass die Rolle der Europäer, der Amerikaner, der Russen und sogar der Chinesen bei der Unterstützung Saddams öffentlich wird. Tatsächlich hätte die Weltöffentlichkeit dann über die unmenschliche Politik dieser Länder in den letzten zwei Dekaden urteilen können. Wenn beispielsweise die Hintergründe der Zusammenarbeit der Deutschen mit Saddam Hussein im Hinblick auf den Bau von chemischen Waffen bekannt geworden wäre, wenn klar geworden wäre, welche deutschen Unternehmen die Materialien für chemische Waffen an Irak verkauft haben, welche Rolle die deutsche Regierung dabei gespielt hatte, wie die Materialien dorthin gelangt sind und wo diese Materialien zu chemischen Waffen umgerüstet wurden, wären einige Fragen beantwortet worden. [...] Auch hätte dann die Rolle der Franzosen beim Verkauf von Kampfflugzeugen geklärt werden können. Ein Großteil der Umwelt im persischen Golf ist durch französische Flugzeuge zerstört worden.“ [...] Resai sagt voraus: „In den kommenden Monaten werden die Amerikaner noch mehr Probleme in Irak bekommen. Die Anhänger von Saddam Hussein werden ihre Angriffe gegen die Amerikaner verstärken. Später wird sich das aber legen. Aber wahrscheinlich werden sie noch mehr die irakischen Schiiten angreifen. Und die Amerikaner werden versuchen die irakisch-iranischen Beziehungen so begrenzt wie möglich zu halten. [...] Die Amerikaner werden langfristig versuchen die Baathisten zu instrumentalisieren und werden sich sogar für eine Änderung der gegenwärtigen Regierung einsetzen und dabei die Machtstrukturen ändern. Sie werden sogar die Verfassung ändern, um die Baathisten und die alten Kader wieder einzusetzen. Die Amerikaner denken, dass sie auf die Partizipation der Sunniten angewiesen sind, um eine Gegenmacht zur Präsenz der Schiiten und Kurden aufzubauen. [...] Für die Amerikaner wird es langsam gefährlich, dass die Schiiten an der Macht sind, aber die Sunniten nicht. [...] Die Amerikaner können Irak nicht teilen. Die Türkei, Syrien und Saudi-Arabien sind gegen eine Teilung Iraks. [...] Eine Teilung Iraks kann auch für die Amerikaner gefährlich werden. Denn eine Sicherung der Interessen der Amerikaner ist nach einer Teilung keineswegs gesichert. Es gibt die Möglichkeit, dass im Falle einer Teilung die Kurden im Norden und die Schiiten im Süden direkt



und schnell ihre Beziehungen mit dem Iran verbessern und vertiefen. Und die Sunniten werden auch nicht unbedingt mit den Amerikanern zusammenarbeiten. Daher werden die Amerikaner die Einheit Iraks bewahren und die Rolle der Kader der früheren irakischen Regierung stärken, damit diese der iranischen Regierung Paroli bieten. So können sie den gesamten Irak unter ihrer Kontrolle behalten.“

Die „Frosch-Strategie“ oder wie gefährdet ist die Energiesicherung der Welt ¹⁴²

In der folgenden Meldung der Farsnews droht ein Offizier der iranischen Bassiji-Einheiten die Energiesicherung der westlichen Welt zu gefährden. Der stellvertretende Kommandeur der Bassiji, Majid Mirahmadi, geht auf die „Frosch-Strategie“ der Amerikaner ein. Tatsächlich versteht man unter diesem Begriff „frog strategy“ die langsame, aber sichere Behandlung des Gegners: Man werfe den Frosch in einen Topf mit kaltem Wasser und koche das Wasser langsam, aber sicher.

*Mirahmadi meint, dass man den „islamischen Iran“ nicht so behandeln könne. Widerstand sei die wahre Macht und dabei bezieht er sich sogar auf Michel Foucault. Der stellvertretende Kommandeur der Bassiji, **Majid Mirahmadi**, warnt:*

„Die westliche Wirtschaft und Israel werden zur Zielscheibe unserer stählernen Krallen, wenn sie uns bedrohen. Wir beherrschen die Meerenge von Hormus, durch die 40 Prozent der Weltenergie transportiert werden. Die Lebenszeit der Welt und deren Energiesicherung werden von den stählernen Krallen des Iran kontrolliert.“

Der Kommandeur sagte darüber hinaus: „Wir können proportional zu dem Druck, der auf uns ausgeübt wird, Gegendruck auf die amerikanische und europäische Wirtschaft und auf die Sicherheit des zionistischen Regimes ausüben.“ Hinsichtlich der Resolution 1737 des UN-Sicherheitsrates sagte der Kommandeur: „[...] Es wird behauptet, dass die Atomaktivitäten des Iran die Sicherheit der Welt gefährden. Sie wollen sogar unserem Staat Strafen auferlegen. Sie setzen uns eine Frist von 60 Tagen, bis wir die Urananreicherung zeitweise und in Wirklichkeit für immer aussetzen. Sie wollen, dass der islamische Iran sich von der friedlichen Nutzung der Atomtechnologie verabschiedet. [...] In der gegenwärtigen Phase geht es lediglich um den Krieg zur Durchsetzung des eigenen Willens und um den Versuch der Beeinflussung der Weltöffentlichkeit.“

Mirahmadi meint, dass die UN-Resolution 1737 nicht die einzige Forderung der Amerikaner sein werde. Die Amerikaner hätten zum Ziel, dass die islamische Republik auf den Islam verzichte. Die UN-Resolution sei lediglich eine Drohung. Man

¹⁴² 08.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/08/die-angebliche-frosch-strategie-der-amerikaner-und-die-drohungen-eines-offizier-der-iranischen-bassiji-einheiten-die-energiesicherung-der-westlichen-welt-zu-gefahrden/>



wolle den Iranern Angst einjagen. Dies würde jedoch das Gegenteil erzeugen. Diese amerikanische Strategie trage auch den Namen „Frosch-Strategie“. Mirahmadi: „Mit dieser Strategie wolle man langsam und geduldig ein Klima der Drohungen gegen unseren Staat schaffen.“ Der Bassiji Kommandeur bezog sich sogar explizit auf Michel Foucault: „Die Macht ist dort, wo Widerstand existiert. Die Kultur des Widerstandes ist die Hauptquelle der Produktion von Macht.“ Er führt die Lehre des Widerstandes aus der Islamischen Revolution, die Intifada, den Sieg der Hamas und den Widerstand von Hisbollah als Beispiele solcher Macht an. Auch Francis Fukuyama habe schon die Amerikaner gewarnt, dass der Islam dabei sei sich zu globalisieren.

Mirahmadi schreibt: „Die Verbündeten Amerikas, insbesondere diejenigen, die über amerikanische Basen verfügen oder die Staaten, die dazu beitragen, dass die amerikanische Strategie gegen unser Land leichter umsetzbar wird, können von uns bedroht werden. Unsere Strategie ist: Sicherheit für alle oder für niemanden. Wenn diese Botschaft verstanden wird, kann dies den Druck auf uns vermindern. [...] Unser Führer hat schon deutlich gesagt, dass, wenn der Feind uns Schaden zufügt, werden wir doppelt so stark, und jenseits aller Grenzen antworten.“ Die Amerikaner hätten schon im Irak große Probleme und würden daher ihre Grenzen kennen. Es könne nicht sein, dass die Amerikaner ihre Grenzen überschreiten.

Der religiöse Führer des Iran hat erneut betont, dass das „iranische Volk“ zweifellos nicht auf sein Atomprogramm verzichten wird. Die Verantwortlichen haben nicht das Recht auf die Errungenschaften des Volkes zu verzichten.“

Wer trägt die Schuld an den Iranisch-arabischen Konflikten? ¹⁴³

Iranische Kleriker und Politiker sind sich darüber einig, dass die USA die islamische Welt spalten wollen. Die islamistische Propaganda will hier den Eindruck erwecken, als ob die sunnitisch-schiitische Welt untereinander friedlich leben könnten, nur der äußere westliche Feind würde innerislamische Konflikte schüren. Nur die westlichen Mächte, an ihrer Spitze die USA, seien schuld daran, dass die Sunniten und die Schiiten immer wieder gegeneinander kämpfen.

Besonders interessant sind die Positionen von Mashallah Shamsolwaezin. Dieser ist ein reformislamistischer Intellektueller, der Herausgeber verschiedener Zeitungen, wie Jameeh, Neshat und Asre Asadegan war. Diese Zeitungen wurden alle verboten.

¹⁴³ 11.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/11/wer-tragt-die-schuld-an-den-iranisch-arabischen-konflikten/>



Dennoch hat Shamsolwaezin einen Konsens mit den iranischen Machthabern, wenn es um die Feindschaft gegen die US-Politik und Israel geht.

Die Amerikaner und die Israelis wollen die Muslime spalten

Resa Talainik, ebenfalls Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit des islamischen Parlaments, Majless, ist der Meinung, dass „Amerika die arabischen Länder gegen den Iran und gegen die Schiiten anstachelt.“ Talainik merkt dazu an: „In Anbetracht der Bemühungen der Mächte der Arroganz und des Zionismus gibt es nur eine Strategie gegen die Verschwörung der Feinde: die Einheit bewahren. Die Amerikaner und die Israelis wollen einen Keil zwischen die Muslime werfen.“

Siamak Baqeri, ein politischer Kommentator meint, dass „Amerika inzwischen neue Strategien verfolge, nachdem die Konflikte in Irak nicht mehr zu bewältigen sind.“

Baqeri meint: „Amerika bedroht nun die Islamische Republik Iran. Gleichzeitig wollen die Amerikaner Zwietracht zwischen den Schiiten und den Sunniten säen. Und sie wollen neue Bündnisse gegen den Iran schmieden. [...] Manche saudische Muftis haben in letzter Zeit Fatwas gegen Schiiten ausgesprochen. Man kann die Spuren der Zionisten in den Fatwas erkennen. [...] Dies hilft nur den Zionisten ihre expansionistische Politik in Palästina fortzusetzen.“

Die Schiiten sollen sich mit den Sunniten nur nicht streiten

Ayatollah Nuri Hamedani glaubt: „Die Feinde können nicht Iran, Palästina, Libanon und Syrien voneinander spalten. Daher tun sie sich mit Jordanien und Saudi-Arabien zusammen. Und neulich haben ja auch 38 namhafte saudische Kleriker erklärt, dass der Iran die Verantwortung für den Aufruhr im Irak trage. Sie behaupten, dass der Iran Kreuzzüge befürwortet. [...] Aber die Schiiten müssen jeden Konflikt mit den Sunniten meiden.“

Die Araber sollen die Zustimmung der Iraner einholen

Heshmatollah Falahat, Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit des islamistischen Parlaments, Majless, sagt: „[...] Wenn es wirklich eine Krise geben sollte, wird deren Rauch nicht nur in die Augen der Iraner gehen. Sicher wissen es die arabischen Staaten. Wenn die arabischen Staaten keine negative Rolle spielen sollten, wird auch der Iran wieder seine Ruhe finden. [...] Leider verfolgt die saudiarabische Regierung nicht mehr die Politik des Malek Abdullah. Die saudische Außenpolitik hat sich verändert und beruht gegenwärtig mehr auf einer Politik der Intrigen. [...] Iran ist eine Realität. Es wird keine arabische Lösung für die Region geben ohne die Zustimmung des Iran. Daher erwarten wir, dass die Araber die Zustimmung des Iran suchen.“

Die Intellektuellen sollen sich nicht in die amerikanischen Sphären begeben

Mashallah Shamsolwaezin, ein reformislamistischer Journalist meint, dass die Vereinigten Staaten die „Lunte der Stammeskriege in der Region anzünden.“



Daher empfiehlt er, dass die Eliten des Landes sich von der „Kultur der amerikanischen Intrigenpolitik distanzieren.“

Mashallah Shamsolwaezin meint, dass „Amerika versucht seinen politischen Einfluss im Mittleren Osten zu steigern. [...] Amerika versucht seine operative Macht zu vergrößern. Daher versuchen die Amerikaner die Region zu teilen, indem sie ethnische, religiöse und Stammeswidersprüche vertiefen. Amerika spaltet, um geostrategische Ziele durchzusetzen. Phänomene wie sektiererische und religiöse Kriege gehören zu den Errungenschaften dieser Politik. Aus der amerikanischen Perspektive lassen sich die Länder des Mittleren Ostens in zwei Lager einteilen: Die Staaten, die die amerikanische Strategie unterstützen und das radikale Lager, das Länder, wie Iran, Syrien, Palästina und Libanon umfasst. Natürlich will Amerika den Konflikt zwischen diesen Lagern schüren. Wir müssen uns genau anschauen, was unsere Konkurrenz für Träume hat. Damit wir geeignete Gegenstrategien entwickeln können. [...] Unsere Eliten müssen sich zurückhalten und sich nicht in die Sphäre begeben, die von den Amerikanern kontrolliert wird und sie müssen sich von der Kultur der amerikanischen Politik distanzieren.“

Radikale Vorschläge eines iranischen Wissenschaftlers ¹⁴⁴

Abu Mohammad Asqarkhani ist Professor für Politikwissenschaften an der Imam-Sadeq-Universität in Teheran. Der iranische Politikwissenschaftler kritisierte die UNO-Resolution 1737, die zuvor schon vom Präsident Ahmadinejad als nur „ein Fetzen Papier“ bezeichnet worden war. Der UN-Resolution zufolge sollen der Transfer der Nukleartechnologie an den Iran gestoppt und die Urananreicherung eingestellt werden.

Die Aussagen des iranischen Professors zeichnen ein trübes Stimmungsbild der intellektuellen Landschaft des Iran. Prof. Asqarkhani ist der Meinung, dass die UNO keine legitime Organisation sei, die Resolution des UN-Sicherheitsrates wolle lediglich die iranische Bevölkerung psychisch unter Druck setzen. Als Antwort fordert Asqarkhani eine einheitliche Reaktion aller staatlichen Institutionen sowie eine militärische Aufrüstung des Iran. Zudem schlägt er einen Austritt aus dem NPT-Vertrag vor, weil Israel doch über Atombomben verfüge.

Für Asqarkhani hat die Resolution 1737 einen „vertikalen Charakter“, den er wie folgt erklärt: „Es bedeutet, dass die Staaten, die über Atomwaffen verfügen aus einer höheren Warte anderen Staaten Barrieren bauen, damit diese keine atomare Ausrüstung bekommen. Die Sanktionen, die mit der Resolution 1737 gegen uns ausgeübt werden, beruhend auf einem weltweiten Konsens. Denn der UN-Sicherheitsrat hat diese Resolution ausgesprochen. Auch wenn die UNO als Organisation illegal ist, ist diese Resolution völkerrechtlich legitim.“

¹⁴⁴ 15.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/15/radikale-vorschlaege-eines-iranischen-wissenschaftlers/>



Der iranische Professor geht davon aus, dass das Ziel solcher Resolutionen sei, die „Psyche der iranischen Bevölkerung zu schwächen.“

Asqarkhani weiß, dass die Amerikaner nicht beabsichtigen aus dem Irak rauszugehen. Die amerikanische Regierung wolle ihre Truppen nicht mehr in den irakischen Stadtzentren konzentrieren, sondern neue Truppen an iranische und syrische Truppen stationieren. Mit dieser Strategie plane sie die US-Soldaten mehr zu schützen, in dem diese aus inner-irakischen Stammeskonfliktzonen herausgezogen werden. Asqarkhani ist der Meinung, dass auch der Baker-Hamilton-Bericht eine langfristige Strategie gegen den Iran und Irak verfolge. Die Baker-Kommission habe Iran und Syrien dazu aufgerufen mit der US-amerikanischen Regierung zusammenzuarbeiten und keine Waffen mehr an die schiitischen Gruppen zu liefern. Asqarkhani meint, dass die US-amerikanische Regierung die beiden amerikanischen Parteien dazu aufgerufen habe, eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Der iranische Politikwissenschaftler fordert auch eine gemeinsame Strategie der staatlichen Institutionen des Iran, sonst könne es gefährlich für den Iran werden. Dabei geht er davon aus, dass die USA keine militärischen Schritte gegen den Iran unternehmen, aber in den nächsten Monaten die psychologische Kriegsführung verstärken.

Asqarkhani empfiehlt der iranischen Regierung: „Die wichtigste Aufgabe der Islamischen Republik im Inland ist, die Bevölkerung über den Charakter der Sanktionen zu informieren. Es handelt sich eher um psychologische als wirtschaftliche Sanktionen.“ Dabei gibt der iranische Wissenschaftler durchaus zu, dass bestimmte „Bankkonten von iranischen Physikprofessoren“ gesperrt werden könnten. Im nächsten Schritt könnten Handelsgeschäfte boykottiert werden, so Asqarkhani.

Asqarkhani meint, dass der Irak den Amerikanern über 10 Jahre erlaubt habe, dessen Anlagen zu kontrollieren. Erst nachdem die UNO den Irak entwaffnet habe, sei der Irak militärisch angegriffen worden. Asqarkhani fährt fort: „Wenn wir wollen, dass der Iran bleibt und nicht geteilt wird, müssen wir denen gegenüber stark sein.“

Nur wenn die Macht größer sei, müsse man keinen Krieg führen. Rafsanjani und Khatami hätten sanfte Methoden verfolgt, Protokolle unterschrieben und vergeblich Dialog mit den drei europäischen Staaten geführt. Die sanfte Strategie sei jedoch nicht im Interesse des Iran gewesen. Der Iran hätte von vornherein den europäischen Staaten keine Bonuspunkte geben dürfen, damit die Europäer nie auf die Idee kommen, zu viel zu fordern.

Asqarkhani schlussfolgert schließlich: „Ich glaube fest daran, dass wir eine noch stärkere militärische Macht werden müssen. [...] Wenn wir mit einem zweijährigen Ölboykott drohen, werden die Europäer verrückt werden. Und Saudi-Arabien kann dann auch nichts machen. [...] Aber leider wird die iranische Regierung keine Ölboykottpolitik betreiben und eher Petrodollars in den iranischen Markt pumpen, damit kein Druck auf die Bevölkerung entsteht. Aber eine solche Herangehensweise



wird weder im Interesse unserer Wirtschaft noch Politik sein. Wir können in den Geheimgesprächen mit den Europäern damit drohen, die Wege für die Drogenschmuggler frei zu geben. Dann werden die Europäer merken, was wirkliche Drohung bedeutet.“

Asqarkhani hatte sich vor eine Woche auf Artikel 10 des NPT-Vertrages berufen, der besagt, dass die Mitgliedsstaaten aus dem Vertrag aussteigen dürfen, wenn ein „außergewöhnliches Ereignis“ vorgefallen sei. Er bezog sich auf die Aussage des israelischen Politikers Olmert, der die Existenz israelischer Atombomben angedeutet hatte. Vor diesem Hintergrund sei ein Austritt aus dem NPT-Vertrag nur legitim, zumal in seinen Augen Israel kein legitimer Staat aus Sicht der Länder der Region sei.

„Die Stunde Null ist nahe“¹⁴⁵

Nachdem Ahmadinejad angekündigt hat, dass ein amerikanischer Krieg gegen den Iran nicht angesagt sei, haben sich der iranische Außenminister Mottaki sowie Hashemi Rafsanjani zu Wort gemeldet.

Zudem machen sich Iraner in iranischen Weblogs Gedanken über den Krieg.

Rusbe Mirebrahimi, der Autor des folgenden Textes, sieht die „große Katastrophe“ eines Krieges auf den Iran zukommen. Er gibt den iranischen Machthabern die Schuld dafür, dass sie in den Jahren ihrer Herrschaft, der Bevölkerung keine Freiheiten gewährt haben und dem US-amerikanischen Präsidenten tatkräftig bestätigt haben, dass die Islamische Republik Iran zur „Achse des Bösen“ gehört. Mirebrahimi geht davon aus, dass ein Krieg nicht nur die iranischen Machthaber treffen könnte, sondern auch zur Teilung des Iran führen könnte.

Roozonline ist eine Exil-Zeitung, die in den letzten Jahren auch Texte von reformorientierten Intellektuellen und Politikern aus dem Iran veröffentlicht hat. Vor diesem Hintergrund ist der folgende Text interessant, da dieser auch einen Konflikt zwischen den reformorientierten Intellektuellen, die innerhalb der islamistischen Diktatur einen Wandel herbeiführen wollten und den sogenannten Hardlinern sichtbar macht.

Ahmadinejad ist nicht besorgt

Der iranische Präsident sagte in einem TV-Interview: „Ich bin keineswegs besorgt über die ausländischen und inländischen Bedrohungen. Wir werden uns bemühen, dass es keine dritte Resolution mehr gibt. Aber wenn auch eine solche Resolution beschlossen werden sollte, ist es überhaupt nicht wichtig. Diese wird auch wirkungslos bleiben. Einige Staaten dieser Welt haben uns versichert, sie würden ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran aufrecht erhalten, auch wenn der Iran boykottiert werden sollte.“ Und über das Problem der Kapitalflucht sagte er: „Die

¹⁴⁵ 25.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/25/die-stunde-null-ist-nahe/>



Leute verstehen doch gar nicht die Bedeutung des Kapitals. Nein, es gibt keine Kapitalflucht. Im Gegenteil: Die ausländischen Investitionen sind um 90 Prozent gestiegen.“ [..]

Und über die Frage eines amerikanischen Angriffs auf den Iran sagte er: „Es wird keinen amerikanischen Angriff geben. Amerika hat keine Macht den Iran anzugreifen. Außerdem gibt es in Amerika auch kluge Leute, die sagen, dass es nicht zu einem Krieg kommen darf.“ Der Interviewer fragte ihn daraufhin: „Bush hört dort nicht auf kluge Menschen, wie Baker oder Hamilton.“ Und Amadinejad lehnte eine solche Position ab und antwortete: „Nein, so ist es doch überhaupt nicht.“

Der religiöse Führer, der iranische Außenminister und Rafsanjani sind besorgt

Während der iranische Präsident am Dienstagabend in einem Fernsehinterview die Kriegsgefahr als einen „Psychokrieg“ bezeichnet hatte, hat der iranische Außenminister Manutchehr Mottaki die „Kriegsgefahr als ernst“ bezeichnet.

Manuchehr Mottaki sagte: „Die amerikanische Bedrohung ist ernst und geht weit über psychologische Operationen und Propaganda hinaus. Es gibt auch die Möglichkeiten eines begrenzten sowie eines unbegrenzten Angriffes.“

Rafsanjani sagte: „Vor einiger Zeit haben wir uns mit einigen Verantwortlichen beim Führer getroffen. Jemand (sic) sagte, dass die Bedrohungen nicht ernst zu nehmen sind. Die Lage sei nicht besorgniserregend. Ayatollah Khamenei antwortete ihm jedoch, dass die Bedrohungen ernst seien.“

Ein Kommentar aus dem Weblog

In einem Weblog konnte man einige Zitate des religiösen Führers des Iran lesen. Da heißt es:

„Erinnern Sie sich noch, was vor vier Jahren passiert ist? Vor dem amerikanischen Angriff auf den Irak? Lassen Sie uns einige Erklärungen unseres religiösen Führers noch mal anschauen.

Der große Revolutionsführer sprach am 4.11.2002:

„Die Brüllereien, die ihr heute hört, sind nur Machtdemonstrationen der Amerikaner. So ist eben die Natur der arroganten Mächte; sie müssen schreien und drohen. Überhaupt, ein Teil ihrer Macht besteht aus solchen Drohungen. Sie wollen einem Volk und den Verantwortlichen eines Staates doch Angst einjagen, um ihnen ihren Willen aufzuzwingen. Das sind nur Gerüchte. Im übrigen hat Amerika doch überhaupt nicht die Macht, um die hohen Kosten eines militärischen Angriffes zu bewältigen.“

Vor vier Jahren hat Khamenei mit solchen Sätzen behauptet, dass niemand den Mut aufbringen wird den Irak anzugreifen. Und Ahmadinejad behauptet auch, dass die Amerikaner Iran nie angreifen würden.“



Ein besorgter Journalist

„Die Fußstapfen einer Katastrophe sind zu hören

Viele Berichte und Gespräche zeugen davon, dass die Glocken einer großen Katastrophe für Iran läuten. Nicht nur die Islamische Republik, sondern auch die territoriale Ganzheit des Iran ist gefährdet. Und die Machthaber der Islamischen Republik Iran haben den Organisatoren dieser Krise große Dienste erwiesen.

Die Stunde Null ist nahe. Dennoch schlafen noch die meisten. Ich weiß gar nicht, ob sie sich überhaupt gefragt haben, warum Amerika solche Züge in der Region unternimmt? Haben sie sich etwa gefragt, warum es inzwischen eine anti-iranische arabische Front gibt?

Haben sie sich gefragt, warum der amerikanische Kongress beschließt, dass der Präsident die Erlaubnis für einen Angriff auf den Iran vom Kongress einholen muss? Wissen sie eigentlich, was dies bedeutet? Vielleicht denken sie ja, dass der amerikanische Kongress auch, wie das iranische Majless [islamistische Parlament] ist und einfach ohne Garantie einen Plan unterschreibt. Warum soll eigentlich für etwas, was eigentlich nicht passieren kann, ein Plan entwickelt und abgesegnet werden?

Seit längerer Zeit sind verschiedene amerikanische Gruppierungen dabei jeden Schritt, den die Islamische Republik unternimmt, zu analysieren. Niemand scherzt über solche Fragen. Hunderte Pläne existieren bereits, die umgesetzt werden können. Und in der Tat marschieren die Machthaber des Iran in eine Richtung, die nicht den nationalen Interessen des Iran besonders dienlich sind.

Ich kann mitnichten die Analysen derjenigen akzeptieren, die behaupten, dass Amerika in Irak in eine Falle geraten ist und daher Iran nicht angreifen werde. Im Gegenteil ist es doch möglich, dass weil Amerika mit unerwarteten Ergebnissen in ihrem Irak-Einsatz konfrontiert sind, dass sie deswegen eine neue Strategie entwickeln. Natürlich nicht genauso wie im Afghanistan und im Irak. Aus amerikanischer Sicht ist das irakische und iranische Problem eng miteinander verknüpft. Bush hat mit einer besonderen Feinheit und strategisch Iran und Irak miteinander unter einem Nenner gebracht. Und wie leicht haben doch auch die verantwortlichen Regierenden des Iran den Amerikanern dabei geholfen. Gegenwärtig besteht die amerikanische Strategie darin sich mit dem Iran direkt auseinander zu setzen. Diese Tage erinnern mich sehr an die Tage vor dem amerikanischen Angriff auf den Irak. Genauso bereitet man langsam die Öffentlichkeit vor und die Proteste dagegen dienen auch der Herstellung eines solchen Klimas.

Die Stunde Null ist nahe. Sie können so tun, als ob sie noch schlafen würden und sich die Augen vor Realitäten schließen und sich an den ewig kriecherischen Analytikern erfreuen. Gemeint sind dieselben Analytiker, die auch vor dem Angriff auf Irak mit tausend Argumenten beweisen wollten, dass Amerika den Irak nicht angreifen werde. Der Krieg im Irak war schon seit einigen Tagen im Gang, als die



offiziellen iranischen Medien immer noch nicht glauben wollten, dass es sich um einen wirklichen Krieg handelt. Und als sie es dann doch wahrgenommen haben, dass es Krieg ist, begannen sie zu analysieren, warum Amerika gegenüber der Armee Saddams eine Niederlage erleiden wird. Vergessen wir nicht, dass die Armee von Saddam Hussein trotz des ersten Golfkrieges sehr intakt war. Aber was ist passiert? Die irakische Armee brach in drei Wochen zusammen. In einem kürzeren Zeitraum, als die Taliban in Afghanistan brach die irakische Armee zusammen.

Aber was haben die Führer der islamischen Republik gesagt? In ihrer eigenen Welt gefangen, lieferten sie Analysen über Vietnam und.....

Bush Junior hat die Islamische Republik in der möglichst moderatesten Form als die Achse des Bösen genannt. Und die Islamische Republik hat jeden Tag einen neuen Grund geliefert, dass die Logik von Bush auch immer besser aufgeht.

Die Stunde Null ist nahe. Die Wahrheit ist die, dass die Vorgehensweise der Islamischen Republik Bush die größten Hilfeleistungen schon geliefert hat. Nun kann der amerikanische Präsident das Schicksal Iraks mit dem des Iran verknüpfen. Bush kann nun begründen, warum er seine Ziele im Irak nur nach einer Auseinandersetzung mit dem Iran erreichen kann.

Iran ist täglich undemokratischer geworden. Sie haben (Iranische Machthaber) immer mehr die Rechte der Menschen mit Füßen getreten, so dass die Weltöffentlichkeit immer härter reagiert. Sie haben die Stimme eines jeden Kritikers im Halse erstickt und sie treten in radikalsten Formen auf.

Die Stunde Null ist nahe. Macht euch Gedanken über den Iran.“

Iran wird eine Supermacht, sagt Ahmadinejad ¹⁴⁶

In verschiedenen Reden haben iranische Politiker der Rückkehr des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini aus dem Exil gedacht. Gefeierte wurde vor allem der Sieg der islamischen Revolution. Auffallend ist die scheinbare Gewissheit der eigenen Überlegenheit.

„Wir sind eine menschliche und eine kulturelle Supermacht.“

Ahmadinejad hielt am Grabmal von Ayatollah Khomeini eine Rede und sagte:

„In Wirklichkeit war die Revolution von Imam Khomeini die Fortsetzung des Weges der Gottesoffenbarer in unserer Zeit. Sein Weg ist die Fortsetzung der Wahrheit, des Gottesglaubens, der Gerechtigkeit und der Vollkommenheit. Der Weg von Imam Khomeini ist der Schrei der Menschen gegen den Materialismus und gegen die

¹⁴⁶ 03.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/03/iran-wird-eine-supermacht-sagt-ahmadinejad/>



herrschende Identitätslosigkeit in der Welt. Sein Weg ist der Schrei der Menschheit nach Gott. In Wirklichkeit ist sein Weg eine Schule, die uns Glück lehrt.“ [...] Die Beamten des Staates müssen ewig in Verbindung mit Imam Khomeini sein. Für alles, was unser Volk, unsere Revolution und die Menschheit erreicht haben, müssen wir Khomeini dankbar sein. [...] Ich habe die Rede von Khomeini in Beheschte Zahra gehört. [...] Ich kann sagen, dass dieser Moment der schönste Moment meines Lebens war. Dank der Präsenz von Imam Khomeini wurde Leben in den Körper der Menschen eingehaucht. [...]“

Und über das Atomprogramm sagte der Präsident:

„Für die verfaulten Großmächte ist unser Atomprogramm kein technisches oder juristisches Problem, sondern eine politische Frage. Aus unserer Perspektive jedoch ist es das natürliche Recht des Iran, das ist eine Glaubenssache. [...] Sie haben keine Angst davor, dass das iranische Volk sich bewaffnet. Sie wissen auch, dass wir nach Waffen streben. Zumal man mit militärischer Rüstung die Probleme der internationalen Politik nicht lösen kann. Wir wissen auch, dass es Staaten gibt, die über Atomwaffen verfügen und dennoch keine große Rolle in der internationalen Politik spielen. [...] Sie sind nur besorgt, dass der Iran sich überhaupt entwickelt. [...] Ihr habt gesehen, wie der Marxismus zur Geschichte wurde und der Liberalismus ist ebenfalls auf diesem Wege. [...] Der heutige Mensch sucht nach Werten und Wahrheiten, und in unserer islamischen Revolution sind die höchsten Werte vorhanden. [...] Unser Land schreitet in schnellen Schritten voran, um eine Supermacht zu werden. Wir werden nicht mit Hilfe von Waffen und einer starken Wirtschaft eine Supermacht werden. Wir sind eine menschliche und kulturelle Supermacht. Deswegen haben sie Angst vor uns und deshalb bekämpfen sie uns. Am 11. Februar wird unser Volk kaltes Wasser über die Köpfe unserer Feinde schütten. [...] Unser Volk wird die Feinde zur Verzweiflung bringen. [...] Die Feinde werden die Verlierer sein. Die ganze Welt und alle Analytiker wissen, dass Amerika in einer großen Krise steckt. [...] Ihre Schiffe sind alle gestrandet. [...] Sie können uns keinen Schaden zufügen, weil wir ein starkes und mit sich einiges Volk sind. Das ist auch die große Lektion, die Ayatollah Khomeini uns erteilte, dass wir die Einheit bewahren müssen, dass wir den Geist des mutigen Widerstandes gegen unsere Feinde nie aufgeben dürfen, damit wir keine Niederlage erleiden.“

„ die Vorherrschaft des Westens brechen“

Auch Rafsanjani sprach zum Jahrestag der Wiederkunft Khomeinis in den Iran am 1. Februar 1979.

Rafsanjani: „Die islamische Umma [Gemeinschaft] kann mit ihrer Bewegung die Vorherrschaft des Westens in der Region brechen. Dies kann nur erfolgen, wenn unsere Staatsbeamten gemeinsam mit dem Klerus und den muslimischen Völkern eine Einheit bilden. Wenn wir uns einig sind, können wir die Verschwörungen der Feinde neutralisieren. [...] Das höchste Ziel der Amerikaner in Irak ist die Spaltung der Schiiten und der Sunniten. [...] Die Feinde wollen uns spalten. Und wir müssen uns so zahlreich wie möglich am 11. Februar versammeln, demonstrieren und unser Atomprogramm und unsere Unabhängigkeit verteidigen. Wir dürfen den Feinden nicht erlauben Intrigen gegen uns zu schmieden.“



„Die Revolution war ein Geschenk Gottes.“

Seyyed Ahmad Khatami predigte in seinem Freitagsgebet: „Die islamische Revolution war wahrlich ein Geschenk Gottes für unser Volk. [...] Die Amerikaner tun so, als ob die islamische Revolution den Nullpunkt schon erreicht hat.“ Auch Ahmad Khatami warnt vor Intrigen und Schwächung der staatlichen Institutionen. Dies würde nur die „Feinde des Iran stärken.“

Bush kann nur „langsam denken.“

Die iranische Professorin Nadere Mohtadi ist der Meinung, dass der amerikanische Präsident nur „langsam denken“ könne, sich daher immer wiederhole und den Iran mit Krieg bedrohe. Die amerikanische Bevölkerung habe Bush schon ständig kritisiert, weil er alkoholabhängig sei. Bush habe jedoch beteuert, dass er keinen Alkohol mehr trinke. Die iranische Professorin, die eine Suchtexpertin sein soll, weiß jedoch, dass man nicht so einfach aufhören könne, Alkohol zu trinken. Die Expertin kann erklären, warum der amerikanische Präsident Bush sich immer wieder in Bezug auf den Iran wiederholt. Sie ist der Meinung, dass Bush sich wiederholt, weil er ein psychisches Problem hat, das auf den Alkoholismus zurückzuführen ist. Sie ist sogar der Meinung, dass Bush wieder anfangen könnte zu trinken. Denn seine Niederlagen im US-Kongress und die Niederlagen des „zionistischen Regimes im Libanon“ könnten dazu führen, dass er wieder alkoholabhängig werde.

Zudem drohe das „zionistische Regime“ Iran anzugreifen. Solche Drohungen könnten nur von Verrückten stammen. Denn im Falle eines Angriffes auf den Iran würde „Israel aus der Geschichte gelöscht werden.“ Und es bliebe nur der Name übrig. Israel sei doch noch nicht einmal so groß wie eine iranische Provinz. Israel könne daher noch nicht einmal daran denken, einen Angriff auf den Iran zu unternehmen.

Die neuen Kriege aus der Perspektive eines iranischen Generals ¹⁴⁷

Im folgenden können Sie ein Interview mit General Qolamresa Jalali von der revolutionären Garde des Iran [Pasdaran] lesen. Dieser gehört einer Spezialorganisation der Pasdaran an, die sich „Padafande Qeire Amel“ nennt. Hierbei handelt es sich um eine „Verteidigungseinheit“, die sich auch nicht rein militärischen Aufgaben widmet. Die Einheit befaßt sich u.a. mit Fragen der Propaganda, psychologischer Kriegsführung, Hyperspacekriegen, aber auch biologischer und mikrologischer Kriegsführung. Dabei ordnet der General interessanterweise das iranische Atomprogramm als einen Teil der „gänzlich militärischen“ Verteidigungsstrategie ein.

Das Interview erschien in der Sobhesadegh, der Wochenzeitschrift der revolutionären Gardes des Iran.

¹⁴⁷ 23.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/23/die-neuen-kriege-aus-der-perspektive-eines-iranischen-generals/>



Neue Kriege

Der General berichtet, dass am 30.10.2003 vom religiösen Führer der Befehl zur Gründung eines permanenten Sonderkomitees gekommen sei, das verantwortlich ist für Planung von neuen Führungsprogrammen zur Verhinderung von „möglichen fremden Gefahren.“ Dieses Komitee habe später den Namen Organisation der „Padafande Qeire Amel“ bekommen.

Der General wurde gefragt, was die Aufgaben dieser Organisation seien. Er antwortete: „Die zukünftigen Kriege hängen davon ab, wie die Bevölkerung kontrolliert wird. D.h. der Feind versucht die Regierungskontrolle über die Bevölkerung zu schwächen und eine Kluft zwischen der Führung und der Gesellschaft zu schaffen.“ Außerdem versuche der Feind „Bewegungen gegen die Regierung zu organisieren.“ Man arbeite mit anderen iranischen Universitäten und Forschungszentren zusammen, um Pläne zur besseren Führung des Volkes zu schaffen. Insbesondere arbeite man mit dem Ministerium für islamische Führung [Kulturministerium], sowie mit dem Erziehungsministerium und Forschungsministerium zusammen.

Auf die Frage, was zu dieser Verteidigungsstrategie gehöre, antwortete General Jalali, dass dazu unter anderem „Krisenmanagement, Störung der Informationssysteme des Feindes“¹⁴⁸ gehörten. Diese quasi passive Verteidigung sei ein Teil der strategischen Verteidigung des Landes. Beispielsweise sollen die staatlichen Medienanstalten eine besondere Rolle spielen, um die „Ziele des Feindes“ zu neutralisieren. In diesem Sinne habe diese passive Verteidigungsstrategie eine umfassende Funktion, die von allen staatlichen Institutionen ausgeführt werden muss, damit der feindliche Einfluss minimiert werde. Alle staatlichen Institutionen, besonders die Medienanstalten hätten die Aufgabe die „Formen und den Charakter der neuen Bedrohungen zu identifizieren.“ Diese Verteidigungsstrategie verfolge auch medizinisch-biologische Ziele, die vom iranischen Gesundheitsministerium verfolgt würden. Dazu gehöre die Forschung über die Minimierung von Menschenopfern bei militärischen Operationen.

Auf die Frage, wie zukünftige Kriege aussehen würden, antwortete er: „Die zukünftigen Kriege sind allumfassende Kriege. Eine Achse ist politische Propaganda. D.h. wir werden in den zukünftigen Kriegen einen politischen Plan für Propaganda haben. [...] Hinzu kommen Operationen auf dem Gebiet der psychologischen Kriegsführung. Hier geht es darum, wie die Gedanken der Bevölkerung in Hinblick auf die Regierung verändert und beeinflusst werden können. Auch die Cyber-Kriege finden in den legalen Computern statt. Beispielsweise können die staatlichen Computersysteme gehackt werden. Auch biologische und mikrobiologische Kriege gehören zu den zukünftigen Kriegen. Diese Kriege können sehr unmenschlich sein, sind aber stille Kriege. Krankheiten wie Sars oder Vogelgrippe oder manche Probleme, die in den Nahrungsmitteln entstehen, können wir nicht von manchen politischen Tendenzen in der Welt trennen. Diese Arenas gehören zu

¹⁴⁸ Dazu zählt offenbar die Störung von aus dem Westen sendenden iranischen Satellitenfernsehen.



mehrdimensionalen Maßnahmen, wobei die militärische Arena, die kleinste ist. D.h. alle Apparate müssen bei dieser Form der Verteidigung mitwirken.“

Und auf die Frage, was denn die größte Bedrohung für den Iran sei, antwortete der General:

„Der Feind nutzt seine technologische Überlegenheit gegen den Iran. Daher müssen wir unsere Technologie weiterentwickeln, um die Bedrohungen des Feindes zu neutralisieren.“ Die Politik müsse höhere staatliche Investitionen in die jeweiligen Branchen zulassen. Das wichtige Thema sei jedoch das Atomprogramm. „Es muss ein einheimisches Programm der Urananreicherung zur Entwicklung der Atomenergie forciert werden, denn die Feinde haben sich gegen uns aufgereiht. Und dies hat eine politische und eine gänzlich militärische Folge. Daher hängt die Art und Weise unserer Haltung gegenüber der Welt von dem Ausmaß der Bedrohungen ab. Und wegen der geopolitischen Lage des Iran und wegen der langen Küsten am persischen Golf und wegen der Existenz der großen Gas- und Ölressourcen und anderen metallenen und nichtmetallinen Ressourcen, sowie wegen den politischen Bedingungen des Landes, beispielsweise wegen des Charakters der islamischen Revolution, existieren Widersprüche mit den amerikanischen Interessen. Daher stehen wir in einer Feindschaft mit den Kolonialmächten.“ Daher müssten die „nationalen Interessen des Landes aus sehr unterschiedlichen Perspektiven verteidigt werden.“

„Der UN-Sicherheitsrat ist illegitim“¹⁴⁹

Die iranischen Machthaber propagieren die Einheit des Volkes und der Regierung, die angeblich den Willen Gottes umsetzen würde. Das Regime betont, dass es keine Abkehr vom derzeitigen Nuklearkurs mit entsprechendem Anreicherungsprogramm geben werde. Handelssanktionen werden ins Lächerliche gezogen und die iranischen Diktatoren scheinen – zumindest nach Außen hin – zuversichtlich diese problemlos überstehen zu können. Der iranische Präsident bezeichnet den UN-Sicherheitsrat gar als „illegitim“.

„Sie wollen Iran entmachten“

Der Teheraner Freitagsimam ist der festen Überzeugung, dass das ganze iranische Volk hinter den Entscheidungen der iranischen Regierung stehe.

Ayatollah Mohammad Kashani ist überzeugt davon, dass „der Iran vereint ist. Das Volk hat es schon mehrfach bewiesen. Es unterstützt das System und die Führung.“ Der Staatskleriker verurteilte mit folgenden Worten die Resolution des UN-Sicherheitsrates: „Der Feind verfolgt seine Pläne auf zwei Ebenen. Diese werden sowohl prinzipiell als auch periodisch und mit Eile verfolgt. Die letzten Resolutionen

¹⁴⁹ 19.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/19/der-un-sicherheitsrat-ist-illegitim/>



sollen für Aufregung sorgen. Der Feind versucht sowohl den Islam als auch die iranische Zivilisation als grausam hinzustellen. Dabei sind die Atomaktivitäten des Iran völlig friedlich.“

Für die iranische Jugend sind die staatlichen Rituale und Hasspropagandaveranstaltung der sogenannten „Freitagsgebete“ nur noch ein Gräuel. Ayatollah Kashani glaubt dennoch über die Freiheit der Jugend sprechen zu können, wenn er sagt: „Sie wollen nicht eine lebende Gesellschaft haben. Sie wollen nicht eine machtvolle Welt. Die Feinde haben in Wirklichkeit sogar Angst vor der freiheitsliebenden Jugend. Sie wollen den Iran um jeden Preis entmachten.“

Er forderte die iranische Regierung auf, adäquat zu reagieren und sagte: „Der Feind setzt jedes Mittel und jeden Vorwand ein, um der heiligen Ordnung der Islamischen Republik Iran einen Schlag zu versetzen. In Wirklichkeit haben sie aber Angst vor unserer Jugend. Sie müssten wissen, dass unsere Jugend nicht bereit ist so zu denken, wie die westliche Jugend. Denn unsere Religion ist der Islam. Und da diese Religion anziehend ist, wollen sie das Niveau unserer Religion senken. Sie wissen auch gar nicht, was wirklich im Iran los ist. Wenn das iranische Volk wie zu den Revolutionsfeiern im Februar auf die Straße geht, dann wird der Feind verstehen, welche Macht der Iran darstellt.“

Laut ILNA gab derselbe Ayatollah Kashani dem UN-Sicherheitsrat den folgenden „Rat“: „Wir geben Ihnen den folgenden Rat. Wir sagen euch, wir sind nicht allein. Wir haben einen Besitzer. Wir glauben an einen Gott, an den Ihr nicht glaubt. Unser Volk bleibt aufrichtig und sagt, dass die Atomenergie unser selbstverständliches Recht ist.“

„Israel ist das Symbol des Teufels“

Schon am 23. Februar betonte der iranische Präsident, dass er nicht vorhabe „auch nur eine Sekunde das Urananreicherungsprogramm aufzuschieben.“

Ahmadinejad sagte: „Manche glauben das iranische Volk blockieren zu können. Sie machen einen Fehler. Seit 28 Jahren wiederholen sie ständig ihren Fehler. Seit 28 Jahren erheben sie immer neue Vorwürfe gegen uns. Jetzt sagen Sie, dass im Iran keine Freiheit und Demokratie herrsche. Sie sagen, dass Sie besorgt sind, dass das iranische Volk von einem friedlichen Verhalten abweiche. Aber ihr solltet wissen, dass die ganze Welt gegen euch ist.“

Zwar will Ahmadinejad an der Sitzung des UN-Sicherheitsrates teilnehmen, wenn die nächsten Sanktionen gegen den Iran angekündigt werden, gleichzeitig bezeichnete er den Sicherheitsrat als „illegitim“:

„Der UN-Sicherheitsrat verteidigt nur die Verletzung der Rechte der Völker, die Verbrechen der Großmächte und unterstützt die Politik der Weltarroganz, sonst spielt er keine andere Rolle,“ meint der iranische Präsident.



Er projiziert und sagt: „Sie glauben mit List und Lügen ihre Macht verewigen zu können. Sie sollten aber wissen, dass ihre Macht, die auf Lügen beruht nur hohl und keineswegs beständig ist. Diese Mächte wollen den Völkern mit ihren Lügen Angst einjagen. Israel ist das Symbol des listigen Teufels. Nur die Aggressoren meinen, dass dieses Regime unbesiegbar ist. [...] Sie haben einen Apparat wie den UN-Sicherheitsrat geschaffen und behaupten, dass dieser die Sicherheit der Welt verteidigt. Aber wenn mit Hilfe Gottes die Lügen aufgedeckt werden, wird bewiesen werden, dass dieser Rat nur die Rechte der Völker verletzt. Die ganze Welt weiß, dass dieser Rat nur ein Instrument der Mächtigen ist. [...] Sie wollen den Sicherheitsrat instrumentalisieren, um Iran an seinem Fortschritt zu hindern. Das iranische Volk besitzt schon heute den geschlossenen Atomkreislauf. Und wenn selbst ihr euch alle gegen den Iran vereinigt, werdet ihr diesen Schritt des iranischen Volkes nicht verhindern können. Ihr habt Sanktionen gegen den Iran verhängt und als Antwort haben wir uns zu einer Atommacht entwickelt. Sprecht nur neue Sanktionen aus, dann werdet ihr die nächsten Entwicklungsschritte unseres Volkes schon erleben. Sie haben nur für sich selber eine Organisation gegründet und beanspruchen die Weltgesellschaft vertreten zu dürfen. [...] Denkt daran, dass ihr euch mit jeder einzelnen dieser Resolutionen nur euch noch mehr Probleme einhandelt.“

Und der Vorsitzende des Obersten nationalen Sicherheitsrates, Ali Larijani sagte, dass der „Iran fest an seinem Atomprogramm festhält.“ Er sagte: „Die Antwort auf einen militärischen Angriff wird militärisch sein.“

Und Ali Akbar Velayati, außenpolitischer Berater des religiösen Führers des Iran, hat betont: „Iran wird auch nicht für eine kurze Zeit das Urananreicherungsprogramm aussetzen.“ Iran werde auf jede UN-Resolution eine entsprechende Antwort haben.

„Iran hält Handelssanktionen aus“

Kazem Wasiri Hamane, iranischer Ölminister, macht sich überhaupt keine Sorgen und meint: „Seit 27 Jahren hat der Iran stets Handelssanktionen der westlichen Staaten ausgehalten. Die westlichen Handelssanktionen haben jedoch keinen Einfluss auf das Wachstum und die Entwicklung des Landes gehabt. Die Regierung konnte stets über verschiedene Wege das nötige Kapital für die Entwicklung der Öl- und Gasindustrie besorgen. Die iranische Politik will mit der ganzen Welt zusammenarbeiten und die Energiesicherheit gehört zu den Prioritäten der Energiepolitik der Islamischen Republik. Iran wird sein Öl gegen jede Devisen der Welt verkaufen. Der Iran braucht jede Devisen. Die Wertminderung des Dollars hat zur Einnahmeeinbußen der ölexportierenden Länder geführt. Iran hat begonnen, Gespräche mit einem japanischen Unternehmen zu führen, um sein Öl gegen Euro und Yen zu verkaufen. Japan importiert schon heute täglich 486 Barrel Öl aus dem Iran.“

Tatsächlich hoffen die iranischen Wirtschaftsexperten, dass die nicht-europäischen Wirtschaftsbeziehungen des Iran mit anderen asiatischen Staaten ausgebaut werden. Die iranische Regierung setzt beispielsweise auf die Inbetriebnahme der



iranisch-armenischen Gaspipeline. Ahmadinejad und der armenische Präsident, Robert Kucharian, haben am 19.3.2007 eine neue Gaspipeline eingeweiht. Laut Farsnews ist die Pipeline 40 Kilometer lang. Nach einer Testphase soll diese Pipeline erweitert werden und schließlich mindestens eine Länge von 160 km haben. Beide Länder haben bisher 33 Millionen Dollar in das Projekt investiert. In der ersten Phase sollen mindestens 300-400 Millionen Kubikmeter Gas nach Armenien exportiert werden. Als Gegenleistung wird Armenien Strom in den Iran liefern.

„Die Fähigkeiten einer bewaffneten Verteidigung“

General Salehi kündigte an, dass der Iran seine neue Boden-Luft-Rakete erfolgreich getestet habe. Diese Rakete, die „gleichzeitig doppelt abgeschossen werden kann,“ könne auch im mobilen Zustand eingesetzt werden.

Gleichzeitig seien bei den Vorbereitungsmaßnahmen für einen möglichen Krieg „mobile Wüstenlazaretts, die mit modernsten medizinischen Möglichkeiten ausgestattet sind, und in zwei Bussen untergebracht sind, bereitgestellt worden.“ Diese Wüstenlazaretts seien überall einsetzbar. Außerdem seien neue Radaranlagen zur „Erkundung des Feindes“ getestet worden. General Salehi meint: „Heute ist das Verteidigungspotential des Iran nicht mehr auf dem Stand der „Heiligen Verteidigung“. Und wenn ein frecher Feind verrückt spielen will, wird er sicher in eine Falle geraten.“ Die iranische Armee kenne die Schwächen der feindlichen Armeen und werde von ihren „lebenden und sich verantwortlich fühlenden Potentialen in einer wünschenswerten Weise Nutzen ziehen, damit die heilige Ordnung der Islamischen Republik Iran besser als im Krieg gegen den Irak verteidigt werden könne.“

Angesichts der Tatsache, dass dem Iran wegen der Fortsetzung seines Atomprogramms härtere Sanktionen des UN-Sicherheitsrates drohen, ist es interessant die Aussagen eines iranischen Politikers zu lesen, der daran nicht glaubt:

Ali Shamkhani, Vorsitzender des „Forschungszentrums für strategische Verteidigung“, ist sich sicher, dass wenn der Iran eine „aktive Außenpolitik“ betreibe, „Amerika sein Ziel einer neuen Resolution nie erreichen kann.“ Shamkhani weiter: „Bisher gab es keine neuen Beschlüsse im Hinblick auf die Sanktionen gegen den Iran. Es hat eigentlich keine besonders großen Veränderungen aus militärischer Sicht in der Region gegeben. Der Feind ist verletzt und wenn er einen antiiranischen Schritt, der wenig kostet, unternehmen kann, wird er dies sicher tun. Iran hat jedoch große Potentiale auf verschiedenen Gebieten, die sicher den inländischen und ausländischen Militärexperten bekannt sind. Es handelt sich um Potentiale, die die Islamische Republik in ihrem Wesen und in ihren Wurzeln trägt. Wenn der Feind heute sagt, dass es keine militärische Bodenoffensive gegen den Iran gibt, ist dies darauf zurückzuführen, dass sie wissen, wie das iranische Volk zusammen hält.“

Naji Al-Atri, syrischer Premierminister, will seine Beziehungen auf allen Ebenen ausbauen, um „speziell in der gegenwärtigen sensiblen Zeit die Sicherheit beider Völker gegenüber der Weltarroganz [USA] und den Feinden zu garantieren.“



Die Iran-Lobby unterwandert die Antikriegsbewegung ¹⁵⁰

Hassan Dai schildert in seinem Artikel, dass ein Teil der Antikriegsbewegung in London und in den Vereinigten Staaten von Anhängern des iranischen Regimes unterwandert worden ist. Diese würden, so Dai, direkt dem iranischen Regime dienen, um den Einfluss der US-Politik auf die Iraner zu verringern. Die Iran-Lobby, die im Dienste der islamistischen Diktatur steht, würde von politischen Aktivisten und Akademikern getragen werden.

Das Netzwerk würde zwar als eine Antikriegsorganisation arbeiten, verfolge jedoch das Ziel der Verteidigung der Diktatur.

Dai will mit seinem Aufsatz herausarbeiten, dass die meisten Iraner zwar den Frieden wollen, aber deswegen nicht wie die „Iran-Lobby“ den Interessen des iranischen Regimes dienen.

Das Netzwerk der iranischen Lobby und die globale Antikriegsbewegung (Teil 1)

Von Hassan Dai

„Die neue Lobby des iranischen Regimes ist bestrebt, sich an einen Teil der globalen Anti-Irakkriegsbewegung zu hängen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Dabei wird die internationale Anti-Kriegsbewegung von politisch links ausgerichteten Kräften geführt. Das iranische Regime versucht einen Teil der US-amerikanischen Bewegung zu instrumentalisieren, um zudem auch Zugang zu den Antikriegswebsites zu bekommen. Dies bedeutet nichts anderes, als die Ausnutzung der linken Kräfte. Die neue Lobby in USA unterscheidet sich gänzlich von der Lobby, die vor 2005 schon existierte.“

Dai schreibt weiter:

„Die Internetzeitung ‚Roouz‘, die von Herrn ‚Masoud Behnoud‘ geleitet wird, veröffentlichte einen Artikel über Antikriegsdemonstrationen in New York. Der Artikel trug den Titel, ‚Schade, dass es nicht Schiras ist‘. In dem Artikel wird ein Demonstrant, wie folgt, zitiert:

‚Schade, dass es nicht Schiras ist: Einer der Antikriegsdemonstranten in New York wischte seine Tränen weg und schaute in die Ferne. Er sah die Blumen der Stadt Shiras, die auf den Boden fielen. Er sah die Kuppel der Liebe des Dichters Hafiz, die zerstört wurde und die Grabstätte der Vernunft des Dichters Saadi, die brannte.“

„In einem anderen Artikel, der ein Tag zuvor in derselben Zeitung erschienen war, äußerte sich eine Dame namens Eleanor Ommani, die mit Ardeshir Ommani verheiratet ist. Sie gehören zu den Aktivisten der neuen Lobby des iranischen Regimes, die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Krieg und Sanktionen arbeiten. Weiter unten werden wir noch dieses angeblich „den Frieden liebende“

¹⁵⁰ 17.04.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/04/17/die-iran-lobby-unterwandert-die-antikriegsbewegung/>



Paar kennen lernen und auch verstehen, wie großzügig die Online-Zeitung Rooz sein kann. Es muss hinzugefügt werden, dass die im Iran erscheinende Website ‚Moud‘ einige Tage vor dem Erscheinen des Artikels in Rooz, am 17.1.2007, ein Interview mit Ardeshir Ommani führte. Es ist wissenswert, dass ‚Moud‘ sich in der Regel mit Fragen der Wiederkehr des Messias beschäftigt. Ommani hob in dem Interview die Einheit zwischen dem Volk und dem politischen Führer des Iran hervor und wies auf die Anordnungen des Führers hin und sagte: ‚Ein Kommentator und Aktivist der Antikriegsbewegung hat die feindseligen Schritte gegen den Iran, insbesondere die Angriffe auf das Konsulat der Islamischen Republik im irakischen Arbil als die Stärkung des bedrohlichen „Projektes“, made in Washington, bezeichnet.“

„Der iranische Antikriegs-Aktivist, der in den USA lebt, betont die Einheit des Volkes und des religiösen Führers in Iran, stützt sich auf dessen Aussagen und hebt die Notwendigkeit hervor, dass der religiöse Führer mit Scharfsinn die Verschwörungen Amerikas neutralisieren soll, insbesondere die Intrigen, die der Spaltung der Sunniten und der Schiiten dienen. Washington verfolge das Ziel der Spaltung dieser zwei Gruppen, weswegen dieses Problem nicht ein rein religiöses, sondern ein internationales sei. Er pochte darauf, dass die bedrohliche Politik Amerikas nicht mit einem Angriff auf das iranische Konsulat enden werde. Um den Iran zu verärgern, könnte Amerika sogar die iranischen Konsulate und Botschaften in Afrika angreifen. Amerika verfolge das Ziel, die diplomatische Maschine des Iran zu zerstören, damit der Iran nicht mehr die Befreiungsbewegungen unterstützen kann, die den amerikanischen Interessen schaden. Dieser Aktivist hat bisher über 20.000 Unterschriften, auch von hohen Persönlichkeiten, gegen die aggressive Politik der USA gegenüber dem Iran gesammelt. Er spricht von Menschenraub, wenn er über die Angriffe auf die diplomatischen Orte des Iran berichtet. Die Angriffe bezeichnet er als eine Art des amerikanischen Terrorismus.“

„Ommani sagte auch in einem Gespräch mit der iranischen Nachrichtenagentur Mehr, dass seine Gruppe Demonstrationen in Manhattan/New York plane, um gegen die Politik von Bush zu protestieren. Tatsächlich ist Ardeshir Ommani der Begründer des ‚Freundschaftskomitees der Iraner in USA‘ und gehört zum Kreis der Begründer der Organisation ‚Stop den Krieg gegen den Iran‘.“

„Rooz zufolge sollen ca. 100 Iraner und Amerikaner an den Demonstrationen teilgenommen haben. [...] Und eine Website, die dem iranischen Regime zugeordnet wird und sich die ‚Freunde der islamischen Revolution‘ nennt, berichtete, dass Ardeshir Ommani das Ziel der Demonstration wie folgt schilderte: ‚Die Demonstranten gegen den Krieg wollen die US-Regierung und den Kongress unter Druck setzen, damit dieser mit der kriegerischen Politik in Irak aufhört und auf den möglichen Krieg gegen den Iran und auf die Sanktionen verzichtet.‘

„Zudem sagte Ardeshir Ommani: ‚Höchst wahrscheinlich wird diese Demonstration nicht die letzte Demonstration gegen den Krieg in den Vereinigten Staaten gewesen sein. Es wird erwartet, dass 50.000 bis 100.000 Demonstranten im gesamten



Amerika daran teilnehmen. Wir werden auf Plakaten von der US-Regierung fordern, dass sie mit ihrer kriegerischen Politik gegen den Iran und mit den Sanktionen gegen den Iran aufhört. [...] Wir fordern alle in USA lebenden Iraner auf, dass sie sich in einer Front einreihen, um die Rechte des Iran zu verteidigen. Wir sind der Überzeugung, dass ein solcher Schritt die Politik der US-Regierung beeinflussen wird.“ [...]

Hassan Dai, der Autor des vorliegenden Artikels, hebt hervor, dass er zeigen wolle, dass die Friedenswünsche der Mehrheit der Exiliraner sich von dieser Form der iranischen Lobbyarbeit, die lediglich der Diktatur diene, vollkommen unterscheidet. Er wolle anschaulich darlegen, dass nach dem Scheitern des Reformprojektes im Iran, diese Iranlobby sich zu einem wichtigen Propagandainstrument des Regimes entwickelt hat. Die Iranlobby organisiere Konferenzen und sei in der Lage Artikel, die sich eindeutig für das Regime aussprechen, in den wichtigsten US-amerikanischen Zeitungen unterzubringen. Dai arbeitet heraus, dass das Ziel der Iran-Lobby keineswegs ein pazifistisches sei, sondern lediglich der Verteidigung der Diktatur diene. Wie schon die im Iran erscheinende Zeitung Aftab betont habe, gehe es darum „weltweit alle Hindernisse für das iranische Atomprogramm zu überwinden,“ zitiert Dai.

Zwei andere Iranlobbyorganisationen, die seit 2005 in England gegründet worden sind, nennen sich „Action Iran“ und „Campaign Against Sanctions and Military Invention in Iran, CASMII“. Zu den Mitarbeitern dieser Organisationen gehören, Dai zufolge, Frau „Rudabe Schafii“, Frau „Elahe Rostami“, Frau Siba Mir-Husseini“, Frau „Hale Afsha“, Herr „Pirus Mojatahedsadeh“ und einige mehr.

Der Vorsitzende der CASMII ist Abbas Edalat. Bevor er nach London ging, arbeitete er als Informatiker an der Teheraner Universität. Er soll eng mit einem in London ansässigen Verein namens „Towhid“ zusammenarbeiten, der offiziell vom iranischen Regime geführt wird. Anfang Januar 2006 begann er in den Vereinigten Staaten mit dem Aufbau eines Netzwerkes, das der iranischen Diktatur dienen soll, berichtet Dai. Das Netzwerk hält auch akademische Veranstaltungen ab. Beispielsweise soll Edalat, Anfang Januar 2006, einen Vortrag am Massachusetts Institute of Technology gehalten haben. Zu den akademischen Persönlichkeiten dieser Organisation sollen Wissenschaftler, wie Dr. Abbas Milani, Dr. Hushangh Amirahmadi und Siamak Namazi gehören.

Der Vorstand der CASMII fordert in einer Erklärung alle Iraner auf, gleich welcher politischer Schattierung, den Iran zu verteidigen und schreibt: „Jenseits unserer Meinungen über die Islamische Republik und jenseits der Menschenrechtsprobleme, die im Iran existieren, müssen alle Iraner ohne zu zögern, aufstehen und sich an der Bewegung gegen den Krieg beteiligen. Die Verteidigung des Iran gegen einen möglichen US-amerikanischen-britischen-israelischen Angriff auf Iran ist nicht gleichzusetzen mit der Verteidigung der Islamischen Republik Iran.“



Dai zufolge schrieb auch die in Iran erscheinende Zeitung Aftab am 28.12.2006, dass es „eine Aufgabe der staatlichen Diplomatie sei alle Instrumente im Ausland zu nutzen, um die nationalen Interessen des Iran zu verteidigen.“ Ausdrücklich wurden die „Potentiale, die es in den Vereinigten Staaten gibt“, angesprochen, um die „scharfe Politik des Weißen Hauses zu mäßigen.“ Ausdrücklich sei davon die Rede, dass die „inoffizielle Diplomatie den Zielen der offiziellen Diplomatie dienen muss.“

Abbas Edalat habe die Ziele seiner Organisation gegenüber einer linken amerikanischen Internetzeitung „Znet“, am 23.2.2006 wie folgt erklärt: „Erstens müssen alle Vorwürfe gegen das iranische Atomprogramm kritisiert werden, zweitens muss die sich auf den Irak beziehende Antikriegsbewegung auf die Situation im Iran umgelenkt werden und drittens muss im Kongress und im amerikanischen Senat Lobby-Arbeit getan werden.“

Die Arbeit im Kongress fällt dem iranischen Wissenschaftler Dr. Trita Parsi zu, dem Präsidenten des National Iranian American Council, NIAC.

Dai zufolge hat das iranische Regime eine ganze Palette von Unterstützungsmaßnahmen unternommen, die finanzielle, politische und logistische Hilfen für die im Ausland tätigen Gruppen bereitstellen sollen.

Das Wissen über die Instrumentalisierung der Antikriegsbewegung sei wichtig, um das „Rätsel der Existenz der Islamischen Republik“ besser zu verstehen.

Nein zu USA, Ja zu Nordkorea

„Tanz der Wölfe!?“¹⁵¹

„In diesen Tagen hört man von manchen hochrangigen Regierungsbeamten ein Geflüster, das - falls es ernst gemeint ist - ein gefährliches Unterfangen werden könnte. Ein solcher unerwünschter Schritt kann der Würde und der Macht der Islamischen Republik Schaden zu fügen. [...] Dies könnte dann auch den Befreiungsbewegungen in der islamischen Welt die Hoffnung nehmen. Es geht um das Geflüster über einen Dialog mit Amerika,“ so Hussein Schariatmadari, Herausgeber der Zeitung Kayhan.

„Am 6 Mai 2007 sagte der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki in einem Interview mit der US-amerikanischen Zeitschrift Time, am Rande der Konferenz von Sharm el-Sheikh, dass der Iran über einen ‚politischen Willen für einen Dialog mit Amerika verfügt.‘ Er sagte weiterhin, dass in der ‚Islamischen Republik Iran ein politischer Wille existiere, der die Probleme beider Seiten berücksichtigen möchte. Aber von der anderen Seite müssen wir auch schon mal Signale bekommen.“

¹⁵¹ 11.05.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/05/11/nein-zu-usa-ja-zu-nordkorea/>



Kayhan schreibt, dass die europäischen und amerikanischen Medien sofort darauf reagiert haben und diskutiert haben, wohin ein Dialog führen könnte. Iran sei auf einen Dialog mit den Vereinigten Staaten vorbereitet gewesen, aber die Bedingungen für ein solches Gespräch seien nicht vorhanden gewesen.

Schon vor einem Jahr habe man über einen Dialog geflüstert, aber es sei dann wieder stiller geworden. Einige amerikanische Politiker und Medien hätten auch vor einem Dialog mit der iranischen Regierung gewarnt, da diese terroristisch sei, schreibt Schariatmadari.

Manche würden argumentieren, so Schariatmadari, dass „der Iran doch auch mit einigen europäischen Regierungen, wie England, Deutschland und Frankreich, Kontakte habe, die auch ihre Feindseligkeit gegen den Iran bewiesen hätten.“

Er schreibt: „Wie der weise große Führer der Revolution gesagt hat, wollen die Amerikaner einen Dialog nur um des Dialoges willen, aber nicht um die Probleme zu lösen. Zumal der Widerstand der Islamischen Republik Iran gegenüber den gewalttätigen Forderungen der Amerikaner in den letzten 28 Jahren dazu geführt hat, dass der Iran der Fahnenträger und das Modell für islamische Unabhängigkeits- und Freiheitsbewegungen geworden ist. [...] Die palästinensische Intifada, die libanesische Hisbollah, der Aufstand des muslimischen Volkes in der Türkei, in Algerien, in Indonesien und in Malaysia gehen alle auf den 28-jährigen Widerstand des islamischen Iran zurück.“ Die Amerikaner würden unter einem Dialog nur eine Abkehr des Iran von einer solchen Politik verstehen. Schariatmadari fragt, ob sich etwa der Charakter der US-amerikanischen Regierung wesentlich verändert habe, dass die neunte Regierung unter Ahmadinejad nun von einem Dialog mit den USA spräche.

Schariatmadari spricht sich gegen jedes Gespräch mit Vertretern der amerikanischen Regierung aus, denn falls dies geschehe, versuche die USA den Iran klein zu kriegen. Manche mögen sagen, schreibt Schariatmadari, dass man die schwache Position nutzen müsse, die USA befinde sich in Irak in einer Sackgasse. Aber die Frage sei, warum „wir den Feind aus der Sackgasse herausbringen sollten. Außerdem fordern die Amerikaner als Vorbedingung für einen Dialog, dass die iranische Hilfe für terroristische Gruppen, für die Intifada und die Hisbollah eingestellt wird, dass wir den Friedensplan akzeptieren, dass wir Israel anerkennen, dass wir auf unser Atomprogramm verzichten. Außerdem bezeichnen sie unseren islamischen Iran als einen terroristischen Staat. [...] Einer der Regierungsbeamten sagte einmal, dass wir aus einer Machtposition heraus durchaus in der Lage seien mit den USA zu verhandeln. [...] Wir würden aber den USA einen zu großen Bonus geben, wenn wir uns mit ihnen an einen Tisch setzten. Für Amerika bedeutet Dialog nur ein Schlag gegen das Modell der islamischen Revolution.“ [...] Daher empfiehlt Schariatmadari, der den Revolutionsführer des Iran berät: „Gebt dem Teufel nicht die Hände und schaut euch nur die Wölfe an, wie fröhlich sie jetzt schon tanzen.“



Iranisch-Nordkoreanische Connections

Manuchehr Mottaki, iranischer Außenminister, traf indessen sein nordkoreanisches Pendant. Sie beschlossen die Beziehungen beider Länder auszuweiten. Mottaki sagte: „Die Regierung von Ahmadinejad interessiert sich für die Ausweitung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Nordkorea.“ Ein Hindernis seien die nordkoreanischen Schulden beim Iran, aber diese Barriere müsste bald überwunden werden.“

Shirin Ebadi über die Verfolgung der Frauenaktivistinnen

In einem Interview mit Roozonline betonte Shirin Ebadi, dass „die Aktivistinnen der Eine Million-Unterschriften-Aktion mit ganz neuen Methoden verfolgt werden.“ Beamte würden die Frauen privat anrufen und diese zum Verhör einladen. Ebadi betont, dass „eine solche Methode illegitim sei.“

Sie berichtet vom Fall der Verhaftung von Frau Peyqambarzadeh. Sie sei zunächst telefonisch vorgeladen worden, sie habe darauf nicht reagiert, daraufhin habe man ihr einen schriftlichen Bescheid geschickt. Sie sei hingegangen und sei verhaftet worden. Später sollte sie 20 Millionen Tuman [20.000 Euro] Kautions zahlen, um auf freien Fuß zu kommen. Als Grund soll der Richter gesagt haben: „Du hast auf die telefonische Vorladung nicht reagiert, daher müssen jetzt 20 Millionen Tuman Pfand hinterlegt werden, damit du wieder frei kommst.“ Als der Vater von Frau Peyqambarzadeh und ihr Anwalt das Geld dem Revolutionsgericht übergeben wollten, habe man sie gar nicht ins Gebäude eintreten lassen, berichtet Shirin Ebadi.

Ebadi sagt, das Gericht könnte nun behaupten, dass die Kautions zu spät gebracht worden sei und daher Frau Peyqambarzadeh schon verhaftet worden sei. Aber wie hätte die Kautions bezahlt werden sollen, fragt Ebadi, wenn diese gar nicht in das Gerichtsgebäude reingelassen werden, um das Geld zu zahlen.

Ebadi kritisiert, dass die „Exekutive etwas macht und sagt und die Judikative verklärt dies nur mit juristischen Methoden.“

Die Zivilgesellschaft protestiert

Nach Protesten von Lehrern sollen am Dienstag den 8. Mai mindestens 22 Lehrer verhaftet worden sein. Drei Lehrerinnen sitzen inzwischen in dem berüchtigten Teheraner Evingefängnis. Das Gericht habe angekündigt, dass die Lehrer kraft unbezahlbarer Kautions gebrochen werden sollen. Es seien Kautions in Höhe von 80 Millionen Tuman, 80.000 Euro, im Gespräch, berichtet Roozonline.

Das ganze Volk für die soziale Sicherheit

Der Freitagsprediger, Ayatollah Mohammad Emami Kashani meinte: „Das ganze Volk muss den Plan für die soziale Sicherheit umsetzen, damit Sicherheit für die Jungen und für die Mädchen hergestellt wird. Jeder muss gegen den Verfall Verantwortung zeigen. Die Durchführung des Programms ist eine feste Entscheidung des Staates der islamischen Republik, damit alle junge Menschen in Schulen und in Universitäten sich sicher fühlen. [...] Ein iranisches Mädchen darf nicht bis in die



Nacht hinein unterwegs sein, so dass es von einem schamlosen Jungen verführt wird. [...] Die Amerikaner wollen unsere Jungen und Mädchen vernichten. Daher ist es die Pflicht des iranischen Volkes bei der Umsetzung des Sicherheitsprogramms mitzuhelfen.“

Die Diplomatische Offensive: US-iranische Gespräche ¹⁵²

Nach 28 Jahren will die US-Regierung Gespräche mit dem iranischen Regime aufnehmen. Es ist amtlich. Am 28 Mai soll der Dialog zwischen den USA und dem Iran in Bagdad beginnen. Botschafter beider Staaten sollen den Dialog führen. Das iranische Regime pflegt gute Beziehungen zu den militanten schiitischen Bewegungen des Irak. Das iranische Regime hat zudem die unrealistische Vision, dass infolge der Verhandlungen die USA von der Idee eines „regime change“ abrücken müssten, was die renommierte Zeitschrift „The Economist“ als eine von den Tatsachen weit entfernte Perspektive betrachtet.

Die folgenden Passagen aus iranischen Zeitungen und Nachrichtenagenturen bestätigen die Analyse von The Economist. Ein Dialog könnte die verhärteten Positionen noch mehr verdeutlichen.

Herstellung von Frieden und Stabilität in Irak

Am 13. Mai meldete die iranische Nachrichtenagentur IRNA, Seyyed Mohammad Ali Hussein, Sprecher des Außenministeriums, habe erklärt, Iran sei damit einverstanden mit der amerikanischen Regierung über den Irak zu diskutieren. Hussein sagte: „Irans Ziel ist die Minderung der Schmerzen des irakischen Volkes, die Unterstützung der Regierung Nuri Al-Maleki und die Herstellung von Frieden und Stabilität in Irak.“ Iran habe diese Ziele mit der irakischen Regierung beraten und abgesprochen.

Iran habe dem Botschafter der Schweiz in Teheran mitgeteilt, so Hussein, dass falls die USA einen Dialog mit dem Iran führen wolle, ein schriftlicher Antrag gestellt werden müsse.

Econews meldete daraufhin, dass Dick Cheney, Vize-Präsident der Vereinigten Staaten, den Aufforderungen des Sprechers des iranischen Außenministeriums Hussein gefolgt sei und die Bereitschaft zum Dialog mit dem Iran angekündigt habe. Das amerikanische Außenministerium habe verdeutlicht, dass die Vereinigten Staaten keine militärische Konfrontation mit dem Iran anstrebten.

Ein Tag später meldete die Farsnews, dass Präsident Bush den Aufruf zum Dialog begrüßt habe. Gordon Johndroe, Sprecher des Weißen Hauses, habe gesagt: „Wir müssen jeden möglichen Schritt unternehmen, damit Irak stabil wird. Wir müssen alles tun, damit die Gefahren für unsere militärischen Einheiten minimiert werden.“

¹⁵² 20.05.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/05/20/die-diplomatische-offensive-us-iranische-gesprache/>



Dennoch wird unsere Armee gegen die aggressiven militanten Aktivitäten, die aus dem Iran unterstützt werden, vorgehen.

Borujerdi: Wir stellen Bedingungen

Nun erklärte der Vorsitzende der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des Iran, Alauldin Borujerdi, dass die „iranische Politik sich gegenüber der USA keineswegs verändert habe.“ Iran werde mit den USA diskutieren, „falls Amerika auf seine aggressive Politik gegen den Iran verzichte.“ Die USA müsse aber ihre Haltung gegenüber dem Iran ändern. Borujerdi fuhr fort: „Die iranische Politik in Hinblick auf die USA hat sich nicht verändert, da die amerikanische Iran-Politik sich nicht verändert hat.“ Borujerdi kritisierte die vom US-Kongress bewilligten Gelder zur Verstärkung des „internationalen Drucks“ auf den Iran.

Rahmani Fasli, stellvertretender Vorsitzender des Obersten Rates der nationalen Sicherheit meinte: „Die iranisch-amerikanische Begegnung wird eine rein strategische sein. Wir stellen Bedingungen für einen Dialog mit Amerika. Und wenn unsere Bedingungen akzeptiert werden und der religiöse Führer es dann auch erlaubt, werden wir verhandeln.“

Und der religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei betonte: „Heutzutage sprechen sie von einem Dialog mit Amerika. Wie sie sich darüber nur freuen, im Ausland und bei denen zu Hause. [...] Sie glauben wohl, dass die Islamische Republik ihre stabile, logische, hundertprozentig verteidigungsfähige Politik gegenüber den USA verändert hat. Sie irren sich.“

Und die Massen riefen: „Tod Amerika, Es lebe der Führer, Tod England, Tod Amerika.“

Rafsanjani: Sie stellen Bedingungen

Und Rafsanjani betonte bei seinem Freitagsgebet, dass der Irak nie zur Ruhe kommen werde, solange Amerika seine „imperialistische Politik“ fortsetze. Auch Rafsanjani machte deutlich, dass der „revolutionäre Iran nie Vorbedingungen für einen Dialog akzeptieren werde. Sie wollen Bedingungen stellen, die nicht erfüllbar sind. [...] Sie wollen nicht, dass der Dialog zu einem Ergebnis kommt.“

Konfrontationskurs als Chicken-Strategie ¹⁵³

Hassan Abbasi ist Leiter des „Doctrinal Analysis Center for Security without Borders. Er gilt als einer der Theoretiker der revolutionären Garden, die in die Geschichte der Islamischen Republik Iran eingegangen ist. Er spricht in letzter Zeit von der „New Yorker Influenza Doktrin“. Wie Mehdi Mohammadi in Rooz schreibt, hat Abbasi in einem Vortrag, den er kürzlich an der Universität von Mazandaran, im Norden des

¹⁵³ 25.05.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/05/25/konfrontationskurs-als-chicken-strategie/>



Iran gehalten hat, davon gesprochen, dass der „Iran und Amerika wie zwei PKWs mit höchster Geschwindigkeit gegeneinander rasen. Eine der beiden Seiten wird schließlich gewinnen.“

Der Freitagsimam Ayatollah Ahmad Khatami ist ebenfalls der Meinung, dass es keinen Dialog mit den USA geben wird.

Chicken-Strategie

Abbasi sagte: „Die neue iranisch-amerikanische Strategie ist eine Chicken-Strategie. Es ähnelt den Spielen der amerikanischen Jugendlichen. Zwei PKWs rasen aufeinander los, bis eine Seite Angst bekommt und umlenkt. Diese Strategie der Horn-an-Horn-Konfrontation zweier Systeme dauert niemals mehr als nur ein paar Monate an. Aber der Zeitraum von August 2005 bis Mai 2007 kann als der längste Zeitraum betrachtet werden, in dem zwei Systeme direkt miteinander konfrontiert sind. Es ist eine Periode von 15-16 Monaten höchster Aufregung. Es ist, wie das nächtliche Spiel der jungen Amerikaner. Sie tragen eine starke Sonnenbrille, um anzudeuten, dass sie nichts sehen. Und denk bloß an Dich. Sie zeigen dem Rivalen sogar eine Flasche Whisky, damit der Rivale denkt, dass der Gegner vollkommen ohne Kopf handelt, damit dieser es mit Angst zu tun bekommt und einen Rückzieher macht. Es heißt, dass manche sogar das Lenkrad rausreißen und wegwerfen, damit der Rivale endgültig Angst bekommt. Gegenwärtig sitzt Herr George Bush hinter dem Lenkrad. Und seine Frau flüstert ihm zu, er solle dranbleiben und das kleine Auto von Ahmadinejad zertrümmern. Aber George Bush antwortet, was soll ich machen, wenn sein Auto mit Bomben voll geladen ist. Diese zwei Autos rasen aufeinander zu und in dieser Zeit hat doch der Iran alle drei Monate etwas Neues präsentiert. Zuerst UCF in Isfahan, dann Natanz und der Schwerwasserreaktor in Arak. Das ist der Übergang in eine atomare Zeit. [...] Heute ist die Bushregierung schwächer denn je zuvor und kann den Iran nicht angreifen. Überhaupt ist die Wahrscheinlichkeit eines Angriffes auf den Iran immens gesunken, denn es ist eine strategische Frage. Wir brauchen eine Außenpolitik, die unsere innenpolitischen Interessen berücksichtigt. Aber man hat begonnen nebensächliche Spielereien zu betreiben. Beispielsweise die Holocaustgeschichte hat Raum für andere Themen geschaffen. Sie waren dann mit dem Holocaust beschäftigt, der Druck ging dann in die Richtung und der Iran bekam neue Handlungsspielräume. Manchmal diskutiert man auch über den Dialog der Zivilisationen. Alles nebensächliche Probleme. [...]“

Ideologische Influenza

„Die US-amerikanische Hauptstrategie ist die sanfte Methode des Umsturzes des Iran. Sie sagen, dass der iranische Boden nicht ihr Ziel ist, aber der iranische Bürger. Die sanfte Bedrohung will die Herzen und Köpfe erobern. Diese Strategie umfasst verschiedene Themen, wie den Hass gegen den Islam, den Hass gegen das Iranertum, sarkastische Erniedrigung der Verantwortlichen der Islamischen Republik, Hass gegen die politischen Führer des Islam gehören zu ihrer Strategie. Beispielsweise schwächt Influenza das politische System. Diese Krankheit führt



dazu, dass der iranische Bürger seinen Glauben an die politische Ordnung, an seine eigene Familie verlieren und zu hassen beginnt. Dies führt zum Kollaps. Es gibt Experten, die wie Soldaten sind, die entweder Intellektuelle, Journalisten, Wissenschaftler oder Akademiker sind. Sie können auch Künstler und Sportler sein. Wer sich das Herz als Zielscheibe nimmt, wird entweder Liebe oder Hass erzeugen. Das ist die sanfte Strategie.“

300

In Hinblick auf den Film 300 sagte Abbasi, dass die Hauptfigur in dem Film eine Person ist, deren „Mimik wie Bush ist, damit er wie Alexander erscheint, der über Babel Iran eroberte, damit auch G.W. Bush wie ein Alexander erscheint, der über den Irak in den Iran eindringt. Das sind klare Tendenzen in dem Film. Drei Monate vor der Fertigstellung von 300 wurde der Hollywood-Film ‚Eine Nacht mit dem König‘ produziert. Da geht es um Esther, die Frau des iranischen Königs. Die Juden haben eine heilige Dame, die Esther heißt. Von ihr ist auch im alten Testament die Rede. Als Griechenland noch ein Stadtstaat war, war der Iran schon ein Imperium. Wenn sie sagen, dass Griechenland die Wiege der Demokratie gewesen ist, liegt es daran, dass die Amerikaner seit 300-400 Jahren einen historischen Komplex haben. Die Amerikaner greifen immer auf Griechenland zurück, um zu verheimlichen, dass sie keine Geschichte haben. Die Olympiade ist auch griechisch und die meisten amerikanischen Städte haben griechische Namen.“ [...]

Christus vermittelt keinen kämpferischen Geist

„Die Amerikaner wollten immer verstehen, was das Rätsel des Sieges der schiitischen Jugend ist, bis sie begriffen haben, dass es die Kraft des Märtyrers Imam Hussein ist. Sie haben immer gesagt, dass ihr Prophet unschuldig und blond ist, blaue Augen hat und ein Schaf in den Armen trägt. Sie sagen, Jesus habe gesagt, wenn jemand dir eine Ohrfeige gibt, halte die andere Seite auch hin. So entsteht aber kein kämpferischer Geist. Die Muslime haben aber ein kämpferisches Vorbild und das ist Imam Hussein. [...] Dann sagen sie, der Liberalismus habe Nachsichtigkeit und Verzeihung gepredigt, aber damit entsteht doch kein Kampfesmut. Also suchten sie nach einem Ersatz für Ashura und für Kerbela und fanden die griechische Geschichte. Sie fanden die Geschichte von 300 griechischen Kämpfern, die sich gegen den iranischen König stellten. [...] Sie fördern mit solchen Filmen die religiöse Einstellung der iranischen Jugend. [...] Sie haben erkannt, dass sie mit einem blauäugigen, blonden Propheten, der ein Schaf trägt, nichts ausrichten können und haben daher auf Griechenland zurückgegriffen. Der Film 300 soll ihrem Bedürfnis nach Kampfesmut dienen. Daher muss der Hass gegen den Islam sich zur Liebe gegenüber dem Islam verwandeln, unter der Bedingung, dass die Notwendigkeiten der Zeit erkannt werden. Auch der Hass gegen den Iran muss sich in eine Liebe zum Iran verwandeln.“

Der iranische Bürger muss lernen die Modernität zu hassen

„[...] Der iranische Bürger muss gegen die New Yorker Influenza geimpft werden. Der iranische Bürger muss lernen die Modernität zu hassen. Genauso muss er das



radikale Christentum und Judentum hassen. So kann sich das Problem des Hasses gegen unsere politische Ordnung auflösen. Wenn sich beispielsweise unsere Lehrer und Arbeiter versammeln, sagen sie [die Regierung] sie wollten direkt den Staat stürzen. Aber wir wollen doch nur von innen den Staat reformieren. Wenn in Frankreich ein neuer Präsident gewählt wird, stecken Demonstranten Tausende von Autos in Brand. Aber wenn so etwas in unserem Staat passieren würde, würde man denken, der Staat werde gleich gestürzt werden.“ [...]

Amerika will mit nur ein paar Begriffen die Welt beherrschen. Es sind Begriffe, wie Freiheit, Liberalismus. Dabei wird der Liberalismus schon im Sinne der zerstörten Freiheit benutzt, so dass niemand mehr eigentlich liberal sein will. Außerdem kann man mit Demokratie keine Raketen exportieren. Und im Koran ist auch die Sprache von Rechten der Menschen, nicht von Menschenrechten. Es gibt dafür im Westen nicht den Begriff „Schahadattalabi“, Förderung von Märtyrertum. Der Westen kennt auch nicht den Begriff Rechte der Menschen. [...] Im Iran sind 70 Prozent der Studenten weiblich. Dann sagen sie, dass in unserem Staat die Rechte der Frauen verletzt werden. Aber der saudiarabische König, der 37 Frauen hat, hat keine Probleme. Saudi-Arabien ist auch keine Diktatur, oder auch in Ägypten geht es nicht um Demokratie. Ja, es ist wahr, im Iran gibt es Probleme mit der Demokratie und den Menschenrechten und wir wollen Reformen. Dann sprechen sie auch von der Zivilgesellschaft. Aber was in Irak beispielsweise nicht existiert, ist die Zivilgesellschaft.“

Amerika ist die Achse des Bösen

Bezüglich eines Dialoges sagte Ayatollah Ahmad Khatami in seinem Freitagsgebet:

Die USA seien „ein wilder Wolf, der kein Interesse an einem Dialog hat.“ Weiterhin sagte er: „Alle Optionen seien auf dem Tisch, um den Amerikanern in die Fresse zu hauen.“ Der religiöse Führer habe eindeutig einen Dialog mit den USA sogar in Bezug auf den Irak abgelehnt. Er sagte: „Amerika ist der große Teufel. Ich frage diejenigen, die einen Dialog befürworten, ob in den letzten 27 Jahren Amerika weniger teuflisch geworden sei.“ Er betonte, dass eigentlich Amerika die „Achse des Bösen in der Region“ sei.

Er hob hervor, dass die irakische Regierung lediglich darum gebeten habe, dass ein iranischer Vertreter mit der US-amerikanischen Regierung über die Probleme im Irak spreche.

Er sagte: „Es wird keinen Dialog geben. Die iranischen Diplomaten werden ihnen lediglich sagen, dass jede Besatzungsmacht laut dem Völkerrecht die Verantwortung für alles, was in dem besetzten Land geschieht, trägt. Daher tragen die Besatzer die Verantwortung für jeden, der im besetzten Irak stirbt. Wir werden ansonsten keinen Dialog haben.“

Indessen wurde auch der iranische Verhandlungspartner genannt: Der iranische Botschafter in Bagdad, Hassan Kazemi, wird die Gespräche mit den Vertretern der US-amerikanischen Regierung führen.



Das „trojanische Pferd der USA“¹⁵⁴

Der iranische Geheimdienstminister warnt vor Umsturzgefahr. Iranische Intellektuelle geraten ins Gefängnis, von den öffentlichen Hinrichtungen ganz zu schweigen. Nicht durch einen direkt militärischen Krieg soll das iranische Regime gestürzt werden, befürchten iranische Medien und der Geheimdienst, sondern durch einen „sanften Krieg“. Der „Dialog der Kulturen und der Zivilisationen“ wird dabei als ein „trojanisches Pferd der USA“ wahrgenommen.

Der iranische Geheimdienstminister Qolamhusein Mohsseni Ejei glaubt, dass feindliche Kräfte die iranische Regierung und das Majless [islamisches Parlament] „unterwandern“ wollen. Er geht davon aus, dass zeitgleich mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Probleme der Regierung und den politischen Konflikten im Land die „amerikanische Gefahr“ gewachsen sei. Ejei berichtete von „großen Maßnahmen zum Sturz der Islamischen Republik. Die Feinde wollen beweisen, dass die Regierung und das Majless ineffektiv sind. Dieser Beweis soll andere darin bestärken, die Unterwanderung der Regierung zu betreiben.“

Der Minister analysierte, dass die „Feinde des Islam drei verschiedene Pläne gleichzeitig verfolgen.“

Er ging wie folgt auf die „feindlichen Pläne“ ein: „Der erste Plan wird von Dick Cheney, Sekretär des amerikanischen Präsidenten, direkt geleitet. Oppositionelle Gruppen im In- und im Ausland arbeiten mit ihm zusammen und verfolgen das Ziel, die Widersprüche innerhalb der revolutionären Kräfte zu verschärfen.“

Ein zweiter Plan ist, den „Kräften der Revolution zu schaden. Sie sollen physisch getroffen werden. Aber auch ihrer Persönlichkeit soll Schaden zugefügt werden.“

Der dritte Plan wolle „das gesamte politische System der Islamischen Republik als ineffektiv darstellen, um so einen sanften Sturz vorzubereiten.“

Diese drei Pläne seien in Wirklichkeit ein einziger Plan, der von „den Feinden des Systems, insbesondere von den USA und Großbritanniens verfolgt werden. Sie nutzen die Medien, die sie kontrollieren und manche Elemente im Inland, um der Gesellschaft einzureden, dass die neunte Regierung [Ahmadinejad] und das siebte Majless ineffektiv sind. Das Ziel ist die Unterwanderung der Regierung und des Majless.“

Genau in diesem Zusammenhang warnte die Zeitung Kayhan vor der „kulturellen Anarchie“, die in der Zeitung Sharq deutlich geworden sei. Sharq ist am Tag zuvor verboten worden, weil darin „Homosexualität als etwas Menschliches“ dargestellt worden sei. In dem Artikel wurde tatsächlich eine in Kanada lebende iranische Lyrikerin interviewt, die von der „Diktatur der Sprache des Patriarchats“ sprach. Kayhan fordert nun, dass diese Kräfte, die in den Medien sich einen Zugang verschafft haben, gestoppt werden müssten. Kayhan schrieb: „Ungezügelter

¹⁵⁴ 10.08.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/08/10/das-trojanische-pferd-der-usa/>



Zeitungen verschmutzen das gesellschaftliche Klima. Sie werden erst gestoppt, wenn sie einige große Fehler gemacht haben. Das Verbot verwandelt sich dann in eine Keule, die die arroganten Mächte missbrauchen, um das Gesicht der Islamischen Republik hässlich darzustellen,...

„Kulturelle NATO“

Wer sind die Mitglieder dieser ominösen „kulturellen NATO“?

Kayhan spricht von den „samtenen Agenten, die eine neue Auflage der klassischen Spione“ seien. Sie würden sich im Namen der Kunst beispielsweise im „Haus der Künstler des Iran“ organisieren und von dort aus in verdeckter Form ihre „komplizierten politischen Aktivitäten“ durchführen. Aber sie könnten ihre wahre „amerikanische Identität“ nicht verheimlichen. Kayhan schreibt: „Die samtenen Wissenschaftler, die meist mit wissenschaftlichen Stiftungen zusammenarbeiten, die der CIA angehören, sind Produkte der neuen Doktrin der nationalen Sicherheit der USA zu Beginn des dritten Jahrtausends. Die meisten von ihnen gehören zu den iranischen Akademikern, die in Europa und in den USA Humanwissenschaften studiert haben. Es sind Menschen, die bis zu ihren Knochen in der neuen westlichen Kultur geatmet haben. Sie haben das ideologische Paradigma der westlichen Kultur verinnerlicht. Sie wollen diese westlichen Paradigmen iranisieren, um ihren Plan des ideologischen Sturzes der iranischen Gesellschaft voranzubringen. Eine Manifestation solcher Agenten, die als solche sanfte Agenten gelten, ist Ramin Jahanbeqlu. Er kehrte im Jahre 2002 in den Iran zurück, als diese Strategie sich zur amerikanischen Politik gegenüber dem Iran entwickelte.“ Er unterrichtete mehrere Jahre dann u.a. im „Haus der Künstler des Iran.“

Diese Strategie sei eine Art der „kulturellen Invasion.“ Eine „kulturelle Invasion“ habe es schon seit Beginn der Islamischen Republik Iran gegeben, die „kulturelle NATO“ sei eine Fortentwicklung davon. Die „kulturelle NATO“ nütze nun auch iranische Intellektuelle, um den Plan des Westens umzusetzen.

Die Organisatoren dieser Programme wollten die „Herzen und die Seele der iranischen Jugend erobern.“ Die Organisatoren der „kulturellen NATO“ wollen, dass eine neue Schicht von „Intellektuellen mit einem neuen Denken in einem strategischen sanften Krieg die Strategie des ideologischen Zusammenbruchs der iranischen Gesellschaft forcieren.“ Diese „neue Klasse der NATOisten sind die iranische Variante von globalen Menschen. Auch die Anhänger des „Dialogs der Kulturen und der Zivilisationen seien am Ende der Strategie der NATOisten unterlegen gewesen.“ Die Anhänger des Dialogs, die „zutiefst liberal“ seien, wollten zwar „die islamische Kultur als eine Alternative zur säkularen Kultur darstellen.“ Sie wären jedoch diesem Anspruch nicht gewachsen gewesen und hätten schließlich „nur noch westliche Ideen eingeführt.“



„Das trojanische Pferd der USA im Iran“

Die Idee des Dialoges der Kulturen sei just zu dem Zeitpunkt entstanden, als die amerikanische Regierung den „Plan des Broader Middle East“ entwickelt habe und infolge dessen zuerst Afghanistan und dann den Irak angegriffen habe. Die „sogenannten Liberalen“ hätten dann aber die „amerikanischen Bomben und Waffen ignoriert und führten sogar mit diesem militaristischen Teufel [USA] im Rahmen der NATO einen kulturellen Dialog.“ Die islamischen Liberalen hätten ihr Ziel nicht erreicht, den Islam als eine Alternative zu verkaufen und wurden demnach selbst ein Opfer der „Indoktrination der sanften westlichen Kultur in den Iran“. Kayhan schreibt: „Im Grunde ist der Dialog der Kulturen und der Zivilisationen das trojanische Pferd der Vereinten Nationen im Iran.“

Der Dialog sei zunächst nicht als ein die „Sicherheit des Landes gefährdendes Phänomen erkannt worden.“

Das Ziel der „Kulturellen NATO“ sei die Säkularisierung der Gesellschaft.

„Knechte des Zionismus“

In einem weiteren Artikel warnte Kayhan vor der „Doktrin der kulturellen NATO“. Intellektuelle sollen demnach kraft eines „sanften Krieges“ das politische System des Iran stürzen. Zu solchen Intellektuellen zählt Kayhan beispielsweise die iranisch-amerikanischen Wissenschaftler, die kürzlich verhaftet wurden und Zwangsgeständnisse liefern mussten. Die Mitglieder der „kulturellen NATO“ seien Intellektuelle, die sich „überall einnisten“ würden, um Zeitungen wie die Kayhan oder die iranische Regierung schlecht zu machen. Diese hätten sich in einem „Haus der Künstler“ organisiert, das ein Institut dieser „kulturellen NATO“ sei. Dieses sei ein „Knecht seiner zionistischen Herren.“

Iranisch-amerikanischer Dialog – kann kein Ergebnis zeitigen ¹⁵⁵

Zwei Tage nach der Reise des irakischen Ministerpräsidenten in den Iran, forderte Rafsanjani die US-Regierung auf, einen Dialog mit dem Iran zu führen. Rafsanjani fordert den Dialog in einer Zeit, in der die Menschenrechtsslage sich besonders verschärft hat. Zuvor hatte sich auch Präsident Ahmadinejad bereit erklärt in die USA zu reisen und dort mit US-amerikanischen Politikern zu verhandeln. Öffentliche Hinrichtungen, die Verfolgung von Frauen, Jugendlichen, Arbeiter und Studenten und Angehörigen religiöser Minderheiten setzen sich in verschärfter Form fort. Der Iran fordert aber nach wie vor eine Kapitulation vor der Diktatur.

Über die Relevanz eines Dialoges ist man sich im Iran keineswegs einig. Während das Sprachrohr des Führers der „Islamischen Republik Iran“ einen Dialog mit den

¹⁵⁵ 14.08.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/08/14/iranisch-amerikanischer-dialog-kann-kein-ergebnis-zeitigen/>



USA ausschloss, sprechen iranische Politiker von der Chance eines Dialoges. Jedoch erwarten iranische Politiker wie Ahmadinejad und Rafsanjani, dass der Westen die Politik der islamischen Diktatur akzeptieren müsse. Sie wollen von einem Stop der Unterstützung von terroristischen Organisationen gar nichts wissen, denn Hamas, Jihade Islami und Hisbollah gehören zu ihren Verbündeten. Dies lässt den Wunsch nach einem Dialog wie eine politische Floskel und nach einem Teil der politischen Demagogie und Propaganda der „Islamischen Republik“ klingen .

Kayhan: Iran werde nicht mit Amerika verhandeln

Mohammad Mohammadi, politischer Analytiker der Zeitung Kayhan meint, dass die US-amerikanische Außenpolitik stets von einem „iranischen Problem“ ausgehe. Schon als Condoleezza Rice und Robert Gates Anfang des Monats in den Mittleren Osten reisten und Ägypten und Saudi-Arabien besuchten, seien die Waffengeschäfte lediglich ein politisches „Manöver“ gewesen. Das Ziel sei es gewesen den „halb toten Friedensprozess wieder zum Leben zu erwecken, indem die Angst vor dem Iran geschürt“ werde. Die US-amerikanische Außenpolitik verfolge das Ziel, die arabischen Staaten zur „Aussöhnung mit Israel zu zwingen.“

Kayhan schreibt weiter: „Die wichtigste Waffe, die die USA besitzen, um die Araber an den Verhandlungstisch mit Israel zu ziehen, ist der Versuch den arabischen Staaten einzureden, der Iran sei eine größere Gefahr als Israel. Daher sollten die arabischen Staaten sich mit Israel gegen den Iran verbünden. Dies würde auch ihren langfristigen Interessen entsprechen.“

Vor dem Hintergrund, dass der Iran ein starker schiitischer Staat sei, würden die Amerikaner zwei Punkte hervorheben: „Erstens bilden machtvolle Spieler wie die irakische Regierung von Maleki, die syrische Regierung von Assad, die libanesische Hisbollah und jihadistische Gruppen in Palästina faktisch eine strategische Achse, die einen außergewöhnlichen Einfluss besitzen. Diese Achse hat ein operatives Potential entwickelt, das unübertrefflich im Mittleren Osten ist. Zweitens wird das iranische Atomprogramm als eine Bedrohung der Staaten des Mittleren Ostens dargestellt. Die Amerikaner erklären, dass der Iran davon träume, die Führungsrolle im Mittleren Osten zu übernehmen. Und wenn der Iran sein Atomprogramm erfolgreich verfolge, - natürlich so wie die Amerikaner das Atomprogramm darstellen -, dann würden die anderen arabischen Staaten nicht mehr mithalten können. Daher soll dieser Logik zur Folge die Isolation des Iran den wichtigsten Punkt der politischen Agenda der regionalen Staaten im Mittleren Osten darstellen. Dieses Ziel könne natürlich nur dann erreicht werden, wenn Israel diese Politik mittrage,“ analysiert der politische Redakteur des iranischen Führerblattes Kayhan.

Die Vereinigten Staaten sollen Mohammadi zufolge ein „neues Spiel mit Ägypten und Saudi-Arabien begonnen haben.“ Die Vereinigten Staaten verfolgten dabei ein Ziel. Einerseits werde der Iran als ein Problem dargestellt, andererseits versuche die USA



auch die saudische und ägyptische Regierung zu überreden, damit diese sich für die Befriedung der Lage in Irak einsetzen. Gleichzeitig brauche Israel einen „Gehstock“, denn nach der Niederlage im Libanon müsse Amerika auch Israel wieder unter die Arme greifen.

Mohammadi schlussfolgert, dass die US-amerikanische Politik darauf hinauslaufe, dass die „Macht des iranischen Staates geschwächt werde.“ Die USA verfolge diese Politik, obwohl einige Experten empfehlen, „einen Weg zu finden, wie eine Koexistenz mit dem Iran möglich sei.“ Die USA unterschätze jedoch die „Widerstandskraft des Iran.“ Denn Iran habe sich „gegen noch viel größeren Druck schon längst vorbereitet und hat auch adäquate Antworten parat.“ Das amerikanische Dilemma sei, dass sie versuchen würden, ihre Probleme mit der libanesischen Hisbollah, Hamas und Jihade Islami in Palästina durch die „Unterstützung der säkularen Kräfte zu lösen.“

Die Amerikaner würden nicht den Iran umgehen können, aber der Iran wolle gar nicht mit den USA verhandeln, so das Führerblatt.

Rafsanjani: „Wir sollten einen Dialog führen.“

Ayatollah Hashemi Rafsanjani, Direktor der „Bonyade Shahid“, der „Stiftung der Märtyrer“, ^[2]sagte beim letzten Freitagsgebet in Teheran: „Das wichtigste Thema des Tages, so scheint mir, ist die amerikanische Niederlage bei der Durchsetzung des Planes eines Broader Middle East. Nachdem sie die Explosion der Twin-Towers erlebt haben, entwickelten sie den Plan des Broader Middle East. Es war ein gefährlicher Plan. Sie wollten die meisten islamischen Staaten auf ihre Seite bringen. Zunächst dachten sie, dass sie alle Regierungen in der Region auswechseln müssen. Sie wollten alle Regierungen durch sogenannte demokratischen Regierungen, so wie sie diese nennen, ersetzen. Aber alle wissen, das daraus nur eine selbstherrliche Regierung entsteht, die über die Menschen herrscht. Denn die Amerikaner sind gegen die Interessen der Völker. Sie sehen nur ihre Interessen.“ Die Völker hätten erfahren, dass die Amerikaner „nur die islamischen Bewegungen bekämpfen wollen,“ so Rafsanjani.

Er betonte, dass er schon am Anfang die Amerikaner „gewarnt“ habe, dass der Irak ein „Morast sei, in den sie tief versinken werden.“ Die Amerikaner seien in Afghanistan und in den Irak eingedrungen, um den „Iran zu umzingeln.“ Inzwischen hätten die Amerikaner aber gelernt, dass sie die „Zustimmung des Iran“ bei der Lösung ihrer Fragen in diesen Ländern brauchen. Die Amerikaner würden seit 28 Jahren den Iran bedrohen.

Rafsanjani sagte in seinem „Freitagsgebet“ voller List: „Wir empfehlen ihnen jedenfalls, dass sie den richtigen Weg wählen. Der Dialog ist der beste Weg. Und der Iran ist auf allen Ebenen bereit einen Dialog zu führen. Sie sollen erniedrigende und nicht akzeptable Bedingungen beiseite schieben. Wir sollten ohne jegliche Bedingungen uns zusammensetzen und einen Dialog führen. Wir werden sehen und ihnen in jedem Punkt helfen, wo wir können, seien dies das Atomprogramm,



Probleme in der Region, oder auch andere Probleme. Wir werden ihnen den Weg weisen. Sie sollten nicht, wegen kolonialistischen Zielvorstellungen die Region noch mehr stören und unsicher machen.“ Und er warnte, dass falls etwas schief laufe, alle Industriestaaten darunter leiden würden.

Irakischer Außenminister fordert einen iranisch-amerikanischen Dialog

Bei seinem Besuch in Teheran forderte der irakische Außenminister Hoshiyar Zeybari tatsächlich einen irakisch-iranisch-US-amerikanischen Dialog. Zeybari hat offenbar keine Probleme mit der iranischen und syrischen Regierung und fordert eine regionale Konferenz, an der iranische, irakische, türkische und syrische Politiker teilnehmen sollten.

„Alle sind gegen die Existenz des zionistischen Regimes“

Safioldin, Vertreter der libanesischen Hisbollah, lobte die iranische Kriegsstrategie im achtjährigen Iran-Irak-Krieg [1980-88]. Dieser Krieg sei das „Modell für die Widerstandsbewegungen der Völker in der gesamten islamischen Welt.“ Er fuhr fort: „Alle sind gegen die Existenz des zionistischen Regimes.“ Er zitierte Hassan Nassrallah, den Chef seiner Organisation, wie folgt: „Amerika und sein künstliches Regime werden bald aus der Region verschwinden. Die libanesische Bevölkerung wartet auf ihre Zukunft.“

Der Erfolg eines Dialoges ist in der Tat kaum vorstellbar, solange der Iran terroristische Bewegungen unterstützt und gemeinsam mit ihnen die Zerstörung Israels fordert. Der Iran unterstützt islamische Bewegungen, die islamische Gottesstaaten nach dem Modell der „Islamischen Republik“ errichten wollen, im Namen des „antikolonialen Widerstandes“.

In der Tat können iranische Politiker gegenwärtig gegenüber Afghanistan und dem Irak die Rolle des großen Bruders spielen. Während die USA und andere westliche Staaten in Irak und in Afghanistan die schwere Aufgabe haben den Terrorismus zu bekämpfen, werfen ausgerechnet iranische Politiker der USA Terrorismus vor. Der Iran unterstützt nicht nur bewaffnete Kräfte in Irak, sondern es gibt auch „Indizien, dass der Iran in Afghanistan die Taliban mit militärischer Ausrüstung unterstützt, um die Regierung Karzai zu schwächen, die dem Iran zu proamerikanisch ist.“

Kann der Dialog mit einer islamischen Diktatur, die seit 28 Jahren das eigene Volk terrorisiert und den Terror exportiert etwa Erfolge zeitigen?



Die israelisch-aserbaidsschanischen Beziehungen ¹⁵⁶

Die Verschwörungstheorien kennen keine Grenzen, wenn es um Israel geht. Im folgenden behauptet eine Autorin der Nachrichtenagentur ISNA, Israel investiere und helfe der aserbaidsschanischen Regierung, um Iran unter Druck zu setzen.

Israelisch-aserbaidsschanische Beziehungen gefallen dem iranischen Regime nicht

„Das zionistische Regime ist schon seit 13 Jahren in der aserbaidsschanischen Republik präsent,“ beklagt Motahere Schafii von der iranischen Nachrichtenagentur ISNA.

Die israelisch-aserbaidsschanischen Beziehungen sollen direkt zu Beginn der Unabhängigkeit der Republik im Jahre 1992 aufgebaut worden sein. Dennoch habe Israel keine großen Befürworter bei den Aserbaidsschanern, behauptet die Autorin. Das „künstliche Gebilde des zionistischen Regimes“ habe 1993 eine Botschaft in Aserbaidsschan eröffnet.

Israelis sollen Lebensmittel unter den Armen dieser Republik verteilt haben. Israel habe mit „scheinbar humanistischen Schritten versucht einen Platz bei den Muslimen dieser Republik zu finden“, sei aber erfolglos geblieben.

Aserbaidsschan würde zu den wenigen islamischen Staaten gehören, in denen Israel überhaupt eine Botschaft habe. Aserbaidsschan habe dagegen noch nicht einmal eine Botschaft „in den besetzten palästinensischen Gebieten eröffnet. Aus geopolitischen Gründen und weil Aserbaidsschan Mitglied der Organisation islamischer Staaten ist, konnte es bis heute keine Botschaft in Israel eröffnen.“

Israel führe landwirtschaftliche Projekte in Aserbaidsschan durch, um „Einfluss in Mittelasien und in Kaukasus zu bekommen und um seine Energiebedürfnisse abzusichern.“ Zudem würde Israel die Staaten „gegen den Iran aufstacheln. Israel sucht dort strategische Verbündete in seinem Kampf gegen den Islam.“

Die aserbaidsschanische Regierung sei auf Auslandsinvestitionen angewiesen. Gegen das israelische Kapital habe es aber bereits Proteste gegeben. Zudem „analysiert“ Motahere Shafii, dass die aserbaidsschanische Regierung die israelischen Beziehungen nutzen wolle, um die „armenische Republik zu bedrohen.“ Die Aserbaidsschaner wollten sogar die „jüdische Lobby im US-Kongress nutzen, um ihre Macht zu sichern.“

Das eigentliche Ziel der israelischen Regierung sei eigentlich, Druck auf den Iran auszuüben.

Allein deswegen helfe Israel der aserbaidsschanischen Regierung.

¹⁵⁶ 17.08.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/08/17/die-israelisch-aserbaidsschanischen-beziehungen/>



Die Türkei ignoriert die USA¹⁵⁷

Es geht um billiges Gas aus dem Iran. Die „Islamische Republik Iran“ ist beim Ausbau ihrer Energieindustrien auf ausländisches Kapital angewiesen. Die Türkei und einige andere europäische Staaten wollen in die Gasproduktionsanlagen investieren, um den eigenen Gasbedarf zu decken. Die Türkei schafft als Transitland die Voraussetzungen für den Export des iranischen Gases nach Europa.

Der iranisch-türkische Energiehandel unterminiert den Druck der USA auf den Iran

Die Türkei und der Iran unterzeichneten ihren ersten Gas-Exportvertrag im Jahre 1996. In den letzten Jahren ist der Gas-Export in die Türkei zum Erliegen gekommen. Dies führte zu Engpässen in der Türkei. Die Türkei ignoriert mit aller Kraft die US-amerikanische Boykottpolitik gegenüber dem Iran.

Die iranische Regierung sucht internationale Investoren für die Fertigstellung der Gas-Produktionsanlagen von Parse-Jonubi. Diese verfügt über 14 Trillionen Kubikmeter Gas und ist die größte Gasanlage des Iran. In die ersten zehn „Phasen“ [Teilbereiche] dieser Anlagen wurden bisher 25 Milliarden US-Dollar investiert. Internationale Ölfirmen waren daran beteiligt. 14 weitere „Phasen“ müssen noch errichtet werden.

Einige Erdölunternehmen sind sich offenbar nicht sicher, ob sie in die Anlagen investieren sollen. Als Gründe werden das Problem des iranischen Atomprogramms und Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates angeführt. Dennoch scheinen neue iranisch-türkischen Verhandlungen in Gang zu kommen, die insbesondere die Bemühungen der USA, Iran unter Druck zu setzen, unterminieren.

Das Nabucco-Pipeline-Projekt, das den Bau einer Erdgaspipeline von der iranisch-türkischen Grenze bis in das österreichische Baumgarten an der March nahe der slowakischen Grenze vorsieht, könnte somit in nicht weiter Zukunft realisiert werden.

Nachdem Seyyed Kazem Vasiri Hamaneh von seinem Amt als Erdölminister zurückgetreten ist, wurde Qolamhussein Nowzari von Präsident Ahmadinejad zum neuen Leiter des Erdölministeriums ernannt.

Die iranische Nachrichtenagentur Econews berichtet, dass der Iran und die Türkei ihre Zusammenarbeit im Energiesektor verstärken. Die Absichtserklärungen über Gastransit, die beide Regierungen vor wenigen Wochen unterzeichnet haben, sollen jetzt vertraglich untermauert worden sein.

Nowzari hat gegenüber Econews angekündigt, die Türkei werde in drei Gasproduktionsanlagen der Parse-Jonubi, in „Phase“ 22, 23 und 24, aktiv werden.

¹⁵⁷ 20.08.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/08/20/die-turkei-ignoriert-die-usa/>



20 Prozent des produzierten Gases dieser drei Anlagen soll direkt für den Bedarf des türkischen Marktes exportiert werden.

Zudem sei vereinbart worden, dass ein neues türkisch-iranisches Unternehmen gegründet werden soll, das eine Pipeline bauen solle, die Iran über die Türkei nach Europa verbinden wird. Die Türkei hat Econews zufolge Iran die Erlaubnis gegeben Gas nach Europa zu transferieren. Laut dieser Vereinbarung sollen „jährlich 35 Milliarden Kubikmeter Gas über eine Pipeline nach Europa exportiert werden.“ Es sollen zudem neue Pipelines gebaut werden, die dazu dienen, Gas aus Turkmenistan über den Iran in die Türkei zu exportieren.

Nowzari gab weiterhin bekannt, dass „die iranischen Gasreserven für weitere 170 Jahre ausreichen, so dass auch die langfristige Zusammenarbeit mit der Türkei abgesichert sei.“ Auch die Türkei könne auf eine gute Zukunft hoffen, wenn der Transit des iranischen Gases nach Europa gewährleistet ist. Weiterhin sagte der iranische Ölminister:

„Die Nachbarländer Türkei und Iran können sich als Win-Win-Partner des Gasgeschäfts betrachten. Denn der erste Paragraph einer jeden Handelsregelung beruht auf dem Prinzip, dass alle Partner als Gewinner daraus hervorgehen.“

Gegenwärtig werden auf der Grundlage früherer Verträge täglich 27 Millionen Kubikmeter Gas in die Türkei exportiert. Die Türkei könne beim Ausbau der drei Produktionsanlagen in Parse-Jonubi mit jedem ausländischen Unternehmen zusammenarbeiten. Das Gasprojekt gehöre der Türkei und die Türkei könne einen „Operator“ aus jedem beliebigen Land dafür beauftragen.

Deutschland, Frankreich und die Schweiz wollen iranisches Gas kaufen

Tatsächlich meldete Reuters, dass „RWE sowie andere europäische Firmen wie Gaz de France und der Schweizer EGL-Konzern“ Kontakt mit der türkischen Regierung aufgenommen haben, um sich über die türkischen Pläne für das Gasprojekt aus dem Iran zu informieren. Die Türkei wolle jedoch Gaz de France nicht zum Zuge kommen lassen, da Paris das Leugnen des Völkermordes an rund 1,5 Millionen Armeniern im Herrschaftsgebiet des Osmanischen Reiches während des Ersten Weltkrieges unter Strafe gestellt hat.

Kayhan meldete, dass die Türkei 3,5 Milliarden US-Dollar in Parse-Jonubi investieren wolle. Auch Indien wolle in eine der dortigen Anlagen – Phase 12- investieren. Indien helfe bei der Produktion von verflüssigtem Erdgas, LNG [Liquified Natural Gas]. Indien beabsichtige jährlich 9 Millionen Tonnen Flüssiggas zu importieren.

Auch Italien beteilige sich an den Investitionen. Für Italien seien die Phasen 19 bis 21 des Parse-Jonubi-Projektes reserviert. Zudem sei ein Projekt zur Produktion von LNG mit Italien anvisiert worden. Ähnlich wie Indien habe Italien einen Mangel an Flüssiggas. Die Verhandlungen mit dem italienischen Ölmulti ENI seien weit fortgeschritten, berichtete Kayhan. Italien werde mit einem „Buy Back-Verfahren



einsteigen.“ Demnach investiert das ausländische Land zunächst in den vorgesehenen Anlagen in Form einer Vorfinanzierung. Die Rückzahlung erfolgt mittels Öl oder Gas.

Die Investitionsverträge mit China seien auch in die Wege geleitet worden. Die Verträge sollen bald unterschrieben werden, so Kayhan.

Kayhan zufolge seien auch die Niederlande und Spanien an den Investitionen in Parse-Jonubi beteiligt.

Die USA sind dagegen. Die Türkei widerspricht.

BBC-Persian berichtete, dass die USA sich gegen die Unterzeichnung der türkisch-iranischen Gas-Vereinbarungen ausgesprochen haben. Die Türkei habe jedoch betont, dass die „Zusammenarbeit mit dem Iran den türkischen Interessen diene.“

Recep Tayyip Erdogan habe die Vereinigten Staaten von Amerika daraufhin aufgefordert ihre Positionen zu überdenken.“ Die Türkei würde einen Teil ihres Erdölverbrauchs importieren. Die türkische Regierung sei daher bemüht die „Ausgaben für die importierte Energie niedrig zu halten.“ Die USA würden „sicher am Ende die Türkei verstehen.“



II. Der iranisch-islamistische Antisemitismus

Special Dispatch, 7. Mai 2004 - Iranische Nachrichtenwebsite: Al-Qaida steht im Dienst des Zionismus ¹⁵⁸

*Die bedeutende iranische Politik- und Nachrichtenwebsite **Bastab** veröffentlichte vor kurzem einen Beitrag über Al-Qaida. Der Autor **Hassan Hashemi** begründet darin seine Überzeugung, dass die Operationen von **Al-Qaida** vor allem den USA und dem Zionismus dienen und von diesen gesteuert würden. Der Artikel erschien am 24.4.2004:*

"Wenn wir uns vor Augen führen, wie die terroristische Gruppe Al-Qaida in den letzten Jahren in der islamischen Welt operiert hat, kommen wir zu dem Schluss, dass es ihr zentraler Sinn war und ist, für den Zionismus zu arbeiten. [...] So lassen sich die [Qualität der] militärischen Ausbildung und Ausrüstung sowie die wirtschaftliche Macht von Al-Qaida vor allem durch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in Amerika erklären. Und diese wären ohne die Unterstützung einiger arabischer moslemischer Amerikaner durch die einflussreiche zionistische Lobby gar nicht möglich. Einige Beispiele [für die Operationen von Al-Qaida im Dienste der USA und des Zionismus]:

- Al-Qaida intrigierte zwischen Schiiten und Sunniten in Iran und verübte Attentate auf sunnitische Geistliche. 1991 legten sie Bomben in der religiösen Stadt Mashhad.
- Mit direkter finanzieller Hilfe einiger Staaten unternahm die Gruppe eine organisierte Invasion in Afghanistan. [...] Ohne Al-Qaida wäre es hier durchaus möglich gewesen, eine antiwestliche islamische Regierung zu etablieren.
- Stattdessen präsentierte Al-Qaida ein aggressives und irrationales Gesicht des Islam. Die Organisation verwendete Methoden, die nichts mit den himmlischen Gesetzen des Islam zu tun haben. Damit schwächte sie die Positionen der wahren Muslime und der muslimischen Mujahedin und verfolgte damit ein gemeinsames Ziel mit den islamfeindlichen Regierungen und insbesondere mit dem israelischen Regime. Wir dürfen im Zusammenhang mit Al-Qaida die vielfältigen und breit angelegten Manöver der zionistischen Medien nicht vergessen.
- Der Angriff auf die Türme des WTC in New York durch Al-Qaida wäre ohne den direkten Einfluss der Sicherheitsorgane der amerikanischen Regierung nicht möglich

¹⁵⁸ MEMRI



gewesen. Schließlich wies New York schon damals die höchsten Sicherheitsvorkehrungen in ganz Amerika auf. Auch für die Abwesenheit aller im WTC beschäftigten Juden am Tag des Ereignisses gibt es keine andere Erklärung, als dass diese zuvor gewarnt worden waren. Es braucht nicht weiter erklärt zu werden, dass der Nutznießer dieses Ereignisses allein Israel war. Amerika nutzte das Ereignis dann als Vorwand für seine Angriffe auf die Staaten des Mittleren Ostens. Die amerikanischen Steuerzahler müssen nun für die hohen Kosten des Krieges aufkommen und die amerikanischen Soldaten zahlen mit ihrem Blut. So wächst der Hass im öffentlichen Bewusstsein der Weltbevölkerung täglich weiter. Die inszenierten Lügenshows des zionistischen CNN, wo die Freude der palästinensischen Bevölkerung nach den Angriffen von New York vorgetäuscht wurde, verfolgten von Anfang an das Ziel, die Attentäter unter den Muslimen zu suchen. Das Weiße Haus sprach dann auch von "Kreuzzügen".

- Als sich nach dem 11.9. die aufgeheizte Stimmung langsam wieder beruhigte, legte Al-Qaida Bomben in verschiedenen Teilen der Welt und verbreitete Tonbänder und Videos, so dass der Zionismus erneut von der amerikanischen Regierung profitieren konnte. - Während des US-Krieges gegen Saddam [...] unternahm die Gruppe nichts gegen diese beiden Staaten [USA und England], so dass diese problemlos ihre Ziele im Irak verfolgen konnten. Hingewiesen werden muss auch auf den geplanten Bau einer Pipeline von Irak nach Israel. Dieser Plan ist vor Ende des Krieges bekannt gegeben worden, wodurch die wahren Kriegsgründe erst deutlich werden.

- Nach der Besetzung des Irak verfolgte die Organisation im Irak lediglich das Ziel, religiöse Gelehrte und die unschuldige Bevölkerung zu ermorden. Mit der Provokation religiöser Widersprüche und Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten sollte die Sicherheit der Besatzer gewährleistet werden, damit diese all ihre Ziele erreichen können. So sind die Angriffe gegen die Besatzer ja auch nicht von Al-Qaida, sondern von Teilen der Baath-Partei oder Bevölkerungsteilen ausgeführt worden, die die Ermordungen und Plünderungen der Besatzer nicht dulden wollen.

- Die Bomben, die während des Freitagsgebets in Najaf explodierten und Ayatollah Hakim sowie hunderte anderer Menschen ermordeten, sowie die Anschläge, die am Aschura-Tag hunderte Menschen bestialisch in den Märtyrertod schickten, folgten vollständig der Logik von Al-Qaida. Zwar empfinden manche Sunniten einen Hass gegen die Schiiten, dieser Hass und diese Respektlosigkeit sind aber begrenzt und man kann diese wilden und bestialischen Ereignisse nicht auf die Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten zurückführen.

- Zuletzt stellt sich ja noch die Frage, warum diese extremistische, sogenannte fundamentalistische islamische Gruppe seit ihrer Gründunge keine einzige Bombe in Israel zugunsten der Palästinenser gelegt hat?



Hoffentlich werden die politisch verantwortlichen Personen in unserem Land in Zukunft mehr auf den Charakter und die Wesenszüge der verschiedenen Gruppierungen achten und sich nicht von [...] einer Gruppe wie Al-Qaida überlisten lassen. Gott verhüte den Tag, an dem die Reichtümer des Landes direkt oder indirekt einer solchen Gruppe zur Verfügung stehen könnten, denn das hieße, dass sie im Dienst des Zionismus stehen würden. Während die Wellen des islamischen Erwachens die Staaten der Region ergreifen, sind es nämlich genau diese Gruppen, die die Ressourcen der islamischen Welt gegen den Islam einsetzen."

Special Dispatch, 5. August 2004 ¹⁵⁹

Der iranische Verteidigungsminister über Israel, Atomwaffen und den Friedensprozess im Mittleren Osten

Die iranische Nachrichtenagentur ISNA¹⁶⁰ veröffentlichte am 31. Juli ein ausführliches Interview mit dem iranischen Verteidigungsminister Ali Shamkhani. Darin betont dieser die Friedfertigkeit des Irans und kritisiert, dass die USA die Politik der IAEA und der europäischen Regierungen bestimmen würden. Außerdem legitimiert er das Atomwaffenprogramm Pakistans und droht Israel, im Fall eines Angriffs auf die iranischen Atomanlagen mit massiven Gegenschlägen. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Interview:

"Der iranische Verteidigungsminister Ali Shamkhani über einen möglichen Angriff Israels auf die iranischen Atomanlagen:

'In den vergangenen Jahren hat die Regierung Israels immer wieder wissenschaftliche und technologische Einrichtungen bedroht, die der Verteidigung des Iran dienen. Es ist offensichtlich, dass Israel allen entwicklungspolitischen Zielen des Iran feindselig gegenübersteht. Das hat gefährliche Folgen für die Stabilität der Region. Denn jede regionale und internationale Bedrohung wird vielfältige Reaktionen aller Beteiligten mit sich bringen. Leider stellen die Handlungsmuster und die Strategie Israels für alle Staaten der Region eine Bedrohung dar. Die israelische Bedrohung richtet sich nicht nur gegen den Iran oder eine begrenzte Zahl von Staaten im Mittleren Osten. Vor diesem Hintergrund sind die Staaten der Region über die Maßnahmen, die Existenz und die strategische Vorgehensweise Israels besorgt.'

'Die Israelis wissen, dass sich der Iran nicht vor den taktischen Operationen des zionistischen Regimes fürchtet. Wir verfügen über vielfältige Instrumente, um auf regionaler Ebene zu reagieren. Die iranische Verteidigung beruht auf einer

¹⁵⁹ MEMRI

¹⁶⁰ ISNA, 31.7.2004



vielschichtigen Kriegsstrategie gegen derartige Bedrohungen. Wir haben das Potential, uns gegen einen israelischen Erstschlag zu verteidigen. Wir wären gezwungen, unsere Racheoperationen auf breiter Basis durchzuführen. Die Erfahrungen mit dem acht-jährigen Krieg [gegen den Irak] haben gezeigt, dass wir bereit sind, uns gegen den Feind zu verteidigen. [...] Man kann also nicht sagen, dass wir nur auf Bedrohungen reagieren. [...] Vielmehr müssen die Israelis wissen, dass sie einen hohen Preis zu zahlen hätten. Wir sind bereit.'

'Die Welt erweist sich heute gegenüber Israel als hilflos. Israel beugt sich keiner internationalen Institution. Weder hat die internationale Atomenergiebehörde das Recht, die israelischen Atomanlagen zu inspizieren, noch reagiert Israel auf die Meinung der internationalen Institutionen oder befolgt die Resolutionen der Vereinten Nationen. Dies kann natürlich nur geschehen, weil die Israel von den USA uneingeschränkt unterstützt wird. Die israelische Führung weiß sehr wohl, dass sie wie in einer Kaserne lebt. Allerdings ist diese Kaserne ein Pulverfass und daher sehr verletzbar. Wir müssen die Welt für die Bedrohung sensibilisieren, die von Israel ausgeht. Wir können das Schweigen der Welt angesichts der Gefahr, die Israel für den Weltfrieden darstellt, nicht länger hinnehmen. Wir bemühen uns, die Wahrheit über die israelische Vorgehensweise auf internationaler Ebene aufzuzeigen und seinen abenteuerlichen Schritten etwas entgegenzusetzen.'

Weiterhin kritisierte der Verteidigungsminister in seiner Analyse der amerikanischen und zionistischen Politik, dass diese mit ihrer Behauptung, der Iran sei eine Bedrohung für Europa, ein [feindliches] Klima gegen den Iran erzeugten:

'Die Amerikaner wollen keinen mächtigen Iran. [Denn die amerikanische] Verteidigungsstrategie beruht auf dem Prinzip, dass ein starkes Verteidigungspotentials anderer Länder ihren Gelüsten entgegensteht, die Welt zu erschließen. [Vor diesem Hintergrund] kann kein Land die spürbaren und nicht-spürbaren Bedrohungen durch andere Länder ignorieren und muss die [eigene] Macht stärken. Aber wir fragen, ob die Stärkung irgendeines Staates gleich eine Bedrohung für die Ziele und Interessen anderer politischer Akteure darstellen muss? Gibt es denn keine effektiveren Strategien, die eine Basis zur Kontrolle eines Sicherheitsraumes schaffen könnten?'

'Aus historischen und religiösen Gründen sind wir der Überzeugung, dass wir unsere Macht gegen keinen regionalen oder überregionalen Akteur einsetzen werden. Wir benötigen unsere Ressourcen vielmehr für unsere [eigene] Erneuerung. Es ist das unbestreitbare Recht der Islamischen Republik Iran, einen starken Staat zu errichten. Aber gleichzeitig bemühen wir uns zu zeigen, dass wir ein verantwortungsbewusster Staat sind, der sich für internationalen Frieden und Sicherheit einsetzt. Diese Verantwortung zeigt sich in unserer mehrdimensionalen Strategie. Wir haben nämlich feststellen müssen, dass andere Staaten zwei sich widersprechende



Vorgehensweisen verfolgen. Unser Sicherheitsdenken richtet sich deshalb danach, wie die anderen Spieler sich uns gegenüber verhalten.'

Shamkhani, der auch Mitglied des obersten nationalen Sicherheitsrates ist, sagte weiterhin: 'Wir können uns unmöglich passiv gegenüber den Maßnahmen anderer Staaten verhalten. Gott wird es keinem Volk und keinem Staat verzeihen, wenn dieser seine nationalen Interessen nicht vertritt. Wir haben bis heute keine expansiven Absichten gehabt und unsere Art, uns stark zu machen, dient nicht der Verfolgung aggressiver Ziele. **Wir haben friedliche und kooperative Ziele und benötigen unsere Stärke für die Verbreitung des Friedens. Wir verfolgen keine Absichten, die Europa bedrohen.** [Hervorhebung im Original, d.Ü.]'

Auf die Ausführungen des britischen Außenministers, dem zufolge sich die internationale Atomenergiebehörde mit dem Atomprogramm Israels beschäftigen werde, sobald die Staaten des Mittleren Ostens aufhören würden, das zionistische Regime zu bedrohen, sagte Shamkhani:

'Manche Staaten in der Region, wie zum Beispiel Pakistan, haben ihr [Atom-]Programm im Rahmen ihrer Verteidigungsstrategie verfolgt. Sie glauben, dass sie atomar bedroht werden. Und wenn sich ein Staat besonders bedroht sieht, ist er gezwungen, seine Waffenproduktion in adäquater Art und Weise auszurichten. Also muss man den pakistanischen Schritt als Gegenwehr betrachten. Dagegen verwenden Staaten wie Israel die ‚Logik der vernichtenden Macht‘. Diese Vorgehensweise bringt nicht zu unterschätzende Gefahren für Israel mit sich. Denn die anderen Staaten sind über die Ziele und Sicherheitsforderungen Israels immer besorgter. **Israel kann nicht behaupten, dass es Massenvernichtungswaffen im Interesse seiner nationalen Sicherheit produziert. Dies wird bei keiner internationalen Instanz und Organisation auf Verständnis stoßen. Denn kein anderer Staat im Mittleren Osten hat solche Waffen.**' [Hervorhebung im Original, d.Ü.]

'Ich glaube, dass Amerika im Prozess der Verteidigung der Sicherheit im Mittleren Osten einen falschen Weg einschlägt, wenn es die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Iran lenkt. **Amerika will die Aufmerksamkeit der Staaten des Mittleren Ostens auf das Verteidigungsprogramm des Iran lenken.** [Hervorhebung im Original, d.Ü.] Wir sind der festen Überzeugung, dass der Weg, den die internationale Atombehörde und die europäischen Staaten eingeschlagen haben, von den Amerikanern bestimmt wird. Gegenwärtig ist Israel die fünf[stärkste] Atommacht der Welt. Dieses Land sitzt auf einem Pulverfass und versucht, ohne die Rücksicht auf die Existenz anderer politischer Akteure seine Ziele in der Region durchzusetzen. Dies erzeugt eine permanente Reaktion und einen nicht endenden Widerstand der anderen Staaten. **Daher akzeptieren wir zwar die Aktivitäten der internationalen Atomenergiebehörde, aber keine selektive internationale Diskriminierung.** [Hervorhebung im Original, d.Ü.] Der Friedensprozess in der



Region stagniert, weil Israel im regionalen Dialog einseitig vorgeht. Diese Entwicklung stellt auf allen Ebenen eine Gefahr dar.“

Im Weiteren kritisiert Shamkhani, dass die Großmächte selbst die größten Lager von Massenvernichtungsmitteln besäßen, gleichzeitig aber "den anderen Gesellschaften Ethikunterricht erteilen wie man Frieden und Sicherheit schafft". Der Iran sei für die Einrichtung einer "Friedenszone" in der Region. Dazu sollten die Großmächte ihren Einfluss und ihre Intervention in der Region minimieren. Auf diese Weise könne eine atomwaffenfreie Zone entstehen, die zum Frieden in der Region beitragen würde.

Special Dispatch, 5. Januar 2005 - Iranische Stimmen gegen das Verbot von Al-Manar-TV ¹⁶¹

*Vor allem wegen antisemitischer Propaganda ist der der libanesischen Hizbullah nahe stehende Fernsehsender **Al-Manar** im vergangenen Jahr in die Kritik geraten. In Frankreich zwang die Aufsichtsbehörde (CSA) nach einem Regierungsbeschluss den Satellitenbetreiber Eutelsat am 13. Dezember 2004, die Übertragung von Al-Manar-Programmen einzustellen. (Über andere Anbieter kann Al-Manar jedoch auch in Deutschland weiterhin gesehen werden.) Kurz darauf stufte das amerikanische Innenministerium Al-Manar als "terroristische Organisation" ein. Im Rahmen eines Staatsbesuchs im Libanon kritisierte dagegen der iranische Außenminister **Kharasi** das Übertragungsverbot und bezeichnete es als Beweis für die "Doppelmoral des Westens in der Frage der Meinungs- und Medienfreiheit". Auch die iranische Nachrichtenwebsite **Bastab** kritisierte den Beschluss der französischen Regierung und führt das Vorgehen gegen Al-Manar auf den Druck jüdischer Organisationen und Lobbyisten in Frankreich zurück. Die iranische Nachrichtenagentur **Mehrnews** warnte zudem vor einem Dominoeffekt. Wir dokumentieren Auszüge aus den Berichten der beiden Agenturen vom 22.12.2004:*

"Zionistische Gruppen setzten französische Regierung unter Druck"

"Die Bemühungen der französischen und der US-Regierung, die Satelliten-Übertragungen von Al-Manar-TV, dem offiziellen Sender der islamischen Hizbullah-Bewegung, zu verbieten, sind von großer Bedeutung. Das zunächst in Paris und später auch in Washington verhängte Verbot zeigt nämlich, dass vermeintlich freie Staaten keinen Anspruch auf Meinungsfreiheit erheben dürfen.

Bei der Bevölkerung in Libanon genießt Al-Manar-TV unter dutzenden anderer staatlicher und privater Kanäle großes Ansehen. Auf Sendung ging Al-Manar 1991

¹⁶¹ MEMRI



nach dem Sieg des islamischen Widerstandes und der Flucht der Zionisten aus dem Südlibanon. Seit 2000 überträgt Al-Manar sein Programm über Satellit auch nach Europa.

Fünf Millionen Muslime in Frankreich, der größten islamischen Gemeinschaft in Europa, begrüßten die Übertragung von Al-Manar. Allerdings erregten die Programme des Senders in den letzten vier Jahren Unmut bei den europäischen und insbesondere bei den französischen Zionisten. Dem Sender wird seit einigen Monaten immer wieder vorgeworfen, anti-jüdische Gefühle zu schüren. Die zionistischen Gruppierungen in Frankreich setzten die Regierung unter Druck, um die Übertragung von Al-Manar zu verbieten. Auch der französische Medienrat rief dazu auf, Al-Manar-TV daran zu hindern, 'antisemitistische Inhalte' zu verbreiten.

Die jüdischen Gruppen forderten die französische Regierung dazu auf, die Aktivität des Senders zu unterbinden. Sie behaupten, dass eine Serie anti-jüdische Ressentiments unter der arabischen Bevölkerung [in Frankreich] verbreite. In Wirklichkeit thematisiert diese Filmreihe aber die zionistische Einwanderung nach Palästina, dessen illegale Besetzung, den unmenschlichen Umgang der Zionisten mit den Palästinensern und die Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land. Aufgrund des starken Einflusses der Zionisten auf französische Institutionen sperrte die Regierung in Paris die Übertragung von Al-Manar. Daran läßt sich das Ausmaß des Einflusses erkennen, den die zionistische Minderheit auf diesen mächtigen europäischen Staat ausübt. (...)

Die US-Regierung bezeichnete Al-Manar [dann] als eine terroristische Organisation, die radikale Gedanken verbreite. Daraufhin erklärte der Vorstand von Al-Manar-TV in einer Stellungnahme den Vorwurf der USA als falsche Darstellung, die nur darauf abziele, die Aktivität eines Senders zu unterminieren, der die arabischen und muslimischen Ideen verteidige. (...) Das Übertragungsverbot von Al-Manar durch zwei Staaten, die sich als "Wiege der Demokratie" betrachten, belegt wie gehaltlos diese Bezeichnung inzwischen geworden ist."

"Nur der erste Dominostein?"

Unter dem Titel "Ein Gerichtsurteil oder der erste Dominostein" heißt es in Mehrnews: "Der Direktor des Rates der französischen Juden kritisierte kürzlich in einem CNN-Interview, dass die französische Regierung die jüdische Gemeinschaft in Frankreich schockiert habe, als sie es zuließ, dass Al-Manar auf Sendung geht. Französische Beobachter sind der Meinung, dass das Interview dieses jüdischen Bankiers eine Bestätigung dafür ist, dass diese mächtige Lobby in den letzten Jahren großen Druck ausgeübt hat. (...) Die Juden haben in den letzten Jahrzehnten ihre Machtpositionen in Europa gestärkt. Sie haben eine große historische Lüge, den 'Holocaust', dazu genutzt, um jede Kritik an den zionistischen Gruppen in Europa als rassistisch zu verurteilen. Solche Kritik, so meinen sie, gleiche den Taten von Hitler



und werde zu einem neuen Mord an den Juden führen. Durch Intrigen versuchen sie in vielen europäischen Staaten, die Verabschiedung von sogenannten ‚Hass-Gesetzen‘ zu fördern, auf deren Grundlage jegliche Form von Kritik [an den Juden] als rassistisch und als antisemitisch interpretiert und dann juristisch verfolgt werden kann.“ (...) Im Weiteren bezeichnete der Beitrag das eine Woche nach dem französischen Entscheid erfolgte Übertragungsverbot in den USA als "zweiten Dominostein in diesem Prozess".¹⁶²

Special Dispatch, 4. Februar 2005 - Iranische Zeitung über einen kurdischen Staat als "zweites Israel"

*Die Redaktion der konservativen iranischen Zeitung **Jomhuriye Eslami** reagierte am 17.1.2005 auf einen Artikel, den **Seymour Hersh** unter dem Titel "Plan B" am 28.6.2004 in **THE NEW YORKER** geschrieben hatte. (www.newyorker.com/fact/content/?040628fa_fact)*

Darin berichtete Hersh, dass israelische Einheiten im irakischen Kurdistan kurdische Kommandos ausbilden sollen. Hersh zitierte dazu einen nicht namentlich genannten deutschen Sicherheitsbeamten, der erklärt hätte, dass ein unabhängiges Kurdistan mit seinen Ölvorkommen schwerwiegende Folgen für Syrien, den Iran und die Türkei mit sich bringen und zur Instabilität des Mittleren Ostens beitragen könnte. Dieser Sicherheitsbeamte habe, so Hersh, von einem unabhängigen kurdischen Staat als "einem neuen Israel, einem von feindlichen Staaten umgebenen Paria-Staat" gesprochen.

Die Jomhuriye Eslami setzt sich mit dieser These von Kurdistan als einem möglichen zweiten Israel" in der Region auseinander. In ihrer Gegenargumentation hebt sie die Unterschiede zwischen Israel und den Kurden hervor und betont insbesondere die enge Verbindung der kurdischen Bevölkerung mit der arabisch-islamischen Welt. Dabei kommen aber auch die Ressentiments des iranischen Regimes gegenüber kurdischen Bewegungen sowie die strikte Ablehnung kurdischer Ansprüche auf eine eigene Staatlichkeit deutlich zum Ausdruck. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dieser Argumentation, die sich auf vier Punkte stützt:

"1. Geopolitische Gründe:

Palästina liegt im strategischen Zentrum des arabischen Mittleren Ostens. Die Errichtung der zionistischen Kolonie erschwerte daher die Verwirklichung einer arabischen Einheit. Auch die historischen Kämpfe Ägyptens erreichten nicht ihr Ziel.

¹⁶² Tatsächlich wurde Al-Manar in den USA als terroristische Organisation eingestuft. Der Nachrichtenchef des Senders gab laut einer Meldung der Nachrichtenagentur AP bekannt, dass daraufhin der Satellitenbetreiber Intelsat die Übertragungen in die USA gekappt habe.



Daher blieben auch die Rückschrittlichkeit und die Abhängigkeit der Araber bestehen, was sich zugunsten der Interessen der prozionistischen Staaten auswirkte.

Im Gegensatz dazu unterhält Kurdistan Kontakte mit der arabischen Welt, dem Iran und der Türkei. [...] Die Errichtung einer kurdischen Autonomieregierung würde anders als die Gründung Israels nicht zu regionalen Konflikten führen. Vielmehr würde eine solche kurdische Autonomieregierung die Widersprüche zwischen Arabern, Iranern und Türken verringern, weil diese sich derzeit allesamt davor fürchten, dass [die Errichtung] eines kurdischen Staates mit Hilfe der Zionisten und Amerikaner ihre territoriale Einheit gefährden könnte. Allerdings liegt es auch gar nicht im Interesse der USA und Israels [die Errichtung eines kurdischen Staates] zu unterstützen."¹⁶³

"2. Demographische Gründe:

Die Mehrheit der Zionisten im besetzten Palästina hat keinerlei historische Verbindungen zu den Palästinensern. Sie sind aus der ganzen Welt dorthin gebracht worden. Sie leben nicht in ihrer Heimat, sondern sind ein Fremdkörper in ihrer arabischen Umwelt, mit der sie verfeindet sind. Sie werden immer strategische Unterstützung von außen brauchen und haben nicht die Macht, sich den Befehlen ihrer Unterstützer zu entziehen. Seit Beginn der Besiedlung durch die Zionisten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bildeten sie keine einheitliche politische Bewegung und die zionistischen Interessen standen immer im Konflikt mit den Interessen der Kolonialisten, die sie unterstützen.

Die Kurden hingegen leben in ihrem Land und teilen ihr Schicksal mit den Arabern, Iranern und Türken. Mit ihnen gemeinsam haben sie gegen die fremden Invasoren gekämpft und da sie alle sich auf ihrem eigenen Terrain befinden, verfügen sie auch über ein gemeinsames Ziel. Dies führt dazu, dass sie sich nicht untereinander verfeinden. Große Teile [der arabischen, iranischen, türkischen und kurdischen] Bevölkerung teilen trotz ihrer unterschiedlichen ethnischen und nationalen Zugehörigkeiten gemeinsame Gefühle als Muslime.

In der Tat kennt die neuere Geschichte des Irak kein Beispiel einer kurdischen Bewegung, die alle Kurden hinter sich gebracht hätte. Jede kurdische Bewegung hatte Gegner, die verhindert haben, dass eine einheitliche kurdische Bewegung entsteht, die dann gemeinsame Sache mit den ausländischen Feinden hätte machen können."

"3. Das Verhältnis zwischen der irakischen und der arabischen Bevölkerung:

Trotz des 1979 unterzeichneten Vertrags von Camp David ist das Sein oder Nicht-Sein des kolonialen Gebildes [Israels; d. Red.] umkämpft. In diesem Kampf kann es

¹⁶³ Jomhuriye Eslami spricht hier die Möglichkeit einer kurdischen Sezession an, die die jetzige nationale Einheit des Iran, der Türkei, Syriens und Iraks infrage stellen könnte.



kein Unentschieden, sondern nur einen Sieger geben. [...] Auch die Iraker haben die zionistischen Übergriffe erlebt [und müssen dagegen zusammenstehen; d.Red.] - dennoch hat die kurdische Bevölkerung zweifellos ein Recht auf ihre ethnische Einheit. Dabei ist die arabische Umma mit ihrem Anspruch auf arabische Einheit kein Hindernis für die Verwirklichung dieser Einheit. Was hingegen die kurdische Einheit verhindert, ist die besondere politische Geographie in der Region.¹⁶⁴

Die Forderungen der Kurden sind aber nur dann realistisch und kompatibel mit den existierenden Bedingungen, wenn sie eine autonome Selbstverwaltung in denjenigen Regionen errichten, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen. In diesen Selbstverwaltungsgebieten sollen sie ihre Identität bewahren und über alle politischen, zivilen, religiösen und kulturellen Rechte verfügen. Das sind legitime und demokratische Forderungen, für die auch nationale arabische Kräfte kämpfen.

Problematisch sind aber politische Forderungen und Positionen, die die jeweilige nationale Einheit [der Staaten, in denen Kurden leben; d.Red.] bedrohen und so den Plänen der Kolonialisten und Zionisten dienen. Ansonsten gibt es keine Differenzen zwischen Arabern und Kurden. Aus den genannten Gründen sind die Differenzen zwischen Arabern und Kurden zweitrangig, solange diese legitime demokratische Rechte fordern. Daher müssen solche Widersprüche geduldet werden. [...]"

"4. Kulturelle [...] Gründe:

Einer der wichtigsten Motive für die Unterstützung des Zionismus durch die europäische und amerikanische Öffentlichkeit, liegt darin, dass die zionistischen Konzepte zur europäischen Kultur passen. Außerdem ist der historische Widerspruch zwischen den Europäern sowie den Arabern und dem Islam größer, als die Widersprüche mit dem Zionismus.

Umgekehrt verhält es sich mit den Kurden in Syrien und in Irak. Sie leben in einem kulturellen Klima und folgen Lebensweisen, die mit dem Land, in dem sie leben, in Einklang sind. Wie überall auf der Welt kämpfen die Muslime auch dort gegen den Verkauf ihrer Kultur und der islamischen Werte an den Feind. Aus all diesem Gründen ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass Kurdistan von seiner kulturellen Umwelt getrennt und daraus ein neues Modell des zionistischen Regimes geschaffen werden könnte. Dies zu versuchen, würde immer an den historischen Tatsachen und den geographischen Gegebenheiten scheitern.

¹⁶⁴ Mit dem Begriff der besonderen "politischen Geographie" wird auf die Existenz des israelischen Staates in der Region verwiesen. Während die iranischen, syrischen und türkischen Bevölkerungen muslimisch seien und daher, so die hier vorgetragene Position, unter panislamistischen Vorzeichen die "imperialistischen Feinde" vertreiben könnten, konterkarieren die Existenz des "zionistischen Staates" in der gegenwärtigen "politischen Geographie" dieses Interesse der Muslime und ihrer Gemeinschaften.



Dennoch müssen die arabischen Führer eine Strategie im Kampf gegen Imperialismus und Zionismus entwickeln. Die Einflussnahme Israels im irakischen Kurdistan und die Zusammenarbeit der kurdischen Führer mit den Zionisten gefährden nach wie vor Sicherheit und Stabilität des Irak und seiner arabischen und muslimischen Nachbarn - auch wenn die Errichtung eines zweiten Israels im Irak und die Instrumentalisierung des kurdischen Brudervolkes zur Erfüllung eines quasi zionistischen Planes letztlich unmöglich ist."

Special Dispatch, 12. April 2005 - Händeschütteln am Sarg des Papstes ¹⁶⁵

Zeitungsmeldungen zufolge haben sich während der Feierlichkeiten zur Beisetzung von Papst Johannes Paul II. der israelische Präsident Moshe Katzav und sein syrischer Amtskollege Assad sowie Katzav und Irans noch amtierender Präsident Khatami die Hand gegeben und miteinander gesprochen. In Israel als "Beerdigungsdiplomatie" gefeiert, spielten syrische Blätter die Gesten herunter. Im Iran stritt Mohammad Khatami jeglichen Kontakt mit Katzav ab. Im Kontext der Beisetzung des Papstes ist über die Begegnung der beiden sowie über die Politik von Johannes Paul II. eine Diskussion in den iranischen Medien entstanden, die wir im Folgenden dokumentieren:

Khatami über Katzav und Israel

Die Zeitung **Sharq** schrieb: "Israelische Medien haben am Freitag, den 8.4.2005 merkwürdige Behauptungen aufgestellt, die von Moshe Katsav, Präsident des zionistischen Regimes stammen: So zitiert die Internetseite der israelischen Zeitung Maariv Katzav, demzufolge er während der Beisetzung des Papstes nach christlichem Brauch den um ihn sitzenden Teilnehmern die Hand gegeben habe. Als er die Zeremonie verlassen wollte, so behauptet Katzav, habe Herr Khatami ihm die Hand gereicht. Er habe zudem mit dem iranischen Präsidenten auf persisch gesprochen und ihm nach seinem Wohlbefinden gefragt. Der Sharq-Korrespondent in Rom berichtete dann von italienischen und anderen westlichen Zeitungsartikeln, die dieses Gespräch als eines der letzten Wunderwerke des Papstes beschrieben haben. [...] Tatsächlich ist Moshe Katzav Iraner. [Wie Khatami] stammt er sogar auch aus Yasd und hat den Iran im Alter von drei Jahren verlassen. Sein damaliger Name war Mussa Qassab.¹⁶⁶ [Präsident Khatami erklärte dazu:] ‚Ich habe keine Persönlichkeit des zionistischen Regimes getroffen. [...] Wenn wir Israel anerkennen würden, legitimierten wir damit das Prinzip von Gewalt und Besatzung.' Die

¹⁶⁵ MEMRI

¹⁶⁶ Qassab (dt. Metzger) soll Katsav ursprünglich geheißen haben.



Sitzordnung sei zustande gekommen, weil Katsav und Khatami beide mit K anfangen und Israel und Iran mit I. [...]."¹⁶⁷ Bei seiner Rückkehr fügte Khatami noch auf dem Teheraner Flughafen hinzu: "Diese Behauptungen sind wir all die anderen von zionistischen Medien aufgestellten Behauptungen. Ich habe keine Persönlichkeit des zionistischen Regimes getroffen." ¹⁶⁸

Auch die Nachrichtenagentur **ISNA** zitierte aus einer Rede, die der iranische Präsident am Flughafen über seine Haltung zu Israel gehalten hat: "Die Welt kennt unsere Position gegenüber Israel. [...]" Auch auf seiner dreitägigen Reise nach Österreich, Frankreich und Italien habe er, so Khatami, immer wieder "deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir Israel aus moralischen und vernünftigen Gründen nicht anerkennen können. Schließlich ist Israel auf der Grundlage von Gewalt und rechtswidriger Aneignung gegründet worden. [...] Ich bin der Überzeugung, dass dies gegen die Menschlichkeit verstößt. Wenn wir diejenigen legitimieren, deren Präsenz und Existenz auf Gewalt und Besatzung beruht, schaden wir der Menschheit. Das können wir nicht akzeptieren. Die Welt muss begreifen, warum die verschiedenen Pläne, die einen sogenannten Frieden herbeiführen sollten, nicht erfolgreich waren. Ist das nicht ein Zeichen dafür, dass sie falsch waren? Alle Friedenspläne für den Mittleren Osten sind gescheitert, [...] weil sie das legitime Recht der Palästinenser nicht berücksichtigen. Solange das palästinensische Volk nicht das Gefühl hat, dass seine Rechte gesichert werden, kann kein Friedensplan erfolgreich sein. Dennoch mischen wir uns nicht [in den Konflikt] ein. [...] Wer Friedenspläne entwirft, muss unbedingt vertrauenswürdig sein. Die USA sind aber ganz und gar nicht vertrauenswürdig. Für die Palästinenser und die freiheitsliebenden Menschen in aller Welt ist Amerika kein neutraler Vermittler, sondern verteidigt lediglich Israel. Daher empfehlen wir, dass die Europäer und andere diesen falschen Kurs teilweise korrigieren. Jedenfalls habe ich entgegen allen Behauptungen kein Gespräch geführt und kein Treffen mit einer Persönlichkeit des zionistischen Regimes gehabt." ¹⁶⁹

König Xerxes und die Juden

Die **Sharq** erklärt zudem, dass die israelischen Medien über den Handschlag berichtet hätten, weil die israelische Regierung vom Iran und den anderen Regierungen im Mittleren Osten anerkannt werden wolle. Zwar habe Ägypten Israel anerkannt, Jordanien und Qatar würden aber nur begrenzte Beziehungen mit Israel pflegen. Daher sei es für die israelische Führung sehr wichtig, dass Syrien und Iran an den Verhandlungstisch gezogen würden. Sharq betont: "Schon in den 60er Jahren war der Kampf gegen Tel Aviv für die Gründer der Islamischen Republik eine Motivation des politischen Kampfes. Der antizionistische Kampf war eine der Grundlagen der neuen Ordnung. Die erste ausländische Botschaft, die nach dem Sturz des alten Regimes geschlossen wurde, war die israelische Botschaft. Aber

¹⁶⁷ Sharq, 10.4.2005

¹⁶⁸ Iran, 10.4.2005

¹⁶⁹ ISNA, 9.4.2005



auch das Schahregime hatte nicht den Mut, Israel offiziell anzuerkennen und tat dies nur de facto. So versuchte das monarchische Regime die iranische mit der jüdischen Geschichte zu verknüpfen. [So berief es sich auf König Xerxes], von dem auch im alten Testament die Rede ist. Xerxes hatte nicht nur eine jüdische Frau namens Esther, sondern befreite auch das jüdische Volk aus der Tyrannei Babylons. Xerxes half sogar bei der Wiedererrichtung jüdischer Synagogen. Der Schahregierung ist es aber dennoch nicht gelungen, das öffentliche Bewusstsein für Israel einzunehmen. Zumal die Juden Israels den Angehörigen der Bahai-Sekte¹⁷⁰ Schutz gewährten, was das Misstrauen der Iraner noch steigerte."¹⁷¹

Die Zeitung **Aftabe Yasd** kritisierte dagegen grundsätzlich, wie die iranischen Medien mit der Begegnung von Khatami und Katzav umgingen. Es sei reine Zeitverschwendung, sich mit einer solch "banalen Angelegenheit zu beschäftigen": "Solange selbst politische Persönlichkeiten mit der besten Vergangenheit vorrangig beweisen müssten, dass sie Israel hassen, bleibt keine Zeit, um die wirklichen Probleme zu lösen."¹⁷²

Rafsanjani über den Papst, die Christen, Jesus und Amerika

In einer Freitagspredigt lobte derweil der ehemalige - und möglicherweise kommende - Staatspräsident Rafsanjani den verstorbenen Papst und kritisierte die USA: "Papst Johannes Paul II war eine herausragende Persönlichkeit. Er war für den Frieden und gegen Kriegstreiberei. Er verurteilte die amerikanischen Verbrechen und das Gefängnis von Abu Ghureib. Außerdem kämpfte er gegen die Gottlosigkeit der Kommunisten. Es wäre gut, wenn die Christen und der Vatikan von John Paul II lernen und ihre Aufgaben ernster nehmen würden. Die Christen leben heute nicht so, wie es ihnen das Christentum eigentlich vorschreibt. Wie können die Christen behaupten, sich christlich zu verhalten und dabei tatenlos den weltweiten Verbrechen der USA und der Supermächte zusehen? Die Plünderung der natürlichen Ressourcen der Menschheit, die von den Weltmächten in den internationalen Gremien ausgeübte Gewalt und ihre irreführende Propaganda widersprechen dem Geist des Christentums. Jesus hat Unterdrücker, die Rechte von anderen verletzen, mit menschenfressenden Schlangen verglichen. Wie können die Christen jetzt über die Tyrannei schweigen? Die Christen müssen gegen Amerika laut aufschreien und zum Ausdruck bringen, dass Amerika dem Ansehen von Jesus geschadet hat."¹⁷³

In einem Beitrag der Redaktion widerspricht die Zeitung **Jomhuriye Eslami** der These, dass Papst Johannes Paul II dem Weltfrieden geholfen habe. Er habe sich lediglich mit Worten gegen die Kriegstreiberei gestellt. Jomhuriye Eslami schreibt: "Wenn der Papst gewollt hätte, hätte er die öffentliche Meinung in der christlichen

¹⁷⁰ Die Bahai-Religion ist keine "Sekte", sondern wird inzwischen als eine neue Weltreligion anerkannt.

¹⁷¹ Sharq, 10.4.2005

¹⁷² Aftabe Yasd, 11.4.2005

¹⁷³ IRNA, 8.4.2005



Welt mit seiner moralischen Macht gegen Bush und Blair lenken können. Er hätte verhindern können, dass sie das afghanische und das irakische Volk bestialisch überfallen. Wenn der Papst wirklich gewollt hätte, hätte er die amerikanische Regierung wenigstens fragen müssen, warum sie die zionistischen Verbrechen in Jenin unterstützt hat." Schon Khomeini habe gesagt, dass man den Papst fragen müsse, ob "Jesus Christus denn wie der Papst den amerikanischen Präsidenten verteidigt hätte". Jomhuriye Eslami wirft dem Papst vor, zu sehr von einer "jüdisch-christlichen Erbschaft" beeinflusst gewesen zu sein. In deren Namen hätte der Westen versucht, seine kolonialen Ziele durchzusetzen.¹⁷⁴

Zur Papstwahl: Die amerikanischen Kardinäle und ein Friedenspapst

Die offizielle studentische Nachrichtenagentur **ISNA** berichtete, dass einige Beobachter in Rom der Meinung seien, "dass das Weiße Haus sich besonders für die Wahl eines amerikanischen Kardinals als Nachfolger von Papst Johannes II einsetze. G.W. Bush und seine Mitarbeiter hoffen, dass eine ihnen freundlich gesonnen Persönlichkeit Papst wird." Sicherlich, so ISNA, würden die Stimmen der amerikanischen Kardinäle eine entscheidende Rolle spielen und großen Einfluss auf die Wahl des Papstes haben.¹⁷⁵

Die Zeitung **Bastab** berichtet, dass der Papst den Islam geschätzt und im "Jahr 1999 den Koran geküsst" habe. Er habe sich für den Dialog der Kulturen ausgesprochen und stets betont, dass der "Islam nichts mit dem Terrorismus zu tun" habe. Das Verhalten von "als Neokonservative auftretenden Christen" nach dem 11. September würde den Idealen des (verstorbenen) Papstes widersprechen: "Sie nennen sich zwar Katholiken und trauern um den Papst, haben aber in den letzten drei Jahren alles unternommen und keine Mühe gescheut, um die Christen gegen die islamische Welt aufzustacheln. Sie wollen eine Neuauflage der Kreuzzüge im 21. Jahrhundert." Vor diesem Hintergrund laste eine "bedeutende historische Mission auf dem Rücken des nächsten Papstes." Wenn dieser die Linie der friedlichen Politik von Papst Johannes Paul II verlasse, werde "ihm die Geschichte das niemals verzeihen."¹⁷⁶

*Dr. Wahied Wahadt-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI

¹⁷⁴ Jomhuriye Eslami, 10.4.2005

¹⁷⁵ ISNA, 8.4.2005

¹⁷⁶ Bastab, 5.4.2005



Special Dispatch, 14. Oktober 2005 - Der neue iranische Hizbullah Fernsehsender "Kheibar" soll hauptsächlich in Nordamerika und Europa ausgestrahlt werden

Am 10. Oktober gab die iranische studentische Nachrichtenagentur ISNA den Plan der iranischen Hizbullah, einen neuen Satelliten Fernsehsender namens "Kheibar" in Betrieb zu nehmen, bekannt.¹⁷⁷

Laut ISNA sagte der Sprecher der iranischen Hizbullah, Mojtaba Bigdeli: "Wir führen momentan mit Satelliten Sendern um unsere Programme auszustrahlen. Bisher haben wir einige Angebote erhalten und die Mitglieder des Zentralkomitees der Hizbullah werden sehr bald ihre entgeltliche Entscheidung fällen."

Der Satelliten Sender Kheibar wird, so Bigdeli, "in den nächsten Monaten" auf Sendung gehen und seine Programme "zum größten Teil in Nordamerika und Europa ausstrahlen...Momentan beziehen wir die Hardware".

Der Bericht fährt fort: "Bigdeli sagte, der Sekretär der iranischen Hizbullah, Ayatollah Mohammed Baqer Kharrazi, hat dem Team, welches Kheibar auf den Markt bringen wird, empfohlen, den Grundstein für die Zusammenarbeit unter muslimischen Staaten zu legen, islamische Solidarität zu fördern, den Zionismus auszurotten und eine Übereinstimmung zwischen politischen, kulturellen und sozialen Kräften zu erreichen.

Es sollte angemerkt werden dass Kheibar eine reiche und fruchtbare Oase nördlich von Medina war welche von Juden bewohnt und 628 von dem Propheten Mohammed zerstört wurde. Das Schicksal der Juden von Kheibar wird heute von der Hamas als Symbol für den Kampf gegen die Juden und Israel verwendet.

‘Die Beseitigung Israels ist machbar’

„Das Thema dieser Konferenz ist ein sehr wichtiges. Denn viele streuen in diesem schweren Krieg der islamischen Welt gegen die Front der Ungläubigen die Saat der Verzweiflung und der Hoffnungslosigkeit - aus tiefstem Herzen wollen sie die islamische Welt aushöhlen. [...] Sie fragen: Ist es denn möglich, dass wir eine Welt ohne Amerika und Zionismus erleben können? Aber Ihr [Zuhörer], Ihr wisst am besten, dass es natürlich möglich ist, diese Parole und dieses Ziel umzusetzen [...]“

„Als der liebe Imam [Khomeini] sagte, dass das Schahregime weg muss und wir eine Welt ohne abhängige Regierungen brauchen, fragten viele Menschen, die behaupteten, etwas von Politik oder ähnlichem zu verstehen: Kann das überhaupt gehen? Schließlich wurde das faulende Schahregime als Khomeini seine Bewegung begann von allen Mächten unterstützt [...]. Also sagten sie, dass es nicht möglich sei.“

¹⁷⁷ ISNA (Iran), 10. Oktober 2005, <http://www.isna.ir/Main/NewsView.aspx?ID=News-595516>



Aber unsere Nation war standhaft und inzwischen leben wir seit 27 Jahren mit einer Regierung, die von Amerika unabhängig ist'.

„Der Imam [Khomeini] erklärte: Die Vorherrschaft des Ostens [UdSSR] und des Westens [USA] muss ein Ende finden. Aber die schwachen Menschen, die lediglich ihre eigene kleine Welt vor Augen hatten, glaubten ihm nicht. Niemand glaubte, dass wir eines Tages Zeugen vom Zusammenbruch des östlichen Imperialismus werden würden und sie meinten, dass es sich um eine eiserne Herrschaft handele. Aber noch zu unseren Lebzeiten konnten wir sehen, wie diese Herrschaft in einer Weise zerfiel, zu der wir in den Bibliotheken nichts Vergleichbares finden können.'"

„Der Imam [Khomeini] sagte, dass Saddam gehen und schlimmsten Erniedrigungen ausgesetzt sein werde. Was sehen wir heute? Ein Mann, der vor 10 Jahren noch so stolz sprach, als würde er ewig leben, lebt heute in seinem eigenen Land mit Ketten an Händen und Füßen. Nun wird er von denjenigen verurteilt, mit deren Unterstützung er seine Verbrechen beging.'"

„Der Imam [Khomeini] sagte auch: Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muss aus den Geschichtsbüchern eliminiert werden. In diesem Satz steckt viel Weisheit. Das Palästina-Problem ist nichts, worüber man mit Kompromissen hinweggehen kann.'"

„Kann eine [gemeinsame] Front es dulden, wenn in ihrer Mitte eine fremde Macht entsteht? Dies wäre eine Niederlage und wer immer die Existenz dieses Regimes anerkennt, erkennt in Wirklichkeit die Niederlage der islamischen Welt an.'"

„Unser lieber Imam [Khomeini] hat in seinem Kampf gegen die Welt der Arroganz das Regime, das Jerusalem besetzt, zu seinem Hauptangriffspunkt gemacht. Ich zweifle nicht daran, dass die neue Welle, die im geliebten Palästina begonnen hat, sich in der gesamten islamischen Welt ausbreiten wird. Es handelt sich um eine Bewegung, die als Welle der Moral sehr bald den Schandfleck [Israel] aus der Mitte der islamischen Welt beseitigen wird - und das ist machbar.'"

‘Es darf keine Spaltung geben’

„Aber wir müssen uns der Gefahr der innerislamischen Spaltung [*fitna*] bewusst sein. Seit mehr als 50 Jahren versucht die Welt der Arroganz der Existenz dieses falschen Regimes Anerkennung zu verschaffen. Sie haben sich viel Mühe gegeben, das Regime zunächst zu stabilisieren, um dann die weiteren Schritte zu unternehmen. Leider hat vor 27 oder 28 Jahren [...] einer der Staaten aus der vordersten Frontlinie einen großen Fehler begangen. Wir hoffen, dass dieser Staat [Ägypten] diesen Fehler korrigiert.'"

„In letzter Zeit ist eine neue *fitna* im Gange. [...] Man versucht, den von den Palästinensern erzwungenen Rückzug aus dem Gazastreifen, der kleinen Ecke, die



sie geräumt haben, zum endgültigen Sieg zu machen. Unter dem Vorwand, dass sie sich ja aus dem Gazastreifen zurückgezogen hätten und ein zweiter Staat gegründet werden solle, versuchen sie, das eigentliche Ziel [vergessen zu machen] und den eigentlichen Hoffnungen der Palästinenser ein Ende zu setzen. Auf teuflische und betrügerische Weise versuchen sie, die Kriegsfrente zu kontrollieren. Sie wollen die palästinensischen Gruppen mit Nebensächlichkeiten wie politischen Fragen oder Postengerangel beschäftigen, damit sie die palästinensische Sache, die über ihr Schicksal entscheidet, vergessen und sich untereinander bekämpfen. Mit dem Rückzug aus dem Gazastreifen und unter dem Vorwand, gute Absichten zu verfolgen, wollen sie einige islamische Staaten dazu bewegen, das korrupte Regime anzuerkennen. Ich hoffe sehr und bitte Gott darum, dass das palästinensische Volk und die palästinensischen Gruppen sich der Gefahr der *fitna* bewusst sind.'

'Unser heiliger Hass soll sich wie eine Welle ausbreiten'

„Die Palästinafrage ist keineswegs vom Tisch. Sie wird es erst sein, wenn das gesamte Palästina eine Regierung hat, die zum palästinensischen Volk gehört. Die Flüchtlinge müsse in ihre Häuser zurückkehren und die Palästinenser müssen ihre eigene Regierung wählen. Natürlich haben die, die von weither gekommen sind, um dieses Land auszubeuten, kein Recht, über das Schicksal der Palästinenser zu entscheiden.'"

„Ich hoffe, dass die Palästinenser weiterhin so überlegt und klug vorgehen, wie sie es in ihren Kämpfen in den letzten 10 Jahren unter Beweis gestellt haben. Diese Phase wird nicht lange dauern und wenn wir sie erfolgreich hinter uns gebracht haben, wird die Eliminierung des zionistischen Regimes glatt und einfach sein.'"

„Ich warne alle Führer der islamischen Welt vor der *fitna*: Wenn jemand unter Druck der Hegemonialmächte etwas falsch versteht, oder wenn er aus Naivität, Egoismus oder Hedonismus dazu kommt, das zionistische Regime anzuerkennen - sollte er wissen, dass er im Feuer der islamischen Gemeinschaft [umma] verbrennen wird [...].'

„Menschen, die in geschlossenen Räumen sitzen, können darüber nicht entscheiden. Die islamische Nation darf diesem historischen Feind nicht erlauben, im Herzen des Islam zu existieren.'"

„Oh ihr Lieben, schaut auf die Welt. Mit wem haben wir es zu tun? Wir müssen uns die Niedrigkeit unseres Feindes bewusst machen, damit sich unser heiliger Hass wie eine Welle immer weiter ausbreitet."¹⁷⁸

¹⁷⁸ Iranian Students News Agency (Iran), October 26, 2005, <http://www.isna.ir/Main/NewsView.aspx?ID=News-603386>



Special Dispatch, 11. November 2005 Iranische Reaktionen auf weltweite Kritik an Äußerungen von Ahmadinejad ¹⁷⁹

Starke Kritik übten die konservativen islamistischen Zeitungen *Jomhuriye Eslami* und *Kayhan* an den Reaktionen der westlichen Öffentlichkeit auf die "antizionistischen Ausführungen des iranischen Präsidenten [Ahmadinejad]". Dabei gab die Zeitung *Jomhuriye Eslami* ausführlich Stellungnahmen von europäischen Politikern wider und warf deren Regierungen vor, unter zu großem Einfluss des "zionistischen Regimes" zu stehen. Die muslimischen Völker hätten dagegen die antizionistischen Äußerungen des iranischen Präsidenten begrüßt. Die Zeitung *Kayhan* warf den westlichen Regierungen vor, die Statements des iranischen Präsidenten zu instrumentalisieren, um ihre Politik gegen den Iran durchsetzen zu können.

Über den zionistischen Einfluss und die Verurteilung von Roger Garaudy

Jomhuriye Eslami führt die Kritik an den Äußerungen Ahmadinejads auf den Einfluss zurück, den der Zionismus auf die westlichen Regierungen ausübe und beginnt ihren Kommentar mit einem Zitat des religiösen Führers Ayatollah Khamenei: "Es ist eine Schande für die ganze Menschheit, dass manche Staaten so stark unter dem Einfluss der Zionisten stehen."

Weiter schreibt die Zeitung: "Das größte Unglück, das die Menschheit in diesem Jahrhundert heimgesucht hat, ist der zionistische Einfluss auf die Regierungen vieler Staaten - insbesondere auf westliche Staaten, die doch von sich behaupten, die Zivilisation, die Menschenrechte und die Freiheit zu repräsentieren. Glücklicherweise gibt es im Westen aber auch gebildete und nachdenkliche Menschen, die gegen den Zionismus sind und dessen Verbrechen verurteilen. Nicht Wenige sind sogar bereit, im Widerstand gegen das verfaulende und schmutzige zionistische Regime große Opfer zu erdulden. So ist es ein weiteres Unglück für den Westen, wenn die dort herrschenden und vom Weltzionismus abhängigen Regierungen mit antizionistisch denkenden Menschen hart ins Gericht gehen. Ein augenscheinliches Beispiel für dieses beschämende Vorgehen ist die Verurteilung von Roger Garaudy, dem vorgeworfen wird, zionistische Lügen über die Verbrennungsöfen in Nazideutschland entlarvt zu haben. Dabei [...] wurde Roger Garaudy verurteilt und bestraft, weil er die Lügen der betrügerischen Propagandaapparate der Zionisten mit glaubwürdigen Dokumenten entlarvt hat.¹⁸⁰ So behandelt Frankreich, das die Wiege der Freiheit sein

¹⁷⁹ MEMRI

¹⁸⁰ Nicht nur Roger Garaudy, sondern auch der Holocaustleugner Robert Faurisson ist ein beliebter Interviewpartner in iranischen Medien. *Tehran Times* veröffentlichte am 10. November ein Interview mit Faurisson, in dem dieser erklärte: "Die Tatsache, dass die ganze Welt, besonders Deutschland und die USA, Israel finanziell so stark unterstützt und dass die Medien der westlichen Welt uns mit ihrer Propaganda über den ‚Holocaust‘ überschütten, rührt daher, dass die Bürger der westlichen Welt von der jüdischen Propaganda überschwemmt werden und deshalb an die Lügen vom ‚Holocaust‘



will, einen berühmten Wissenschaftler und Forscher allein wegen einer wissenschaftlichen Veröffentlichung."

"Auch in Deutschland gibt es so etwas: Vor drei Jahren wurde dort ein Universitätsprofessor verklagt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er die zionistischen Verbrechen entlarvt hatte. Das sind einige beschämende Beispiele für den Einfluss der Zionisten auf westliche Regierungen."¹⁸¹

Jomhuriye Eslami mit einem ausführlichen Überblick über die weltweiten Reaktionen

Im Folgenden gibt die Zeitung sehr ausführlich kritische Positionen zu den Äußerungen von Ahmadinejad wider: "Zuletzt haben Zionisten und Personen, die unter dem Einfluss des verfaulten zionistischen Regime stehen, für einen Aufstand gesorgt, weil der iranische Präsident auf der Konferenz "Eine Welt ohne Zionismus" zu Recht an die Worte Khomeinis erinnerte, der nicht nur den Sturz des Schahregimes, sondern auch das Ende der Sowjetunion und Saddams vorhersagte. [...]"

"Nachdem der italienische Außenminister Franco Fratini ein Telefongespräch mit der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice geführt hatte, gab er die folgende Erklärung ab: ‚Die Ausführungen des iranischen Präsidenten stellen die Möglichkeit eines Friedens im Mittleren Osten in Frage, weil Stabilität in der Region ohne die Existenz Israels nicht möglich ist.‘

"Walter Veltroni, Bürgermeister von Rom, sagte: ‚Wer an Frieden glaubt und nur ein wenig von der Zivilisation gelernt hat, kann über solche Ausführungen nicht schweigen. Noch weiter ging Augusta Selva, Mitglied des italienischen Außenministeriums: ‚Die Rede Ahmadinejads stellt eine Form der Unterstützung des Terrorismus dar und ist eine Kriegserklärung an Israel und seine Verbündeten.‘

"Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan forderte den iranischen Präsidenten sogar auf, sich von seinen radikalen Äußerungen zu distanzieren und moderat zu argumentieren. Erdogan sagte: ‚Israel ist ein guter Freund der Türkei und wird ihre militärischen Beziehungen mit Israel noch ausbauen.‘

"Die europäische Union vertrat eine einheitliche Position und der französische Außenminister kündigte ein Gespräch mit Großbritannien und Deutschland über diese Frage an. Auch die 383 Mitglieder des US-amerikanischen Kongresses

glauben. Und solange sie dies glauben, werden sie sich verpflichtet fühlen, die Juden, den jüdischen Staat und die jüdische Armee zu unterstützen. Sie werden ihnen immer mehr Geld und Waffen geben. Je mehr Menschen im Westen an den ‚Holocaust‘ glauben, desto mehr Muslime werden getötet werden. Sie werden dafür sorgen, dass noch mehr Palästinenser, Afghanen und Iraker und andere getötet werden."

¹⁸¹ Worauf die Zeitung hier anspielen könnte, ist unklar.



beschlossen einstimmig eine Resolution zu den Drohungen des iranischen Präsidenten gegen das zionistische Regime.

"Tom Lantos, Mitglied der Demokraten im US-Kongress bezeichnete die Ausführungen Ahmadinejads als die schlimmste Rede, die seit Adolf Hitler je gehalten worden wäre, und ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte: ‚Der Iran muss endlich aufhören, den Terrorismus zu unterstützen und unter dem Deckmantel eines zivilen Atomprogramms Atombomben zu entwickeln.‘

"UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte: ‚Kein Mitglied der Vereinten Nationen darf einem anderen Mitglied mit Gewalt drohen.‘ Auch der UN-Sicherheitsrat erklärte, dass alle 15 Mitglieder des Rates die antizionistischen Erklärungen des iranischen Präsidenten verurteilt haben. [...] Ebenso negativ reagierte der Vatikan.

"Und Saeb Erekat, ein hohes Mitglied der palästinensischen Autonomiebehörde, meinte, dass die Iraner zwar frei seien, sich zu äußern, ihre Worte aber bedeutungslos wären."

‘Zur Beseitigung des zionistischen Regimes wird keine Atombombe nötig sein’

Dann distanziert sich die Zeitung von diesen kritischen Positionen: "Zu den lächerlichsten Reaktionen zählen solche, in denen dem Iran die Unterstützung des Terrorismus vorgeworfen wird. Dabei wird das verbrecherische Israel als bescheidener Staat dargestellt, der gegen den Terrorismus ankämpfen muss. Diese Reaktionen zeigen wie dumm die sogenannten westlichen Politiker sind. Man muss sich doch nur vor Augen führen, wie die islamische Revolution im Iran ihren Sieg errungen hat, um zu verstehen, dass ein Regime nur mit einem Volksaufstand und nicht mit dem Einsatz einer Atombombe beseitigt werden kann. Von diesen Erfahrungen des Iran können andere Völker lernen. Das iranische Volk weiß ganz genau, dass die wachsam muslimischen Völker schon dafür sorgen werden, dass das usurpatorische zionistische Regime entwurzelt wird - eine Atombombe wird dazu nicht nötig sein."

"Mit dem jetzt vom Zaun gebrochenen Skandal verfolgen die Westler und die Zionisten mit ihren Mitläufern doch nur das Ziel, den Iran von seinem Atomprogramm abzubringen. Sie müssen aber sehen, dass die Atomtechnologie ein nationaler Wille der Iraner ist und die Regierung diesen nationalen Willen auch ohne Zögern durchsetzen wird. Gleichzeitig wird der Iran auch seine idealen und revolutionären Prinzipien, wie die Unterstützung des palästinensischen Volkes bis zur Vernichtung des verbrecherischen zionistischen Regimes ohne Zögern fortsetzen."

Der Iran und die Muslime haben einen festen Platz im Herzen der Völker der Welt’

"Es ist eine Schande, dass die westlichen Regierungen so stark unter dem Einfluss des zionistischen Regimes stehen, dass sie dieses als Achse des Friedens in der



Region darstellen, der bedroht würde, wenn das Regime nicht mehr existieren würde. Es ist eine Schande, dass so viele Weltinstitutionen unter dem Einfluss des Zionismus stehen, so dass sogar der Sicherheitsrat die israelischen Verbrechen gegen die Palästinenser ausblendet, die Worte des iranischen Präsidenten aber ganz schnell verurteilt. Der UN-Generalsekretär schweigt, wenn der amerikanische Präsident die Existenz gleich mehrerer Staaten bedroht, aber er stellt sich gegen den iranischen Präsidenten, der das zionistische Regime als illegal bezeichnete und auf die Möglichkeit der Beseitigung Israels hinweist.

Diese Haltung gegen das zionistische Regime wird aber den Iran und die Muslime nicht isolieren, denn alle Muslime wissen genau, dass sie mit ihrer Position einen Platz in den Herzen der Völker der Welt haben. Dies wird auch darin deutlich, dass die muslimischen Völker die antizionistischen Äußerungen des iranischen Präsidenten begrüßt haben. Wenn manche Personen die Äußerungen des Präsidenten für die schlimmsten Worte halten, machen sie damit deutlich, dass sie sich selbst und das zionistische Regimes bedroht fühlen. Und genau das beweist das Ansehen des Iran und die Gültigkeit der revolutionären Positionen der iranischen Politiker. Denn es handelt sich um Positionen, die am Ende die Säulen des Zionismus und ihrer Unterstützer niederreißen werden." ¹⁸²

‘Der Psychokrieg gegen den Präsidenten wird scheitern’

Auch die konservative Zeitung *Kayhan* sprach von einem "Psychokrieg", den die "abhängigen Zeitungen der Weltarroganz und des internationalen Zionismus" gegen die antizionistischen Positionen von Ahmadinejad führen würden. Die Zeitung erinnert dazu noch einmal an den Satz von Khomeini: "Israel muss aus den Geschichtsbüchern gelöscht werden."

Die Proteste gegen die Ausführungen von Ahmadinejad hätten auch nicht den Amerikanern und Briten genützt, sondern wären "zugunsten der islamischen Welt, aller Freiheitsbewegungen und den wahren Anhängern von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten" ausgefallen. Die Kritik an Ahmadinejad hätte dagegen vier Ziele verfolgt:

Erstens hätten die USA und ihre westlichen Verbündeten versucht, das iranische Atomprogramm zu stören. Zweitens sollten die "Demonstrationen der Völker" am Al-Quds-Tag beeinflusst werden. Drittens ging es laut *Kayhan* darum, die politischen Kräfte im Iran durch die Verurteilung der neuen Regierung zu spalten. Und viertens sollte mit den Angriffen auf Ahmadinejad der Islam und die islamische Revolution schlecht gemacht werden.

¹⁸² Jomhuriye Eslami, 1.11.2005



Alle diese Ziele seien jedoch gescheitert. Die Zeitung schlussfolgert: "Noch einmal wurde die Welt mit Propaganda gegen Iran und die islamische Welt bombardiert. Daraus aber entstand bei vielen die Frage nach den Argumenten der Iraner, nach den Zielen der Zionisten und danach, was diese in Palästina eigentlich zu suchen haben? Die Antworten auf diese Fragen fielen sicher zum Nachteil der Besatzer von Jerusalem und zugunsten der islamischen Revolution und der islamischen Welt aus. Auf diese Weise wird die Zahl derjenigen weiter zunehmen, die sich für die Freiheit von Jerusalem einsetzen." ¹⁸³

Militärmanöver, Hasspropaganda oder Frieden mit Israel ¹⁸⁴

Der Iran führt gegenwärtig Militärmanöver durch und testet Mittelstreckenraketen, die Israel, aber auch Teile Europas treffen können. Gleichzeitig kündigt Ahmadinejad an, dass der Iran anderen islamischen Ländern in Zukunft den atomaren Brennstoff 50 Prozent billiger als den gegenwärtigen Weltmarktpreis verkaufen wolle.

Als Parallelveranstaltung verteilte der iranische Minister für Kultur und islamische Führung Preise für die „Künstler der Holocaustausstellung“.

In der folgenden Dokumentation soll abschließend eine andere iranische Stimme zur Sprache kommen, die deutlich macht, dass die Feindschaft gegen Israel mit einer Feindschaft gegen die westliche Zivilisation zu vergleichen ist.

- Iranisches Militärmanöver.

Der iranische General Safawi, Oberbefehlshaber der Pasdaran, [Revolutionskomitees] eröffnete am 1. November ein landesweit durchgeführtes Militärmanöver, das den Titel, „Payambar Asam“ [der große Prophet] trägt. Im Einsatz befinden sich die Bodentruppen, die Luftwaffe und die Marine. Diese Manöver finden in 14 Provinzen des Iran und im persischen Golf statt und werden mindestens 10 Tage dauern.

Der Iran testete seine Mittelstreckenraketen Schahab 2 und 3 mit einer Reichweite von über 1000 km. Weitere Raketen Fateh 110, Zolfaqar 73, die eine Reichweite von mindestens 150 km haben, wurden bei den Manövern getestet. Es soll auch eine Rakete mit einer Reichweite von 3000 km getestet worden sein.

ISNA berichtete, dass zusätzlich die Scud-B-Rakete, Z3, FL10 und Zalzal getestet worden seien. Die Bodentruppen hätten Dutzende Raketen mit Reichweiten zwischen 300 bis 2000 km getestet. General Rahim Safawi habe die Manöver im Namen des Propheten Mohammad eingeleitet. ISNA schreibt: „Vor der islamischen Revolution hatte der Iran keine Raketen. Die genannten Raketen haben das

¹⁸³ Kayhan, 1.11.2005

¹⁸⁴ November 4, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/11/04/3-aktuelle-meldungen-militarmanover-hasspropaganda-oder-frieden-mit-israel/>



militärische Potential und die Macht der bewaffneten Kräfte im Hinblick auf die Verteidigung der heiligen Erde der Islamischen Republik Iran gesteigert.

General Safawi sagte weiterhin: „Aus der Sicht des Iran geht es um die Sicherheit der Region und wenn fremde Kräfte die Sicherheit und die Interessen des Iran gefährden wollen, werden die Pasdaran [Revolutionskomitees] und die Bassiji [Freiwillige Söldner] alle ihre Kräfte darauf konzentrieren den Feind zu schädigen.“ Im Bezug auf das gleichzeitig stattfindende US-amerikanische Manöver im persischen Golf sagte der iranische General: „Diese [amerikanischen] Manöver sind propagandistisch und politisch und haben keinen militärischen Wert. Wir dagegen stellen nur einen Teil unseres Potentials zur Schau.“

Auch im Atomkonflikt verhält sich der Iran konfrontativ und zeigt keine Bereitschaft auf sein Anreicherungsprogramm zu verzichten. Bis kommenden März will der Iran mindestens 3000 Zentrifugen in Betrieb nehmen. Die iranische Führung behauptet jedoch, dass die Manöver nichts mit dem Atomprogramm zu tun haben. Dennoch muss konstatiert werden, dass die Mischung des Aufrüstungspotentials und des Atomprogramms die Bedrohung des iranischen Regimes erst ausmacht.

2) Hassan Rohani meint, dass die militärischen Manöver nichts mit der iranischen Atomakte zu tun haben und Ahmadinejad behauptet, dass der Iran den atomaren Brennstoff 50 Prozent billiger verkaufen wolle. Zudem warnen iranische Politiker vor einem Verbot der Einreise der IAEA-Inspektoren.

ISNA zufolge bezeichnete „Rohani den Entwurf der Resolution des UN-Sicherheitsrates als grausam. [...] Es ist wichtig, dass wir diese Resolution verhindern und wenn nicht, wenigstens dafür sorgen, dass diese moderater gestaltet wird. Denn diese Resolution ist in jeder Hinsicht ein Fehler. [...] Diese Resolution ist weder zugunsten der Region noch Europas. [...] Leider hören unsere Feinde nicht auf, unsere Sicherheit zu bedrohen. Bush erklärte, dass der die militärische Option nicht vom Tisch nehmen wolle und Israel droht hier und da mit militärischen Schlägen gegen den Iran. [...] Aber unsere Manöver haben mit der Atomakte nichts zu tun. Die amerikanischen Manöver deuten darauf hin, dass die Amerikaner und der Westen uns etwas sagen wollen. Jedenfalls hat der Iran keine Kriegsabsichten. Wir beabsichtigen auch nicht, Atomwaffen zu bauen“

Ayatollah Nuri Hamedani forderte, dass „alle muslimischen Völker die Manöver des Iran unterstützen müssen.“

Ahmadinejad gab im Vorfeld der Manöver bekannt, dass der Iran vorhabe den „atomaren Brennstoff 50 Prozent unter dem gegenwärtigen Preis auf dem Weltmarkt zu verkaufen. [...] Das iranische Volk kann den atomaren Brennstoff anderen Völkern 50 Prozent billiger zur Verfügung stellen.“

Reza Haji Babai, Mitglied des islamistischen Parlaments [Majless] warnte Aftab zufolge, dass der Iran die Einreise der Inspektoren der IAEA verbieten und über den



Sinn seiner Mitgliedschaft im NPT nachdenken werde, falls Sanktionen gegen den Iran verhängt werden sollten.

Das Atom- und das Aufrüstungsprogramm des Iran wird propagandistisch mit der Relativierung des Holocaust vorwärts getrieben. Die Bedrohung für Israel wird hier besonders sichtbar.

Preisverleihung für Holocaustkarikatur.

Am Dienstag, den 1.11.2006 erhielten „die besten internationalen und iranischen Künstler“, die ihre Karikaturen in der Holocaustausstellung in Teheran ausgestellt hatten, Preise.

Mohammad Hussein Saffar Harandi, der iranischer Minister für Kultur und islamische Führung, sagte bei der Preisverleihung: „In der Holocaustausstellung haben Künstler aus dem Iran und aus der ganzen Welt ihre reinen Gefühle aufs Papier gebracht. Hass kann schön sein, weil es der Kontrapunkt zur Liebe ist. Und wenn jemand die Unreinheit der anderen meidet und zeigt, führt dies zur Liebe. Jeder, der in seinen Werken und in seinem Denken seine Abscheu gegen die Unterdrücker zeigt, beweist damit seine Demut und Bescheidenheit. Wenn jemand seinen Hass gegen die verabscheuungswürdigen zionistischen Gesichter und ihre Herren zeigt, beweist er seine Liebe zu deren Opfer. Präsident Dr. Ahmaqinejad hat uns die Wahrheit über die Schande der Zionisten vor Augen geführt. Jeder kann für sich über die Wahrheit des Holocaust urteilen, kann den Holocaust entlarven. Jeder kann Künstler motivieren mit ihrem Gewissen zu arbeiten. Dr. Ahmadinehad hat in dieser Diskussion seine Männlichkeit, seinen Mut und seine Freiheitsliebe bewiesen. Er hat mit der Diskussion über den Holocaust Solidarität bei denjenigen erzeugt, die nicht bereit sind, ihren Verstand einfach zu verkaufen. Ahmadinejad hat sich gegen bestimmte Behauptungen gewehrt. Jedenfalls ist heute ein Tabu über den Holocaust gebrochen worden und das ist ein großer Sieg dieses Jahres. Die Künstler haben mit ihrer Kunst auch bewiesen, dass sie bereit sind, Risiken einzugehen und Gefahren auf sich zu nehmen, um aufzuklären und die Wahrheit zu verteidigen.“

Irna berichtete, dass „drei Künstler Preise bekommen“ haben und „12 Karikaturisten besonders gelobt worden sind.“

Farsnews veröffentlichte weitere Facetten aus dem Vortrag des Ministers für Kultur und islamische Führung: „Die Kugeln, die in den Köpfen der Palästinenser einschlagen, sind nicht so schmerzhaft, wie der Vorwand und die listigen Geschichten, die die Zionisten benutzen, um ihre Verbrechen fortzusetzen. Diese listigen Geschichten sind schon oft mit Hilfe von aufgeweckten Personen aufgedeckt worden und zuletzt durch Präsident Ahmaqinejad.“

„Der erste Preisträger heißt Abdollah Darkawi und hat einen Preis im Wert von 12.000 Dollar erhalten. Den zweiten Preis über 4000 Dollar haben Carlos Latof aus Brasilien und Rey Chard aus Frankreich erhalten. Den dritten Preis im Wert von 5000 Dollar erhielt der Iraner Shahram Resai“, berichtete Farsnews. Weiterhin wurden



„besondere Medaillen an 12 Künstler aus Iran, Brasilien, Jordanien, Marokko, Italien und Syrien vergeben.“

Iran: Antijüdische Parolen und Kriegsdrohungen ¹⁸⁵

Hochrangige iranische Politiker sprechen von einem Krieg, der über die islamische Weltherrschaft entscheiden wird. Antijudaismus ist dabei ein fester Bestandteil der iranischen Staatsdoktrin. Zudem setzt der Iran weiterhin auf seine Politik des Revolutionsexportes, indem jihadistische Bewegungen unterstützt werden. Dabei bleiben die sozialen Probleme im eigenen Land ungelöst....

„Der Jude ist der strengste Feind des Frommen. Die Juden und ihre Anhänger sind die strengsten Feinde des Iran.“

Der Vertreter des iranischen Revolutionsführers, Hojatoleslam wal-Moslemin Mohammad Hassan Rahimian propagiert offen den Antijudaismus: „Der Jude ist der hartnäckigste Feind des Frommen. Und der Hauptkrieg wird über das Schicksal der Menschheit bestimmen. Ein Krieg, der schließlich über die Weltherrschaft des Islam entscheiden wird; das Wiedererscheinen des 12. Imam wird einen Krieg zwischen Israel und die Schia mit sich bringen.“ Er bezog sich auf Ayatollah Khomeini und fügte hinzu: „Die Juden und ihre Anhänger betrachten den Iran als ihren größten Feind. Sie wissen und alle sind sich bewusst darüber, dass der Krieg der Hisbollah gegen Israel ein Krieg Israels gegen den Iran war. Wenn hier die Rede von Iran ist, sind selbstverständlich die Schia und der reine Islam gemeint und nicht im Sinne des iranischen Volkes. [...] Israel ist im Bodenkrieg mit 40.000 Mann und hohem militärischem Potential nicht in der Lage gewesen den Widerstand von 100.000 Hisbollah-Kämpfern zu brechen. Der 33 Tage andauernde Krieg war der erste Krieg der Hisbollah gegen Israel in der ganzen Geschichte der illegalen Existenz Israels.

Die eigentlichen Regisseure aller Aktivitäten der Amerikaner sind der Jude, der Zionist und sogar die Christen mit zionistischen Tendenzen. Hollywood, der Verein, der weltweit Unsitte und Verderbtheit der Großkapitalisten verbreitet, ist in Händen von Juden, Zionisten oder Menschen, die in ihrer Gewalt sind. [...]“

Und zum 11.9. sagte einer der wichtigsten Repräsentanten des iranischen Staates, Rahimian: „Die meisten Bewohner der Twin Towers waren Zionisten und Juden. Nach dem Ereignis war nicht ein einziger der Ermordeten ein Jude. Dies zeigt eindeutig, welche Rolle der Jude bei der Durchführung dieses Ereignisses hatte.“

Der Stellvertreter des iranischen Staatsoberhauptes zog einen historischen Vergleich zwischen dem Sturz des Schahs und Israel: „Als Imam Khomeini sagte, dass der Schah gehen muss, konnte niemand daran glauben. Nach 15 Jahren wurde jedoch die tyrannische und 2500 Jahre andauernde Herrschaft der Schahs zerstört. Der Imam sagte dann über Israel, dass Israel von der Bildfläche der Epochen gelöscht

¹⁸⁵ November 17, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/11/17/iran-antijudische-parolen-und-kriegsdrohungen/>



werden muss. Diese Worte werden sich genauso bewahrheiten, wie der Schah gehen musste.“

Nabih Berri in Teheran

Khamenei: „Im Libanon wird die Niederlage Amerikas und des zionistischen Regimes entschieden werden.“

Der religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei, traf sich mit dem Vorsitzenden des libanesischen Parlaments, Nabih Berri, der gleichzeitig Vorsitzender der schiitischen Amal-Miliz ist und Vertreter der libanesischen Hisbollah. An der Sitzung nahm auch der iranische Majlessvorsitzender Hadad-Adel teil. Khamenei sagte: „Mit Gotteshilfe wird im Libanon die Niederlage Amerikas und des zionistische Regimes entschieden werden. [...] Die Ereignisse in dem 33 Tage dauernden Krieg gegen Amerika und das zionistische Regime waren einmalig in der islamisch-arabischen Geschichte. In Zukunft werden die Dimensionen eines solchen Sieges noch deutlich werden. Die Einheit zwischen der Amal und der Hisbollah war die Grundlage für den großen Sieg. Diese Einheit muss noch stärker werden.

Während Hadad-Adel davon überzeugt zu sein scheint, dass „das amerikanische Imperium sehr bald stürzen“ werde, sagte Nabih Berri: Wenn auch Amerika und das zionistische Regime bemüht sind Hindernisse aufzustellen, damit der moralische Einfluss des Iran in der Region nicht stärker wird, aber wird die Islamische Republik Iran die wichtigste Macht in der heutigen Zeit in der Region werden.“

Und der iranische Verteidigungsminister Mostafa Mohammad Najjar sagte über Israel: „Offenbar haben die Führungsköpfe dieses Regimes nichts vom Schicksal Saddams und der erniedrigenden Niederlage im Libanon gelernt. [...] Wenn sie unvernünftig handeln sollten, wird die Antwort des Iran so schnell und zerstörerisch sein, dass dieses Regime für immer verzweifeln wird. [...] Die Zukunft gehört dem vereinten palästinensischen Volk. Dieses Regime muss sich schließlich dem Willen der Hauptbewohner des palästinensischen Bodens ergeben.“

Mahmoud Al-Zahar in Teheran

„Der Schlüssel zum Sieg“

Der palästinensische Außenminister, Mahmoud Al-Zahar besucht gegenwärtig die Islamische Republik Iran. In einem Treffen mit Al-Zahar bezeichnete Ayatollah Hashemi Rafsanjani den „palästinensischen Kampf gegen das zionistische Regime als die Achse des Islam und als der Schlüssel zum Sieg.“ Rafsanjani glaubt, dass der „gerechte Sieg über die Ungerechtigkeit eine göttliche Tradition“ sei. „Der Weg des Kampfes der Palästinenser hat sehr viele Höhen und Tiefen. Sie müssen hierbei sehr viele göttliche Prüfungen bestehen. Aber am Ende wird das palästinensische Volk siegen. Um den Erfolg des Kampfes zu gewährleisten, muss die Bewegung rational und geduldig sein. Das zionistische Regime und dessen Unterstützer haben stets große Probleme. Daher müssen wir auch wachsam sein, denn wenn sie sich in die Enge geführt sehen, werden sie gefährlich. Außenpolitisch betrachtet, hat die Islamische Republik Iran immer das demütige palästinensische Volk verteidigt.[...]“



Und Mahmud Al-Zahar fühlte sich ermutigt zu sagen: „Die Hamas wird niemals Israel anerkennen.“

Kayhan berichtete, dass sich Mahmud Al-Zahar auch mit dem iranischen Majless-Vorsitzenden Hadad-Adel getroffen habe und auch in dieser Sitzung die Entschlossenheit des palästinensischen Kampfes gegen Israel betont habe: „Das palästinensische Volk wird niemals auf seine Waffe des Widerstandes verzichten. Das palästinensische Volk wird niemals Israel anerkennen.“

„Heute ist die islamische Republik der bestimmende Faktor für Frieden und Stabilität im Mittleren Osten.“

General Safawi, Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden ist sich sicher, dass „heute die islamische Republik der bestimmende Faktor für Frieden und Stabilität im Mittleren Osten ist. Daher wird jede Verschwörung scheitern. [...] Amerika und die Zionisten haben viele Niederlagen erlitten. [...] Bald werden wir die Auswirkungen dieser Niederlagen noch deutlicher sehen. Die Amerikaner und die Briten müssen bald Irak räumen.“ Er sprach zudem die Bassijis [Freiwilligenarmee] an und sagte: „Die Bassijis müssen ihre Aufgaben auf drei Ebenen ausführen: Verteidigungs-, Sicherheitsaufgaben und kulturelle Dienste.“

Irans Revolutionsexportstrategie

Der Iran hat bislang die radikale Hamas-Bewegung nach Aussagen des palästinensischen Außenministers Al-Zahar mit 120 Millionen Dollar, rund 94 Millionen Euro, unterstützt. Ali Larijani gab bekannt, dass der Iran „schon immer ein guter Freund und Unterstützer der Hamas gewesen ist.“ Wie Mehrnews bestätigte, wird der Iran seiner Zusage von April weiterhin nachkommen und die Unterstützung von 50 Millionen Dollar an Hamas zu Ende zahlen. Denn die Hamas sei „ein Denkmal des palästinensischen Widerstandes.“

Ali Larijani sagte auch seine Unterstützung für die zukünftige palästinensische Regierung zu:

„Iran wird die neue Regierung der nationalen Einheit des palästinensischen Volkes, die von Hamas unterstützt wird, auch unterstützen.“

Das „große atomare Fest“ und die Armutsgrenze

Während Ahmadinejad angekündigt hat, bis zum kommenden März mindestens 3000 Zentrifugen in Betrieb zu nehmen und ein „großes atomares Fest“ angekündigt hat, wächst die Armut im Iran. Das langfristige Ziel des Baus von 60.000 Zentrifugen wird die soziale Frage im iranischen Gottesstaat nicht lösen.

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad kündigte im atomaren Rausch an: „Das iranische Volk wird bald den Zenit des atomaren Sieges erreichen und bis Ende des Jahres [März 2007] wird im Iran das Fest der Stabilisierung des atomaren Rechtes des Iran gefeiert werden. Die Feinde wissen, dass sie mit einem frommen und mutigen Volk konfrontiert sind und deswegen sind sie aggressiv. Sie drohen und wollen Sanktionen verhängen. Sie machen Druck, damit sie den Iran an seinem Fortschritt hindern.“



Und Ali Larijani, Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrates gab bekannt, dass der Iran seine „Forschung auf dem Gebiet der atomaren Forschung vervollständigt“ habe. [...] Entweder müssen sie es akzeptieren, oder wir werden unsere Arbeit machen, auch mit der Kontrolle der IAEA. Was für den Iran wichtig ist, ist dass der Anreicherungsprozess gewährleistet ist. Das ist eine Schlüsseldiskussion. Wir sehen absolut keinen Grund für ein Moratorium der Urananreicherung.“

Larijani drohte: „Falls sie Sanktionen gegen uns aussprechen, werden schon noch verschiedene Wege für uns offen sein.“

Keine gerechte Gesellschaft unter Ahmadinejad

Die im Iran erscheinende Zeitung Entekhab berichtet, dass sich unter der Regierung von Ahmadinejad die Arbeitslosenrate um 0,5% erhöht habe.

Die Teuerungsrate sei immens. Ein Kilogramm Fleisch sei um ca. 50 Prozent teurer als im Vorjahr. Auch die Mieten seien um rund 50 Prozent gestiegen. Der Preis von Süßwaren sei um 30 Prozent gestiegen. Nach Informationen von nicht offiziellen Experten würden mehr als 55 Prozent der Iraner unter der Armutsgrenze leben und ca. 15 Prozent in der absoluten Armut.

Die Zeitung Jomhuriye Eslami lobt den US-amerikanischen Ex-Präsidenten Jimmy Carter

Jomhuriye Eslami lobt Jimmy Carter, weil dieser in seinem neuesten Buch [Palestine Peace Not Apartheid] „Israel als die Hauptursache für den Konflikt im Mittleren Osten“ bezeichnet. Die radikal-islamistische Zeitung schreibt: „Carter hat in seinem Buch davor gewarnt, dass ein Schweigen der Amerikaner über die israelische Politik zum Erstarken des anti-amerikanischen Terrorismus führen könnte.“

ANTISEMITISCHE STEREOTYPEN:

„Hollywood: Instrument der zionistischen Politik“

Farsnews berichtet, dass die indische Zeitung „Hindu“ in einem Artikel behauptet habe, dass „Hollywood ein Instrument der zionistischen Politik ist. Hollywood versucht seinen Zuschauern die Holocaustgeschichte einzureden,“ so die Zeitung. Die Auflage der indischen Zeitung „Hindu“ liegt bei 1 Million Exemplare.

Laut Farsnews schrieb die indische Zeitung: „Es muss noch viel über das Hollywood-Kino und das Problem der Juden geforscht werden.“ Farsnews notiert weiter:

„Die historischen Hollywood-Filme sind in der Tat ein Instrument, um die Gegenwart mit den christlichen und jüdischen Mythologien der Vergangenheit zu verknüpfen. Beispielsweise sind Filme wie ‚Die zehn Gebote‘ (1956) ‚Ben Hur‘ (1959) und ‚König der Könige‘ (1961) Filme, die während des Sechs-Tage-Krieges gedreht worden sind, d.h. während des Krieges zwischen Israel und Ägypten. Es ging um den Suez-Kanal. Diese Filme waren die Lautsprecher und Instrumente der Propaganda der zionistischen Politik. Diese Filme stellten aus der westlichen Perspektive Ägypten



sehr negativ dar. Oberflächlich betrachtet, behandelten alle drei Filme Themen, die im Kontext des Christentums standen. Wenn man die Filme aber genau anschaut, merkt man, dass es um die Unterschiede zwischen den Christen und den Juden geht. Beispielsweise stellt der Regisseur des Films „König der Könige“, Nicholas Rey, König Herodes so dar, als ob er nicht Jude, sondern ein Araber gewesen sei.

Wenn man genau die Hollywood Filme anschaut, die den Holocaust behandeln, beschreiben sie nicht so sehr die Wildheit der nazistischen Partei, sondern man entdeckt immer mehr, dass es nur um die Legitimationshilfe für die Israelis geht. Dagegen zeigten osteuropäische Filme das hässliche Gesicht der Nazis. [...] Wenn wir aber die Hollywood Filme ‚Schindlers Liste‘ oder ‚Der Pianist‘ anschauen, ist es gar nicht so. Man kann vielleicht sagen, dass die Holocaust Filme, die Hollywood drehte, die Funktion hatten ein falsches Gesicht Israels zu vermitteln. Und das passierte in Zeiten, als die Vorgehensweise der Israelis nicht mehr erklärbar war. Die politischen Führer Israels aber benutzen den Holocaust als eine Waffe zu ihrer eigenen Verteidigung. Als die Schule in Süd-Libanon am 31. Juli bombardiert wurde, handelte Olmert genauso. Hollywood muss den israelischen Interessen dienen, aber auch die des Kapitals. [...]“

[Farsnews, <http://www.farsnews.com/newstext.php?nn=8508280389>, 21.11.2006]

„Einige Worte über die Form der Auseinandersetzungen mit dem demokratischen Staat Israel“¹⁸⁶

Ali Akbar Asad

„Die fortschrittlichen Kräfte der Welt fordern den Dialog und die Lösung von Krisen. Alle Bemühungen richten sich darauf, dass Israel und Palästina sich gegenseitig anerkennen. Die iranische Linke muss sich mit diesem Problem auseinandersetzen. Terroristische Aktionen richten sich gegen die Interessen der Völker beider Seiten.“

Beinahe das gesamte Spektrum der iranischen Linke, die areligiös und laizistisch ist, positionierte sich auch gegen Israel. Sie wurden zu den Feinden dieses Staates, weil sie die Anti-Schah-Brille trugen und alle Staaten, Kräfte und Personen, die mit dem Schah zusammenarbeiteten, gleich als ihre Feinde betrachteten.

Ein Teil der Linke bekämpfte aber nicht China und auch nicht die Sowjetunion, obwohl beide Staaten mit dem Schah zusammenarbeiteten. Die iranische Linke war eine junge Bewegung. Sie war nicht unabhängig und akzeptierte alles, was aus dem Ausland kam. Diese Linke war ein Gefangener der Außenwelt. Diese Linke hat sich nie gefragt, warum sie eigentlich Israel anfeindet. Sie führten alle Befehle, die sie bekamen, gedankenlos aus.

¹⁸⁶ Dezember 2, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/12/02/einige-worte-uber-die-form-der-auseinandersetzungen-mit-dem-demokratischen-staat-israel/>



Die iranische Linke übersah, wie in manchen islamischen Büchern von der Feindschaft zwischen dem Islam und dem Judentum die Rede war. Sie folgten den Islamisten und bekämpften Israel. Sie wussten nicht, dass die Islamisten, sich auf eine religiöse Literatur bezogen, die dazu aufrief Israel zu bekämpfen, weil es jüdisch ist. Sie reihten sich zu den islamistischen Kräften, die weder Achtung vor Freiheit noch vor anderen Ideen als ihre eigenen haben. Jedenfalls ließ sich die areligiöse iranische Linke instrumentalisieren, so dass Khomeinis reaktionäre Vorstellungen sich durchsetzten. Unbewusst dienten sie dem reaktionären Islam und verstrickten sich in einen religiösen Krieg.

Als Yasser Arafat als Vertreter des palästinensischen Widerstandes die Hände eines Vertreters der israelischen Staates drückte, verstand die iranische Linke nicht die Bedeutung dieses Vorgangs. Was Arafat und seine Begleiter damals unternahmen, war die faktische Anerkennung Israels. Als Sprecher des palästinensischen Volkes erkannte Arafat den israelischen Staat an und führte einen Dialog mit ihm. Wenn nun die iranische Linke ein wenig Yasser Arafat, Al-Fatah und die PLO anerkennen würde, müsste sie mit ihrer Feindschaft gegen Israel aufhören.

Mit Taten hat der israelische Staat bewiesen, dass er demokratisch ist. Der israelische Staat gibt seinen Bürgern bürgerliche Freiheiten. Die israelischen Staatsbürger können ohne Probleme Parteien und Organisationen gründen. Jeder hat volle Freiheiten, solange keine Gewalt im Spiel ist. Das ist die Spielregel aller demokratischen Staaten der Welt. Die iranische Linke muss dies unterstützen. Der israelische Staat ist besser als die saudi-arabische, die jemenitische oder ähnliche Regierungen.

Die iranische Linke muss für die Lösung von Krisen eintreten. Die iranische Linke darf nicht hinter bekannten Kräften herlaufen, die nur für Krisen, Terror und Feindseligkeiten sorgen. Wenn diese Kräfte an die Macht kommen, schaden sie den Linken, den Rechten, den Religiösen und der gesamten Gesellschaft. Solche aggressiven und reaktionären Kräfte wollen in Palästina den Frieden verhindern. Seit Jahren bezeichnet die islamische Regierung in Iran die PLO als Kollaborateur und bekämpft sie. Dabei unterstützt die iranische Regierung die reaktionären linken und rechten Kräfte. Diese reaktionären linken und rechten Kräfte treten nicht für die Interessen der Bevölkerung ein. Sie vertreten nur ihre eigenen reaktionären und inhumanen Vorstellungen. Sie wollen den Terror und die Gewalt verbreiten, die reaktionär ist und sich gegen die Bevölkerung richtet.

Die fortschrittlichen Kräfte treten für den Dialog und für die Lösung von Krisen ein. Alle Bemühungen richten sich darauf, dass Palästina und Israel sich gegenseitig anerkennen. Die iranische Linke muss sich auch mit diesem Problem auseinandersetzen. Terroristische Aktionen richten sich gegen die Interessen der Völker beider Seiten. Alle wissen, dass die Religiösen und die Radikalen die Plätze der palästinensischen Linken eingenommen haben und die Grundlage für den Terror liefern. Sie dienen nicht dem palästinensischen Volk. Eigenwillig verwandeln sie



arme junge Menschen zu Mördern von anderen Menschen, insbesondere von Juden und Israelis, aber auch von anderen Staatsangehörigen. Die iranische Linke muss sich mit fortschrittlichen Kräften der Welt zusammenschließen und nicht mit reaktionären Linken und Rechten, ganz gleich ob religiös oder areligiös.

Glücklicherweise haben palästinensische Führer wie Arafat und Mahmud Abbas dies alles verstanden und haben die Hände der Israelis geschüttelt. Aber die iranische Linke, die sich mit der PLO verwurzelt sieht, hat bisher nichts unternommen, um diese positiven Schritte von Arafat und Abbas und der PLO zu stärken. Die Linke ist diesen friedliebenden Menschen schuldig und muss ihre Feindschaft gegen Israel beenden und den israelischen Staat gänzlich anerkennen. Diese Linke muss ihre Augen öffnen und den demokratischen israelischen Staat stärken und den Staat auffordern dem palästinensischen Volk zu helfen und mit ihm den Frieden zu schließen."

„Holocaust: Die Funktionen eines Mythos oder einer Ideologie“¹⁸⁷

Der folgende Text stammt von Mohammad Lessani und erschien am 30. November 2006 zunächst in der reformislamistischen Zeitung „Iran“. Am gleichen Tag übernahm die Website der Hisbollah Mogavemat.com den Artikel. Mogavemat.com ist eine aus dem Iran betriebene Website, die der propagandistischen Unterstützung der libanesischen Hisbollah dient.

Im folgenden Text stellt der Autor die These auf, dass der Zionismus einen „sanften Krieg“ gegen den Iran führe. Ein Instrument dieses „sanften Krieges“ sei die Filmindustrie. Zwar werden diese Filme im Iran nicht gesehen. Traditionell werden die im Iran verbotenen sehr bekannten Filme dennoch in Zeitschriften und Zeitungen besprochen, selbstverständlich verschwörungstheoretisch. Interessant ist der Text, weil hier mit neuen antisemitischen Stereotypen gearbeitet wird.

„Ganz gleich ob wir die Geschichte mit dem Massenmord an Juden während des zweiten Weltkrieges als eine Wahrheit betrachten oder als eine historische Fälschung, ist es doch wichtiger, wie die Zionisten ihre Propaganda und ihre vorgetäuschte Bescheidenheit mit diesem Argument begründen. Die Hauptfrage im Hinblick auf das Problem des Holocaust ist doch nicht, ob es einen abscheulichen Völkermord an den Juden gegeben hat oder nicht.

Was uns gegenwärtig bewegt, ist, welche kulturelle Propaganda der Zionismus auf der Grundlage des Holocaust betreibt. Dieser Teil des zionistischen Verhaltens kann man nur dank des Schlüsselbegriffes ‚sanfter Krieg‘ verstehen.

¹⁸⁷ Dezember 4, 2006, <http://honestlyconcerned.info/2006/12/04/antisemitische-stereotypen-holocaust-die-funktionen-eines-mythos-oder-einer-ideologie/>



Und der überwältigte Zuschauer stimmt, sobald er ein Bild sieht, gleich allem zu, was man ihm dazu erzählen wird, ohne selbst nach der Wahrheit zu suchen. Der aktive Zuschauer dagegen kritisiert die ihm eingeredeteten Analysen und Vorstellungen, um die beste Position zu erlangen.

Mit einem klaren Beispiel kann man die Funktion dieser Methode des sanften Krieges erkennen, wie sie versuchen anderen ihre Vorstellungen einzutrichtern. Während in den traditionellen Kriegen ein Herrschaftssystem oder die Herrschaftsstrukturen eines Landes angegriffen und gestürzt werden, wird im sanften Krieg versucht die gesellschaftlich vorhandenen Glaubensvorstellungen zu schwächen und zu vernichten. Beispiele dafür können wir in den westlichen und amerikanischen Medien immer wieder betrachten.“

„Die Identitätsfälschung der Juden:

Sie benutzen den Holocaust für ihre Propaganda und als Symbol für die Stärkung ihres Nationalismus und der Einheit der Juden. Jehuda Bauer, einer der Holocaustexperten schreibt dazu: ‚Holocaust ist ein Symbol für unsere westliche Kultur geworden, ganz gleich ob dies traditionell vorhanden war oder gar fiktiv ist, ob dies gemäß der historischen Wahrheiten ist oder nicht, ob dies mit dem Ziel der Schaffung von Einmütigkeit und Verstehen der historischen Ereignisse zu vereinbaren, oder ob dies dem Ziel dient glanzvolle Erinnerungen beizubehalten.‘ Und Prof. Tim Cole schreibt: ‚Die Geschichte begann am Anfang sehr leise, bis die gesamte westliche Kultur, insbesondere die jüdische davon durchtränkt worden ist. Viele der Kinofilme behandeln dabei den Holocaust.‘

Die Köpfe der Zionisten, die das Märchen des Holocaust propagieren, bringen den Juden bei, dass sie sich miteinander einigen und das zionistische Regime unterstützen müssen, damit der Hass der Nicht-Juden ihnen keine Probleme bereiten kann.“

„Die Fälschung der Ideologie und der Zeremonie des Holocaust

Der Rabbiner Michael Goldberg, einer der religiösen Führer der jüdischen Schriftsteller sagt diesbezüglich: ‚Der Glaube und die Anbetung des Holocaust ist für manche Juden wie eine neue Religion geworden. Und wie bei jeder anderen vereinigten Kirche haben die Holocaust-Anhänger ihre eigenen religiösen, zeremoniellen und spezifischen Heiligtümer.‘

Und Gernar Rudolf ^[1] schreibt in seinem Buch über die Lehren aus dem Holocaust, dass in den westlichen Ländern der Holocaust so behandelt wird, dass die Geschichte einen religiösen Charakter gewinnt. Er glaubt, dass das Holocaust-Museum zu einem Ort des Gebets verwandelt worden ist.

Wie wir es auch von den Protokollen der jüdischen Führer kennen, bekommen die angeblichen Leiden der Juden in den Konzentrationslagern einen höheren Stellenwert als die Leidensgeschichte von Christus im Christentum.“



„Die Instrumente des sanften Krieges des Zionismus

1) Die Filmindustrie

1.1. Die Shoa

Claude Landsmann, französisch-jüdischer Filmemacher, bekam im Jahre 1977 von der israelischen Regierung eine finanzielle Hilfe von 850.000 Dollar. Er sollte mit dem Geld einen Dokumentarfilm über den Holocaust drehen. Das Ziel eines solchen Filmes war die Überredung von Menschen, die dieser Geschichte misstrauten, in einer Zeit als die Revisionisten das Herz vieler Gruppen erobert hatten. Zusätzlich erhöhten die französische Regierung und einige private Stiftungen die finanzielle Hilfe. Im Jahre 1985, d.h. acht Jahre später, wurde der Film fertig gestellt. Die Shoa ist ein Film, der 91 Stunden und 20 Minuten dauert. In dem Film hat Landsmann Interviews mit Personen geführt, die behaupten Zeugen der Grausamkeiten der nationalsozialistischen Partei gegen die Juden gewesen zu sein. Abgesehen von der zeitlichen Länge des Films werden Filmtechniken eingesetzt, so dass der Zuschauer wirklich glaubt, dass die Behauptungen, die in dem Film aufgestellt werden, wahr seien. Landsmann erklärt in einem Interview mit der New York Times, wie ein Zuschauer genau in seine Falle gerät: „Ein Herr schrieb mir einen Brief, nachdem er den Film gesehen hatte. Er sagte, dass er zum ersten Mal das Weinen eines Kindes in einer Gaskammer gehört hat. Vielleicht lag der Grund dafür darin, dass seine Phantasie zum ersten Mal angeregt worden ist.“

„Schindlers Liste:

Schindlers Liste wurde im Jahr 1993 gedreht. Der Regisseur des Films ist Steven Spielberg. Er ist der reichste jüdische Regisseur von Hollywood. Es geht um das Abenteuer eines ausschweifenden Fabrikbesitzers, Oskar Schindler, der 1100 Juden rettete. Der Film basiert auf einem Film von Thomas Keneally und erzählt die Geschichte eines guten und beispielhaften Deutschen. Oskar Schindler ist ein Geschäftsmann, der seine Zeit bestens vertreibt und eine Metallfabrik besitzt, in der Juden versklavt werden. Am Anfang ließ er Waren aus Metall, dann Röhren für die Artillerie und später für die deutsche Armee im Krieg fertigen. Sein erstes Ziel ist die Anhäufung von Reichtum. Er wird auch sehr schnell reich, indem er den jüdischen Arbeitern keinen Lohn auszahlt. Schindler entwickelt sich im Verlauf des Films von einem ignoranten Opportunisten zu einem listigen Deutschen, der mit den Nazis spielt, damit er seine Arbeiter vor den Krallen des Todes in Auschwitz rettet.

Schindlers Liste war sehr erfolgreich, wenn es um den Beweis für die Unschuld der Juden aus zionistischer Perspektive geht.

In diesem dreistündigen Film gibt Spielberg den Holocaust-Leugnern die letzte Antwort und berichtet nur in den letzten Minuten des Films über die allgemeine Politik zur Vernichtung der europäischen Juden.



Es liegt auf der Hand, dass Schindlers Liste großartig aufgenommen wird, aber nicht wegen der Kunst, sondern lediglich wegen seiner politische Botschaft. Wegen seiner Berühmtheit konnte Spielberg sich als der Wächter des Holocaust verkaufen. Die Ereignisse beweisen es jedoch, dass je mehr über die Mythen des Holocaust ans Tageslicht geraten, umso mehr Fragen werden darüber gestellt. Fragen, die weder Spielberg noch sein Film beantworten können.“

„Der Pianist:

Dieser Film basiert angeblich auf der Grundlage der Gedächtnisprotokolle einer Person namens Wladyslaw Szpielman. Roman Polanski, Regisseur des Films, dreht ihn 2002. Und bekam im selben Jahr die goldene Palme dafür. Szpielman ist in Polen geboren und liebte in seiner Jugend Musik. Nach einiger Zeit bekommt er eine Arbeit im polnischen Radio. In dieser Zeit wird Polen von den Nazis angegriffen. Dabei wird das Gebäude des polnischen Radiosenders zerstört. Die erste Sequenz des Films spielt im Jahr 1939. Szpielmann veröffentlicht 1945 seine Erinnerungen in einem Buch, das den Tod einer Stadt behandelt. Das Buch wurde dann vom kommunistischen Apparat verboten. Schließlich veröffentlicht er sein Buch im Jahr 1998 wieder. (The Pianist: The extraordinary true story of one mans survival in Warsaw)

Das Buch bekam großen Beifall von den Polen und den Franzosen. Der jüdische Kongress für Literatur verlieh ihm einen Preis, so dass Szpielberg in Kreise gelangte, die die Interessen der zionistischen Welt vertreten. Als im Jahr 2000 Roman Polanski sein Buch las, wurden dadurch auch seine Kindheitserinnerungen aus Polen wieder wach. Er entscheidet sich dann unter dem selben Titel einen Film zu drehen. Im Gegensatz zu den anderen Filmen, die den Holocaust behandeln, hat der Pianist auch einen künstlerischen Charakter. In dem Film wurden neue Mittel eingesetzt, um die Zuschauer zu begeistern. Beispielsweise wurden zuvor die Juden als Händler oder als Arbeiter vorgestellt. Aber ein jüdischer Pianist ist eine künstlerische Neuigkeit. Ja, während des ganzen Filmes werden die Grausamkeiten der Nazis gegenüber den Juden gezeigt. In einer Passage des Films sagt der Vater Szpielberg sogar gegenüber seinen Verwandten, dass die amerikanischen Juden Schuld daran trügen, dass die polnischen Juden sich in einer solchen Lage befinden. Wenn die amerikanischen Juden ihre Regierung zwingen würden, den Juden weltweit zu helfen, wäre die Lage viel besser.“

„Die Museen

Das Museum zählt zu den einflussreichen kulturellen Instrumenten, die zionistische Kreise geschaffen haben, damit der Holocaust besser aufgenommen wird. Viele der Konzentrationslager, in denen früher angeblich getötet worden ist, sind heute zu Museen verwandelt worden. Solche Museen gibt es in Amerika und in Israel. Das Ziel der Museen ist, dass die Erinnerung an die Opfer und an die Verbrechen wach bleibt.



Zentren wie Wiesenthal oder Anne Frank sollen den Mythos des Holocaust schützen.

Seit den 70er Jahren begannen jüdische Vereinigungen sich in verschiedenen westlichen Staaten mit dem Holocaust zu beschäftigen. Diese Zentren benutzten folgende Hebel, um ihre Ziele durchzusetzen.

Das Sammeln der Archive und der Dokumente über die Tötung der Juden. Der Mythos vom Holocaust wurde offiziell geschützt und man lehrte darüber sogar an den Universitäten und Bildungszentren. Bücher wurden über diese Mythen geschrieben und wissenschaftliche Projekte durchgeführt. All dies diente Pressuregroups dazu, die Interessen des Staates Israel zu verteidigen und den Holocaustleugnern zu widersprechen und diese sogar gerichtlich zu verfolgen.

Es gab aber auch große Konflikte in Europa und in Amerika, welchen Tag man als Gedenktag an den Holocaust wählen sollte.

Die Erinnerungen der Überlebenden der Konzentrationslager wurden dann in verschiedenen Sprachen veröffentlicht und weltweit verbreitet.“

„Die Erfinder des Holocaust verfolgten drei Ziele, als sie die kulturellen Instrumente einsetzten:

Die Erneuerung der Mythologie. Die Bewahrung der Mythologie. Und der Handel mit der Mythologie.

Es sind nicht wenige Menschen, die heute unter dem Einfluss der zionistischen Propaganda stehen.

Daher ist es die moralische Pflicht eines jeden Menschen wachsam zu sein, besonders derjenigen, die über die historischen Fälschungen der Zionisten informiert sind.

Ohne Zweifel hat genau deswegen der Begründer unserer Revolution diesen Teil der kulturellen Herrschaft gut gekannt und hat daher die Existenz dieses Regimes als ein Geschwür bezeichnet, das mitten im kulturellen und politischen Leben der Region existiert. Und daher zählte der Revolutionsführer den Widerstand gegen dieses Regime als eine der höchsten Pflichten der Menschen.“

Nasrallah ist beliebt, weil er gegen Israel und Amerika ist.¹⁸⁸

Ayatollah Ahmad Jannati war bisher der Vorsitzende des Expertenrates. Nun ist er wieder in den Expertenrat gewählt worden, landete jedoch auf Platz fünf. In seinem Freitagsgebet rät er dem Westen sich mit der islamischen Regierung im Iran an einem Tisch zu setzen, zu akzeptieren, dass das Volk die islamische Regierung wolle. Dabei fordert er aber auch, dass der Westen akzeptieren müsse, dass das

¹⁸⁸ Dezember 22, 2006, <http://honestlyconcerned.info/2006/12/22/nasrallah-ist-beliebt-weil-er-gegen-israel-und-amerika-ist/>



islamische Volk den Tod Israels und Amerikas fordere. Nasrallah sei beispielsweise deswegen so beliebt. Alle Muslime sollen ihm daher folgen.

„Und wir sagen den ausländischen Feinden, dass unser Volk eben das ist, was es ist. Und ihr könnt Resolutionen erlassen, euch feindselig verhalten, was ihr nicht gemacht habt, werdet ihr schon machen. Und unser Volk wird alles erdulden, es wird machtvoll gegenüber euren [europäischen] Verschwörungen standhalten und euch bis zum letzten Moment Widerstand leisten. So sieht es in unserem Volk aus.

Sie müssen zur Besinnung kommen und müssen wissen. Wie feindlich sie gegen unser Volk auch waren, hat sie ihnen etwa genutzt? Wann hat sich unser Volk ergeben und sich gebeugt. Unser Volk hat doch immer ‚Tod Amerika‘ und ‚Tod Israel‘ gerufen und sein Wort gehalten und steht heute noch zu seinem Wort. [...] Wenn sie [die Europäer] ein wenig Verstand haben, müssen sie sich an einen Dialogtisch setzen, die Worte unseres Volkes hören, die Interessen unseres Volkes nicht unterdrücken, sogar ihr Interesse wird auch nur so gesichert sein. Sie sollen neben dem Volk, mit der islamischen Regierung Dialog führen, Verträge abschließen, wirtschaftliche und kulturelle Verträge schließen und sich freundschaftlich mit den Volksregierungen verhalten, aber leider haben sie keinen Verstand und wir können nichts von ihnen verlangen, und wenn Gott ihnen den Verstand genommen hat, kann ihnen eben alles passieren. [...] Ich will ein paar Worte über den Libanon sagen. Ich hoffe, dass diese liebe Hisbollah alle Feindseligkeiten neutralisiert. Amerika und Israel müssen zum Verstand kommen. Die arabischen Staaten müssen endlich verstehen, dass die abscheulichsten Mächte der Welt Israel und Amerika sind und jeder der sich ihnen annähert wird auch verhasst werden. Die arabischen Staaten, wenn sie von ihrem Volk verhasst sein wollen, sollen sie den Amerikanern folgen. Schauen Sie, dass Seyyed Nasrollah der beliebteste Mann der islamischen und der arabischen Welt ist. Warum ist dieser Mann so beliebt. Fragen sie die Völker, machen sie Umfragen. Er ist so beliebt, weil er gegen Amerika und gegen Israel ist. Wenn Sie auch beliebt sein wollen, müssen sie genauso handeln.“
[\[http://www.iranpressnews.com/media/255022006.mp3\]](http://www.iranpressnews.com/media/255022006.mp3)

Ahmadinejad warnt Bush und Blair: „Amerika und das zionistische Regime befinden sich am Rande des Zusammenbruchs.“¹⁸⁹

Wie Rajanews meldete sprach Ahmadinejad den US-amerikanischen Präsidenten mit folgenden Worten an:

¹⁸⁹ 3.1.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/03/ahmadinejad-warnt-bush-und-blair-amerika-und-das-zionistische-regime-befinden-sich-am-rande-des-zusammenbruchs/>



“Haben Sie nichts von den letzten 27 Jahren gelernt? Haben Sie nichts vom Schicksal der Nemruds und der Pharaonen und wenigsten vom Schicksal eines Saddams gelernt, den ihr doch zunächst unterstützt habt und inzwischen sogar für seine Erhängung klatscht?“

In der Stadt Hamedan bemerkte Ahmadinejad: „Heute sind die Feinde scheinbar mächtiger als je zuvor. Heute stehen die Nemruds und die Pharaonen mit moderner Rüstung gegenüber der Botschaft Abrahams und Mohammads. [...] Mit Widerstand und Jihad wird unser Volk die Gipfel des Fortschritts erreichen. Unser Volk wird die Verschwörungen der Feinde neutralisieren. [...] Wir können uns auf die Westler nicht verlassen. Mit ihrer gesamten Kraft haben sie in den letzten zwei Jahren versucht unsere Entschlossenheit zu brechen. Sie schickten sogar über 60 diplomatische Gruppen, um uns von unserem Vorhaben abzubringen. [...] Wenn jemand mit Gewalt sich gegen unser Volk stellt, wird er eine Ohrfeige bekommen, so dass sein Gesicht errötet. Diejenigen, die die UN-Resolution unterschrieben haben, wollen zunächst propagandistisch die Meinung verbreiten, dass sie doch geschafft haben den Iran im UN-Sicherheitsrat zu verurteilen. Sie wollen mit ihrer Propaganda sogar einige Leute in unserem Land unter Druck setzen. Diese sollen dann unserem Volk Angst einjagen. [...] Ihr wiederholt eure Fehler immer wieder, obwohl ihr wissen solltet, dass ihr nichts verrichten könnt. [...] Bush und Blair sollten wissen, dass sie ihr teuflisches Spiel beenden müssen. Sicherlich werden sie dasselbe Schicksal erleiden wie Saddam Hussein. Und wenn sie sich quer stellen, wird die Antwort unseres Volkes geballte Fäuste und Schreie des Hasses gegen sie sein.“ Dann sprach er zu seinen Zuhörern: „Dank eurer Jihad und die eurer Kinder befinden sich Amerika und das zionistische Regime am Rande des Zusammenbruchs. Ich hoffe, dass wir ihren Sturz gemeinsam erleben werden und gemeinsam mit der Bevölkerung der ganzen Welt ihren Zusammenbruch feiern können.“ [Rajanews, 3.1.2007, <http://www.rajanews.com/News/?4439>]

Proteste gegen Holocaust-Leugner im Visier einer islamistischen Website ¹⁹⁰

Baztab berichtet von deutschen und amerikanischen Reaktionen auf die Teheraner Holocaust-Konferenz. Es wird im voraus über die angekündigte Demonstration am 28.01.2007 berichtet. Zudem wird lamentiert, dass amerikanische Zionisten Juden, wie Rabbiner Yisroel Weiss aus ihrer Gemeinde ausschließen wollen, weil er an einer Konferenz der iranischen Holocaust-Leugner teilgenommen hat.

¹⁹⁰ 17.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/17/proteste-gegen-holocaust-leugner-im-visier-einer-islamistischen-website/>



Baztab notiert: „In Deutschland haben einige Menschen eine Erklärung herausgegeben, worin sie die Unterstützer Israels auffordern an einer „Demonstration gegen den gefährlichsten Politiker unserer Zeit“ teilzunehmen. Die Demonstration soll am 28.1.2007 in Berlin am Alexanderplatz, um 15.00 Uhr stattfinden. In der Nähe ist auch die Gedenkstätte für die Ermordeten der europäischen Juden. Die Kritik an der Holocaust-Konferenz in Teheran gehört zu den Zielen dieser Demonstration.“

Baztab berichtet auch von einer Protestaktion gegen einen der Gäste der Teheraner Konferenz. Der Rabbiner Yisroel Weiss habe mehrfach erklärt, dass er persönlich den Holocaust nicht verleugne. Er betone auch, dass Ahmadinejad nicht gegen Juden, sondern gegen Zionisten sei. Sogar New York Times habe berichtet, so Baztab, dass eine Gruppe von orthodoxen Juden sich mit „ausgezeichneten Hüten, Bärten und langen Haaren, neben dem iranischen Präsidenten“ photographieren ließen. Baztab bezieht sich auf die Aussagen des Rabbiners Weiss, dessen Vater und einige seiner Verwandten in Auschwitz ermordet worden seien und fügt hinzu: „Aber er war sich mit dem Präsidenten Ahmadinejad einig, dass man sich mit dem Holocaust beschäftigt, um die Existenz Israels zu erklären.“ Der Rabbiner soll das Ziel seiner Reise nach Teheran wie folgt erklärt haben: „Wir sind in den Iran gereist, um der Welt zu sagen, dass wir keine Feinde der islamischen Welt sind.“ Er habe vor der Fahne Palästinas betont, dass der „Jude kein Zionist ist.“

Baztab berichtet, dass einige Zionisten in New York den Ausschluss der Rabbiner gefordert haben, die an der Teheraner Konferenz teilgenommen haben. Diese Rabbiner seien kritisiert worden, weil sie einem Holocaust-Leugner die Hände geschüttelt haben, beklagt Baztab.

Abschließend wird zur Verteidigung der fundamentalistischen Rabbiner in dem Artikel hervorgehoben, welche Botschaft die in Berlin und New York angefeindeten Rabbiner haben: „Israel ist für Juden wie Krebs.“

Rafsanjanis Freitagsgebet und eine Reaktion auf die US-Initiative gegen Holocaustleugnung¹⁹¹

Im folgenden lesen Sie die Dokumentation eines iranischen Freitagsgebets sowie zynische islamistische Sorgen, dass die Holocaustforschung vernachlässigt werden könnte.

Hashemi Rafsanjani, Vorsitzender der Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen, sagte in seinem Freitagsgebet, dass die „Kräfte im Land durch Spaltungsversuche geschwächt“ werden könnten und warnte vor „Intrigen“. Er fuhr fort: „Während der Revolution gehorchten 95 Prozent der Kräfte Imam Khomeini und sprachen mit einer Stimme. Nach der Revolution herrschten ähnliche Bedingungen

¹⁹¹ 26.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/26/rafsanjani-freitagsgebet-und-eine-reaktion-auf-die-us-initiative-gegen-holocaustleugnung/>



vor. Die nationale Unbeugsamkeit muss bewahrt bleiben. Wir dürfen nicht irgendwelchen Intriganten erlauben, dass sie sich zu Wort melden. Denn das Volk muss heute seine Einheit beweisen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen müssen wir bewusst handeln und weit vorausschauen. Wir dürfen nicht unbedacht handeln und müssen alle Möglichkeiten genau berechnen. Zudem müssen wir die listigen Bewegungen der Feinde genau bemessen. Wenn sie gegen uns das Mittel der psychologischen Kriegsführung einsetzen, müssen wir adäquat antworten. Wir müssen wirklich darauf achten, was in unserer Umgebung passiert. Wir können sehr viel machen. Beispielsweise können wir alle am 11. Februar, zum Jahrestag der Revolution, an den Demonstrationen teilnehmen.“

Er sprach die „Feinde, insbesondere Amerika“ an und sagte: „Schaut auf eure Vergangenheit. Vor der Revolution war Amerika in Iran sehr stark. Amerikanische Offiziere und Berater herrschten im Iran. [...] Jetzt müssen wir die Amerikaner doch fragen, was sie heute in Iran wollen, wenn sie denn schon einmal ein solches Schicksal [islamische Revolution] erlitten haben. Heutzutage sind die Menschen noch informierter und gebildeter als damals. [...] Zudem ist der Klerus viel stärker als damals. Was haben sie denn in Afghanistan und in Irak eigentlich erreicht? [...] In Irak und in Afghanistan befinden sich die Amerikaner in einer miserablen Lage. Sie können noch nicht einmal dort für ihre Sicherheit sorgen. Erst recht können sie dort nicht ihre Interessen durchsetzen. Auch in Palästina und im Libanon sind die Pläne der Feinde gescheitert. Wir haben doch gesehen, was die israelische Armee erleben musste. [...] Sie haben einen merkwürdigen Krieg in den Medien gegen uns angezettelt. Jedes Volk wird durch solche Maßnahmen beeinflusst. Die Medien können jedes Volk gefährden. Sie wollen unserem Volk nur Angst einjagen und dafür sorgen, dass die Investitionen und die Produktion zurückgehen. Wir müssen genaue Pläne entwickeln, um solchen Aktivitäten zu begegnen.“

Rafsanjani, einer der reichsten Männer des Iran sagte über den Sturz der Pahlawi-Dynastie: „Die materiellen Analysen, die dieses Wunder untersucht haben, sind bekannt. Welche unsichtbaren und göttlichen Hilfen damals gewirkt haben, müssen wir noch diskutieren und verstehen.“

Iranische Reaktion auf die Initiative der USA eine UN-Resolution gegen die Leugnung des Holocaust durchzusetzen.

Baztab diskutiert den Antrag der Amerikaner auf eine UN-Resolution, dass jede Holocaustverleugnung von allen UN-Mitgliedstaaten verurteilt wird.

Baztab fragt, ob diese Initiative eine Reaktion auf die Teheraner Holocaust-Konferenz sei.

Bisher hätten 40 UNO-Staaten diese Initiative unterschrieben. Zudem habe die deutsche Regierung eine Initiative gestartet, dass in sämtlichen europäischen Staaten die Holocaustleugnung unter Strafe gestellt wird. Baztab schlussfolgert, dass mit einer solchen UN-Resolution die „Forschung und die Untersuchungen über den Holocaust eingeschränkt werden.“



Iranischer Botschafter will in „Palästina die islamische Revolution feiern“¹⁹²

Der Iran setzt seine Politik der Zerstörung der Friedensbemühungen im Mittleren Osten fort. Der iranische Botschafter in Syrien machte sogar die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat von der Zerstörung Israels abhängig. Der religiöse Führer des Iran, Khamenei, geht gar einen Schritt weiter. Er glaubt, dass Israel gegründet worden sei, um die islamische Welt zu spalten. Indessen wurde ein weiterer iranischer Diplomat in Irak verhaftet.

Iranischer Botschafter in Syrien will gemeinsam mit Palästinensern die Zerstörung Israels feiern

Die iranische Botschaft in Syrien organisierte kürzlich eine Versammlung, an der Vertreter verschiedener palästinensischer Organisationen teilgenommen haben.

Der iranische Botschafter in Syrien, Mohammad Hassan Akhtari, sagte IRNA zufolge: „Es gibt Anzeichen dafür, dass die Zerstörung Israels möglich ist. Ich hoffe, dass die zukünftigen palästinensischen Freiheitsbewegungen Israel gänzlich besiegen werden. Wenn Israel zerstört worden ist, können auch die palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.“ Der iranische Botschafter sprach die anwesenden Palästinenser an: „Ich hoffe, dass Sie uns im nächsten Jahr, bei der 28-Jahr-Feier des Sieges der iranischen Revolution nach Palästina einladen. Glauben Sie nicht, dass dies nur eine Wunschvorstellung ist. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass dies in naher Zukunft realisiert wird. Alle internationalen Pläne und Intrigen werden scheitern. Gegenwärtig können wir, mehr als jemals zuvor, hoffen, dass Israel verfallen wird und die Palästinenser in ihre Heimat zurückkehren. Sie üben den ganzen Druck aus, damit die Palästinenser aufgeben. Dabei denken israelische und amerikanische Wissenschaftler längst darüber nach, wie Israel in ein nicht-palästinensisches Gebiet transferiert werden kann, denn Israel wird täglich schwächer. Wir haben gesehen, wie das Regime bei seinem Angriff auf den Libanon die Amerikaner keineswegs überzeugen konnte. Die Tatsache, dass Israel es nicht geschafft hat, den palästinensischen Widerstand zu besiegen, ist der größte Sieg für die Palästinenser.“

Khamenei: Israel spaltet die islamische Welt

Der religiöse Führer des Iran, Ayatollah Khamenei, bezeichnete bei einem Treffen mit dem pakistanischen Präsidenten Parvis Mosharaf: „Die Gründung Israels war ein Akt der Front der Arroganz, um die islamische Welt dauerhaft zu spalten. Israel war bisher der Hauptgrund für die Spaltung der islamischen Welt und wird auch in Zukunft diese Politik fortsetzen. Ein Plan für den Mittleren Osten wird nur dann erfolgreich sein, wenn die amerikanischen Gewaltakte und die zionistischen

¹⁹² 06.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/06/iranischer-botschafter-will-in-palastina-die-islamische-revolution-feiern/>



Verbrechen aufhören.“ Khamenei meinte, dass die Amerikaner im Irak eine gefährliche Politik betreiben würden.

Der iranische Verteidigungsminister warnt die USA

Und der iranische Verteidigungsminister Mostafa Najar meinte, dass der „Iran auf jeden möglichen Angriff der Feinde vorbereitet“ sei und im Falle eines Angriffs so reagieren werde, dass die „Aggressoren es ewig bedauern werden“. Gleichzeitig glaubt der iranische Verteidigungsminister jedoch, dass es sich lediglich um „eine psychologische Kriegsführung gegen den Iran“ handeln würde.

Iranischer Diplomat in Irak verhaftet

Indessen ist bekannt geworden, dass amerikanische Soldaten den stellvertretenden iranischen Botschafter in Bagdad verhaftet haben. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Seyyed Mohammad Ali Husseini, bezeichnete die Verhaftung als einen „terroristischen Schritt gegen iranische Diplomaten.“

Offener Brief an alle iranischen Juden und Juden in der Welt ¹⁹³

Die Nationale Front des Iran, Jebheye Melli, ist eine Organisation mit verschiedenen Gruppierungen, die sich auf Mossadeq berufen, der von 1951-1953 Ministerpräsident des Iran war.

Im folgenden wird ein offener Brief dokumentiert, der von einem Mitglied der Nationalen Front in Europa verfasst wurde. Darin entschuldigt sich Dr. Dawudi bei den Juden wegen des Antisemitismus des iranischen Präsidenten. Der Brief ist auf der persischsprachigen Seite <http://www.israel-iran.org/> erschienen. Diese Seite dient der Aufklärung über die Geschichte des Staates Israel und dem Frieden zwischen den Völkern Irans und Israels.

„Offener Brief an alle iranischen Juden und Juden in der Welt

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Antisemitismus der religiösen Machthaber im Iran war bereits in der Vergangenheit und wird von der iranischen Bevölkerung auf ewig verpönt sein.

Die Nationale Front des Iran, die stets der Stimme des iranischen Volkes weltweites Gehör verschafft hat, erklärt hiermit und erneut, dass die gegenwärtige Regierung und die gegenwärtigen Führer nicht die wirklichen Vertreter des iranischen Volkes sind. Die Forderungen und das Verhalten dieser religiösen Gruppe weisen darauf hin, dass sie den Holocaust, den Juden Shoa nennen, in Frage stellen, lediglich um

¹⁹³ 01.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/01/offener-brief-an-alle-iranischen-juden-und-juden-in-der-welt/>



von den Katastrophen und den Verbrechen, die im Iran geschehen, abzulenken. Ein solches Ablenkungsmanöver geschieht in einem Land, in dem seit 2500 Jahren die Juden Xerxes als Befreier feiern.

Die israelischen Wissenschaftler erinnern beispielsweise auch daran, wie in Frankreich lebende Iraner den jüdischen Flüchtlingen während des zweiten Weltkrieges so sehr halfen.

Wir bedauern, dass die freie Welt den Geschehnissen im Iran keine besondere Beachtung schenkt. Dies erinnert mich an die Situation der Alliierten im zweiten Weltkrieg, als ihre Flugzeuge über die Konzentrationslager flogen, als ob sie während des ganzen Weltkrieges nicht sahen und nicht wussten, was für Verbrechen damals begangen wurden.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, dass wir die Welt über die Hölle, in der sich unsere Landsleute befinden, aufklären. Wir wissen, dass nur ein säkularer und demokratischer Iran den Frieden und die Sicherheit im Mittleren Osten gewährleisten kann und dessen Preis wird geringer sein, als im Baker und Hamilton Plan genannt.

Die Geschichte hat gezeigt, dass die Iraner stets die Freunde und Begleiter von Minderheiten waren und es war die iranische Identität, die die Menschen näher zueinander gebracht hat, damit sie neben ihren Nachbarn in Freude, in Freundschaft und mit gegenseitigem Respekt leben.

Wir bedauern sehr, dass vom iranischen Staatsbudget im Namen der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, das eigentlich friedlich neben Israel will, Gelder an Kräfte fließen, die nur für Unruhe in der Region sorgen.

Liebe Damen und Herren der jüdischen Gemeinden! Wir entschuldigen uns bei Ihnen, wegen der Unverschämtheit der Geschichtsfälschung seitens der iranischen Regierung, die auch gegen die Interessen des iranischen Volkes handelt. Wir hoffen, dass die Freiheitsliebenden in der ganzen Welt unserer Stimme und dem Schrei des iranischen Volkes Gehör verschaffen.

Mit besten Grüßen, Schalom.

Dr. Dariush Dawudi

Mitglied der Nationalen Front in Europa¹⁹⁴

¹⁹⁴ <http://www.israel-iran.org/Articles/Articles-DarioushAhmadi.htm>



Der religiöse Führer des Iran leugnete den Holocaust lange vor Ahmadinejad ¹⁹⁵

Partosokhan ist eine Zeitung, die Ayatollah Mesbahe Yasdi, dem geistigen Mentor des iranischen Präsidenten Ahmadinejad gehört. Diese berichtet über die Positionen des religiösen Führers des Iran in Hinblick auf den Holocaust. Dieser hat lange vor Ahmadinejad den Holocaust verleugnet.

Khamenei und Garaudy

Partosokhan erinnert daran, dass der iranische Präsident vor einem Jahr die westliche Politik kritisiert habe. Diese sei dafür verantwortlich, dass „unter dem Vorwand des Holocaust das zionistische Regime gegründet“ worden sei.

Manche Zeitungen stellten jedoch das Problem so dar, als ob die Ausführungen des Präsidenten den Interessen der Islamischen Republik Iran nicht entsprechen würden. Manche iranische Autoren hätten kritisiert, dass solche Positionen, wie die von Ahmadinejad, der iranischen Diplomatie geschadet hätten, so Partosokhan. Diese Zeitung hebt hervor, dass auch der religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei, „kategorisch vom Märchen des Holocaust“ gesprochen habe. Khamenei habe sogar die falschen Schlussfolgerungen „getadelt“, die der Westen aus den Aussagen ziehen würde.

Der religiöse Führer des Iran, Khamenei, habe schon im Jahr 2000 die Positionen von Roger Garaudy zugestimmt, ohne seinen Namen zu nennen, und habe die „Notwendigkeit der Freiheit von westlichen Wissenschaftlern“ betont, die der zionistischen Geschichtsschreibung widersprechen würden.

Ayatollah Ali Khamenei¹⁹⁶ habe am 12.5.2000 in seinem Freitagsgebet gesagt: „Wenn schon jemand aufsteht und wie der Franzose einige Bücher gegen den Zionismus schreibt und es auch als eine Unwahrheit bezeichnet, dass Juden in Brennöfen verbrannt worden sind, behandeln sie ihn ganz anders als sonst. Wenn jemand unabhängig von den Kapitalisten und den kapitalistischen Zentren handelt, darf er weder sprechen, noch darf ihn jemand überhaupt hören. Für ihn gibt es keine Meinungsfreiheit. Jawohl. Die Kapitalisten sind frei. Sie können mit Hilfe ihrer Zeitungen, Radios und Fernsehanstalten sagen, was sie wollen. Eine solche Freiheit bringt keine Wertefreiheit. Diese Freiheit ist ein Anti-Wert. Diese Freiheit lässt die Bevölkerung verwahrlosen und stärkt ihren Unglauben. Sie sorgen für Kriege, wo sie wollen. Sie erzwingen einen Frieden, wo sie wollen. Sie verkaufen Waffen, an wen sie wollen. Das ist die Bedeutung von Freiheit.“

¹⁹⁵ 27.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/27/der-religiose-fuhrer-des-iran-leugnete-den-holocaust-lange-vor-ahmadinejad/>

¹⁹⁶ Zwar sagen manche reformislamistischen Intellektuelle, dass der religiöse Führer auch Fehler machen darf und macht. Es sollte an dieser Stelle daran erinnert werden, dass Ali Khamenei, als Nachfolger Mohammads und der 12 Imame gilt.



Khamenei über „Mob aus Osteuropa“

Zudem habe der religiöse Führer bei der Eröffnung der internationalen Konferenz zur Verteidigung des palästinensischen Volkes am 24.4.2001 betont, dass die „Besetzung“ Palästinas lediglich die Gründung von „mächtigen islamischen Staaten verhindern“ sollte.

Ali Khamenei sagte weiterhin: „Es gibt Argumente, die belegen, dass die Zionisten mit den deutschen Nazis zusammen gearbeitet haben und sehr nahe Kontakte hatten. Die übertriebenen Statistiken über die Ermordung von Juden sind selbst Instrumente, um das Mitleid der Bevölkerung zu erwecken. Sie sollen die zionistischen Verbrechen verklären und die Besetzung Palästinas erklären. Es gibt sogar Beweise, dass sie den osteuropäischen Mob nach Palästina verfrachteten und vortäuschten, dass diese Juden seien. Dieser nichtjüdische Mob sollte vortäuschen, die überlebenden Opfer des Rassismus schützen zu wollen. Dabei wollten sie nur eine islamfeindliche Regierung im Herzen der islamischen Welt installieren. Nach 13 Jahrhunderten schufen sie eine Kluft zwischen der östlichen und der westlichen islamischen Welt.“

Partosokhan schreibt weiter: „Und am 7.2.2006 bezeichnete der weise Führer der islamischen Revolution explizit den Holocaust als ein Märchen und fügte hinzu: „Die Meinungsfreiheit, die sie meinen, erlaubt es gar nicht, dass jemand das Märchen von der Ermordung von Juden, - das auch Holocaust genannt wird -, anzweifelt. Es geht bei dieser Geschichte gar nicht um Meinungsfreiheit. In den europäischen Staaten trauen sich viele Wissenschaftler und Forscher und Journalisten aus Angst vor Repressalien noch nicht einmal, ihren Zweifel bezüglich dieser Geschichte zu äußern. Manche glauben sogar, dass die Geschichte eine Lüge ist, aber sie trauen sich einfach nicht, dies auszusprechen. Sie sehen doch, dass jeder, der es ausspricht gleich bestraft wird. Sie werfen diese ins Gefängnis, verfolgen sie und beschneiden ihre Rechte.“

Partosokhan zufolge kritisierte Khamenei am 29.12.2006 die „dualistische Haltung des Westens im Kontext westlicher Freiheiten“, wie folgt: „Sie unterstützen diejenigen, die die Heiligtümer des Islam beleidigen. Sogar die großen Persönlichkeiten des Westens, wie der Papst, beleidigen die göttlichen Lehren. Dagegen werden die Forschung und der Zweifel über den Holocaust und die zionistischen Herrscher bestraft.“

„Freunde“ und „Feinde des iranischen Volkes“¹⁹⁷

In der Islamischen Republik wird seit 28 Jahren ideologisch die Einheit des Volkswillens und der Staatspolitik beschworen. Als Shirin Ebadi kürzlich in Italien die

¹⁹⁷ 12.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/12/freunde-und-feinde-des-iranischen-volkes/>



Politik Ahmadinejads kritisierte, wurde sie von einer regierungsnahen Zeitung als Volksfeind dargestellt. Als Freunde des Iran gelten in der vorherrschenden Ideologie der Diktatur Syrien und islamistische Bewegungen wie die Hamas.

„Feinde des Volkes“

Shirin Ebadi, die 2003 den Friedensnobelpreis erhielt, kritisierte Anfang März in einem Seminar zum Islam in der italienischen Hauptstadt Rom den iranischen Präsidenten mit dem folgenden Satz:

“Die Aussage des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad, dass es sein Wille sei, Israel von der Landkarte zu löschen, ist inakzeptabel. Israel hat das Recht, neben einem Staat Palästina zu existieren. Die Negierung der Existenz Israels, wie es der iranische Präsident Ahmadinejad mehrere Male zum Ausdruck gebracht hat, ist inakzeptabel. Ich bin für einen palästinensischen Staat, der neben Israel existiert.“

Rajanews unterscheidet zwischen den „Feinden und den Freunden“ des Iran und ordnet Shirin Ebadi den Feinden des Iran zu. Rajanews zitiert Ebadi, die in Italien eine „Volksabstimmung über das iranische Anreicherungsprogramm“ gefordert hat, damit sich herausstelle, wie stark das Volk die Ideen Ahmadinejads wirklich mittrage. Ebadi: „Die iranischen Politiker sagen, dass die Fortsetzung der Urananreicherung den Volkswillen widerspiegeln. Aber man muss das Volk direkt fragen, ob es unter den gegenwärtigen Umständen für oder gegen ein Atomprogramm ist. Ich schlage vor, dass eine Volksbefragung, die von den Vereinten Nationen kontrolliert werden muss, durchgeführt wird. Das Volk sollte nur eine Frage beantworten: Seid ihr mit dem Anreicherungsprogramm einverstanden, Ja oder Nein?“ Auf die Frage, wie das iranische Volk auf die ausländischen Bedrohungen reagiere, sagte Ebadi laut Rajanews: „Ausländische Drohungen gegen totalitäre Staaten führen leider dazu, dass die Freiheitsräume der Bevölkerung immer mehr eingeschränkt werden. Seit dem die Drohungen, Iran zu bombardieren thematisiert wurden, haben die Menschenrechtsverletzungen zugenommen. Sie brauchen nur zu atmen und schon wirft man Ihnen Spionage für Amerika vor.“ Ebadi äußerte sich entschieden gegen einen Krieg gegen den Iran und wies auf die Menschenrechtsverletzungen sogar gegen die muslimischen Sunnis aus und fügte hinzu: „Wir Iraner sind nicht antiamerikanisch. Wir sind nur mit der Politik der Regierung Bush nicht einverstanden und hoffen, dass der Dialog alle Probleme löst.“ Rajanews zufolge „beleidigte Ebadi die iranischen Frauen als sie behauptete: „In meinem Land befinden sich die Menschenrechte in einer sehr schlechten Lage. Beispielsweise ist das Leben einer Frau halb so viel wert wie das eines Mannes.“

„Freunde des Volkes“

Der iranische Verteidigungsminister General Mostafa Mohammad Najjar sagte bei einem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Assad: „Die Macht der bewaffneten Kräfte Syriens ist für uns genauso wichtig wie unsere eigene Macht. Auch die Stärkung und Weiterentwicklung der Verteidigung beider Länder ist im Kontext der



Macht der islamischen Welt, die sich gegen die Drohungen der Feinde verteidigt, zu sehen. Für den iranischen Verteidigungsminister wird eine gemeinsame militärische „Verteidigungsstrategie mit Syrien“ zu einer „regionalen Sicherheitspolitik, die auf der [Macht der] Einheimischen beruht, führen.“

Und Khaled Alabud, syrischer Parlamentarier meint, die USA wolle sich dem Iran und Syrien annähern, um ihre Besatzungspolitik im Irak zu vertuschen, dabei forderten der Iran und Syrien den Abzug amerikanischer Einheiten aus dem Irak.

Der iranische Präsident traf am 6.3.2007 Khaled Mashal von der Hamas. Ahmadinejad forderte die Palästinenser erneut auf die Zionisten zu vertreiben. Er fügte hinzu: „Genau so wie die palästinensische Bewegung bisher die Verschwörungen der Feinde neutralisiert hat, müssen auch in Zukunft die palästinensischen Gruppen mit Hilfe Gottes dafür sorgen, dass die usurpatorischen Zionisten das Heilige Land Palästinas verlassen, so dass kein Zentimeter palästinensischen Bodens besetzt bleibt.“

Und Ali Larijani, Vorsitzender des Obersten Rates der Nationalen Sicherheit im Iran sagte während seines Treffens mit Khaled Mashal: „Wir werden die Hamasregierung weiterhin unterstützen. Für uns ist die Hamas die wahre Vertretung des palästinensischen Volkes.“

„Volk will Ahmadinejad“

Rajanews, eine Nachrichtenagentur, die dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad nahe steht, zitiert Ayatollah Jawadi Amoli wie folgt: „Denkt daran, das Volk will den Ahmadinejad. Denn er ist mit einem Fuß in der Regierung und mit dem anderen Fuß in den Provinzen.“

Rafsanjani prophezeit den Sieg der khomeinistischen Revolution

Und Hashemi Rafsanjani, der hierzulande als moderat gilt, richtete seine Worte an die amerikanische Regierung und sagte: „Vielleicht könnt ihr eine Welle von Angst erzeugen, aber diese Welle wird blockiert werden und ihr werdet besiegt werden. Wie ihr schon in früheren Zeiten verloren habt. Solange wir den Weg der Revolution nicht verlassen, wird uns keine Macht besiegen können.“

Rafsanjani erinnerte auch daran, dass die Amerikaner die islamische Revolution von vor 28 Jahren nicht verhindern konnten.

„Israel wird wie die Sowjetunion enden.“¹⁹⁸

Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates haben am Wochenende eine neue Resolution gegen den Iran verabschiedet. Iran soll innerhalb von zwei Monaten sein Atomprogramm einstellen. Die iranische Regierung hat mit dieser Reaktion gerechnet und im Vorfeld 15 britische Marinesoldaten verschleppt, um dem Westen seine Entschlossenheit und Macht zu beweisen.

Die iranische Regierung beabsichtigt bisher jedoch nicht auf die Forderungen des UN-Sicherheitsrates einzugehen.

¹⁹⁸ 26.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/26/israel-wird-wie-die-sowjetunion-enden/>



Im Gegenteil, iranische Politiker behaupten, dass der UN-Sicherheitsrat nicht legitim sei und daher auch keine legitimen Entscheidungen treffen könne.

In einem Interview mit dem französischen Fernsehen begründete der iranische Präsident mit einer an Wahnsinn grenzenden Argumentation, warum die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates illegitim seien.

Ahmadinejad behauptet, dass wenn Israel nicht mehr existiere, dann könnten einige Probleme gelöst werden. Das palästinensische Volk müsse alleine über sein Schicksal entscheiden können. Dabei ist sich der iranische Präsident sicher, dass wenn sich die Palästinenser alleine und frei entscheiden könnten, sie sich nicht für ein Zweistaatenmodell, wonach Israeli und Palästina in zwei benachbarten Staaten friedlich koexistieren, entscheiden würden. Er glaubt, dass die Würfel längst gefallen seien. Israel würde dasselbe Schicksal wie die Ex-Sowjetunion erleiden.

„Zusammenarbeit mit der IAEA teilweise gekündigt“

Iran hat seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde, IAEA, teilweise gekündigt, berichtet ISNA. Alle Kontrollen im Rahmen eines Zusatzprotokolls seien bisher freiwillig gewesen und würden nicht mehr durchgeführt werden können. Eine Zusammenarbeit finde nur noch im Rahmen des NPT-Vertrages statt.

„Nicht eine einzige Sekunde“

Zudem wies der iranische Präsident, Mahmoud Ahmadinejad, die Resolution des UN-Sicherheitsrates mit folgenden Worten zurück:

“Für das iranische Volk ist diese Resolution nichts Neues. Solche illegitimen Resolutionen, die im Befehlston verabschiedet werden, werden das friedliche Atomprogramm des Iran noch nicht einmal eine einzige Sekunde aufhalten.“

Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki meint, dass die „UN-Sanktionen gegen den Iran illegitim“ seien.

Zuvor hatte Mohammad Javad Zarif, iranischer UN-Botschafter gegenüber der Presse gesagt: „Das iranische Atomprogramm ist eine ernste Angelegenheit und braucht auch eine ernsthafte Lösung. Ein Aufschub der Urananreicherung ist nicht der Lösungsweg.“

„Der UN-Sicherheitsrat verteidigt nicht die Rechte der Völker“

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad sagte im Namen des iranischen Volkes: „Das mächtige und unschuldige iranische Volk besteht auf sein Recht auf die Atomenergie. Es wird kraft seines kulturellen und zivilisatorischen Reichtums alle Hürden überwinden. [...] Schon drei Mal ist der Iran im UN-Sicherheitsrat thematisiert worden: Während der sowjetischen Besatzung des Iran, während der Nationalisierung des Öls und in der Zeit der heiligen Verteidigung.“



Damit spricht Ahmadinejad die nationalen Gefühle der Iraner jenseits der panislamistischen Staatsideologie an. Der iranische Präsident warf dem UN-Sicherheitsrat vor, zu schwach zu sein, um die „Rechte der Völker verteidigen zu können.“

„Heute sind das Volk und die Regierung eins“

Gegenüber dem französischen Fernsehen sagte der iranische Präsident laut Farsnews, dass die „Weltgesellschaft 6 Milliarden Menschen habe und 190 Staaten.“ Und ein paar „egoistische Regierungen“ wollten aber alles bestimmen. Die Iraner hätten keine Probleme mit den amerikanischen und britischen Völkern, nur mit ihren „egoistischen Regierungen.“ Zu dem Zeitpunkt seines Gesprächs mit dem französischen Fernsehen plante Ahmadinejad noch nach New York zu reisen, um an der UN-Sicherheitsratssitzung teilzunehmen. Daher bekräftigte er die iranische Position, wonach man sich nicht notwendigerweise nach den Forderungen der britischen und US-amerikanischen Regierungen orientiere, sondern die „selbstverständlichen Rechte der Völker“ anfordere. Er bekräftigte die iranische Entscheidung: „Die Urananreicherung des Iran sei vollkommen gesetzlich geregelt. Aber die britischen und US-amerikanischen Maßnahmen im UN-Sicherheitsrat sind gänzlich illegal.“ Es sei lächerlich, dass diese „zwei Mächte die Atomenergie benutzen und diese noch nicht einmal friedlich einsetzen, aber unseren friedlichen Absichten entgegenwirken.“ Der Präsident betonte, dass der Iran mit der IAEA weiterhin zusammenarbeiten wolle, sei aber nicht bereit alles zu tun, was die USA und England vorschreiben, denn sonst würde dies eine neue „Weltdiktatur bedeuten und an den Kolonialismus erinnern.“ Ahmadinejad bestand darauf, dass der Iran den Besitz der Atombombe nicht anstrebe, zumal die Atombombe keine Probleme lösen könne. Die Sowjetunion habe Atombomben gehabt und sei dennoch zusammengebrochen. Israel habe auch Atombomben und könne dennoch keinen Sieg in Libanon erlangen. Es wäre besser, so Ahmadinejad, wenn die Großmächte ihre Gelder für die Wohlfahrt der Menschen ausgeben würden, statt für Waffen.

Ahmadinejad argumentiert in der Tat ähnlich wie die realsozialistische Propaganda, wenn er einerseits von den „ weltweiten kulturellen Attacken der Amerikaner“ spricht und andererseits die Existenz der Diktatur im eigenen Land leugnet, indem er sagt: „Wir haben eine humanistische Perspektive. Wir sagen, dass die Völker der Welt sich anfreunden müssen und miteinander reden müssen. Wir respektieren alle Menschen. Wir müssen eine Welt aufbauen, in der alle Menschen miteinander befreundet sind und nicht eine Welt, in der einige über andere herrschen. Wir akzeptieren nicht diese Herrschaft. Nachdem der Interviewer seine Sorgen bezüglich der iranischen Angriffe gegen Israel kundtat, sagte Ahmadinejad: „Warum seid ihr besorgt? Ist das zionistische Regime etwa ein Teil Europas oder Amerikas? Wir glauben, dass die Israelis Druck auf Europa und Amerika ausüben. Sie sind auch eine Belastung für die Menschen der Region. Ich frage Sie nun, wo denn die Sowjetunion geblieben ist? Ist die Sowjetunion nicht verschwunden? Wie ist die Sowjetunion vernichtet worden? Wir haben für Palästina eine absolut humanistische Lösung. Wir haben gefordert,



dass alle Palästinenser in einem Referendum befragt werden sollen, damit endlich der 60-jährige Krieg beendet werden kann. Das Ergebnis steht jetzt schon fest. Deswegen wollen die Amerikaner und die Engländer dies auch nicht akzeptieren.“

Daraufhin fragt der Interviewer Ahmadinejad, ob er denn wirklich wolle, dass Israel von der „Bildfläche dieser Welt verschwindet“. Der iranische Präsident erwiderte: „Schauen Sie, ich habe Ihnen die Lösung gesagt. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Palästinenser das Recht haben über ihr Schicksal zu entscheiden. Geben Sie ihnen das Recht über sich zu entscheiden. Die Palästinenser haben Christen, Juden und Muslime unter sich. Jeder, der aus Palästina kommt, soll das Recht bekommen zu wählen. Ich glaube, das Ergebnis steht fest. Sie haben ja das Ergebnis der Wahlen im letzten Jahr gesehen.“

Der Interviewer fragte den iranischen Präsidenten, ob denn die iranische Regierung eine palästinensische Entscheidung über eine Zweistaatenlösung akzeptieren werde.

Ahmadinejad antwortete: „Wir sagen auch, lassen Sie, ohne Druck und frei, das palästinensische Volk über sich entscheiden. Es ist ihr selbstverständliches Recht über die Form ihrer Regierung zu entscheiden.“

Der Interviewer fragte den Präsidenten erneut, ob ein israelischer Nachbar akzeptiert werde.

Der Präsident wollte wieder nicht direkt antworten und sagte: „Lassen Sie die Palästinenser selber entscheiden. [...] Ich formuliere jetzt eine Gegenfrage: Wer war der Sieger des ersten und des zweiten Weltkrieges? Wer ist der Nutznießer der Verhältnisse nach diesen beiden Kriegen? Sind die Franzosen, die Deutschen oder die europäischen Staaten die Nutznießer? Sind die Asiaten, die Afrikaner oder die Lateinamerikaner die Nutznießer? Oder sind nur die Zionisten diejenigen, die davon profitieren? Profitiert irgendeine Minderheitengruppe in Amerika oder in England davon? Alle übrigen Völker haben auch nur Nachteile davon. Schauen Sie sich Frankreich an. Welchen Platz in der Welt hat Frankreich nach 60 Jahren erreicht? Wo befindet sich heute Frankreich? Hat Frankreich heute eine höhere Position? Die Antwort ist eindeutig. Nur einige Wenige sind die Nutznießer und die anderen haben Verluste erlitten. Alle verlieren doch nur. Diese Leute (Israelis) investieren überall und stecken den reinen Profit ein. Ich glaube, dass ich auch für die europäischen Völker spreche. Wenn wir heute mit manchen europäischen Regierungen spreche, sagen sie uns, dass sie unter dem Druck der Amerikaner stehen. Sie sagen uns, dass wir unter dem Druck der Zionisten stehen. Warum muss es so sein? Bis wann wollen sie Druck ausüben? 60 Jahre sind nun vorbei. Können wir ein Datum vereinbaren, dass der Druck der Amerikaner und der Zionisten endlich ein Ende findet? Lassen Sie uns unter gerechten Verhältnissen miteinander leben. Ich frage Sie wirklich, wer hat ein Interesse die Beziehungen zwischen den Völkern und zwischen dem iranischen und dem französischen Volk zu stören? Warum müssen die französischen und iranischen Völker so voneinander entfernt sein?“



Der französische Interviewer fragte dann, ob Ahmadinejad immer noch den Völkermord an den Juden während des zweiten Weltkrieges, den Holocaust verleugne?

Darauf warf Ahmadinejad den Ball zurück und sagte: „Ich schlage Ihnen vor, dass Sie das französische Volk fragen sollten.“

Der Interviewer meinte, dass die französischen Historiker diese Frage längst beantwortet hätten.

Ahmadinejad sagte darauf: „Ihre Frage setzt das französische Volk in schlechtes Licht. Die eigentliche Frage ist, wer von dieser Geschichte des Holocaust profitiert? Ich habe gesagt, wenn der Holocaust wahr ist, wo hat er sich dann ereignet? Warum müssen die Palästinenser dafür zahlen? Warum müssen sie seit 60 Jahren von ihren Häusern vertrieben sein? Warum müssen ihre Häuser zerstört werden? Warum müssen die Palästinenser ihre Heimat abgeben? Sie haben doch keine Rolle gespielt? Sind sie nicht unschuldig? Wenn es ein Verbrechen gab, sollen doch die verantwortlichen Verbrecher dafür zahlen. Aber ich habe auch eine zweite Frage. Wenn es sich um ein wahres historisches Ereignis handelt, dann darf man Wissenschaftler nicht daran hindern darüber zu forschen. Seit 60 Jahren zahlen auch die Europäer politisch und wirtschaftlich dafür. Viele Parteien und Politiker dürfen keine unabhängige Meinung darüber äußern. Sie dürfen überhaupt nicht über die Zionisten reden. Warum ist es so?“

Der Interviewer antwortete, da diese die historischen Wahrheiten leugnen würden. Darauf erwiderte Ahmadinejad:

„In der Geschichte gibt es Tausende von Ereignissen. Im zweiten Weltkrieg starben 60 Millionen Menschen. Sind denn die anderen 54 Millionen keine Menschen? Man darf über die 54 Millionen forschen, aber nicht über die 6 Millionen? Es ist doch sehr schlecht, wenn sich in der Geschichtsschreibung niederschlägt, dass Frankreich, das dank seiner Revolution Begriffe wie Freiheit und das Recht der Völker in der politischen Literatur festgeschrieben hat, heute seine Wissenschaftler daran hindert, über den Holocaust zu forschen. Darüber wird die Geschichte urteilen. Solange wird das französische Volk dafür zahlen müssen. Für wen eigentlich? Nur für eine zionistische Gruppe? Wir sind dagegen.“

Der Interviewer: Über die 60 Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges wird gesprochen, aber warum soll nicht über die 6 Millionen Opfer des Naziregimes gesprochen werden?

Ahmadinejad: „Wir respektieren jeden. Juden, Christen und Muslime leben in unserem Staat in Freiheit. [...] Wir verurteilen jedes Verbrechen. Aber die Frage ist doch, warum man über die Verbrechen nicht forschen darf? Wo liegt das Geheimnis dieser Angelegenheit? Ich sagen Ihnen und allen Europäern worin sein Geheimnis liegt? Wenn man darüber Forschung betreibt, wird diese 60-jährige Vorherrschaft des Zionismus erschüttert werden. Wenn das französische Volk in einer Volksbefragung darüber frei urteilen könnte, bin ich mir sicher, dass es die zionistischen Verbrechen in Palästina verurteilen würde. [...] Die Zionisten wollen nicht, dass die Völker in



Freundschaft miteinander leben. Sie intrigieren, um herrschen zu können. Und wenn jemand nur eine Frage stellt, verdammen sie ihn. Ich bin ein Lehrer. Meine Waffe ist nur ein Stift und meine Sprache. Ich liebe auch alle Menschen. Ich frage Sie, warum haben sie Angst vor Fragen? Seit 60 Jahren bringen sie die Palästinenser unter dem Vorwand des Holocaust um. Sie setzen auch Europa unter Druck. Warum?“

Ahmadinejad drängte den Interviewer mit der Frage, dass man doch die Europäer fragen sollte, ob sie die Zionisten lieben würden. Und auf die Frage, ob denn die iranischen Studenten ihn kritisiert hätten und seine Partei bei den Kommunalwahlen eine Niederlage erlitten habe, sagte er:

“Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen haben. Von den 2000 anwesenden Studenten waren 1900 für und 100 gegen mich. Die studentischen Kritiker waren in absoluter Minderheit und gaben Schreie von sich und fühlten sich besonders frei dabei. Ich war auch bei den Kommunalwahlen durch keine Partei vertreten und habe daran nicht teilgenommen. [...] Heute sind das Volk und die Regierung eins. Und dies ist die Sprache des iranischen Volkes seitens eines Sohnes des iranischen Volkes.“

Der Interviewer fragte, ob denn der Präsident sich überhaupt keine Sorgen über einen amerikanischen Angriff auf den Iran mache:

Ahmadinejad antwortete: „Nein, es ist nicht nötig, dass ich mir Sorgen mache. Und dies aus zwei Gründen: Erstens erlauben es die Verhältnisse nicht, zumal wir denken, dass in Amerika ein paar Gehirne existieren, die gegen einen solchen Wahnsinn sind. Außerdem haben wir gelernt uns zu verteidigen. [..]“

Der iranische „Parlamentssprecher“ ist gegen die Aussöhnung der Palästinenser mit Israel ¹⁹⁹

Die iranische Regierung versucht erneut den Friedensprozess zu stören, indem die palästinensische Regierung von Mahmoud Abbas ideologisch delegitimiert wird. Präsident Mahmud Abbas wird als ein Laufbursche der israelischen und der US-amerikanischen Regierung diffamiert.

Im islamischen Parlament des Iran, [Majless] das den Namen Parlament nicht verdient hat, weil nur Islamisten dort zugelassen sind, wurden Parolen wie „Tod Israel“ gerufen, nachdem ein Vertreter der Hamas dort eine Rede hielt.

Die folgenden Dokumente beweisen erneut, dass die iranische Staatspolitik eine treibende Kraft für die Unterstützung des islamischen Terrorismus ist.

¹⁹⁹ 27.06.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/06/27/der-iranische-parlamentssprecher-ist-gegen-die-aussöhnung-der-palastinenser-mit-israel/>

SIEHE AUCH: <https://honestlyconcerned.info/2007/12/08/die-verschwörungstheorien-eines-iranischen-wissenschaftszentrums-2/>

<https://honestlyconcerned.info/2007/12/29/die-verschwörungstheorien-eines-iranischen-wissenschaftszentrums-4/>

<https://honestlyconcerned.info/2008/02/09/die-verschwörungstheorien-eines-iranischen-wissenschaftszentrums-5/>



Im folgenden werden einige Berichte und Kommentare zusammenfassend dokumentiert.

„Majlessmitglieder rufen Tod Israel“

Abu Saed El-Moati, Vertreter der „Bewegung des islamischen Widerstandes Hamas“ unterrichtete in einem „nicht-offiziellen Treffen einige Mitglieder der Versammlung des Islamischen Rates über die Auseinandersetzungen zwischen der Fatah und der Hamas. Im Anschluss daran sprach der Hamasvertreter in der offiziellen Sitzung des Majless,“ schrieb IribNews. Diese Nachrichtenagentur berichtete, dass die Majlessmitglieder nach der Rede des Vertreters der Hamas Parolen wie „Tod Israel“ gerufen haben. Der Vorsitzende des Majless Hadad-Adel sagte: „Die Ziele des palästinensischen Volkes sind die der gesamten islamischen Welt. Was jedoch dazu beitragen kann, dass diese Ziele erreicht werden, ist die Einheit aller kämpfenden palästinensischen Gruppen. In der Demokratie zählt die Wahl der Bevölkerung. Jetzt haben die Palästinenser die Hamasregierung gewählt und ich frage die Amerikaner: Das ist nun die Demokratie, und was macht ihr mit dieser Demokratie?“

Hadad-Adel lud die Hamas und die Fatah ein, sich wieder in „Freundschaft und Frieden zu vertragen“ und gab die „Bereitschaft des Iran in diesem Konflikt zu schlichten“, bekannt.

Er sprach sich auch gegen eine Aussöhnung mit Israel aus, wie ISNA berichtete: „Es ist sehr bedauerlich, dass die Widersprüche und die Konflikte zu Dutzenden von Toten führten, es ist auch bedauerlich, dass die Dinge sich in Richtung einer Aussöhnung mit Israel entwickeln. Aber in Palästina entscheidet der Wille des Volkes und die Hamasregierung ist der Ausdruck des Volkswillens und da wir die Wahl der Mehrheit des palästinensischen Volkes unterstützen, betrachten wir diese Regierung [Hamas] als legal.“

„Der mutige und revolutionäre Offizier Khaled Eslamboli“

Die Zeitung Jomhuriye Eslami bezeichnete den ägyptischen Präsidenten als den „Laufburschen der Zionisten“. Es heißt weiter: „Wenn ein Präsident lebenslang Präsident sein will, muss er einen Preis zahlen. Husni Mubarak muss diesen Preis an Amerika und an die Zionisten zahlen. Als Muhammad Anwar al-Sadat wegen der Unterzeichnung des Camp David Vertrages durch den „mutigen und revolutionären Offizier Khaled Eslamboli während einer Militärparade umgebracht wurde, hat Amerika ohne Zögern Husni Mubarak als seinen Nachfolger eingesetzt. Seit 26 Jahren ist dieser ein einen Nasenring tragender und höriger Sklave der Amerikaner der Präsident Ägyptens. Zudem ist Mubarak der gehorsame Laufbursche des zionistischen Regimes.“

Damit er sein Präsidentenamt behält, hat er ohne Zögern alles was die Amerikaner und das zionistische Regime von ihm wollten auch getan. Sharm El-Scheikh und Alexandrien sind Orte, wo permanent Versammlungen stattfinden, auf denen die zionistischen Verbrechen und die amerikanischen Verschwörungen im Mittleren



Osten verklärt werden. Husni Mubarak spielt dort die Rolle des Maklers der Amerikaner und des zionistischen Regimes. Sein neuester Dienst ist die Organisation der Scharm El-Scheikh Konferenz, durch die die künstliche, illegale und installierte Regierung von Mahmud Abbas im besetzten Palästina unterstützt werden soll.

Mubarak hatte gesagt: Die Okkupation des Gazastreifens durch Hamas gleicht einem Putsch. Weiterhin befahl Husni Mubarak, die ägyptische Botschaft von Gaza in den Westen des Jordan Flusses zu verlegen, damit er mit der künstlichen Regierung von Mahmud Abbas Kontakte haben kann und er wird alles tun, um die Hamasregierung zu stürzen. [...] Als Husni Mubarak unter der Präsidentschaft von Sadat in den USA diente, wurde er von der CIA zu einem Experten ausgebildet, um die gemeinsamen Ziele der Amerikaner und der Zionisten zu vertreten. [...] “

„Politisches Manöver der israelischen Besatzer“

Jomhuriye Eslami zitierte weiterhin Ismail Haniya, der von der Konferenz in Scharm el-Scheikh als einem „politischen Manöver der israelischen Besatzer“ sprach. Die „Befreiung des palästinensischen Bodens“ könne nur durch „dauerhaften Widerstand“ erreicht werden. Haniya meinte, dass „nachdem die Lage in Gaza über einige Monate hinweg sehr instabil gewesen ist, endlich Ruhe und Sicherheit dort eingeleitet sind. Die Herrschaft des Gesetzes hat eine Priorität.“

Israel wolle aber „die inneren Widersprüche zwischen den Palästinensern vergrößern, was zu mehr Chaos und Unsicherheit führt.“ Israel wolle sogar mit seiner „humanitären Hilfe in Gaza Intrigen anzetteln. Auch die Konferenz von Scharm El-Scheikh verfolge lediglich das Ziel der Förderung der Intrigen zwischen den Palästinensern.

„Waffen, die sich gegen den Feind richten müssten“

Die iranische Nachrichtenagentur Baztab schreibt, dass Palästina „unter schmerzhaften Verhältnissen leidet. Waffen, die sich gegen den Feind richten müssten, zerreißen die Brüste der jungen Palästinenser. [...]“

Weiterhin heißt es: „Die zionistischen Besatzer haben ein Gebiet, das sie seit 58 Jahren besetzt halten, [...] [und] schauen nun zu, wie es einen innerpalästinensischen Krieg gibt.“

Die islamische Widerstandsbewegung der Hamas sei eine Hoffnung für die Menschen in Palästina. Diese sei jetzt einer „Verschwörung der zionistischen Besatzer und der Amerikaner ausgesetzt. Sie sind die Planer dieser Verschwörung und die Fatah-Politiker sind diejenigen, die diese umsetzen. Hamas habe sich verrechnet und sei in die Falle der Fatah geraten. Es heißt weiter: „Ein heiliges Land, dessen kleinster Teil jedoch nur befreit ist, ist nun in zwei Stücke geteilt. Hamas herrscht in Gaza und Fatah im Westen.“ Die israelischen Panzer könnten jederzeit die Palästinenser angreifen. Und weiter: „Es gibt keinen Zweifel, dass Israel der Sieger dieser kläglichen Lage ist.“



Als Hamas gewählt worden sei und die „Widerstandsregierung“ gebildet habe, habe sie „zu Recht Israel nicht anerkannt. Und Hamas wusste, dass Amerika und Israel und die professionellen Politiker der Fatah alles tun werden, um Hamas zu verdrängen. Vor der Entstehung der Hamas, der Jihade Islami und der Hisbollah waren sich die Palästinenser einig.“ Als Einigkeit unter den Palästinensern geherrscht habe, hätten die arabischen Regierungen einen hohen Preis für diese Einheit bezahlen müssen.

Baztab schreibt: „Sie haben sogar einen moderaten Politiker wie Arafat beseitigt, weil dieser gegen den innerpalästinensischen Krieg war.“ Abu Maazen [Mahmood Abbas] sei eine „Frucht der Versöhnungspolitik. Es ist sehr natürlich, dass kein gemeinsames Kapitel mit Mahmood Abbas und Haniya möglich ist.“ Abbas sei ein listiger Politiker und arbeite mit Politikern zusammen, wie Mohammad Dahlan, der die „Ermordung Arafats geplant habe.“ Zudem arbeite Abbas mit Marwan Bargouti zusammen, der sich aus dem Gefängnis heraus ebenfalls gegen den Vormarsch der Hamas gerichtet habe.

Bazatab schreibt: „Der Kontrapunkt dieser Personen sind die Hamas und Ismail Haniya als die Manifestation des intransigenten Widerstandes.“ Es sei doch klar, dass diese zwei Bewegungen nie zueinander finden können. Die eine Bewegung strebe „die Befreiung Palästinas an und die andere verfolge versöhnliche Gedanken, um den Widerstand zu vernichten.“ Hamas habe einen Fehler gemacht und sei in die Falle der Politiker der Fatah geraten.

Das Problem sei, dass die ganze Welt Abu Maazen verteidige und nicht die Hamas, die in Gaza regiere. Baztab zitiert den israelischen Premier Ehud Olmert, der den Palästinensern „Hundertern von Millionen Dollar von blockierten Steuergeldern zugesagt habe.“ Auch die amerikanische Regierung habe eine Unterstützung der Regierung von Abbas zugesagt. Die Hamasregierung dagegen habe direkt ab Januar 2006 keine Unterstützung bekommen. Nun habe die Hamas nur zwei Möglichkeiten. Entweder müsse die Hamas die Kontrolle über Gaza aufrechterhalten und auf Verhandlungen hoffen und sogar den Druck der arabischen Regierungen erdulden oder sie müsse mit Mahmoud Abbas verhandeln. Daher müsse sich die Hamas zwischen einer „schlechten und eine noch schlechteren Politik entscheiden.“

Es gebe aber auch eine dritte Lösung: „Zurück zum Widerstand jenseits der Regierung.“ Abbas könne zwar satzungsgemäß die Regierung Hamas auflösen, er könne aber den palästinensischen Widerstand gegen Israel nicht brechen. Dabei wolle noch nicht einmal Israel neue Risiken eingehen. Vor einem Jahr noch seien Hamas und die Hisbollah die Sieger gewesen, heute aber ändere sich die Lage. Hamas sei in einer sehr schlechten Lage. Auch Syrien könnte sich so verhalten, dass die Lage im Libanon in einem „Patzustand“ ende.

Der Autor schlägt eine bessere Planung der Politik vor, damit die „Verhältnisse in Palästina sich nicht verschlechtern.“



Was hier deutlich wird, ist die Tatsache, dass die iranischen Politiker und Kommentatoren weniger an die Verbesserung der Lage der Palästinenser interessiert sind, als an der Umsetzung einer radikalislamischen Politik. Das Ziel der Politik der iranischen Regierung ist islamischer Revolutionsexport, Sturz der prowestlichen arabischen Staaten und Zerstörung Israels. Erst dann kommt die Vision einer atomwaffenfreien Zone und des „islamischen Friedens“ unter der Herrschaft der khomeinistischen Diktatur zur Geltung.

Der Präsidentenberater ²⁰⁰

Die reformislamistische Zeitung Sharq berichtet über ein Gespräch mit Herrn Ramin, dem Berater des Präsidenten Ahmadinejad. Dieser behauptet, den iranischen Präsidenten niemals beraten zu haben. In seiner Rolle als Vorsitzender der „Holocaust-Wahrheitskommission“ will er „unabhängig“ sein.

„Ein Gespräch mit Mohammad Ali Ramin ist nicht einfach. Wenn du denkst, dass du einen Politiker triffst, täuschst du dich. Er spricht eher wie ein Koranschüler. Er verwendet kaum politische Begriffe, wenn er spricht. In den ersten Minuten erscheint er ein wenig merkwürdig, aber dann wirkt er ganz normal. Er ist sehr liebevoll und freundlich. Er spricht gewählt und wenn er eine Frage nicht beantworten will, fängt er an, verschlüsselt zu sprechen. Man muss ihn dann nur daran erinnern, dass er eine Frage nicht beantwortet hat. In einem Gespräch hat er den Holocaust weder bestätigt noch geleugnet.“

Er könne die „Heuchelei“, von der er spricht nicht näher erklären oder einen Beweis liefern, warum die hiesigen Personen „Heuchler und wankelmütig“ sind. Wenn man ihn über seine politischen Aktivitäten befrage, würde er von seinen Moscheebesuchen sprechen und nicht davon, dass er den Präsidenten berate. Er bestätigte, dass Kritik ein gewichtiges Gebot sei.

Es heißt weiter:

„Glücklicherweise war er in dem Interview einfach Mohammad Ali Ramin. Er ist 54 Jahre alt. Aber die politische Bühne des Iran erinnert sich kaum an ihn. Er gehört zu denjenigen, die neu aufgetaucht sind, und wenn sie auch schon früher existiert haben, hat sie kaum jemand wahrgenommen.“

Während der Revolution war er 25 Jahre alt. Als er von der Islamischen Republik hörte, übersetzte er die Republik mit Volk. Er reiste nach Deutschland und studierte dort Ingenieurwissenschaften. Er war 10 Jahre lang Freitagsimam, obwohl er nie an einer religiösen Schule gelernt hat. Am Ende der Regierungszeit des Präsidenten Rafsanjani kehrte er in den Iran zurück und bis heute ist er eine fragwürdige Gestalt geblieben.

²⁰⁰ 09.07.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/07/09/der-prasidentenberater/>



Er sieht nicht asiatisch aus, so dass sogar die Deutschen oft gedacht haben, er sei ein Deutscher. Er ist in Desful geboren.

Er dementiert, jemals Berater der staatlichen Medienanstalt unter Herrn Larijani und Berater von Ahmadinejad gewesen zu sein. Er sagt, dass dies ein Bild sei, das lediglich in den Phantasiegeschichten der Medien verbreitet worden sei. Er meint die Medien, die über die feurigen Sätze von Ahmadinejad in Hinblick auf die Holocaustleugnung berichtet haben, als der Präsident den Holocaust als ein Märchen bezeichnete. Er meint die Medien, die fragten, wer denn hinter dem Präsidenten stehe und schließlich auf Herrn Ramin stießen.

Aber er bestätigt weder den Holocaust noch leugnet er ihn. Seit neuestem teilt er die politischen Parteien des Iran in vier Gruppen ein: Mojaheds und Fromme, Heuchler und Wankelmütige. Wir haben uns vergeblich bemüht herauszufinden, was er denn unter diesen Begriffen versteht, aber wir stießen gegen eine dicke Wand. Er wollte auch nicht bestätigen, dass er Präsidentenberater ist. Ramin übt grundsätzliche Kritik an allen Regierungen, die vor Ahmadinejad an der Macht waren.

Für ihn sind Reformen Verschwörungen. Aber er liebt Khatami. Er kritisiert die Reformen, wegen der politischen Banden, in deren Falle die Reformer und Khatami geraten seien. Nach seiner Aussage weiß er ganz genau, welche Personen alle neun Tage einmal eine Krise hervorgerufen haben, damit sie Khatami als einen Taugenichts vorführen können. Es seien die wirtschaftlichen Wucherer, die nach dem Tode von Imam Khomeini ihren Schatten auf die Wirtschaft werfen würden. Personen, die 8 Jahre lang gekämpft haben, um die Ineffektivität von Khatami zu beweisen. Es seien Personen, die sich nicht gezeigt haben, damit sie schließlich sagen können, dass in der Zeit nichts erreicht worden sei.

Für Ramin ist der Bedeutungswandel der Begriffe Imam in Führung und Ummat in Bürger die größte intellektuelle Verschwörung. Diese habe dazu geführt, dass die religiösen Brüder und Schwestern sich verantwortungslos begegnen und sich in Bürger verwandelt haben, die sich gleichgültig begegnen. Ramin spricht über Personen, die die Mostasafin benachteiligte Schichten nennen, damit sich niemand für ihre Rechte einsetze, Leute die die Arroganten als Weltmächte bezeichnen, mit denen man einen Dialog führen müsse und für Vertrauen sorgen müsse.

Für ihn ist es kein Maßstab, ob jemand revolutionär war oder nicht, sondern es sei wichtig, wie sie sich positionieren und was sie tun. Daher beklagt er auch stark, wie einige Zeitungen schreiben. Für Ramin sind politische Aktivitäten eine Aufgabe für jeden Muslim. Aber seine eigenen politischen Aktivitäten fasst er mit seinen Moscheebesuchen und Besuchen der Freitagspredigten zusammen. Er hält zwar seine politischen Aktivitäten bedeckt und empfängt uns in der Universität der ‚Botschaft des Lichtes‘, wo er Ingenieurwissenschaften lehrt, aber es ist sehr offenkundig, dass Ramin ein wichtiger Mensch ist.



Bei den Wahlen des siebten Majless haben seine Freunde ihn alleine gelassen. Aber er hat sich als Unabhängiger bei den Wahlen aufgestellt. Er landete auf Platz 52 in Teheran. Ramin geht davon aus, dass die Kritiken, die die Harmonie der islamischen Gesellschaft stören, nur den Zionisten dienen. Aber wenn wir danach fragen, was er denn unter Disharmonie versteht, lächelt er nur, so dass wir mitnichten davon überzeugt werden.

Unter allen Männern der Geschichte nennt er nur fünf bedeutende Personen. Der erste sei der große Xerxes und der letzte Mahmoud Ahmadinejad. Er ist der Vorsitzende der Holocaust-Wahrheitskommission. Diese Position setze voraus, dass er gegenüber den Ereignissen der Geschichte unabhängig sei. Aber als wir ihn fragten, warum denn keiner zu der Holocaust Konferenz eingeladen wurde, der die Existenz des Holocaust verteidigte, schiebt er die Verantwortung auf die Veranstalter des Seminars.“

Samina Rastegari, die Autorin des Artikels weist darauf hin, dass das Interview mit Ramin bald erscheinen werde.

Aber seit einigen Tagen erscheint Sharq zumindest nicht mehr im Internet.



III. Zum iranischen Atomprogramm

Special Dispatch, 05. Juni 2003 - Iran reagiert auf Forderungen nach Kontrolle seines Atomprogramms ²⁰¹

In den letzten Tagen wuchs der internationale Druck auf den Iran, dessen Atomprogramm durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) kontrollieren zu lassen. Insbesondere für Washington gilt der Iran als Paradebeispiel für die mögliche Verbindung zwischen der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und der Förderung von Terrorismus. Die iranischen Zeitungen weisen solche Vorwürfe zurück - beziehen sich in ihrer Argumentation aber meist nur auf die Atomanlagen von Bushehr.

Die Zeitung Entekhab kritisiert, dass die USA im Rahmen des Treffens in St. Petersburg und der G8-Sitzungen in Evian versucht hätten, Einfluss auf Frankreich, Russland und England zu nehmen: "Amerika will offensichtlich andere Länder davon überzeugen, dass Druck auf Iran ausgeübt werden muss. So hat Amerika in St. Petersburg offenbar die Ansichten Putins beeinflusst. Politische Beobachter gehen davon aus, dass Washington dabei besonders bei den Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf Probleme stoßen wird."²⁰²

In derselben Ausgabe kommentiert Ahmad Momtas die Haltung Putins, der inzwischen eine stärkere Kontrolle des iranischen Atomprogramms befürwortet: "Diese politische Wendung Russlands, dass gleichzeitig direkt an der nuklearen Anlage in Bushehr beteiligt ist, weist auf heimliche Abmachungen Moskaus mit Washington hin. So berichtete die französische Nachrichtenagentur aus St.Petersburg, dass [der russische Außenminister] Iwanow den Iran vehement zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls aufgefordert habe, das genauere Kontrollen durch die IAEA ermöglicht. Gleichzeitig widersprach Russland den Vorwürfen aus Washington, dass Iran anstrebe, Atombomben herzustellen. Schließlich kennt Russland mehr als jedes andere Land die Details der Atomanlage [von Bushehr]. (...) Dieser Schritt Russlands - angeblich unternommen, um den Sorgen der Weltgesellschaft wegen des iranischen Atomprogramms zu begegnen - erinnert uns daran, dass man sich auf Russland nicht verlassen kann: Moskau wendet sich vielmehr überall dort hin, wo seine Interessen gesichert werden. Dabei bestätigt die Vorgehensweise in Tschetschenien, Irak und sogar Syrien, dass es vor allem finanzielle Interessen sind, die Russlands Außenpolitik bestimmen. Und wenn Iwanow in einer Pressekonferenz betonte: 'Der Bau der Atomanlage in Bushehr durch Russland hat nichts mit der Unterzeichnung des Protokolls durch Teheran zu

²⁰¹ MEMRI

²⁰² Entekhab, 2. Juni 2003



tun', dann trennt Russland damit seine finanziellen Interessen beim Bau der Atomanlage in Bushehr von der Frage der Atomkontrollen. Immer schon haben die Russen in ihren Verhandlungen mit Amerika versucht, von der iranischen Karte zu profitieren." (ebd.)

Einen Tag später zitiert Entekhab den iranischen Außenminister Kamal Kharasi in seinem Bemühen einzulenken: "Wenn alle Boykottmaßnahmen, der Druck und die Einengungsversuche gegen die Islamische Republik Iran aufhören und die Atomtechnik dem Iran zur friedlichen Nutzung überlassen wird", dann, so Kharasi, "wird der Iran auch das Zusatzprotokoll der IAEA unterschreiben".²⁰³ Dieses Protokoll, so notiert die Zeitung an anderer Stelle, gibt der IAEA die Erlaubnis zu unangemeldeten Kontrollen: "So wie dies vor dem Krieg der USA gegen den Irak geschah, als die IAEA auf der Suche nach Massenvernichtungswaffen sogar die Schlösser von Saddam und die Moscheen des Landes kontrollierte." (ebd.)

In einem Gespräch mit derselben Zeitung tritt Yussef Mollai, Professor für Völkerrecht an der Teheraner Universität, für eine resolutere Gangart ein: "Gemäß internationaler Verträge sind die USA und die anderen Staaten verpflichtet, den Vertragsparteien den Transfer von Atomtechnologie zu friedlichen Zwecken zu gewähren." Mollai wendet sich dagegen, unter ausländischem Druck zu handeln: "Bereits jetzt wird unser Atomprogramm von der IAEA kontrolliert - aber nach der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls wird sich die Art der Kontrollen ändern und die Agentur kann wann und warum auch immer in den Iran kommen und Kontrollen durchführen. (...) Das Zusatzprotokoll ist von 93 Staaten unterschrieben worden. Aber es sind unsere Experten, die entscheiden müssen, ob die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls unseren nationalen Interessen dient." (ebd.)

Auch die Zeitung Aftabe Yasd bezieht sich auf den russischen Außenminister Igor Iwanow: "Der russische Außenminister bestritt jegliche Möglichkeit für den Iran, atomare Brennstoffe zu militärischen Zwecken einzusetzen. Iwanow sagte: ‚Nach den Verträgen zwischen Russland und dem Iran müssen alle atomaren Brennstoffe, die in den Iran geliefert werden, vollständig wieder zurückgeführt werden.‘ Er betonte, dass es keinen Grund zur Sorge bezüglich der Nutzung der Brennstoffe für andere Ziele gäbe (...) und erklärte: ‚Russland ist mit den unfairen Maßnahmen einiger amerikanischer Unternehmen und deren grundlosen Behauptungen über die atomare Zusammenarbeit beider Länder nicht einverstanden und weist diese als unakzeptabel zurück.‘ Der russische Außenminister betonte, dass Iran und Russland ihre atomare Zusammenarbeit bis zur Stilllegung der Anlagen von Bushehr fortsetzen würden."²⁰⁴

Die Zeitung Resalat verweist in der Diskussion der Atomkontrollen auf die "Teheraner Erklärung" der 30. Sitzung der Außenminister der islamischen Staaten,

²⁰³ Entekhab, 3. Juni 2003

²⁰⁴ Aftabe Yasd, 3. Juni 2003



die am letzten Freitag in Teheran tagte: Darin wird gefordert, dass Israel den Vertrag zur Nicht-Verbreitung von atomaren Waffen unterzeichnen solle, damit die israelischen Anlagen von der IAEA kontrolliert werden können.²⁰⁵

Zu Wort kommt auch der iranische Präsident Mohammad Khatami, der in seinem Abschiedsgespräch mit dem italienischen Botschafter erklärte: "Alle Aktivitäten des Iran finden unter Aufsicht der IAEA statt und wir haben keinerlei Absicht Atomwaffen herzustellen. (...) Iran ist das größte Opfer der Massenvernichtungswaffen; und gegenwärtig entwickelt und verteidigt der Iran die Idee eines Mittleren Ostens ohne Atomwaffen. (...)" Zitiert wird aber auch [Botschafter] Ricardo Sossa mit den Worten: "Die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls würde die Vorwände gegen die friedliche Nutzung des iranischen Atomprogramms beseitigen."²⁰⁶

Die Islamischen Revolutionsgarden bekundeten derweil erneut ihren Willen zur bewaffneten Verteidigung des Landes: "Die Islamischen Revolutionsgarden betonten am Montag, dass das mutige iranische Volk sein Blut bis zum letzten Tropfen dem Widerstand gegenüber jeglicher Aggression gegen das Land widmen werde. In einer Erklärung anlässlich des Todestags Khomeinis, verkündeten die Revolutionsgarden, dass die arrogante Welt beobachte, wie die islamische Revolution an Stärke gewinne und daher alles unternehme, um die Islamische Republik konspirativ zu unterminieren. Sie erklärten, dass die Behauptungen über die Verletzung von Menschenrechten im Iran und die Propagandakampagne gegen das iranische Nuklearprogramm, das der Erzeugung von Elektrizität diene, vergebliche Versuche darstellten, das iranische Volk zur Verzweiflung zu bringen."²⁰⁷

Special Dispatch, 10. September 2003 - Streit um das Zusatzprotokoll zur Kontrolle von Atomanlagen

*Die Debatte um die atomare Bewaffnung und das IAEA-Zusatzprotokoll zur Kontrolle von Atomanlagen beschäftigt im Iran seit Wochen die Zeitungen. Der Generaldirektor der IAEA, **Muhammad Al-Baradei**, und der deutsche **Außenminister Fischer** hatten den Iran schon am 2. September zum "schnellen Handeln" aufgefordert. "Der Iran beteuert seine friedlichen Absichten", sagte Fischer bei einem Treffen in Berlin, "das aber bedeutet nichts. Man muss die Dinge unterlassen." Während Al-Baradei den Iran am 8. September erneut aufrief, alle seine Atompläne für die IAEA zugänglich zu machen, zögert die iranische Führung eine endgültige Entscheidung weiter hinaus. Es stehen sich zwei Positionen gegenüber: Auf der einen Seite stehen*

²⁰⁵ Resalat, 1. Juni 2003

²⁰⁶ Kayhan, 3. Juni 2003

²⁰⁷ IRNA, 2. Juni 2003



die islamistischen Reformer, die die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls befürworten, weil sie eine Intervention fürchten und die politische Existenz der Islamischen Republik gefährdet sehen. Die Hardliner hingegen wollen in der Frage der Kontrolle atomarer Einrichtungen auf keinen Fall zurückzuweichen.

Das islamistische Reformblatt Yaase Now fasst das Problem so zusammen: "Die Sorge der Atommächte ist es, dass andere Staaten im Zuge ihrer friedlichen Atomenergienutzung auch Atomwaffen herstellen könnten. Sie selbst rüsten aber nicht ab, sondern modernisieren ihre Waffentechnologie." Vor diesem Hintergrund plädiert die Redaktion von Yaase Now dafür, dass die Islamische Republik versuchen solle, eine Verbindung der Positionen Europas und der USA zu verhindern. Während nämlich Europa davon ausgehe, dass der Iran das Recht besitze, die Atomenergie friedlich zu nutzen, seien die USA grundsätzlich dagegen. Daraus leitet Yaase Now ab, dass eine Unterzeichnung des Zusatzprotokolls die Drohungen gegen den Iran mindern können.²⁰⁸

Deutlich wird daraus, wie sehr die Reformislamisten darum bemüht sind, eine gemeinsame Haltung Europas und der USA gegen den Iran zu verhindern: Europa handele unter US-amerikanischem Druck, obwohl die iranischen Informationen transparent seien, so der Chef der Energiekommission Hussein Afarideh.²⁰⁹ Zwei Parlamentsabgeordnete kritisierten, dass die Internationale Atomenergiebehörde auf politischen Druck der USA und Englands agiere.²¹⁰ Jafar Golbas, Berichterstatter der Kommission für nationale Sicherheit, ist der Überzeugung, dass sich die Positionen der europäischen Staaten zum iranischen Atomprogramm denen der USA angenähert hätten. Der Iran habe es nicht geschafft, Europa dazu zu bewegen, eine andere Haltung als die USA einzunehmen.²¹¹ Für Ahmad Asimi, Mitglied der Energiekommission des Parlaments, ist diese Frage allerdings noch nicht entschieden. Der Iran, so Asimi, solle das Protokoll unterzeichnen, damit Europa und USA sich nicht gemeinsam gegen den Iran stellen: "Wenn wir das Protokoll nicht unterschreiben, werden wir auch die europäischen Staaten gegen uns aufbringen."²¹²

Auch vom iranischen Außenminister Kamal Kharasi berichtete Yaase Now, er habe davor gewarnt, dass die Entscheidungen der IAEA von "politischer Konkurrenz" bestimmt würden.²¹³ Die relevante Frage sei jedoch, ob sich die Verdächtigungen gegen den Iran nach einer Unterzeichnung des Vertrages fortsetzen würden.²¹⁴ So konnte zwar der Sprecher des Außenministeriums, Hamidresa Asefi, die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls nicht garantieren, hält aber die grundsätzliche

²⁰⁸ Yaase Now, 25. August 2003

²⁰⁹ ISNA, 1. September 2003

²¹⁰ Aftabe Yasd, 5. September 2003, S.1

²¹¹ Aftabe Yasd, 5. September 2003, S.2

²¹² Aftabe Yasd, 7. September 2003, S.1

²¹³ Yaase Now, 6. September 2003

²¹⁴ IRNA, 6. September



Bereitschaft des Iran, das Protokoll zu unterzeichnen, für "ein Zeichen der guten Absichten des Landes."²¹⁵

Ähnlich formulierten Ali Akbar Salehi, Sprecher des Iran bei der Atomenergiebehörde, der die Bereitschaft des Iran zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls bekundete²¹⁶ und Hussein Afarideh, Chef der Energiekommission, der betonte, dass es keine konkrete Absicht gebe, das Zusatzprotokoll nicht zu unterzeichnen.²¹⁷ Auch Regierungssprecher Ramesansadeh hob die Friedfertigkeit des Iran hervor und äußerte sich gegenüber Aftabe Yasd: "Wir sind bereit Gespräche bezüglich der Unterzeichnung aufzunehmen."²¹⁸ Weiterhin erklärte Ramesansadeh, dass der ganze Mittlere Osten ein atomwaffenfreies Gebiet werden müsse.²¹⁹

Auch Mitglieder des iranischen Parlaments äußerten sich in den vergangenen Tagen zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls: So zeigte sich Ramesan Wahidi davon überzeugt, dass das iranische Zögern bei der Unterzeichnung des Protokolls Europa hinsichtlich der atomaren Bewaffnung des Iran misstrauisch gemacht habe. Und, so Wahidi: Mit der Nicht-Unterzeichnung des Zusatzprotokolls könnten im Iran irakische Verhältnisse einkehren.²²⁰ Diese mögliche Tragweite der Entscheidung betonte auch sein Kollege Pirus Mojtahesadeh: "Wir haben die nationale Existenz von der Unterzeichnung des Vertrages abhängig gemacht. Die Frage wird sich zu einem der schwierigsten Probleme entwickeln und könnte sich gegen unsere politische Existenz auswirken."²²¹ Vor diesem Hintergrund sprach sich auch die Abgeordnete Elahe Kolai für eine Unterzeichnung des Zusatzprotokolls aus: "Wenn wir nicht unterschreiben, wird die Akte des Iran vor dem Sicherheitsrat behandelt werden."²²²

Nachdem das Parlament die Frage der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls in einer nicht-öffentlichen Sitzung gemeinsam mit dem Direktor der Atomenergieorganisation, Qolamali Khoshro diskutiert hatte²²³, berichtete die Zeitung Iran, dass auf dieser Sitzung von einem Abgeordneten die Position vertreten wurde, dass es gar nicht um die Unterzeichnung des Vertrages selbst gehe. Wichtiger sei die Forderung des Iran, all jene Rechte auch zu erhalten, die prinzipiell allen IAEA-Mitgliedern zustünden. Dazu zählt etwa das uneingeschränkte Recht zum Zugang zu Atomtechnologie.²²⁴ In diesem Zusammenhang äußert sich auch der iranische Ex-Präsident Rafsanjani: 51 Staaten der Welt hätten sich für die friedliche Nutzung des iranischen Atomprogramms ausgesprochen.²²⁵ Insbesondere die Blockfreien Staaten, so

²¹⁵ Entekhab, 2.September 2003, S.3

²¹⁶ Yaase Now, 28. August 2003

²¹⁷ ISNA, 1.September 2003

²¹⁸ Aftabe Yasd, 2.September 2003

²¹⁹ Entekhab, 2.September 2003, S.2

²²⁰ Aftabe Yasd, 5.September 2003 S.5

²²¹ Aftabe Yasd, 7.September 2003, S.1

²²² Aftabe Yasd, 7.September 2003, S.2

²²³ Iran, 4.September 2003, S.2

²²⁴ Iran, 4.September 2003, S.2

²²⁵ Entekhab, 7.September, S.2



Rafsanjani in der Zeitung Jomhuriye Eslami, hielten es für ungerecht, wenn der Iran nicht das Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie bekommen würde.²²⁶ Aftabe Yasd zufolge erwartet der iranische Außenminister Kharasi Erklärungen seitens der Atombehörde, ob dem Iran der volle Zugang zur Atomenergie gewährleistet werden wird. Wenn für den Iran alle Zweifel behoben seien, werde das Land in naher Zukunft das Zusatzprotokoll unterschreiben.²²⁷

Auf der anderen Seite relativiert die Position des Sekretärs für Rechtsfragen von Präsident Khatami, der sich selbst noch nicht zu Wort gemeldet hat, alle Äußerungen von iranischen Politikern zum Thema: "Ich habe bisher nichts davon gehört, dass der Iran offiziell das Zusatzprotokoll unterschreiben wird."²²⁸ Gegen die Unterzeichnung des "erniedrigenden" Zusatzprotokolls sprach sich etwa Hussein Shariatmadari, Direktor der Zeitung Kayhan, aus: "Wenn wir die Verantwortlichen der UNO fragen, warum sie Israel nicht unter Druck setzen, das Zusatzprotokoll zu unterschreiben, sagen sie, dass Israel den NPT-Vertrag nicht unterschrieben habe. USA, England und Frankreich helfen aber Israel bei seinem Atomprogramm." Iran habe elf neue Routineuntersuchungen der IAEA hingenommen und es werden immer neue Forderungen gestellt, so der dem religiösen Führer Khamenei nahe stehende Zeitungsdirektor.²²⁹

Die orthodoxe islamistische Zeitung Jomhuriye Eslami beklagte, dass der EU-Beauftragte Solana direkt nach seinem Iranbesuch nach Israel gereist sei. Der israelische Außenminister habe daraufhin Europa gedrängt, Iran unter Druck zu setzen. Die Zeitung gab in diesem Zusammenhang die israelische Befürchtung wieder, der Iran könne innerhalb eines Jahres in den Besitz von Atomwaffen gelangen und erklärte zudem, dass Solana bei seinem Besuch in Teheran jeder Frage zu israelischen Atomwaffen ausgewichen sei.²³⁰ Der iranische Verteidigungsminister Shamkhani warnte derweil Israel davor, die iranischen Reaktoren anzugreifen und ergänzte, dass Israel dem Iran keinen militärischen Schaden zufügen könne.²³¹

Die konservative Zeitung Kayhan veröffentlichte zustimmend den Brief eines Lesers, der meint, dass der Iran den Nicht-Proliferationsvertrag gar nicht erst hätte unterschreiben sollen, denn dann hätte das Land jetzt nicht so stark unter Druck geraten können. Wenn aber der Iran das Zusatzprotokoll heute unterschreibe, würden morgen noch mehr Forderungen gestellt werden. Die intelligenteste und logischste Antwort auf diese Politik sei Widerstand.²³² Ähnlich massiv wandte sich Mortesa Nabawi, Sprecher der "islamischen Vereinigung

²²⁶ Jomhuriye Eslami, 7.September

²²⁷ Aftabe Yasd, 7.September 2003

²²⁸ ISNA, 3.September 2003

²²⁹ Resalat, 6.September, S.1

²³⁰ Jomhuriye Eslami, 4.September 2003

²³¹ Resalat, 4.September 2003

²³² Kayhan, 3.September 2003



der Ingenieure" gegen die "illegale" Unterzeichnung des Zusatzprotokolls: Er warnte die "Feinde der Islamischen Republik." "Glücklicherweise" habe der Iran jedoch ein effektives militärisches Widerstandspotential entwickelt, das "den Feind von Abenteuern im Iran abhalten wird."²³³

Nachdem bekannt wurde, dass die USA keine neue Resolution gegen den Iran im Sicherheitsrat vorlegen werden, feierten beide, liberal-islamistische und Hardliner-Zeitungen wie Kayhan, die "Niederlage Amerikas gegen den Iran".²³⁴ Das "liberale" Blatt Entekhab erklärte den "Rückzug der Amerikaner" zum Sieg über den von diesen ausgeübten "unsäglichen Druck".²³⁵ Die USA habe sich mit einer farblosen Resolution einverstanden erklärt, so die Zeitung. Es seien die Blockfreien Staaten gewesen, die sich erfolgreich gegen die USA gestellt und eine konstruktive Zusammenarbeit des Iran mit der IAEA gefordert hätten. Dies habe "Hoffnungslosigkeit beim zionistischen Regime hervorgerufen."

In dem Artikel wird weiterhin darüber berichtet, dass Al-Baradei zwar eine größere Zusammenarbeit des Iran mit seiner Atombehörde begrüßt habe, gleichzeitig aber seine Sorgen über die gefundenen Uranspuren und über Versuche des Iran, auf dem "internationalen Schwarzmarkt" Ausrüstung für sein Atomprogramm zu kaufen, geäußert habe.²³⁶ Die Uranspuren auf Ausrüstungsmaschinen stammen, Außenminister Kharasi zufolge, indes nicht aus dem Iran: Die "verschmutzten Maschinen" seien aus dem Ausland importiert worden.²³⁷

*Dr. Wahied Wahdathagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 6. Oktober 2003 - Interview mit Wolfgang Günter Lerch über iranisches Atomprogramm ²³⁸

Die Zeitung Kayhan veröffentlichte am 1. Oktober 2003 ein Interview mit dem FAZ-Redakteur Wolfgang Günter Lerch. Dieser zeigte einerseits Verständnis für die atomare Aufrüstung des Iran, bezeichnet diese andererseits aber auch als Katastrophe:

"Der wichtige deutsche Experte sagte: ‚Für mich ist die atomare Forschung legitim und ein natürliches Recht des Iran.‘"

²³³ Resalat, 6. September, S.2

²³⁴ Kayhan, 6. September

²³⁵ Entekhab, 7. September, S.1

²³⁶ Entekhab, 7. September, S.3

²³⁷ ISNA, 5. September 2003

²³⁸ <https://honestlyconcerned.info/2003/10/06/interview-mit-wolfgang-gunter-lerch-uber-iranisches-atomprogramm/>



Wolfgang Günter Lerch äußerte sich im Zusammenhang mit den neuen Positionen der IAEA gegenüber der IRNA wie folgt: ‚In Anbetracht der geopolitischen Lage des Iran und unter Berücksichtigung der Nachbarn des Iran glaube ich sogar, dass falls der Iran sogar nach atomaren Waffen strebt, dies sein natürliches und logisches Recht ist. Dieses Verständnis bedeutet nicht, dass ich die sofortige Beschaffung von Atomwaffen seitens des Iran absegne oder gut heiße. Es bedeutet jedoch, dass eine Reihe von Berechnungen, die der Iran anstellt, nachvollzogen werden können.‘ Der deutsche Experte bejahte die Frage, ob die israelische Atomwaffenfabrik ein Grund für sein Verständnis gegenüber dem iranischen Atomprogramm sei: ‚Es ist nicht der allererste Grund, aber wir müssen sehen, dass der Iran nicht weit von Israel entfernt ist. Auch die Atommacht Russland ist nicht weit vom Iran entfernt. Pakistan und Indien sind ebenfalls Atommächte und Nachbarn des Iran. Ebenso ist China eine atomare Supermacht der Zukunft.‘

Der deutsche Experte sagte bezüglich der Diskussionen über die Untersuchung des atomaren Potentials des rassistischen israelischen Regimes in der Generalversammlung der Vereinten Nationen: ‚Ich befürworte eine Waffenkontrolle und eine Abrüstung, insbesondere im Mittleren Osten, der voller Waffen ist. Ich bin aber der Überzeugung, dass der Westen und die internationalen Institutionen in der Vergangenheit eine sehr einseitige Sichtweise hatten. Niemand spricht über Israel und für dieses Land gelten Ausnahmeregelungen. Dies kann nicht länger hingenommen werden. Wenn wir ein Sicherheitssystem in der Region anstreben, dann müssen wir fair handeln und eine einseitige Haltung wird zu keinem Erfolg führen.‘

Auf die Frage, ob die IAEA Israel zwingen könnte seine atomare Waffen abzuschaffen, sagte der deutsche Experte:

‚Ich habe in dieser Hinsicht große Zweifel. Die Frage ist, wer Israel zu etwas zwingen könnte. Wir sind Zeugen, dass dies auch in der [gegenwärtigen] Friedenspolitik sehr schwierig ist. Der prinzipielle Fehler der westlichen Politik gegenüber dem Mittleren Osten ist, dass davon ausgegangen wird, dass der Westen in der Region entweder mit guten Absichten oder auf Grundlage eigener Interessen intervenieren kann. Ich denke, dass ein Austritt des Iran aus dem Non-Proliferationsabkommen [Nichtverbreitungsvertrag] der IAEA eine Katastrophe wäre.‘

Special Dispatch, 14. Juni 2004 - Iranische Politiker bestehen auf Atomprogramm

*Kurz vor dem Beginn neuer Verhandlungen der IAEA (Internationale Atomenergiebehörde) am heutigen Montag, den 14. Juni, berichteten die Zeitungen im Iran über die Positionen iranischer Politiker zum iranischen Atomprogramm. Sie betonen, dass der Iran keine weiteren Verpflichtungen mehr eingehen wird, und dass das Zusatzprotokoll der IAEA erst vom **Majless** und dann vom **Wächterrat** ratifiziert werden müsse. Zudem werden auch deutliche Warnungen gegeben, dass sich der*



Iran gänzlich von den internationalen Vereinbarungen zurückziehen könne, wenn seine Vorgaben nicht akzeptiert würden.

Die Zeitung **Kayhan** zitiert den religiösen Führer **Ali Khamenei**: "Diejenigen, die mit den Verantwortlichen der Islamischen Republik in den Dialog getreten sind, müssen wissen, dass wenn sie sich mit uns über diese Geschichte streiten und zu viel fordern, alles zusammenfallen wird und sie von der Islamischen Republik einen Schlag ins Gesicht bekommen werden. Natürlich wird das endgültige Urteil, wie es das Gesetz vorschreibt, im Majless und abschließend vom Wächterrat abgesegnet werden. Der Wächterrat muss die Bedingungen des Zusatzprotokolls mit der Sharia und dem Gesetz vergleichen. Die Regierung hat bisher keine solchen Entscheidungen getroffen und darf solche Entscheidungen auch in Zukunft nicht treffen."

Wie die Zeitung berichtete, hat **Hashemi Rafsanjani** beim letzten Freitagsgebet betont, dass der Iran in der Atomfrage niemandem mehr Tribut zollen wird. Die Redaktion der Zeitung erinnert daran, mehrfach davor gewarnt zu haben, dass man von der IAEA keine unabhängigen Stellungnahmen erwarten könne, solange diese den Amerikanern, den Franzosen und den Engländern gegenüber verantwortlich sei. Iran habe zwar das Zusatzprotokoll in erster Phase unterschrieben, aber das Majless habe das Protokoll noch nicht ratifiziert. Kayhan schreibt, dass es für das Majless ein Schandfleck wäre, wenn es das Zusatzprotokoll unterschreiben würde. Nach Gesprächen mit einigen Majlessmitgliedern gehe man jedoch davon aus, dass das Majless das Zusatzprotokoll nicht unterschreiben und damit die "Verschwörungen der Amerikaner und ihrer Verbündeten konterkarieren" werde.²³⁹

In einer von der Zeitung **Sharq** wiedergegebenen Pressekonferenz antwortete der iranische Außenminister **Kharasi** auf eine Frage des arabischen Fernsehsenders **Al-Alam** zur iranisch-europäischen Zusammenarbeit: "Als wir uns zur Zusammenarbeit entschieden, war es unser Ziel, alle Missverständnisse bezüglich unseres Atomprogramms aufzuheben und dadurch das Vertrauen der Weltöffentlichkeit zu gewinnen. Unsere Zusammenarbeit hängt aber davon ab, dass die Europäer auch mit uns zusammenarbeiten." Sharq schreibt weiter: "Kharasi zufolge sei die gegenseitige Verbundenheit die Garantie für weitere Zusammenarbeit. [...] Er wiederholte, dass Iran das selbstverständliche Recht habe, ein friedliches Atomprogramm zu besitzen. Der Iran werde auf keinen Fall von seinem Recht abrücken. [...] ‚Es tut uns leid, dass viel Zeit für Detailfragen aufgewandt wird, nur weil Amerika Druck ausübt.‘ Dies sei nicht mit dem Geist der dreiseitigen Zusammenarbeit vereinbar. Kharasi forderte von den Europäern, dass diese die Probleme ein wenig allgemeiner betrachten, wenn sie eine Lösung anstreben."

Wie die Zeitung Sharq weiterhin berichtete, hat Kharasi darauf bestanden, dass die Herstellung von Uran-Hexafluorid-Gas in dem Werk in Isfahan und die Arbeiten der

²³⁹ Kayhan, 12.6.2004.



Schwerwasseranlage in Irak im Rahmenvertrag mit der IAEA abgesichert seien. Hier liege in keinem Punkt ein Vertragsbruch vor. Kharasi sagte laut Sharq: "Wir werden keine zusätzlichen Verpflichtungen eingehen. Die Europäer müssen ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Niederlage der bisherigen Pläne ist eine Niederlage für alle. Neue Verpflichtungen werden nicht akzeptiert. Niemand im Iran kann entscheiden, dass wir auf etwas verzichten, woran unsere Ehre hängt." ²⁴⁰

Die **Jomhuriye Eslami** hatte bezüglich der entschiedenen Intervention der drei europäischen Regierungen (England, Deutschland und Frankreich) von einem "teuflischen Streich" gesprochen. Die Zeitung schrieb, dass die IAEA offenbar nicht beabsichtige am 14.6.2004 die iranische Akte zu schließen und die Beziehungen mit dem Iran zu normalisieren. Außerdem wird der ehemalige iranische Botschafter in Japan und gegenwärtigen Majlessvertreter Manuchehr Motaki zitiert: "Der Iran muss eine entschiedene und logische Position gegenüber der IAEA annehmen. Als Modell dafür muss unsere Vorgehensweise gegenüber der Menschenrechtskommission dienen. Denn damals konnte sich der Iran erfolgreich gegen den Druck der Menschenrechtskommission zur Wehr setzen. Obwohl der Iran besonders intensiv mit der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zusammengearbeitet hat, erschienen trotzdem jährlich Resolutionen gegen den Iran. Dann konnten wir den Europäern klar machen, dass sie nicht erwarten dürften, dass wir unsere Zusammenarbeit mit der Menschenrechtskommission fortsetzen, wenn sie weiterhin Resolutionen gegen den Iran unterschreiben. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass die Akte des Iran in dieser Kommission geschlossen wurde. Dieselbe politische Strategie müssen wir gegenüber der IAEA führen. Wir müssen ihnen klar machen, dass wir unsere Zusammenarbeit mit der IAEA überdenken werden, wenn sie dem Iran weiterhin Vorwürfe machen." ²⁴¹

Special Dispatch, 28. September 2004 - Sharq: In der Atomfrage sind sich säkulare Exiloppositionelle und iranische Reformislamisten einig

Übersetzt und zusammengefasst von Dr. Wahied Wahdat-Hagh*

*In der reformislamistischen Zeitung **Sharq** vom 20. September 2004 erklärte **Mohammad Javad Ruh**, dass das Atomprogramm für den Iran mittlerweile wichtiger als die Frage der Meinungsfreiheit, die Lage der politischen Gefangenen oder das Wahlrecht geworden sei. Schließlich könne eine Untersuchung durch den UN-Sicherheitsrat einen wirtschaftlichen Boykott oder ein militärisches Embargo gegen*

²⁴⁰ Sharq, 13.6.2004.

²⁴¹ Jomhuriye Eslami, 10.6.2004.



den Iran zur Folge haben, was dem politischen und kulturellen Klima des Landes schaden würde.

In seinem Artikel analysiert Ruh die unterschiedlichen Positionen zur Atomfrage von drei Gruppen im In- und Ausland. Er unterscheidet dabei zwischen Gruppen, die einen Krieg gegen den Iran befürworten sowie den demokratischen Friedensanhängern und den Konservativen. Ruh stellt in der Atomfrage einen Konsens zwischen säkularen Exilrepublikanern und den Reformislamisten im Iran fest. Für beide stünden dabei die nationalen Interessen des Iran im Vordergrund. Außerdem geht der Autor auf die Forderung von über 200 Majlessmitglieder nach einem Ausstieg aus dem NPT-Vertrag [Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen] ein.²⁴² Wir dokumentieren Auszüge aus seinem Artikel:

Die Kriegsbefürworter

Ruh geht zunächst auf die Gruppe der Befürworter eines Krieges gegen den Iran ein - zählt aber lediglich die Organisation der Volksmohajedin zu dieser Kategorie. Diese begrüßten seiner Meinung nach auf jeden Fall einen militärischen Angriff gegen den Iran, um den Sturz der Regierung zu forcieren. Die Volksmohajedin seien jedoch in der iranischen Gesellschaft eine isolierte Gruppe. [...]

Demokratische Kriegsgegner: Reformislamisten und säkulare Exilrepublikaner

Dann bemerkt Ruh: "Es ist deutlich geworden, dass die Positionen der verschiedenen Fraktionen der Friedensanhänger im In- und Ausland in der Atomfrage gleich sind. Es handelt sich dabei um politische Fraktionen, deren politische Zielsetzungen eigentlich völlig unterschiedlich sind und die insbesondere aufgrund ihrer Geschichte Differenzen und Feindseligkeiten gegeneinander hegen. Dennoch haben sich diese Kräfte immer intensiver mit dem Thema der Demokratisierung auseinandergesetzt." So hätten auch die Exilgruppen trotz unterschiedlicher ideologischer Ausrichtungen die Wahl von Mohammad Khatami zunächst unterstützt.

Mit der Zeit hätten sich die strategischen Unterschiede aber zu einem [politischen] Widerspruch entwickelt: "Die Reformer pochten auf einer ‚islamischen Republik‘ und die [Exil]opposition auf einer [säkularen] ‚Republik‘. Dabei entwickelten sie unterschiedliche Positionen zu den Kommunalwahlen oder der Wahl des siebten Majless. In der Atomfrage scheint es aber keine Differenzen zwischen den beiden Lagern zu geben. Zwar gibt es unterschiedliche Positionen zu innenpolitischen Themen, wie der Verfassungsfrage oder den Rechtsfragen in Hinblick auf eine Demokratisierung der Machtstrukturen - bezüglich des Atomproblems gibt es jedoch

²⁴² Inzwischen hat der iranische Außenminister in einem Interview in Sharq von 27.9.2004 bekannt gegeben, dass die Regierung eine solche Entscheidung noch nicht getroffen habe. Falls jedoch die Europäer die iranische Akte an den Sicherheitsrat schicken würden, hielte der Iran sich angemessene Reaktionen offen.



keine Differenzen. [...] [Auch] über die bestehenden internationalen Verträge wie den NPT-Vertrag gibt es keinerlei Meinungsunterschiede zwischen den inländischen Reformern und der exil-republikanischen Opposition."

Beispielhaft führt Ruh seine These dann anhand der Position des bekannten Mitglieds der Partizipationsfront [Jebheye Mosharekat] **Mohssen Mirdamadi** aus, der im sechsten Majless Vorsitzender der Kommission für nationale Sicherheit war. Ruh zitiert ihn mit der Frage, warum die Aufsicht über die Atomkontrolle nunmehr von den nationalen Gremien auf die internationalen Institutionen übertragen worden sei. Mirdamadi moniert laut Ruh, dass er als Vertreter der Kommission für nationale Sicherheit erst ein Jahr nach Al-Baradei die Atomanlagen in Natanz und Arak besuchen konnte. Viele offizielle iranische Instanzen würden über die genaue Atompolitik des Iran nicht informiert werden. Mirdamadi weiter: "Wir sind der Überzeugung, dass wir alle internationalen Verträge und Protokolle akzeptieren sollten und durch die Schaffung einer Vertrauensbasis verhindern müssen, dass gegen uns weitere Maßnahmen jenseits der Verträge ergriffen werden. Wir müssen die Kapazitäten des Iran realistisch betrachten und überlegen, ob wir, falls die Akte wirklich zum Sicherheitsrat geschickt werden sollte, ein Wirtschaftsembargo überstehen würden."

Ähnlich wie die "Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution"²⁴³ habe die reformislamistische Partizipationsfront, so folgert Ruh, eine "Kosten-Nutzen-Analyse" durchgeführt: "Wenn die iranische Atomfrage an den Sicherheitsrat überstellt würde, wäre eine rote Linie für das Land überschritten. Ein solcher Vorgang würde nicht nur den [Ausbau eines] geschlossenen Atomkreises und die Urananreicherung verhindern, sondern darüber hinaus würden uns weitere Einschränkungen auferlegt werden." Es müsse alles unternommen werden, um zu vermeiden, dass die iranische Atomakte im Sicherheitsrat lande. "Andernfalls", so zitiert Ruh Mirdamadi, "müssten wir einen hohen Preis zahlen und für immer auf unsere Errungenschaften auf dem Gebiet der Atomforschung verzichten."

Ruh referiert dann die Position des Physikers **Ahmad Shirsad**, Mitglied des Zentralrats der reformislamistischen Partizipationsfront, der in seiner Kritik am iranischen Atomprogramm noch weiter geht als Mirdamadi: "Dieses (Atom-)Problem", so Shirsad, "ist zur Schwachstelle des Iran geworden, das von den Ausländern dazu benutzt wird, um den Iran unter Druck zu setzen. Dieses Problem schwächt den Iran, statt ihn zu stärken." Ähnlich zitiert Ruh auch den Bruder des amtierenden Präsidenten, **Mohammadresa Khatami**, Generalsekretär der Partizipationsfront: "Unser größtes außenpolitisches Problem im nächsten Jahr ist das Atomproblem. Die Krisen werden sich verschärfen, wenn das Atomproblem mit

²⁴³ Die "Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution" gilt als linksislamistische Organisation und zählt zur "Imam-Khomeini-Linie." Zu dieser gehört u.a. auch die von Hojatoleslam Mehdi Karrubi geführte "Kämpfende Geistlichkeit".



Menschenrechtsproblemen vermischt wird." Auch Khatami fürchte, dass der Druck auf den Iran noch stärker werden könnte. [...]

Anschließend vergleicht Ruh diese Positionen von Reformislamisten im Iran mit den Ansichten der säkularen Exilrepublikaner und kommt zu dem Schluss: "Die Positionen der Exilrepublikaner als wichtigste Oppositionsgruppe stimmen auf bestimmte Art und Weise mit den Ansichten der inländischen Reformer überein." Letztere hatten Anfang September in einer Erklärung ihre Sorge um die nationalen iranischen Interessen, das Atomprogramm und die Situation in den Nachbarländern formuliert. Und wie sie seien eben auch die Exilrepublikaner darüber besorgt, dass die Europäer dem iranischen Atomprogramm mittlerweile misstrauisch gegenüberständen, weil die Gespräche mit Frankreich, England und Deutschland gescheitert seien und der Iran seine Versprechen über einen Stopp des Zentrifugenbaus zur Urananreicherung zurückgenommen habe. So hätten die Exilrepublikaner zum Beispiel davor gewarnt, militärische Drohgebärden zu äußern und sich dabei auf die Reden des iranischen Verteidigungsminister bezogen, der im Fall eines Angriffs auf den Iran von einem möglichen atomaren Gegenschlag [Podafande Hastei] gesprochen hatte.²⁴⁴

Außerdem, so Ruh weiter, hätten die Exilrepublikaner darauf verwiesen, dass die USA die iranische Atomakte auf jeden Fall vor den Sicherheitsrat bringen wollten. So hätten die Amerikaner eindeutig erklärt, alles tun zu wollen, um das Atomprojekt des Iran zu stoppen. Auch Israel habe davon gesprochen, gegebenenfalls die iranischen Atomanlagen zu zerstören. Diese Entwicklungen, so fasst Ruh die Warnung der Exilrepublikaner zusammen, könnten dazu führen, dass die iranischen Machthaber das politische Klima weiter militarisieren und zu militärischen Lösungsversuchen greifen könnten, weil sie innenpolitische Probleme durch außenpolitische Spannungen vertuschen wollten. Trotzdem seien auch die Exilrepublikaner der Überzeugung, dass der Iran ein Recht auf das Atomprogramm habe. Bedingung dafür sei jedoch, dass das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft gewonnen werde und die internationale Atomenergiebehörde ihre Kontrollen fortsetzen dürfe. Auch die Beziehungen zu den USA sollten normalisiert werden. Andernfalls könnte es passieren, dass der Iran einen hohen ökonomischen oder gar militärischen Preis zahlen müsste. Auch würden sie Exilrepublikaner Ruh zufolge die iranische Regierung weiter davor warnen, Europa und die USA in der Atomfrage spalten zu wollen oder gar die Probleme der USA im Irak zu instrumentalisieren. Auch die mit solchen Ambitionen verbundene Hoffnung, die IAEA könnte dem iranischen Atomprogramm womöglich ohne Berücksichtigung der US-Position zustimmen, seien nicht realistisch. Vor diesem Hintergrund würden die Exilrepublikaner von der iranischen Regierung fordern, dem NPT-Vertrag treu zu bleiben, die Militärs aus dem Atomstreit herauszuhalten und die Spannungen in den Beziehungen mit den USA nicht weiter zu verstärken.

²⁴⁴ ‚Podafande Hastei‘ bedeutet ‚im Fall eines Angriffes automatisch zündende Atombombe‘ (vgl. www.memri.de/uebersetzungen_analysen/laender/iran/iran_shamkhani2_09_08_04.html)



Die Konservativen

Die Konservativen nähmen, so Ruh, in der Außenpolitik eine radikale Position ein. Eine Verbesserung der Beziehungen mit dem ‚Westen‘ würde nach Einschätzung der Konservativen lediglich den Interessen der "Fremden" dienen. Deswegen würden sich die Konservativen von vorneherein gegen jede Zusammenarbeit mit der IAEA wenden.

Hussein Shariatmadari, Herausgeber der Zeitung **Kayhan**, sei einer der Sprecher dieser Fraktion. Er habe sich von Anfang an für einen Austritt des Iran aus dem NPT-Vertrag ausgesprochen. Shariatmadari kritisiere daher auch die Verhandlungen mit Europa und erklärt, dass der Westen den Iran auf diese Weise nur "überlisten" wolle. Ruh zufolge, fühlt sich Shariatmadari dadurch bestätigt, dass sich die Positionen von Europäern und Amerikanern in den letzten Wochen angenähert haben. Der Dialog mit Europa habe dazu geführt, dass die iranische Regierung eine "rote Linie des Systems" überschritten habe.

Ruh erinnert in seinem Artikel daran, dass kürzlich über 200 Majlessmitglieder schriftlich beantragt haben, dass der Iran entgegen den Forderungen der internationalen Atomenergiebehörde mit der Urananreicherung beginnen solle. Die gegenwärtige politische Lage habe dazu geführt, dass inzwischen auch moderate Konservative, wie **Mohammad Javad Larijani**²⁴⁵, in einem Fernsehinterview "nicht nur die Urananreicherung, sondern auch die Atombombe als ein legitimes Recht des Iran betrachten". Larijani habe im Kanal 2 des iranischen Fernsehens gesagt: "Mit Blick auf unsere Verteidigungsstrategie macht es absolut keinen Sinn, dass der Feind Atomwaffen besitzt, wir aber auf Atomwaffen verzichten." Ruh erinnert daran, dass dies zu einem Zeitpunkt veröffentlicht worden wäre, als die Islamische Republik erklärt hatte, dass die "Atombombe aus religiösen Gründen verboten" sei. Trotzdem habe Larijani, der auch für einen Ausstieg aus dem NPT-Vertrag ist, ausdrücklich gesagt: "Wir brauchen die ganze Propaganda des Westens, nach der die Verfügung über atomare Verteidigungsmittel nicht legitim ist. Es ist vielmehr eindeutig unser Recht, Atomwaffen zu besitzen. Alle Länder um uns herum besitzen die Atombombe. Israel hat die Atombombe und hat daher kein Recht, uns davon abzuhalten, sie ebenfalls zu besitzen."

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

²⁴⁵ Larijani studierte an der University of California und ist Direktor des iranischen "Institute for Studies in Theoretical Physics and Mathematics". Er ist gleichzeitig ein "moderat-konservativer" Politiker im iranischen Majless, gilt als Experte für internationale Politik und berät das iranische Außenministerium.



Special Disptach, 26. November 2004 - Iranische Stimmen zur Aussetzung des Atomprogramms

*In Wien beraten derzeit iranische Vertreter und EU-Diplomaten über eine Resolution zur Atomakte des Iran. Der vor wenigen Tagen von Großbritannien, Frankreich und Deutschland vorgelegte erste Resolutions-entwurf wurde sowohl von Teheran als auch von Washington abgelehnt. Während den USA der Entwurf nicht weit genug geht, fordert Teheran die vollständige Streichung der Entwurfsartikel 2, 3 und 8 und droht damit, das soeben erzielte Abkommen von Paris für ungültig zu erklären.²⁴⁶ Offensichtlich beharrt das iranische Regime auf einem Atomprogramm, dass auch die Anreicherung von Uran umfasst - der Prozess also, den die Europäer langfristig ausgliedern wollen, weil dabei auch waffenfähiges Material entsteht. Entsprechende Positionen veröffentlichte etwa die Tageszeitung **Jame Jam** sowie die konservative **Jomhuri Eslami**, die Präsident **Muhammad Khatami** und den Sprecher der iranischen Verhandlungsgruppe **Hussein Musavian** zitieren:*

In der Zeitung **Jame Jam** hieß es unter dem Titel "**Die Sitzung der Atomenergiebehörde und das Imponiergehabe Europas**":

"(1) [...] Die Atomtechnik ist Teil des Nationalstolzes unseres Landes und wurde durch den wissenschaftlichen Nachwuchs dieser Nation ermöglicht. Die Erhaltung und Ausweitung dieser Fähigkeiten ist auf diese Weise zu einem nationalen Anliegen und zu einer Notwendigkeit geworden. Verhandlungen [über die Atomtechnik] sowie jede Art des Zurücksteckens von bestehenden Positionen sind vor diesem Hintergrund inakzeptabel.

(2) Die Islamische Republik Iran [hat sich auf die Gespräche eingelassen], um zu verhindern, dass die Atomakte zu einer endlosen Krise wird. Die öffentliche Meinung im Land und in der Welt wurde zufrieden gestellt, indem Teheran deutlich gemacht hat, dass ihm nicht an einer Verschlechterung der Lage gelegen ist. Man kennt die Prioritäten der nationalen Interessen gut genug und zeigte sich pragmatisch. Darauf zielten die Kooperation mit der IAEO, die Verhandlungen mit einflussreichen europäischen Staaten, die Übereinkunft von Saadabad und die Gespräche von Paris.

(3) Der nun in den Medien erschienene Resolutionsentwurf des Gouverneursrates der Atomenergiebehörde ist ein Zeichen dafür, dass London, Paris und Bonn sich nicht an ihre gegenüber der Islamischen Republik gemachten Versprechungen halten wollten oder es unter amerikanischem Druck nicht konnten. Die neuen

²⁴⁶ Unter anderem beharrt die iranische Regierung auf einer nur "vorübergehenden" Aussetzung ihres (vollständigen) Atomprogramms, die Europäer wollten dagegen einen dauerhaften Stop der Urananreicherung in ihrem Resolutionsentwurf festschreiben. Besonders umstritten ist auch Paragraph 8: Danach soll der Iran den Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) uneingeschränkten Zugang zu allen Anlagen auch im Fall nicht angekündigter Inspektionen gewähren. Für zusätzliche Zweifel an den Absichten der iranischen Regierung sorgte ihr Anliegen, zwei dutzend Gaszentrifugen, mit denen Uran angereichert werden kann, von der Aussetzung des Atomprogramms auszunehmen.



Themen, die in diesem Entwurf auftauchen, gehen weiter als alle vorhergehenden Einverständniserklärungen und Versprechen, die in den Gesprächen von Paris gemacht wurden.

(4) Diese Unmoral gegenüber Teheran zog die Wut gemäßigter Mitgliedstaaten der IAEO und insbesondere der Nichtunterzeichner nach sich. Alle unparteiischen Beobachter haben die guten Absichten der Regierung in Teheran erkannt und sehen nun, dass diese unterdrückt wird. Und obwohl ihre Meinung bei der endgültigen Fassung der Resolution nicht ohne Einfluss bleiben wird, haben die drei genannten europäischen Staaten mit ihrem Verhalten gegenüber Teheran das Ansehen, dass sie etwa durch die Unterstützung des irakischen Volkes oder durch die Arafat erwiesene Ehre gewonnen hatten, ernsthaft in Gefahr gebracht.

(5) Vielleicht drängen die europäischen Staaten unter anderem aus Angst vor dem amerikanischen Unilateralismus in Richtung eines vereinten Europas. Logischerweise müssen sie daher versuchen, ihren Einfluss bei internationalen und schicksalsschweren Fragen zu stärken, um aus ihrer gegenwärtigen passiven Lage herauszukommen und als einflussreicher Spieler auftreten zu können. [...]”²⁴⁷

‘Khatami: Keine gute Resolution - wir erwarten das Entgegenkommen Europas’

Über die Haltung des noch amtierenden iranischen Präsidenten Khatami zum Resolutionsentwurf meldete die offizielle Nachrichtenagentur **IRNA**:

”Muhammad Khatami, der Präsident der islamischen Republik Iran, sagte in einer Reaktion auf die letzte europäische Resolution zur friedlichen Nutzung der Atomenergie des Iran: ‘Diese Resolution ist keine gute Resolution. Die laufenden Verhandlungen zwischen den Nichtunterzeichnerstaaten [des Atomwaffensperrvertrags] und den Europäern um eine Änderung der Resolution sind schwierig.’ Gegenüber Reportern sagte er, dass die Nichtunterzeichner auf dem natürlichen und legitimen Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie bestehen würden, welches ihnen genauso zustehe wie den Mitgliedstaaten der Atomenergiebehörde. [...] Khatami weiter: ‘Wir sind gegen die Doppelstrategie aus Besatzung und gewaltsamer Aufoktroierung politischer Entscheidungen auf andere Länder.’”²⁴⁸

Außerdem erklärte Khatami laut Jame Jam: " ‘Die islamische Republik ist dem Fortschritt ergeben und wird sich weiter darum bemühen, in den Besitz fortschrittlicher Technologie zu gelangen, die den Weltfrieden nicht gefährdet. [...] Es ist für uns inakzeptabel, dass die Großmächte auf der einen Seite hochgerüstete Staaten unterstützen²⁴⁹, auf der anderen Seite aber Wachstum und Fortschritt in

²⁴⁷ Jame Jam, 25.11. 2004

²⁴⁸ IRNA, 25.11. 2004.

²⁴⁹ Khatami spielt hier wohl auf Israel an.



anderen Ländern verhindert werden soll. [...] Wie die internationale Atomenergiebehörde zugegeben hat, gibt es bei der friedlichen Nutzung von Atomenergie seitens des Iran weder technische noch rechtliche Probleme. Trotz allem sieht sich unser Land dem politischen Druck einiger Großmächte ausgesetzt.' Der Präsident erinnerte dabei an die guten Absichten Irans und das Einvernehmen mit den Europäern und der internationalen Atomenergiebehörde hinsichtlich der freiwilligen Aussetzung des Atom-programms. Er sagte: 'Wir erwarten jetzt ein Entgegenkommen Europas, damit mit Irans Atomakte ehrlich umgegangen wird.'²⁵⁰

'Der Iran wird sein Atomprogramm auf keinen Fall aufgeben'

In einem weiteren Beitrag gibt die Jame Jam die Haltung des Majless-Präsidenten **Hadad Adel** wider:

"Der Parlamentspräsident, der zuvor erklärt hatte, die Gespräche mit den drei europäischen Staaten zu unterstützen, drückte nun Unzufriedenheit mit dem Text des Resolutionsentwurfs aus. Er sagte: 'Diese drei Staaten haben den Text des Resolutionsentwurfes nicht entsprechend dem Geist von Paris vorbereitet. [...] Das iranische Parlament bestätigt die freiwillige Unterbrechung [der Urananreicherung] für den Fall, dass sie vorübergehend ist und als [...] vertrauensbildende Maßnahme bewertet wird.' Der Parlamentspräsident forderte von der internationalen Atomenergiebehörde, dass das Recht und nicht die Politik oder der Druck der Amerikaner entscheiden müsse. Hadad Adel weiter: 'Wenn die Atomenergiebehörde Iran sein Recht entzieht, wird das Parlament die Regierung zur friedlichen Nutzung von Atomtechnik anhalten.'" [ebd.]

Ähnlich zitiert die Zeitung den Sprecher der iranischen Verhandlungsgruppe zur Atomfrage, **Hussein Musavian**. Musavian, der für Gespräche mit den chinesischen Behörden über das Atomproblems in die Volksrepublik gereist war, sagte auf einer Pressekonferenz: "Iran wird niemals bereit sein, das Atomprogramm zu beenden. Daran gibt es nichts erörtern und zu verhandeln. Auch die Amerikaner haben kein Recht, irgendwelche derartigen Forderungen zu stellen. [ebd.]

Auch die Zeitung **Jomhuriye Eslami** zitiert den Sprecher der iranischen Verhandlungskommission: "'Die islamische Republik wird niemals von ihrem Atomprogramm ablassen. Sie ist jedoch bereit, zu versichern, dass die Urananreicherung nicht zur Herstellungen von Waffen genutzt wird. [...] Aus diesem Grund müssen wir das Recht zur friedlichen Nutzung der atomaren Technik haben und dem muss ohne jede Diskriminierung entsprochen werden.'"

Zur Rolle Europas äußerte sich laut Jomhuriye Eslami auch ein in Wien sitzender iranischer Diplomat: "'Wenn man die grobe Verletzungen des Abkommens von Paris durch diese drei europäischen Staaten beachtet, muss Iran seine Meinung

²⁵⁰ Jame Jam, 25.11. 2004.



hinsichtlich des Abkommens in der Tat überdenken. [...] Die drei europäischen Länder haben bewiesen, dass sie nicht bereit sind, entsprechend ihrer Einverständniserklärung mit dem Iran zu handeln." ²⁵¹

Special Dispatch, 2. Dezember 2004 - Iranischer Präsidentschaftskandidat Velayati zu Außenpolitik und Atomfrage

Am 13. Mai 2005 werden die Iraner ihren nächsten Präsidenten wählen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt Dr. Ali Akbar Velayati. Er ist seit acht Jahren Berater des religiösen Führers, Ayatollah Ali Khamenei, und Mitglied des Schlichtungsrates. Außerdem war Velayati von 1981-1997 bereits iranischer Außenminister. Bekannt wurde Velayati unter anderem, als er neben denjenigen von Khamenei und Ex-Präsident Rafsanjani im Mykonosprozess als Mitglied des Komitees für Sonderangelegenheiten ²⁵² genannt wurde. Bei dem Anschlag waren in Berlin vier sozialdemokratische iranische Exilpolitiker ermordet worden. Falls Velayati der nächste Präsident des Iran werden sollte, dürfte das zu neuen Problemen mit der EU führen. Im Folgenden stellen wir einige von ihm in der jüngsten Zeit formulierte Positionen zu seiner Kandidatur, zur US-Politik in der Region und zur Atomfrage vor:

Am 5. August 2004 schwieg Velayati noch zu der Frage, ob er für die Präsidentschaftswahl im März 2005 kandidieren werde: "Es ist noch zu früh, mich jetzt schon darüber zu äußern. Unser Land steht noch am Anfang der Demokratisierung. Aber mit der Zeit werden wir immer mehr Erfahrungen auf diesem Gebiet sammeln und reifer werden. [...] Wir müssen darauf achten, dass die Reformen Schritt für Schritt angegangen werden."²⁵³ Auch in einem Gespräch mit der Agentur Fars gab er in der Kandidatenfrage Hashemi Rafsanjani den Vortritt. Sollte dieser jedoch nicht antreten, so Velayati, würde er selbst kandidieren.²⁵⁴

Einige Wochen später äußerte er sich dann wie folgt zu seiner Kandidatur: "Einige Freunde, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Universitätsprofessoren,

²⁵¹ Jomhuriye Eslami, 25.11.2004.

²⁵² Das Komitee für Sonderangelegenheiten (Komitee Omure Vijeh) traf Entscheidungen über Sicherheitsangelegenheiten, die die Kompetenz einzelner Ressorts überschritten und die wegen ihrer Brisanz nicht in der offiziellen Institution des "Nationalen Sicherheitsrates" erörtert werden sollten. Im Mykonosurteil heißt es dazu: "Das galt insbesondere für Fälle der Tötung von Regimegegnern im Ausland. Dieses Komitee wurde als Ausfluss des Systems der 'Herrschaft der Rechtsgelehrten' gebildet. (...) Ihm gehörten an: der Staatspräsident, der Minister des Geheimdienstes VEVAK, der für die Außenpolitik zuständige Chef sowie Vertreter des Sicherheitsapparates und anderer Organisationen und schließlich der 'Revolutionsführer'; zit. nach: Archiv für Forschung und Dokumentation Iran-Berlin e.V./Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V. (Hg.): Mykonosurteil in der Strafsache gegen Amin und andere wegen Mordes und Beihilfe zum Mord, Berlin 1998, S.23.

²⁵³ Sharq, 5.8.2004.

²⁵⁴ Fars News Agency, 29.10.2004.



einige Ärzte, Politiker sowie Geistliche und Nicht-Kleriker haben mich aufgefordert, auf der politischen Bühne aktiv zu sein. Daher stehe ich nun bereit. Wir müssen mit denjenigen zusammenhalten, die mit uns für eine gemeinsame Sache kämpfen. Wenn dies gewährleistet ist, können wir sicher sein, dass die Wahlbeteiligung entsprechend hoch sein wird. Es ist noch nicht entschieden, ob ich wirklich an den Wahlen teilnehme, aber auf der politischen Bühne werde ich während der Wahlen präsent sein."²⁵⁵

In der Zeitung Sharq hieß es, dass Velayati seine Bereitschaft für eine Kandidatur mit dem Argument untermauert habe, dass er "16 Jahre lang als Diplomat im Außenministerium beschäftigt war" und immerhin über vier Wahlperioden Außenminister gewesen sei. Er wolle [in der Kandidatenfrage] aber weder mit Ali Larijani²⁵⁶ noch mit Rafsanjani konkurrieren.²⁵⁷

Zu den eventuellen Wahlchancen Velayatis sagte der Soziologe Sibakalam in einem Kommentar für die Zeitung Sharq, dass die konservativen Orthodoxen wohl Velayati wählen, während die moderaten Konservativen eher Rafsanjani den Vorzug geben würden.²⁵⁸ Auch das Majlessmitglied Timur Ali Askari bezeichnete Velayati als aussichtsreichsten Kandidaten und wies dabei besonderes auf dessen "glänzende revolutionäre Vergangenheit" hin.²⁵⁹

Velayati plädiert für einen nationalistischen Kurs und äußerte sich laut der Zeitung Kayhan auch zur US-Politik in der Region: "Amerika will mit Propaganda und im Namen von Demokratie und Wohlstand die Ressourcen der Staaten ausbeuten. Der amerikanischen Regierung geht es nur um ihre eigenen Interessen - insbesondere diejenige der Ölonternehmen und der großen amerikanischen Kapitalisten."²⁶⁰ "Die Amerikaner wollen permanent Druck auf den Iran ausüben und versuchen, im Zuge des 'Greater-Middle-East'-Planes die geographischen Grenzen im Nahen- Mittleren Osten zu verändern. Dabei planen sie sogar, bei uns Autonomiegebiete einzuführen²⁶¹." Außerdem warf Velayati den USA vor, die Namen von Regionen verändern zu wollen. So habe eine nicht namentlich genannte US-Zeitschrift [National Geographic] den "Persischen" als "Arabischen Golf" bezeichnet. Dies sei eine "Verletzung der nationalen Grenzen des Iran" und Teil des amerikanischen Greater- Middle-East. Schon der ägyptische Präsident Jamal Abdel Nasser, so Velayati weiter, habe vom "Arabischen Golf" gesprochen. Auch die Provinz Khusistan im Südwesten des Iran sei in den letzten Jahrzehnten von Baathisten und arabischen Nationalisten immer

²⁵⁵ ISNA, 26.11.2004.

²⁵⁶ Ali Larijani ist Ex-Direktor der staatlichen Medienanstalt des Iran (Seda wa Sima) und gehört zur selben Fraktion wie Velayati.

²⁵⁷ Sharq, 27.11.2004.

²⁵⁸ Sharq, 14.10.2004.

²⁵⁹ Sharq, 30.10.2004.

²⁶⁰ ISNA, 30.11.2004.

²⁶¹ [10] Dies ist eine Anspielung auf angeblich von den USA gesteuerte Autonomieforderungen ethnischer Minderheiten im Iran wie Kurden, Araber oder Belutschen.



wieder als "Arabistan" bezeichnet worden. Alle Iraner - ob im In- oder Ausland und ganz gleich welcher politischen Richtung - müssten, so Velayati, in einer nationalen Reaktion gegen diese Verschwörungen vorgehen.²⁶²

Zur iranischen Außenpolitik insgesamt sagte Velayati: "Die Außenpolitik unseres Systems hat sich nicht wesentlich verändert. Die gegenwärtige Außenpolitik des Iran setzt die Politik der vergangenen 25 Jahre fort. Unsere Position in Bezug auf die europäischen Staaten, Abrüstung, Menschenrechte, die Irakfrage und das Palästina-Problem sind gleich geblieben. (...) Das wichtigste Charakteristikum unserer Revolution ist deren antidespotischer und antikolonialer Charakter."²⁶³

Zu den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm mit der Europäischen Union erklärte Velayati laut ISNA: "Die mit der Europäischen Union getroffenen Vereinbarungen entsprechen nicht vollständig unseren Vorstellungen. Die internen wie die internationalen Bedingungen haben uns veranlasst, einiges hinzunehmen. Wenn wir von vornherein taktisch geschickter vorgegangen wären, hätten wir bessere Ergebnisse erzielt. Das Problem bei diesen Gesprächen liegt darin, dass die Europäer davon ausgehen, dass wir uns Sorgen darüber machen, dass unsere Akte an den UN-Sicherheitsrat überstellt werden könnte. Wir müssen ihnen klar machen, dass ihre Sichtweise nicht der Wahrheit entspricht und uns an China, Indien und Russland halten, damit sie den Iran in dieser Frage weiter unterstützen. Wir müssen ihre [proiranische] Haltung bei den Verhandlungen mit der Europäischen Union für unsere Interessen nutzen." [ebd.]

"Was das Atomproblem anbelangt", so Velayati in einem Vortrag, "steht die westliche Welt gegen uns. [...] Wir dürfen aber nicht auf unser Recht auf die friedliche Nutzung der Atomtechnologie verzichten. Die Verhandlungen mit dem Westen bedeuten nicht, dass Iran auf das wissenschaftliche Know-How verzichtet. Vielmehr geht es um die Verteidigung der Interessen der Islamischen Republik auf den internationalen Schlachtfeldern." [...] "Die Europäer haben ihr Versprechen nicht gehalten. Die Atomfrage ist für Iran eine wichtige und strategische Frage. Wir werden nie auf unsere strategischen Interessen verzichten. [...] Die Europäer irren sich, wenn sie meinen, den Iran mit politischem Druck zwingen zu können, von seinen legitimen Zielen abzuweichen. Sollten die Unterhändler feststellen, dass die Verhandlungen das Ziel verfolgen, den Iran daran zu hindern, sich die nötige Technologie anzueignen, dann werden die Verhandlungen nicht ewig fortgeführt werden. [...]"

Der Iran steht nicht alleine da. Die Blockfreien unterstützen uns, während die Europäer ihre Vorgehensweise mit den Amerikanern abgestimmt haben. Sie bluffen manchmal und manchmal drohen sie, aber [...] die Logik sagt, dass der Iran unter den gegenwärtigen Umständen in der Region vom Westen nicht politisch angegriffen werden kann. [...] Iran ist einer der größten Gas und Ölexporture. Sie werden nichts

²⁶² Kayhan 25.11.2004

²⁶³ ISNA, 26.11.2004.



unternehmen, was ihre eigenen Interessen gefährden könnte." Schließlich kritisierte Ali Velayati noch die Vereinbarung, dass die iranische Akte "automatisch" an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geschickt werden könne, falls der "freiwillige Aufschub" bei der Urananreicherung nicht eingehalten werde.²⁶⁴

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 22. Januar 2005 - Deutsch-iranischer Wissenschaftler über die iranische Atompolitik und eine Friedensordnung im Mittleren Osten

Mohssen Massarrat, Professor an der Universität Osnabrück, verfasste für die reformislamistische iranische Zeitung **Sharq** einen zweiteiligen Artikel zur internationalen Krise um das iranische Atomprogramm. Darin entwickelt er auch seine Perspektive für kollektive Sicherheit und für einen Friedensprozess im Mittleren Osten.

Verantwortlich für die Krisensituation in der Region sind seiner Meinung nach die USA und Israel. Indem diese darauf bestünden, dass Israel das Monopol auf den Besitz von Atomwaffen behalte, produzierten sie ein Ungleichgewicht der Kräfte in der Region. Massarrat äußert vor diesem Hintergrund Verständnis für das iranische "Sicherheitsbedürfnis" und für den Wunsch der iranischen Führung nach eigenen Atomwaffen. Er schlägt der iranischen Führung dennoch vor, auf die Option des Baus einer Atomwaffe zu verzichten. Vielmehr soll Israel in einem von ihm skizzierten internationalen Prozess dazu gedrängt werden, seine Atomwaffen abzuschaffen. Bei der Gestaltung der kollektiven Sicherheit in der Region könne der Iran, so Massarrat, eine Führungsrolle übernehmen.

Massarat sieht in der totalitären Herrschaft des Staatsklerus im Iran keinen Widerspruch zu einer solchen Friedenspolitik. Zudem geht sein Vorschlag offensichtlich davon aus, dass das Regime im Iran das Existenzrecht des jüdischen Staates in der Region grundsätzlich akzeptiert, obwohl die iranische Führung Israel bis heute nicht anerkennt und den militanten und terroristischen Kampf gegen Israel unterstützt.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem am 14. und 15.2.2005 in der Sharq erschienenen Beitrag von Mohssen Massarat. Der vollständige Text ist auf unserer Homepage unter www.memri.de einzusehen:

²⁶⁴ ISNA, 30.11.2004.



Teil I:

"Die iranische Atomkrise und Perspektiven einer Sicherheitspolitik für die Region. Ein Bollwerk gegen die Strategie der absoluten Herrschaft"

"[...] Es ist offensichtlich, dass die eigentlichen Gegner des Iran weder die Europäische Union noch die IAEA sind, sondern die Vereinigten Staaten und Israel. Daher ist es erforderlich, zunächst den Zielen und Motiven dieser beiden Staaten nachzugehen. Die von der Rüstungsindustrie und einem großen Teil der Großkapitalisten Israels und der USA - d.h. dem ‚militärisch-industrielle-Komplex‘[im Orig. engl.: Military Industrial Complex] - kontrollierte US-amerikanische Strategie der [weltweit geltenden] ‚absoluten Herrschaft‘, wurde erst nach dem Kollaps der Sowjetunion möglich. Beide Staaten sind entschlossen [...], mit ihren Beziehungen und Finanzquellen, ihren natürlichen Ressourcen und all ihren internationalen geopolitischen Möglichkeiten die Interessen der USA zu verfolgen.

Die einflussreichen Massenmedien und insbesondere die zehn bis fünfzehn Think Tanks, die unter starkem Einfluss der Rüstungsindustrie und der großen amerikanischen und israelischen Kapitalisten stehen und über große Budgets verfügen, unterstützen die neoimperialistische Politik der USA. Diese Think Tanks sind in den meisten Fällen selbst an den politischen und ideologischen Planungen und Vorbereitungen der aggressiven US-Invasionen beteiligt.

Die Balkankriege - also der Bosnienkrieg 1995 sowie der Kosovokrieg 1999 - und die militärische Einmischung der USA in die Jugoslawienkrise, verbunden mit der drohenden Aufforderung an die europäischen Staaten, sich an diesen militärischen Interventionen zu beteiligen, sind Teil dieser neuen US-Politik. Zu den Hauptsäulen dieser Strategie gehört auch die Kontrolle über die Ölquellen Kleinasiens und die direkte militärische und politische Kontrolle aller Staaten am persischen Golfes und dem kaspischen Meer. Die Grundlagen der Theorie von den ‚Schurkenstaaten‘ wurden in der Regierungszeit von Bill Clintons gelegt. Der Regimechange in diesen Staaten gehört seitdem zu den wichtigsten außenpolitischen Vorhaben Amerikas. Schon im Februar 1998 forderten 40 der aggressivsten neokonservativen und bellizistischen Persönlichkeiten, wie Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz (einer der einflussreichsten Berater von G.W. Bush, Israels und des Pentagons), John Bolton oder William Christon den damaligen Präsidenten Clinton in einem offenen Brief auf, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen.

Nachdem die geheimen Diskussionen und Pläne der amerikanischen Neokonservativen an die Öffentlichkeit gelangten, machte sich G. W. Bush sofort nach der Regierungsübernahme daran, das irakische Baathregime zu beseitigen. Aber der 11. September änderte die Prioritäten. Der Sturz der Taliban in Afghanistan wurde nun zum wichtigsten Punkt in Bushs Außenpolitik. 2002 wurde dann aus der



von den Demokraten geprägten Theorie der ‚rebellischen Staaten‘ die Theorie von der ‚Achse des Bösen‘. Neben Afghanistan wurden Irak, Iran, Syrien, Libyen, Nordkorea und Kuba auf diese Liste gesetzt und nach Beseitigung des ‚Schurkenregimes‘ der Taliban war nun der irakische ‚Schurkenstaat‘ dran. [...] Gegen die Widerstände der europäischen Staaten und der meisten Menschen auf der Welt setzte Amerika seinen Plan mit einem Meer von Lügen und leeren Behauptungen durch. [...]

Die Ablehnung des US-Plans durch die europäischen Staaten sowie der militante Widerstand der Iraker gegen die Besetzung ihres Landes führten dazu, dass die amerikanische Regierung sich mit einem militärischen Angriff auf den Iran zurückhielt. Daraufhin entwickelte der Iran sein Atomprogramm. Aus Sicht der Neokonservativen stellt ein atomar bewaffneter Iran ein großes Hindernis für die Durchsetzung ihrer ‚Strategie der absoluten Herrschaft‘ in der Region dar. Die amerikanische Regierung ist daher auf keinen Fall bereit, ein solches Bollwerk zu dulden - würde damit doch die Realisierung ihrer mittel- und langfristigen Ziele gestört.

Bei der Umsetzung dieser Ziele kooperiert Israel nicht nur mit den USA, sondern ist vielleicht sogar der eigentliche Akteur. Deutlich wird dies etwa auf diplomatischem Gebiet, wo die israelische Politik aktiv die Internationale Atomenergiebehörde beeinflusst. Die übertriebenen Berichte des israelischen Sicherheitsapparates und dessen öffentliche Behauptungen über den Umfang der iranischen Atomaktivitäten sind sicher nicht ohne Wirkung geblieben. Ein Staat, der selbst über eine Rüstungsindustrie sowie über Atomwaffen und -träger verfügt, den Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) aber nicht beachtet und auch gar nicht unterzeichnet hat, war also in der Lage, diesen Vertrag und die Internationale Atomenergiebehörde im Sinne seiner eigenen geopolitischen Interessen zu instrumentalisieren - und zwar ohne überhaupt Mitglied dieser Organisation zu sein. So etwas führt natürlich dazu, dass internationale Gesetze und Vereinbarungen in der Dritten Welt und insbesondere in den islamischen Ländern den letzten Rest von Glaubwürdigkeit und Legitimität verlieren. Das ist Wasser auf die Mühlen der Fundamentalisten.

Israel ist ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und ein in jeglicher Hinsicht außergewöhnliches Land. Damals wurden sechs Millionen Juden von den deutschen Nazis ermordet. Angesichts dieser schrecklichen geschichtlichen Erfahrung von 4,5 Millionen jüdischen Bürgern, die heute auf einer kleinen Insel namens Israel leben, ist es nicht erstaunlich, dass sich die jüdischen Israelis in ihrem gelobten Land ständig bedroht fühlen. Schließlich liegt Israel inmitten eines stürmischen Meeres von 200 Millionen Arabern, welche die Israelis zu Recht als Besatzer betrachten. Aber können denn tatsächlich Atomwaffen eine vernünftige Antwort auf dieses demographische Ungleichgewicht sein und die Sicherheit der Juden dauerhaft



garantieren? Dies ist eine Frage, die von der politischen Elite Israels nie beantwortet worden ist.

Seit Beginn der 50er Jahre hat Israel unter der Führung Ben Gurions zunächst mit Hilfe von Frankreich und dann der USA eine Strategie der Produktion und Nutzung von Atomwaffen verfolgt. Israel gründete das Atomzentrum in Dimona, verfügt heute über 200 Atombomben sowie entsprechende Trägersysteme mittlerer Reichweite und zählt damit neben den fünf Mitgliedern des Sicherheitsrates zu den Atommächten dieser Welt. Wie zuverlässige Quellen belegen, war Israel viermal kurz davor, Atombomben einzusetzen - gegen Ägypten, Syrien, Libanon und gegen den Irak. Israel kompensiert mit seinen Atomwaffen das Ungleichgewicht in der demographischen Machtverteilung zwischen Muslimen und Juden im Nahen und Mittleren Osten und kann mit seiner zweideutigen Strategie, den Besitz von Atomwaffen weder zuzugeben noch zu verleugnen, jederzeit alle anderen Staaten der Region bedrohen.

Israel hat damit ein neues Ungleichgewicht in der Region geschaffen und - gewollt oder ungewollt - einen gefährlichen Automatismus der ungleichgewichtigen atomaren Kompensation hervorgerufen, der an den kalten Krieg erinnert. Damals führte ein solches Ungleichgewicht in eine Situation, die als ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ zwischen dem westlichen und dem östlichen Block bekannt wurde. Mit seinen nur fünf Millionen Einwohnern (4,5 Millionen Juden und 0,5 Millionen Araber) ist Israel in der Lage, mehr als 200 Millionen Arabern und Muslimen nach Belieben mit Atomwaffen zu drohen. So kann Israel die arabischen Staaten einschüchtern, wenn sie die Palästinenser verteidigen und damit die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates verhindern. Mit seinem Monopol über atomare Waffen kann Israel alle Staaten der Region - unter ihnen auch den Iran - bedrohen." (Sharq, 14.2.2005)

Teil II

"Die neokonservative amerikanische Regierung und Israel sind entschlossen, zum Erhalt der militärischen Übermacht Israels um jeden Preis ein ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ in der Region zu verhindern. Es stellt sich aber die Frage, welche Ziele andere globale Machtpole verfolgen? Was unternehmen etwa liberale Flügel gegen die aggressive amerikanische Iran-Politik und welche Politik verfolgt mittel- und langfristig die Europäische Union, um das Problem der atomaren Aufrüstung an seiner Wurzel zu lösen? Treten die Europäer tatsächlich ein für eine Politik der Entspannung und für die gerechte Lösung der Probleme in der Region, wie dem Palästinaproblem oder dem Ungleichgewicht der Mächte? Leider sind diese Fragen mit Nein zu beantworten: Sämtliche moderate amerikanische Kräfte und auch die Europäische Union nehmen das ‚Sicherheitsbedürfnis‘ des Iran und anderer Staaten in der Region nicht ernst.



Moderate Amerikaner, die sich kürzlich in einer Kommission unter der Leitung von Brzezinski (ehemaliger Berater des Ex-US-Präsidenten Carter) zusammengeschlossen haben, sind der Meinung, dass mit dem Iran punktuell zusammengearbeitet werden sollte. Dazu sind auch die drei europäischen Staaten Deutschland, Frankreich und England bereit. Sie wollen den Iranern bei der Sicherung der Brennstäbe für die Atomkraftwerke und beim Rücktransport atomarer Abfallprodukte aus diesen Kraftwerken helfen. Weiterhin sind die Europäer bereit, dem Iran atomotechnologisches Know-How zur Verfügung zu stellen und sie bestätigen auch das Recht des Iran auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie. All dies natürlich nur unter der Bedingung, dass der Iran auf die für den Bau von Atombomben erforderliche Technologie verzichtet. Dies bedeutet, dass das militärische Machtungleichgewicht zugunsten Israels erhalten bleibt und kein ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ an die Stelle des gegenwärtig in der Region bestehenden Ungleichgewichts tritt.

Ich denke, dass der Iran auf diese Weise gezwungen ist, sich die erforderliche Atomtechnologie anzueignen. Auch andere bedrohte Staaten wie Saudi-Arabien und Ägypten werden in diese Richtung gedrängt. Grund dafür ist die israelische Strategie des ‚Zweideutigen-weder-Zugebens-noch-Verleugnens‘. Die Monopolstellung der israelischen Armee wird auch in den westlichen Staaten weder von den aggressiven Hardlinern noch von moderaten Flügeln infrage gestellt.

Angesichts dieses Machtungleichgewichts und unter Bezug auf die in der Theorie der internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle spielende Theorie vom ‚Gleichgewicht der Mächte‘ (Balance of Power) hat die politische Führung der Islamischen Republik Iran einen Ausweg gesucht. Sie hat mit der Atomtechnologie die gefährlichste und teuerste Technologie zum Hauptanliegen ihrer Politik und ihrer Außenpolitik gemacht und ist offenbar bereit, den Preis für die gravierenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kosten dieser Strategie zu zahlen. Die zweiseitige Politik der friedlichen Nutzung von Atomenergie ist aus dieser Sicht eine Alternative zur diffusen israelischen Strategie des ‚Zweideutigen-weder-Zugebens-noch-Verleugnens‘. De facto stellt sie eine Reaktion darauf dar, dass das iranische ‚Sicherheitsproblem‘ von der EU und anderen wichtigen moderaten Flügeln in der Welt ignoriert worden ist.²⁶⁵

Wie vorauszusehen war, haben der Iran und die Europäische Union einen neuen Konsens gefunden. Und solange die amerikanischen Hardliner und Israel mit ihren mittel- und langfristigen Zielen diesen nicht sabotieren, wird die iranische Akte auch nicht an den Sicherheitsrat geschickt werden. Die Troika der drei führenden europäischen Staaten werden dies als diplomatischen Sieg feiern und betonen, dass

²⁶⁵ Diese iranische Doppelstrategie beschreibt Prof. Dr. Massarat in einer deutschsprachigen Veröffentlichung so: "Einerseits alle für eine Atomwaffentechnologie erforderlichen Bausteine zu verwirklichen und - wie Israel, Indien und Pakistan es erfolgreich vorgemacht haben - Schritt für Schritt Fakten zu schaffen; und sich andererseits durch Teilkooperation mit der IAEO von Sanktionen oder militärischen Angriffen zu schützen." (M. Massarat, Iran: Atom-Konflikt auf Raten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2005, S.25.)



sie den Iran davon überzeugt haben, den Forderungen der Internationalen Atomenergiebehörde zu folgen und ihn so daran gehindert hätten, in den Besitz von Atomwaffen zu kommen. Genauso werden auch die Verantwortlichen der Islamischen Republik Iran ihren Konsens mit der Europäischen Union als diplomatischen Sieg feiern und auf die Niederlage der USA und Israels hinweisen. Die iranischen Politiker werden betonen, dass sie mit aller Macht den andauernden Forderungen der EU widerstanden, keinerlei Drohungen nachgegeben, den Forderungen nach dauerhaftem Verzicht auf Urananreicherung widersprochen und lediglich einem zeitlichen Moratorium der Urananreicherung und der dazugehörigen Technologieentwicklung zugestimmt haben.

Die Hauptfrage aber ist doch, ob trotz dieser allseitigen Siege nicht sowohl das Problem der militärischen Monopolstellung Israels in der Region als auch das ‚Sicherheitsproblem‘ des Iran weiter bestehen bleiben werden? Wenn das der Fall wäre, dann würde auch das Sicherheitsproblem in der Region insgesamt nach wie vor existieren. Wie könnten Antworten auf diese Fragen lauten?

Sollte man abwarten, die atomare Monopolstellung Israels einstweilen akzeptieren und das Schicksal der Palästinenser und aller Staaten der Region dem Staat Israel überlassen, bis eine eventuell vorgenommene neuerliche Wiederaufnahme der Urananreicherung notwendigerweise auch neue diplomatische Risiken mit sich bringen würde?²⁶⁶ Risiken, deren hohe politische und wirtschaftliche Kosten die zukünftigen Generationen im Iran tragen müssten? Die Islamische Republik sollte über ihre diesbezüglichen Erfahrungen in der Vergangenheit gründlich nachdenken. Man sollte die kostspieligen und gefährlichen Folgen eines solchen Kurses kritisieren und die Verantwortlichen der Islamischen Republik davor warnen.

Lassen sich auch andere Strategien und Wege denken, die keine derart schwerwiegenden Folgen haben, nicht krisenhaft und kostspielig, sondern zukunftssträchtig sind und in Richtung eines dauerhaften Friedens in der Region zielen. Es ist klar, dass ohne die Formulierung einer vernünftigen und praktikablen Antwort auf diese Fragen jede Kritik an der gegenwärtigen Situation perspektivlos erscheinen würde. [...] Diese Antwort wird meiner Meinung nach viele Begründungen benötigen. Natürlich kann es sein, dass die neuen Strategien für einen regionalen Frieden sich weder heute noch morgen spürbar durchsetzen lassen. Aber die Folgen einer solchen Strategie können für den Iran und alle anderen Staaten der Region so positiv, tiefgehend und segenreich sein, dass uns schon ihr Entwurf und die allseitige Diskussion auf nationaler wie internationaler Ebene nur recht sein kann.

Wie sieht diese neue Strategie aus? Welche sind ihre Hauptlinien für eine Politik der kollektiven Sicherheit in der Region? Zunächst würden sich alle Staaten, die Mitglied

²⁶⁶ Angesprochen wird hier das Konzept der iranischen Führung über ein temporäres Moratorium bei der Entwicklung der Technologie zur Atomwaffenherstellung.



einer solchen [Initiative für] kollektive Sicherheit sind, verpflichten, ihre nationalen Sicherheitserwägungen zugunsten einer Perspektive auf kollektive Sicherheit aufzugeben. Statt auf eine vorübergehende militärische Überlegenheit setzen sie auf gegenseitige vertrauensbildende Instrumente. Sie müssten dann ihre Bemühungen vollends darauf konzentrieren, Lösungswege jenseits nationaler Interessen zu finden. Auf diese Weise öffnet sich der Blick auf all die verschiedenen Probleme und Engpässe in der Region und neue Perspektiven können zu einer Basis für vernünftige und dauerhafte Lösungsmöglichkeiten werden.

Auf der Ebene der praktischen Durchsetzung werden einseitige Bedrohungen und die Politik der militärischen Überlegenheit nicht mehr realisierbar sein. Im Rahmen dieser neuen Perspektive für einen großen Mittleren Osten wird die permanente Angst der jüdischen Israelis vor dem Ungleichgewicht hinsichtlich der Existenz von Demokratien in der Region ihre objektiven Wurzeln verlieren. Verhindert wird so, dass der aggressive und bellizistische Flügel des israelischen Staates die allgemeine Angst im Land zu einem politischen Instrument für die militärische Überlegenheit in der Region macht und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates blockiert.

Der Rüstungswettlauf - insbesondere die Existenz von Atomwaffen und die Politik des ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ - werden ihre Legitimität gänzlich verlieren. Durch die Schaffung gemeinsamer Interessen, eine regionale Kooperation und Senkung der durch Rüstungswettläufe entstehenden hohen Kosten können neue Perspektiven für die nationalen Wirtschaften geschaffen werden. Die gegenwärtige Lage verlängert lediglich das Leben der Rüstungsindustrie und der aggressiven politischen Flügel. Es sei an dieser Stelle auch daran erinnert, dass die OSZE das feindselige Verhältnis zur Sowjetunion bzw. zu Russland nicht grundlegend ändern konnte, weil dies durch die USA und die NATO blockiert wurde.

Die Perspektive für eine gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit im ‚Greater Middle East‘ basiert grundlegend auf der Abschaffung der Massenvernichtungswaffen, insbesondere aller Atomwaffen in der Region. An der Spitze aller diplomatischen Aktivitäten in der Region und auf internationaler Ebene müssen dies auch gegenüber Israel geltend gemacht werden. Auf diese Weise ergibt sich eine neue langfristige Perspektive zur Lösung der gegenwärtigen Krise wegen des iranischen Atomprogramms.²⁶⁷

²⁶⁷ Das setzt indes die Anerkennung Israels voraus. Zuletzt sprach sich bei einem Treffen mit dem syrischen Ministerpräsidenten Naji Al-Otari zwar auch Präsident Khatami für einen Frieden in der Region aus, der auf "Gerechtigkeit und Humanität" beruhe, betonte dabei aber, dass Teheran Syrien deshalb im höchsten Maße respektiere, weil "Syrien die vorderste Front im Kampf gegen das zionistische Regime darstellt." (IRNA, 17.2.2005) Weiter ging noch der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid Resa Asefi: "Wir erkennen nach amtlichen Erklärungen Israel nicht an. Wir werden unter keinen Umständen das zionistische Regime anerkennen und wir werden gegenüber keinem einzigen Land Kompromisse bei diesem Thema machen." (IRNA, 13.2.2005)



Natürlich werden weder die amerikanischen Hardliner - gemeint sind die Neokonservativen - noch Israel Vorreiter bei der Durchführung einer solchen Politik sein. Da sie die bestehenden Monopolbedingungen erhalten wollen, werden sie im Gegenteil die Politik der kollektiven Sicherheit bekämpfen. Die EU, die wegen ihrer militärischen Schwäche im Vergleich zu USA und Russland besonders stark auf die UNO und eine europäische Zusammenarbeit setzt, hat zwar das Konzept einer kollektiven Sicherheit im Mittleren Osten aufgeworfen, bleibt aber bisher passiv, damit ihre Widersprüche mit den USA nicht noch größer werden.

Wenn dieser Plan in der Region ernsthaft diskutiert würde, wäre die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass sich die Positionen der Europäischen Union ändern und die Europäer sich aktiv an einem solchen Prozess beteiligen. Meiner Auffassung nach, können nur diejenigen Staaten in der Region die politische Führung bei der Umsetzung dieser Politik der kollektiven Sicherheit übernehmen, die sich von den israelischen Atombomben ständig bedroht fühlen, weil sie militärisch schwach sind und sich daher in einer Verteidigungsposition befinden.

Der Iran kann vor dem Hintergrund seiner geopolitischen Rolle, seiner mehrere tausend Jahre langen kulturellen Vergangenheit und als Zentrum und Achse der politischen Erneuerung im vergangenen Jahrhundert eine Führungsrolle bei der Gestaltung der Zukunftsperspektive der kollektiven Sicherheit spielen. Dabei kann der Iran nicht nur die gegenwärtige Atomkrise überwinden, sondern auch eine neue würdige Position erlangen, die der Rolle des Schurken diametral gegenübersteht.

Die ernsthafte Durchsetzung einer solchen Politik für die kollektive Sicherheit in der Region könnte auch das bestehende Kräfteverhältnis mit dem schwer auf ihm lastenden aggressiven und bellizistischen Gewicht der Amerikaner und Israelis aufheben. In beiden Ländern könnten einflussreiche und weitsichtige gebildete Minderheiten die politische Bühne betreten und diese Förderer [eines Prozesses kollektiver Sicherheit im Mittleren Osten; d.Red.] könnten sich sogar zu politischen Mehrheiten in ihren Staaten entwickeln." (Sharq, 15.2.2005)

Special Dispatch, 28. September 2005 - Das iranische Majless entscheidet sich gegen das Zusatzprotokoll der IAEA

Der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde hat am 24. September in Wien nach langwierigen Verhandlungen eine abgeschwächte Resolution gegen den Iran beschlossen, in der vorerst auf eine Anrufung des UNO-Sicherheitsrates



verzichtet wird.²⁶⁸ In der von Großbritannien auch im Namen von Frankreich und Deutschland eingebrachten Resolution wird dem Iran zwar explizit eine Atomforschung zu friedlichen Zwecken zugesprochen, trotzdem werden aber Verstöße gegen das so genannte Sicherheitsabkommen zwischen Iran und der IAEA von 1974 moniert. Einer der wichtigsten Punkte der Resolution kritisiert, dass der Iran über 18 Jahre weder das Vorhandensein von Nuklearmaterialien noch ihre Weiterverarbeitung und Verwendung gemeldet habe. Auch habe der Iran das Ende 2003 unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Sicherheitsabkommen immer noch nicht ratifiziert. Erst im November solle erneut über die Einschaltung des UNO-Sicherheitsrates abgestimmt werden, der dann Sanktionen gegen den Iran verhängen könnte.

Der Iran hat alle Vorwürfe der IAEA zurückgewiesen. Eine endgültige politische Entscheidung, wie der Iran den Konflikt lösen wird, ist noch nicht getroffen worden. Im Folgenden dokumentieren wir Positionen aus dem islamischen Parlament, dem Außenministerium, aus dem Obersten Nationalen Sicherheitsrat²⁶⁹ und von islamischen Studentenorganisationen, die deutlich machen, welche Positionen im Hinblick auf die Resolution und den Dialog mit der EU derzeit in der iranischen Gesellschaft diskutiert werden.

Stimmen aus dem Majless zur Haltung gegenüber der EU

Das iranische Majless [Islamisches Parlament] hat sich am 28. August in einem Abstimmungsverfahren gegen die weitere Ausführung des Zusatzprotokolls des NPT-Vertrages ausgesprochen. Das Zusatzprotokoll erlaubt unangemeldete Kontrollen von Atomanlagen durch Inspektoren der IAEA. Von den 231 anwesenden Majlessabgeordneten stimmten 155 Majlessmitglieder gegen eine Fortsetzung des Zusatzprotokolls. 42 Abgeordnete haben für die weitere Ausführung des Zusatzprotokolls gestimmt, während sich 15 enthielten. Der Sprecher des Majless, **Qolamali Hadadadel** betonte, dass das Zusatzprotokoll in den letzten zwei Jahren freiwillig ausgeführt worden sei. Das Ende des Ausführens des Zusatzprotokolls bedeute jedoch nicht, dass der Iran aus dem NPT-Vertrag aussteigen wolle. Haddadadel fügte hinzu, dass die Ausführung des Zusatzprotokolls zwar vom letzten Majless, unter Präsident Khatami, begonnen wurde, ohne dass jedoch das Majless über das Zusatzprotokoll eine Entscheidung getroffen hatte. Daher sei die Ausführung eine freiwillige Maßnahme gewesen. Er fügte hinzu: "Alle Beteiligten waren sich darüber bewusst, dass eine endgültige Entscheidung von der Abstimmung des Majless abhängt. [...] Die damalige Entscheidung sollte Vertrauen

²⁶⁸ Folgende 22 Staaten haben für die Resolution gestimmt: USA, Australien, England, Deutschland, Frankreich, Kanada, Argentinien, Belgien, Ecuador, Ghana, Ungarn, Indien, Italien, Japan, Südkorea, Holland, Peru, Polen, Portugal, Singapur, Slowakei, Schweden, während sich 12 Staaten enthalten haben [Algerien, Jemen, Brasilien, China, Mexiko, Pakistan, Nigeria, Russland, Südafrika, Sri Lanka, Tunesien, Vietnam]. Allein Venezuela hat sich gegen die Resolution ausgesprochen.

²⁶⁹ Der Nationale Sicherheitsrat gehört neben dem religiösen Führer und dem Wächterrat zu den wichtigsten Entscheidungsträgern im Iran.



schaffen, was der Westen jedoch ausnutzte. Daher hat das Majless der Regierung befohlen das Zusatzprotokoll nicht mehr auszuführen."²⁷⁰

In einer Erklärung schrieben zuvor 175 Mitglieder des Majless, dass der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieagentur mit seiner neuen Resolution die positiven Schritte, die die Islamische Republik in den letzten 2 Jahren unternommen hat, ignoriert habe. In der Erklärung heißt es, dass der "Iran zunächst alle Aktivitäten, die den geschlossenen Kreislauf anbelangen gestoppt" und zudem einen 1300-seitigen Bericht geliefert habe. Über 1.200 Mal hätten Inspekture die iranischen Anlagen kontrolliert. Außerdem hätte der Iran stets dem NPT-Vertrag [Non-Proliferation Treaty] gefolgt. Weiterhin heißt es in der Erklärung: "Trotz allem haben sich England, Frankreich und Deutschland unter Missachtung der Stellungnahmen der Vertreter der Blockfreienstaaten und des NPT-Vertrages gegen das Recht des Iran auf Atomtechnologie gestellt. Auch die zwei wichtigen Mitglieder des Sicherheitsrates, Russland und China, haben sich gemeinsam mit den Europäern gegen den Iran gestellt." Das islamische Majless verteidige jedoch das "Recht des iranischen Volkes auf die technologischen Errungenschaften." Daher forderte es die iranische Regierung auf, binnen zwei Wochen einen Bericht über die "Umsetzung des NPT-Vertrages, über die wirtschaftliche Lage des Landes und speziell über die Handelsbeziehungen mit den Staaten, die sich gegen das nationale Recht des Iran gestellt haben, zu liefern."²⁷¹

In dem Zusammenhang argumentierte die reformislamistische Zeitung **Aftabe Yasd**, dass der Iran auf seine eigenen nationalen Interessen pochen solle. In der Zeitung sei vor einem Jahr davor gewarnt worden, dass man nicht davon ausgehen könne, dass Russland im iranischen Konflikt mit den USA und der EU konsequent die Interessen des Iran verteidige.²⁷²

Der Sprecher des Majless, **Qolamali Hadadadel** erläuterte bei **ISNA**, dass die drei europäischen Staaten vom Iran gefordert haben, das Zusatzprotokoll zu unterschreiben. Iran werde jedoch "niemals einen Vertrag unterschreiben, der sich gegen die selbstverständlichen Rechte des iranischen Volkes richtet."²⁷³

Über den Non-Proliferation-Treaty-Vertrag

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, **Hamidresa Asefi**, erklärte laut **ISNA** die neueste IAEA-Resolution für "illegal, unlogisch und inakzeptabel". Er fügte hinzu: "Die Europäer hatten vor, diese Resolution mit einem Konsens im Gouverneursrat durchzusetzen, konnten ihr Ziel aber nicht erreichen. Daher musste über ihre Resolution abgestimmt werden. Es ist bisher sehr selten vorgekommen,

²⁷⁰ IRNA, 28.9.2005

²⁷¹ Sharq, 26.9.2005

²⁷² Aftabe Yasd, 25.9.2005

²⁷³ ISNA, 25.9.2005



dass im Gouverneursrat eine Resolution durch Abstimmung beschlossen wurde. Diese Abstimmung zeigt deutlich, dass der Gouverneursrat keine einheitliche Position bezüglich der friedlichen Atomaktivitäten des Iran besitzt. [...] Die drei europäischen Staaten haben im Grunde ein Szenarium umgesetzt, das zuvor von den USA geplant worden war."²⁷⁴ Hamidresa Asefi warnte die Europäer, dass, falls diese ihre begangenen Fehler nicht korrigieren sollten, der Iran "ganz andere Schritte unternehmen" werde. "Die Internationale Atombehörde darf für den Iran keine Sonderregelungen einführen. Dies könnte zu einer globalen Anarchie führen. Wir werden einen solchen Zustand nicht dulden. Wenn die Agentur und Europa scharf reagieren, werden sie uns in eine Richtung drängen, aus der wir schärfere Maßnahmen ergreifen müssen. Wir warnen die Atombehörde ernsthaft."²⁷⁵

ISNA schreibt: "Und bezüglich des Austritts aus dem NPT-Vertrag sagte Asefi: Ein solcher Beschluss hängt von den Entscheidungen anderer Staaten und der internationalen Atombehörde ab. Wenn sie sich aggressiv verhalten, werden sie uns in diese Richtung drängen, so dass uns keine andere Möglichkeit übrig bleibt, als adäquat zu reagieren."

ISNA schrieb weiter, dass Asefi mit einem Ausstieg aus dem NPT-Vertrag gedroht habe, falls die iranische Akte an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geschickt werde: "Wir sehen überhaupt keinen Grund, dass die iranische Akte dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorgelegt wird. Eine solche Vorgehensweise wäre rechtlich nicht zu begründen. Wenn die Westler aber grob werden und mit aller Gewalt die Akte an den Sicherheitsrat schicken, sollen sie es doch machen. Wir werden im Namen Gottes sehen, wer den meisten Schaden davon tragen wird."²⁷⁶

Der iranische Außenminister **Manuchehr Motaki** ist der Meinung, dass "die Troika ein auf Konsens basierendes Verfahren, das seit vierzig Jahren im Gouverneursrat praktiziert worden ist, gebrochen und dieses durch ein Abstimmungsverfahren ersetzt hat. [...] Und dennoch haben 13 wichtige Staaten dieser Abstimmung nicht zugestimmt." Zwar fordere die Resolution nicht direkt, dass die Akte an den Sicherheitsrat geschickt werden soll, aber es werde ein thematischer Zusammenhang mit dem Sicherheitsrat hergestellt, der nicht rechtens sei. Iran sei keineswegs verpflichtet, ein Zusatzprotokoll des NPT-Vertrages zu akzeptieren und arbeite lediglich im Rahmen des NPT-Vertrages. Es könne sein, dass die europäischen Staaten zu einem späteren Zeitpunkt die iranische Atomakte vor den Sicherheitsrat bringen wollen. Iran werde jedoch zum gegebenen Zeitpunkt entsprechend reagieren.

²⁷⁴ ISNA, 25.9.2005

²⁷⁵ IRNA, 27.9.2005

²⁷⁶ ISNA, 27.9.2005



Jawad Waedi, Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates des Iran war der Meinung, dass "zum ersten Mal der auf Konsens beruhende Geist von Wien [IAEA] wegen des amerikanischen und britischen Drucks gebrochen" sei. Daher sei der "politische Charakter" der Resolution nicht von der Hand zu weisen. Waedi sagte: "Die USA und England wollten die iranische Atomakte an den Sicherheitsrat schicken. Sie haben aber eine Niederlage erlitten. Sie konnten keinen Konsens im Gouverneursrat herstellen. Deutschland, Frankreich und England wollten verhindern, dass Iran den geschlossenen Atomkreislauf herstellt. Sie werden aber verlieren. [...] Auch New Delhi hat seine Positionen innerhalb von wenigen Tagen geändert. Wir werden die Entscheidungen von Südkorea und Indien sehr genau untersuchen".

Mohammad Mehdi Akhundsadeh, iranischer Repräsentant bei der IAEA hob hervor, dass Europa einen Fehler begangen habe, dennoch sei der Iran bereit die Verhandlungen mit den drei europäischen Staaten fortzusetzen. Sie müssen jedoch "aufhören zu versuchen Iran von seinem friedlichen Atomprogramm abzubringen".²⁷⁷

Ali Larijani, Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrates des Iran kritisierte ebenfalls das Verhalten der britischen Regierung. Wirtschaftliche Konsequenzen würden jedoch vorläufig nicht gezogen werden. Er fügte hinzu: "Die anderen Staaten wissen, dass wir entschlossen sind unsere Rechte zu verteidigen. Wenn jemand uns seinen Willen aufzwingen will, werden wir alle unsere Verhaltensweisen und Beziehungen überdenken."²⁷⁸

Studenten fordern die Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage in Natanz

Kayhan zufolge haben landesweit auch die studentischen Bassijiorganisationen [Milizen] in einer Erklärung die vollständige Wiederaufnahme des Uran-Anreicherungsprogramms gefordert. In ihrer Erklärung sprechen sie von der "unvernünftigen und aggressiven Haltung der westlichen Regierungen, die auf den Druck der USA und des Weltzionismus zurückzuführen" sei. Die Studenten forderten von der Regierung, dass "die Urananreicherungsanlage in Natanz wieder in Betrieb genommen" werden soll. Die Studenten schrieben in ihrer Erklärung: "Die westlichen Regierungen und die Kolonialisten waren in ihrer gesamten Geschichte nie über die Entschlossenheit von unabhängigen Staaten und ihrer Völker erfreut gewesen. Daher war auch ihre letzte Reaktion [d.h. die IAEA-Resolution] zu erwarten gewesen. Jetzt sind unsere Staatsbeamten an der Reihe. Unsere Regierung muss auf solche illegalen Einmischungsversuche eindeutig reagieren."²⁷⁹

²⁷⁷ ISNA, 25.9.2005

²⁷⁸ Mehrnews, 27.9.2005

²⁷⁹ Kayhan, 26.9.2005



Neue Fronten gegen die europäische Troika

Alaoldin Borujerdi, Vorsitzender der Kommission für nationale Sicherheit des Majless, forderte ein hartes Vorgehen gegen England, das zu den Initiatoren der Resolution gegen den Iran gezählt wird: "Es gibt keinen Grund mehr normale Beziehungen mit diesem Land aufrechtzuerhalten. Insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen müssen in Frage gestellt werden." Er forderte sogar einen "Abzug des britischen Botschafters aus dem Iran, falls England seine Kolonialpolitik gegenüber diesem" fortsetze.

Die Zeitung **Kayhan** berichtete in dem Zusammenhang, dass Ali Kharsarian, Mitglied des Zentralkomitees der islamischen Studentenvereinigungen, die Schließung der britischen Botschaft in Teheran befürworte, "falls der religiöse Führer es befiehlt." Hussein Sobhani, der dem Direktorium des Majless zugehört, forderte gar eine "Revision der Handelsbeziehungen mit England, Deutschland und Frankreich." Diese Länder würden von den Handelsbeziehungen mit dem Iran profitieren, aber politisch mit dem Iran nicht zusammenarbeiten.²⁸⁰

Zugespitzt formulierte der iranische Präsident, **Mahmoud Ahmadinejad**, seine Kritik gegen Europa: "Die drei europäischen Staaten, die selbst Atommächte sind und die Sicherheit der Welt mit ihren Atombomben bedrohen, setzen gegenwärtig alles daran, andere Staaten daran zu hindern, neue Atommächte zu werden, natürlich lediglich unter dem Vorwand der Verteidigung der globalen Sicherheit."²⁸¹

Special Dispatch, 17. Januar 2006 Atomakte geht an den UN-Sicherheitsrat: Kritik aus dem Iran

Die iranische Atomakte wird den UNO-Sicherheitsrat beschäftigen. Offenbar soll die Internationale Atomenergie-Behörde auf Antrag der drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine entsprechende Resolution vorbereiten. Nicht nur die USA und die EU-Troika befürchten, dass der Iran das Ziel verfolgt eine Atombombe zu bauen. Auch IAEA-Chef **Mohammed Al-Baradei** zufolge ist der Iran nur noch wenige Monate von der Fertigstellung einer Atombombe entfernt. Baradei schließt inzwischen sogar die Anwendung von Gewalt nicht mehr aus, um den Iran am Bau von Atomwaffen zu hindern. Die iranischen Reaktionen auf den europäischen Vorsprung sind eindeutig.

Reformislamisten und Hardliner sind sich darin einig, dass der Iran ein Recht auf das Urananreicherungsprogramm hat. Beklagt wird, dass der Westen das internationale

²⁸⁰ Kayhan, 24.9.2005

²⁸¹ IRNA, 27.9.2005



Recht missachte und das iranische Programm aus politischen Gründen nicht akzeptiert. Die iranische Regierung und die Medien hoffen nun auf das Veto Chinas, das sich gegen ein Vorgehen der anderen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates stellen könnte.

Im folgenden dokumentieren wir die Kritik aus dem Iran an das Einschalten des UN-Sicherheitsrates.

Zusammengefasst und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh*

Ein Meinungsbild verschiedener islamistischer Schattierungen

Im folgenden sind Äußerungen verschiedener Politiker, Wissenschaftler und Journalisten dokumentiert, die sich am 13. Januar 2006 in diversen Berichten der Nachrichtenagentur ISNA zu Wort gemeldet haben:

Der iranische Präsident, **Mahmoud Ahmadinejad** hat erneut den "friedlichen Charakter des iranischen Atomprogramms" hervorgehoben: "Wir wollten und wollen keine Atomwaffen und sind gegen die Atomwaffenindustrie der Großmächte. Wir sind der Überzeugung, dass ihre Rüstungsindustrie den Weltfrieden gefährdet, sie hingegen sind der Meinung den Weltfrieden zu schützen. Wir wissen aber, dass sie lügen."

Der hierzulande als pragmatischer Politiker bekannte **Hasemhi Rafsanjani** trug als Vorsitzender der "Versammlung zur Erkennung der Staatesinteressen" die Position seines Gremiums, in dem auch **Ex-Präsident Mohammad Khatami** und **Ali Akbar Velayati** sitzen, vor und führte dabei die Hauptursache für die politischen Reaktionen der EU auf den "Neokolonialismus" zurück: "Die Hauptgrundlage der Feindseligkeiten gegen den Iran ist ein Beweis für ihr koloniales Bewusstsein. Sie wollen, dass insbesondere die Islamische Republik Iran zurückbleibt und keine Fortschritte auf dem Gebiet der modernen Wissenschaften macht. [...] Wir haben entschieden ihre Drohungen nicht zu berücksichtigen. Wir müssen uns nur immer wieder vergegenwärtigen, dass sich der Klerus in den historischen Krisenzeiten immer gegen Regierungen, die gegen uns Gewalt anwenden, gewehrt hat und für den Sieg des Islam Widerstand geleistet hat."

Verschiedene iranische Politiker fühlen sich von den europäischen Reaktionen diskriminiert:

Hussein Seyyedabadi, Vorsitzender der Faktion der Osulgaran, der konservativen Prinzipientreuen, sprach gegenüber der ISNA von einer "atomaren Apartheidpolitik, welche die drei europäischen Staaten unter amerikanischem Schutz gegenüber Iran betreiben" würden.



Mohammad Salamati, Mitglied der linksislamistischen Organisation der Mujahedin der islamischen Revolution ist ähnlich wie sein rechtsislamistischer Kollege der Meinung, dass die Europäer die Welt "völlig unbegründet" gegen den Iran aufwiegeln wollen: "Sie wollen um jeden Preis versuchen, andere Staaten davon zu überzeugen, Druck auf den Iran auszuüben."

Der iranische Wissenschaftler **Abbas Saliminamin** vermutet gar die "Zionisten" hinter der westlichen Politik gegenüber Iran. Als Vorsitzender des "Studienbüros zur Erforschung der iranischen Gegenwartsgeschichte", ist er der Meinung, dass die "Westler nicht wollen, dass eine multipolare Welt entsteht, in der der Iran eine bevorzugte Stellung hat. Die Westler stehen stets unter dem Einfluss der zionistischen Lobbies, die nie dafür sein werden, dass die Macht der islamischen Staaten wächst."

Auch der reformislamistische Sozialwissenschaftler **Mashallah Shamsolwaezin** kritisierte die Vorgehensweise der EU-Troika: "Europa hat überhaupt keine rechtliche Grundlage für das Einschalten des Sicherheitsrates. Europa und Amerika sagen, sie hätten Angst, dass Iran Uran anreichern und die Atombombe erlangen könnte. Dabei wollen sie nicht, dass die Forschungsarbeiten über das Brennmateriale fortgesetzt werden. Ich bin mir sicher, dass Europa und der Iran noch viele Möglichkeiten des friedlichen Dialoges vor sich haben. [...] Der Westen und Amerika müssen wissen, dass sich ,- wenn sie sich in Richtung Sicherheitsrat entscheiden,- neue Fronten für den Ausstieg des Iran aus dem NPT-Vertrag und seine freiwillige Mitgliedschaft aufbauen werden."

Und die studentische Organisation der **Bassiji**, die ansonsten eher aktiv wird, wenn es gegen die Freiheit der Jugend und Frauen geht, forderte in Teheran die "Freiheit für alle Aktivitäten, die mit dem Anreicherungsprogramm und Schlüsselaktivitäten des Atomprogramms zusammenhängen."

Der Vorsitzende der Kommission der nationalen Sicherheit und Außenpolitik des Majless, **Alaoldine Borujerdi**, betonte: "Die Islamische Republik Iran hat immer wieder betont, dass unlogische Forderungen nicht akzeptiert werden."²⁸²

Auch das iranische Außenministerium hat laut der reformislamistischen Zeitung **Sharq** die Entscheidungen der EU-Troika kritisiert. In einer Erklärung schrieb das Ministerium, dass ausgerechnet die "Länder, die selbst die Atomenergie nutzen und die größten und schrecklichsten Rüstungsindustrien besitzen, nun einseitig unter Drohungen und mit Druck dem Iran falsche Vorwürfe machen." Die iranischen Atomaktivitäten würden innerhalb des NPT-Vertrages unter Aufsicht der IAEA fortgesetzt werden. Man habe mit den Aktivitäten auf dem Gebiet des geschlossenen Atomkreises, d.h. der Urananreicherung, noch gar nicht begonnen. Iran sei weiterhin für Verhandlungen mit der Europäischen Union offen. Weiter heißt es in der

²⁸² Verschiedene Meldungen von ISNA, 13.1.2006.



Erklärung: "Die Islamische Republik Iran möchte daran erinnert, dass gegenwärtig ein großer Teil des friedlichen iranischen Atomprogramms im Rahmen des NPT-Vertrages noch nicht ausgeführt wird und immer noch aufgeschoben ist. Jede unlogische Aktivität, die die Probleme jenseits der durch die IAEA festgelegten technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen lösen will, wird die gegenwärtigen Bedingungen gänzlich verändern."²⁸³

Jomhuriye Eslami zitiert eine Verlautbarung des iranischen Außenministers **Manuchehr Mottaki**, in der er davor warnt: "Wenn die iranische Atomakte an den Sicherheitsrat verschickt wird, wird die iranische Regierung auf der Grundlage des Beschlusses des Majles gezwungen sein, seine gesamte Zusammenarbeit mit der IAEA abzubrechen." Jomhuriye Eslami kommentiert, nachdem man die UCF-Gas produzierende Anlage in Isfahan in Betrieb genommen habe, dies [Forschung in Natanz] der zweite Schritt sei. Um den geschlossenen Brennstoffkreis erfolgreich abschließen zu können, müsste auch bald der dritte Schritt erfolgen.²⁸⁴

"Es gibt kein internationales Recht"

Kayhan kommentiert, dass "die politische Botschaft des Westens besagt, dass es kein internationales Recht" gebe. Denn eigentlich habe der Iran im Rahmen des NPT-Vertrages das Recht auf Urananreicherung. Kayhan schreibt: "Sie wollen einerseits ‚ganz ernsthaft‘ die iranische Akte an den UN-Sicherheitsrat schicken und andererseits wissen sie ganz genau, dass sie niemals in der Lage sein werden, die Folgen eines Boykotts gegen den Iran durchzuhalten. Dies erklärt die Vorgehensweise der drei europäischen Staaten, die mit dem Sicherheitsrat drohen und im nächsten Moment sagen, dass aber niemand an einen Boykott glaubt." [...] Kayhan zufolge sei die Wahrscheinlichkeit, dass die iranische Akte innerhalb der nächsten vier Wochen an den UN-Sicherheitsrat geschickt werde, sehr gering, da die USA den rotierenden Vorsitz im Sicherheitsrat erst in einem Monat übernehmen würden. Daraus könne man schließen, dass sich die Sache nicht so entwickeln werde, wie es sich die Europäer wünschen, zumal nicht nur China für einen Dialog sei, sondern auch die Europäer ihre prinzipielle Dialogbereitschaft erklärt hätten.

Zudem berichtet Kayhan, dass sich das iranische Majless erneut "scharf und entschieden gegen den politischen Aufstand und die Propaganda des Westens bezüglich der iranischen Atomaktivitäten richte und "die Drohungen der Europäer und der Amerikaner als hohl und nutzlos bezeichnet" worden seien. Das Majlessmitglied **Mehdi Kuchaksadeh** sagte: "Niemand darf gegenüber Iran die Sprache der Gewalt benutzen und es wagen, das iranische Volk von seinem Recht auf das Atomprogramm abzubringen. Die Europäer müssten in den letzten Jahren verstanden haben, dass sie dem iranischen Volk nicht gewachsen sind. Ihre Verschwörungstaten zeigen lediglich das Ende ihrer politischen Macht in der Welt."

²⁸³ Sharq, 15.1.2006.

²⁸⁴ Jomhuriye Eslami. 14.1.2006.



Ein anderes Majlessmitglied, **Hassan Seyyedabadi**, ist der Meinung, dass die "Europäer in den letzten 27 Jahren immer wieder versucht haben, den iranischen Interessen zu schaden. Die iranische Atomakte ist nur ein Vorwand, um den Mittleren Osten besser auszubeuten und illegitime Staaten wie Israel unterstützen zu können."²⁸⁵

Die "Mächte der Arroganz" und die "reine Demokratie"

Qeisar Salehi, Mitglied der Faktion der rechtsislamistischen "Prinzipientreuen" sagte im Hinblick auf die Anrufung des UN-Sicherheitsrates: "Auch wenn sie unsere Akte an den UN-Sicherheitsrat schicken, werden die Mächte der Arroganz, Europa und Amerika, die Verlierer sein."²⁸⁶

Ahmadinejad ist der Meinung, dass das politische System im Iran eine "reine Demokratie" sei. Der Westen versuche jedoch politischen Druck auszuüben und fügte hinzu: "Heute ist die Kultur der Herrschaft der Gewalt, die auf atomaren, biologischen und chemischen Waffen beruht, nicht mehr möglich. Die Völker sind wach geworden. Die Geschichte wird heute vom Willen der Völker der Welt bestimmt. [...] Sie haben bisher trotz aller Kontrollen der IAEA nichts gefunden, was sie beanstanden könnten. [...] Sie wollen aber nicht, dass unser Volk sein natürliches Recht bekommt. [...] Wenn wir die Welt führen würden, würden wir dafür sorgen, dass auf der Welt es keine Raketen mehr gibt."²⁸⁷

Russland und China gegen den Iran?

Seyyed Abdol-Majid-Shoja, Mitglied der Energiekommission des iranischen Majless, kommentiert die Entwicklungen der letzten Wochen hingegen aus einer anderen Richtung: "Die Vereinten Nationen und die IAEA haben unsere Rechte anerkannt, aber manche Staaten gehen politisch gegen uns vor." Seit über 100 Jahren hätten die "Russen nie ihr Wort gehalten. Wir dürfen den russischen Vorschlag nicht zu optimistisch und positiv bewerten."²⁸⁸

Abschließend ist festzuhalten, dass die iranische Regierung auf die Unterstützung Chinas im UN-Sicherheitsrat hofft. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, **Hamidresa Asefi** sagte: "Die Chinesen sind der Überzeugung, dass man die Rechte des Iran respektieren müsse. Sie betonen auch den friedlichen Charakter des iranischen Atomprogramms."²⁸⁹

²⁸⁵ Kayhan, 14.1.2006.

²⁸⁶ Sharq, 15.1.2006.

²⁸⁷ Kayhan, 15.1.2006.

²⁸⁸ ISNA, 13.1.2006.

²⁸⁹ Sharq 16.1.2006.



Während in verschiedenen deutschen Medien die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats für immer wahrscheinlicher gehalten wird,²⁹⁰ wird in der Kayhan konstatiert, dass China auch nach dem Treffen der 5+1 Staaten [Die 5 ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland] in London, die westliche Strategie gegen den Iran nicht mittragen werde.²⁹¹

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

Special Dispatch, 09. Februar 2006

Zur Atomfrage: "Die USA wollen verhindern, dass sich der Iran entwickelt"

Nachdem die Internationale Atomenergiebehörde IAEA am 4. 2. 2006 mit 27 zu 3 Stimmen beschlossen hat, die iranische Atomakte an den UN-Sicherheitsrat zu schicken, kündigte der Iran seine Verpflichtungen aus dem freiwilligen Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrages. Unangemeldete Kontrollen durch die IAEA sind damit nicht mehr möglich.

Ali Larijani, Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrates, sprach vom "Ende der Diplomatie".²⁹² Der Iran werde auf keinen Fall auf das Anreicherungsprogramm verzichten, aber am 16. Februar 2006 mit Russland verhandeln. Die Verhandlungen mit Russland hätten eine Chance, wenn der "Westen über seine Vorgehensweise nachdenken" würde. Eine "neue Logik" könne "neue Türen für Verhandlungen auch mit Europa eröffnen."

In der reformislamistischen Zeitung Sharq wird der Oberste Nationale Sicherheitsrat zitiert: "Falls der Iran keinen Widerstand leistet, wird er nicht siegen können. Nur das Modell des Widerstandes und des Kampfes wird uns zum Sieg verhelfen." Außerdem teilte Larijani der Sharq mit, dass iranische Wissenschaftler inzwischen in der Lage seien, atomare Kernspaltung zu betreiben.²⁹³

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamidresa Asefi, kritisierte indes die "Politik des Westens gegen den Iran": "Wie wollen die Westler, die sich stets an die Macht putschen, der Weltöffentlichkeit Frage und Antwort stehen? Wie wollen sie die Frage beantworten, dass sie sich so eilig gegen die Forderungen der Muslime nach Unabhängigkeit stellen. Amerika und manche europäische Staaten sollten

²⁹⁰ <http://www.n-tv.de/623911.html> und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,395622,00.html>

²⁹¹ Kayhan, 17.1.2006.

²⁹² IRNA, 6.2.2006

²⁹³ Sharq, 7.2.2006 und siehe: <http://memri.org/bin/latestnews.cgi?ID=SA1506>



wissen, dass sie die Islamische Republik mit Drohungen nicht davon abbringen wird, ihre legitimen Rechte zu erlangen."²⁹⁴

Im Folgenden dokumentieren dazu wir einen Kommentar von **Dr. Seyyed Mortesa Mardiha** aus der reformislamistischen Zeitung **Sharq**. Dieser beschäftigt sich vor allem mit dem Verhältnis zwischen dem und den USA, denen er vorwirft die Entwicklung des Iran verhindern zu wollen.

"Amerikas Fehler"

"Schon lange verfolgt die amerikanische Regierung das Ziel, das iranische Volk mit Wirtschaftssanktionen und politisch unter Druck zu setzen. Dazu hat die US-Regierung mehrfach auch ausländische Regierungen und internationale Unternehmen unter Druck gesetzt, um sie von jeder größeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Iran abzuhalten.

Wir können ja einmal versuchen, diese amerikanische Vorgehensweise nachzuvollziehen: Es handelt sich immerhin um einen Staat, dessen Botschaft besetzt und dessen Diplomaten für eine beträchtliche Zeit als Kriegsgefangene festgehalten wurden. Und von Staaten, deren Fahnen immer wieder angezündet werden und die nach wie vor als Gewalttäter betrachtet werden, kann man kaum erwarten, dass sie sich mit dem Abbruch von diplomatischen Beziehungen begnügen. Aus Sicht der Regierung und auch von Teilen der amerikanischen Bevölkerung und Intellektuellen, sollten Staaten, die den Westen ablehnen, gar nicht in den Genuss technologischer Errungenschaften kommen. Ihrer Meinung nach sollen Staaten der Dritten Welt, die auf Unabhängigkeit, Autonomie und das Selbstbewusstsein des eigenen Volkes setzen, ihre Flugzeuge und Raffinerien doch bitte schön selber bauen und selbst ihre Ressourcen ausbeuten, um Energie zu erzeugen.

Aber damit gibt sich Amerika nicht zufrieden. Vielmehr haben die USA ganz Zentralasien, Pakistan und Indien unter Druck gesetzt, damit diese kein Öl und kein Gas aus dem Iran beziehen und den Iran nicht als Transitland benutzen. Die Frage ist, welches Ziel Amerika damit verfolgt.

Erstens können sich ja gerade die armen Staaten der Welt nicht an der Isolierung des Iran beteiligen, weil sie auf ihre eigene Energieversorgung achten müssen. Zweitens gehen 80 Prozent der Ausgaben des [iranischen] Staatsbudgets in die Bürokratie - und wenn mal etwas Geld für das Allgemeinwohl übrigbleibt, dann wird es für kleinere Projekte wie den Damm- oder Straßenbau ausgegeben. Und vergessen Sie nicht, dass der Durchschnitt der Bevölkerung unter oder an der Armutsgrenze lebt. [...] Der Versuch, iranisches Gas und Öl zu boykottieren, schadet der Wirtschaft eines Landes, das 70 Millionen Menschen versorgt.

²⁹⁴ ISNA, 8.2.2006



Wenn die Amerikaner glauben, dass sie auf diese Weise iranische Aktivitäten stoppen können, die angeblich ihre Sicherheitsinteressen gefährden, begehen sie einen großen Fehler. [...] Irgendwelche Beschlüsse zum Boykott der iranischen Wirtschaft und zur Bedrohung der Atomzentren schaden der iranischen Bevölkerung, die ohnehin an inneren Problemen leidet - vor allem der gegenwärtig so starken Rezession.

Solche Beschlüsse würden dem Ziel der Amerikaner und ihrer Verbündeten, den Iran ihren Interessen entsprechend zu verändern, nicht dienen. [...] Die westlichen Regierungen haben in den letzten Tagen immer wieder betont, dass sie das iranische Volk als ein großes Volk mit einer großen Geschichte ehren. Wenn dies mehr als diplomatische Höflichkeitsformeln sein sollen, dann sollten sie bei den anstehenden Konflikten mit Sensibilität und Genauigkeit auf die Regierung und auf die iranische Bevölkerung achten."²⁹⁵

Special Dispatch, 3. März 2006 - Iranische Analyse der Pläne für eine Urananreicherung in Russland ²⁹⁶

In der reformislamistischen Zeitung **Sharq** kommentierten die Kolumnisten **Dr. Hassan Qafurifard** und **Dr. Mahmud Farsin** den Vorschlag, Uran für iranische Atomkraftwerke in Russland anzureichern. Auf diese Weise könnte sicher gestellt werden, dass der Iran kein atomwaffenfähiges Uran erzeugt. Die beiden Autoren analysieren zwei mögliche Varianten des Plans, die sich vor allem hinsichtlich der Beteiligung des Iran am Prozess der Urananreicherung unterscheiden. Sie kommen aber zu dem Schluss, dass die "russischen Pläne" ebenso scheitern werden wie die Pariser Verhandlungen, weil sie den Interessen des Iran nicht genügend entsprechen würden.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Artikel, der in Sharq am 28.2.2006 erschien:

"Der russische Plan ist nur eine Miniaturausgabe der Pariser Verhandlungen"

"Der russische Vorschlag zum iranischen Atomprogramm wurde in der Krise der vergangenen Wochen immer wieder diskutiert. Zwar sind keine Details über die Gespräche bekannt geworden, aber es läuft wohl darauf hinaus, dass die Russen die Urananreicherung der Brennstäbe in Russland durchführen wollen. Die Westler

²⁹⁵ Sharq, 5.2.2006

²⁹⁶ MEMRI



versuchen diesen Plan als ausgewogen, die Islamische Republik hingegen als aggressiv darzustellen. [...]

Offenbar gibt es nur zwei Optionen. 'Plan A' zufolge soll der Iran anfangen, in die Urananreicherung in Russland zu investieren. Der Iran müsste Uranium nach Russland exportieren, wo es angereichert wird. Danach könnten wir die Brennstäbe in den Reaktoren einsetzen. Der entstehende Abfall, der für Atombomben benutzt werden könnte, muss dann wieder nach Russland zurückgeschickt werden. Bei diesem Plan würden wir bei der Urananreicherung keine Rolle spielen und von den wichtigen technischen Arbeiten ausgeschlossen sein. Zudem sollen wir alle Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet einstellen.

Im zweiten Fall, den wir den russischen 'Plan B' nennen, soll zwar wie in 'Plan A' das Uran in Russland angereichert werden, andere Staaten wie China würden aber an dem Projekt beteiligt werden. In diesem Rahmen sollen auch iranische Wissenschaftler auf allen Ebenen mitarbeiten können, um das nötige Wissen zu erlangen. Zudem erhält der Iran die Erlaubnis, in begrenzter Form und bestimmten Laboren Uran anzureichern. Der 'Plan B' gesteht uns die Aneignung des technischen Know-hows zu. Falls uns Russland also eines Tages keine Brennstäbe mehr liefern sollte, werden wir immer noch die Möglichkeit haben, unser Atomprogramm auszuweiten und selbst für das nötige Brennmaterial zu sorgen. Dieses zweite Projekt soll gemeinsam mit Russland und China realisiert werden. Im Folgenden werden wir beide Pläne gesondert analysieren.

Zum 'Plan A': Wir können festhalten, dass die westlichen Staaten, Russland und sogar China sich vor allem am ersten Plan orientieren. Dieser enthält viele negative Aspekte von weitreichender Bedeutung, denen wir uns zunächst widmen: Blicken wir zunächst auf die Pariser Verträge zurück, bei denen die Europäer ihre politische Einseitigkeit unter Beweis stellten. Sie hielten sich für mächtig genug, versuchten die Gespräche nach ihrem Belieben zu lenken und akzeptierten den russischen Vorschlag nicht. Für die Europäer war der russische Vorschlag eine Alternative, die zum falschen Zeitpunkt kam. Der Iran leistete dann aber solange Widerstand gegen die europäische Haltung, bis die Europäer dem russischen Plan indirekt doch zugestimmt haben. Es ist auch ganz klar, warum China, Europa, Amerika und die Freunde dieser Staaten dem Plan zustimmen: Nur auf diese Weise werden ihre Interessen gesichert, ohne dass die iranische Atomindustrie wächst. Die negativen Aspekte des Plans lassen sich kurz zusammenfassen:

1) Unklar bleibt wie lange der Iran eigentlich sein Atomprogramm aussetzen soll. Es wird auch nicht gesagt, was unsere Atomwissenschaftler in der Zeit des Moratoriums machen sollten. Außerdem könnten Milliarden von Dollars verpuffen, die bereits in die Infrastruktur für den geschlossenen Brennstoffkreislauf investiert worden sind.



2) Im Falle der Umsetzung des Plans steht der Iran als ein schwacher Staat da. Dies wird negative Auswirkungen auf das Bild des Iran in der Region, bei den Blockfreienstaaten und natürlich bei den muslimischen Staaten haben. [...]

3) Unter diesen Bedingungen bliebe der Iran bei Inbetriebnahme der Atomanlagen von Russland abhängig. Es wäre dumm, wenn wir an dieser Stelle nachgeben würden, besonders wenn wir uns vergegenwärtigen, wie schwankend sich Russland in der Vergangenheit verhalten hat. Dies, zumal wir selber die Fähigkeit besitzen, atomaren Brennstoff zu produzieren. Eine solche Abhängigkeit von Russland hätte auch einen für uns negativen Einfluss auf die Probleme des kaspischen Meer betreffend.

4) Sicher werden die Russen uns für die Urananreicherung eine größere Summe in Rechnung stellen, was - gerade angesichts des großen auf uns lastendem politischen Druck - das Staatsbudget stark in Mitleidenschaft ziehen würde.

5) Wir wissen, dass die iranische Akte wegen des wieder aufgenommenen Anreicherungsprogramms an den Sicherheitsrat geschickt werden soll. Wenn wir aber ein Recht auf Widerstand gegen die Bedingungen der Pariser Verhandlungen haben und uns das Anreicherungsprogramm zusteht - was selbstverständlich beides der Fall ist - , dann müssen wir auch weiter jedem einseitigen Plan entgegen wirken, besonders dem russischen 'Plan A' .

6) Das Hauptproblem des iranisch-europäischen Dialoges lag darin, dass Amerika dem Iran keine Sicherheitsgarantien geben will. Dieses Problem wird auch bei einem Vertrag mit Russland weiter bestehen.

7) Der russische 'Plan A' wird von den verschiedenen politischen und nationalen Gruppen und Organisationen des Iran niemals akzeptiert werden. Diese haben unlängst begonnen, ihren Widerspruch zu formulieren. Wäre der iranisch-europäische Dialog erfolgreich gewesen, hätten Gas- und Ölprojekte erste Priorität im iranisch-europäischen Energietransfergeschäft bekommen. Zwar wäre das für beide Seiten sehr nützlich gewesen, aber dieses Kapitel können wir inzwischen abschließen [...] Es liegt auf der Hand, dass ein Vertrag nur dann ausgeglichen ist, wenn beide Seiten davon profitieren. Wir kommen aber zu dem Ergebnis, dass sich dieser Vertrag für den Iran nicht auszahlt, weil wir die wenigen Interessen des Iran darin nicht wiederfinden.

Trotz all dieser negativen Aspekte können wir einige positive Punkte von 'Plan A' herausstellen, auch wenn sie die vielen negativen Punkte nicht aufwiegen können. Der erste positive Punkt des Planes ist, dass der Westen angedeutet hat, sich gegen Sanktionen des Sicherheitsrates auszusprechen. Zumindest Russland wird seinen Widerspruch dagegen zum Ausdruck bringen. Der zweite positive Punkt ist, dass der Atomreaktor in Bushehr sehr bald in Betrieb gehen könnte.



Wichtig ist auch, dass Amerika ein ambivalentes Verhältnis zu 'Plan A' hat. Zwar will Amerika auf jeden Fall ein, wie die Westler sagen, 'islamisches Japan' verhindern. Das ließe sich mit 'Plan A' auch durchaus erreichen. 'Plan A' könnte aber auch dazu führen, dass die politische Rolle Russlands in der Region und in der Welt gestärkt und der Iran als einer der wichtigsten Energie exportierenden Staaten von Russland abhängig wird. Tatsächlich hat Amerika ungewollt schon dazu beigetragen, dass Russland und Iran sich annähern. Dies könnte dazu führen, dass [...] Amerika keinen Vorwand mehr für seine Präsenz in der Region hat und auf seine militärischen Machtdemonstrationen verzichten müsste. Solche Entwicklungen würden dem langfristigen Plan der Amerikaner in der Region widersprechen.

Europa würde sich auf der einen Seite freuen, wenn die Atomkrise mit dem Iran endlich gelöst und die militärische Option vom Tisch wäre. Andererseits waren die europäischen Versuche zur Lösung der Atomkrise so erfolglos, dass Europa keine relevante Rolle mehr in der Welt spielt. [...]

'Plan B' ist in Wirklichkeit unser Vorschlag'

Zum russischen 'Plan B': In Wirklichkeit ist dieser zweite Plan unser Vorschlag an Russland. Er enthält positive Punkte, die dazu führen könnten, dass der Iran diesen Plan eher akzeptiert. Aber auch er hat negative Aspekte: Die russischen Brennstäbe sind sehr teuer. Die Atomindustrie des Iran wird weiterhin von Russland abhängig bleiben. Amerika wird trotzdem Probleme machen, den Iran kritisieren und wie immer Drohungen aussprechen. Auch die europäisch-iranischen Probleme werden weiterhin existieren und das Problem des Energietransfers von Iran nach Europa wird ungelöst bleiben.

Wenn der Westen und Amerika diesen Plan akzeptierten, könnte er tatsächlich eine Alternative darstellen. Dazu müssten Amerika und der Westen von ihren Forderungen wie UN-Sanktionen absehen. Der Iran würde weiter seine Atomanlagen in Betrieb nehmen und auch den geschlossenen Brennstoffkreislauf weiter entwickeln, wenn die Spannungen nachgelassen haben. Auf diese Weise könnte sich auch die Haltung unserer verantwortlichen Politiker zu 'Plan B' ändern. Zusammenfassend können wir sagen: Mit 'Plan B' würden die Interessen beider Seiten [Russlands und Irans] erfüllt werden und auch die internationale Gemeinschaft könnte von der entspannten Lage profitieren.

Wir sind davon überzeugt, dass 'Plan A' unlogisch ist und unter keinen Bedingungen akzeptiert werden darf. Der zweite russische 'Plan B' könnte theoretisch von uns akzeptiert werden. Immerhin sind auch manche Mitglieder der Internationalen Atomenergiebehörde dafür, so dass dieser Plan trotz amerikanischem Widerstandes und russischem Druck erfolgreich sein könnte. Obwohl also der amerikanische Druck auf den Iran in den letzten Jahren gewachsen ist und die Weltarroganz [USA] nicht aufhört, sich gegen den Iran zu verschwören, hat der zweite russische Plan in der



jetzigen Situation eine Chance. Trotzdem ist unwahrscheinlich, dass Russland und der Iran ihre [unterschiedlichen Positionen hinsichtlich der Anreicherung im Iran] aufgeben. Die Russen glauben, dass wir gar nicht anders können, als ihr Angebot zu akzeptieren und so führt der russische Druck dazu, dass die Verhandlungsräume immer enger werden. Gleichzeitig schmiedet Amerika große Pläne, um den Iran vor dem UN-Sicherheitsrat zu bringen, obwohl der russische Vorschlag einem solchen Plan entgegensteht.

Schon 'Plan A' wurde gemeinsam von Amerika und Russland entwickelt und Amerika wusste bereits, dass der Iran ihn niemals akzeptieren würden. Auch die Russen wollen letztlich, dass der Iran seine Atomforschung und Urananreicherung auf Eis legt. Abschließend müssen wir daher betonen, dass der russische Vorschlag wegen der Meckerei der Amerikaner, wegen des Opportunismus der Russen, der Isolation durch die Europäer und der mangelnden Transparenz der Politik Indiens und Chinas sehr wahrscheinlich wie die Pariser Verträge enden wird. Es sieht so aus, als ob Russland alle Forschungen kontrollieren will und der Iran nur verpflichtet werden soll, zu zahlen und keine Rolle in der Forschung spielen soll. Unter diesen Bedingungen bleibt für die Islamische Republik nur die Möglichkeit auf dem Recht des Volkes und den Forderungen der Gesellschaft zu bestehen, d.h. die Atomtechnologie und alle unseren gerechten Forderungen zu verteidigen. Wir werden mit Hilfe Gottes siegen."

Special Dispatch, 20. März 2006 - Drei Umfragen über das iranische Atomprogramm²⁹⁷

Morgen gibt der UN-Sicherheitsrat seine Resolution zum iranischen Atomprogramm bekannt. Währenddessen berichtete die Internetseite **Roozonline.com**, dass ein iranisches Institut im staatlichen Auftrag eine Umfrage zum Atomprogramm des Landes durchgeführt habe. Danach würde die Mehrheit der Iraner das iranische Atomprogramm nicht unterstützen. Die Umfrage, deren Ergebnisse geheim gehalten würden, soll im Januar und Februar 2006 durchgeführt worden sein.

Nach dieser Veröffentlichung von Roozonline präsentierte die dem religiösen Führer nahestehende iranische Zeitung **Kayhan** zwei andere Umfragen, die zu ganz anderen Ergebnissen kommen.

Im Folgenden dokumentieren wir die Umfrageergebnisse:

²⁹⁷ MEMRI



‘69 Prozent der Iraner betrachten das Atomprogramm nicht als ein nationales Projekt’

Ein offizielles iranisches Umfrageinstitut, ist laut roozonline.com zu dem Ergebnis gekommen, dass:

"69 Prozent der Iraner das iranische Atomprogramm nicht als ein nationales Projekt betrachten."

"86 Prozent der Iraner sind der Meinung, dass das Atomprogramm sich nicht lohne, falls ein Krieg der Preis dafür wäre."

"94 Prozent der Araber aus der Provinz Khusestan und 91% der Kurden aus Kurdistan sind der Meinung, dass das Atomprogramm ihre wichtigsten Probleme nicht lösen wird."

"98 Prozent der Iraner glauben, dass die Atomakte zu einem Krieg zwischen Iran und USA führen wird. Sie glauben, dass Irans Schicksal so ähnlich sein wird, wie das des Irak."

"28 Prozent der Iraner haben Angst vor einem Krieg der Amerikaner gegen den Iran."

Außerdem kommt laut Roozonline die Umfrage zu dem Ergebnis, dass "nur 11 Prozent der Iraner davon ausgehen, dass Ahmadinejad ihre täglichen Probleme lösen wird."

"Vor sechs Jahren", erinnert Roozonline weiter, "waren Abbas Abdi, Behrus Geranpaye und Hussein Qasian im Rahmen einer ähnlichen Umfrage zu dem Ergebnis gekommen, dass die Iraner gute Beziehungen zu den USA wünschen. Dafür wurden sie mit fünf 5 Jahren Haft bestraft. Ihnen wurde vorgeworfen, für die USA zu spionieren."²⁹⁸

‘89 Prozent der iranischen Hochschullehrer und Studenten für das iranische Atomprogramm’

Zu ganz anderen Ergebnissen kam die Zeitung **Kayhan**. In einer Umfrage die das "Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung" vom 5. bis zum 8. März unter Hochschullehrern und Studenten durchgeführt hätte, hätten "89 Prozent der Hochschullehrer und 87 Prozent der Studenten entschlossen das iranische Atomprogramm verteidigt":

"Mehr als 89,1 der Hochschullehrer und 86,9 Prozent der Studenten sind gegen die Meinung mancher Großmächte, wonach sich der Iran auf seine Öl- und

²⁹⁸ Roozonline 15.3.2006. Roozonline unterstützt die Reformbewegung, ist in Frankreich gemeldet und im Iran sehr bekannt. Die Website gab nicht bekannt, wie sie zu den Umfrageergebnissen gekommen ist.



Gasressourcen stützen und auf die Atomenergie zur Erzeugung von Strom verzichten sollte."

"63,4 Prozent des iranischen Wissenschaftsrates und 56 Prozent der Studenten haben sich dagegen ausgesprochen den europäischen Forderungen nachzugeben, falls die iranische Akte an den UN-Sicherheitsrat verwiesen wird. Auch wenn wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen den Iran durchgeführt werden sollten, sind 62,3 Prozent des Wissenschaftsrates und 52,3 Prozent der Studenten der Meinung, dass sie den Europäern nicht nachgeben sollten."

"Für 81 Prozent der Hochschullehrer und 76,9 Prozent der Studenten ist das europäische Verhalten im Hinblick auf das iranische Atomprogramm diskriminierend. Für 75,2 Prozent der Mitglieder des Wissenschaftsrates und für 65 Prozent der Studenten verfolgt auch die Internationale Atomenergiebehörde [IAEA] eine diskriminierende Strategie." Europa und die IAEA seien dem Diktat der Vereinigten Staaten erlegen.

"Nur 9,2 Prozent der Hochschullehrer und Wissenschaftler sind der Meinung, dass der Iran auf sein Anreicherungsprogramm verzichten soll, falls die iranische Atomakte im UN-Sicherheitsrat diskutiert wird. Und nur 9,4 Prozent der Studenten sind für einen Verzicht des Anreicherungsprogramms."

"Für 68,5 Prozent der Hochschullehrer und für 68,9 Prozent der Studenten ist das friedliche Atomprogramm ein Prestigeobjekt."

"60 Prozent der Befragten und 54 Prozent der Studenten betonen, dass die Feindschaft der Amerikaner und der Europäer die nationale Solidarität im Iran gestärkt" habe. "Nur 4,4 Prozent der Hochschullehrer haben erklärt, dass der Konflikt wirtschaftliche Probleme für den Iran mit sich bringen wird."

"65,8 Prozent der Hochschullehrer und 53,3 Prozent der Studenten sind der Meinung, dass der Iran viel mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft bewiesen habe als im Rahmen des NPT-Vertrag vorgesehen. 56,9 Prozent der Hochschullehrer und 51,1 Prozent der Studenten sind der Meinung, dass der Iran seinen guten Willen gezeigt habe, in dem die Regierung dem Zusatzprotokoll auf freiwilliger Basis zugestimmt habe, ohne die Zustimmung des Majless eingeholt zu haben."²⁹⁹

‘90 Prozent der Lehrer und der Schüler für das iranische Atomprogramm’

Gestern legte **Kayhan** dann Ergebnisse einer weiteren mehr oder weniger gleich lautenden Umfrage unter Lehrern und Schülern vor. Darin hieß es:

²⁹⁹ Kayhan, 16.3. 2006. Die Befragten Mitglieder wissenschaftlicher Einrichtungen hätten im Durchschnitt einen Dokortitel und seien 44,7 Jahre alt, so Kayhan zu der Studie. Die befragten Studenten sollen durchschnittlich 22,6 Jahre alt sein.



"90,3 Prozent der Lehrer und 88,6 Prozent der Schüler befürworten das iranische Atomprogramm."

"Für 68,6 Prozent der Lehrer und für 57,2 Prozent der Schüler hat der Iran mehr als im NPT-Vertrag vorgesehen seine Bereitschaft zur Kooperation mit der IAEA bewiesen."

"90,3 Prozent der Lehrer und 88,6 Prozent der Schüler widersprechen der Position der fremden Mächte, dass der Iran sich mit seinen Öl- und Gasressourcen begnügen sollte."

"65,1 Prozent der Lehrer und 64,9 Prozent der Schüler sind der Meinung, dass der Iran nicht den Forderungen der Europäer nachgeben sollte, falls die Atomakte dem Sicherheitsrat übergeben werden sollte. 63,5 Prozent der Lehrer und 69,2 Prozent der Schüler sind der Meinung, dass der Iran den Europäern auch nicht nachgeben sollte, falls wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen den Iran durchgeführt werden."

"Für 81,5 Prozent der Lehrer und 78,2 Prozent der Schüler ist die europäische Politik gegenüber dem Iran diskriminierend. 74,6 Prozent der Lehrer und 60,8 Prozent der Schüler sind der Überzeugung, dass die IAEA den Iran diskriminiert. Nur 5,5 Prozent der Lehrer und 6,1 Prozent der Schüler waren dafür, dass der Iran auf sein Anreicherungsprogramm verzichten sollte, falls die Atomakte an den Sicherheitsrat verwiesen wird."

"Für 78,2 Prozent der Lehrer und für 77,1 Prozent der Schüler stellt das Atomprogramm ein nationales Prestigeobjekt dar."

"67,6 Prozent der Lehrer und 58,9 Prozent der Schüler sind der Meinung, dass die Feindschaft der Amerikaner und Europäer die nationale Solidarität der Iraner stärken wird. Nur 5,1 Prozent der Lehrer und 5,7 Prozent der Schüler gehen davon aus, dass der Konflikt wirtschaftliche Probleme für den Iran mit sich bringen wird."³⁰⁰

³⁰⁰ Kayhan, 18.3.2006. "Die befragten Lehrer", so Kayhan, "waren durchschnittlich 39 Jahre alt. Die Schüler waren durchschnittlich 17,2 Jahre alt. 63,7 Prozent von ihnen waren Mädchen und 36,3 Prozent Jungen."



Der Iran will den Westen zwingen sein Atomprogramm zu akzeptieren ³⁰¹

Der Iran ist fest entschlossen, sein Urananreicherungsprogramm entgegen UN-Resolution 1737 umzusetzen. Das iranische Regime besteht auf seiner Position, im Rahmen der Regelungen der internationalen Atomenergiebehörde zu handeln und Uran anreichern zu dürfen. Ein Kommentator der Zeitung Kayhan, die als Sprachrohr des religiösen Führers des Iran gilt, verkündet gar, dass der Westen gezwungen werde, die Position des Iran zu akzeptieren. Wie friedlich die Ziele der iranischen Machthaber sind, zeigt sich in ihrer Kooperation mit palästinensischen Terrororganisationen, wie der Jihade Islami. Kein Geringerer als der Vorsitzende des „Obersten Rates der nationalen Sicherheit“ des Iran, Ali Larijani, traf sich indessen mit Ramesan Abollah. Er ist Vorsitzender der terroristischen palästinensischen Organisation der Jihade Islami. Dennoch meinen die iranischen Machthaber, dass der Westen ihnen vertrauen müsse.

Iran wird die Resolution 1737 nicht umsetzen

Der Vorsitzende der iranischen Atomagentur Reza Aqasadeh sagte über die Frage nach der Umsetzung der Resolution 1737: „Wir sind der Meinung, dass die Resolution ernste rechtliche Fehler hat. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir die Resolution nicht umsetzen werden.“

Aqasadeh meint, dass der Iran stets im Rahmen der Regelungen der Internationalen Agenturbehörde gehandelt habe.

Über den „Machtzuwachs beim Feilschen am Dialogtisch“.

Die Zeitung Kayhan kündigt neue und „wichtige Entwicklungen im iranischen Atomprogramm“ an. Die neuen Schritte würden den „Charakter des iranischen Atomprogramms prinzipiell ändern und die Welt zwingen das iranische Atomprogramm mit einem anderen Blick zu betrachten.“ Kayhan kündigt an, dass in Natanz in Kürze ein „halbindustrielles Urananreicherungsprogramm starten“ werde. Mehdi Mohammadi, der Autor des Artikels, schreibt, dass zwar am 21. Februar 2007 das Ultimatum der UNO-Resolution 1737 ablaufen werde, aber der Iran werde nicht einlenken. Iranische Ingenieure sollen schon die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme von 3.000 unterirdischen Zentrifugen vorbereitet haben. Die Zentrifugen werden „innerhalb von wenigen Monaten erfolgreich in Betrieb gehen.“

Kayhan ist der festen Überzeugung, dass der Weg, den die neunte Regierung seit der islamischen Revolution, d.h. die Regierung von Ahmadinejad eingeschlagen habe, der „erfolgreiche Weg“ sei. In dieser ungerechten Welt würde man lediglich seine Interessen mit „Macht“ durchsetzen können und „leider nicht mit der Macht der Logik und der Befolgung der internationalen Gesetze. Mohammadi schreibt: „Die letzten drei Jahre haben auch bewiesen, dass es einen direkten und bedeutungsvollen Zusammenhang gibt zwischen dem technischen Fortschritt des iranischen Atomprogramms und dem Machtzuwachs beim Feilschen am Dialogtisch. Wir können vermuten, dass, nachdem 3.000 Zentrifugen gestartet sind,

³⁰¹ 05.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/05/der-iran-will-den-westen-zwingen-sein-atomprogramm-zu-akzeptieren/>



möglicherweise die Westler beginnen werden, ein wenig ernsthaft und verantwortungsbewusst mit dem Iran zu reden. Solange sie jedoch davon ausgehen, dass sie mit Druck ihre Politik vorantreiben können, werden sie auch nicht nachgeben.“ Iran werde dem Westen sein Atomprogramm schon „aufzwingen.“ Mohammadi: „Sie werden sehen, dass sie nichts bewerkstelligen können und dass der atomare Iran erschienen ist.“ Die „allerletzte verrückte Aktion der Westler“ könne ein militärischer Angriff sein, aber es gibt nicht mal einen politischen Analytiker, der behaupten würde, dass „dadurch das iranische Atomprogramm gestoppt werden könnte.“ Der Westen müsse sich an das „Zusammenleben mit einem atomaren Iran“ gewöhnen.

Larijani trifft Jihade Islami

Der Vorsitzende des „obersten Rates der nationalen Sicherheit“, Ali Larijani, traf indessen Ramesan Abollah, den Vorsitzenden der terroristischen Organisation der Jihade Islami. Larijani betonte in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Abdollah, dass der Iran nach wie vor bereit sei, Verhandlungen im Rahmen des Nicht-Proliferationsvertrages der IAEA durchzuführen.

Larijani forderte die palästinensischen Gruppen dazu auf, ihre Einheit wieder herzustellen. Und Abollah sagte: „Iran hat stets die palästinensischen Gruppen gegenüber dem zionistischen Regime verteidigt und unterstützt. Wir haben bei dieser Reise die iranischen Politiker über die Lage in den besetzten Gebieten unterrichtet.“ Die Gesprächsthemen seien die Intrigen- und Spaltungspolitik der Feinde gewesen.

Die außenpolitische Strategie des Iran.

Der iranische Verteidigungsminister Mostafa Mohammad Najar sagte in einem Interview mit der arabischen Zeitung Al-Wefaq. „Unsere außenpolitische Strategie besteht in der Herstellung einer koordinierten Verteidigung der regionalen Länder. Und wir sind davon überzeugt, dass wir mit einer Strategie der Kooperation, den höchsten Nutzen bei der Verteidigung der regionalen Interessen erzielen werden.“

Die Entstehung des islamischen Mittleren Ostens.

Rahim Safawi Oberbefehlshaber der Pasdaran warnte die Amerikaner vor einer Konfrontation mit dem Iran und sagte:

“Der islamische Mittlere Osten ist im Entstehen begriffen. Jede Konfrontation mit dem Iran wird zur Niederlage der amerikanischen Macht in der Welt führen. Schon vor vier Jahren haben die Weltmächte angefangen, die Energieressourcen der Region sowie den Irak unter ihre Kontrolle zu bringen. Zudem beschützen sie das illegitime zionistische Regime, im Sinne der Umsetzung der amerikanischen Politik in der Region. Die Politik der Gründung eines neuen Mittleren Ostens stößt seitdem auf die Interessen der unabhängigen Mächte, wie den Iran. Die Besetzung Afghanistans und Iraks hat dieser Politik eine besondere Schärfe gegeben. Dennoch ist die Wahrheit heute die, dass die Amerikaner bei dem Versuch, ihre Ziele zu erreichen, ständig Niederlagen erleiden. Tatsache ist, dass ein neuer Mittlerer Osten nicht entstanden ist. Im Gegenteil ist ein islamischer Mittlerer Osten entstanden. [...] Der islamische Iran fordert den Frieden, die Sicherheit und Ruhe in der Region und geht davon aus, dass allein die Präsenz der Amerikaner und ihrer Verbündeten die Region destabilisiert. Die bewaffneten Kräfte der Islamischen Republik werden im Falle jeder



Art von Angriff gegen den Iran, den Aggressoren auf eine für sie unvorstellbare Art und Weise antworten. Die bewaffneten Kräfte des Iran werden auch die fremden Bastionen in der Region gefährden.

Das iranische Atomprogramm: Ein Zug ohne Rückwärtsgang und Bremse³⁰²

Der folgende Beitrag, der in der Exilzeitung Roozonline erschienen ist, macht deutlich, dass der Atomunterhändler Ali Larijani offenbar nicht über den Verlauf des Atomprogramms entscheidet. Der religiöse Führer Ali Khamenei und der Präsident seien die ausschlaggebenden Kräfte, die eine Entscheidung darüber treffen würden.

„Ohne Bremse und ohne Gangschaltung oder mit Diplomatie und Dialog

Die iranische Atomakte aus der Perspektive von Ahmadinejad und Larijani“

Von Hamid Ahadi

„Präsident Ahmadinejad erklärte, dass der Iran die Technik der Urananreicherung beherrsche. Er verglich das iranische Atomprogramm mit einem Zug, der nicht anhalten wird, der keinen Rückwärtsgang und keine Bremse besitze. Die amerikanische Außenministerin antwortete binnen weniger Stunden und betonte, dass der Iran keinen Rückwärtsgang benötige, aber eine Bremse durchaus brauche.

Drei Tage später schickte der Vorsitzende der Internationalen Atomenergiebehörde seinen Bericht an den Sicherheitsrat der UNO. Darin wurde betont, dass die Islamische Republik die Resolution 1737 nicht befolge und sein Atomprogramm beschleunigt fortsetze. Und drei Tage vor der nächsten Entscheidung des Sicherheitsrates bemühte sich Ali Larijani, um die Wiederaufnahme diplomatischer Gespräche, um härtere Resolutionen zu vermeiden.

Ali Larijani, Vorsitzender des Obersten Sicherheitsrates des Iran, geht einen anderen Weg als der iranische Präsident. Larijani hatte nach seinen Gesprächen mit dem südafrikanischen Präsidenten die Mitglieder des Sicherheitsrates aufgefordert mit dem Iran zu sprechen.

Condoleezza Rice, amerikanische Außenministerin sagte gegenüber Foxnews, dass Iran keineswegs den Rückwärtsgang einlegen müsse, sondern lediglich anhalten müsse.

Die amerikanische Außenministerin fügte sogar hinzu, dass falls der Iran einen solchen Schritt unternehme, Amerika gewillt sei über die politischen Probleme und die Handelsbeziehungen mit dem Iran zu diskutieren. Frau Rice sagte zudem, dass

³⁰² 26.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/26/das-iranische-atomprogramm-ein-zug-ohne-ruckwartsgang-und-bremse/>



sie die Bereitschaft besitze, sich mit Manuchehr Motakki, dem iranischen Außenminister zu treffen.

Mahmoud Ahmadinejad sagte in einem Vortrag, den er auf einer Veranstaltung von Klerikern und Mitgliedern einer Sonderabteilung der Polizei, die sich mit Problemen der politischen Ideologie auseinandersetzt,^[1] dass der Iran kürzlich den Rückwärtsgang und die Bremse des Zuges entfernt und weggeworfen habe. Ahmadinejad betonte, dass er ihnen erklärt habe, dass der Zug des iranischen Volkes über keine Bremse und keinen Rückwärtsgang mehr verfüge.

Ahmadinejad fuhr fort: ‚Der Feind packt seine Waffen auf den Tisch, wenn sie den Kürzeren ziehen. Aber wir glauben, dass die Zeiten der Waffen und des Einsatzes von Atomwaffen vorüber sei. Die Atombombe hat keine Funktion mehr. Wenn die Atombombe eingesetzt werden könnte, hätten die Amerikaner dies im Irak getan, um den Krieg zu gewinnen. Die Zeit der Atombomben ist vorbei. Wenn die Atombomben nützlich wären, hätten die Amerikaner im Irak gewonnen und würden nicht täglich eine neue Niederlage erleiden. Wenn die Atomwaffen einen Nutzen hätten, hätte Bush bei den Wahlen nicht verloren.‘

Gleichzeitig forderte Ahmad Shirsad, Physikprofessor und Mitglied der Partizipationsfront [Reformislamist], Mahmoud Ahmadinejad zu einer öffentlichen freien Diskussion über den Nutzen des iranischen Atomprogramms auf.

Shirsad wies direkt auf einen Satz von Ahmadinejad hin, dass ‚wenn wir zehn Jahre lang alle anderen Arbeiten dicht machten und uns zehn Jahre allein auf das Atomprogramm konzentrierten, könnten wir 50 Jahre gewinnen und die Arbeiten vorantreiben.‘

Schirsad beonte, dass solche Sätze doch wichtig seien und nicht einfach übergangen werden könnten: ‚Sicher behauptet Herr Ahmadinejad, dass eine solche Aussage, ähnlich wie seine Ausführungen über den Holocaust nach Absprache mit Beratern erfolgt seien. Er behauptet sicher, dass er nur ein Expertenwissen wiedergebe. Außerdem kann er sicherlich auf zuverlässigere Informationen und Berichte zurückgreifen. Er wird sich daher darauf beziehen und urteilen können, was sich für das iranische Volk lohnt und was nicht. Ich freue mich sehr, dass wenigstens einmal ein Politiker seines Ranges offen über das Atomprogramm spricht und direkt über den Nutzen und über die Nutzlosigkeit dieser Technologie für das iranische Volk spricht. Besonders wenn er solche entschlossenen Positionen bezieht. Eine solche Herangehensweise kann sicherlich auch der Bevölkerung helfen sich eine eigene Meinung darüber zu bilden.‘

Und der Ex-Vertreter von Isfahan im iranischen Majless [Islamistisches Parlament] schrieb dazu: ‚Ich fordere den iranischen Präsidenten auf, in einem freien Fernsehinterview seine durchdachten Argumente, die den Nutzen des iranischen Atomprogramms belegen, mitzuteilen. Er sollte auch einem iranischen Bürger erlauben, dass er seine Zweifel und seine Schlussfolgerungen äußert.‘



Es ist erwähnenswert, dass obwohl Ali Larijani immer wieder betont, dass nur er über das iranische Atomprogramm entscheide, Mahmoud Ahmadinejad vor drei Wochen ebenfalls erklärte, dass nur er selbst verantwortlich für das Atomprogramm sei. Wie er sagte, sei die Regierung verpflichtet, die allgemeinen Linien der staatlichen Politik mit dem religiösen Führer zu diskutieren und niemand sonst habe das Recht seine persönliche Meinung diesbezüglich jemanden aufzuzwingen.“

Wenn die Bevölkerung das Atomprogramm nicht mehr mitträgt.³⁰³

Shirsad war Mitglied des sechsten islamistischen Parlaments und Universitätsprofessor. Er hielt einen Vortrag über das iranische Atomprogramm, das auszugsweise in Roozonline veröffentlicht wurde. Der Sozialwissenschaftler kommt zu dem Schluss, dass bisher in einigen Punkten Einigung über das Atomprogramm bestanden habe. Wenn aber die Bevölkerung den Preis des Konflikts mit dem Westen zahlen müsste, dann würde die Bevölkerung sich nicht mehr für das Atomprogramm mobilisieren lassen....

Ein iranischer Universitätsprofessor kritisiert Ahmadinejad

Ahmad Shirsad, Professor an der Teheraner Universität sagte über das iranische Atomprogramm: „Die Parole – die Atomenergie ist unser selbstverständliches Recht - hat einen sehr begrenzten Nutzen. Es ist nicht klar, was die Regierung in wenigen Jahren antworten wird, wenn die Bevölkerung doch nichts von dem Atomprogramm hatte.“

Weiterhin sagte er: „Seit drei Jahren wird im Iran eine Diskussion über den geschlossenen Atomkreislauf geführt. Dies hat dazu geführt, dass die westlichen Staaten den Iran verschiedentlich kritisierten. Die Vorwürfe haben dazu beigetragen, dass unsere Beziehung mit der Welt sich zu unserem Nachteil verändert haben. Zumal nicht klar ist, wie wir einen geschlossenen Atomkreislauf anstreben sollen, wenn die Uranressourcen begrenzt sind. Wir haben nicht mehr als 400 Tausend Tonnen Uranreserven. Diese befinden sich in Bandar Abbas und Sagand/Yasd. Es gibt Staaten, die Hundertmal mehr Uranreserven haben und doch zu dem Schluss gekommen sind, dass die Reserven dennoch nicht ausreichen und die Kosten sehr hoch sind, so dass ein geschlossener Kreislauf nicht profitabel sei.

Der Iran hat sehr geringe Uranressourcen, zudem ist die Qualität des Urans sehr niedrig, dennoch wird das Ziel eines geschlossenen Atomkreislaufs verfolgt. Dabei sind die wirtschaftlichen und politischen Kosten dieses Programms sehr hoch. Schon im sechsten Majless wurde sehr viel über die Effektivität des iranischen Atomprogramms geforscht. Es gibt lediglich eine fachliche Arbeit, die von einem

³⁰³ 03.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/03/wenn-die-bevolkerung-das-atomprogramm-nicht-mehr-mittragt/>



Mitarbeiter der iranischen Energiebehörde stammt, der ein einfaches Diplom hat. In dieser Arbeit wird die Stromerzeugung empfohlen, aber auch in dieser Expertise wurden verschiedene Eingriffe vorgenommen. Dies hat dazu geführt, dass jeder Experte, der etwas schreiben will, automatisch zu dem Ergebnis kommt, dass die Atomenergie unser natürliches Recht sei. Denn irgendwann haben wir es mit den Sicherheitsinstitutionen zu tun, so dass sich niemand mehr äußern kann. Ich weiß nicht, wie so eine Behauptung von Herrn Aqasadeh aufgestellt werden konnte. Es gibt auch niemanden, der sich trauen würde, zu sagen, dass Herr Aqasadeh unrecht hatte. Wir müssen fragen, wer davon profitiert, wenn wir unter der Erde eine Fläche von 34 Tausend Metern ausbauen? Wer profitiert von den iranisch-chinesischen und russischen Beziehungen?

In diesen Jahren haben manche Leute mit besorgten Gesichtern, Leute von der Hizbullah und Sicherheitskräfte, Dinge gesagt, die uns so weit gebracht haben. Die Atomenergie ist in der Tat für Dritte-Welt-Staaten interessant. Warum? Sie glauben, mit der Atomenergie die Macht zu erlangen. Die Regierungen, die über Nacht die Nicht-Entwicklung nachholen wollen, greifen zu dieser Methode. Und manche Leute liefern Analysen, die ihrem Geschmack entsprechen. Bestimmte Interessen führen dann dazu, dass 800 Zentrifugen, die im letzten Jahr von den Inspektoren kontrolliert wurden, als inländische Produktion deklariert wurden, aber die Untersuchungen haben ergeben, dass sie mit 50 Prozent angereichertem Uran verunreinigt waren. Dafür haben wir auch einen hohen Preis bezahlt. Erst nach drei Jahren wurde zugegeben, dass die Zentrifugen aus dem Ausland stammen. Ich frage nun, wer eigentlich die Zentrifugen gekauft hat und wie viel wurde dafür ausgegeben? Es muss doch eines Tages geklärt werden, welche Bande in Malaysia handelte, was das für Leute sind? Aber stattdessen werden Kritiker wie ich und andere Intellektuelle und Experten mit neuen Vorwürfen beschuldigt. [...]

Irgendwann haben wir erfahren, dass die Europäer über alle Informationen zu den Beziehungen zwischen Iran und Russland und China verfügen. Sie wussten darüber mehr, als die verantwortlichen Instanzen unseres Staates. Sie hatten ihre Informationen auch keineswegs über Spionage erhalten. [...] Nehmen wir an, dass das Atomprogramm für das Volk nicht nützlich ist, aber Herr Ahmadinejad weicht kein bisschen von seinem Standpunkt zurück. Wir wollen doch nur wissen, wofür sie so viel Geld ausgeben? Was bringt es der Bevölkerung? Wenn Herr Aqasadeh sagt, dass täglich ca. 8.540.000 Euro dafür ausgegeben wird, was bedeutet dies? Wenn wir nach ein paar Jahren trotz allem weder Strom noch irgendeine Energie erzeugen werden, was sollen wir dann der Bevölkerung sagen?

Wir können doch nicht einfach mit den Achseln zucken und sagen, dass wir die Atomenergie brauchen. Wir könnten doch mit einer genauen Berechnung unsere Interessen sichern und von Europa Vorteile bekommen. Aber wir nutzen nicht dieses Potential. Natürlich ging es im Dialog mit Europa um andere Themen, wie Menschenrechte und den Friedensprozess zwischen Arabern und den Israelis. Da wir uns aber über diese Themen in der iranischen Innenpolitik nicht einig waren, haben wir uns auf das Atomprogramm gestürzt. Über das Atomprogramm gab es von Anfang an Einigkeit. Speziell weil diese Einigkeit mit der Parole „die Atomenergie ist



unser selbstverständliches Recht“ erzeugt wurde. Aber wie lange hält diese Einigung an? Wenn wir wirklich irgendwelche Vorteile im Dialog bekommen hätten, wäre es gut gewesen. Aber wir hatten keine Vorteile. D.h. man kann eine solche Einigung nicht auf Dauer aufrecht erhalten. Wir können sicher sein, dass wenn die Bevölkerung den Preis dieser Einigung zahlen muss, dann wird die Atomenergie nicht mehr die Bevölkerung mobilisieren können.“

„Bitter und giftig für die Feinde“³⁰⁴

Ahmadinejad erklärte am 9. April 2007, dass der Iran nun ein Atomstaat sei und mit der industriellen Produktion von angereichertem Uran begonnen habe. Larijani bestätigte, dass 3000 Zentrifugen erfolgreich getestet worden und funktionsfähig seien. Tatsächlich wird der Iran mit einem solchen technologischen Potential in der Lage sein, jährlich mindestens 2 bis 3 Atombomben zu bauen. Während Mehdi Mohammadi in einem Kommentar für die Zeitung Kayhan erklärte, dass das „Spiel erst begonnen“ habe, erklärt Reza Aqazadeh, Direktor der iranischen Atombehörde, dass in Zukunft sogar 50.000 Zentrifugen zu Kaskaden zusammen geschlossen werden sollen. Und in einer iranischen Jugendzeitschrift wird der iranische Atomstaat als „bitter und giftig für die Feinde“ bewertet.

„Strategie der Skepsis“

Von Mehdi Mohammadi

„Gestern hat der Iran einen irreversiblen Punkt seines Atomprogramms erreicht. Jetzt ist der Iran objektiv ein Atomstaat und stellt ein anderes Gewicht in jeglicher Gleichung des regionalen und überregionalen Sicherheitssystems dar. Diese Wahrheit muss jetzt in Rechnung gestellt werden. Die Inbetriebnahme und der erfolgreiche Test von 3000 Zentrifugen, einschließlich Gasinjektion, bedeutet, dass der Iran die Technologie der Produktion von Gas Uranium Hexafluorid (UF6) beherrscht, den Bau und die Montage von Maschinenteilen, die Planung der Kaskaden, die Injizierung von Gas und die ausreichende Produktion von angereichertem Gas umsetzen kann und somit inzwischen die grenzenlosen technischen Möglichkeiten zur Erreichung der Ziele des Atomprogramms geschaffen hat.

Hier ist die Endstation. Was übrig bleibt, ist die Frage nach dem politischen Willen des Iran. Wenn Iran bedroht wird, wenn die anderen sich ‚illegal‘ verhalten, ist es klar, in welche Richtung dieser Wille sich bewegen wird, und wenn sie sich prinzipienlos verhalten, wie sie es gegenwärtig tun, dann ist es klar, dass der Iran seinen Willen anders äußern wird. Wichtig ist, dass der Iran nun die technologische Fähigkeit hat, seinen Willen in jeglicher Richtung durchzusetzen.

Was gestern in Natanz geschehen ist, ist eine sehr deutliche Botschaft für den Westen: Der Weg, den ihr beschritten habt, ist falsch. Seit einigen Monaten versucht der Iran dieses Thema den Westlern, in unterschiedlicher Art und Weise beizubringen. Konkret verfolgt der Iran zwei Wege:

³⁰⁴ 10.04.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/04/10/bitter-und-giftig-fur-die-feinde/>



- 1) Die Technologie wird schnell vorangebracht.
- 2) Allmählich und Stufe für Stufe reduziert der Iran die IAEA-Kontrollen der iranischen Atomanlagen. Dieses Verfahren setzt sich fort, solange die iranische Akte im UN-Sicherheitsrat liegen bleibt und weiterhin illegale Resolutionen gegen den Iran verabschiedet werden.

Die gleichzeitige Verfolgung dieser zwei Prozesse bedeutet, dass der Iran entschlossen ist, unter den gegenwärtigen unfairen Verhältnissen und im Falle von sich fortsetzenden Drohgebärden, eine Strategie der Skepsis zu verfolgen. Seitdem die iranische Akte auf illegalem Wege an den UN-Sicherheitsrat geraten ist – lest nur die Berichte der westlichen Geheimdienste – ist die Kontrolle der iranischen Atomanlagen immer geringer geworden. Sobald erklärt wurde, dass der UN-Sicherheitsrat informiert werde, hat der Iran erklärt, das Zusatzprotokoll der IAEA nicht mehr umzusetzen. Als nach ein paar Monaten die Resolution 1737 erlassen wurde, erklärte der Iran, dass 3000 Zentrifugen in Natanz in Betrieb genommen werden. Als die Resolution 1774 erlassen wurde, hat der Iran erklärt, hat der Iran die Kontrollen mancher Atomanlagen mehr eingeschränkt. Nun sind 15 Tage der zweimonatigen Frist der Resolution 1774 für den Iran abgelaufen und der Iran feiert den Beginn der industriellen Produktion des atomaren Brennstoffs. Die Richtung ist absolut eindeutig. Der Iran hält einerseits immer effektivere Instrumente, die seine Feinde als gefährlich einstufen, in seiner Faust, andererseits hält er seine Faust fest geschlossen. Von nun an müssen die Westler jeden Moment einen neuen Schock befürchten, den Iran ihnen zufügen kann. Es ist wahr, dass wir im UN-Sicherheitsrat gehandikapt sind und dass wir die Gewalttaten gegen uns nicht verhindern können. Aber die Westler dürfen nicht vergessen, dass der Iran alle Möglichkeiten hinsichtlich seiner Atomanlagen offen hat. Und jede Resolution, die in New York verabschiedet wird, wird die Funktion eines Steins haben, der auf die Gaspedale des technischen Fortschritts von Natanz gelegt wird. Die unerwarteten Überraschungen haben doch jetzt erst begonnen.

Die Beachtung eines besonderen Punktes ist hier sehr interessant. Gemäß der Verpflichtungen der Verträge, die Iran unterschrieben hat, muss der Iran sein Atomprogramm der IAEA gegenüber lediglich 180 Tage vor dem Start der Atomanlagen melden. D.h. nicht nur der Iran, sondern jeder andere Mitgliedstaat kann seine Anlagen in aller Ruhe planen und bauen, und wenn alles fertig ist, kann das Land die internationale Atomagentur informieren. Es gibt aber auch eine Vereinbarung, die die Nebenanlagen betrifft. Wenn ein Land diese Vereinbarung unterschreibt, verpflichtet es sich, seine Atomanlage von der ersten Bauphase an und nicht erst 6 Monate vor der Inbetriebnahme der IAEA zu melden. Iran hat seit Mai 2003 diese Vereinbarung [Zusatzprotokoll] umgesetzt, aber nachdem die Resolution 1774 beschlossen wurde, hat der Iran darauf verzichtet der Vereinbarung nachzukommen. Viele haben die Bedeutung dieser Entscheidung nicht verstanden. Aber diejenigen, die mit diesem Feuer spielen, haben direkt im ersten Moment verstanden, was diese Geschichte bedeuten könnte. David Albright, Ex-UN-



Atomwaffeninspekteur für Rüstungsfragen der Vereinten Nationen und Direktor des Instituts für Wissenschaft und internationale Sicherheit [ISIS], das im Juli 2002 erstmalig Satellitenbilder der iranischen Atomanlagen veröffentlichte, hat gegenüber Associated Press, wenige Stunden nach den letzten Erklärungen des Iran gesagt: Wissen Sie, was der Iran uns sagen will? Iran sagt, dass von nun an neue Urananreicherungsanlagen gebaut werden, ohne dass es irgendwelche Anmeldepflichten gegenüber der IAEA gibt. Genau das bedeutet die Strategie der Skepsis. Iran erklärt dem Westen genau diesen Punkt, dass sie ihren Weg gehen können, aber wir werden ebenfalls unseren Weg gehen, ohne dass wir um Erlaubnis fragen, so dass wir den sicheren Punkt erreichen, bevor ihr überhaupt versteht, was los.

Das Spiel hat jetzt erst begonnen.“

„Wir werden 50.000 Zentrifugen bauen“

Und Reza Aqazadeh, Direktor der iranischen Atomagentur, sagte, dass in Natanz sogar „die Inbetriebnahme von 50.000 Zentrifugen geplant ist.“ In Natanz sei Platz für 50.000 Zentrifugen vorgesehen. Für die unterirdischen Anlagen seien Luftkühlungssysteme, Elektrizität und alles geplant. Er fügte hinzu: „Wenn wir sagen, dass wir mit der industriellen Produktion begonnen haben, dann setzen wir dafür keine Grenzen.“ Man habe mit der Inbetriebnahme von 3000 Zentrifugen begonnen und dieser Prozess wird bis zur Fertigstellung von 50.000 fortgesetzt werden. Aqazadeh zufolge sei diese Entscheidung von dem religiösen Führer des Iran, Ali Khamenei, getroffen worden. Eine Verpflichtung gäbe es lediglich gegenüber dem religiösen Führer des Iran.

„Wir können auch illegal handeln“

Die staatliche Jugendzeitschrift, Javan, [Jung] schrieb, dass die „frohe Botschaft“ des Präsidenten Ahmadinejad für den Iran „süß und für die Feinde bitter und giftig“ sei. In einem Kommentar wurde Ali Khamenei, der religiöse Führer des Iran zitiert, der gesagt hatte, dass „wir auch illegal handeln können“.

Damit wird immer wieder auch in Jugendzeitschriften die Möglichkeit des Baus einer Atombombe, als „illegal es Handeln“ impliziert.



IV. Der iranisch-schiitische Terrorismus

Special Dispatch, 18. August 2003 - Debatte um Al-Qaida-Mitglieder im Iran

Wiederholt haben die USA dem Iran vorgeworfen, Al-Qaida-Mitgliedern Unterschlupf zu gewähren. Nun definiert zwar die iranische Führung Terroraktionen von Hamas, Jihad und Hezbollah als legitimen Widerstand - mit den Taliban und Al-Qaida steht der Iran aber traditionell auf Kriegsfuss. Sie gelten als Steinzeitmoslems, die aber geschützt werden, wenn dies in der Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen Feind, den USA, machtpolitisch opportun erscheint. Zuletzt hatte Teheran erklärt, in den vergangenen Monaten einige hundert Qaida-Verdächtige ausgewiesen und andere festgenommen zu haben, verweigert aber Auskunft über deren Identität. Auch sollen sie nicht zu Vernehmungen an die USA ausgeliefert werden. Nachdem Mitte des Monats die in London erscheinende arabische Zeitung Al-Sharq al-Awsat Berichte über führende Al-Qaida-Mitglieder im Iran veröffentlichte, verstärkte sich die Debatte in der iranischen Öffentlichkeit, die wir in Auszügen wiedergeben:

Verlautbarungen, denen zufolge der Iran indirekt mit der Bush-Administration über die Auslieferung von Al-Qaida-Mitgliedern verhandeln wolle, wurden offiziell dementiert: Der Iran, so hieß es, sei nicht bereit, mit den USA zu verhandeln und beabsichtige auch nicht, die Identität der Terroristen preiszugeben, da dies nicht den Interessen des Landes diene.³⁰⁵

Insbesondere war die Frage eines eventuellen Austauschs von Al-Qaida-Leuten für im Irak von den USA verhaftete Mitglieder der sich im Widerstand gegen den Iran befindenden Volksmohajedin in die Debatte geraten. Darüber hatte, der Zeitung Entekhab zufolge USA-Today, schon am 5. August berichtet.³⁰⁶ Der iranische Informationsminister Ali Yunessi erklärte dazu, dass die Amerikaner die Mohajedin als Spione gegen den Iran einsetzten: "Sie sagen, dass wir terroristische Gruppen unterstützen, dabei wird die größte terroristische Gruppe, nämlich die der Mohajedin, von den Amerikanern selbst geschützt." Yunessi forderte die Verhaftung der Mohajedin, widersprach aber Berichten, die über einen Austausch von Al-Qaida-Verdächtigen im Iran gegen die im Irak verhafteten Mohajedin spekulierten. Die Al-Qaida-Leute, so hieß es, würden im Iran verurteilt werden.³⁰⁷

Die Reformzeitung Aftabe Yasd gab einen Bericht aus Al-Sharq al-Awsat wieder: "Teheran", so hatte es nach Aftabe Yasd in Al-Sharq al-Awsat geheißen, "arbeitet

³⁰⁵ Aftabe Yasd, 6. August 2003

³⁰⁶ Entekhab, 5. August 2003

³⁰⁷ Aftabe Yasd, 9. August 2003



langsam bei der Übergabe der führenden Köpfe von Al-Qaida. Etwa 15 von ihnen sollen sich in iranischer Haft befinden. Dazu zählen unter anderem Saad, der Sohn von Bin Laden und Seifuladl, ägyptischer Abstammung und Nummer 3 von Al-Qaida". Der Iran, so gab Aftabe Yasd außerdem die Stellungnahme eines anonymen saudischen Politikers in Al-Sharq al-Awsat wieder, solle transparent handeln. Auch Saudi Arabien habe schließlich dem FBI die Erlaubnis gegeben, Albumi zu verhaften. Außerdem hätten Saudi Arabien, Algerien und Ägypten vom Iran verlangt, die Al-Qaida-Mitglieder auszuliefern, darauf aber keine klaren Antworten erhalten. Allerdings, so wird Al-Sharq al-Awsat weiterhin zitiert, habe "Mohammad Khatami es als leichtsinnig kritisiert, wenn der Iran die Mitglieder von Al-Qaida nicht ausliefere."

Weiterhin habe Al-Sharq al-Awsat behauptet, schreibt Aftabe Yasd, "dass der Libanese Omad Moqeini, dem die Beteiligung an terroristische Aktionen und Bombenattentate auf westliche Kräfte und US-Stützpunkte in Beirut vorgeworfen wird, nach 14 Monaten Aufenthalt in der iranischen Hauptstadt Teheran vor zwei Tagen das Land verlassen habe." Moqeini soll illegal in den Iran eingereist und die Aktivitäten gegen die US-Streitkräfte geführt haben. Zwar habe der iranische Informations(=Innen)minister Ali Yunessi die Verhaftung von Seifuladl, Al-Qaidas Nummer 3, angeordnet, nachdem dessen Beteiligung an den Explosionen von Riad bekannt geworden sei - aber auf der anderen Seite könnte auch Al-Zawahiri, der sich im Iran aufhalten soll, das Land möglicherweise ohne Verurteilung verlassen.³⁰⁸

Anlässlich des Berichts über die Verhaftung des Al-Qaida-Sprechers Abu Ghaith sagte dagegen der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Asefi: "Die [internationalen] Diskussionen wirken sich nicht auf unseren Umgang mit den verhafteten Personen aus. Wenn es sich herausstellen sollte, dass sie im Iran Verbrechen begangen haben, werden wir sie im Iran verhaften." Und mit Blick auf die staatenlosen Al-Qaida-Mitglieder, die sich im Iran aufhalten, fügte er hinzu: "Wenn es nicht möglich ist, die Staatsangehörigkeit von Al-Qaida-Mitgliedern zu bestimmen, werden wir selber über sie richten." (ebd.)

In derselben Ausgabe berichtete Aftabe Yasd, dass Mohssen Tarkashwand, Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des Iran, gegen die Ausführungen Asefis protestierte: "Wenn der Iran ein Mitglied von Al-Qaida verhaftet, muss dieser an seine Heimat oder an ein internationales Gericht ausgeliefert werden, damit er verurteilt werden kann." Und: Durch [machtpolitische] Spiele bei der Verhaftung von Al-Qaida-Leuten "könnten wir uns den ernst zu nehmenden Vorwurf einhandeln, den Terrorismus zu unterstützen. Es ist doch klar, dass wir jeden, dem Al-Qaida-Aktivitäten vorgeworfen werden, verhaften und in sein Heimatland ausliefern müssen. Einige militärische Kräfte der Al-Qaida sind in den Iran eingedrungen, weil unsere Grenzen nicht wie Dämme funktionieren und nicht kontrollierbar sind. (...)"

³⁰⁸ Aftabe Yasd, 11. August



In einem Kommentar ('Al-Qaida gleicht dem Welthass') derselben Ausgabe von Aftabe Yasd schreibt Ali Shirasi Nasb: Al-Qaida habe Angst und Schrecken in der Welt verursacht und den USA das Argument geliefert, jedes Land, mit der Begründung des Kampfes gegen den Terror anzugreifen. Statt Bin Laden zu verhaften, nützten die USA nun jeden Hebel, um Länder, wie den Iran unter Druck zu setzen. Leider seien aber die offiziellen iranischen Stellungnahmen manchmal widersprüchlich gewesen: Zuerst sei behauptet worden, dass keine Al-Qaida-Mitglieder im Iran seien und diese ansonsten verhaftet und abgeschoben würden. Und dann hätten manche erklärt, der Iran setze Al-Qaida-Mitglieder als Verhandlungsmasse ein. Der Kommentator schlägt also vor, die verhassten Al-Qaida-Leute in ihre Heimatländer abzuschieben.³⁰⁹ Dem entspricht auch die Position von Präsident Khatami: Ohne deutlichere Hinweise zu geben, hatte der kritisiert, dass einige Verantwortliche im Iran Freundschaft mit den Terroristen geschlossen hätten.³¹⁰

Auch ein Sprecher des Außenministers Hassan Qashqawi sagte, dass die Al-Qaida-Mitglieder auf der Grundlage des Völkerrechts an ihre Heimatländer abgeschoben werden würden. Falls jedoch ihre Staatsangehörigkeit nicht herauszufinden sei, so Qashqawi, "werden wir sie im Iran anklagen, da es keine zuständigen internationalen Gerichte gibt." Überdies verletzen die USA ständig das Völkerrecht, indem sie die Gefangenen foltere; und auch andere Länder würden Bürger anderer Länder verhaften und verurteilen - als Beispiel nannte er Frankreich, das im eigenen Land Mojahedin verurteile. Wenn dagegen der Iran Al-Qaida-Mitglieder verhaften und verurteilen wolle, dann sollen solche Maßnahmen plötzlich unzulässig sein.³¹¹

Nachdem die französische Le Monde berichtet hatte, dass der Iran keine Al-Qaida-Mitglieder für Verhöre an die USA ausliefern würde, bestätigte der Sprecher des iranischen Außenministeriums noch einmal die Aussage des Informationsministers, dass die staatenlosen Al-Qaida-Mitglieder notfalls im Iran verurteilt würden. Er erklärte, dass der Iran aus Gründen des Schutzes der nationalen Sicherheit die Namen der Al-Qaida-Leute nicht preisgeben werde.³¹² Mit der Erklärung, die genannten Personen seien nie im Iran gewesen und könnten daher auch nicht ausgeweicht sein, bezeichnete das iranische Außenministerium außerdem die von Aftabe Yasd unter erneutem Bezug auf Al-Sharq-al-Awsat präsentierte Namensliste von Al-Qaida-Mitgliedern als falsch. Unwidersprochen blieb die von Aftabe Yasd ebenfalls aus Al-Sharq al-Awsat entnommene Behauptung, das FBI habe arabische Staaten - u.a. Ägypten - dazu aufgefordert, Beamte in den Iran zu schicken, um dort Al-Qaida-Mitglieder zu verhören.³¹³

³⁰⁹ Aftabe Yasd, 12 August

³¹⁰ Yaase No, 26 Juli 2003

³¹¹ Aftabe Yasd, 14. August

³¹² (8) ISNA, 15. August

³¹³ Aftabe Yasd, 16. August



Überdies dementierte das iranische Außenministerium jede Verbindung zwischen Pasdaran der islamischen Revolution und Al-Qaida³¹⁴, und wies die Verurteilung des Iran wegen Staatsterrorismus durch ein argentinisches Gericht zurück, das namentlich u.a. den religiösen Führer des Iran als Drahtzieher genannt hatte.

* Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und berichtet für MEMRI über die iranische Presse.

Special Dispatch, 2. September 2003 - Über die Festnahme des iranischen Ex-Diplomaten Hadi Soleimanpur

*Der Iran hat nach der Festnahme des iranischen Ex-Diplomaten **Hadi Soleimanpur** in London seine Wirtschaftsbeziehungen zu Argentinien abgebrochen und davor gewarnt auch seine Beziehungen zu England zu beenden. Der 47-jährige Iraner wird von der argentinischen Justiz beschuldigt, an der Planung und Ausführung des Bombenanschlages auf das jüdische Kulturzentrum in Buenos Aires von 1994 beteiligt gewesen zu sein. Damals wurden 85 Personen getötet und mehr als 200 verletzt. Im Folgenden dokumentieren wir Reaktionen verschiedener iranischer Zeitungen auf die Festnahme:*

Der islamischen Reformzeitung *Yaase Now* zufolge verurteilte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamidresa Assefi, die Verhaftung des ehemaligen iranischen Botschafters in Argentinien, Hadi Soleimanpur. Weiterhin konstatiert die Zeitung, dass "zionistische Quellen in Buenos Aires bekannt gegeben haben, dass Hadi Soleimanpur verhaftet" worden sei.³¹⁵

Islamisten aller Schattierungen sind sich einig, dass die Verhaftung von Soleimanpur auf "Druck von Zionisten" erfolgt sei. Die iranische Zeitung *Kayhan* berichtet über eine Rede Mohammad Khatamis am Grab von Imam Khomeini, in der er das "politische Verhalten" Englands bei der Verhaftung des iranischen Ex-Diplomaten verurteilt:

"Wir verkünden, dass die englische Regierung diese Verhaftung so schnell wie möglich revidieren muss. Die Islamische Republik Iran ist bezüglich all seiner Bürger, insbesondere seiner pflichtbewussten Bürger, sehr sensibel und wird weiterhin ihre Rechte sichern. Diese Sache hat eine politische Färbung und hinter der Geschichte stecken Lobbygruppen, die mit leeren Vorwürfen und lügnerischen Behauptungen die Islamische Republik unter Druck setzen wollen."³¹⁶

³¹⁴ ISNA 15.August 2003

³¹⁵ Yaase Now, 23. August 2003.

³¹⁶ Kayhan, 25. August 2003.



England müsse sich wegen seiner falschen Tat entschuldigen, so der Präsident. Er werde nicht erlauben, dass sich so etwas wie diese hässliche Verschwörung gegen die Islamische Republik Iran wiederhole.³¹⁷

Kayhan kommentiert das Verhältnis des Irans zu England nach der Festnahme: "Der Feind bleibt immer ein Feind. In der Geschichte haben wir die meisten Schläge von den Engländern bekommen. Wenn manche Reformer in den letzten Jahren dem westlichen Druck nicht so nachgegeben hätten, hätten sich die Engländer nicht getraut einen iranischen Diplomaten zu verhaften. Wie viel Schaden haben wir eigentlich durch den Abbruch der Beziehungen mit den USA erlitten, dass wir so darum bemüht sind, unsere Beziehung zu England zu stärken."³¹⁸

Der Reformislamist und Vorsitzender des islamistischen Parlaments, Hojatoleslamwalmoslemin Mehdi Karrubi sagte bezüglich der "unverschämten" Verhaftung von Hadi Soleimanpur: "Solche Schritte und Verschwörungen verfolgen das Ziel, den Ruf der [islamischen] Ordnung zu schädigen. Unser diplomatischer Apparat wird die nötigen Schritte unternehmen, um den ehemals in Argentinien tätigen Botschafter zu befreien."³¹⁹

Der Vorsitzende der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des Majless, Mohassen Mirdamadi äußerte sich bezüglich der "unakzeptablen Verhaftung" des Ex-Botschafters, dass wenn die englische Regierung die Verhältnisse nicht normalisiere, die iranische Regierung selbstverständlich härter reagieren werde.³²⁰

Die Zeitung *Aftabe Yasd* argumentiert, dass der Prozess zunächst in einem argentinischen Gericht behandelt worden sei und dass sich alle Behauptungen als falsch erwiesen hätten. Kasem Jalali, Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit, wird mit folgender Aussage zitiert: "Die Verhaftung des früheren iranischen Botschafters in Argentinien ist auf starken Druck der Zionisten auf Amerika erfolgt. Die Amerikaner und die zionistischen Lobbygruppen thematisieren die Menschenrechtsprobleme in Iran, um die Weltöffentlichkeit zu erregen. Das Urteil gegen den Iran ist rein politisch". Weiterhin betonte er, dass der iranische Diplomat unschuldig und der Haftbefehl juristisch ungültig sei.³²¹

³¹⁷ Yaase Now, 25. August 2003.

³¹⁸ Kayhan, 25. August 2003.

³¹⁹ Ebd.

³²⁰ Aftabe Yasd, 25. August 2003.

³²¹ Aftabe Yasd, 26. August 2003



Special Dispatch, 3. Juni 2004 - Iran: Widerstand und Terrorismus aus reformislamistischer Sicht ³²²

Vertreter des Reformflügels innerhalb der im Iran herrschenden Islamisten gehörten immer wieder auch zu den Ansprechpartnern des so genannten "kritischen Dialogs" mit dem Iran. Dass aber Reformislamisten häufig radikale Positionen vertreten, zeigen zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit: So sprach sich **Seyyed Ali Akbar Mohtashemipur** in der Reformzeitung **Sharq** für eine Unterstützung des islamischen Kampfes gegen die Besetzung des Irak aus.³²³ Mohtashemipur ist Vorsitzender der 2.Khordad-Bewegung, die im Mai 1997 Mohammad Khatami zum Präsidenten wählte. Außerdem ist er Gründer der Hesbollah im Libanon und Vorsitzender der "Internationalen Konferenz zur Verteidigung der Intifada des palästinensischen Volkes".

In einem zweiten Artikel aus der *Sharq* werden die zentralen Thesen eines Vortrages von **Mohssen Kadiwar** wiedergegeben.³²⁴ Kadiwar ist einer der renommiertesten reformislamistischen Philosophen des Iran. Er geht davon aus, dass die Menschenrechte grundsätzlich auch in der islamischen Sharia verankert sind. Und wenn in konkreten Fällen die religiösen Gebote uneindeutig sein sollten, könne durchaus auf die Prinzipien der Menschenrechte zurückgegriffen werden. Um die Kompatibilität von Menschenrechte mit dem islamischen Gesetz zu belegen, führt Kadiwar dann die Selbstmordattentate von Palästinensern an. Diese seien kein Terrorismus, sondern Märtyreraktionen, die der Verteidigung der Menschenrechte der Palästinenser dienen.

"Grenzen für Selbstmordattentäter öffnen"

"Mohtashemipur [...] bezeichnete die amerikanische Besetzung des Irak als ‚Zeichen der wilden Natur Amerikas‘ und warf die Frage auf, warum man die ‚Grenzen für die Märtyrer, die den Islam lieben, nicht öffne‘. Er sagte: ‚In den Überlieferungen heißt es, wer die Rufe der Moslems hört, muss ihnen zur Hilfe kommen. Alle Moslems müssen eine Antwort auf die Rufe finden. Unsere Aufgabe ist klar: Wir islamische Länder müssen einheitlich einen Sturm gegen Amerika und Israel erzeugen. Eine Veranstaltung mit einer halben Million Menschen, wie sie in Beirut stattfand, reicht nicht aus, denn viele junge Moslems sind bereit für Selbstmordattentate, gegen die amerikanischen Kreuzzügler. Der islamische Widerstand in Irak, insbesondere die frommen und kampfesmutigen Kräfte in Najaf und Karbala, braucht die materielle und moralische Hilfe der gesamten islamischen Welt.‘ [...] Gleichzeitig sagte der Hesbollah-Aktivist, Furus Rajaifar: ‚Die amerikanischen und die britischen Besatzer können nur durch Märtyrer-Aktionen aus dem Irak hinausgeworfen werden.‘ Auch iranische Studenten, die sich in der ‚Bassiji‘-Gruppe organisiert haben, erklärten,

³²² MEMRI

³²³ Sharq 27.5.2004.

³²⁴ Sharq 1.6.2004



dass sie dutzende Mitglieder nach Kerbala schicken werden, damit diese Widerstand gegen die Aggression der Ausländer leisten. [Dagegen] warnte Mohammad Kianushrad, Mitglied des nationalen Sicherheitsrates davor, dass die iranische Regierung Gruppierungen wie die Bassiji-Gruppe unterstützt, weil das den Amerikanern einen Grund für ihren Vorwurf liefern könnte, der Iran verursache die Unsicherheit in der Region."

"Verteidigung der Menschenrechte in Palästina ist kein Terrorismus"

"Im Rahmen einer Veranstaltung, die unter dem Motto ‚Menschenrechte - von der Theorie zur Praxis‘ von einer studentischen Gruppe organisiert wurde, sprach Mohssen Kadiwar, einer der bekanntesten Reformislamisten und Geistlichen, über ‚Lösungsstrategien im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen.‘ Mohssen Kadiwar sagte: ‚Wenn wir gemäß den Geboten der Sharia handeln, finden wir in ihr alle Menschenrechte wieder. Wir brauchen die Sharia nicht zu ändern. Wenn nämlich eine Religion feste und eindeutige Gesetze und Gebote hat, dann braucht sie keine Diskussionen um die Menschenrechte. Vielmehr können wir sagen, dass die Menschenrechte in den islamischen Gesetzen schon formuliert worden sind. Wenn aber in manchen Fällen die Gebote uneindeutig [...] sind, müssen die Menschenrechte einbezogen werden. Manche religiösen Gebote sind zeitbedingt und veränderbar. Und hier ist die Anwendung der Menschenrechte für religiöse Menschen nützlich.‘ Kadiwar fügte hinzu: ‚Mehr als irgendwo sonst in der Welt werden die Menschenrechte zur Zeit in Palästina verletzt. Wenn wir unabhängig die Politik aller Regierungen betrachten, erkennen wir, dass dort quantitativ und qualitativ die meisten Menschenrechtsverletzungen geschehen. Diejenigen also, welche die Menschenrechte am meisten verletzen, haben alle internationalen Erklärungen unterschrieben und propagieren diese auch am stärksten. So wird weltweit propagiert, dass die Verteidigung von Menschenrechten der Palästinenser eine Verteidigung des Terrorismus bedeute. Dabei sind Märtyrer-Aktionen keine terroristischen Aktionen. Braucht denn jemand, der wegen des Vorwurfs der Verletzung der nationalen Sicherheit verurteilt wird, im Gefängnis etwa keine Menschenrechte mehr? Kann man einem solchen Menschen die elementaren Menschenrechte rauben und ihm nicht einmal einen Anwalt gewähren?'"



Special Dispatch, 9. Juni 2004 - Iran: Freiwillige Märtyrer und Feiern zu Khomeinis 15. Todestag ³²⁵

zusammengestellt und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh*

Die reformislamistischen Positionen nahe stehende Zeitung Sharq berichtete in ihrer Ausgabe vom 5. Juni von einer neuen Gruppierung im Iran, die freiwillige Selbstmordattentäter für den Einsatz im Irak, gegen israelische Kräfte und zur Ermordung von Salman Rushdie mobilisiert. Sharq verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Meinung, dass es sich bei Märtyreraktionen nicht um Terrorismus, sondern um Widerstand zur Verteidigung von Menschenrechten handele (s. MEMRI Special Dispatch, 3.6.2004). In einem zweiten Teil geben wir Reden und Interviews wider, in denen iranische Politiker sich zum 15. Todestag Khomeinis, des "großen iranischen Revolutionsführers", äußern. Darin geht es vor allem um Fragen der Demokratie, Reformen im Islam und Gerechtigkeit. Wie die Nachrichtenagentur ISNA am 3.6. meldete, wurden auf der zentralen Gedenkfeier auch Parolen wie "Tod den Feinden der Herrschaft der Rechtsgelehrten" und "Tod für Amerika, England und Israel" skandiert.

I.

Zunächst der Beitrag über die Mobilisierung von Märtyrern, der in der Sharq vom 5. Juni 2004 unter dem Titel "Zur Entsendung in den Irak: 2000 Unterschriften von freiwilligen Märtyrern in Teheran" erschien:

[Vorspann:] "Die Eintragungsliste für Märtyreraktionen hat drei Spalten, in die sich die Freiwilligen für Märtyreraktionen eintragen können: die Ermordung von Salman Rushdi, Aktionen gegen die Amerikaner in den Heiligen Städten und Angriffe auf israelische Kräfte. In eine weitere Spalte kann sich eintragen, wer mit dem Stab der ‚Wächter der Märtyrer der islamischen Weltbewegung‘ zusammenarbeiten will"

"Bei der Unterzeichnung müssen keine ausführlichen persönlichen Angaben gemacht werden. Die Bewerber müssen lediglich ihren Namen, den Namen des Vaters, Alter, Geburtsjahr, ihre Ausweisnummer sowie eine Kontaktadresse angeben, unter der sie zu erreichen sind, wenn sie gebraucht werden. [...] [Ein Sprecher der Organisation, die vor sechs Monaten gegründet worden sei] sagte, dass 25 Prozent der 2000 Freiwilligen unter 18 Jahre, 55 Prozent zwischen 18 und 40 und 20 Prozent zwischen 40 und 80 Jahre alt sind. In den Formularen gibt es keine Alterseinschränkung und auch ein siebenjähriges Kind gehört zu den Unterzeichnern.

Mohammad Ali Samadi, der Sprecher der neuen Organisation, hat zuvor in den Redaktionen der Zeitungen Islamische Republik, Shalamche und Bahar gearbeitet.

³²⁵ MEMRI



[...] Er sagte: ‚Seit am 6.1.2004 die Eslambolistraße in Teheran³²⁶ in Intifadastraße umbenannt wurde, entstand eine neue Volksbewegung [...], die eine Trennung des Iran von den islamischen Weltbewegungen verhindern will.‘ [...], Es ist unser Hauptziel zu zeigen, dass die iranische direkt mit anderen islamischen Bewegungen, insbesondere der palästinensischen verknüpft ist.‘ Samadi weiter: ‚Märtyreraktionen sind bewaffnete Aktionen, bei denen der Kandidat weiß, dass er bei den Operationen den Märtyrertod sterben wird und es kein Zurück gibt.‘ [...] Samadi meint aber, dass die Selbstmordaktionen von Japanern im zweiten Weltkrieg gegen die Amerikaner nicht als Märtyreraktionen bezeichnet werden können.

Samadi gab den Israelis die Schuld, wenn israelische Zivilisten bei Selbstmordaktionen getötet werden: ‚Wir erkennen nichts an, was sich Israel nennt. Israelis, Frauen, Kinder, Alte und Jugendliche sind Besatzer. [...] Zu unseren Zielen gehören konkret die Besatzer in Palästina, Salman Rushdi und die amerikanischen Besatzer im Irak.‘ [...] Samadi ist der Meinung, dass sich das iranische Außenministerium nicht in die Angelegenheiten der Organisation einmischen sollte, denn diese sei eine Bürgerorganisation und habe nichts mit dem Staat zu tun. Selbstmordattentate würden nur auf den Befehl des Führers geführt werden - bis dahin würde man lediglich theoretische Arbeiten durchführen. [...] An der Veranstaltung nahm auch Sahra Mostafawifar, die Tochter von Imam Khomeini teil. Die erste Rede hielt Kuchaksadeh, ein Mitglied der größten Fraktion im Majless, der Abadgaran.“ [...]

[Anschließend führt der Sharq-Artikel zur Mobilisierung von Märtyrern noch einmal den reformorientierten Philosophen Mohssen Kadiwar an, den das Blatt schon in der vergangenen Woche mit den gleichen Worten zitiert hatte:] "Mohssen Kadiwar erklärte am Montag im Rahmen einer Versammlung zu Menschenrechtsfragen: ‚Mehr als irgendwo sonst in der Welt werden die Menschenrechte gegenwärtig in Palästina verletzt. Wenn wir unabhängig die Politik aller Regierungen betrachten, erkennen wir, dass dort quantitativ und qualitativ die meisten Menschenrechtsverletzungen geschehen. Weltweit wird propagiert, dass die Verteidigung der Menschenrechte von Palästinensern eine Verteidigung des Terrorismus bedeute. Dabei sind Märtyreraktionen keine terroristischen Aktionen.‘ [...]“³²⁷

II.

Im Folgenden dokumentieren wir Redebeiträge zum Todestag von Ayatollah Khomeini:

Khomeini der Kämpfer, Khomeini der Reformier

Der gegenwärtige religiöse Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, ging in seiner Rede im Mausoleum Khomeinis auf die "politische Schule" Khomeinis ein, welche

³²⁶ Die Straße war nach dem Mörder des ägyptischen Präsidenten Sadat genannt.

³²⁷ Sharq, 5.6.2004.



besonderen Wert auf die "Volksherrschaft" gelegt habe. Diese setzte Khamenei der Politik des Westens in der Region entgegen: "Der Imam stützte sich auf den eisernen Willen des Volkes und kämpfte gegen die Arroganz. Diese Schule speist sich aus der Religion. Manche tun so, als ob wir die Bedeutung der Rolle des Volkes von den westlichen Herrschaftssystemen lernen müssten. Dabei haben jene Mächte, die beanspruchen Demokratien zu sein, 35 Jahre lang eine absolutistische Diktatur unterstützt. Sind sie etwa für die Demokratie? Ihre Version von Demokratie können wir im Irak, in Afghanistan und Palästina erkennen. Die Unterstützung von Sharon bei der Ermordung der Palästinenser ist bei ihnen Demokratie. [...] Ihr Verständnis von Demokratie sehen wir in Guantanamo und in Abu Ghuraib. Das sind ihre Menschenrechte. [...] Die aus der Schule des Imam Khomeini stammende Botschaft der Volksherrschaft ist unsere politische Basis. Die Schriftsteller und Sprecher, die ein Gewissen haben, sollten nicht so tun, als ob allein der Westen eine Idee von Volksherrschaft hat. Der Ansprechpartner des Imam war stets der Mensch. Das iranische Volk hat dies angenommen und konnte so seine Unabhängigkeit beweisen. Der Ansprechpartner des Imam war die gesamte Menschheit. Der Unterschied seiner Lehre von anderen politischen Schulen war jedoch, dass er in der Umsetzung dieser Lehre nicht an Folter und Krieg glaubte. [...] Die Palästinenser sagen, dass sie ihr Volkserwachen von Imam Khomeini gelernt haben, die Libanesen sagen, dass sie ihren Sieg über die Zionisten der Schule des Imam anrechnen. Die gesamte islamische Elite [...] führt ihre siegreichen Kämpfe auf der Grundlage der politischen Schule des Imam. Dies ist der internationale Blick des Imam auf die Menschheit. [...] Das iranische Volk wird gegenüber den Problemen der islamischen Welt nie gleichgültig sein. Sie wird immer Stellung beziehen und dabei vor nichts Angst haben. [...]" ³²⁸

Der iranische Präsident, Hojatoleslamwalmoslemin Seyyed Mohammad Khatami, betonte dagegen die Rolle des Ayatollah Khomeini als "Erneuerer der Religion und als Reformierender". Mit Bezug auf eine 300jährige Geschichte von Reformen in der islamischen Welt unterscheidet Khatami zwischen Reformtraditionen, die zu Ungerechtigkeit und Ausbeutung geführt haben, und den wahren Reformen, die stets dem "Geist des Islam und der Religion ihre Treue bewiesen haben". Khatami charakterisiert diese Reformbewegung, zu der er auch Khomeini rechnet, so: "Diese Reformbewegung ist zeitlich nicht begrenzt und gerade weil sie ewig ist, kann sie zu jeder Zeit und an jedem Ort die Fragen und den Bedürfnissen der Menschen nachkommen. [...] Für sie steht die ewige Gültigkeit der Religion nicht im Widerspruch zum gesellschaftlichen Wandel und zu Veränderungen der menschlichen Gesellschaft." Nach Khomeini sei "der Islam bei der Bewältigung der komplizierten Probleme der heutigen Welt nicht zur Untätigkeit verurteilt ist. Die Religion Gottes stellt im Verständnis dieser Reformen kein Hindernis für die Entwicklung und den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und industriellen Fortschritt der muslimischen Gesellschaften dar. Reformen gehören vielmehr selbst

³²⁸ ILNA, 2.6.2004.



zu den Entwicklungsfaktoren. Liegt ihnen doch zugrunde, dass die Muslime Fortschritte machen, mächtig werden und sich Wissenschaften und die moderne Industrie aneignen müssen. [...] Wenn die islamische Welt heute zurück geblieben ist, wenn die Muslime unter der Abhängigkeit von Fremden leiden, wenn Armut und despotische Regierungen sie beherrschen, wenn sie weiter ihre moralischen und ethischen Werte verlieren, dann ist all dies nur auf die Abwendung vom Islam zurückzuführen. Man muss zum Islam zurückkehren und den Aberglauben beiseite lassen. Man muss den Islam so betrachten wie er wirklich ist. In der Politik lehnt diese Reformbewegung den Kolonialismus und die Despotie ab. Ich glaube daran, dass unser edelmütiger Imam Khomeini zu diesen großen Reformern gehört hat", so Khatami. "Das Reformdenken von Khomeini gab der religiösen Herrschaft ein neues Gesicht im Gegensatz zum materialistischen Denken. Mit diesem Reformdenken kann man Wächter der Religion Gottes sein und gleichzeitig Antworten auf die Bedürfnisse der Menschen finden. Wenn wir Imam Khomeini folgen wollen, dann müssen wir uns nach dem Modell der Vereinbarkeit von Religion und Volksherrschaft richten, um auch Antworten auf den Freiheits- und Fortschrittswillen der Bevölkerung zu finden. Das Denken des Imam kann uns in den gegenwärtig gefährlichen Zeiten weiterhelfen. [...]"³²⁹

Einer der Söhne des iranischen Revolutionsführers, Seyyed Hassan Khomeini, betont in diesem Zusammenhang seine Überzeugung, dass sein Vater großen Wert auf das Prinzip des "Ejtihad"³³⁰ gelegt habe. In ihm verberge sich "das Rätsel der Weiterexistenz der Prinzipien der Religion": "Man kann nicht erwarten, dass für jede Frage eine Antwort im Voraus formuliert worden ist." Ebenso sollten heute nicht einfach die Worte des "Imam Khomeini" nachgeahmt, sondern die Prinzipien seines Denkens angewandt werden. "Wir müssen dabei natürlich zwischen Ejtihad und der Kritik von außen unterscheiden. Denn diejenigen aus unserem Kreis, die über zeitgemäße Rechtsprechung diskutieren, sind Mojtaahids, jene aber, die die Prinzipien der Rechtsprechung in Frage stellen, sind Kritiker der Schule des 'Ejtihad'. [...] Außerdem müssen wir zwischen dem Schein-Mojtahid und dem wahren Mojtahid unterscheiden."³³¹

Über Volksherrschaft, Wahlen und Kapitalismus

Hassan Mussawi Tabrisi, Staatsanwalt der früheren Revolutionsgerichte und heute vorsitzender Wissenschaftler der Hoseye Elmiye Qom, der Klerikeruniversität in Qom, hob in einem Interview mit der ILNA den Gerechtigkeitssinn von Khomeini hervor: "Der Imam sagte stets, dass Gerechtigkeit herrschen solle. Er wollte, dass in

³²⁹ ISNA, 3.6.2004.

³³⁰ Unter Ejtihad versteht das islamische Recht das Bemühen um Rechtsfindung in Fällen, zu denen in den religiösen Quellen keine eindeutigen Aussagen zu finden sind. Insbesondere gilt das heute für Fragen der modernen Gesellschaft. Die Prinzipien des religiösen Gesetzes sollen dabei aber eingehalten werden. Auch der iranische Präsident Mohammad Khatami betont stets das Prinzip des Ejtihad bei der Lösung von gesellschaftlichen Problemen.

³³¹ ISNA, 2.6.2004.



allen Bereichen des Staates Gerechtigkeit herrscht. Leider wird Gerechtigkeit heute eher als bloße Parole betrachtet und der Anspruch, dass die Probleme des Volkes auf Grundlage des Prinzips der Gerechtigkeit gelöst werden, ist blass geworden. [...] Heute hat das Majless keine Macht und repräsentiert nicht den Willen des Volkes, obwohl Khomeini stets betonte, dass die Menschen ihre Angelegenheiten selbst lösen müssen. [...] Auch für die Judikative kann nicht mehr von Gerechtigkeit gesprochen werden. [...] Durch die Wahl eines gerechten religiösen Führers durch die Bevölkerung kann dieser ein Mugtahed werden. Wie es auch in unserer Verfassung steht, ging Imam Khomeini davon aus, dass Gott die Herrschaft absegnet.³³² Manche wollen dem Islam den Republikanismus opfern. Dabei ist der Republikanismus Teil des Islam. Der Islam gibt dem Volk das Recht über sein Schicksal selbst zu bestimmen.³³³

Hossein Ansarirad, ehemaliges Mitglied des Majless, sagte gegenüber ILNA: "Imam Khomeini stellte das Volk in den Mittelpunkt der Revolution. Der Sieg der Revolution war schließlich auch das Resultat der Opferbereitschaft des Volkes. Er insistierte stets, dass alle Wahlen durch das Volk durchgeführt werden müssen. Daher ließ er auch schnell ein Referendum und dann Präsidentschafts- und Majlesswahlen durchführen. [...] Der von Imam Khomeini verfasste Artikel 56 der Verfassung konkretisiert, dass die absolute Herrschaft von Gott stamme. Das Recht [auf diese Herrschaft] könne nicht von einer Person oder einer Gruppe beschlagnahmt werden. [...] Die höchsten Führungsgremien bis zur niedrigsten Ebene des Systems werden durch das Volk legitimiert. Keine andere Herrschaft ist legitim und legal. [...] Wenn Zweifel über die Meinung des Volkes bestehen, müssen wir Meinungsumfragen und Referenden durchführen. Ein Referendum ist in der Islamischen Republik eine wissenschaftliche Methode, die regelmäßig durchgeführt werden muss."³³⁴

Hojatoleslamwalmoslemin Seyyed Aliakbar Mohtashemipur, der Ayatollah Khomeini laut ISNA schon während der Revolutionszeit in Najaf und Paris begleitet hatte, bezieht sich auf die soziale Frage im Denken Khomeinis: "Imam Khomeini war gegen einen zügellosen Kapitalismus und thematisierte immer wieder das Problem von Armut und Reichtum. Er glaubte, dass das akkumulierte Kapital auf Kosten der Rechte der armen Bevölkerung zustande kommen würde. [...] Daher gründete er die Stiftung der Armen [Bonyade Mostasafan]³³⁵, indem er die Großkapitalisten und die

³³² Ein Mojtahid ist ein zu eigenständiger Rechtsfindung berechtigter islamischer Gelehrter. Hintergrund dieser Passage ist der Umstand, dass Ali Khamenei weder Mojtahid noch Ayatollah war, als er von Khomeini zum religiösen Führer und Nachfolger erkoren wurde.

³³³ ILNA, 2.6.2004.

³³⁴ ILNA, 2.6.2004.

³³⁵ Rudolph Chimelli schreibt am 2.6.2004 in der Süddeutschen Zeitung über die "Bonyade Mostasafin": "Das Revolutionsregime überführte den Besitz prominenter Schah-Anhänger in Stiftungen, die größte davon, gewidmet den Barfüßlern von einst und den Kriegsveteranen, besitzt Fabriken, Ländereien, internationale Fracht-Unternehmen, die größte Limonadenabfüllung des alkoholfreien Landes sowie Hotels wie das frühere Hilton. Mit Methoden, die sogar für die Regierung schwer durchschaubar sind, beherrschen die Stiftungen einen erheblichen Teil der iranischen Wirtschaft. Was sie mit ihrem Geld machen, ist für Außenseiter kaum kontrollierbar. Nur schwer



vom Hof und vom Shahregime abhängigen Kapitalisten enteignete. Nur die politisch und religiös liberalen Kräfte waren gegen die Enteignungsmaßnahmen."³³⁶

Special Dispatch, 18. August 2005 - Iranischer Offizier: 'Wir haben Selbstmordkommandos in den USA und anderen NATO-Staaten'³³⁷

Die neue iranische Regierung treibt die Militarisierung der iranischen Außenpolitik nicht nur im Rahmen des Atomprogramms voran. Zudem wird gegenwärtig auch eine neue militärische Einheit rekrutiert, die als "Kommando der freiwilligen Märtyrer" bezeichnet wird. In einem Interview begründete **Mohammadresa Jafari**, Oberkommandant der neuen Einheiten, die Einrichtung der Selbstmordkommandos mit der Bedrohung des Iran durch die USA und Israel. Insgesamt sollen bereits 50.000 Kämpfer rekrutiert worden sein. Auch in den USA und anderen NATO-Staaten, so droht der Kommandant, seien schon Selbstmordkommandos einsatzbereit.³³⁸

Erschienen ist das Interview mit Jafari in der Zeitung **Partow-e sokhan**, deren Besitzer der Hardliner **Ayatollah Mesbah Yasdi** ist und die schon am 8. Juni 2005 eine Rekrutierungsanzeige des "Kommandos der freiwilligen Märtyrer" veröffentlicht hatte. Darin hieß es, dass sich freiwillige Kämpfer überall in der Provinz Hormosegan beim Freitagsgebet anmelden könnten.

Ayatollah Yasdi ist nicht nur ein Propagandist von Selbstmordoperationen, sondern steht auch dem neuen Präsidenten, **Mahmud Ahmadinejad**, nah. Über ihn sagte Ayatollah Yasdi beispielsweise: "Ahmadinejads Administration ist die erste islamische Administration in der Geschichte der islamischen Republik." Im Folgenden dokumentieren wie das Interview mit Mohammadresa Jafari über das ihm unterstehende "Kommando der freiwilligen Märtyrer":

Partow-e sokhan: "Nachdem unsere Zeitung die Anzeige mit der Erklärung der freiwilligen Märtyrer abgedruckt hatte, wurden wir stark kritisiert. Wie erklären Sie sich solche Reaktionen?"

kommt das Finanzamt an sie heran, denn sie stehen unter der Protektion des geistlichen Führers Ali Chamenei. Die Weltbank taxiert das Besitzvolumen der Barfüßler-Stiftung auf mehr als drei Milliarden Euro, ein Mitarbeiter der Teheraner Handelskammer eher auf zehn Milliarden."

³³⁶ ISNA, 2.6.2004.

³³⁷ MEMRI

³³⁸ Selbstmordoperationen sind laut offizieller iranischer Staatsideologie eine Form des Martyriums. Dieses schließt auch Anschläge in den vermeintlichen Feindstaaten ein. Zu den öffentlichen iranischen Aufrufen, sich freiwillig zu "Märtyreroperationen" zu melden.



Jafari: "Im Gedenken an Imam Khomeini und alle Märtyrer des achtjährigen heiligen Verteidigungskrieges [gemeint ist der Krieg gegen den Irak 1980-88] und besonders im Gedenken an die namenlosen Märtyrer [...] grüße ich Ayatollah Khamenei, diesen Fahnenträger des Islam. Die Anzeige der Kräfte, die als Märtyrer ihr Leben geben wollen, wurde schon einige Male in Ihrer Zeitschrift veröffentlicht und vom Kommando der Märtyrer sehr begrüßt. Nach dessen Bitte, sie zum Zweck der Rekrutierung weiterer Kräfte erneut abzdrukken, wurde die Anzeige in Ihrer Zeitung aber auch in anderen Medien veröffentlicht. Wie der Vorsitzende der Kommission der nationalen Sicherheit des Majless betonte, ist das ein üblicher Vorgang, zumal die Medien frei sind in der Wahl ihrer Anzeigen.

Wenn sich nun aus- und inländische Medien gegen Partow-e sokhan stellen, beweist gerade das die Würde Ihrer Zeitschrift, deren Charakter ganz von den islamischen Werten und dem Weg der Märtyrer geprägt ist. Ganz so, wie es im Koran vorgeschrieben und wie es vom Propheten, den Imamen und dem religiösen Führer begrüßt wird. Partow-e sokhan ist eine Zeitschrift, die die islamischen Gesetze und die ihnen gemäßen revolutionären Werte genau kennt. Daher muss man den Mitarbeitern Ihrer Zeitschrift eigentlich zu ihrem Schritt gratulieren. Umgekehrt kann man schlussfolgern, dass diejenigen, die Ihre Zeitschrift kritisiert haben, die Utopie, Ziele und Strategien der Islamischen Republik, des Korans, des Propheten, der Imame, des Imam Khomeinis wie des religiösen Führers Khamenei und der lieben Märtyrer nicht kennen. Im Grunde ist das alles schon in der Verfassung der Islamischen Republik bestimmt.

Sollen wir etwa hinnehmen, dass Israel tausende Kinder, Männer und Frauen im besetzten Palästina tötet und ihre Häuser zerstört? Den Muslimen aber soll es nicht erlaubt sein, eine kleine Anzeige mit dem Ziel zu veröffentlichen, Kräfte zur Verteidigung ihrer Heimat zu rekrutieren? Das ist der Gipfel der Unfairness."

‘Der Feind hat Angst, dass die Kultur des Martyriums zu einer Weltkultur aller Freiheitsliebenden wird’

Partow-e sokhan: "Berichten Sie uns doch bitte über das von Ihnen erwähnte Kommando. Inwiefern arbeitet eine solche Institution gemäß der Gesetze der Islamischen Republik Iran?"

Jafari: "Ich werde es Ihnen sagen: Das ‘Kommando der freiwilligen Märtyrer’ besteht aus Abteilungen, die abgeseget sind. Die Armee, die Revolutionskomitees, die Bassijis, alle Institutionen und Organe, juristische Personen und einfache Menschen können also dieses Kommando unterstützen. [...] Wie auch der religiöse Führer sagte: ‚Wenn die verantwortlichen Instanzen des Iran mutig wichtige Schritte unternehmen, können sie dies nur dank der Unterstützung des Volkes.‘ Das Volk hat uns immer moralische Unterstützung gewährt. Wenn das Volk sich am Kampf



beteiligt und an der Macht beteiligt wird, können weder die aggressiven globalen Mächte noch die Regierenden etwas gegen das Volk unternehmen.

In diesen Tagen haben die verachtenswerten Stellungnahmen der amerikanischen und israelischen Präsidenten gezeigt, dass sie vor allem anderen Angst vor unserer Glaubensstärke haben. Der US-amerikanische Präsident erklärte offiziell: ‚Die Gründung des ‚Kommandos der freiwilligen Märtyrer‘ hat mich erschüttert.‘ Amerikaner und Israelis befinden sich heute in einer sehr schwachen Position. Nur dürfen wir nicht die Gefahr vernachlässigen, die die Israelis für uns darstellen. Wir können uns nicht aus dem Palästina-Problem heraushalten. Der religiöse Führer hat erklärt: ‚Jeder muss sich aktiv mit Palästina beschäftigen. Das ist die Pflicht eines jeden Menschen‘. Er fügte hinzu: ‚Märtyreraktionen stellen den Gipfel der Größe eines Volkes dar und sind die höchste Form seines Kampfs.‘ Ich erinnere auch an den Satz von Ayatollah Khomeini: ‚Israel, diese eiternde Geschwulst, muss aus der Geschichte eliminiert werden.‘

Widerstand gegen Israel ist kein Auftrag, der einem einzigen Organ oder einer einzigen Institution überlassen werden kann. Wir verlassen uns auf Gott. Für Gott, für die Realisierung der Ziele der islamischen Revolution und für unsere Utopien haben wir bisher Märtyreraktionen geplant und durchgeführt. Diese Aktionen wurden immer gutgeheißen. Wir werden mit jedem zusammenarbeiten, der uns bei der Stärkung dieser Kultur [des Märtyrertums] unterstützt. Zur Stärkung des Geistes der Märtyreraktionen werden wir alle Potentiale nutzen, die in der islamischen Welt verfügbar sind.

Die zweite Frage ist, was wir mit dem Aufbau des Kommandos bezwecken. Was ist das Ziel der Gründung einer schnellen Eingreiftruppe, die alle Kräfte in Bereitschaft hält, um das Land und den Islam zu verteidigen? Dieses Prinzip der Verteidigung ist im Koran begründet. [8:60]: ‚Und rüstet für sie, soviel ihr an Kriegsmacht und Schlachtrossen aufzubringen vermögt, um damit Gottes und eure Feinde einzuschüchtern‘. Es ist also erforderlich, Kräfte bereitzuhalten, die geeignet sind, die Drohungen unserer Feinde zu beantworten. Wir sind ein lebendiges Volk und ein lebendiges Volk muss sich verteidigen können. Wie Imam Khomeini es befahl: ‚Ein islamisches Land muss in seiner Ganzheit militärisch sein.‘

Ich muss aber ergänzen, dass die Idee der Gründung eines solchen Kommandos erst entstand, als Amerikaner und Israelis der Islamischen Republik gedroht haben. Wir haben die Einheiten gegründet, um auf jede Bedrohung schnell reagieren zu können. Und wir haben auch Einheiten in anderen Ländern gegründet - sogar in den USA und anderen NATO-Staaten. Was diese Einheiten antreibt, ist der Geist des Martyriums. Und der Feind hat Angst, dass diese Kultur sich zu einer Weltkultur entwickelt. Dabei vergessen sie, dass diese Bewegung ein geeignetes Instrument für alle Freiheitsliebenden ist. Sogar Fidel Castro, Führer der kubanischen Revolution, sagte: ‚Die islamische Revolution des Iran war ein Vorbild. Ihre Opferbereitschaft war



erstaunlich. Wir haben von Ihnen, Ayatollah Khomeini, sehr viel gelernt. Sie haben Ihre Märtyrerbereitschaft, Ihren Mut und Ihre Macht in Ihre Nachbarländer exportiert."

Partow-e sokhan:"Haben Sie denn schon eine Strategie gegen gezielte und terroristische Angriffe [durch die USA oder Israel] entwickelt?"

Jafari: "Ja, die scharfen Augen der erfahrenen und ausgebildeten Einheiten des 'Kommandos der Märtyrer' verfolgen alles, was uns aus dem In- und dem Ausland bedrohen könnte. Wir sind bereit, mit allen verantwortlichen Zentren in Iran zusammenzuarbeiten, um jede terroristische Maßnahme zu verhindern und um die [terroristischen] Elemente zu identifizieren und zu lokalisieren. Alle diese Maßnahmen sind im Interesse des Systems, der Revolution und des geliebten Islam. [...]"

Partow-e sokhan: "Wie viele Personen haben sich bisher für den Märtyrerplan angemeldet und wie viele Einheiten wurden schon gegründet?"

Jafari: "Wir wollen für jede Provinz eine Märtyrereinheit gründen. Bisher sind aber erst in einigen Provinzen Einheiten aufgestellt worden und bereit, das Land zu verteidigen. Ungefähr 50.000 Personen sind inzwischen rekrutiert und organisiert worden. Es gibt aber eine positive Resonanz und so machen wir Gott sein Dank Fortschritte. Wir haben noch mehr Pläne für die Zukunft, damit das gesamte Volk bereit ist, sich gegen jegliche Bedrohung zu wehren. Unserer Meinung nach sind Rekrutierung, Organisation und gute Ausbildung die beste Vorbereitung auf eine effektive Verteidigung. Wir wollen unsere Kräfte qualitativ verbessern. Und so wird unser erster Angriff auch der letzte sein - weil er den Feind vernichten wird."

Special Dispatch, 20. Dezember 2005 - Bassiji: die revolutionäre Volksmiliz des Iran ³³⁹

In letzter Zeit wurden die den Holocaust relativierenden Positionen des iranischen Präsidenten **Mahmoud Ahmadinejad** sehr viel in den Medien diskutiert.³⁴⁰ Da sich nicht nur **Ayatollah Khomeini** als Bassiji³⁴¹ bezeichnete, sondern auch Ahmadinejad

³³⁹ MEMRI

³⁴⁰ Siehe dazu: http://memritv.org/Transcript.asp?P1=963_und
<http://memritv.org/Transcript.asp?P1=965>

³⁴¹ Bassiji bedeutet ‚die Mobilisierten‘. Im Iran-Irak-Krieg wurde den Bassijis nach einer feierlichen Zeremonie ein Schlüssel für das Paradies um den Hals gehangen, bevor sie in den Krieg geschickt wurden. Sie wurden zur Räumung von Minenfeldern eingesetzt oder bei Massenangriffen als Kanonenfutter in die irakischen Reihen geschickt. Tausende fanden bei Himmelfahrtskommandos den Tod. Die Bassijis wurden zum Vorbild für die ersten Selbstmordattentäter der Hizbullah im Libanon. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Hizbullah von dem Reformislamisten



gerne in seiner Bassiji-Uniform in der Öffentlichkeit auftritt, soll im folgenden der Frage nach der "Bassiji-Kultur" nachgegangen werden. Denn der iranische Präsident, der ein Kriegsveteran des Iran-Irak-Krieg [1980-88] ist und in dieser Zeit bei den Bassiji und bei den Qods-Einheiten der Pasdaran³⁴² gedient hat, bezieht sich in seinen Reden immer wieder positiv auf die "Bassiji-Kultur".

Die Bassiji werden im Iran als die Manifestation der religiös-nationalistischen Volksbewegung betrachtet, die die Säulen des Staates verteidigen. Daher wird auch alljährlich dieser Volksmiliz von Staats wegen eine "**Bassiji-Woche**" gewidmet. Tatsächlich hatte vor 27 Jahren **Ayatollah Khomeini** den Befehl gegeben, eine 20-Millionen-Armee zu gründen. Dieses Ziel wurde zwar bisher noch nicht erreicht, aber nachdem Mahmoud Ahmadinejad in diesem Jahr zur "Bassiji Woche" vom 26. November bis 1. Dezember aufgerufen hatte, sollen neun Millionen Bassiji mobilisiert worden sein, um die Gründung dieser paramilitärischen Organisation zu feiern.

Im Folgenden dokumentieren wir einige Texte zur politischen Kultur der Bassiji.

I. Neun Millionen Bassiji bilden eine Menschenkette

Auch in diesem Jahr sollte in der Bassiji-Woche nicht nur an die "heilige Verteidigung" während des achtjährigen Krieges gegen den Irak erinnert, sondern auch die Machtposition dieser freiwilligen Volksarmee nach innen und außen manifestiert werden.

Wie die dem religiösen Führer nahestehende Zeitung **Kayhan** berichtete, bildeten in der Bassiji-Woche rund 9 Millionen Iraner eine Menschenkette über eine Entfernung von 8.700 Kilometern, an der auch Präsident Ahmadinejad teilnahm. Allein aus Teheran wurden 1.250.000 Menschen mobilisiert.

Kayhan zufolge habe Ahmadinejad betont, dass "Ayatollah Khomeini den Grundstein der Bassiji-Kultur für die gesamte Welt" gelegt habe, damit der "Geist der Gerechtigkeit im iranischen Volk erweckt" werde. So Ahmadinejad weiter: "Bassiji bedeutet die Fahne der Gerechtigkeit und der Kampf gegen Ungerechtigkeit. Bassiji bedeutet die Liebe zur gesamten Menschheit und die Bereitschaft, für die Heimat zu sterben. Diese reinen Gedanken geben dem Widerstand der Bassijis Kraft. Heute muss sich mehr als je zuvor die Bassiji-Kultur und das Bassiji-Denken in allen Dimensionen des Lebens, im In- und im Ausland durchsetzen."³⁴³

Mohtashempour gegründet wurde. Die Bassiji sind bis heute auch als eine Art "Sittenpolizei" besonders aktiv. So spielten sie zum Beispiel bei der Zerschlagung der Studentenbewegung im Jahre 1999 eine zentrale Rolle.

³⁴² Sowohl die Bassiji als auch die Pasdaran [Revolutionskomitees] gelten als Volksmilizen, die inzwischen eng mit der iranischen Armee zusammenarbeiten.

³⁴³ Kayhan, 27.11.2005.



Ahmadinejad ist der Meinung, dass "der Feind sehr verärgert" darüber sei, dass "nach 25 Jahren Kampf das Bassiji-Denken immer noch eine starke Macht" im Iran sei. Auch der Verteidigungsminister, **Mostafa Mohammad Najjar**³⁴⁴ erklärte seine "Unterstützung für die bewaffneten Kräfte der Bassiji". So sagte er: "Der Erfolg der Verteidigungsindustrie ist dank der geistigen Kraft und der starken Psyche der Bassiji vorwärts gekommen."³⁴⁵

Wie die **Tehran Times** meldete, ist Mostafa Mohammad Najjar der Meinung, dass der Iran den achtjährigen Krieg gegen den Irak nur mit Hilfe der iranischen Bassijis gewinnen konnte.³⁴⁶

II. Ahmadinejad über die Bassiji und das Volk

"Ich danke Gott, dass ich die Gelegenheit habe, an diesem von Gott gesegneten Tag der Gründung der Bassiji einige meiner Freunde wieder zu treffen. Heute können wir die Kultur der Bassiji auf allen Ebenen der Staatsführung beobachten. Gleichzeitig sind auf der internationalen Bühne unsere Feinde verärgert, dass sie mit ansehen müssen, dass sich die Bassiji-Kultur auf allen Verwaltungsebenen des Staates durchsetzt. Sie sind verärgert darüber, dass die muslimischen Direktoren und Manager des Iran stolz darauf sind, dem Volk zu dienen. Sie sind verärgert, dass sie [die Bassijis] dem Feind ihren Kopf hinhalten und die Interessen des iranischen Volkes verteidigen. Das ist der Grund, warum sie uns beschimpfen. Seit 27 Jahren versuchen sie listig, aber vergeblich, unserem Volk und der islamischen Regierung des Iran von innen und außen Schaden zuzufügen. Aber unser Volk konnte sich bisher mit Hilfe unserer Bassiji-Kultur verteidigen. Wir sagen unseren Feinden nur eins: Ist es nicht an der Zeit, dass Sie sich [endlich] vor der Würde, dem Willen und dem Glauben des iranischen Volkes verbeugen? Wir erklären Ihnen erneut, dass das iranische Volk ein liebenswürdiges und denkendes Kulturvolk ist. Das iranische Volk will das Beste für die gesamte Menschheit. [...] Wir wollen brüderliche und gerechte Beziehungen zu allen Völkern der Welt. Dieses Volk beabsichtigt nicht, irgendein anderes Land zu erobern. Wenn aber diejenigen, die unserem Volk nicht wohl gesonnen sind, die Interessen unseres Volkes mit Füßen treten wollen, werden wir mit aller Gewalt aufstehen und uns gegen die restliche Welt stellen. [...]"

Unser Volk aber schützte sich mit der Bassijkultur. Und ihr solltet euch auch heute darüber bewusst sein, dass sich unser Volk einheitlich gegen euch stellen und die Invasoren zur Verzweiflung bringen wird.

Heute sprechen diejenigen von Menschenrechten, die ein übles Zeugnis haben, deren Namen ganz oben auf der Liste der Verbrecher der Menschheitsgeschichte

³⁴⁴ Dieser steht gegenwärtig unter schwerem Beschuss seitens einiger reformislamistischer Kräfte im Majless, da er die Verantwortung für den Absturz des Militärflugzeuges vom amerikanischen Typ C-130 Anfang Dezember tragen soll.

³⁴⁵ Kayhan, 27.11.2005.

³⁴⁶ Tehran Times, 29.11.2005.



steht. Sie wollen unserem Volk und unserer Regierung gegenüber die Fahne der Menschenrechte vorhalten. Wie wollt ihr eigentlich von den Menschenrechten sprechen, wenn ihr doch nur ein solch übles Zeugnis aufweisen könnt?

Ihr, die ihr die afrikanischen Völker ausgebeutet habt, wie könnt ihr nur von Menschenrechten sprechen? Ihr boykottiert sogar die Medikamente, die diese Völker nötig brauchen. Mit solchen Methoden schickt ihr täglich Tausende von Menschen auf den Friedhof.

Ihr, die ihr im Interesse eurer Industrien Kriegswaffen baut, dürft nicht von Menschenrechten sprechen.

Ihr, die ihr die verfaulte israelische Regierung verteidigt, dürft nicht von Menschenrechten sprechen.

Wer seid ihr eigentlich, dass ihr es wagt von Menschenrechten zu sprechen? Ihr seid die Angeklagten. Ihr müsstet eigentlich wegen Kriegsverbrechen verurteilt werden. [...] Ihr verteidigt die brutalsten Regierungen der Welt. [...]

Wir sind eure Ankläger. Wir werden euch mit einer langen Liste eurer Verbrechen entlarven. Wir sind dabei, die ersten Schritte unseres Atomprogramms einzuleiten, aber unsere Feinde sind jetzt schon darüber verärgert. Sie sind daran gewöhnt, dass man nach jeder noch so kleinen Erniedrigung sofort zurückschreckt. Aber heute sind wir Zeugen einer Bassiji-Kultur und eines Bassiji-Geistes auf allen Ebenen des Staates. Sie sehen jetzt, dass wir mit der Bassiji-Kultur und -Macht auf der internationalen und weltdiplomatischen Ebene präsent sind. Wir verhandeln mit ihnen vor dem Hintergrund unserer Bassiji-Macht und deswegen sind unsere Feinde verärgert.

Ich sage denen nur noch einen Satz: Ihr seid verärgert über uns. Gut so, ärgert euch. Unser Volk besitzt die höchsten menschlichen Eigenschaften. [...] Immer wenn wir in unserer Geschichte Probleme bekommen haben, hat sich unsere liebende und gottgläubige Volksseele vereint. Unser Volk hat sich dann gegen die Feinde und Invasoren verteidigt und immer alle Probleme überstanden."³⁴⁷

III. Der religiöse Führer des Iran, der Expertenrat und der Wächterrat für die Bassiji

Parto Sokhan, eine Zeitung, die dem **Ayatollah Mesbahe Yasdi**, dem geistigen Mentor des iranischen Präsidenten gehört, zitiert **Ayatollah Khamenei**, der im Jahr 2000 die Frage, wer ein Bassiji sei, wie folgt beantwortete: "Die Bassiji sind diejenigen Mitglieder unseres Volkes, die ihr Leben opfern und ihr Eigentum abgeben, wenn es nötig ist. Diejenigen, die sich in den Kampf stürzen, wenn es um

³⁴⁷ Sharq, 27.11.2005.



die Verteidigung geht. Wenn der Staat es wünscht, wird sich der Bassiji mit Wissenschaften beschäftigen. Er wird sich mit allen höheren Zielen auseinandersetzen, die der Staat von ihm verlangt. Diejenigen, die solche Eigenschaften aufweisen, nennen wir Bassiji." Die Zeitung brachte weitere Zitate des religiösen Führers, in denen er die "Einsatzbereitschaft" und die "Weisheit" der Bassijis hervorhob. Zudem würden die Bassijis nicht auf Klassen- und Geschlechterunterschiede achten. Alle Iraner, ganz gleich welcher Volkszugehörigkeit, welcher Klasse und welchem Geschlecht sie angehören, sollten neue Bassiji-Einheiten bilden.³⁴⁸

Laut Kayhan traf sich der religiöse Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, am 28. November 2005 mit einer Bassiji-Miliz-Gruppe. Während dessen sagte Khamenei über die Bassiji: "Je stärker die Bassiji wachsen, desto sicherer wird die Zukunft unseres Land sein. [...] Zum Glück sind unser Präsident und die Mitglieder des Majless stolz auf ihre Bassiji-Vergangenheit. Die Gründe für den Erfolg der Bassiji ist ihr Glaube und Vertrauen an Gott, ihre starke Hoffnung und Intelligenz, die ihre Kultur ausmachen."³⁴⁹

Auch der neue iranische Staatsminister, **Mostafa Purmohammadi**,³⁵⁰ hob die Rolle der "Volkskräfte" hervor, die in den "Bassiji-Einheiten und der Pasdaran organisiert" seien. Er forderte die Bevölkerung auf, diese Kräfte weiterhin zu stärken.³⁵¹

Ayatollah Ali Meshkini³⁵², Vorsitzender des Expertenrates, der den religiösen Führer wählt, bezeichnete die "Gründung der Bassiji-Einheiten als einen Segen Gottes und als Beweis seiner Liebe für die Islamische Republik Iran." Sharq zufolge "forderte Meshkini das gesamte Volk auf, Bassijis zu werden." Dabei bezeichnete er Amerika und England als "zwei Krebsgeschwüre." [14]

³⁴⁸ Parto Sokhan, 30.11.2005.

³⁴⁹ Kayhan, 29.11.2005.

³⁵⁰ Laut Humanrightswatch wird Purmohammadi, Staatsminister, und Mohssen Ezhei, Informationsminister vorgeworfen, in den letzten beiden Jahrzehnten in schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen verwickelt gewesen zu sein. Siehe dazu:

<http://hrw.org/german/docs/2005/12/15/iran12274.htm> und
http://hrw.org/backgrounder/mena/iran1205/1.htm#_Toc121896786 und
http://hrw.org/backgrounder/mena/iran1205/2.htm#_Toc121896787 und
http://hrw.org/backgrounder/mena/iran1205/3.htm#_Toc121896788 und
http://hrw.org/backgrounder/mena/iran1205/4.htm#_Toc121896789 und
http://hrw.org/backgrounder/mena/iran1205/5.htm#_Toc121896790

Ahmadinejad selbst steht unter dem Verdacht, am Mord an Dissidenten im Exil beteiligt gewesen zu sein.

³⁵¹ Sharq 1.12.2005.

³⁵² Dieser sagte zur Unterstützung von Ahmadinejads Holocaust-Leugnung am letzten Freitagsgebet: "Die westlichen Staaten haben nicht die Kapazität die Wahrheiten, die Ahmadinejad ausgesprochen hat zu ertragen. Das Verbrennen von 6 Millionen Juden durch die Deutschen ist eine erfundene Sache, um die Zionisten zu verniedlichen, damit manche Staaten sie anerkennen. Wenn die Europäer an den Wahrheitsgehalt dieser Sache glauben, sollen sie doch in Europa für die Zionisten Platz schaffen. Warum müssen die Palästinenser das Tribut zahlen?" [Kayhan 17.12.2005]



Ayatollah Ahmad Jannati, Vorsitzender des Wächterrates, sagte in seinem Freitagsgebet am 2. Dezember 2005, dass der "Iran dank des Islam, der Revolution und der Bassiji-Kultur" in den "kommenden Jahren ein machtvoller Staat" werden könne. Iran werde "eine wissenschaftliche und technologische Renaissance beginnen". Jannati bezeichnete den Erfolg des iranischen Atomprogramms als einen "Erfolg der jungen Menschen, die der Bassiji-Bewegung dienen und eine Bassiji-Psyche und Bassiji-Kultur besitzen."

Jannati betont, dass sich auch "Ayatollah Khomeini als Bassiji bezeichnete. Der Bassiji hat die Kraft, sich gegen Druck zu wehren. Dieser Widerstandsgeist hat dazu geführt, dass die Internationale Atomenergiebehörde [IAEA] einen Rückzug unternommen hat. Der Widerstand der Bassiji hat dazu geführt, dass sie keine Resolution gegen unsere friedlichen Atomaktivitäten unternehmen werden."³⁵³

Jannati fügte im gleichen Freitagsgebet hinzu: "Wir brauchen eine 20-Millionen-Armee von Bassijis. Eine solche Armee muss bereit sein, für Gott zu leben, auf dem Wege Gottes zu sterben und den Jihad zu führen, um Gott zu gefallen."³⁵⁴

Special Dispatch, 10. Januar 2006 - Ansare Hizbullah: Die islamistische Pressure Group³⁵⁵

Die **Ansare Hizbullah** [Helfer der Hizbullah] gelten als revolutionäre Volksgruppe, die zwar offiziell nicht bewaffnet ist, aber als islamistische Pressure Group und Schlägertruppe seit 27 Jahren in der iranischen Gesellschaft aktiv ist.

Einerseits haben sie sich mit der Regierung von **Mahmoud Ahmadinejad** in verschiedenen Erklärungen solidarisch gezeigt, andererseits aber üben sie durch öffentliche Kritik gesellschaftspolitischen Druck auf dessen Regierung aus.

Die Ansare Hizbullah zählen zu den Gruppen, die man als gesellschaftliche Basis der Regierung Ahmadinejad bezeichnen kann, und von denen wir in nächster Zeit noch einige ausgewählte Organisationen vorstellen werden. Diese Bewegung machte sich schon zu Beginn der Revolution einen Namen, weil sie gegen die Volksmojahedin, die damals militärisch aus dem Irak operierte, kämpfte und weil sie den ersten Präsidenten der Islamischen Republik, Baniadr, schon vor seiner Flucht nach Paris kritisierte.

³⁵³ Sharq 27.11.2005.

³⁵⁴ Jomhuriye Eslami 3.12.2005, MideastWire.com 5.12.2005.

³⁵⁵ MEMRI



Die AH-Anhänger lassen sich schwer politisch einordnen, so schrieb zum Beispiel der im Iran arbeitende Abbas Shadlu, dass sie von den "Rechten" als "Linke" und von "Linken" als "Rechte" und von Intellektuellen als "Falangist" oder "Faschisten" bezeichnet werden.³⁵⁶

Der folgende Text dokumentiert einige Äußerungen der AH, um zu verdeutlichen, auf welche Art und Weise die islamistisch-revolutionäre Gruppierung Druck auf die Gesellschaft und den Staat ausübt.

Zusammengefasst und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh*

Ansare Hizbullah [AH] verteidigen das Atomprogramm

Der Zentralrat der Ansare Hizbullah versucht auch in der Diskussion um den Ausstieg aus dem NPT [Nuclear Non-Proliferation Treaty], Druck auf die Regierung von Ahmadinejad auszuüben. In einer Erklärung gaben sie bekannt, dass die "iranische Regierung lediglich im Rahmen des NPT handeln sollte und nicht auf die Entscheidungen des Gouverneursrates der IAEA hören dürfe." So forderten sie von der Regierung "einen vorläufigen Ausstieg aus dem NPT-Vertrag, falls Europa einen Vertragsbruch" begehen sollte. Der Iran solle mit der Urananreicherung in Natanz beginnen und falls die "Europäer damit drohen sollten, die iranische Atomakte an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu schicken," müsse man sofort aus dem "NPT-Vertrag aussteigen."³⁵⁷

Rund drei Monate später hat der Iran die Forschung an Urananreicherung in Natanz wieder aufgenommen.³⁵⁸ Trotz westlicher Kritik entfernten iranische Beamte die von der IAEA angebrachten Siegel.

Die AH liefern auch eine - ebenfalls in der Sharq dokumentierte - Erklärung, warum sich der Westen gegenwärtig gegen das iranische Atomprogramm stellen würde: "Die westliche Welt hat unter Führung Amerikas etwas Prinzipielles gegen das politische System der Islamischen Republik. Sie können es nicht ertragen, wenn ein muslimisches Land unabhängig ist. Dabei gibt es Staaten, die sogar Atombomben haben und noch nicht einmal Mitglied des NPT sind. Amerika ist nicht nur dagegen, dass der Iran die Atomtechnologie bekommt, sondern will verhindern, dass sich der Iran überhaupt wissenschaftlich weiter entwickelt. Daher ist auch die iranische Atom-Akte ein Thema für unsere westliche Konkurrenz, denn wenn wir in der Atomfrage nur ein wenig nachgeben würden, würden sie versuchen, uns zu überholen. Sie werden womöglich auch bald unsere Pharmaindustrie unter dem Vorwand kritisieren, dass wir biologische Waffen bauen würden." [...] Die iranische Regierung habe es endlich geschafft, sich den "diskriminierenden Maßnahmen" des Westens zu

³⁵⁶ Siehe: Abbas Shadlu, Ahsab wa Jenahhaye Siyasi [Parteien und politische Faktionen, Teheran 2000, S.184.

³⁵⁷ Sharq, 2.10.2005.

³⁵⁸ ISNA, 10.1.2006, www.faz.net, 10.1.2006, Iran nimmt Kernforschung wieder auf



widersetzen. Die westlichen Regierungen müssten wissen, dass sie auch durch Druck des UN-Sicherheitsrats nichts erreichen könnten. Dabei könne man dem "Westen" ein Ölboycott androhen: Der Westen müsste doch wissen, dass der Iran den Persischen Golf kontrolliere, auf dem mehr als 60 Prozent der Weltenergie abgewickelt werde.³⁵⁹

Als Verteidiger des Präsidenten Ahmadinejad sprechen sich die AH auch für die "Verteidigung Palästinas" aus. Ahmadinejad habe in all seinen Ausführungen [über Israel] die Ziele der islamischen Revolution verfolgt. Der Westen mache einen "Aufstand", wegen der "entschlossenen [antisemitischen] Stellungnahmen" des Präsidenten. Wenn aber der Iran Stärke zeige, werde der Westen und auch die westlichen Medien den Iran [endlich] respektieren.³⁶⁰

Die AH beraten und kritisieren die Regierung

Die AH konstatierten in einer Erklärung, dass die vorangegangenen Regierungen [die zwei Regierungsperioden von Rafsanjani und Khatami] den "kulturellen Angriff und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit" über 16 Jahre hinweg vernachlässigt hätten. Erst mit der neu gewählten Regierung von Ahmadinejad würden sich "Staatsbeamte um die Realisierung der Herrschaft der islamischen Werte" kümmern. Der 16-jährige Kampf der AH für eine islamische Regierung sei mit der Wahl Ahmadinejads in Erfüllung gegangen, da das politische Denken der Hizbullah endlich in die Regierungspolitik aufgenommen worden sei.³⁶¹

Sie kritisierten besonders die letzten acht Regierungsjahre unter Präsident Khatami, da diese für den Islam und die Revolution sehr problematisch gewesen seien. Nach den letzten Wahlen allerdings wolle die AH endlich bei einer "gerechten" Regierung mitwirken, da man den "Sieg von Ahmadinejad mit der Revolution von 1979 vergleichen" könne.³⁶²

Weiterhin bekräftigten die Ansare Hizbullah, dass ihre Kritik an der jetzigen Regierung nur in deren eigenem Interesse sei. So unterbreiteten sie der Regierung Ahmadinejad beispielsweise, dass diese "mit Plan" gegen unberechtigte Kritik der Gegner vorgehen solle. Die Regierung nütze die neuen Medien zu wenig und solle diese viel mehr für Propagandazwecke einsetzen, denn sie befinde sich in einem "Psychokrieg". Die Regierung müsse sich darüber im klaren sein, dass durch eine verstärkte Verteidigung nationaler Interessen auch die Kritik der Feinde des Iran stärker werden wird.³⁶³

³⁵⁹ Sharq 9.10.2005.

³⁶⁰ Sharq, 6.11.2005.

³⁶¹ <http://www.ansarnews.com/?usr=news/detail&nid=653>

³⁶² Sharq, 14.8.2005.

³⁶³ Sharq, 18.12.2005.



Auch den in der Sharq zitierten Ausspruch des Präsidenten Mahmud Ahmadinejad "Meine Regierung ist keine Theorien produzierende, sondern eine handelnde Regierung" kommentierten die AH kritisch, um ihm allerdings gleichzeitig ihre volle Unterstützung zu versichern. Laut Sharq erklärten sie, dass der Präsident mit einem solchen Satz sicherlich nicht gemeint habe, dass er Theorien grundsätzlich ignoriere. Er habe lediglich gemeint, dass die Pflichten der Regierung und der Exekutive nicht das reine Theoretisieren, sondern die "genaue und richtige Anwendung von islamischen Theorien" seien. Das Regierungsziel sei lediglich die "Ausführung von staatlichen Gesetzen".³⁶⁴

Ebenfalls in der Sharq werden die AH dahingehend zitiert, dass sie im übrigen nicht gänzlich mit der neuen Regierung von Amadinejad einverstanden seien. Besonders kritisierten sie, dass "Hamidresa Asefi wieder als Sprecher des Auswärtigen Amtes gewählt worden" sei.³⁶⁵ Dieser hatte diesen Posten auch schon unter Präsident Khatami inne.

Die AH kritisieren unislamisches Verhalten

Ansare Hizbullah mischen sich in gesellschaftspolitische Angelegenheiten ein und gehen gegen Intellektuelle, Studenten, Frauen und Organisationen vor, die sie als nicht islamisch genug einstufen.

Der ‚Verein junger Journalisten‘, der von der staatlichen Medienanstalt Seda wa Sima geleitet wird, wurde von Ansare Hizbullah wegen "unislamischen Verhaltens" stark kritisiert.

Die AH warnten die Mitglieder des Vereins mit der Begründung, dass wenn mit versteckten Kameras in den Räumlichkeiten des Vereins gefilmt werden würde, und der Film einigen Geistlichen vorgeführt würde, diese über die Situation in einem staatlichen Verein entsetzt sein würden. Die Ansare Hizbullah kritisierten, dass junge Journalistinnen "enge Mäntel und Hosen anziehen" und manchmal sogar "in den Räumlichkeiten des Vereins keinen Schleier tragen" würden. Zudem würden dort "Männer und Frauen gemeinsam lachen und miteinander bei der Arbeit sprechen". Für die Ansare Hizbullah sei eine solche Situation in einer staatlichen Organisation ein Zeichen für einen "kulturellen Verfall", dem der Staat entgegen treten müsse.³⁶⁶

Laut Sharq kritisierten die Ansare Hizbullah ebenso, dass auch junge Medizinstudentinnen im Operationssaal die Kleiderordnung nicht mehr beachten würden: "Oh, ihr Ummat der Hizbullah. Nach 26 Jahren Revolution wird die Entschleierung institutionalisiert. [Mit Entschleierung ist gemeint, dass nur noch Kopftücher getragen werden.] Nicht einmal das Justizministerium oder die

³⁶⁴ Sharq, 28.8.2005.

³⁶⁵ Sharq 18.9.2005.

³⁶⁶ Ebenda.



Ordnungskräfte kümmern sich darum. [...] Es wird überhaupt nicht mehr gegen die Entschleierung vorgegangen. Wir beklagen, dass junge, gläubige und jungfräuliche Studentinnen angehalten werden, ihren Schleier nicht mehr zu tragen. Seit Jahren werden die Frauen in ihren wissenschaftlichen Einrichtungen dazu gezwungen, ihren Schleier abzulegen. [...] Es ist nicht einleuchtend, warum der Schleier für Studentinnen der Zahnmedizin ein Problem sein sollte. Manche Professoren stellen die Studentinnen sogar vor die Frage, ob sie weiter studieren oder den Schleier tragen wollen. [...] Die Lösung liegt doch darin, dass man den Studentinnen endlich sterilisierte Schleier zur Verfügung stellt, damit sie nicht drinnen und draußen denselben Schleier tragen müssen. [...] Es ist oft vorgekommen, dass junge Studentinnen Professoren weinend gebeten haben, ihren Schleier ordnungsgemäß anziehen zu dürfen. Die Studentinnen haben sich sogar bereit erklärt, selber sterilisierte Schleier mitzubringen und zu verteilen. [...] Wir fordern hiermit den Gesundheitsminister, den Obersten Rat der Kulturrevolution, den Präsidenten, die Majlessmitglieder und die Vertreter des religiösen Führers an den Universitäten auf, diese Probleme endlich zu lösen. Im nächsten Leben müssen sie dafür gerade stehen, warum unsere Töchter entschleiert wurden."³⁶⁷

Die AH kämpfen gegen Korruption

Nachdem einige Korruptionsfällen in staatlichen Banken und Verwaltungen in den Medien diskutiert wurden,³⁶⁸ forderten die AH die Regierung auf, die Namen der in Korruptionsgeschäfte verstrickten Beamten zu veröffentlichen. In einer Erklärungen dazu heißt es:

"Diejenigen, die sich weigern, die Namen der in Korruption Verstrickten bekannt zu geben, müssen sich ihre Verantwortung gegenüber dem Volk bewusst sein. Sie müssen erklären, ob es ihnen wichtiger ist, die Namen einiger korrupter Personen zu schützen oder die islamischen Gesetze einzuhalten. [...] Justizbeamte und Majlessmitglieder müssen wissen, dass die gesellschaftliche Bewegung, die für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft kämpft, deren Ausbeuter bekämpfen will."³⁶⁹

Ansare Hizbullahs harsche Kritik an England

Die Ansare Hizbullah wenden sich immer wieder gegen die Briten. So forderte beispielsweise der Zentralrat der Ansare Hizbullah, dass der iranische Botschafter aus London zurückberufen und der britische Botschafter aus dem Iran ausgewiesen

³⁶⁷ Sharq 16.10.2005.

³⁶⁸ Nachdem Ahmadinejad seinen Kampf gegen die Korruption als einen Teil seines Regierungsprogramms vorgestellt hatte, wurden einige Korruptionsfälle öffentlich diskutiert. Beispielsweise kritisierte Hassan Noi, Mitglied der Wirtschaftskommission des Majless, dass "die Banken selbst die Quelle für viele Korruptionsfälle" seien. Er fragte weiter: "Wie kann nur eine Person 200 Mio. Euro Darlehen bekommen und das Geld einfach nicht zurückzahlen. Wir müssen aus einer solchen Geschichte schlussfolgern, dass der Bankdirektor mit dem Darlehensnehmer unter eine Decke steckt." Siehe dazu: Kayhan, 26.10.2005

³⁶⁹ Sharq 30.10.2005.



werden sollte. Und als in der südiranischen arabischen Provinz Khusistan zu Aufständen gegen die Zentralregierung in Teheran kam, beschuldigten die AH die britische Regierung, die arabischen Aufständischen unterstützt zu haben: "Die Engländer haben doch die Aufständischen militärisch trainiert und ihnen beigebracht, wie man Bomben legt. Die Engländer haben doch in Irak ihren eigenen Soldaten iranische Soldatenuniformen angezogen, und dann behauptet, dass iranische Soldaten in Irak kämpfen und Bomben legen."³⁷⁰

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

Special Dispatch, 23. Januar 2006 - Die Fadaiyane Islam im Iran³⁷¹

Im Iran wurde am 17. Januar 2006 der 49. Jahrestag des "Märtyrertodes" von **Seyyed Mojtaba Nawab Safawi** gefeiert. Dieser hatte 1945 die Gruppe **Fadaiyane Islam** gegründet, die zum Ziel hatte, gegen alles anzukämpfen, was seit den 20er Jahren im Iran modernisiert und verwestlicht worden war. Statt dem Schah sollte ein islamisches Regime unter der Führung eines Imam regieren. Um dies zu erreichen, töteten die Fadaiyane Islam zwischen 1949-53 zwei Premierminister und einen Erziehungsminister, verschiedene Anschläge auf den **Schah** und den Außenminister scheiterten.

1953 ließ der Schah fünf Führungsmitglieder der Fadaiyane Islam verhaften und hinrichten, 1957 wurde Safawi selbst hingerichtet. Danach arbeitete die Organisation im Untergrund weiter und ermordete 1965 den Premierminister **Mansur**. Auch für den Anschlag auf den Schah durch einen seiner Leibwächter war diese Gruppe verantwortlich.

Mit der Revolution 1978/79 kehrten die Fadaiyane Islam als Anhänger Khomeinis unter der Führung des ehemaligen Revolutionsrichters **Ayatollah Khalkhali** in die Öffentlichkeit zurück. Heute vertreten sie eine Re-Islamisierung des Irans, wobei sie ein besonderes Augenmerk auf eine rein islamische Rechtsprechung, Erziehung und Regierung richten.³⁷²

Im Folgenden dokumentieren wir einige Aussagen führender iranischer Politiker zum Jahrestag des "Märtyrertodes" von Nawab Safawi.

³⁷⁰ Sharq, 23.10.2005

³⁷¹ MEMRI

³⁷² siehe Ferdows, Amir H. in Greussing, Kurt (Red.): Religion und Politik im Iran, Frankfurt a.M. 1981.



Der religiöse Führer: Nawab Sawawi auch heute noch aktuell

Die reformislamistische Zeitung, **Aftab**, zitierte den religiösen Führer des Iran **Ali Khamenei**, der über die Fadaiyane Islam sagte: "Die Fadaiyane Islam haben den Namen der islamischen Herrschaft und der Herrschaft des koranischen Gesetzes bekannt gemacht. Es ist sehr richtig und gerecht, dass die Persönlichkeit des Märtyrers Nawab Safawi und die Organisation der Fadaiyane Islam geehrt werden. Sie haben in einer Zeit revoltiert, als der Islam noch nicht die gesetzliche Grundlage im Iran war. [...] Es gab viele Gruppen, die gegen das [Schah-] Regime kämpften, aber keine dieser Gruppen und Organisationen, abgesehen von den Fadaiyane Islam, verfolgten das Ziel einer islamischen Herrschaft." Khamenei fügte hinzu, dass der das Denken von Nawab Safawi auch heute noch für aktuell halte.³⁷³

Rafsanjani: "Wir liebten ihn"

Und der Vorsitzende der Versammlung zur Erkennung der Staatsinteressen **Hashemi Rafsanjani** sagte über Nawab Safawi: "Als die Massen auf die Straßen strömten, lenkte Ayatollah Khomeini die Massen und erklärte, dass dank der Präsenz der Massen die Propaganda des bewaffneten Kampfes nicht mehr nötig sei. [...] Heute, 27 Jahre nach der islamischen Revolution, sind die Völker der Welt erwacht. Die Werke, die es über den großen Märtyrer Nawab Safawi gibt, tragen zur Aufklärung der Gesellschaft bei. Ich bin einer seiner Zeitgenossen und meine politischen Visionen entstanden zu seiner Zeit. Im Jahre 1941 wurde der Iran besetzt und die Zentralregierung war sehr schwach. Während der konstitutionellen Revolution [1905-06] wurde der Islam zwar thematisiert, aber Resa Shah unterdrückte die Religion mehr als alles andere und entschleierte die Frauen zwangsweise. Dennoch konnte der Shah nicht das Herz der Menschen erobern. [...] Nawab Safawi hatte eine anziehende Persönlichkeit. Wir liebten ihn. Er hatte majestätische Parolen, die in den Herzen aller Menschen Platz fanden."³⁷⁴

Gegenüber der Zeitung **Quds** sagte Rafsanjani: "Die Freunde und die Schüler von Nawab, sowohl aus der Zeit vor der Revolution als auch danach, gehören zu den großen Reichtümern der Revolution. Wir können von ihren Erfahrungen lernen und ihre Lehren auf die gegenwärtige Gesellschaft anwenden."³⁷⁵

In Hinblick auf die Bewegungen in den 50er Jahren, die sich gegen die Pahlavi-Dynastie richteten, stellte Rafsanjani fest, dass insbesondere die kommunistische Bewegung in Kurdistan und Asarbaijan sehr stark gewesen sei. Aber es habe auch eine "islamische Bewegung eines sympathischen Mannes, Nawab Safawi" gegeben, über die er in der Zeitung Sharq sagte: "Die Bewegung der Fadaiyane Islam gab dem Land große Impulse. [...] Sie haben wirklich die Saat der islamischen Herrschaft

³⁷³ Aftab, 18.1.2006.

³⁷⁴ Jomhuriye Eslami, 18.1.2006 .

³⁷⁵ Quds, 18.1.2006



gesät. Damals hat sich die nationale Front mit Ayatollah Kashani und den Fadaiyane Islam zusammen getan, um das Öl zu verstaatlichen. Aus diesem Kapitel der Geschichte müssen wir eine besondere Lehre ziehen. [...]"

In derselben Ausgabe wurde **Safar Harandi**, Minister für Kultur und islamische Führung, zitiert: "Diesen Märtyrern wird [und wurde] sehr viel Ungerechtigkeit angetan. Die Fedayiane Islam waren keine blinde Terrororganisation. Nawab war vielmehr ein kulturelles Phänomen. Die religiösen Prinzipien in der Gesellschaft wurden durch solche Persönlichkeiten in [unserer] Geschichte verewigt. [..] Sie haben damals mit vollem Selbstbewusstsein die Meinung vertreten, dass die Muslime die Welt beherrschen können. Dies ist mitunter ein Grund, warum man einem Nawab Safawi dankbar sein muss. [...] Schließlich hat Khomeini die Hoffnungen Safawis im Nachhinein erfüllt." Jedoch habe Safawi auch Fehler gemacht, die der Kulturminister aber nicht weiter ausführte.³⁷⁶

Special Dispatch, 2. Februar 2006 - Iranische Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas³⁷⁷

Den Sieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen betrachten iranische Politiker und Kommentatoren verschiedener islamistischer Schattierungen als einen Sieg der islamischen Bewegung. Dabei solidarisieren sich führende iranische Politiker nicht nur politisch mit der Hamas, sondern sprechen auch von der Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung, falls die westlichen Staaten sich gegen die Hamas stellen würden. Reformislamistische Stimmen betonen, dass die Hamas nun von einer militanten Bewegung zu einer politischen Institution werden müsse.

‘Der Iran wird die Hamas politisch und wenn nötig auch finanziell unterstützen’

Der iranische Präsident, **Mahmoud Ahmadinejad**, versicherte dem palästinensischen Volk seine volle Unterstützung: "Das Ziel ist die umfassende Befreiung aller besetzten Gebiete. Dazu brauchen wir die Wachsamkeit aller islamischen Völker, insbesondere des palästinensischen Volkes. Das iranische Volk wird stets auf der Seite seiner palästinensischen Brüder stehen."³⁷⁸

Ali Akbar Mohtashemipour, Reformislamist, Sprecher des Ex-Präsidenten Mohammad Khatami, Begründer der Hisbullah im Libanon und Vorsitzender der internationalen Quds-Konferenz zur Unterstützung der Rechte der Palästinenser,

³⁷⁶ Sharq, 18.1.2006

³⁷⁷ MEMRI

³⁷⁸ ISNA, 30.1.2006



sagte über die Wahl der Hamas: "Die Entscheidung des palästinensischen Volkes für die Hamas ist eine Wahl für den Islam und den Widerstand. Die Wahlen haben gezeigt, dass das palästinensische Volk gänzlich islamisch ist und dass die Palästinenser den Widerstand als eine Strategie betrachten. Außerdem ist deutlich geworden, dass die Palästinenser Kompromisse ablehnen. Vielmehr haben sie verstanden, dass es der Widerstand war, der die Israelis zur Räumung von Gaza gebracht hat. [...] Ich kann mir vorstellen, dass falls die westlichen Staaten der Hamas feindlich begegnen, an ihrer Stelle die islamischen Staaten der Hamas finanziell beistehen werden." ³⁷⁹

Die Redaktion der Zeitung **Kayhan** schrieb, dass der Sieg der Hamas der vierte Sieg der Muslime in einem Jahr [das iranische Jahr beginnt am 21. März] gewesen sei: Zuvor wären die Muslime bereits im Iran bei den Präsidentschafts- und in Afghanistan bei den Parlamentswahlen erfolgreich gewesen. Auch im Irak sei ein entscheidender Sieg der islamischen Bewegung deutlich geworden. Laut Kayhan erklärte Ayatollah Mohammad Emami **Kaschani** zum Sieg der Hamas: "Die Zionisten betrachten die palästinensischen Wahlen als Erdbeben. Wir hoffen, dass sich dieses Erdbeben bis zum Weißen Haus fortsetzt." ³⁸⁰

Auch aus dem iranischen **Majless** [Parlament] kamen Glückwünsche. Laut Kayhan sagte das Majlessmitglied Seyyed Abutaleb: "Die islamisch-fundamentalistischen Bewegungen sind ein Produkt der islamischen Revolution [im Iran]. Diese Bewegungen begannen in der arabischen Welt in den 80er Jahren. Seitdem stehen sie unter dem fortschrittlichen Einfluss der stabilen Macht der islamischen Republik. [...] Dieser Kampf wird sich fortsetzen und die Hegemonialmächte der westlichen Welt werden nichts gegen diese Bewegungen unternehmen können, weil sich diese Bewegungen auf die Bevölkerung stützen." ³⁸¹

‘Die Hamas muss auf ihr militantes Vorgehen verzichten.... und für eine staatliche Armee sorgen’

Ahmad Siadabadi schrieb einen *Kommentar in der reformislamistischen Zeitung Sharq unter dem Titel, "Von der Bewegung zur Institution". Darin heißt es:*

"Wir erinnern uns an die Gedanken von Dr. Ali Schariati, der bemerkte, dass sich Bewegungen nach ihrem Sieg institutionalisieren. Es selbst aber forderte die Fortsetzung der Bewegung bis zum Sieg. Der gesegnete Schariati verlangte damit das Unmögliche, denn wenn sie die Macht erlangt, hat eine politische und gesellschaftliche Bewegung keine andere Chance als ihre Methoden zu ändern und sich zu institutionalisieren. [...] Schariati hatte dieselben Vorstellungen von der Permanenz der islamischen Bewegung bis zur Erlangung der Macht, wie die

³⁷⁹ IRNA, 1.2.2006

³⁸⁰ Kayhan, 28.1.2006

³⁸¹ Kayhan, 29.1.2006



islamische Bewegung Hamas in den palästinensischen Gebieten.³⁸² Als Bewegung betrachtete die Hamas den bewaffneten Kampf zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele als legitim und hat sich in den letzten Jahren durch bewaffnete Aktionen gegen israelische Ziele hervorgetan. Bei israelischen Racheoperationen verlor sie eine Reihe ihrer Führer, änderte ihre Positionen gegenüber Israel aber nicht.

Nun hat die Hamasbewegung 76 von 132 palästinensischen Parlamentssitzen errungen. Die Hamas ist damit in der Position einer Mehrheitspartei und muss eine Regierung bilden. Ihre Führer hoffen, dass sie eine Regierung bilden und gleichzeitig ihre Strategie des bewaffneten Kampfes fortsetzen können.

Die Erfahrungen bewaffneter Freiheitskämpfe zeigen aber, dass ihr Erfolg zu einem gewissen Maß von Aktivitäten geheimer Gruppen und dem Verzicht auf feste Basen abhängt. [...] Mit Bildung der palästinensischen Regierung durch Hamas wird die Untergrundarbeit ihre Bedeutung für die politischen Führer dieser Gruppe verlieren. Sie sind gezwungen, sich im Parlament und im Kabinett zu versammeln und Entscheidungen zu treffen. Der bewaffnete Hamas-Flügel wird nicht mehr unerkannt im Untergrund arbeiten können, wenn die Bewegung nach der Regierungsbildung in den Institutionen ihre Position in puncto bewaffneter Kampf, Parlament und Regierung und zum Verhalten zu israelischen Vergeltungsschlägen neu formulieren muss. [...]

Hat sich die Hamas diesen Weg ausgesucht? Die Reden einiger ihrer Führer zeugen davon, dass die Organisation gar nicht das Ziel verfolgte, die Mehrheit der Parlamentssitze zu erlangen, sondern lieber als Minderheit in der Opposition geblieben wären. [...] Tatsächlich ist wohl auch anzunehmen, dass viele Palästinenser die Hamas gewählt haben, weil sie vom schwachen Auftreten und dem Verfall der Fatah-Bewegung enttäuscht waren. So wurden nicht nur Israel, die westlichen und die arabischen Staaten vom deutlichen Sieg der Hamas überrascht, sondern auch die Hamas-Bewegung selbst. [...]

Es sieht so aus, als ob die Hamas in der Regierung Pflichten und Grenzen haben wird, was dazu führen könnte, dass sie sich vom bewaffneten Kampf distanziert. Zwar pflegen Ägypten und Jordanien gute Beziehungen zur Hamas, aber der internationale Druck, insbesondere derjenigen Staaten, die große Hilfeleistungen für

³⁸² Die Geschichte der Hamas dokumentiert die Zeitung wie folgt: "1987: Intifada: Scheich Ahmad Yassin gründet die Hamas. 1988: Das Manifest für Jihad wird veröffentlicht. 1989: Nachdem Hamas bei einem Angriff Dutzende Israelis tötet, setzt Israel Hamas auf die Liste der Terrororganisationen. 1989: Israel verhaftet Scheich Ahmad Yassin. 1991: Hamas gründet ihren militärischen Flügel, die Kassam-Brigaden, um Angriffe gegen Israel durchzuführen. Ab 1991: Bei Dutzenden Operationen gegen Israel werden Hunderte Juden getötet. 1996: Hamas boykottiert die ersten parlamentarischen Wahlen in Palästina. 1997: Scheich Yassin wird aus dem Gefängnis entlassen 2000: Beginn der zweiten Intifada. 2003: Scheich Ahmad Yassin wird bei einem israelischen Angriff verletzt. 2004: Scheich Ahmad Yassin wird in Gaza bei einem israelischen Angriff ermordet. 2004: Abdul-Aziz Rantisi, Nachfolger von Yassin, wird ermordet. 2005: Der umfassende Sieg bei den Kommunalwahlen."



die palästinensische Gesellschaft erbringen, wird eine große Rolle bei der Veränderung der Hamas spielen. Wenn die Hamas auf diesen Druck nicht reagiert, wird nicht nur die Verwaltung der von Israel besetzten Gebiete sehr schwierig werden. Zudem bekommen die Israelis damit einen Vorwand, jenseits des globalen und regionalen Drucks den Plan von Ariel Scharon zur einseitigen Bestimmung der Grenzen Palästinas durchzusetzen.

Dieses Problem kann die innenpolitische Lage der Hamas sehr schwächen und ihre palästinensischen Konkurrenten beliebter machen. Daher ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich die Hamas sich von einer Bewegung in eine herrschende Partei wandelt. Die Hamas muss in dieser Rolle als legitimer Repräsentant des palästinensischen Volkes auf ihr militantes Vorgehen verzichten und für eine legale Armee und Polizeikräfte sorgen. Dies kann mit einer Feuerpause mit Israel begonnen werden. Die Hamas wird dann ungewollt dieselbe Rolle im Friedensprozess des Mittleren Ostens spielen, wie ihr alter Rivale, die Fatah, die diese Rolle nicht zu Ende spielen konnte.“³⁸³

Die Bassiji-Woche ³⁸⁴

Die Islamisten feiern im Iran die Bassiji-Woche. Am heutigen Montag beginnt der 28. Jahrestag der Gründung der Bassiji-Armee. Zu diesem Anlass wird traditionell eine Bassijiwoche gefeiert.

Die Bassiji sind eine paramilitärische Einheit, die den Revolutionsgardisten untergeordnet ist.

Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini hatte den Aufbau einer 20 Millionen Einheit gefordert.

Laut Kayhan sagte General Seyyed Mohammad Hejasi, Oberbefehlshaber der paramilitärischen Einheiten, dass dieser Tag unter dem Motto, „Bassiji, Koran und Herrschaft des Klerus“ steht. Dieser Tag stehe für „Widerstand, nationale Einheit und prophetischen Glauben, [...] für Moral und Gerechtigkeit.“ ³⁸⁵

Laut dem Oberst der Revolutionsgardisten Mohammad Reywandi werden „in dieser Woche 1,6 Millionen Bassijis in verschiedenen Programmen ihre Macht demonstrieren.“ Allein 12.000 Basijis, die in staatlicher Verwaltung organisiert seien, „würden an Koran-Lese-Wettbewerben teilnehmen.“³⁸⁶

³⁸³ Sharq, 28.1.2006

³⁸⁴ Honestly Concerned, November 20, 2006

³⁸⁵ Kayhan, 19.11.2006

³⁸⁶ Kayhan, 20.11.2006



Und die Zeitung Jomhuriye Eslami zitierte Ayatollah Khomeini, um die Bedeutung der Bassiji zu verdeutlichen: Die Geschichte der Bassiji war schon immer im Islam wichtig gewesen. Wenn es Kriege gab, kamen verschiedene Stämme zusammen und führten den Krieg gemeinsam. Es ist also keine neue Geschichte. Im Islam war es schon immer so. Und da unser Ziel der Islam ist, muss jeder Jugendliche eine Kraft sein, die den Islam verteidigt. Jeder, gleich in welchem Beruf tätig, muss bereit sein, den Unglauben und die Gottlosigkeit und die Invasion der Fremden zu verhindern.“³⁸⁷

„Die Kultur des Märtyrertodes“³⁸⁸

Sobhe Sadeq ist das Organ der iranischen Pasdaran, der Revolutionsgarden. Zunächst wird ein Kommentar eines Bassiji-Intellektuellen dokumentiert. Dieser beschreibt, was eine wirkliche „Bassiji-Kultur“ sei und warum ein Bassiji nicht besiegt sei. Bassiji waren die freiwilligen Einheiten, die im Iran-Irak-Krieg [1980-88] kämpften und zum Vorbild aller islamistischen Selbstmordattentäter wurden.

Während der Märtyrerkult als ein Ideal menschlichen Verhaltens dargestellt wird, wird die Lobbyarbeit des American Israel Public Affairs Committee [AIPAC] in einem weiteren Artikel dieser Zeitung angegriffen.

„Nur das Streben nach der Kultur des Märtyrertodes gewährleistet den Sieg des irakischen Volkes“

Und stolz schrieb Ehssan Ayati in derselben Zeitung am 29.11.2007 über die Bassiji, die eine „Kultur des Märtyrertums“ haben:

„Der Geist des Strebens nach dem Märtyrertod und der Furchtlosigkeit vor dem Tod gehört zu den wichtigen Punkten die mit dem Islam und mit der islamischen Revolution zustande gekommen ist. In der göttlichen Kultur und im Islam gibt es kein Nichts. Der Tod ist der Beginn einer ewigen Existenz.“

Weiter heißt es:

„Das Martyrium ist eine Form des großen Jihad und mischt sich manchmal mit dem kleinen Jihad und wird zur Hoffnung aller Frommen.“

Ayati meint, dass man nicht nur im Kampf und im militanten Widerstand zum Märtyrer werde. Wenn man „nicht egoistisch und nicht selbstsüchtig“ sei, könne man sich als Märtyrer sogar besser als im Krieg siegreich verhalten. Er fährt fort: „Ein Märtyrer denkt gar nicht an sich selbst, sondern nur an Gott und verschenkt sogar sein Leben.“

³⁸⁷ Jomhuriye Eslami, 21.11.2006

³⁸⁸ 21.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/21/die-kultur-des-martyrertodes/>



Der wahre Geist des Jihads und des Märtyrertums könne noch nicht einmal mit Waffengewalt bekämpft werden. Ayati meint, dass keine Macht in der Welt Menschen bekämpfen könne, die folgender Parole folgen: „Wir erledigen lediglich unsere Aufgabe und interessieren uns nicht für das Ergebnis.“

Im Verständnis einer solchen Kultur gäbe es keinen Unterschied zwischen der Bedeutung des „Todes und des Sieges. Beide haben denselben Wert und es gibt keine Niederlage.“

Ayati fährt fort: „Damals [Während der islamischen Revolution im Jahre 1979] stand ein ganzes Volk mit leeren Händen gegen die ganze Welt. Das iranische Volk hat nicht nur gesiegt, sondern seine Kultur an viele unschuldige Völker exportiert. Khomeini sagte schon: Wir müssen überall in der Welt Hisbollah-Zellen gründen. Wir müssen weltweit neue Fronten errichten, um den weltweiten Sieg zu erlangen. Wir sind auch Zeugen davon, wie die Zweige und Blätter der Hisbollah jenseits der Grenzen die Schnauze der Supermächte auf den Boden hauen. Das ist nichts als die Kultur des Martyriums und des Widerstandes, bis zum Märtyrertod.“

Dann vergleicht der Autor den Kampf der Bassiji mit den Kämpfen in Algerien und Vietnam: „Die verlorenen Völker, die keine Kultur des Martyriums haben und nur mit nationalistischen Parolen ins Feld ziehen, haben viel mehr menschliche Opfer als wir in einem Krieg. Auch nach einem Krieg werden sie weder eine erstrebenswerte Wirtschaft noch Sicherheit besitzen. Nehmen wir Algerien als Beispiel: Zwei Millionen Menschen mussten sterben. Korea und Vietnam auch zwei Millionen Tote. Am Ende haben sie weder gesiegt noch konnten sie ihre Wirtschaft verbessern und Sicherheit garantieren. Nach so vielen Toten kann man sie trotzdem nicht zu den unabhängigen Staaten zählen.“

Und er glaubt, dass die libanesische Hisbollah Israel besiegt habe:

„Wie wir aber gesehen haben, besiegte die Hisbollah das Besatzungsregime in 33 Tagen. Auch die Anzahl der Toten auf der Seite der Hisbollah hielt sich in Grenzen. Ein gegenteiliges Bild sehen wir aber gegenwärtig im Irak, wo das irakische Volk sich den amerikanischen und britischen Besatzern ergeben hat. Im Irak sterben täglich viele Menschen. Wenn aber die Kultur des Strebens nach dem Märtyrertod im Irak Fuß fassen würde, wäre der Sieg des unschuldigen irakischen Volkes garantiert.“

Und Bassiji-General, Hassan Bakhtiari, beklagt das zu kleine Budget der Bassiji. Daher sei man bestrebt sich „qualitativ und nicht mehr quantitativ aufzurüsten.“

„Im Strudel der zionistischen Lobby“

Ali Tatmaj schreibt in einem Artikel des Organs der iranischen Revolutionsgarden, der Pasdaran:

„Die zionistische Lobby hat stets die Interessen Tel-Avivs in den Vereinten Nationen vertreten. Diese versucht nun die Konflikte zwischen den Demokraten und



Republikanern in einem Gleichgewicht zu halten, um ihre Ziele besser durchzusetzen..“

Das Weiße Haus und der Kongress seien indessen nur damit beschäftigt der zionistischen Lobby zu helfen. Eine Analyse der Politik und der Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika führe zu der Erkenntnis, dass dieser Staat „vollständig von der zionistischen Lobby beherrscht“ werde.

Die AIPAC und einige andere zionistischen Gruppen haben sich dem Intellektuellen der Revolutionsgarden zufolge zu den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteuren entwickelt. Tatmaj hebt die Arbeit der zionistischen „Lobby“ bei den Zwischenwahlen für den US-Kongress hervor.

Tatmaj schreibt: „Die Juden haben einen Rekord geschlagen und sind mit 30 Abgeordneten im Kongress vertreten. Sie sind dabei, ein Gleichgewicht zwischen beiden dort existierenden Gruppen herzustellen, damit keine Seite als Sieger hervorgehen kann. Sie versuchen beide, sowohl die Demokraten als auch die Republikaner, unter ihren Einfluss zu bringen.“

Die jüdischen Abgeordneten würden die Widersprüche zwischen den Republikanern und Demokraten verschärfen um sie beide für ihre eigene Politik und Interessen zu vereinnahmen.

Tatmaj geht zunächst auf die Haltung der Demokraten ein und schreibt:

„Seit der Gründung des zionistischen Regimes haben die Demokraten die Zionisten am meisten unterstützt.“ In ihrer Regierungszeit hätte die USA den „Zionisten“ besondere militärische, wirtschaftliche und politische Hilfe zukommen lassen, viel mehr als unter den Republikanern. Es heißt weiter:

„Gegenwärtig sind die Demokraten lediglich im Kongress aktiv und bereiten sich für die Wahlen im Jahre 2008 vor.“ Die jüdischen Demokraten würden im Kongress versuchen, jetzt schon Bedingungen zu schaffen, damit die wirtschaftliche und militärische Hilfe auch in Zukunft zugunsten der „Zionisten“ bestehen bleibe. Die Demokraten würden schon jetzt eng mit AIPAC zusammenarbeiten.

Und über die Haltung der Republikaner meint der Autor, dass seit 6 Jahren das Weiße Haus die „ursupatorischen Zionisten in den besetzten Gebieten unterstützen“ würde. Die Nutznießer seien die Zionisten. Die Neokonservativen haben Tatmaj zufolge eine gemeinsame Politik mit den Zionisten entwickelt, um gleichzeitig die Demokraten im Kongress zu schwächen. „Es gibt eine Symmetrie in der Vorgehensweise der USA im Irak und der Zionisten. Die Amerikaner verstärken ihre Militärpräsenz im Irak und die Zionisten stürmen Ost-Jerusalem.“ Gleichzeitig würden die Zionisten im Kongress für Bush Lobbyarbeit betreiben, damit dieser „über die Verbrechen und Expansionspolitik des zionistischen Regimes schweigt.“



Im Hinblick auf die Wahlen 2008 würden die Zionisten versuchen, beide Seiten unter Kontrolle zu haben. Nie würden sie sich vor den Wahlen politisch positionieren, damit sie sich „einerseits die wirtschaftlichen Vorteile durch die Unterstützung der Demokraten absichern und andererseits die internationale Unterstützung zugunsten des zionistischen Regimes seitens der Republikaner bekommen.“ Infolge dieser Politik habe die zionistische Lobby es erreicht, dass die US-Regierung in Washington mehrere Milliarden US-Dollar für das zionistische Regime ausgegeben habe, um gegen die „palästinensische Einheitsregierung der Hamas“ zu opponieren. Das Ziel der Zionisten sei, die Konflikte zwischen beiden Parteien zu schüren, damit sie in den „Strudel der zionistischen Lobby geraten.“

Der Iran unterstützt Terrorbewegungen ³⁸⁹

Ein Berater des palästinensischen Präsidenten hat, wie die WELT am 19.6.2007 berichtete, den Iran beschuldigt, Hamas ermutigt zu haben einen Putsch in Gaza durchzuführen.

Tatsächlich treffen sich iranische Politiker regelmäßig mit politischen Führern terroristischer Bewegungen in Teheran oder in Damaskus.

Im folgenden werden einige Beispiele für die Zusammenarbeit des Iran mit islamistischen Terrororganisationen aufgeführt.

Der iranische Außenminister trifft in Syrien Vertreter terroristischer Gruppen

Am 2. Juni berichtete Kayhan, dass der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki betont habe, dass „die palästinensischen Gruppen kraft Widerstand und Einheit die Verschwörung und die Intrigen des zionistischen Regimes neutralisieren werden.“ Mottaki, der in Syrien Khaled Mashal, einen politischen Führer der Hamas traf, bezeichnete „den Widerstand und die Klugheit als zwei Elemente, die Hamas dabei helfen werden die großen Ziele, die sich das palästinensische Volk gesteckt hat, zu erreichen.“ Mottaki sagte, dass „nach dem 33-tägigen Libanon Krieg das zionistische Regime bestrebt sei, die inneren Widersprüche zwischen den palästinensischen Gruppen zu schüren.“ Die Palästinenser dürfen dem zionistischen Regime keine Punkte geben, so der iranische Außenminister.

Während Khaled Mashal die Position vertrat, dass die militärische Vorgehensweise Israels die „Niederlage der zionistischen Politik beweise, meinte Ramadan Abdullah, Vorsitzender der Jihade Islami: „Das zionistische Regime steht nach dem 33-tägigen Libanon-Krieg unter einem starken inneren Druck. Sie dürfen keine Punkte bekommen. Das zionistische Regime befindet sich in einer allseitigen Sackgasse. Denn unsere einzige Priorität ist Widerstand. Und der Widerstand, der nur den Sieg anvisiert, verlangt die Einheit und die Solidarität der palästinensischen Gruppen. Wir müssen mit viel Intelligenz das Komplott der Zionisten überwinden.“

³⁸⁹ 19.06.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/06/19/der-iran-unterstutzt-terrorbewegungen/>



Kayhan berichtete, dass der iranische Außenminister auch Vertreter der libanesischen Gruppen der Amal und der Hisbollah getroffen habe. Er sagte zu ihnen: „Das Problem Libanon wird nur gelöst, wenn alle Gruppen aktiv und präsent sind.“ Es wurde aus dem Bericht der Kayhan nicht deutlich, ob er andere Gruppen jenseits von Hisbollah und Amal meinte, oder ob er auf die Konflikte zwischen diesen zwei Gruppen anspielte.

Mottaki warf zudem der amerikanischen Regierung und dem „zionistischen Regime“ vor, im Libanon „strategisch für Spannungen zu sorgen.“ Ihr Ziel sei es, die „nationale Einheit des Libanon zu verhindern.“ Zum Abschluss lobte der iranische Außenminister die syrisch-iranischen Beziehungen.

Am 16. Juni berichtete IRNA, dass ein Vertreter des Teheraner Hamasbüros von einem Dialog zwischen Hamas und der Fatah gesprochen habe. Der Dialog sollte dazu dienen die „gegenwärtigen Probleme Palästinas zu lösen.“ Es gäbe keinen Zweifel, dass „jegliche Form des Krieges zwischen den Palästinensern nur den Zionisten nutzen werde.“ Dem Hamasvertreter zufolge „müsse Abu Mazen sich mit Hamas zusammensetzen, falls dieser eine wirkliche Lösung suche.“ Mahmud Abbas sei jedoch den falschen Weg gegangen, als er die Regierung aufgelöst habe.

Raketen auf Israel

Die reformislamistische Zeitung Sharq schrieb in einem Kommentar, dass ein Hamasvertreter in einem Interview gesagt habe, dass „es schlimmer sei, wenn ein Palästinenser von einem Fatahmitglied umgebracht wird, als wenn die Israelis 50 Hamasanhänger umbringen.“

In den letzten Tagen seien jedoch über 100 Palästinenser von Palästinensern umgebracht worden.

Barmak Bahemand, Kommentator der Sharq, schreibt, dass der Westen die „Volksregierung“ der Hamas nicht akzeptiert habe, denn der militärische Flügel der Hamas werde keineswegs die Waffen niederlegen und werde auch nie Israel anerkennen wie die Fatah es getan habe. Der Hamasvertreter habe auch gesagt, dass die Hamas den innerpalästinensischen Konflikt beenden wolle, um weiterhin die „Raketen auf Israel zu richten.“ Bahremand weist schließlich auf die ungelösten wirtschaftlichen Probleme in Gaza hin.

Gaza unter vollständiger Kontrolle der Hamas

Die Zeitung Jomhuriye Eslami, die Ex-Präsident Rafsanjani nahe stehen soll, gab mit Stolz an, dass die Hamas zunächst den Sicherheitsapparat in Gaza und inzwischen auch das Fatah-Radio, die palästinensische Stimme, erobert habe. Die Hamas habe auch einige Fatahmitglieder verhaftet. Laut Jomhuriye Islami warf Hannieh der Fatah vor, für Chaos zu sorgen. Umgekehrt habe ein hohes Fatahmitglied gesagt, dass die Kontrolle der Hamas über Gaza „das bitterste Ereignis nach dem Krieg gegen Israel von 1967 sei.“



Ein anderes Mitglied der Hamas meinte, dass seine Organisation über eine politische Legitimität verfüge, da vom Volk gewählt. Die Hamas habe alle diplomatischen und politischen Dialogformen mit Fatah ausprobiert, sei jedoch nicht erfolgreich gewesen. Er kritisierte Abbas und die palästinensische Autonomiebehörde dahingehend, dass Mahmud Abbas nichts ohne einen Konsens mit allen Palästinensern unternehmen dürfe.

Die Tatsache, dass der palästinensische Präsident Abbas seine Kontakte zur Hamas abbricht, beweist noch einmal, dass islamistische Terrorbewegungen keine Lösung für ihre eigenen Gesellschaften anbieten können.

Iranischer Staatsterrorismus ³⁹⁰

Inzwischen schließt der EU-Chefdiplomat Javier Solana nicht aus, dass der Iran womöglich hinter der Hamas-Revolte im Gazastreifen stecke, wie Reuters berichtete. In der Vergangenheit gaben verschiedene iranische Politiker immer wieder zu, dass der Iran die Hamas und andere „Befreiungsbewegungen“ moralisch und politisch unterstütze. Eine mögliche finanzielle oder militärische Unterstützung wird bisher aber geheim gehalten.

Weiteren Aufschluss zu dieser Frage können aktuelle Beiträge iranischer Zeitungen geben. So ging die Zeitung Jomhuriye Islami in einem Leitartikel auf den „Verrat“ des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas ein.

Gleichzeitig bezeichnete der Herausgeber der Zeitung Kayhan, Sprachrohr des islamischen Führers des Iran, Hussein Schariatmadari, die deutsche Bundesregierung als staatsterroristisch und bezog sich dabei auf Monitor. Die ARD-Sendung Monitor hatte über Aktivitäten der militanten Bewegung Pejak berichtet, die gegen die Islamische Republik Iran bewaffnete Aktionen durchführt....

Jomhuriye Islami bezeichnet Abbas als „Verräter“

„Im Namen Gottes, des Gnädigen, des Barmherzigen,

Die Spuren und die Folgen des Verrats von ‚Mahmud Abbas‘ im palästinensischen Gebiet werden immer sichtbarer. Die Fraktion der ‚Fatah‘ sieht sich gezwungen die Zionisten zu unterstützen und zu verteidigen, um sich bei denen einzuschmeicheln. Salam Fajad, der von Abbas zum Chef der illegalen Regierung ernannt wurde, nachdem die Zionisten die Erlaubnis dafür ausgesprochen hatten, hat in den letzten Tagen bewiesen, wie offen dieser seinen zionistischen Herren dienen kann, so wie dies in der palästinensischen Geschichte bisher nicht vorgekommen ist.

Er hat in besonders dreister Form nicht nur die Besatzer von ihrer Schuld freigesprochen, sondern obendrein behauptet, dass der antiisraelische Widerstand die Ursache für das Leid des palästinensischen Volkes ist. Er hat behauptet, dass

³⁹⁰ 04.07.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/07/04/iranischer-staatsterrorismus/>



wenn dieser Widerstand ein Ende findet, das Elend der Palästinenser ein Ende finden könnte.

Er hat es bis zum Gipfel der Unverschämtheit getrieben, er macht einfach weiter, auch wenn die Palästinenser ihn wegen seiner Zusammenarbeit mit den Besatzern tadeln und kritisieren. Es ist ihm alles egal und er macht weiter, denn er ist davon überzeugt, dass die Operationen gegen die Besatzer nur Armut, Elend und Leid für das palästinensische Volk mit sich bringen. Damit zieht der Fatah-Flügel einen Strich durch die Rechnung der hundertjährigen Kämpfe des palästinensischen Volkes.“

Die Ausführungen des palästinensischen Präsidenten, knapp ein Jahr nach der Niederlage des zionistischen Regimes, seien ein „großes Geschenk für die Besatzer gewesen.“

Absurde Vorwürfe werden von einer der größten iranischen Zeitungen gegen den palästinensischen Präsidenten erhoben. Abbas würde die „Muslime daran hindern sich in Moscheen zu versammeln und den Predigten der Gelehrten zuzuhören.“ Personen, die dem palästinensischen Präsidenten nahe stünden, sollen gesagt haben, dass Abbas dies alles mache, um den „Einfluss der Hamas“ zu begrenzen. Die Zionisten verfolgten die Absicht, einen „Bürgerkrieg“ zu entfachen, so die iranische Zeitung. Sie wollten verhindern, dass die „Moscheen sich in Orte des Kampfes verwandeln, denn anscheinend könnte die Regierung von Abbas und Salam Fajad davon Schaden nehmen.“ Der Autor hält sich mit seinen Verschwörungstheorien keineswegs zurück und stellt die Behauptung auf, dass die Fatah die „Besatzung neu interpretieren wolle.“ Fälschlicherweise unterstelle man, dass es um „einen Machtkampf zwischen zwei Rivalen handele“. Mit dieser Strategie wolle man erreichen, dass keiner mehr Zeit habe über die „Verbrechen der Zionisten“ nachzudenken, mit dem Ergebnis, dass der „Hauptsieger das zionistische Regime sei.“

Jomhuriye Islami schreibt: „Das Problem ist, dass der Flügel Fatah und Mahmud Abbas prinzipiell bisher nichts mit den Moscheen zu tun hatten. Sie sind sehr erbost darüber, dass einige ihrer politischen Konkurrenten die moralische Kapazität der Moscheen genutzt haben, um das palästinensische Volk für Operationen gegen die Besatzung zu mobilisieren.“ Inzwischen seien die „Kämpfe so erfolgreich, dass sogar die Zionisten Angst bekommen.“ Aber die Israelis wollten die Fatah als ihren „Stellvertreter im Kampf gegen die muslimischen Aktivisten organisieren.“

Abbas und Israel sollen gemeinsam folgende Ziele verfolgen, so die Verschwörungstheorie der iranischen Zeitung, die der Autor abschließend zusammenfasst:

- „- Erzeugung eines Bürgerkrieges zwischen Hamas und Fatah, um den Druck auf Israel zu senken.
- Der Versuch die Kämpfe als nutzlos darzustellen, um diese als die Ursache des Elends der Palästinenser darzustellen.



- Die Verhinderung der Versammlungen von Jugendlichen in Moscheen. Die Menschen sollen sich nicht in Moscheen, als Orte des Kampfes gegen die Besatzung, organisieren.“

Jomhuriye Islami berichtet stolz, dass die „Israelis inzwischen eingestehen, dass sie nicht mehr verhindern können, dass die Kassem-Raketen abgeschossen werden. Israelische Berater des israelischen Ministerpräsidenten sollen Ehud Olmert davor gewarnt haben Abbas zu unterstützen, denn dieser verfüge über keine Massenbasis in der palästinensischen Bevölkerung. Olmert soll erwidert haben, so Jomhuriye Eslami, dass die Fatah nun die israelische Aufgabe der „Ermordung der palästinensischen Aktivisten in Gaza übernommen habe.“

Iranischer Waffenexport an terroristische Organisationen

Die iranische Nachrichtenagentur ASIRAN berichtete, dass israelische Militärexperten berichtet haben, dass der Iran Zalzal-Raketen und Fatah-Raketen, die jeweils eine Reichweite von 250 bzw. 110 km haben an Syrien verkauft habe. Somit sei Syrien militärisch in der Lage das gesamte israelische Gebiet anzugreifen.

Tatsächlich hilft der Iran nicht nur moralisch oder politisch, wie der Iran selbst im Falle der libanesischen Hisbollah bekannt gegeben hat.

Ali Akbar Mohtashemipour, linksislamistischer Sprecher des Ex-Präsidenten Khatami, gab im August letzten Jahres stolz zu, dass der Iran Anfang der 80er Jahre mindestens 100.000 Hisbollah Kämpfer ausgebildet habe. Mohtashemipour prahlte damit, dass der Iran Zalzal 2 Raketen mit einer Reichweite von 250 km an die Hisbollah liefere. Dabei sei Israel nur 200 km lang.

Kayhan bezeichnet die deutsche Bundesregierung als terroristisch

Während für den Iran die Unterstützung der palästinensischen Terrororganisationen ein Akt des islamischen Widerstandes bedeutet, bezeichnete der Herausgeber der Zeitung Kayhan, die als Sprachrohr des iranischen Führers Ayatollah Ali Khamenei gilt, die deutsche Bundesregierung als terroristisch. Anlass dafür ist eine militante kurdische Gruppe, die aus dem Irak gegen den Iran Terroranschläge ausübe und dabei ihre Mitglieder auch in Deutschland rekrutiere. In dem Zusammenhang bezog sich Kayhan auf eine Sendung des ARD-Fernsehens Monitor.

Hussein Shariatmadari Herausgeber der Zeitung schreibt:

„Entsprechend der internationalen Regeln und der Charta der Vereinten Nationen gilt dieser Schritt der deutschen Regierung als „Staatsterrorismus“ und zählt als „Verbrechen gegen ein Volk, das Mitglied der Vereinten Nationen ist.“ Daher sei die Akte der terroristischen Aktivitäten der deutschen Regierung im Iran international zu verfolgen.

Monitor hatte berichtet, dass Mitglieder der Terrororganisation Pejak sich frei in der Bundesrepublik bewegen würden und gleichzeitig militärische Aktionen gegen die



Islamische Republik Iran organisieren würden. Kayhan forderte die iranische Regierung auf, beim UN-Sicherheitsrat, wegen der „terroristischen deutschen Bundesregierung Beschwerde einzulegen.“ Zudem forderte der Herausgeber der Zeitung Kayhan, Hussein Schariatmadari, die iranische Regierung auf, die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland einzuschränken.

Pasdaran und die Hisbollah ³⁹¹

Der Iran verheimlicht schon lange nicht mehr, was islamischer Revolutionsexport für ihn bedeutet. Das im folgenden dokumentierte Interview mit Ali Akbar Mohtashempour zeigt dies erneut.

Motashempour gilt als „Reformer“ und war ein Sprecher des Ex-Präsidenten Khatami während der vorangegangenen Präsidentschaftswahlen. Er gibt Einblicke in die Geschichte der Pasdaran, der iranischen Revolutionsgarden, die eine zentrale Rolle bei der Gründung der Hisbollah in Libanon spielten. Er spricht nicht nur davon, wie der Iran die Hisbollah ausgebildet hat, wie diese an dem 8-jährigen Iran-Irak-Krieg auf der Seite des Iran gekämpft haben und wie der Iran seit 2000 die Hisbollah militärisch mit Raketen ausgestattet hat, sondern, dass sie bei ihrer „Hilfe“ keinen Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten machen, die gegen Israel und die Vereinigten Staaten von Amerika kämpfen.

Dieses Interview, das vor einem Jahr in der Zeitung Sharq erschien, macht deutlich, wie der Iran durchaus in der Lage war und ist terroristische Organisationen zu gründen, zu bewaffnen und auszubilden. Dies mag bei der Bewertung der Frage, ob heute die Pasdaran als eine terroristische Organisation zu betrachten sind, einige Erkenntnisse liefern. Denn was die „Islamische Republik Iran“ unter Revolutionsexport versteht, ist nichts anderes als die Unterstützung von terroristischen Bewegungen.

Mohtashempour wird immer gefragt

„Am 3. August 2006 veröffentlichte die inzwischen wieder verbotene Zeitung Scharq die Zusammenfassung eines Interviews mit Hojatoleslam Ali Akbar Mohtaschemipour. Scharq schrieb: „Er ist jemand, der als Staatsminister und iranischer Botschafter in Syrien bei der Bildung der libanesischen Hisbollah in den letzten Jahren sehr viel gearbeitet hat. Mohtashempour ist gegenwärtig Vorsitzender der internationalen Konferenz der palästinensischen Intifada. Er ist immer um Palästina und den Libanon besorgt. Mohammad Ali Abtahi, Mitglied der Fraktion der Majma Rohaniune Mobares, [MRM] berichtete wiederholt, dass auf Treffen der MRM bei Fragen über die Lage im Libanon und in Palästina, immer wieder auf Mohtashempour hingewiesen werde.“

³⁹¹ 22.08.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/08/22/pasdaran-und-die-hisbollah/>



Der Reformier Mohtashempour

Zunächst wird er zum 33 Tage [13 Juli-14 August 2006] dauernden „Krieg zwischen Israel und Libanon“ gefragt. Mohtashempour geht in dem Interview davon aus, dass die „Israelis schon nach ihrem Abzug aus Süd-Libanon im Jahre 2000 einen erneuten Angriff gegen Libanon planten.“ Daher sei der Kriegsbeginn schon viel früher zu datieren. Zudem habe Amerika einen sehr starken Einfluss auf die israelische Kriegsführung, so Mohtashempour, einer der Sprecher des Expräsidenten Khatami, während seiner Präsidentschaftszeit. Dem Ex-Botschafter zufolge müsse man sich die Resolution 1559 in Erinnerung rufen. Die Ermordung von Hariri habe dazu geführt, dass Syrien endgültig den Libanon verlassen musste. Dann fügt Mohtashempour hinzu: „Aber alle Kräfte haben sich dagegen aufgelehnt, dass die Widerstandsgruppen entwaffnet werden. Für sie war es eine Einmischung in die inneren Angelegenheit des Libanon seitens ausländischer Mächte.“

Der Reformier gegen die Entwaffnung der Hisbollah

Mohtashempour meint, dass sie „versucht haben Libanon zu isolieren und die Widerstandsbewegung zu entwaffnen, aber das sogar die Christen haben sich gegen einen solchen Schritt ausgesprochen.“ Natürlich hätten auch die „weisen Überlegungen von Seyyed Hassan Nassrallah eine wichtige Rolle dafür gespielt, dass die Amerikaner und Israelis eine Niederlage erlitten haben. Sie wollten mit dem militärisch ungleichen Krieg die Widerstandsbewegung brechen und diese schließlich entwaffnen.“

Mohtashempour meint dann anschließend, dass die „Entführung der zwei israelischen Soldaten nicht die Ursache des 33-tägigen Krieges gewesen sei. Man kann nicht innerhalb eines Tages entscheiden einen wirklichen Krieg zu führen. Man kann nicht innerhalb von einem Tag koordinierte Aktionen der Luftwaffe, der Bodentruppen und der Marine durchführen.“ Daher habe der 33-tägige Krieg schon lange geplant sein müssen. Die Amerikaner wollten, so Mohtashempour „das Gleichgewicht im Mittleren Osten aufheben“ und einen „neuen Mittleren Osten“ schaffen.

„Hisbollah ist die stärkste Guerillabewegung der Welt“

Mohtashipour ist weiterhin der Meinung, dass die israelische Armee zwar stärker als je zuvor ist, aber „die Hisbollah und der islamische Widerstand seien im Guerillakampf sehr stark. Bisher ist weltweit keine Guerillabewegung so stark gewesen wie die Hisbollah. Die Palästinenser, die früher die Spitze der Befreiungsbewegungen in der Welt darstellten, konnten im Jahre 1982 mit rund 30.000 Fedajin keinen Widerstand gegen Israel leisten.“

Auf die Frage über welche Waffen die Hisbollah verfüge, sagte er: „Über zwei verschiedene Waffen. Eine Waffe ist eine äußerliche Waffe. Und das sind die Raketen. Die Hisbollah setze Katjuscha-Raketen aber auch Zalzal-Raketen ein und konnte die äußersten Ziele in Israel erreichen.“ Israel habe eine Breite von 11 bis 12



km und eine Länge von 200 km, aber die Zalzal-2-Rakete hat eine Reichweite von 250 km. Es gibt keinen Fleck vom besetzten Palästina, der nicht von den Raketen der Hisbollah erreicht werden könnte.“

Die zweite Waffe sei der Mut und ihr Know-How bei der Benutzung der Waffen.

„Die Hisbollah kämpfte im Iran-Irak-Krieg“

Daraufhin wird Mohtashemipour gefragt, wie die Hisbollah denn das militärische Know-How erlangt habe. Er erklärt: „Ein Teil dieses Wissens beruht auf ihrer Erfahrung und einen Teil haben sie sich angeeignet. Ein Teil der Trainings der Hisbollah fand im Iran statt. Sie haben an Kriegsfronten gelernt. D.h. ein Teil dieser trainierten Kräfte der Hisbollah hat an unserem achtjährigen Krieg mit gekämpft. Sie waren an unseren Fronten. Sie führten teilweise gedeckte und teilweise unabhängige Operationen durch.“

„Die Hisbollah wurde von den Pasdaran ausgebildet“

Mohtashemipour wird gefragt, ob die Hisbollah auch andere Formen von Trainings durchlief.

Dazu Mohtashemipour: „Die Hisbollah ist teilweise im Libanon ausgebildet worden. Ayatollah Khomeini war dagegen, dass im Jahre 1982 Kräfte nach Syrien und Libanon geschickt werden. Nachdem das fünfte iranische Flugzeug Einheiten der Sepahe Pasdaran, der Bassiji und der Truppe Zolfaqar nach Libanon brachte, äußerte Ayatollah Khomeini seinen Einwand. Ich war damals in Syrien. Die syrische und libanesische Bevölkerung waren besorgt, dass keine iranischen Kräfte sie in ihrem Kampf und der Verteidigung gegen Israel unterstützen. Ich war aufgeregt, als ich zu Imam Khomeini kam. Ich sprach sehr emotional mit ihm. Der Imam beruhigte mich. Er sprach wie eine erfahrene Persönlichkeit der Armee, mit sehr viel Wissen. Der Imam sagte, dass Kräfte die in das Schlachtfeld ziehen, unterstützt werden müssen. D.h. sie brauchen eine sehr starke Unterstützung. Wie können wir unsere Kräfte der Sepahe Pasdaran, der Bassiji nach Syrien und nach Libanon schicken, während wir sie doch für den Kampf im Irak und in der Türkei brauchen. Beide Staaten waren damals nicht besonders gut mit uns gestellt. Irak war in den Händen des Baath-Regimes und die Türkei war in der NATO und stand Amerika zur Verfügung. Der Imam sagte, dass der einzige Weg, der existiere, bestehe darin die libanesische Jugend und andere Kräfte auszubilden, sie vorzubereiten und auszurüsten, damit sie ihr Land gegen Israel verteidigen können und sich für die Rechte der palästinensischen und libanesischen Völker einsetzen.

Daraufhin begann eine neue Phase, die zur Ausbildung der libanesischen Kräfte, die Gründung der Hisbollah und die Durchführung des Widerstandes führte. Und wir haben gesehen, dass Israel nach 18 Jahren gegenüber einer solchen Kraft eine Niederlage erlitt und Libanon verließ. Dieser Widerstand wurde von der Bevölkerung unterstützt. Es gibt in Libanon zionistische, deutsche, amerikanische und andere Fernsehstudios. Sie besuchen jeden Tag die obdachlosen Libanesen und filmen sie.



Wenn jemand auch nur in einem Fall etwas gegen die Hisbollah und gegen den Krieg sagen würde, würden sicher alle diese Fernsehanstalten mehrfach darüber berichten. Es gibt keinen einzigen, der gegen die Hisbollah und Nasrallah reden würde. Der Grund dafür ist, dass die Basis des Widerstandes in der Bevölkerung sehr stark ist. Sogar die Parteien, die gegen die Hisbollah und gegen den Widerstand sind, schweigen. Sogar der stärkste Feind der Hisbollah, Jenblat, ist heute mit der Hisbollah einverstanden.“

„Die militärische Strategie der Hisbollah“

Über die militärische Strategie der Hisbollah sagte Mohtashemipour: „Hisbollah verfügt im Kampf gegen Israel über eine 18 Jahre andauernde Erfahrung. Daher kennt sie die israelischen Taktiken und Techniken zur Genüge.“ Die Hisbollah verfüge über sehr „unterschiedliche Waffen“ und sei während des 33-tägigen Krieges in der Lage gewesen, weiterhin aus den Regionen und Orten, die von der israelischen Armee bombardiert worden waren, Raketen auf Israel abzufeuern.

Mohtashemipour beschreibt auch wie die Hisbollah dies bewerkstelligt: „Denn Hisbollah hat in den Bergen bombensichere Bastionen gebaut. Eine der Fernsehanstalten zeigte, wie Israel eine der Stellungen der Hisbollah an einem Tag drei Mal bombardierte und die Hisbollah feuerte dennoch von derselben Stellung 35 Raketen auf Israel. Als die israelische Luftwaffe scheiterte, schickten sie ihre Bodentruppen.“ Nachdem die Israelis 5 km in den Libanon eingedrungen seien, seien sie gestoppt worden und ihre Einheiten mussten zurückkehren.

Dann wird Mohtashemipour gefragt, ob beide Seiten schon seit langer Zeit mit einer militärischen Konfrontation gerechnet hätten.

Mohtashemipour bejahte diese Frage entschieden. „Nachdem Israel erniedrigt den Südlibanon verlassen musste [2000], wurde es wie ein verwundetes Tier, das unbedingt noch sein Gift ausstreuen musste. Hisbollah hat sich aber auch in den Jahren aufgerüstet. Israel hätte nie gedacht, dass Hisbollah so weit kommen könnte. Immerhin war 40 Prozent der israelischen Wirtschaft zum Stillstand gekommen.“

„Die Schüler überholen ihre Lehrer“

Auf die Frage, ob die Hisbollah ohne die Unterstützung des Iran hätte so weit kommen können, antwortete Mohtashemipour: „Ja, sie sagen, das ist nicht die Hisbollah. Das sind die iranischen Pasdaran [Revolutionsgarden]. Ja, die Amerikaner und die Israelis wollen mit solchen Behauptungen ihre permanenten Niederlagen vertuschen. Es ist natürlich richtig, dass zu Beginn der Arbeit die Hisbollah durch die Pasdaran im Iran und im Libanon ausgebildet worden ist. Aber sie sind von der Sorte von Schülern, die ihre Lehrer überholen. Die Hisbollah ist in der heutigen Welt eine außergewöhnliche Kraft.“

„100.000 Personen wurden direkt oder indirekt ausgebildet“

Mohtashemipour wurde gefragt, bis wann die Hisbollah von Iranern ausgebildet wurde.



„Solange ich in Syrien und im Libanon war, wurden mindestens 30 Ausbildungsgänge durchgeführt. In jedem Ausbildungsgang wurden mindestens 300 Libanesen ausgebildet. Danach wurde die Ausbildung fortgesetzt. Bis heute wurden mehr als 100.000 Personen direkt oder indirekt ausgebildet. Heute gehören viele der ausgebildeten Kräfte zu den freiwilligen Einheiten. Die permanent sich im Einsatz befindenden Kräfte der Hisbollah sind nicht so viele.“

Mohatashempour meinte, dass dieses Mal Israel nicht wegen der Entführung zweier israelischer Soldaten in den Krieg eingetreten sei. Auch die Mitarbeiter der Vereinten Nationen hätten für die Israelis spioniert. Aber Israel habe sogar diese angegriffen.

„Niemand wagt es die Hisbollah zu entwaffnen“

Mohtashempour vertrat in dem Interview die Meinung, dass eine Feuerpause für Hisbollah einen großen Sieg bedeuten würde, denn man habe Israel gezeigt, dass Libanon nicht erneut erobert werden könne. Zudem habe Israel es nicht geschafft, die Hisbollah zu entwaffnen, was ein weiterer Sieg der Hisbollah sei. Zudem vertrat Mohtashempour die Meinung, dass niemand es mehr wage die Hisbollah im Libanon zu entwaffnen, daher wolle man eine Pufferzone schaffen, so dass die Hisbollah nicht direkt an der israelischen Grenze stationiert sei. Damit sei jedoch die Resolution 1559 gescheitert, da Hisbollah nicht entwaffnet werde.

Dann sagt Mohtashempour: „Wenn sie sogar eine Pufferzone von 20 km hinter dem Fluss Litani errichten sollten, verfügt die Hisbollah über Raketen wie, Raad-1, und Raad-2 und über Katjuscha-Raketen, die 30 km in den israelischen Boden eindringen können. Die Hisbollah hat sogar Raketen von Kheibar-1, Kheibar-2 und Kheibar-3, die jeweils eine Reichweite von 70 km, 120 km und 250 km haben. [Diese Raketen stammen aus dem Iran] Jedenfalls ist dieser Krieg nicht im Sinne Amerikas und Israels und sie haben bis heute verloren.“

Auf die Frage an Mohtashempour, warum denn die arabischen Staatsführer Hisbollah nicht geholfen hätten, antwortete er, dass eine Reihe von arabischen Staaten ihre Politik mit den USA koordinieren würden. Er sagte: „Aber Syrien, Sudan, Algerien und Libyen unterstützen die Hisbollah.“

„Die Hisbollah war von Anfang an ein Kind von Ayatollah Khomeini“

Der Interviewer sagt, dass manche Iraner der Meinung seien, dass die Zusammenhänge zwischen der Hisbollah und dem Iran besser nicht transparent gemacht werden sollten. Darauf sagte Mohtashempour:

„Wir wollen doch nicht schmeicheln. Die Hisbollah war von Anfang an ein moralisches Kind von Imam Khomeini und der Islamischen Republik Iran. Ein Kameltreiber bückt sich doch nicht. Jedenfalls hat der Iran die libanesische Bevölkerung auf unterschiedlichen Ebenen unterstützt. Sie bekamen landwirtschaftliche Hilfe, Medikamente, ärztliche Hilfe, Aufbauhilfe und vieles mehr. Wir haben auch zwischen Sunniten und Schiiten nicht unterschieden, alle bekamen diese Hilfe.“



Über die iranischen Waffenexporte

Mohtashempour wird bezüglich der iranischen Waffenexporte gefragt: „Wie sehen Sie nun die Zukunft der Hisbollah, wenn das Waffendepot begrenzt ist und die Wege kontrolliert werden?“

Mohtshempour: „Solange die libanesische Bevölkerung will, werden sie bleiben und kämpfen. Wir haben bisher im Libanon keine ausgestattete und ausgebildete Armee gehabt, die die territoriale Ganzheit Libanons hätte verteidigen können. In der Vergangenheit haben wir gesehen, dass die Armee sich gegen Israel nicht verteidigen kann. Deswegen verteidigt die libanesische Bevölkerung die Hisbollah, weil diese ihre Ehre verteidigt. Solange die Verhältnisse so sind, wird die Bevölkerung Widerstand leisten.“

Mohtashempour wird über die finanzielle Kraft der Hisbollah gefragt, wie denn die Organisation der Hisbollah sich finanziere.

Mohtashempour: „Die Anziehungskraft der Hisbollah hat viele Grenzen überschritten. Sie bekommen viel mehr Unterstützung aus Saudi-Arabien, aus den arabischen Golfstaaten, aus manchen arabisch-afrikanischen Staaten, sogar aus Europa und Amerika, als aus dem Iran. Man kann sagen, dass die Hisbollah international unterstützt wird. Sogar nicht Muslime helfen ihnen und wollen, dass sie siegen, weil sie die Weltarroganz und Israel hassen. Es gibt auch Gruppen die Spenden für Hisbollah sammeln. Zudem haben sie weltweit Handelsorganisationen und Industriehandelsorganisationen, die für sie Spenden sammeln.“

Abschließend wird Mohtashempour gefragt, ob Israel denn Atomwaffen gegen den Libanon einsetzen würde und er antwortete, dass die „Hisbollah in dem Fall nicht nur ihre Raketen, sondern wahrscheinlich noch stärkere Waffen einsetzen würde.“

Die neue intelligente Bombe des Iran ³⁹²

Der Iran hat eine neue „intelligente“ Bombe gebaut. Bomben diesen Typs können ferngelenkt werden und zielgenau vom Flugzeug aus abgefeuert werden.

Zwar spricht die iranische Regierung nur von friedlichen Absichten, dennoch wird immer weiter aufgerüstet. Militärische Manöver werden durchgeführt. Gleichzeitig werden die Pasdaran auch von islamischen Reformintellektuellen in Schutz genommen.

³⁹² 28.08.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/08/28/die-neue-intelligente-bombe-des-iran/>



Qassed-Bombe

Mustafa Mohammad Najar, iranischer Verteidigungsminister, meinte, dass die Massenproduktion der neuen Bombe Qassed-GBU-78/A, die „zähnebrechende Antwort auf die Sanktionen der Weltarroganz“ [USA] sei.

Najar hob hervor: „Die Qassed-Bombe ist eine ferngelenkte Luft-Boden-Langstrecken-Bombe, die mit den neusten Techniken der Welt gebaut worden ist.“ Darüber hinaus sagte er: „Ein Flugzeug kann ohne in das Visier des Feindes zu geraten die Bombe transportieren und das Ziel definieren.“ Von der Luft aus könne dann der Feind „zielgenau angegriffen“ werden.

Die Qassed-Bombe sei 2000 Pfund schwer und als eine „intelligente Bombe“ eine vollständig „einheimische Produktion“, die bereits in die serielle Produktion gegangen sei. Die Qassed-Bomben können auf F4 und F5 Kampffliegern angebracht werden.

Für die Produktion seien Produktionsmaschinen eingesetzt worden, die jahrelang auf der Liste der Sanktionen gestanden haben. Der Iran habe trotz der Sanktionen die Maschinen mit „eigener einheimischer Technik“ gebaut. Man wolle gar nicht die Technologie im Ausland teuer kaufen und entwickle diese in eigener Regie. Allein aufgrund der einheimischen Produktion von „Kleinkalibermunition habe der Iran 20 Millionen Euro gespart.“

Najar ist der Meinung, dass das iranische Regime niemanden unterdrücke: „Falls irgendwelche Leute daran denken unser Land anzugreifen, werden wir diese Bomben auf ihren Köpfen explodieren lassen. Wir wollen niemanden knechten und unterdrücken, werden uns aber auch nicht unterdrücken lassen.“

Obwohl eine solche Bombe kaum einen Verteidigungscharakter haben kann, spricht Najar von der iranischen „Verteidigungsdoktrin“.

Der iranische Außenminister hatte auch angekündigt, dass der Iran über Langstreckenraketen verfüge, die eine Reichweite von mindestens 2000 km haben. Zudem baue der Iran an einem neuen Flugzeug, „Iran 140“ und verschiedene unbemannte Flugzeuge seien in der Konstruktionsphase.

In Tabris wurde ein Manöver durchgeführt. Fars berichtet, „die heilige Chiffre“ des Manövers sei der „gütige Vater des Mehdi“.

Auf dem Bild der Bombe ist ein Transparent angebracht, auf dem steht: Saheb-al-Saman. Gemeint ist der verschwundene zwölfte Imam, der als Messias erwartet wird. Er werde wieder kommen, wenn die Welt im Untergang begriffen ist, so die Mythologie.

Die Konfliktfelder sind im Libanon, im Irak, in Afghanistan....

Kayhan zitierte den iranischen Verteidigungsminister, General der Pasdaran Mostafa Mohammad Najar, wie folgt: „Die fähigen und klugen bewaffneten Kräfte des islamischen Iran werden mit voller Macht die Sicherheit des persischen Golfes



schützen. Sie werden jeder Drohung in diesem strategischen Golf mit aller Härte und Entschlossenheit begegnen.“

Kayhan meint, dass die „amerikanische Konfrontation darauf zurückzuführen ist, dass die Islamische Republik Iran sich in der Phase der Stabilisierung befindet.“ Iran habe auf verschiedenen Gebieten große Erfolge erzielt. Kayhan schreibt: „Die Konfliktfelder sind größer geworden. Diese befinden sich im Libanon, im Irak, in Palästina und in Afghanistan. Auch der Schutz des rassistischen Regimes von Israel um jeden Preis hat die Konflikte im Mittleren Osten vergrößert.“ Die amerikanische Regierung verfolge eine immer bedrohlichere Politik – in Unkenntnis der iranischen Verhältnisse, meint Kayhan.

„Bassiji sind Taliban“

Ali Saidi, Vertreter des Staatsführers des Iran, Ali Khamenei, äußerte, dass es die Aufgabe der Pasdaran sei „gemäß Artikel 150 der Verfassung alle Werte und Errungenschaften der Revolution zu schützen.“ Die Pasdaran sollen gemeinsam mit den Bassiji ca. 45.000 Basen haben sowie rund 40.000 „Hose“, [Akademien] wo sie religiös indoktriniert werden. Saidi nannte die Bassiji „Talebe“. So nannten sich auch die Taliban in Afghanistan. Die Anzahl der „Bassiji-Talebe“ soll rund 50.000 betragen. Diese Zahlen nannte Saidi als er die Vorwürfe der Vereinigten Staaten von Amerika zurückwies, die Pasdaran auf eine Terrorliste setzen zu wollen.

Die Satellitenkarte

Das iranische Verteidigungsministerium demonstrierte seinem Minister die Stärke seiner Satellitentechnologie anhand einer Satellitenkarte. Mit Hilfe der Satellitentechnologie könne der Iran inzwischen Karten im Maßstab von 1:10.000 vom gesamten Mittleren Osten herstellen. Der Verteidigungsminister habe betont, dass der „Fortschritt des Verteidigungsministeriums“ eines der wichtigsten Ziele der Regierung von Ahmadinejad sei. Der Iran wolle zunehmend mehr Satellitentechnologie einsetzen.

„Kriegserklärung an den Iran“

Sadeq Sibakalam ist Professor für Politische Wissenschaften an der Teheraner Universität. Er sagte, dass die Bezeichnung der Pasdaran als eine terroristische Organisation einer „Kriegserklärung an den Iran“ gleichkäme.

Sibakalam nimmt an, dass diese Diskussion um die Pasdaran dazu diene, den Iran zu einer Abkehr von seinem Atomprogramm zu bewegen.

Sibakalam nimmt an, dass auch in den USA zwei politische Kräfte mit unterschiedlichen Strategien gegenüber dem Iran existieren würden. Man wisse, dass Druck auf den Iran lediglich die „Krise verschärfen“ werde.



Pasdaranchef kündigt einen asymmetrischen Krieg an ³⁹³

General Seyyed Yahya Safawi war bis zum 1.9.2007 Chef der „Pasdaran der Islamischen Revolution“, der iranischen Revolutionsgarden. Er wurde vom Führer der „Islamischen Republik Iran“, Ali Khamenei, persönlich entlassen und zum Berater des neu gewählten Chefs, General Mohammad Ali-Asis Jafari gewählt.

Khamenei entlässt den Chef der Pasdaran

Safawi soll für die Freilassung von 15 britischen Matrosen verantwortlich gewesen sein, die von Pasdaran-Milizen verhaftet worden waren. Deswegen hatte er, der dem Lager der Reformislamisten zugeordnet wird, Rügen erhalten. Zudem war er gegen die Vergrößerung der Wirtschaftsmacht der Pasdaran. Sunday Times berichtet, dass die mafiaartig organisierten 100 Wirtschaftsunternehmen in verschiedenen Branchen, von der Hühnerfarm bis zur Ölindustrie, ein Wirtschaftsvolumen von 12 Milliarden Dollar kontrollieren.

Der religiöse Führer ist der Oberbefehlshaber über die gesamten militärischen Einheiten des Iran, der Luftwaffe, der Marine und der Bodentruppen.

Wie Ali Khamenei persönlich in seinem Entlassungsschreiben hervorhob, diene Safawi an den Fronten des achtjährigen Krieges gegen den Irak. Dieser Krieg [1980-88] wurde von den iranischen Politikern als die „Heilige Verteidigung“ bezeichnet. In den letzten 10 Jahren diene Safawi als Befehlsgeber der „Pasdaran der islamischen Revolution“.

Iranische Medien empört

Iranische Medien empörten sich über einen Fehler, der sich in einer Meldung der persischsprachigen BBC-Website eingeschlichen hatte. BBC hatte den ernannten Nachfolger Mohammad Ali-Asis Jafari, der zuvor Chef der Bodentruppen der Pasdaran gewesen ist, mit einer anderen Person, die fast den gleichen Namen trägt, Mohammad Jafari, Sekretär des Obersten Rates der Nationalen Sicherheit, verwechselt.

Wer ist Mohammad Ali-Asis-Jafari?

Hamshahri schilderte wie folgt seinen Lebenslauf. Er sei 1957 geboren und habe sich aktiv an den Demonstrationen zum Sturz des Schahs beteiligt. Während der Revolution sei er von dem Schah treuen Polizisten verhaftet worden und nach dem Sieg der Revolution sei er wieder freigelassen worden. Als Bassiji sei er an die Kriegsfront gegangen und im Jahre 1981 sei er Mitglied der Pasdaran geworden. Im Krieg gegen den Irak habe er verschiedene Einheiten geleitet, wie die Ashura-Einheit. Nach dem Krieg habe er Architektur studiert. Während seines Studiums habe

³⁹³ 04.09.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/09/04/pasdaranchef-kündigt-einen-asymmetrischen-krieg-an/>



er leitende Funktionen bei den Bodentruppen der Pasdaran inne gehabt. 2005 habe er das „strategische Zentrum“ der Pasdaran gegründet und es seitdem geleitet.

Jafari droht mit einem asymmetrischem Krieg

Nachdem Ahmadinejad angekündigt hat, dass man den Forderungen des UN-Sicherheitsrates nicht nachkomme und das Urananreicherungsprogramm nicht stoppen werde, und sogar 3000 Zentrifugen in Betrieb genommen habe, kamen eindeutigere Töne aus den USA. Immerhin scheint der Iran die IAEA an der Nase herumzuführen, denn die IAEA hat lediglich rund 1000 dieser Anlagen zu Gesicht bekommen. Demnach muss angenommen werden, dass der Iran geheime Anlagen besitzt.

Nachdem die Sunday Times Alexis Debat, Sicherheitsexperte des Nixon-Center, zitiert hatte, wonach Angriffe auf 1200 militärische Ziele im Iran in einem dreitägigen Blitzkrieg geplant seien, meldete sich auch Jafari, Chef der iranischen Revolutionsgarden.

Die Pasdaran seien in der Lage von der „Nähe und von der Ferne dem Feind Schläge zu erteilen.“ Die Pasdaran seien eine „lernende Einheit“.

Er sprach über den asymmetrischen Krieg: „Der asymmetrische Krieg ist eine Kriegsort, die wir während der „Heiligen Verteidigung“ praktiziert haben. Er fügte hinzu: „Denn während dieses Krieges gab es eine große Ungleichheit zwischen uns und dem Feind. Dennoch waren die Unterschiede nicht so groß, dass wir von einem asymmetrischen Krieg gesprochen haben. Aber da die materielle und technologische Stärke des Feindes heute höher ist, müssen wir bei der Auswahl der Widerstandsformen Verteidigungsmethoden anwenden, die adäquat sind. Dies wäre dann eine Form des asymmetrischen Krieges. Das Vorbild eines solchen Krieges war der 33-tägige Krieg im Libanon.“

„Der große Teufel, Amerika, will eine Weltdiktatur errichten“

Tatsächlich hat der Führer der islamistischen Diktatur im Iran, Ali Khamenei, vor wenigen Wochen schon angekündigt, dass „keine Macht die Atomtechnologie des Iran verhindern“ werde. Er sprach im Namen der iranischen Gesellschaft und jagt diese in frenetischer Verblendung ins Verderben: „Der große Teufel, Amerika, will eine Weltdiktatur errichten und will das Naturrecht der Völker unterdrücken. Sie rebellieren in Wirklichkeit gegen die menschlichen Gesellschaften, bezeichnen aber das edle iranische Volk als rebellisch. Wenn aber die Unterstützung der Unterdrückten und der Widerstand gegen die Unterdrücker rebellisch sein bedeutet, dann sind wir mit stolz rebellisch.“



Die Hezbollah und der Iran³⁹⁴

Die Hezbollah strebt nach der Macht im Libanon. Gleichzeitig droht der Iran gemeinsam mit der Hezbollah Israel zu zerstören. In einem Videospiel setzen die Hezbollah und der Iran die militärische Zerstörung Israels in die Realität um...

„Hezbollah wird ausspioniert“

Eine iranische Agentur zitierte das Hezbollah-Fernsehen Al-Manar, wonach die US-amerikanische Regierung und das „zionistische Regime Spione angeheuert haben, die die Hezbollah ausspionieren sollen. Sie versuchen die Medienaktivisten im Libanon im Interesse ihrer Politik und Strategien einzusetzen.“

Hezbollah verurteilt Nerickes Allehanda

Gemäß der Berichterstattung der Nachrichtenagentur ISNA hat die libanesische Hezbollah in einer Erklärung die schwedische Zeitung, „Nerickes Allehanda“ scharf kritisiert. Der Hezbollah zufolge habe die Zeitung „beleidigende Photos“ des Propheten veröffentlicht.

Das iranische Außenministerium hatte zuvor den schwedischen Botschafter in das iranische Außenministerium bestellt, um sich wegen der „beleidigenden Photos“ zu beschweren. Ali Baqeri, Mitarbeiter des iranischen Außenministeriums, forderte die schwedische Regierung auf, die verantwortlichen Mitarbeiter der schwedischen Zeitung zu verurteilen.

Aoun deckt die Hezbollah

Am 25. September wird im Libanon ein neuer Präsident gewählt. Laut Verfassung muss der Präsident ein maronitischer Christ sein. Der gegenwärtige libanesische Präsident ist Emile Lahoud. Er wird von Syrien unterstützt, was die Krisen in Libanon nur verschärft hat. Der zukünftige Präsident muss von mindestens 86 der 128 Parlamentsmitglieder gewählt werden. Falls dieses Ziel nicht erreicht wird, muss der Parlamentssprecher, Nabih Berri, von der schiitischen Amal, zu einer neuen Wahl aufrufen.

Der libanesische Ministerpräsident Fuad Siniora wird vom Westen unterstützt. Seine Anhänger können sich eine Verfassungsänderung vorstellen, so dass eine einfache Mehrheit ausreicht, um den Präsidenten zu wählen. Siniora wird lediglich von 69 der 128 Parlamentsmitgliedern unterstützt.

Gemäß einer Meldung der IRNA sagte Michel Aoun, libanesischer Offizier und christlicher Politiker der von Syrien und Iran unterstützten „Freien Patriotischen Bewegung“, dass die „Amerikaner die Hezbollah im Libanon von den Präsidentschaftswahlen ausschließen wollen.“ Aoun sagte, dass die „Ausschließung

³⁹⁴ 05.09.2007, HC



der Hezbollah die Ausschließung von einem Drittel der Libanesen bedeuten würde.“ IRNA zufolge fügte er hinzu: „Wir entscheiden uns nicht für den Iran oder für Syrien, statt für Amerika. Wir wollen Frieden statt Krieg.“ Aoun warnte vor einem Bürgerkrieg im Libanon. Er beklagte insbesondere die schlechte wirtschaftliche Lage des Libanon. Die von Hezbollah geführte Opposition ist für die Einhaltung der Zwei-Drittel-Mehrheit.

Mahmud Qamtaï, Parteisekretär der Hezbollah, warnte vor einer Änderung der libanesischen Verfassung. Die Gegner der gegenwärtigen Regierung forderten, dass der zukünftige Präsident des Libanon zwei-Drittel der Stimmen bekommen müsste. Die Regierung gehe jedoch davon aus, dass eine Mehrheit von fünfzig Prozent plus 1 ausreichen würde, sagte die Hezbollah. Qamtaï zufolge würden seine Partei, die Amalbewegung und die maronitischen Christen, eine Zwei-Drittel-Mehrheit befürworten.

Hezbollahs Videospiele

Hezbollah feiert seinen „Sieg über Israel mit einem Videospiel“, berichtet die Nachrichtenagentur der iranischen Ansare Hezbollah. Demnach sagte Ali Ahmad von der libanesischen Hezbollah: „Jenseits der militärischen Kämpfe gibt es eine kulturelle Konfrontation. In diesem Spiel setzen wir diese Kampfform ein.“

Die US-Amerikaner und die Israelis können in diesem Spiel selbstverständlich besiegt werden.

General Safawi droht

Der Ex-Oberbefehlshaber der Pasdaran, General Yahya Rahim Safawi, bezeichnete die USA, Israel und den Iran als die drei wichtigsten „Player“ im Mittleren Osten. Die Spannungen zwischen diesen drei Kräften würden „so Gott will, zugunsten des Islam ausgehen.“ Amerika könne nicht ewig in der Region bleiben.

Die Amerikaner würden drei Probleme haben, falls sie den Iran angreifen würden. Erstens sei der Umfang der iranischen Reaktionen unbekannt. Zudem wüssten sie nicht, wie verletzbar die 200.000 amerikanischen Kräfte in der Region seien. Er warnte, dass der Iran alle amerikanischen Stellungen in der Region identifiziert habe. Zweitens wüssten die Amerikaner nicht, was Israel widerfahren könnte. Drittens wüsste Amerika nicht, wie die Zukunft des Ölmarktes aussehen würde, falls der Iran angegriffen werde.



V. Zur Diskriminierung der iranischen Frauen

Special Dispatch, 7. August 2003 - Iran: Debatte über Frauenrechte ³⁹⁵

Das islamistisch geprägte iranische Parlament (Majless) hat am 23. Juli mehrheitlich für die Unterzeichnung der UN-Konvention zur Abschaffung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen gestimmt. Allerdings muss diese Entscheidung vom Wächterrat und dem religiösen Führer des Iran, Ayatollah Khamenei, abgesegnet werden. Es ist davon auszugehen, dass der Wächterrat die Initiative zurückweist. Die Diskussionen über die Frauenrechte im Islam, die im Anschluss an den Majless-Vorschlag geführt wurden, konzentrierten sich auf die Vereinbarkeit von Islam und den demokratischen Normen "des Westens":

In der Nachrichtenagentur der staatlichen Arbeiteragentur ILNA verteidigte die Anwältin Shirin Ebadi die Majless-Entscheidung und erklärte, dass der Verweis auf den Islam als Begründung für die Nicht-Unterzeichnung der Konvention nur ein Vorwand sei: "Es ist die herrschende patriarchale Kultur, die sich in den Gesetzen niederschlägt und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verhindert. Es ist nicht der Islam. Im Grunde ist der Islam für sie nur ein Vorwand." Im Rahmen der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sei eine spezielle Konvention mit dem Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter formuliert und von vielen Regierungen unterschrieben worden - leider, so Shirin Ebadi, habe die iranische Regierung diese Konvention aber nicht unterzeichnet. Das Majless habe nun - nachdem der Vorschlag bereits einige Male von der Agenda des Parlaments genommen worden sei und dies Proteste von Frauen hervorgerufen habe - empfohlen, die Konvention zu unterschreiben, wenn ihre Paragraphen nicht gegen Gesetze des Islam verstießen.

"Die Hälfte der iranischen Bevölkerung sind Frauen", sagte Ebadi. "Frauen machen 63 Prozent unserer Studentenschaft aus. Diese Frauen sind auf gleiche Rechte mit ihren Brüdern angewiesen. Warum soll das Blutgeld [Zahlung an die Familie einer ermordeten Frau; WWH] einer Frau halb so viel wert sein wie das eines Mannes. Warum kann der Mann seine Frau ohne jegliche Begründung verstoßen wann immer er will, und warum bleibt nach der Scheidung das Erziehungsrecht bei den Vätern?" Ebadi fügte hinzu, dass sich nach einer Unterzeichnung der Konvention niemand

³⁹⁵ MEMRI



mehr das Recht nehmen könne, wegen solcher Fragen in Den Haag ein Verfahren gegen die iranische Regierung zu eröffnen.

Die Gegner der Konvention, so Ebadi, begründeten dies damit, dass einige Prinzipien der Konvention nicht mit dem Islam übereinstimmten, was im Falle einer Unterzeichnung zu Verpflichtungen führen würde, die der Regierung Schwierigkeiten machen könnten. Dem hält sie entgegen: "Natürlich sind wir alle Muslime, aber vergessen wir nicht, dass es eine Bedingung der Parlaments-Empfehlung [die Konvention zu unterschreiben] gewesen sei, dass im Falle von Widersprüchen zum islamischen Gesetz die Konvention nicht ausgeführt werden müsse. Vor dem Hintergrund dieser Bedingung sollte doch kein Grund zur Besorgnis bestehen."

Ebadi erklärte weiter, dass der Iran auch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterschrieben habe und einer der Hauptgrundsätze dieser Verträge die Gleichberechtigung von Mann und Frau sei. Die Iraner seien also schon jetzt zur Erfüllung der Konvention verpflichtet. Und als diese Verträge unterschrieben wurden [das war zu Zeiten des Schahs; WWH], habe es eine Bedingung, dass sie dem Islam entsprechen müssten, nicht gegeben.

Vor diesem Hintergrund, meinte Ebadi, sei es also gleich, ob die vom Majless unterzeichnete Konvention nun vom Wächterrath abgesegnet werde oder nicht - es gäbe ohnehin eine internationale Verpflichtung, die Forderungen nach Gleichberechtigung der Geschlechter zu erfüllen. Eine Ablehnung der Unterzeichnung der Konvention würde lediglich der patriarchalen Kultur entspringen. Nach einer Unterzeichnung müsste aber die Gesetzgebung insgesamt revidiert werden. Beispielhaft führte Ebadi aus: "Bis vor einem Jahr war das Heiratsalter von Mädchen 9 Jahre. Inzwischen ist es 12. Laut offiziellen Statistiken liegt das Heiratsalter von Mädchen aber in mehr als 98 Prozent der Fälle über 15 Jahren. Es gibt keinen Grund für den Erhalt eines Gesetzes, das das Heiratsalter für Mädchen auf 12 setzt." Auch im Falle des Blutgeldes [s.o.] kritisiert Ebadi die Anwendung des traditionellen islamischen Rechts, das der Frau nur die Hälfte des "Wertes" eines Mannes beimisst. "Manche sagen, dass dies ein islamisches Gesetz sei. Aber Fatwas, wie die von Ayatollah Sanei sagen uns, dass das nicht stimmt. Denn der Islam ist gegenüber der Frau nicht so grausam. Der Islam ist die Religion der Gleichberechtigung. Daher müssen wir unter Hinzuziehung von Experten, unabhängig und ohne zu überstürzen die Gesetze neu überprüfen. Woher kommen die Unterschiede? Hat der Islam diese Unterschiede befürwortet? Nein, es ist die patriarchale Kultur, die sich in unseren Gesetzen niederschlägt."³⁹⁶

Widerspruch gegen Konvention zur Gleichberechtigung

Auf der anderen Seite hat die Entscheidung des Majless Widerspruch hervorgerufen. Eine Gruppe von Ayatollahs und ihre Schülern aus der Stadt Qom haben gegen die

³⁹⁶ ILNA, 30. Juli 2003.



Initiative protestiert. Das Majless habe mit seiner Entscheidung gegen die "göttlichen Werte" verstoßen. In einer Erklärung schrieben sie: "Eine Unterzeichnung dieser Konvention tritt alle Gesetze, die der Islam für Frauen und Männer festgelegt hat, mit Füßen."³⁹⁷

Dr. Seyyed Mohammad Mirmohammadi, Vertreter der Stadt Qom, zeigt sich überzeugt, dass die Zustimmung zur Konvention eine Tragödie für den Majless darstelle. Noch vor der Entscheidung des Wächterrats hätten die Ayatollahs von Qom die Illegitimität dieser Position klargelegt. Manche, so Mirmohammadi, glaubten aber offensichtlich, dass jede "rückwärtsgewandte Veränderung, die gegen Prinzipien der Religion verstoße und Reform heiße, positiv sei". Und Frau Ayatollahi, Mitarbeiterin des Büros für Frauenforschung, erklärte, dass das islamische das allen anderen überlegene Gesetz sei. Ihm könne kein anderes Gesetz übergeordnet werden.³⁹⁸

Ähnlich argumentierte eine andere Gruppe islamischer Frauen der religiösen Schulen. In einem Schreiben an den religiösen Führer Khamenei kritisieren sie insbesondere den Paragraphen 29 der Konvention, dem zufolge ein internationaler Gerichtshof über Verletzungen der Konvention richte.³⁹⁹ Auch der stellvertretende Vorsitzende der einflussreichen Jamiate Issargarane Enqelabe Eslami (Gemeinschaft der islamischen Revolution), Ali Darabi, forderte von der Regierung und vom Majless, die Zeit nicht mit unnötigen Diskussionen zu verschwenden und den Antrag auf Unterzeichnung der Konvention gleich zurückzuziehen. Der Geist der Konvention widerspreche dem islamischen Gedanken und ihre Prinzipien beruhten auf Liberalismus, Laizismus und dem westlichen Materialismus - was nichts anderes bedeute, als dass man auf die göttlichen Gesetze gleich ganz verzichten müsse. Darabi: "Die Würde des Islam veranlasst uns, laut zu schreien, dass keine Idee höher ist als der Islam. Der Islam ist der beste Garant der Frauenrechte."⁴⁰⁰

Ali Shokuhi, Kommentator der Reformzeitung Entekhab, ist der Meinung, dass Humanisten, Liberalisten und Säkularisten von der Trennung von Religion auf der einen und Politik und Staat auf der anderen Seite ausgingen und daher die Ordnung einer Gesellschaft auf der Grundlage einer gemeinsamen Religion nicht nachvollziehen könnten. Daher stünde ihre Sicht derjenigen von religiösen Menschen und insbesondere von Muslimen entgegen. Manche westlich-liberale Wissenschaftler würden sogar die Glaubensvorstellungen von Milliarden Menschen als gegen die Menschenrechte gerichtet betrachten. Er hingegen glaube, dass die Überlegenheit des Westens eine rein technologische sei. So seien der Sicherheitsrat, die Weltbank,

³⁹⁷ Aftabe Yasd, 4. August 2003.

³⁹⁸ Resalat, 4. August 2003.

³⁹⁹ Kayhan, 4. August 2003.

⁴⁰⁰ 5) ISNA, 5. August 2003.



IWF und WTO Institutionen der technologisch überlegenen Staaten. Die Unterzeichnung von Konventionen durch Staaten wie dem Iran sei vor diesem Hintergrund nur sekundär. Es sei aber auf keinen Fall möglich, alle Konventionen gänzlich zu erfüllen. Denn dies habe die Verletzung von Glaubensvorstellungen und nationalen Interessen des jeweiligen Landes zu Folge. Es gäbe Konventionen, die den Glaubensvorstellungen in der Islamischen Republik widersprächen: "Und die Unterzeichnung der Konvention zur Abschaffung der Diskriminierung der Frau ist ein solcher Fall." Statt jetzt "in abenteuerlicher Hetze" eine Konvention zu unterschreiben, sei es notwendig, "dass wir von den menschlichen Rechten und den islamischen Rechten der Frauen sprechen." Es gehe darum die Wurzel der Ungerechtigkeit [zwischen den Geschlechtern] zu entfernen - und die liege in einem falschen Verständnis der Religion.⁴⁰¹

* Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 9. März 2005 - Zum Weltfrauentag: Texte aus Ägypten und dem Iran ⁴⁰²

Mit der Rolle der Frau in der Gesellschaft und nötigen Reformen beschäftigten sich anlässlich des gestrigen Weltfrauentages arabische und iranische Medien. Ein in der regierungsnahen ägyptischen Tageszeitung **Al-Ahram** erschienener Kommentar von **Iqbal Barakat** macht deutlich, dass die Gleichstellung der Frau oft weniger an der Gesetzgebung und "dem Islam" als vielmehr an patriarchalen Traditionen scheitert. Eine von der staatlichen iranischen Nachrichtenagentur **ILNA** veröffentlichte Rede schlägt einen kämpferischeren Ton an: Die Autorin fordert Gesetzesrevisionen, Demokratie und Meinungsfreiheit.

"Demokratie auf Arabisch" [Al-Ahram, 9.3.2005]"

[...] Die Ankündigung von Präsident Husni Mubarak, dass Artikel 76 der Verfassung geändert werden soll, hat alle politischen und kulturellen Kreise in Ägypten und der arabischen Welt in eine optimistische Stimmung versetzt. Währenddessen feierte die ganze Welt den internationalen Frauentag und überall wurde begrüßt, dass Frauen die selben Verantwortlichkeiten und Machtpositionen wie Männer übernehmen. Und da haben nun einige religiöse Gelehrte ohne jeden Anlass verkündet, dass es einer Frau nicht erlaubt sei, für die Präsidentschaft der Republik zu kandidieren... Warum? Weil die alten Herren Rechtsgelehrten, Gott segne sie, befunden haben, dass eine

⁴⁰¹ Entekhab, 4. August 2003.

⁴⁰² MEMRI



Frau weder Imam noch Kalif sein kann und auch keine allgemeine Herrschergewalt inne haben darf. Aber was haben diese Ämter denn mit dem des Präsidenten der Republik zu tun? Haben denn diese alten Rechtsgelehrten, Gott segne sie, noch nie etwas von Republik oder Demokratie gehört?! Wir protestieren nicht gegen diese unmotivierten Rechtsgutachten [fatwa], weil die Frauen gerade Schlange stehen, um für dieses hohe Amt zu kandidieren, sondern wir protestieren, weil einige Leute offenbar nicht glauben wollen, dass sich das Rad der Geschichte nicht im Tempo von Schildkröten, sondern in dem von Düsenjägern und Raketen dreht. Was im zehnten Jahrhundert gegolten haben mag, passt einfach nicht ins 21. Jahrhundert...

Sie wollen, dass die arabische Frau in ständiger Bewusstlosigkeit lebt. Geschehe was wolle in ihrem Land - sie soll daran nicht teilhaben. Kein Laut soll von ihr kommen, sie soll keine Meinung haben, ja sie soll am besten gar nicht existieren. Diese Art von Männern glauben immer noch, dass sich die ganze Welt in eine Richtung bewegt hat - dabei ist es allein die arabische Welt, die in die entgegengesetzte Richtung läuft!!

In vielen islamischen Ländern können Frauen höchste Ämter bekleiden. In Pakistan, Bangladesch oder Indonesien können sie Parteiführerinnen und Ministerinnen werden, in der Republik Iran ist eine Frau Stellvertreterin des Präsidenten - und all das sind konservative islamische Länder. Allein die Araber verwehren ihren Frauen den Zugang zu hohen Ämtern. Dabei geht es nicht einmal um Führungspositionen, vielmehr beharren hier einige [Männer] darauf, [die Frauen] selbst der geringsten politischen Rechte zu berauben.

[Zum Beispiel] bei der Wahl und Kandidatur zu Parlamenten: Vor sechs Jahren verkündete etwa Scheich Jaber Al-Ahmad Al-Sabah, Emir von Kuwait, unseren kuwaitischen Schwestern, dass es an der Zeit wäre, dass die kuwaitischen Frauen ihre politischen Rechte ausüben können. Dazu erließ er 1999 ein besonderes Dekret. Nur haben einige Parlamentsmitglieder offenbar beschlossen, an diesem Punkt gleich die höchste Stufe der Demokratie zu erklimmen und das Dekret des Emirs zu boykottieren. Bis heute verweigern und sabotieren sie es, sie drohen sogar. Das ging so weit, dass einer von ihnen - ein Arzt! - verkündete, dass es ein Schandmal für das Parlament wäre, wenn es der Aufnahme weiblicher Abgeordneter zustimmen würde! So etwas hat ein respektiertes Mitglied des kuwaitischen Parlaments gesagt, ohne sich dafür zu schämen. Dabei legt die kuwaitische Verfassung in den Artikeln 7 und 29 die Gleichheit der Rechte und Pflichten der Bürger fest. Außerdem genießen kuwaitische Frauen sämtliche Arbeitsrechte, besetzen höchste Ämter und leisten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens Hervorragendes - nicht weniger als irgendwelche andere Frauen in der Welt..."



'Alle Seiten stützen sich auf den Islam'

"Tatsächlich gibt es unter den kuwaitischen Parlamentsabgeordneten solche, die an der Seite der Frauen stehen und das Dekret des Emirs unterstützen. Es gibt auch solche, die sich auf den Islam stützen und eine klare Entscheidung und eine eindeutige Fatwa als Wegweiser verlangen, damit es keinen Widerspruch zum islamischen Recht [sharia] gibt. Und auf der äußersten Rechten üben Abgeordnete (von der islamischen Fraktion) Druck aus und stammeln diese dürftigen Argumente [...], wonach die Frauen ihrer politischen Rechte zu ihrem eigenen Schutz beraubt werden. Dies diene nur ihrer Ehre, hielte sie fern vom schwierigen und komplizierten politischen Schlachtfeld usw. usf.

Merkwürdig nur, dass sich alle an diesem Kampf Beteiligten islamischer Argumente bedienen und sich auf das islamische Recht stützen! Dabei wissen sie doch alle, dass andere arabische Staaten die Frage für sich so entschieden haben, dass sie das Recht Gottes [sharia] im Sinne der vollständigen Gleichheit von Mann und Frau umsetzen. Wollen sie etwa all diese islamischen Staaten wegen Unglaubens, Abwendung von der Religion und Verstoß gegen das Gesetz Gottes anklagen?! Ich bin ganz sicher, dass der Kampf am Ende im Sinne der Zukunft und zum Wohl der kuwaitischen Frauen und aller arabischen Frauen ausgehen wird. Herzlichste Grüße also an den Emir von Kuwait und den Ministerpräsidenten, die auf der Seite der kuwaitischen Frau stehen und mit Gottes Segen siegen werden..."

,'Iranische Frauen sollen sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen' [ILNA, 9.3.2005]

Einer Meldung von Iran Press News zufolge, hatten sich anlässlich des Weltfrauentags am 8. März hunderte iranischer Frauen im Laleh Park von Teheran zu einer Demonstration versammelt. Die Kundgebung wurde von Polizeikräften und islamistischen Schlägertrupps gewaltsam aufgelöst. Viele Frauen wurden brutal zusammengeschlagen und mehr als 50 von ihnen sollen verhaftet worden sein.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Rede der Journalistin und Aktivistin Nargess Mohammadi, die sie auf einer Veranstaltung des Islamischen Vereins für Frauenstudien der Technischen Universität Sharif hielt. Die Rede wurde von der staatlichen Nachrichtenagentur ILNA (Iranian Labor News Agency) veröffentlicht:

"In der Frauen- und Feminismusbewegung kämpfen die Frauen um ihre Rolle in der Geschichte und für gesellschaftliche Veränderungen. Ein Blick auf die Weltgeschichte zeigt, dass Frauen in der Geschichte meist nicht berücksichtigt und ausgeklammert wurden, weil die meisten Historiker bis heute Männer sind und die Gesellschaft patriarchal organisiert ist. Die Frauenbewegung ist vor allem von ihren



politischen und wirtschaftliche Forderungen geprägt. Es geht um die Forderung nach gleichen Löhnen und darum, Machtpositionen in den unterschiedlichen politischen Institutionen zu erlangen. Dabei haben manche Frauen auf ihre besonderen Eigenschaften als Frauen verzichtet und konnten einige Ziele erreichen. [...] Später traten dieser Bewegung viele jüngere Frauen bei, die nach einer neuen Identität auf der Grundlage von spezifisch weiblichen Eigenschaften suchten. Trotz der Forderungen nach politischer und sozialer Gleichheit, wurden aber die politischen und sozialen Ungleichheiten größer.

Während diese junge Generation in den USA sehr uninformiert war, konnten die Frauen in den osteuropäischen Staaten und im Sozialismus Erfolge erzielen. [...] Dabei hatte die sozialistische Ideologie die besonderen Eigenschaften von Frauen ignoriert. Das lag an der Theorie und der praktischen Umsetzung der Ideologie in den realsozialistischen Staaten - insbesondere am Verständnis vom Menschen in den Produktionsverhältnissen. [...]

Im Iran blieben die Errungenschaften für Frauen sowohl in der konstitutionellen Revolution als auch in der Revolution von 1979 sowie in der Reformbewegung sehr gering. In unserer Gesellschaft wird die Frau erniedrigt. Wir sind auf quälende Weise mit Prostitution, Frauenhandel und dem Ausreißen von jungen Mädchen konfrontiert. All das belastet die Frauen in der Gesellschaft und wir können diese Probleme nicht ignorieren. Es ist unser Recht, dagegen vorzugehen und wir bekommen für diesen Einsatz von der Gesellschaft nichts geschenkt.

Die Frauen stehen bei uns vor gesetzlichen, strukturellen und kulturellen Hindernissen. Zu den gesetzlichen Barrieren zählen das Blutgeld, das Erb- und Scheidungsgesetz, die Kindererziehung und vieles andere mehr. Diese Gesetze müssen unbedingt revidiert werden. Zu den strukturellen Problemen gehören die Hindernisse, vor denen eine Frau steht, wenn sie Führungsaufgaben übernehmen will. Auch hier spielen die Gesetze eine Rolle. Zudem gibt es auch kulturelle Probleme - zum Beispiel in den Familien. Wir spüren sie überall.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen muss sich die iranische Frau für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Unsere Ziele können wir nicht ohne die Gründung von zivilgesellschaftlichen Institutionen erreichen - zivile, nicht staatliche Institutionen. Wir müssen uns für Meinungsfreiheit einsetzen. Ohne Meinungsfreiheit kann es auch keine Demokratie geben. Die Frauen müssen eine besondere Rolle im Prozess der Demokratisierung spielen. Sie müssen diesen Weg mutig und verantwortungsvoll beschreiten."



Special Dispatch, 16. Juni 2005 - Kurz vor der Wahl demonstrieren iranische Frauen für gleiche Rechte und gegen die Verfassung ⁴⁰³

Am 12. Juni demonstrierten in Teheran hunderte Frauen und Männer für die Gleichberechtigung der Frauen und gegen eine Verfassung, die Frauen auf der Grundlage des islamischen Rechts diskriminiert. Vor dem Hintergrund des wegen der bevorstehenden Wahlen am 17. Juni besonders großen internationalen Interesses am Iran, nutzten die Demonstranten die Gelegenheit, die zukünftige Regierung mit ihren Forderungen zu konfrontieren. Ziel der sich neu formierenden iranischen Frauenbewegung ist die Anpassung der iranischen Verfassung an die Erklärung der Menschenrechte und die Umsetzung der UN-Konvention gegen Frauendiskriminierung.

Die reformislamistische Zeitung **Eqbal** berichtete am 9. Juli, dass "über 40 NGOs, 100 Journalistinnen und politische Aktivistinnen und 80 Weblog-Betreiberinnen zu einer öffentlichen Demonstration aufgerufen haben". Laut Eqbal beklagten sie die "Menschenrechtsverletzungen in der iranischen Verfassung." An der Demonstration beteiligte sich auch die iranische Schriftstellerin und Trägerin der **Carl-von-Ossietsky-Medaille** des Jahres 1999, **Simin Behbahani**.⁴⁰⁴

Weiteren Zeitungsberichten zufolge solidarisierte sich die iranische Friedensnobelpreisträgerin **Schirin Ebadi** gemeinsam mit vier weiteren Friedensnobelpreisträgerinnen - **Jody Williams** (USA), **Mairead Corrigan Maguire** (Nordirland), **Betty Williams** (Nordirland) und **Desmond Mpilo Tutu** (Südafrika) - mit der Frauendemonstration.⁴⁰⁵

Im Folgenden dokumentieren wir die Erklärung der von der iranischen Exilwebsite Peykeiran veröffentlichten iranischen "Frauensolidaritätsbewegung":

"Erklärung der iranischen Frauen zur Verletzung von Frauenrechten durch die iranische Verfassung"

"Ohne Freiheit und ohne die Gleichberechtigung der Frauen kann es keine Demokratie geben!"

Von dieser Aussage sind wir, die Veranstalterinnen dieser Versammlung, zutiefst überzeugt. Wir sind davon überzeugt, dass die gesamte Gesellschaft davon profitieren würde, wenn die Forderungen der Frauen unterschiedlicher Klassen-,

⁴⁰³ MEMRI

⁴⁰⁴ Auf der Demonstration trugen die Frauen Plakate mit der Aufschrift: "Wir sind die Kinder von Xerxes, dem Botschafter der Menschenrechte" oder "Gewalt gegen Frauen ist wie Gewalt an der Gesellschaft".

⁴⁰⁵ Eqbal, 13.6.2005.



Religions- und Volkszugehörigkeit eines Tages umgesetzt würden. Natürlich beschränken sich die Appelle der Frauen dabei nicht auf rechtliche Forderungen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen haben wir uns aber darauf geeinigt, dass die Durchsetzung von Gleichberechtigung und Menschenrechten unsere gemeinsame Basis darstellen soll.

Wir wollen eine iranische Frauensolidaritätsbewegung ins Leben rufen. Unsere Bemühungen zielen darauf, die Gesetzgebung und das Zivilrecht zugunsten von Frauen zu verändern. Das würde den engen Rahmen des Gesetzes erweitern und andere Forderungen wie die nach gleichen wirtschaftlichen Chancen für alle oder nach einem wirklich [freien] Frauenwahlrecht könnten thematisiert und ihre Verwirklichung durchgesetzt werden. [...] Unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen werden die Bürgerrechte von Frauen jedoch durch die Verfassung verletzt. Viele Rechte von Frauen unterschiedlicher intellektueller Strömungen, Klassen, Ethnien und Religionen werden nicht anerkannt. Jede Bewegung und Initiative, die sich dafür einsetzt, die schlimmen Zustände zu verändern, unter denen Frauen leben müssen, stößt auf unzählige Hindernisse. Deswegen ist die strukturelle Veränderung der staatlichen Gesetze eine Grundvoraussetzung für alle weiteren Schritte, die den Interessen der Frauen dienen.

Die Frauensolidaritätsbewegung hat sich organisiert, um die Gesetzgebung umfassend zu verändern. Das heißt aber nicht, dass wir in unseren verschiedenen Gruppen keine weiterreichenden Forderungen haben. So kämpfen wir in unserem Alltag und in unseren täglichen gesellschaftlichen Aktivitäten gegen Traditionen und diskriminierende und patriarchalische Einstellungen in der Gesellschaft. Wir fordern Gleichberechtigung und Menschenrechte als gesetzliche Grundlage für den Kampf um weitergehende Ziele.

Wir fordern Gleichberechtigung und Menschenrechte,

- um gegen die Zwangsverheiratung von Mädchen überall in diesem Land protestieren zu können,
- um für das Recht auf Kindererziehung und Vormundschaft der Mütter kämpfen zu können,
- um die (legale und illegale) Polygamie und die einseitigen und grausamen Scheidungsrechte zu verhindern,
- um die Rechte von jungen Frauen erweitern zu können, die ihr Leben nach ihrem eigenen Geschmack gestalten wollen,
- um gegen die in der Gesellschaft vorherrschende Einstellung kämpfen zu können, dass Frauen nur halb so viel wert sind wie Männer,
- um ohne gesetzliche Barrieren in einem sicheren Zuhause leben zu können,
- um Gewalt gegen Frauen vermindern und Ehrenmorde verhindern zu können,
- um nicht weiter zulassen zu müssen, dass Frauen sich verbrennen, wenn sie sich in ihrem gesellschaftlichen und privatem Leben in einer Sackgasse fühlen,



- um die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards sowie unentgeltliche [staatliche] Leistungen für alle Frauen, insbesondere für Frauen aus den unteren Klassen, fordern und
- um Demokratie und Freiheit in der Gesellschaft institutionalisieren zu können.

Zusammenfassend fordern wir, dass fortschrittliche und an den Menschenrechten ausgerichtete Normen, die das geschlechtsspezifische Bewusstsein der Frauen und ihr Selbstbewusstsein stärken, in der Gesellschaft verbreitet werden. Die staatlichen Gesetze sollten die Verwirklichung unseres Anliegens zumindest nicht behindern. Daher lautet unsere Parole: ‚Gleiche Rechte sind die Grundlage für unsere Forderungen...‘

Alle diese Forderungen werden jedoch durch die bestehende Verfassung blockiert, die Frauen diskriminiert. In der Verfassung wird die Frau lediglich als Familienmutter gesehen - und zudem noch als Mutter, die über keine Rechte verfügt. Die Verfassung spricht zwar von "allen Individuen" wenn von den "Rechten des Volkes" die Rede ist. Wer jedoch zu diesem Personenkreis zählt, wird gemäß Artikel 98 vom Wächterrat bestimmt. In der Verfassungspräambel wird die Rolle der Frau "als Mutter" und "Erzieherin von Koranschülern" [Maktabis] festgeschrieben. Deshalb definiert der Staat seine Pflichten gegenüber Frauen gemäß Artikel 21 auch nur als Pflichten gegenüber Müttern oder Frauen ohne Vormund. Infolge dieser Interpretation der Frauen- und Mutterrolle erhalten nur "würdige Mütter" die Vormundschaft über ihre Kinder, wenn es keinen "gesetzlichen Vormund", d.h. keine Männer, in der Familie gibt. Im Artikel 21 der Verfassung heißt es: "Der Staat ist verpflichtet, die Rechte der Frauen auf allen Ebenen unter Berücksichtigung der islamischen Prinzipien zu garantieren." Tatsächlich wird, wann immer von den Pflichten des Staates gegenüber den Frauen die Rede ist, auf die islamischen Prinzipien verwiesen. So hält die Präambel der Verfassung auch fest, was unter den islamischen Prinzipien bezüglich der Frauen verstanden wird.

Jahrelang haben sich die Frauen darum bemüht, diese Interpretation der Rolle der Frau zu ändern. Sie haben versucht, das Zivilrecht zu verändern und sind dabei immer wieder in rechtlichen Sackgassen gelandet, indem sie auf ernannte [nicht-gewählte] Institutionen [wie den Wächterrat] stießen, die laut Verfassung die Gesetze interpretieren sollen. Solange solche ernannten Institutionen die Gesetze interpretieren, werden die Frauen wenig bewerkstelligen und auf diesem Wege nie ihre Gleichberechtigung und ihre Menschenrechte durchsetzen können.

So können die Frauen den Begriff ‚Rajal‘, der im Artikel 115 der Verfassung verankert ist, nicht anders als vorgeschrieben interpretieren.⁴⁰⁶ Und auch wenn in Artikel 41 der Verfassung davon die Rede ist, dass "jeder Iraner" ein Recht auf die iranische Staatsbürgerschaft hat, trifft dies nicht auf Frauen oder zumindest nicht auf alle

⁴⁰⁶ Die Übersetzung für das arabische Wort "Rajal" ist "Männer". Die Frauen beanstanden, dass nur Männer zum Präsidenten gewählt werden können.



iranischen Frauen zu, weil die ernannten Institutionen alles auf "Übereinstimmung mit dem islamischen Gesetz" überprüfen müssen und dabei die Frau nur in Bezug auf den Mann in der Familie gesehen wird.

Tatsächlich sind alle diese Gesetze - seien es die Ehegesetze, das Vormundschaftsrecht, Erbgesetze oder die Gesetze zu Wohnort und Berufswahl - diskriminierend, weil sie mit dem islamischen Gesetz "übereinstimmen" müssen. Wie eine solche "Übereinstimmung mit dem islamischen Gesetz" interpretiert wird, hängt allein vom monopolisierten Recht der ernannten Institutionen ab. Auf diese Weise schränkt insbesondere die Verfassung die "Rechte des Volkes" stark ein. Aber nicht allein die [so interpretierten] "Rechte des Volkes" oder die "Rechte der Herrschenden", unter denen die Frauen besonders leiden, und auch nicht die Nicht-Anerkennung der unterschiedlichen religiösen oder ethnischen Zugehörigkeiten von Frauen stellen das Hauptproblem dar - dieses besteht vielmehr darin, dass es keine Gesetze gibt, die den Rechten der Frauen nützen und sie stärken.

Weltweit gilt heute als erwiesen, dass die existierenden nationalen und internationalen Gesetzgebungen und Verträgen den Frauen kaum nützen, wenn sie nicht ausdrücklich gesonderte, konkrete und eindeutige Frauenrechte betonen. So sind angesichts von Traditionen und Gewohnheiten, die sich gegen Frauen richten und überall auf der Welt verbreitet sind, prinzipiell spezielle Gesetze erforderlich, die eine Gleichberechtigung fordern. Kein Gesetz, das Begriffe wie "alle Individuen" verwendet, wird auch die Rechte der Frauen einbeziehen können. Um so weniger können solche Gesetze Frauenrechte berücksichtigen, die von einem "Volk" sprechen und an die "Übereinstimmung mit dem islamischen Gesetz" sowie das "Recht der Herrscher" gebunden sind. Zweifellos gibt es in punkto Frauen in der Verfassung des Iran eine Vielzahl von Problemen - dazu zählen die Einstellung gegenüber Frauen oder die Diskriminierung verschiedener Gruppen von Frauen. Darüber hinaus belegen eine ganze Reihe weiterer Defizite, dass es im Iran keine Gleichberechtigung und keine Menschenrechte gibt.

Daher fordern wir:

1. Die Verfassung und alle anderen staatlichen Gesetze sollen in Übereinstimmung mit internationalen Verträgen, wie der Erklärung der Menschenrechte oder der UN-Konvention gegen die Frauendiskriminierung, gebracht werden. Auf diese Weise sollen zumindest rein rechtlich die Gleichberechtigung von Frauen und Männern hergestellt und die Menschenrechte der Frauen anerkannt werden.

2. Wir erklären hiermit, dass wir unseren zivilen und friedlichen Widerstand fortsetzen werden, wenn die Regierenden auch nach 26 Jahren noch immer nicht auf unsere gerechten und rechtmäßigen Forderungen reagieren sollten."⁴⁰⁷

⁴⁰⁷ http://web.peykeiran.com/new/women/women_news_body.aspx?ID=976



Special Dispatch, 7. April 2006 - Frauen zwischen Islamismus und Modernisierung (IV): Strömungen und Strategien der iranischen Frauenbewegung ⁴⁰⁸

Die iranischen Frauen galten nicht nur im Iran lange als Hoffnungsträger für Reformen. Mit der Wahl des konservativen Präsidenten Ahmedinejad stellt sich nun auch die Frage nach den Zielen und Strategien der iranischen Frauenbewegungen neu. Vor diesem Hintergrund analysiert die international bekannte Anwältin und Frauenrechtlerin **Shadi Sadr**⁴⁰⁹ in der Zeitung **Sharq** die Frauenbewegung im Iran. Anhand ihres Verhältnisses zum islamistischen Staat sowie zu Scharia und islamischem Recht (Feqh) unterteilt sie die Bewegung in vier Strömungen. Ohne irgendwelche Namen zu nennen, warnt Sadr indirekt davor, dass sich die iranische Reformbewegung zu einem Zeitpunkt polarisieren und auseinanderfallen könnte, zu dem sie ohnehin nur wenig Einfluss auf die Regierungspolitik hat. Im Folgenden dokumentieren wir die Analyse von Shadi Sadr:⁴¹⁰

'15 Jahre nach der Revolution schwanden die Hoffnungen, Reformen über Neuinterpretationen der Scharia erreichen zu können'

"Die Frauenbewegung definiert sich als Bewegung gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung und Ungleichheit. Schon seit langem sind sich alle Aktivisten der iranischen Frauenbewegung darüber einig, dass die staatlichen Gesetze reformiert werden müssen. Dabei vertreten die verschiedenen Gruppen innerhalb der Bewegung jedoch unterschiedliche Positionen zu der Frage, welche Gesetze, auf welche Art und Weise verändert werden sollen. Schauen wir uns also zunächst die verschiedenen Strömungen genauer an.

Nach der islamischen Revolution von 1979 gab es bei den Aktivisten zwei grundlegend unterschiedliche Sichtweisen: Die Anhänger der neuen Regierung gingen davon aus, dass die Revolution alle Probleme, darunter auch die der Frauen, quasi automatisch lösen würde. Die politische Opposition vertrat dagegen die Meinung, dass nur eine Änderung des politischen Systems zur Lösung aller gesellschaftlichen Probleme führen könnte.

Mit der Zeit wurden indes beide Bewegungen moderater und neue Gruppen bildeten sich heraus, die weniger radikale Positionen vertraten. Auf der einen Seite begannen

⁴⁰⁸ MEMRI

⁴⁰⁹ Shadi Sadr ist Kolumnistin, Anwältin, Frauenrechtlerin und Herausgeberin der Website www.womeniniran.org. Im Februar 2005 wurde ein Ausreiseverbot gegen sie verhängt. Mehr Informationen und Reden von ihr finden Sie u.a. unter:
<http://www.womensenews.org/article.cfm/dyn/aid/1433>
<http://www.frauen-ohne-grenzen.org/news/archiv/27/>
<http://roozonline.com/11english/007791.shtml>

⁴¹⁰ Sharq 3.4.2006.



die muslimischen Frauen, die persönliche Erfahrungen mit der islamischen Regierung gemacht hatten, die Quellen der islamischen Rechtsprechung [Feqh] kritisch zu untersuchen. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, dass die Diskriminierung neue soziale Probleme mit sich gebracht hat.

Gleichzeitig nahmen diejenigen Frauen, die in oppositionellen patriarchalen Organisationen aktiv waren und an westlichen Universitäten Frauenthemen studiert hatten⁴¹¹, eine pragmatische Haltung an, indem sie mit den aktiven religiösen Frauen, die im Iran lebten, in Verbindung traten und sich ihnen annäherten.

Linke religiöse Intellektuelle in den vielfältigen Bewegungen entwickelten neue Denkansätze und die Frauenaktivisten hofften auf neue zeitgemäße Interpretationen des schiitischen Feqh und die Änderung einiger bestehender Gesetze. Mindestens 15 Jahre lang waren diverse Gruppen von dieser Strategie [der Änderung von Gesetzen innerhalb des Feqh] überzeugt. Zu ihnen zählten Frauen, die staatliche Positionen bekleideten, revolutionäre muslimische Frauen, die in nicht-staatlichen Sektoren aktiv waren und sogar säkulare Frauen.

In all diesen Jahren war aber auch eine kleine linke feministische Gruppe aktiv, die immer wieder den Kampf gegen das Patriarchat betonte, das tief in der iranischen Kultur verankert sei. Sie vermieden es dabei, sich an der heiklen Auseinandersetzung um die Rolle der Scharia zu beteiligen.

Als 1997 die reformorientierte Regierung an die Macht kam, verbesserte sich das Klima für die Aktivitäten der nicht-staatlichen Frauengruppen. Die Regierung erklärte, die Partizipation von Frauen in der Politik fördern zu wollen, so dass die Frauenfrage auf nationaler Ebene breit diskutiert wurde.

Die meisten Frauengruppen verfolgten hauptsächlich die Strategie, Gesetze auf Grundlage von neuen Auslegungen der Scharia zu verändern. Allerdings verloren sie ihre Hoffnungen, als deutlich wurde, dass die Bemühungen vieler reformorientierter Mitglieder des Parlaments (Majless) erfolglos blieben. Zwar konnten die weiblichen Majlessmitglieder einige kleine Reformen im Heirats- und Erziehungsgesetz durchsetzen. Ihre Bemühungen um Veränderungen im Einbürgerungsrecht und im Scheidungsrecht sowie den Gesetzen zur Ausreise unverheirateter Mädchen, die im Ausland studieren wollen, scheiterten aber ebenso wie ihr Versuch, die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Diskriminierung von Frauen durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund wuchs die Hoffnungslosigkeit unter denjenigen Frauen, die für die Strategie der Neuinterpretation der Scharia eintraten.

Manche der radikalsten Frauen näherten sich daraufhin den linken Säkularisten. Sie vertraten die Überzeugung, dass man ohne eine Verfassungsreform, welche die

⁴¹¹ Gemeint sind hier v.a. Frauen, die in kommunistischen Parteien und anderen linken Gruppen organisiert waren.



Gleichberechtigung von Frauen und Männern offiziell anerkennt, nicht erwarten könne, dass einzelne Gesetze zugunsten von Frauen verändert würden. Außerdem müsse zunächst geklärt werden, wie denn das Procedere von Entscheidungen über Gesetzesvorlagen zu Frauenrechten auszusehen habe.

Scharia und Menschenrechte

Gegenwärtig können wir jedenfalls vier Strömungen innerhalb der Frauenbewegung feststellen, die sich sehr unterschiedlich mit dem Feqh auseinandersetzen. Diese vier Strömungen kann man in zwei Hauptgruppen einteilen.

Zur ersten Hauptgruppe können die Frauen gezählt werden, die an die Reformierung der Gesetze innerhalb des Rahmens der Scharia glauben. Strategisch stützt sich diese Gruppe auf die klerikale Lobby aber auch auf Einzelpersonen in der Regierung sowie auf einflussreiche gesellschaftliche Gruppen. Diese Kreise versucht sie von der Notwendigkeit von langsam und schrittweise durchzuführenden Reformen zu überzeugen. Diese Gruppe lässt sich wiederum in zwei Strömungen mit unterschiedlichen Ansätzen unterteilen:

Die erste Untergruppe geht primär von der Scharia aus und von ihr ausgehend definiert sie die Frauenrechte. Die Vertreter dieser Haltung glauben, dass die kulturell bedingten Werte des Patriarchats in vielen Bereichen den Islam beeinflusst haben. Vor diesem Hintergrund halten sie die Reformierung der Gesetze, in denen es um Frauen geht, für notwendig. Dabei akzeptieren sie aber nur Reformen, die direkt auf einer anerkannten Interpretation des schiitischen Feqh basieren. Auch sprechen sie sich gegen Reformen aus, wenn diese den Prinzipien der Scharia widersprechen sollten. So verteidigen sie etwa den Kampf gegen die häusliche Gewalt gegen Frauen, sprechen sich aber gleichzeitig gegen das Scheidungsrecht für Frauen aus, weil dies das Prinzip der Vormundschaft des Mannes in Frage stellen würde. Manche Intellektuelle erklären vor diesem Hintergrund, dass diese religiöse Strömung gar nicht zur Frauenbewegung gehöre.

Die Aktivisten der zweiten Untergruppe gehen primär von den Prinzipien der Menschenrechte und des internationalen Rechts aus. Sie wollen die Scharia unter Berücksichtigung zeitgemäßer Erfordernisse neu interpretieren. Wenn sie Gesetze reformieren wollen, beziehen sie sich zwar auf den Feqh, aber in Anlehnung an Menschenrechtsprinzipien. Dabei greifen sie auf Passagen der Scharia zurück, die sonst kaum Beachtung finden. So setzen sie sich etwa für ein gleiches Blutgeld für Männer und Frauen ein und stützen sich dabei auf eine kaum bekannte Fatwa.



'Die Öffentlichkeit muss über die Folgen der diskriminierenden Gesetze aufgeklärt werden'

Die zweite Hauptgruppe besteht aus iranischen Frauen, die sich prinzipiell nicht mit den Konflikten zwischen der Scharia und den Menschenrechten sowie der Frage von Gesetzesveränderungen im Rahmen der Scharia auseinandersetzen. Sie kümmern sich nicht um Probleme, die sich ergeben, wenn Gesetze im Sinne der Scharia verändert werden sollen.

Vielmehr legen sie ihren Schwerpunkt auf umfassende strukturelle Reformen zur Abschaffung der diskriminierenden Gesetze. Ihre wichtigste Strategie zur Beendigung der rechtlichen Diskriminierung von Frauen besteht in der Aufklärung und Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins. Auch diese zweite Hauptgruppe lässt sich in zwei Gruppen unterteilen:

In der ersten Gruppe sind Menschenrechtler organisiert, die die Menschenrechte als Basis und Orientierung für Gesetzesveränderungen betrachten. Sie lassen sich zwar auf keine Diskussion mit den Machthabern über die Vereinbarkeit der Menschenrechte mit der Scharia ein, begrüßen aber jede Gesetzesänderung mit einem Menschenrechtsbezug, auch wenn sie im Namen des Feqh begründet wird.

Die iranischen Anhänger der Menschenrechte für Frauen sind der Meinung, dass alle Gesetze auch aus Frauenperspektive und unter Berücksichtigung der persönlichen Erfahrungen von Frauen betrachtet, kritisiert und revidiert werden müssen. Darüber hinaus sollen auch diejenigen kritisch beobachtet werden, die die Gesetze ausführen - denn auch sie müssten sich ändern. Die Vertreter dieser Gruppe betonen, dass die Erfahrungen von Frauen in die Gesetzgebung einfließen müssen. Deshalb fordern sie, dass die Reformen nicht durch eine Elite von oben und hinter verschlossenen Türen entschieden werden dürfen. Vielmehr hätten Reformen nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn sie in demokratischen Prozessen und auf der Basis der Erfahrung der Frauen erfolgen, die ja die Opfer der bestehenden Gesetze seien. Die Hauptstrategie dieser Gruppe besteht darin, die konkrete Erfahrungen der Frauen transparent und den Einfluss der existierenden Gesetzgebung auf ihr Leben deutlich zu machen. Sie setzen darauf, dass es ausreicht, wenn die Bevölkerung und auch die Machthaber darüber aufgeklärt werden, dass viele gesellschaftliche Krisenerscheinungen auf diskriminierende Gesetze zurückzuführen sind. Zu diesen Phänomenen zählen sie etwa das Problem der obdachlosen Mädchen auf der Flucht, Prostitution, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung oder die Selbstverbrennung von Frauen.

Tatsächlich ist es ja die erste Aufgabe der Regierung, die Gesellschaft zu verwalten - und so wird die Regierung Wege finden müssen, wie die Gesetze mit der Scharia vereinbar sind. Das dies möglich ist, wurde deutlich, als es um die Beendigung der Steinigung von Frauen oder die Erhöhung des Heiratsalters von Mädchen ging, [das von 9 auf 15 angehoben wurde].



Die zweite Untergruppe kann als die radikalste Strömung innerhalb der Frauenbewegung bezeichnet werden. Ihre Vertreter glauben weder an Gesetzesreformen innerhalb eines von der Scharia gesetzten Rahmens noch an die Möglichkeit der strukturellen Reformierbarkeit der Gesetze innerhalb der bestehenden Herrschaftsstruktur.

'Wie kann eine Polarisierung der Bewegung verhindert werden?'

All diese verschiedenen intellektuellen Bewegungen haben Gemeinsamkeiten mit Gruppen, die ihnen besonders nahe stehen. In besonderen historischen Momenten konnten sie so gemeinsame Strategien entwickeln und gemeinsame Aktionen durchführen. Trotz aller Niederlagen und Misserfolge haben die Bemühungen all dieser Gruppen auch zu bemerkenswerten Erfolgen geführt und all diese Gruppen bilden trotz ihrer Unterschiede gemeinsam etwas, das sich die iranische Frauenbewegung nennt.

Manche Beobachter behaupten ja, dass die diskriminierenden Gesetze die Gesellschaft in eine Sackgasse geführt haben, weil die Fragen zum Verhältnis zwischen Menschenrechten und Scharia noch nicht geklärt sind. Hinzu kommt, dass die neue Regierung [Ahmadinejad] eine Politik verfolgt, welche die Scharia sehr streng umsetzen will. Aktuelles Beispiel dafür ist die Gesetzesvorlage zur Verminderung der Frauenarbeitszeit um 8 Stunden in der Woche. Das Ergebnis wird sein, dass die Arbeitschancen für viele Frauen sinken, weil staatliche und nicht-staatliche Betriebe dann eher Männer einstellen werden.

Ein wichtiges Problem, vor dem die Frauenbewegung steht, ist ihre Polarisierung infolge der Tatsache, dass ihre Forderungen ohne Antworten geblieben sind. So könnten auf der einen Seite diejenigen Gruppen, die an Reformen innerhalb der Scharia glauben, immer reaktionärer werden und um sich zu retten sogar ihre Minimalforderungen aufgeben. Auf der anderen Seite könnten die Gruppen, die auf Gesetzesänderungen außerhalb der Scharia setzen, immer hoffnungsloser werden und die Erfüllung ihrer Forderungen nur von Veränderungen der Struktur des Staates selbst erwarten. In einem solchen Szenario wird die Frauenbewegung schwarz-weiß werden. Wenn es eines Tages keine Kräfte mehr geben sollte, die der herrschenden Politik die Forderungen von radikalen Gruppen vermitteln könnten, dann werden die Veränderungsprozesse in der Gesetzgebung ganz aufhören. Zumindest würden sie sich sehr verlangsamen.

Auf jeden Fall müssen sich alle Aktivisten der verschiedensten Gruppen auch außerhalb der Frauenbewegung folgende Frage stellen: Wie kann verhindert werden, dass sich die Bewegung immer mehr polarisiert, obwohl die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Regierungspolitik doch immer geringer werden?"



Special Dispatch, 29. Mai 2006 - Die iranische Frauenbewegung und das islamistische Regime ⁴¹²

In einer Analyse der iranischen Frauenbewegung stellte die bekannte iranische Anwältin und Frauenrechtlerin Shadi Sadr vor einigen Wochen in der Zeitung Sharq verschiedene Strömungen der Bewegung vor und warnte vor deren Polarisierung.⁴¹³ Im Folgenden dokumentieren wir zum einen den Text der im Exil lebenden iranischen Frauenrechtlerin **Monireh Kazemi**. Erschienen ist er auf der Website **Akhbar-Rooz** (<http://www.akhbar-rooz.com/article.jsp?essayId=2545>). Kazemi betont darin, dass die iranische Frauenbewegung bereits seit über 20 Jahren gegen den Islamismus kämpft. Unter anderem kritisiert sie, dass auch in den Oppositionsbewegungen viele Männer die Interessen und Rechte von Frauen unter islamistischer Herrschaft nicht genügend im Blick hätten. Außerdem würden einige von ihnen sogar das Recht auf ein eigenes Atomprogramm des iranischen Regimes verteidigen.⁴¹⁴ Anschließend dokumentieren wir einen in der reformislamistischen iranischen Zeitung **Sharq** erschienenen Beitrag, in dem sich die iranische Frauenrechtlerin **Marsiyyeh Mortasi Langrudi** zu Problemen der iranischen Frauenbewegung äußert: Wie Kazemi weist auch sie daraufhin, dass die Frauen im Iran weiterhin gegen traditionelle Formen gesellschaftlicher Unterdrückung zu kämpfen haben. Für das Engagement der Frauen im Iran kommt sie aber zu einem anderen Schluss: Die Frauenbewegung sollte sich nicht am Kampf um die politische Macht beteiligen, sondern gegen herrschende gesellschaftliche Ungerechtigkeit aktiv werden.

Monireh Kazemi: ‚Einige Männer verteidigen das Atomprogramm, schweigen aber über die Zwangsverschleierung‘

"Seit dem 11. September 2001 ist die Welt mir einem Phänomen konfrontiert, dass wir iranischen Frauen schon seit 27 Jahren kennen: dem Islamismus.

Der politische Islam ist für uns Iraner kein neues Phänomen. Kleriker wie Scheich Nuri⁴¹⁵ und seine Zeitgenossen haben schon in der damals herrschenden Despotie gegen Menschen gekämpft, die sich für Freiheit einsetzten und sorgten dafür, dass sie getötet wurden. Schon damals gründeten die ersten iranischen Feministinnen Mädchenschulen und mussten sich gegen den Zorn der Islamisten wehren. [...]

Bereits in den 60er Jahren bezeichnete Khomeini das Wahlrecht für Frauen als ‚Prostitution‘ und in den 70er Jahren steckten Islamisten das Kino ‚Rex‘ in Brand -

⁴¹² MEMRI

⁴¹³ siehe MEMRI Special Dispatch vom 7. 4. 2006

http://www.memri.de/uebersetzungen_analysen/2006_02_AMJ/iran_moderne_07_04_06.html

⁴¹⁴ Zu aktuellen Protesten von Studenten im Iran gegen das Atomprogramm siehe:

<http://memri.org/bin/latestnews.cgi?ID=SD117406>

⁴¹⁵ Scheich Nuri propagierte bereits während der konstitutionellen Revolution von 1905 eine islamische Verfassung.



über 400 Menschen kamen dabei ums Leben⁴¹⁶. Kein Wunder also, dass die Frauen von Khomeini kurz nach der Machtergreifung 1979 - völlig zu Recht - als Feinde islamischer Regime dargestellt wurden. Die Islamisten behaupteten, dass der weibliche Körper ein Ort des Teufels sei und selbständige, freie Frauen seine Schülerinnen. Sie behaupteten, dass man Frauen gänzlich kontrollieren und die Gesellschaft islamisieren müsse, um Frauen handlungsunfähig zu machen. Es sollte auch nicht vergessen werden, wie viele Frauen in den Gefängnissen des klerikalen Regimes gefoltert und hingerichtet wurden. Mittlerweile werden Andersdenkende sogar im Ausland Opfer von Terroranschlägen. Das alles deutet auf eine Form des Islamismus als totalitärer Fundamentalismus hin, unter dem insbesondere Iraner zu leiden haben. [...]

Aber das iranische Regime leistet weiterhin auch Hilfe an arabische Islamisten und unterstützt totalitäre islamische Zentren und radikale Moscheen in Europa und den USA. Tatsächlich wird an solchen Orten Hass geschürt, wodurch zivilgesellschaftliche Entwicklungen gefährdet werden. Leider denken die westlichen Staaten meist nur an ihre kurzfristigen wirtschaftlichen Kapitalinteressen und teilweise unterstützen sie die Bewegungen des politischen Islam sogar. Indirekt tragen sie dadurch dazu bei, dass nicht nur reaktionäre Kräfte, sondern auch Rassismus, Antisemitismus und blinder Nationalismus gestärkt werden. [...]

Vor diesem Hintergrund könnte der Sieg über den islamischen Fundamentalismus im Iran ein großer Beitrag für Frieden, Freiheit, Demokratie, Emanzipation und Gerechtigkeit in der ganzen Welt bedeuten. Wir können davon ausgehen, dass der Islamismus enorm geschwächt wäre, wenn die Kette von Gewalt und Aggression an einer entscheidenden Stelle durchbrochen würde. So haben die iranischen Frauen heute eine besondere Botschaft, denn ihr Sieg über den Islamismus würde nicht nur den Kampf der Frauen für Demokratie, Freiheit, Emanzipation und Humanität in der Region, sondern weltweit unterstützen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben mir gezeigt, dass auch politisch aktive iranische Männer noch immer nicht sensibel genug für die Gefahr des politischen Islam sind und Gefangene ihres traditionellen patriarchalen Denkens bleiben. Auch aus diesem Grund sind sie weit von den Forderungen der Frauen in ihren Auseinandersetzungen mit der Islamischen Republik entfernt.

Die iranischen Männer haben nicht verstanden, dass die Abschaffung der Männerherrschaft auch die Männer befreien wird. Die iranischen Männer haben immer noch nicht begriffen, dass die Ideologie und die Strategien der Islamischen Republik die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen des herrschenden Patriarchats bestimmen. Faktisch fällt es dem iranischen Mann sehr schwer, die patriarchalen Strukturen des Regimes zu kritisieren. [...]

⁴¹⁶ Am 19.8.1977 wurde das Kino in der südiranischen Stadt Abadan in Brand gesteckt, weil dort westliche Filme gezeigt wurden.



So stehen wir Frauen in unserem Kampf gegen die Islamische Republik alleine da. [...] Wir erleben, wie manche Männer trotz langjähriger politischer Erfahrungen in die Falle von Ahmadinejad tappen und von einem selbstverständlichen Recht des reaktionären und totalitären Regimes auf das Atomprogramm sprechen. Dieselben Männer schweigen über die Zwangsverschleierung und das selbstverständliche Recht der Frauen auf freie Kleidungswahl. [...]

Das ist einer der Gründe, warum wir Frauen im Iran und der islamischen Welt uns auf unsere eigenen Kräfte besinnen und in der ganzen Welt um Solidarität gegen die islamischen totalitären Kräfte kämpfen müssen."⁴¹⁷

Marsiyyeh Langrudi: "Die Frauenbewegung muss sich eher gesellschaftlich als politisch engagieren"

"Seit langer Zeit fragen sich engagierte iranische Frauen, ob die Frauenbewegung das Ziel verfolgt, die ‚Gesetze zu reformieren‘ und sich dabei als politische oder als soziale Bewegung definiert. Wenn die Frauenbewegung eine politische Bewegung ist, warum beschäftigt sie sich dann nicht mit Problemen der Macht, des Staates und der Regierung? [...] Soziale Bewegungen setzen sich dagegen mit Bürger- und Frauenrechten auseinander und verfolgen das Ziel, die rechtlichen Strukturen emanzipatorisch zu reformieren. Es ist bedauerlich, dass man seit einigen Jahren fast gar nicht mehr zwischen politischen und sozialen Bewegungen unterscheiden kann. Deswegen gerät auch die Frauenbewegung ständig in machtpolitische Streitereien.

Fest steht zunächst, dass es Männer sind, die in unserer patriarchalen Gesellschaft alle bevormunden und nur ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen wollen. Hart gehen sie gegen jede Kritik an der Monopolisierung [der staatlichen Macht] vor und werfen den Kritikern vor, die herrschende Ordnung stören zu wollen. [...] So wird natürlich auch die Frauenbewegung als radikale Bewegung betrachtet und ihre Arbeit gestört.

Die Tatsache, dass allein das ‚Frausein‘ schon politisch ist, hat mit dem engen Verständnis von Politik zu tun. [...] Dies ruft nicht nur in der Frauenbewegung Widerspruch hervor, sondern wird auch in den von Männern dominierten iranischen Parteien kritisiert. Ein derart enges Verständnis von Politik führt dazu, dass politisch aktive Menschen, denen es eigentlich gar nicht um die politische Macht geht, isoliert werden und automatisch zu Oppositionellen werden. [...] Die monopolisierte Macht benutzt diesen engen Begriff von Politik, um gesellschaftliche Forderungen abzuwehren. Auf diese Weise gerät auch die Frauenbewegung ungewollt in politische Konflikte, [...] was ihr am Ende nur schaden kann.

⁴¹⁷ Akhbar-Rooz , <http://www.akhbar-rooz.com/article.jsp?essayId=2545>.



So werden die Frauen immer hoffnungsloser und verzweifelter, wenn sie feststellen, dass der Preis, den sie für die Bewegung zahlen, in keinem Verhältnis zu Ergebnissen und Nutzen ihrer Arbeit steht. Das führt dazu, dass die Frauenbewegung langfristig an Einfluss in der Gesellschaft verliert. Daher muss die iranische Frauenbewegung eine genaue Definition dafür liefern, was sie unter Politik und Macht versteht. [...]

Selbstverständlich sollte sich die Frauenbewegung auch mit dem Problem der ‚Macht‘ auseinandersetzen. Aber wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass es auch traditionelle Formen von Ungleichheit, Gewalt und Ungerechtigkeit in der Gesellschaft gibt, die sich auf Familienstrukturen auswirken und unter denen auch Männer leiden. Die vom Staat monopolisierte Macht ist schließlich nur ein Teil von dem, was traditionell das Leben der iranischen Frauen beeinflusst. Es ist wie bei einem Eisberg, von dem man nur die Spitze sieht: Der Großteil des Machtproblems ist zutiefst in den Denkweisen und Lebensgewohnheiten der Iraner verankert und bestimmt ihr gesamtes Leben.

Vor diesem Hintergrund sollten sich die Frauen aus den raffinierten und schnelllebigen machtpolitischen Spielereien heraushalten. Vertreter verschiedener sozialer Bewegungen sind vielmehr zu der Erkenntnis gekommen, dass sie sich eher auf der Ebene der Gesellschaft betätigen müssen. [...] Während politische Bewegungen alles in Befürworter und Gegner der staatlichen Macht einteilen, fordert die Frauenbewegung die Einheit der Gesellschaft im Kampf gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung und rechtliche Ungleichheit. Die iranische Frauenbewegung sitzt in einem fahrenden Zug und muss während der Fahrt auch noch die Schienen legen, damit der Zug ans Ziel kommt. Daher müssen die Frauen immer darauf achten, nicht zu entgleisen und die Grenzen der gesellschaftspolitischen Arbeit nicht zu verlassen. [...]“⁴¹⁸

Special Dispatch, 16. Juni 2006 - Frauendemonstration in Teheran zerschlagen

Am 12. Juni 2006 demonstrierten iranische Frauen und Männer in Teheran gegen Polygamie und für ein gleichberechtigtes Scheidungsrecht und gegen geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen in Iran. Mindestens 70 Menschen wurden dabei verhaftet, obwohl die Organisatoren der Demonstration zuvor betont hatten, dass es ihnen um eine friedliche Protestaktion geht. Im Folgenden dokumentieren wir Berichte und Erklärungen von der Demonstration.

⁴¹⁸ Sharq, 16. Mai 2006



Übersetzt und zusammengefasst von Wahied Wahdat-Hagh*

In einem Flugblatt, das auf der Teheraner Frauendemonstration verteilt wurde, gaben die Demonstranten folgende Gründe für ihren Protest bekannt:

"Unser Protest richtet sich gegen Polygamie, einseitiges männliches Scheidungsrecht, einseitiges Erziehungs- und Vormundschaftsrecht des Vaters, ohne Berücksichtigung der Mutterrolle, ungleiches Heiratsrecht, ungleiches Zeugenrecht, und die Tatsache, dass Mädchen mit 9 Jahren⁴¹⁹ gerichtlich verfolgt werden können."⁴²⁰

Iran Emrooz berichtet, dass sich am Tage der Demonstration 111 Intellektuelle in Form einer schriftlichen öffentlichen Erklärung in Teheran mit der Frauendemonstration solidarisiert haben.⁴²¹

Bei **Roozonline** heißt es, dass die Frauendemonstration vom Montag mit einem "bisher unbekanntem Ausmaß von Gewalt zerschlagen" worden ist.⁴²² Die Journalistin Dana Shawsawari schrieb dazu aus Teheran:

"Es gab eine große Präsenz der Ordnungskräfte. Spezialeinheiten warteten schon auf die Frauen. [...] Die Frauen hatten ihre Parolen [nicht auf Transparente, sondern nur] kleine Zettel geschrieben. [...] Weibliche Polizisten besprühten die Frauen mit roten Spray [...] und vertrieben die einen und verhafteten die anderen. [...] Die Polizistinnen waren teilweise noch brutaler als die Polizisten. Als ein Polizist allerdings ein junges Mädchen verhaften wollte und sie an den Haaren schleifte, riefen ca. 150 Passanten: Lass sie los. Lass sie los. [...] Die demonstrierenden Frauen erklärten immer wieder, dass sie nur Freiheit wollten. [...] Die Polizistinnen jedoch schwörten wieder und wieder auf Fatima und skandierten: ‚Im Namen des Blutes der Märtyrer, wir werden euch mit Füßen zermalmen.‘"⁴²³

Leili Poursand schreibt in einem Kommentar ebenfalls für Roozonline: "Es ist wahrscheinlich das erste Mal, dass die Ordnungskräfte von der Polizei ausgebildete Frauen zur Unterdrückung von Straßenprotesten einsetzen. Schon seit einigen Jahren werden Frauen für Spezialeinheiten ausgebildet. Man hat versucht, den Einsatz von Polizistinnen als eine neue positive Entwicklung zur Förderung von Frauen darzustellen. Man konnte sehr viel staatliche Propaganda dazu hören. Tatsächlich waren wir aber am Montag Zeugen, wie die Polizistinnen als ein neues frauenfeindliches Instrument eingesetzt wurden. Iranische Frauen wurden von Polizistinnen mit Knüppel und Stöcken geschlagen, daraufhin mit Gewalt in Polizeiautos verschleppt und ins Gefängnis gebracht."

⁴¹⁹ Junge Männer sind erst ab 15 Jahren strafmündig.

⁴²⁰ Peyke Iran, 13.6.2006.

⁴²¹ Iran Emrooz, 12.6.2006.

⁴²² Photos der Demonstration, Siehe:

http://web.peykeiran.com/new/women/women_news_body.aspx?ID=1706

⁴²³ Roozonline, 15.6.2006.



Poursand stellt daraufhin die Frage, ob denn diese Polizistinnen tatsächlich der Meinung seien, dass die herrschenden Gesetze gerecht seien. Sie fragt, warum Frauen brutal und blutig gegen Frauen vorgehen, die sich für mehr Frauenrechte einsetzen:

"Wahrscheinlich haben diese Polizistinnen den Geschmack der Gewalt in ihren Familien kennen gelernt. Sie wissen auch nicht, was sie gegen die ungerechten Scheidungsgesetze machen sollen und das herrschende Arbeitsgesetz unterdrückt in der Tat alle Frauen. Wie könnten wir denn wirklich davon ausgehen, dass es unter den iranischen Polizistinnen keine gibt, die sich wegen des Scheidungsgesetzes nicht von ihrem Mann trennen kann. Wie könnten wir glauben, dass wenn eines Tages die Tochter einer dieser Damen getötet wird, diese zufrieden sein würde, wenn das Blutgesetz ihrer Tochter nur als halb so viel Wert gilt. Und wie könnte sie damit zufrieden sein, dass wenn sie den Mörder bestrafen wollte, das Gesetz sie zwingt, das zweifache Blutgeld zu zahlen [...]. Wie kann eine Polizistin nur damit zufrieden sein, dass sie nach dem Tod ihres Mannes nur 1/8 seines Erbes bekommt? [...] Es ist sehr traurig, dass die Polizistinnen kraft ihrer männlichen Gewalt gegen Frauen vorgehen, die sich friedlich für die Freiheit einsetzen." ⁴²⁴

Die Organisation "**Adware Tahkime Daneshamukhtegan**" [Arbeitslose Akademiker] veröffentlichte nach der gewalttätigen Zerschlagung der Frauenprotesten eine Erklärung, die wir teilweise dokumentieren:

"In den letzten Wochen hat Iran eine der schwersten Unterdrückungsmaßnahmen des Staates gegen zivilgesellschaftliche Kräfte, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, erlebt. Wir alle konnten miterleben, wie die Sicherheitskräfte und die juristischen Instanzen des Herrschaftssystems zusammenwirkten, um die Freiheitsrufe der Studenten, der Professoren, der Frauen, der Arbeiter und der anderen zivilgesellschaftlichen Aktivisten zum Schweigen zu bringen. Dabei forderten diese lediglich ihre legalen Rechte. Zwar behaupten die staatlichen Ordnungskräfte, die Rechte der Bürger verteidigen zu wollen, sie haben jedoch gezeigt, dass sie im Gegenteil die Ursache von sozialer Unsicherheit und Unruhe im Iran sind.

Wir erinnern uns noch bitter an die Aktivitäten der Arbeiter, die ihre verbrieften gewerkschaftlichen Rechte forderten. Wir haben auch noch nicht vergessen, dass **Dr. Ramin Jahanboqlu** ⁴²⁵ unter falschen Vorwürfen der Zusammenarbeit mit Fremden verhaftet worden ist. Nun wurden auch weitere Studenten und Professoren verhaftet und man versucht die islamischen Studentenorganisationen dadurch aufzulösen, indem die studentischen Wahlen verboten werden. Das Ergebnis des zivilgesellschaftlichen Widerstandes der Studenten endete mit Verhaftungen, die eher Entführungen gleichkamen. [...]

⁴²⁴ Roozonline, 14.6.2006.

⁴²⁵ Vgl. dazu auch :

http://www.memri.de/uebersetzungen_analysen/2006_02_AMJ/iran_jahanboqlu_17_05_06.html



Das letzte Beispiel solch repressiver Maßnahmen war die Zerschlagung der friedlichen Protestversammlung der Frauen. Sie wandten sich gegen die diskriminierenden Gesetze gegen Frauen und forderten Menschenrechte für Frauen. Man ging in einer bisher unbekanntenen Härte gegen diese Proteste vor. [...] Staatliche Ordnungskräfte und zivil gekleidete Sicherheitsbeamte schlugen mit Knüppel auf die Demonstranten ein und setzten dabei Tränengas ein. [...] Tatsächlich müssen wir dieses Land beweinen, das seine Frauen, Mütter und Töchter der Gesellschaft schlägt, ins Gefängnis wirft, nur weil sie mehr Rechte für die Frauen fordern.

Wir müssen dieses Land beweinen, das sogar einen ehemaligen Majlessmitglied schamlos verhaftet.

Wir müssen dieses Land beweinen, das eher das Schweigen zulässt, das all seine Kräfte des Fortschritts, seien es Studenten, Professoren, Anwälte, Schriftsteller oder Arbeiter als Handlanger der Fremden bezeichnet." ⁴²⁶

Iran Emrooz meldete, dass unabhängig von der Verhaftung der Demonstranten inzwischen mindestens fünf Mitglieder der studentischen Organisation der **Daftare Tahkim** und zwei Mitglieder der ebenfalls studentischen Organisation der Adware Tahkime Daneshamukhtegan verhaftet worden seien. ⁴²⁷

Der iranische Justizminister, **Haj Aqa Karimirad**, warf den Demonstranten vor "im Vorfeld der Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen ein falsches Bild der Menschenrechtsslage im Iran zu liefern." ⁴²⁸

Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

Kontraste: Khomeinis Rede vom 1.2.1979 und Forderungen von iranischen Frauen heute. ⁴²⁹

Die folgende Rede hat der erste Revolutionsführer des Iran Ayatollah Khomeini am 1. Februar 1979, am Tag seiner Einreise nach Teheran gehalten.

Diese Rede wurde heute in einigen iranischen Medien im In- und Ausland wieder veröffentlicht.

Tatsächlich ist es frappierend, wie Ayatollah Khomeini sich in seiner Rede gegen die Unterdrückung und für Freiheit einsetzte. Nicht zu überhören ist sein damaliger antiamerikanischer und antiisraelischer Grundton. Es sollte auch nicht in Vergessenheit geraten, dass für Khomeini der Fremde mit dem Westler gleichzusetzen war.

⁴²⁶ Akhbare Rooz, 13.6.2006.

⁴²⁷ Iran Emrooz, 13.6.2006.

⁴²⁸ Sharq, 14.6.2006

⁴²⁹ 01.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/01/kontraste-khomeinis-rede-vom-1-2-1979-und-forderungen-von-iranischen-frauen-heute/>



Nach 28 Jahren islamischer Herrschaft im Iran wird der Iran repressiver denn je zuvor in seiner Geschichte regiert. Die Armut ist gewachsen. Für Khomeini war jede westliche Freiheit mit Prostitution vergleichbar. Im iranischen Gottesstaat leben inzwischen die meisten Prostituierten des Mittleren Ostens. Der Drogenmissbrauch unter Jugendlichen ist weiter verbreitet als je zuvor.

Im Anschluss an Khomeinis Rede dokumentieren wir einen aktuellen Aufruf von iranischen Frauen, die sich nach Freiheit sehnen und von der islamischen Regierung Menschenrechte und Demokratie fordern.

Khomeinis Rede von 1.2.1979:

„Im Namen Gottes“

Wenn meine Augen auf diese Männer, die ihre Kinder verloren haben, fallen, fühle ich mich schwer. Ich kann es kaum aushalten. Ich kann dieses Leiden, das man unserem Volk zugefügt hat überhaupt nicht ertragen. Ich kann mich bei diesem Volk noch nicht einmal bedanken. Ein Volk, das alles auf dem Weg Gottes hergab.[...] Gott möge ihnen helfen.

Ich teile die Trauer der Mütter, die ihre Kinder verloren haben und übermittle ihnen meine Kondolenz. Ich wünsche den Vätern, die ihre Jungen verloren haben mein Beileid. Ich wünsche den jungen Menschen, die ihre Väter verloren haben, mein Beileid.

Lassen Sie uns überlegen, warum man diesem Volk so viel Leid zufügte. Was hat denn das Volk getan, dass man die Menschen ermordet und sie ausplündert. Was hat unser Volk getan, dass es so ein Schicksal verdient hat? Das Volk argumentiert, dass diese Pahlavi-Dynastie von Anfang an illegal war. Diejenigen, die in meinem Alter sind, wissen es und haben es miterlebt, dass das konstituierende Parlament mit Waffengewalt gegründet wurde. Man hat die Verteidiger des Parlaments gezwungen für diesen Reza Schah und dessen Dynastie zu stimmen. Diese Dynastie war von Anfang an ungültig. Diese Dynastie war von Anfang an illegal, irrational und gegen Menschenrechte. Nehmen wir an, dass ein Volk sich für einen Sultan entscheidet. Gut, weil ein solches Volk souverän entscheidet, wählt es den Sultan. Aber warum muss diese Wahl für den Sultan und alle Sultane, die nach ihm folgen gelten. Warum muss das Volk sich gleich für 50 Jahre entscheiden und sich für seine Nachfahren auch entscheiden? Jedes Volk muss über sich selbst entscheiden. [...] Das Volk hat gesagt, dass wir diese Dynastie nicht haben wollen, dieses Parlament und den Senat nicht haben wollen. [...] Ich muss sagen, dass dieser Mohammad Reza Pahlawi, dieser Verräter, geflohen ist, unser Hab und Gut mitgenommen hat und unser Land zerstört hat. Er hat unsere Friedhöfe kultiviert. Unser Land ist wirtschaftlich ruiniert. Wir brauchen Jahre, damit die Wirtschaft sich wieder erholt. [...] Alle Menschen müssen sich die Hände reichen, damit die Wirtschaft sich wieder erholt. [...] Sie haben eine Bodenreform eingeführt und dabei die Bauern ruiniert. Unsere Landwirtschaft ist zerstört worden. [...] Der Schah hat die Bodenreform durchgeführt, um Amerika zu dienen, damit wir aus Amerika oder aus Israel Weizen, Reis und Eier



importieren. Israel ist auch ein Handlanger Amerikas. [...] Er hat aus unserer Kultur eine rückschrittliche Kultur gemacht. [...] Unsere Jugend muss unter Tausenden von Schwierigkeiten im Ausland studieren. Wir haben seit über 50 Jahren eigene Universitäten. [...] Aber da wir verraten wurden, konnten wir keine Fortschritte machen. Sie haben alle unsere menschlichen Potentiale zerstört. [...]

Dieser Kerl [Schah] hat nur Prostitutionszentren gebaut, seine Fernsehanstalt sowie seine Radios sind Hurenzentren. [...] Überall in Teheran wird mehr Alkohol verkauft als Bücher. [...] Warum sind unsere Kinos Prostitutionszentren? Wir haben nichts gegen Radios. Wir haben etwas gegen die Prostitution. Wir haben nichts gegen die Moderne. Aber seitdem Europa in den Iran eingeschritten ist, haben sie uns in die Barbarei getrieben. [...] Das Kino ist ein modernes Phänomen. Es muss im Dienste des Volkes sein. Es muss das Volk erziehen. Aber die Kinos haben unsere Jugend verdorben. [...]

Und nun komme ich zum Öl. Sie haben unser gesamtes Öl den Fremden überlassen, den Amerikanern überlassen. Von dem Geld haben sie Waffen gekauft. Wir haben unser Öl verschenkt und sind obendrein ihre Militärbasis geworden. Amerika hat mit List unser Öl gestohlen und dafür eigene Militärbasen gebaut. [...] Unsere Armee kann ihre Waffen noch nicht einmal benutzen. Sie haben Militärberater und Experten ins Land gebracht. [...] Das Blut unserer Jugend ist für die Freiheit geflossen. [...]

Ich werde die Regierung ernennen. Ich schlage mit meinen Fäusten in den Mund der Schahregierung. Ich ernenne die Regierung. Ich ernenne mit der Unterstützung des Volkes eine Regierung. Dieser Herr [der Schah] glaubt ja noch nicht einmal an sich selbst. Seine Freunde akzeptieren ihn auch nicht. Das Volk will ihn auch nicht. Die Armee auch nicht. Nur Amerika unterstützt ihn. Die Engländer haben ihn auch unterstützt.[...] Es ist doch klar. Dieses Land braucht keine zwei Regierungen. Natürlich muss die illegale Regierung gehen. Die Regierung, die wir meinen, stützt sich auf den Willen Gottes, stützt sich auf die Stimme des Volkes, stützt sich auf das Urteil Gottes. [...]

Solange wir da sind, werden wir nicht erlauben, dass sie herrschen. Wir wollen nicht, dass Mohammad Reza zurückkehrt. Seid wachsam, sie wollen ihn wieder zurückbringen. [...] Sie wollen wieder Repressionen einführen und uns den Amerikanern überlassen. [...] Wir werden mit der Stimme des Volkes eine konstituierende Versammlung gründen. [...]

Ich muss auch der Armee einen Rat geben. Wir wollen, dass ihr unabhängig seid. Wir haben mit unserem Blut bezahlt. [...]

Herr General, wollen Sie nicht unabhängig sein? Ich rate ihnen, kommen Sie, umarmen Sie das Volk. Stimmen Sie ein, sagen Sie, dass die Armee unabhängig sein muss, dass wir keine amerikanischen Militärberater brauchen. [...]



Und ich bedanke mich bei allen Schichten der Gesellschaft, die sich dem Volkswillen angeschlossen haben. Ich bedanke mich bei den Militärs, bei der Luftwaffe. [...] Wir bedanken uns bei ihnen. Das Volk ist besser als diese Fremden. [...] Lasst los von der alten Regierung. Glaubt nicht, dass wir euch dann direkt erhängen. [...] Wir werden jeden beschützen, der sich bei uns einreicht. [...] Wir wollen einen starken Staat. Wir wollen den Staat nicht zerstören. Wir wollen aber ein politisches System, das dem Volk dient. Wir wollen keinen Staat, der von Fremden beherrscht wird und von Fremden Befehle erhält.“

Über die gesetzliche Diskriminierung der iranischen Frauen

Der Druck auf iranische Frauen wächst täglich. Vor wenigen Tagen wurden drei Aktivistinnen der iranischen Frauenbewegung grundlos verhaftet, als sie aus dem Iran legal ausreisen wollten. Viele Journalistinnen bekommen erst gar keine Ausreisegenehmigung. Der folgende Aufruf wurde im Iran von Frauen formuliert, die gegen die diskriminierenden Gesetze des iranischen Gottesstaates kämpfen. Iranische Frauen haben sich das Ziel gesetzt im Internet 1 Million Unterschriften gegen die staatliche Diskriminierung der Frauen zu sammeln.

„Aufruf

Eine Million Unterschriften um diskriminierende Gesetze zu ändern

Alle Gesetze im Iran betrachten die Frauen als ein zweitrangiges Geschlecht und diskriminieren sie. Dies geschieht in einer Gesellschaft, in der mehr als 60 Prozent der immatrikulierten Studenten weiblich sind. In vielen Gesellschaften glaubt man, dass das Gesetz immer ein Schritt weiter sein müsse als die Kultur, damit die gesellschaftliche Kultur wachsen könne. Im Iran hinken die Gesetze jedoch hinter der Kultur und der Lage der Frauen hinterher.

Gemäß des Gesetzes ist ein neunjähriges Mädchen vollständig strafmündig. Wenn das Mädchen eine Strafe begeht, die mit der Todesstrafe geahndet wird, kann das Gericht die Todesstrafe verhängen. Wenn eine Frau und ein Mann auf der Straße einen Unfall verursachen und beide gelähmt werden, bekommt die Frau nach dem geltenden Gesetz nur halb so viel Schmerzensgeld wie der Mann. Wenn sich etwas vor den Augen einer Frau und eines Mannes ereignet, wird die Zeugenaussage einer Frau, die alleine ist, nicht akzeptiert, aber die Zeugenaussage eines Mannes wird akzeptiert. Nach dem Gesetz kann der Vater, mit Erlaubnis des Gerichtes, seine 13jährige Tochter sogar an einen 70jährigen Mann verheiraten. Gemäß des Gesetzes darf die Mutter nicht die finanzielle Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Die Mutter darf nicht über den Wohnort, über die Ausreiseerlaubnis und noch nicht einmal über die Heilungsmaßnahmen ihrer Kinder Entscheidungen treffen. Gemäß des Gesetzes dürfen die Männer mehrere Frauen haben und ihre Frauen verstoßen, wann sie es wollen.

Diese Fälle sind nur ein kleiner Ausschnitt der gesetzlichen Ungleichheiten und Diskriminierungen gegenüber Frauen. Und ohne Zweifel sind Frauen, die unteren Schichten angehören oder Mitglieder von ethnischen und religiösen Minderheiten sind, noch stärker von den Gesetzen diskriminiert und leiden noch mehr unter



diesen. Einerseits haben die ungerechten Gesetze dazu geführt, dass die Beziehungen zwischen den Frauen und Männern sehr ungleichgewichtig sind, so dass auch die Männer deswegen mit vielen Problemen konfrontiert sind. Beispielsweise ist es inzwischen üblich geworden, dass die Männer ein sehr hohes Brautgeld zahlen müssen. Die Frauen fordern diese hohe Summen, da sie damit ihre Nachteile aufgrund rechtlicher Ungleichheit aufzuwiegen versuchen. Andererseits hat die iranische Regierung internationale Abkommen, wie die Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet und ist daher verpflichtet ihnen Folge zu leisten. Die wichtigste Garantie, die nach der Menschenrechtserklärung gewährleistet werden muss, ist die Vermeidung von Diskriminierungen, die auf das Geschlecht, die Rasse oder die Religion zurückzuführen sind. Entsprechend der genannten Probleme fordern wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, die Abschaffung der Diskriminierung von Frauen auf allen Ebenen des Gesetzes und fordern von den Gesetzgebern die herrschenden Gesetze zu überdenken und diese gemäß der internationalen Verpflichtungen der Regierung zu revidieren.

Die untenstehenden Unterschriften werden im Internet gesammelt und können nicht persönlich entgegen genommen werden.“

Über die gesetzliche Diskriminierung der iranischen Frauen (Teil 2)⁴³⁰

Der Druck auf iranische Frauen wächst täglich. Journalisten und Aktivisten werden verfolgt. Honestly Concerned veröffentlichte am 1. Februar 2007 einen Aufruf der im Iran lebenden Frauen, die die diskriminierenden Gesetze des iranischen Gottesstaates auf friedliche Weise bekämpfen. Die folgende Erklärung wurde am 18.6.2006 in Teheran veröffentlicht. Sie wird hier ungekürzt dokumentiert. Die Initiatoren der Frauenkampagne schildern darin die Zielsetzungen und Methoden ihrer Arbeit.

„Über die Kampagne „Eine Million Unterschriften zur Änderung von diskriminierenden Gesetzen

Einige Gruppen von Aktivisten der Frauenbewegung haben nach den Protestversammlungen von 12. Juni 2006, die auf dem ‚Haft-e Tir-Platz‘ in Teheran stattfanden, entschieden, ihre Bemühungen im Sinne der dort beschlossenen Resolution fortzusetzen und gegen die ungerechten und frauenfeindlichen Gesetze gezielt vorzugehen. Im Rahmen einer Kampagne soll eine breite Bewegung entstehen, die sich für die ‚Sammlung von Millionen Unterschriften‘ einsetzt, mit dem Ziel die diskriminierenden Gesetze des Iran zu ändern.

⁴³⁰ 19.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/19/uber-die-gesetzliche-diskriminierung-der-iranischen-frauen-teil-2/>



Ziele der Kampagne

Die Sammlung von einer Million Unterschriften ist nur eine der Säulen dieser Kampagne. Diese Kampagne verfolgt weitere Ziele, die im folgenden Programm zum Ausdruck kommen:

- 1- Dieses Projekt soll auf einer breiten gesellschaftlichen Basis einen positiven gesellschaftlichen Wandel herbeiführen. Das Ziel dieser Bewegung ist deutlich definiert und es ist berechtigt. Das Ziel ist, die frauendiskriminierenden Gesetze abzuschaffen.
- 2- Ein weiteres Ziel der kollektiven Bewegung ist die Schaffung einer offenen Diskussion zwischen verschiedenen Frauen und Bürgern auf einer breiten gesellschaftlichen Basis. Die Verteidiger der Gleichberechtigung sollen in direkten Kontakt mit den Bürgern kommen, damit ein Bewusstsein für die Nöte und Probleme der Menschen in ihrem alltäglichen Leben geschaffen wird, insbesondere auf der juristischen Ebene. Dies soll dazu beitragen, dass das Bewusstsein und die Sensibilität der Bürger für die ungleichen Rechte in unserer Heimat gestärkt werden.
- 3- Gleichzeitig sollen diese Bemühungen die Erfahrungen der Gerechtigkeit suchenden Frauen und Männer bereichern und die Kontakte verschiedener Gruppen untereinander intensivieren. Eine der positiven Folgen könnte sein, dass die verstummten Frauen eine Stimme bekommen.
- 4- Die Grundlage dieser Kampagne ist der Glaube an das Wachstum des Bewusstseins, an eine Gesprächskultur unter den Bürgern und an die Erlernung von kollektiven demokratischen Aktivitäten im Sinne der Reformen von unten, d.h. aus der Mitte der Gesellschaft und nicht von oben. Die Grundlage dieser kollektiven Handlung ist der Glaube an die Notwendigkeit der Stärkung des sozialen Milieus, der Glaube an die Stärke der Frauen. Ein gesellschaftlicher Wandel ist nur dann langfristig garantiert, wenn dieser gesellschaftlich verwurzelt ist und aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Die Schmerzen und die fühlbaren Probleme müssen bekannt sein, und zwar direkt oder indirekt jedem Einzelnen. Zudem muss erkannt werden, dass juristische Probleme keine individuellen oder privaten Probleme sind, und dass eine große Zahl von Frauen dagegen kämpft, mit schwerwiegenden Folgen, die sie erdulden müssen.
- 5- Ein anderes Ziel der Kampagne basiert auf dem Prinzip, dass die Aktivistinnen in direktem Kontakt mit den Bürgern ihrer Gesellschaft stehen. Sie müssen wissen, dass sie sehr viel Schwierigkeiten erdulden müssen und dass sie einen hohen Preis für ihr Handeln zahlen müssen und dass sie natürlich nur mit Einheit und Mitgefühl, Ungerechtigkeiten und Diskriminierung abschaffen können. Mitgefühl und freundschaftliche Kooperation werden sicher den Geist der Mitbestimmung über das Schicksal unseres Landes



unter den Verteidigern der Emanzipation und der Menschenrechte stärken. Auch die Geschichte der demokratischen Kämpfe der Frauen in anderen Ländern, besonders in den Ländern, deren Regierungen und Traditionen mit denen des Iran vergleichbar sind, lehren uns dies. Dieser Kampf ist ein langer und schwieriger Weg. Es ist kein Weg der Macht und der mächtigen Männer und Frauen.... Es ist der einfache Weg der Sensibilisierung und der Informierung von einzelnen Frauen und von einfachen Bürgern über ihre eigene Situation in der Gesellschaft und über die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse.

- 6- Die erfolgreiche Durchführung dieser Kampagne wird zeigen, dass die berechtigten Forderungen zur Veränderung der diskriminierenden Gesetze nicht von vier bis fünf Tausend Frauen ausgehen. Im Gegenteil, diese Forderung stellt eine umfassende Forderung dar. Ein Gros der iranischen Frauen und Männer leidet unter den existierenden gesetzlichen Ungleichheiten. Sie reagieren auch alle, je nach ihren kulturellen Voraussetzungen auf die Situation. Beispielsweise protestiert eine Journalistin in ihrem Artikel gegen die Ungleichberechtigung. Eine andere Frau organisiert Filme und Photos, um die Ungerechtigkeiten widerzuspiegeln. Eine andere Frau verbrennt sich selbst. Ein anderes Mädchen flieht aus dem väterlichen Haus. Eine andere unterdrückte Frau schreit im Gerichtssaal, wegen der Ungleichheiten. Und Hunderte von anderen Fällen solcher gesellschaftlicher Proteste ereignen sich im alltäglichen Leben der Frauen unseres Landes.
- 7- Wir können auch auf andere Ziele unserer Kampagne hinweisen, so dass die Ergebnisse dieser kollektiven Handlungen zeigen werden, dass die Forderungen nach Veränderung und Reformierung der Gesetze nicht gleich den Forderungen einer besonderen Schicht von Frauen ist. Man wirft beispielsweise den Verteidigern der Gleichberechtigung und den Aktivistinnen vor - natürlich um sie zum Schweigen zu bringen – dass sie dies tun, weil sie sonst keine Probleme haben, weil sie im reichen Norden der Stadt wohnen und sich profilieren wollen und so weiter.... Dies ist aber nicht wahr. Denn diese ungerechten Gesetze wirken sich mehr oder weniger auf das Leben von allen Frauen aus, gleich ob gebildet oder Analphabetin, ob im Norden oder im Süden der Stadt wohnend, ob ledig oder verheiratet, ob vom Land oder aus der Stadt kommend.

Die Zeit der Durchführung der Kampagne für eine Million Unterschriften

Diese Kampagne ist langfristig angesetzt, und wird solange andauern, bis eine Million Unterschriften gesammelt worden sind. Wir nehmen an, dass die Kampagne bis zu zwei Jahre dauern kann. Aber die Erreichung des Ziels von einer Million Unterschriften wird auch nur eine der geplanten Aktivitäten im Rahmen der Kampagne sein.



Die Forderungen dieses Planes richten sich nicht gegen den Islam

Die Forderungen nach einer Revision der diskriminierenden Gesetze sind keine illegalen Forderungen oder welche, die sich gegen den Islam richten. Im Gegenteil stimmen diese mit den Verpflichtungen der Regierung, nach den von ihr unterzeichneten internationalen Vereinbarungen, überein. Denn der Iran hat internationale Konventionen, wie den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den Pakt über bürgerliche und politische Rechte, unterzeichnet. Der erste Schritt, der in diesen internationalen Vereinbarungen verfolgt werden soll, ist die Vermeidung jeglicher Form von Diskriminierung. Ergo müssen gemäß der internationalen Vereinbarungen, die Iran unterschrieben hat, die Diskriminierungen aufhören.

Diese Forderungen stehen auch in keinem Widerspruch zu den Prinzipien des Islam, denn sie gehören zu den Prinzipien der Religion. Über die Gesetzesänderungen gibt es Meinungsunterschiede unter den Geistlichen. Viele Kleriker wie Ayatollah Sanei oder Ayatollah Bojnurdi und einige andere Kleriker, fordern seit Jahren eine Revision der die Frauen diskriminierenden Gesetze. Für sie steht eine Gesetzesänderung keineswegs im Widerspruch zum Islam.

Jedenfalls zeigt der Plan für die Sammlung von einer ‚Million Unterschriften zur Änderung der diskriminierenden Gesetze‘ den Verantwortlichen des Staates und der Öffentlichkeit zuallererst, dass viele der freiheitsliebenden Frauen und Männer in Iran eine Revision der frauenfeindlichen und diskriminierende Gesetze fordern, und das ist nicht eine Forderung nur einer kleinen Gruppe von Frauen. Außerdem werden der Entwurf und die Forderung zur Änderung der diskriminierenden Gesetze und die Sammlung der Unterschriften den Gesetzgebern beweisen, dass die iranischen Frauen sehr ernsthaft ihre Forderungen aufstellen.

Die Methode der Umsetzung dieser Kampagne

Die Methode der Umsetzung dieser Kampagne besteht hauptsächlich in der „face to face“ Methode. Vier verschiedene Formen werden verfolgt:

- 1- Wir gehen von Haus zu Haus und wenden uns dabei in individuellen Gesprächen an Frauen.
- 2- Nachdem Frauenzentren identifiziert worden sind, werden Konsensgespräche gesucht. Zudem werden alle öffentlichen Räume benutzt, um Gespräche zu suchen, wie öffentliche Verkehrsmittel, Parkanlagen, Universitäten, Fabriken, Friseursalons, Krankenhäuser, Gebetsräume, Sportzentren, d.h. im Grunde alle Plätze, wo Frauen sich in Gruppen versammeln. Überall dort werden die Aktivisten der Kampagne versuchen mit anderen Iranern ins Gespräch zu kommen.
- 3- Zudem werden Seminare und Diskussionsveranstaltungen organisiert in Seminarräumen und in Kulturzentren.
- 4- Das Internet wird für die Sammlung von Unterschriften und die Herstellung von Verbindungen benutzt.

Die Ausbildung von Freiwilligen ist vonnöten

Um die Kampagne voranzutreiben, werden freiwillige Kräfte benötigt, die auf einer breiten Basis ausgebildet werden müssen. Daher sind verschiedene Komitees



gegründet worden. Das Ausbildungskomitee ist eines davon. Alle freiwilligen Aktivist:innen, die Unterschriften sammeln wollen und an der Kampagne teilnehmen wollen, werden in Schulungskursen ausgebildet. Sie werden einen Überblick über die existierenden Gesetze, die sich auf Frauen beziehen, geben. Zudem werden die Methoden behandelt, wie die Aktivist:innen mit den Bürgern in ihren Häusern sprechen und umgehen müssen. Auch der Umgang in öffentlichen Zentren, wo sich Frauen und Männer versammeln, wird geübt. Alle Freiwilligen, die an der Kampagne bei den ‚face to face‘ Aktionen teilnehmen wollen, müssen einen solchen Ausbildungskurs besuchen.

Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass die Freiwilligen nicht unbedingt Experten auf dem Gebiet des Rechts sein müssen, aber sie sollen in den Schulungen die nötige ‚Bekanntheit mit Frauenrechten in der Gesetzgebung‘ erfahren, um in Gesprächen Antworten auf die Fragen der Bürger geben zu können.

Der Umfang der Aktivitäten

Der geographische Umfang dieser Kampagne wird nicht auf Teheran beschränkt bleiben. Die aktiven Frauen können in allen Provinzen des Landes an der Kampagne teilnehmen. Die aktiven Gruppen und Einzelpersonen in den Provinzen können, falls möglich, zur Teilnahme an den Schulungen nach Teheran kommen, um dann ihre Arbeit in den Provinzen aufzunehmen. Wenn aber die Anzahl der aktiven Gruppen in den Provinzen wachsen sollte, können sie einen Antrag stellen, damit Schulungen vor Ort durchgeführt werden. Unterschriften können auch von Exiliranern, entweder per Post, oder mit Hilfe von Reisenden oder im Internet gesammelt werden.

Die Dokumentation der Erfahrungen für die Gegenwart und für die Zukunft

Ein anderer Teil dieser Kampagne ist die „Dokumentation“. In dafür vorbereiteten Tagebüchern können die Freiwilligen die interessanten Erfahrungen, die sie in Gesprächen mit anderen Frauen gesammelt haben, niederschreiben. Die Berichte sollen dann mit den Unterschriften abgegeben werden, so dass bei den weiteren Schulungen aus den Erfahrungen gelernt werden kann, damit die Gesprächsmethoden ständig verbessert werden können. Am Ende der Kampagne und in der zweiten Phase der Kampagne werden alle Erfahrungen der namentlich genannten Freiwilligen gesammelt und geordnet und in Form eines Buches erscheinen. So können andere Gruppen, die in Zukunft ähnliche Arbeiten vornehmen wollen, daraus lernen.

Das Mindestalter der Unterzeichner

Die Unterzeichner sollen mindestens 18 Jahre alt sein. D.h. nur Frauen und Männer, die mindestens 18 Jahre alt sind, können die Erklärung der Kampagne unterzeichnen.



Diese Unterschriften werden in speziellen Formularen, die dafür entworfen worden sind, gesammelt, damit alle Unterschriften einheitlich sind. Zudem werden die Unterschriften auf der entsprechenden Website dokumentiert werden. Die Aktivitäten aller Freiwilligen sind völlig freiwillig. Gleichzeitig können die Mitwirkenden in freiwilliger Form die Summe von 5000 Tuman in die Kasse der Kampagne einzahlen, damit diese erfolgreich fortgeführt werden kann. Denn eine solche Kampagne kann nur durch finanzielle Unterstützung und das Kapital, das die Mitwirkenden in Form von Arbeit investieren, fortgeführt werden. Wir Frauen haben keine andere Quelle als unser Leben und unser unbedeutendes Verdienst, das wir für die Fortführung des Wandels zugunsten eines besseren gesellschaftlichen Lebens zur Verfügung stellen. Trotz des historischen Fehlens einer Unterstützung, stützen wir uns auf unsere eigenen Fähigkeiten und stehen aufrecht, um diesem großen Projekt zum Erfolg zu verhelfen.

Die Anschrift, um mehr über die Kampagne zu erfahren

Website: www.we-change.biz. Die Interessenten, die sich an dieser Kampagne beteiligen wollen, können uns auch über die folgende email erreichen: forequality@gmail.com.

Sie können uns auch an die folgende Anschrift schreiben: Teheran, Postfach 14335-851.“

Über die gesetzliche Diskriminierung der iranischen Frauen (Teil 3)⁴³¹

Frauendemonstration brutal zerschlagen

Am 4. März meldete die exiliranische Nachrichtenagentur Iranpressnews, dass 36 Aktivisten der Frauenbewegung bei einer friedlichen Kundgebung gegenüber dem Teheraner „Revolutionsgericht“ verhaftet worden seien. Frauen und Männer hatten sich mit Plakaten in der Hand friedlich vor dem „Revolutionsgericht“ versammelt.

Die Sicherheitskräfte haben jedoch noch nicht einmal auf die Ankunft der weiblichen Polizistinnen gewartet. Zivil gekleidete Sicherheitsbeamte verhafteten die Demonstranten, die in zwei Bussen abgeführt wurden.

Die Gefangenen sollen sich gegenwärtig in der Abteilung 209 des berüchtigten Evin-Gefängnisses befinden. Es wird vermutet, dass die aggressive Vorgehensweise der iranischen Sicherheitskräfte gegen eine friedliche Frauendemonstration als Zeichen verstanden werden soll, dass die islamistische Diktatur in diesem Jahr keine Demonstrationen anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März zulassen wird.

⁴³¹ 06.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/06/uber-die-gesetzliche-diskriminierung-der-iranischen-frauen-teil-3/>



Eine in Teheran aktive iranische Frauenorganisation verfasste folgende Erklärung:

„36 Aktivisten wurden verhaftet! - Diese Verhaftungen müssen sofort und entschlossen verurteilt werden!

Am 4. März wurden Aktivisten der Bewegung zur Verteidigung der Frauenrechte, die sich vor dem Revolutionsgericht versammelt hatten, durch Unterdrückungskräfte des Regimes verhaftet.

Am Freitag, den 2. März hatten Aktivisten zu der Kundgebung aufgerufen, um gegen die Verhaftung von Frauen-Aktivistinnen in den letzten Wochen zu protestieren. Die Protestkundgebung nahm den Beginn einer Gerichtsverhandlung gegen fünf Aktivisten zum Anlass, die verhaftet wurden, weil sie am 12. Juni 2006 an einer friedlichen Protestkundgebung teilgenommen hatten. Die Frauendemonstration wurde als eine „illegale Versammlung gegen die nationale Sicherheit“ deklariert. Daraufhin reichten Nushin Ahmadi Khorassani, Parvin Ardalan, Susan Tahmassebi, Shahla Entesari und Fariba Davudi Mohajer einen Beschwerdebrief an das Gericht ein, in dem sie sich über die aggressive Vorgehensweise der Sicherheitskräfte beklagen.

Die Justiz hatte nach der Juni-Demonstration erklärt, dass 60 Personen verhaftet worden seien, darunter 42 Frauen. Heute hatten sich Männer und Frauen seit 8.30 vor dem Gebäude des Revolutionsgerichtes versammelt. Im Zuge eines wilden Überfalls wurden 36 Personen verhaftet. Einige der Verhafteten sind: *Nushin Ahmadi Khorassani, Nassrin Afsali, Zara Amjadian, Assiye Amini, Elnas Ansari, Parvin Ardalan, Mahbube Abasqolisadeh, Jila Bani Yaqub, Parastou Dokuhi, Farideh Entesari, Nahid Entesari, Shahla Entesari, Somayeh Farid, Asadeh Forqani, Nilufar Golkar, Fateme Gowarai, Mariam Hosseinkhah, Mahbube Hosseinsadeh, Sara Imanian, Nahid Jafari, Jelweh Jawaheri, Nahid Keshawars, Saghi Laghai, Sara Loghmani, Mariam Mirza, Mahnas Mohamadi, Rezvan Moqadam, Minu Mortazi, Zeinab Peyghambarade, Shadi Sadr, Fakhri Shadfar, Susan Tahmassebi...* Shadi Sadr, Anwältin und Aktivistin der Frauenbewegung und Verteidigerin von Shahla Entesari wurde verhaftet. Wie wir erfahren haben, wurden die Verhafteten in zwei Gruppen zunächst in das „Amt für den Kampf gegen gesellschaftliche Verderbnis“⁴³² und dann in das Amt der Teheraner Sicherheitspolizei in Wozara geführt.

Es wurde auch berichtet, dass die Beamten den Kopf von Nahid Jafari so hart auf den Boden des Busses geschlagen haben, dass ihre Zähne ausgeschlagen wurden. Dennoch wurde sie nicht in ein Krankenhaus gebracht.

Die Gefangenen sollen sich gegenwärtig in der Abteilung 209 des berüchtigten Evin-Gefängnisses befinden. Es wird vermutet, dass die aggressive Vorgehensweise der iranischen Sicherheitskräfte gegen eine friedliche Frauendemonstration als Zeichen verstanden werden soll, dass das islamitische Regime in diesem Jahr keine Demonstrationen anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März zulassen wird.

⁴³² Totalitäre Sittenpolizei



Die Organisation der Freiheit für Frauen verurteilt diese aggressiven Repressionen und die Verhaftung der Aktivistinnen der Frauenbewegung. Wir fordern alle Freiheitsliebenden und Humanisten weltweit auf, gegen die Islamische Republik Iran zu protestieren. Wir fordern alle Humanisten auf, sich am 8. März dieses Jahres mit der iranischen Frauenbewegung zu solidarisieren und die Islamische Republik Iran wegen der Unterdrückung der Frauenbewegung und der Diskriminierung der rechtlosen iranischen Frauen zu verurteilen.“

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Es lebe die Freiheit der Frauen!

Stoppt die Unterdrückung der Frauen!

Die Organisation der Freiheit für Frauen

4. März 2007“

Über die gesetzliche Diskriminierung der iranischen Frauen (Teil 4)⁴³³

Kein 8. März in der Islamischen Republik Iran

Wie Roozonline berichtete, wurden einige der am 4.3.2007 festgenommenen Demonstranten wieder freigelassen. In Haft befinden sich noch die Anwältin Shadi Sadr, Frau Jila Bani Yaqub und Frau Mahbube Abasqolisadeh, die sich in Einzelhaft befinden. Die anderen Demonstranten wurden unter der Bedingung freigelassen, dass sie eine schriftliche Garantie geben, nicht an einer Demonstration aus Anlass des internationalen Frauentages teilzunehmen. Dabei haben die iranischen Frauen immer wieder in Bezug auf den 8. März betont, dass sie ihre Aktionen für die Gleichberechtigung lediglich mit friedlichen Methoden durchführen würden.

Infolge mehrtägiger Lehrerstreiks wurden am Mittwochabend, dem 7.3.2007, mehr als 20 Lehrer, die an der Organisation der Demonstrationen beteiligt waren, verhaftet und an unbekannte Orte geführt. Dennoch fand am 8. März eine gemeinsame Demonstration der Lehrer und der Frauen vor dem Majless statt.

An einer Protestkundgebung am Baharestan-Platz in Teheran nahmen ca. 300 Menschen teil. Die Kundgebung wurde gewalttätig zerschlagen und eine unbekannte Zahl an Demonstranten wurde verhaftet.

Zwei Organisatoren der Frauenbewegung, Mansure Shojai und Farnaz Seifi wurden zur Polizei zitiert und sind seit heute flüchtig.

⁴³³ 08.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/08/uber-die-gesetzliche-diskriminierung-der-iranischen-frauen-teil-4/>



In einem Interview berichtet Frau Shirin Ebadi, dass die Anwälte der Frauen vom iranischen Geheimdienst gewarnt worden seien, dass sie mit den Verhafteten „sanfter“ umgehen würden, falls niemand am 8. März demonstrieren würde.

Zudem werden im folgenden einige Äußerungen der bekannten Frauenrechtlerin Frau Mehrangiz Kar und von Frau Haqiqatjoo dokumentiert.

<http://marchtehranshargh.blogfa.com/>

Shirin Ebadi

Frage: Können Sie uns zunächst etwas über die Akten der am letzten Sonntag verhafteten Frauen sagen?

Shirin Ebadi: „ Am 12. Juni 2006 führten einige Aktivistinnen der Frauenbewegung eine Protestaktion am 7-Tir Platz in Teheran durch. Damals wurden ungefähr 70 Frauen und auch Herr Mussawi Khoini, Mitglied des sechsten Majless verhaftet. Alle Frauen wurden nach zwei Tagen wieder freigelassen. Sie wurden jedoch gerichtlich noch verfolgt. Herr Mussawi Khoini musste 4 Monate in Haft bleiben. Das Revolutionsgericht begann sehr bald mit den Verhandlungen gegen die freigelassenen Frauen. Ich war die Verteidigerin einiger dieser Frauen. Das Urteil über zwei meiner Klientinnen, Frau Delaram Ali und Frau Aliyeh Eqdam, wurde kürzlich verschoben, da der Vertreter der Staatsanwaltschaft nicht anwesend war.“

Frage: Anfang dieser Woche sollten auch einige Frauen verurteilt werden. Wen haben Sie verteidigt?

Shirin Ebadi: „Zu meinen Klienten gehören Frau Parvin Ardalan und Nushin Ahmadi-Khorassani. Sie sollten am 4.3.2007 verurteilt werden. Einige andere Frauen wurden von den Anwälten, Herr Mohammad Ali Dadkhah und Mohamad Sharid, verteidigt. Frau Shadi Sadr ist die Anwältin von Shahla Entesari. Ich hielt mich zu dem Zeitpunkt in Italien auf, wo ich über die Lage der Frauen im Iran einen Vortrag hielt. Aber meine Mitarbeiterinnen, Frau Nassrin Sotudeh und Leyla Ali-Karimi, die gemeinsam Frau Parvin Ardalan und Nushin Ahmadi-Khorassani verteidigen, waren im Gerichtssaal präsent. Drei Tage vor der Verurteilung der Frauen beschlossen einige Frauen am 4. März eine ruhige Versammlung vor dem Gerichtsgebäude zu veranstalten. An diesem Tag versammelten sich ungefähr 40 Aktivisten der Frauenbewegung vor dem Gebäude des Revolutionsgerichtes. Sie verhielten sich sehr ruhig. Plötzlich wurden sie sehr aggressiv von den Sicherheitsbeamten gewarnt. Alle Demonstranten wurden gemeinsam mit den Frauen, die an diesem Tag vor dem Gericht standen verhaftet. Es waren 33 Personen.“

Frage: Was wurde ihnen denn vorgeworfen?

Shirin Ebadi: „Man warf ihnen vor gegen die nationale Sicherheit gehandelt zu haben, indem sie an den Demonstrationen vom 12.6.2006 teilgenommen hatten.“

Frage: Ist ein solches Urteil im Rahmen der herrschenden Gesetze zu legitimieren?



Shirin Ebadi: „Ich akzeptiere nicht diesen Vorwurf. Denn gemäß der Verfassung dürfen nicht bewaffnete und friedliche Versammlungen durchgeführt werden. Ich sage es deutlicher: Die Versammlung wurde doch von der Polizei mit Schlägen und Gewalt zerschlagen als sich erst ganz wenige versammelt hatten und noch nicht mal alle diejenigen, die daran teilnehmen wollten, zusammen gekommen waren. Die Anwälte haben auch diesbezüglich eine Beschwerde gegen die Ordnungskräfte bei Gericht eingereicht. Aber leider hat das Gericht bis heute nicht reagiert. Gleichzeitig sagt das Revolutionsgericht, die Frauen hätten gegen das islamische Gesetz protestiert und ihre Proteste würden sich eigentlich gegen Gesetze richten, die im Islam mündeten, d.h. sie hätten eigentlich den Islam in Frage gestellt. Aber dieser Vorwurf ist nicht richtig.“

Frage: Wie begründen Sie Ihr Argument, dass es nicht richtig ist?

Shirin Ebadi: „Die Proteste vom 12.6.2006 richteten sich gegen diskriminierende Gesetze, die sich gegen Frauen im Iran richten. Vieler dieser Gesetze werden von muslimischen Geistlichen nicht akzeptiert. Beispielsweise zählt in der islamischen Strafgesetzgebung das Blutgeld für Frauen nur halb so viel wie das Blutgeld der Männer. Außerdem kritisierten die Frauen Gesetze, die die Vormundschaft und das Zeugenrecht betreffen. Gemäß der Fatwas einiger großen muslimischen Gelehrten, insbesondere Ayatollah Sanei, können solche Gesetze gar nicht zu den islamischen Gesetzen gezählt werden. Solche Gesetze sind demzufolge veränderbar. Ich wundere mich sehr, warum eine solche friedliche Versammlung, die lediglich gegen diskriminierende Gesetze protestiert, Reaktionen mit einem solchen Ausmaß hervorruft. Da werden die Teilnehmer einer solchen Versammlung zum Revolutionsgericht bestellt, weil ihnen vorgeworfen wird, etwas gegen die nationale Sicherheit unternommen zu haben. Es geht so weit, dass sogar diejenigen, die gegen ein solches Gerichtsverfahren protestieren, verhaftet werden.“

Frage: Manche glauben, dass die Verhaftung der Aktivisten am 4. März 2007 dazu diene Protestaktionen am 8. März zu verhindern.

Shirin Ebadi: „Einige Frauen hatten zuvor in einer Erklärung, die sie vor dem Majless verteilten, zur Teilnahme an einer Versammlung am 8. März aufgerufen. In dieser Erklärung wurden Frauen aufgefordert, an diesem Tag gegen die diskriminierenden Gesetze zu protestieren. Aber am 4. März wurden die weiblichen Anwältinnen vom Geheimdienstministerium unterrichtet, dass sie dafür sorgen müssten, dass keine Versammlungen am 8. März stattfinden. Die Beamten des Geheimdienstministeriums betonten, dass falls auf eine Versammlung am 8. März vor dem Majless verzichtet werde, die verhafteten Personen mit sanfteren Methoden behandelt würden. Daher bin ich auch davon überzeugt, dass die Verhinderung einer Versammlung am 8. März eine der wichtigsten Ursachen für die Verhaftung einiger Frauen am 4. März war.“

Frage: Warum reagieren die Beamten des Regimes so empfindlich gegenüber der Frauenbewegung? Warum diese Gruppenverhaftungen?



Shirin Eabadi: „Es entsteht der Eindruck, dass das wichtigste Thema, das manche Staatsbeamten beunruhigt, die Proteste der Frauen sind, die im Rahmen der Kampagne eine „Million Unterschriften“ stattfinden. In dieser Kampagne wurden die iranischen Frauen und Männer aufgefordert, ihre Unterschriften gegen die diskriminierenden Gesetze zu leisten. Diese Aktion war entgegen der Erwartungen sehr erfolgreich. Ich gehe davon aus, dass dieses Thema einige Regierende sehr besorgt hat. Sie konnten sich offenbar nicht vorstellen, dass die Frauen so organisiert gegen die diskriminierenden Gesetze aufstehen könnten. Schließlich zeigen die letzten Reaktionen und die Vorgehensweise der Verantwortlichen, dass das Regime leider kaum und immer weniger Kritik an den herrschenden Gesetzen im Iran ertragen kann.“

Jedenfalls ist es nicht richtig, in einer Zeit der ernsthaften Bedrohung der nationalen Sicherheit des Iran, so hart gegen legale Kritik im Inneren des Iran vorzugehen. Die Regierung sollte doch besser Methoden verfolgen, dass die Bevölkerung mehr ihre Heimat verteidigt. Aber leider führt eine solche Vorgehensweise, die dem Gesetz nicht entspricht, dazu, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst. In der gegenwärtigen Lage schadet eine solche Vorgehensweise dem Land.“

Mehrangiz Kar

Die bekannte Frauenrechtlerin Frau Mehrangiz Kar, die sich gegenwärtig in den USA aufhält, sagte in einem Interview über die Haltung des iranischen Regimes gegenüber dem internationalen Frauentag, dass die iranischen Machthaber das Ziel verfolgen „prinzipiell diesen Tag aufzuheben.“ Kar zufolge sollen an diesem Tag „keine organisierten Aktivitäten im Iran stattfinden.“ Sogar die Organisationen, die sich Methoden angeeignet haben, an diesem Tag im Iran dennoch Aktionen durchzuführen, sollen „gelähmt“ werden. Zumal im Iran viele Frauenorganisationen existieren, die jedoch an diesem Tag nicht aktiv werden, da einige dieser Organisationen staatlich und einige konservativ seien.

Fateme Haqiqatjoo

Und Frau Fateme Haqiqatjoo, Ex-Mitglied des iranischen Majless, die gegenwärtig in Boston am Massachusetts Institute of Technology forscht, ist der Meinung, dass es besser sei, wenn die muslimischen und die laizistischen Frauen ihre Distanz zueinander verringern würden. Sie sagte gegenüber Roozonline: „Die effektivste Hilfe für die verhafteten Personen ist die Widerspiegelung der Nachrichten in der internationalen Presse.“ Sie ist der Meinung, dass ohne internationalen Druck die Lage noch schlechter sein würde. Sie meint, dass es den unbekannteren Gefangenen viel schlechter gehe, als denjenigen, die international bekannt seien. Die Regierung wolle „alle Aktivitäten der Frauen, der Studenten, der Arbeiter, der Lehrer und jegliche Gewerkschaftsbewegung hart unterdrücken.“ Das Ziel der Verhaftungen sei Angst zu erzeugen und Intrigen zwischen den aktiven Frauen zu säen. Daher sei es wichtig, dass die Frauen, auch wenn sie unterschiedliche Denkansätze verfolgen würden, eine gemeinsame Position bei bestimmten Aktivitäten entwickeln.



8.3.2007, Vor dem islamistischen Parlament. Auf dem Plakat steht geschrieben:

„Herr Hadad [Präsident des Majless]: Ist hier das Haus des Volkes oder der Demagogen?“

Über die gesetzliche Diskriminierung der iranischen Frauen (Teil 5) - Die falsche Ehre des iranischen Mannes ⁴³⁴

Der folgende Text stammt aus einer iranischen Weblog. Darin wird die Gleichgültigkeit des iranischen Mannes gegenüber der Unterdrückung der Frauen kritisiert. Monahita kritisiert, dass die iranischen Männer sich immer über die vermeintlichen Kolonialisten, Imperialisten und Israelis beschweren würden, aber gegenüber der inländischen Reaktion würden sie geflissentlich schweigen.

„Warum wehren wir uns nicht dagegen, wenn die demokratischen Rechte der Lehrer, der Frauen mit Füßen getreten werden und wenn überhaupt die freien Wahlen im Iran verhindert werden?“

Warum werden unsere Stimmen eigentlich nur laut, wenn wir gegen den Kolonialismus schimpfen?

Warum sind wir eigentlich gegenüber der inländischen Reaktion so still? Das sind doch reaktionäre Kräfte, die den Weg des Kolonialismus anbahnen. Warum bleiben wir einfach sitzen und lassen uns von dieser inneren Reaktion erniedrigen? Wir stimmen mit den reaktionären Kräften manchmal sogar überein und sagen, dass dies und jenes unser natürliches Recht ist. Wir schenken den Märchen, die diese Verbrecher und Metzger erzählen, unseren Glauben, aber wenn ein Fremder einen Phantasiafilm dreht, fühlen wir uns schnell beleidigt. Was ist los mit uns? Liegt es daran, dass diese Menschenfresser nun mal von uns und aus unserer Heimat sind und weil wir ihnen vielleicht ein wenig ähneln? Was ist der Grund, dass wir wie ein primitiver Stamm reagieren?

Diese „Ehre des Mannes“ entwickelt sich langsam aber sich zu einer tragischen Komödie. Wenn jemand eine iranische Frau schief anschaut, will der ehrenhafte iranische Mann gleich mit einem Messer dem Glotzer den Magen rausschneiden. Aber dieselben Männer rühren sich noch nicht einmal, wenn Frauen verhaftet und gefangen genommen werden. Es ist solchen ehrenhaften Männern ziemlich egal, wenn die Frauen beleidigt und gefoltert werden. Schaut euch das Foto an. Schaut euch die Männer an, die neben dem Polizisten stehen. Einer von ihnen scheint sogar

⁴³⁴ 24.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/24/uber-die-gesetzliche-diskriminierung-der-iranischen-frauen-teil-5/>



ein Journalist und Photograph zu sein. Er soll Majid Saidi sein und für Farsnews arbeiten. Schaut euch an, wie diese Männer schmunzeln und lachen, wenn eine Frau, die an den Frauendemonstrationen teilgenommen hatte, erniedrigt wird. Scheinbar befindet sich die Ehre des iranischen Mannes doch unter der Gürtellinie.

Ihr ehrenhaften Männer, ihr die ihr nicht schlafen könnt, weil ihr euch Sorgen macht, weil unsere Urahnen in einem Film beleidigt werden. Seht ihr eigentlich nicht das Ungeheuer, das gegenwärtig in unserem Land frei herumläuft und alles zerstört? Welche Ahnen sollen überhaupt beleidigt worden sein? Iran ist ein Vielvölkerstaat und seit Jahrtausenden siedeln sich hier unterschiedliche Völker an.

Macht ihr euch Sorgen, wegen den Gefahren eines Krieges?

Ich frage euch:

- Wer hat ein mittelalterliches und totalitäres Regime verteidigt, um den imperialistischen Mächten, unter ihnen die USA, anzugreifen? Wer hat das Atomprogramm dieser Metzger unter der Parole „Das Atomprogramm ist unser Recht“ verteidigt?
- Wer hat die sozialen, ethnischen und menschenrechtlichen Aktivitäten und Kämpfe so verdreht und behauptet, dass die Menschenrechtler im Sinne des Imperialismus handeln? Wer hat sich bei den Fußballspielen die T-Shirts der Klerikerherrschaft angezogen und Iran, Iran gerufen und die Menschen irregeleitet?
- Wer hat die libanesische Hisbollah verteidigt und seine Fahne der Feindschaft gegenüber Israel hochgehalten, in einer Zeit, in der die Interessen unserer Bevölkerung mitnichten von Israel tangiert werden? Wer hat diesen herrschenden Verbrechern in unserem Land dazu verholfen noch tollwütiger zu werden. Sind sie alle nicht verantwortlich, wenn es doch einen möglichen Krieg gibt? Sind diese Leute alle nicht verantwortlich, wenn Menschen sterben und das Land ruiniert wird?“

Frauen aus der Haft entlassen

Zudem berichtet Monahita in ihrem Weblog, dass die Anwältin, Shadi Sadr, und Mahbube Abassqoli inzwischen aus der Haft freigelassen wurden. Sie waren verhaftet worden, lediglich weil sie an einer friedlichen Demonstration teilgenommen und sich für Menschenrechte eingesetzt haben. Für ihre Freilassung musste eine Kautionshöhe von 200.000 und 250.000 Euro bezahlt werden. Auf diesem Weg versucht die Diktatur die Menschenrechtsbewegung in Iran finanziell zu ruinieren. Ihre Büros wurden geschlossen.



Über die gesetzliche Diskriminierung der iranischen Frauen (Teil 6) - „Die Herrschaft der Männer über das Volk“ ⁴³⁵

Fariba Dawudi-Mohajer, Juristin und Frauenrechtlerin, gab der Roozonline ein Interview, das im folgenden in zusammengefasster Form dokumentiert wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass die iranische Regierung den kleinsten Widerspruch als die Gefährdung der nationalen Sicherheit bewertet. Das Regime greife sofort ein und unterdrücke zivilgesellschaftliche Entwicklungen, die sich jenseits der Massenpropaganda des Staates abspielten. Die Regierung habe offenbar Angst vor der Gleichberechtigung der Frauen. Die Frauenbewegung werde sich nicht von der staatlichen Propaganda de Regimes beeindrucken lassen.

Homa Zarafshan stellt zunächst fest, dass die iranische Frauenbewegung im Grunde noch sehr klein sei. Diese müsse sich ohne ausländische Hilfe entwickeln. Gegenwärtig werde diese Bewegung von einer Minderheit der Frauen in der gesellschaftlichen Mittelschicht getragen. Diese müsse sich sowohl in der Mittelschicht als auch in den unteren sozialen Schichten entwickeln, damit sie sich zu einer gesellschaftlichen Bewegung entwickle.

„Versteht man unter Volksherrschaft tatsächlich die Herrschaft des Volkes oder die Herrschaft der Männer über das Volk?“

Dawudi-Mohajer war keine Teilnehmerin der Frauendemonstration im Juni letzten Jahres oder im März diesen Jahres. Dennoch strebt das Teheraner Revolutionsgericht ihre Verurteilung an. Sie fragt, wie es denn passieren kann, dass die „Demonstrationen einiger weniger Frauen, die lediglich gegen die Frauendiskriminierung kämpfen, als eine Maßnahme gegen die nationale Sicherheit betrachtet werden kann?“ Es könne doch nicht wirklich sein, dass ca. 70 Menschen, die alle für eine begrenzte Zeit verhaftet wurden, wobei eine Person sogar vier Monate im Gefängnis bleiben musste, die nationale Sicherheit eines so großen Landes wie des Iran gefährden? Die Frauen seien auf den Demonstrationen und im Gefängnis geschlagen und beschimpft worden und ihre Beschwerden vor den Gerichten seien noch nicht einmal beantwortet worden.

Dawudi-Mohajeri betont, dass „je mehr die Zivilgesellschaft gestärkt wird, desto mehr wird die Massengesellschaft eingeschränkt werden.“ Eine Zivilgesellschaft werde sich nicht in jede beliebige Richtung entwickeln können und werde sich nicht „vom Regime und dessen Propaganda beeinflussen lassen. Daher greift auch die Regierung ein, wenn sich eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung herausbildet.“ Besonders wenn sogar nur ein Teil dieser Bewegung nicht-staatlich sei. Zeitungen, Websites, Weblogs würden immer wieder angegriffen werden. Sie beschreibt die Lage wie folgt: „Daher ist es natürlich, dass sie gegen Frauen, die für Gleichheit und gegen Diskriminierung sind, vorgehen.“ Wenn Frauen ihren Anteil von den Männern einfordern würden, würden sie unter Druck geraten. Es könne doch nicht möglich sein, beklagt Dawudi-Mohajer, dass die „Frauen ihre Stimmen den Männern geben,

⁴³⁵ 28.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/28/uber-die-gesetzliche-diskriminierung-der-iranischen-frauen-teil-6/>



ihre Rechte aber nicht bekommen, die Männer jedoch täglich stärken. Es gibt in diesem Zusammenhang auch keine Differenzen zwischen den Konservativen und den Reformern. Sie müssen alle lernen, dass wenn sie die Unterstützung der Frauen bekommen wollen, sie den Forderungen der Frauen gerecht werden müssen. Und das gefällt nun mal den totalitär denkenden Männern nicht, die keine rivalisierende Stimme auch nur dulden. [...] Die Regierung bedroht die Frauen, ihre Websites werden gefiltert, sie werden von ihren Arbeitsstellen entlassen, gesellschaftlich unter Druck gesetzt, auf illegale Weise durchsucht.“ Sie fragt weiter, ob dies die einzige Antwort des Staates auf friedliche Forderungen der Frauen sei.

Sie führt in ihre Ausführungen weiter aus: „Die Regierung hat Angst vor den Forderungen der Frauen auf Gleichberechtigung. Sie hat Angst vor vielfältigen Stimmen. Sie hat Angst vor einem starken und effektiven Rivalen. Die Regierung will die Gesellschaft und die privaten Räume beherrschen. Die Frau soll eine Ware zu Hause sein und ein Instrument, das in der Gesellschaft den Männern dient. Die Frau soll dem Mann folgen und wenn sie sich auch sexuell nicht fügt, soll sie auch kein Abendbrot mehr bekommen. Die Regierung will die Frau zu Hause und in der Gesellschaft kontrollieren. Die Männer sollen aber an Polygamie Spaß haben. Das Gesetz dient den Männern sogar in ihrer Freizeit. Das ungleiche Erbgesetz, das Blutgesetz und das Zeugenrecht sollen dem Mann gegenüber der Frau wirtschaftliche Unabhängigkeit und sozialen Status verleihen. Die totalitär denkenden Menschen haben Angst vor einer Veränderung dieser Gesetze.“

Dawudi-Mohajeri betont, dass trotz allem die Regierung die Stimme der iranischen Frauen hören müsse. Sie macht darauf aufmerksam, dass die iranischen „Männer in einer Ecke sitzen und Angst haben auch nur ein wenig von ihrer Macht zu verlieren. Die Männer werfen den Aktivistinnen vor zu weit zu gehen.“ Die aktiven Frauen könnten die Männer fragen, wo sie denn geblieben seien, bekräftigt sie und fügt hinzu: „Nirgends in der Welt wird der 8. März als ein politisches Ereignis betrachtet. Unsere Regierung politisiert selbst den 8. März.“

Sie fragt, ob der Iran wirklich allen Iranern gehöre, wie Ex-Präsident Khatami propagiert habe, oder „nur den iranischen Männern?“ Sie fragt: „Versteht man unter Volksherrschaft tatsächlich die Herrschaft des Volkes oder die Herrschaft der Männer über das Volk? Die Reformer müssen endlich klären, was sie für ein Frauenprogramm haben. Die Reformer müssen deutlich sagen, was sie über die mutigen Forderungen der Frauen denken? Im letzten Juni haben einige Reformer gesagt, dass sie an den Demonstrationen nicht teilnehmen werden, weil diese zu weit gingen.“

Dawudi-Mohajeri verteidigt das Recht der Iranerinnen sich auf die internationalen Menschenrechtsvereinbarungen stützen zu dürfen. Sie würden sich auf die international gültigen Menschenrechtskonventionen und Resolutionen berufen, die der Iran unterschrieben habe. Man könne „nicht die traditionellen Werte gegen die Akzeptanz der internationalen Konventionen ausspielen.“ Die Welt sei dank der modernen Medien kleiner geworden. Die iranischen Frauen müssten Kontakt mit der internationalen Frauenbewegungen pflegen. Sie betont, dass die „Spezifika der iranischen Frauenbewegung ihr nicht-ideologischer Charakter“ sei.



„Ohne ausländischen Einfluss“

Die Frauenrechtlerin, Homa Zarafshan, schreibt, dass sie sich nicht allgemein über die Frauenunterdrückung auslassen will, sondern über die „konkreten und existierenden Probleme in der gegenwärtigen Frauenbewegung.“

Sie bemängelt, dass die Frauenbewegung sich noch nicht landesweit und jenseits der Großstädte organisieren konnte und stellt fest:

„Die Masse der Frauen, die den untersten Schichten der städtischen und agrarischen Gesellschaft entstammen, können immer noch keinen Widerstand leisten, obwohl sie unterdrückt werden.“ Zarafshan zufolge gehören die Aktivisten der Frauenbewegung hauptsächlich der iranischen Mittelsschicht an.

Gegenwärtig sei die Frauenbewegung hauptsächlich „eine intellektuelle Bewegung der Frauen. Diese hat sich noch nicht zu einer gesellschaftlichen Bewegung entwickelt. Es sind hauptsächlich studierte Frauen, Angestellte, Journalistinnen, Anwältinnen, Lehrerinnen und Studentinnen und Frauen, die schon mal ins Ausland gereist sind. Sie stellen alle selbstverständlich einen beachtenswerten Teil der Gesellschaft dar, die ihre eigenen und speziellen Interessen haben, die sie verteidigen müssen.“

Das Problem sei jedoch, fährt Homa Zarafshan fort, dass noch nicht einmal bei den Frauen der städtischen Mittelschichten die Forderungen der studierten Frauen angekommen seien. Nicht alle weiblichen Angestellte und nicht alle studierten Frauen würden die Forderungen der Frauenbewegung kennen. Zumindest sollen viele Frauen aus der Mittelschicht noch nicht einmal Kontakt mit der Frauenbewegung haben.

Zarafshan stellt in ihrer Analyse fest, dass generell intellektuelle Bewegungen zu schwach seien, um Machtverhältnisse zu verändern. Zudem müsse sich die Frauenbewegung zu einer sozialen Bewegung entwickeln. Die gesellschaftliche Bewegung im Iran müsse so stark werden, dass sie in die Lage kommt ihre Forderungen umzusetzen. Die Frauenbewegung solle ihren Blick nach unten richten, schreibt Zarafshan. Zunächst müsse die Frauenbewegung „horizontal“ wachsen und stärker werden, d.h. eine Mittelschichtbewegung werden. Dann müsse die Frauenbewegung sich auch „vertikal“ entwickeln, so dass sie auch die unteren Schichten der Gesellschaft erreicht.

Zarafshan verfiicht eine rein national orientierte Frauenbewegung und warnt interessanterweise vor ausländischen, insbesondere vor US-amerikanischen Einflüssen auf die iranische Frauenbewegung und geht davon aus, dass die gesellschaftlichen Bewegungen finanziell unabhängig handeln müssen.

Der iranische Geheimdienstminister, Qolamossein Mohssen Ejei warnte in einem sehr harten Ton vor einer „Zusammenarbeit der fünften Kolonne, der inneren Feinde mit ausländischen Elementen.“ Er betonte, dass der iranische Geheimdienst alle Bewegungen im In- und Ausland genau beobachte.



Über die gesetzliche Diskriminierung der iranischen Frauen (Teil 7) - „Der Kampf gegen eine ansteckende Krankheit“⁴³⁶

Demonstrationen von Studenten, Lehrern und Arbeitern prägen gegenwärtig das Bild der iranischen Gesellschaft. Gleichzeitig greift die sich religiös legitimierende Diktatur zu. Tausende von Frauen wurden in den letzten Tagen verhaftet, weil sie die islamischen Kleidervorschriften nicht ausreichend beachtet haben, zumindest aus der Sicht der islamistischen Diktatur. Über hundert Frauen sind in den letzten Tagen gerichtlich aktenkundig geworden. Dieses Vorgehen erzeugt Angst und Schrecken in der Gesellschaft.

Der Freitagsimam macht mobil gegen Frauen

Seyyed Ahmad Khatami, Teheraner Freitagsimam, nannte fünf Gründe, warum der Kampf der iranischen Ordnungskräfte für die „Herstellung der ethischen Sicherheit“ legitim sei. Er sagte: „Erstens wird der Plan der ethischen und sozialen Sicherheit der Gesundung und Säuberung der Gesellschaft dienen. Es handelt sich um eine religiöse und nationale Aktivität. Diejenigen, die diesen Plan unterminieren, wissen, dass Sabotage Widerstand gegen die koranischen Forderungen und gegen den größten Teil der iranischen Bevölkerung bedeutet. [...]

Zweitens: Wenn dieser Plan zur Herstellung der ethischen Sicherheit richtig umgesetzt wird, wird auch die finanzielle Sicherheit, aber auch die psychische und physische Stärke des Menschen anwachsen.“ Absurderweise bemerkt Ahmad Khatami: „Die Umsetzung dieses Planes wird die Banden daran hindern in die Privatsphäre der Menschen einzudringen.“

Drittens würden die „Feinde der islamischen Ummat [Gemeinschaft] die Prostitution und den Verfall auf den Straßen für ihre Zwecke ausnutzen.“ Auch das vorherige Regime [Monarchie] habe „die Unzucht als Freiheit und große Zivilisation der Gesellschaft verkauft.“

Viertens sei der Erfolg des Planes abhängig von der „Zusammenarbeit aller kulturellen und exekutiven Staatsorgane. Daher könnten die Ordnungskräfte alleine nichts erreichen. Aber mit Hilfe der kulturellen Aktivitäten und der Medien könne der geeignete Boden für die weiteren Aktivitäten bereitet werden.

Fünftens hänge der Erfolg des Planes von der Hartnäckigkeit der Ordnungskräfte und von der Furchtlosigkeit derjenigen ab, die gegen diejenigen aktiv werden, die die Realisierung des „Planes zur ethisch-gesellschaftlichen Umsetzung“ verhindern wollen.

„Das Nicht-Tragen von Kopftüchern ist schlimmer als Diebstahl und Mord“

Der Freitagsimam von Mashad, Hojatoleslam Walmoslemin Seyyed Ahmad Elm Ul'Hoda, forderte die Bevölkerung auf, die „Ordnungskräfte bei der Umsetzung des Planes zur sozialen Sicherheit gegen Bad-Hejabi zu unterstützen.“

⁴³⁶ 02.05.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/05/02/uber-die-gesetzliche-diskriminierung-der-iranischen-frauen/>



Er fügte hinzu: „Manche Leute sind der Meinung, dass es eine kulturelle Frage ist, wenn eine Frau kein Kopftuch trägt. Tatsächlich ist aber dieses Problem ein vollkommenes Sicherheitsproblem und ist sogar schlimmer als Diebstahl und Mord.“ Das Nicht-Tragen von Kopftüchern sei eine „Sünde, die die Macht und Größe der Religion gefährdet und nur Unzucht und Ehebruch verursacht.“ Der Freitagsimam meinte: Das Nicht-Tragen von Hejab [Bi-Hejabi] und das schlechte Tragen von Hejab [Bad-Hejabi] gebären die „Fledermaus der Nacht“ und den „wilden Wolf des Tages und verursachen soziale Unsicherheit.“

Der Staatsklerus segnet die Razzien gegen Frauen ab

Ayatollah Makarem Shirasi ordnete an, das „die Regierung, das Majless [Islamistisches Parlament] und die Judikative das Problem des Hejab [Kopfbedeckung] in der Gesellschaft endlich lösen sollen.“ Er fügte hinzu: „Wir haben gegenwärtig ein Problem, das sich ‚Bad Hejabi‘ [Unislamisches, wörtlich schlechtes Tragen von Hejab] nennt. Ein iranischer Professor einer US-amerikanischen Universität sagte, dass in Amerika kein Kopftuchproblem wie im Iran existiere.“ Auch die amerikanischen Studenten hätten kein Problem mit dem Tragen von Kopftüchern. Er fuhr fort: „In letzter Zeit haben die Ordnungskräfte einige Schritte unternommen und manche Medien machen einen Skandal daraus, warum man so verfährt. Aber die Kopfbedeckung ist eine Notwendigkeit im Islam. Und Bad-Hejabi ist die Ursache der Auflösung von Familien, der steigenden Zahl von Scheidungen und von Verbrechen. Wir müssen dieses Problem gemeinsam und mit rationalen Methoden lösen, ohne zu Gewaltaktionen zu greifen.“

Ayatollah Ul’Osma, Safi Golpayaegani meinte paternalistisch:

„Die Frauen und Mädchen wollen Gott und dem verschwundenen Imam dienen.“ Er fuhr fort: „Die Feinde wollen die Jugend in ihre Falle tappen lassen. Der eigentliche Plan des Feindes ist die Schwächung der islamischen Identität und der Notwendigkeit den islamischen Befehlen zu gehorchen. [...] Die Jugend schützt die Zukunft des Islam. Die Jugend muss wissen, dass sie sich auf den göttlichen Weg begeben muss, damit sie nicht in die Falle der Feinde und deren negative Propaganda gerät.“

Und Ayatollah Ul’Osma Nuri Hamedani fordert die Medien auf zu „propagieren, dass Bad-Hejabi den Frauen und dem Islam schadet.“

Er verurteilte den Säkularismus wie folgt: „Der Säkularismus ist gegen den Islam, denn Islam geht von einer Einheit des Glaubens, der Wissenschaft, der Politik und der Wirtschaft aus. [...] Der Islam hat der Frau mittels Hejab endlich Werte vermittelt“, so der Großayatollah Nuri Hamedani.

„Der Kampf gegen eine ansteckende Krankheit“

Mehdi Kelhari, Berater des Präsidenten Ahmadinejad, schlug ein hartes Durchgreifen vor. In einem Brief an den Präsidenten schrieb er: „Der gesetzliche Kampf gegen Bad-Hejabi muss wenigstens landesweit geführt werden, und zwar in allen Dimensionen. Genauso wie gegen Sittenverderbnis und gegen Frevler vorgegangen wird, dürfen Sie auch in Hinblick auf dieses Problem nicht kürzer treten.“ Für Herr Kelhari ist das allzu lockere Tragen von Kopftüchern in der Hitze von 40 Grad im Schatten eine ansteckende Krankheit. Es seien auch die pädagogischen



Institutionen, die für islamische Erziehung und Kultur zuständig seien, zur Verantwortung zu ziehen. Denn diese Institutionen würden die „ansteckende Krankheit [des Bad hejabi] auf andere übertragen.“ Ein Gros der Jugend würde, meint der Präsidentenberater, den Kampf der Regierung gegen die „psychologische Kriegsführung der Feinde begrüßen“, denn es gehe um den Schutz der Jugend. Kelhari ist davon überzeugt, dass sehr bald die „Gesellschaft einen dauerhafte Sicherheit erlangen“ werde, wenn „die keusche Gesellschaft“ Realität werde.

„Die Jugend glaubt freiwillig an die islamischen Werte“

Der Präsident selbst glaubt, dass „die Jugend ganz freiwillig an die islamischen und göttlichen Werte unseres Landes glaubt.“ Präsident Ahmadinejad ist auch davon überzeugt, dass die Wahrung der islamischen Würde des Menschen die wichtigste Aufgabe der verantwortlichen Kräfte in ihrer Auseinandersetzung mit der Bevölkerung, insbesondere mit der Jugend sei.

Er fügte hinzu: „Unser Volk hat sich stets freiwillig auf dem Wege der Revolution bewegt und die islamischen Werte geschützt.“ Ahmadinejad sieht die Ursache des Problems in der Vorgehensweise der Feinde, die den „Glauben der Jugend zerstören wollen. Sie wollen, dass ein paar Leute mit ungeeigneter Kleidung auf die Straßen laufen, und dann propagieren sie, dass in Iran gegen die Jugend vorgegangen wird, um Verzweiflung bei den jungen Menschen zu säen.“

Im übrigen wurden sogar T-Shirt tragende junge Männer verhaftet.

"Kopfbedeckung bedeutet eine Beleidigung von Frauen und von Männern." ⁴³⁷

Simin Behbahani ist eine authentische Stimme des gegenwärtigen Iran. Sie lebt im Iran und ist eine der berühmtesten iranischen Schriftstellerinnen und Lyrikerinnen. Für ihren Kampf für Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter bekam sie 1998 den Hellman/Hammett Preis von Human Rights Watch verliehen. Ein Jahr später wurde sie mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte geehrt. Das Interview führte Masnure Shojai.

Frage: „Wir hören Berichte, nach denen Aktivistinnen der Frauenbewegung verhaftet werden und zudem harte Urteile bekommen. Warum reagiert die Regierung auf sehr natürliche Forderungen auf diese Art und Weise?“

Simin Behbahani: „Leider muss man sagen, dass es wahr ist. Seit der Revolution sind 28 Jahre und neun Monate vergangen. Seitdem haben wir es mit diesen Kämpfen und unerträglichem Druck zu tun: Gefängnisaufenthalt, Hinrichtungen,

⁴³⁷ 14.12.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/12/14/kopfbedeckung-bedeutet-eine-beleidigung-von-frauen-und-von-mannern-2/>



Märtyrertum. Es fehlen die nötigen Dinge, die wir für ein relativ ruhiges Leben brauchen. Der psychische Druck und all die Gründe, die unseren Geburtsort in eine Hölle verwandelt haben, lasten auf den Schultern unseres Volkes. Aber dieses geduldige Volk hat Widerstand geleistet und wird es auch weiterhin tun. In der Hoffnung, dass es eines Tages einen Schritt unternimmt, damit seine Sorgen ein Ende nehmen.“

Frage: „Was bedeutet der Kampf gegen Bad-Hejabi, gegen die schlechte Verschleierung der Frauen? Worin besteht der Zusammenhang mit der Unterdrückung der Frauenbewegung?“

Simin Behbahani: „Was soll eigentlich schlechte Verschleierung bedeuten? Gute Verschleierung bedeutet nur die Bindung von Händen und Füßen der Frauen und die Verhinderung ihrer Bildungschancen. Was soll das alles? Männer und Frauen sollten frei sein sich so zu kleiden, wie sie es wollen. Wenn sie sagen: „Dein Hejab ist deine Würde“ oder „deine Keuschheit“: das ist alles mehr als bedeutungslos. Ich glaube, dass Frauen, ob Muslime oder nicht, keinen Chador, Schleier, oder sonstige Tücher zur Kopfbedeckung brauchen. Eine Frau, die einen ‚guten‘ Hejab trägt, kann im übrigen viel besser Verursacher von Sittenverderbtheit werden. Warum sollten die Mädchen nicht so erzogen werden, dass sie erst gar nicht an Unkeuschheit denken? Und warum sollen die Männer nicht so viel Würde und Selbstbewusstsein haben, dass sie nicht immer das Schlimmste von Frauen denken? Hejab [Kopfbedeckung] bedeutet eine direkte Beleidigung von Frauen und von Männern. Basta!“

„Frage: Wie können wir die Frauenbewegung effektiv unterstützen?“

Simin Behbahani: „Es geht um die Bewusstwerdung der Frauen über ihre selbstverständlichen Rechte. Die Frauen müssen ermutigt werden sich Wissenschaften anzueignen. Sie müssen ermutigt werden eine Einheit zu bilden und sich gegenseitig zu unterstützen. Frauen fordern die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Notwendigkeit der Einhaltung der emanzipatorischen Rechte, ferner empfehlen sie die Vermeidung von Rachegefühlen, von Hassgefühlen und Standhaftigkeit gegen Unsensibilitäten bis die Menschenrechte gänzlich verwirklicht worden sind.“

„Frage: „Wie beurteilen Sie die Errungenschaften der Kampagne für eine Million Unterschriften? Würde die iranische Regierung auf die Forderungen der Frauen eingehen, wenn eine Million Unterschriften gesammelt würden?“

Simin Behbahani: „Eine sehr gute Aktion. Ich hoffe, dass eine Rekordzahl an Unterschriften gesammelt wird. Zudem muss ich betonen, dass der lange Atem dieser Aktion wichtig ist, die die Frauen ermutigt und bewegt. In Wirklichkeit lädt die Aktion zu glücklichem und hoffnungsvollem Leben ein. Ich sage nicht, dass die Aktion Wunder vollbringen wird. Mindestens aber wird sie die Lampe der Aufklärung hell leuchten lassen.“

[Einige Aktivistinnen dieser Kampagne sitzen im Gefängnis]



Frage: „Welche Rollen haben die persischsprachigen Medien und Agenturen im Exil? Welche Rolle spielen sie besonders in Zusammenhang mit der Widerspiegelung der Frauenkämpfe?“

Simin Behbahani: „Sie haben dieselbe Rolle, wie die Luft bei der Vermittlung von Stimmen. Wenn Sie eine Glocke in einem luftleeren Raum bewegen, hört man sie nicht klingen. Die Verantwortlichen dieser Medien müssen mit Verantwortung und Aufrichtigkeit die Nachrichten vermitteln.“

Frage: „Obwohl die Frauenbewegung im Iran große Schritte unternommen hat und auch sehr gewachsen ist, könnte es noch sehr lange dauern, bis eine breitere Bewegung daraus entsteht. Welche Hindernisse würden Sie benennen?“

Simin Behbahani: „Es gibt viele Hindernisse und alle können gar nicht aufgezählt werden. Die zivilisierte Welt hat heute die meisten Barrieren aufgehoben. Und Sie sehen dass dort Frauen und Männer die gleichen Voraussetzungen haben und Frauen können auch die höchsten Ebenen der Gesellschaften erreichen und diese verwalten.

In unserem Land haben die Frauen ihre Würde bewiesen. Die Aufstände iranischer Frauen haben in Hinblick auf die Forderungen nach gleichen menschlichen Rechten in Wellenbewegungen und zum Teil schon lange vor den Bewegungen in manchen westlichen Staaten begonnen. In manchen östlichen Staaten gibt es vielleicht sogar mehr Barrieren als in unserem Land. Vielleicht fühlen sich die Frauen dieser östlichen Gesellschaften noch mehr den ungleichen Gesetzen verpflichtet. Aber die iranischen Frauen haben mitnichten die männlichen Vorrechte akzeptiert. Die iranischen Frauen werden mit Gewalt gezwungen zu gehorchen. Sie tun es nicht aus Freude und nicht freiwillig.“



VI. Die islamistische Diktatur und Menschenrechte

Special Dispatch, 12. Oktober 2003 - Iranische Presse über die Vergabe des Friedensnobelpreises an Shirin Ebadi ⁴³⁸

von Dr. Wahied Wahdat-Hagh*

*Am 10. Oktober 2003 wurde **Schirin Ebadi** vom **Nobelkomitee in Oslo** mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die 56-jährige Juristin wurde 1969 als erst Frau Richter im Iran. Nach der islamischen Revolution von 1979 verlor die säkulare Muslimin ihr Amt. Seither engagiert sich die Menschenrechtlerin als Anwältin für politisch Verfolgte und deren Angehörige sowie für die Rechte von Frauen und Kindern.*

Frau Ebadi war unter anderem maßgeblich am Kampf für die Ratifizierung der UNO-Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen im Iran beteiligt, der am Widerstand des Wächterrates und verschiedener religiöser Führer scheiterte. (Vgl. dazu MEMRI Special Dispatch vom 7. August 2003, in dem Frau Ebadi während eines Interviews mit ILNA harsche Kritik an den Gegnern der Konvention übt und ein flammendes Plädoyer für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen innerhalb des Islam hält.) ⁴³⁹

Neben ihrem stetigen Ruf nach radikalen Reformen postuliert sie auch eine strikte Trennung von Staat und Religion. Dabei bezieht sie sich auf nicht-staatliche schiitische Kleriker, die einen Säkularismus befürworten. Eine solche Position wird allerdings von der staatlichen Kaste des Klerus im Iran nicht vertreten, so geht beispielsweise auch Präsident Khatami bei seinem Verständnis von "religiöser Demokratie" von einer Einheit zwischen Staat und Religion aus.

Im folgenden dokumentieren wir Reaktionen aus der iranischen Presse während der letzten beiden Tage. Während die Fundamentalisten die Verleihung weitgehend als Einmischung in innere Angelegenheiten verurteilen, stehen auch die Reformer der Entscheidung keineswegs nur positiv gegenüber:

Die **IRNA** berichtete zunächst nur mit einer kurzen Meldung über die Preisverleihung und betonte, dass die Konkurrenten von Frau Ebadi, der Papst und der Ex-Präsident Wazlav Havel gewesen seien. ⁴⁴⁰

⁴³⁸ MEMRI

⁴³⁹ MEMRI Special Dispatch - 7. August 2003 "Iran: Debatte über Frauenrechte", http://www.memri.de/uebersetzungen_analysen/laender/iran/iran_frauen_07_08_03.html

⁴⁴⁰ IRNA, 10.10.2003.



Erst am darauf folgenden Tag wurde über die Gratulation von Abdollah Ramezanazdeh, dem Regierungssprecher des Iran, an Frau Ebadi berichtet, in der der Politiker die "hohen Potentiale der iranischen Kultur und Zivilisation" hervorhob.⁴⁴¹

Die staatliche Studentenagentur **ISNA** verfasste noch am Freitag mehrere Meldungen über Reaktionen iranischer Politiker und Intellektueller auf die Preisverleihung:

Seyyed Mohammad Ali Abtahi, parlamentarischer Sekretär des Präsidenten für Rechtsfragen, begrüßte die Bemühungen für die Erreichung von "menschlichen Rechten" überall auf der Welt: "Die Tatsache, dass eine Iranerin den Friedenspreis erhalten hat, ist ein starker Punkt für unser Land. Ich fühle, dass die Iraner die Fähigkeit besitzen auf allen Ebenen erfolgreich zu sein. Ich gratuliere Frau Ebadi und freue mich als Iraner. Iranische Frauen sind auf der internationalen und nationalen Bühne und bei verschiedenen Wahlen aktiv. Handlungsweisen, die Freiheiten einschränken, wurden auch stets von Reformkräften kritisiert."⁴⁴²

Hojatoleslam Tof Hashemi, Herausgeber der Reformzeitung Entekhab, äußerte gegenüber der ISNA seine Überzeugung, dass es zwar ein Grund für Freude sei, dass eine Iranerin den Preis erhalte, er aber trotzdem einige Bedenken habe: "In unserem Land leben sehr viele qualifizierte Persönlichkeiten, die einen solchen Preis verdient hätten. Es scheint, dass es Kräfte gibt, die eine solche Lage ausnutzen wollen. Wenn die Welt die Wahrheit sagen würde, müssten sie Herrn Khatami einen solchen Preis geben, damit die Welt sich im Zeichen des Dialogs und des Friedens bewegt. Wie wir aber sehen, gibt es [uns gegenüber] sehr feindselige Einstellungen, die nach einer Monopolisierung der Politik streben. Dieser Preis wäre auf keinen Fall ohne den Willen und ohne die Aufsicht der Amerikaner an Ebadi verliehen worden. Wir freuen uns, wenn Frau Ebadi den Namen des Iran mit diesem Preis aufwerten will, wenn dieser Preis aber als ein Druckmittel gegen unser Volk instrumentalisiert wird, wird dies zum Nachdenken anregen."⁴⁴³

In einem am Samstag veröffentlichten Kommentar der **Zeitung Entekhab** selbst heißt es, dass der Preis das "Ergebnis der kulturellen Hegemonie der westlichen Zivilisation" sei.⁴⁴⁴

Es gab allerdings auch rundum positive Reaktionen.

So erklärte neben dem **Majlessmitglied, Rajbali Mosrui** der Zeitung **Mardomsalari** seine Freude über die Preisvergabe an Frau Ebadi: "Ich kenne [zwar] nicht die wahren Ursachen der Preisvergabe an Frau Ebadi, aber ich freue mich, dass eine Iranerin diesen Preis bekommen hat und gratuliere ihr."

⁴⁴¹ IRNA, 11.10.2003.

⁴⁴² ISNA, 10.10.2003, 17.24.

⁴⁴³ ISNA, 10.10.2003, 18.04.

⁴⁴⁴ Entekhab, 11.10.2003.



Ähnlich äußerte sich auch **Fariba Dawudimohajer, Mitglied des Zentralkomitees eines Frauen-Journalisten-Verbandes**: "Der Sieg von Frau Ebadi erfreut alle iranischen Frauen."

So auch **Mariam Behrusi** von der **Frauenorganisation Seinab**: "Wir hoffen, dass die iranischen Frauen auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Politik und der Wirtschaft Erfolge erzielen werden. Auf jeden Fall bin ich froh, dass eine iranische Frau diesen internationalen Erfolg erzielen konnte."

Mohammad Kianushrad, Mitglied des nationalen Sicherheitsrates des Majless, betont, dass "die Friedensnobelpreisvergabe an eine iranische Frau sehr wichtig ist und beweist, wie reich die iranische Geschichte ist, die durch die [Einführung des] Islam noch reicher geworden ist. In der iranischen Gesellschaft gibt es viele Menschen, die einen solchen Preis verdient haben. Shirin Ebadi hat die Kultur der Friedfertigkeit, die ein kulturelles Prinzip des Islam ist, unter Beweis gestellt. Die Hypothek der reichen iranischen und islamischen Kultur ist das beste Modell für die Welt, das die Botschaft der Liebe und des Frieden mit sich bringt."

Elahe Kolai, ebenfalls **Mitglied des Sicherheitsrates**, lobte Frau Ebadi und konstatierte, dass die Nobelpreisvergabe zeige, wie die "Demokratisierung der iranischen Gesellschaft nicht nur einen Einfluss auf die Region und auf die islamische, sondern auf die ganze Welt" habe.

Auch die **Majlessabgeordnete, Fateme Haqiqatju**, gratulierte Ebadi: "Der Friedensnobelpreis weckt den Stolz der Iraner, insbesondere der freiheitsliebenden Frauen, damit diese einstimmig schreien, dass Frieden, Freiheit und Liebe, in Wahrheit für Iran stehen."

Weniger begeistert kommentierte **Hojatoleslam Ali Saidi, Mitglied des Zentralkomitees der Organisation der "Kämpfenden Geistlichkeit"**, die politische Stossrichtung der Preisvergabe: "Der Preis wird keinen besonderen Einfluss auf die iranische Bevölkerung haben. Denn die Iraner kennen den Zweck solcher Instrumente." Saidi sieht die Vergabe auch von "zionistischen Kreisen" instrumentalisiert: "Sie benutzen Hebel, wie den Friedensnobelpreis, um bestimmte Elemente im Land politisch zu unterstützen."

Assadolah Badamchian, Direktor des politischen Zentrums der islamischen Organisation der Jamiyate Motalefeye Eslami, hält die Interessen der westlichen Welt für ausschlaggebend für die Wahl von Frau Ebadi: "Wenn ein wissenschaftlicher Preis einem Menschen, wegen seiner Dienste an der Menschheit zukomme, ist es lobenswert, wenn aber ein Preis einer Person dazu dienen sollte, den Interessen des Kolonialismus und der verdorbenen Welt zu dienen, ist es ein Zeichen der Schande." Badamchian wies auf die Rolle des Nobelpreisträgers Sadat hin, der in Camp David Palästina verraten habe. Kaum jemand, der den Nobelpreis erhalten habe, habe dies wegen seiner Dienste an der Heimat bekommen, so Badamchian: "Es ist natürlich, dass der Friedensnobelpreis an eine Frau vergeben wird, die sich Reformerin nennt"



und von Powell, Blair, Bush und von den Führern der ‚Weltarroganz‘ unterstützt wird.
445

Zu einem späteren Zeitpunkt dokumentierte **ISNA** weitere Stellungnahmen, z.B. die von **Seyyed Abadi, Mitglied der juristischen Kommission des Majless**. Dieser äußerte ebenfalls sein Missfallen über die Preisvergabe: "Der Friedensnobelpreis wird nicht an Personen übergeben, die wegen ihres fairen Friedenswillens einen solchen Preis verdient haben. [...] Wenn wir gerecht urteilen würden, müssten wir zugeben, dass der iranische Präsident unter den gegebenen Umständen der einzige ist, der den ‚Dialog der Zivilisationen‘ vor den Vereinten Nationen im Jahre 2002 propagiert hat. Wenn sie den Friedensnobelpreis wirklich gerecht und fair hätten vergeben wollen, damit er der Grundstein der weltweiten Friedenspolitik sein könnte, hätte ihn der iranische Präsident erhalten müssen. Die existierenden Feindseligkeiten innerhalb der internationalen Institutionen haben diese Tatsachen jedoch nicht berücksichtigt."

Auch **Mohssen Yahyawi, stellvertretender Vorsitzender der "Gesellschaft der Ingenieure"**, sieht in der Preisvergabe eher einen Angriff auf den Iran: "Die westlichen Staaten, an ihrer Spitze insbesondere die USA, versuchen gemäß ihrer Feindschaft gegen die Revolution, die namhaften Reformkräfte zu unterstützen, um auf diese Weise gegen die Ordnung der Islamischen Republik zu kämpfen." Shirin Ebadi fordere in ihren Reden die Abschaffung vieler islamischer Gesetze. "Meines Erachtens bedeutet die Verleihung des Friedensnobelpreises ein hämisches Lachen und ist das Zeichen einer feindseligen Haltung gegen die Islamische Republik. Präsident Khatami hat den Dialog der Kulturen formuliert. Dieser Entwurf wurde zunächst von allen westlichen Staaten, sogar von den USA begrüßt. Aber die Preisvergabe an Shirin Ebadi ist nicht auf der Grundlage ihrer Eignung erfolgt. Zumindest verstehen wir unter Eignung etwas anderes."⁴⁴⁶

Am Samstag lassen sich in der **ISNA** aber auch positive Meinungen über die Verleihung finden:

Laut **Ayatollah Seyyed Mohammad Bojnurdi, Mitglied der Kommission der Menschenrechte des Majless**, habe Frau Ebadi den Preis erhalten, da sie "gute Bücher über Kinderrechte" geschrieben habe.

Mohammad Ali Dadkhah, Sprecher des Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte, vertrat die Position, dass dieser Preis an die langjährigen Kämpfe der Iraner gegen Ungerechtigkeit und für Frieden erinnere. Die Bemühungen von Frau Ebadi für Frauen- und Kinderrechte, ihre unentgeltliche Verteidigung der Rechte ihres politischen Klientels hätten sie für den Preis qualifiziert.

⁴⁴⁵ ISNA, 10.10.2003, 18.06.

⁴⁴⁶ ISNA, 10.10.2003, 18:54.



Amir Mohebian, Leiter der moslemischen Journalisten und Redakteur der **Zeitung Resalat**, kommentiert nicht nur durch die Auszeichnung selbst, sondern auch die politische Implikation der Reaktionen der iranischen Regierung darauf: Denn obwohl Frau Ebadi nicht zum Khatami-Flügel gehöre und für feministische und säkulare Strömungen im Iran stehe, freue sich die Khatami-Fraktion ganz gegen ihren sonstigen Reaktionen so, als sei Frau Ebadi eine nicht-offizielle Botschafterin des Iran in Europa. "Ich habe nicht vor pessimistisch zu sein, aber ich vermute, dass die Regierung sehr spontan reagiert hat. In Anbetracht der Auswahl der Preisgewinnerin und dem bekannten radikalen Abstand, den sie von den staatlichen Reformern hat, scheint es so zu sein, als ob eine Polnisierung des Iran geplant ist". Man sei bemüht eine neue Propagandafront gegen den Iran zu organisieren. Die Positionen von Frau Ebadi werde in absehbarer Zeit beweisen, in wiefern der Regierungssprecher genau und korrekt und gemäß den nationalen Interessen gesprochen hat.⁴⁴⁷

Optimistischer hingegen klingt **Hamidresa Jalaipur**. Als Hochschullehrer im Fach Sozialwissenschaften führte er die Auszeichnung von Frau Ebadi auf ihre unermüdliche und konzentrierte Arbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte zurück. Die besondere Leistung der Preisträgerin liege darin, dass sie als Frau diesen schwierigen Weg während der letzten 20 Jahre gegangen sei.⁴⁴⁸

Besonders misstrauisch titelte die **Zeitung Jomhuriye Eslami**: "Westen vergibt Schirin Ebadi Friedensnobelpreis". Diese Zeitung hebt hervor, dass Ebadi zu den Teilnehmern der Berlin-Konferenz gehört habe und bei der iranischen Justiz eine dicke Akte über sie vorliege. Jomhuriye Eslami wirft Frau Ebadi vor, mit "amerikanischen Gruppierungen" zusammen gearbeitet zu haben.⁴⁴⁹

Die der religiösen Führung nahe stehende **Zeitung Kayhan** erwähnt in einem kurzen Artikel, dass neben dem **Regierungssprecher Ramesansadeh**, und dem **Sprecher des Außenministeriums Asefi** auch der neue **Minister für religiöse Führung Masjed Jamei** Frau Ebadi gratuliert habe. In diesem Artikel wurde hervorgehoben wurde, dass sie unter dem **Schah** eine "leitende" Funktion in der Justiz inne hatte und wegen "Propaganda gegen die Islamische Republik Iran" verurteilt worden sei. Ihr war damals vorgeworfen worden Videointerviews gefälscht zu haben. In den Videos wurde dokumentiert, dass Angehörige militanter Gruppen mit staatlicher Unterstützung verschiedene Reformisten bedroht und unter Druck gesetzt haben.⁴⁵⁰

* Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

⁴⁴⁷ ISNA, 11.10.2003.

⁴⁴⁸ ISNA, 11.10.2003

⁴⁴⁹ Jomhuriye Eslami, 11.10.2003.

⁴⁵⁰ Kayhan, 11.10.2003



Special Dispatch, 2. Juli 2004 - Iranische Reaktionen auf EU-Kritik zur Lage der Menschenrechte ⁴⁵¹

Anfang Juni forderte die Menschenrechtsorganisation **Human Rights Watch** die EU auf, in Sachen Menschenrechte mehr Druck auf den Iran auszuüben. Bereits seit dem Jahr 2000 hätten Folterungen und willkürliche Verhaftungen zugenommen, sagten Vertreter der Organisation in New York. Am 14. und 15. Juni fand dann die vierte Runde des Menschenrechtsdialoges zwischen der EU und dem Iran in Teheran statt. In einer Erklärung zeigte sich die EU nach der Konferenz "tief beunruhigt über die andauernden und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen". Kritisiert wurden die Diskriminierung von Frauen, das Fehlen einer unabhängigen Justiz, die Vollstreckung von Todesstrafe und Körperstrafen, Folter sowie Repressionen gegen kritische Journalisten. Überdies widerspreche das Wahlsystem der Ausübung demokratischer Rechte.

Der Iran, der sich damit neben dem Streit um die **Atomanlagen** erneut unter Druck gesetzt sieht, weist die EU-Kritik zurück. Dennoch ist im Land eine Diskussion um eine Reform der Rechtsprechung und um den Umgang mit Dissidenten entstanden. Einige iranische Reaktionen auf die Kritik sind im Folgenden zusammengefasst:

Kritik an der EU-Delegation

Bereits im Vorfeld des Besuchs der EU-Menschenrechtsdelegation sprachen sich iranische Majless-Angehörige dagegen aus, diese überhaupt einreisen zu lassen. So etwa **Hussein Scheich-ul-Eslam**, Mitglied der neuen **Abadgarangruppe** im Majless: "In unserem Land gibt es die verschiedensten Formen von Freiheit. Wir brauchen keine europäische Menschenrechtsdelegation und brauchen uns nicht nach den Ausländern zu richten, wenn wir uns für Meinungsfreiheit einsetzen wollen. [...] Die Menschenrechte sind vielmehr ein Hebel in den Händen der Amerikaner, mit dem sie uns unter Druck setzen. Es wäre besser, diese Delegation würde in den Irak, nach Afghanistan oder Palästina reisen. Wir brauchen sie jedenfalls nicht." Und **Esatollah Jussefian**, ebenso Parlamentsmitglied, meinte: "Immer wenn es ihnen politisch in den Kram passt, versuchen sie mit Menschenrechtsthemen gegen unseren Staat vorzugehen. Wenn der Iran den Amerikanern im Irak helfen würde, gäbe es solche Delegationen erst gar nicht."⁴⁵²

Nach dem Besuch der Europäischen Menschenrechtsdelegation wies der Sprecher des iranischen Außenministeriums, **Hamidresa Assefi**, deren Erklärung als unwahr und unzutreffend zurück. Nach Ansicht von Assefi beweise diese die "mangelnde Fähigkeit der Europäischen Union zu einem konkreten und transparenten Dialog." Der Iran akzeptiere "keine Vorbedingung für einen Dialog." Außerdem würden Menschenrechtsverletzungen auch in Europa stattfinden. Die Europäer seien aber

⁴⁵¹ MEMRI

⁴⁵² Sharq, 12.6.2004



verärgert, wenn der Iran etwa die Diskriminierung von moslemischen Migranten thematisiere. Bei den Gesprächen in Teheran seien die Europäer überdies mehrfach auf die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und im Irak erinnert worden: "Die iranischen Dialogteilnehmer haben betont, dass Europa seine gesamte Kapazität für die Beendigung der Verbrechen des zionistischen Regimes einsetzen muss."⁴⁵³

Die reformislamistische Perspektive: Menschenrechtsverletzungen im Vergleich

In einem Kommentator der Zeitung **Sharq** geht **Mehran Karami** auf die europäisch-iranischen Beziehungen ein und stellt zunächst einmal fest, dass die EU [nach dem Konflikt um die atomaren Anlagen] binnen kürzester Zeit zwei Erklärungen gegen den Iran abgegeben habe. Das enttäusche diejenigen iranischen Politiker, die gehofft hatten, dass Europa eine "Festung gegen den amerikanischen Druck" darstellen könne. Aber auch diejenigen, die gemeint hatten, die inneriranischen Verhältnisse könnten die Beziehungen zu Europa nicht trüben, wüssten nun, dass "Europa zwar großen Wert auf die Wirtschaft legt, [...] sie aber die Fragen von Demokratie und Menschenrechten nicht den Wirtschaftsinteressen opfern wollen." Auch Karami weist indes darauf hin, dass Folter und schlechte Behandlung von politischen Gefangenen nicht auf den Iran und den Mittleren Osten beschränkt seien: "Es ist der Westen, der nicht nur Menschenrechte verletzt, sondern in islamischen Ländern auch Verbrechen begeht." Karami kritisiert dann die "Neutralität" Europas hinsichtlich von Menschenrechtsverletzungen in Abu Ghuraib, Guantanamo und Palästina, erinnert jedoch auch daran, dass es immerhin die konservative Washington Post gewesen sei, die die ersten Bilder von Abu Ghuraib veröffentlicht habe. Wenn eine Zeitung im Mittleren Osten einen vergleichbaren Schritt unternommen hätte, wäre sie mindestens verboten, vielleicht aber auch der verantwortliche Redakteur wegen Verrat und Spionage für die Fremden verurteilt worden, so Karami in der Sharq.⁴⁵⁴

Unter dem Titel "Iran, der Westen und die Menschenrechte" schrieb auch der namhafte Soziologe **Sadeq Sibakalam** einen Artikel in Sharq: "Die Bürger- und Bruderkriege, die in vielen Ländern der Welt gegenwärtig stattfinden, sind ein Ergebnis der ausbeuterischen Politik der Kolonialisten, die sich hinter der Waffe der Menschenrechte verstecken. Es ist beschämend, wie diese Händler des Todes, diese Aasgeier und Hyänen, die diese Kriege verschuldet haben, nun in der Rolle der Propheten des Friedens und der Verteidiger von Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit auftreten und lauthals verkünden, dass die Menschenrechte im Iran verletzt würden. Was wollen sie dem Rest der Welt beibringen? [...] Sie wollen nicht, dass es auch andere unabhängige und freie Völker auf der Erde gibt." Als Beispiel führt Sibakalam den Energieverbrauch der USA gegenüber Staaten wie Bangladesh und Sudan auf und bemängelt, dass das Pro-Kopf-Einkommen in Bangladesh nicht

⁴⁵³ Sharq, 22.6.2004

⁴⁵⁴ Sharq, 22.6.2004



einmal 40 Dollar betrage, während in Europa und den USA das Einkommen von "Möchtegern-Menschenrechtlern" die 20.000 Dollargrenze überschreite.

Auch Sibakalam stellt Vergleiche an: " Das Verhalten von Israel in den besetzten Gebieten ist tausend Mal schlimmer als das Verhalten der Islamischen Republik Iran gegenüber seinen Gegnern. [...] Ja, im Iran werden Frauenrechte verletzt. Sind aber die Rechte der iranischen Frauen etwa vergleichbar mit denen in Saudi-Arabien oder Kuwait? Europa hat Recht - im Iran gibt es politische Gefangene. Aber gibt es in Ägypten nicht hundert Mal mehr als im Iran? Europa behauptet, dass politische Gefangene im Iran schlecht behandelt werden. Die bittere Wahrheit aber ist, dass vor allem fundamentalistische Moslems in den Gefängnissen Ägyptens, Saudi-Arabiens, Kuwaits, Marokkos, Tunesiens, Pakistans und Algeriens hundert Mal schlimmer behandelt werden." Keiner der genannten Staaten würde jedoch von Europa verurteilt werden und auf den schwarzen Listen der Amerikaner tauchten sie auch nicht auf. Am Ende konstatiert der reformorientierte Soziologe aber, dass selbst wenn sämtliche Menschenrechtsberichte zum Iran von US-Handlangern und Zionisten geschrieben worden wären, dann seien Berichte über Schriftsteller, Journalisten, Studenten und politisch aktive Frauen, die ohne Gerichtsverfahren monatelang in iranischen Gefängnissen säßen, doch nicht falsch.⁴⁵⁵

Zu einer Reform der Rechtsprechung

Die Reaktionen auf die Menschenrechtsberichte mündeten auch in eine Debatte um Reformen in der iranischen Rechtsprechung insbesondere was den Umgang mit politischen Gegnern angeht. **Mohammad Kianushsad**, ehemaliges Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik, sagte: "In den letzten Jahren haben die Auseinandersetzungen der Judikative mit politischen Aktivisten, unabhängigen Journalisten und manchen Intellektuellen gezeigt, dass es Probleme mit den Menschenrechten im Iran gibt. Die Kritik der internationalen Institutionen an der Islamischen Republik darf uns nicht daran hindern, die Realitäten unserer Gesellschaft zu sehen. Es darf nicht dazu kommen, dass wir manche innerstaatlichen Probleme nicht kritisieren. [...] Wir müssen uns gegenüber den internationalen Konventionen und Verträgen verpflichtet fühlen."⁴⁵⁶

Das Majlessmitglied **Eshrat Shayeq** forderte eine Reform der Gerichtsbarkeit, da Unklarheiten in der Gesetzgebung vorlägen. Das Majless müsse Gesetzesvorlagen schaffen, damit eine Reihe von Strukturen überdacht werden könnten.⁴⁵⁷ In diesem Zusammenhang schreibt die Zeitung Sharq: "Die europäische Menschenrechtsdelegation forderte die Freilassung von 40 politischen Gefangenen. Die iranische Justiz jedoch weist darauf hin, dass in der iranischen Strafgesetzgebung gar keine Strafen für politische Taten vorgesehen sind und es

⁴⁵⁵ Sharq, 23.6.2004

⁴⁵⁶ Aftabe Yasd, 23.6.2004

⁴⁵⁷ ISNA, 24.6.2004



daher also gar keine politischen Gefangenen geben könne. Es liegt aber auf der Hand, dass das öffentliche Bewusstsein **Akbar Ganji, Hassan Jussefi Eshkewari, Taqi Rahmani, Hoda Saber, Resa Alijani, Nasser Sarafshan** und andere gefangene Studenten und Journalisten als politische Gefangene betrachtet." [...]

"Bisher haben iranische Gerichte auf politische Häftlinge und Journalisten immer die normalen strafrechtlichen Gesetze angewandt. [...] So hat es ein Sprecher der Judikative in einem Fernsehinterview auch [abgelehnt], politische Delikte anders als normale Verbrechen zu behandeln, weil [im iranischen Rechtsverständnis] ein politisches Verbrechen erst vorliegt, wenn es um Aktivitäten geht, die sich gegen das System der Islamischen Republik richten." Auch der Kommentator **Amadoldine Baqi** [s.u.] ist der Überzeugung, dass politische Delikte in den Bereichen von Journalismus, Literatur oder öffentlichen Vorträgen nicht als politisches Verbrechen eingestuft werden könnten, da es sich ja nicht um einen bewaffneten Kampf gegen die Republik handle. Noch weiter geht der frühere Chef der Judikative, der Reformislamist **Ayatollah Seyyed Abdolkarim Mussawi Ardebili**: "Man versteht eine Kritik der Herrschaft als politisches Verbrechen. Eine solche Kritik ist in der islamischen Tradition aber nicht nur kein Verbrechen, sondern sogar erwünscht."⁴⁵⁸

Auch **Rassul Montajeb**, Mitglied der "Organisation der kämpfenden Geistlichkeit", wies auf Definitionsmängel in der Rechtsprechung hin, die zur Ursache von Menschenrechtsverletzungen werden könnten: "Wir müssen dringend eine Definition der politischen Verbrechen vornehmen und deutlich machen, in welchem Rahmen diese Verbrechen behandelt werden. In der Verfassung wird zwischen politischen und Mediendelikten sowie anderen Verbrechen unterschieden. [...] Und wie wir für die Presse spezielle Gesetze haben, benötigen wir solche auch für politische Verbrechen. Jenseits der unterschiedlichen politischen Positionen von Gruppen und Fraktionen müssen wir eine transparente Definition für politische Verbrechen liefern und einen festen Rahmen dafür schaffen."⁴⁵⁹

Auch um die Frage von Geschworenengerichten drehte sich die Diskussion. In der Sharq hieß es dazu: "In der iranischen Verfassung heißt es, dass für politische Strafen Geschworene im Gericht mitentscheiden muss. Dies ist aber bisher nicht umgesetzt worden." [...] Schon das fünfte Majless habe für das *Pressegericht* unabhängige Geschworene gefordert. Das *Klerusgericht* habe beispielsweise **Abdollah Nuri** als Herausgeber der Zeitung **Khordad** in Anwesenheit einer Geschworenengruppe aus Geistlichen verurteilt. Schriftsteller dürften jedoch in einem Pressegericht ohne Geschworene verurteilt werden. Tatsächlich gebe es bisher eine anerkannte Geschworenengruppe, deren Mitglieder alle von staatlichen Gremien stammten: Im Pressegericht setzen sich die Geschworenen aus dem Vorsitzenden des Stadtrates, dem Vorsitzenden der Judikative, dem Kulturminister oder seinem Vertreter, dem Vorsitzenden der Organisation der islamischen Propaganda

⁴⁵⁸ Sharq 24.6.2004

⁴⁵⁹ Aftabe Yasd, 24.6.2004



[**Tabliqate Eslami**] und einem Vertreter der **Hoseye Elmiye** [Kleriker-Akademie in Qom] zusammen. Im speziellen Klerikergericht hingegen würden die Geschworenen persönlich vom Vorsitzenden des Gerichts gewählt. Kritisiert wird laut Sharq, dass eigentlich die Geschworenen das gesellschaftliche Gewissen darstellen und daher nicht von staatlichen Vertretern besetzt werden solle. Dabei sei den iranischen Bürgern schon vor 100 Jahren in der konstitutionellen Verfassung ein solches Recht gewährt worden. Dieses Gesetz sei jedoch nie in die Praxis umgesetzt worden.⁴⁶⁰

Khatami zur Rolle der Scharia

Der iranische Präsident **Mohamad Khatami** erklärte auf einer Konferenz der Verantwortlichen der iranischen Judikative, dass man keinen "Wettbewerb" um die Umsetzung des göttlichen Gesetz veranstalten solle: "Unterdrückung", so Khatami, "gibt es dort, wo es Macht gibt. In der Regel wird der Schwache Opfer der Aggressionen von Starke. Was muss man machen, um die Unterdrückung in der Gesellschaft abzubauen? Die Macht kann einerseits Ursache von Unterdrückung sein. Andererseits benötigt man auch für den Kampf zur Abschaffung von Ungerechtigkeit Macht. Wer die politische, wirtschaftliche, militärische und wissenschaftliche Macht besitzt, hat viele Möglichkeiten, Repressionen auszuüben. Daher sind ein machtvoll System und eine mächtige Justiz erforderlich, um die Unterdrückung zu verhindern. [...] Brüder, ich wende mich als Geistlicher an Euch! Göttliche Gesetze sind sehr wichtig - aber wir sollten nun keinen Wettbewerb um die Umsetzung dieser Gesetze veranstalten. Wir müssen uns auch darum bemühen, Beweise zu liefern."⁴⁶¹

Konkret hat sich die Lage der islamischen Dissidenten indes nicht gebessert: So hat der Richter im Fall des zum Tode verurteilten Intellektuellen **Aqajeri** zwar inzwischen festgestellt, dass der Häftling kein Apostat sei.⁴⁶² Daher entfällt sein Todesurteil. Aqajeris Anwalt beklagt jedoch laut Sharq, dass das Verfahren nun wieder auf den Stand von vor zwei Jahren, also vor dem Zeitpunkt der Verkündung der Todesstrafe wegen Apostasie zurückgestellt sei. Und der ebenfalls in Haft sitzende Journalist **Amadoldin Baqi** weigerte sich am 28. Juni, sich vor dem Gericht zu verteidigen. Er wies darauf hin, dass das Gericht unabhängige Geschworene benötige, die es de facto aber nicht gäbe.⁴⁶³

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

⁴⁶⁰ Sharq 24.6.2004

⁴⁶¹ Sharq, 27.6.2004

⁴⁶² Bastab, 29.6.2004

⁴⁶³ Sharq, 29.6.2004



Special Dispatch, 13. Januar 2005 - Debatte um Menschenrechte und eine offene Erklärung von Journalisten ⁴⁶⁴

Am 20.12.2004 verabschiedete die **UN-Generalversammlung** mit 71 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und 55 Enthaltungen eine Resolution, die den Iran wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Die Resolution wendet sich dabei insbesondere gegen anhaltende unmenschliche Formen von Hinrichtungen, Steinigungen, Folter, das Verbot von Versammlungsfreiheit und politischen Parteien, das Fehlen von internationalen Standards im Justizapparat, systematische Diskriminierung von Frauen und Mädchen sowie Diskriminierung der Angehörigen von Minderheiten. Deutschland, Frankreich und England unterstützten die Resolution, während etwa China, Kuba, Südafrika und Saudi-Arabien dagegen stimmten.⁴⁶⁵ Gleichzeitig prangerten Organisationen wie **amnesty international** und **Human Rights Watch** die Menschenrechtsverletzungen im Iran scharf an.⁴⁶⁶

Im Folgenden geben wir regimenahe sowie kritische iranische Reaktionen auf die Resolution zur Situation der Menschenrechte im Iran wider.

Im Anschluss dokumentieren wir noch eine offene **Erklärung iranischer Journalisten** über die Praxis in iranischen Gefängnissen. Die Erklärung wurde verfasst, nachdem zwei iranische Journalisten ihnen unter Folter abgepresste Geständnisse öffentlich zurückgenommen hatten. Der Sprecher der iranischen Justiz, Javad Karimi-Rad, warf den beiden jetzt vor, die Bevölkerung gegen den Staat aufhetzen zu wollen.⁴⁶⁷

Kritik an UN-Resolution: Menschenrechte als Instrument der Kolonialmächte

Die Nachrichtenwebsite Bastab meldete: "Gestern hat der Sprecher des iranischen Außenministeriums die UN-Resolution über Menschenrechtsverletzungen im Iran kritisiert: ‚Diese Resolution ist ungerecht und weit weg von den Realitäten im Iran. Sie beruht auf falschen und unzuverlässigen Quellen und entspricht nicht der Wahrheit. (...) Diese UN-Resolution ist nicht verpflichtend (...) und nicht alle Staaten haben den Iran verurteilt.‘ Nach Berichten des Informationsministeriums und des Außenministeriums sagte Hamidresa Asefi, Sprecher des iranischen Außenministeriums über die Unterstützerstaaten der Resolution: ‚Die

⁴⁶⁴ MEMRI

⁴⁶⁵ www.domino.un.org/UNISPAL.NSF/0/70a863ade784e7e785256f71004dd0fd?OpenDocument

⁴⁶⁶ www.amnesty.org.uk/svaw; www.hrw.org/english/docs/2004/12/06/iran9785.htm. Wie IRNA berichtete, hat die österreichische Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Ursula Plassnik, das iranische Justizministerium aufgefordert, die Todesstrafe gegen eine 19-jährige Frau, die der Prostitution beschuldigt wird, aufzuheben.⁴ Der iranische Botschafter, Mohssen Nabavi, sei deswegen ins österreichische Außenministerium bestellt worden (IRNA, 5.1.2005). Im Übrigen ist der Iran das Land mit den meisten Prostituierten im gesamten Nahen- und Mittleren Osten.

⁴⁶⁷ Sharq, 12.1.2005



Verabschiedung der Resolution geht auf einige Staaten zurück, die dem Iran gegenüber voreingenommen sind (...). Das unkonstruktive Vorgehensweise der Autoren dieser Resolution ist eine rein politische Maßnahme mit dem Ziel, einen Skandal gegen den Iran zu initiieren. (...) Dabei gehört die Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran zu den strategischen Zielen des Staates."⁴⁶⁸

Die Zeitung Jomhuriye Eslami zitierte den obersten Staatsanwalt des Iran, Qorbanali Dori-Najafabadi: "Die Ankläger, die sich im Namen der Menschenrechte beschwerten, sollten lieber ihre eigenen Machenschaften im Irak, in Afghanistan und in Palästina analysieren. Manche dieser Staaten haben mit ihren weltweiten Verbrechen die historischen Verbrechen von Chingis-Khan und Hitler übertroffen.' (...) Der oberste Staatsanwalt des Iran ist der Meinung, dass die Menschenrechtssituation im Iran im Vergleich mit anderen Staaten durchschnittlich und 'akzeptabel' sei und fügte hinzu: 'Die kanadische Regierung [die die Resolution initiierte; d. Red.] hat wegen ihrer Abhängigkeit von den USA und zionistischen Kreisen ein solches Thema forciert.'⁴⁶⁹

Am 26. Dezember ging die Zeitung erneut auf die Menschenrechtsfrage ein, spricht von den Kolonialstaaten, welche die Resolution eingebracht hätten als "internationalen Schlägergruppen". Der Bericht geht dann ausführlich auf Kritikpunkte der Resolution ein. Erwähnt werden dabei das Verbot von Internetseiten sowie die Diskriminierung von Christen, Juden und Bahai. Weiterhin heißt es:

"In der Resolution werden die üblichen Punkte aufgeführt, die die Kolonialmächte in der UN immer wieder gegen ihre Gegner anführen. Natürlich hat die kanadische Regierung den Tod der iranstämmigen Kanadierin Sahra Kasemi⁴⁷⁰ als Vorwand benutzt, nachdem sie mit ihrem Druck auf die iranische Justiz nichts erreichte. Wir können von den Westlern - ganz gleich, ob es sich um Amerika, Kanada oder Europa handelt, die alle mit dem Weltzionismus zusammenhängen - nichts anderes erwarten: Sie alle wollen die Islamische Republik Iran stürzen. Die Schuld des iranischen Volkes liegt ganz allein darin, dass es mit der volksnahesten Revolution der Gegenwart eine Macht errichtet hat, die sich zu einer Bastion gegen Kolonialismus und Arroganz entwickelte. (...) Die Attacken der Kolonialisten werden solange weitergehen, wie diese Bastion existiert. (...) Fragwürdig ist aber auch, wie manche Iraner in verantwortlichen Positionen sich mit diesem Menschenrechtsabenteuer auseinandersetzen. Niemand kann doch daran zweifeln, dass der Begriff 'Menschenrechte' ein Instrument der Westler ist, das sie zu jeder erwünschten Gelegenheit als Keule gegen ihre Gegner benutzen. (...) Trotzdem ist die iranische Außenpolitik zu sehr auf die Westler zugegangen. (...) Der Westen verlangt sogar von uns, auf die Sharia zu verzichten. Sie geben den Bahai

⁴⁶⁸ Sharq, 22.12.2004

⁴⁶⁹ Kasemi starb infolge von Folter und Misshandlungen.

⁴⁷⁰



Handlungsspielraum und stellen unverschämte Behauptungen auf. (...) Ist die Zeit nicht endlich reif, unsere Zukunft ohne diese internationalen Schlägertruppen zu gestalten. Diejenigen, die jetzt behaupten, die Menschenrechte zu vertreten, sind in Wirklichkeit uns etwas schuldig. Wir müssen sie wegen der Grausamkeiten, die sie der Menschheit antun, vor einem Weltgericht verurteilen."⁴⁷¹

Majlessvorsitzender: Kopftuchverbot verletzt Menschenrechte

Laut der Presseagentur des iranischen Majless verurteilte dessen Vorsitzender, Dr. Qolamali Hadad-Adel, anlässlich der Menschenrechtsdebatte erneut das Kopftuchverbot für Schülerinnen in Frankreich: "Die Zeiten der Unsicherheit der Moslems gegenüber dem Westen sind vorbei. Vor Inkrafttreten des französischen Gesetzes unterschrieben im letzten Jahr 200 Mitglieder des sechsten Majless einen Brief an die französischen Parlamentarier. Darin verurteilten sie diesen falschen Schritt. Damals wurde der französische Botschafter eingeladen und ich habe ihm persönlich den Brief überreicht. Heute verurteilen wir noch einmal diese Maßnahme der französischen Regierung, das die Freiheits- und Menschenrechtskriterien verletzt. Für uns ist das Kopftuchverbot eine offene Maßnahme gegen die Minderheiten, die in Frankreich leben. Die Regierenden in Frankreich (...) betrachten den Hijab, das Kopftuch, als eine Form von religiöser Propaganda, der man begegnen müsse. Aber das ist falsch. Die muslimische Frau trägt ein Kopftuch, weil sie Muslimin ist und nicht aus Propagandazwecken. Das Kopftuch gehört seit 1400 Jahren zur islamischen Kultur. (...) Ich fordere die französischen Intellektuellen hiermit auf, dieses ungerechte Gesetz zu verurteilen und zu verhindern, dass muslimische Studentinnen und Schülerinnen an ihrer Ausbildung gehindert werden. (...) Die muslimische Frau weiß, dass der Verzicht auf das Kopftuch nicht Freiheit bedeutet."⁴⁷²

Shirin Ebadi: Menschenrechte höherwertig als nationale Gesetze

In einem Gespräch mit der Zeitung Sharq hebt der iranische Jurist, Dr. Jussef Molai hervor, dass die Idee der Menschenrechte "in den fortgeschrittenen europäischen Gesellschaften durch soziale Bewegungen den Rang einer Institution erlangt haben. Im Iran ist dies jedoch nicht geschehen. Wir haben diesen historischen Prozess der sozialen Bewegungen in Europa nicht durchlaufen. Für eine solche Organisation des gesellschaftlichen Lebens bräuchten wir eine Reihe von Standards. (...) Leider haben wir aber schon Probleme bei der Definition der Menschenrechte. Wir können die Menschenrechte nicht nur bruchstückhaft definieren. Meist begnügen wir uns aber mit ganz allgemeinen Definitionen aus Schulbüchern. Das reicht nicht. (...) Wir haben auch nicht das Flugzeug, die Maschine, die Elektrizität und das Telefon

⁴⁷¹ Jomhuriye Eslami, 26.12.2004

⁴⁷² Homepage des Majless von 26.12.2004, www.mellat.majlis.ir Jomhuriye Eslami, 23.12.2004



erfunden und benutzen sie dennoch. Nichts anderes ist es mit der Wissenschaft der Menschenrechte."⁴⁷³

In einem Vortrag an der Shahid Beheshti Universität in Teheran hob die Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi hervor, dass die "Menschenrechte einen höheren Stellenwert haben als die nationalen Gesetze der Staaten. Daher darf kein Staat die Menschenrechte verletzen und sich dabei auf sein nationales Gesetz beziehen. Jedes nationale Gesetz, das im Widerspruch zu den Menschenrechten steht, ist illegitim."⁴⁷⁴

Erklärung iranischer Journalisten über Praxis in iranischen Gefängnissen und "stalinistische Gerichtsprozesse"

Seit September wurden im Iran mehr als 20 Journalisten verhaftet. In diesen Tagen haben zwei Journalisten, Omid Memarian und Rusbe Mirebrahimi, die wegen des Betreibens von Weblogs in Einzelhaft sitzen, im Gerichtssaal ihre öffentlich vom iranischen Fernsehen ausgestrahlten Geständnisse zurückgezogen. Die Geständnisse seien ihnen unter Druck abgepresst worden.⁴⁷⁵

Während die iranische Justiz erklärt, die Journalisten wollten nur Unruhe stiften, haben 25 weitere Journalisten aus dem Iran eine Erklärung veröffentlicht.⁴⁷⁶ Darin werden die Verfahren gegen die Journalisten als "stalinistische Prozesse" bezeichnet. In ihrer Erklärung heißt es:

"Das Heilmittel für unsere Gesellschaft ist die ‚Verteidigung der Menschenrechte‘ in allen gesellschaftlichen Dimensionen. Nachdem, was einige Journalisten in den letzten Monaten über sich ergehen lassen mussten und nach den wiederkehrenden und sich selbst entlarvenden Versuchen, Geständnisse zu erpressen sowie der Verbreitung dieser Geständnisse durch die Medien der Machthaber, müssen unseres Erachtens einige Punkte ausgesprochen werden:

1) Die Erpressung von Geständnissen von politischen Gegnern findet unter besonderen Bedingungen und unter unmenschlichem physischem und psychischem Druck statt. In den letzten Jahren war es leider auch keine Seltenheit, dass solche Geständnisse vom staatlichen Fernsehen und abhängigen Zeitungen wie Kayhan zur Schau gestellt wurden. Solche Methoden, die historisch als 'stalinistische Prozesse' bekannt und berühmt geworden sind, wurden gegen einige von unserer ehrenhaftesten politischen Aktivisten und Kulturschaffenden angewandt. Es leben die Namen von Said Sirjani, Siamak Pursand, Esatollah Sahabi, Ali Afshari, Abas Abdi

⁴⁷³ Sharq, 26.12.2004

⁴⁷⁴ www.iranvajahan.net/farsi/, 5.1.2005

⁴⁷⁵ www.bbc.co.uk/persian/index.shtml, 5.1.2005

⁴⁷⁶ Die unterzeichnenden Journalisten (s.u.) arbeiten für überwiegend kleine, im Iran erscheinende Zeitungen, die nicht im Netz stehen. Außerhalb des Iran wurde ihre Erklärung im Internet von der Exilseite Emrooz veröffentlicht www.news.iran-emrooz.de/more.php?id=10346_0_7_0_M; (12.1.2005)



und einigen Mitgliedern des studentischen Büros zur Stärkung der Einheit. Einige von ihnen wurden nach den Protesten des Sommers 2004 verhaftet und haben in einem ungleichen Kampf die Besessenheit der Despoten erlebt. Bis heute hat die Geschichte nicht über sie richten können.

2) Stellen Sie sich eine Dunkelkammer vor. Sie sind verwirrt und werden mit geschlossenen Augen verhört. In der schrecklichen Einsamkeit denken Sie an ihr elementarstes Recht, an die die Freiheit. Noch tragischer ist es, dass Sie glauben, dass Ihre Freiheit in den Händen der Person liegt, die Ihnen gegenüber steht. Er beherrscht sie in jeder Hinsicht. Und Sie können ihn noch nicht einmal sehen.

Die erste juristische Kritik an einem solchen Verhör besteht darin, dass Einzelhaft - und sei sie auch nur für einen einzigen Tag - schlimmste Folter ist. Was ist passiert, dass unsere Judikative dieser Ungerechtigkeit Legitimität verleiht? Warum behauptet sie immer wieder, dass den Gefangenen keine körperliche Gewalt angetan wird? Dabei sind die Szenen, die wir wiederholt erlebt haben so alt bekannt, dass bereits unzählige Analysen und Kritiken darüber geschrieben wurden. Aus einer Perspektive ist der Sache jedoch weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden: Wie gehen wir mit den Geständnissen der Gefangenen um, die infolge von Folter gesprochen haben? Warum haben wir nie eine Antwort auf diese Frage gefunden, nachdem die Betroffenen entlassen worden waren? Anders gefragt: Warum ist das selbstverständliche Recht der Betroffenen in Vergessenheit geraten, so dass diese Helden unserer Zeit immer wieder ins Gefängnis kamen oder ausgelöscht werden konnten?

Die wichtigste Ursache für diesen bitteren Umstand müssen wir in den Dunkelkammern und in der Rechtlosigkeit während der Verhöre suchen. Wir haben die Wahrheit verloren, weil wir stunden- und tagelang einsam gegenüber dem Verhörbeamten ausharren mussten. Wie können wir Sachen beweisen, die in dieser Zeit passiert sind? 'Er hat mich gefoltert.' 'Er hat mich gezwungen, sexuelle Anschuldigungen zuzugeben.' 'Er hat gedroht, meine Familie unter Druck zu setzen und, und, und...'. Das sind schmerzvolle Sätze, die aber kein juristisch verwertbares Dokument darstellen, mit denen die sich prinzipiell im Recht befindende Position des Justizapparates zurückgewiesen werden könnte.

Solange alle Rechte des Gefangenen während seines Gefängnisaufenthaltes und die Frage, ob ein Anwalt bei allen Verhören dabei sein darf, nicht geklärt sind, solange sind wir auf außergewöhnliche Fälle wie den Mord an Sahra Kasemi angewiesen - nur in solchen Fällen sitzen die Machthaber in der Klemme und müssen verhandeln und versuchen, alles zu vertuschen.⁴⁷⁷ Weil es keine richtigen Gesetze gibt und existierende Gesetze nicht richtig befolgt werden, können Enthüllungsaktionen, wie die von Sirjani, Sahabi oder Afshari nichts bewirken (...).

⁴⁷⁷ Bei der Behandlung der Akte von Sahra Kasemi kam es zu Meinungsunterschieden zwischen Staatsanwalt und Judikative.



3) Wir können davon ausgehen, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen allen Schichten unserer Gesellschaft jene Methoden und Instrumente bekannt sein dürften, die in den 30er und 40er Jahren von grausamen Diktaturen wie Stalin und Hitler eingesetzt wurden. Im 21. Jahrhundert sind diese Methoden in einem Land, das mehr als 100.000 Weblog-Schreiber und Internetjournalisten aufzuweisen hat, nichts anders als ein erneuter Versuch, die öffentliche Meinung zu täuschen. Tatsächlich ist die übermäßige Angst der Herrschenden, ihre illegitime Macht zu verlieren, so groß, dass man ihre Taten häufig den Rahmen politischer Rationalität verlassen. Sie tun das allein, um ihre Macht zu erhalten. Sie müssen so vorgehen, um ihren unterdrückerischen Handlangern ein falsches Selbstbewusstsein einzuflößen.

4) Man kann die Vorgehensweise der Exekutive zwar analysieren, ihre Taten sind jedoch nicht immer zu erklären. Es bleibt die alte Frage, warum nur das Informationsministerium die einzige vertrauenswürdige Instanz sein soll, die kriminelle Aktivitäten erkennen kann? Warum widersprechen und übergehen sie einfach die Positionen des Staatsanwalts von Teheran mit der Begründung, dass seine Meinung ihnen nicht gefällt?⁴⁷⁸ (...) Die von Mohammad Khatami verkündete Beobachtung und ‚entschlossene Reaktion‘ sind nicht mehr als ein Witz.

5) Vor diesem Hintergrund sind die Positionen und das Verhalten der politischen Aktivisten und der Kulturschaffenden von größter Bedeutung. Mögen die [Machthaber] mit ihrem rechtlichen Diskurs unseren politischen Diskurs vereinnahmen und mögen sie mit ihren TV-Sendungen, wie Howyat⁴⁷⁹ ihre Macht demonstrieren - es bleibt unsere Aufgabe, die mit Füßen getretenen Rechte der Gefangenen zu verteidigen. Das Heilmittel für unsere Gesellschaft muss aus mehr als den bekannten Ismen bestehen. Das Heilmittel unserer Gesellschaft ist die ‚Verteidigung der Menschenrechte‘ in all ihren Dimensionen. In dieser historischen Phase ist es das Beste, die Machthaber mit Menschenrechtsfragen herauszufordern. Die Menschenrechte sind das beste Heilmittel für die alten Wunden des Despotismus."

"Die Unterzeichner:

- Aliresa Abyari, Verantwortlicher Direktor der Zeitschrift Shotak
- Seyyed Babak Ebrahimi, Verantwortlicher Direktor der Zeitschrift Woruna
- Mehdi Amjadi, Redaktion der Zeitschrift Ishiq
- Mohammad Javad Bani Hussein, Verantwortlicher Direktor der Zeitschrift Karan
- Amir Hussein Behrus, Verantwortlicher Direktor der Zeitschrift Sokut
- Mehdi Purhim Najafabadi, Mitherausgeber der Monatszeitschrift Sabsandishan
- Hamun Purnassir, Chefredakteur der Daneshgahe Emrus
- Mehdi Takafoli, Mitherausgeber der Sabsandishan

⁴⁷⁸ www.news.iran-emrooz.de/more.php?id=10346_0_7_0_M

⁴⁷⁹ Howyat bedeutet Identität. Die Sendung dient nach Auffassung vieler Iraner allein der politisch-ideologischen Propaganda.



- Majid Janipur, Chefredakteur von Adam
- Ali Husseinia, Chefredakteur der Naquse Sabs
- Mostafa Khosrawi, Chefredakteur der Arman
- Puya Radai, Direktor der Daneshgahe Emrus
- Mosalah Rostami, Direktor der Sagres
- Kamal Rasawi, Direktor der Sabsandishan
- Rohollah Rohani, Direktor der Hanif
- Arash Sare, Chefredakteur der Diwar
- Hadi Sare, Direktor der Talangar
- Aram Salimi, Direktor der verbotenen Zeitschrift Qasal
- Said Tabarsi, Mitglied der Herausgeber der Arman
- Misom Farasian, Photograph und Graphiker der Zeitschrift Asad
- Resa Gahremani, Direktor der Zeitschrift Faryad
- Faribors Kargar, Direktor der Zeitschrift Pajwak
- Mehdi Mohammadi, Mitherausgeber der Zeitschrift Sokut
- Mohamad Miri, Chefredakteur der Monatszeitschrift Asfandak"

Über die Verfolgung der Baha'í in der Islamischen Republik Iran ⁴⁸⁰

Der folgende Text, der in der Exilwebsite, Iranpressnews, erschienen ist, behandelt die Verfolgung der Angehörigen der Baha'í-Religion im Iran. In diesem Text wird einerseits die Gefahr eines Genozids der iranischen Baha'í angesprochen, andererseits wird die optimistische These aufgestellt, dass die Weltöffentlichkeit im 21. Jahrhundert nicht mehr zulassen werde, dass Verbrechen, wie die des Nationalsozialismus sich wiederholen können.

„Nazi-Deutschland und die Juden, Islamische Republik und die Baha'í

Der Bericht des Vertreters der Baha'í in den Vereinten Nationen am 2. November 2006 hat gezeigt, dass das Staatsministerium der Islamischen Republik in einem aktuellen Schreiben erneut alle wichtigen Instanzen des Staates aufgefordert hat, alle Aktivitäten der Baha'í verstärkt zu kontrollieren. Insbesondere sollen ihre „finanzielle Lage“, ihre soziale Stellung“ und „ihre Kontakte mit ausländischen Zirkeln“ beobachtet und festgehalten werden.

Es ist offensichtlich, dass das letztgenannte Kriterium, die „Kontakte mit ausländischen Zirkeln“ diese Maßnahme besonders schwerwiegend erscheinen lassen. Jeder weiß, dass Baha'í weder besondere Kontakte zu ausländischen Zirkeln haben noch besetzen sie besondere soziale Positionen, die sie dazu befähigen könnten über solche Informationen zu verfügen, die für Ausländer nützlich sein

⁴⁸⁰ 19.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/19/uber-die-verfolgung-der-bahai-in-der-islamischen-republik-iran/>



könnten. Die Beziehungen mit ausländischen Zirkeln werden doch erst auf der Ebene der Staatsmänner, Politiker oder derjenigen, die Tätigkeiten in sensiblen Bereichen ausüben, interessant; und nicht unter einfachen Menschen, Handwerkern, Bauern, Hausfrauen oder Studenten, die nicht studieren dürfen. Auch nicht unter Menschen, die aus religiösen Gründen keine Politiker werden und selbst keinen größeren Verrat kennen als den Landesverrat oder den Verrat an ihrer Heimat, in der sie geboren sind. Die Islamische Republik beabsichtigt mit dieser Maßnahme und mit den Schritten, die in Zukunft folgen werden, erneut jeglichen Handlungsspielraum für die Baha'i-Gemeinde des Iran noch weiter einzuschränken. Diese unterschiedlichen Pläne sollen den Hass der Bevölkerung gegen die Baha'i schüren. Zudem sollen die Baha'i in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht werden, in dem sie in Angst und Schrecken leben und von allen gehasst werden. Sie sollen eine verstümmelte, isolierte Gemeinde werden, die lediglich dankbar sein soll, dass sie noch nicht unter den Maschinenpistolensalven exekutiert worden ist.

Die Baha'i-Gemeinde war von der Stunde Null ihrer Geburt an mit Feindseligkeiten seitens des Klerus und der Machthaber des Iran konfrontiert. Stets hat die Geistlichkeit ihre Interessen darin gesehen die Baha'i-Gemeinde zu schwächen und ihre Angehörigen zu eliminieren und hat zudem fälschlicherweise angenommen, mit solchen Methoden das Denken und die Weltanschauung der Baha'i ebenfalls vernichten zu können. Dieser Fehler hat sich in der Menschheitsgeschichte gegenüber allen Religionen wiederholt und selten hat jemand daraus eine Lehre gezogen.

Dieser Krieg gegen die Baha'i war bis zum zweiten Weltkrieg und bis zur Landung der Alliierten punktuell gewesen, nur kleine Gruppen bewiesen ihre Feindseligkeiten. Seit über 50 Jahren haben die Verfolgungen eine organisierte und systematische Gestalt angenommen. Seitdem in den letzten 25 Jahren die Macht des Klerus institutionell zentralisiert wurde und die Geistlichkeit über alle finanziellen, politischen und staatlichen Möglichkeiten verfügt, hat die Verfolgung der Baha'i eine besonders systematische Form angenommen.

Es heißt, zu Beginn der Revolution habe der erste Ministerpräsident der Islamischen Republik, Herr Basargan, gesagt, man brauche lediglich den Baha'i anzudrohen, dass man ihre Konten schließe und schon würden sie ihre Religion aufgeben. Diese Waffe brachte jedoch kein Ergebnis. Sogar als man sie aus ihren Ämtern warf, als man ihnen nicht mehr erlaubte zu studieren, als man ihre Häuser, Ländereien und Besitztümer plünderte und konfiszierte und sogar das Töten und Morden der Baha'i nützte den Machthabern nicht. Die Baha'i erduldeten alle Schwierigkeiten und Qualen, verrieten jedoch nicht ihren Glauben. Das Licht Gottes erlöschte nicht in solchen Stürmen.

Nun sprechen viele Indizien dafür, dass die Islamische Republik Iran dabei ist, einen noch größeren Sturm gegen die Baha'i vorzubereiten, der vergleichbar ist mit Hitlers



„Endlösung der Judenfrage“. Und für eine solche Tat dient offenbar die Vorgehensweise der Nazis als Modell für die Islamische Republik Iran.

Im Jahre 1920, hatte Hitler schon vor seiner Machtübernahme in einer kleinen Versammlung von Nazis, sein 25-Punkte-Programm zur Schaffung eines nationalsozialistischen Deutschlands angekündigt. In einem seiner fünf Punkte bezog sich Hitler auf die Juden, die in einem zukünftigen Deutschland keinen Platz mehr haben sollten: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“

Und nach seiner Machtübernahme schrieb er, dass die Juden Diebe seien, nie eine Zivilisation geschaffen, aber Hunderte zerstört hätten, und was sie besäßen gehöre andere. Ausländische Mächte würden für sie religiöse Zentren bauen, die Juden seien überhaupt von irgendwelchen Mächten geschaffen und seien deren politische Handlanger. Als im Jahre 1938 ein deutscher Diplomat in Paris von einem 17-jährigen Juden ermordet wurde, bereitete die SS einen Plan vor, der am 10. November begann und sieben Tage andauerte. In dieser Woche wurden Zehntausende von jüdischen Läden in Brand gesteckt und geplündert. Sogar die Feuerwehr weigerte sich das sich ausbreitende Feuer zu löschen, um Hitler ihre Treue zu beweisen. Trotz der vielen Schäden, die man den Juden zufügte, zwang man die Juden mehr als 1 Million Mark für die Reparatur der entstandenen Schäden an den Häusern zu zahlen. Die Nazis zwangen die Juden die Gehwege und Straßen von den Resten des Feuers und der Asche zu säubern. Diese und andere barbarische Taten der Nazis waren lediglich der Beginn des Programms der „Endlösung“ und Vernichtung von 6 Millionen Juden. Im selben Jahr 1938 rief die deutsche Regierung zum Boykott von Waren aus jüdischen Läden auf.

Heute werden in der Islamischen Republik nicht nur Fatwas ausgesprochen, in denen behauptet wird, die Baha'i seien schmutzig, man solle mit ihnen nicht verkehren und mit ihnen keinen Handel treiben, sondern das Staatsministerium fordert alle staatlichen Instanzen in den Provinzen und sogar bei den Gewerkschaften dazu auf, die Baha'i und die Art ihrer Beschäftigung zu identifizieren. Warum will man die Baha'i einzeln durchleuchten und identifizieren? Gibt es noch andere Pläne außer der Vorbereitung von noch mehr Leid und Kummer, die ihnen zugefügt werden sollen.

Außerdem, wenn Sie die Teheraner Zeitung Kayhan oder andere Anti-Baha'i-Websites lesen, fallen ihnen wieder die Verleumdungen ein, die Hitler gegenüber den Juden äußerte, die nun auf Baha'i als Zielscheibe projiziert werden, wie beispielsweise: Sie werden als fremde Agenten, Spione, Saboteure, Geheimnistuer, Frevler bezeichnet. Beispielsweise wird ihnen vorgeworfen, dass sie muslimische Mädchen nach Dubai verkaufen oder mit Opium und Heroin in Iran dealen.



Und Tausend andere Verleumdungen, die keinem einfallen würden, außer Gehirnen von Anti-Baha'i-Schreibern, die mit Hass und Verwirrung gefüllt sind. Und sie tun alles, um ihre Aufrichtigkeit als Muslime zu beweisen.

Sie missachten die historische Wahrheit, dass das 21. Jahrhundert nicht mit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts vergleichbar ist. Weder kann man die Weltanschauung und die Glaubensvorstellungen der jungen und fortschrittlichen Baha'i-Gemeinden mit den jüdischen Gemeinden unter Hitler-Deutschland vergleichen, noch wird die Welt noch einmal erlauben, dass solche Grausamkeiten sich wiederholen. Noch nicht einmal werden die Muslime, die nur ein wenig die Vorstellungen der Baha'i kennen, diesen Lügen Glauben schenken. Wenn die Iraner solche Verleumdungen lesen, wissen sie welche Hände hinter welchen Kulissen die Saat des Hasses, der Intrigen und des Brudermordes säen und erkennen, wer dabei ist, dem Namen des Islam und des Iran zu schaden.

Diejenigen, die begonnen haben auf diese Art und Weise gegen die Baha'i-Religion zu kämpfen, übersehen obendrein, dass der schnelle Zug der Aufklärung und der Vernunft in unserer Welt schnell voranschreitet. Und solche Maßnahmen können nicht dessen Geschwindigkeit verlangsamen. Der Kampf gegen die Baha'i-Religion ist der Kampf gegen Fortschritt und Entwicklung, gegen Rationalität, der Kampf gegen die Emanzipation aller Menschen und der Kampf gegen den Frieden, Liebe, Versöhnung und Wahrhaftigkeit. So aggressiv diese Maßnahmen auch sein mögen, können sie dennoch nicht den prinzipiellen Wandel der durch Aufklärung in der gesamten Welt voranschreitet, in Afrika, und vom Süd-bis zum Nordpol, aufhalten.

Iranpressnews berichtet, dass in der Stadt Hamedan ein Student, der Abuali Sina-Universität, der kurz vor seinem Examen steht, als Baha'i identifiziert und sofort exmatrikuliert wurde. Er gehöre mit Dutzenden anderer junger Baha'i zu denjenigen, die in diesem Semester vom Studium an der Universität ausgeschlossen wurden.“

DIE IRANISCHE STUDENTENBEWEGUNG

Special Dispatch, 27. Januar 2003 - Flugblatt einer islamischen Studentenorganisation zu den Verhaftungen von Oppositionellen im Iran ⁴⁸¹

Im Zusammenhang mit den Studentenprotesten der letzten Wochen im Iran veröffentlichte eine islamische Organisation iranischer Studenten eine Erklärung, in der die Verhaftungen und Repressionen gegenüber Oppositionellen kritisiert werden. Die Erklärung bezieht sich dabei ausdrücklich positiv auf die Islamische Revolution

⁴⁸¹ MEMRI



und den verstorbenen Ayatollah Khomeini und kritisiert den amtierten religiösen Führer Khomeini für seine vermeintliche Abkehr vom Weg der Revolution. Die Erklärung, die am 25. Januar 2003 veröffentlicht wurde, wurde u.a. über die von Iraner betriebenen Internet-Seite www.iran-emrooz.de verbreitet.⁴⁸²

"Protesterklärung des islamischen Vereins der Technischen Universität Amir Kabir im Zusammenhang mit den Machenschaften der Justiz

Gestern führten sie unsere Intellektuellen zum Schlachthof, heute bringen sie die Anwälte der Opfer des religiösen Faschismus ins Gefängnis, anstatt sich um die Akten der Familien der Opfer zu kümmern.

Samstag, 5 Bahman 1382/25. Januar 2003

'Bei der Morgendämmerung, bei zehn Nächten . Hast du nicht gesehen, wie dein Herr mit den 'Ad verfahren ist, mit Iram, der Stadt mit der Säule, und mit dem Pharao, mit denen, die im Land aufsässig waren' (Sure 89, Die Morgendämmerung)

Es scheint, als ob die Gewalttäter - berauscht von der Macht ihren Kopf in den Himmel streckend und im Aberglauben des Gefühls, gottgleich zu sein - versäumen, die zitternden Beine ihrer Stühle wahrzunehmen, während sie den Frühling der Bevölkerung in einen Herbst und ihre Häuser in Gefängnisse verwandelten, während sie vom Islam reden, den Muslim zum Tode verurteilen, Gewalt säen, lügen und verleumden, Menschen ins Gefängnis bringen und sie foltern. Sie überfallen das Volk im Namen des Imam [Ayatollah Khomeini] und zerstören die Existenz des Volkes. Sie schwören auf die Legitimität der Shia und stellen den großen Vertreter der Shia unter Hausarrest [Montazeri, Konkurrent des religiösen Führers]. Sie sprechen von der Gerechtigkeit Alis und zerbrechen auf ihrem Thron die Waage der Gerechtigkeit. Sie verurteilen den Ankläger und verwandeln das Recht in Unrecht. Das Heil des Volkes wird zum Vorteil der nationalen Sicherheit aufgegeben und Studenten, Kritiker und der Intellektuelle werden verhaftet. Sie foltern, erstellen Interviews [Videoaufnahmen von Geständnissen in den Gefängnissen, die anschließend im Fernsehen ausgestrahlt werden] und ein wenig später verhaften sie sogar die Anwälte der Verhafteten unter dem Vorwurf, die Wahrheit gesagt zu haben, und werfen diese ins Gefängnis.

Gestern führten sie unsere Intellektuellen zum Schlachthof, heute bringen sie die Anwälte der Opfer des religiösen Faschismus ins Gefängnis, anstatt sich um die Akten der Familien der Opfer zu kümmern. Sie verhaften gar ihre Anwälte, um zu demonstrieren, dass die Verantwortlichen für die Kettenmorde [Morde an Intellektuellen und Politikern in den Jahren 1989/99] immer noch im System wirken. Gestern steckten sie den Akademiker Afshari wegen Freiheitsforderungen und einer

⁴⁸² <http://www.iran-emrooz.de/khabar/amirkab811105.html>



Verteidigung der Rechte der Studenten ins Gefängnis und verlängern permanent seine Gefängnisstrafe. Heute werfen sie gar seinen Anwalt mit dem Argument, ihn und seine Gedanken zu verteidigen, ins Gefängnis. Wir bedauern die zerbrochene Waage der Gerechtigkeit und bedauern das Schwert, das in das Herz der Gerechtigkeit gestoßen wurde. Es schaudert uns, wenn wir an das Schicksal der Volksrevolution denken, wenn wir die Verurteilung der Mitglieder der "Freiheitsbewegung" [Nehsate Asadi, Basargan regierte zu Beginn der islamischen Revolution gemeinsam mit Khomeini] und der Nationalreligiösen, die massiven Urteile gegen sie, die Verhaftung ihres Anwaltes unter dem Vorwurf der Erklärung der Wahrheit betrachten, wenn wir sehen, wie die Judikative der Islamischen Republik Iran mit Bezugnahme auf die Gesetze, die 1960 unter dem Pahlavi-Regime gültig waren, heute die kritischen Medien verbietet. Was sollen wir sagen und wo sollen wir Schutz suchen, wenn wir daran denken, dass die Gerichte der Islamischen Republik, die die Früchte der Ablehnung des Pahlavi-Regimes waren, heute unter ausgedachten Vorwürfen die Studenten, die Kritiker und die Reformer zu Gefängnisstrafen verurteilen?

Wir bedauern umso mehr, dass sie sich als Muslime bezeichnen und mit ihren Taten die gnädige Religion des Propheten verletzen und den Islam in der Welt so präsentieren, als ob der Islam eine unmenschliche Religion wäre! Wir würden es begrüßen, wenn der eiserne Nagel nicht in den Stein gehauen würde. Wir verurteilen die Machenschaften der Judikative bei der Verhaftung der Anwälte Sarafshan, Dadkhah und Soltani und protestieren gegen das kürzliche Verbot der Zeitungen Hayate No, Bahar, Nowruz und Hamshahri. Wir warnen die Verantwortlichen und hoffen, dass sie aufwachen, dass wenn sie heute Hayate No [eine Zeitung des Bruders von Khameinis], Bahar, Nowruz in die Dunkelheit des Verbots verbannen und den neuen Tag der Bevölkerung in einen Herbst verwandeln, ihre Häuser verwüsten und unsere Streiter für die Freiheit in den Käfig stecken - dass die Bevölkerung morgen jedoch den Tag erleben wird, der das neue Jahr des Iran sein wird. Die Bevölkerung wird ein neues Leben bekommen, ihr Frühling wird kommen, dann wird die Bevölkerung ihren Herbst mit Tänzen zerbersten.

Der islamische Verein der Technischen Universität Amir Kabir, Polytechnik Teheran"

Special Dispatch, 17. Juni 2003 - Iranische Politiker über die Studentenunruhen

Eine Woche dauern die studentischen Protestaktionen in Teheran nun schon an. Tausende Studenten und Bürger sollen sich beteiligt haben. Sie gehen offensichtlich davon aus, dass das Reformprojekt von Präsident Khatami gescheitert ist. Die



iranische Presse - gleich ob reformorientiert oder konservativ - kommentiert diese Ereignisse meist nicht selbst, sondern beschränkt sich weitgehend darauf, Stimmen von Politikern wiederzugeben. Dabei lassen weder Konservative noch Reformer Zweifel an ihrer Überzeugung erkennen, dass die Bewegung bekämpft werden müsse. Dennoch werden auf Seiten der "liberalen Islamisten" (Reformer) hier und da auch Fragen nach Ursachen und Gründen für die Proteste laut.

Übersetzt und zusammengestellt von Wahied Wahdat-Hagh*

Die staatliche Nachrichtenagentur ISNA hob zunächst die Entschlossenheit der Demonstranten hervor und betonte, dass "einige der Demonstranten mit bewaffnetem Kampf und der Tötung der Geistlichkeit gedroht [haben]."⁴⁸³ Dazu erklärt die in der vergangenen Woche für einen Tag verbotene konservative Zeitung Kayhan, dass die Studenten gegen Probleme wie die Arbeitslosigkeit nach dem Studium protestiert hätten und zitiert die Aussagen eines Studenten: "Wenn das Wissenschaftsministerium den Plan der Privatisierung der Universitäten [an diesem Punkt entzündeten sich die Proteste; d. Ü.] nicht aufhebt, kann noch viel mehr passieren."⁴⁸⁴

Währenddessen wandte sich auch Präsident Khatami, den die Studenten zum islamistischen Establishment zählen, gegen die Proteste. In der Reformzeitung Entekhab heißt es: "Präsident Seyyed Mohammad Khatami forderte von der Judikative, dem Rat für die Sicherheit der Provinzen sowie vom Informationsministerium und den Sicherheitskräften, dass diese den Aufständischen einen Riegel vorschieben."⁴⁸⁵

Zu den Hintergründen der Demonstrationen zitierte ein weiteres Reformblatt, die Aftabe Yasd, den iranischen Informationsminister Ali Yunessi. Der hatte zur Verhaftung von 80 Personen erklärt: "Diese Personen sind von inländischen Radikalen und aus dem Ausland motiviert worden [...]." Und bezogen auf den nahenden Jahrestag der Studentenbewegung (9. Juli 1999) sagte Yunessi: "Wenn am 9. Juli eine legale Aktion stattfindet, ist dies akzeptabel. Wir werden es aber nicht erlauben, dass sich illegale Bewegungen an die Universität[sveranstaltungen] anhängen [...] Wir bemühen uns darum, dass alle Veranstaltungen legal, in geordneter Form und ohne Störung durchgeführt werden können. Die Sprengung von Veranstaltungen ist auf ausländischen Einfluss zurückzuführen. Dahinter steckt Amerika. Die Amerikaner haben Geld investiert, um Aufstände zu organisieren. Und diese Aufstände verfügten sogar über einen Planungsstab von 19 Personen, die mittlerweile identifiziert und verhaftet worden sind [...]."

⁴⁸³ ISNA, 11. Juni 2003

⁴⁸⁴ 2) Kayhan, 12. Juni 2003

⁴⁸⁵ Entekhab, 10. Juni 2003



Am Ende des Artikels äußert sich die Redaktion des Reformblatts dann selbst: "Die Redaktion der Aftabe Yasd betont, dass Bedingungen für die Durchführung von legalen Veranstaltungen geschaffen werden müssen, damit die Studenten ihre Probleme artikulieren können. Die Redaktion bedankt sich bei den Sicherheitskräften und Geheimdiensten, die dafür gesorgt haben, dass die Ansammlungen von Dienstagnacht [vergangener Woche; d.Ü.] ohne Probleme zu Ende gingen."⁴⁸⁶

Auch Entekhab gibt die Analyse eines iranischen Ministers wieder und zitiert Mostafa Moin, Minister für Wissenschaft, Forschung und Technik: "Man darf den besonderen politischen und abhängigen Elementen nicht erlauben den Jahrestag in den Universitäten auszunützen. Einer der Vorwände der aktuellen Ereignisse [...] war die Privatisierung der Universitäten. Die war aber nie geplant. Solche Behauptungen sind gänzlich feindselig [und werden aus taktischen Gründen benutzt]. [...] - eine Taktik, die als Mittel an allen Universitäten der Welt erprobt wurde: Die Formulierung von gewerkschaftlichen Anliegen [wie dem Protest gegen Privatisierungen; d.Ü.] ist die billigste Protestform; das zieht viele Menschen an und wenn erst eine größere Menge versammelt ist, werden politische Parolen ausgegeben. [...] In den gegenwärtig sensiblen Zeiten unseres Landes müssen wir uns darum bemühen, Ruhe, gegenseitige Solidarität sowie die nationale Einheit zu schützen und um Gottes Willen nichts unternehmen, was die nationale Sicherheit des Staates gefährden könnte." Auf die Frage nach den Gründen der Demonstrationen, sagte der Minister: "Der Hauptgrund für die Demonstrationen waren die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen im Land sowie der näher rückende Jahrestag vom 9. Juli [...]." Zur Frage der Universitätsreformen meinte Moin: "Die absolute Abhängigkeit der Universitäten und Forschungszentren vom staatlichen Budget muss reduziert werden. Dies erfolgt zu Gunsten der Universitäten."⁴⁸⁷

Ähnlich argumentiert der von Präsident Khatami eingesetzte Staatsminister Abdolwahed Mussawi Lari. Ihn zitiert die konservative Zeitung Resalat: "Die gefundenen Dokumente und Unterlagen machen deutlich, dass diese Personen von ausländischen Medien [...] motiviert worden sind. Die Studenten-Aktionen waren rein gewerkschaftlich motiviert, aber andere haben sich eingemischt. Und der Mob, von dem einige Teile aus anderen Stadtteilen in die Studentencamps eingedrungen waren, hat sich auch noch am Eigentum der Bevölkerung vergriffen. Am 9. Juli werden legale Aktionen akzeptiert - aber wir werden jedem begegnen, der den Versuch unternimmt, legale Bewegungen mit konterrevolutionären Aktionen des Auslands zu verknüpfen."⁴⁸⁸

Zwei Tage später geht Resalat in einem Leitartikel ausdrücklich auf die "Neo-Republikaner" in den USA ein: "Letzte Woche erwähnte Informationsminister Yunessi, dass er einen Aufstandsstab von 19 Personen entdeckt habe - das heißt

⁴⁸⁶ Aftabe Yasd, 12. Juni 2003

⁴⁸⁷ Entekhab 12. Juni 2003

⁴⁸⁸ Resalat, 12. Juni 2003



einen Stab, den Michael Ledeen, einer der Anführer der 'Neo-Republikaner' noch vor einem Monat formieren wollte. Es geht dabei um Gruppen, die nach dem Wunsch Amerikas die iranische Ordnung durcheinander bringen wollen, damit Amerika seine Politik in Afghanistan, Irak und Palästina fortführen kann. Schließlich haben alle wissenschaftlichen Ergebnisse auch von Studien US-amerikanischer Institute wie dem 'Carnegie-' und dem 'Nixoninstitut' oder dem 'Atlantischen Rat' gezeigt, dass im Mittleren Osten nichts ohne die Berücksichtigung der Interessen der Islamischen Republik Iran geschehen kann. [...] Heute sind aber sogar diejenigen bereit, bewaffnet gegen Amerika zu kämpfen, die bis gestern noch für einen Dialog eintraten. Denn Amerika ist ungerecht und erniedrigend."⁴⁸⁹

Mit einem kritischen Unterton äußerte sich dann der Chefredakteur der Reform-Zeitung Aftabe Yasd zu solchen Behauptungen: "Manche versuchen die Lage so darzustellen, als ob jeder Protest und jede Versammlung notwendigerweise ein gezielter Plan von Ausländern ist. Eine solche Auffassung stellt zum einen eine Beleidigung derjenigen dar, die ihren legitimen Einwand gegen Regierungsentscheidungen einbringen wollen [...]. Zum anderen wird auf diese Weise die Macht des Feindes größer gemacht als sie tatsächlich ist - als ob die Feinde tatsächlich so viel Einfluss auf unsere Innenpolitik hätten."⁴⁹⁰

Andere Gründe für den Aufstand versucht einen Tag später in der gleichen Zeitung auch die "liberale Islamistin" und Parlamentsabgeordnete, Elahe Kolai, zu benennen: "Die Ereignisse machen deutlich, dass wir uns mehr als je zuvor den Forderungen und Erwartungen der Bevölkerung widmen müssen, insbesondere denen der Jugend. [...] Wir müssen mit tiefgehendem Blick die Probleme der Bevölkerung und der Studenten betrachten und ihnen mit geeigneten Schritten begegnen. Wir können zwar nicht die Rolle der ausländischen Medien bei der Entstehung dieser Aufstände verleugnen. [gemeint sind hier v.a. exiliranische Medien, die im Iran trotz Verbot stark wahrgenommen werden; d.Ü..] In den letzten 24 Jahren waren diese Elemente immer aktiv und das Ausmaß ihrer Einflussnahme hing stets von den inneren Zuständen des Landes ab. Wir müssen aber untersuchen, warum die Gesellschaft gegenüber solchen Provokationen so antwortet."

Ähnlich zitiert wird der Abgeordnete Khalili Ardekani: "Natürlich müssen wir manche Alarmsignale positiv aufnehmen. Wir müssen die Gründe der Probleme verfolgen und die gesellschaftlichen Aufgaben lösen. (...) Die Studenten müssen in ruhiger Atmosphäre ihre Belange formulieren können. Nicht-Studenten dürfen sich in studentischen Angelegenheiten nicht einmischen."

Schließlich stieß in Aftabe Yasd die brutale Intervention von zivil gekleideten Anhängern der iranischen Hezbollah gegen die Studenten auf Kritik. Die Hezbollah hatte mehrere Studentenheime verwüstet. "Die gewaltsame Untersuchung der

⁴⁸⁹ Resalat, 14. Juni 2003

⁴⁹⁰ Aftabe Yasd, 14. Juni 2003



Proteste wird eine neue Welle von Gewalt hervor bringen", warnt der "liberal-islamistische" Abgeordnete Yadollah Eslami. Und sein Kollege Abolghasem Sarhadisadeh meint: "Diese zivil Gekleideten mischen sich bei solchen Auseinandersetzungen ein, weil sie glauben, den Machtzentren anzugehören. Wenn diese Zivilisten aber Machtzentren angehören, dann müssen sie sich identifizieren und ausweisen können. Haben wir denn keine Ordnungskräfte?"⁴⁹¹

Special Dispatch, 08. Juli 2003 - Offizieller iranischer Studentenverband appelliert an UNO ⁴⁹²

*In einem offenen Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan wandte sich vorgestern der iranische Studentenverband "Büro zur Festigung der Einheit" gegen **Menschenrechtsverletzungen** im Iran. Drei Tage vor dem 9. Juli, dem vierten Jahrestag der bisher größten Studentendemonstrationen, überrascht die offene Kritik dieses offiziellen Verbandes, der weiterhin unter dem Emblem Khomeinis auftritt und vor allem die vom Regime geduldete islamische Opposition an den Universitäten vertritt: Die Organisation greift das Regime in einem Ton an, den sonst meist nur Exilgruppen verwenden. Das deutet darauf hin, wie weit der Abwendungsprozess vom Regime zumindest in der Studentenschaft fortgeschritten ist. Der Brief ist nicht namentlich, sondern im Namen des 'Büros zur Festigung der Einheit' an 30 iranischen Universitäten unterzeichnet und unter www.akunews.org/News/print.asp?ID=2488 auf der Site der Amir Kabir Universität Teheran erschienen:*

"Vollständige Abschrift eines Briefes des 'Büros zur Festigung der Einheit' an den verehrten Vorsitzenden der Vereinten Nationen"

"Sehr geehrter Kofi Annan,

diese Tage, sind schwarze und verlorene Tage für diejenigen [selbstlosen] Menschen, die nach einem hellen Morgen suchen, ein Morgen, an dem sie ihr Schicksal und ihre Regierung selbst bestimmen.

Wir, die Studenten und Mitglieder des islamischen Studentenvereins, die gewählten Vertreter der Universitäten des Landes [vom 'Büro zur Festigung der Einheit'; d. Ü.] richten als einzige nicht verbotene derjenigen Organisationen, die in den vergangenen Jahren die Forderungen der Studenten vertraten und trotz des Druckes und der gegenwärtigen Auseinandersetzungen - aber [...] in der Erkenntnis unserer Hoffnungslosigkeit bezüglich der Reformierbarkeit der existierenden Regierung -

⁴⁹¹ Aftabe Yasd 15. Juni 2003 2003

⁴⁹² MEMRI



diesen Brief an Sie, damit sich angesichts des Berichts über die von der iranischen Regierung begangenen Menschenrechtsverletzungen, die Vereinten Nationen einschalten.

Wir richten unsere Beschwerde an Sie, weil die politische Apartheid dem iranischen Volk jegliche Sicherheit genommen hat, weil sie uns das Recht auf Selbstbestimmung genommen hat, weil sie unsere Existenz auf die Befriedigung elementarster Bedürfnisse reduziert hat und weil wir in diesem historischen Moment die Wiederholung der Erfahrungen unserer Nachbarn befürchten: Wir fürchten die Wiederholung solcher humanitärer Katastrophen, die die Selbstüchtigen an den Tiefpunkten der Geschichte anrichten, um ihre Macht zu erhalten. Wir leben in einem Land, in dem jedes Individuum in seiner Privatsphäre wie im sozialen Leben in direkter und absoluter Verbindung mit dem riesigen Regierungsapparat steht. Bedauerlicherweise ist das Herrschaftssystem verhärtet und nicht in der Lage zu antworten, weil es seine Macht nur im Erhalt der gegenwärtigen Bedingungen sichern will. Daher führen weder faire und einfühlsame Kritiken zu einem Ergebnis, noch sind die Bemühungen der Bürger zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage wirksam.

Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit für Vereine und Gewerkschaften, Religionsfreiheit [...], Pressefreiheit, Frauenrechte, das Recht auf freie Kleidungswahl, der Schutz der Privatsphäre vor der Willkür des Staates, faire Gerichtsverfahren - all diese Rechte sind Bestandteil der Erklärung der Menschenrechte, die die iranische Regierung unterschrieben hat. Allerdings fühlt sie sich dieser Erklärung leider nicht nur nicht verpflichtet, sondern verletzt diese Rechte in einem Maß, als ob solche Verpflichtungen gar nicht bestünden.

Sehr geehrter Herr Kofi Annan,

[...] Mit diesem Schmerzensbrief stellen wir fest, dass fast alle Menschenrechte von den Herrschenden mit Füßen getreten werden. Eines der größten Opfer der Nichtbeachtung dieser Prinzipien ist Mohammad Jafar Puyande, dessen Name auf der Veröffentlichung der Menschenrechtserklärung als Übersetzer glänzt, der von den brutalen Regierungshenkern aber erbarmungslos ermordet wurde.

Seit Jahren trennt die aus einem falschen Verständnis von Religion erwachsende politische Apartheid die Khodis [die unsrigen] von den Nicht-Khodis [den ihrigen]. Sie trennt die Gleichgesinnten von den Andersdenkenden, Revolutionäre von Nicht-Revolutionären und schließlich Bürger erster Klasse von den Bürgern zweiter Klasse. All dies hat dazu geführt, dass Macht, Reichtum, Positionen und Informationen für den einzelnen nur in Abhängigkeit von der herrschenden Regierung zu erlangen sind. Dabei heißt es doch in Artikel 1 und 2 der Erklärung der Menschenrechte: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren." Und weiter: "Jedermann hat Anspruch auf die in dieser Erklärung proklamierten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe,



Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Vermögen, Geburt oder sonstigem Status."

Die iranischen Studenten wissen, dass der Weg zu Entwicklung, Wohlstand, Freiheit und Demokratie nur im Bestehen auf den Menschenrechten und einem friedlichen Kampf zu suchen ist. Daher fordern sie die Regierenden vornehm auf, gemäß der politischen Moral und im Respekt der Menschenrechte zu handeln. Und während die Drohungen der mächtigen Staaten, die zuletzt Empfindlichkeiten bezüglich des Iran geäußert haben, auf ihren eigenen Interessen basieren, erhoffen wir von der UNO, dass sie im Sinne der Menschen und der Verbesserung der Situation auf unser Land blickt. [...]

Sehr geehrter Herr Kofi Annan,

1) In Artikel 3 der Menschenrechtserklärung heißt es: "Jedermann hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person."

In unserem Land sind aber in den 80er und 90er Jahren viele Morde und Verbrechen geschehen, an denen die Herrschaft - zumindest aber Teile der Herrschaft - direkt beteiligt waren. Die Ermordung von unabhängigen Schriftstellern und Intellektuellen wie Dr. Sami, Dariush Foruhar, Parvane Eskandari, Majid Sharif, Jafar Muyande, Said Sirjani, Pirus Dawani und anderer berühmter und vieler unbekannter Personen in den 80er und 90er Jahren (insbesondere im Herbst 1999) durch Informations- und Sicherheitskräfte der Regierung zeugen ebenso von den Verletzungen der Menschenrechte, [...] die der Staat eigentlich schützen soll, wie die Hinrichtung einer Vielzahl von Gegnern des iranischen Regimes ohne Gerichtsverfahren in den 80er Jahren (insbesondere im Jahr 1988). Die iranische Judikative hat das Recht, Menschen als Abtrünnige zu verurteilen und hinzurichten. Ihnen wird das Recht auf Leben genommen (und wir fürchten schon die Hinrichtungsurteile für einige der in den letzten Tagen Verhafteten).

Dies in einem Land, in dem nach einem (gescheiterten) Plan der Sicherheitskräfte 30 Schriftsteller und Intellektuelle in ein Tal geworfen werden sollten [bei einem inszenierten Busunfall; d.Ü.], in einem Land, in dem vor ungefähr vier Jahren die Studentenwohnheime von Polizisten und paramilitärischen Einheiten überfallen wurden, die von der von Regierung abhängig und ihr zugehörig sind [...]. In den letzten Tagen beobachteten wir erneut, dass die Wohnheime der Universitäten von Teheran, Alame Tabatabai, Hamedan und Yasd mit Messern und Stöcken überfallen und die Studenten brutal verletzt wurden. Jetzt haben sie sogar jene Kritiker bedroht, die einen Brief an den Führer der Ordnung geschrieben haben. Selbst ein (Majless/Parlaments)-Vertreter, der den Brief unterschrieben hatte, wurde in einem fingierten Autounfall von der Straße abgebracht. Wie können sich Kritiker, protestierende Menschen und [Regierungs-]Gegner da sicher fühlen?



II) Im Artikel 5 der Erklärung heißt es: "Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden." Im Iran werden aber viele politische Aktivisten und aktive Studenten gefoltert, erhalten grausame Strafen und werden ungerecht und unmenschlich behandelt. Auch "einfache Menschen" werden von solch erniedrigenden Behandlungsmethoden nicht verschont. Einige Beispiele: Unerträgliche Folter zur Erzwingung von Geständnissen, Erniedrigung, Beschimpfungen und Beleidigungen der Verhafteten, das Anbinden an den Betten, um die Menschen zu schlagen, erzwungene andauernde Schlaflosigkeit im Stehen, Scheinhinrichtungen am Galgen.... Das sind Beispiele für das Vorgehen von Untersuchungsbeamten und Folterern in den unbekanntem unkontrollierten Gefängnissen. Die Briefe u.a. von Ali Afshari, Ahmad Batebi, Esatollah Sahabi, Mohamad Maleki, Amir Farshad Ebrahimi, Aliresa Jabari, Faraj Sarkuhi bezeugen das. Und das sind nur die Briefe derjenigen, die wegen ihrer Bekanntheit ohne Angst vor den Folgen veröffentlicht werden konnten. Vielen unschuldigen Menschen bleibt angesichts ihrer nicht-existenten Rechte der Schrei im Halse stecken. Auch von den Mitgliedern des 'Büros zur Festigung der Einheit' sind nur wenige nicht gefoltert worden. Wir weisen dazu auf den Film über die Untersuchungsmethoden im Zusammenhang mit den Serienmorden [eine Reihe von Morden an Politikern und Intellektuellen, d.Ü.] der Jahre 1998/99 hin. Er zeigt, dass Untersuchungsbeamte, um ihre Aussagen stützen zu lassen, sogar die eigenen Familienangehörigen unmenschlich behandelten.

III) In den Artikeln 6, 7 und 8 heißt es: "Jedermann hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden." Und: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung."

Im Iran werden diese Artikel mehrfach verletzt: Viele politische und studentische Aktivisten sind seit längerer Zeit ohne Anwalt und wegen unbegründeten Vorwürfen in Haft, ohne dass sie in einem öffentlichen Gerichtsverfahren verurteilt worden wären. Als Beispiele können die Verhaftungen von Ali Afshari, Esatollah Sahabi, Akbar Ganji, Habibollah Peyman, Taqi Rahmani, Resa Alijani, Aliresa Rejai, Hoda Saber und Ahmad Seyabadi sowie alle Verhafteten der letzten Tage genannt werden. In all diesen Fällen hat das Gericht sich noch nicht einmal bemüht, überhaupt einen Prozess zu eröffnen. Die politischen Gefangenen werden für lange Dauer in Haft behalten und die Anwälte haben kein Recht ihre Klienten zu verteidigen. Stattdessen wurden die Anwälte im Zusammenhang mit den Serienmorden (Nasser Sarafshan) und die Anwälte der nationalreligiösen und politischen Aktivisten und der Studenten wegen der Verteidigung ihrer Klienten selbst gerichtlich verfolgt. Einige wurden verhaftet, andere haben Berufsverbot bekommen - wie etwa Nasser Sarafshan, Mohammad Ali Dadkhah, Abdolfatah Soltani, Rahami und Shirin Ebadi. Damit werden eindeutig die Artikel 6, 7 und 8 der Menschenrechtserklärung verletzt.



Im Iran überfallen [...] die bewaffneten Terroristen [Bassijis; d.Ü.] die Studenten in ihren Wohnheimen. [...] In aller Offenheit demonstrieren sie mit Unterstützung der Macht ihre Willkür. Auf der anderen Seite werden alle mutigen Anwälte in die Gefängnisse geworfen und geben ihr Klagerecht zurück. Im Iran ist die Verhaftung von Studenten und anderen Personen [...] mit Schlägen, Narkosegasen, dem Einsatz von Waffen und Schockmitteln sowie mit Menschenraub verbunden. Über lange Zeit erfährt man nicht, wann und wo die Menschen verhaftet wurden.

IV) Artikel 9: "Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden."

Es vergeht kaum ein Tag, an dem dieser Artikel nicht verletzt wird. Beweis ist die Verhaftung einer Vielzahl von befreundeten Studenten:

a) Dazu zählen die einjährige Verhaftung von Ali Afshari, Sahabi, Habibollah Peyman, Hoda Saber, Resa Alijani, Taqi Rahmani, Alireza Rajai, Mohammad Maleki, Mohammad Bastenegar, Ahmad Seydabadi, Mohammad Tawasoli oder Hashem Sabaqian im Jahr 2000 in Verbindung mit Einzelhaft, Folter und Psychofolter. Nun sind drei Jahre vergangen und immer noch haben viele von ihnen kein Gerichtsverfahren bekommen. Willkürlich waren auch die Festnahmen von Beschuldigten in der Sache Volksbefragung (Abas Abdi, Qasian und Geranpaye) [Diese hatten in einer Befragung eine proamerikanische Haltung in der Bevölkerung festgestellt; d.Ü.] sowie von Schriftstellern, Intellektuellen, Journalisten und Studenten, die auf offener Straße unter dem Vorwand staatlicher Sicherheitsinteressen festgenommen wurden.

b) Auch die Verhaftungen von Studenten aus der Bewegung vom Juli 2002 fanden ohne Gerichtsurteile statt. [...] Zu erwähnen sind die willkürlichen Verhaftungen von Abdollah Momeni, Said Rasawi Faqih, Akbar Atri und Mehdi Aminsadeh (Mitglieder des 'Zentralrates des Büros zur Festigung der Einheit'), sowie von Ali Farokhi, Farid Modaresi, Said Moradi, Mortesa Sawarsadeghan, Mitglieder des allgemeinen Rates des 'Büros zur Festigung der Einheit' und die Verhaftung von 300 weiteren Studenten.

c) Nach einem Eingeständnis von Herrn Namasi, Oberstaatsanwalt des Landes, führten die Übergriffe im Juli diesen Jahres zu 4000 Verhaftungen im gesamten Land. Darunter waren viele Zuschauer und Passanten. [...] Die Verhaftung von Rusbe Shafii, Mohammad Farqdani, Abdollah Momeni, Mehdi Aminsadeh, Mojtaba Najafi, Baqer Oskui, Ruhollah Rohani, Mehdi Khosrawi, Mitglieder des islamischen Studentenvereins der Universität Teheran, sind Beispiele dieser unendlichen Reihe von Verhaftungen an unbekanntenen Orten und weit entfernt von Augen des Gesetzes und der Beobachter der internationalen Menschenrechte. Der Schatten von Menschenraub und willkürlichen Verhaftungen übt einen permanenten Druck auf uns aus. Alltäglich müssen wir in jedem Moment mit unserer Verhaftung oder der von Freunden rechnen.

V) In Artikel 10 der Menschenrechtserklärung heißt es: "Jedermann hat in voller Gleichberechtigung Anspruch darauf, dass über seine Ansprüche und Verpflichtungen und über jede gegen ihn erhobene strafrechtliche Anklage durch ein



unabhängiges und unparteiisches Gericht in billiger Weise und öffentlich verhandelt wird." Und in Artikel 11: "Jeder wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte hat Anspruch darauf, als unschuldig zu gelten, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist."

[Immer wieder.... finden Verfahren statt], bei denen die Abwesenheit von Geschworenen und Urteile von Richtern bevor der Schuldbeweis erbracht ist, diese Artikel verletzt. [...] Die Judikative hat immer und immer wieder den Artikel 11 der Menschenrechtserklärung verletzt und die Angeklagten gezwungen, falsche Aussagen für die Medien zu machen. [...] Ali Afshari hat im Staatsfernsehen bereuen müssen, Siamak Poursand hat in verschiedenen Fernsehsendungen eine ähnliche Rolle gespielt. Esatollah Sahabi musste unter Zwang ein Selbstbeziehungsschreiben aufsetzen, das in den Zeitungen abgedruckt wurde. Dies alles, ohne das ein Gericht sie verurteilt hatte. Auch die angeklagten Teilnehmer der Berliner Konferenz [...] wurden in der Öffentlichkeit zunichte gemacht.

VI) In Artikel 12 heißt es: "Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden." Die Verhaftungen der letzten Jahre, gingen meist einher mit Haus-, Büro-, und Medienkontrollen. Firmen wie Jameje Rus und Zeitungen wie Jamee, Tus und Neshat wurden geschlossen, das Büro von Esatollah Sahabi wurde gänzlich durchsucht und das Büro der Zeitschrift Irane Farda geschlossen, die Häuser von Ebrahim Yasdi und Habibollah Peyman wurden durchsucht und die Büros der nationalreligiösen Nehsate Asadi geschlossen. Weiterhin wurden die Häuser von Resa Alikhani, Taqi Rahmani, Hoda Saber, Mehdi Aminsadeh durchsucht. Dabei wurden die Beschwerden der betroffenen Personen gerichtlich nicht beachtet.

VII) In Artikel 18 der Menschenrechtserklärung heißt es: "Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Unterricht, Ausübung, Gottesdienst und Beachtung religiöser Bräuche zu bekunden."

Mit dem Urteil über Abtrünnige ist dieses Recht gänzlich in Frage gestellt [...]. Diesem Urteil zu Folge steht auf Religionswechsel die Todesstrafe.

VIII) In Artikel 19 der Menschenrechtserklärung heißt es: "Jedermann hat das Recht auf Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die unbehinderte Meinungsfreiheit und die Freiheit, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben."



Lehrverbot für viele Professoren, wie Dr. Soroush, und Ayatollah Montaseri, die Verhaftung von Dr. Kadiwar [...], die Verkündung der Todesstrafe für Dr. Hashem Aqajeri, wegen eines Vortrages über islamischen Protestantismus, langjährige Haft für Akbar Ganji und Emadoldin Baqi wegen ihrer mutigen Kritiken, die Verhaftung von vielen Journalisten wie Masud Behnud und Ebrahim Nabawi, Mashallah Shamsolwaezin, Hamidresa Jalaipur oder Mohsen Sasegara, die Schließung von 14 Zeitungen in einer Nacht (April 2000) und seither das Verbot von über 100 Zeitungen und Zeitschriften wegen Meinungsäußerung [...], die Schließung von Internet-Nachrichtensites, und die Installierung von Filtern in Internet- und der Bau von Parasitensystemen, die den Empfang von Satelliten und von Radios erschweren [...] - all das sind Beispiele für die Verletzung des Artikels 19 der Menschenrechtserklärung. Im Iran hat jeder Angst, seine Meinung und Vorstellungen öffentlich zu erklären. Mit dem Verbot der freien Meinungs- und Gedankenäußerung wurde die Angst vor den Konsequenzen für die Bevölkerung natürlich. Die Zensur ist zu einem Teil unseres Wesens geworden.

IX) In Artikel 20 heißt es: "Jedermann hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu friedlichen Zwecken."

Seit mehr als fünf Jahren hat die Islamische Studentenvereinigung im ganzen Land keine Erlaubnis erhalten, Veranstaltungen außerhalb der Universität abzuhalten. Seit Jahren können Parteien, Vereine oder Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht auf Veranstaltungen versammeln. Auch Lehrer- und Arbeiterverbände dürfen sich nur im Rahmen staatlich angeordneter Pflichtveranstaltungen versammeln. [...] Der Sitzstreik von 30 Personen vor dem Präsidentenbüro in Teheran, die Proteste der Nationalreligiösen vor dem UNO-Gebäude und viele andere Proteste mit dem Ziel, Rechte einzufordern, wurden mit harten Reaktionen der Sicherheitskräfte beantwortet. Die Nehsate Asadi des Iran, die Organisation der Bewegung der Nationalreligiösen des Iran, wurde aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden unter dem Vorwurf der illegalen Mitgliedschaft in Gruppierungen zu Feinden des Islam (Mahareb) erklärt. Und der Schriftstellerverband darf sich nicht einmal zur Wahl seiner Gremien treffen. Seine Mitglieder leben ständig in einem von der Polizei erzeugten Klima aus Angst und Schrecken.

X) In Artikel 21 heißt es: "Jedermann hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen." "Jedermann hat unter gleichen Bedingungen das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande." Und: "Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; der Wille muss durch wiederkehrende, echte, allgemeine und gleiche Wahlen zum Ausdruck kommen, die mit geheimer Stimmabgabe oder mit einem gleichwertigen freien Wahlverfahren stattfinden"

Die Führung unseres Landes arbeitet gegenwärtig auf der Grundlage einer Wahl aus dem Jahr 1979.[...] Nur wer zuvor von der Herrschaft bestätigt und durch hunderte von offiziellen und inoffiziellen Filtern gegangen ist, erhält das Recht, als Vertreter



des Volkes gewählt zu werden und die Menschen zu vertreten. Um seine Berechtigung und Kompetenz zu beweisen, muss im Iran jeder Kandidat zunächst nachweisen, dass er unschuldig und rein ist. [...] Das Bestehen eines Parlamentes ist im Iran nur eine demokratische Schau. Schon die kleinste Entscheidung des Parlaments, welche die tyrannischen Gesetze und Herrschaftsmethoden infrage stellen könnte, wird durch Fatwas seitens der nicht gewählten Vertreter der absoluten Herrschaft begegnet, so dass alle Wege verschlossen bleiben. Welches Land der Welt (in dem eine wirklich parlamentarische Ordnung herrscht) ist Ihnen bekannt, wo die Parlamentsmitglieder zur Erfüllung der Rechte der Bevölkerung in Streik treten? Der Präsident des Iran, der in den letzten 6 Jahren zwei Mal von mehr als 20 Millionen Iranern gewählt worden ist, hat nach seinen eigenen Ausführungen bei der Ausführung der Verfassung und der Durchsetzung der Menschenrechte weniger Rechte als ein normaler Mensch. Die Position des Präsidenten ist also de facto eine rein repräsentative. Er darf nur in den Fällen aktiv werden, in denen die absolute Herrschaft nicht in Frage gestellt wird. Was aber bleibt unter diesen Bedingungen übrig von der Selbstbestimmung des Volkes? [...]

Sehr geehrter Herr Kofi Annan,

nun da wir unsere Beschwerde vorgetragen und die bitteren Erinnerungen der letzten Jahre erneut berichtet haben; nun da wir keine Möglichkeit unserer freien Entwicklung erkennen - ist es da nicht an der Zeit, nach unserer Pflicht und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu fragen und unsere Bürgerrechte neu zu definieren? Wir bedauern, dass die grundlegenden Rechte und Freiheiten, [Gerechtigkeit und Moral] und der allgemeine Wohlstand der Gesellschaft mit Füßen getreten werden und die fairen Kritiken der Intellektuellen und der Reformer uns nicht weiter bringen.

Sehr geehrter Herr Kofi Annan,

diese Tage sind schwarze und verlorenen Tage für diejenigen [selbstlosen] Menschen, die nach einem hellen Morgen suchen, ein Morgen, an dem sie ihr Schicksal und ihre Regierung selbst bestimmen. Schenken Sie dieser Ungerechtigkeit Gerechtigkeit. Wir suchen heute demütig Schutz bei Ihnen und warten darauf, dass [...]Tragödien und Katastrophen vorgebeugt werden kann und der Schatten verschwindet, der in diesem Land auf Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechten liegt."

Mit Dank und hochachtungsvoll

Die islamischen studentischen Vereinigungen:

TU Amir Kabir (Polytechnick Tehran), Pädagogikuniversität Sabsewar, Uni-Sistan und Baluchestan, Uni Sahand Tabris, Post-Universität, TU Scharif, Shahid Rejai Uni-Tehran, Fars-Bushehr Uni, TU-Isfahan, Medizinische Uni Hamedan, Pädagogik-Uni-Teheran, Uni-Scharekurd, Uni Sabol, Uni Lorestan, TU-Khaje nasir, Uni Sanjan, Uni



Ahwas, Uni-Wasser und Elektrizität Abaspur, Alsahra-Uni-Tehran, Uni Payame Nur Somesahra, Wirtschaftsuni, Uni-Irak, Uni-Mashhad, Uni-Ardebil, Uni-Alame Tabatabai, Uni-Kerman, Medizinische-Uni-Iran, Medizinische-Uni-Isfahan, TU-Iran

Special Dispatch, 12. Juli 2004 - Der 9. Juli - Tag der Studentenproteste im Iran ⁴⁹³

Nach mehrtägigen Protesten iranische Studenten gegen das Verbot einer Zeitung im Juli 1999 griffen zivil gekleidete Mitglieder der "Ansare Hesbollah" Studentenheime an und verletzten viele Studenten und Studentinnen. Infolge der Proteste, die vom 9. bis zum 14. Juli andauerten, wurden viele Studenten verhaftet, von denen sich eine unbekannte Anzahl noch immer in Haft befindet. Seit 1999 versuchen die Studenten die Protesttage als Manifestation ihres Kampfes für Demokratie und Freiheit zu feiern. Die iranische Regierung regiert darauf sehr empfindlich. Auch in diesem Jahr wurden aus Angst vor Studentenprotesten die Studentenheime in Teheran schon 10 Tage zuvor geschlossen.

*In diesem Jahr fanden, so die Zeitung **Sharq** am 10. Juli, den Angaben des Oberkommandierenden der Teheraner Ordnungskräfte zufolge keine Protestveranstaltungen statt. Vielmehr habe "die Verbundenheit der Studenten mit der islamischen Revolution dazu geführt, dass die Aktivitäten, die die Ruhe der Bevölkerung stören sollten", gescheitert seien. Tatsächlich waren auch in diesem Jahr alle studentischen Protestveranstaltungen im Vorfeld verboten worden. Im Folgenden dokumentieren wir zwei Erklärungen islamischer Studentenverbände aus Teheran. Die erste stammt vom Zentralkomitee des Studentenverbandes "**Daftare Tahkime Wahdat**"⁴⁹⁴ und richtet sich an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. In der zweiten Erklärung gehen moslemische Studenten der **Teheraner Technischen Universität** "auf den steinigen Weg des Kampfes gegen Dogmatismus und Totalitarismus" ein.⁴⁹⁵*

"Erklärung des Zentralkomitees des ‚Daftare Tahkime Wahdat‘ zum 9. Juli"

"Unsere Geschichte ist voller Tage, an denen innerlich aufgewühlte Männer und Frauen nicht anders können als die traurigsten Lieder zu singen. Schon oft haben Könige und Angehörige der Priesterklasse die [Verteidigung der Heimat] als Vorwand benutzt, um das Blutvergießen der Bevölkerung zu rechtfertigen, ihr Leben zu

⁴⁹³ MEMRI

⁴⁹⁴ Das "Büro zur Festigung der Einheit" ist die einzige offiziell existierende Studentenorganisation in Iran seit 1979.

⁴⁹⁵ Beide Erklärungen aus Teheran erschienen auf einer Internetseite von iranischen Exilanten (Iran Emrooz 7.7. und 8.7.2004).



erschweren und ihre Tage zu verdunkeln. Schon manches Mal haben Greise und Scheichs im Namen der Religion Gottes die Vernunft vergessen und Maßnahmen ergriffen, um das Volk zu beleidigen [...].

Auch in diesem Jahr ist der Charakter des 9. Juli⁴⁹⁶ wieder deutlich geworden, obwohl es den Studenten auch in diesem Jahr verboten wurde, eine Gedenkveranstaltung abzuhalten. Die Hasskarawanen des Lumpenproletariats, die es seit Jahren als ihre Aufgabe ansehen, den Bürgern Angst einzujagen, brüsten sich jetzt öffentlich damit, die wichtigsten staatlichen Positionen übernommen zu haben. Bisher wurde angenommen, dass [die Ausschreitungen der Milizen] am 9. Juli auf ein Versagen der Herrschenden zurückzuführen seien. Heute ist jedoch offensichtlich, dass es sich um ein abgekartetes Spiel handelte, um die absolute Macht zu erlangen.

Hier geht es nicht um ein Versagen - schließlich besetzen diejenigen Gruppierungen, die bis vor kurzem mit der Unterstützung höher gestellter Scheichs in der staatlichen Verwaltung den Bürgern mit ihrer Kurzsichtigkeit und Verantwortungslosigkeit Kummer bereiteten, inzwischen staatliche Ämter [...]. Es handelt sich genau um die Gruppierungen, die Schriftsteller in Schluchten stürzten und Intellektuelle in ihren Häusern umbrachten, ihre Vorträge störten und sie unbarmherzig bestrafte. Es sind diese Gruppierungen, welche die Studenten in ihren Wohnheimen brutal überfielen und ihre Vertreter in Gefängnissen folterten. Sie betrachten blutige Überfälle und Aggressivität als Instrumente für ihren Fortschritt.

Gegenwärtig sind die Straßen der großen Städte voller Sicherheitskräfte, die [...] die Bürger vor der angemessenen Macht der Herrschenden warnen. Dabei begründen sie ihre Präsenz damit, dass die Bürger die Bekleidungsvorschriften nicht befolgen würden oder die Freizeitgestaltung der Jugend nicht angemessen sei. Manchmal ist auch von der nationalen Sicherheit die Rede. [...]. Alles soll nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam laufen. Auf diese lächerliche Weise überwachen sie die Umsetzung der Gesetze.

Für solche Beamte ist der 9. Juli sicherlich ein großer Tag. Sie leben mittlerweile ganz gut davon. Aber auch wir vergessen diese Tage nicht. Lasst sie ruhig den Reformismus abschaffen und alle mundtot machen, indem sie dessen Repräsentanten an den Galgen hängen [...], nur um ein paar Tage länger an der Macht zu bleiben. Aber [Eure] Stunden sind gezählt und wir werden die Wunden des 9. Juli, die Verhaftungen und die Beraubung unserer Freunde, die Folter von Studenten, die Ermordung von Esat Ebrahimnejad und all die verkümmerten Seelen [...] nicht vergessen.

Wir werden auch nicht den Verrat derjenigen vergessen, die der Stimme des Volkes den Rücken gekehrt, Angst bekommen haben, andere täuschten und sich auf die

⁴⁹⁶ Der 9. Juli gilt inzwischen als ein historisches Datum.



Seite des Unrechts stellten, bis die Bevölkerung jeglicher Hoffnung beraubt war. [...] Wir werden ihre unwürdigen Taten nicht vergessen, damit sie vielleicht eines Tages von kritischen Menschen gehört werden können, die daraus historische Lehren ziehen und die Interessen der Bevölkerung über die Interessen jeglichen Systems stellen.

Während wir heute des Jahrestages des 9. Juli gedenken, wird in unserem Nachbarland ein großer Diktator vor Gericht gestellt. Der Prozess gegen diesen Diktator ist von Interesse, weil die irakische Bevölkerung seine Kriege, die den Frieden in der Region zerstörten und die Grenzen der Nachbarländer verletzten nicht als Verteidigung der nationalen Interessen des Irak betrachtet und die Morde und Blutbäder in der Zeit der Herrschaft der Baathpartei nicht entschuldigt. Die Ermordung der unschuldigen irakischen und iranischen Bevölkerung in Halabche, die Folterung der Intellektuellen und die Gefährdung der sozialen und politischen Freiheiten gehören zu den Hauptvorwürfen gegen Saddam Hussein.

In unserem Land hingegen bleibt es still. Weder hören wir ein etwas vom Majless noch einen Aufschrei des Volkes - aber die Zeit ist reif. Die Tage der Bedrohung der Freiheit und der Bevölkerung sind gezählt. Wir werden uns immer an den 9. Juli erinnern - auch wenn die Tragödie heute als Geschichte über den Diebstahl von Rasierapparaten erzählt wird.⁴⁹⁷ Heute ist jede leidgeprüfte Stimme der Freiheit verstummt und jedes Auge der Gerechtigkeit geblendet. Am fünften Jahrestag des 9. Juli beschweren wir uns hiermit bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, um den Schrei unserer Freunde weiterzugeben.

Das Zentralkomitee des DTW."

"Erklärung des moslemischen Studentenvereins der Technischen Universität Amirkabir zum 9. Juli"

"Als Institution der Aufklärung und Wissenschaft war die Universität immer der Vorbote von Bewegungen für eine demokratische Entwicklung. Die Universität hatte stets Konflikte mit der despotischen Ordnung und verbreitete ein Denken, das die Apologeten der existierenden Verhältnisse erzürnte. Daher sind die allmächtigen Herrscher mit den Universitäten nicht einverstanden. Diese Institution ist die Verteidigerin von Kultur, Erneuerung, Kritik und Freiheit. Sie steht damit für alles, was den herrschenden Machthabern nicht gefällt. Deswegen werden die Forderungen nach einem freiheitlichen Wandel und Demokratie durch die Studentenbewegung als eine der fortschrittlichsten Schichten mit Unterdrückung, Gefängnis und Folter bestraft.

⁴⁹⁷ Um die Überfälle auf die Studentenheime im Jahr 1999 zu verharmlosen, wurde im Iran von Regimeanhängern das Gerücht verbreitet, dass die Heime lediglich überfallen worden seien, um den Studenten die Rasierapparate zu entwenden. Die Rasur des Bartes ist bei den Islamisten in Iran bis heute verpönt.



Die Katastrophe des 9. Juli 1999 war die offenste Form der Auseinandersetzung mit den Studenten und der Universität. Es war der Lohn für eine Jugend, die von Rede- und Meinungsfreiheit sprach und die Rechte der Bevölkerung gegenüber den rückschrittlichen Herrschern verteidigte. Der Juli 1999 war zum einen eine Manifestation von Feindseligkeit gegenüber der demonstrierenden Generation, die sich für ihre Heimat Glück und Stolz wünschte und entschlossen und hoffnungsvoll den Kampf gegen Dogmatismus und Totalitarismus aufnahm. Zum anderen war dieser Monat eine weitere Lehre, da hier deutlich wurde, wie wenig verschiedene Gruppen und einzelne Personen sich den Parolen von Zivilgesellschaft und Meinungsfreiheit tatsächlich verpflichtet fühlen.

Der Präsident, der ein Wächter über die Rechte der Bevölkerung sein sollte, hätte sich als Kulturmensch wenigstens gegen die Übergriffe auf die heiligen Grenzen der Universität wenden müssen. Er forderte jedoch die Studenten dazu auf, Ruhe zu bewahren und verhielt sich selbst gegenüber den ‚Helfern des Schreckens‘⁴⁹⁸ und den offen agierenden Tätern in dieser Katastrophe ruhig - was unverzeihlich ist. Auch die Gerichte trugen nicht zur Überführung der Verantwortlichen und Ausführenden dieses barbarischen Ereignisses bei. Im Gegenteil: Das Gerichtsverfahren war eine Farce, in dem die Studenten auch noch verurteilt wurden.

Fünf Jahre sind seit dem barbarischen Angriff auf die Studentenheime vergangen, mit dem die Achtung und Würde der Universität und ihrer Studenten ungerechterweise gewalttätig verletzt wurde. Wir haben unseren Zorn heruntergeschluckt und uns bemüht, nicht zu verzweifeln und uns nicht zu isolieren. In der Hoffnung auf einen freien, demokratischen und entwicklungsfähigen Iran sind wir überzeugt, dass wir einen neuen Plan entwerfen müssen.

Heute lehnt die iranische Studentenbewegung jegliche Form der Gewalt ab und verteidigt friedliche und demokratische Wege, um eine Gesellschaft zu errichten, die die Menschenrechte achtet. Wir glauben, dass durch Gewalt weder Glaube noch Moral entstehen können. Auch mit Unterdrückung und Gefängnisstrafen lässt sich die Legitimität von repressiven und totalitären Ideologien nicht beweisen. Mit Blick auf die Vergangenheit und in der Hoffnung auf die Zukunft pochen wir auf unsere Ziele und setzen uns hartnäckig für ihre Erreichung ein.

Islamischer Studentenverein der Technischen Universität Amirkabir (Polytechnik Tehran)"

⁴⁹⁸ Im Original heißt ‚Helfer des Schreckens‘ ‚Ansare Wahshat‘, was eine Anspielung auf die Gruppe der ‚Ansare Hesbollah‘ (Helfer der Hesbollah) ist.



Studentenproteste angekündigt ⁴⁹⁹

Am Tag des Studenten protestieren iranische Akademiker und Aktivisten traditionell für Demokratie und Freiheit. Die Proteste gehen auf den 7.12.1953. Damals protestierten Studenten der Teheraner Universität gegen die erneute Machtübernahme des Schahs. Inzwischen finden Demonstrationen am 6. Dezember statt. Die Demonstranten berufen sich auf eine Tradition der studentischen Proteste für Demokratie.

In der folgenden Erklärung sprechen die Studenten von einer zweiten „Säuberung der Universitäten“, die in diesen Tagen stattfindet. Im Jahre 1981 fand im Namen der „islamischen Kulturrevolution“ die erste Runde der „Säuberungen“ statt. Damals wurden alle nicht islamistischen Studentenaktivitäten verboten, die letzten verbliebenen säkularen Professoren entlassen. Am Anfang der Revolution wurden Linke und Royalisten von der Universität vertrieben. Die „zweite Kulturrevolution“ betrifft heute die reformistischen Intellektuellen, die immer mehr an den Rand gedrängt werden.

Auffallend ist, dass die Studenten sich in der diesjährigen Erklärung nicht auf den Islam berufen, sondern auf den vorislamischen, altpersisch-zoroastrischen Ahura Mazda, „Herr der Weisheit“. Dieser ist in der von Zoroaster gestifteten alten iranischen Nationalreligion der Schöpfergott.

In einer Studentenerklärung heißt es:

„Wir sind nicht in Gefahr, denn unsere Lage kann man nicht mehr unter den Begriff Gefahr fassen. Unser Dasein als Studenten ist gleich bedeutend wie unser Nicht-Dasein.“

Nein, wir haben an diesem Tag unseren Ahura nicht vergessen, [...] wir wollen uns alle dem Ahura widmen, an einem kalten Tag des Monats November im Jahre 2006.

Wir wollen nicht, dass Ahura uns an diesem Tag zur Hilfe kommt, denn wir werden unserem Tag mit einem Aufschrei gedenken. Wir werden daran erinnern, dass unsere Universitäten leben. [...]

Wir erinnern an den 6. November 1953, als die historische Despotie die Teheraner Universität betrat. Wir richten unseren Aufschrei gegen diejenigen, die heute mit ihren verfaulten und alten Zähnen in die jungen Wurzeln unserer Universitäten gedrungen sind.

Am 6. November fordern wir die Unabhängigkeit. Im Namen der Studenten, die für das Vaterland als Märtyrer starben, gedenken wir der Würde von Ebrahimnejad. Wir gedenken der Unschuld von Akbar Mohammadi. Wir gedenken der Studenten von Sabsewar, die Opfer eines Dolches wurden und wir gedenken der Opfer des

⁴⁹⁹ 5.12.2006, <http://honestlyconcerned.info/2006/12/05/iran-studentenproteste-angekündigt/>



Botschafters des Todes an den Alam und Alame Universitäten und an der Technischen Universität Teheran.

Wir erinnern an die Sterne an den Brüsten der Studenten und die roten Linien des Staates und wir erinnern an die Entlassung der unabhängigen Professoren und die Bestechung der Akademiker auf Kosten der Freiheit und der Unabhängigkeit.

Wir sehnen uns nach Freiheit und Unabhängigkeit der Universitäten und protestieren gegen die zweite Kulturrevolution, die sich in diesen Tagen wieder ereignet.

Wir rufen laut, dass die Universitäten leben und protestieren gegen

- die Aufhebung des Rechts auf freies Studium,
- die Überfälle auf Studenten,
- die Aufhebung des Rechts auf politische Studentenorganisationen,
- die harten Urteile der Ordnungskräfte.

Das Büro zur Festigung der Einheit [Daftare Tahkime Wahdat] fordert Studenten, unabhängige Professoren, Intellektuelle, politische Aktivisten, Parteien und andere gesellschaftliche Institutionen auf, unter dem Motto ‚Es lebe die Universität‘ eine ‚gesellschaftliche Widerstandsfront zur Verteidigung der Universitäten‘ zu bilden.

Studentischer Protest im Keime erstickt ⁵⁰⁰

Auch in diesem Jahr protestierten iranische Studenten gegen die grundlose Verhaftung mehrerer Studenten. Daraufhin wurden auch sie am 9. Juli 2007 verhaftet.

Am 9. Juli 1999 hatten Studenten der Teheraner Universität gegen das Verbot der Zeitung „Salam“ protestiert. Einige Studenten sollen am Abend des 9. Juli 1999 eine kleine Demonstration abgehalten haben. Später kehrten die Studenten in das Wohnheim zurück. Um Mitternacht drangen fremde Personen in das Universitätsgelände ein. Paramilitärische Einheiten der Ansare Hisbollah, die in Zivil gekleidet waren, verwüsteten innerhalb von einer Stunde das Studentenwohnheim.

Seitdem gibt es im Juli Studentenproteste, die jedoch jedes Jahr im Keime erstickt werden.

⁵⁰⁰ 10.07.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/07/10/studentischer-protest-im-keime-erstickt/>



Kurz zur Geschichte: Trotz der brutalen Vorgehensweise gegen die Studenten gingen die Proteste in den folgenden Tagen des 9. Juli 1999 weiter. Teile der Bevölkerung solidarisierten sich mit den Studenten. Die Proteste dauerten einige Tage an. Es gab Dutzende verletzte Studenten. Esatollah Ibrahimy starb.

Bei einer Protestaktion hielt Ahmad Batebi das blutige Hemd seines Freundes hoch, damit die Journalisten der Weltpresse es sehen. Die Zeitschrift *The Economist* druckte dieses Photo auf dem Titelblatt ab. Batebi wurde verhaftet. Zunächst wurde er von einem geheimen Gericht zum Tode verurteilt, dann zu 15 und später zu 10 Jahren Haft. Ahmad Batebi sitzt bis heute in dem berühmten Evin-Gefängnis.

Akbar Mohammadi, ein weiterer Student, der während der Studentenproteste verhaftet wurde, starb im Juli 2006 im Gefängnis.

Bis heute wurde nicht geklärt, welche Kräfte in dem Studentenwohnheim auf die Studenten geschossen hatten, wer den Befehl des Angriffs auf das Studentenwohnheim gegeben hat. Lediglich ein unbedeutender Beamter der unteren Ränge wurde wegen des Diebstahls eines Rasierapparates vor Gericht schuldig gesprochen. Angeblich hat er einen Studenten bestohlen. Die angreifenden Mitglieder der Ansare Hisbollah, die die Studenten angriffen, wurden nicht belangt, zumal diese paramilitärische Einheit als eine Sondertruppe des Führers, Ali Khamenei, bekannt ist.

Der studentische Protest wurde auch in diesem Jahr im Keime erstickt

Vor dem Hintergrund der Verhaftungen infolge eines studentischen Sitzstreiks, gab eine Studentenorganisation der Teheraner Amirkabir Universität folgende Erklärung ab.

Eine Erklärung des Rates des Teheraner Büros der studentischen Organisation der „Tahkime Wahdat“:

„Im Namen Gottes

Ich habe keine Angst vor dem Tod

Ich habe Angst unter dem Joch des Teufels nicht zu sterben

Ich habe keine Angst vor....

Ich habe Angst vor dem Zweifel an ...

Ich habe Angst um jeden Preis in dieser Ruine zu bleiben.

Es kommt der Zeitpunkt, an dem das Sprechen sogar strafbar wird. Es kommt der Zeitpunkt, an dem die zivilgesellschaftlichen Proteste zerschlagen werden. [...] Die



neue Welle der Repressionen hat die Studenten an die Schwelle des Aufschreis gebracht.“

Die Studenten kritisieren diejenigen, die die Protestschreie gegen die irrationalen Schritte der Regierung nicht hören wollen und schreiben:

„Innerhalb von einem Tag wurden am 9. Juli 2007 sechs Mitglieder des Zentralrates des ‚Büros zur Festigung der Einheit‘ verhaftet, da sie vor den Toren der Amirkabir-Universität einen ruhigen Sitzstreik durchführten. Innerhalb von Stunden wurde dann auch das Büro der studentischen Organisation überfallen und infolge einer illegalen Aktion wurden neun unserer Freunde verschleppt.

Warum tun sie das alles? Welches Tribut müssen die Studenten denn zahlen?

Warum werden unsere Mitkämpfer seit mehr als zwei Monaten in den Sicherheitszellen gefoltert?“

Die Studenten fragen, wer denn inzwischen nicht wisse, was die „Studenten in den letzten drei Jahren durchgemacht haben.“ Sie fragen in der Erklärung: „Wer hat es nicht erfahren, dass die Mächtigen den Studenten Sterne an die Brust geheftet haben und die Professoren entlassen haben?“

Die iranischen Studenten fragen, was die „Schließung der islamischen Organisationen für einen Zweck verfolgen?“

Sie fragen, wer denn noch nicht weiß, dass „die Fundamentalisten jegliches Licht der Kritik auslöschen wollen?“

Die Studenten bestehen darauf, dass sie auch in Zukunft „die Freiheit verteidigen werden und mutig zu ihren Protesten stehen werden.“ Abschließend fordern die Studenten in der Erklärung die bedingungslose Freilassung aller verhafteten Studenten.



VII. Die islamistische Diktatur ist nicht reformierbar

Special Dispatch, 05. Dezember 2002 ⁵⁰¹ - Ruf nach einem islamischen Protestantismus:

Dr. Hashem Aghajaris Rede und die Reaktionen

Der Geschichtsdozent der Universität von Hamedan, **Dr. Hashem Aghajari**, wurde im August 2002 verhaftet und am 6. November 2002 zum Tode verurteilt. Anlass für die Verhaftung des Journalisten und aktivem Mitglied der reform-orientierten ‚**Islamic Revolution's Mujahideen Organization**‘ (IRMO) war eine Rede, die er im Juni zum fünfundzwanzigsten Todestag von **Dr. 'Ali Shari'ati**, einem der Ideologen der islamischen Revolution, gehalten hatte. In seiner Rede griff Aghajari auf Ideen von Shari'ati zurück, legte schließlich aber seine eigene Sicht des ‚islamischen Protestantismus‘ und der notwendigen Reformen im Islam dar. In seiner Rede kritisierte er zudem das herrschende religiöse Establishment im Iran.

Nach Aghajari Darstellung habe sich in der islamischen Lehre eine Vermittlungsinstanz von Geistlichen etabliert, die zwischen Gott und den Gläubigen stehe. Die Annahme dieser Instanz widerspreche, so Aghajari, der Natur des Islams, der sich in dieser Hinsicht vom Christentum unterscheide. Die Geistlichen, die gegenwärtig an der Macht seien, stünden für Konservatismus und Versteinerung, für die Blockierung eines Voranschreitens der Gesellschaft und für die Ausnutzung des Namen Gottes. Zudem seien diese Geistlichen bereit, in bestimmten Fällen den technischen Fortschritt gutzuheißen, beispielsweise wenn es um luxuriöse Autos gehe, während sie diesen ansonsten mit religiösen Argumenten ablehnen. Diese Geistlichen betrachten sich als über dem Volk stehend, als Heilige. Sie nutzten ihren Status im Regime, um ihr eigenes Überleben und die Erhaltung ihrer Macht zu sichern, wobei sie den Islam und die islamischen Werte korrumpieren.

Aghajari erklärte darüberhinaus, korrupte religiöse Gelehrte würden der iranische Bevölkerung und insbesondere der Jugend den Zugang zum Koran und eine Auseinandersetzung mit ihm verhindern und die Entwicklung unabhängigen Denkens blockieren. Es sei, so Aghajari, ein staatliches Monopol über die Religion errichtet worden. Aber das schlimmste von allem sei, dass die Gelehrten den grundlegenden Kern des schiitischen Islam veränderten, indem sie eine einzige Interpretation der Religion zur Erhaltung ihres Status‘ etablierten und anderen hochrangigen Geistlichen das Recht verweigerten, religiöse Urteile zu fällen, da diese ‚nicht islamisch‘ seien.

⁵⁰¹ MEMRI



In seiner Rede schlägt Aghajari die Unterscheidung zwischen einem ‚Kern-Islam‘ vor, der das Wichtigste der ursprünglichen islamischen religiösen Vorstellungen beinhalte, und einem ‚traditionellen Islam‘, der verschiedene, über die Jahre durchgesetzte Ergänzungen des ‚Kern-Islam‘ einschließt. Seiner Meinung nach sind diese Ergänzungen schädlich und basieren nicht wirklich auf dem ‚Kern-Islam‘. Er fügt hinzu, der Islam lasse sich dem Zeitgeist entsprechend interpretieren. Gesellschaftliche Veränderungen lassen danach unweigerlich Veränderungen in der Interpretation islamischer Grundsatzregeln notwendig werden.

Zudem sprach sich Aghajari gegen das ‚Prinzip der Nachahmung‘ im schiitischen Islam ⁵⁰² aus, weil die Bevölkerung damit den Interpretationen der Geistlichen verklavt bliebe und niemals in die Lage geriete, unabhängiges Denken zu entwickeln. Er forderte eine neue Art des Nachahmens, um die Beziehung zwischen den Geistlichen und der Bevölkerung zu stärken: das neue Modell würde der Beziehung zwischen einem Lehrer und einem Schüler entsprechen, in der der Schüler schließlich unabhängig wird, statt einer Beziehung zwischen einem Meister und einem Sklaven, die auf Imitation beruht.

Darüber hinaus erklärte Aghajari, ein grundlegender Teil des ‚Kern-Islam‘ sei der ‚islamische Humanismus‘, der Männern und Frauen ebenso wie Muslimen und Nicht-Muslimen gleiche Rechte gewähre und das Recht aller respektiere. Grundlage dieses islamischen Humanismus seien die Prinzipien der Menschenrechte, nach denen jede Person - selbst politische Dissidenten - als menschliches Wesen behandelt werde. Das gegenwärtige Regime hingegen verletze die Menschenrechte politischer Aktivisten, besonders durch die Verwendung von Folter.

Special Dispatch, 03. Februar 2003 ⁵⁰³

Iranisches Internetportal veröffentlicht offenen Brief des inhaftierten Intellektuellen Aghajari

Der iranische Intellektuelle Hashem Aghajari äußerte sich kürzlich in einem Brief aus dem Gefängnis zu den Vorwürfen, die gegen ihn erhoben wurden. Aghajari war am

⁵⁰² Nach dem Prinzip des Taqlid, dem ‚Prinzip der Nachahmung‘ teilt sich die Gesellschaft in zwei Gruppen. Die erste Gruppe ist auf einen extrem kleinen Kreis beschränkt, den Maraje Taqlid oder ‚Quellen der Nachahmung‘, die durch verschiedene Mudjtahids mit Rang eines Ayatollah Ozma (Groß-Ayatollah) repräsentiert werden. Diese Mudjtahids haben das Recht des Idjtihad (Auslegung). Jeder von ihnen kann unabhängige religiöse Urteile abgeben, die von ihren jeweiligen Anhängern für gültig erachtet werden. Die zweite Gruppe derjenigen, die ‚nachahmen‘, sind die Gläubigen. Schiitische Muslime orientieren sich an verschiedenen Maraje Taqlid und folgen ihren Regeln. In der Praxis begünstigt das Recht des Idjtihad bzw. das Recht, Fatwas zu erlassen, und das Prinzip der Nachahmung die enge Bindung der Anhänger an den religiösen Führer. In der Geschichte des schiitischen Islam hatten verschiedene religiöse Interpretationen unterschiedlicher Ayatollah, deren Urteile offizielle gleichrangig sind, nebeneinander bestanden.

⁵⁰³ MEMRI



09. November 2002 unter dem Vorwurf der Apostasie zum Tode verurteilt worden. Anlass der Verurteilung war eine Rede, die er am 19. Juni 2002 gehalten hatte und in der er Kritik an der religiösen Führung des Irans formulierte. Angesichts massiver Proteste insbesondere von Studenten kündigte der oberste religiöse Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, am 17. November 2002 eine Neuverhandlung des Falles an. In dem folgenden Brief vom 25. Januar 2003 an den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes des Iran, der u. a. von dem iranischen Internetportal www.Iran-emrooz.de verbreitet wurde, äußert sich Aghajari zu den Vorwürfen, wobei er sich auch von den Studentenprotesten distanziert:

"Im Namen Gottes, des Barmherzigen An den verehrten Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes des Staates Herrn Ayatollah Mohammadi Gilani, Friede sei mit Ihnen,

Ich, Hashem Aghajari, habe bisher persönlich in Verbindung mit meiner sich gegenwärtig beim Obersten Gerichtshof in Arbeit befindlichen Akte keine Revision beantragt. Mein Anwalt stellte einen solchen Antrag entsprechend der rechtlichen Möglichkeiten. Meine Zurückhaltung hat jedoch nichts mit Ignoranz gegenüber dem Gesetz oder gegenüber dem Obersten Gerichtshof zu tun, sie ist nicht als Unwille, eine stille und friedliche Lösung zu finden, zu verstehen und hat nichts mit einer ausländischen oder inländischen Ausnutzung dieser Angelegenheit zu tun: Ich habe persönlich nichts unternommen, um eine Revision zu beantragen, da ich auf der Grundlage dessen, was ich von Anbeginn erfahren habe, alle effektiven Mittel, die zu einer gerechten Überprüfung meines Falles führen könnten, als unerreichbar betrachtete und keine Hoffnung auf die übliche juristische Vorgehensweise setze. Nun spreche ich Sie an, der als einer der alten Freunde des Imam Khomeini gilt, der sich davor bewahrt hat, politische Positionen zu beziehen und sich nicht in Fraktionskämpfe einmischte. Sie haben eine unabhängige Persönlichkeit im Amt bewiesen, das Sie führen. Da Sie Ihre Unabhängigkeit bewahrt haben, spreche ich Sie an und bitte Sie, dass Sie - nicht für die Verteidigung einer Person, sondern für den Schutz Ihrer Position und Ihres juristischen und geistlichen Ranges, der sich der Anwendung der Gerechtigkeit und der Gewissenhaftigkeit verpflichtet - dass sie sich dieses Briefes und meiner Rede in Hamedan (die ich im Anhang überreiche) aufmerksam annehmen, um das angemessene und erforderliche Vorgehen, zu bestimmen.

Ich versuche kurz einige Erklärungen zur Anklageschrift, die vom Zivilgericht 14 der Stadt Hamedan verkündet wurde, abzugeben. Wenn Sie meine ausführlichen und begründeten Erklärungen wünschen, lesen Sie bitte die genannte Akte und die Papiere in der Akte, sei es der Text meiner Rede, die Antworten, die Erklärungen aus zwei Arbeitsperioden des Gerichtes in der vorbereitenden Untersuchung und der Verhandlung des Gerichts und konsultieren Sie den Bericht meiner Verteidigung, die auf 160 Seiten erfolgt ist.



1) Ich habe den Islam nicht mit dem Christentum verglichen, sondern habe in Form von Erklärungen und Wiedergaben der Ansichten von Dr. Shariati an einige abweichlerische Vorstellungen mancher Muslime erinnert. Ich habe die Lehren der Religion nicht als schwarz und dunkel bezeichnet. Die dunklen und archaischen Lehren sind genau diese versteinerten Auffassungen, die im Namen des Islam eingebracht werden. Die Ablehnung solcher Auffassungen und Ansichten mancher Personen hat nichts mit der Ablehnung einer vornehmen Religion und mit Gott zu tun. Bedeutete etwa die Ablehnung des amerikanischen Islam seitens Imam Khomeini die Ablehnung des Islam oder wurden vom religiösen und revolutionären Führer gar die Prinzipien und die Wahrheit des Islam als amerikanische begriffen? Wenn Reformen und Erneuerer der Religion, unter ihnen Imam Khomeini, in der gegenwärtigen Geschichte auf die Notwendigkeit von Veränderungen und Reformierungen der abweichlerischen und zurückgebliebenen Ansichten drängen, bedeutet dies nicht, dass sich der Islam in eine andere Religion oder in andere Ideologien verwandeln solle. An nichts anderes habe ich geglaubt und nichts anderes habe ich in meiner Rede in Hamedan gesagt.

2) Ich habe nie die Notwendigkeit der Religion verleugnet und verleugne diese auch jetzt nicht. Ebenso wenig verleugne ich irgendeines der leuchtenden islamischen Gesetze. Ich habe mich auch nie über das Eherecht spöttisch geäußert und tue dies auch jetzt nicht. Was ich gesagt habe, ist eine Kritik gegenüber den Verhaltensformen manch launischer und strenger Personen, die mit ihrem widersittlichen Handeln ein ungeeignetes Bild von der Sharia zur Schau stellen.

3) Ich habe nie den keuschen und heiligen Rang der reinen Imame in Abrede gestellt und tue dies auch jetzt nicht und betrachte als ein schiitischer Muslim und Angehöriger der Liebenden und als Angehöriger des Hauses des Propheten die Beleidigung dieser Edelmütigen als eine große Grausamkeit gegen mich selbst. Eine Bemerkung, die leider der Richter des 14. Gerichtes in einem Fernsehinterview wiederholt hat, Vorwürfe, die er mir zugeschrieben hat, welche jedoch nicht zu meinen Glaubensvorstellungen gehört haben und gehören. Ich habe mich zur Erläuterung der Ansichten von Dr. Shariati kritisch gegenüber Auffassungen geäußert, die stets die keuschen Imame als ‚Übermenschen‘ und Auserwählte Gottes darstellen, Menschen, die als Vorbild des nach Vollkommenheit strebenden Menschen gelten, auf eine Art und Weise, dass diese als unmenschliche Lebewesen vorgestellt werden, so dass diese für nach Vollkommenheit strebenden Menschen nicht mehr als Vorbilder nachgeahmt werden können.

4) Ich habe immer die Notwendigkeit der Nachahmung im Sinne der Hinwendung des Nicht-Experten zum Experten auf allen Gebieten, wie zum Beispiel auf den Gebieten der Sharia, und die Notwendigkeit der Nachahmung der Instanzen der religiösen Vorbilder durch die Allgemeinheit befürwortet. Was ich in einem rhetorischen und gleichzeitig verneinenden Satz, kommentierend und ergänzend kritisiert und gesagt habe (ob die Bevölkerung Affen seien, die alles nachahmen sollen) meint im Kontext



des Wortes und unter Berücksichtigung der Argumente und Beispiele die blinde Nachahmung, die Form der Nachahmung, die dem Verstand widerspricht und auch im Koran wiederholt und stets getadelt worden ist. Kritik einer solchen Nachahmung, die gegen den Verstand und gegen die Grundsätze der Sharia verstößt, hat nichts mit dem Thema der Nachahmung und Ijtihad im schiitischen Islam zu tun. Auch wenn einige schiitische Geistliche [Akhbariun] die Nachahmung ablehnen; ich bin nicht Angehöriger der Akhbaris und bin auch im Ergebnis nicht gegen Nachahmung und Ijtihad und habe auch mitnichten weder die ehrwürdigen Instanzen der Nachahmung noch die Nachahmer beleidigt. Ich habe oft gesagt und geschrieben, dass ich selbst zu den Nachahmern in dem genannten Sinne gehöre.

Ich habe nicht nur die Instanzen der Nachahmung nicht beleidigt und tue dies nicht, sondern betrachte die Beleidigung der Geistlichkeit und sogar die Beleidigung eines Geistlichen nicht als zulässig und erachte den Schutz der unabhängigen Instanzen und der Geistlichkeit als eine Notwendigkeit.

Ja, wenn wie es in einigen großen Suren steht und einige große Instanzen die Nachahmung betont haben, eine mündliche Übertreibung oder eine Überinterpretation stattgefunden hat, habe ich mich deswegen von Anbeginn, vor der Vorladung ins Gericht entschuldigt und habe auch darauf nicht verzichtet, mich gegenüber den Instanzen und der Bevölkerung mehrfach zu entschuldigen.

5) Ich gehe davon aus, dass der Vorwurf der ‚Verletzung der öffentlichen Ordnung und Ruhe‘ keiner Erläuterung bedarf, denn ich habe in einer begrenzten Versammlung und in einem geschlossenen Saal zum Anlass des Todestages von Dr. Shariati in Hamedan einen Vortrag gehalten. Und obwohl ich den Vortrag nicht zu Ende halten konnte, da die Ordnung der Versammlung von einigen, die entgegengesetzte Positionen vertraten, gestört wurde, kehrte ich ohne ein Zwischenereignis nach Teheran zurück.

Diejenigen, die die Ruhe und Ordnung der Bürger in Hamedan und in anderen Städten gestört haben, gehören zu denselben widerspenstigen Gruppen, die während der nächsten Tage unter dem Vorwand des Protestes, illegale Versammlungen und Demonstrationen durchgeführt haben. Ein solcher Vorwurf mir gegenüber bedeutet so viel wie das Sprichwort: Schuldig machte sich ein Schmied, als er einen Weinbecher herstellte, dafür brach man den Hals irgendeines Kupferschmiedes.

[Es folgt eine ausführliche juristische Stellungnahme]

Herr Ayatollah Mohammadi Gilami!

Der Richter, der das Urteil ausgesprochen hat, hat leider die beschriebene Verteidigung nicht berücksichtigt. Ich habe gemeinsam mit meinem verehrten Anwalt die Sachen während der Prozesssitzungen aufzuklären versucht, wie dies bei den Gerichtsunterlagen festgehalten wurde. Neun von 12 Seiten des richterlichen Urteils beziehen sich auf die parolenhafte Wiederholung der Vorwürfe des Klägers und seiner Anklageschrift.



Aber die Untersuchung dieser Anschuldigungen parallel zur Berücksichtigung des Urteils und der beschlagnahmten Dokumente und Unterlagen in der Akte kann meine Unschuld und Redlichkeit beweisen und dazu führen, dass ein gerechtes Urteil ausgesprochen wird, das die Freiheit des Beschuldigten vom Gefängnis zur Folge hat. Da ich gegenwärtig in dem Zentralgefängnis von Hamedan inhaftiert bin, möchte ich um Erlaubnis bitten, Ihnen hiermit Herrn Nikbakht, meinen verehrten Anwalt vorzustellen, der alle weiteren Erklärungen und Antworten vorlegen kann. Mit Dank und Gebet, Seyyed Hashem Aghajari Zentralgefängnis Hamedan".

Special Dispatch, 20. März 2003 - Rafsanjani: ‚Wir müssen Abweichungen entgegentreten‘⁵⁰⁴

*Die iranische Zeitung **Resalat** veröffentlichte kürzlich Auszüge aus einem Interview mit dem ehemaligen Präsidenten **Hashemi Rafsanjani**, in dem dieser die Notwendigkeit einer Verteidigung der herrschenden iranischen Ordnung hervorhebt. Mit Hinweis auf die Auseinandersetzungen zwischen Imam Hussein, einem Enkel des Propheten Mohammed, und dem Kalifen Yazid, verweist er auf die Schlacht von Kerbala im Jahre 680 n.C., die im schiitischen Islam zum Symbol der Aufopferung der Gläubigen im Kampf gegen Bedrohungen des Islams geworden ist. Rafsanjani erklärt, sollte sich der Iran mit ähnlichen Bedrohungen konfrontiert sehen, sei heute wie damals die Ausrufung des Djihads erforderlich. Das Interview, welches Resalat am 11. März 2003 veröffentlichte, erschien ursprünglich in der iranischen Zeitung **Hukumat i-Islami**:*

"Hashemi Rafsanjani erklärte gegenüber der Zeitung Hukumat i-Islami: ‚Wenn wir heute spüren, dass unsere islamische Ordnung in Gefahr ist, müssen wir in den Dihad eintreten und zum Märtyrertum gegen die Fehlentwicklungen mobilisieren. Für diesen Weg steht unser ewiges Vorbild Imam Hussein.‘⁵⁰⁵

Rafsanjani erklärte: ‚Der Aufstand von Imam Hussein verfolgte verschiedene Ziele, die Durchsetzung des [koranischen] Grundsatzes ‚das Gute zu gebieten, und das Verwerfliche zu verhindern‘ und die Errichtung der Herrschaft des Gesetzes. Sein wichtigstes Ziel war die Durchsetzung der islamischen Herrschaft, denn die damalige Abweichung von dieser Herrschaft war das entscheidende Ereignis.‘⁵⁰⁶

Rafsanjani fügte hinzu: ‚Die Herrschaft Yazid gefährdete den Weg, den der Prophet

⁵⁰⁴ MEMRI

⁵⁰⁵ Imam Hussein gilt in der schiitischen Mythologie als der größte Märtyrer. Er wurde auf Befehl des Ummayyaden-Kalifen Yazid in einem Kampf bei Kerbala umgebracht. Yazid steht in dieser Mythologie als Symbol des Bösen. Schon Khomeini zog eine Analogie zwischen der Herrschaft des Yazid und jener der Amerikaner als einer ‚Herrschaft des Bösen‘.

⁵⁰⁶ Rafsanjani bezieht sich hier auf die Einrichtung des Kalifat Yazids, das in schiitischer Lehre als Abweichung vom islamischen Gesetz gilt.



eingeschlagen hatte und bedrohte die Existenz des Islam. Der Grundsatz der Herrschaft des Islam war angegriffen worden. Imam Hussein wollte die islamische Herrschaft in gerechter Form errichten.' Der Vorsitzende des Schlichtungsrates [wörtl. Versammlung zur Bestimmung der Interessen des Systems] erinnerte daran: ‚Ich denke, dass das Handeln des Imam Hussein eine Fortsetzung der Botschaft des Propheten und dessen Anhänger war. Diese Botschaft bestand in der Errichtung der islamischen Herrschaft und deren Bewahrung. Imam Khomeini sprach von dem ‚Schutz der Interessen‘ unserer Ordnung.‘

Rafsanjani erklärte weiter: ‚Wenn es um unsere Systeminteressen geht, verliert alles andere an Bedeutung. Der Schutz des Systems und die Verfolgung seiner Interessen ist der allerhöchste Wert. Zum Schutz des Systems kann jedes Gesetz überschritten und jedes Urteil gebrochen werden. Imam Hussein hätte dies auch gemacht, wenn der Grundsatz unserer Ordnung in Gefahr ist.‘ Er fügte hinzu: ‚Wenn dieselben Bedingungen von damals auch heute vorherrschen und wenn wir das richtige Bewusstsein über den Zustand unserer Zeit haben, wenn wir eine richtige Entscheidung treffen wollen, müssen wir das tun, was Imam Hussein tat.‘ [...] Hashemi Rafsanjani wies darauf hin: ‚Sollte Amerika eines Tages seine Herrschaft über den Iran errichten und den Persischen Golf und das Öl der islamischen Welt unter seine Kontrolle bringen wollen, wäre eine mögliche Reaktion, zu schweigen. Eine andere Reaktion wäre die Aufopferung, der Kampf und das Martyrium. Es ist selbstverständlich, dass wir gegen Amerika Widerstand leisten und es aus der Region vertreiben.‘

Bezüglich der Übereinstimmung einer ‚religiösen Demokratie‘ mit den Taten Imam Husseins erklärte Rafsanjani: ‚Natürlich gab es zu Zeiten des Imam Hussein keine Wahlen mit Wahlurnen. Aber der schiitischen Schule zufolge fordert die Bevölkerung [von den Herrschern] mindestens Taten und Erfolg.‘ Er sagte: ‚Wenn wir den Islam schützen wollen, müssen die Menschen fühlen, dass ihre Forderungen befolgt werden. Wir müssen ihren Wünschen entsprechen, sonst werden wir das Ziel der islamischen Herrschaft nicht erreichen.‘

Der Stellvertreter des Expertenrates sagte weiter: ‚Selbst wenn es uns gegenwärtig sogar möglich wäre, die Menschen zum Schweigen zu bringen, dass sie sich ergeben, so würden sich ihre Herzen in einem solchen Klima nicht dem Islam annähern. Eine solche islamische Herrschaft wäre keine islamische Herrschaft.‘ Er sagte: ‚Von der Stimme der Menschen wird die islamische Herrschaft abhängen. [...] In Medina und Mekka unternahm der Imam nichts, da die Menschen es nicht wollten. Erst als die Menschen aus Kufa den Imam Hussein einluden, handelte er.‘



Special Dispatch, 14. August 2003 - Debatte um die Rolle des Wächterrats ⁵⁰⁷

Im Iran wird in diesen Tagen die Rolle des Wächterrates diskutiert. Laut iranischer Verfassung hat der Wächterrat die Aufgabe, vor den Wahlen die Kandidaten für das Parlament (Majless) zu kontrollieren und nur die "richtigen" zuzulassen. Außerdem soll er jegliche vom Islam abweichende Entscheidung des Parlaments verhindern. Damit ist er eine der zentralen Institutionen für die Macht der konservativen Islamisten im Iran. Angesichts der im kommenden Frühjahr stattfindenden Parlamentswahlen hat der Wächterrat nun im ganzen Land Büros zur Überwachung der Kandidaten und Abgeordneten gegründet. Diese "Überwachungsbüros" werden von manchen Reformislamisten als illegal bezeichnet. Das rief die Verteidiger der Funktion des Rats auf den Plan. Im Folgenden dokumentieren wir die Auseinandersetzung um die Büros und die Rolle des Wächterrats:

Zunächst hatte Seyyed Abdolwahed Mussawi Lari, Staatsminister des Iran, die Überzeugung geäußert, dass die "Überwachungsbüros" des Wächterrates illegal seien: "Unsere gesetzliche Aufgabe ist die Befolgung der Gesetze, die im Majless verabschiedet und vom Schlichtungs- und dem Wächterrat bestätigt worden sind. Die illegale Gründung der 'Überwachungsbüros' des Wächterrates in den Provinzen und die Art und Weise, in der diese sich in die Wahlprozedur einmischen, machen uns Sorgen." Lari kritisierte, dass die Mitarbeiter der "Überwachungsbüros" unkontrolliert arbeiten. Der Wächterrat solle seine Position bezüglich dieser Büros revidieren und ihre Arbeitsweise überprüfen.⁵⁰⁸

Vor dem Hintergrund, dass im kommenden Frühjahr im Iran die siebten Parlamentswahlen durchgeführt werden und der Wächterrat erneut Kandidaten (dis-)qualifizieren wird, erklärte der Staatsminister, dass die Disqualifizierung der Kandidaten nicht zu den Aufgaben der Institutionen des Wächterrates, sprich der "Überwachungsbüros" gehöre.⁵⁰⁹

In der gleichen Ausgabe der Zeitung Entekhab erklärte dagegen mit Shahi Arbalu ein Mitglied der Minderheiten-Fraktion (Antireformfraktion) im Majless, dass die "Qualifizierung der Kandidaten und die Annullierung der Wahlen zu den Aufgaben des Wächterrates gehört". Moddris Motamed, ein weiteres Majlessmitglied, fügte hinzu, für wie unwahrscheinlich er es halte, dass das Staatsministerium sich gegen die Positionen des Wächterrates behaupten könne - insbesondere gelte dies in Fragen der Qualifizierung von Kandidaten für die kommenden Wahlen. Wenn sich das Staatsministerium autonom und stur gegen den Wächterrat stelle, sei schließlich

⁵⁰⁷ MEMRI

⁵⁰⁸ Yaase No, 29 Juli 2003

⁵⁰⁹ Entekhab, 5 August 2003



die Möglichkeit gegeben, dass der Wächterrat die abgegebenen Stimmen als ungültig erkläre und die Wahlen annulliere.⁵¹⁰

Auch der Sprecher der Judikative, Qolamhossein Elham, stellte sich dann auf die Seite des Wächterrates. Er bezeichnete die Aussagen des Staatsministers als illegal und erklärte: "Die Judikative hat bisher kein Schreiben zur Blockierung der Aktivitäten der 'Überwachungsbüros' erhalten." Das Gesetz gebe dem Wächterrat die Vollmacht zur Errichtung der Büros. Wer diese legalen Institutionen kritisiere, müsse dann auch das Sekretariat und das Forschungszentrum des Wächterrates als illegal erklären.⁵¹¹

Darauf reagierte der Sprecher des Staatsministeriums, Jahanbakhsh Khanjani und kritisierte den Sprecher der Judikative. Dieser könne "nicht wie ein Staatsanwalt eine öffentliche Anklage aussprechen." Elham sei über die Aktivitäten der 'Überwachungsbüros' nicht genügend informiert. Auch wisse er offenbar nicht, wie weit das Aufgabengebiet des Staatsministers und der Provinzgouverneure reiche. Diese hätten nämlich das Recht die Arbeit der 'Überwachungsbüros' zu kontrollieren.⁵¹² Khanjani tritt damit für eine Kontrolle der Institutionen des Wächterrates durch die Provinzregierungen ein.

Zu Wort meldete sich auch der Vorsitzende der 'Gesellschaft der moslemischen Ingenieure'. Das Staatsministerium dürfe die Aktivitäten der 'Überwachungsbüros' nicht verhindern, da der Wächterrat in seiner von der Verfassung vorgesehenen Aufsichtsfunktion solche Institutionen führen könne.⁵¹³ Dem widersprach zuletzt Hossein Kashefi, Vorsitzender des Exekutivkomitees der 'Partizipationsfront' [Reformflügel im Parlament] und erklärte: "Das Staatsministerium kann auf der Grundlage seiner gesetzlichen Möglichkeiten die illegalen Aktivitäten des Wächterrates verhindern".⁵¹⁴

Kashefi ist überdies davon überzeugt, dass es "besser gewesen wäre, wenn es vor der Gründung der Büros Absprachen gegeben hätte, dann müssten die Menschen jetzt nicht Zeugen dieser kontroversen Auseinandersetzung werden". Die 'Überwachungsbüros' seien ja, meint Kashefi und spricht so mit Blick auf die anstehenden Wahlen den machtpolitischen Hintergrund der Debatte an, in diesem Jahr zum ersten Mal seit der Revolution eingerichtet worden.

⁵¹⁰ Entekhab, 5 August 2003

⁵¹¹ ISNA, 11 August 2003

⁵¹² ISNA, 11 August 2003

⁵¹³ ISNA, 13 August 2003

⁵¹⁴ ISNA, 13 August 2003



Special Dispatch, 29. September 2003 - Al-Jazeera Interview mit Hashemi Rafsanjani ⁵¹⁵

*Am 12. September 2003 gab der ehemalige iranische Staatspräsident **Hashemi Rafsanjani** auf **Al-Jazeera** ein Interview. Nachdem Rafsanjani 1989 mit 94,5 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, schaffte er das Amt des Ministerpräsidenten ab und übernahm die Leitung der Regierung. Im Mai 1997 wurde er von **Mohammad Khatamie** abgelöst. Rafsanjani gilt ebenso wie sein Nachfolger Khatamie als moderater und liberaler Islamist. Das Interview wurde auf der Internetseite der Staatlichen Arbeiteragentur des Iran (ILNA) veröffentlicht:*

Al-Jazeera: Amerika hat den Irak angegriffen, obwohl eine irakische Regierung an der Macht war. Für Amerika ist eine vorhandene Landesregierung kein Grund, nicht in dieses Land einzumarschieren. Was denken Sie darüber?

Rafsanjani: Wenn nur ein Prozent der Iraker die irakische Regierung unterstützt hätte, wären die Amerikaner nicht in der Lage gewesen, die despotische irakische Regierung zu stürzen. Die Iraker sind [trotzdem] nicht glücklich über die Präsenz der Amerikaner im Irak. Die Iraker sind Muslime und ein stolzes und mutiges Volk. Wir kennen kein Volk, das die Besetzung seines Landes durch seinen Feind begrüßen würde.

Al-Jazeera: Nehmen Sie die Drohungen der Amerikaner und der Israelis gegen Ihr Land ernst?

Rafsanjani: Wir werden seit 25 Jahren von Amerika bedroht und wir haben uns daran gewöhnt. Vor der Revolution regierten die Amerikaner im Iran und kontrollierten sogar das Militär und den SAVAK [ehemaliger Geheimdienst]. Wir kämpften allein gegen den Schah und hatten schon damals keine Angst vor Amerika. Natürlich kann Amerika auch Schaden anrichten. Sie haben Afghanistan und den Irak angegriffen und beide Länder besetzt. Daher sind wir stets auf der Hut, dass uns das nicht passiert. Wir haben aber keine Angst, nur weil Amerika überall präsent ist. Imam Khomeini sagte: "Man muss vor einem wilden Stier, der keine Hörner und keinen Verstand hat, Angst haben."

Al-Jazeera: Israelische Zeitungen haben von der möglichen Bombardierung der iranischen Atomanlagen berichtet. Was meinen Sie dazu?

Rafsanjani: Wir machen uns überhaupt keine Sorgen. Wenn Israel solche Dummheiten tun würde, wird es eine Antwort erhalten, die nicht vergessen wird, solange es Geschichtsschreibung gibt. Sie stoßen diese Drohung nur im Rahmen ihres psychologischen Krieges aus.

⁵¹⁵ MEMRI



Al-Jazeera: Was denken Sie über die Ereignisse in Palästina?

Rafsanjani: Die Lage in Palästina ist sehr schlecht. Ich sehe wie das genügsame palästinensische Volk nicht einmal Schutz in seinem eigenen Land findet. In Palästina haben die Amerikaner, die Europäer, die Russen und die Vereinten Nationen die "Road Map" ins Leben gerufen. Die arabischen Staaten unternehmen aus Angst und Verzweiflung nichts. Israel hört auf niemanden und hat die "Road Map" ignoriert. [...]

Israel baut weiter an der Mauer, die nur die ungerechte Behandlung der Palästinenser offenbart, wogegen aber niemand protestiert. Die einzige Hoffnung ist, dass die Palästinenser entschlossen sind, für die Realisierung ihrer Ziele ihr Leben zu opfern. Wenn die Palästinenser weiter so verfahren, wird Amerika schließlich besiegt werden.

Al-Jazeera: Glauben Sie an einen Frieden mit Israel?

Rafsanjani: Meines Erachtens will Israel gar keinen Frieden. Israel und Amerika haben einige ihrer Ziele schon realisiert. Es ist überhaupt nicht eindeutig klar, ob der Irak nicht besetzt worden ist, um Israel zu schützen. Die Israelis haben nichts unternommen, was beweisen könnte, dass sie eine friedliche Koexistenz mit den Palästinensern und ihren Nachbarländern wollen. So lange sie nicht bereit sind, an die fünf bis sechs Millionen palästinensischen Flüchtlinge zu denken, wird es nie einen Frieden geben. Die Flüchtlinge wollen in ihr Land zurückkehren, aber Israel lehnt dies ab und bietet keine andere Lösung. Wir haben Wahlen unter der Aufsicht Amerikas, Englands und der UNO gefordert, an der alle Palästinenser und [alle] Juden beteiligt sein sollten. Das ist der einzig gangbare Weg.

Al-Jazeera: Was könnte der Iran und die arabische und islamische Welt gegenwärtig unternehmen bis die von ihnen geforderten Wahlen durchgeführt werden? Ich glaube nicht, dass Israel von seiner Position abrücken wird, denn das Ergebnis solcher Wahlen wird die israelische Regierung vorhersehen können. Aber weder der Iran noch die arabische und die islamische Welt unternehmen etwas. Worauf warten sie?

Rafsanjani: Wir können nur die Palästinenser, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen, unterstützen. Die [anderen] Muslime und die Regierungen anderer Staaten sollten dies auch tun. Wenn dies passiert, können die Palästinenser hoffen, ihr Ziel zu erreichen.

Al-Jazeera: Es wird behauptet, Amerika habe den Einfluss des Iran im Ausland eingedämmt. Ebenso wird behauptet, dass Amerika die Europäer davon überzeugt habe, der atomaren Bedrohung des Iran zu begegnen. Xavier Solana, Sprecher der europäischen Außenpolitik, hat in Teheran Drohungen gegen den Iran ausgesprochen. Was denken Sie darüber?



Rafsanjani: Wir haben Erfahrungen mit Krieg und Wirtschaftsboykott gemacht. Wir sind aber unseren Prinzipien treu geblieben. Wir haben große Fortschritte gemacht: Die Atomtechnologie gehört dazu. Die Amerikaner sorgen unnötigerweise für sehr viel Aufregung. Der Bau von atomaren Reaktoren hat schon vor der Revolution begonnen. Vor der Revolution sollten 20 Reaktoren gebaut werden, dafür wurden Milliarden Dollar freigestellt. Angefangen wurde mit dem Bau von zwei Reaktoren in Bushehr und einem Reaktor in Darkhuin. Nach dem Krieg gegen den Irak haben wir statt zwanzig nur sieben Reaktoren geplant. Jeder Reaktor sollte 7000 Megawatt Energie produzieren. [...] Wir haben friedliche Ziele, nur wollen die Amerikaner nicht, dass wir diesen Stand der Technik erreichen. Wir sind entschlossen, die Reaktoren in Betrieb zu nehmen und niemand kann uns von dieser Position abbringen.

Al-Jazeera: Was halten Sie von den europäischen Positionen?

Rafsanjani: Wir haben keine Angst vor Drohungen. Wir werden unsere Arbeit machen und unsere Wissenschaftler werden ihre Arbeit machen. Sie sind damit beschäftigt, den Energiebedarf unseres Landes zu decken.

Al-Jazeera: Glauben Sie nicht, dass dies Ihren Beziehungen zu Europa schadet?

Rafsanjani: Wir erwarten, dass die Europäer keine Fehler machen. Die Amerikaner haben mehrfach versucht unseren Interessen zu schaden. Die Europäer wissen dies und müssen die Interessen ihrer Völker berücksichtigen. Wenn wir merken, dass sie es ernst meinen mit ihren Drohungen, werden wir trotzdem unseren Weg gehen.

Al-Jazeera: Was fordern Sie gegenwärtig von Amerika?

Rafsanjani: Der islamische Staat im Iran verträgt sich nicht so sehr mit der westlichen Politik, besonders nicht mit der amerikanischen Politik. Für die Amerikaner ist der Islam nicht wichtig. Das war schon immer so. Und wenn sie davon sprechen, dass wir unser Verhalten ändern müssten, meinen sie, dass wir uns den Amerikanern ergeben sollten. Etwas anderes wird sie nicht zufrieden stellen. Wir wollen nichts Besonderes von Amerika. Wir erwarten nur, dass Amerika keine Schande über den Iran bringt und dass Amerika akzeptiert, dass es in unserem Land eine Revolution gab und die Bevölkerung ihre Regierungsform selbst gewählt hat.

Al-Jazeera: Washington hat erklärt, dass ein Dialog mit dem Iran nutzlos ist. Wie schätzen Sie die Fortsetzung des Dialoges mit Amerika ein?

Rafsanjani: Wir gehen davon aus, dass Amerika sehr gerne mit dem Iran ins Gespräch kommen würde. George Bush senior, Ronald Reagan und Bob Duller haben uns signierte Bibeln zugeschickt. Der Berater des Weißen Hauses, Mac Farren, hat uns sogar Kuchen und Blumen geschickt. Trotzdem muss Amerika zuerst seine guten Absichten unter Beweis stellen, was es bisher nicht getan hat.



Al-Jazeera: Aus verschiedenen Quellen ist zu entnehmen, dass Sie eine Delegation nach Washington geschickt haben, um Gespräche mit Washington aufzunehmen. Washington soll jedoch kein Interesse an Gesprächen gezeigt haben. Können Sie diese Nachricht bestätigen?

Rafsanjani: Das ist eine glatte Lüge und psychologische Kriegsführung. Es steht überhaupt nicht in meiner Verantwortung, solche Gruppen zu entsenden. Ich kann solche Aktivitäten nicht im Alleingang unternehmen. Und wenn etwas unternommen werden soll, wird zuerst der religiöse Führer unterrichtet, der darüber entscheidet. Ein solches Unternehmen muss von der Regierung beschlossen werden. [...]

Al-Jazeera: Was denken Sie über die Verhaftung des iranischen Ex-Botschafters in London durch die Londoner Polizei? Wie will der Iran ein solches Problem lösen?

Rafsanjani: Für mich handelt es sich dabei um einen [rein] politischen Akt. Die Verhaftung steht in einer Reihe mit anderen Vorwürfen [gegen den Iran]: Militärische Sicherheitsprobleme, atomare Gefahr, Unterstützung des Terrorismus und Al Qaida. Sie wollen Druck auf uns ausüben. Wenn dies ein juristischer Fall wäre, warum wird erst nach neun Jahre etwas unternommen? Wir sind davon überzeugt, dass die Engländer lügen. Auch daran haben wir uns gewöhnt.

Al-Jazeera: Was werden Sie gegenüber Argentinien unternehmen?

Rafsanjani: Wir beabsichtigen das Problem friedlich zu lösen. Wir werden sowohl mit den Engländern als auch mit den Argentinern verhandeln. Sobald wir aber realisieren, dass sie unlogisch handeln, werden wir nicht tatenlos zusehen, sondern das Notwendige unternehmen.

Al-Jazeera: Was denn beispielsweise?

Rafsanjani: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn wir etwas unternehmen sollten, werden Sie es schon erfahren.

Al-Jazeera: Sie haben in den letzten Jahren mehrmals eine Stärkung der iranisch-arabischen Beziehungen betont. Gibt es dabei Fortschritte? Entsprechen die unternommenen Schritte ihren Erwartungen?

Rafsanjani: In Bezug auf die islamischen und arabischen Staaten gehen wir von freundschaftlichen Beziehungen aus, insbesondere mit den Arabern. Dies ist sogar in unserer Verfassung festgelegt. Aber stets haben bestimmte Kräfte versucht, diese Politik zu unterlaufen. Manche Araber glauben, dass die Gefahr, die vom Iran ausgeht nicht geringer ist als die Gefahr, die von Israel ausgeht. Deswegen konnte der Irak auch einen Krieg gegen uns führen. Unsere gemeinsamen Feinde, die Feinde der Araber und unsere eigenen, haben uns viele Steine in den Weg gelegt. Trotzdem kann man sagen, dass unsere Beziehung zu den arabischen Staaten,



wenn nicht sogar sehr gut, dann doch gut ist. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass unsere Beziehungen noch besser und gefestigter werden müssen. Nehmen wir zum Beispiel Ägypten. Als Ägypten das Camp David-Arrangement akzeptierte, waren wir gezwungen, unsere Beziehungen zu Ägypten abzubrechen. Denn wir waren der Meinung, dass Camp David den Palästinensern geschadet und darüber hinaus den Jihad gegen Israel gebrochen hat. Imam Khomeini beschloss damals sofort, die Beziehungen mit Ägypten abzubrechen. Wir konnten nicht einfach die politische Linie des Imam Khomeini ändern. Jetzt hat sich die Lage allerdings geändert. Viele unserer Politiker und auch ich glauben, dass sich die Beziehungen zu Ägypten normalisieren sollten.

Al-Jazeera: Gegenwärtig wird Druck auf die Hisbollah ausgeübt. Betrachtet der Iran die libanesische Hisbollah als einen ernstzunehmende Machtfaktor und einen Verbündeten oder könnten Sie auf diese Partei verzichten?

Rafsanjani: Die libanesische Hisbollah gehört zu unseren guten Freunden im Ausland. Wir haben sehr ähnliche Glaubensvorstellungen. Sie sind gute Mojaheds, aufopferungsbereit, sehr mutig und ihre Pflicht ist die Verteidigung ihres Landes. Israel ist eine ernsthafte Gefahr und sie kennen dieses Land besser als wir. Die Hisbollah genießt großes Ansehen in der arabischen Welt. Ein Beweis für ihre große Macht ist die Tatsache, dass sie Israel aus Süd-Libanon vertrieben haben. Die Regierung im Libanon unterhält freundschaftliche Beziehungen zur Hisbollah. Aber die Hisbollah ist unabhängig von uns, sie sind lediglich unsere Freunde.

Al-Jazeera: Sind ihre Beziehungen zur Hisbollah wirklich ausschließlich freundschaftlich?

Rafsanjani: Sie sind ebenso wie wir Schiiten. Wir helfen ihnen und das leugnen wir nicht. Aber wir mischen uns nicht in ihre Angelegenheiten ein. Sollen doch manche glauben, dass sie unter der Regie des Iran arbeiten. Aber das stimmt nicht. Sie haben eine Kommission, die sie selber gewählt haben. Es gibt keinen Grund, warum uns erwachsene Menschen um Rat fragen sollten.

Al-Jazeera: Im Iran gibt es das Problem der so genannten Reformen. Was soll ihrer Meinung nach aus diesen Reformen werden?

Rafsanjani: Jede Regierung, jede Gruppierung, jede Familie muss sich stets korrigieren und an die Zukunft denken, die besser als die Gegenwart sein sollte. Wenn es keinen Maßstab für die Reformen und deren Durchführung gibt, dann ist das problematisch. Aber es hat schon immer Reformen im Iran gegeben.

Al-Jazeera: Glauben Sie, dass die Bevölkerung mit der Islamischen Republik und der politischen Führung einverstanden ist?



Rafsanjani: Sicherlich steht der wichtigste Teil der Bevölkerung hinter uns und der Revolution. Natürlich gibt auch welche, die etwas anderes wollen, das war schon am Anfang der Revolution der Fall.

Al-Jazeera: Wollen Sie abschließend etwas zu den gegenwärtigen Problemen im Inland und Ausland sagen?

Rafsanjani: Die Menschen müssen wissen, dass mit dem Einmarsch der Amerikaner und der Engländer in unsere Region, die islamische Gesellschaft und die Länder der Region einer großen Schande ausgesetzt sind. Manche glauben, dass Amerika eine Supermacht ist und die irakische und afghanische Bevölkerung mit guten Ansichten befreien wollte. Die Kriege haben aber gezeigt, dass dies eine Illusion war. Die Amerikaner verfolgen lediglich ihre eigenen Ziele. [...]

Special Dispatch, 27. Januar 2004 - Diskussion um den Boykott der Parlamentswahlen im Iran ⁵¹⁶

*Im Iran setzen sich die Proteste gegen die Majlesswahlen fort. Aus dem Exil riefen die im Iran verbotene **Mellatpartei**, die **Nationale Front** (Mossadeq-Anhänger) und die **Demokratischen Konstitutionalisten** zu einem Wahlboykott auf. Im Land selbst haben unter anderem große Teile der einzig legalen Studentenorganisation **Daftare Tahkime Wahdat** (DTW/Büro zur Festigung der Einheit) erklärt, sich nicht in den Machtkampf einmischen zu wollen. Das ist insofern bemerkenswert, als es sich bei diesem Dachverband der Islamischen Vereinigungen an den einzelnen Universitäten um die offizielle Studentenorganisation handelt, die bisher aktiv zur Wahl von Präsident Khatami mobilisiert hatte. Jetzt wird nicht nur der Ausschluss einzelner Kandidaten durch den Wächterrat, sondern die Legitimität der Wahl insgesamt infrage gestellt. Laut der offiziellen Nachrichtenagentur **ILNA** (Iranian Labour News Agency) durfte das DTW seine Jahresversammlung am 8. Januar nicht in einer Universität abhalten - die Sitzungen fanden daher außerhalb des Universitätsgeländes statt.⁵¹⁷ Im Folgenden dokumentieren wir Erklärungen aus den Reihen der DTW, die von der ILNA veröffentlicht wurden:*

Laut ILNA heißt es in einer Erklärung des DTW zur siebten Majlesswahl

"Kaum eine Wahl hat in den vergangenen Jahren so viel Unsicherheit über die Frage hervorgerufen, ob man an ihr teilnehmen oder sie boykottieren soll. Einerseits steht die iranische Bevölkerung inzwischen an einem Wendepunkt, was die

⁵¹⁶ MEMRI

⁵¹⁷ ILNA, 8.1.2004.



Unzufriedenheit mit den Herrschenden betrifft - andererseits macht sie sich große Sorgen um die nationalen Interessen und das Schicksal ihres Landes. Schließlich wissen die Menschen, dass die Regierungsreformer in den vergangenen sechs Jahren nicht eines ihrer Probleme gelöst haben.

Die Studentenbewegung ist sich ihrer Position im politischen Kampf sehr bewusst. Sie vermeidet es aber ganz entschieden, am Ringen um die Macht teilzunehmen. Jenseits der Frage von Teilnahme oder Boykott der Wahlen weiß die Studentenbewegung ganz genau, dass sie weder an den parteipolitischen Debatten und Gruppenkämpfen teilnehmen, noch sich mit der Frage beschäftigen wird, welche Personen auf der Kandidatenliste aufgeführt werden sollten. Die Studentenbewegung wird die Fehler, die sie bei der Wahl des sechsten Majless gemacht hat, nicht wiederholen und weder eine Person als Kandidaten noch eine Liste vorschlagen. Vielmehr wird die Studentenbewegung ihrer zentralen Parole treu bleiben und sich von der Macht fernhalten.

Entscheidend ist doch die Frage, ob man an Wahlen, die nur um der Wahlen selbst willen durchgeführt werden, teilnehmen sollte; ob Wahlen, bei denen weder die Kandidaten von den Machthabern ihr Recht auf freie Wahlen erhalten, noch die Wähler die von ihnen gewünschten Kandidaten auswählen können; ob Wahlen, nach denen die Gewählten nicht über Rechte und die Erlaubnis verfügen, eine von den Herrschenden akzeptierte Rolle für den Reformprozess und in der Staatsverwaltung zu spielen - ob also solche Wahlen die Demokratie stärken oder überhaupt irgendwelche positive Wirkungen erzielen können? Die Wahlen finden innerhalb von Strukturen statt, die selbst das größte Hindernis für die Demokratie sind.

Daher müssen diejenigen, die jetzt zur Teilnahme an den Wahlen auffordern, folgende grundlegende Fragen beantworten: Welche Garantie und welchen Anlass zu der Überzeugung gibt es, dass die kommenden Wahlen den Willen der Bevölkerung widerspiegeln und zu einer demokratischen Entwicklung führen könnten. [...] Wer die Teilnahme der Bevölkerung an den Majlesswahlen positiv bewertet, muss angesichts der Erfahrungen mit dem sechsten Majless und der letzten Jahre zunächst einmal beweisen, dass es Sicherheit und Hoffnung für die Bevölkerung gibt. Es sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass die Arbeit des Majless darin besteht, Gesetze zu bestätigen oder zu reformieren und falsche Strukturen zu korrigieren. Weiterhin gehört es zu den Aufgaben des Majless, Protestbriefe an den Vorsitzenden, den Führer, zu schreiben, Erklärungen zu verfassen, aber auch zu streiken und zu protestieren. Das Majless mag vielleicht ein starkes Organ sein - aber einige dieser Themen könnten auch außerhalb des Majless verfolgt werden. Vielleicht wäre eine Opposition außerhalb des Majless sogar viel erfolgreicher.

[...] Gründung, Schutz und Stärkung der Zivilgesellschaft können nicht von oben erfolgen. Vielmehr ist es die Zivilgesellschaft selbst, die demokratische Vorstellungen



und Ideen stärkt. Ein Majless kann nur dann ein gerechtes Wort sprechen und dieses verteidigen, wenn eine starke Zivilgesellschaft für die Schaffung des dazu nötigen Klimas und dessen Schutz sorgt. Nun müssen wir also fragen, ob die Zivilgesellschaft im Mai 1997 stärker war als sie es unter den heutigen Bedingungen ist. Was hat die siebenjährige dualistische Herrschaft gebracht? [...]"

Die Fortsetzung der Erklärung fasst die ILNA so zusammen:

"Der öffentliche Rat des DTW kritisiert am Ende seiner Erklärung diejenigen, die eine Teilnahme an den Wahlen befürworteten. Das DTW erklärt, dass es keine Gründe für die Teilnahme an den Wahlen erkennen kann. Im Gegenteil hält das DTW einen Boykott der Wahlen für nützlich und angemessen. [...] Die Bevölkerung soll auch durch die Diskussionen des DTW die Möglichkeit erhalten, ihre Zweifel und Unsicherheiten zu überprüfen, um eine endgültige Entscheidung treffen zu können. [...]"⁵¹⁸

Sajad Qarqi, Mitglied des Zentralrates der Islamischen Vereinigung an der Teheraner Amir-Kabir-Universität, sagte gegenüber ILNA:

"Die Islamischen Studentenvereinigungen sind die einzige erlaubte Studentenorganisation. Sie spiegeln nur ganz allgemein die Positionen der Studenten wider und beanspruchen anders als früher keine Führungsrolle innerhalb der Studentenschaft mehr. Universitäten stehen für die Schaffung eines intellektuellen Klimas in der Gesellschaft. Daher kann niemand von den Studenten erwarten, dass sie sich kritiklos in den Streit der Machthaber einschalten. Dies würde unsere eigentliche Identität untergraben."

Mit Blick auf die Warnung eines Reform-Islamisten, der angekündigt hatte, dass Bewegungen, die die Sache der Reformer nicht unterstützen, in Zukunft von diesen keine Solidarität zu erwarten hätten, erklärte der Student:

"Die Drohgebärden von einigen dieser Herren können wir aushalten. [...] Es ist an ihnen noch einige ernsthafte Schritte zu unternehmen bis die Proteste der Majlessmitglieder [gegen den Ausschluss von Kandidaten durch den Wächterratt] sich zu einem gesellschaftlichen Protest ausweiten, der auch die Republik und die Bürgerrechte insgesamt verteidigt. Der Diskurs der protestierenden Majlessmitglieder entbehrt zivilgesellschaftlicher und demokratischer Prinzipien. Die Proteste müssen sich vielmehr am öffentlichen Bewusstsein außerhalb der Machtstrukturen orientieren. Die alten Methoden zur Problemlösung helfen nicht mehr weiter. Die protestierenden Majlessmitglieder müssen sich für die Rechte aller Bürger einsetzen. [...]" Solange ein diesen Rechten entsprechendes Wahlprocederes nicht gesetzlich

⁵¹⁸ ILNA, 9.1.2004.



verankert wird, würden die Menschen außerhalb der Machtkreise die Debatte nur als Zuschauer eines "häuslichen Streites" betrachten.⁵¹⁹

Im Zusammenhang mit den Sitzstreiks der ausgeschlossenen 80 Majlessmitglieder erklärte das DTW in einem zweiten Flugblatt:

"1) Wir begrüßen alle Proteste der letzten Tage. Im Sinne der Verteidigung der Rechte der Bevölkerung und nicht nur wegen der Proteste, die wegen der Disqualifizierung einiger Individuen zustande gekommen sind, erklären wir hiermit unsere Solidarität mit den Mitgliedern des Majless. Vor dem Hintergrund der Entscheidung eines Teils der Regierung und der Gouverneure, kollektiv zurückzutreten, erklären wir, dass wir von ihnen erwarten, dass sie ihre Proteste fortsetzen bis auch wirklich alle despotischen Hindernisse für die Durchsetzung des Willens der Bevölkerung aus dem Weg geräumt sind. Wir warnen davor, dass mit einer nachträglichen Qualifizierung einiger Majlessmitglieder die Verteidigung der Rechte der Bevölkerung insgesamt zurückgestellt wird. Wir fordern also die Regierungsmitglieder und die verehrten Gouverneure auf, ihren kollektiven Rücktritt nicht zugunsten der Schande von dirigierte Wahlen zurückzunehmen. Wir sollten nicht vergessen, dass es sich um die letzte Möglichkeit handelt, die den Reformern zur Verfügung steht. Wenn wir weiterhin die vielen Gelegenheiten verpassen, werden wir Zeugen vom Ende der gegenwärtigen Protestbewegung sein. Zumindest würde das allgemeine Vertrauen in den Reformprozess zunichte gemacht.

2) Was die Reformbewegung am meisten bedroht, ist die Übernahme von Herrschaftstechniken, die die Machthaber immer wieder aus der Sackgasse retteten. [...] Natürlich wird der Wächterrat in den kommenden Tagen versuchen, die Protestierenden zu spalten, indem einige der ausgeschlossenen Kandidaten doch noch qualifiziert werden. Dann könnten die Proteste aufhören und sie auf der Basis der alten verdorbenen Strukturen ihr Tagesgeschäft fortsetzen. Glücklicherweise sind diese Strategien inzwischen allen bekannt und die Bevölkerung wird sich mit nichts anderem als der grundlegenden Reformierung der Strukturen zufrieden geben. Die Abhängigkeit des Wächterrates vom Führer und die zwischen beiden abgestimmte Politik gehören zu diesen unakzeptablen Strukturen.

Vergessen wir nicht, dass das Recht auf freie Wahlen ein wesentliches Recht der Menschen ist. Und diese Rechte werden den Menschen nicht geschenkt. Die Bevölkerung wird jenseits der verlogenen Scheinkämpfe genau zwischen freien Wahlen und Ernennungen unterscheiden und vor diesem Hintergrund ihre Entscheidung treffen."⁵²⁰

Auch die Schülerorganisation der offiziellen DTW meldete sich mit Kritik am Wächterrat zu Wort und erklärte, dass dieser kein Recht zur Disqualifizierung der

⁵¹⁹ ILNA, 21.1.2004.

⁵²⁰ ILNA, 14.1.2004.



Kandidaten habe. Die Streikenden und die Regierungen sollten die Entscheidungen des Wächterrates ignorieren und die Wahlen einfach inklusive der ausgeschlossenen Kandidaten durchführen: "Dann werden die Menschen wieder Vertrauen gewinnen und der Wächterrat wird wachgerüttelt. Wir haben auch noch die Präsidentenwahlen vor uns. Es darf nicht so weiter gehen. Wir schämen uns dafür, dass der Wächterrat sogar die Würde und das Ansehen der Religion und unseres Staates verpfuscht hat."

⁵²¹

Special Dispatch, 3. Februar 2004 - Kommentare zum Massenrücktritt iranischer Abgeordneter ⁵²²

*Nach 22 Tagen Streik haben am Wochenende 126 iranische Parlamentsabgeordnete aus Protest gegen den Ausschluss von Kandidaten durch den Wächterrat ihre Mandate niedergelegt. Der Wächterrat hatte 3600 Kandidaten ausgeschlossen. Die Majlessmitglieder fordern eine Rücknahme des Ausschlusses und eine Verschiebung der Wahlen, um für alle Kandidaten gleiche Voraussetzungen zu gewährleisten. Darüber hinaus wenden sie sich mit der Forderung an den religiösen Führer **Ajatollah Ali Khamenei**, dass dieser sich doch zu Gunsten des Majless einsetzen solle. Beispielhaft für diese Position ist der Kommentar von **Dr. Elahe Kolai**, eine der ausgeschlossenen Reformislamisten, aus der Zeitung **Sharq** vom 1. Februar 2004: Kolai kritisiert das Vorgehen des Wächterrats und beruft sich dabei auf **Khomeini** und die Prinzipien der Islamischen Revolution. In derselben Zeitung kommentierte **Ahmad Seidabadi** die Ereignisse aus reformislamistischer Perspektive (Sharq, 3. Februar) und spielt verschiedene Möglichkeiten der weiteren Entwicklung des Konfliktes durch. Abschließend dokumentieren wir die Boykotterklärung der "**Partizipationsfront**", die unter Leitung des Bruders von Präsident Khatami 1997 noch zu dessen Wahl mobilisiert hatte.*

Elahe Kolai: "Intervention statt Beobachtung"

"Kurz vor dem 25. Jahrestag der Islamischen Revolution befindet sich die iranische Bevölkerung in einem zähen Konflikt zwischen Volks- und Machtorientierung. Die Revolution, auf deren Grundlage die Islamische Republik errichtet worden ist, sollte auf dem Volkswillen und auf dem Glauben an religiöse Grundsätze beruhen und den Iran grundlegend ändern. Von diesem Wandel wurde das Ende der mehrere Jahrhunderte andauernden Despotie und Unterdrückung erwartet. Der einzigartige Führer dieser Revolution [Ayatollah Khomeini] machte daher stets den Volkswillen zum Maßstab und orientierte sich vor allem anderen am Glück und der Zufriedenheit der Bevölkerung.

⁵²¹ ILNA, 19.1.2004

⁵²² MEMRI



Der Wächterrath soll laut Verfassung die Herrschaft der islamischen Werte und Gesetze gewährleisten, sowie über die Gesetze und die Wahlprozedur wachen, um die islamische Revolution, d.h. die islamischen und republikanischen Prinzipien zu stärken. Dadurch soll verhindert werden, dass Machtgierige und Monopolisten den freien Willen der Bevölkerung und deren Recht auf freie Wahlen unterdrücken. Der Wächterrath soll garantieren, dass der Weg der Islamischen Revolution eingeschlagen werden und die wahre Herrschaft der Bevölkerung uneingeschränkt gelten kann.

Was wir nun bei den vierten und fünften Majlesswahlen beobachtet haben, war nichts besonderes: Viele Kandidaten wurden aus erfundenen und undurchschaubaren Gründen ausgeschlossen. Bei den sechsten Majlesswahlen wurden viele Wählerstimmen als ungültig erklärt. Und jetzt, bei den siebten Wahlen, wiederholt sich dies - jedoch auf andere Art: Am Anfang einer neuen Form der Intervention und Einmischung in das freie Wahlrecht der Bevölkerung stand die Einführung von Beobachterbüros des Wächterrates. Diese Beobachterbüros legen Akten über alle an, von denen man annimmt, dass sie nicht mit der zentralen Führung übereinstimmen. Zwar stießen diese Maßnahmen auf breiten Widerstand bei großen Teilen von Legislative und Exekutive, konnten aber dennoch mit politischem Druck fortgesetzt werden.

Die Erfahrungen mit dem letzten Majless, dessen Abgeordnete sich mehrheitlich bemühten, ihre Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung mit legalen Mitteln zu erfüllen, veranlasste den Wächterrath ein bisher unbekanntes Verfahren zu entwickeln und ein zweistufiges Wahlsystem einzuführen. Dieses widerspricht jedoch der Verfassung und dem Wahlgesetz des Majless. Auf diese Art und Weise wurden Kandidaten ausgewählt, die auf der Seite der Machthaber stehen und mit deren [politischen] Ansichten übereinstimmen. [...] Bei der Durchführung dieses ungeheuren Plans, der sich gegen alle volksherrschaftlichen Prinzipien - insbesondere der islamischen - richtet, wurden für das siebte Majless so viele Kandidaten wie noch nie disqualifiziert."

Frau Dr. Kolai konstatiert im Weiteren, dass der religiöse Führer, Ali Khamenei, den Wächterrath ermahnt habe, seinen Eingriff in das Ausschlussverfahren nicht zu weit zu treiben und deutlich darauf verwiesen habe, dass Kandidaten lediglich aus zivilrechtlichen Gründen ausgeschlossen werden dürften. Das Majless habe sich daher "pflichtbewusst" direkt an den religiösen Führer gewandt und einen Dringlichkeitsantrag auf die Änderung des Wahlgesetzes gestellt, welcher jedoch ebenfalls abgelehnt wurde.⁵²³

Ahmad Seidabadi: "Letzte Wahl am letzten Tag"

"Die iranische Reformbewegung", kommentiert Ahmad Seidabadi in Sharq, "ist wie ein kranker Mensch, der immer dann, wenn die Ärzte ihre Hoffnung verlieren, ein

⁵²³ Sharq, 1. Februar 2004.



Lebenszeichen von sich gibt." Seidabadi geht davon aus, dass aufgrund des Rücktritts der Parlamentsmitglieder eine "Rückkehr der Reformer" möglich sei. Dies hänge vom Verhalten der Regierung und des Majless ab. Dabei erklärt Seidabadi seine Überzeugung, dass jede halbherzige Revision der zuvor ausgeschlossenen Kandidaten negative Folgen für die Reformbewegung haben würde: Nach einer solchen "illegalen Methode" müsste "die Reformbewegung zu Grabe getragen werden". "Wenn aber die Regierung und das Majless auf ihrer Forderung beharren, dass all diejenigen, die vom Staatsministerium eine Genehmigung zur Kandidatur bekommen haben, auch zugelassen werden, kann man hoffen, dass die Reformbewegung unabhängig von den Reaktionen der Antireformfraktion weiterexistiert."

Seidabadi geht dann auf diese möglichen Reaktionen der Antireform-Fraktion ein: Durch die Zulassung nur einer gewissen Zahl von Kandidaten würde sie einen "illegalen" Mittelweg einschlagen. Dies würde die Reformgegner retten, während auf der anderen Seite die Akzeptanz dieser Methode den politischen Tod der Reformen bedeuten würde. Denn, so Seidabadi, dieser Weg würde die Menschen nicht dazu ermuntern, an den Wahlen teilzunehmen, sondern eher das Misstrauen gegen die Reformer noch steigern.

Die zweite Möglichkeit, dass der Wächterrat gegenüber dem Reformwillen nachgeben und alle Kandidaten absegnen könnte, hält Seidabadi für gänzlich unwahrscheinlich. Sollte dies aber doch passieren, sei ein Sieg der Reformer sicher. Außerdem würde dies zu einem neuen Machtgleichgewicht zwischen den Fronten und damit zu einer Demokratisierung der politischen Strukturen führen. Erst dann würden nämlich auch jene Intellektuellen und gesellschaftlichen Schichten, die gegenwärtig die Wahlen boykottieren, ihre Meinung überdenken und doch noch an die Urnen treten.

Die dritte Möglichkeit bestünde darin, dass der Wächterrat weiterhin hart bliebe. In diesem Fall sieht Seidabadi drei Möglichkeiten für die Regierung: "Erstens die Durchführung der Wahlen mit allen von den Exekutivorganen akzeptierten Kandidaten. Die Entscheidungen des Wächterrates würden damit ignoriert. In Anbetracht der herrschenden Machtkonstellation ist diese Möglichkeit fast ausgeschlossen. Die zweite Möglichkeit wäre eine Absetzung der Wahlen aufgrund ihres nicht-demokratischen Charakters. [...] In diesem Fall läge auf der Hand, dass die andere Fraktion weder praktisch noch rechtlich in der Lage wäre, die Wahlen trotzdem durchzuführen. Eine Verschiebung der Wahlen könnte dann die Reformkräfte revitalisieren, so dass die Durchführung 'freier Wahlen' nach internationalen Standards durchgesetzt werden kann. Mit dieser Perspektive wären prinzipiell weite Teile der iranischen Gesellschaft und internationale Institutionen einverstanden. [...] Die dritte Möglichkeit wäre ein Rückzug der Reformer aus dem Wahlprozess." Dies würde laut Seidabadi zu einem solchen Rückgang der



Wahlbeteiligung führen, dass Parlament und Regierung Legitimationsprobleme bekämen.

"Sonnenklar" wäre es für Seidabadi in diesem Fall überdies, "dass die Antireform-Fraktion nicht in der Lage wäre, die Gesellschaft zu verwalten und die Probleme des Staates zu lösen. Weil sie die vielen auf sie zukommenden Probleme nicht bewältigen könnten, würden sie sich spalten, gegeneinander intrigieren und ihre Kräfte für interne Fraktionskämpfe verschwenden."⁵²⁴

Zum Boykott der Wahlen hat auch die so genannte Partizipationsfront aufgerufen, die vom Bruder des Präsidenten Khatami geführt wird: In einer Erklärung heißt es, dass alle legalen Möglichkeiten, um per Abstimmung durch die Bevölkerung an die Macht zu kommen, verloren seien. Der Bruder des Präsidenten: "Die wichtigsten Kräfte des Landes und der Revolution können sich nicht an den Wahlen beteiligen. [...] Wir werden natürlich jeden Schritt begrüßen, der uns aus der Krise hilft. Einige begehen derzeit schwere Fehler. Irgendwann werden diese Krisen zwar irgendwie gelöst werden, aber diejenigen, die die Krisen herbeiführen, müssen doch abgesetzt oder verurteilt werden. [...] Wir haben keine Hoffnung auf freie Wahlen im Februar." Wenn die Kandidaten aber doch noch zugelassen und die Wahlen verschoben würden, könnte eine Korrektur noch möglich sein.⁵²⁵

Special Dispatch, 9. Februar 2004 - Iranische Regierung stimmt Wahlen zu⁵²⁶

*Nachdem der Wächterrat am Wochenende weitere 255 von anfänglich über 3600 ausgeschlossenen Kandidaten wieder zugelassen hat, werden nun 5500 Bewerber an den Wahlen des islamistischen Parlaments am 20. Februar teilnehmen und um 290 Sitze konkurrieren. Obwohl damit über 2000 Kandidaten ausgeschlossen bleiben, haben jetzt **Präsident Mohammad Khatami** und der Majlessvorsitzender, **Mehdi Karrubi**, in einer offiziellen Erklärung der Durchführung der Wahlen zugestimmt. Zwar bliebe die durch den Wächterrat bestimmte Liste unbefriedigend, aber aus Gehorsam gegenüber den Befehlen des religiösen Führers, **Ali Khamenei**, würden nun alle Mitglieder der Regierung und des Staatsministeriums die Wahlen unterstützen.⁵²⁷ Dennoch rufen weiterhin breite gesellschaftliche Kräfte - auch aus den Reihen der Reformislamisten - zum Wahlboykott auf.*

⁵²⁴ Sharq, 3. Februar 2004.

⁵²⁵ ILNA, 3. Februar 2004.

⁵²⁶ MEMRI

⁵²⁷ Sharq, 8.2.2004



*Der Wächterrat begründete derweil den Ausschluss von Kandidaten so: "Nur bestimmte Personen, die für die Krisen im Staatsministerium und im Majless verantwortlich sind, wurden nicht zugelassen. Der Wächterrat muss beweisen, dass im Staat ein Organ existiert, das sich gegen gewalttätigen Druck wehren kann."⁵²⁸ **Hashemi Shahroudi**, Chef der iranischen Judikative, warnte die Kräfte, welche die Wahlen stören wollen, vor gerichtlichen Folgen⁵²⁹ und Teile des staatlichen Klerus wie **Ayatollah Nuri Hamadani** erklärten, dass die "Teilnahme an den Wahlen eine Art Jihad" darstelle.⁵³⁰*

*In unserer Dokumentation stehen zunächst konservative Stimmen im Mittelpunkt: Der Vorsitzende des Wächterrates, **Ayatollah Ahmad Jannati**, begründet das Ausschlussverfahren und in der Zeitung Resalat kritisierten Beiträge von **Amir Mohebian** und **Hassan Karbalai** die Reformislamisten, deren Spaltung in "vernünftige" und "radikale Parteien" sie zudem konstatieren. Abschließend dokumentieren wir das triumphierende Resumee von General **Masud Jasaeri**, dem Sprecher der mächtigen Organisation der Revolutionskomitees der **Pasdaran**.*

*Auf der anderen Seite kritisiert in der reformnahen Zeitung **Sharq** mit **Ibrahim Yasdi** ein Sprecher der **Nehsate Asadi**⁵³¹ die Konservativen: Diese würden ein "chinesisches Modell" verfolgen.⁵³²*

*Im Anhang zeigt eine Stellungnahme der Studentenorganisation **SMCCDI** (Student Movement Coordination Committee for Democracy in Iran) zu heftigen Auseinandersetzungen an der Universität von Teheran, dass die Proteste im Iran unvermindert weitergehen.*

"Die Menschen müssen wissen, wen sie nicht wählen dürfen"

Auf der Homepage des Wächterrats warnt **Ayatollah Ahmad Jannati** zunächst vor "Wahlbetrug" durch den Kauf von Stimmen und begründet dann noch einmal das Ausschlussverfahren durch den Wächterrat: "Wir können nicht wie andere Länder, die keine religiösen Verpflichtungen kennen, alle Kandidaten zügellos konkurrieren lassen. Dies wäre mit den islamischen Gesetzen nicht vereinbar. Wir kennen nicht nur das staatliche Gesetz, sondern auch religiöse Prinzipien, Sittlichkeit und Menschlichkeit. Wir müssen der Welt beweisen, dass wir eine gesunde, die beste Wahlform haben, die ein Modell für die Welt ist. Das zukünftige Majless muss an die Sicherheit und an die Macht des Staates denken und den Feinden entgegentreten,

⁵²⁸ ILNA, 8.2.2004

⁵²⁹ Entekhab, 7.2.2004

⁵³⁰ Resalat, 7.2.2004

⁵³¹ Nehsate Asadi oder die "Freiheitsbewegung" stellte den ersten Ministerpräsidenten unter Khomeini und gilt nach dem Selbstverständnis der Bewegung als eine ideologische Stütze des Systems. Politisch darf sie sich jedoch nicht organisieren. Ihr propagandistisches Hauptorgan, Irane Farda, wurde bei den letzten Majlesswahlen verboten. Ihre Anhänger publizieren jedoch in Zeitschriften wie Aftab oder in reformislamistischen Blättern wie der Sharq.

⁵³² Sharq, 7.2.2004



um den Islam, die Grenzen des Landes und die Ruhe der Bevölkerung zu verteidigen." (www.irisn.com)

In der Zeitung **Resalat** - einem Sprachrohr für die Positionen von "Hardlinern" in der iranischen Staatsführung - verwies der Kolumnist **Amir Mohebian** darauf, dass sich der "Führer" [Ali Khamenei] in einem Streit befinde, der von den "Radikalen" geplant worden sei. [Gemeint sind hier Teile der Reformislamisten und andere gesellschaftliche Akteure, die unter anderem für einen Wahlboykott eintreten.] Mohebian zeichnet das Bild einer wachsenden Kluft zwischen "vernünftigen Reformern" und "feindlich gesinnten Radikalen":

So organisierten sich derzeit diejenigen Akteure, die den "Zentralen der Radikalen" folgen: Indem sie versuchten, die Krise aufrecht zu erhalten, unterschieden diese sich von den vernünftigen Reformern, die ihre gesetzliche und politische Verantwortung ernst nähmen.⁵³³ Dabei gäbe es nach den Reden des religiösen Führers gemäß der religiösen Vorschriften der Scharia keinen Grund mehr, die Proteste fortzusetzen. Vielmehr würden anhaltende Proteste beweisen, dass sich die "Radikalen" in einen Strudel gegen die Revolution und gegen den Reformprozess begeben hätten.

Vor diesem Hintergrund würden sich die Streikenden auch immer mehr spalten: Während die einen für ihre Machtposition kämpften, würden die anderen Gesetz und Gesetzgeber verteidigen - auch dann, wenn diese ein Urteil gegen ihre Person verkündet hätten. Auf diese Weise, so Mohebian weiter, würden sich "Parteien", die Opfer ihrer eigenen Machtgier wären, auch von solchen "Parteien" verabschieden, deren Mitglieder zwar ausgeschlossen wurden, die aber den gesetzlichen Rahmen nicht verlassen hätten und sich rationalen Reformen verpflichtet fühlten.⁵³⁴ Das gelte auch für die Zeitungen: Solche, in denen das "Feuer der Machtanbetung" entfacht werde, seien von den Zeitungen zu unterscheiden, die "vernünftig", "freiheitlich" und "volksnah" berichteten. (Resalat, 5.2.2004)

Auch der Autor **Hassan Karbalai** kritisiert in derselben Ausgabe von **Resalat** die Haltung der "Radikalen":

"Die Radikalen sagen, dass die Wahlen frei, gerecht und unter Konkurrenzbedingungen durchgeführt werden sollen. Damit haben sie recht. (...) Aber warum verteidigen Europa, der Sprecher des Weißen Hauses und das Außenministerium der USA die radikalen Reformer? (...) Diese erklären auf der

⁵³³ Unter den "Zentralen der Radikalen" versteht Mohebian jene Kräfte, die die Wahlen boykottieren wollen. Diese Position gründet sich auf der Spaltung der vier wichtigsten Khatami unterstützenden Fraktionen: So halten die "Partizipationsfront", "Die Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution" und die "Islamische Studenten Vereinigung" (Daftare Tahkime Wahdat, DTW) auch nach der jüngsten Erklärung Khatamis an ihrem Wahlboykott fest. Dagegen wollen die "Majmae Rohaniune Mobares" jetzt teilnehmen.

⁵³⁴ Mohebian bezeichnet die verschiedenen islamistischen Fraktionen als politische Parteien.



einen Seite, dass die Wahlen frei sein müssen, drohen auf der anderen aber ständig mit Streiks und Rücktritten, um die Beschlüsse einer staatlichen Institution zu beeinflussen. Sie sprechen von freien Wahlen, liefern aber dem Wächterrat eine Liste von 293 Kandidaten und bestehen darauf, dass diese zugelassen werden. Andernfalls verlangen sie eine Verschiebung der Wahlen. Sind solche Forderungen etwa ein Zeichen von freien Wahlen? Weiterhin sagen sie, dass bei den Wahlen die Möglichkeit der Konkurrenz gewährleistet sein müsse. Dabei kommen auf jeden Sitz im Majless 19 Konkurrenten. Sie behaupten, dass in 190 Wahlkreisen keine Möglichkeit der Konkurrenz gegeben sei und liefern nicht einen Nachweis für diese Lüge. War eine solche Lüge nötig, um den Wächterrat zu zwingen, weitere ungeeignete Kandidaten zuzulassen? [...]

Sie sagen, dass die Wahlen gerecht sein sollen. Auch das ist richtig. Aber bedeutet dies, dass diejenigen, die zur Zersetzung des Staates beitragen, diejenigen, die süchtig und materiell sowie geistig korrupt sind, unbedingt vom Wächterrat bestätigt werden müssen? Heißt Gerechtigkeit etwa, dass diejenigen, die früher in der Schahpartei und in seinem Geheimdienst SAVAK gearbeitet haben, nun akzeptiert werden müssen? Wir müssen die streikenden Herrschaften auffordern, dass der iranischen Bevölkerung doch wenigstens die Unterlagen unserer Geheimdienste über die disqualifizierten Personen zur Verfügung gestellt werden. Damit die Menschen wissen, wen sie nicht wählen dürfen." (Resalat, 5.2.2004)

In ähnlichem Ton äußerte sich der Sprecher der **Revolutionskomitees der Pasdaran** (Wächter der islamischen Revolution), **General Masud Jasaeri**, über die zurückgetretenen Majlessmitglieder: "Die Streikenden gingen davon aus, dass die Bevölkerung sie unterstützen wird. Aber nur die ausländischen und die verführten Elemente im Iran haben sie unterstützt. Sie dachten, dass ihre Machenschaften ähnliche Resultate wie in der ehemaligen Sowjetunion oder wie in Georgien zeitigen werden. Die Majlessmitglieder hofften, dass die Bevölkerung sie im Zuge der Solidarität der Amerikaner, Europäer und Zionisten unterstützen würde. Die Bausteine der heiligen Ordnung der Islamischen Republik sind jedoch stabiler als sie denken. Die islamische Ordnung könnte nicht einmal mit noch breiteren Streikbewegungen erschüttert werden. Die Streikenden haben sich sehr irrational und kindisch und wie politische Zwerge verhalten. Sie glauben ernsthaft, dass ihre Ziele in Iran verwirklicht werden können. Aber genau wie die ausländischen Mächte gezwungen wurden, sich gegenüber den festen Säulen der Revolution zurückzuziehen, wird keine Macht und Opposition im Inland dem Willen der Bevölkerung widersprechen. Denn der Wille der Bevölkerung ist der Wille des Islam und der Befehl des Führers. Die Jugend und die Bevölkerung ist wie in der Vergangenheit schon bereit, die Prinzipien und die Werte der Revolution zu verteidigen." (ILNA, 7.2.2004)



"Die Jugend braucht Arbeit, Hoffnung und Sicherheit"

Auf der anderen Seite vergleicht **Ebrahim Yasdi** in einem Kommentar der reformorientierten Zeitung Sharq die Positionen der "Konservativen" im Iran mit der Entwicklung in China. Er fragt: "Warum ist China für die reaktionären und traditionellen religiösen Gruppen im Iran so interessant? Gibt es einen gemeinsamen Nenner zwischen den Herrschern im Iran mit denen in China? Kann die chinesische Erfahrung wirklich ein passendes Modell für den Iran sein?"

Yasdi antwortet selbst auf diese Fragen: "Das chinesische Modell hat drei Säulen: politische Unterdrückung, gesellschaftliche Freiheiten und wirtschaftliches Wachstum. Das Verhalten der Konservativen, des Wächterrates - also die Vorgehensweise beim Ausschluss der Kandidaten und die faktische Reservierung von mindestens zwei Drittel der Majlessitze für die Konservativen - weist darauf hin, dass die Macht in Exekutive und Legislative erobert und eine einheitliche Herrschaftsstruktur errichtet werden soll. Aber können die rechten, konservativen Kräfte denn nach dem Modell der kommunistischen Partei Chinas herrschen, wenn sie die Macht vereinheitlicht haben? China hat in den letzten 20 Jahren eine hohe Wachstumsrate erzielt. China gehört zu den Staaten, die es geschafft haben, einen Löwenanteil des internationalen Kapitals, insbesondere des Kapitals aus Amerika und das Kapital der Auslandschinesen zu absorbieren." Außerdem, so Yasdi, habe China mittlerweile viele politische Gefangene freigelassen, die als "Liberale" und "Konterrevolutionäre" in Haft saßen.

Yasdi fragt dann, ob die politischen Kräfte im Iran bereit seien, neue Wege zu gehen. Die iranische Wirtschaft sei schließlich in den vergangenen 20 Jahren von den rechten politischen Kräften bestimmt worden. Diese bestünden aus zwei Hauptgruppen: den traditionellen Klerikern und den Handelskapitalisten. Diese Kräfte seien aber nicht in der Lage, die wirtschaftliche Krise zu bewältigen. Außerdem verhindere eine Mafia, die die gesamten [Öl]Einnahmen für sich beanspruche, die Reform der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund sei es doch sehr zu bezweifeln, ob im Iran ein wirtschaftliches Wachstum nach dem chinesischen Modell möglich sei.

Die neben den ökonomischen Reformen zweite Säule des chinesischen Modells, so Yasdi weiter, seien gesellschaftliche und kulturelle Freiheiten, wie Religionsfreiheit, freie Beziehung zwischen Mann und Frau, Kleidungsfreiheit, Freiheiten in der Kunst, Musik und Tanz.... Insbesondere die Bekleidung der Frauen sei in China nie ein Thema gewesen. Und nach der Niederlage der Kulturrevolution habe die Sensibilität gegenüber der westlichen Kultur abgenommen. Dies alles unterscheide sich gänzlich von der Situation in Iran, wo ein Teil der Jugend sehr unzufrieden sei. So habe in den "geschlossenen politischen Verhältnissen" die Frage der Kleidungsvorschriften für die Frau eine Form des "negativen Widerstandes" entwickelt. Wenn die "rechten Herrscher" die gesellschaftlichen Beschränkungen nicht aufheben, würden neue Proteste entstehen. Andererseits würden auch gesellschaftliche Freiheiten alleine nicht mehr ausreichen, um die Unzufriedenheit der Jugend zu beantworten. Die Jugend brauche Arbeit, Hoffnung und Sicherheit für die Zukunft. In China habe das



wirtschaftliche Wachstum der Jugend diese Hoffnung gegeben. Zwar gäbe es dort keine politischen Freiheiten, aber es existiere eine ökonomische Hoffnung auf die Zukunft. In Iran hingegen sei die Permanenz der wirtschaftlichen Krisen und die Jugendarbeitslosigkeit ein politisches Problem, das nicht durch mehr Freiheiten in der Beziehung zwischen Mädchen und Jungen gelöst werden könne.

Die dritte Säule des chinesischen Modells stellt für Yasdi die Verletzung der Menschenrechte und der internationalen Verträge dar. Die rechten und reaktionären Kräfte des Iran haben Yasdi zufolge bewiesen, dass sie keineswegs den Chinesen nachstehen. Die Chinesen würden argumentieren, dass das Menschenrecht darin liege, dass keiner hungern dürfe. Zumindest hätten die chinesischen Herrscher diese Voraussetzung für mindestens 1 Milliarde und 300 Millionen Menschen geschaffen. In Iran herrschten jedoch solche Verhältnisse nicht. Die permanente Verletzung der Menschenrechte könne der Iran nicht fortsetzen, vielmehr müssten die internationalen Verträge befolgt werden. Die politische Entwicklung sei in Iran die Voraussetzung für jedes wirtschaftliche Wachstum.

Abschließend fragt Yasdi: "Können die rechten und konservativen Kräfte mit der politischen Repression fortfahren und gleichzeitig die sozialen und wirtschaftlichen Krisen meistern? Da die Regierenden in zwanzig Jahren Herrschaft keine Strategie entwickelt haben und lediglich auf die Idee kommen, das Modell der kommunistischen Partei Chinas nachzueifern, werden keine Wunder zu erwarten sein." (Sharq, 7.2.2004)

* Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran

Anhang

Fresh demo rocks Tehran University

SMCCDI (Information Service)

Feb 8, 2004

Fresh demo and sporadic clashes rocked, today, the Technical College of Tehran University as hundreds of students joined a meeting, organized by the Islamic Students Association, on the end of the so-called reforms.

Hundreds of students shouted slogans against the totality of the theocratic regime and its leaders as they witnessed the usual soft speeches of several disqualified candidates, current MPs, and heads of the Islamic Students Association. The presence of these incompetent MPs and their desperate try to use the already decided general boycott of the upcoming sham elections, by the majority of Iranians, in their favor was upset many students and made them to protest openly against the totality of the regime.



Many students cut the speeches by reminding them their accomplice silences when students were beaten up or murdered while these MPs were more thinking of safeguarding their positions and cutting deals on the back of Iranians.

Slogans, such as, "Sherkat dar entekhabat, khyanat, khyanat" (Participation in elections, a betrayal, betrayal), "Khatami, khejalat, khejalat", (Katami, shame, shame), "Ansar jenayat mikonad, Rahbar hemayat mikonad" (Ansar commit crimes, Supreme Leader support them), "Marg bar Dictatori" (Down with Dictatorship), "Marg bar Taleban, tche Kabol, Tche Tehran" (Down with Taleban, in Tehran as in Kabul), "Zendani e siassi, Azad bayad guardad" (Political Prisoners must be freed), "daneshjoo mimirad, Zellat nemi and "Referendum, Referendum, in ast shoar Mardom" (Referendum, Referendum, this is our people's slogan) were shouted by the students under the brutal attacks of regime's plainclothes men and so-called Bassidj students.

Hundreds of tracts were distributed in the premises denouncing the Feb. 20th sham elections. Same type of tracts have been distributed in wide scale in main Iranian cities calling for solidarity in the general boycott and predicting the future downfall of the regime.

Special Dispatch, 20. Februar 2004 - Verbot von Reformblättern im Iran ⁵³⁵

*Ein Tag vor den Wahlen wurden im Iran gestern mit **Yaase No** und **Scharq** die beiden etabliertesten reformislamistischen Zeitungen verboten. Damit deutet sich eine weitere Verschärfung der Repression in der Islamischen Republik Iran an, die in den nächsten Jahren von "neokonservativen" Islamisten unter Führung von **Hassan Rohani** geprägt werden dürfte.*

*Für einen solchen Kurs sprechen auch die jüngste Bestätigung der Fatwa gegen **Salman Rushdi** sowie die Warnungen des religiösen Führers **Ayatollah Khomeini** an die Europäer: So zitierte die reformislamistische Homepage **Rouydad** am 14.2.2004 eine Presseerklärung der "Widerstandsorganisation der Bassiji", einer militärischen Organisation, die als eine Spezialtruppe des religiösen Führers gilt: "Noch ist das verletzte Herz der Moslems nicht geheilt. Salman hat die islamischen Heiligtümer beleidigt. Die Fatwa von Ayatollah Khomeini ist bis heute gültig. Salman Rushdi wollte mit seinem 'Satanischen Versen' den Teufeln der Welt dienen. Er wusste aber nicht, dass das Urteil des Gründers der Islamischen Republik Iran ihm sein Leben lang keine angstfreie Minute lassen wird. Salman Rushdi wird im Feuer*

⁵³⁵ MEMRI



der Rache der Muslime enden und die Belohnung für seine schändliche und verräterische Tat erhalten."

Ähnlich scharf klingen die jüngsten Reaktionen auf europäische Forderungen nach Kontrolle des Atomprogramms und Verbesserung der Menschenrechtssituation: Khamenei warnte Europa in seinem Freitagsgebet vom 13.2. vor Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Irans und erklärte, dass "das iranische Volk den Europäern auf den Mund schlagen wird, wenn sie sich weiter in unsere Angelegenheiten mischen. (ISNA, 13.2.2004)

Zur Zensur der reformislamistischen Presse

Nach Angaben der Nachrichtenagentur ISNA am 19.2.2004 sind die beiden reformislamistischen Zeitungen Yaase No und Sharq verboten worden. (ISNA, 19.2.2004) Wie dazu Rouydad, eine reformislamistische Homepage, berichtete, wurde das Verbot der Zeitung Yaase No in Anwesenheit des Chefredakteurs und zwei weiterer Redakteure der Zeitung bekannt gegeben. Zwei nicht namentlich erwähnte Mitarbeiter der Zeitung seien verhaftet worden. (www. Rouydad.ws, 19.2.2004)

Rouydad weiter: "Während der religiöse Führer des Iran der Meinung ist, dass im Iran vollständige Pressefreiheit herrscht, wurden in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag die Zeitungen Yaase No und Sharq verboten. Die Zeitungen hatten Teile eines Protestschreibens von Majlessabgeordneten an den religiösen Führer abgedruckt. Das Verbot wurde auf Befehl von Hassan Rohani, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, ausgesprochen. Beamte der Teheraner Staatsanwaltschaft sind in der vergangenen Nacht in den Büros der Zeitungen Yaase No und Sharq erschienen und haben vor Ort das Verbot bekannt gegeben. Nachdem die Beamten die Mitarbeiter der Zeitungen über Stunden in ihren Büros verhört und die Telefonleitungen der Büros unterbrochen hatten, wurden die Büros plombiert. Als Grund für das Verbot der Zeitungen wurde die Veröffentlichung einiger Passagen des Briefes von Majlessabgeordneten an den Führer angegeben. In der Nacht hatte Hassan Rohani persönlich die Veröffentlichung dieses Briefes zensuriert. [...] Hassan Rohani, der nicht zum ersten Mal die Zensur der iranischen Presse anordnete, hatte kürzlich in Gegenwart des französischen Außenministers Hubert Vedrine und Jacques Chirac noch beteuert, dass der Sitzstreik der Majlessabgeordneten ein Beweis für die Demokratie im Iran sei!

Damit sind die beiden meistverkauften Nichtregierungszeitungen einen Tag vor den siebten Majlesswahlen verboten worden. Dabei ist es nicht einmal eine Woche her, dass der religiöse Führer von einer vollständigen Pressefreiheit im Iran sprach. [...] Das Verbot von Scharq und Yaase No so kurz vor den Wahlen erinnert an das Verbot der Zeitung Salam (linksislamistisches Blatt, d. Redaktion) vor dem vierten Majless."



Die studentische Nachrichtenagentur ISNA (19.2.) zitierte Seyyed Mohammad Ali Abtahi, den parlamentarischen Sekretär von Präsident Khatami, der das Verbot der beiden Zeitungen bedauerte. Das Verbot sei illegal. Der Präsident sei, obwohl Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, erst informiert worden, nachdem die Entscheidung getroffen worden war. Abtahi: "Solche Maßnahmen haben einen sehr negativen Einfluss auf den Ablauf der Wahlen. Es war natürlich vorauszusehen, dass im Falle eines Sieges der Regierungskritiker solche Auseinandersetzungen gehäuft auftreten würden. Das Verbot der Zeitungen hat aber gezeigt, dass die Kritiker ihr Ziel, die Freiheiten einzuengen, schon vor dem Wahlsieg verfolgen."

Auch der Verteidiger der Zeitung Yaase No, Abdolfatah Soltani, erklärt bei ISNA, dass das Verbot der Zeitungen illegal sei. Eine Zeitung könne nur verboten werden, wenn der Nationale Sicherheitsrat sie wegen eines Problems zunächst ermahne und erst wenn dann das Problem nicht behoben werde, könne die Zeitung verboten werden. Natürlich könne auch dann nicht einfach der Staatsanwalt ein Verbot aussprechen, sondern das Gericht müsse ein Urteil verkünden. Der Anwalt erwähnte, die Büros seien geschlossen worden und die Beamten hätten die Schlüssel mitgenommen. Aber selbst wenn das Verbot legal gewesen wäre, so Soltani, dürften nicht einfach neue Schlösser angebracht und die Büros verriegelt werden. (ISNA, 19.2.2004)

Die ISNA veröffentlichte zudem die Einschätzung von Issa Saharkhis, Mitglied des Zentralrates des Vereins zur Verteidigung der Medien im Iran. Saharkhis meint, dass das Verbot der Zeitungen als Zeichen für einen neuen Höhepunkt der Interventionen in politische Dispute zu werten sei. Solche Einmischungen hätten zwar Tradition, seien dieses Mal aber eindeutig zugunsten der Minderheit im Majless ausgefallen. Das Ziel sei die "vollständige Entwaffnung" der Reformer. Zudem solle im Vorfeld der Wahlen des siebten Majless dafür gesorgt werden, dass diese Zeitungen keine "Entlarvungsaktionen" starten könnten. Letztendlich sei die Durchsetzung einer einstimmigen Medienlandschaft Ziel der Maßnahme.

In seiner Erklärung fragt Saharkhis: "Wenn Majlessabeordnete nicht das Recht besitzen, ihre Positionen bekannt zu geben, wer kann dann das Recht des Volkes gegen Übergriffe verteidigen?" Saharkhis erinnert den Präsidenten Mohammad Khatami daran, dass es seine Aufgabe sei, die Verfassung des Landes zu verteidigen und die Freiheiten der Bürger zu schützen. Die direkte Einmischung des Nationalen Sicherheitsrates, der ja unter dem Vorsitz von Präsident Khatami stehe, verletze den Artikel 4 der Verfassung, der die Meinungsfreiheit im Rahmen der islamischen Ordnung festlege. Allein die Regierung und die Judikative hätten die Verantwortung dieser Verbote zu tragen. (ISNA, 19.2.2004)

Die Agentur ILNA meldete, dass der Chefredakteur der Zeitung Sharq, Rahmanian, in einem Schreiben an die Revolutionäre Staatsanwaltschaft von Teheran die Aufhebung des Verbots seiner Zeitung gefordert habe. Rahmanian schreibt in



seinem Brief von ILNA veröffentlichten Brief an den Staatsanwalt, dass seine Redakteure einige in der Erklärung der Majlessabgeordneten enthaltene Beschimpfungen gestrichen hätten, die Erklärung aber ohne Unterschriften der Majlessabgeordneten gewesen sei. In dem Schreiben gesteht er, dass die Veröffentlichung einer anonymen Erklärung mit den Prinzipien des Pressegesetzes nicht zu vereinbaren sei. Die Bemühungen der Redaktion, das Schreiben mit den Unterschriften zu bekommen, seien jedoch nicht erfolgreich gewesen. Rahmanian bittet den Staatsanwalt, das Verbot der Zeitung aufzuheben. Sharq werde in Zukunft im Rahmen der Werte des Systems arbeiten. Rahmanian gesteht einen Fehler der Redaktion ein und äußert seine Hoffnung auf das Wiedererscheinen der Zeitung Sharq. (ILNA, 19.2.2004)

Die Reformerplattform 'Partizipationsfront des Islamischen Iran' hat derweil das Verbot der Zeitungen durch die Neokonservativen als Bedrohung der Freiheiten charakterisiert. Das Verbot zeige, dass die Konservativen mehr als nur die Durchführung einer ungerechten Wahl im Sinne hätten (ebd.)

Special Dispatch, 5. März 2004 - Iran nach den Wahlen: Positionen der neuen Parlamentsmehrheit ⁵³⁶

*Die **Abadgarane Irane Eslami** [Die Kultivierenden des Islamischen Iran] ist als stärkste Gruppe aus den Wahlen zum siebten iranischen Parlament (Majless) hervorgegangen. Sie werden zwar als Neokonservative bezeichnet, wollen aber selbst **Osuli**, Fundamentalisten, genannt werden. Da Präsident **Hojatoleslam Mohamad Khatami** und seine Minister noch ein Jahr amtieren werden, wird viel davon abhängen, wie das neue Parlament mit der alten Regierung zusammenarbeitet.*

*Im Folgenden dokumentieren wir Äußerungen verschiedener Abgeordneter aus den Reihen der Abadgarane über ihre wirtschaftlichen Vorstellungen, ihre Politik gegenüber der Khatami-Regierung, ihre Haltung zum Atomprogramm und zur US-Politik sowie ihr Verhältnis zu Reformislamisten und politischen Freiheiten. Bedeutsam ist dabei, dass eine Aufteilung in ein linkes und rechtes Lager in der innerislamistischen Diskussion keinen Sinn ergibt: So verfolgen die neokonservativen "rechten Hardliner" mit ihrem Wirtschaftskonzept eine staatliche Interventionspolitik und werfen den "linken Reformislamisten" vor, mit der Verteidigung der Marktwirtschaft die soziale Ungerechtigkeit gefördert zu haben. Abschließend geben wir die Analyse des reformislamistischen Journalisten **Mashaollah Schamsolwaezin** [Chefredakteur der verbotenen Zeitung **Jamee**] über die Zukunft des Iran und sein Verhältnis zum Westen wider:*

⁵³⁶ MEMRI



Wirtschaftspolitische Positionen der Abadgaran und ihre Haltung gegenüber der Khatami-Regierung

Ahmad Tawakoli, Parlamentsabgeordneter der Stadt Teheran, behauptet, dass das zukünftig von der Gruppe der Abadgaran dominierte Majless, die Khatami-Regierung stärker unterstützen wird als es das sechste Majless getan habe. Er beschreibt die Position der Abadgaran folgendermaßen: "Gegenseitige Verständigung und Beratung sowie konsequenter Druck auf die Regierung wird zur Änderung der Regierungspolitik führen. Dies wird mehr bringen, als das Personal in den Ämtern auszutauschen. Khatami wird noch weitere 12 Monate im Amt bleiben. Natürlich wird das Majless währenddessen alles unternehmen, damit die Regierung [der Bevölkerung] erfolgreicher dienen kann als zuvor. Die Lösung der Probleme der Bevölkerung ist das erklärte Ziel des siebten Majless. Ich denke, dieses Majless wird die Regierung weit mehr unterstützen als das sechste, um die Probleme des alltäglichen Lebens endlich zu lösen."⁵³⁷

Tawakoli erklärt, dass sich das siebte Majless vor allem um die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse der Bevölkerung kümmern sollte. Armut, Korruption und Arbeitslosigkeit müssten bekämpft werden. Tawakoli weist darauf hin, dass es im Iran ein großes Potential junger Wissenschaftler gebe. Diese jungen Menschen sollten hoffnungsvoll in die Zukunft schauen.⁵³⁸ Tawakoli weiter: "Die Kargosaran [Reformislamisten] glauben nicht an eine Einkommensverteilung und warten bis der Markt die gewünschte Verteilung vollzieht. Wir aber glauben an eine gerechte Verteilungspolitik."⁵³⁹

Hadad-Adel geht auf die Regierungszeit Khatamis ein: "Die Khatami-Regierung hat positive und negative Resultate. Das Wachstum im Bereich der industriellen Entwicklung betrug 11 Prozent. Damit erreichte Iran den ersten Platz im Mittleren Osten. Leider ging aber dieser Wachstumsprozess nicht mit sozialer Gerechtigkeit einher. Wir werden also im Vergleich zu unseren Vorgängern eine verstärkte Aufbau- und Entwicklungspolitik betreiben und dabei vermehrt auf islamische Werte setzen. Der Iran kann sich wie Japan durch eine unabhängige Aneignung von Technologie entwickeln."⁵⁴⁰

Gegenüber der Nachrichtenagentur **Bastab** führte er diesen Vergleich näher aus: "Iran hat aufgrund seiner Naturressourcen und dem Ausbildungsstand der Bevölkerung alle Voraussetzungen, zu einem entwickelten islamischen Land zu werden. Wir glauben an dieses Prinzip. Wir planen eine umfassende Entwicklungspolitik. Wir hoffen, dass der Iran auch in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht ein entwickeltes Land mit islamischen Werten sein wird.

⁵³⁷ Homepage der Abadgaran, 23.2.2004.

⁵³⁸ Homepage der Abadgaran, 23.2.2004.

⁵³⁹ Fars News Agency, 24.2.2004.

⁵⁴⁰ Fars News Agency, 24.2.2004.



Das heißt aber nicht, dass der Iran wie Japan Truppen in den Irak schickt, um die Amerikaner zu unterstützen. Ich meine damit lediglich eine technologische und wissenschaftliche Entwicklung."⁵⁴¹ Hadad-Adel definiert seine Forderung nach mehr Entwicklung so: "Wir wollen wirtschaftliches Wachstum plus sozialer Gerechtigkeit."⁵⁴² Auch **Dr. Dawud Danesh Jafari**, Vorsitzender der Wirtschafts- und Handelskommission des Schlichtungsrates, vertritt die Überzeugung, dass der Iran danach streben sollte, die "führende Macht in der Region" zu werden.⁵⁴³

Im Zuge der Diskussion, ob Khatami und seine Minister vor dem neuen Majless befragt werden sollten, spricht sich **Hamidresa Katouzian** dagegen aus, die Minister der Khatami- Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. "Wir wollen lediglich die Effektivität der Regierungspolitik steigern. Minister zu befragen ist nicht produktiv und widerspricht den Interessen des Landes. Wir werden den Ministern eine Reihe von Empfehlungen unterbreiten, aber der Regierung Khatamis keine Schwierigkeiten bereiten."⁵⁴⁴ Dabei erinnert Katouzian an den ersten Revolutionsführer des Iran, Ayatollah Imam Khomeini: "Das siebte Majless wird so gut es kann die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten innerhalb der Bevölkerung abschaffen. Genauso wie Imam Khomeini dies immer gefordert und auch umgesetzt hat, damit die Bevölkerung zufrieden ist." Und der Abgeordnete **Abasali Akhtari** erklärt, dass es das Hauptziel des siebten Majless sei, "Wohlstand für die wenig verdienenden Bevölkerungsschichten" zu ermöglichen.⁵⁴⁵

Zum Atomprogramm

Tawakoli sichert der Regierung bei der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde Unterstützung zu: "Ich glaube, dass das siebte Majless in Anbetracht des im Lande vorherrschenden Geistes der Unabhängigkeit an der Atomtechnik, die sogar von uns selbst entwickelt wurde, festhalten wird. Das siebte Majless wird die Regierung in der Atomfrage unterstützen - wenn aber die IAEA unsere Konditionen nicht akzeptiert, wird es den Prozess der Zusammenarbeit natürlich nicht weiter unterstützen."⁵⁴⁶

Elias Naderan vertritt die Position, dass der IAEA-Vertrag im neuen Majless noch einmal diskutiert werden müsse. Wenn die IAEA ihr Wort, dass der Iran die Atomenergie friedlich nutzen dürfe, nicht halte, sehe sich der Iran auch nicht genötigt, irgendeiner Verpflichtung nachzukommen.⁵⁴⁷ **Hossein Scheich´ul´Islam** geht davon aus, dass das Zugeständnis des Iran, die Anreicherung von Uran zu verschieben, nur auf Druck der USA und Europas zustande gekommen sei. Die

⁵⁴¹ Bastab, 24.2.2004.

⁵⁴² Bastab, 24.2.2004.

⁵⁴³ Homepage der Abadgaran, 24.2.2004.

⁵⁴⁴ Fars News Agency, 29.2.2004.

⁵⁴⁵ Homepage der Abadgaran, 24.2.2004.

⁵⁴⁶ Homepage der Abadgaran, 23.2.2004

⁵⁴⁷ Homepage der Abadgaran, 24.2.2004.



beste Antwort sei daher "Widerstand". Er begründet seine Position damit, dass der NPT-Vertrag die friedliche Nutzung von Atomtechnologie keineswegs untersagt habe. Die Aufschiebung der Uran-Anreicherung sei dem Iran lediglich von den westeuropäischen Staaten und Amerika aufgezwungen worden. Das siebte Majless werde sicherlich eine friedliche Atomnutzung verteidigen.⁵⁴⁸ Gegenüber **Jomhuriye Eslami** bestätigte **Dr. Elham Aminsadeh** die Vermutung, dass der Iran seine Verpflichtungen gegenüber der IAEA nicht einhalten werde: "Das Versprechen des Iran gegenüber den drei europäischen Außenministern, die Urananreicherung aufzuschieben, hat keinen absoluten Charakter. Zu einem günstigen Zeitpunkt werden wir wieder mit dem Programm beginnen."⁵⁴⁹

Zur iranischen US-Politik

Dr. Mehdi Kuchaksadeh stellt klar, dass die Abadgaran die nationale Würde des Iran nie vergessen werden und kritisiert die amerikanische Politik: "Die amerikanischen Beziehungen zu anderen Staaten beruhen stets auf Gewalt." Er widersprach den Behauptungen mancher Reformislamisten, dass die Neokonservativen im siebten Majless die Beziehungen zu den USA verbessern wollen. "Mit dem Segen der islamischen Revolution haben wir in den letzten 25 Jahren unserer Außenpolitik gegenseitige Akzeptanz gefordert. Solange Amerika nicht aufhört, Gewalt auszuüben, wird es weder zu Kontakten noch zu einem Dialog kommen. Wenn Amerika seine Politik gegenüber dem Iran revidiert, kann es wie alle anderen Staaten auf einen Dialog mit dem Iran hoffen. Wir sehen ja, dass sich die unbändige Politik der Amerikaner keineswegs gemäßigt hat, sondern täglich wilder wird." Kuchaksadeh fügte hinzu, dass die Bezeichnung "konservativ" für die Abadgaran nicht zutrefte und eine Erfindung der Reformisten sei. Die Abadgaran seien "Osulgara" [Fundamentalisten] und glauben an die Welayate Faqih [Herrschaft der Rechtsgelehrten/Klerus]. Diese würden die nationalen Interessen des Landes schützen.⁵⁵⁰

Hassan Rohani, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates und einer der wichtigsten Figuren der Konservativen, sagte zu den iranisch-amerikanischen Beziehungen: "Amerika benutzte den 11. September als Vorwand, um den Islam als die Schule des Terrors vorzustellen." Zur amerikanischen Präsenz in Afghanistan und im Irak erklärte er: "Bis heute sind die Pläne des Feindes in der Region gescheitert. Amerika wollte eine starke Bastion in Afghanistan errichten. Amerika möchte einen psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Krieg gegen den Iran führen. Aber all diese Pläne sind gescheitert."⁵⁵¹

⁵⁴⁸ Homepage der Abadgaran, 28.2.2004.

⁵⁴⁹ Jomhuriye Eslami, 29.3.2004.

⁵⁵⁰ Homepage der Abadgaran, 29.2.2004.

⁵⁵¹ Entekhab, 2.3.2004.



Abadgaran und Reformislamisten

Ahmad Tawakoli weist darauf hin, dass die Entwicklung der Abadgaran eine aktive und kluge Fraktion der Minderheit der Reformer erfordere. Eine kluge Mehrheit werde auch eine lebendige Minderheit akzeptieren.⁵⁵² Und Hadad-Adel hebt hervor: "Wir neigen nicht dazu, von Siegern und Verlierern zu sprechen. Unsere Pflicht ist es, zu dienen. An Rache denken wir nicht. Wir haben schon zuvor mit unseren Parolen alle Iraner eingeladen, der Bevölkerung und dem Land zu dienen. Wir wollen alle Differenzen und Streitereien zwischen den Fraktionen beenden. Die Iraner sind müde von diesen Auseinandersetzungen."⁵⁵³

Abadgaran und politische Freiheiten

Ahmad Tawakoli weist die Kritik zurück, dass die neue Parlamentsmehrheit repressiver als das frühere Majless vorgehen werden: "Leider gibt es diese Meinung, dass wir die politischen Freiheiten einschränken würden. Dabei haben wir jahrelang für politische Freiheiten in unserem Land gekämpft, insbesondere an den Universitäten, die als Übungsfeld für politische Auseinandersetzungen in unserem Staat fungieren. Wir werden jede politische Entscheidung, die gegen die Unabhängigkeit unseres Staates ist, reformieren." Laut Hadad-Adel wird Zensur keine Rolle spielen. Er fügt in diesem Zusammenhang hinzu, dass "die Mängel der Arbeit des Ministeriums für die Islamische Führung⁵⁵⁴ behoben werden, was als positiver Punkt betrachtet werden sollte. "⁵⁵⁵

Ahmad Ahmadi, ein weiteres Mitglied der Abadgaran, forderte, dass sich das Erziehungs- und das Universitätssystem ändern müssten: "Unsere Jugend hat mit ihrem Blut für die Verteidigung des Landes bezahlt. Wir müssen eine Einheit im Majless herstellen und solange uns niemand ein Messer in den Rücken rammt, lassen wir sie in Ruhe."⁵⁵⁶

Verhältnis zum Westen

Zusammenfassend analysiert der den Reformern nahe stehende Journalist, **Mashaollah Shamsolwaezin**, die Zukunft des Irans folgendermaßen: "Es ist möglich, dass der Westen aufgrund seiner eigenen Interessen ein Bündnis mit den Neokonservativen eingeht, die unsere Ölressourcen kontrollieren und gleichzeitig für die Verteidigung des Landes zuständig sind. Ich zweifle sehr daran, dass Amerika wirklich eine Demokratie in Iran befürwortet." Nach Einschätzung Shamsolwaezins werden die Amerikaner auch deshalb gezwungen sein, mit den Neokonservativen im Iran zu verhandeln, da diese über gute Kontakte zu Ayatollah Sistani im Irak

⁵⁵² Homepage der Abadgaran, 23.2.2004.

⁵⁵³ Fars News Agency, 24.2.2004.

⁵⁵⁴ Kulturministerium, unter anderem zuständig für Medienzensur.

⁵⁵⁵ Bastab, 24.2.2004.

⁵⁵⁶ Bastab, 24.2.2004.



verfügen. Er ist der Meinung, dass die Neokonservativen die Islamische Republik zerstören werden, auch wenn sie behaupten, den Staat zu schützen.⁵⁵⁷

Special Dispatch, 17. März 2004 - Entekhab: Wer sind die wahren Reformer in Iran? ⁵⁵⁸

*Ali Shokuhi, Kommentator der Zeitung **Entkhab**, beleuchtet nach der Wahl im Iran in mehreren aufeinander folgenden Artikeln die verschiedenen politischen Ausprägungen der Reformer. In seinem ersten Kommentar unterteilt Shokuhi, der die Zeitung Entkhab selbst als "moderat-konservativen" bezeichnet, die "linken" Reformer in sieben Gruppen. Im zweiten Teil seiner Analyse spricht er sich für eine politische Reorganisation der Reformer und der "Linken" aus und kommentiert den Umgang mit ihnen in der Islamischen Republik Iran. Im dritten Artikel proklamiert er eine geistige und institutionelle Reorganisation der "Linken". Abschließend dokumentieren wir kurz neue Positionen des "linken" Reformislamisten und ehemaligen Mitarbeiters des Geheimdienstes, **Said Hajjarian**, der von einer mangelnden Zivilgesellschaft im Iran spricht.*

Erster Teil: Sieben Reformgruppen

Shokuhi unterteilt die Reformer wie folgt: Die erste Gruppe der "Linken" lehne sowohl die Prinzipien der religiösen Regierung als auch jegliche Regierungsinstitutionen und -mitarbeiter ab. Politisch orientierten sie sich nach dem Westen, insbesondere nach Amerika.⁵⁵⁹ Da sie aber gegenwärtig auf der "Reformwelle reiten" wollten, verteidigten sie manche Strömungen innerhalb der Regierung, wobei sie aber ein liberal-demokratisches westliches System wollen. Diese Gruppierung unterscheidet sich jedoch von den säkularen Royalisten und Kommunisten, die die Regierung direkt stürzen wollen.

Die zweite Gruppe besteht Shokuhi zufolge aus westlichen, liberalen und linken Intellektuellen, die gegen die religiöse Regierung sind, aber lediglich eine Änderung der politischen Kräfte innerhalb der herrschenden Verhältnisse befürworten. Sie gehen davon aus, dass sie auf lange Sicht ihre Reformbestrebungen innerhalb der Regierung durchsetzen können. Während sich diese Gruppierung hauptsächlich im Kulturbereich und für die Durchsetzung von Menschenrechten engagiere sei die erste Gruppe "politischer".

⁵⁵⁷ ILNA, 4.3.2004

⁵⁵⁸ MEMRI

⁵⁵⁹ Entekhab, 7.3.2004.



Die dritte Fraktion bestehe aus religiösen Intellektuellen, die aber nicht-religiöse Vorstellungen verfechten. Diese Intellektuellen glauben laut Ali Shokuhi nicht an die "Totalität des Islam", sondern wollen eine Trennung von Staat und Religion. Der Philosoph, **Abdolkarim Sorush** zähle zu dieser Gruppe und bezeichnet sich selbst, wie Shokuhi abfällig bemerkt, als einer der größten Unterstützer des Präsidenten.

Laut Shokuhi versammeln sich in der vierten Gruppierung die Nationalreligiösen, die zu Beginn der Revolution in der Regierung waren, sich aber langsam von dieser distanziert haben. Nach dem Sieg Khatamis habe diese Gruppe den Präsidenten unterstützt. Sie habe unter Studenten und in akademischen Kreisen ihre Basis. Ihre Kandidaten seien bei den Kommunalwahlen jedoch auch nicht gewählt worden.

Die fünfte Gruppe bestehe aus der "Partizipationspartei" und der Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution. Zwar seien diese zwei Gruppen ideologisch sehr unterschiedlich, bildeten aber beide im letzten Majless die Hauptsäulen der Reformer. Beide Fraktionen näherten sich den laizistischen und den nationalreligiösen Gruppen an, wobei sie dem **Ayatollah Montazeri**⁵⁶⁰ sehr nahe stünden. Einige ihrer Intellektuellen kritisierten inzwischen das Denken des Imam Khomeini.

Die Majmae Rohaniune Mobares [Kämpfende Geistlichkeit] glaube als die sechste Gruppe mehrheitlich an Khomeini und befürworte das Prinzip der absoluten Herrschaft des Klerus und Reformen innerhalb des Regimes. Diese sechste Gruppierung stehe der fünften, bestehend aus der "Partizipationspartei" und die Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution sehr nahe.

Die siebte Fraktion, die Kargosarane Sasandeghi [Beamte des Wiederaufbaus], hat Shokuhi zufolge keine feste Organisationsstruktur mehr. Sie habe allerdings im Vorfeld der letzten Wahlen versucht, mit den unterschiedlichsten Gruppierungen zusammenzuarbeiten, um an der Macht beteiligt zu werden.

Zweiter Teil: Über den Umgang mit linksislamistischen Reformern

"Der politische und ideologische Pluralismus innerhalb der Khatami-Front⁵⁶¹ ist eine unleugbare Realität.⁵⁶² Eine Einheit erlangt die Khatami-Front lediglich durch den Druck, dem sie durch eine äußere Konkurrenz ausgesetzt ist. Innerhalb dieser Front hat es keine Bemühungen zur Einigung gegeben. Sobald die Konkurrenz von außen verblasste, wurden wir oft Zeugen von Kriegen innerhalb der 72 Stämme. Gerade wegen der vielfältigen Ausrichtungen innerhalb der Reformer kann man sich kein

⁵⁶⁰ Islamistischer Kritiker des Regimes, der aber antisemitische und antizionistische Ideologien verfehlt. Montazeri ist auch für die Verfolgung der Angehörigen der Baha'i-Religion mitverantwortlich. Bisher hat er sich von dieser Gesinnung noch nicht distanziert.

⁵⁶¹ "23-Mai-1997-Front", Khatami wurde an diesem Datum gewählt. Zur Spaltung der Khatami-Front siehe auch: MEMRI Special Dispatch - 27. Januar 2004.

⁵⁶² Entekhab, 8.3.2004.



einheitliches Urteil über sie bilden." Shokuhi weist daraufhin, dass die Gruppierungen innerhalb der Regierung mit den "Kräften, die behaupten Reformen zu sein, aber die ideologische Grundlage der Islamischen Republik und das Denken von Imam Khomeini ablehnen und insbesondere mit dem Prinzip der absoluten Herrschaft des Klerus Probleme haben, nie zu Rande kommen werden. Selbstverständlich können diese Personen nicht Schlüsselpositionen besetzen und für die Bevölkerung wichtige Entscheidungen treffen. Die Verantwortlichen im Land müssen darauf achten, dass die Handlungsorientierung des Systems und der Gesellschaft nicht von seiner Richtung abweicht." Laut Shokuhi ist es naiv anzunehmen, dass die Präsenz von "solchen Personen in sensiblen Posten des Staates keine Gefahr für die Fortsetzung der Revolution" habe. So Shokuhi weiter: "Bürgerrechte zu besitzen, bedeutet nicht, dass man nicht den konterrevolutionären und antireligiösen Kräften begegnet." Shokuhi prophezeit den allmählichen Sturz der Regierung, wenn derartigen Bewegungen Rechte eingeräumt werden würden.

"Dies bedeutet nicht, die Demokratie abzulehnen. Denn Demokratie und Volksherrschaft müssen im Rahmen einer islamischen Ordnung einen Sinn bekommen." Weder dürfe die Demokratie die Religion abschaffen, noch sollte die Religion eine Kritik an der Macht und die Meinungsfreiheit verhindern. "[...]Sie [diese Gruppierungen] müssen akzeptieren, dass der Islam nicht mit dem Christentum gleichzusetzen ist und die moslemische Gesellschaft daher eine andere Entwicklung haben wird." Shokuhi spricht sich für eine Revision des Begriffs Reformen aus, da es keine einheitliche Bedeutung dieses Begriffs gäbe. Die unterschiedlichen Positionen der genannten Gruppierungen seien der beste Beweis dafür, dass der Begriff Reform keine einheitliche Bedeutung kennt. Für manche sei beispielsweise das Schicksal der Medien und für andere hingegen das Problem der nicht gewählten Institutionen am wichtigsten.

"Die Linken, die für Reformen sind, müssen deutlich machen, dass sie an Reformen innerhalb unseres Systems glauben. Es ist möglich, uneffektive Strukturen zu kritisieren, ohne dabei die Prinzipien der Herrschaft zu negieren. Sie müssen zeigen, dass Reformen nicht notwendigerweise eine Negation der Vergangenheit bedeuten müssen. Notwendigkeit für die Durchführung der Reformen ist hingegen eine Rückkehr zur Linie von Imam Khomeini und den Werten der Revolution. Die Reformen, die sich innerhalb der revolutionären Front befinden, müssen über Reformen als ‚Revolutionierung der permanenten Revolution‘ nachdenken. In diesem Sinne müssen sie ihre Front reorganisieren."

Dritter Teil: Die institutionelle Reorganisation der "linken" Reformislamisten

Shokuhi zufolge haben sich in den letzten Jahren leider Kräfte im linken Spektrum organisiert, die keineswegs an die Kultur der Revolution glauben. Zwar sei es



verständlich, wenn Intellektuelle ihre Positionen ändern, trotzdem ist Shokuhi der Überzeugung, dass die "Linke" an folgenden Problemen krankt:⁵⁶³

- " - Manche linke Gruppen organisieren sich lediglich aus Gründen des Protestes gegen ihre Kontrahenten.
- Manche verhalten sich zwar sehr radikal gegenüber den Machthabern. Aber außerhalb der dieser Machtstrukturen verhalten sie sich liberaler. [...]
- Manche Gruppen sind von der weltweiten Niederlage der Linken und vom Sieg der kapitalistischen Staaten beeinflusst und glauben daher, dass man sich nur noch der (westlichen) Weltmacht unterordnen könne. Sie verfechten daher brav liberale und westliche Ideen.
- Manche Gruppen wollen nicht verstehen, dass sie inzwischen mit ihrer geänderten Position bezüglich des Verhältnisses zwischen Religion und Politik nicht mehr die Imam-Khomeini-Linie vertreten.
- Manche richten sich bloß nach Trends.

Dies macht deutlich, dass heute die Verteidigung der Revolution und der religiösen Werte und der Prinzipien der religiösen Herrschaft ihren Preis hat." Shokuhi schlägt vor, dass die traditionellen Linken ihre Vorstellungen neu formulieren sollten und Ideologien, die den Prinzipien der islamischen Ordnung widersprechen, meiden müssten. Die Bereicherung der Kultur müsse im Rahmen der Vorstellungen der islamischen Revolution eingebettet sein. Shokuhi fragt:

"Haben denn etwa die liberalen und demokratisch-westlichen Ideen so gute Ergebnisse gezeitigt, dass es einen Grund für uns gibt, unsere Gedanken erschrocken aufzugeben? [...]" Weiterhin schlägt Shokuhi eine Reorganisation der "Linken" vor. Ansonsten seien mit ihnen gemeinsame Aktionen nicht möglich. Die Aktivisten der Partizipationsfront würden selber gestehen, dass sie eine uneinheitliche politische Kraft geschaffen haben, ohne dass sie gemeinsame langfristige Ziele teilen. Shokuhi schlussfolgert:

"Erstens müssen all diejenigen, Reformer, die ihre revolutionäre Vergangenheit beiseite geschoben haben und die Prinzipien der Islamischen Republik Iran ablehnen, von den revolutionären Reformern getrennt werden. [...] Natürlich dürfen wir es nicht gleichgültig hinnehmen, wenn ihnen grundlos ihre politischen und gesellschaftlichen Rechte genommen werden, aber deswegen müssen wir sie auch nicht allseitig unterstützen.

Zweitens müssen die revolutionären und linken Gruppen sich annähern und sich auf der Grundlage der Prinzipien der Revolution und der Interessen der Bevölkerung neu gestalten und neue politische Aktivitäten organisieren. Ein Blick auf die Erfahrungen des rechten Spektrums, der "Abadgarane Irane Eslami" zeigt, dass man durch realistische Parolen und neue Ideen die Gesellschaft überzeugen und neue Schritte zur Realisierung der Reformen unternehmen kann."⁵⁶⁴

⁵⁶³ Entekhab, 9.3.2004.

⁵⁶⁴ Shokuhi geht nicht auf die im Iran verbreitete Meinung eines massiven Wahlbetrugs ein.



Shokuhi empfiehlt, dass die Reformkräfte neue Initiativen schaffen sollen, um die Gruppen und Personen, die sich nicht mehr mit ihrer revolutionären Vergangenheit identifizieren, zu stoppen.

Said Hajjarian: Es gibt keine Zivilgesellschaft

In der Nachrichtenagentur **ILNA** entfaltet der Reformtheoretiker und ehemalige Geheimdienstler **Said Hajjarian** seine These, dass sich "im Iran noch keine Zivilgesellschaft formiert" hat.⁵⁶⁵ Diese stecke erst in den "Anfangsprozessen" und sei "ohne Leben". Er schlägt daher der Partizipationsfront vor, die Massen zu organisieren und sich nicht allein auf die Intellektuellen zu verlassen. Es müssten neue Zeitungen, Gewerkschaften, Syndikate und neue zivilgesellschaftliche Institutionen gegründet werden. Dies benötige jedoch Zeit. Die Reformbewegung müsse jede Möglichkeit nützen, um sich an der Macht zu beteiligen.

Special Dispatch, 30. März 2004 - Neue politische Lager im Iran: Religiöse Fundamentalisten und säkulare Intellektuelle

Übersetzt und kommentiert von Wahied Wahdat-Hagh*

*Nach einem Beitrag aus der Zeitung **Entekhab** über Irans "wahre Reformer" (s. MEMRI, 17.3.2004) dokumentieren wir nun einen Artikel der ebenfalls reformislamistischen und gegenwärtig verbotenen Zeitung **Scharq** über die neue politische Landschaft nach den iranischen Parlamentswahlen. Der Text legt dar, warum die Einteilung der politischen Lager nach einem herkömmlichen Rechts-Links-Schema der spezifischen Situation im Iran nicht gerecht wird. Nach einem differenzierten Rückblick auf die iranische Geschichte der letzten 15 Jahre begründet er, warum sich mittlerweile nicht mehr religiöse Reformer und Konservative, sondern religiöse Fundamentalisten und säkulare Intellektuelle gegenüberstehen. Vor allem in seinem zweiten Teil formuliert der Artikel eine scharfe Kritik an Politik und Ideologie des radikalen religiösen Fundamentalismus, der sich bei den Wahlen nur einen parlamentarischen Mantel umgehängt hätte. Einen neuen säkularen politischen Trend im Iran stellt er hingegen in wohlwollendem Tonfall vor. Der Artikel erschien in der letzten Ausgabe der Scharq vom 17. März 2004 ohne namentliche Nennung eines Autors:*

⁵⁶⁵ ILNA, 12.3.2004



"Die Fundamentalisten kamen mit den Modernisten"

"Als wichtigste linke und reformistische Partei tritt die Partizipationsfront [Plattform der Khatami nahestehende Parlamentarier] für individuelle Freiheiten und demokratisch gewählte Politiker sowie für ökonomische Entwicklung, wirtschaftlichen Wohlstand, ausländische Investitionen und eine pragmatisch ausgerichtete Diplomatie ein. Ihre neue Konkurrenz hingegen, die rechte konservative Partei der Abadgaran [Gewinner der letzten Wahl; s MEMRI, 17.3.2004], tritt ein für allgemeine Interessen der Bevölkerung, eine Massendemokratie, soziale Gerechtigkeit, eine nicht-kapitalistische Ökonomie sowie eine fundamentalistisch geprägte Diplomatie.

Während sich also die [nach herkömmlichen Begriffen] linke Fraktion nach rechts orientierte, haben sich die rechten islamischen Kräfte nach links gewandt. Noch einmal zeigt sich damit am Ende der Reformzeit, dass die politische Geographie des Iran nicht mit einem Links-Rechts-Dualismus erklärt werden kann, auch wenn neuere Stereotype wie ‚konservativ‘ und ‚reformistisch‘ verwendet werden.

Vor acht Jahren noch sprach eine wissenschaftliche Studie der ‚Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution‘ von vier Fraktionen: den ‚traditionellen‘ und den ‚modernen‘ Rechten (oder Konservativen) sowie den ‚traditionellen‘ und den ‚neuen‘ Linken (oder Reformern). Mittlerweile brauchen wir aber eine neue Studie dieser Art. Denn in diesen acht Jahren sind nicht nur die [zuvor regierenden] Konservativen politisch durch die Reformer verdrängt worden. Vielmehr hat sich die [politische Landschaft insgesamt] durch die Verschmelzung der ‚modernen Konservativen‘ (Kargosaran) und der ‚islamischen (traditionellen) Linken‘ auf der einen und durch die Auflösung der ‚neuen Linken‘ (radikale Rechte⁵⁶⁶) in der ‚traditionellen Rechten‘ auf der anderen Seite polarisiert.

In dieser Zeit von Khatamis Regierung konnten die modernen Konservativen [als Minderheit im Majless] zwar nicht direkt an politischen Richtungskämpfen teilnehmen. Dennoch beeinflussten sie die Politik der [islamischen] Linken. Hatten die Reformer 1997 nämlich noch gleichermaßen sozialen Ausgleich und eine kapitalistische Wirtschaftsentwicklung propagiert, vertreten sie inzwischen die liberalste kapitalistische Wirtschaftspolitik - es sieht also so aus, dass die Partizipationsfront die neuen Mittelschichten vertreten würde.

Die traditionellen Konservativen hingegen, die inzwischen von einer jüngereren Generation geprägt werden, bemühen sich, die von den [reformerischen] Mojahedin der Islamischen Revolution als ‚neue Linke‘ bezeichnete, tatsächlich aber zur radikalen Rechten zu zählenden Ansare Hezbollah, in ihre Reihen aufzunehmen.

⁵⁶⁶ Es waren die Linken, welche eine neben den Majless-Konservativen existierende radikale fundamentalistische Rechte als ‚neue Linke‘ bezeichnet hatten, weil sie Parallelen etwa in Fragen der sozialen Gerechtigkeit aufwiesen. Tatsächlich vertreten diese Rechten allerdings eher die Interessen des Basars. In der Organisation der ‚Ansare Hezbollah‘ übten sie immer wieder außerparlamentarischen Druck aus. So gehören die Ansare Hezbollah zusammen mit den Bassijis zu denjenigen paramilitärischen Einheiten, die an der gewalttätigen Zerschlagung der Studentenbewegung teilhatten. Auch an der Auflösung der Frauendemonstration am 8. März 2004 im Lale Park in Teheran waren Mitglieder dieser Gruppen maßgeblich beteiligt.



Ideologische Differenzen gibt es dabei nicht mehr. Nur auf der Handlungsebene kommt es zu Auseinandersetzungen. Als [jedoch] ein Gesetz zur ‚Erleichterung der ausländischen Investitionen‘ erlassen wurde, haben sich nicht nur Vertreter der Kargosaran, sondern auch der linke Behsad Nabawi und der rechte Abdollahian dafür stark gemacht. In der Wirtschaftspolitik waren sie sich einig. Mittlerweile richten die Konservativen [...] ihre Politik zwar an der reichen Bevölkerungsschicht aus - getragen wird sie aber von den ärmsten Schichten der iranischen Gesellschaft, die durch ihren [starken] religiösen Glauben in der Rechten verwurzelt sind.⁵⁶⁷

In den Jahren von 1989-1997 stützte sich die politische Macht der Rechten auf die Einheit zwischen den radikalen und den traditionellen Konservativen. Die permanenten Niederlagen der in den folgenden 8 Jahren (1997-2004) [regierenden] Linken (Reformer) dürften wohl Ursache für den großen Erfolg der [außerparlamentarischen] radikalen Rechten sein.⁵⁶⁸ Heute können wir die traditionelle Rechte als ‚konservativ‘ und die radikale Rechte als ‚fundamentalistisch‘ bezeichnen.⁵⁶⁹

Die Konservativen (Kämpfende Geistlichkeit und die Partei der islamischen Koalition) kontrollierten den vierten und fünften Majless. Nach ihrem Sieg im vierten Majless 1989 galten sie als Hoffnungsschimmer und Zukunftsgaranten für eine nach der Moderne strebende Bevölkerung. Die Linken gehörten demgegenüber zur Vergangenheit der 80er Jahre. Unter der Rafsanjani-Regierung blieben die Rechten indes erfolglos, was zum Erfolg der Mai-Bewegung-1997 führte. Die hohe Repräsentanz der alten Generation gegenüber den jüngeren Altersgruppen in Iran und die Sinnlosigkeit der rechten Ideologie verursachten 1997 ihre Niederlage.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre drehte sich also das Bild um. Zwischen den Jahren 1997 und 2000 siegte die linke Fraktion [Reformer] bei [fast] allen Wahlen: der Präsidentschafts- und den Kommunalratswahlen sowie den Wahlen zum sechsten Majless - nur bei den Wahlen des Expertenrates nicht.

Es ist anzunehmen, dass die Rechten grundsätzlich nichts von Wahlen halten. Bei der letzten Wahl siegten sie, als sich eine Gruppe der Konservativen einen neuen Namen gegeben hatte, die nun als Abadgaran die Mehrheit im neuen Majless stellt. Auf Seiten der radikalen Rechten bevorzugten manche eher praktische Methoden, um an die Macht zu kommen. So lässt sich sagen, dass die Untauglichkeit der

⁵⁶⁷ Aus purem Machterhaltungswillen muss die neue Mehrheit im Majless, die Politik der Khatami-Regierung fortsetzen, die sich ideologisch an den Interessen der technokratischen Mittelschichten orientierte. An die Macht gelangt müssen sich nun auch "Konservative" oder Traditionalisten, die ihre gesellschaftliche Basis historisch im Basar und bei den Slumbewohnern haben, politisch an den religiösen Mittelschichten orientieren.

⁵⁶⁸ Die Linksislamisten konnten ihre Reformen, die die Herrschaft stabilisieren sollten, gegenüber dem Wächterrath nicht durchsetzen.

⁵⁶⁹ Indem der Autor den Begriff ‚fundamentalistisch‘ auf die radikale Rechte anwendet, legt er nahe, dass der Linksislamismus, obwohl historisch betrachtet fester Bestandteil der islamistischen Diktatur im Iran, nicht fundamentalistisch sei.



Konservativen [traditionelle Rechte], ihre Macht zu erhalten, sowie die bei dem Versuch, Khatamis Industrialisierungsstrategie durchzusetzen, zutage tretende Schwäche der Demokratie nach dem Mai 1997, dazu führten, dass die Fundamentalisten [radikale Rechte] die politische Arena unabhängig kontrollieren konnten.

Dabei hatte die radikale Rechte bereits seit 1989 keine Neigungen gezeigt, auf dem [parlamentarisch-] politischen Feld präsent zu sein. [...] Unter anderem schlugen sie die Aufforderungen der Linksislamisten zu einer Koalition aus. Diese hatten die radikale Rechte zunächst als ‚neue Linke‘ bezeichnet und wollten in Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder bei der Verteidigung der Revolution mit ihnen koalieren. Erst später bemerkten die Linken dann, dass die von ihnen als ‚neue Linke‘ titulierte radikale Rechte eher als ‚Kofferträger der Bazaris‘ denn als links stehend zu charakterisieren ist. So tauchte die radikale Rechte stets in der Rolle der ‚Ansare Hezbollah‘ auf, einer Gruppe, die zwar immer wieder sehr effektiv politischen Druck ausübte, aber bei den Wahlen nie Kandidaten aufstellte.

[Fundamentalisten vs. Säkulare]

Ideologisch grenzt sich die fundamentalistische Bewegung des Iran [radikale Rechte] von allen anderen Fundamentalismen in der Region des Mittleren Ostens ab. Sie wollen nicht mit Gruppen wie Al-Qaida gleichgesetzt werden und glauben, dass man Schiiten nie mit Sunniten gleichsetzen darf. Im Iran werden Teile der Fundamentalisten gewählt, während andere weltweit in terroristischen Strukturen agieren.

Die iranischen Fundamentalisten kritisieren die Moderne und den Liberalismus. Ihrer Ansicht nach bringt die westliche Form des wirtschaftlichen Wachstums lediglich Ungerechtigkeit und Verderben. Daher müsse man eine nicht-kapitalistische Ökonomie verfolgen. Auch wenn sie dabei vom Sozialismus beeinflusst wurden, unterscheiden sich die Fundamentalisten doch von Marxisten. Ihre etatistischen Tendenzen sind der Grund dafür, warum sie von machen als Linke wahrgenommen werden. Sie sind dies jedoch nie im gesellschaftlichen oder klassenkämpferischen Sinne. Ihrer Ansicht nach muss die Regierung die Strukturen der traditionellen Gesellschaft kontrollieren, damit alles geregelt und soziale Gerechtigkeit geschaffen werden kann. [...]

Während Konservative den Markt und Sozialisten eine staatlich kontrollierte Wirtschaft verteidigen, verfechten die revolutionären Konservativen [Fundamentalisten] den vom Staat kontrollierten Basar. Der Staat wird zum größten Kapitalisten, um die Finanzen gerecht zu verteilen. Sie sind Populisten und orientieren sich an den Massen, wobei sie nicht an eine Zivilgesellschaft glauben. Ihrer politischen Überzeugung zufolge müssen alle zivilen Institutionen vom Staat abhängig sein. [...] Während für die Liberalen die Parteien und für die Konservativen



die Moscheen die adäquaten zivilgesellschaftlichen Institutionen sind, sind es für die Abadgaran die Bassijis.

Die Fundamentalisten glauben an eine Demokratie der Massen, in der eine charismatische Persönlichkeit der Macht Legitimität verleiht. Zwar profitieren die Fundamentalisten auch von Wahlen, aber sie betrachten diese lediglich als eine Leiter zum Himmel der Macht. Und sobald sie die Macht erlangt haben, stellen die Fundamentalisten die Leiter so, dass niemand anderes diese erklimmen kann. [...] Die Bezeichnung Abadgaran [Die Koalition der Aufbauenden des Islamischen Iran] ist ein goldener Mantel für die Fundamentalisten. [...] Der revolutionäre Konservatismus propagiert nicht wie der traditionelle Konservatismus ein luxuriöses Leben, da er in den ärmeren Schichten verwurzelt ist. Die Fundamentalisten lehnen eine liberale Demokratie ab und sind in kulturellen Angelegenheiten sehr traditionell. Die Tradition ist für sie eine Utopie zu der man zurückkehren muss. [...]

Im Iran ist der Fundamentalismus auf dem Wege der demokratischen Wahlen an die Macht gekommen. Als die Konservativen noch mit antidemokratischer Theoriebildung beschäftigt waren, sind die Fundamentalisten durch Aktivismus an die Macht gekommen. [Aber] mit Aktivismus kann man kein Majless regieren. Ein Majless ist nicht mit einem fundamentalistisch regierten Stadtrat zu vergleichen, der ständig Straßennamen nach der Hezbollah benennt. [...]

Die Niederlage der reformistischen Politik auf der anderen Seite ist auf ihre prinzipielle Schwäche zurückzuführen - dass sie nämlich von einer Einheit zwischen Religion auf der einen und Politik, Staat, Demokratie und Partei auf der anderen Seite ausgehen. Dies wird jetzt einer Revision unterzogen. Zunächst waren es die islamischen Studentenvereinigungen, die den religiösen Intellektualismus und den religiösen Reformismus kritisiert haben. Die Studenten kritisierten, dass es genau diese Reformer waren, die die US-Botschaft besetzten, die Basargan-Regierung schlecht machten und beim Aufbau des Geheimdienstministeriums mithalfen und die sozialistische Wirtschaft verteidigten.

Als Shirin Ebadi den Nobelpreis gewann, geriet eine Reformbewegung in die Öffentlichkeit, bei der nicht die Religiösen in der ersten Reihe standen. Als sich die religiösen Reformer bemühten, Ebadi in ihre Reihen zu schließen, hatten sie damit keinen Erfolg. Allein die Existenz von Frau Ebadi veränderte schon die politische Landschaft des Iran. Der Eintritt von säkularen Intellektuellen in die Politik ab 2001 ist sehr ernst zu nehmen. Obwohl Ebadi sich persönlich nie als Laizistin bezeichnet hat und ihre Rhetorik eher den religiösen Intellektuellen ähnelt, wurde sie zur Repräsentantin der säkularen Laizisten. [...]

Die politischen Reformen haben 1997 nicht nur die religiösen Intellektuellen und Reformer in die Regierung gebracht; im sechsten Majless konnten sogar die nationalreligiösen Intellektuellen in die politische Diskussion einsteigen. Im



gegenwärtigen siebten Majless haben die religiösen Reformen zwar nicht die Mehrheit gewonnen, aber dafür können inzwischen auch die säkularen Intellektuellen öffentlich mitdiskutieren. Sie sind nicht mehr nur mit einer philosophischen und pädagogischen, sondern auch mit politischer und sozialer Kritik beschäftigt.

Die säkularen Intellektuellen haben längst auch die Literatur der religiösen Intellektuellen beeinflusst, so dass manche religiöse Intellektuelle wie Akbar Ganji oder Majid Mohammadi de facto säkular geworden sind. Auf diese Weise werden säkulare Konzepte in die Diskussion gebracht. Sie beruhen auf den Werken von Javad Tabatabai oder von Dariush Shaygan. Tatsächlich aber sind die Säkularisten sogar konservativer als die religiösen Intellektuellen.⁵⁷⁰ Sie sind zwar vorsichtiger, weil sie keinen gesellschaftlichen Rückhalt haben, bringen sich aber das erste Mal seit 25 Jahren in die öffentliche Diskussion mit ein.

Der säkulare Intellektualismus steht dem Fundamentalismus konträr gegenüber. Diese säkularen Intellektuellen verteidigen im Gegensatz zu den Marxisten alle Erscheinungsformen der Modernität, von der liberalen Demokratie über den kapitalistischen Markt bis zum kulturellen Traditionalismus. Dabei stützen sie sich auf die moderne Mittelschicht. Die säkularen Intellektuellen wollen die Religion zwar nicht auslöschen, glauben aber nicht, dass Religion in der Politik einen Platz hat. Diese säkulare Denkform verteidigt die Modernität als Ganze, wohingegen sie von den Fundamentalisten bekämpft wird.

Bisher standen im Iran die religiösen Reformen auf der einen Seite und die Konservativen auf der anderen Seite, obwohl sie keine [grundlegenden] ideologischen Differenzen hatten. Beide Gruppen verteidigten die Existenz der religiösen Ordnung und stritten sich bloß über die Methoden der Verteidigung des Systems. Inzwischen haben wir jedoch die religiösen Fundamentalisten auf der einen und die säkularen Intellektuellen auf der anderen Seite. Dies bedeutet nichts anderes als die Radikalisierung des öffentlichen Denkens. [...] Die säkularen Intellektuellen können zwar nie eine Regierung bilden und dürfen auch keine politische Partei gründen. Diese Modernisten aber, deren Anzahl täglich wächst, werden in der Zukunft nicht die einzige Opposition gegen die Fundamentalisten sein."

* Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

⁵⁷⁰ Säkulare Intellektuelle sind nach dem islamistischen Selbstverständnis pro-westlich, pro-amerikanisch, in letzter Konsequenz pro-imperialistisch. Vor diesem Hintergrund werden aus der khomeinistisch-revolutionären Perspektive säkulare Intellektuelle, als Teil der "frevelhaften", und "verfallenden" westlichen Kulturen wahrgenommen und als konservativ bezeichnet.



Special Dispatch, 11. Mai 2004 - Iran: Todesurteil gegen den "Linksislamisten" Hashem Aqajari ⁵⁷¹

*Einer Meldung der reformislamistischen Zeitung **Sharq** vom 10.5.2004 zufolge werden am heutigen Dienstag die Studenten der Teheraner Universität und der medizinischen Fakultät in der Teheraner Technischen Universität eine Protestveranstaltung gegen das Todesurteil gegen **Dr. Hashem Aqajari** organisieren. (Sharq 10.5.2004) Noch Anfang Mai hatte der iranische Außenminister **Kamal Kharasi** gegenüber Bundesaußenminister **Joschka Fischer** erklärt, dass das von einem lokalen Gericht ausgesprochene Todesurteil noch an den Obersten Gerichtshof in Teheran gehen müsse. Am Montag hat nun ein westiranisches Gericht das Urteil bestätigt und es erneut an den Obersten Gerichtshof überwiesen. Der Universitätsprofessor Aqajari war im November 2002 wegen "Gotteslästerung" zum Tode verurteilt worden, weil er eine "religiöse Erneuerung" des schiitischen Glaubens gefordert hatte.*

*Dabei bezieht sich Aqajari auf die Lehren von **Ali Shariati**, einem modernistisch-islamistischen Theoretiker und Wegbereiter der Islamischen Revolution. Auch hatte Aqajari, der Mitglied einer "linksislamistischen" Organisation ("Mojahedin der Islamischen Revolution") gewesen ist, stets seine Treue zur Islamischen Revolution und zum Revolutionsführer **Ayatollah Khomeini** betont. Inzwischen haben sich nicht nur der noch amtierende Präsident **Khatami** gegen das Todesurteil ausgesprochen, sondern auch als "rechtsislamistisch" geltende Hardliner wie der Intellektuelle **Mohssen Qoravian**. Der äußerte die Hoffnung, dass der religiöse Führer das Urteil revidieren würde.*

Über die Nachrichtenagentur **ILNA** hat die Studentenorganisation **Daftare Tahkime Wahdat** (Büro zur Festigung der Einheit) die Bestätigung des Todesurteils gegen Hashem Aqajari verurteilt. Dieser habe lediglich "das gängige starre religiöse und mit der politischen Macht verbundene Denken" im Iran kritisiert.

In der Erklärung heißt es: "Wie es aussieht, haben auch die heimlichen und öffentlichen Vereinbarungen, die die [iranischen] Entscheidungsträger und Machthaber mit internationalen Instanzen getroffen haben, nichts an ihren politischen Entscheidungen verändert. Die Maßnahmen der letzten Monate beschränken sich nicht auf das Todesurteil von Dr. Hashem Aqajari, sondern betreffen auch [...] die Studenten. Permanente Vorladungen und die Verkündung harter Urteile gegen die Aktivisten der Studentenbewegung erinnern daran, dass die Theoretiker der Gewalt und der politischen Despotie ihre Lanzen vor allem gegen die Universitäten gerichtet haben. Sie verfolgen das Ziel, das restliche Licht von Freiheit und Menschlichkeit auszulöschen, das im Iran an den Universitäten leuchtet. Sie wollen ihre Vision von der gänzlichen Auslöschung des freiheitsliebenden Geistes in der iranischen Bevölkerung verwirklichen. Als Teil der iranischen Studentenbewegung haben wir stets die Institutionalisierung der Menschenrechte als universelles Abkommen

⁵⁷¹ MEMRI



unterstützt, das die Menschenrechte der Bürger garantiert. Wir glauben an die Botschaft der Universitäten im Sinne von Kritik und Aufklärung sowie der Verteidigung einer mutigen Wissenschaft und Moral. Daher verurteilen wir das mittelalterliche Todesurteil gegen Dr. Hashem Aqajari und verteidigen die legitimen Rechte aller Iraner, damit sie ein freies und menschliches Leben führen können. Wir werden uns mit allen Kräften darum bemühen, die Machthaber dazu zu verpflichten, die Menschenrechte einzuhalten." (ILNA, 10.5.2004)

Dass der Streit über das Todesurteil gegen Aqajari zum Zankapfel zwischen **"Links-"** und **"Rechtsislamisten"** geworden ist, macht die folgende Auseinandersetzung deutlich: Die "linksislamistische" Zeitung Sharq berichtete, dass vor etwa zwei Jahren, im April 2002, als Aqajari von "rechten" Islamisten angegriffen wurde, mit Ruhollah Hosseinian ausgerechnet ein "Rechter" das Todesurteil wegen Apostasie verurteilt habe. Nun aber habe, so die Sharq, derselbe Hosseinian in einem Buch nachgewiesen, dass der als orthodoxer Shariati-Anhänger bekannte Aqajari den wahren Sinn von Shariatis Büchern nicht richtig verstanden habe. Aqajari sei, so wird Hosseinian in der Sharq wiedergegeben, ein Lügner und berufe sich zu unrecht auf Shariati. Sein Ziel sei lediglich die schiitische Geistlichkeit zu beleidigen und als reaktionär zu beschimpfen. Im Weiteren greift die Sharq insbesondere die Vorgehensweise von Hosseinian an: Dieser ehemalige Verteidiger von Aqajari spreche stets von den fortschrittlichen Methoden, die der Klerus anwende. Jetzt aber beziehe Hosseinian sich nur deshalb auf Shariati und seine Ethik, damit Aqajari das nicht mehr tun könne. Ebenso berufe sich Hosseinian vor allem deshalb auf den Revolutionsführer Ayatollah Khomeini, damit Aqajari nicht behaupten könne, dass er selbst der Linie von Khomeini angehöre. (Sharq, 10.5.2004)

Special Dispatch, 9. August 2004 - Iran und der "atomare Verteidigungskrieg"⁵⁷²

*Nach Aussagen des iranischen Verteidigungsministers **Shamkhani** modernisiert das iranische Militär zur Zeit seine Mittelstreckenraketen des Modells **Schahab 3** mit einer Reichweite von gegenwärtig noch 1300-1500 km. Shamkhani fordert erneut einen Abzug aller überregionalen Mächte aus dem **Persischen Golf**. Der Iran verfolge keine militärischen Ziele in Europa, sagte General Shamkhani, drohte aber*

⁵⁷² MEMRI



*gleichzeitig - vor allem mit Blick auf einen Angriff **Israels** - mit massiver Gegenwehr. Die Option auf eine atomare Bewaffnung des Iran hält er dabei offen. Wir dokumentieren Auszüge aus einem Artikel der iranische Nachrichtenagentur **ISNA** vom 7. August 2004:*

"Auf einer Pressekonferenz erklärte Ali Shamkhani, General der Marine und iranischer Verteidigungsminister: ‚Wir modernisieren Shahab 3 und nach der baldigen Durchführung der Tests, werden wir diese Modernisierung erläutern. Natürlich bezieht sich die Modernisierung, die unser natürliches Recht ist, nicht nur auf die Raketentechnologie, sondern umfasst alle Gebiete. In der letzten Zeit waren die Israelis damit beschäftigt ihre Raketentechnologie zu verbessern und auch wir werden in naher Zukunft die umfassende Modernisierung der Shahab 3 beendet haben.'

‚Israel fürchtet die Verteidigungspotentiale des Iran. Daher meint Israel, dass das Verteidigungspotential des Iran Europa bedrohen würde. Ich erkläre aber ganz direkt, dass wir keinen Staat in Europa bedrohen. Europa hat keine Bedrohung seitens der Islamischen Republik Iran zu fürchten.'

Shamkhani antwortete auch auf die Frage, ob das Verteidigungsministerium über irgendwelche Atomaktivitäten informiert sei: ‚Die Antwort dieser Frage ist sowohl Ja als auch Nein. Nein, da die Atomaktivitäten des Iran friedlich sind. Gemäß der Charta der Vereinten Nationen verfolgen wir drei Ziele: Entwicklung, Demokratie und Gerechtigkeit. Der Besitz von moderner Technologie ist ein Entwicklungsgebot und das Recht aller Staaten. Eines dieser technologischen Entwicklungsziele ist die friedliche Atomtechnologie. Die Islamische Republik verfolgt dieses Recht im Rahmen des NPT [Nichtverbreitungsvertrag]. Wir werden in unseren Atomreaktoren mit Einverständnis der Internationalen Atomenergiebehörde Energie erzeugen. Die Islamische Republik Iran wird in transparenter Form mit der internationalen Atombehörde zusammenarbeiten, um ihre Entwicklungsfähigkeit auf diesem Gebiet zu beweisen. [...] Wir werden unsere Kooperation mit der internationalen Atomenergiebehörde fortsetzen, um die friedliche Nutzung unseres Atomprogramms zu beweisen. Ein Staat, der den NPT akzeptiert, schafft auch die Bedingungen für die Kontrolle seiner Technologie. Wir haben ihnen erlaubt, alle unsere militärischen Anlagen zu kontrollieren. Die höchsten Verantwortlichen unseres Staates haben auch erklärt, dass die Islamische Republik Atomwaffen nicht für legitim hält. Und die bewaffneten Kräfte haben erklärt, dass sie keine atomaren Aktivitäten im militärischen Sinne verfolgen. Sie unternehmen lediglich eine Atomaktivität - und das ist auf dem Feld des atomaren Verteidigungskriegs.⁵⁷³ Wenn ein militärischer Schritt

⁵⁷³ Der an dieser Stelle von Shamkhani verwendete persische Begriff (podafande hastei = bei Angriff automatisch zündende, hier atomare, Waffe) soll deutlich machen, wie massiv und explosiv die iranische Verteidigung im Falle eines militärischen Angriffs wäre. Auch die Zeitung **Sharq** griff einen Tag nach dem Erscheinen des Interviews des iranischen Verteidigungsministers dessen Begriff vom "atomaren Verteidigungskrieg" auf: "Die Erklärung des Verteidigungsministers bezüglich des Begriffes war wie folgt: ‚Jede Art von Angriff muss mit einer Abwehr beantwortet werden. Wie wir im Falle eines



gegen unsere Anlagen unternommen wird, können wir nicht ohne Verteidigung bleiben. Wir müssen auf dem Gebiet des atomaren Verteidigungskrieges investieren. Wir können die Bevölkerung im Fall atomarer Bedrohungen nicht verteidigungslos lassen. Daher gehört es auch zu den Pflichten der Journalisten über die Bedeutung eines Luftabwehrkrieges zu informieren.'

Shamkhani: ‚Wir verfolgen eine Verteidigungsstrategie und unser Ziel ist eine effektive Abwehr. Für uns sind die unerwünschten überregionalen Kräfte eine Bedrohung. Die Zeit bis zur Besetzung eines weiteren Staates durch Amerika ist wie die Zeit zwischen dem amerikanischen Angriff auf Vietnam und dem Angriff auf den Irak. Heute besitzt Amerika nicht die nötigen Energien, um einen dritten Staat anzugreifen - es sei denn Amerika erlebt eine Niederlage oder erreicht einen entscheidenden Sieg in seinem Präventivkrieg.⁵⁷⁴ [...] Wenn wir uns die Überzeugungen der Führer der großen Mächte so ansehen, spüren wir natürlich die Gefahr und bereiten uns für den schlimmsten Fall vor.'

Der Verteidigungsminister antwortete auch auf die Frage, wie denn die Bedeutung des Krieges der dritten Generation beigebracht werden könne: ‚Da wir bisher nur unter einem bestimmten Gesichtspunkt [den Reformen] mit der dritten Generation diskutiert haben, konnten wir die Bedeutung eines Krieges bisher nicht vermitteln. Wenn wir aber die Logik des Krieges nicht emotional, sondern rational erklären, können wir auch seine Bedeutung deutlicher vermitteln.'

Zur Zusammenarbeit mit Nordkorea sagte Shamkhani: ‚Auf dem Gebiet der Raketentechnologie arbeiten wir nicht mit den Nordkoreanern zusammen und brauchen eine solche Zusammenarbeit auch nicht. Wir haben auch keine Verhandlungen über atomare Aktivitäten mit Pakistan geführt. Wir haben mit ihnen nur im Zusammenhang mit dem Export von Verteidigungsprodukten diskutiert. [Trotzdem] sprechen alle Verantwortlichen des zionistischen Regimes von militärischen Gefahren. Wir zweifeln nicht daran, dass das zionistische Regime gierig ist. Israel ist aber fragil und verletzbar.⁵⁷⁵

Zuletzt antwortete Shamkhani auf die Frage, ob der israelisch-iranische Krieg nicht ein Schattenkampf sei, wie es eine arabische Zeitung berichtet habe: ‚Wir betrachten

Luftangriffes auf eine Luftabwehr oder im Falle eines chemischen Angriffes auf eine chemische Abwehr angewiesen sind, benötigen wir eine atomare Abwehr. Atomare Abwehr bedeutet die Lokalisierung eines atomaren Schadens, die Verhinderung der Verbreitung von Strahlen, die Limitierung und schnelle Säuberung nach einem atomaren Angriff. Shamkhani betonte, dass der Schritt ein atomarer Schritt sein werde, der vom Verteidigungsministerium ausgeführt werden wird. Ein solcher Schritt sei ‚vollkommen legal' und in der Welt ‚verbreitet'. [Sharq, 8.8.2004]

⁵⁷⁴ Die Zeitung Sharq erklärt diese Passage so: Ein strategischer Sieg würde dem Verteidigungsminister zufolge auftreten, wenn der Präventivkrieg erfolgreich ende. Eine entscheidende Niederlage sei am 11. September eingetreten. Beides könnte neue Energien ungekannten Ausmaßes schaffen. Shamkhani sprach auch von der Irakisierung eines anderen Staates, wenn Amerika tatsächlich ein neues Land angreifen sollte. [Sharq, 8.8.2004]

⁵⁷⁵ Sharq ergänzt auch diese Passage: Nach Überzeugung von Shamkhani gäbe es im Fall eines israelischen Angriff keinen sicheren Ort für Israel und Sharon. [Sharq, 8.8.2004]



die Israelis prinzipiell als unrein und beschmutzen uns nicht durch eine Kooperation. Die Zionisten sind so unrein, dass wir noch nicht einmal bereit sind, unsere finanziellen Forderungen, die aus der Zeit vor der Revolution stammen, erneut zu stellen. Denn die Israelis sind unrein." [ISNA, 7.8.2004]

Special Dispatch, 25. Mai 2004 - Diskussionen um Demokratie und Freiheit im Iran ⁵⁷⁶

zusammengestellt und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh*

*Anlässlich einer Konferenz, die an der **Tabatabai-Universität** in Teheran vom 10.-15. Mai unter dem Titel "Übergang zur Demokratie" veranstaltet wurde, findet im Iran eine öffentliche Debatte über die Studentenbewegung sowie über Demokratie und den Reformislamismus statt. Parallel zu der intensiven Auseinandersetzung um Demokratie und Freiheit wurden aber auch die Repressionsmaßnahmen insbesondere gegen Studenten weiter verstärkt. Wir dokumentieren im Folgenden Beiträge aus der reformislamistischen Zeitung **Sharq**, in der nicht nur Studenten, sondern auch Wissenschaftler und Politiker zu Wort kommen. Neben kritischen Äußerungen zum Versagen von Reformislamismus und Reformbewegung werden auch Utopien über einen anderen Islam formuliert, der künftig mit der Demokratie vereinbar sein soll.*

Vom ‚Büro zur Festigung der Einheit‘ zum Studentenparlament

In Teilen der Studentenschaft wird gegenwärtig über die Gründung eines Studentenparlaments nachgedacht. So betont etwa **Abdollah Momeni**, Ex-Vorsitzender des **DTW**, der einzigen offiziell anerkannten Studentenorganisation (‚Büro zur Festigung der Einheit‘/Daftare Tahkime Wahdat), die herausragende Bedeutung eines Studentenparlaments. Eine islamische Studentenversammlung, wie das DTW, würde sich dann in ein demokratisches und nicht unbedingt in ein islamisch-demokratisches Studentenparlament verwandeln. Jeder Student, so Momeni, könne sich durch ein Studentenparlament Gehör verschaffen. Auch das DTW selbst sprach sich für ein Studentenparlament aus, da man eine staatlich abhängige Studentenorganisation nicht mehr dulden könne.⁵⁷⁷

Deutlich wird, dass die bisherige staatstragende Politik des DTW von Teilen der neuen Studentengeneration nicht mehr kritiklos unterstützt werden wird: Bereits im Vorfeld der Demokratiekonferenz legte **Mehdi Makaremi** am 5. Mai dar, dass das

⁵⁷⁶ MEMRI

⁵⁷⁷ Sharq, 15.5.2004.



DTW an der Durchführung der islamischen Kulturrevolution und an Säuberungsaktionen innerhalb der Universitäten zum Beispiel gegen Linke beteiligt gewesen sei. Außerdem habe sie sich offiziell auf die Fahnen geschrieben, das System so zu verteidigen wie es ist. Bei den letzten Wahlen hätte das DTW sich jedoch gegenüber den staatlichen Reformern sehr zurückhaltend verhalten.⁵⁷⁸

In der Sharq vom 17. Mai berichtete Makaremi dann, dass die Geschichte des DTW auf der Konferenz "sehr selbstkritisch" diskutiert worden sei. Kritisiert wurden etwa "die strategischen Fehler der Studenten, das Organisationsverhalten, das politische Verhalten und die Art der Auseinandersetzung mit der Regierung". Auch würde die gegenwärtige Philosophie des DTW nicht mehr mit den alten Parolen der in ihm organisierten islamischen Vereinigungen übereinstimmen. Als studentische Organisation müsse sich das DTW für alle aktiven Studenten verschiedener politischer Ausrichtung öffnen. Dieser Weg sei gegenwärtig versperrt. Wenn die Studenten die Barrieren beseitigen, die die Gründung eines Studentenparlaments verhindern, dann könne man künftig auf eine Studentenbewegung hoffen, die sich nicht mehr am Aufbau von Machtstrukturen orientiere.⁵⁷⁹

Wissenschaftler sprechen über Demokratie und Freiheit

Auf derselben Konferenz vertrat der Sozialwissenschaftler, **Mohammad Tabibian**, die Position, dass das Funktionieren der Demokratie in einem Lande von der ökonomischen Situation der Bevölkerung abhängt: "Wenn Sie in einem Land leben, in dem es keine wirtschaftlichen Freiheiten für einen gewöhnlichen Bürger gibt, dann können Sie dort auch keine anderen Freiheiten erwarten." Tabibian weiter: "Die Regierenden haben die Pflicht, den Rahmen für diese Freiheiten zu schaffen, so obliegt es ihnen beispielsweise, Mindestlöhne festzulegen. Diese Chance hat die letzte Regierung verpasst. Sie hat nicht darauf geachtet, wie auf Basis von [gelungener] Wirtschaftsplanung eine bessere Politik Freiheiten verwirklicht werden könnten, die zu unserer Kultur passen."⁵⁸⁰

Hadi Khaniki, Professor im Fachbereich Sozialwissenschaften, vertrat die Ansicht, dass eine Motivation für Demokratie im Iran die Furcht vor Despotie und staatlicher Allmacht sei. Sharq zitiert den Berater von Präsident Mohammad Khatami: "Die Volksherrschaft wird durch die schwachen demokratischen Institutionen in Gesellschaft und Politik lahm gelegt. Die iranische Gesellschaft wurde trotz ihres Freiheitswillens seit Jahrhunderten despotisch regiert, was leider alle gesellschaftlichen und privaten Sphären der Gesellschaft umfasst. Strukturkrisen nach der konstitutionellen Revolution haben stets zu einer starken Machtkontrolle geführt. Die staatliche Macht war immer wieder in der Lage, im Namen der nationalen Einheit monopolistisch zu regieren. [...] Die iranische Bevölkerung hat der

⁵⁷⁸ Sharq, 5.5.2004.

⁵⁷⁹ Sharq, 17.5.2004.

⁵⁸⁰ Sharq, 12.5.2004.



Macht immer misstraut und dieses Misstrauen hat in den letzten Jahren zugenommen. Eine demokratische Kultur wird zum Beispiel dadurch verhindert, dass eine Kultur der Konkurrenz innerhalb der Eliten verboten wird. Auch die Eliten leiden unter der Despotie."⁵⁸¹

Ebenfalls in der Sharq erklärte der Hochschullehrer im Fach Sozialwissenschaften, **Hamidresa Jalaipur**, dass ein Mindestmaß an Demokratie noch nicht erreicht worden sei. Dazu sei ein Minimum an demokratischen Gesetzen vonnöten, das auch das sechste Majless nicht habe durchsetzen können. "Wenn dies geschehen wäre, hätte das siebte Majless nicht plangemäß und unfair gewählt werden können." Jalaipur ist der Meinung, dass Präsident Khatami die Proteste seiner Anhänger im sechsten Majless nicht ausreichend unterstützt habe. "Wenn er während der Streiks der Majlessmitglieder sein Büro [nur für] zwei Tage geschlossen hätte, wären wir der Demokratie einen Schritt näher gekommen." Laut Jalaipur seien die Befürworter der Demokratie im Iran noch sehr schwach, da sie sich aus Vertretern der Mittelschichten zusammensetzten und diese "Mittelschichten nicht effektiv formiert und organisiert" seien. Deswegen könnten sich die Befürworter der Demokratie nicht gegen die Macht ihrer Feinde durchsetzen. Damit meine er nicht die gesellschaftliche Basis der Anti-Demokraten, die bei den letzten Wahlen lediglich 10 Prozent erreichten, sondern diejenigen, die die Macht für sich beschlagnahmt hätten.⁵⁸²

Majlessabgeordnete sprechen an der Universität

Auch fünf "linksislamistische" Mitglieder⁵⁸³ des ehemaligen Khatami-Flügels, unter ihnen bekannte Namen wie **Fateme Haqiqatju** [Partizipationsfront] und **Ali Akbar Mussawi Khoini**, hielten an der Konferenz der Teheraner Tabatabai-Universität Vorträge über die Studentenbewegung und die Reformpolitik. Laut Sharq sagte Fateme Haqiqatju: "Die Konservativen wollen ganz schnell die Herrschaft vereinheitlichen. Für sie ist die Studentenbewegung eine Last und ihr Ziel ist es, die Studentenbewegung zu spalten, was ihnen bisher jedoch nicht gelungen ist."⁵⁸⁴

Mohssen Kadiwar ist der Überzeugung, dass der "erste und der letzte Weg zu Reformen im Iran auf der Grundlage eines religiösen Intellektualismus" stehen müsse. Über die Reformpolitik äußerte er sich so: "In der ersten Phase waren es die staatlichen Reformer, die aktiv waren. Jetzt aber befinden wir uns in einer neuen Phase. Ich glaube, dass die Phase der staatlichen Reformpolitik notwendig war, obwohl ich davon ausgehe, dass acht Jahre zu viel waren und vier Jahre vollkommen ausgereicht hätten. Wie kann man erwarten, dass aus einer despotischen Kultur eine demokratische Kultur erwächst? Wir müssen zunächst eine Kultur der Demokratie

⁵⁸¹ Sharq, 12.5.2004.

⁵⁸² Sharq, 11.5.2004.

⁵⁸³ Im sechsten Majless galten diese Intellektuellen als Mitglieder der studentischen Fraktion, da sie im Majless die Interessen des DTW vertraten. Während ihrer Studentenzeit waren sie alle in der DTW organisiert und unterstützten 1997 die Wahl von Mohammad Khatami.

⁵⁸⁴ Sharq, 10.5.2004.



schaffen. Der Grund für die Erfolglosigkeit der Reformen war nicht ihr religiöser Charakter. Das Problem liegt darin, dass diejenigen, die in den letzten Jahren von der Demokratie gesprochen haben, vergessen haben, Grundlagen für diese zu schaffen. Wenn Sie eine Parole ausgeben, die Sie nicht erfüllen können, dann handeln Sie nach dem persischen Sprichwort: ‚Wer behauptet, einen großen Stein werfen zu wollen, wirft keine Steine.‘ Wir müssen zuerst untersuchen, was wir wirklich getan haben, um eine Kultur der islamischen Demokratie zu schaffen.“⁵⁸⁵

Schon im Vorfeld der Konferenz hatte Kadivar die Frage aufgeworfen, ob Islam und Demokratie miteinander vereinbaren seien. Obwohl seiner Meinung nach der "offizielle Islam" eine der größten Barrieren für eine Demokratisierung sei, gehöre doch der "andere Islam zu den wichtigsten Faktoren des Übergangs zur Demokratie in der iranischen Gesellschaft".⁵⁸⁶ Kadivar will das System der Islamischen Republik von innen verbessern: "Es gibt keine andere Lösung als die Stärkung des anderen Islam. [...] Wenn die politische Gleichberechtigung der Bürger nicht anerkannt wird, kann von Demokratie keine Rede sein." Kadivar beschreibt im Weiteren die vier Säulen der Demokratie: freie und gerechte Wahlen; eine transparente und vom Parlament kontrollierbare Regierung; die Berücksichtigung ziviler Rechte und die Existenz einer Zivilgesellschaft. "Die konstitutionelle Revolution hat den Iran nicht demokratisieren können und auch die islamische Revolution, die große Hoffnungen auf eine kulturell eigenständige bzw. asiatische Demokratisierung oder zumindest auf eine Demokratie nach den Gesetzen des herrschenden Islam erweckt hatte, besaß keine demokratische Grundlage. Die Demokratie war nicht das Hauptanliegen der islamischen Revolution."⁵⁸⁷

Die Bedeutungslosigkeit einer ‚legalen Opposition‘

Ali Afshari, Mitglied des Zentralrates des DTW, vertrat gegenüber der **ILNA** die Position, dass die Bevölkerung 1997/98 nicht so verzweifelt gewesen sei wie heute. Die Bevölkerung leide unter der "Dreistigkeit der staatlichen Reformer". Afshari weiter: "Der Begriff Opposition hat eine konkrete Bedeutung. Was heute aber als ‚legale Opposition‘ firmiert, stimmt prinzipiell mit der wissenschaftlichen Bedeutung von Opposition nicht überein. Hier konkurrieren lediglich einige Bewegungen mit der Regierung, was man aber nicht als Opposition bezeichnen kann. Die spezifischen Bedingungen im Iran führen dazu, dass sich die zwei Hauptflügel der Herrschaft höchst widersprüchlich gegenüber stehen [...]. Ich bin davon überzeugt, dass es im Iran eine Opposition gibt, aber gerade deswegen macht die Vorstellung einer ‚legalen Opposition‘ keinen Sinn. [...] Der Präsident hat im Rahmen der gegenwärtigen Verfassung und Machtstrukturen keine Möglichkeiten, einen Wandel herbeizuführen. [...] Von Reformen kann man heute nicht mehr reden. Die Reformakte ist geschlossen. Diese Reformbewegung hat zwar Positives für die Gesellschaft

⁵⁸⁵ Sharq, 15.5.2004.

⁵⁸⁶ Sharq, 11.5.2004.

⁵⁸⁷ Sharq, 11.5.2004.



erreicht. Da sie aber nicht einmal ihre einfachsten Ziele erlangen konnte, bleibt sie eine fruchtlose Bewegung."⁵⁸⁸

Diskussion über spezielle Gerichte für Studenten

Derweil hat das mehrheitlich von den "Neokonservativen" regierte Parlament (Majless) einen Beschluss gefasst, der gerade dem Wächterrat vorgelegt worden ist. Danach sollten sich Studenten politisch aktiv betätigen dürfen, solange sie nicht als Störfaktor im Universitätsbetrieb auffallen. Studentische Aktivitäten an Universitäten sind demnach nur dann "frei", wenn diese von einem "Beobachterrat" genehmigt werden. Dieser Rat setzt sich aus einem studentischen Sekretär, zwei direkt gewählten Studentenvertretern, einem Vertreter des Büros des religiösen Führers, einem wissenschaftlichen Vertreter und einem Vertreter aus der jeweiligen Universitätsverwaltung zusammen. Dieser Rat soll über politische und andere Vergehen seitens der Studenten urteilen.⁵⁸⁹

Qolamali Riahi, ein Anwalt der Studenten, sprach sich gegen die geplante Gründung von Studentengerichten aus. Denn dabei gehe man davon aus, dass ein Gericht nötig sei, das speziell Studenten verurteilen sollte. Ein solches Gericht ließe sich juristisch nicht legitimieren.⁵⁹⁰ Dieses Problem wurde kurz darauf in der *Sharq* erneut aufgegriffen und festgestellt, dass ein Gericht, das sich speziell mit den Fällen von Studenten beschäftige, fragwürdig sei, da in der iranischen Verfassung lediglich Militärgerichte als Sondergerichte vorgesehen sind. Außerdem gäbe es für ein derartiges politisches Gericht gar keine Gesetze, auf deren Grundlage die Bestrafung vermeintlicher Straftaten von Studenten erfolgen könne.⁵⁹¹

Special Dispatch, 13. September 2004 - Iranischer Reformier über die Wahlen in den USA und die Notwendigkeit von Reformen im Iran⁵⁹²

*Ebrahim Yasdi ist einer der führenden Sprecher der **Nehsate Asadi (NA)**, der "Freiheitsbewegung" des Iran. Die der NA zugehörigen Intellektuellen schreiben regelmäßig in der reform-islamistischen Zeitung **Sharq**, aus der folgender Kommentar von Ebrahim Yasdi entnommen ist.*⁵⁹³

Der Kommentar, der unter dem Titel "Die amerikanischen Wahlen und der Iran" erschien, stellt die These auf, dass im Falle eines Sieges des

⁵⁸⁸ ILNA, 22.5.2004.

⁵⁸⁹ Sharq, 10.5.2004.

⁵⁹⁰ Sharq, 15.5.2004.

⁵⁹¹ Sharq, 17.5.2004. Allerdings gibt es im Iran auch spezielle Gerichte für Gesetzesverstöße des Klerus.

⁵⁹² MEMRI

⁵⁹³ Sharq, 11. September 2004.



Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, John Kerry, die USA, die Europäische Union, Japan, China und Russland das friedliche Atomprogramm des Iran akzeptieren würden, sollte es im Iran zudem zu tatsächlichen Reformen und zu einem Ende von Menschenrechtsverletzungen kommen.

Im ersten Teil des Kommentars, der hier nicht dokumentiert wird, geht Yasdi auf die amerikanischen Wahlen ein und konstatiert, dass diese von nationalen und internationalen Entwicklungen beeinflusst werden könnten. Weiterhin kommentiert er das Zweiparteiensystem in den Vereinigten Staaten und argumentiert, die Republikaner würden eher militärische Strategien verfolgen und auf eine Politik des Unilateralismus setzen, wohingegen die Demokraten versuchten, einen strategischen Konsens mit der Europäischen Union und den ostasiatischen Regierungen herzustellen. Aus diesem Grund verfolgten sie eine multilaterale Politik. Der zweite Teil des Kommentars beschäftigt sich mit den Problemen bei der Durchsetzung der ‚Greater Middle East‘-Initiative und der Zukunft des Iran in den internationalen Beziehungen. Bei seiner Auseinandersetzung mit vier zentralen Kritikpunkten, die Yasdi den USA und Europa zuschreibt, beschränkt er sich auf die Kritik des Atomprogrammes und der ausbleibenden Reformen. Auf den Vorwurf der Förderung des Terrorismus und der Sabotage des Friedensprozesses im Nahen Osten geht Yasdi in seinem Kommentar nicht ein, betont allerdings im ersten Teil seines Kommentares, dass die Araber Israel anerkennen sollten und Israel keine andere Möglichkeit habe, als die Gründung eines neuen palästinensischen Staates zu befürworten.

"Die amerikanischen Wahlen und der Iran"

"Die westlichen Regierungen des Mittleren Ostens sind prinzipiell dabei, ihre politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu verändern. Es gibt drei grundsätzliche Hindernisse für die Realisierung der Strategie des ‚Greater Middle East‘: der Irak, der palästinensisch-israelische Konflikt und der Iran. Durch die einseitige Vorgehensweise der Amerikaner und der Engländer im Irak und durch den Sturz von Saddam Hussein sind die objektiven Bedingungen für die Durchsetzung der Ziele der ‚Greater Middle East‘-Initiative verwirklicht worden. Auch das Palästina-Israel-Problem hat seinen Höhepunkt erreicht. Israel kann nicht anders, als der Gründung einer selbstständigen palästinensischen Regierung zuzustimmen. Eine solche Lösung wird Israel früher oder später akzeptieren müssen. Die Lage des Iran bedingt, dass kein strategischer Plan für die Region ohne die Präsenz, die Beteiligung und die Mitarbeit des Iran vorgestellt und verwirklicht werden kann. Aus diesem Grund setzen sich beide US-amerikanischen Parteien sehr intensiv mit dem Iran auseinander. Der Bericht des amerikanischen ‚Rates für Außenbeziehungen‘ bezüglich des Iran und die Analysen und Erklärungen zeugen alle von einem genauen Verständnis der iranischen Position und von einer Berücksichtigung der Rolle des Iran im Mittleren Osten und in Zentralasien.



Aber die Weltöffentlichkeit (Europa und die USA) verurteilt die iranische Regierung aus folgenden Gründen:

- 1) Wegen des Strebens nach Atomwaffen
- 2) Wegen der permanenten und offenen Verletzung von Menschenrechten
- 3) Wegen der Unterstützung des Terrorismus
- 4) Wegen ihres Widerstandes und ihrer Sabotagepolitik gegen einen Frieden im Mittleren Osten.

Auch wenn sich die Vorgehensweise der europäischen Union von jener der USA unterscheidet, haben die Außenpolitiker der Europäischen Union trotzdem betont, dass sie die amerikanischen Einwände gegenüber dem Iran teilen. Dennoch setzen die Europäische Union und die USA bezüglich dieser vier Kritikpunkte unterschiedliche Prioritäten. [...]

Beispielsweise ist die Europäische Union bezüglich des Problems der Menschenrechtsverletzungen eindeutig sensibler und ernsthafter als die USA. Denn da die amerikanische Regierung Staaten wie Israel unterstützt, die beschuldigt werden, die Menschenrechte zu verletzen, kann oder will sie sich in diesem Zusammenhang nicht eindeutig positionieren. Bezüglich der friedlichen Nutzung der Atomenergie ist die Europäische Union bereit, mit dem Iran zusammenzuarbeiten, wenn der Iran die Nicht-Verbreitungsverträge, die Protokolle, die einem Sicherungssystem dienen und das Zusatzprotokoll der IAEA unterschreibt und einhält. Die Bush-Regierung ist jedoch gegen jegliche Form von Atomaktivität des Iran. Die Position des Bush-Konkurrenten John Kerry ähnelt eher der europäischen Position. Wenn der Iran nicht das Vertrauen der Europäischen Union und der IAEA gewinnt und wenn die Atomakte des Iran zum Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geschickt wird, dürfte eine harte und scharfe Resolution gegen den Iran verfasst werden. Wenn unter solchen Bedingungen Bush die Wahlen gewinnt, wird der Druck auf den Iran wachsen. Weil Bush nicht ein drittes Mal [zum Präsidenten] gewählt werden kann, wird er nicht zögern, seine aggressive politische Haltung fortzusetzen. Wenn allerdings eine Resolution gegen den Iran im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen wird, aber John Kerry die Präsidentschaftswahlen gewinnt, wird der Druck auf den Iran ebenfalls fortbestehen. Denn die Atomakte des Iran wird nur im Falle einer Zustimmung der Europäischen Union an den Sicherheitsrat geschickt werden. Unter solchen Bedingungen und in Anbetracht der politischen Strategie John Kerrys werden sich die Positionen der Europäischen Union und der USA in vielen Punkten, auch in Bezug auf den Iran, annähern.

Wenn aber der Iran durch eine Änderung seines politischen Verhaltens es schafft, das Vertrauen der Weltöffentlichkeit und insbesondere der Europäischen Union zu gewinnen und das Interesse der EU für das iranische Atomprogramm zu wecken, wird die Wahrscheinlichkeit, dass die Atomakte des Iran, trotz des amerikanischen Drucks, an den Weltsicherheitsrat geschickt wird, sehr gering sein. Sollte sich dann der Sicherheitsrat dennoch mit der iranischen Atomakte beschäftigen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Resolution gegen den Iran beschlossen wird, sehr



niedrig. Wenn Bush unter solchen Bedingungen die Wahlen gewinnt, wird sich das Verhältnis zwischen der IAEA und dem Iran nicht ändern und Bush wird nicht in der Lage sein, sich auf eine Resolution des Sicherheitsrates zu stützen und seine Pläne gegen den Iran umzusetzen. Sollte Bush aber verlieren und Kerry gewinnen, werden in Anbetracht der erklärten politischen Zielsetzungen die weltpolitischen Strategien Amerikas, Europas, sogar Japans, Chinas und Russlands noch mehr konvergieren. So beispielsweise hinsichtlich des Iran. In diesem Fall kann der Iran hoffen, dass seine friedlichen Atomaktivitäten institutionalisiert werden. Die Frage, welche weiteren Aktivitäten das friedliche iranische Atomprogramm beinhaltet, ist eine andere Diskussion, die davon abhängt, in welchem Ausmaß das iranische Atomprogramm mit den nationalen Sicherheitsinteressen des Iran kongruiert. Nun aber zu den Vorwürfen der Menschenrechtsverletzungen im Iran. Wenn der Iran nicht eindeutig gemäß der internationalen Menschenrechtsverträgen seinen Verpflichtungen nachkommt, wird der Druck auf den Iran wachsen, ganz gleich wer der amerikanische Präsident sein wird. Die Bush-Regierung wird auf der Basis von einseitigen Strategien und John Kerry auf der Basis der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union Druck machen.

Wir können schlussfolgern, dass sich die amerikanischen Präsidentschaftswahlen auf die politische Lage des Iran auswirken werden. Jenseits der Frage, wie die amerikanischen Präsidentschaftswahlen ausgehen werden, ist es aber notwendig, dass der Iran seine menschliche Entwicklungsstrategie (sowohl die politische als auch die wirtschaftliche) bearbeitet. Schließlich muss der Iran die Voraussetzungen für politische und wirtschaftliche Reformen schaffen und sie ernsthaft realisieren. In diesem Fall werden die internationalen Beziehungen zugunsten des Iran ausfallen, ganz gleich ob Bush oder Kerry [die Wahlen] gewinnt."

Special Dispatch, 29. Oktober 2004 - 20. Jahrestag des iranischen Geheimdienstes ⁵⁹⁴

*Im Iran wurde Anfang Oktober der 20jährige Gründungstag des **Ministeriums für Information und Sicherheit (MOIS)** gefeiert. Trotz kleiner Meinungsverschiedenheit sind sich das Parlament und der religiöse Führer, **Ayatollah Ali Khamenei**, Zeitungsberichten zufolge grundsätzlich darüber einig, dass der iranische Geheimdienst erfolgreich arbeitet. Anlässlich des Jubiläums wurde von verschiedener Seite noch einmal die Geschichte des Geheimdienstes dargestellt. Dabei scheint mittlerweile Einigkeit darüber zu bestehen, dass der unter Khomeini*

⁵⁹⁴ MEMRI



neu gegründete Geheimdienst Teile vom SAVAK, dem Geheimdienst des Shahs, übernommen hat.

In Bezug auf die gegenwärtige Stellung des Geheimdienstes werden indes unterschiedliche Positionen deutlich: Während die Reformislamisten entgegen den herrschenden Machtverhältnissen an ihrer Vorstellung von einem staatlich kontrollierten Geheimdienst festhalten, beharren die Konservativen auf einem autonomen Staatsorgan.

I) Zur Geschichte des Ministeriums für Information und Sicherheit:

Anlässlich des Jubiläums der Gründung des Ministeriums für Information und Sicherheit sprach der persische Dienst von BBC von einer der "mächtigsten Geheimdiensten des Mittleren Ostens". Laut BBC stamme die Gesetzesvorlage für den neu organisierten Geheimdienst VEVAK [...] noch aus den Shahzeiten. Einer der ersten Operationen der neuen Organisation sei die Liquidierung des ersten Direktors des SAVAK, General Timur Bakhtiar, durch seine alten Kollegen und die neuen Mitarbeiter im VEVAK gewesen.

BBC zufolge seien die ersten Überlegungen für die Gründung eines neuen Geheimdienstes 1981 angestellt worden, als die Organisation der Volksmojahedin mit dem bewaffneten Kampf gegen das islamistische Regime begann. Der erste Informationsminister war dann Mohammad Mohammadi-Reyshahri. In den ersten sieben Jahren haben Personen wie Said Hajarian ⁵⁹⁵, Ahmad Purnejati und Ali Fallahian ⁵⁹⁶ wichtige Posten im Ministerium besetzt. Viele ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Information und Sicherheit hätten in der folgenden Zeit Posten in Ministerien, in Botschaften, im Parlament und als Direktoren neu erschienener Zeitungen übernommen. Nach der Wahl von Mohammad Khatami zum Präsidenten wurde Qorbanali Dori Najafabadi zum neuen Informationsminister gewählt. Dieser trat zurück nachdem bekannt wurde, dass mit Said Emami ein hoher Geheimdienstler für die so genannten "Kettenmorde" an den Intellektuellen, Mohammad Mokhtari, Mohammad Jafar Puyande und Familie Foruhar im Jahr 1999 zuständig gewesen sei. Said Emami, Mitarbeiter von Fallahian, wurde verhaftet und starb im Gefängnis. In den vergangenen sieben Jahren entwickelte der reformislamistische Informationsminister Ali Yunessi sein Ministerium zu einer Organisation, die auf die Sammlung von Informationen spezialisiert ist und weniger operative, terroristische Aufgaben übernimmt. Dennoch seien weiterhin viele Menschen verschwunden oder in geheimen Gefängnissen untergebracht, so dass

⁵⁹⁵ Hajarian ist heute einer der bekanntesten reformislamistischen Intellektuellen.

⁵⁹⁶ Im Mykonosurteil heißt es auf Seite 22: "Erste Maßnahmen, die die spätere Liquidierungsentscheidung vorbereiteten, leitete Ali Fallahian als Minister des VEVAK. Dem VEVAK oblag generell die nachrichtendienstliche Sammlung von Informationen über oppositionelle Gruppen, Parteien und Personen im In- und Ausland." Dem Urteil des Berliner Kammergericht zufolge arbeitete Fallahian in einem Komitee für Sonderangelegenheiten, das den Mordanschlag plante. Zu diesem geheimen Komitee gehörten u.a. der damalige Präsident Rafsanjani und der religiöse Führer, Khamenei.



der Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen durch das Regime keineswegs aufgehoben sei.⁵⁹⁷

II) Lob des religiösen Führers

Laut der Zeitung **Jomhuriye Eslami** lobte der religiöse Führer Khamenei die "stille Arbeit" des Ministeriums für Information und Sicherheit in den letzten 20 Jahren: "Das Informationsministerium, insbesondere die wichtigsten Personen dieses Ministeriums haben schon vor dessen Gründung, in den ersten Jahren große Leistungen erbracht. [...] Glaube und Liebe zu Gott sowie das Wissen um die göttliche Mission" müssten gestärkt werden, so Khamenei, damit die Effektivität der Arbeit des Ministeriums sich verbessere.⁵⁹⁸

Die Zeitung **Kayhan** berichtete, dass das Informationsministerium seit dem 2. Oktober jedem Wochentag einen eigenen Namen gegeben habe, um den zwanzigsten Gründungstag des Ministeriums für Information und Sicherheit landesweit zu würdigen. Die Namen der einzelnen Tage seien wie folgt vergeben worden: Samstag: Tag der Herrschaft und Macht; Sonntag: Tag der Gesellschaft, Information und des nationalen Vertrauens; Montag: Tag der Herrschaft des Klerus; Dienstag: Tag der Untersuchung und der Übermittlung von Nachrichten; Mittwoch: Tag der nationalen Interessen und der Sicherheit; Donnerstag: Tag des Martyriums. An diesem Tag sollte das Volk an die verstorbenen Märtyrer des Ministeriums für Information und Sicherheit gedenken. Außerdem berichtet Kayhan über die Bemühungen, staatliche Transparenz zu demonstrieren: Ein Telefondienst wurde eingerichtet und die Bevölkerung dazu aufgerufen, etwaige Beschwerden gegen den Geheimdienst vorzubringen. Auch schriftliche Beschwerden an eine Postfachadresse waren möglich.⁵⁹⁹

III.) Zur Autonomie des Ministeriums für Information und Sicherheit

Im Parlament [Majless] fand daraufhin eine Diskussion statt, ob der Geheimdienst mehr Autonomie brauche oder aber stärker kontrolliert werden müsse. Laut Kayhan erklärte dazu Mussa Qorbani, Mitglied des Direktoriums des iranischen Majless: "Wir dürfen das Informationsministerium nicht zu sehr unter Druck setzen, dass es seine gesetzten Ziele nicht erreichen kann. Die Arbeit des Ministeriums für Information und Sicherheit ist sehr positiv gewesen, auch wenn sie nicht öffentlich diskutiert werden kann. Die Sammlung von Informationen und ihre Selektion dienen der Arbeit der Apparate zur Neutralisierung konterrevolutionärer Aktivitäten, der Unterdrückung der Aktivitäten von Splittergruppen oder der Verhinderung der Gewalt bei Aktionen, wie der Studentenproteste. Die Politik des Ministeriums für Information und Sicherheit ist wichtig für den Schutz des ganzen Systems [...]. Wenn wir wollen, dass das

⁵⁹⁷ BBCPERSIAN.COM, 1.10.2004.

⁵⁹⁸ Jomhuriye Eslami, 5.10.2004.

⁵⁹⁹ Kayhan, 2.10.2004.



Ministerium seinen Pflichten nachkommt, müssen wir dafür sorgen, dass sich niemand in seine Arbeit einmischt."

Außerdem berichtete Kayhan über die Reaktion von Ahmad Tawakoli, Direktor des Forschungszentrums des Majless, auf eine Gesetzesvorlage der Regierung zur Reformierung des Ministeriums, die seinem Forschungszentrum zur Prüfung vorgelegt worden war. Dessen Arbeit war dann von Regierungsmitgliedern als unqualifiziert bezeichnet worden: "Leider", so Tawakoli, "stellen manche Regierungsmitglieder das Problem dar, als ob das Forschungszentrum die Macht des Geheimdienstes einschränken wolle. Das Forschungszentrum kennt die Relevanz und die Position des Geheimdienstes. [...] Diese Diskussionen schwächen nur unser politisches System." Ebenso betonte Hamidresa Haji Babai, Mitglied des Direktoriums des Majless, die Relevanz der "Autonomie des Ministeriums für Information und Sicherheit".⁶⁰⁰

Der Vorsitzende des Majless, Hadad Adel, beteuerte, dass das Parlament das Informationsministerium nicht schwächen wolle. Er gratulierte dem Ministerium für Information und Sicherheit mit folgenden Worten: "Man schätzt den Wert von Sicherheit wenig, wenn sie gegeben ist. Als Bürger bedanke ich mich für die Bemühungen des Ministeriums. Information ist Macht und wenn die Machthaber fromm sind, wird die Macht auch nicht verfallen. Frömmigkeit wird dann zur Grundlage von Reformen. Wir sollten immer das Beispiel des Imam Khomeini vor Augen führen. [...] Niemand fragt, welche Mühen und Anstrengungen die Mitarbeiter des Ministeriums unternehmen, damit manche Ereignisse gar nicht erst geschehen." Außerdem sei es wichtiger, so Adel weiter "die Gründe herauszufinden, warum manche Menschen rebellieren, als nur konterrevolutionäre Individuen zu identifizieren."

Hassan Rohani, Vorsitzender des nationalen Sicherheitsrates, sprach, so Kayhan ohne weitere Details mitzuteilen, über die Rolle des Ministeriums für Information und Sicherheit in Afghanistan, im Irak und in Bezug auf Al-Qaida und das iranische Atomprogramm. Rohani: "Das Ministerium für Information und Sicherheit soll das Wissen der Elite vermehren, damit es weniger Meinungsverschiedenheiten gibt".⁶⁰¹

IV. "Vom Volk für das Volk"

Kayhan zufolge laute die Parole des Informationsministers "Vom Volk, für das Volk." Daher sei es erforderlich, dass das Volk mit dieser Institution zusammenarbeite. Dazu Informationsminister Hojatoleslamwalmoslemin Ali Yunessi: "Nationale Sicherheit ist das wichtigste Ziel aller Regierungen. Wenn eine Regierung keine Sicherheit gewährleisten kann, verliert sie ihre Legitimation und ihre Herrschaft wird zu Ende gehen." Yunessi zeigte sich überzeugt, dass kein Land auf Sicherheitskräfte

⁶⁰⁰ Kayhan, 4.10.2004.

⁶⁰¹ Kayhan, 6.10.2004.



und einen Geheimdienst verzichten könne: "Vor der Gründung des Ministeriums für Information und Sicherheit haben terroristische Gruppierungen in Zusammenarbeit mit Feinden dem politischen System in unserem Land großen Schaden zugefügt. [...] Tausende ganz normale Menschen sind dabei den Märtyrertod gestorben. [...] Der Schutz einer jungen, wachsenden und informierten Gesellschaft in einer sensiblen Region und gegen eine Vielzahl von Feinden vorzugehen, ist eine schwierige und komplizierte Arbeit. Wir müssen diese mit einem Informationsdienst, militärischer Kraft und nationaler Einheit bewältigen. Gegenwärtig steht die Islamische Republik Iran in der Region am besten da. [...]."

Für Yunessi ist das Informationsministerium auch Zentrum der Koordinierung des Kampfes gegen die Volksmohajedin. Yunessi: "Die Aktivitäten der Volksmohajedin finden hauptsächlich im Ausland statt. Im In- und Ausland hat das Informationsministerium all ihre Aktivitäten unter Kontrolle. Aber die wirtschaftliche und soziale Korruption hat große Ausmaße erreicht. Das Informationsministerium hat zwar eigentlich nicht die Hauptverantwortung für den Kampf gegen diese, aber aufgrund des Befehls des religiösen Führers und der Führungsebene von Exekutive, Judikative und Legislative wurden dennoch wertvolle Aktivitäten auf diesem Gebiet durchgeführt. [...] Wir haben gute Kontakte mit den meisten Exiliranern. Besonders die jüngere Generation der Exiliraner empfindet eine besondere Zuneigung für den Iran."⁶⁰²

V. Geheimdienstgeschichte aus reformislamistischer Sicht....

Die Geschichte des Geheimdienstes stellt sich aus Perspektive der reformislamistischen Zeitung **Sharq** so dar:

"Zu Beginn der islamischen Revolution gründeten sowohl die Pasdaran als auch die Revolutionskomitees ihre eigenen Geheimdienste zum Schutz der Revolution. [...] Hinzu kamen die Staatsanwaltschaft und die Regierung, die parallel ihre Informationsquellen pflegten. Der SAVAK wurde aufgelöst, aber wie Said Hajjarian sagt, gab es zu Beginn der Revolution ca. 17 oder 18 verschiedene parallel arbeitende Geheimdienste. Viele SAVAK-Mitglieder gingen ins Ausland, einige wurden hingerichtet. Aber wie hätte man eine solche Organisation, die im Bürohaus des Premierministers des Schahs untergebracht war, mit der Menge von Akten, die sie angesammelt hatte, vernichten können? Also wurde ein Gebäudekomplex der alten Örtlichkeit für den neuen Apparat benutzt, damit ein Teil des übrig gebliebenen Personals des SAVAK kontrolliert werden konnte. Said Hajjarian und Khosro Tehrani, Mitglieder des linken Flügels der Organisation der 'Mohajedin der islamischen Revolution' übernahmen die Kontrolle des alten Personals. Khosro Tehrani wurde neuer Chef der Abteilung und Said Hajjarian Sekretär der Spionageabwehr. [...] Manche Politiker wollten, dass die Pasdaran die Kontrolle des Geheimdienstes übernehmen, manche sprachen sich für das Justizministerium als oberstes

⁶⁰² Kayhan, 5.10.2004.



Kontrollorgan aus. Andere wollten, dass der Präsident und wieder andere, dass der religiöse Führer die Verantwortung übernehme. [...] Hajjarian brachte dann einen Entwurf zur Schaffung eines Ministeriums für Information und Sicherheit ein. Dieser Vorschlag wurde von Hashemi Rafsanjani unterstützt. Nun mussten alle Geheimdienstaktivitäten [...] zusammen geführt werden. [...]

Der Minister des Ministeriums für Information und Sicherheit sollte ein Mojtahed [religiöser Gelehrter] sein oder zumindest direkt vom Führer ernannt werden, damit sein Urteil nicht nur ein juristisches, sondern auch ein religiöses gemäß der göttlichen Sharia ist. [...] Mohammad Reyshahri, Direktor der Militärgerichte und Shariaexperte, wurde der erste Informationsminister und Ali Fallahian⁶⁰³, der zuvor Koordinator der Informationsabteilung des Premierministers, der Pasdaran, der Revolutionskomitees sowie des revolutionären Justizministeriums war, sein Sekretär. [...]. Es wurde zwar nie bewiesen, ob Reyshahri tatsächlich die Qualifikation eines Mojtaheds hat, aber er wurde trotzdem Informationsminister. Teile der linksislamischen Bewegung, wie Hajjarian und Rabii bauten dann die Strukturen des Ministeriums für Information und Sicherheit auf. [...] Obwohl auch Fallahian kein Mojtahed war wurde er trotzdem zum zweiten Informationsminister gewählt und leitete das Ministerium unter Rafsanjani acht Jahre lang. [...] Hajjarian konnte mit Fallahian nicht zusammenarbeiten und wechselte zum Zentrum für strategische Forschung, das im Amt des Präsidenten untergebracht war und arbeitete unter der Leitung von Mussawi Khoinia.⁶⁰⁴ Jahrelang stand das Informationsministerium unter der Leitung linker Moslems, aber dies änderte sich mit Rafsanjani. Unter Khatami wurde schließlich Dori Najafabadi zum Informationsminister gewählt. Dann ereigneten sich die "Kettenmorde", über welche die Reformzeitungen ausführlich berichteten. Said Emami wurde für die "Kettenmorde" als selbständig handelnder Geheimdienstler verantwortlich gemacht. Wie vermeldet wurde, brachte er sich im Gefängnis um. Said Emami brachte sich um und auf Said Hajjarian wurde ein Anschlag verübt. Dori Najafabadi trat zurück und Ali Yunessi übernahm das Amt des Informationsministers. [...]"⁶⁰⁵

VI. ...und ein reformislamistischer Kommentar [12]⁶⁰⁶

" [...] Said Hajjarian erklärt, dass die demokratische Kontrolle des Ministeriums für Information und Sicherheit ein Hauptmotiv für dessen Gründung gewesen sei.⁶⁰⁷ Die Gründer wollten ein Ministerium, das nach dem Sturz der Dynastie auf der Grundlage der Idee einer Republik arbeitet. Es sollte vom Volk kontrollierbar sein, d.h. die Majlessmitglieder sollten auch den Informationsminister zur Rede stellen dürfen. Eine Option, die aus der utopischen Perspektive, die damals im Iran herrschte, nicht nur eine Utopie war, sondern realistisch erschien. Man ging damals von einem Geheimdienstapparat aus, der nicht Furcht einflößend wie der SAVAK, sondern eine

⁶⁰³ Fallahian wurde als einer der Drahtzieher des Mykonosattentats im Mykonosprozess identifiziert.

⁶⁰⁴ Khoinia war der Herausgeber einer linksislamistischen Zeitung, die am 8.Juli 1999 verboten wurde.

⁶⁰⁵ Sharq, 6.10.2004.

⁶⁰⁶ Mohammad Javad Ruh in Sharq vom 6.10.2004.

⁶⁰⁷ Diese Aussage erfolgt vor dem Hintergrund, dass vor der Gründung des Informationsministeriums bis zu 18 islamistische Geheimdienste parallel arbeiteten.



Institution sein sollte, die dem Volk [...] und jedem einzelnen Bürger gehört. Eine Sicht, die der Gründer der Islamischen Republik [Khomeini] so ausdrückte: ‚Eine Institution mit 36 Millionen Mitgliedern‘. Wenn der Sicherheitsapparat unter dieser Perspektive betrachtet wird, wird die Erwartung beim Bürger geweckt, dass jeder Bürger diesem Apparat angehört. Darüber hinaus wird die Erwartung geweckt, dass jeder Bürger diesen Apparat auch überwachen darf. Die Gründung des Ministeriums für Information und Sicherheit war ein erster Schritt in Richtung der Utopie der Kontrolle dieser Institution durch die Repräsentanten des Volkes.“

Im Weiteren verweist auch Ruh darauf, dass die Gründer des Geheimdienstes sich im Jahr 1997 als Reformer einen Namen machten - bis die "selbständig handelnden Geheimdienstler" des pro-Fallahian-Flügels die Kettenmorde begingen. Ruh wirft dann die Frage auf, was denn das vierte und fünfte Majless unter Rafsanjani getan habe, um den Geheimdienst zu kontrollieren. Spätestens das sechste Majless unter Khatami habe den Geheimdienst reformiert, so dem Informationsministerium auch bis dahin "unmögliche Fragen" hätten gestellt werden können. Als Beispiel führt Ruh den Anschlag auf den reformislamistischen Intellektuellen und Geheimdienstgründer Hajjarian auf ⁶⁰⁸ und erklärt, dass das Informationsministerium unter Führung Khatamis derartige operative militärische Tendenzen kritisiert habe. Ruh geht auch auf Bemühungen des Geheimdienstes ein, der unter Khatami versucht habe, mit "der Universität und Teilen der Elite Kontakt aufzunehmen, um positive Entwicklungen herbeizuführen." Allerdings seien diese Entwicklungen inzwischen aus zwei Gründen zu kritisieren: Erstens seien die Veränderungen nur formal gewesen und zweitens fänden parallel zu den offiziellen auch inoffizielle Geheimdienstaktivitäten statt. Ruh ist der Meinung, dass nur strukturelle Veränderungen einen Wandel des Ministeriums für Information und Sicherheit ermöglichen könnten. So hält er es auch für möglich, dass sich das Informationsministerium bei mangelnder Aufsicht durch die Regierung wieder "alter Sichtweisen" ⁶⁰⁹ annähern könnte. [...]

Weiterer "Schaden" könnte dem Ministerium zugefügt werden, wenn sich weiterhin Geheimdienstgruppen parallel zu den offiziellen Aktivitäten formieren würden. Es handele sich dabei um wichtige Teile der "heimlichen Regierung". ⁶¹⁰ Ruh kritisiert die aktuelle Tendenz, sich gegen eine Regierungskontrolle des Ministeriums für Information und Sicherheit zu stellen: "Wenn das Informationsministerium nicht mehr im Rahmen der Exekutive agiert, ist ein Zustand geschaffen, der nichts mehr mit der Philosophie der Gründer der Institution vor 20 Jahren zu tun hat. Wenn dieses Ministerium nicht von den Volksvertretern befragt werden kann, und wenn dieses Ministerium heimlich agierenden Institutionen, die niemandem Frage und Antwort stehen, unterstellt wird, ist seine Reformierung unmöglich. [...]"

⁶⁰⁸ Es heißt, dass das missglückte Attentat auf Hajjarian von einem pro-Fallahian Flügel des Geheimdienstapparates durchgeführt worden ist.

⁶⁰⁹ Gemeint sind Entwicklungen, die unter Fallahians Amtsführung üblich waren. Bemerkenswert ist, dass laut Sharq der noch amtierende Präsident Khatami sich mit Fallahian offiziell getroffen und ihm gratuliert habe.

⁶¹⁰ So werden diese Gruppierungen von Reformislamisten bezeichnet.



*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 18. Dezember 2004 - Reformislamisten gegen Verfassungsreferendum im Iran ⁶¹¹

*Seit vielen Jahren wird im Iran immer wieder über die Verfassung diskutiert. Jetzt haben einige iranische Intellektuelle und Dissidenten sich mit einem Aufruf an die iranische Öffentlichkeit gewandt, in dem ein Verfassungsreferendum gefordert wird. Die Initiatoren des Aufrufs erklären, dass auf der Grundlage der gegenwärtigen Verfassung ein politisches System etabliert wurde, das seit 26 Jahren "das iranische Volk demütigt" und "den Iran politisch isoliert" habe. In der Durchführung einer Abstimmung über die Verfassung sehen sie eine Möglichkeit, auf friedlichem Wege einen Regimewechsel im Iran herbeizuführen. Eine neue Verfassung soll eine demokratische Regierung garantieren, die auf der Grundlage der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte agiert und die Ungleichheit der iranischen Bürger aufhebt. Kein Iraner soll länger aus religiösen, weltanschaulichen oder geschlechtsspezifischen Gründen von einer religiösen-despotischen Herrschaft unterdrückt werden. Zu den Initiatoren des Aufrufs gehören unter anderen **Ali Afshari, Nasser Sarafshan, Mohammad Mohssen Sasegara, Mehrangis Kar und Mohammad Maleki.***

*Bei den staatlichen Reformislamisten ist der Aufruf auf Ablehnung gestoßen. Präsident **Khatami** betont, dass er seine Reformen auf der Grundlage der gegenwärtigen Verfassung und innerhalb des bestehenden politischen Systems durchführen will. Aber auch Intellektuelle der reformislamistischen Bewegung, wie **Said Hajarian**, haben die Forderung nach einem Referendum als Versuch bezeichnet, die Islamische Republik zu stürzen. Zudem hat sich auch die Partizipationsfront gegen den Vorschlag ausgesprochen. Die staatliche Studentenvereinigung der **Tahkime Wahdat** [Festigung der Einheit] ist in dieser Frage gespalten - einige ihrer offiziellen Vertreter sprachen sich aber bereits gegen das Referendum aus.*

Nachdem einige bekannte Intellektuelle aus dem Iran die Forderung nach einem Referendum unterschrieben hatten, schritt die iranische Regierung ein: Der Zugriff aus dem Iran auf diese Homepage ist jetzt nicht mehr möglich (<http://www.60000000.com/>). Insgesamt haben bisher 25.000 Menschen die Erklärung unterschrieben. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Aufruf [Übersetzung aus dem Persischen] und einige kritische Reaktionen darauf: .

⁶¹¹ MEMRI



"Nationaler Aufruf zur Durchführung eines Referendums"

"Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre sowie zahlreiche große und kleine Katastrophen, mit denen die Menschen im Iran fertig werden mussten, die die Nation demütigten und die politische Isolation des Iran zur Folge hatten, zeigen, dass es nur einen einzigen konsequenten Weg zur Überwindung dieser Krise und zur Befreiung der unterdrückten iranischen Nation gibt:

„Die Bildung einer demokratischen Regierung basierend auf der internationalen Charta der Menschenrechte“

Eine Regierung, die aus einer Stimmenmehrheit der Nation hervorgeht und auf der Erhaltung der territorialen Integrität und der Wahrung der nationalen Interessen basiert, sowie den Aufbau friedlicher Beziehungen mit der internationalen Gemeinschaft unter Beachtung der kulturellen und ökonomischen Werte des Iran vorantreibt, soll das Land retten. Um dies zu erreichen, ist die Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes und die Errichtung des [von der Bevölkerung] gewünschten politischen Systems ein erster und essentieller Schritt. Besonders die Erfahrungen der vergangenen acht Jahre zeigen, dass mit der bestehenden Verfassung und dem gegenwärtigen Aufbau des Staates keinerlei Reformierung des Landes möglich ist. Aus diesem Grund und weil das Grundgesetz der Islamischen Republik Iran sowie die Politik der mit ihr verbundenen Institutionen:

- in fundamentalem Gegensatz zur internationalen Menschenrechtscharta und den individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsrechten stehen;
- weil sie die rechtlichen Ungleichheiten zwischen den Bürgern Irans sowie die religiöse und konfessionelle und die geistige und geschlechtliche Diskriminierung offiziell legitimiert haben; und weil die Religionsdiktatur der iranischen Nation ihr Recht auf die Macht entzogen hat;
- weil [das Grundgesetz und die politischen Institutionen] sich gegen den Fortschritt auf allen Gebieten - unter anderem der wirtschaftlichen Expansion und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit im Iran - abgeschottet haben;
- und weil sie den Anschluss des Iran an die freie Weltgemeinschaft verhindert und nationale Interessen in den diplomatischen Beziehungen missachtet haben

fordern wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, eine unter Beobachtung internationaler Organisationen durchzuführende Volksabstimmung über die Bildung eines Gründungskomitees, das den Entwurf für eine neue Verfassung ausarbeiten soll, die auf der internationalen Menschenrechtscharta basiert und sich wahrhaft mit dem freien Votum des Volkes verbunden weiß.



Wir fordern alle patriotischen und progressiven Mitbürger auf, mit ihrer Unterschrift unter diesen Aufruf, die Stimme der iranischen Nation in der Weltöffentlichkeit entschlossen zur Geltung zu bringen.

Jetzt wo die erste Diskussionsphase über das Referendum mit Unterstützung der Bevölkerung und einer großen Anzahl von politischen Aktivisten und nationalen Intellektuellen und Liberalen in Gang gekommen ist, sehen wir uns aber keineswegs in der Rolle der Kuratoren des Plans. Wir sehen das Referendum vielmehr als Angelegenheit aller Unterstützer des Vorhabens - und als Tropfen auf den heißen Stein der Hoffnung aller politisch Aktiven und derjenigen, die Veränderungen im Iran wollen. [...]"⁶¹²

Khatami: Die Verfassung ist kein Spielzeug

Khatami hielt das Bekenntnis zur Gedanken- und Ideenvielfalt sowie die Verfassungstreue für den einzigen angemessenen Weg zur Schaffung von Stabilität innerhalb der Gesellschaft. Er sagte: "Wenn wir an die Stimme des Volkes und an die Volksherrschaft glauben, dann ist unsere Verfassung der Rahmen, der die richtigen Bemessungslinien zur Errichtung einer Ordnung bereitstellt, in der hinsichtlich der prinzipiellen Rechte und der Freiheiten der Bevölkerung die notwendige Vorsorge getroffen wurden. [...] Zu den Diskussionen über die Änderung der Verfassung erklärte der iranische Präsident: "In der Verfassung wurde ein exakter Rahmen für die Herrschaft des Volkswillens vorgesehen. Der eigentliche Verstoß liegt in dessen Nichtumsetzung und Missbrauch. [...]". Er bekräftigte, dass die Verfassung des [gegenwärtigen] Systems kein Spielzeug sei, das jeden Tag von neuem diskutiert und damit geschwächt werden könne - auch wenn sie möglicherweise Schwachpunkte enthalte und zur rechten Zeit zu reformieren sei. [...] Khatami sagte weiter: "Wenn es in der Art und Weise der Umsetzung der Verfassung ein Problem gibt, dann muss man es beseitigen. Man muss denjenigen, die Kritik üben und diese mit der Verfassung in Verbindung bringen und die eine Änderung der Verfassung und des Systems wollen, sagen: Ist denn das System ein Strumpf den wir, wenn dieser uns nicht mehr gefällt, einfach wechseln? [...] Es ist nicht richtig zu sagen, lasst uns die Verfassung ändern. Vielmehr muss die [bestehende] Grundordnung umgesetzt werden. Sie soll angewendet werden und zwar richtig. Und in ihrer Umsetzung darf es keinen Missbrauch geben."⁶¹³

Stimmen aus der Partizipationsfront [Jebheye Mosharekat] gegen ein Referendum⁶¹⁴

Auf die Frage, welche Position die Jebheye Mosharekat zum vorgeschlagenen Verfassungsreferendum einnimmt, äußerte sich **Muhammad Reza Khatami**,

⁶¹² www.60000000.com

⁶¹³ www.hamshahri.org, 14. Dezember 2004

⁶¹⁴ Die Partizipationsfront [Jebheye Mosharekat] wird von Muhammd Reza Khatami, dem Bruder des gegenwärtigen iranischen Präsidenten Muhammad Khatami, geführt.



Generalsekretär der Partei, wie folgt: "Wir halten diese Art von Aktionen weder für nützlich noch für möglich. Wir verfolgen einen völlig anderen Weg als diese Herren [Unterstützer und Initiatoren des Referendums]. Diejenigen, die diesen Plan zur Sprache gebracht haben, machen es sich selber schwer und errichten weitere Hürden und Stolpersteine für den Reformkurs. Das führt doch nur dazu, dass die Gegner [des Reformkurses - gemeint sind die Konservativen] sich ein weiteres Mal vorbereiten und auch die noch so kleinen Erfolge wieder zunichte machen."⁶¹⁵

Weitere Kritik am Referendumsaufruf

Zwar waren Teile der Studentenbewegung am Referendumsaufruf beteiligt, dennoch erhoben sich auch kritische Stimmen. So veranstaltete der Islamische Verein der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Teheran einen Workshop zum Thema "Die Missgeschicke der Studentenbewegung", bei dem auch auf das Referendum eingegangen wurde. Dabei erklärte **Hatam Qadiri**, Professor für Lehramtsstudien: "Die Planung des Aufrufs durch das Büro für die Festigung der Einheit [Tahkime Wahdat] wird für die Studentenbewegung lediglich weitere Probleme mit sich bringen." "In unserer Gesellschaft hält man solche Schritte zumeist für eine Aktion zum Verkauf der Heimat."

Ali Reza Rajai, ein national-religiöser Aktivist, der ebenfalls an diesem runden Tisch saß, meinte: "Der Plan zu einer Referendumsdiskussion seitens der Studentenbewegung zeigt, dass der Prozess zur Erlangung von Kompetenzen in unserem Land nicht besonders ernst genommen wird." Er erklärte: "Eine gesellschaftliche Bewegung muss zeigen, dass sie sich im Rahmen der eigenen gesellschaftlichen Normen bewegt. Ist dies nicht der Fall, wird sie keinen Erfolg haben. Ich vermute, dass die Studentenbewegungen nicht genug auf dieses Problem achten. Auf jeden Fall müssen sie sich vom Links- und Rechtsradikalismus distanzieren. [...] Dieser Plan [...] entspricht absolut nicht den Bedingungen in unserem Land."⁶¹⁶

Special Dispatch, 21. Januar 2005 - Rafsanjani über das Wahlsystem und die Iranische Republik ⁶¹⁷

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen am 17. Juni stellte die staatliche Nachrichtenagentur **ISNA** die Relevanz des Wahlsystems und die Vereinbarkeit des

⁶¹⁵ www.sharghnewspaper.com/830917/html/polit.htm#s147288 , 07. Dezember 2004.

⁶¹⁶ www.sharghnewspaper.com/830921/html/polit.htm#s147939 , 11. Dezember 2004

⁶¹⁷ MEMRI



Islam mit der Idee der Republik zur Debatte.⁶¹⁸ Im Folgenden dokumentieren wir einen Auszug aus einem Interview mit **Hashemi Rafsanjani** vom 30. Januar 2005. Rafsanjani ist zur Zeit Vorsitzender des Schlichtungsrates und Präsidentschaftskandidat. Er gilt als einer der mächtigsten Männer des iranischen Gottesstaates.

Wahlen, Volk und Wächterrat

"ISNA: Was verstand Imam Khomeini unter ‚Wahlen‘? Ab wann benutzte Imam Khomeini diesen Begriff und ab wann wurde dieser Begriff zu einer der Forderungen der Islamischen Revolution? Glaubte der Imam schon vor dem Sieg der Revolution an Wahlen? Was versteht man in der Islamischen Republik unter Wahlen? Hashemi Rafsanjani: Im Namen des barmherzigen Gottes. Ich habe die historische Ideenentwicklung von Imam Khomeini nie untersucht. Seine Reden sind alle veröffentlicht und Sie können die Antwort dieser Fragen selber nachlesen. Soweit ich mich jedoch erinnere, kritisierte Imam Khomeini stets die Wahlen des Schahregimes. Damals gab es nur die Parlamentswahlen. Imam Khomeini bezeichnete diese als eine Zwangsveranstaltung. Imam Khomeini setzte immer auf das Volk. Er glaubte nicht an einen Putsch und an eine bewaffnete Revolution. Manche Leute gingen zu Imam Khomeini und fragten ihn, ob sie den Schah durch ein Selbstmordattentat umbringen sollten. Aber er verneinte diese Frage stets. [...] Wir glaubten beispielsweise, dass die Volksmohajedin eine islamische Gruppierung seien, aber der Imam war mit den Volksmohajedin nicht einverstanden. [...] Der Imam legte Wert auf die Meinung des Volkes. Als er von Paris in den Iran zurückkehrte, sagte er: ‚Ich werde die Regierung bestimmen. Ich werde die Regierung durch das Volk bestimmen.‘ Der Volkswille war für ihn eine Wirklichkeit.

Die Bedingungen für die Nachfolger der zwölf Imame sind in der Verfassung festgeschrieben. Der Welayate Faqih [der religiöse Führer; d. Red.] wird nicht vom Gott bestimmt. Es kann sogar der Fall eintreten, dass mehrere Personen geeignet sind und für das Amt des religiösen Führers in Frage kommen. Am wichtigsten in die Wahl des religiösen Führers. Zu Zeiten des Propheten Mohammad gab es die Bejat. [Treueid; d. Red.]. In Medina schworen die Gruppen und die verschiedenen Parteien dem Propheten die Treue. Damals gab es keine Wahlen wie heute. Die Führer der Gruppen trafen mit dem Propheten bestimmte Vereinbarungen. Bejat wird im Koran mehrfach erwähnt. Bejat ist ein gänzlich religiöser Begriff. Imam Khomeini verfolgte ebenso wie wir rein religiöse Vorstellungen. Wenn jemand das Schicksal des Volkes in die Hand nehmen, sich in die Angelegenheiten des Volkes einmischen und Gesetze verabschieden will, ist er auf die Zustimmung des Volkes angewiesen. Deswegen werden Wahlen durchgeführt. Zu Mohammads Zeiten waren die Wahlen auf die Stimmen der Gruppenführer und der Parteien begrenzt. Aber heute wählt die

⁶¹⁸ Die Herrschaft des Propheten Mohammad in Medina gilt als das zivilgesellschaftliche Modell für Präsident Khatami



Bevölkerung direkt. Die Wahlen sind real und im Verständnis der Bejat haben sie auch heute noch eine religiöse Wurzel. In der Tradition der Bejat verleihen sie einem System Legitimität. [...] Imam Khomeini sprach in den ersten Jahren nach der Revolution oft von der Partizipation des Volkes an den Wahlen. Die Wahlen sind ein richtiger Weg zur Errichtung einer Regierung. Die Republik entsteht auf diesem Weg. Daher ist der Islam mit der Idee der Republik vereinbar. [...]

ISNA: Was hielt Imam Khomeini von der Idee einer islamischen Republik?
 Hashemi Rafsanjani: Dieses Problem ist für die Zeit relevant, in der es noch keine Verfassung gab. Schon vor dem Sieg der Revolution rief das Volk nach einer islamischen Republik. Ich erinnere mich gegenwärtig nicht, wer zum ersten Mal von einer islamischen Republik gesprochen hat. Die Parole "Unabhängigkeit, Freiheit und Islamische Republik" war eine Parole des Volkes. Bevor die Verfassung niedergeschrieben wurde, sprach man lediglich von einer islamischen Ordnung. In dieser Zeit sprach sich Imam Khomeini dann für eine islamische Republik aus. Khomeini sprach sich gegen Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Gruppen und sogar gegen einen Dissens innerhalb des Revolutionsrates aus. Er sagte, wir dürfen "kein Wort zu viel und kein Wort zu wenig" sagen. Beispielsweise hatten wir innerhalb des Revolutionsrates Meinungsunterschiede mit den nichtklerikalen Freunden der Freiheitsbewegung. Manche forderten eine Republik, wieder andere forderten eine demokratische Republik. Imam Khomeini sprach sich jedoch für eine islamische Republik aus. Der Imam teilte dann auch dem Volk mit, dass er seine Stimme einer islamischen Republik gäbe. Das Volk solle selbst nach eigenem Gutdünken entscheiden. [...]

ISNA: Was versteht man Ihrer Meinung nach unter der Parole "Unser Maßstab ist die Stimme des Volkes"? Was verstand Imam Khomeini darunter?

Hashemi Rafsanjani: Das bedeutet, dass in der Islamischen Republik alles mit den Wahlen beginnt. Alle Instanzen hängen einerseits vom religiösen Führer und andererseits von der Stimme des Volkes ab. [...]

ISNA: Warum hat Imam Khomeini darauf gepocht, dass das Volk sich an den Wahlen beteiligt?

Hashemi Rafsanjani: Er ging davon aus, dass die Präsenz des Volkes die Ordnung stabilisiert. Es ist allgemein bekannt, dass je mehr man das Volk an einem politischen System beteiligt, desto stabiler ist diese Gesellschaft. Das war ein Maßstab des Denkens des Imam. Er hat stets empfohlen sich nicht vom Volk zu entfernen. [...]

ISNA: Welche politischen Strömungen hatten sich gegen das Denken von Imam Khomeini ausgesprochen?

Hashemi Rafsanjani: In der Diskussion über das Welayate Faqih [Herrschaft des Klerus] haben manche argumentiert, dass der Waliye Faqih [religiöser Führer] von Gott ausgewählt werde. Gegenwärtig glauben auch einige Menschen daran. Sie



glauben nicht, dass das Volk den religiösen Führer legitimiert, sondern Gott. Für Imam Khomeini hatte der religiöse Führer eine besonders gehobene Position, wie seine Fatwa über Rushdie zeigte. Für Imam Khomeini war die Macht des religiösen Führers keineswegs beschränkt, aber hielt nichts davon, dass der religiöse Führer sich in die Privatsphäre der Menschen einmischt. [...]

ISNA: Was bedeutet die Aufsichtsaufgabe des Wächterrates?
 Hashemi Rafsanjani: Jeder Muslim muss nach islamischem Gesetz seinen Aufsichtsaufgaben nachkommen. In der Politik hängt es davon ab, wie solche Aufsichtsaufgaben definiert werden. Das Gesetz bestimmt welche Aufgaben der Wächterrat hat. [...]

ISNA: Welche Definition von Aufsichtsaufgabe ist Ihrer Meinung nach im Interesse der Revolution?

Hashemi Rafsanjani: All diejenigen, die die Revolution erlebt haben, wollen natürlich, dass die Beziehung des Wächterrates zum Volk eng ist. Ich glaube nicht, dass der Wächterrat anders darüber denkt. [...]

ISNA: Inwiefern ist unser politisches System den Gedanken des Imam Khomeini treu geblieben?

Hashemi Rafsanjani: Heute gilt das Gesetz. Die Ansichten von Imam Khomeini haben in Form der Gesetzgebung Gestalt angenommen. Man kann die Ansichten des Imam interpretieren. Jeder kann sein eigenes Verständnis davon haben. Wenn wir alle dem Gesetz folgen, können wir auch den Ansichten Imam Khomeinis gerecht werden. Wir haben uns stets bemüht, dass die Gesetze den Worten Khomeinis nicht widersprechen. [...]"

Special Dispatch, 11. März 2005 - Mostafa Moin und die neunten Präsidentschaftswahlen im Iran ⁶¹⁹

Am 17. Juni 2005 finden im Iran Präsidentschaftswahlen statt. Dabei konkurrieren zwei islamistische Fraktionen miteinander. Auf der einen Seite die "Rechtsislamisten": Sie bezeichnen sich selbst als Osulis, d.h. Fundamentalisten, und favorisieren **Ali Akbar Velayati**⁶²⁰, der jedoch als "Unabhängiger" kandidieren will. Ebenfalls zum Lager der "Rechtsislamisten" wird **Hashemi Rafsanjani**

⁶¹⁹ MEMRI

⁶²⁰ Siehe Memri, Special Dispatch, Iran, 2. Dezember 2004



gezählt.⁶²¹ Es wird jedoch vermutet, dass Rafsanjani schließlich zugunsten von Velayati von einer Kandidatur absehen werde.

Die zweite Strömung bilden die sogenannten "Linksislamisten", auf die sich der folgende Text konzentriert. Als besonders aussichtsreich zählen die Kandidaturen von **Mehdi Karrubi** und **Dr. Mostafa Moin**, ehemaliger Minister für Wissenschaft, Fortschritt und Informationstechnologie. Während die Partei der "Kämpfenden Geistlichkeit"⁶²² Mehdi Karrubi unterstützt, wird Mostafa Moin von der Partizipationsfront⁶²³ und der "Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution"⁶²⁴ aufgestellt. Zu den reformislamistischen Kandidaten kommt seit dem 9.3.2005 auch **Ibrahim Yasdi**, Vertreter der Nehsate Asadi.⁶²⁵

Im Folgenden wird v.a. das reformislamistische Programm von Mostafa Moin vorgestellt:

Moins Führungsstab

Die Partizipationsfront des islamischen Iran hat ihren Führungsstab eigenen Angaben zufolge schon sehr früh aufgestellt. Im Falle eines Wahlsieges will Dr. Moin die zukünftige Regierung zusammen mit bekannten reformislamistischen Politikern und Intellektuellen stellen. Zu den Beratern des Präsidentschaftskandidaten Moin gehören bekannte so genannte "religiöse Intellektuelle" wie Aliresa Alawitabar, Issa Saharkhis und Shahla Sherkat.⁶²⁶

Die Zeitung Sharq berichtete, dass im Falle des Sieges von Dr. Moin, wohl Seyyed Mohammadresa Khatami [der Bruder des gegenwärtigen Präsidenten] zu seinem ersten Sekretär ernannt würde. Frau Elahe Kolai, Sprecherin der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des letzten Majless, soll ebenfalls Sekretärin von Dr. Moin werden.⁶²⁷

⁶²¹ Hashemi Rafsanjanis Anhänger haben sich in der "Partei der Gerechtigkeit und des Fortschritts" organisiert und die "neunte Koalition für einen besseren Morgen" gegründet; s. auch: Memri, Special Dispatch, Iran, 21. Januar 2005

⁶²² Die Kämpfende Geistlichkeit (Majmae Rohaniune Mobares) spaltete sich 1988 von den "traditionellen Rechten" ab. 1997 unterstützten sie die Wahl Mohammad Khatamis. Mehdi Karrubi ist er Generalsekretär dieser Organisation.

⁶²³ Die Partizipationsfront des islamischen Iran (Jebhaye Mosharekat Irane Eslami) wurde 1997 im Vorfeld der Wahl von Präsident Khatami gegründet. Sie gilt als ein reformislamistisches Sammelbecken. Sie tritt für freie Marktwirtschaft ein. Ihr Generalsekretär ist Hamidresa Khatami, Bruder des gegenwärtigen Präsidenten.

⁶²⁴ Die "Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution" ist eine linksislamistische Unterorganisation der "kämpfenden Geistlichkeit". Behsad Nabavi zählt zu ihren Wortführern.

⁶²⁵ ISNA, 9.3.2005. Nehsate Asadi (Freiheitsbewegung) ist als Partei verboten und unterstützte bei den letzten Wahlen Mohammad Khatami. Sie stellte mit Mehdi Basargan den ersten Ministerpräsidenten unter Khomeini. Die nationalreligiöse Organisation ist besonders in der reformislamistischen Presselandschaft aktiv.

⁶²⁶ Sharq, 5.2.2005

⁶²⁷ Auch die Frauenkommission der Partizipationsfront für einen islamischen Iran hofft laut ISNA, dass Dr. Moin vom Wächterrat nicht disqualifiziert wird." Die Frauenorganisation der Partizipationsfront hat



Sharq zitiert Mohammadresa Khatami mit seiner Erklärung, dass Reformen das Beste seien, "um den Staat zu retten". Zudem geht Sharq auf eine Rede von Frau Kolai über ihre politischen Ziele hielt: Kolai wolle sich demnach stärker für die Rechte der Frauen einsetzen und eine Politik der "geschlechtsspezifischen Gerechtigkeit" fördern.⁶²⁸

Auf die mangelnde Popularität des Präsidentschaftskandidaten Dr. Moin wies Human Durandish in einem Kommentar hin. Vor diesem Hintergrund sei er auf die Zusammenarbeit mit dem Bruder des gegenwärtigen Präsidenten Mohammadresa Khatami angewiesen. Dieser solle die Durchsetzung der Forderung von Dr. Moin nach einem "starken Bürger" unterstützen. Mohammadresa Khatami selbst hob dazu hervor: "Bisher waren immer alle für den Iran. Aber jetzt muss der Iran für alle Iraner jenseits ihrer persönlichen Überzeugungen da sein."⁶²⁹

Das reformislamistische Wirtschaftsprogramm

Mohssen Safai Farahani ist Vorsitzender der Wirtschaftskommission der Beratergruppe von Dr. Mostafa Moin. In einem Kommentar für die Zeitung Sharq geht er auf sozialpolitische Probleme des Landes wie Arbeitslosigkeit und Gesundheitsfragen ein. Insbesondere beklagt er die schlechte gesundheitliche Situation der ärmeren Schichten in der Gesellschaft und erklärt, dass es in Zukunft auf die "Produktion von Reichtum" ankomme:

"Reichtum entsteht nicht durch den Verkauf von Öl und die Reinvestition der Einnahmen durch den Staatshaushalt. (...) Es kommt vielmehr darauf an, die Anreize für private Unternehmer zu erhöhen und die Rolle der privaten Wirtschaft zu stärken, damit der ‚starke Bürger‘ zur Geltung kommt. Auf diese Weise wird die veraltete Sichtweise endlich aus dem Bewusstsein der Bevölkerung verschwinden, dass der Staat eine Rendite kassieren muss, um diese dann in der Gesellschaft zu verteilen. Die Besonderheit des ‚starken Bürgers‘ liegt darin, dass dieser am Fortschritt sowie an der wirtschaftlichen Entwicklung teilnimmt und teilhat. Der ‚starke Bürger‘ soll Reichtum produzieren und ein vernünftiger Konsument sein. Und weil er sich mehr als alle anderen um persönlichen Wohlstand und Reichtum bemüht, reagiert er sensibel auf dem widersprechende Verhaltensweisen der Regierung, setzt sich gegebenenfalls mit ihr auseinander und zwingt die Regierung ihr Verhalten zu korrigieren. [...]"

Da [der starke Bürger] selbst an der Produktion von Reichtum und wirtschaftlichem Gewinn beteiligt ist, achtet er auch auf die Ausgaben- und Verteilungspolitik des Staates. Mit Hilfe selbst gegründeter zivilgesellschaftlicher Institutionen beobachtet

eine Charta geschrieben, die sie dem zukünftigen Präsidenten überreichen will. Sie fordern die Gründung eines Familienministeriums. Zudem sollen mehr qualifizierte Frauen akademische Berufe ausüben dürfen und Leistungsfunktionen übernehmen. (ISNA, 4.2.2005)

⁶²⁸ Sharq, 9.2.2005

⁶²⁹ Sharq, 12.2.2005



und kritisiert der ‚starke Bürger‘ die Art und Weise der Allokation und des Konsums. Dazu müssen aber auch Bedingungen geschaffen werden, die eine Existenz des ‚starken Bürgers‘ überhaupt erst gewährleisten. Es muss ein Klima geschaffen werden, das es dem Bürger ermöglicht, seinen materiellen Reichtum zu reinvestieren. Er muss in die Lage versetzt werden, seine Geschäftsbeziehungen zu stärken und am wirtschaftlichen Wachstum beteiligt werden. Genau an dieser Stelle wird die Regierung zeigen müssen, ob sie ihrer Verantwortung gerecht wird: Sie muss das entsprechende gesellschaftliche Klima schaffen."

Im Weiteren stellt Farahani sieben Punkte vor, die auf der Agenda der Wirtschaftspolitik einer zukünftigen Regierung stehen sollten: 1) Eine Neustrukturierung der Wirtschaft soll gewährleisten, dass ein effektives und kostengünstiges Management entsteht. 2) Private Sektoren sollen an allen wirtschaftlichen Erträgen partizipieren und die Arbeit der privaten und staatlichen Sektoren besser koordiniert werden. Dies könne durch zivilgesellschaftliche Initiativen erreicht werden. 3) Das Konkurrenzprinzip müsse gestärkt werden. 4) Die staatliche Finanzpolitik müsse effektiver gestaltet und die Transparenz des staatlichen Budgets verbessert werden. 5) Die wissenschaftliche Planung von politischen Richtlinien solle dafür sorgen, dass die Rentabilität von Investitionen erhöht wird. 6) Die Außenpolitik solle den Notwendigkeiten der Wirtschaft des Landes angepasst werden. 7) Die einheimische Wissenschaft solle gefördert und den kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden.⁶³⁰

Das politische Programm der Reformislamisten

Dr. Mostafa Moin hat sich besonders mit seinen Äußerungen über eine Reform der Verfassung und seine Unterstützung der Studentenproteste ins Gespräch gebracht. Unter Präsident Khatami war er als Minister für Wissenschaft und Forschung aus Protest gegen die Angriffe auf die Studentenheime im Jahr 1999 zurückgetreten.⁶³¹ Laut ILNA kritisiert er die "strukturellen Probleme der Verfassung" der Islamischen Republik Iran grundsätzlich.

Dr. Moin betont: "In der Verfassung unseres Staates sind die Aufgaben des Präsidenten nicht genau von den Aufgaben der anderen staatlichen Instanzen abgegrenzt. [...] Gesetze, die von Menschen geschaffen wurden, sind nicht ohne Fehler. In unserer Verfassung haben wir das Problem, dass die Aufgaben der jeweiligen staatlichen Instanzen nicht genau differenziert sind." Zu den Reformbemühungen bemerkte er: "Khatami begann mit der Parole der politischen Entwicklung. Ich ziele hingegen auf die wissenschaftliche Entwicklung. Trotzdem decken sich unsere Vorstellungen von Reformen."⁶³²

⁶³⁰ Sharq, 13.2.2005

⁶³¹ Aftab, 8.3.2005

⁶³² ILNA, 2.3.2005



ILNA berichtete weiter, dass Dr. Moin angekündigt habe, die Gerichtsakten der Studentendemonstrationen vom Juli 1999 in Teheran und Tabris neu verhandeln zu wollen. "Ich verteidige die Unschuld der Studenten und habe die Angriffe auf die Universität scharf verurteilt."⁶³³ "Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Schwächung und Isolierung der Universitäten und der wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Eliten eines Landes schlimme Folgen für dessen Entwicklung und Fortschritt hat. Die Universitäten sind die wichtigsten Institutionen für die Demokratisierung."⁶³⁴

Dr. Moin, zu dessen Schlüsselbegriffen auch "Gerechtigkeit" und "Zivilgesellschaft" gehören, schließt nicht aus, dass der Iran diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit den USA aufbaut: "Es ist für mich durchaus denkbar, dass Iran Beziehungen zu den USA aufbaut. In Zukunft könnten sogar die Konservativen eine solche Politik favorisieren. Für uns ist aber die Beziehung mit der USA nicht der Zweck, sondern lediglich ein Mittel. Sie können ein Mittel zur Sicherung unserer Interessen und unserer nationalen Sicherheit darstellen. Tributzahlungen und eine Politik der Abhängigkeit hingegen passen nicht zu unseren nationalen und ideologischen Idealen. Wir müssen die Ideale der Revolution, Unabhängigkeit und Freiheit verteidigen."⁶³⁵

Die Kandidatur von Mehdi Karrubi

Von Rasawi Yasdi, Mitglied der zum Reformlager zählenden "Gruppe der Kämpfenden Geistlichkeit", die bei den letzten Wahlen zum Lager von Mohammad Khatami zählte, wird Moin jedoch nicht unterstützt. Er favorisiert Karrubi und schreibt: "Karrubi gehört zu den Politikern, die stark von Imam Khomeini beeinflusst sind. Er glaubt an die Prinzipien der Revolution und ist fromm. Er hat in der Stiftung der Märtyrer gearbeitet und kennt die Probleme der Bevölkerung. Zudem steht er den kulturellen und politischen Vorstellungen von Khatami sehr nahe. Karrubi wird also die Reformen fortsetzen und diese in der Gesellschaft institutionalisieren." Rasawi Yasdi zufolge gilt aber auch Mir Hussein Mussawi als möglicher gemeinsamer Kandidat der Partizipationsfront und der Organisation der Mojahedin der Revolution.⁶³⁶

Kommentare über die Reformbewegung und den Sinn der Wahlen

Die Politik des Schweigens

Resa Khojaste Rahimi diskutiert in der Sharq, ob eine Ablehnung der Kandidatur Moins durch den Wächterrath zu einer Annäherung der Partizipationsfront an die Gesellschaft beitragen könne. [...] Die Frage sei, ob die Reformkräfte der

⁶³³ ILNA, 2.3.2005

⁶³⁴ ILNA, 1.3.2005

⁶³⁵ Sharq, 8.3.2005

⁶³⁶ ISNA, 1.3.2005



Partizipationsfront sowohl Stimmen von konservativen als auch von radikalen Reformkräften auf sich ziehen könnten. Er kritisiert jedoch, dass die Partizipationsfront mit einer solchen Parole die "Saat der Hoffnungslosigkeit säen" würde - schließlich hieße das, "dass die gescheiterten Reformen weiter scheitern" könnten. Rahimi schreibt, dass die Partizipationsfront behaupte, dass die "Fundamentalisten die Lage militarisieren" würden und sie daher die Bevölkerung aufforderten, an den Wahlen teilzunehmen. Man müsse aber, so Rahimi, die Reformer fragen, warum die Partizipationsfront die "Fundamentalisten nicht daran hindern konnte, ihre Ziele zu erreichen". Khatami habe es nicht geschafft, diese "parallel agierende politische Kraft" aufzuhalten. Die Reformer hätten keine Antwort auf solche offenen Fragen und verfolgten stattdessen eine "Politik des Schweigens". Khojaste Rahimi hinterfragt außerdem den Sinn von Parolen wie der vom "starken Bürger": Wie könne man eine solche Parole aussprechen und den Eindruck entstehen lassen, man sei "lediglich an den Stimmen der Bürger interessiert". "Müssen die Machthaber nicht primär darauf achten, angemessene politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Lebensbedingungen zu schaffen?" Die Partizipationsfront wolle offenbar zu den Machthabern gehören und ohne Risiko Politik machen können. Gleichzeitig wolle sie aber auch "auf der Seite der Iraner stehen, die einen großen Wandel bevorzugen".⁶³⁷

Die Herrschaft des Faschismus

In der ILNA erklärte Tajsadeh, ein Mitglied des Zentralrates der 'Partizipationsfront des islamischen Iran': "Obwohl Khatami einige Gelegenheiten verpasste, hat er dennoch in vieler Hinsicht das System verändert. Er hat dazu beigetragen, dass wir uns heute wieder mit den Parolen auseinandersetzen, die zu Beginn der Revolution diskutiert worden sind. Wir debattieren nicht darüber, ob wir an den Wahlen teilnehmen sollen oder nicht. Vielmehr geht es um die Frage, was Reformen in einer modernen Gesellschaft überhaupt bedeuten können. Und wir stellen die Frage [...], wie wir denn heute die Wahlen nutzen? Demokratie heißt freie Wahlen. Freie Wahlen führen zu den gerechtesten Systemen, die die gesellschaftliche Partizipation der Bevölkerung ermöglichen. [...] Wir müssen den Rechten freie Wahlen aufzwingen. Nach landesweiten Befragungen durch das Ministerium für islamische Führung sind 80 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass politische Partizipation Teilnahme an den Wahlen bedeutet. [...] Die Vereinheitlichung der Macht im Iran heißt: Herrschaft des Faschismus durch die Machthaber. Selbst wenn die Reformer die Regierungsmacht übernehmen, bleiben 50-60 Prozent der Macht in ihrer Hand. [...] Wenn sie es schaffen, werden die Machthaber aus den Wahlen eine Schau machen - im anderen Fall werden die Wahlen für sie zum Alptraum werden. Wer der Meinung ist, es sei ein Fehler gewesen, sich an der Regierung beteiligt zu haben, muss uns auch sagen, was wir sonst hätten machen sollen. Was haben denn diejenigen gemacht, die sich nicht beteiligt haben? Die Wahrheit ist doch, dass sie gar nichts

⁶³⁷ Sharq, 1.3.2005



zustande gebracht haben. [...] Ich bin gegen die These, dass wir die Islamische Republik stürzen müssen, denn damit wäre nichts gewonnen. [...] Meine Position bezüglich des Wächterrates ist deshalb auch eindeutig: Ich finde es unmoralisch, den Wächterrat für die eigene Schwäche verantwortlich zu machen. [...] Ich bin der Meinung, dass Khatami das politische System verändert hat, so dass wir heute wieder jene Parolen diskutieren, die am Beginn der Revolution standen. Im übrigen kann es sein, dass wir auch nach der Wahl von Dr. Moin alle paar Tage eine neue Krise erleben. Die Frage ist aber, ob überhaupt eine Zeit ohne Krise möglich ist, solange es keine Demokratie gibt."⁶³⁸

Derweil erklärte Mehdi Habibi, Mitglied des Zentralrates der Teheraner Sektion der Studentenorganisation Tahkime Wahdat, dass seine Organisation keinen der Kandidaten unterstützen und an den Wahlen nicht teilnehmen werde.⁶³⁹

Special Dispatch, 21. März 2005 - Erklärung von 565 Intellektuellen zur politischen und wirtschaftlichen Lage im Iran⁶⁴⁰

Eine vor kurzem von 565 im Iran lebenden Intellektuellen herausgegebene Erklärung ist im Iran sowie im iranischen Exil auf große Resonanz gestoßen. In den exiliranischen Medien herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass diese Erklärung als nationales Manifest die Basis für eine parteiübergreifende Arbeit gegen die Diktatur darstellen könnte. Der Text kritisiert zunächst die derzeitige wirtschaftliche und soziale Krise sowie die außenpolitische Isolation des Iran und lastet dies den Machthabern an. Im zweiten Teil wird der gegenwärtigen Staatsführung Kompetenz und Wille abgesprochen, einen Weg aus dieser Situation herauszufinden. Vor diesem Hintergrund fordern die namentlich Unterzeichnenden ein Regierungssystem im Iran, das auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der

⁶³⁸ ILNA, 6.3.2005

⁶³⁹ Sharq, 26.1.2005

⁶⁴⁰ MEMRI



Menschenrechte sowie der Charta der Vereinten Nationen beruht.⁶⁴¹
Wir dokumentieren im Folgenden die Erklärung als Übersetzung aus dem persischen Originaltext:

"Im Namen Gottes"

"Ein analytisches Manifest von Denkern und politisch-studentischen Aktivisten des Iran"

"Liebe Landsleute,

während die selbsternannten Machthaber und ihre Handlanger gegenwärtig darum bemüht sind, das Volk mit der Spielerei der Präsidentschaftswahlen zu beschäftigen, befindet sich unser Land politisch, sozial, kulturell und wirtschaftlich in einer der krisenhaftesten Perioden seiner Geschichte. Infolge einer Außenpolitik der iranischen Regierung, die ständig neue Spannungen erzeugt, werden die Interessen von uns Iranern auf internationaler Ebene von allen Seiten verletzt.

Angesichts folgender Punkte müssen wir feststellen, dass unsere historische Identität, die territoriale Unversehrtheit des Iran und die nationalen Interessen unseres Landes bedroht sind:

- In letzten Tagen wurde der Plan zu einem erweiterten Asarbaijan bekannt gegeben, der "Aran", die asarbaijanische Republik sowie den iranischen Asarbaijan umfasst.
- Der Ölexport aus Mittelasien und der Region des kaspischen Meeres über den Iran wird gegenwärtig blockiert.
- Während Qatar immer mehr von den gemeinsamen Öl- und Gasvorkommen im persischen Golf profitiert, sinkt der Einfluss des Iran auf die meisten Regionen des Golfes.
- Die Vereinigten Arabischen Emirate werden immer wieder ermutigt, ihre illusorischen Ansprüche auf die drei Inseln vorzutragen, die immer zum Iran gehören werden; und in den internationalen Organisationen wird das unbestreitbare Recht des Iran auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation bestritten. Ebenso wird in Frage gestellt, dass der Iran den Vorsitz des OPEC übernehmen darf.
- Airbus Flugzeuge sollen nicht an den Iran verkauft werden.
- Auf internationaler Ebene wird ein Klima des Misstrauens und Sensitivität über die Aneignung der Atomtechnologie durch den Iran erzeugt.

All das sind nur einige wenige der Bereiche, in denen unsere nationalen Interessen gegenwärtig verletzt werden. Wem nützt diese Außenpolitik, die uns immer neue Feinde schafft und den Import verhindert? Dabei sichert der Technologieimport die

⁶⁴¹ [1] Die Namen der Unterzeichnenden sind dem Originaltext angefügt (s. <http://www.iranvajahan.net/cgi-bin/news.pl?l=fa&y=1383&m=12&d=13&a=2>). Kritisiert wurde die Erklärung dafür, dass es sich bei ihren Unterzeichnern fast ausschließlich um Männer handelt (s. dazu: Deutsche Welle: <http://www2.dw-world.de/persian/avwindow/custom.audio/23746.html>)



Existenz des Landes, während mangelnde Importe das wirtschaftliche Wachstum mindern und die weltweite Offenheit gegenüber iranischen Erzeugnissen, iranischer Technologie und Kultur unmöglich machen. Wer profitiert von einem Zurückbleiben von Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft im Iran?

Im siebenundzwanzigsten Jahr nach der Revolution kämpft das iranische Volk [noch immer] gegen gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Armut, obwohl die Revolution im Namen von Unabhängigkeit, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit stattfand.

Seit einem Vierteljahrhundert wird getan, als gäbe es die iranische Geschichte, Moral und Kultur sowie die stolze iranische Zivilisation und ihre ruhmreichen archäologischen Denkmäler nicht. Ein Gros des iranischen Volkes, insbesondere die Jugend, verliert seine Liebe und Zuneigung für das Land. Die Jugendlichen distanzieren sich von ihrer Heimat und blicken hoffnungslos in die Zukunft. Ein großer Teil der iranischen Jugend leidet unter moralischem Verfall und Drogensucht. Gefangen in ihrer Einbildung flieht die Jugend vor sich und vor den Realitäten dieser Welt. Offen auf den Straßen ausgetragene Schlägereien werden immer häufiger. In den Gerichten werden mehr als fünf Millionen Akten geführt, die persönliche Konflikte zwischen Familienangehörigen oder Freunden verfolgen. Dazu gehören sowohl Besitzklagen als auch Kriminalprozesse. Allein in den letzten sechs Monaten wurden 146.000 Tote und Verletzte bei Straßenunfällen registriert. Im selben Zeitraum beging in Teheran eine große Zahl von Schülern Selbstmord und ebenso haben mehrere tausend Frauen und Jugendliche in den Provinzen des Landes Selbstmord begangen. In den Gefängnissen werden mehr als hunderttausend Menschen langfristig festgehalten. Mehr als 60 Prozent der Gefangenen sind drogensüchtig und leiden unter Krankheiten. Im Iran gibt es mehr als elf Millionen Drogensüchtige und mehrere zehntausend Menschen sind an Aids erkrankt. Die Anzahl der obdachlosen Kindern und Erwachsenen, die in Kartons auf Straßen schlafen, ist gewachsen und allein in den letzten Tagen sind dutzende Obdachlose erfroren.

Der Umfang geschmuggelter Waren übersteigt gegenwärtig die Grenze von 15 Milliarden Dollar pro Jahr. Auch die Flucht von Finanz- und Humankapital ist ein großes Problem. Einfünftel des Volkes ist dauerarbeitslos. So sind etwa ein Drittel der Jugend zwischen 20-35 Jahren und insbesondere die studierten Frauen in den Städten arbeitslos. Aus finanziellen Gründen können viele junge Menschen nicht heiraten und bleiben ledig. Die Landflucht hat dazu geführt, dass mindestens ein Viertel der Landbevölkerung in die Städte ausgewandert ist. Die gesellschaftliche Moral verfällt - auch unter den Machhabern. Die iranische Jugend und iranische Frauen werden ins Ausland verkauft. Diebstahl, Messerstechereien, Mord und Vergewaltigungen sind Zeichen für Armut und soziale Ungerechtigkeit, die die Kultur in unseren würdigen iranischen Familien bedrohen und zu einem nicht wieder gut zu machenden gesellschaftlichen Verfall führen.



Das ehrgeizige iranische Volk, die Kulturschaffenden, Akademiker, Ärzte, Krankenschwestern, Unternehmer, Basaris, Bauern und Viehzüchter, Jäger und Fischer, die Arbeiter, Industriellen und die noblen Staatsbeamten bemühen sich um den Lebensunterhalt ihrer Familien und um die Ehre ihres Landes. Außerdem dienten die von Gott gegebenen Ressourcen dem Land in den letzten Jahren als gute Einnahmequellen: Die Einnahmen aus Ölexporten und den Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben überstiegen im Zeitraum seit Beginn der islamischen Revolution bis heute die Summe von 500 Milliarden Dollar. In dieser Zeit verfügten auch die staatlichen Wirtschaftssektoren frei über die unentgeltlichen Energiequellen. Das reale Wirtschaftswachstum des Iran betrug in den ganzen 18 Jahren zwischen 1979 und 1997 insgesamt 3,1 Prozent. Im gesamten Zeitraum der letzten acht Jahren wuchs die Wirtschaft um insgesamt 5,2 Prozent. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich die iranische Bevölkerung seit der Revolution mehr als verdoppelt hat. So belief sich das Pro-Kopf-Jahreseinkommen im Iran im Jahr 2004 nach damaligem Wechselkurs auf ca. 1677 Dollar. Dies bedeutet, dass das Pro-Kopf-Jahreseinkommen der Iraner gegenwärtig um 494 Dollar, d.h. 30 Prozent, geringer ausfällt als 1978.

Die Unfähigkeit der Regierung, die Deviseneinnahmen in die produktiven Sektoren zu reinvestieren, führte zu Arbeitsplatzmangel bei der Jugend und zu einem geringen Lebensstandard aller Iraner. Sittenverfall und Missbrauch staatlicher Macht durch die Stiftungen und die vom Staat abhängigen Institutionen haben bewirkt, dass diese keine Steuern zahlen. Der Verfall des Produktionssystems ist die Folge von Verschwendungssucht und Schmarotzertum in der Gesellschaft. Es ist die Folge von Trägheit und einem Klima der Verzweiflung sowie der Unterdrückung der Freude und der Würde des Volkes. Vor diesem Hintergrund ist die Freude an Gewinn und Effektivität der Produktion auf ein sehr geringes Niveau gesunken.

Das durch die offiziellen Institutionen verkündete Wirtschaftswachstum, spiegelt diese Wahrheit nur teilweise wider. Vor allem resultiert das Wirtschaftswachstum aus erhöhten Ölpreisen und erhöhten Öleinkommen, aus der zweieinhalbfachen Erhöhung der Importe im Vergleich zum Jahr 1997 (mehr als 14 Milliarden Dollar), aus der Vervierfachung des Warenschmuggels, aus den destruktiven, unproduktiv-konsumtiven und gewinnsüchtigen Investitionen in pompöse Bauten und im Handel sowie aus der monopolisierten Produktion, die keine Konkurrenz kennt. All dies hat den Lebensstandard der Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze sinken lassen. Gleichzeitig steigt einerseits die Inflation rapide an und wächst andererseits die hohe Konzentration von Reichtümern, die sich im In- und Ausland in den Händen von nur 2 Prozent der Bevölkerung befinden.

Außerdem wächst die kranke und rudimentäre staatliche Bürokratie, es wächst die Repression der Machthaber gegen Intellektuelle, gegen Schriftsteller, Journalisten, politische Aktivisten und die aktive Studentenbewegung. Dabei werden diese Maßnahmen bedauerlicherweise von der Judikative umfassend unterstützt.



Vernachlässigt wird hingegen die Gleichberechtigung aller Bürger, von Frauen und Männern. Ein großer Teil der tüchtigen Iraner unterschiedlicher Abstammung ist heute extrem schlecht gebildet, da sie vernachlässigt werden und sie in ihren Regionen keine Möglichkeiten zu wirtschaftlichem Wachstum erhalten.

Diese Menschen haben nicht die gleichen Möglichkeiten, grundlegende Verantwortung für die Verwaltung des Staates zu übernehmen. Aus alledem ergibt sich, dass die nationale Solidarität und die Einheit des Landes in Gefahr sind.

Liebe Landsleute,

unter diesen Bedingungen kann die schlimme politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Lage des Landes unserer nationalen Unabhängigkeit und unserer Solidarität immensen Schaden zufügen. Was also ist unsere Pflicht? Wie kommen wir aus dieser Krise heraus? Und was kann die Fortdauer der Existenz unserer Heimat, wodurch können Glück, Wohlstand und Würde des Volkes garantiert werden?

Die Unterzeichner dieser Erklärung wollen weder einen Aufstand noch wollen sie Unruhe stiften und sie besitzen keine Waffen. Wir haben genug Vernunft und Verstand, um beurteilen zu können, dass unter den heute in unserem Land und der Region vorherrschenden Bedingungen jegliche Form von Unruhe und Unsicherheit dem Volk schaden würde. Wir verfügen auch über so viel Erfahrung, dass wir das Land nicht erneut in ein Niemandsland führen wollen.

Wir sind überzeugt davon, dass die Machthaber allein das Ziel verfolgen, weiterhin die Macht zu monopolisieren, antidemokratische Institutionen zu errichten und selbsternannte staatliche Einrichtungen aufrechtzuerhalten, an deren Spitze der Wächterrat steht. Zum einen nehmen sie dem Volk das Recht, sich zur Wahl zu stellen und verhindern dadurch, dass freie Wahlen durchgeführt werden können. Zum anderen haben sie das Prinzip von der Herrschaft der Kompetenten abgeschafft und die Zügel der Gesellschaft denen in die Hand gelegt, die weder über wissenschaftliche Kompetenz und Erfahrung noch über gesellschaftliches Verantwortungsgefühl und ein effektives Management verfügen. Diese Herrschaftsform hat in allen Angelegenheiten der Staatsführung Unglück gebracht und die gesamte Gesellschaft ist auf diese Weise in eine Sackgasse geraten. Regierung und Staat sind unfähig, Wege zur Lösung dieser Probleme zu finden.

Wir sind überzeugt davon, dass die selbsternannte Herrschaft nicht in der Lage ist, die nationalen und existentiellen Interessen des Landes zu erkennen und gegenüber dem Ausland zu verteidigen. Ebenso unfähig ist sie, die inneren Probleme zu lösen und den Staat zu führen.



In Anbetracht der genannten Unzulänglichkeiten und Unfähigkeiten der Herrschaft und der Tatsache, dass die Mehrheit der iranischen Bevölkerung an den zweiten Kommunalwahlen und an den Wahlen des siebten Majless nicht teilgenommen hat, und in Anbetracht der Tatsache, dass das Volk gegenwärtig dahin tendiert, an den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht teilzunehmen - betrachten wir es als erwiesen, dass wir nicht mehr auf dem herkömmlichen Weg zu Volksherrschaft, Demokratie, Herrschaft des Gesetzes, nationaler Herrschaft, freien Wahlen und Trennung der drei staatlichen Gewalten und einer wahren Republik gelangen können. Die achtjährige Erfahrung nach 1997 hat gezeigt, dass auf diesem Wege die vom Volk gewünschten Reformen nicht durchgesetzt werden können. Selbst wenn der beste Fall eintreten sollte und das Volk tatsächlich über Meinungsfreiheit verfügen würde und Millionen Menschen ihre Stimme für ihren Präsidenten abgeben dürften, ja sogar ein Majless gewählt werden würde, das die Zustimmung des Präsidenten genießt, selbst dann würde dieser Präsident immer noch auf die Ebene eines Versorgungschefs für die Machtzentren und nicht-wählbaren Institutionen absinken.

Wir Unterzeichner gehen also davon aus, dass der einzige sichere und endgültige Weg darin besteht, uns für den Volkswillen zu entscheiden. Wir fordern, dass - wie in allen progressiven Staaten der Welt und unter Verzicht auf die Umsetzung der die Interessen des Volkes nicht verteidigenden Staatsverfassung [der Islamischen Republik Iran] - die Machtstruktur der Herrschaft, die Verwaltung des Staates sowie die internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Zusatzprotokolle und der Charta der Vereinten Nationen sowie unter Berücksichtigung des Schutzes der nationalen Interessen konzipiert werden. Wenn auf der Grundlage dieser Prinzipien eine Volksherrschaft errichtet wird, können bei den Wahlen kompetente Menschen gewählt werden und der allgemeine Dienst am Volk kann zur Maxime werden. In diesem Fall kann ein erfolgreiches und aktives Wirtschaftssystem auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung geschaffen werden. So kann unsere Heimat und unser Volk aus der gegenwärtig gefährlichen und krisenhaften Lage gestärkt heraus kommen, in Glück, Wohlstand und gewachsener Würde leben und sich dabei seiner historischen Mission bewusst werden und gemeinsam mit anderen Völkern leben.

Es besteht die Hoffnung, dass all die, die vor dem Hintergrund der gegenwärtigen sensiblen und krisenhaften Bedingungen für Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes kämpfen, ihre Bemühungen darauf konzentrieren, eine Basis nationaler Solidarität zu schaffen, welche die allgemeine Sicherheit der Bürger ebenso umfassend garantiert wie Freiheit und Gerechtigkeit.

Die [in dieser Erklärung] zitierten Statistiken und Quellen stammen aus offiziellen Berichten, wie dem " Bericht über die Bilanz von 25 Jahren Herrschaft der Islamischen Republik Iran", der von der Organisation für Management und Planung verfasst worden ist, sowie dem "Bericht über Wirtschaft und Bilanzen" der iranischen



Zentralbank. Zudem wurden Textbeiträge über "Armut in Iran" und "soziale Probleme" aus Zeitungen wie Etelaat, Jame Jam, Khorassan, der 'Monatszeitschrift der iranischen Wirtschaft' und anderen Zeitungen verwendet."

Special Dispatch, 5. April 2005 - Die Kandidaten der Präsidentschaftswahlen im Iran (II): Ali Larijani ⁶⁴²

Am 17. Juni 2005 finden im Iran Präsidentschaftswahlen statt. Dabei konkurrieren zwei islamistische Fraktionen miteinander: Auf der einen Seite stellen sich die dem noch amtierenden Präsidenten Khatami und seinem Reformkurs nahe stehenden "Linksislamisten" zur Wahl. Sie haben sich sehr früh auf Dr. Mostafa Moin als Spitzenkandidaten geeinigt (siehe MEMRI - Special Dispatch, 11. 3. 2005). Auf der anderen Seite stehen die "Rechtsislamisten", die sich selbst als "Neo-Konservative Fundamentalisten" bezeichnen.⁶⁴³ Schon vor Monaten haben sie Hashemi Rafsanjani aufgefordert, zu kandidieren. Rafsanjani, der bereits zweimal Präsident gewesen ist, hat sich aber bisher nicht endgültig für eine Kandidatur entschieden. Stattdessen haben sich nun fünf Neokonservative in einer Liste gemeinsam als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, ohne dass bisher einer von ihnen offiziell als Spitzenkandidat benannt worden ist. Zu diesem "Bündnis der fünf" gehören Dr. Ali Larijani, Dr. Ali Akbar Velayati (s. Special Dispatch - 2. 12. 2004), Mahmud Ahmadi Nejad, Mohammad Baqer Qalibaf und der Ex-Befehlshaber der Revolutionskomitees, Mohssen Resai.⁶⁴⁴ Es fällt auf, dass sich unter diesen rechtsislamistischen Kandidaten kein einziger Kleriker befindet.

Die beiden laut Meldungen der Nachrichtenagentur ILNA aussichtsreichsten Kandidaten Larijani und Velayati haben indes angekündigt, von ihrer Kandidatur zurückzutreten, falls sich Rafsanjani (s. u.a. Special Dispatch - 21.1. 2005) doch noch zur Wahl stellen sollte.

Gegenwärtig durchgeführte Meinungsumfragen sollen zwar erst noch herausfinden, welcher der fünf Kandidaten der "rechtsislamistische" Wunschkandidat der Wähler sein könnte.⁶⁴⁵ Inoffiziell wird aber Ali Larijani bereits als Spitzenkandidat der Rechtsislamisten für die kommenden Präsidentschaftswahlen gehandelt. Ali Larijani war bis Juni 2004 Direktor der staatlichen Medienanstalt des Iran, Seda wa Sima.

⁶⁴² MEMRI

⁶⁴³ Die rechtsislamistischen "Neo-Fundamentalisten" stellen gegenwärtig die Mehrheit der Majlessmitglieder. Sie nennen sich auch Abadgaran (Die Kultivierenden). Sowohl die rechtsislamistischen Fundamentalisten als auch die linksislamistischen Fundamentalisten verfechten inzwischen Reformen, die den diktatorischen Staat stabilisieren sollen.

⁶⁴⁴ Aftabe Yazd, 3.4.2005

⁶⁴⁵ Kayhan, 3.4.2005



Gegenwärtig ist er Stellvertreter des religiösen Führers, Ali Khamenei, im nationalen Sicherheitsrat. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlen konzentrieren wir uns im folgenden Text auf Larijanis politische Stellungnahmen:

Der "aktive Pragmatiker": Larijani über Entwicklung, Gerechtigkeit und die Rolle des Staates

Nach sechzehn Jahren Herrschaft der "liberalen" Konkurrenz erklärte Ali Larijani in der Zeitung Sharq die "Eroberung der Macht" zum Hauptziel der Konservativen.⁶⁴⁶ Deren Einheit sei ihm aber prinzipiell wichtiger als eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen. Wenn die Konservativen sich also auf einen anderen Kandidaten einigen würden, so Larijani, werde er zu dessen Gunsten zurücktreten.⁶⁴⁷

An der Macht möchte Larijani, der sich selbst als "aktiven Pragmatiker" bezeichnet, eine Art Synthese aller bisherigen Regierungen schaffen, um die aktuellen Probleme des Landes anzugehen. Larijani weiter: "Das Konzept der Islamischen Republik ist eine Form religiöser Demokratie. Und das ist ein gutes Konzept. Nach dem 11. September sind die intellektuellen Eliten in den islamischen Ländern und Europa auf dieses Modell des gesellschaftlichen Lebens aufmerksam geworden. (...) Wenn wir etwa das iranische Wirtschaftswachstum der letzten zwei Dekaden mit denen von Malaysia und der Türkei vergleichen, stellen wir fest, wie aktiv unsere Wirtschaft ist. Wenn die Amerikaner sich also Sorgen um die Rolle des Iran im Mittleren Osten machen, dann weil sie wissen, dass der Iran der Garant für die Wachsamkeit der islamischen Länder in der Region ist. (...) Unsere Außenpolitik muss eine friedliche Strategie verfolgen, damit die Entwicklungspotentiale des Landes gestärkt werden können."⁶⁴⁸

Für diese Entwicklung werde aber nicht nur genaue "Planung und Kontrolle" benötigt. Der Zeitung Sharq zufolge fordert Larijani auch eine "Neudefinition des Entwicklungsbegriffes" selbst. Von Entwicklung könne man dann sprechen, wenn das "Volk aktiv wird und die Regierung sich um die Entrechteten kümmert." Eine solche Entwicklung träte erst ein "wenn die Regierung die Klassenunterschiede nicht vergrößert, sondern reduziert. Die Regierung muss für das Volk ansprechbar sein. Auf diesem Gebiet gibt es jedoch große Defizite."⁶⁴⁹

Larijani betont, dass die Arbeitslosigkeit im Iran ein großes Problem darstelle und konstatiert ein "Missverhältnis zwischen Bildungssystem und dem Bedarf an Arbeitsplätzen".⁶⁵⁰ "Außerdem", so Larijani, "ist das Regierungssystem verfault.

⁶⁴⁶ Sharq, 4.1.2005. Zur "liberalen" Fraktion zählt Larijani dabei auch den Ex-Präsidenten Rafsanjani.

⁶⁴⁷ Kayhan, 7.3.2005

⁶⁴⁸ ISNA, 31.3.2005;

⁶⁴⁹ Sharq, 4.1.2005

⁶⁵⁰ Dabei bezeichnet Larijani auch sich selbst als Arbeitslosen, weil er gegenwärtig keinen Beruf ausübe und nur als Berater des religiösen Führers im nationalen Sicherheitsrat tätig sei. Außerdem, so Larijani weiter, sei er als unabhängige Person Mitglied des mächtigen Schlichtungsrates gewesen.



Ungerechtigkeit und Diskriminierungen haben dazu geführt, dass keine neuen Arbeitsplätze entstehen können."⁶⁵¹ Auch sei die iranische Jugend der vorherrschenden Gesetzlosigkeit überdrüssig. Diese von ihm als "Sittenverfall" bezeichnete Entwicklung wäre bisher nicht ernsthaft genug bekämpft worden.⁶⁵² Zu Larijanis Programm gehört auch die Gewährung von mehr Rechten für nationale Minderheiten. Der Iran müsse alle nationalen Minderheiten schützen, denn diese seien "ein Teil seiner nationalen Identität".⁶⁵³

Insgesamt sprach sich Larijani für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft aus. Dazu müsse die Wirtschaft des Landes effektiver werden: "Der Anteil der privaten Wirtschaft beträgt gegenwärtig nur 40 Prozent. Wir müssen den privaten Anteil auf 70 Prozent erhöhen. Unser Ziel muss die Abschaffung der Armut sein. Gegenwärtig sind aber mindestens 40 Prozent unserer Investitionen nicht produktiv". Larijani sprach sich zudem für die Öffnung des iranischen Marktes aus: "Wir müssen unser Kapital konzentrieren und in den Weltmarkt investieren, um dort mehr Einfluss zu gewinnen." Außerdem äußerte er sich zu den staatlichen Benzinsubventionen: "Auch ich glaube, dass es ungerecht ist, das Benzin zu subventionieren. Denn diejenigen, die ohnehin mehr Möglichkeiten haben und mehr Energie verbrauchen, profitieren auch stärker von den Subventionen. Auf diese Art und Weise wird auch der leidende Teil der Bevölkerung immer ärmer."

ILNA betont, dass Larijani sich selbst als "neo-konservativen Fundamentalisten" bezeichne. Auf die Frage, ob er denn eher revolutionär oder reformistisch denke, antwortete Larijani: "Ich bestehe darauf, als neo-konservativer Fundamentalist bezeichnet zu werden. (...) Die Motive eines neu-denkenden Konservativen beruhen auf einer sich an den Realitäten orientierenden Verteidigung der Forderungen des Volkes. Ein neo-konservativer Fundamentalist denkt wissenschaftlich und befürwortet die Industrialisierung des Landes. (...) Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass ihre Wünsche erfüllt werden. Die staatlichen Beamten dürfen ihre Macht nicht für eigene wirtschaftliche Aktivitäten missbrauchen. Vielmehr müssen dabei alle Menschen die gleichen Voraussetzungen und Chancen haben. (...) Auch dürfen staatliche Instanzen die staatlichen Renten nicht für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten verwenden. Das Volk muss die Reinheit der Beamten spüren. Das Volk muss spüren, dass die gesellschaftlichen Freiheiten so weit gehen, dass freies und intellektuelles Leben möglich ist. Der Staat darf nicht in die private Sphäre der Menschen eindringen. (...) Das Volk braucht ein neues gesellschaftliches Klima. Dazu müssen wir das staatliche Verwaltungssystem reformieren."

An dieser Stelle berichtet ILNA, dass Larijani sich für die Errichtung eines "Stabes zur sozialen Kontrolle" ausgesprochen habe, der von Intellektuellen stark kritisiert

Auf die anschließende Frage der ILNA, wie hoch denn seine Ausgaben für die Wahlpropaganda bisher gewesen seien, sagte Larijani, dass seine Website lediglich ca. 6.000 Euro gekostet habe.

⁶⁵¹ ISNA, 31.3.2005;

⁶⁵² ILNA, 7.3.2005

⁶⁵³ ISNA, 29.3.2005



worden sei, weil die Neokonservativen damit ein "polizeistaatliches Klima" schaffen wollten. Larijani sagte dazu: "Soweit ich mit der Judikative Rücksprache gehalten habe, soll ein solcher Stab theoretisch in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung entstehen, um die soziale Kontrolle zu gewährleisten. Das Ziel ist die Bekämpfung des Übels und der Feinde der Gesellschaft. Wenn die Praxis aber anders aussehen sollte, bin auch ich gegen die Einführung eines solchen Stabes. Ich bin davon überzeugt, dass der Staat nicht in die Privatsphäre der Bevölkerung eindringen darf."⁶⁵⁴

Der Kulturrevolutionär: Larijani über Märtyrertod und Reform, Jihad und Ijtihad, Amerikaner und "religiöse Volksherrschaft"

Nach Larijani, der auch Mitglied des obersten Rates der Kulturrevolution ist, manifestiert sich im "Märtyrertod" von Imam Hussein "religiöses Denken". Hussein habe in der Ashurabewegung den "wahren Jihad" vorgelebt.⁶⁵⁵ Dieser stelle den "religiösen Ursprung des Reformdenkens dar".

Für Larijani setzt die "islamische Revolution" von 1979 die "Ashurabewegung von Imam Hussein fort": "Die Revolution ist in der internationalen Auseinandersetzung mit Fragen der Menschenrechte, des Terrorismus und der Frauenrechte konfrontiert. Der einzige Weg zur Bewältigung dieser Probleme besteht darin, der Bewegung von Imam Hussein zu folgen und die amerikanische Lebensweise in der Gesellschaft abzuschaffen. Die Feinde des Islam bezeichnen das Jihaddenken der Muslime deshalb als Terrorismus. Damit verfolgen sie das Ziel, eine neue Weltordnung zu errichten und ein globales Herr-Knecht-Verhältnis zu schaffen, um die liberale Demokratie in den islamischen Ländern durchzusetzen. (...) Die Amerikaner behaupten, dass bei uns keine Freiheit existiert und die Frauen keine Rechte haben. Dabei wollen sie unserer Kultur nur die amerikanische Lebensweise aufzwingen. Die Amerikaner wollen einen amerikanischen Islam im Iran. Dieser Islam ist aber individualistisch und nicht sozial. Sie wollen das säkulare Denken im Iran durchsetzen, um die Religion vom Staat zu trennen. Sie tun so, als ob der Islam nicht mehr sei, als nur eine persönliche Angelegenheit." Larijani betont im Weiteren, dass die "nationalstaatlichen Potentiale erhöht werden müssen, indem die geopolitische Position des Iran in eine geostrategische verwandelt wird." Die Realisierung dieser wichtigsten Ziele der Revolution sei die Aufgabe der Regierungspolitik. "Akademiker und Spezialisten, das Humankapital des Landes", so Larijani, "werden uns auf diesem Wege weiterhelfen."⁶⁵⁶

Nach Larijanis Meinung gibt es in beiden politischen Strömungen des Iran, den neokonservativen Abadgaran sowie der reformislamistischen Front des noch

⁶⁵⁴ ILNA, 7.3.2005

⁶⁵⁵ Die Ashura-Tage sind schiitische Trauertage, die in jährlich anlässlich des Todes von Imam Hussein in der Schlacht von Kerbala im Jahr 680 begangen werden. Selbstgeißelung und die kultische Inszenierung des Martyriums Hussains gehören zu den Trauerprozessionen.

⁶⁵⁶ ISNA, 13.2.2005



amtierenden Präsidenten Khatami, eine "demokratische Perspektive". Larijani führte aus: "Die demokratischen Perspektiven nützen der zivilgesellschaftlichen Entwicklung. Dabei ist es nicht so wichtig, dass wir unterschiedliche Meinungen vertreten. Wichtig ist, dass wir uns solidarisch miteinander fühlen. Die Bewegung der neokonservativen Abadgaran arbeitet auf der Basis von bestimmten Prinzipien. Deshalb nennen sie sich konservative Fundamentalisten. (...) Diese drei Prinzipien sind: Islam, Iran und Entwicklung. Unter Entwicklung verstehen wir auch ein neues Denken. Neues Denken ist ja geradezu charakteristisch für die islamische Schia im Iran. Deren Herzstück ist der Ijtihad und Ijtihad heißt neues Denken. Im Denken und in der politischen Kultur der Iraner existieren der Geist des Wandels und das Streben nach fortwährender Entwicklung schon seit Entstehung der Schia. Dieser Geist stand auch am Anfang der Bewegung der Abadgaran, weil er schon den Aufstieg des Iran begründete und mit ihm auch die gegenwärtige Lage verändert werden kann. (...)"

Die Islamische Republik Iran bezeichnet Larijani als "religiöse Volksherrschaft": "Diese Herrschaftsform hat sowohl eine religiöse als auch eine demokratische Struktur. Die Wahl des religiösen Führers, des Majless, der Räte und des Präsidenten sind demokratisch. Es wäre gut, wenn diese demokratische Methode auf allen Ebenen des Staates institutionalisiert wird. (...) Ich denke, dass es besser wäre, wenn die Arbeit des Wächterrates offener wird und bei Wahlen ein Klima der Konkurrenz entsteht. Solche Konkurrenzbedingungen würden sich für unser Land sehr positiv auswirken. (...) Weder bei der Khatamifront noch bei den Konservativen handelt es sich indes um gefestigte Parteien. Außerdem fehlen nationale Institutionen, die Eliten ausbilden können. So sind etwa unsere Zentren für Strategische Studien sehr schwach. Sie müssten viel stärker theoretisch arbeiten. (...) Wenn ich sage, dass wir ein neues politisches Klima brauchen, meine ich, dass wir [anders als die Reformer], die alles kritisieren und alles verändern und reformieren wollen, für eine positive Perspektive sorgen, die erst Veränderungen ermöglicht. Wir brauchen eine Sichtweise, die alle starken und alle schwachen Punkte sehen kann. Wenn wir lernen, beide Seiten zu betrachten, brauchen wir auch nicht alles absolut abzulehnen. Wir müssen von unseren Erfahrungen lernen und für eine bessere Zukunft sorgen." ⁶⁵⁷

Larijani über die Berliner Iran-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung

Im selben Interview wurde Larijani gefragt, warum er es im Jahr 2000 als damaliger Verantwortlicher der Medienanstalt ⁶⁵⁸ zugelassen habe, dass im iranischen Fernsehen nur 16 Minuten lang über die Berliner der Heinrich-Böll-Stiftung berichtet wurde. Larijani antwortete darauf: "Die Dokumentation über die Berliner Konferenz sollte darüber aufklären, wie zerstörerisch intellektuelle Arbeit sein kann. Die Westler

⁶⁵⁷ Larijani: <http://www.larijani.ir/> Nach den Angaben von Larijanis Website führte ein Journalist der Sharq dieses Interview.

⁶⁵⁸ In seiner Amtszeit bei der staatlichen Medienanstalt Seda wa Sima wurde Larijani Korruption vorgeworfen.



und einige spezielle Gruppen hatten eine Reihe Intellektueller nach Berlin eingeladen, um deren politisch-revolutionären Abfall vom Glauben zu demonstrieren. Sie wollten nicht einmal hören, was die eingeladenen Gäste denn zu sagen hatten. Wenn jemand die Revolution, Imam Khomeini oder die Islamische Republik hätte verteidigen wollen, wäre er ausgebuht worden. Auf dieser Veranstaltung wurden wirklich üble Dinge gesagt. Wie kann es sein, dass jemand, der in unserer Ordnung aufwächst und sogar mit dem Herrschaftssystem verbunden ist, ins Ausland geht und schlecht über den Imam Khomeini spricht? Jawohl, diese Revolution war eine große Revolution und ich verteidige sie. Was soll dieses üble Verhalten? Man geht zu den Fremden und macht dort die Revolution schlecht. Wenn jemand Probleme hat, soll man dies doch im eigenen Land besprechen. Wir haben genug Möglichkeiten, hier über unsere Probleme zu reden und haben es nicht nötig zu den Fremden zu gehen. Es gab nur eine Person, die auf der Bühne vernünftige Sachen gesagt hat und die Veranstaltung dann auch verließ. Das war Frau Jamile Kadivar und wir haben in unserer Sendung auch darüber berichtet. Aber alle anderen haben sich nicht so verhalten, sondern nur schlimme Sachen gesagt. Der Aufruhr wurde wieder von den Khatamianhängern veranstaltet. Wir haben nur für Transparenz gesorgt und das Mindeste berichtet. Was wäre denn passiert, wenn wir alle Videos gesendet hätten, die wir von verschiedenen Seiten bekommen haben?"⁶⁵⁹

*Dr. Wahied Wahadt-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI

Special Dispatch, 26. April 2005 - Debatte zwischen Wächterrat und Reformislamisten um eine Liste mit Todesurteilen ⁶⁶⁰

Nachdem der Vorsitzende des Wächterrates, Ahmad Jannati, in einer Freitagspredigt am 15. April darüber gesprochen hatte, dass es "Feinde der Islamischen Republik Iran" gebe, über die Akten angelegt worden seien und die mit dem Tod bestraft werden könnten, ist im Iran ein offener Streit entbrannt. Hinter der Kritik an Jannatis Drohung durch Vertreter des linksislamistischen Reformflügels scheint die Sorge zu stehen, dass die rechtsislamistischen Machthaber die Repression noch intensivieren und dabei sogar die Reformer selbst als "Feinde der iranischen Ordnung" ins Visier geraten könnten. So kritisiert die reformislamistische 'Partizipationsfront' in einer Erklärung, dass offenbar eine "parallel fungierende Judikative" existiere. Der Linksislamist und Gründer der Hizbullah, Ali Akbar Mohtashemipur, ging in seiner Kritik des Wächterrates so weit, dass Jannati verboten werden solle, weiterhin

⁶⁵⁹ <http://www.larjani.ir/>

⁶⁶⁰ MEMRI



Freitagspredigten zu halten. Im Folgenden dokumentieren wir die vorläufig beendete Diskussion über die Form der Behandlung von "Feinden der politischen Ordnung" im Iran .

*Zusammengefasst und übersetzt von Wahied Wahdat-Hagh**

Die Zeitung **Jomhuriye Eslami** zitierte die Freitagspredigt von **Ayatollah Ahmad Jannati** in Teheran: "Manche heuchlerischen Elemente versuchen unsere Ordnung zu stürzen. Deshalb hat die Judikative Akten angelegt, um diese Fälle zu behandeln. Aber da kein Anwalt die Verteidigung dieser verbrecherischen Elemente übernimmt, werden ihre Fälle vorerst nicht weiter verfolgt. Verschwörungen und feindliche Aktivitäten hat es bereits zu Lebzeiten Mohammads und seit Beginn des Islams immer wieder gegeben. Wir müssen den Islam schützen und die Sicherheit unserer Ordnung in jeder Lage bewahren. Dabei erfüllt unsere Rechtsordnung ihre Aufgaben, auch wenn manche glauben mögen, dass unser Justizapparat gleichgültig auf Verleumdungen reagiert. Wenn aber Gefahren unsere Ordnung bedrohen, müssen wir für die Täter die Höchststrafe in Betracht ziehen."⁶⁶¹

Die 'Partizipationsfront' mit ihrem Vorsitzenden **Resa Khatami**, Bruder des Präsidenten, protestierte mit einem Schreiben an **Hashemi Shahroudi**, den Vorsitzenden der Judikative im Iran, gegen Jannatis Äußerungen. In dem Schreiben, das in der Zeitung **Eqbal** erschien, heißt es: "Wenn wir solche Worte von der Tribüne der Freitagspredigt hören, fragt man sich, in welcher Funktion eigentlich Herr Jannati Menschen zum Tode verurteilt, bevor überhaupt offiziell verkündet wurde, dass eine Straftat vorliegt. [...] Jannati empfiehlt, dass gegenwärtig niemand umgebracht werden soll, droht aber mit bewaffnetem Vorgehen in Fällen, die er nicht näher beschreibt. Herr Jannati spricht, als wisse er von geheimen Akten. Die Frage ist, woher er das alles weiß: Hat er eine heimliche Funktion im juristischen Apparat? Ist dies ein weiteres Zeugnis dafür, dass es Parallelstrukturen gibt und dass eine ‚Regierung in der Regierung‘ oder gar eine ‚heimliche Regierung‘ existiert? Haben wir inzwischen auch eine parallel fungierende Judikative? [...] Vor dem Hintergrund der weiterhin im öffentlichen Bewusstsein präsenten Kettenmorde⁶⁶² können wir über solche Aussagen nicht einfach hinwegsehen. [...] Folgende Fragen müssen von der Judikative geklärt werden:

1. Für wen sind Todesurteile verkündet worden? Sind diese Todesurteile ohne gerichtliches Verfahren zustande gekommen? Waren die Gerichte öffentlich oder nicht-öffentlich? Gab es Anklageschriften? [...] Wurde darauf geachtet, dass die [unbekannten] Personen ein Recht auf Anwälte haben? Hat Herr Jannati eine besondere Verbindung zur Gerichtsbarkeit?

⁶⁶¹ Höchststrafe ist die Todesstrafe; Jomhuriye Eslami, 16.4.2004

⁶⁶² Als "Kettenmorde" werden die Ermordungen der Schriftsteller Mohammad Mokhtari und Mohammad Jafar Pouyande sowie am ersten "Arbeiterminister" der Islamischen Republik Iran, Daryoush Foruhar, der mit seiner Frau im Winter 1998 bestialisch hingerichtet worden ist.



2. Welche Interessen waren ausschlaggebend, dass die Urteile bisher nicht vollstreckt wurden? Welche Instanz entscheidet über einen solchen Beschluss? In welchem Fall wird ein Todesurteil nicht vollstreckt?

3. Erfahrungen zeigen, dass Begriffe wie ‚Heuchler‘ keine Bedeutung im wissenschaftlichen, juristischen und zivilgesellschaftlichen Sinne haben. Eher handelt es sich um eine Genre von Begriffen, die Herr Jannati in den letzten Jahren immer wieder gegen seine politischen Rivalen eingesetzt hat. [...] Die Frage ist also, ob hier womöglich das Ziel verfolgt wird, die Konkurrenz mit Gewalt auszuschalten, damit im Lande Friedhofruhe herrscht.

4. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder entsprechen Jannatis Worte der Wahrheit. In dem Fall können wir das Todesgebet für die Judikative sprechen. Aber natürlich denken wir, dass dies nicht richtig ist. [...] Oder seine Worte sind falsch und er will lediglich die Öffentlichkeit beunruhigen [...].

5. Wäre Herr Jannati nur irgendein Freitagsimam, dann wäre das Ganze nur ein bedauerlicher Vorfall. Aber Jannati hat eine leitende Funktion in einem Organ inne, das mit äußerster Genauigkeit auf die Einhaltung der Gerechtigkeit achten muss. Bei den Wahlen des siebten Majless wurden einige der wertvollsten und besten Kandidaten [von diesem Gremium] abgelehnt und mittlerweile sehen wir auch wie der Begriff von ‚Gerechtigkeit‘ den politischen Gruppeninteressen geopfert wird. [...] Nichts kann die ‚nationale Solidarität‘ in einer Zeit, in der die ganze Welt auf den Iran schaut, so schwächen wie solche Worte von Herrn Jannati...

Die Partizipationsfront fordert die Judikative nachdrücklich auf, diese Fragen zu beantworten."⁶⁶³

Auch Politiker der ‚Nehsate Asadi‘⁶⁶⁴ wie **Ebrahim Yasdi** kritisierten den Vorsitzenden des Wächterrates: "Herr Jannati glaubt offenbar, über der Judikative zu stehen. [...] Seine Worte sind bedrohlich. [...] Bei den Wahlen zum siebten Majless wurde auch ich disqualifiziert und nicht zu den Wahlen zugelassen. Nach dem Gesetz dürfen aber nur Kandidaten abgelehnt werden, die von einem Gericht als von der Religion ‚Abtrünnige‘ verurteilt worden sind. Der Wächterrat muss bekannt geben, welches Gericht mich als Abtrünnigen verurteilt hat. [...] Ich werde mich darüber bei Gott beschweren."⁶⁶⁵

Hojatoleslam Ali Akbar Mohtashemipur, Wahlstabschef des Präsidentschaftskandidaten Mehdi Karrubi und Begründer der Hizbullah im Libanon

⁶⁶³ Eqbal, 18.4.2005

⁶⁶⁴ Nehsate Asadi (Freiheitsbewegung) ist als Partei verboten. Die Politiker dieser Partei kandidieren bei den Wahlen als Einzelpersonen. Die Intellektuellen der Nehsate Asadi publizieren meist in reformislamistischen Zeitungen, wie Sharq und Eqbal. Ebrahim Yasdi wurde zuletzt bei den siebten Majlesswahlen vom Wächterrat disqualifiziert und nicht zur Wahl zugelassen.

⁶⁶⁵ Eqbal, 19.4.2005



ging in seiner Kritik besonders weit: "Wer ist denn eigentlich Herr Jannati, dass er so respektlos spricht? Ich habe den Eindruck, dass er vielleicht aus Altersgründen ein paar Dinge vergessen hat. Er weiß offenbar nicht, dass er nicht der Vorsitzende der Judikative und auch kein Richter ist. Er ist ein Geistlicher im Wächterrat mit begrenzten Aufgaben. Wenn jemand an solcher Stelle [Freitagsgebet] seine Kompetenzen überschreitet, hat er sein Recht verwirkt, beim Freitagsgebet zu predigen. Bei den Freitagspredigten sollen Wahrheiten ausgesprochen werden.⁶⁶⁶ Schon einmal hat jemand mit dem Todesurteil gegen Aqajeri das Ansehen des Islam und der Muslime der Welt verletzt und jetzt verletzt Jannati in ähnlicher Form die Würde des Islam." Mohtashempur warnte davor, dass möglicherweise auch Präsidentschaftskandidat Moin vom Wächterrat disqualifiziert werden könnte.⁶⁶⁷

Auch von Juristen wurde Jannatis Vorstoß kritisiert. So erklärte **Mahmud Akhundi** in der Zeitung **Iran**: "Weder bei uns noch in irgendeinem anderen Land der Welt, kann eine Tat ohne Verkündung eines gerechten Urteils durch ein ordentliches Gericht bestraft werden. Zudem muss das Gerichtsverfahren öffentlich sein und es muss eine Anklageschrift existieren. Von all dem haben wir bisher aber nichts gehört." Akhundi geht davon aus, dass die "Worte des Vorsitzenden des Wächterrates keinerlei juristischen Wert haben." Ein Juraprofessor von der Alame-Universität, der zu der Frage der Liste der Todesurteile interviewt wurde, erklärte: "Ich wundere mich darüber, dass Jannati den Inhalt von Gerichtsakten kennt, die von keinem Gericht untersucht worden sind. [...] Wenn ein Urteil gesprochen wird, müssen davon in der Regel der Verurteilte und sein Anwalt zuallererst etwas erfahren."⁶⁶⁸

Derweil distanzierte sich auch der Sprecher der iranischen Judikative, **Jamal Karimirad**, von Jannati und betonte, dass er von der Existenz der von Jannati angesprochenen Akten nichts wisse: "Ich kenne kein solches Beweisstück. Ayatollah Jannati weiß wohl mehr darüber." Der iranische Geheimdienstminister, **Ali Yunessi**, antwortete auf die Frage eines Journalisten, wie die Anspielung auf eine Liste mit Todesurteilen zu verstehen sei: "Ich bin kein Richter, fragen Sie doch Herrn Jannati. [...] Herr Jannati ist aber auch kein Richter, der Ihre Fragen beantworten könnte."

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI

⁶⁶⁶ Zu Freitagsgebeten siehe beispielsweise: <http://www.memritv.org/Transcript.asp?P1=642>

⁶⁶⁷ Eqbal, 21.4.2005

⁶⁶⁸ Iran, 17.4.2005



Special Dispatch, 10. Mai 2005 - Die Kandidaten der Präsidentschaftswahlen im Iran (III): Mehdi Karrubi ⁶⁶⁹

Am 17. Juni 2005 finden im Iran Präsidentschaftswahlen statt. Dabei konkurrieren zwei islamistische Fraktionen miteinander: Auf der einen Seite stellen sich die dem noch amtierenden Präsidenten Khatami und seinem Reformkurs nahe stehenden "Linksislamisten" zur Wahl. Neben Dr. Mostafa Moin [s. MEMRI, 11. 3. 2005] gehört Mehdi Karrubi zum Kreis der möglichen Spitzenkandidaten dieser Fraktion - zumal Moin Ende April [Kayhan 27.4.2005] angekündigt hat, seine Kandidatur gegebenenfalls zugunsten von Karrubi zurückzustellen. Mehdi Karrubi betont seine Loyalität gegenüber der iranischen Staatsordnung und spricht sich auf dieser Grundlage für einen neuen innerislamistischen Konsens zwischen rechts- und linksislamistischem Flügel aus. Im Folgenden dokumentieren wir von Karrubi im Vorfeld der Wahlen formulierte Positionen:

Soziale Sicherheit für alle Iraner

In seinem Wirtschaftsprogramm verspricht Karrubi, "alle Iraner" sozial abzusichern. Im Falle eines Wahlsiegs werde er jedem Iraner über 18 Jahren monatlich 50.000 Tuman [ca. 42 €] auszahlen lassen. Auf die Bemerkung der Zeitung Iran, dass Karrubi einen solchen Vorschlag während seiner Zeit als Vorsitzender des sechsten Majless [Parlament] nicht eingebracht habe, erwiderte dieser, dass sich mittlerweile der Ölpreis und mit ihm die Staatseinnahmen immens erhöht hätten. Vor diesem Hintergrund verlange er auch, dass jede zukünftige Regierung offen legt, wofür die Einnahmen jeweils verwendet werden.

Karrubi verteidigte seinen Plan mit sechs Argumenten: "1. Es gibt ca. 43 Millionen Iraner, die über 18 Jahre alt sind. Wenn wir ihnen ab heute monatlich 50.000 Tuman auszahlen wollten, würde uns dies im ersten Jahr rund..... [ca. 21 Milliarden Euro] kosten. Da ein solcher Plan aber eine Vorbereitungszeit von zwei Jahren benötigt, [...] müsste in drei Jahren eine Inflationsrate von 15 Prozent berücksichtigt werden. [...] 2. Die Deviseneinnahmen des Landes belaufen sich in diesem Jahr auf 40 Milliarden Dollar. Und wenn die Ölpreise weiter steigen werden, werden sie noch darüber hinausgehen. [...]. 3. Außerdem sollten wir unsere Öleinfuhren komplett streichen. [...] Von den 75 Millionen Liter Benzin, die wir im Jahr 2006 täglich verbrauchen, müssen wir derzeit mehr als 30 Millionen Liter importieren. Dabei werden ca. 10 Millionen Liter ins Ausland geschmuggelt, da der Preis dort drei bis zehn mal höher ist als im Iran. Weitere 15 Millionen Liter werden verschwendet, weil die alten Autos zu viel verbrauchen."

⁶⁶⁹ MEMRI



Im Weiteren erklärt Karrubi seinen Plan als Beitrag zur sozialen Absicherung aller Iraner und bemerkt unter Punkt fünf, dass diese Idee der finanziellen Absicherung der Bevölkerung von Ayatollah Khomeini stamme. Das Vorhaben hätte jedoch wegen des Krieges gegen den Irak [1980-88] nicht umgesetzt werden können. Außerdem, so Karrubi weiter, habe er vor, eine allgemeine Krankenversicherung einzuführen. In einem sechsten Punkt führt Karrubi abschließen aus, dass er ein "humanistisches Programm" verfolge, welches auf menschliche Entwicklung und nationales Wachstum ziele. [...] Der Iran sei das jüngste Land der Welt. Die Frage sei nur, ob das Problem der Auswanderung gelöst werde und die Menschen endlich darauf hoffen könnten, im eigenen Land erfolgreich zu sein.⁶⁷⁰

Karrubis innenpolitische Positionen

Karrubis politisches Programm konzentriert sich insbesondere auf Bereiche, zu denen gegenwärtig im Iran Diskussionen geführt werden.

Jugend: Über 30 Millionen Iraner sind zwischen 15 und 28 Jahre alt. Karrubi merkt dazu an: "Ich bin für die Präsenz der Jugend bei den Wahlen. Wenn ich gewählt werden sollte, werde ich für ein besseres Verhältnis zu den Jugendlichen des Landes sorgen. [...] Ich bin mir sicher, dass wir im Rahmen der bestehenden Verfassung viele Probleme bald lösen werden."⁶⁷¹

Presse- und Meinungsfreiheit: In einem Interview hielt Karrubi fest, dass es die Aufgabe von Journalisten sei, Probleme aufzudecken und sie den Lesern vorzustellen: "Es ist sehr gut und ein Segen Gottes, wenn Probleme aufgedeckt werden. [...] Wir müssen gegenüber den Journalisten sehr tolerant sein."⁶⁷² "Ich verspreche euch, wenn ich die Verantwortung übernehmen sollte, wird sich die Lage der Medien verbessern."⁶⁷³ An anderer Stelle erklärte Karrubi: "Ich werde mich im Rahmen der Verfassung für Meinungsfreiheit einsetzen. Genauso wie ich es im sechsten Majless auch getan habe, [...] wo ich unter anderem Abass Abdi gegen die Judikative verteidigt habe. [...] Ich werde die Rechte aller Iraner im Rahmen des islamischen Gesetzes verteidigen."⁶⁷⁴

Frauen: In einer Rede vertrat Karrubi die Überzeugung, dass die Bevölkerung von der Regierung verlange, "endlich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen und sich mit den Problemen der Frauen auseinanderzusetzen."⁶⁷⁵

Referendum: Karrubi bezieht sich auf Ayatollah Khomeini, um seine Position zur derzeit viel diskutierten Frage eines Referendums [s. MEMRI, 18. Dezember 2004]

⁶⁷⁰ Iran, 27.4.2005

⁶⁷¹ ISNA, 21.4.2005

⁶⁷² <http://www.karroubi.ir/ListNews.aspx>, 6.4.2005

⁶⁷³ <http://www.karroubi.ir/ListNews.aspx>, 14.4.2005

⁶⁷⁴ Aftabe Yasd, 8.5.2005

⁶⁷⁵ ILNA, 9.4.2005



zu erklären. Khomeini habe betont, dass "die Menschen sich für uns interessieren, weil wir zum Ausdruck bringen, was auch sie sagen." Karrubi erklärt, dass die Iraner sich aus diesem Grunde in einem Referendum [1979] für die Islamische Republik entschieden hätten. [...] Er hebt dabei hervor, dass die iranische Verfassung zwar die "Möglichkeit eines Referendums offen gelassen hat, dabei aber nicht die Veränderung ihres islamischen und republikanischen Charakters erlaubt."⁶⁷⁶

Offene Gesellschaft: "Wir leben in einer offenen Gesellschaft, in der unterschiedliche Meinungen ausgesprochen werden. Wir respektieren uns gegenseitig, vertreten aber auch unterschiedliche Positionen."⁶⁷⁷

Urananreicherung: "Wir wollen keine Atombombe, aber wir betrachten die Urananreicherung als [Teil] unseres Rechts auf friedliche Nutzung der Atomenergie."⁶⁷⁸

Karrubi äußerte sich auch zu Schwächen des politischen Systems im Iran: "Ein Prinzip unserer Revolution war die Errichtung der Demokratie. Dafür brauchen wir keine Hilfe aus Amerika. Ich gebe aber zu, dass wir bei der Realisierung der Demokratie Schwächen gezeigt haben. Beispielsweise wurden bei manchen Wahlen die Rechte einiger Kandidaten verletzt. In manchen Provinzen wurden die Wahlen einfach für ungültig erklärt. Wir konnten auch nicht problemlos alle Freiheiten gewähren. Die Struktur unseres Staates ist wie ein Haus, das uns allen gehört. Wir müssen uns alle zusammen bemühen, die Fehler und Mängel dieses Hauses zu reparieren."⁶⁷⁹

Außenpolitische Perspektiven gegenüber den USA und Israel

Zu seiner Haltung gegenüber den USA zitierte Karrubi zunächst Ayatollah Khomeini: "Wenn Amerika endlich menschlich wird und sich entsprechend benimmt, werden wir auch Beziehungen mit Amerika aufbauen." Karrubi sieht das Problem ähnlich und erläutert seine Position so: "Imam Khomeini meinte damit nicht, dass alle Amerikaner Schiiten oder Muslime werden sollten. Er wollte nur klar machen, dass Amerika sich mit uns als Gleichberechtigte an den Gesprächstisch setzen sollte. Wenn die Amerikaner demonstrieren, dass [sie akzeptieren], dass die iranische Bevölkerung über ihr eigenes Schicksal entscheidet und wenn sie uns zeigen, dass sie uns nichts aufzwingen wollen, dann werden wir Vorbereitungen für die Aufnahme von Gesprächen und Beziehungen treffen."⁶⁸⁰

⁶⁷⁶ <http://www.karroubi.ir/ListNews.aspx>, 14.3.2005

⁶⁷⁷ Fars News, 13.3.2005

⁶⁷⁸ Kayhan, 8.5.2005

⁶⁷⁹ <http://www.karroubi.ir/ListNews.aspx>, 14.4.2005

⁶⁸⁰ <http://www.karroubi.ir/ListNews.aspx>, 14.4.2005



Weiter erklärte Karrubi, dass der Iran mit allen Staaten der Welt Beziehungen aufbauen werden "außer mit illegitimen Regimes". Der Iran werde "mit allen Staaten einen Dialog führen - nur nicht mit Israel."⁶⁸¹

Karrubi für einen neuen innerislamistischen Konsens

In einer Diskussion Karrubis mit einer Studentengruppe, die den rechtsislamistischen Kandidaten, Ali Akbar Velayati [s. MEMRI, 2.12.2004.] unterstützt, betonte diese, dass ein "nationaler Konsens" nötig sei. Karrubi stimmte den Studenten zu und erwiderte mit den Worten: "Ihr sprecht mir aus dem Herzen. Ich werde von beiden Seiten geschlagen. [...] Wir können nicht nur mit einer Hand das Land regieren. Wir müssen alle Kapazitäten nutzen, die uns zur Verfügung stehen. Die globalen Bedingungen, die immensen inländischen Probleme, die Forderungen der Jugend und die Drohungen des Auslands, machen es erforderlich, dass wir nicht in Fraktionen denken. Die Lage hat sich in den letzten Jahren verändert. Die größte Gefahr für unser Land wäre es, wenn die Bevölkerung nicht an den Wahlen teilnimmt. Daher betont auch der religiöse Führer die Bedeutung von breiter Partizipation und nationaler Solidarität." Zu seinem politischen Gegner Ali Akbar Velayati sagte Karrubi: "Ich mag euren Kandidaten, den ich schon seit 1956 kenne. Er ist ein belesener Mann und auch in den letzten Jahren habe ich gute Kontakte zu ihm gepflegt."⁶⁸² Karrubi sprach sich für einen Konsens zwischen den islamistischen Fraktionen sowie für eine Zusammenarbeit mit dem Wächterrat und dem [gegenwärtigen] siebten Majless aus. "Ich bin für einen Grundkonsens und sehe in Abspaltungen und der Vielfalt von Splittergruppen kein Problem." Innerhalb eines solchen Konsenses befürwortet Karrubi ähnlich wie die Rechtsislamisten die Fortsetzung der Reformen: "Die Reformen werden im Rahmen der Verfassung fortgesetzt werden - mit dem Unterschied, dass sie umfassend sein und politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Ebenen einschließen werden."⁶⁸³

Die integrative Haltung von Mehdi Karrubi hob auch sein Sprecher und Wahlstabschef Seyyed Ali Akbar Mohtashemipur, Begründer der libanesischen Hizbullah, hervor. Er betonte, dass Karrubi es im sechsten Majless mit "radikalen Reformern" zu tun gehabt habe, "und wenn nicht er das Majless geführt hätte, wäre es vielleicht aufgelöst worden."⁶⁸⁴

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

⁶⁸¹ <http://www.karroubi.ir/ListNews.aspx>, 13.3.2005,

⁶⁸² Aftabe Yasd, 14.4.2005

⁶⁸³ ILNA, 9.4.2005

⁶⁸⁴ Kayhan, 20.4.2005



Special Dispatch, 20. Mai 2005 - Die Kandidaten der Präsidentenwahlen im Iran (IV): Scheich Ali Akbar Rafsanjani ⁶⁸⁵

Bei den kommenden iranischen Präsidentenwahlen im Juni konkurrieren die beiden rechts- und linksislamistischen Fraktionen miteinander. Am 10. Mai gab **Scheich Ali Akbar Rafsanjani**⁶⁸⁶ bekannt, dass er für die neunte Präsidentenwahl kandidieren werde und im Falle eines Wahlsieges beabsichtige, Kräfte aus beiden islamistischen Lagern an seiner Regierung zu beteiligen.

Zunächst dokumentieren wir die Erklärung, die Rafsanjani im Vorfeld der Wahlen gegeben hat, worauf einige Reaktionen seiner Unterstützer, Rivalen und von Intellektuellen folgen.

Abschließend geben wir wichtige Passagen des im Sterben liegenden islamischen Geistlichen, **Mohammad Hadi Maassumi** wieder, der harsche Kritik an Rafsanjani übt. Maassumi bezichtigt Rafsanjani unterschiedlicher Verbrechen gegen die Iraner. Maassumi vertritt ein iranisch-nationalistische Haltung, die sich unter anderem daran zeigt, dass er den Staatsklerus dafür kritisiert, den Iranern eine ‚arabische Kultur‘ aufzuzwingen. Obwohl er die staatliche Interpretation des Islam kritisiert, fordert er trotz allem ‚eine Rückkehr in die Moschee‘, mit dem Ziel, den Glauben der Iraner zu retten.

Die Rede des Präsidentenwahlkandidaten Rafsanjani ⁶⁸⁷

Mit der folgenden Rede erklärte Rafsanjani am 10. Mai 2005, warum er für die Präsidentenwahlen kandidieren werde:

"Im Namen Gottes,

⁶⁸⁵ MEMRI

⁶⁸⁶ Rafsanjani wurde 1934 in Kerman geboren. 1948 begann er seine theologische Ausbildung bei Ayatollah Khomeini. Zwischen 1964-78 war Rafsanjani als Geschäftsmann tätig, blieb jedoch in ständiger Verbindung mit Khomeini, der im Exil lebte. 1980 wurde Rafsanjani Sprecher des Majless. Er gilt neben Ayatollah Khomeini als einer der Hauptverantwortlichen für den Krieg gegen den Irak [1980-88]. Rafsanjani überlebte 1981 einen Bombenanschlag und wurde 1985 der Verhandlungspartner für Waffengeschäfte mit den USA. 1988 leitete er die Friedensverhandlungen mit dem Irak. In den Jahren 1989 und 1993 wurde er zum Präsidenten gewählt. Im Jahr 2000 erlag er bei den Majlesswahlen eine Niederlage.

⁶⁸⁷ Rafsanjani wurde im Mykonosprozess als Mitglied des Komitees für Sonderangelegenheiten benannt. Das Komitee für Sonderangelegenheiten [Komitee Omure Vijeh] traf Entscheidungen über Sicherheitsangelegenheiten, die die Kompetenz einzelner Ressorts überschritten und die wegen ihrer Brisanz nicht in der offiziellen Institution des "Nationalen Sicherheitsrates" erörtert werden sollten. Im Mykonosurteil heißt es dazu: "Das galt insbesondere für Fälle der Tötung von Regimegegnern im Ausland. Dieses Komitee wurde als Ausfluss des Systems der 'Herrschaft der Rechtsgelehrten' gebildet. [...] Ihm gehörten an: der Staatspräsident, der Minister des Geheimdienstes VEVAK, der für die Außenpolitik zuständige Chef sowie Vertreter des Sicherheitsapparates und anderer Organisationen und schließlich der 'Revolutionsführer'"; zit. nach: Archiv für Forschung und Dokumentation Iran-Berlin e.V./Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V. [Hg.]: Mykonosurteil in der Strafsache gegen Amin und andere wegen Mordes und Beihilfe zum Mord, Berlin 1998, S.23.



edles Volk des Iran,
geduldige und zukunftsorientierte Schwester und Brüder,
Zukunft gestaltende Jugend,

als ich vor acht Jahren mit ruhigem Gewissen die Verantwortung der Exekutive abgab, wusste ich, dass sich unser Staat nach den Regeln des Fortschritts und des Gleichgewichts entwickeln wird. Damals habe ich nicht daran gedacht, dass die Verhältnisse sich so entwickeln könnten, dass ich erneut einer solchen Prüfung unterzogen werde. [...]

Die Entscheidung an den Wahlen vom 17. Juni teilzunehmen, war einer der schwierigsten Schritte, die ich in meiner gesamten politischen Laufbahn unternommen habe. Es ging nicht darum, dass ich die Verantwortung nicht übernehmen wollte. [...] Tatsächlich hatte ich [andere] Bedenken, die meine Entscheidungsfindung erschwert haben.

Ich wollte nicht, dass es Zweifel daran gäbe, die politische Ordnung der Islamischen Republik könne keine neuen Eliten und Führungskräfte hervorbringen. Ich wollte auch nicht, dass der Verdacht entsteht, ich sei der Meinung, dass ich der Revolution nur dienen und das Vaterland nur lieben kann, wenn ich die Exekutive leite. Insbesondere wollte ich nicht, dass die Chancen für junge und fähige Kräfte geschmälert werden. [...] Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Ihnen hiermit [stichwortartig] einige Gründe für meine Kandidatur mitteilen:

1) Die Verbreitung der destruktiven Spannungen und Streitereien, die den Fortschritt des Landes behindern. Aufgrund derer könnte bitterer Hass dazu führen, dass bedeutsame Kräfte der Revolution beseitigt und isoliert werden.

2) Das Aufkommen von radikalen Gruppen, die die Arbeit der Führung unserer politischen Ordnung ignorieren. [...]

3) Es herrscht ein kaltes Klima [in der iranischen Gesellschaft]. Die Menschen sind über einen Werteverlust und die Einschränkung der Würde des Einzelnen, über den unsicheren Lebensunterhalt, die nationale Sicherheit und [die Einschränkung] ihre prinzipiellen Rechten und Freiheiten besorgt. Ein Grund für dieses schlechte gesellschaftliche Klima ist der Mangel an fähigen Eliten, die in der Lage sind die gesellschaftlichen Rechte und Freiheiten zu erweitern. [...]

4) Die sensiblen regionalen und globalen Bedingungen zwingen uns, einen nationalen Willen zu entwickeln, der die Spannungen vermindert und auf internationaler Ebene Vertrauen schafft. Frieden und Fortschritt ist im Mittleren Osten ohne die Präsenz eines mächtigen, unabhängigen, freien und fortschrittlichen Irans nicht machbar. Ein starker Iran ist das Tor zu Frieden und Stabilität im Mittleren Osten und schafft eine Brücke zwischen Osten und Westen und Norden und Süden. [...]



5) Vor allem ist es problematisch, die Effektivität der Islamischen Republik infrage zu stellen. [...] Mehr als 1,5 Milliarden Muslime und Millionen unterdrückter Menschen weltweit bauen auf den Iran.

6) Die Islamische Republik hat sich inzwischen stabilisiert und hat ihre religiösen Werte entwickelt. Seit den Jahren der heiligen Verteidigung [Iranische Bezeichnung für den Iran-Irak-Krieg von 1980-88] und seit den darauffolgenden 16 Jahre des Wiederaufbaus [...] wurde der Fortschritt des Landes in einer akzeptablen Weise vorangetrieben. [...] Wenn diese Entwicklung weiterhin forciert wird, könnten wir das wichtige Problem der Arbeitslosigkeit lösen. Auch die Probleme der sozialen Sicherheit, der Armut, des moralischen Verfalls, der Diskriminierung könnten gelöst werden. [...] Eine demokratische Wirtschaft und das Anwachsen der Industrie gehören zur Basis einer politischen Demokratie und einer sozialen Entwicklung. Solche Notwendigkeiten waren bisher unbekannt und wurden vernachlässigt.

7) Das Ziel muss ein mächtiger, freier und kultivierter Iran sein. [...]

8) Ich wünsche mir, dass mit der Schaffung von geeigneteren Bedingungen kein Iraner mehr verbittert sein muss, sondern erfolgreich in Ruhe und Sicherheit leben kann. [...] Auch wenn die Präsenz unseres Führers der islamischen Gesellschaft und unserer Revolution Ruhe und Zuversicht verleiht, werden die Wahlen dennoch wichtige und notwendige Schritte für die islamische Ordnung bedeuten. Auf der Basis dieser Analysen erkläre ich heute meine Bereitschaft, die Exekutive zu leiten und stelle mich für jeden von euch zur Wahl. [...]"

Rafsanjani forderte weiterhin, dass alle Schichten der Gesellschaften helfen müssten, eine ‚nationale und islamische Einheit‘ herbeizuführen, damit die genannten Probleme beseitigt werden könnten. [...]⁶⁸⁸

Sharq berichtet, dass Rafsanjanis wichtigste Wahlparole "Alle zusammen, für Arbeit" sei. Er versicherte, dass im Falle seines Wahlsieges sein Regierungskabinett "nicht aus einem Flügel zusammengesetzt sein" werde. Rafsanjani fügte hinzu, dass er "alle Gruppen und Fraktionen an der Regierung beteiligen" wolle. [...]

Rafsanjani betonte, dass die iranischen Verhandlungspartner versuchen müssten "solange mit den Europäern zu verhandeln, bis eine Vertrauensbasis geschaffen worden ist und der Iran mit seinem Atomanreicherungsprogramm beginnen kann."⁶⁸⁹

Rafsanjanis Unterstützer

Qolamali Dehqan, Sprecher der "Etedal Partei" [Partei des Gleichgewichts], die Hashemi Rafsanjani unterstützt, befasste sich mit den politischen Zielen des

⁶⁸⁸ Eqbal, 11.5.2005.

⁶⁸⁹ Sharq, 12.5.2005.



Kandidaten: "Hashemi wird kommen, um die Gefahr des Radikalismus zu beseitigen und die nationalen Interessen zu sichern." Dehqan teilte die bisherigen politischen Aktivitäten von Rafsanjani in zwei Phasen ein: "In der ersten Phase kämpfte Hashemi Schulter an Schulter mit anderen Revolutionären um das Pahlawi-Regime zu stürzen. Sein Ziel war die Errichtung einer neuen Regierungsform, die unabhängig von ausländischen Kräften agiert. Dieses Ziel wurde im Februar 1979 erreicht. In der zweiten Phase, d.h. nach dem Sieg der Revolution, hatte Rafsanjani drei Phasen, die jeweils acht Jahre dauerten: Acht Jahre lang war er als Parlamentspräsident verantwortlich für die Justiz, weitere acht Jahre führte er als Staats- und Ministerpräsident die Exekutive und weiter acht Jahre war er Vorsitzender des Schlichtungsrats. Darüber hinaus war er über die gesamte Zeit ein führender Berater der Staatsführung. [...] Die Rückkehr Rafsanjanis bedeutet kein Zurück in die Vergangenheit, vielmehr wird dadurch die nationale Solidarität, die in den Fraktionskämpfen vergessen worden ist, erneut betont. Dem politischen Gleichgewicht, das für die Gesellschaft besonders notwendig ist, wird nun mehr Beachtung geschenkt werden." ⁶⁹⁰

Rafsanjanis Rivalen

Habibollah Asqar Oladi, Sprecher der dem religiösen Führer nahestehenden "Imam Khomeini Linie" [eine rechtsislamistische Organisation] begrüßte die Kandidatur von Rafsanjani. Dies würde die "Partizipation des Volkes an den Wahlen steigern." Oladi betont jedoch, dass der eigentliche Kandidat der "Imam Khomeini Linie" Dr. Ali Larijani sei. ⁶⁹¹ [Siehe Dispatch 5. April 2005]

Mohssen Resai [Ex-Befehlshaber der Revolutionskomitees] vertrat die Position, mit der Kandidatur Rafsanjanis werde der Generationskonflikt den Kampf zwischen den islamischen Fraktionen in den Hintergrund drängen. Manche rechtsislamistische Kandidaten würden zurücktreten, wenn Rafsanjani kandidiere. ⁶⁹²

Während Ali Larijani erklärte, er werde auf keinen Fall zugunsten von Rafsanjani zurücktreten, ⁶⁹³ äußerte Ali Akbar Velayati [Siehe Special Dispatch, 2. Dezember 2004], dass er im Falle einer Aufstellung Rafsanjanis auf seine Kandidatur verzichten würde. ⁶⁹⁴

Mehdi Karrubi, der sich selbst als Kandidat zur Wahl gestellt hat [Siehe Dispatch 10. Mai] kritisierte in einem offenen Brief Rafsanjani dafür, dass er die Disqualifizierungen revolutionärer Kräfte beklage, obwohl er doch selbst für ihren Ausschluss verantwortlich gewesen sei. Rafsanjani sei selbst für die Disqualifizierung einiger Reformer zuständig gewesen, als er das Informationsministerium leitete und

⁶⁹⁰ ISNA, 10.5.2005.

⁶⁹¹ Eqbal, 12.5.2005.

⁶⁹² Sharq, 12.5.2005.

⁶⁹³ Fars News, 13.5.2005.

⁶⁹⁴ ISNA, 14.5.2005.



spreche dennoch heute davon, dass "revolutionäre Kräfte" integriert werden müssten. [...] Rafsanjani habe sich außerdem nie zu den willkürlichen Verhaftungen von Studenten Anfang der 90er Jahre geäußert. [...] ⁶⁹⁵

Kommentare von Intellektuellen über Rafsanjani

Hamidresa Jalaipur, Mitglied des Zentralrates der linksislamistischen Partizipationsfront und Universitätsprofessor bemerkte über die Kandidatur von Rafsanjani: "Ich denke nicht, dass Rafsanjani eine verkrustete Person ist. Er denkt nicht wie die Taliban. Er geht davon aus, dass eine wirtschaftliche Entwicklung die Grundlage für die Entwicklung der Demokratie ist. [...] Für uns, die wir Reformen fordern wäre es sogar ideal, wenn Hashemi Rafsanjani und Moin am Ende miteinander konkurrieren würden." Jalaipur, der früher Redakteur der verbotenen Zeitungen Jamee, Tuss und Neshat war, kritisierte einen möglichen Wahlboykott: "Die Boykotteure glauben, dass der Präsident bestenfalls 25 Prozent der Macht besitzt. Sie hoffen auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung. [...] Es ist aber nicht gesagt, dass durch soziale Bewegungen unbedingt eine Demokratie errichtet wird. [...] ⁶⁹⁶

Mehran Karami, Kommentator der Zeitung Sharq schreibt: "[...] Hashemi Rafsanjani befindet sich zwischen zwei Polen. [...] Beide Seiten haben Rafsanjani stets vorgeworfen, mit der anderen Seite zusammenzuarbeiten. [...] Niemand kann sagen, ob Rafsanjani nun ein Konservativer oder ein Reformier ist. [...] Aus den Wahlen wird dieses Mal kein Sieger hervorgehen. Zwar hat die Islamische Republik nach 26 Jahren noch keine neue Elite, die die Führung des Landes übernehmen könnte, [...] aber es gibt einen Generationenkonflikt. [...] Solange die Väter an ihren Kindern zweifeln und die Kinder ihre Väter und Vorfahren ablehnen, werden wir mit solchen Konflikten zu tun haben, die auch die gegenwärtigen Probleme zwischen Rafsanjani und seinen Gegnern bestimmen. ⁶⁹⁷

Brief eines islamischen Geistlichen an Rafsanjani

Der islamische Geistliche Mohammad Hadi Maassumi verfasste auf seinem Totenbett einen Brief an Rafasanjani. Da er im Sterben liege, habe er keine Angst mehr vor Verfolgung und Folter und könne es sich daher leisten, die Wahrheit über das politische Regime zu sagen. Mit seinem sehr kritischen Brief wolle er das iranische Volk über das Wesen der Herrschaft der Islamischen Republik "aufklären". Im folgenden geben wir eine Zusammenfassung des Briefes wieder, der auf der Exil-Website Akhbare Rooz veröffentlicht wurde ⁶⁹⁸:

⁶⁹⁵ Aftabe Yasd, 19.5.2005.

⁶⁹⁶ Sharq, 14.5.2005.

⁶⁹⁷ Sharq, 14.5.2005.

⁶⁹⁸ Akhbare Rooz, 10.5.2005



Maassumi hebt in seinem Brief hervor, dass die "Religion für Natur und Menschen neues Leben und Kultur schaffen" müsse, andererseits werde dieselbe "Religion giftig und todbringend" sein. [...] Diejenigen, die in den letzten 30 Jahren die persische Sprache, Kultur und Religion "arabisiert" hätten, hätten "mit dem Blut der Iraner die Mühlen in Bewegung gesetzt, Bücher verbrannt und iranische Frauen und Mädchen vergewaltigt." [...]

Besonders scharf kritisiert er die Rafsanjani angehäuften Reichtümer, die seine Tochter Faeze Rafsanjani, die ständig zwischen Berlin, Paris, London und Dubai hin und her pendle, verprasse. [...]

Im weiteren warnt Maassumi Rafsanjani davor, dass die Bevölkerung "kein Interesse mehr für das Freitagsgebet und die Moscheen" zeige. [...]

Bis zum heutigen Tag habe Rafsanjani sich nicht zu den Hinrichtungen insbesondere im Jahr 1988 geäußert und nie etwas zu den "Vergewaltigungen von jungen Mädchen und Frauen, denen sie in den Gefängnissen vor ihrer Hinrichtung ausgesetzt waren" gesagt. Dabei wisse er doch, dass diese Gräueltaten aufgrund einer "islamischen Fatwa" zustande gekommen seien. [...]

Weiterhin wirft Maassumi Rafsanjani vor, welche "direkte und indirekte Rolle er persönlich bei den Kettenmorden" [Die Morde an Intellektuellen und Schriftstellern] gespielt habe. [...]

Rafsanjani solle doch über die Terrorattentate in Europa berichten [...] und seine Beziehungen zu den Bodenspekulanten und Wucherer öffentlich machen. [...]

In seinem Brief fragt Maassumi weiter, ob Rafsanjani eigentlich wisse, dass er "für die Ermordung von mehr als 1, 3 Millionen Menschen während des Iran-Irak Krieges verantwortlich" sei. Es sei bekannt, dass "Rafsanjani und Herr Khomeini auf Befehl einer Fatwa von Khomeini für den Krieg verantwortlich" seien. [...]

Auch zur "Zwangsverschleierung" solle er sich öffentlich äußern, denn würde er auch die Zwangsverschleierung befürworten, wenn er selbst eine Frau sei? [...] Maassumi fährt fort:

"Ich trage den Turban länger als Sie, Herr Rafsanjani. Ich bin krank, muss aber betonen, dass über Ihr Verbrechen Türen und Wände sprechen werden, auch wenn Sie diese selbst nicht zugeben. Die Geschichte wird Ihre Verbrechen festhalten. Sie wissen auch, dass an Ihren Hände das Blut und die Tränen von Millionen Menschen kleben. Und Sie wissen auch, dass diese Religion nicht reformierbar ist. Im Namen dieser Religion und der göttlichen Gesetze wurde gemordet und geplündert. Diese Religion ist mit der Gewalt des Schwertes in unser Land gebracht worden und hat unser Blut wie eine Krankheit befallen. Erwarten Sie daher kein Heilmittel von dieser Religion. Wenn eine Heilung möglich gewesen wäre, wäre dies schon passiert. Stützen Sie sich auf die Stimme des Volkes und akzeptieren Sie ein freies Referendum. Und lassen Sie uns in die Moschee zurückkehren. Spielen Sie nicht mehr mit dem Volk und führen Sie keinen Krieg gegen dieses Land. Sonst wird unser Schicksal viel schlimmer sein, als das Ende von Saddam Hussein. Denn die Schuld von euch Geistlichen und damit leider auch von mir ist viel größer als die Schuld von Saddam. Lassen Sie uns in die Moschee zurückkehren."

"Mohammad Hadi Maassumi, Geistlicher, wohnhaft in Karaj bei Teheran"



*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 10. Juni 2005 - Akbar Ganji fordert Boykott der Präsidentschaftswahlen

Der berühmte iranische Journalist Akbar Ganji setzt sich seit vielen Jahren für radikale Reformen in Iran ein. Ganji gehörte in den ersten Jahren der islamischen Revolution den Revolutionsgarden an und ist heute einer der wichtigsten Dissidenten im Iran. Am 22. April 2000 wurde Akbar Ganji zusammen mit zwölf weiteren Kollegen zum zweiten Mal verhaftet.⁶⁹⁹ Sie hatten an einer Konferenz in der Heinrich Böll-Stiftung zum Thema "Reformperspektiven nach den Parlamentswahlen" teilgenommen. In der Anklage wurde ihm unter anderem "Gefährdung der nationalen Sicherheit" und "Verbreitung von Propaganda gegen das islamische System" vorgeworfen. Seine Gefängnisstrafe musste er in Einzelhaft verbüßen. Am 19. Mai trat Akbar Ganji in einen Hungerstreik und wurde am 30. Mai aus dem Gefängnis entlassen, um sich medizinisch behandeln zu lassen.⁷⁰⁰ Ganji wurde am Dienstag erneut verhaftet.⁷⁰¹

Während seiner Haft verfasste er ein "republikanisches Manifest", welches aus zwei Teilen besteht. Das republikanische Manifest bietet laut Ganji ein Modell für eine Transformation der Islamischen Republik in eine Demokratie. Weiterhin liefert Ganji in seinem Manifest eine ausführliche Begründung, warum in der islamischen Republik alle zukünftigen Wahlen boykottiert werden sollten. Im folgenden dokumentieren wir eine gekürzte Übersetzung des zweiten Teils, der aus zehn

⁶⁹⁹ Reporter ohne Grenzen schreiben über den Prozess: "Als der Prozess am 9. November 2000 beginnt, muss Ganji gewaltsam in den Gerichtssaal gebracht werden. Er erkennt weder die Rechtmäßigkeit des Gerichts noch die offizielle Anklage an. Er weigert sich Gefängniskleidung zu tragen, weil er ein politischer Gefangener sei und kein Krimineller. Er berichtet von Folterungen, die er erleiden musste, davon, dass er mehrfach geschlagen und getreten worden sei. Der Richter soll Ganji aufgefordert haben, Zeugen zu benennen, die seine Vorwürfe bestätigen können - wohl unmöglich für einen, der in Einzelhaft sitzt. Am 13. Januar 2001 verurteilt ihn das Gericht zu zehn Jahren Gefängnis. Der Prozess entspricht nicht den internationalen Standards eines fairen Prozesses. Es gibt massive internationale Proteste" http://www.reporter-ohne-grenzen.de/cont_dateien/ganji.php und <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/unterst/prot/protbrief/proteste.php>

⁷⁰⁰ Während seiner Haft führten Studenten Protestveranstaltungen durch und viele Intellektuelle solidarisierten sich mit ihm. Es fanden verschiedene sit-ins und Proteste zu seiner Freilassung statt. Mashaallah Shamsolvaezin und Hashem Aqajeri, beide bekannte Intellektuelle solidarisierten sich mit ihm. (IRNA, 24.5.2005, Eqbal 30.5. 2005). Am 5.6.2005 solidarisierte sich auch der ehemalige Minister für kulturelle Führung, Attaollah Mohajerani mit Akbar Ganji, <http://mohajerani.maktoub.ir/> Wie die Zeitung Eqbal am 1. Juni berichtete besuchte der reformorientierte Präsidentschaftskandidat Moin Ganji zu Hause.

⁷⁰¹ Obwohl Jamal Karimirad, Sprecher der Justiz, am Dienstag von einer Verlängerung seines Hafturlaubs gesprochen hatte, ist Akbar Ganji erneut verhaftet wurde, wie Farsnews am 8.6.2005 und Sharq am 9.6.2005 berichteten. Siehe dazu die Erklärung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch: <http://hrw.org/english/docs/2005/06/08/iran11100.htm>



Kapiteln besteht. Ganji entfaltet neben der Forderung nach einem Wahlboykott der Präsidentschaftswahlen seine Vorstellungen von Demokratie und diskutiert verschiedene Einwände gegen die Ausführung eines Boykotts, wobei er eine friedliche Revolution der iranischen Intellektuellen fordert.⁷⁰²

"Das republikanische Manifest Teil 2"⁷⁰³

Der Boykott der Präsidentschaftswahlen, ein Schritt auf dem Weg zur Demokratie und zu einer offenen Gesellschaft.

Evin Gefängnis

Mai 2005"

In der Einleitung bemerkt Ganji, dass er zwar wisse, welchen Preis er für das Schreiben des republikanischen Manifestes zahlen werde, dass es aber im Kampf um Freiheit und Menschenrechte keine Angst vor dem Tode gebe. Es sei nicht möglich, den Drang nach Freiheit durch Verbrechen aufzuhalten.

"1. Der Politische Kampf und die Kritik an das herrschende System ist wichtig: Laut Popper und Rorty haben Intellektuelle die moralische Pflicht, das Leid der Menschen zu lindern. Diktaturen und tyrannische Systeme verursachen für die jeweilige Bevölkerung viel Leid. Daher ist allein der Versuch, ein demokratisches und freies System zu errichten, wertvoll. In der heutigen Welt ist das politische System der Diktatur anrühlich, während der Ruf nach Demokratie so allgemein gültig ist, dass sogar Despoten darum bemüht sind, ihr System als eine Form der Volksherrschaft darzustellen. [...]

Die Intellektuellen müssen Hoffnung verbreiten und mutig sein. Es wird behauptet, das Zeitalter der Helden sei vorbei, um dadurch den Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit zu verhindern. Der Kampf für Freiheit ist an sich wertvoll. [...] In Gesellschaften, die von einem allmächtigen Führer und durch Willkür regiert werden, werden die Gegner der Herrschaft, die ihr Leben riskieren, zu Helden. [...] Tatsächlich können nicht alle Probleme politisch oder auf demokratischem Wege gelöst werden. [...] Denn wirtschaftliche Probleme müssen ökonomisch und soziale Probleme gesellschaftlich gelöst werden. Es ist auch klar, dass weder die Bevölkerung noch die Intellektuellen [per se] demokratisch gesinnt sind. Aber daraus kann man nicht schlussfolgern, dass politische Aktivitäten vergeblich und der Kampf gegen die Diktatur Zeitverschwendung sind. [...]

⁷⁰² Tatsächlich befürchtet auch die Regierung, dass große Teile der Bevölkerung dieses mal nicht an den Präsidentschaftswahlen partizipieren. Unabhängig von Ganji haben im Mai diesen Jahres 615 namhafte iranische Intellektuelle in einer Erklärung ebenfalls zum Wahlboykott aufgerufen, Iranvajahan 12.5.2005. <http://www.iranvajahan.net/cgi-bin/news.pl?l=fa&y=1384&m=02&d=25&a=>

⁷⁰³ Die vollständige englische Version des Manuskripts, siehe: <http://freeganji.blogspot.com/>



Manche bezeichnen frühere Freiheitskämpfe als illusorisch und behaupten, wenn man die Totalität der herrschenden Ordnung akzeptiere und an den Präsidentschaftswahlen teilnehme, akzeptiere man endlich die Realität. So ist angeblich jeder, der die Präsidentschaftswahlen boykottiert ein Tagträumer. [...]

Wenn der Kampf gegen die Tyrannei und für eine offene demokratische Gesellschaft gerecht ist, müssen freiheitsliebende Demokraten gegen diese Willkür kämpfen, auch wenn die Bevölkerung das herrschende System duldet oder sogar unterstützt. [...] Man muss die Bevölkerung politisieren und ihnen beweisen, dass ihre Passivität die Ursache ihres Elends ist. [...]

Nur Demokraten können Demokratien errichten. Aber die Geschichte hat bewiesen, dass demokratische Systeme nicht nur dann entstanden sind, wenn ihre gesamte Bevölkerung aus Demokraten bestand. Außerdem sind ‚gegenseitige Toleranz‘ und ‚Vertrauen‘ die Grundvoraussetzungen für ein demokratisches System. [...] Es wird behauptet, dass sogar Karl Popper trotz seiner demokratischen Ideen selbst kein Demokrat gewesen sei. [...]

Es ist unmöglich, dass die politische Kultur einer gesamten Bevölkerung demokratisch ist. Aber die politische Kultur der Eliten, welche die Demokratie vorantreiben wollen, muss zweifellos demokratisch sein. [...] Die politischen Eliten und Intellektuellen unseres Landes sind sich mehr als je zuvor über die Relevanz der Demokratie und Freiheit einig und befürworten ein demokratisches System. Aber noch wichtiger ist, dass sie sich selbst demokratisch verhalten müssen. [...] Unserer Meinung nach ist der Boykott der Wahlen der erste notwendige Schritt, der zu einem demokratischen System führen könnte.

2. Die Gründe für den Wahlboykott

2.1. Ungerechtigkeit und Unfreiheit: Gemäß der vom Wächterrat ausgelegten Verfassung dürfen weder Frauen noch Sunniten ein Präsidentenamt bekleiden. [...] [Aus der Sicht des Wächterrates] gibt es zwei Sorten von Bürgern. Diejenigen, die an die Verfassung glauben und diejenigen, die nicht an sie glauben. Die Letzteren haben keine zivilen Rechte und haben faktisch kein Recht, sich als Kandidaten aufzustellen oder bestimmte Berufe auszuüben. Dies bedeutet, dass der Iran nicht allen Iranern gehört. [...]

Ein weiteres Problem ist, dass man an die Stellung des religiösen Führers glauben muss. D.h. diejenigen, die zwar an den Islam und an die Verfassung glauben, die Meinung des religiösen Führers aber nicht akzeptieren, werden als Kandidaten abgelehnt. Viele, die sich faktisch nicht dem Islam, der Verfassung, dem religiösen Führer, Ayatollah Khomeini verpflichtet fühlen, disqualifiziert der Wächterrat. Dadurch werden die ernstesten politischen Gegner der Machthaber disqualifiziert. Ein weiteres Hindernis besteht darin, dass nicht alle Kandidaten über die Medien für sich werben können.

Darüber hinaus gibt es drei verschiedene Formen von organisierter Wahlfälschung.



Erstens werden die Wahlbüros an Orten angesiedelt, wo die Konservativen ihre gefälschten Wahlzettel einschleusen können. Über ein paar Millionen gefälschte Wahlzettel werden auf diese Weise abgegeben.

Zweitens wird bei der Auszählung der Wählerstimmen gefälscht. [...]

Drittens wird von ‚oben‘ angeordnet, die Wahlbeteiligung im Interesse des Staates nach oben zu korrigieren, um die Legitimität des Systems zu garantieren. Manche behaupten, es handle sich nur um Probleme bei der Durchführung der Wahlen. Aber wenn Wahlen in der Praxis gefälscht werden, sind es keine gerechten und demokratischen Wahlen. [...] Wenn die Konservativen die Wahlen nicht gewinnen sollten, werden sie vom Wächterrat kurzerhand für ungültig erklärt. [...] Die Reformer haben zwei Gegenstrategien entwickelt: Erstens wollen sie die Mitglieder des Wächterrats austauschen und zweitens beabsichtigen sie, freie Wahlen unter der Aufsicht von internationalen Institutionen durchzuführen, z. B. unter der Aufsicht der Vereinten Nationen. [...]

2.2. Machtlosigkeit:

Auch wenn man die undemokratischen Wahlvoraussetzungen verändern würde, gibt es ein noch größeres Problem, das einen Wahlboykott notwendig macht: Es gibt keine Möglichkeiten, die strukturellen Probleme des Staates zu reformieren. Außerdem würden sich die wichtigsten Institutionen des Systems gegen einen richtig gewählten Präsidenten stellen. Dieser [neu gewählte] Präsident müsste doch im Rahmen derselben Verfassung, mit demselben religiösen Führer, mit demselben Majless und mit demselben Wächterrat zusammenarbeiten. [...]

Die Frage ist, welche Art von Reformen überhaupt möglich sind. [...] Denn eigentlich besitzt der religiöse Führer, der für sein ganzes Leben ernannt wird, die hauptsächliche Macht. Alle [vom religiösen Führer oder vom Expertenrat] ernannten Ämter würden einen freiheitsliebenden Präsidenten für ihre Zwecke instrumentalisieren. [...]

Eine Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft, wie Frauenorganisationen, Arbeiterverbände, Genossenschaften, Handelskammern. [...]

2.3. Der Übergang in eine Demokratie

Der Weg, den die Reformer beschreiten, führt nicht in eine demokratische Ordnung. Um die Staatsform des ‚Sultanismus‘ in eine Demokratie zu transformieren muss man sukzessive das herrschende System delegitimieren und die ‚Kooperation‘ mit der Herrschaft verweigern. Aber die Reformer verschaffen durch ihre Zusammenarbeit mit der Willkürherrschaft dem System im inneren und auf internationaler Ebene Legitimität. Die tyrannische Herrschaft hingegen würde lediglich durch eine ‚permanente Verweigerung der Kooperation‘ immer schwächer werden. Nur dadurch kann man Voraussetzungen für einen Übergang in eine Demokratie schaffen. Die demokratischen Kräfte und Gruppen sollten die Idee der ‚Verweigerung der Kooperation‘ in der Gesellschaft verbreiten, wobei die gesamte Elite auf eine Zusammenarbeit mit der Willkürherrschaft verzichten müsste. Es gibt tausend Möglichkeiten, um eine Kooperation zu verweigern. [...] Es gibt sehr viele,



die der Willkürherrschaft gehorchen. [...] Aber man muss die moralische und politische Legitimität des Regimes in Frage stellen. [...]

Die Teilnahme an den Wahlen [Die Aufstellung von Kandidaten und die Wahl selbst] ist das beste Beispiel der Kooperation und der Legitimierung des Systems. Der Boykott der Wahlen hingegen ist einer der wichtigen Maßstäbe für eine Verweigerung der Kooperation und für die Delegitimierung der Willkürherrschaft. [...] Die Reformer tragen nicht zum Prozess der Demokratisierung bei, wenn sie die neunten Präsidentschaftswahlen befürworten. Sie hatten weder bei den Kommunalwahlen noch bei den siebten Majlesswahlen einen Erfolg. Der einzige Erfolg der Reformer ist, dass sie die Konservativen und die herrschende Ordnung auch nach den Wahlen legitimiert haben.

3. Die Effektivität des Boykotts:

Es stellt sich die Frage, wie effektiv ein Boykott der freiheitsliebenden Demokraten sein könnte und wie viele den Eliten und den Intellektuellen folgen würden. [...] 30 Prozent der Wahlberechtigten werden sicherlich an den Wahlen teilnehmen und weitere 30 Prozent werden nicht wählen gehen. Die restlichen 40 Prozent der Wähler sind unentschieden. [...] Sogar wenn 60-65 Prozent der Wahlberechtigten die Präsidentschaftswahlen boykottieren würden, wäre die Islamische Republik nicht ohne Legitimation. [...] Willkürherrschaften sind nicht legitim, denn sie verletzen die Menschenrechte, unterdrücken die Zivilgesellschaft und respektieren die Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht. Ein selbstsüchtiger Herrscher übt in einem solchen Staat seine Macht wie ein Gott aus und es gibt keine Regierung, die auf die Belange der Bevölkerung eingeht. In einem solchen Land werden die Oppositionellen ins Gefängnis gesteckt und gefoltert. Solche Staaten brauchen die Mehrheit der Bevölkerung, um ihr Regime durch Wahlen zu legitimieren. [...] Daher muss der Wahlboykott in solchen unter Willkürherrschaft leidenden Gesellschaften, als ein Widerstand gegen die herrschende Ordnung verstanden werden. [...] Aber warum beteiligen sich trotzdem so viele Menschen an den Wahlen einer Willkürherrschaft? Manche von ihnen sind mit den Staatsbeamten verwandt und haben unmittelbare Interessen. Andere gehen zur Wahl, weil sie Angst vor Repressionen haben, wenn sie nicht wählen. Sie haben Angst, keinen Studienplatz zu bekommen. Besonders Soldaten und Angehörige des Militärapparates befürchten Repressalien, wenn sie nicht wählen gehen. Andere wiederum haben Angst davor, keinen Pass mehr zu bekommen und nicht mehr ausreisen zu dürfen. [...]

4. Die Gefahr einer sezessionistischen Bewegung in Iran:

Viele freiheitsliebende Menschen und Reformer warnen stets vor einer Teilung des Iran. Sie betonen immer, dass ein Wahlboykott auch die Gefahr einer Teilung des Landes steigern könnte. [...] Wie wahrscheinlich ist jedoch eine Teilung des Iran?

4.1. Die inneren Voraussetzungen für eine Teilung:

Es ist unbestreitbar, dass ethnische Minderheiten im Iran diskriminiert werden. Die Sunniten sind gegenüber den Schiiten genauso wie die Kurden und Schiiten



gegenüber den Persern in der herrschenden Rolle unterrepräsentiert. [...] Trotzdem gibt es aber keine relevante Bewegung, die wirklich eine Teilung des Iran vorantreibt. [...]

4.2. Die internationalen Voraussetzungen für eine Teilung:

Die Greater Middle East Initiative der USA und ihrer Alliierten ist gegenwärtig von größter Relevanz. Die prinzipielle Hypothese dieses Planes ist, dass Willkürherrschaften und wirtschaftliche Armut Ursachen für Fundamentalismus und Terrorismus seien. Despotien schaffen demzufolge Terrorismus und Armut. Wenn aber die Region demokratisiert würde, könnten Terrorismus und Fundamentalismus beseitigt und Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum gewährleistet werden. Tatsache aber ist, dass eine solche Entwicklung dem Weltkapitalismus dient, der sich dadurch die Märkte sichern will. In diesem Plan wird das Ziel einer Teilung nicht verfolgt, denn er verfolgt eine Demokratisierung des Irans, Afghanistans, Iraks, Syriens, Libanons und Saudi-Arabiens und nicht deren Teilung. Sogar durch radikalste Form der Demokratisierung, infolge eines militärischen Angriffes, wird durch die Besetzung Afghanistans und Iraks keine Teilung, sondern eine Art demokratischen Pluralismus verfolgt. George Bush hat kürzlich erklärt: ‚Ein Erfolg der Demokratie in Irak wird eine Botschaft für die gesamte Region, von Beirut bis nach Teheran, mit sich bringen!‘ Freiheit könne Bush zufolge die Zukunft aller Völker sein. Wenn tatsächlich Irak als Modell für die gesamte Region dienen soll, wird kein Land von einer Teilung bedroht werden. Denn der Irak war viel eher von einer Teilung bedroht, als es der Iran jemals ist. [...]

Die Amerikaner und die Europäer wollen andere Staaten, insbesondere im Mittleren Osten, demokratisieren und verfolgen dabei ihre wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Ziele. Die Teilung von Staaten hilft ihnen überhaupt nicht bei der Durchsetzung ihrer Ziele. Wir dürfen nicht vergessen, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen.

5. Ein militärischer Angriff der USA gegen den Iran:

[...] Viele argumentieren, dass man Amerika keinen Anlass geben sollte, den Iran militärisch anzugreifen. Sie behaupten, dass ein Wahlboykott und eine Delegitimierung des bestehenden Systems einem amerikanischen Angriff Vorschub leisten könnte. Die demokratischen Republikaner lehnen einen militärischen Angriff der Amerikaner gegen den Iran strikt ab. Dennoch sollte man einige Punkte beachten:

5.1 Immer wieder wird die Situation in Afghanistan und im Irak mit der Lage in Iran verglichen. Es werden die verbalen Drohungen gegen den Iran aufgezählt, aber eigentlich weiß niemand, was wirklich im nationalen Sicherheitsrat der USA beschlossen wurde und was in Hinsicht auf den Iran geplant ist. [...] Die amerikanischen Machthaber haben Schwierigkeiten mit dem Iran, wie z.B. dem iranischen Atomprogramm, der Rolle des Iran beim Problem des Terrorismus, der iranischen Rolle im Friedensprozess zwischen den Arabern und Israel und den



Menschenrechtsverletzungen. Sie sind der Meinung, dass das gegenwärtige Regime durch eine demokratische Regierung ersetzt werden sollte. Aber unter den amerikanischen Regierenden gibt es Meinungsverschiedenheiten, über den Verlauf darüber wie eine Demokratie im Iran entstehen sollte. Wenn durch einen vereinheitlichten politischen Druck im Iran ein Regimechange hervorgerufen wird, könnte es in den USA zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen zu einem Konsens kommen. Eine militärische Option hingegen würde nicht nur die Amerikaner von anderen Staaten abspalten, sondern auch die amerikanische Regierung von der eigenen Bevölkerung. Außerdem wäre zu klären, ob Amerika gegenwärtig überhaupt das militärische Potential besitzt, um den Iran anzugreifen.

5.2 Der Krieg und die Besetzung des Irak kosten die Amerikaner monatlich ca. vier Milliarden Dollar. Täglich sterben zwei Menschen und in den letzten zwei Jahren starben 1500 Menschen. Mehr als 150.000 Soldaten sind im Irak stationiert. Wenn man die Größe und die Bevölkerungszahl des Iran berücksichtigt, würden für eine Besetzung des Iran mindestens 300.000 ausländische Soldaten erforderlich sein. Die USA haben allerdings nicht so viele Soldaten, um eine solche Operation durchzuführen. Ein Angriff gegen den Iran wäre für die USA auch doppelt so teuer wie ihre militärische Aktion im Irak, außerdem sind sie vorläufig mit Afghanistan und mit dem Irak beschäftigt.

5.3 Begrenzter Krieg: In einem begrenzten Krieg würde man von der Luft aus nur strategische Ziele angreifen, wobei die iranischen Atomanlagen zerstört werden würden. Die Raketen- und Marineindustrie, aber auch die Kasernen der Pasdaran würden angegriffen werden. Für den Erfolg eines solchen Szenariums, gibt es zwei verschiedene Analysen: Den radikalen amerikanischen Konservativen zufolge, wird durch einen solchen Angriff die Regierung geschwächt. Die Menschen würden ihre Angst verlieren und das Regime stürzen. Den oppositionellen amerikanischen Demokraten zufolge, würde das Regime seine Gegner härter unterdrücken und das politische Klima würde sich verschlechtern. Sowohl die fremdenfeindliche Bevölkerung als auch die Intellektuellen des Iran würden das bestehende Regime eher unterstützen und stärken, als es stürzen.

5.4 Vorwand für einen Krieg: Die amerikanische Regierung kann den Iran lediglich unter dem Vorwand der Existenz von Atomwaffen und der bewiesenen Durchführung von terroristischen Operationen angreifen. Im Atomdialog hat sich der Iran bestens verteidigt, wobei das Zusatzprotokoll faktisch umgesetzt wird und die anderen [EU] faktisch nichts erreichen konnten. Aus diesem Grund kann Amerika die iranische Akte auch nicht dem Sicherheitsrat vorlegen. Hinsichtlich terroristischer Aktivitäten muss festgestellt werden, dass seit 1997 kein Gegner der iranischen Regierung in Europa hingerichtet wurde. Auch die Unterstützung von Hisbollah, Hamas und Jihad Islami ist nach dem Rückzug der syrischen Armee aus dem Libanon und infolge der selbständigen Politik der Palästinensischen Autonomieregierung von Mahmud Abbas hinsichtlich der Entwaffnung der Milizen hinfällig geworden. Aufgrund der



Menschenrechtsverletzungen allein könnte die USA den Iran nicht angreifen, wenn aber der Iran seinen Rückzug nicht weiter fortsetzt, könnte die Akte tatsächlich dem Sicherheitsrat vorgelegt werden.

5.5 Die amerikanischen Demokraten gehen davon aus, dass eine amerikanisch-iranische Konfrontation nur durch die Errichtung einer demokratischen Ordnung im Iran vermieden werden kann. Durch die gegenwärtige Ordnung und durch die Fortsetzung ihrer Politik steigt lediglich die Gefahr einer militärischen Konfrontation. Die iranischen Demokraten würden durch einen Wahlboykott, der vollkommen friedlich stattfindet, die Demokratisierung des Iran fördern. Sie glauben, dass eine demokratische soziale Bewegung einen militärischen Angriff auf den Iran verhindern könnte. Falls es tatsächlich eine solche demokratische Bewegung gäbe, wäre das Problem eines militärischen Angriffes hinfällig.

Tatsächlich kann ein potentieller amerikanischer Angriff [auf den Iran] diejenigen, die die Freiheit lieben, nicht daran hindern, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Man kann nicht so tun, als müsste man die Despotie verteidigen, um den Imperialismus zu bekämpfen. Haben denn etwa die afghanischen Mujahedin auf ihren Kampf verzichtet und sich mit den Taliban vereinigt, weil Amerika Afghanistan angreifen wollte? Oder haben die irakischen Kämpfer auf ihren Kampf gegen Saddam Hussein verzichtet, weil Amerika den Irak angreifen wollte? [...] Man kann sowohl einen militärischen Angriff der Amerikaner gegen den Iran ablehnen und trotzdem den Kampf um Freiheit fortsetzen.

6. Nichtdemokratische Regierungen und der Übergangsprozess

Es gibt verschiedene Formen undemokratischer Regimes: Militärdiktaturen, Parteidiktaturen und Diktaturen, die von Einzelpersonen geführt werden. Eine Diktatur, die von einer Person geführt wird, die die absolute Macht besitzt, nennt Max Weber ‚Sultanismus‘. [...] Im Iran wählt der Führer den Wächterrat. Der Wächterrat wählt den Expertenrat, der wiederum den Führer bestimmt. Der Führer ist aber zugleich auch der Oberbefehlshaber des gesamten Militärapparates, weswegen er das Militär nicht zu fürchten braucht.

Die iranische Staatsordnung ist nicht totalitär, sondern sultanistisch. [...] Soziologen bezeichnen den Demokratisierungsprozess in einer solchen personalen Diktatur als ‚anti-Personalist transition type‘. Ein solcher Übergang setzt den Sturz des Herrschers voraus, wie z.B. Marcos in Philippinen, Ceausescu in Rumänien, Saddam in Irak. Der spanische Diktator Franco hingegen starb eines natürlichen Todes.

Auch in Ägypten gibt es eine personale Diktatur und die demokratische Opposition dort möchte Mubarak stürzen, obwohl er inzwischen einer Wahl mit verschiedenen



Kandidaten zugestimmt hat. Aber im Iran wird der Führer nicht vom Volk gewählt und der religiöse Führer ist auch nicht bereit, solche Wahlen zu genehmigen. [...] ⁷⁰⁴

7. Revolutionäres oder reformistisches Handeln

Manche sind der Überzeugung, dass der Wahlboykott, die Verweigerung der Kooperation, die Delegitimierung des Staates und die Durchführung eines Referendums, Formen einer revolutionären Strategie sind und sich daher mit Reformen nicht vereinbaren lassen. [...] Wenn man demokratische Strukturen, wie Freiheit und Menschenrechte aufbauen will, kann man sowohl reformistische als auch revolutionäre Strategien verfolgen. [...]

Während die reformistische Methode friedlich ist, [...] ist die revolutionäre Methode gewaltsam. [...]

Das Ziel einer Revolution ist die Veränderung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und militärischen Strukturen. [...] Die totalitären Regimes in den Ostblockstaaten wurden jedoch durch samtene und unblutige Revolutionen gestürzt. Diese Revolutionen waren anders als die klassischen Revolutionen unblutig. [...] Karl Popper beispielsweise verteidigte friedliche Revolutionen, gewaltsamen Revolutionen hingegen lehnte er ab. [...]

Demokraten verteidigen friedliche Methoden, wie den Wahlboykott und die Durchführung eines Referendums und befürworten den zivilen Ungehorsam als eine friedliche Methode. Nach einem potentiellen Sieg befürworten sie die Einrichtung von Wahrheitskomitees, um das Prinzip des Verzeihens und das des ‚Nicht-Vergessens‘ zu realisieren, denn eine Demokratie ist mit dem Prinzip der Rache nicht vereinbar. Die Iraner sind heute wacher als 1979, denn damals richtete sich die Revolution gegen die Modernität. Heute dagegen ist die Bewegung für Demokratie und der Kampf für Demokratie und Freiheit ist legitim. Aber wir dürfen niemanden mehr für Ideologien, die ins Niemandsland führen, opfern. [...]

Wir brauchen eine nicht-ideologische [friedliche] Revolution. [...] Wir brauchen keine Menschen, die ihr Leben für eine Ideologie opfern. [...] Die Frage ist, ob die Islamische Republik reformierbar ist oder nicht? Das Ziel ist, die herrschende politische Ordnung in eine demokratische Ordnung umzuwandeln. [...] Die Reformer haben es bisher nicht geschafft, eine wirkliche Demokratie zu errichten, weswegen neue Modelle vonnöten sind. Die Diskussionen über einen Wahlboykott, über die Verweigerung einer Kooperation mit dem existierenden System, über den zivilen Ungehorsam und eine Delegitimierung müssen im Mittelpunkt dieses neuen Modells stehen.

8. Ziviler Ungehorsam

Manche glauben, dass ein demokratischer und reformorientierter Diskurs einer revolutionären Strategie widerspricht. [...] Bei der Strategie des zivilen Ungehorsams werden zwar einerseits Gesetze gebrochen, aber auf der anderen Seite verhalten sich meist viele Menschen gesetzeswidrig. Außerdem ist der Preis, den man in der

⁷⁰⁴ BBC meldete, dass Ganji öffentlich erklärt habe, dass der religiöse Führer vom gewählt werden sollte: http://www.bbc.co.uk/persian/iran/story/2005/06/050606_ss-iranelection.shtml



Regel für diese Gesetzeswidrigkeit zahlt, gering, denn das Regime kann es sich nicht leisten große Menschenmengen zu verhaften und muss schließlich einlenken. [...] Ziviler Ungehorsam ist keineswegs eine gewalttätige und revolutionäre Strategie und er kann sehr effektiv sein. [...] Nach Paragraph 500 der iranischen Strafgesetzgebung kann eine Person, die Propaganda gegen die islamische Ordnung betreibt, eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten bis einem Jahr erhalten. [...] Aber gemäß der Erklärung der Universellen Menschenrechte darf sich jeder Mensch für das System einsetzen, das er sich wünscht. Hat Ayatollah Khomeini in einem Vortrag von 1979 nicht genau dieses Prinzip für die Zukunft der Gesellschaft formuliert? Die herrschende Gesetzgebung ist ungerecht. Die Regierenden sorgen um jeden Preis dafür, dass die Bürger ihre Rechte nicht bekommen. Die Bürger müssen das Gesetz öffentlich brechen und begründen, warum sie dieses System ablehnen und welches politische System sie sich stattdessen wünschen. Für zivilen Ungehorsam muss man keinen hohen Preis zahlen: 3 Monate bis zu einem Jahr. Wenn aber das Gesetz von großen Teilen der Bevölkerung gebrochen wird, kann das Regime nicht alle verhaften und ins Gefängnis stecken.

9. Die Transformation in eine Demokratie

Samuel Huntington beschrieb drei Wellen von Demokratisierungsprozessen. [...] Die Hypothese ist, dass diese Wellen Auswirkungen auf andere demokratischen Bewegungen haben. Wenn ein demokratisches Modell erfolgreich ist, kann es in anderen Ländern nachgeahmt werden. Despotische Staaten geraten dadurch unter einem immensen Druck und werden gezwungen, sich zu wandeln. Die internationalen Kommunikationsmittel ermöglichen die Sicherung der Verbreitungsmechanismen solcher Wellen. [...]

Die iranischen Demokraten dürfen sich nicht nur auf strukturelle Probleme konzentrieren. Die Theorie der Auswirkungen und Verbreitung von demokratischen Wellen eröffnet eine neue Perspektive. Tatsächlich werden gegenwärtig die Herrschenden im Mittleren Osten wie in einer Kettenreaktion dazu gezwungen, ‚kontrollierte Reformen von oben‘ durchzuführen. Dadurch wurden revolutionäre Wellen verhindert.

10. Wie die Verweigerung einer Zusammenarbeit organisiert werden kann
Manche glauben, dass Maßnahmen wie ein Wahlboykott, ein Hungerstreik, oder die Durchführung eines Referendums auf den Nimmerleinstag verschoben werden sollten. Wir sollten uns jedoch bewusst sein, dass nichts erreicht wird, wenn es keinen Hungerstreik gibt. Ungerechte Wahlen muss man boykottieren. [...] Die Abschaffung einer Diktatur ist wie ein Schachspiel, in dem ein Diktator gegen einen Demokraten spielt. Man spielt, um den Gegner Schach-Matt zu setzen. Hungerstreik, Wahlboykott, Protestveranstaltungen und die Verweigerung einer Zusammenarbeit [mit der Regierung] sind nur einige der vielen Taktiken, die zum Ziel führen können. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist der Wahlboykott notwendig und es gibt kein Gesetz, das die Menschen zwingen kann, an den Wahlen teilzunehmen. [...] Mindestens 15 Millionen Menschen werden die Wahlen mit



Sicherheit boykottieren, wobei die Zahl ohne weiteres auf 24 Millionen Menschen steigen könnte. Damit ein Wahlboykott wirksam wird, müssten bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und der Zivilgesellschaft in einer öffentlichen Erklärung dazu aufrufen.

Schon wenn tausend Angehörige der iranischen Elite landesweit einen Boykottaufruf unterschreiben, könnte eine Kooperationsverweigerung und eine Delegitimierung forciert werden. Die Boykotteure sollten Komitees gründen, die eine demokratische Bewegung organisieren, die wiederum eine demokratische Führung wählen kann. [...] Der Boykott der Wahlen wird neue Gelegenheiten schaffen, damit sich die demokratischen Republikaner versammeln und dann durch demokratische Wahlen einen Führungsrat wählen. [...] Der steinige Weg zur Freiheit ist mühsam, denn Freiheit gibt es nicht umsonst. Freedom is not free." ⁷⁰⁵

*Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und arbeitet für MEMRI zum Iran.

Special Dispatch, 22. Juni 2005 - Nach dem ersten Wahlgang im Iran: Reformkandidat spricht von Manipulation ⁷⁰⁶

Am 17. Juni fanden im Iran die neunten Präsidentschaftswahlen statt, die am 24. Juni in eine zweite Runde gehen werden. In einer Stichwahl werden sich dabei nur noch der konservative Hashemi Rafsanjani und der Kandidat der radikalen Islamisten, Mahmud Ahmadinejad, gegenüberstehen.

Inzwischen haben sich der Wächterrat und das Innenministerium auf folgende Zahlen geeinigt:

Insgesamt abgegebene Stimmen: 28.095.102

Akbar	Hashemi	Rafsanjani:	6.179.653
Mahmud		Ahmadinejad:	5.710.354
Mehdi		Karrubi:	5.056.686
Mohammad	Baqer	Qalibaf:	4.075.189
Mostafa		Moin:	4.069.699

⁷⁰⁵ http://www.iran-emrooz.net/iemrooz/ganji_m2.html

⁷⁰⁶ MEMRI



Ali Larijani: .716.081 1
Mohssen Mehr-Alisadeh: 1.287.440⁷⁰⁷

Zuvor war es im Zuge der Auszählung zu einem offenen Streit zwischen dem Wächterrat und dem Innenministerium über den Wahlausgang gekommen.⁷⁰⁸

Inzwischen haben sich alle im ersten Wahlgang unterlegenen reformislamistischen Kräfte für die Wahl von Rafsanjani ausgesprochen: von Mostafa Moin, der "Partizipationsfront", und den "linksislamistischen" "Mujahedin der islamischen Revolution" über Literatur-, Kunst-, und Frauenvereinigungen bis zu der als Organisation verbotene "Nehsate Asadi".

Als Reaktion auf das Wahlergebnis hat sich der mit über 5 Millionen Stimmen stärkste Kandidat der Reformislamisten, **Mehdi Karrubi**, mit einem Brief an den religiösen Führer **Ayatollah Khamenei** gewandt und massive Wahlmanipulationen angeklagt. Der Brief kann als Dokument für den innerislamistischen Streit zwischen Reformern und dem religiösen Führer gewertet werden und ist in der Zeitung **Eqbal** veröffentlicht worden. Wegen der Veröffentlichung des Schreibens wurde die Zeitung am 21. Juni verboten. Karrubi ist inzwischen von allen seine staatlichen Ämtern zurückgetreten und hat angekündigt, eine neue Partei zu gründen, die die Ziele der

⁷⁰⁷ Statistiken vom Wächterrat:

http://www.irisn.com/amar/reyst_jomhoriy/entekhabar_9_1/index.htm
 und vom Innenministerium:

<http://www.moi.ir/fellectionresultalp.aspx>

⁷⁰⁸ Laut der reformislamistischen Sharq-Online (18.6.2005) hatte das Innenministerium zunächst folgende Zahlen bekannt gegeben:

21.671.14 Iraner hatten sich laut Sharq an den Wahlen beteiligt:

Akbar Hashemi Rafsanjani: 4.744.553

Mehdi Karrubi: 4.464.516

Mahmud Ahmadinejad: 3.844.514

Mohammad Baqer Qalibaf: 3.352.779

Mostafa Moin: 3.168.511

Ali Larijani: 1.477.064

Mohssen Mehr-Alisadeh: 967.632.

Der Wächterrat gab jedoch bekannt, dass nicht Karrubi, sondern Ahmadinejad den zweiten Platz errungen hätte. Am folgenden Tag meldete auch die dem religiösen Führer und dem Wächterrat nahestehende Zeitung Kayhan, dass Rafsanjani und Ahmadinejad die ersten zwei Plätze besetzen. Daraufhin kam es zu einem offenen Streit, an dem sich auch der noch amtierende Präsident Khatami beteiligte und sich dabei hinter das Innenministerium stellte.

Am 19.6.2005 wurden laut Sharq neue Zahlen bekannt gegeben:

Insgesamt abgegebene Stimmen: 29.317.042

Akbar Hashemi Rafsanjani: 6.159.453 [21,01%]

Mahmud Ahmadinejad: 5.710.354 [19,48%]

Mehdi Karrubi: 5.066.316 [17,28]

Mohammad Baqer Qalibaf: 4.075.185 [13,9%]

Mostafa Moin: 4.054.304 [13,84]

Ali Larijani: 1.740.163 [5,94%]

Mohssen Mehr-Alisadeh: 1.289.323 [4,5%]

Sharq zählte in derselben Ausgabe Rafsanjani zu den Reformkräften und kam zu dem Ergebnis, dass die Reformen rund 16 Millionen und die Konservativen rund 11 Millionen Stimmen erhalten hätten.



islamischen Revolution und des ersten Revolutionsführers Ayatollah Khomeinis hochhalten werde.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Brief von Mehdi Karrubi an Ayatollah Khamenei:

"Im Namen Gottes,

An den religiösen Führer,

Herr Ayatollah Khamenei,"

"Nachdem ich am Samstag erfahren habe, dass einige Institutionen der Macht dabei sind, die Stimmen des Volkes zu manipulieren, [...] habe ich in Interviews gemäß Artikel 57 der Verfassung von Ihnen gefordert, sich einzumischen, um die begangenen Fehler zu korrigieren. Daraufhin antworteten Sie mir wie folgt: ‚Ich habe Ihre Punkte zur Kenntnis genommen. Was Sie da sagen, ist Ihrer nicht würdig und schafft darüber hinaus neue Krisen in unserem Staat. Wissen Sie überhaupt was, Sie da veranstalten? Merken Sie überhaupt, dass jeder Schritt, der zum Misstrauen des Volkes beiträgt, lediglich den Feinden dient. Ohnehin wollen unsere Feinde die Islamische Republik und unsere Revolution zerstören. Gibt es denn Ihrer Meinung nach keine legalen Wege, um Ihre Beschwerden vorzubringen? Warum verschlechtern Sie das Klima? [...] Ich werde mit Gottes Hilfe nicht erlauben, dass irgendwelche Personen das Land in eine Krise führen.'

Diese Nachricht von Ihnen gab mir den Anlass folgende störende Bemerkungen zu äußern:

Ich bin in einer Phase in den Wahlprozess eingetreten, als ich kurz davor stand, meine Kandidatur zurückzunehmen. Die verschiedenen Institutionen der Macht hatten das öffentliche Bild geschaffen, als würde ich über keine soziale Basis verfügen. Eine Reihe von Personen - angefangen im Präsidentschaftsbüro über Gruppen, die im Geheimdienst- und Innenministerium arbeiten, bis zu einigen Personen, die Ihnen nachstehen - betonten ständig, dass die Bevölkerung eine Wahl Karrubis nicht begrüße. Solche Behauptungen wurden sogar von Provinzgouverneuren mehrfach wiederholt. [...]

Als Präsidentschaftskandidat habe ich mich auf die Prinzipien und Gedanken von Imam Khomeini gestützt, die Revolution, den Republikanismus und den Islam verteidigt. [...] Zwar haben sich sogar einige Personen, die der Organisation der Kämpfenden Geistlichkeit nahe stehen, gegen mich gestellt. Von der Jugend habe ich aber große Unterstützung bekommen. [...] Ich betone immer wieder, dass das Volk nicht wie manche Personen, die aus der Steinzeit stammen, reformmüde geworden ist. Das Volk ist auch nicht, wie manche Neuankömmlinge behaupten, satt von der wahren Islamischen Republik und von Imam Khomeini. Wenn sich alle



Institutionen der Macht und die Geheimdienste für meine Methode des Aufbaus von Beziehungen mit dem Volk entscheiden würden, gäbe es viele Probleme nicht mehr. [...]

Herr Ayatollah Khamenei,

ich habe bei all meinen Wahlreisen in den Provinzen betont, dass ein Sieg bei den Wahlen nicht mein primäres Ziel ist. Tatsächlich ist es für mich viel wichtiger, dass sich die Menschen an den Wahlen beteiligen [...] und ich verneige mich vor dem iranischen Volk, das mir die meisten Stimmen gegeben hat. [...]

Alle inoffiziellen Meldungen haben bewiesen, dass ich allein in mehr als der Hälfte der Provinzen die meisten Stimmen bekommen habe. Als am Samstag um 3.00h morgens die ersten offiziellen Ergebnisse bekannt gegeben wurden, hatte ich die meisten Stimmen. Als ich mich dann um 5.00h ins Bett begab, hatte ich schon 25 Prozent der Stimmen erhalten. In manchen Provinzen waren es 67 Prozent. [...] Der Wächterrat wurde dann nervös und erklärte, dass die vom Innenministerium bekannt gegebenen Ergebnisse von einigen Machtzentren nicht erwünscht seien. Als ich mit Vertretern des Innenministeriums sprach, stellte ich fest, dass auch diese über die Äußerungen des Wächterrates, die von der staatlichen Medienanstalten weitergegeben wurden, erstaunt waren. Den Ergebnissen des Innenministeriums zufolge stehe ich auf dem ersten Platz. [...]

Teile der Pasdaran und der Bassijis waren in vielen Provinzen bezahlt worden und standen in sehr ungewöhnlicher Form an den Wahlurnen und betrieben dabei illegale Propaganda für andere Kandidaten. Ich habe Ihnen schon im Voraus mitgeteilt, dass sich Teile der Pasdaran und der Bassijis wohl einmischen würden. Soweit ich informiert bin, hatten sich auch schon Staats-, Informations- und Justizminister in dieser Hinsicht geäußert und entsprechende Maßnahmen gefordert. Auch einige Freunde vermuteten, dass die meisten Fälschungen am späten Abend stattfinden würden. Ich hatte den Innenminister darum gebeten, dass die Schließung der Wahllokale nicht zu verschieben. Er erwiderte aber, dass manche Zentren der Macht auf eine zeitliche Verlängerung bestehen könnten.

Ich möchte nicht auf meinen Wahlsieg pochen, denn das iranische Volk weiß, dass ich gewählt worden bin. Eher weise ich auf die umstürzlerische Haltung des Wächterrates hin, der mit illegalen Methoden den Ergebnissen des Innenministeriums widersprochen hat. [...] Ich habe am selben Tag öffentlich gefordert, dass der religiöse Führer sich einmischen und das Fehlverhalten von bestimmten Banden der Pasdaran und des Wächterrates verhindern sollte. Und jetzt fordere ich Sie mit diesem Schreiben persönlich auf, sich um diese Angelegenheit zu kümmern und die nötigen Schritte zu unternehmen. [...] Sie wissen, dass schon zu Lebzeiten Khomeinis der Wächterrat versucht hat, illegale Schritte zu unternehmen, um bei den dritten Majlesswahlen die Wahlen zu annullieren, da deren Ergebnisse



nicht seinem Geschmack entsprachen. Damals stand der Wächterrat alleine. Weder das Innenministerium noch die staatliche Medienanstalt waren so machtlos wie sie es heute sind. Außerdem mischte sich Ayatollah Khomeini direkt ein und wehrte die illegale Einmischung des Wächterrates ab. Daher fordere ich Sie hiermit auf, gegen die ketzerischen Methoden des Wächterrates zu intervenieren, um die Revolution, den Islam und das Land zu retten, damit die Stimme des Volkes nicht unwirksam wird.

Darüber hinaus erkläre ich:

1. Ich habe immer die Revolution, unser politisches System, den Islam und die Rechte des Volkes verteidigt und bin auch heute bereit dafür einzustehen. [...]

2. Ich habe in den letzten Monaten immer wieder betont, dass der religiöse Führer bei den Wahlen neutral sein muss. Ferner habe ich auch den Eindruck gewonnen, dass Sie prinzipiell eine hohe Wahlpartizipation befürwortet haben. [...]

3. Ich habe erfahren, dass Ihr Sohn Seyyed Mojtaba einen bestimmten Kandidaten favorisierte. Ich war mir aber sicher, dass er nur seine eigene persönliche Meinung verkündet. [...] Drei Tage vor dem Beginn der Wahlen erschien aber tatsächlich ein neuer Stern am Horizont, der dann sogar plötzlich im Innenministerium verkehrte. [Gemeint ist hier Mahmud Ahmadi-Nejad] [...]

4. Ich fordere hiermit eine Neuzählung der Stimmen in einigen Regionen. [...] Gleich wie die Ergebnisse sein werden, werde ich Sie dann nicht mehr stören.

5. Ich bin der festen Überzeugung, dass für die Pasdaran viel Blut unserer Jugend geflossen ist, und ich verteidige sie im Interesse der Revolution. [...] Ich fordere Sie auf, bestimmten Teilen der Pasdaran und der Basssijis zu verdeutlichen, dass sie sich weder wirtschaftlich noch politisch betätigen dürfen. [...]

6. [...] Ich beabsichtige eine unabhängige Partei zu gründen, die jenseits der staatlichen Aktivitäten handelt. [...] In der neuen Partei werde ich die Würde des iranischen Volkes verteidigen. Die Partei wird sich sowohl von den Steinzeit-Machthabern, als auch von den Säkularisten, die sich gegen die islamische Ordnung richten, distanzieren. [...]

7. Ich habe in den letzten Jahren immer kritisiert, dass die Parteien von einigen Machthabern gegründet wurden und dadurch eine Konkurrenz zwischen den Gruppen und Parteien erschwert wurde. [...] Von diesem Moment an werde ich mich von allen meinen politischen Ämtern zurückziehen. Ich werde Ihnen auch nicht mehr als Berater zur Verfügung stehen. Ich kündige hiermit auch mein Amt im Schlichtungsrat. [...] Alle Freunde und Sie wissen, dass ich auch in Zukunft meine Ideale verteidigen werde, darauf achtend, dass die notwendigen Grenzen der Verteidigung des Islam und der Republik nicht überschritten werden. [...]



Möge Gott Ihnen Gesundheit, dem Iran Wohlstand und der Islamischen Republik Ruhm schenken.

gez. Mehdi Karrubi" ⁷⁰⁹

Special Dispatch, 12. Juli 2005 - Politische Grundsätze des neuen iranischen Präsidenten Ahmadinejad

Bei den Wahlen im Iran am 24. Juni wurde **Mahmud Ahmadinejad** durch eine Stichwahl zum neuen iranischen Präsidenten gewählt.⁷¹⁰ Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Zitatensammlung, die sowohl auf seiner eigenen Homepage [siehe Anm. 2 und 3] als auch von **IRNA** veröffentlicht wurden. In seinen Ausführungen spricht Ahmadinejad der Islamischen Revolution eine bedeutende historische und politische Tragweite zu, die bei ihm einen universellen Charakter hat. Weiterhin wird durch die zusammengestellten Zitate deutlich, welchen Stellenwert Ahmadinejad der religiösen Volksherrschaft beimisst, was er über Khomeinis Fatwa zu Salman Rushdi denkt und wie er die iranisch-amerikanischen Beziehungen und das Atomprogramm bewertet.

Über die Islamische Revolution

"Die islamische Revolution ist nicht auf eine bestimmte Zeit oder auf einen bestimmten Ort festzulegen." Die historische Erfahrung habe gezeigt, dass die islamische Revolution nicht einem bestimmten Volk gehöre. [...] Die islamische Revolution lebe im "Herzen und im Willen des Volkes, der Entrechteten, der Barfußigen und der Unterdrückten."

⁷⁰⁹ http://web.peykeiran.com/new/iran/iran_news_body.aspx?ID=24609

⁷¹⁰ Bei den neunten Präsidentschaftswahlen kam es das erste Mal in der Geschichte der Islamischen Republik zu Stichwahlen, da keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit hatte. Insgesamt nahmen von den rund 47 Millionen Wahlberechtigten 27.959.253 Iraner an den Wahlen teil, wobei es 663.770 ungültige Stimmen gab. Ahmadinejad gewann die Wahl mit rund 17 Millionen Stimmen. Obwohl alle reformislamistischen Kräfte, inklusive Mohammad Khatami im Vorfeld der Wahlen dazu aufgerufen hatten, für Rafsanjani zu stimmen, plant Khatami laut Sharq einen intensiven Austausch mit dem neuen Präsidenten.

Ahmadinejad wird vorgeworfen an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran beteiligt gewesen zu sein. Der frühere iranische Präsident Bani Sadr sagte, Ahmadinejad habe zwar nicht zu den Organisatoren der Geiselnahme gehört, habe sich aber als Bote von Ayatollah Khomeini in der amerikanischen Botschaft aufgehalten. Darüber hinaus wirft das österreichische Innenministerium dem neuen iranischen Präsidenten vor, an der Ermordung von Abdul Rahman Ghassemlou beteiligt gewesen zu sein.

Ghassemlou war ein Politiker der Demokratischen Partei Kurdistans und wurde 1989 in Wien ermordet. Am 4. Juli 2005 zitierte Sharq den Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamidresa Asefi, der alle Vorwürfe gegen den neuen iranischen Präsidenten zurückwies.



"Die islamische Revolution ist eines der größten Ereignisse in der Geschichte des iranischen Volkes. Diese Revolution hatte nicht nur großen Einfluss auf die Außenpolitik der mächtigen Staaten, sondern auch auf ihre Kultur- und Wirtschaftspolitik."

"Die islamische Revolution ist [immer noch] von Südamerika bis nach Ostasien präsent."

"Wissenschaftler, Religionsgelehrte, Mojahedin [Kämpfer] und Menschen, die ihr Leben für das islamische Volk des Iran aufopfern, tragen ebenso wie die islamische Revolution zu einem großen Entwicklungssprung innerhalb des Islam bei."

"Ohne Zweifel ist das iranische Volk, das unabhängigste Volk der Welt. Es ist das einzige Volk, das von keiner Staatsmacht unterdrückt werden kann."

"Durch die große islamische Revolution ist der Iran eine neue Weltmacht geworden und kann jetzt die Supermächte in jedweder Hinsicht herausfordern."

"Unsere Vergangenheit ist die Geschichte der göttlichen Propheten und unsere Zukunft wird durch die islamische Weltbewegung bestimmt werden."

"Eine revolutionäre Leitung glaubt an die Totalität des Islam und richtet sich nicht nach den Vorschlägen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds oder anderen Institutionen dieser Art."

Über das iranische Volk

"Die islamische Republik Iran stützt ihre Macht auf die Herzen, den Willen und Glauben des Volkes."

"Die Intelligenz der Iraner ist verglichen mit dem Rest der Weltbevölkerung überdurchschnittlich hoch. [...] Die besten Wissenschaftler, Ärzte, Luftfahrtingenieure kommen nicht nur in der islamischen Welt, sondern sogar weltweit aus dem Iran. Auch die [technologisch] entwickelten Staaten bestätigen diese Tatsache."

"Die Iraner genießen überall in der Welt hohes Ansehen, aber gleichzeitig werden sie von kolonialistischen Institutionen [wie zum Beispiel westliche Universitäten oder die NASA] ausgebeutet."

"Das iranische Volk ist muslimisch und die Muslime lernen den Widerstand und die Standhaftigkeit durch die Schule des Blutes und des Schwertes von Imam Ali."

"Der Westen versucht den Widerstand des iranischen Volkes, das auf seine religiösen Prinzipien besteht, zu brechen, indem man uns immer wieder Probleme bereitet. In dem uns aufgezwungenen Krieg [Iran-Irak-Krieg, 1980-88] übte man



Druck auf uns aus, um Frieden zu schließen. Als Salman Rushdi die Heiligtümer des Islam beleidigte, versuchte der Westen, den Befehl Khomeinis unwirksam zu machen. Auch in der Frage der Atomenergie wird Druck auf uns ausgeübt."

"Die Jugend ist der starke Motor für die Entwicklung des Iran. Die Führung des Landes war bisher zu unflexibel und konnte nicht die gesamte Kapazität und Macht dieses Motors nutzen."

"Die mächtigen Medien manipulieren weltweit die Nachrichten und das öffentliche Bewusstsein in ihrem eigenem Interesse. [...] Aber das iranische Volk lässt sich nicht beeinflussen und wird die psychologische Kriegsführung, die mit Hilfe der modernen Technologien gegen den Iran geführt wird, entlarven."

"Der Kampf gegen die Unterdrückung und die Freundschaft mit dem Unterdrückten sind Eigenschaften, die im Blut des iranischen Volkes stecken. Amerika und Israel sind Unterdrücker, werden aber niemals unser Volk beherrschen."

"Imam Khomeini [...] sagte, dass das Volk ein Teil der Herrschaft sein muss. Diese Sicht hat nichts mit der westlichen Perspektive von Demokratie und mit der liberalen Demokratie an sich zu tun."

"Im Islam ist die religiöse Volksherrschaft ein wichtiges Prinzip."

"95 Prozent der Macht im Staat gehört der Judikative. [...] Innerhalb der drei Gewalten spielt die Exekutive eine wichtige Rolle."⁷¹¹

Über die USA

"Die USA verfolgt das Ziel der Vernichtung der islamischen Revolution. [...] Die Beziehungen zwischen Iran und den USA wurde von den Amerikanern abgebrochen, deswegen liegt ein Neuanfang der Beziehungen in unseren Händen. Wir werden uns für Beziehungen mit der USA nur dann entscheiden, wenn sichergestellt ist, dass unsere Interessen vollständig garantiert werden. Damals wurde uns der Abbruch der Beziehungen von den USA aufgezwungen und nun wollen sie uns erneut dazu zwingen, Beziehungen zu ihnen aufzunehmen. Wir haben keine Angst davor, Beziehungen zu den USA aufzubauen. Wir müssen aber Vor- und Nachteile genau abwägen, damit die Unabhängigkeit unseres Volkes keinen Schaden erleidet."⁷¹²

Über das Atomprogramm

Man kann den Fortschritt eines Landes nicht durch Gewalt verhindern. Insbesondere kann man den Fortschritt der Iraner nicht aufhalten, die selbst die [modernen] Wissenschaften erfunden haben. Ihr werdet sehen wie der Iran innerhalb der

⁷¹¹ <http://www.irna.ir/occasion/elect84/view/index.htm>

⁷¹² <http://www.mardomyar.com/asp2/listofviews2.aspx?code=79>



nächsten 10-15 Jahren die Gipfel der Wissenschaften in der Welt erklimmen wird. Einen Sturm kann man nicht mit der Flamme eines Streichholzes stoppen. Natürlich pflegen wir auch unsere Beziehungen zu anderen Ländern und wenn sie unser natürliches Recht akzeptieren, werden wir auch weitere Beziehungen aufnehmen. Aber wenn das nicht passiert, ist das iranische Volk natürlich niemandem verpflichtet. Wenn sie fair sind, werden wir auch fair sein. Aber wenn sie mit uns dasselbe Spiel wie mit dem palästinensischen Volk spielen, [...] werden wir unsere Politik sicherlich ändern. Unser Volk steht bezüglich des Atomprogramms hinter unseren Forderungen. Die Regierung muss den Willen des Volkes unterstützen. [...] Jedes Land, das uns angreifen wird, wird Selbstmord begehen. Sie drängen uns, unsere Atompolitik zu stoppen, aber wir werden uns nicht ergeben." ⁷¹³

Special Dispatch, 19. Juli 2005 - Reformislamistische Zeitung fordert die Freilassung Ganjis ⁷¹⁴

Nach 35 Tagen Hungerstreik ist Akbar Ganji am Montag in ein Krankenhaus gebracht worden. Verschiedene prominente iranische Intellektuelle, wie Abdel Karim Soroush oder Dr. Mohsen Kadivar, fordern ihn in einem öffentlichen Brief, in dem sie auch seine Festnahme kritisieren, auf, seinen Hungerstreik zu beenden: "[...] Gib Dein Leben nicht auf. Dein Tod würde uns alle zerstören. Ein lebendiger Held ist tausendmal besser als ein toter." ⁷¹⁵ Inzwischen gibt es auch seitens der EU und der USA Druck auf die iranische Regierung, Ganji endlich frei zu lassen. Aber auch im Iran selbst werden die Stimmen immer lauter, die sich für die Entlassung des Intellektuellen aus dem Gefängnis einsetzen. So veröffentlichte zum Beispiel der Chefredakteur der reformislamistischen Zeitung Sharq, Mohammad Qochani, einen Kommentar, in dem er öffentlich die Freilassung des Journalisten fordert. Vor dem Hintergrund von Studentendemonstrationen, die die Freilassung aller politischen Gefangenen fordern, fordert Qochani den aus dem Amt scheidenden Präsidenten Mohammad Khatami auf, sich für Ganji einzusetzen. ⁷¹⁶ Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus seinem Kommentar:

"Kein Mythos und keine Katastrophe"

"Akbar Ganji wird zum Mythos oder zur Katastrophe stilisiert:

⁷¹³ <http://www.mardomyar.com/aspx2/listofviews2.aspx?code=76>

⁷¹⁴ MEMRI

⁷¹⁵ Asharq Alawsat, 19. Juli 2005: <http://aawsat.com/english/news.asp?id=837§ion=1>

⁷¹⁶ Sharq, 14. Juli 2005.



Erstens: Akbar Ganji ist ein bekannter Intellektueller, Journalist und Schriftsteller. [...] Wenn er argumentiert, stellt er herrschende Strukturen in Frage. [...]

Zweitens: Als er die Zeitung Sobhe Rus herausgab und die "Kettenmorde [Morde an Intellektuellen und Oppositionspolitikern] thematisierte, wurde er von einem Feuilletonisten zu einem politischen Journalisten. [...] Gemeinsam mit anderen Journalisten schuf er eine neue Ära des Journalismus.

Drittens: Seine Zeit im Gefängnis hat Ganji wieder in die Vergangenheit katapultiert. Seine wichtigste Schrift, die er im Gefängnis verfasste, ist ‚Das republikanische Manifest‘.⁷¹⁷ Ganji geht davon aus, dass die Niederlage der Reformer mit der Niederlage des religiösen Denkens und des Konstitutionalismus gleichzusetzen ist. [...]

Viertens: Die Reformer haben ein ambivalentes Verhältnis zu Ganji. Sie schätzen ihn, weil er mutig und kritisch schreibt und dadurch auf verbotenes Terrain vordringt. [...] Aber sie mögen seine politischen Forderungen, die er kürzlich aufgestellt hat, nicht. Natürlich versteht Ganji auch die [politischen] Folgerungen der Reformer nicht. [...] Manche dieser Reformer gehören zu derselben Generation wie Ganji und können die schönen gemeinsamen Erinnerungen der Vergangenheit nicht vergessen. [...] Ganji aber ist immer noch im Gefängnis.

Es geht in diesem Kommentar nicht darum, was seine Freunde über seine Verhaftung denken. [...] Vielmehr ist wichtig, dass viele seiner Freunde und gar Teile der Regierung zu dem Ergebnis gekommen sind, dass Ganji nicht im Gefängnis bleiben darf. [...] Sogar manche seiner Gegner befürworteten seine Freilassung. Seine Freiheit ist nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Frage, die sogar die größten Feinde der Islamischen Republik Iran beschäftigt. Natürlich dürfen innenpolitische Probleme nicht Fremden überlassen werden, solange man sie auf nationalem Weg lösen kann. Die ‚Anderen‘ zeigen nicht das wahre Gesicht von Ganji. Niemand kann verleugnen, dass seine Vergangenheit eng mit der islamischen Republik verknüpft ist. Die Royalisten haben ihm diese Tatsache oft angelastet. Aber gegenwärtig ziehen sie es vor, mit der Islamischen Republik abzurechnen. [...]

Während seines letzten Hafturlaubs hat Ganji durch seine Schriften seine Freunde verletzt und seine Gegner beunruhigt. Immerhin kritisierte Ganji im zweiten Teil des republikanischen Manifests die Analysen und die Partizipation der Reformer bei den Präsidentschaftswahlen. Weiterhin hat er offiziell ein Boykott der Wahlen gefordert. Er hatte in Gesprächen sogar davon gesprochen, dass er den Sieg der radikalsten Kräfte bevorzuge. Es scheint, als ob dies sogar eingetreten ist.

⁷¹⁷ Vgl. MEMRI Special Dispatch, 10. Juni 2005
http://www.memri.de/uebersetzungen_analysen/laender/iran/iran_ganji_10_06_05.html



Aus dieser Perspektive betrachtet, wird seine Freilassung bestimmt keine Struktur- oder allgemeine Krise hervorrufen. Auch jetzt findet Ganji bei vielen Menschen Gehör. [...]

Wenn Ganji in letzter Zeit die Gelegenheit gehabt hätte, mit den Reformern zu sprechen, wären seine Analysen vielleicht genauer ausgefallen. Aber im Evin-Gefängnis ist Ganji völlig isoliert. Was er dort niederschreibt, sind Auseinandersetzungen, die er mit sich selbst führt. Wenn er freigelassen wird, könnte er einen wichtigen öffentlichen Diskurs anstoßen. Mag sein, dass manche seiner Diskussionen nicht veröffentlicht werden dürfen. Seine Freiheit könnte aber auch dazu führen, dass er auf manche Ansichten, die er gegenwärtig vertritt, gar nicht äußern bräuchte.

Seine Inhaftierung bedeutet, dass ihm das Recht auf Freiheit und Kritik genommen wird. Aber eine Kritik an Ganji kann man nur dann ethisch begründen, wenn er das Recht besitzt, in Freiheit zu leben oder wenn ihm wenigstens die gleichen Rechte wie sie andere Schriftsteller haben zugesprochen werden. Man wirft doch Ganji nicht vor, eine Gefahr für die Sicherheit des Landes zu sein. Er hat doch keine besonderen Informationen, die er jemandem verraten könnte. [...]

Man beschuldigt ihn Artikel zu schreiben und Diskussionen zu führen, die das öffentliche Bewusstsein verwirren. Wenn wir das öffentliche Bewusstsein und das Denken Ganjis selbst beruhigen wollen, muss Ganji die Möglichkeit haben, sich öffentlich äußern zu können.

Die neuen Freunde von Ganji vermuten, dass er der Vaclav Havel des Iran sei. Diese neuen Freunde gießen Öl in das Feuer von zwei verschiedenen Gruppierungen: Die erste Gruppe beabsichtigt einen neuen politischen Mythos zu schaffen. Ihr Ziel ist es, sich aus der politischen und intellektuellen Sackgasse, in der sie sich befinden, zu befreien. Die zweite Gruppe besteht aus Personen, die eine politische Katastrophe beschwören, um jeden gesellschaftlichen Wandel zu verhindern.

Ganji ist weder ein Mythos noch eine Katastrophe. Er ist ein Schriftsteller und Intellektueller, der wenn er frei wäre, in der Lage ist, uns öffentlich zu kritisieren. Dann könnten man ihn auch öffentlich kritisieren. Das kann nicht passieren, solange Ganji im Gefängnis sitzt. Ganjis Entlassung wäre eine einfache Lösung.

Die vertrauenserweckenden Reformer könnten von Ganji verlangen, die Meinung der Mehrheit zu akzeptieren und seine eigene Position zurückstellen. Allerdings könnten die Reformer auch die nationalen und nicht-staatlichen Persönlichkeiten und Institutionen respektieren. Es wäre sehr angebracht, wenn sowohl nicht-staatliche und nicht politische Institutionen, wie Journalistenverbände, Vereine zur Verteidigung der Menschenrechte aber auch Persönlichkeiten wie Seyyed Mohammad Khatami und Mehdi Karrubi diese Weisheit aufbrächten. Das ist die letzte Prüfung für einen



Präsidenten, der zwar mit Ganji nicht einer Meinung war aber das politische Motto "Es lebe der Gegner" vertrat. Herr Khatami, Sie haben dieses Mal weniger als einen Monat Zeit."

Special Dispatch, 29. August 2005 - Eine zweite Stunde Null im Iran? Konservative hoffen auf eine "messianische Gesellschaft"

Erstmalig in der Geschichte der Islamischen Republik Iran hat das Majless [Parlament] nicht alle vom Präsidenten für das Regierungskabinett vorgeschlagenen Ministerkandidaten akzeptiert. Zwar besetzen die konservativen Osulgaran [die Prinzipientreuen], zu denen auch der neue Präsident zählt ⁷¹⁸, die Mehrheit der Sitze im Majless - innerhalb dieser Fraktion gibt es jedoch erhebliche Differenzen. Zu den Kritikern der neuen Regierung zählt auch eine neu gebildete Untergruppe der Parlamentsmitglieder Ahmad Tawakoli, Emad Afruq und Hussein Fadai. Besonders Afruq hatte kritisiert, dass man nicht Minister wählen könne, die bis dato keinerlei "Erfahrungen in Ministerien gemacht haben und nicht über das nötige Expertenwissen verfügen." ⁷¹⁹

Tatsächlich wurde die Ablehnung der Kandidaten für die vier Ministerien für Kultur, Berufsverbände, soziale Sicherheit und Öl dann mit ihrer fehlenden Expertise begründet. Es reiche nicht aus, wenn Kandidaten enge persönliche und politische Kontakte zum Präsidenten pflegten. Nach einer viertägigen Diskussion über das von Mahmud Ahmadinejad vorgeschlagene Kabinett bestätigte das Majless am 24. August daher nur 17 Minister der neuen Regierung.

Kritik aus einer ganz anderen Richtung wurde auch von dem Präsidenten nahe stehenden Kreisen außerhalb des Majless geäußert. So warf einer der wichtigsten islamistischen Theoretiker im Iran, Dr. Hassan Abbasi ⁷²⁰, der auch als "Theoretiker des Geheimdienstes der revolutionären Garden" bezeichnet wird, Ahmadinejad vor, über keine theoretische Grundlage für seine Regierungspolitik zu verfügen. Nur auf einer solchen Grundlage, so hofft Abbasi, derzeit Direktor des "Instituts für Sicherheitsdoktrin ohne Grenzen", könnte aber die neue Regierung unter Ahmadinejad dafür sorgen, dass der Iran sich nunmehr zu einer "messianischen Gesellschaft" entwickelt. Nach der khomeinistischen Revolution suggeriert Abbasi

⁷¹⁸ Rechtsislamistische Hardliner, die sich auch Abadgaran, wörtl.: die Kultivierenden, nennen.

⁷¹⁹ Sharq, 22.8.2005

⁷²⁰ Wegen seiner Kritik an Khatami entschied ein Gericht im August 2004, dass sein Bild nicht mehr im Fernsehen gezeigt werden dürfe. Dieses Verbot ist inzwischen aufgehoben worden, zumal seine Reden und Schriften in Druckform und auf CDs überall im Iran erhältlich sind. Siehe: www.memri.de/uebersetzungen_analysen/laender/iran/iran_abbasy_09_09_04.html; www.memritv.org/Transcript.asp?P1=251; www.memritv.org/Transcript.asp?P1=252; und www.memritv.org/Transcript.asp?P1=120.



damit die Chance einer zweiten Stunde Null in der iranischen Geschichte. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einem Interview der reformorientierten Internetzeitung Roozonline mit Hassan Abbasi. Zwei Tage darauf erschien das Interview auch in der reformislamistischen iranischen Zeitung Sharq:⁷²¹

´ Nicht an humanistischen Parolen, sondern am Willen Gottes sollte sich die Gesellschaft orientieren ´ "Roozonline: Glauben Sie, dass die Regierung von Ahmadinejad sich an den Prinzipien des Imam Ali⁷²² orientieren wird, wie es der Präsident angekündigt hat? Oder wird die neue Regierung sich letztlich nicht anders verhalten als die Reformer?

Abbasi: Legt man die von Herrn Ahmadinejad geäußerten Positionen zugrunde, will er eine islamische Gesellschaft schaffen, die ein Sprungbrett hinein in die messianische Gesellschaft darstellen soll.⁷²³ Die Gesellschaft von Imam Ali hat ihre Besonderheiten, so dass wir uns nicht einfach an ihr orientieren können. Aber wir können uns in der Tat in Richtung einer messianischen Gesellschaft bewegen. [...]

Roozonline: Was sind die Besonderheiten der messianischen Gesellschaft? Auch die Ansar-e Hizbullah [rechtsislamistische paramilitärische Gruppe] sprechen in einer aktuellen Veröffentlichung von einer messianischen Gesellschaft. Gibt es Parallelen zwischen den beiden Vorstellungen?

Abbasi: Gegenwärtig laufen verschiedene Hizbullah-Gruppen⁷²⁴ Gefahr, die gleichen Fehler wie die Reformregierung [unter Khatami] zu machen [...] und diskutieren die bestehenden Probleme nicht mit dem Volk. Sie haben die Nähe zum Volk verloren. Ausgerechnet diejenigen, die immer von NGOs gesprochen haben, haben selbst keine Wurzeln in der Gesellschaft. [...] Die Wahl des Präsidenten war [vor diesem Hintergrund] eine Revolution: Endlich können jetzt die Führungskräfte des Systems verjüngt werden und die Gesellschaft kann sich zukünftig weg von der [von den Reformern propagierten] Zivilgesellschaft in Richtung einer messianischen Gesellschaft bewegen. Nicht mehr humanistischen Parolen soll gefolgt werden, sondern Parolen, die sich am Willen Gottes orientieren. Die Menschen sollen sich nicht mehr am amerikanischen Lebensstil orientieren, sondern an göttlichen Prinzipien. Die Iraner hatten die Möglichkeit, einen anderen Kandidaten zu wählen - sie wählten aber Ahmadinejad. [...] Vielleicht wird sich mit der neuen Regierung aber auch gar nichts verändern.

⁷²¹ Roozonline, 22.8. 2005; Sharq 24.8.2005

⁷²² Im Streit um die Rechtmäßigkeit des vierten Kalifen Ali entstand die Spaltung in die schiitische und die sunnitische Richtung im Islam. Die Schi'a sieht sich in der Nachfolge von Ali als einzigem legitimen Nachfolger des Propheten Muhammad.

⁷²³ In der schiitisch-islamischen Mythologie verschwand der Zwölfte Imam im Jahre 871. Die schiitischen Muslime warten auf die Wiederkehr des verborgenen Imam. Erst wenn dieser zurück komme, werde das messianische Zeitalter beginnen, in dem Gerechtigkeit hergestellt werden soll.

⁷²⁴ Islamistische Gruppen, die die Ziele der islamischen Revolution Khomeinis verfolgen.



Roozonline: Glauben Sie denn wirklich, dass die neuen Kabinettsmitglieder nichts verändern werden? Schließlich hat [die Fraktion der] Prinzipientreuen in den letzten Jahren doch schon bewiesen, dass sie zum Beispiel der Medien- und Parteienfreiheit nicht gerade positiv gegenüber steht...

Abbasi: Absolute Antworten werden mit Sicherheit keine Lösungen herbeiführen - man muss immer auch nach Alternativen suchen. Andererseits unterscheide ich sehr stark zwischen Ahmadinejad und anderen rechten Gruppen. Er ist niemandem etwas schuldig.

Roozonline: Könnten nicht [...] viele Gruppen, Parteien oder Individuen eines Tages doch mit Ahmadinejad abrechnen?

Abbasi: Das wird auf jeden Fall so sein. [...] So haben ja zum Beispiel 99 Prozent der Intellektuellen Ahmadinejad nicht gewählt. Das ist seine Schwachstelle - ein Problem, das sogar seine zukünftige Regierung lähmen kann. Die Intellektuellen sind selbstverständlich eine wichtige Kraft in der Gesellschaft und natürlich könnte eine Opposition der Intellektuellen der neuen Regierung Probleme bereiten.

Roozonline: Wie wird die neue Regierung mit solchen Gruppen umgehen?

Abbasi: Ich glaube nicht, dass die Regierung der Prinzipientreuen sich jemals gegen das Volk wenden wird.

Roozonline: Ihre Antwort ist sehr allgemein. Was soll man ganz konkret machen?

Abbasi: Wir können uns drei Szenarien vorstellen: Im ersten Szenario werden die prinzipientreuen Gruppen sich gänzlich vom Volk und vom Islam abwenden [und sich alleine um die Sicherung ihrer Macht sorgen]. Im zweiten Szenario wird sich die Regierung an Koran und Islam orientieren und sich dem Volk widmen. Unverschämt wäre es allerdings, wenn man diesen zweiten Weg negativ interpretieren und behaupten würde, dass die neue Regierung das Volk nur erziehen, ins Paradies entführen und die Frauen verschleiern wolle [...]. Mit einer solchen Sichtweise schafft man natürlich eine Kluft zwischen dem Volk und der neuen Regierung. Im dritten Szenario wird die Regierung dem Volk einen Spiegel vorhalten und ihm erlauben, seine Probleme selbst zu lösen. Letztendlich muss das Volk selbst entscheiden.

Roozonline: Glauben Sie nicht, dass Ihre Argumente ein wenig abstrakt und utopisch sind?

Abbasi: Auf jeden Fall habe ich von Mitteln gesprochen, die notwendig sind, um die messianische Gesellschaft zu realisieren.



‘Die Prinzipientreuen sind jetzt überall’

Roozonline: Aber wie muss man die konkreten politischen und wirtschaftlichen Probleme angehen, um die von ihnen angestrebte messianische Gesellschaft zu verwirklichen? Was passiert mit der iranischen Atomakte? Wer löst die Probleme von Armut und Prostitution?

Abbasi: Selbstverständlich hat die Regierung viele Ausschüsse, von denen manche ernannt und manche gewählt werden. Sie werden die Probleme lösen müssen. Die erste Aufgabe der neuen Regierung ist die Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Dabei geht es nicht darum, dass die Reichen ärmer werden - eher sollen die Armen reicher werden. Dieser Prozess muss genau überlegt werden, sonst wird am Ende nur die Armut verteilt.

Roozonline: Können Sie etwas ausführlicher auf dieses Problem eingehen?

Abbasi: Schauen Sie, zum ersten Mal [in der Geschichte Irans nach der Revolution] ist die Herrschaft einheitlich - d.h. alle ernannten und gewählten Institutionen sind von den Prinzipientreuen besetzt. Sie sind überall - in der Regierung, im Majless, in den Räten, im Wächterrat und in der Justiz. Dies führt dazu, dass die Regierung weniger Probleme hat, sich durchzusetzen. Eine von Khatamis Parolen war die Zivilgesellschaft - und die freie Presse ist natürlich eine der Säulen dieser Zivilgesellschaft. Jetzt sehen Sie sich einmal an, was in der Zeit von Khatami mit der Presse passiert ist: Erinnern Sie sich daran, wie viel Energie die Regierung und das Majless hier vergeudet haben. Oder denken Sie an [die Debatten um] den Ausschluss der Kandidaten [von den Wahlen] durch den Wächterrat oder daran, wieviele Gesetzesanträge im Majless nicht durchgekommen sind. [...] Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Vor der Amtszeit von Ahmadinejad als Teheraner Bürgermeister konnte der Bau einer Autobahn nicht abgeschlossen werden, weil dazu eine Kaserne hätte abgerissen werden müssen und die früheren Bürgermeister das nicht erlaubten. Als Ahmadinejad Bürgermeister wurde, haben die Soldaten selbst die Mauern eingerissen, damit die Autobahn gebaut werden konnte. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Auch muss man sicher sein können, dass selbst wenn die neue Regierung Fehler begehen sollte, deswegen keine gerichtlichen Verfahren zu erwarten sind. Daher bin ich voller Hoffnung, dass mit Hilfe der neuen Regierung die Gesellschaft sich in Richtung einer messianischen Gesellschaft entwickeln kann. Aber natürlich müssen wir abwarten, wie sich das neue Regierungskabinett entwickelt.

Roozonline: Welche Strategien wird die neue Regierung denn verfolgen?

Abbasi: Man sollte die Bevölkerung nicht beunruhigen. Wir sollten die Probleme nicht größer machen, als sie sind. Es gibt Spannungen, aber von wirklichen Krisen kann keine Rede sein. Wenn sich die Lage beruhigt, muss wieder [mit der EU] verhandelt werden. Auch innenpolitisch muss mit Macht und Würde gehandelt werden.



Roozonline: Wie handelt man denn mit Macht und Würde?

Abbasi: Nun, da wären etwa die Probleme mit der Atomakte. Wir haben diesbezüglich keine Versprechen gegeben und müssen auf unseren Positionen bestehen. Außerdem könnten wir im Interesse der nationalen Sicherheit auch ein paar Punkte ignorieren...

Roozonline: Erklären Sie uns doch, worum es sich dabei handelt.
Abbasi: Sie wissen, dass unsere Gesprächstaktik mit diesen drei Staaten [Deutschland, Frankreich, Großbritannien] auf Zeitgewinn ausgerichtet ist. Aber wir müssen auch sehen, ob uns dieses Verfahren überhaupt nutzt oder ob es uns nicht vielmehr schadet. Im letzteren Fall wäre es besser, den Dialog zu beenden. So sind wir ja schon zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anlagen in Isfahan wieder mit der Arbeit beginnen sollen. Vielleicht werden wir auch bald dahin kommen, dass wir das Anreicherungsprogramm wieder voll aufnehmen müssen.

Roozonline: Denken Sie nicht, dass unsere Atomakte dann an den UN-Sicherheitsrat übergeben würde? Könnte sich daraus nicht eine Krise für den Iran entwickeln?

Abbasi: Ich glaube nicht, dass Europa und Amerika in der Lage sein werden, einen solchen Schritt zu unternehmen.⁷²⁵ Natürlich kann aus der gegenwärtigen Spannung eine Krise entstehen, aber das ist unwahrscheinlich. Schließlich würden wir uns in der nächsten Runde der Phase des ‚Total War‘ annähern.

Roozonline: Herr Doktor, die Erfahrungen, die die neue Regierung mit den internationalen Behörden gemacht hat, sind nicht sehr gut. Wie soll denn die Regierung mit den internationalen Institutionen verhandeln? Wie soll die neue Regierung etwa auf die Sorgen um Ganji⁷²⁶ reagieren? Abbasi: Ich glaube, dass wir uns damit gar nicht so sehr aufhalten sollten. Wir müssen an unsere eigene Arbeit denken. Uns interessiert nicht so sehr, was irgendwelche anderen Organisationen denken.

Roozonline: Wie wird die neue Regierung auf das Problem Ganji reagieren?

Abbasi: Gegenwärtig machen die Gerichte eine sehr gute Arbeit. Das ist schon der richtige Weg."

⁷²⁵ Der gegenwärtige Berater des religiösen Führers in außenpolitischen Angelegenheiten und ehemalige Außenminister des Iran, Ali Akbar Velayati, ist im Gegensatz zu Abbasi der Meinung, dass, falls die EU die iranische Atomakte doch an den Sicherheitsrat schickt, China und Russland von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch machen werden (Aftabe Yasd, 28.8.2005). Mit diesem Argument will er aufzeigen, dass der Iran sich auf niemanden verlassen könne. Velayati gilt als einer der Drahtzieher des Mykonosattentats.

⁷²⁶ s. www.memri.de/uebersetzungen_analysen/laender/iran/iran_gochani_19_07_05.html



Special Dispatch, 22. November 2005 - Iran: Neue Machtbefugnisse für den "Schlichtungsrat"⁷²⁷

Der religiöse Führer des Iran, **Ali Khamenei**, hat Anfang Oktober wichtige Teile seiner politischen Verantwortlichkeiten an den so genannten "Schlichtungsrat" ('Rat zur Erkenntnis der Staatsinteressen'/Majmae Tashkhis-e Masaleh-e Nesam, kurz: MTMN) übergeben. Zwar behält Khamenei die Führungsbefugnisse, seine Position wird aber nun durch ein von ihm selbst besetztes Organ gestützt, dessen Machtbereich erheblich erweitert worden ist.

Vorsitzender des Schlichtungsrates bleibt **Hashemi Rafsanjani**. Obwohl Rafsanjani bei den Präsidentschaftswahlen eine schwere Niederlage erlitt, ist er damit zum zweitmächtigsten Mann im iranischen Gottesstaat aufgestiegen und steht in der Machthierarchie über dem Präsidenten **Mahmoud Ahmadinejad**, dem Majlessprecher **Qolam-Ali Hadad-Adel** und dem Vorsitzenden der Judikative **Ayatollah Mahmoud Hashemi Shahroudi**.⁷²⁸ Auch Ex-Präsident **Mohammad Khatami** und der ehemalige Unterhändler in Atomfragen, **Hassan Rohani** arbeiten mittlerweile unter Rafsanjani in der Forschungsabteilung für strategische Fragen des MTMN. Dessen Sekretär ist **Mohssen Resai**, Ex-General der Revolutionskomitees und Herausgeber der Website Bastab.⁷²⁹ Die umfassende Ermächtigung des Schlichtungsrates/MTMN wurde auch in der iranischen Öffentlichkeit diskutiert. Wir dokumentieren im Folgenden einen Teil der Diskussion:

Die Ermächtigung des MTMN

Der MTMN, so hebt die reformislamistische Zeitung Sharq hervor, wird nicht vom Volk gewählt. Ali Khamenei, der religiöse Führer, ernennt seine Mitglieder persönlich und habe jetzt auch dem Wächterrat vorgeschrieben, eng mit dem neuen MTMN zusammenzuarbeiten.⁷³⁰ Beide Organe, MTMN und Wächterrat, beraten Khamenei und stützen seine absolute Macht.

Laut neuem Statut wird der Schlichtungsrat (MTMN) nun die "Art der Umsetzung der allgemeinen Politik des Staates" bestimmen. Wie die Zeitung Sharq berichtet, hat der religiöse Führer mit dieser neuen Bestimmung einen Teil seiner Aufgaben dem MTMN übertragen, der jetzt die "drei Gewalten kontrollieren wird". Dessen Sekretär,

⁷²⁷ MEMRI

⁷²⁸ Siehe auch: Memri "Special Dispatch: The Second Islamic Revolution in Iran: Power Struggle at the Top", www.memri.de 17. November 2005.

⁷²⁹ In der Forschungsabteilung haben laut Sharq auch zuvor schon zuvor bekannte Reformislamisten wie Said Hajjarian und Abbas Abdi, die der Organisation der "Linie des Imam Khomeini" angehören, gearbeitet. (Sharq, 11.10.2005)

⁷³⁰ Sharq, 5.11.2005.



Mohssen Resai, betonte, dass der Schlichtungsrat als Stellvertreter des religiösen Führers die neuen Kontrollaufgaben umgehend übernehmen werde.⁷³¹

Mohssen Resai erinnerte daran, dass Ali Khamenei den Schlichtungsrat schon vor acht Jahren mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Statuts beauftragt habe. Dies sei Sharq zufolge in den vergangenen acht Jahren jedoch "aufgrund der damals bestehenden Konflikte" mit den Reformislamisten unter Khatami blockiert worden. Damals seien noch die Reformer im Majless und an der Regierung gewesen und solche Kontrollaufgaben daher beim religiösen Führer verblieben. So sei der MTMN hauptsächlich mit den "Auseinandersetzungen zwischen dem Majless und dem Wächterrat beschäftigt gewesen und habe keine Zeit gehabt, diesen Plan umzusetzen". Weil das neue Majless mehrheitlich von den Anhängern von Ahmadinejad besetzt sei, könne sich der Wächterrat mit ihm nun auch ohne die Vermittlung durch den Schlichtungsrat auseinandersetzen.⁷³²

Die Aufgaben des neuen Schlichtungsrates(MTMN)

Mit dem neuen Statut würden nun nicht nur die drei Gewalten, sondern auch die Wirtschafts- und Entwicklungsplanung des Landes vom MTMN kontrolliert - konkret stehe dabei die Überwachung des vierten Entwicklungsplanes an, so Resai. Sharq geht dann auf die Rolle des bereits existierenden "Sondergerichts zur Kontrolle der Ausführung der Verfassung" ein und vergleicht dessen Aufgaben mit den neuen Aufgaben des Schlichtungsrates: Während das Sondergericht sich lediglich um allgemeine "Abweichungen von der Verfassung" kümmern würde, werde der MTMN in Zukunft auch "Abweichungen von der Politik des Staates sowie Abweichungen von vorgeschriebenen Planungen und Strategien des Staates" überwachen.⁷³³

Am 3. Oktober ging Mohssen Resai erneut an die Öffentlichkeit und betonte, dass sich nicht nur "die drei Gewalten, sondern auch die staatliche Medienanstalt und die bewaffneten Kräfte des Landes den Beschlüssen des MTMN unterordnen müssen." Laut Resai soll das Statut 10 Artikel besitzen. In ihrem Bericht geht die Zeitung Sharq insbesondere auf den dritten Artikel ein, der die Führung der verschiedenen staatlichen Institutionen in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich für etwaige Abweichungen vom politischen Kurs verantwortlich macht. Von der Medienanstalt bis zu den drei Gewalten werden die Führungen dieser staatlichen Institutionen dazu verpflichtet, jährlich Berichte über die Durchführung der vorgeschriebenen staatlichen Maßnahmen vorzulegen, um den Nachweis der Umsetzung aller Richtlinien zu liefern.⁷³⁴ Damit, so Sharq, sei die Machtposition von Rafsanjani, als erstem Vorsitzenden des MTMN, immens gestiegen. Außerdem würden zusätzliche

⁷³¹ Sharq, 2.10.2005.

⁷³² Sharq, 2.10.2005.

⁷³³ Sharq, 2.10.2005.

⁷³⁴ Sharq, 4.10.2005.



bürokratische Kontrollorgane geschaffen, um dem MTMN die Erfüllung seiner neuen Aufgaben zu ermöglichen.⁷³⁵

Diese Kritik wies der Schlichtungsrat in einer offiziellen Erklärung zurück, weil sie "die Prinzipien des Systems der islamischen Republik" infrage stelle. "Manche Kritiker", so der MTMN in seiner Erklärung, "wollen offenbar einen Keil zwischen die verantwortlichen Politiker treiben. Ihre Kritik reiht sich in all die Parolen unserer Feinde ein."⁷³⁶

Reformislamistische Kritik an der neuen Macht des MTMN

Akbar Montajebi, Autor der Zeitung Sharq, kritisierte die "Erweiterung der Machtkompetenzen des MTMN." So sei bei der Machtfülle, die der MTMN nun bekommen habe, allein die Person Rafsanjanis maßgebend. Als dessen Vorsitzender bestimme er nun den politischen Kurs des Staates und die Kontrolle der drei Gewalten. Weiter schreibt Montajebi: "Die [Mitglieder des MTMN] haben angekündigt, dass sie nicht vorhaben, neue bürokratische Apparate zu errichten. Sie wollen ihrer Politik lediglich mit den bereits vorhandenen Institutionen, wie dem Wächterrat, der Regierung und dem Majless durchsetzen. Auf diese Weise werden die Regierung und das Majless in Zukunft aber verpflichtet sein, die vom Schlichtungsrat verkündete Politik ebenso zu übernehmen, wie der Wächterrat gemäß den Vorschriften des MTMN handeln muss. [...]" Auch alle anderen staatlichen Institutionen müssten sich nun den politischen Vorschriften des MTMN unterordnen.⁷³⁷

Ähnlich sieht es die reformislamistische Zeitung Aftab: Sie befürchtet, dass sich "das Majless in eine schwache und charakterlose Institution verwandeln könnte."⁷³⁸ Auch der Vorsitzender des Majless, Qolamali Hadadadel, beanstandete, dass die Kontrollfunktion des MTMN nicht die "gesamte Gesetzgebung beeinflussen" dürfe. Weiter sagte er: "Wenn der MTMN seine Arbeit so umfassend definiert, wird es Probleme geben."⁷³⁹

Vier Punkte hob die reformislamistische Organisation der Partizipationsfront in ihrer Kritik an den umfassenden Machtbefugnissen des MTMN hervor. In einer Erklärung kritisierten sie:

- dass nach den Artikeln 58 und 71 der Verfassung eigentlich das Majless für die Gesetzgebung zuständig sei. Anders als in der Verfassung vorgesehen und jenseits der Legislative übernehme jetzt der MTMN gesetzgeberische Aufgaben.
- dass nach Artikel 96 eigentlich der Wächterrat das Majless kontrollieren müsse und

⁷³⁵ Sharq, 2.10.2005.

⁷³⁶ Sharq, 5.10.2005.

⁷³⁷ Sharq, 9.10.2005.

⁷³⁸ Aftab, 3.10.2005.

⁷³⁹ Sharq, 4.10.2005.



es Aufgabe des MTMN gewesen sei, zwischen Wächterrath und Majless zu vermitteln. Nun kontrolliere der Schlichtungsrath selbst das Majless.

- dass das Majless und die Regierung politische Macht verloren haben. Der MTMN stelle eine neue Größe in der Machtstruktur des Staates dar.
- dass nun "vom religiösen Führer direkt ernannte Institutionen mehr Macht als gewählte Institutionen haben".⁷⁴⁰

Auch die nationalreligiöse Bewegung, Nehsate Asadi, ["Freiheitsbewegung"], kritisierte die neue Kontrollmacht des MTMN und erklärte, dass laut Artikel 3 der Verfassung die Vorsitzenden der staatlichen Institutionen ihren Bereich jeweils selbst kontrollieren müssten. Zudem seien die Vorsitzenden der drei Gewalten für besondere Kontrollaufgaben zuständig. Als Beispiel führt die Nehsate Asadi an, dass der Majless-Vorsitzende doch das Majless nicht ohne Zustimmung durch dessen Mitglieder kontrollieren könne. Mit der Frage, welche Institution denn die Vorschriften des MTMN ablehnen könnte, macht sie zudem deutlich, dass diese Möglichkeit gar nicht vorgesehen ist.⁷⁴¹

Kritik "von rechts"

Auf der anderen Seite fragte die radikalislamistische und dem Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad nahe stehende Zeitung Partosokhan, warum der MTMN nicht schon vor Jahren ermächtigt worden sei, die drei Gewalten im Staat zu kontrollieren. Sie kritisierten die Regierungszeit Khatamis, in der lediglich "Korruption und politisch-kultureller Verfall" Einzug gehalten hätte. Vor diesem Hintergrund bemängelt das Blatt ohne Namen zu nennen, dass Personen in den Schlichtungsrath berufen worden seien, die ihre Kontrollfunktion voraussichtlich nicht korrekt ausführen würden. Indirekt kritisiert die Zeitung damit die Ernennung des Ex-Präsidenten Khatami in das Gremium.⁷⁴²

Special Dispatch, 14. März 2006 - Interview mit dem iranischen Regimekritiker Hojatoleslam Yussefi Eshkewari

⁷⁴³

Als islamischer Philosoph nahm **Hojatoleslam Yussefi Eshkewari** im April 2000 an der Berliner Iran-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung teil. Er sprach sich dort für Menschenrechte und Demokratie in der islamischen Gesellschaft und gegen einen Kopftuchzwang für Frauen aus. Nach seiner Rückkehr in den Iran wurde er wegen

⁷⁴⁰ Sharq, 2.11.2005.

⁷⁴¹ Sharq 7.11.2005.

⁷⁴² Parto Sokhan 2.11.2005.

⁷⁴³ MEMRI



seiner Äußerungen zunächst zum Tode und später zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Im vergangenen Jahr wurde er entlassen und lebt weiter im Iran.

Die Online-Zeitung **Roozonline.com** veröffentlichte am 16. Februar 2006 ein von **Mariam Kashani** geführtes e-Mail-Interview mit Eshkewari. Erklärtes Ziel der in Frankreich gemeldeten Zeitung ist die Unterstützung der Reformbewegung im Iran. Dort wird Roozonline nicht nur viel gelesen - überdies geben auch hochrangige Vertreter der Reformbewegung dieser Online-Zeitung immer wieder Interviews.

Eshkewari bezieht in dem Interview sehr kritische Positionen gegenüber dem Regime im Iran. Demokratie und Menschenrechte seien mit der gegenwärtigen Staatsideologie nicht vereinbar. Vor diesem Hintergrund setzt er sich für eine neue nationale Reformbewegung ein. Außerdem setzt sich Eshkewari intensiv mit **Mesbah Yasdi** auseinander, dem geistigen Mentor und Lehrer des neuen iranischen Präsidenten **Mahmoud Ahmadinejad**. Yasdi vertrete nicht nur einen neuen "Messianismus", sondern legitimiere auch Gewalt und Repression als Instrumente zum Erhalt der islamischen Herrschaftsform. Eshkewari geht auch auf die Berliner **Iran-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung** ein und schildert dann seine Haftbedingungen. Obwohl er einen neuen "irrationalen Fundamentalismus" kritisiert, der seiner Meinung nach in der ganzen islamischen Welt vorherrscht, beurteilt er die Zukunft des Iran optimistisch.

Im Folgenden dokumentieren wir das Interview mit Hojatoleislam Yuseffi Eshkewari, in gekürzter und bearbeiteter Fassung.⁷⁴⁴

"Frage: [...] Wer gibt eigentlich den Klerikern das Recht zu herrschen? Hat nicht nur der verborgene Imam das Recht zu regieren?"

"Grundsätzlich glauben Muslime daran, dass Gott die absolute Macht besitzt und dem Propheten bestimmte Vollmachten gegeben hat. Daher war der Prophet sowohl Offenbarer als auch politischer Führer. [...] Khomeini hat darauf die "absolute Herrschaft des Klerus" und die islamische Republik begründet, die auf der monopolisierten Herrschaft des Klerus basiert. [...] Auf der Grundlage dieser Theorie wird die Legitimität vom verborgenen Imam auf den qualifizierten Klerus übertragen, der das Monopol der Macht erhält. [...] Das Volk kann mit seiner Wahl klären, wer unter den qualifizierten Geistlichen am meisten geeignet und akzeptiert ist. [...] Gewalt ist bei der Realisierung einer legitimen islamischen Regierung prinzipiell nicht erlaubt. [...].

⁷⁴⁴ Mesbah Yasdi ist im Iran wegen seinen messianischen Vorstellungen bekannt geworden: Gemeinsam mit den traditionellen Schiiten vertritt er die These, dass eine gerechte islamische Gesellschaft erst nach der Wiederkehr des 12. Imam, des Mahdi realisiert werden kann. Der 12. Imam werde nach seiner Rückkehr die Ungläubigen bekämpfen und eine gerechte Gesellschaft etablieren. Zudem vertritt der Lehrer von Präsident Ahmadinejad die Überzeugung, dass der religiöse Führer und die Mitglieder des iranischen Expertenrates vor ihrer Wahl von Gott bestimmt werden und relativiert damit die Wahl durch die Bevölkerung



Klar ist, dass die absolute Herrschaft des Klerus und die Macht des religiösen Führers, wenn dieser verfassungswidrig handelt, nur von denen akzeptiert werden kann, die auch die Prinzipien der islamischen Herrschaft, d.h. die religiöse Legitimität der Macht anerkennen. Dies trifft auch auf die Kontrollfunktion des durch den Führer ernannten Wächterrates zu. [...] Aber ich weiß nicht genau, was sich Demokraten denken, die an die absolute Form der Herrschaft des Klerus glauben und den Revolutionsführer bewundern. Ich weiß nicht, wie sie die unbegrenzten 'legitimen Rechte' des ernannten Führers mit der Idee von Demokratie, Menschenrechten und einem neuen Verständnis von Volk und Regierung vereinbaren wollen. Ich weiß nicht, auf welcher Grundlage Demokraten behaupten, dass religiöse Legitimität durch Akzeptanz des Volkes erreicht werden solle. [...] Meines Erachtens ist die Theokratie, so wie wir sie aus der Geschichte kennen, mit der Demokratie, wie sie in der Welt verbreitet ist, nie vereinbar gewesen. [...]

In einer generellen Einteilung können wir sagen, dass in der Klerikerakademie in Qom drei Gruppen existieren: 1.) nichtpolitische Traditionalisten, 2.) politisch-fundamentalistische Traditionalisten und 3.) moderne politische Traditionalisten. Die nichtpolitischen Traditionalisten haben die Mehrheit in Qom. Sie begrüßen die Trennung von Staat und Religion. Sie mischen sich nicht in Politik und Regierungsangelegenheiten ein und gehen davon aus, dass so lange der verborgene Imam abwesend ist, keine Regierung legitim ist. Aus einer gänzlich traditionellen klerikalen Perspektive glauben sie, dass einige herrschende Ansätze der Islamischen Republik und einige der existierenden Gesetze der Regierung falsch sind und der Scharia widersprechen. [...]"

"Frage: Sind denn Ihrer Meinung nach die Ideen eines Mesbah Yasdis [1] schon seit Gründung der Islamischen Republik vorherrschend..."

"Es ist klar, dass Herr Mesbah Yasdi, seine Schüler, ein Kreis seiner Anhänger und die wichtigen Institutionen, die von ihm abhängig sind, zur traditionalistischen Gruppe gehören, die politisch, fundamentalistisch und extremistisch ist. Sie sind in den Jahren nach der Revolution und speziell nach dem Tod Khomeinis stärker geworden. Sie haben inzwischen große finanzielle, politische und kulturelle Möglichkeiten. Ihre ideologischen Diskurse können wie folgt aufgezählt werden: 1.) der Glaube an die monopolisierte Herrschaft der Kleriker während der Abwesenheit des verborgenen Imams; 2.) der Glaube an die religiöse, göttliche Legitimation der Macht und notwendigerweise die vollständige Negation der Prinzipien der Demokratie und der Republik im Sinne des modernen Verständnisses von Volk und Regierung; 3.) der Glaube an die komplette intellektuelle Führung durch die Kleriker in Bezug auf Religion, Gesellschaft und Politik (Islam plus Klerus) und 4.) die Opposition gegen jede Form von neuem und modernen Denken im religiösen Diskurs.

Im Ergebnis bedeutet dies eine tiefe Feindschaft gegenüber jedem neuem intellektuellen Denken in der Gegenwart. Herr Mesbah ist bekannt als ein Sprecher



dieser Bewegung. [...] Mesbah legitimiert jede Form der Gewalt, wenn es um die Verteidigung der Macht geht. Für ihn ist jede Form der Gewalt nicht nur legitim, sondern notwendig, wenn es um die Durchsetzung der religiösen Macht und der Umsetzung der Scharia geht. [...] So werden die Freiheitsvorstellungen von Ayatollah Khomeini, die in den 80er Jahren trotz des Terrors und des Krieges noch wach waren, immer weniger befolgt und die demokratische Dimension der Revolution immer mehr geschmälert. [...]"

"Frage: Hat denn diese Bewegung von Anfang an eine Rolle in der islamischen Revolution gespielt?"

"Herr Mesbah war bereits zu Anfang der Bewegung des iranischen Klerus in den 60er Jahren ein Begleiter von Ayatollah Khomeini. [...] Er war stets mit religiöser Propagandaarbeit beschäftigt. In den Jahren zwischen 1965-1979, als ich in Qom war, hielt er sich aber ganz aus der Politik heraus. Die kämpfenden religiösen Schüler betrachteten damals Herrn Mesbah als einen nicht kämpferischen Menschen. Wie Rafsanjani und Karrubi aus dieser Zeit berichten, war Mesbah damals sogar gegen die Errichtung eines islamischen Staates, solange der 12. Imam nicht erschienen sei. Er verteidigte damit traditionelle schiitische Vorstellungen. Dr. Beheshti versuchte ihn [vom Konzept der absoluten Herrschaft des Klerus] zu überzeugen, aber er blieb zunächst der traditionellen Vorstellungen der Schia treu. Später wurde Mesbah aktiv im Kampf gegen die Kommunisten und gegen die Volksmujahedin. In den ersten Jahren nach der Revolution war er weder daran interessiert, sich an der Macht zu beteiligen noch wollte jemand, dass er aktiver wird. Als Dr. Soroush [Reformphilosoph] nach 1988 mit seiner Kritik an den Traditionalisten begann, wurde Mesbah wieder aktiv und nutzte alle seine Möglichkeiten, um Soroush zu bekämpfen. [...] Mesbah bekämpfte auch Khatami, der ein neues Denken einführen wollte, obwohl Khatami der religiösen Tradition treu bleiben wollte. [...] Natürlich darf man auch die Reformer kritisieren, aber das Phänomen 'Mesbah Yasdi' überschritt die Grenzen jeglicher wissenschaftlicher Kritik. [...] Mesbah ist aggressiv und manchmal spricht er von Fatwas, die den Mord an Andersdenkenden legitimieren. Mesbahs Haltung ist vollkommen unwissenschaftlich, kulturlos. Dabei ist sie zutiefst politisch und deswegen auch sehr gefährlich. Wenn die Machthaber nicht versuchen, ihn zu neutralisieren, wird er dem politischen System in Zukunft großen Schaden zufügen. Auf jeden Fall ist der Kampf gegen muslimische Intellektuelle eine besondere Spezialität von Mesbah Yasdi. [...] In den letzten 15 Jahren war er der Theoretiker der extremistischen Fundamentalisten und es sieht so aus, als ob die Anhänger von Mesbah eine große Rolle bei der Wahl von Ahmadinejad gespielt haben. [...] Tatsächlich ist die Denkschule von Mesbah in Qom aber keine besonders einflussreiche Schule. Er hat auch nicht viele Anhänger unter den Regierungsmitgliedern. Sicher werden auch die moderaten Traditionalisten ihn nicht bis ans Ende seines Weges begleiten. [...] Wenn eine Regierung die Reformbewegung wieder aufnehmen würde, würde Mesbahs Schule mit der Zeit vollständig isoliert werden. [...]"



Das eigentliche Kulturproblem des Iran liegt jedoch viel tiefer als die Auseinandersetzungen mit Mesbah. [...] Das Problem ist, dass der Islam und die Schia, die unser gesamtes soziales und politisches Denken beherrschen, keinen wahren Ijtihad mehr kennen."⁷⁴⁵

"Frage: Welche Rolle haben Sie in der Revolution gespielt?"

"Ich habe meinen Kampf im Jahr 1961 begonnen. Ich war bis zur Revolution politisch aktiv und wurde auch zwei mal [unter dem Schah] verhaftet. Tatsache ist, dass wir uns damals nicht so sehr mit Themen wie Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechten und nationaler Herrschaftsform beschäftigt haben. Unser Denken war von der Idee der Freiheit und Gerechtigkeit geprägt, die wir im Lichte der islamischen Revolution und mit Persönlichkeiten wie Ayatollah Khomeini, Schariati, Basargan verbanden. [...] Heute schaue ich mit einem Gefühl des Bedauerns in die Vergangenheit zurück, denn wir haben unsere Forderungen nicht realisieren können. Wir befinden uns noch nicht einmal am Anfang des Weges. [...]"

"Frage: Distanzieren Sie sich auch von der Islamischen Revolution?"

"Ich habe es nie bedauert, an der Revolution und den Kämpfen gegen die Despotie beteiligt zu haben. Die Revolution war eine wichtige Erfahrung auch für die nächsten Generationen. [...] Aber ich bin von der Islamischen Republik und von den meisten Staatsführern von Anfang an sehr verletzt und beleidigt worden. Diese sind dafür verantwortlich, dass die Revolution von ihrem Weg abgewichen ist und die revolutionären Ziele nicht erreicht worden sind. Wenn sie klüger gewesen wären, wären wir heute in punkto Freiheit, Gerechtigkeit, Entwicklung, Wissenschaft und Zivilisation in einer besseren Lage. Sie konnten noch nicht einmal Herrn Khatami aushalten und wir haben dadurch eine historische Chance verpasst. Jedenfalls bin ich in diesem Islamischen Staat verhaftet und ins Gefängnis gesteckt worden. Nur wegen Meinungsäußerung wurde ich zum Tod verurteilt. Später hat man meine Strafe auf viereinhalb Jahre Haft reduziert. Ein solches Problem hatte ich unter dem Schah nicht. Ich setze nicht die Islamische Republik mit der Revolution von 1979 gleich."

"Frage: Manche glauben, dass von Anfang an bestimmte ethische Fehler begangen wurden..."

"Von Anfang an ist das Fundament der Islamischen Republik falsch gelegt worden. Vielleicht können wir sagen, dass das erste Problem die Zusammensetzung des 'Revolutionsrates' gewesen ist. Erstens waren damals nur eine oder zwei islamische Gruppierungen im Revolutionsrat organisiert, während alle anderen gesellschaftlichen Kräfte ausgeschlossen waren. Zweitens wurden viele bekannte

⁷⁴⁵ Als Ijtihad wird das Bemühen von Menschen um die Auslegung und Umsetzung der religiösen Vorschriften entsprechend der jeweiligen Bedürfnisse von Raum und Zeit bezeichnet.



Revolutionäre gar nicht aufgefordert, im Revolutionsrat mitzuwirken. Daher haben sich manche ausgeschlossen gefühlt und begannen den Staat zu bekämpfen. Anfang 1980 wollten die Guerillaorganisationen der Volksfedajin und der Volksmujahedin Khomeini besuchen. Der Termin kam nicht zustande. Der dritte große Fehler waren die Prozesse. Im Minutenabstand wurden Menschen zum Tode verurteilt. Viele Köpfe des alten Regimes wurden ohne Prozess hingerichtet. Später gingen sie genauso gegen die restlichen Andersdenkenden vor. Heutzutage bekommen sogar Saddam Hussein und seine Anhänger einen Prozess von den Amerikanern. Dies ist der Anfang bei der Umsetzung von rechtlichen Prinzipien, ein Anfang von Gerechtigkeit und Freiheit. Der vierte Fehler war die Aufgabe der Idee einer konstitutionellen Versammlung. Stattdessen wurde eine Versammlung einberufen, die eine sehr eingeschränkte Verfassung schrieb. [...]"

"Frage: Stellen Sie sich selbst auch in Frage?"

"Ich gestehe, dass ich nie eine besondere Rolle in der Gesellschaft gespielt habe. [...] Und ich gebe auch zu, dass man die Verantwortung für die bitteren Erfahrungen nach der Revolution nicht allein dem Klerus und den Herrschenden aufbürden kann. Viele der linken und rechten, der religiösen und nicht-religiösen Revolutionäre waren an den Abweichungen und an Gewaltexzessen beteiligt. Begriffe wie 'Liberalismus' oder 'moderat' wurden von den Linken, die außerhalb der Regierung kämpften, als Schimpfworte benutzt. Es waren linke Begrifflichkeiten, die dann nach 1979 von der Regierung übernommen wurden. So forderte die Regierung 'revolutionäre Entschlossenheit'. Diese Entschlossenheit endete aber in verbrecherischem Mord. [...] Ich stelle mich als revolutionären Koranschüler durchaus in Frage: Zum einen bedauere ich es, viele Gedanken und Anschauungen der politischen Führer nicht richtig verstanden zu haben. Zum anderen war es ein Fehler, dass ich nicht gegen die Hinrichtungen, die ohne Prozess durchgeführt wurden, protestiert habe. [...] Und drittens bedauere ich es, dass ich für ein "islamisches", statt ein "nationales" Majless gestimmt habe. Tatsächlich widersprach ein solcher Schritt sogar der Verfassung. [...]"

"Frage: Was steckte hinter der Berliner Konferenz?"

"In letzten Jahren haben die Medien leider absichtlich falsch über die Konferenz berichtet. [...] 17 bekannte Persönlichkeiten aus der Kultur und Politik des Landes waren damals zu einer Konferenz nach Deutschland eingeladen worden. Sie sollten über die gegenwärtige Lage im Iran, über Reformen und über die Zukunft reden. Das Ziel war das allgemeine Klima zu verbessern, das infolge des Mykonosattentats in Europa und besonders in Deutschland entstanden war. Die deutsch-europäischen Beziehungen mit dem Iran sollten durch die Konferenz verbessert werden, so dass besonders Herr Khatami unter besseren Bedingungen nach Deutschland reisen könnte. Wir dachten, dass dies dem Iran und der Reformbewegung dienen würde. Aber einige aggressive Menschen, die ihre Existenz nur im Krieg gewährleistet sehen



und die Erfolge der Regierung Khatamis und der Reformen fürchteten, haben mit faschistischen Mitteln versucht, die Veranstaltung zu stören. Daraus hat die extremistische Rechte im Iran versucht, Kapital zu schlagen, um mit den Referenten der Konferenz abzurechnen. [...] Es gab keine Verschwörung gegen den Iran und die meisten wurden auch frei gesprochen. Einige bekamen sechs Monate Haft oder Geldstrafen. Nur ich wurde zum Tode verurteilt, was dann zurückgenommen wurde. Aber Akbar Ganji ist immer noch in Haft. [...]

"Frage: Was sind Ihre wichtigsten Erinnerungen aus der Zeit Ihres Gefängnisaufenthaltes?"

"Einzelhaft, Verhöre, die Anklageschrift des Sondergerichtes für den Klerus und all die Ungerechtigkeiten werde ich nie vergessen. Es war eine Lehre für mein Leben. Ich war eine Woche im Evin-Gefängnis und 100 Tage im Gefängnis von Eshratbad in Einzelhaft. [...] Niemand kann sich vorstellen, was ich in der Haft erlitten habe. [...] Ich habe gelernt, dass die Intellektuellen-Jäger weder etwas von den Selbstverständlichkeiten der Scharia und des Fiqh [die islamische Rechtsprechung] verstehen, noch an das Gesetz und an die Gerechtigkeit glauben. Sie denken nur an ihre Existenz und den Machterhalt. Im Gefängnis habe ich gelernt, wofür Gesetze gut sind. [...] Mir ist dort klar geworden, wie wichtig der Prozess der Reformen, der Kampf der iranischen Bürger für Gerechtigkeit, Freiheit, Gesetz und Menschenrechte ist.

Vor meiner Haft stand ich noch auf der Seite der Unterdrückten, aber während meines Gefängnisaufenthaltes wurde ich selbst unterdrückt. Ich habe die bittere Erfahrung gemacht, was Unterdrückung bedeutet. Ich weiß, warum wir weiterhin die selbstverständlichen Rechte der Bürger verteidigen müssen. Ein solches Ziel können wir nur erreichen, wenn wir uns gemeinsam mit allen Menschen, die sich für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen zusammentun und einen nationalen Konsens herstellen."

"Frage: Wie unterscheidet sich der Hojatoleslam Yussefi Eshkewari vom Herrn Yussefi Eshekewari?"

"Ich sehe keinen großen Unterschied. Nur mein Glaube an Gerechtigkeit und Freiheit ist inzwischen größer geworden und ich habe die Natur der iranischen Machthaber besser kennen gelernt. Ich habe mich im übrigen nie als einen üblichen Geistlichen verstanden. Ich habe die Tracht eines Geistlichen nie für ein Geschäft missbraucht. Die Tracht habe ich schon Jahre vor der Revolution in Qom getragen, als ich dort studierte. [...] Ich fühle mich jetzt freier, schreibe aber weiterhin über Fragen des islamischen Denkens. [...]"

"Frage: Worüber macht sich Herr Yussefi Eshkewari Sorgen und worüber der Hojatoleslam in Ihnen?"



"[...] Ich mache mir immer noch Sorgen um die Freiheit der Bevölkerung, über die Aufklärung, Gerechtigkeit, Demokratie, über gesellschaftliche Entwicklung im Lichte einer bewussten Religiösität. [...]"

"Frage: Wie sehen Sie die Zukunft des Iran?"

"Leider ist die gegenwärtige Lage sehr besorgniserregend. Die islamische Welt wird von Fundamentalisten geführt, die sich in einem sehr irrationalen Kampf gegen den Westen befinden. Jedenfalls ist unsere nationale und religiöse Identität und sogar die Einheit des iranischen Territoriums in großer Gefahr. Leider sind die iranischen Staatsmänner nicht sehr rational. Dennoch glaube ich, dass man die Hoffnung für den Iran nicht aufgeben sollte. Zu den Reformzeiten habe ich gesagt: ‚Die Zukunft des Iran ist strahlend‘ und heute wiederhole ich den Satz auch wenn die Reaktionären die staatliche Macht inne haben. Ich glaube an den Satz Hegels, der feststellte, dass die Welt sich immer mehr in Richtung Aufklärung und Freiheit bewegt. Unsere Welt wird immer gerechter, trotz aller Fehler. [...] Ein Fortschritt hängt von den Aktivitäten der wahren Reformer und der ernsthaften Demokraten ab, von denjenigen, die an die Menschenrechte glauben. Vielleicht werden wir in Zukunft Zeugen einer nationalen Reformbewegung sein, die einen neuen nationalen Willen widerspiegelt."

Special Dispatch, 2. Mai 2006 - Über 1. Mai-Kundgebungen in Teheran ⁷⁴⁶

Auch im Iran wird traditionell am 1. Mai demonstriert. Obwohl die Demonstrationen von staatlichen Vereinigungen organisiert werden, gibt es immer wieder Versuche, sich auch außerhalb der staatlich kontrollierten Kundgebungen zu artikulieren. Aber nicht nur am 1. Mai kommt es zu Protesten: Da viele iranische Arbeiter nicht regelmäßig ihren Lohn bekommen, sind sporadische Arbeiterstreiks nicht ungewöhnlich.⁷⁴⁷

Im Folgenden dokumentieren wir zwei Berichte, die auf den Websites **Roozonline** und **Peykeiran** veröffentlichte wurden, die beide im Exil erscheinen. Die Berichte vermitteln einen spontanen Eindruck darüber, was die Arbeiter im Iran fordern und auf welch heftigen Widerstand sie von staatlicher Seite gestoßen sind:

⁷⁴⁶ MEMRI

⁷⁴⁷ Siehe zur internationalen Solidarität für Arbeiterstreiks:
<http://www.amnesty.at/gewerkschafterInnen/iran/UA2606.htm>;
<http://www.labournet.de/internationales/iran/vahed.html>;
http://www.fau.org/artikel/art_060210-220330



"Es gab Parolen wie: ‚Arbeiter, vergesst das Atomprogramm, denkt an Euch selbst'. Mehr als 100.000 Menschen sollen an der Demonstration teilgenommen haben, wobei Tausende Busse mit Arbeitern aus Eslamshahr, Qaswin, Ardebil, Qom, Karaj, Sanjan, Kashan und Fars [nach Teheran] kamen. [...] Allerdings hatten auch manche Plakate, auf denen sie sich für Ahmadinejad und das Atomprogramm aussprachen. [...]

Als die Menge vor der ehemaligen amerikanischen Botschaft stand, wurden die Parolen immer lauter. Aber die Arbeiter skandierten nicht die Parolen, die die Mitarbeiter vom Staatsministerium hören wollten. Man hörte nicht auf die [offiziellen] Reden von **Aliresa Mahjub** und **Ali Rabii**, denn sie sprachen nicht über die Interessen der Arbeiter. Sie wurden als ‚Verräter' und ‚Regierungsleute' beschimpft.

Die Arbeiter riefen Parolen wie: ‚Die Vertreter der Arbeiter müssen von den Arbeitern gewählt werden'. Der Redner Mahjub hingegen sprach lediglich von der Notwendigkeit des geschlossenen Brennstoffkreislaufes und davon, dass Frau Rice die iranische Arbeiterbewegung schwächen wolle. [...] Währenddessen unterstützten manche Arbeiter seine Rede und skandierten: ‚Atomenergie ist unser Recht', woraufhin eine angeregte Debatte unter den Arbeitern entstand: Ein Arbeiter sagte: ‚Viele der Teilnehmer dieser Demonstration sind schon vor einem Monat von den staatlichen Instanzen eingeladen worden, heute zu demonstrieren. Aber manche der Demonstranten wurden nicht eingeladen und sind auf eigene Faust hierher gekommen.'

Ein anderer sagte: ‚Sagt doch, dass die Mitglieder der eigentlichen Arbeiterorganisationen an dieser Demonstration gar nicht teilnehmen'. Eine Gruppe rief: ‚Ihr Unterstützer des Kapitals, lasst uns in Ruhe!' [...] ‚Die verordneten Räte müssen aufgelöst werden!'

Eine andere Gruppe antwortete: ‚Ihr Kommunisten müsst verstehen - das Arbeitsrecht ist islamisch!' Es wurde gerufen: ‚Die Feinde der staatlichen Organisationen sind Feinde der Arbeiter!' oder ‚Die Arbeiter kämpfen und Frau Rice zittert.' [...]

Irgendwann bewegte sich ein Teil der Demonstration in Richtung Palästinaplatz, woraufhin die Polizei einschritt, um die Demonstration aufzulösen. Einer der Polizisten sagte: ‚Schade, aber wir haben den Befehl dafür zu sorgen, dass ihr nicht wütend werdet'.

Als die Arbeiter am Palästinaplatz angekommen waren, riefen sie: ‚Heute ist ein Trauertag. Der iranische Arbeiter trauert.' Manche der Arbeiter geißelten sich auf die Brust. Dann schritt die Polizei wieder ein [...]. Einer der Arbeiter beschimpfte die Polizisten: ‚Ihr ungläubigen Beamten. Was ist mit dem Blut der Märtyrer passiert? [...] Wo bleibt die Gerechtigkeit vom Imam Ali?'⁷⁴⁸ [...] Viele Arbeiter konstatierten, dass die offiziellen Organisationen Schuld an der Armut und der schlechten Lage der

⁷⁴⁸ Imam Ali gilt in der schiitischen Mythologie als besonders gerecht.



Arbeiter seien. Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen mit Zivilbeamten, die einige der Arbeiter verletzten als sie versuchten, vom Rednerpult ihre Kritik zu artikulieren.

In der offiziellen Resolution der Arbeiterdemonstration wurde bemängelt, dass manche Demonstrationsteilnehmer die staatlichen Organisationen kritisiert hätten."

⁷⁴⁹

Der Bericht der iranischen Exilnachrichtenagentur **Peykeiran** lautete folgendermaßen:

"Als heute mehrere zehntausend Arbeiter in der Taleqanstraße demonstrieren wollten, wurden sie von Zivilbeamten des Informationsministeriums angegriffen. Sie zerstörten einige Videokameras, beschlagnahmten Handys und schlugen auf die Arbeiter ein. Die Zivilbeamten wollten auf keinen Fall, dass Journalisten über den Verlauf dieser Demonstration berichteten und beschlagnahmten alle Kommunikationsmittel. [...] Zwar wurde versucht, die Demonstration zu stoppen, aber man marschierte weiter in Richtung Universität. [...] Das Haus eines Arbeiteraktivisten stand bereits seit dem 30. April unter Beobachtung." Peykeiran berichtete, dass das Haus einem Aktivisten namens Masud gehört, der gegenwärtig untergetaucht sei.

Weiter heißt es auf Peykeiran: "Eine Demonstration von ungefähr 250 Busfahrern wurde von mindestens 1.000 Polizisten umzingelt. Die Arbeiter machten sich mit ihren Parolen über die Polizei lustig: ‚Heute ist wohl der Tag der Polizei und nicht der Tag der Arbeit.‘ Einige Busfahrer wurden nach Auseinandersetzungen mit der Zivilpolizei verhaftet. [...] Am Platz der Unabhängigkeit reihten sich auch einige Sympathisantinnen der Frauenbewegung in die Arbeiterdemonstrationen ein. Die Frauen trugen Plakate, auf denen sie ihre Solidarität mit den Arbeitern erklärten. [...] Auch Broschüren der Frauenbewegung wurden verteilt. [...]" ⁷⁵⁰

Special Dispatch, 12. Mai 2006 - Interview mit militanter belutschisch-sunnitische Gruppe aus dem Iran ⁷⁵¹

Die **Belutschen** sind eine Minderheit im Iran, die fast ausschließlich dem sunnitischen Islam anhängt und von der schiitischen Mehrheit unterdrückt wird. Die reformorientierte Internetseite **Roozonline** veröffentlichte Anfang Mai ein Interview mit einer militanten belutschischen Organisation, die eine Gruppe von Schiiten entführt hat und seit knapp zwei Monaten gefangen hält. Die Entführer, die sich

⁷⁴⁹ Roozonline, 2. Mai 2006.

⁷⁵⁰ Peykeiran.com, 2. Mai 2006

⁷⁵¹ MEMRI



'Jond'ú'llah' [Armee Gottes] nennen, fordern die Freilassung der sunnitisch-belutschischen Gefangenen aus iranischen Gefängnissen. Der Sprecher der 'Jond'ú'llah' fordert nicht nur Gespräche mit der iranischen Regierung, sondern ruft auch explizit internationale Menschenrechtsorganisationen dazu auf, sich endlich für die Belange der Belutschen einzusetzen.

Roozonline interviewte nicht nur die Geiselnnehmer, sondern auch einen der schiitischen Geiseln. Dieser berichtete, dass die iranischen Behörden von den Geiselnnehmern verlangt hätten, die Geiseln zu töten, um noch mehr Märtyrer für den Iran zu schaffen.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus den Interviews⁷⁵²:

"Roozonline: Wie heißen Sie und wie nennt sich Ihre Organisation?

Rig: Ich bin Abdolmalek Rigi, bin 23 Jahre alt und arbeite für 'Jond'ú'llah.

Roozonline: Sie sind sehr jung.

Rig: (lacht) Wir sind gezwungen aktiv zu werden. Mir bleibt nichts anderes übrig, als mit Waffengewalt zu kämpfen.

Roozonline: Seit wann sind sie bewaffnet?

Rig: Seit vier Jahren.

Roozonline: Wie sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass der bewaffnete Kampf nötig ist? Was sind Ihre Ziele?

Rig: Früher haben wir auf unterschiedliche Art versucht, uns für die Menschenrechte zur Verteidigung der nationalen und religiösen Rechte der Sunniten einzusetzen. Sie wissen bestimmt, dass alle Belutschen Sunniten sind und seit 27 Jahren, seit dem Beginn der Revolution, wurden die Belutschen stark diskriminiert. Wir Belutschen sind verzweifelt, da wir Unterdrückung und Folter ertragen müssen. Die Kurden waren bisher viel aktiver als wir und haben die Menschen auch im Ausland viel besser über ihre Missstände informiert. Leider hat sich bisher niemand für die Probleme der belutschischen Sunniten interessiert und wir konnten bisher keine [internationale] Öffentlichkeit für unsere Probleme schaffen. Belutschen werden wegen ihrer religiösen Aktivitäten als Handlanger von fremden Mächten hingestellt und oft sofort exekutiert. Hunderte einfache Sunniten, aber auch hunderte sunnitische Kämpfer und politische Aktivisten wurden hingerichtet. [...] Wenn sich beispielsweise der Journalist Ganji für Demokratie einsetzt, bekommt er Unterstützung aus der ganzen Welt. Alle sprechen über ihn. [...] Wenn man aber in

⁷⁵² Roozonline (Frankreich), 9.5.2006



Belutschestan viel weniger harsche Kritik übt, wird man sofort verhaftet, getötet oder zum Schweigen gebracht. Ein Kritiker riskiert Folter und jahrelanger Haft. Schon viele haben vor uns politisch gekämpft, aber der Staat hat ihre Aktivitäten immer wieder unterbunden, deswegen kämpfen wir jetzt für unsere Rechte auf andere Weise. So eine Diktatur, so viel Ungerechtigkeit und Unterdrückung gibt es nirgendwo anders auf der Welt. [...]

Roozonline: Und was haben Sie bisher erreicht?

Rig: Wir haben kaum etwas erreichen können. Kürzlich wurden im Rahmen einer unserer Aktivitäten 16 Kämpfer verhaftet. Und warum? Nur weil sie Tonbänder und Bücher verteilen wollten. Das war alles. In den Büchern wird noch nicht mal jemand beleidigt. Wir fordern doch nur nationale und religiöse Rechte für die Belutschen. Aber sie haben unsere Leute verhaftet. Trotzdem haben wir nicht gleich mit dem bewaffneten Kampf begonnen, zuerst haben wir mit den Verantwortlichen Kontakt aufgenommen und ihnen erklärt, wer verhaftet wurde. Wir fragten die Behörden, was unsere Leute eigentlich verbochen haben. Aber sie wollte uns nicht zuhören, geschweige denn verstehen. Sie foltern und töten uns einfach. Inzwischen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinen anderen Weg als den bewaffneten Kampf gibt. Daher haben wir mit den militärischen Operationen begonnen. Der militante Kampf ist unser letzter Ausweg.

Roozonline: Welchen Beruf haben Sie früher ausgeübt?

Rigi: Ich bin hier in der Gegend aufgewachsen und zur Schule gegangen. Wir Belutschen haben erfahren müssen, dass niemand auf der Welt unsere Interessen vertritt. Wenn ein [oppositioneller] Journalist verhaftet wird, setzt sich die ganze Welt für ihn ein, aber für unsere Probleme interessiert sich niemand. Als neulich einer von uns mit CDs verhaftet wurde, wurde ihm zur Strafe der Arm abgehackt. Gerade heute wurde jemand verhaftet, dem man die Nägel herausgerissen hat. [...] Sie töten die Menschen nur weil sie Belutschen und Sunniten sind. Wie sollen wir denn gegen diese Verbrechen vorgehen? Wir haben doch keine Möglichkeit die Forderungen unseres Volkes im Rahmen eines demokratischen Systems durchzusetzen. Die Regierung tritt unsere nationale und religiöse Identität mit Füßen und behauptet, wir seien sezessionistisch. Das ist nicht wahr, wir wollen die Provinz Belutschistan nicht von Iran abtrennen. [...] Wir fordern Gespräche mit der Regierung, aber nur unter Präsenz offizieller internationaler Institutionen. Es hat keinen Sinn einen Dialog mit Regierungsangehörigen in der Wüste zu führen, wir trauen ihnen nicht, denn sie haben bisher nie ihr Wort gehalten.

Roozonline: Wie viele Geiseln befinden sich gegenwärtig in Ihrer Gewalt?

Rig: Sechs Menschen, die aus Tasuki stammen. Einer von ihnen ist ein Bassiji und heißt Ahmad Scheichi.



Roozonline: Wie heißt der Mensch, den Sie getötet haben.

Rig: Hamidresa Kawe. Offizier des Geheimdienstes. [..]

Roozonline: Haben Sie sich vorher darüber informiert, wen Sie entführen wollen?

Rig: Ja, einige von ihnen waren uns bekannt. Eigentlich sollte der Kommandeur der Provinz Belutschestan verhaftet werden, aber er konnte fliegen. Jetzt behaupten die Regierungsstellen, dass wir Drogenhändler und Kriminelle sind. Ja, es gibt Belutschen, die mit Drogen handeln, aber das tun sie nur um nicht zu verhungern. [...]

Auszüge aus dem Gespräch mit einem der Geiseln:

Roozonline: Wann wurden Sie verhaftet?

Amir Harati: Am 16. März 2006. Ich war privat unterwegs und wurde in Tasuki verhaftet.

Roozonline: Welchen Beruf haben Sie?

Amir Harati: Ich bin seit 23 Jahren Offizier der Verkehrspolizei. [...]

Roozonline: Wie geht es Ihnen jetzt?

Amir Harati: Mir geht es psychisch gut. Sie behandeln uns gut. [...] Aber wir wollen zu unseren Familien zurück. [...] Ich fordere von der iranischen Regierung, dass sie die Probleme unserer Brüder von ‚Jond´u´llah‘ löst. Die sunnitischen Belutschen leiden seit Jahren grundlos in den iranischen Gefängnissen. Lasst diese Menschen zu ihren Familien zurückkehren, damit auch wir zu unseren Familien zurückkehren können. Einmal hatte ich die Gelegenheit [während meiner Geiselhaft] mit einem Majlessmitglied zu sprechen. Er versicherte mir, für mich zu beten. Verdammt noch mal, wir können doch selber den ganzen Tag für uns beten. [...]

Roozonline: Was halten Sie als Schiit von den Sunniten?

Amir Harati: Bei Gott, sie beten viel akkurater und pünktlicher als wir. [...]

Roozonline: Was wollen Sie uns noch mitteilen?

Amir Harati: Wir glauben doch alle an denselben Gott. Bitte erfüllen Sie die Wünsche unserer Brüder. [...] Stellen Sie sich doch mal vor, die Behörden haben hier angerufen und gesagt: ‚Tötet sie doch und macht Märtyrer aus ihnen.‘ Warum tun sie so etwas?



Roozonline: Meinen Sie etwa, dass die Behörden von den Geiselnehmern fordern, Euch umzubringen?

Amir Harati: Ja, sie haben die Geiselnehmern aufgefordert, uns Geiseln zu töten. Dann haben sie behauptet, dass der Iran viele Märtyrer hat. Ist diese Vorgehensweise der Behörden menschlich?

Roozonline: Wollen Sie denn gerne auf diese Weise zum Märtyrer werden?

Amir Harati: Nein, auf keinen Fall. Nie, auf keinen Fall. [...]

Roozonline: Wird man Sie töten, falls die Forderungen der Geiselnemer nicht erfüllt werden.

Amir Harati: Ja, hundertprozentig. Sie sind dazu fest entschlossen. Das müssen die Behörden wissen. [..]

Wieder ein Gespräch mit dem Geiselnemer:

Roozonline: Beide Seiten sind in einer schlechten Lage, nicht wahr?

Rig: Ja, natürlich. Wir leiden mit den Geiseln. Aber die Belutschen leiden auch, wenn sie in Staatsgefängnissen gefoltert werden. Heute habe ich wieder gehört, dass sie unsere Häuser überfallen haben und unsere Frauen mitgenommen haben. Sie vergreifen sich an unschuldige Menschen. [...]"

Special Dispatch, 17. Mai 2006 - Erklärung iranischer Intellektueller gegen die Inhaftierung eines kritischen Wissenschaftlers⁷⁵³

Anfang Mai wurde der kritische iranische Philosoph **Ramin Jahanboqlu** auf dem Teheraner Flughafen unter dem Vorwurf der "Spionage" verhaftet. Jahanboqlu war lange wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität von Toronto und arbeitete zuletzt für ein französisches Iranistik-Institut in Teheran. Er befand sich auf dem Weg nach Budapest und Wien, wo er Vorträge an Universitäten halten sollte. Am 7. Mai berichtete die iranische Zeitung **Sharq**, dass Jahanboqlu von Geheimdienstminister **Mohsseni Ajei** "Kontakt mit Fremden" vorgeworfen werde. Seitdem befindet er sich in dem für seine Haftbedingungen berüchtigten Evin-Gefängnis.

⁷⁵³ MEMRI



Im Folgenden dokumentieren wir die Erklärung von 621 iranischen Intellektuellen gegen die Inhaftierung von Ramin Jahanboqlu sowie eine Vorstellung seiner Positionen, die ein Schüler von ihm auf verschiedenen iranischen Weblogs veröffentlicht hat. Ganz anders sehen das die Pasdaran: Sie fordern die politische Führung des Landes auf, die Universitäten im Iran "islamisch" zu machen und die "dekadente Kultur" zu "entwurzeln".

Erklärung von 621 iranischen Intellektuellen, Wissenschaftlern und Professoren

"Seit über zwei Wochen ist der iranische Intellektuelle, Schriftsteller und Hochschullehrer Ramin Jahanboqlu in Haft. Bis heute wurde nicht bekannt gegeben, wo die Sicherheitsbehörden ihn festhalten. Staatliche Quellen haben berichtet, dass er wegen Spionage festgenommen worden wäre. Schon zuvor wurden immer wieder bekannte Persönlichkeiten unter ähnlichen Vorwürfen für lange Zeit in den Kerker geworfen.

Wir müssen die Machthaber fragen, was für geheime Informationen ein Intellektueller haben kann, der überhaupt keinen Zugang zu staatlichen Machtpositionen hat? Was hätte er ausspionieren können? Erinnern sich die Machthaber noch daran, dass sie immer erklärt haben, die Intellektuellen mit Wohlwollen behandeln zu wollen? Können sie wirklich behaupten, dass sie sich für Frieden und Freundschaft in der Welt einsetzen und die Menschenrechte verteidigen?

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, verurteilen die Verhaftung von Dr. Ramin Jahanboqlu und sind der Meinung, dass dieser Akt dem Prinzip der Freiheit widerspricht, wie es in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen festgeschrieben wurde. Wir sind der Meinung, dass ein solcher Akt die akademischen Freiheiten einschränkt und fordern die sofortige Freilassung dieses herausragenden Intellektuellen. Wir fordern die iranische Regierung auf, endlich damit aufzuhören, Intellektuelle unter dem Vorwurf der Spionage zu verurteilen." ⁷⁵⁴

Jahanboqlu: "In einer modernen Demokratie spielt Religion keine Rolle"

In mehreren Artikeln beschreibt **Erfan Qaneifard**, ein Schüler von Prof. Ramin Jahanboqlu, dessen Person und seine Positionen:

"[Ramin Jahanboqlu] gehört seit den 80er Jahren zu den wichtigsten politischen Philosophen und Hochschullehrern des Iran. [...] In den neunziger Jahren ging er ins Ausland [...] und hielt in den letzten Jahren in Teheran, sowie an vielen westlichen Universitäten, regelmäßig Vorträge zu philosophischen Themen. [...] Er ist ein säkularer Denker und in seinen Reden geht es meist um demokratische Ethik und Gewalt in Politik und Gesellschaft. [...] Die Intellektuellen, die sich "religiöse Denker"

⁷⁵⁴ Es folgt die List der Unterzeichner (<http://antiprison.blogspot.com>).



nennen, haben daher die meisten Probleme mit ihm. Jahanboqlu kritisierte immer wieder Machtgier, Unmoral, Scheinheiligkeit und politische Lügen, warnt vor Populismus und spricht sich für Transparenz und Zivilcourage aus. [...] Manchmal kritisierte er sogar die Reformer im Iran, oft auch die religiösen Intellektuellen, denen er vorwarf, ideologisch zu argumentieren. [...] Er selbst gehörte keiner Partei oder Organisation an.⁷⁵⁵

"Jahanboqlu gab der jungen Generation iranischer Studenten neue Gedanken mit: Er war der Meinung, dass politische Bewegungen immer mit Fehlern behaftet und daher auf Kritik angewiesen seien."⁷⁵⁶

In einem weiteren Text fasst Qaneifard einen Vortrag von Jahanboqlu zusammen:

"Dass es demokratische Muslime gibt, heißt nicht, dass Religion und Demokratie vereinbar wären: [...] Die Demokratie braucht immer ein parlamentarisches System als Vermittlungsinstanz. Die Bürger wählen ihre Vertreter und wählen diese wieder ab. Eine religiöse Demokratie macht keinen Sinn. Wenn religiöse Intellektuelle von Volksherrschaft sprechen, statt von Demokratie, geht der philosophische Gehalt des Begriffes Demokratie verloren. Denn die Demokratie hat einen philosophischen und wissenschaftlichen Kontext, den wir berücksichtigen müssen. Und obwohl religiöse Intellektuelle die Modernität kritisieren, wollen sie doch im gegenwärtigen Zeitalter leben und nicht zurück in die Verhältnisse im alten Athen.

In einer modernen Demokratie spielt die Religion keine Rolle. Unsere religiösen Intellektuellen sind auf solche Fragen aber nie eingegangen. [...] In punkto politischer Rationalität befinden wir uns noch in einer verzauberten Welt. [...] In der säkularen Welt existieren unabhängige Institutionen, die von der Bevölkerung legitimiert werden. Solche Institutionen existieren nicht in der religiösen Welt. Eine religiöse Demokratie kann nur von der Religion selbst legitimiert werden. [...] In einer religiösen Gesellschaft muss der Bürger fromm sein. In einer säkularen Demokratie spielt jedoch die Umma und die Frömmigkeit keine Rolle. Der Bürger ist dort ein Individuum, das über Rechte verfügt.

Wir können schlussfolgern, dass Individualität, politische Unabhängigkeit und die politische Rationalität dem religiösen Denken fremd sind. Religiöse Intellektuelle werfen den säkularen Intellektuellen immer vor, keine Ahnung von der Religion zu haben. Umgekehrt könnte man ihnen aber vorwerfen, dass sie keine Ahnung von der westlichen Demokratie haben. Ich selbst würde das aber nicht sagen und denke auch nicht, dass es richtig ist, so zu sprechen. Im Gegenteil glaube ich, dass ein Muslim trotzdem ein Demokrat sein kann. [...] Die Existenz eines muslimischen Demokraten hat nichts mit der Vereinbarkeit von Religion und Demokratie zu tun. Zwar kann ein Muslim ohne eine bestimmte Ideologie durchaus mit der Demokratie

⁷⁵⁵ www.60000000.info (2. Mai 2006)

⁷⁵⁶ alefba.com/articleGhanei1.html



auskommen. Wenn er aber unbedingt sein religiöses Konzept durchsetzen will, kann es nie zu einer Demokratie führen. Einen Gesellschaftsvertrag hingegen kann man immer hinterfragen, da es sich nicht um eine religiöse Ideologie handelt." ⁷⁵⁷

Pasdaran: "Irans Universitäten müssen islamisch werden"

Anlässlich der Verhaftung von Ramin Jahanboqlu zeigt sich das Online-Magazin **Roozonline** in seiner heutigen Ausgabe besorgt darüber, dass im Iran derzeit eine neue Welle der Islamisierung von Kultur und Bildung stattfindet. Dazu zitiert Roozonline aus der konservativen iranischen Zeitung **Sobhe Sadeq**, dem Organ der Pasdaran, der Revolutionsgardisten. Darin heißt es:

"Alle Instanzen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen mit der Kultur unseres Landes auseinandersetzen, müssen die gegenwärtige günstige politische Lage nutzen und die kulturelle Situation des Landes verbessern. [...] Der höchste revolutionäre Kulturrat und das Majless [Islamisches Parlament] müssen sich Tag und Nacht mit der Korrektur der Gesetze beschäftigen und die religiöse Kultur fördern. [...] Das Bildungsministerium muss sich endlich mit denjenigen auseinandersetzen, die unsere Kultur angreifen. [...] Leider sind unsere Universitäten immer noch nicht reformiert. Sie müssen islamisch werden. Zur Zeit herrschen in unserem Land die Prinzipientreuen und so müssen wir schnell darangehen, die Kulturprobleme in unserem Bildungssystem zu lösen. [...] Wenn wir heute die Gelegenheit nicht nutzen, um die dekadente Kultur zu entwurzeln, dann wird unsere Jugend geistig nicht wachsen können."

Jahanboqlu wird von der Zeitung der Pasdaran bezeichnet als "ein Element aus der ersten Reihe derjenigen, die das politische System des Iran mit sanften Methoden stürzen wollen." "Menschen wie Ramin Jahanboqlu" schreibt Sobhe Sadeq weiter, "versuchen, unter dem Deckmantel der Kultur zu arbeiten und auf diese Weise die Institutionen zu unterwandern." ⁷⁵⁸

Dr. Wahied Wahdat-Hagh ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von MEMRI.

Special Dispatch, 21. Juni 2006 - Satiriker über die Krankheiten der iranischen Gesellschaft⁷⁵⁹

Der im Exil lebende **Ebrahim Nabavi** ⁷⁶⁰ gehört zu den bekanntesten Schriftstellern des Iran. Bevor Nabavi ins Exil ging, wurde er mehrfach wegen seiner satirischen

⁷⁵⁷ <http://alefbe.com/articleGhanei2.html>

⁷⁵⁸ Roozonline, 17.5.2006

⁷⁵⁹ MEMRI



Artikel verhaftet. Nach seinen Angaben schreibt er seit über 20 Jahren für iranische Zeitungen und Zeitschriften und lebt seit Juli 2005 in Belgien. Berühmt wurde er im Iran durch seine „fünfte Kolumne“ in der inzwischen verbotenen Zeitung Jame'eh. In den letzten Jahren schreibt er täglich Artikel für große internationale Internetzeitungen wie **Rooz** und **BBC Persian**.

Wir dokumentieren Auszüge aus seiner ‚bitteren Satire‘, in der er sich sehr kritisch über den Zustand der iranischen Gesellschaft äußert:

„Die bittere Pille und das kranke Kind“

"Die iranische Gesellschaft ist schon seit Jahren krank. Sie werden mich jetzt bestimmt fragen, welche Gesellschaft denn nicht krank sei? Ja, Sie haben vollkommen recht. Da ich aber Iraner bin, kenne ich mich mit iranischen Krankheiten besser aus, als mit denen anderer Gesellschaften. Daher denke ich auch vor allem über die nationalen und historischen Krankheiten meines eigenen Landes nach. Leider sind nicht nur die iranische Gesellschaft und die Regierung krank; es sind sogar Oppositionspolitiker, Intellektuelle und, wenn ich ehrlich bin, ich selbst befallen.

Jetzt wollen Sie bestimmt wissen, welche Krankheiten die Iraner haben. Ich kann nicht auf alle iranischen Krankheiten eingehen und begnüge mich daher mit einigen wenigen:

- Die meisten Iraner wissen eigentlich, dass zwei Mal zwei vier ist. Aber sie sind mit diesem Ergebnis nicht einverstanden und sind deswegen sauer. Sie strengen sich ernsthaft an, eine andere Lösung für diese [Rechnen-] Aufgabe zu finden.
- Die Iraner leiden unter Alzheimer. Besondere Probleme haben sie mit ihrem Kurzzeitgedächtnis. Dafür haben sie ein gutes Gedächtnis über ihre Vergangenheit, sie vergessen beispielsweise nicht, was sie vor 2500 Jahren schon erreicht haben. An das, was sie [vielleicht] vor zwei Jahren verloren haben, können sie sich aber leider nicht erinnern.
- Die Iraner sind sehr bemüht ihre politischen Führer zu liquidieren, auch wenn sie diesen erst kürzlich an die Macht verholfen haben. [...]
- Die Iraner setzen sich nie für etwas ein. Sie werden nur aktiv, wenn sie in eine Sache so verliebt sind, dass sie dafür sogar den Märtyrertod sterben würden. Es verwundert daher nicht, dass sich hinter jedem politischen Geschehen eine Mordgeschichte verbirgt.
- Die Iraner interessieren sich besonders für Helden. Daher schaffen sie es auch aus jedem beliebigen Politiker ganz schnell einen Helden zu machen, lassen ihn dann aber auch unangekündigt im Regen stehen.

⁷⁶⁰ Weitere Links zu seinen Artikeln siehe:

<http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=archives&Area=sd&ID=SP104105>

<http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=archives&Area=sd&ID=SP115906>

<http://www.payvand.com/news/00/may/1006.html>



- Die Iraner sind meistens eifersüchtig aufeinander und können daher auch nicht zusammenarbeiten. Weltweit gibt es garantiert keinen einzigen terroristischen Plan, der von einer organisierten iranischen Gruppe ausgeführt worden wäre. Tatsächlich können zwei Iraner nicht miteinander arbeiten.

- Seit mindestens hundert Jahren leiden die Iraner unter einer kulturellen und politischen Schizophrenie. Denn das Herz von uns Iranern schlägt östlich und ist daher religiös, traditionell und emotional. Unser Verstand aber ist westlich, laizistisch, modern und intelligent. Es sollte daher niemanden wundern, dass ein Iraner seine Aufgaben nie fertig macht. Warum? Kaum hat unser Verstand damit begonnen eine Aufgabe zu lösen, wehren wir uns emotional gegen ihre Lösung. Und wenn unser Herz etwas liebevoll und emotional erledigen will, konterkariert unser Verstand alles, was das Herz begehrt.

- Wir Iraner sind auch ein wenig paranoid. Unter Paranoia leiden besonders unsere Regierungen. Eigentlich müssen wir zugeben, dass ein Iraner viel ruhiger lebt, wenn er einen Feind hat. Wir Iraner glauben nämlich generell, dass uns immer jemand verfolgt.

Vielleicht sind Sie, verehrter Leser, darüber verärgert, dass ich bisher so viele Punkte aufgezählt habe, die nicht unbedingt für die Iraner sprechen. Wissen Sie was, ich hatte tatsächlich vor, Sie zu ärgern. Was meinen Sie, wie verärgert die iranische Regierung und die Politiker über meine Texte sind, wenn ich über sie herziehe? Ich bin jedoch davon überzeugt, dass wir Iraner nie geheilt werden können, falls wir diese Verhaltensweisen nicht kritisieren.

Die Kritik an der Bevölkerung, der Regierung, den Intellektuellen und Politikern ist eigentlich wie eine bittere Pille. Aber die iranische Bevölkerung misstraut jedem Medikament, denn sie denken, dass es sich um eine giftige Pille handeln könnte. Zudem haben sie Angst, gesund zu werden, denn dann wären sie gezwungen, anders zu leben. Wissen Sie, die Iraner wollen einfach nicht gesund werden. Wenn Sie, meine Damen und Herren, eines Tages der iranischen Gesellschaft ein solches bittere Medikament verabreichen wollen, müssen Sie daran denken, dass Sie es mit einem frechen, hyperaktiven Kind zu tun haben, das nicht gesund werden will und nicht bereit ist, seine bittere Pille zu schlucken.

Im Iran hat derjenige, der jemanden heilen will, folgende Probleme:

Erstens: Derjenige, der einem Kranken eine bittere Pille verabreichen will, muss immer gegen den Widerstand des Kranken kämpfen. Daher hört man nach einiger Zeit damit auf, sich zu bemühen und wartet bis der Kranke endlich stirbt. Oder er wird den Kranken verlassen und ins Exil gehen - beispielsweise nach Europa.

Zweitens: Derjenige, der dem Kranken eine Pille geben will, gerät mit dem Kranken in Streit. Dann lässt er ihn verhaften und ins Gefängnis sperren, denn er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es einfach keinen Sinn hat, den Iraner aufklären und heilen zu wollen.



Drittens: Derjenige, der dem Patient eine Pille geben will, ist bis zu einem gewissen Grad selbst krank. Manchmal ist er so krank, dass er selbst keine Lust hat, überhaupt gesund zu werden. Daher tut er nur so, als ob er seinem Patienten ein Medikament verabreichen will. Er besticht den Kranken sogar mit Geld und verzichtet darauf, ihm die bittere Pille zu verabreichen. [...] Ja, es gibt viele dieser Menschen im Iran, die den Anspruch erheben, andere Menschen auf diese Art und Weise zu heilen. Ihre Existenz ist zwar überflüssig, aber leider gibt es sie dennoch.

Viertens: Derjenige, der die Pille verabreichen will, bemüht sich dem Patienten gleichzeitig leckere Dinge anzubieten. Damit der Patient nicht an die bitteren Medikamente denken muss, versucht er, ihn zum Lachen zu bringen oder ihm nette Geschichten zu erzählen. [...] In solchen Situationen schluckt der Patient in der Regel die Pille. Solche Momente sind dann besonders interessant. Wenn Sie versuchen, eine bittere Wahrheit in eine lustige Geschichte zu verpacken, wird der Patient zunächst vor Freude lachen, aber sobald er den bitteren Geschmack der Pille merkt wird er wieder nachdenklich und fängt an, zu weinen.

Wir Iraner nennen eine solche Geschichte eine bittere Satire. Eine solche zu schreiben, ist genau mein Job.“⁷⁶¹

Die Pseudo-Wahlen in der „Islamischen Republik Iran“⁷⁶²

Bei den dritten Kommunalwahlen und den vierten Expertenratswahlen am 15.12.2006 haben die „Prinzipientreuen“ [Hardliner] und die Reformislamisten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen bekommen. Von den 165 vom Wächterrat qualifizierten Kandidaten wurden 86 Experten in den Expertenrat gewählt. Dieser berät den religiösen Führer des Iran. Der Expertenrat wird für acht Jahre gewählt. Die Reformislamisten hatten keine direkten Kandidaten für den Expertenrat, unterstützen aber 40 neu gewählte Mitglieder dieses totalitären Organs. Der Hauptgewinner ist Hashemi Rafsanjani, der mehr als 1 Million Stimmen mehr als Mesbahe Yasdi, der geistige Mentor des Präsidenten Ahmadinejad, erhalten hat. Damit bekommt Rafsanjani nun die Möglichkeit Vorsitzender des Expertenrates und langfristig sogar möglicher religiöser Führer des Iran zu werden. Es wird daran erinnert, dass Rafsanjani für den Anschlag auf das Mykonosrestaurant am 17.9.1992 und an dem Bombenanschlag auf das jüdische Zentrum in der argentinischen Hauptstadt im Jahre 1994 gerichtlich verantwortlich ist.

⁷⁶¹ Roozonline 18. Juni 2006

⁷⁶² 21.12.2006, <http://honestlyconcerned.info/2006/12/21/die-pseudo-wahlen-in-der-islamischen-republik-iran/>



Auch in den islamistischen Kommunen des Iran werden in Zukunft Reformislamisten gemeinsam mit „Prinzipientreuen“ [Hardliner] und Anhängern Ahmadinejads regieren. Die Kommunalwahlen fanden schon 1999 und 2003 statt und nun wurde zum dritten Mal in den Kommunen gewählt. Die Kommunalwahlen haben die Funktion der Mobilisierung der Massen für die islamistische Diktatur. Es darf nicht vergessen werden, dass zur Wahl im Iran nur Islamisten zugelassen sind, die vom totalitären Wächterrat qualifiziert werden. Daher führt die Teilnahme an den Pseudo-Wahlen der Diktatur nur zur Stabilisierung des politischen Systems und verleiht der Diktatur Legitimität. Die Auszüge aus den Reden der Ex-Präsidenten Hashemi Rafsanjani und Mohammad Khatami und von Ali Khamenei sind das beste Zeugnis für die totalitäre Strategie der Religionisierung der Politik im iranischen Gottesstaat.

Islamistische Kommunalwahlen 2006

Die reformislamistische Zeitung Kargosaraan berichtet über die Kommunalwahlen, dass in über 22 Provinzen die Reformkräfte die Mehrheit der Stimmen erhalten haben. Von den 1524 Kandidaten, die in 265 Städten in die kommunalen Räte gewählt worden seien, seien 605 Reformeure und 438 Prinzipientreue, 52 Kandidaten aus der Gruppe von Ahmadinejad, die sich Koshkhedmat, „gute Dienste“, nennt und 429 Personen seien „unabhängig.“

Die Reformeure haben demnach 39,7 Prozent der Stimmen, dagegen die Prinzipientreue 28,7 Prozent, Ahmadinejads Gruppe 3,4% und die „Unabhängigen“ 28,2 Prozent. Dabei sollen 70 Prozent der „Unabhängigen“ reformistisch orientiert sein.

Folgende Tabelle basiert auf Daten die Kargozaraan publiziert hat:

Provinzen:

Ost- Asarbaijan: Städte: 19

Reformeure: 16

Prinzipientreue: 51

Gruppe von Ahmadinejad: 13

„Unabhängige“: 54

Ost- Asarbaijan: Städte: 19

Reformeure: 16

Prinzipientreue: 51

Gruppe von Ahmadinejad: 13

„Unabhängige“: 54

**West-Asarbaijan:**

Städte: 13

Reformer: 23

Prinzipientreue: 22

Gruppe von Ahmadinejad: 9

„Unabhängige“: 24

Ardebil: Städte: 9

Reformer: 26

Prinzipientreue: 10

Gruppe von Ahmadinejad: 2

„Unabhängige“: 12

Isfahan: Städte: 29

Reformer: 56

Prinzipientreue: 70

Gruppe von Ahmadinejad: 12

„Unabhängige“: 23

Ilam: Städte: 4

Reformer: 8

Prinzipientreue: 6

„Unabhängige“: 7

Bushehr: Städte: 11

Reformer: 29

Prinzipientreue: 3

„Unabhängige“: 29

Chaharmahal und Bakhtiari: Städte: 13

Reformer: 30

Prinzipientreue: 14



„Unabhängige“: 22

Süd-Khorassan: Städte: 12

Reformer: 23

Prinzipientreue: 18

Gruppe von Ahmadinejad: 4

„Unabhängige“: 11

Khorassan Rasawi: Städte: 18

Reformer: 43

Prinzipientreue: 38

Gruppe von Ahmadinejad: 8

„Unabhängige“: 19

Nord-KhorassanStädte: 6

Reformer: 17

Prinzipientreue: 7

Gruppe von Ahmadinejad: 2

„Unabhängige“: 8

Khusistan: Städte: 8

Reformer: 27

Prinzipientreue: 3

Gruppe von Ahmadinejad: 2

„Unabhängige“: 15

Sanjan: Städte: 7

Reformer: 25

Prinzipientreue: 3

Gruppe von Ahmadinejad: 1

„Unabhängige“: 15

Sistan und Belutschestan: Städte: 9



Reformer: 33

Prinzipientreue: 4

„Unabhängige“: 14

Fars: Städte: 23

Reformer: 56

Prinzipientreue: 39

Gruppe von Ahmadinejad: 1

„Unabhängige“: 35

Qom: Städte: 5

Reformer: 10

Prinzipientreue: 15

Gruppe von Ahmadinejad: 2

„Unabhängige“: 2

Kurdistan: Städte: 7

Reformer: 9

Prinzipientreue: 5

„Unabhängige“: 23

Kerman: 15 Städte: 15

Reformer: 37

Prinzipientreue: 34

Gruppe von Ahmadinejad: 1

„Unabhängige“: 20

Kermanshah: Städte: 13

Reformer: 43

Prinzipientreue: 27

„Unabhängige“: 17

Golestan: Städte: 11



Reformer: 30

Prinzipientreue: 20

„Unabhängige“: 6

Masandaran: Städte: 20

Reformer: 45

Prinzipientreue: 30

„Unabhängige“: 35

Zentralprovinz: 7 Städte: 7

Reformer: 11

Prinzipientreue: 11

Gruppe von Ahmadinejad: 2

„Unabhängige“: 19

Hamedan: 6 Städte: 6

Reformer: 8

Prinzipientreue: 8

Gruppe von Ahmadinejad: 3

„Unabhängige“: 19

Yasd: 10 Städte: 10

Reformer: 20

Prinzipientreue: 13

Gruppe von Ahmadinejad: 2

„Unabhängige“: 17

Samnan: 4 Städte: 4

Reformer: 6

Prinzipientreue: 6

Gruppe von Ahmadinejad: 2

„Unabhängige“: 12



Hormosegan: 14 Städte: 14

Reformer: 39

Prinzipientreue: 12

Gruppe von Ahmadinejad: 4

„Unabhängige“: 16

Lorestan: 6 Städte: 6

Reformer: 13

Prinzipientreue: 14

Gruppe von Ahmadinejad: 12

„Unabhängige“: 11

Auffallend ist, dass die Gruppe von Ahmadinejad, die sich „Khoshkhedmat“ [gute Dienste] nennt kaum Stimmen erhalten hat. Kargozaraan schreibt über die Gruppe von Ahmadinejad: „Trotz aller Instrumente und Möglichkeiten, die diese Liste hatte, konnte sie nicht gewinnen. Dabei haben die Reformer, obwohl sie kaum über Möglichkeiten verfügten und kaum Medien in der Hand hatten über 40 Prozent der Stimmen in den Provinzen gewonnen.“

Kommunalwahlen in Teheran:

Bei den Kommunalwahlen in Teheran werden 15 Sitze verteilt.

Die Wahlbeteiligung in Teheran lag laut dem iranischen Staatsminister Mostafa Purmohammadi viel höher als beim letzten Mal: Während bei den letzten Kommunalwahlen lediglich ca. 560.000 Stimmen abgegeben wurden, seien dieses Mal mehr als 1.900.000 Teheraner zu den Wahlurnen gegangen.

Die gewählten Teheraner Kandidaten

1) Mehdi Chamran: 603.766 [Prinzipientreue, Hardliner]

2) Mortesa Talai: 539.761 [Prinzipientreue, Hardliner]

3) Rassul Khadem: 427.097 [Prinzipientreue, Hardliner]

4) Abbas Scheybani: 394.457 [Prinzipientreue, Hardliner]

5) Hadi Sai: 384.358 [Reformislamist]

6) Hamse Shakib: 330.233

7) Aliresa Dabir: 306.809

8) Parwin Ahmadinejad [Schwester des Präsidenten]: 249.549 [Hardliner]



- 9) Masume Ebtekar: 232.959 [Reformislamistin]
- 10) Ahmad Massjed Jamei: 216.015 [Reformislamist]
- 11) Mohammad Ali Najafi: 202.700 [Reformislamist]
- 12) Masume Abad: 201.754
- 13) Hassan Bayadi: 200.397 [Prinzipientreue, Hardliner]
- 14) Khossro Daneshjoo: 200.175
- 15) Habib Kashani: 197.284 [Prinzipientreue, Hardliner]
- 16) Abdolqayem Nassehi: 199.839
- 17) Hassan Siari: 188.226
- 18) Massoud Khossrawiwafa: 173.321 [Prinzipientreue, Hardliner]
- 19) Amir Ali Amiri: 160.934
- 20) Bahman Adibsadeh: 158.626
- 21) Mohssen Wafamehr: 154.877

Der reformislamistischen Zeitung Kargozaraan zufolge sind ausdrücklich vier reformislamistische Kandidaten, die der „Etelaafe Bosorge Esslahtalaban“ zugehören“ [die große Koalition der Reformisten] unter den 15 Personen, die in die Teheraner Kommunen gewählt worden sind. 8 von ihnen sind ausdrücklich Hardliner.

Expertenratwahlen

Die reformislamistische Zeitung Kargosaran schreibt: „Während der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2005 konnten sich die Reformer [Linksislamisten] nicht mit den Rechten einigen. Das Reformlager hatte sich auf vier Hauptkandidaten geeinigt: Hashemi Rafsanjani, Mehdi Karrubi, Mostafa Moin und Mohssen Mehralisadeh“. Bei den diesjährigen Wahlen habe man sich auf die „Achse Hashemi Rafsanjani, Seyyed Mohammad Khatemiat und Mehdi Karrubi“ geeinigt, so dass gemeinsame Listen zustande gekommen seien. Daher sei dieses Mal das Bündnis stärker als bei den letzten Präsidentschaftswahlen.

Nach Kargosaran lauten die endgültigen Ergebnisse für Teheran:

Die ersten 10 gewählten Experten sind:

„1) Akbar Hashemi Bahramani, alias Hashemi Rafsanjani [1.564.197]



- 2) Mohammad Aqa Emami alias Emami Kashani [1.027.767]
- 3) Ali Akbar Feys alias Meshkini [1.015500]
- 4) Mohammad Yasdi [970.192]
- 5) Ahmad Jannati [929.403]
- 6) Taqi Mesbah, alias Mesbahe Yasdi, Mentor von Ahmadinejad, [879.883]
- 7) Hassan Rohani [884.190]
- 8) Qorbanali Dori Najafabadi [736.387]
- 9) Mohssen Kaserun, alias Kaseruni [716.828]
- 10) Seyyed Mohssen Aqa Mir Mohammad Ali alias Kharasi [688.212]“

Ca. 46 Millionen Menschen sind bei den Expertenratwahlen und ca. 43 Millionen bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt. Für die Expertenratwahlen sind Iraner ab 18 und für die Kommunalwahlen ab 16 zugelassen. Man schätzt die Wahlbeteiligung auf 63%.

Wie die staatliche Propaganda von den Wahlen profitiert

Der Herausgeber der Zeitung Kayhan Hussein Schariatmadari kommentierte die Wahlen wie folgt: „Die breite Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen weist darauf hin, dass sie die strategischen Linien des Systems unterstützen und die Macht des Staates schützen wollen. [...]

Die Präsenz der Bevölkerung bei den Wahlen zeigt, dass sie sicher davon ausgehen, dass wir ein gesundes Wahlsystem haben. Jede abgegebene Stimme ist eine Stimme, die der Islamischen Republik Iran Legitimität verleiht. Alle Propaganda unserer Feinde, die darauf zielte, die Kluft zwischen der Bevölkerung und der Islamischen Republik zu vergrößern, hat sich als erfolglos erwiesen. [...] Die Bevölkerung ist in einer Zeit präsent, in der Iran auf dem internationalen Parkett Tribut zahlen soll, aber die Drohungen haben bisher zu nichts geführt. [...] Die Amerikaner tun immer so, als ob sie mit ihren Bedrohungen und Sanktionen nicht das iranische Volk meinen, sondern nur die Verantwortlichen der Regierung, aber die Wahlen haben gezeigt, dass die Bevölkerung und das politische System sich nicht auseinander dividieren lassen. Die Regierung kann sich sehr wohl auf die Unterstützung der Bevölkerung stützen und die ganze Propaganda dagegen war wirkungslos. [...] Das Modell der Islamischen Revolution und der Islamischen Republik bleibt ein Modell für andere Völker in der Region. [...] Es ist doch ganz natürlich, dass die Völker der Region bei der Formulierung ihrer Forderungen an ihre Regierungen unsere islamische Revolution als Modell nehmen. [...] Niemand zweifelt an den freien Wahlen in Iran. Sogar der Westen weiß, dass solche Propaganda zu nichts führen kann. Es ist doch klar, dass wenn die Bevölkerung sich so stark an den



Wahlen beteiligt, dass sie ihrem Staat ihre Stimme gibt. Daher wirkt auch die Propaganda der Feinde nicht wenn sie von Menschenrechtsverletzungen und Unfreiheiten sprechen. [..]“

Ex-Präsident Mohammad Khatami lobt Rafsanjani:

„Hier und da könnten Fehler bei den Wahlen auftreten. Das hat was mit dem Wahlsystem zu tun. Aber es wäre doch schade, wenn der süße Geschmack der Teilnahme von 28 Millionen Menschen an den Wahlen verbittert wird. Die Pflicht aller Verantwortlichen des Staates ist der Schutz der Stimmen des Volkes. Es kann sein, dass die Ergebnisse einer Wahlurne annulliert werden müssen, aber wir dürfen doch die Wahlen nicht prinzipiell in Frage stellen. [...] Herr Hashemi Rafsanjani ist eine große Persönlichkeit und seine Rolle in der Revolution ist unbestreitbar. Während der letzten Präsidentschaftswahlen hat man versucht ihn unberechtigterweise schlecht zu machen. [...] Manche Reformer haben sich gegenüber Rafsanjani sehr falsch verhalten. Die Würde der großen Persönlichkeiten muss immer geschützt sein.“

An dieser Stelle muss kommentiert werden, dass Mohammad Khatami erst vor wenigen Wochen „Israel als die wahre Bedrohung für die gesamte Region“ bezeichnete.

Ayatollah Ali Khamenei spricht über die „Bedeutung der religiösen Volksherrschaft“

„ [...] Die feierliche und starke Präsenz der verschiedenen Schichten der Bevölkerung an den Wahlurnen haben am 15. Dezember den Uneinsichtigen und Pessimisten erneut die Bedeutung der religiösen Volksherrschaft gezeigt. Die Macht und das Selbstbewusstsein des iranischen Volkes wurden dabei deutlich. Weder das ungeeignete politische Klima am Tag der Wahlen noch das Klima der psychologischen Kriegsführung, das die Feinde in diesen Wochen geschaffen haben, konnten den nationalen Willen stören. [...] Der göttliche Wille und die Wachsamkeit des Volkes hat die List der Übelwollenden besiegt und hat ein neues Kapitel in dem goldenen Buch dieses frommen und revolutionären Volkes eröffnet. Das starke und vernünftige Verhalten des Volkes und das Pflichtbewusstsein und die Aufrichtigkeit der Verantwortlichen haben dazu geführt, dass dieses Mal die religiöse Volksherrschaft im Vergleich zu den Demokratien in der Welt die gesündeste Demokratie ist und die Partizipation des Volkes im Vergleich mit den westlichen Demokratien am größten ist. Die Ergebnisse der Wahlen beweisen, wie die Bevölkerung die revolutionären Prinzipien teilt. Und ihre wachsende Präsenz vermittelt allen Freunden und Feinden des iranischen Volkes in der ganzen Welt eine deutliche Botschaft, die die Verwurzelung des Volkes mit dem islamischen Staat beweist.“ [...]

Hashemi Rafsanjani: „Ich bitte den Gott, dass ich den Rest meines Lebens neben dem religiösen Führer dem Volk und der Revolution diene.“



„Mit Dank und Lob des erhabenen Gottes hat das Epos des 15-Dezember der gesamten Welt bewiesen, dass dieses mutige Volk auf dem Weg, der von Ayatollah Khomeini eingeschlagen wurde, aufrichtig voranschreitet. Alle Verschwörungen und giftige Propaganda der Feinde werden die Entschlossenheit dieses Volkes nicht beeinflussen, das alle Errungenschaften der islamischen Revolution beschützt.“ Rafsanjani bedankte sich auch bei den Familienangehörigen der Märtyrer, die ihn gewählt haben. [....].

Das ist eine große Belohnung für einen religiösen Schüler, in den 28 Jahren seit dem Sieg der islamischen Revolution den ersten Platz errungen zu haben. [...] Ich bitte den Gott, dass ich den Rest meines Lebens neben dem religiösen Führer dem Volk und der Revolution dienen darf.“

LÜGEN- Antworten auf die Ahmdinejads der Islamischen Republik ⁷⁶³

„Du sagst,

dass die Ermordung des vertriebenen Volkes eine Lüge sei,

dass, Tausende Körper in den brennenden Öfen eine Lüge seien,

dass, die Patrone im Herzen der Mutter, die ein Kind umarmt, eine Lüge sei,

dass der Blick eines Kindes auf den leblosen Körper seiner Mutter, eine Lüge sei,

dass dieses Europa und der lange, kalte, beißende Winter,

dass die nackten Körper dieser loblosen Frauen eine Lüge seien,

dass die giftigen Gasbäder in der Dunkelheit der Nacht eine Lüge seien,

dass die Tränen der verwundeten und verwirrten Kinder eine Lüge seien,

dass diese Reihen der jungen Menschen, der Alten und der Kinder im Kreuzfeuer von Schüssen und Patronen eine Lüge seien,

dass diese Reihen der jungen Menschen, der Alten und der Kinder im Kreuzfeuer von Schüssen und Patronen eine Lüge seien,

dass die verbliebenen Waisen unserer Freunde eine Lüge seien,

⁷⁶³ Dezember 5, 2006, <https://honestlyconcerned.info/2006/12/05/lugen-antworten-auf-die-ahmadinejads-der-islamischen-republik/>



Du sagst,

dass das kalte Gebäude des Konzentrationslagers von Auschwitz und das Getöse der Stiefeln der ungerechten Soldaten eine Lüge seien,

dass das Geschrei und die Klagen von Millionen Juden in Nazis züchtendem Deutschland eine Lüge seien.

Ist aber die Knechtung des iranischen Volkes auch eine Lüge?

Wenn im Namen der Religion die Freunde erhängt werden, ist es eine Lüge?

Schreibfedern werden geköpft, weil Wahrheiten geschrieben werden,

sage,

wenn täglich ein Denkender getötet wird, ist es eine Lüge?

Die iranische Frau, die sich gegenwärtig in einem ungleichen Kampf befindet,

die iranische Frau, die sich gegenwärtig in einem ungleichen Kampf befindet,

sage,

ist es eine Lüge, dass sie in einem dunklen Hijab gehüllt wird?

Sage,

ist es eine Lüge, dass unter Gewalt des Schwertes und Messers

die Freiheit des Iran eingekerkert wird?

Und gut sind die Freiheitsliebenden,

merke dir,

dass das niederträchtige Gerede der unwissenden Herrscher eine Lüge ist.“

„Über die verbotenen alkoholischen Getränke im iranischen Bazar: Alkohol ist verboten aber reichlich vorhanden, zu unterschiedlichen Preisen.“ ⁷⁶⁴

„Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht die Nachricht über die Entdeckung von alkoholischen Getränken erreicht. Und dies in einem Land, in dem Alkohol verboten ist.“

⁷⁶⁴ 09.01.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/01/09/uber-die-verbotenen-alkoholischen-getranke-im-iranischen-bazar/>



Funde: 3.700 Liter in der Wohnung einer Person namens Jahangir in der Provinz Gorgan. 80.000 Liter und die Verhaftung von 18.000 Menschen in diesem Zusammenhang, allein in den letzten 9 Monaten in Gilan. 400 Kisten im Westen Teherans innerhalb einer Woche. 6.000 Kisten in der Provinz Kermanschah in einem Lastwagen. Dem Teheraner Polizeidirektor Sarei zufolge sind neunzig Prozent der Personen, die Alkohol produzieren und vertreiben unter 30 Jahren.“

Alisadeh schreibt, dass insbesondere junge Iraner Alkohol konsumieren. Da es keine staatliche Gesundheitskontrolle der heimlich vertriebenen und oft selbstproduzierten Alkoholgetränke gäbe, würden viele Menschen an den ungesunden Mischungen erkranken und gar sterben.

Die wohlhabenden Mittelschichten würden ausländische Alkoholsorten bevorzugen. Beliebte Marken seien Absolut Red Wodka, Johnnie Walker, französischer Wein und selbstverständlich deutsches Bier. Sogar junge Menschen seien bereit für die ausländischen Flaschen meist mehr als den doppelten Preis zu zahlen.

Es gäbe aber auch billigere Methoden Alkohol zu konsumieren. Beispielsweise seien russischer Wodka, Gin und Cognac verhältnismäßig günstig zu kaufen. In diesem Bereich würden aber besonders viele Mogelpackungen verkauft werden. Gefälschte Marken oder gefälschte „Shampoo-Getränke“ seien zwar billig, aber besonders gesundheitsschädlich. Denn in Plastikflaschen, die tatsächlich wie Shampooflaschen aussehen, würden selbstgemachte, teilweise giftige Sorten verkauft werden.

Es soll schlechte und gute selbstproduzierte Marken geben. Beispielsweise sei eine besonders bekannte Marke „Araq Sagi“ [„Hunde-Schnaps“]. Diese Marke, made in Iran, wird in falschen Plastikbehältern verkauft und von ärmeren Schichten konsumiert. Da meist unklar ist, wie hochprozentig diese selbstgemischten Pullen sind, führt das „Konsumieren dieser Sorten oft zu Erblindungen.“

Besonders berühmt für eine gute Qualität sei der „Scharab Armani“, der armenische Wein, für wenig Geld. Diese Weinsorte wird über Armenien in das Land geschmuggelt. Dennoch gehörten nach wie vor zu den besten im Iran produzierten Weine, der rote Schiras-Wein und der turkmenische Wein. An diesen Orten würde seit Jahrhunderten Wein produziert werden, so dass die Weinsorten in der alten iranischen Dichtung ihren hohen Stellenwert gefunden haben.

Alisadeh zitiert einen iranischen Alkoholschmuggler: „Ich werde diesen Beruf nie aufgeben. Trotz aller Gefahren verdiene ich gut. Schade, dass die Regierung sich an diesem Geschäft nicht beteiligt. In dem Fall könnte die Regierung Milliarden verdienen und wir auch.“

Allein über 500 Schmuggler sollen im letzten Jahr an der irakisch-iranischen Grenze gestorben sein. Diese sollen entweder an den Berghängen mit ihren Eseln verunglückt oder auf Minen gelaufen sein. Die meisten von ihnen sollen von iranischen Pasdaran erschossen worden sein. An dem Verkauf der Alkoholpullen sollen meist junge arbeitslose Menschen beteiligt sein. Diese würden meist für einen



reichen Geschäftsinhaber arbeiten, der den Alkohol heimlich verkauft. Der reiche „Mahdi“, der Geschäftsinhaber sei selbst nicht gefährdet, berichtet ein Jugendlicher. Und auf die Frage, ob er, der die schicken Autobesitzer, die an bestimmten Straßen Schlange stehen, bedient, keine Angst hat, sagte er: „Was soll ich machen? Ich kann nur so meinen Lebensunterhalt bestreiten. Ich war auch schon mal deswegen im Gefängnis. Dann haben andere die Arbeit weiter gemacht. Wir kennen alle Beamten. Die Beamten kann man manchmal sogar mit Kleingeld kaufen. Die wissen selber, dass man es nicht verbieten kann.“

Zwei Reformislamisten verharmlosen die Verhaftungen von iranischen Agenten im irakischen Arbil ⁷⁶⁵

Ataollah Mohajerani, reformislamistischer Ex-Minister für Kultur und islamische Führung, unter Ex-Präsident Khatami spricht von einer gefährlichen Zeit, in der die iranische Politik behutsamer vorgehen müsse.

Shamsolwaezin prophezeit sogar einen harten Winter und einen noch härteren Frühling voraus.

Dieser ist ein reformislamistischer Intellektueller, der Herausgeber verschiedener Zeitungen, wie Jameeh, Neshat und Asre Asadegan war. Diese Zeitungen wurden alle verboten. Dennoch hat Shamsolwaezin einen Konsens mit den iranischen Machthabern, wenn es um die Feindschaft gegen die US-Politik und Israel geht.

Beide kritisieren indirekt die harte Außenpolitik der Regierung von Ahmadinejad, weichen jedoch von der prinzipiell antiamerikanischen Haltung nicht ab.

Zudem verharmlosen beide Reformislamisten die Verhaftungen der iranischen Agenten im irakischen Arbil durch die US-amerikanischen Soldaten. Unter den Verhafteten sollen sich sowohl der Theoretiker der Pasdaran Hassan Abbasi befinden, als auch Mohammad Jafari-Shahroudi, der für die Kurden-Morde in Wien verantwortlich gemacht wird.

[Siehe dazu:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3856&Alias=wzo&cob=265868>]

Der Reformpolitiker Ataollah Mohajerani war unter Präsident Khatami Minister für Kultur und islamische Führung. Er bezeichnet in seinem Artikel den Baker-Hamilton-Bericht als einen strategischen Plan. In dem Bericht werde zumindest auf die Interessen der Palästinenser eingegangen. Dagegen vernachlässige die Bush-Strategie vollständig die palästinensischen Interessen. Bush sage lediglich, dass er mehr Geld für einen größeren Einsatz brauche, zudem sei der Iran eine Bedrohung für die Region. Bush fordere auch die ägyptische, die saudische, und die jordanische Regierung auf sich gegen den Einfluss des Iran zu wehren. Gleichzeitig sei Bush

⁷⁶⁵ 17.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/17/zwei-reformislamisten-verharmlosen-die-verhaftungen-von-iranischen-agenten-im-irakischen-arbil/>



nicht bereit einzugestehen, dass seine Politik im Irak gescheitert sei. Er schlussfolgert, dass der „amerikanische Präsident Bush keine neue Strategie“ verfolge. Er fügt hinzu: „Es kann sein, dass Bush und seine Regierung für neue Krisen sorgen. Die Festnahme der iranischen Diplomaten in Arbil ist ein Anzeichen für neue Krisen. Es ist durchaus möglich, dass die neue Strategie faktisch zu einem Krieg in der Region führt. Ist es eigentlich nötig, dass sich der Iran in einer solchen gefährlichen Zeit mit allen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates und sogar mit arabischen Staaten anlegt und für neue Spannungen sorgt? Nehmen wir doch an, dass Amerika und Israel bemüht sind, die regionalen und internationalen Beziehungen des Iran zu stören. Wir müssen doch darüber nachdenken, was wir tun müssen, um nicht in ihre Falle zu laufen. Es liegt auf der Hand, dass man immer einen Vorwand finden kann, um Widersprüche zu schaffen. In einer solch gefährlichen Periode ist es wichtig, Wege zu finden, wie man die internationalen Beziehungen verbessert.“

Shamsolwaezin ist der Meinung, dass Condolezza Rice bei ihrer Reise in den Mittleren Osten keinen Plan oder Strategie verfolgt, sondern in den „Mittleren Osten gekommen ist, um neue Möglichkeiten für die Umsetzung einer amerikanischen Strategie zu entwickeln. Es mag aber sein, dass sie alte Strategien, wie die der ‚road map‘ wieder neu auflegen will. Rice verfolgt die Achsen-Strategie. [...] Die eine moderate Achse besteht aus Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, die gegen die andere Achse mit Iran, Syrien, Hisbollah im Libanon und Hamas, die als radikal gelten, steht. George Bush setzt seine neue konfrontative Strategie um, indem er das Flugabwehrraketensystem Patriot in der Region installiert und Flugzeugträger in den persischen Golf verlegt. Auch die begrenzten Schritte sind besorgniserregend, wie beispielsweise die begrenzten Operationen gegen die irakischen Interessen, aber konkret auch gegen die iranischen Interessen, wenn das iranische Konsulat in Arbil angegriffen wird.“ Dies alles sei ein Beweis für eine konfrontative Politik der Amerikaner. Der amerikanische Präsident habe auch erklärt, dass er mit dem Flugabwehrraketensystem Patriot allen militärischen Maßnahmen des Iran begegnen werde. Der Reformintellektuelle schlägt vor: „Iran muss seine Außenpolitik ändern. Es sieht nicht so aus, dass die Außenpolitik der neunten Regierung [Regierung von Ahmadinejad] gegenwärtig die nationale Sicherheit des Iran garantieren kann.“ Daher müsse der Iran wieder eine Entspannungspolitik gegenüber Europa und den regionalen Nachbarstaaten betreiben. Er kommt zu folgendem Schluss: „Es sieht so aus, als ob wir einen harten Winter und einen noch härteren Frühling erleben werden. Zudem wird sich einiges wandeln.“



Reformislamistische Kritik an der Konfrontationspolitik der iranischen Regierung ⁷⁶⁶

Während der iranische Präsident die Möglichkeit eines amerikanischen Angriffs auf den Iran für sehr unwahrscheinlich hält, werden seit Sonntag Militärmanöver abgehalten. Speziell handelt es sich dabei um Raketentests.

Gleichzeitig hat der Iran beschlossen die Inspekture der IAEA nicht in den Iran einreisen zu lassen.

Ebenfalls zeitgleich gibt es in letzter Zeit zunehmend auch inneriranische Kritik an der derzeitigen Führung.

Iranische Raketentests

Die Pasdaran haben am letzten Sonntag, dem 21. Januar mit einem dreitägigen Militärmanöver begonnen. Bei diesen Manövern werden die Mittelstreckenraketen Zalzal und Fajr getestet. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Alef berichtet, handelt es sich um das erste Manöver, das nach der Verkündung der UN-Sanktionen durchgeführt wird. Alef schreibt: „Manche Medien haben diese Manöver als Übungen bezeichnet, die nötig ist, um die Treffsicherheit für die Ziele in Israel zu üben. Dabei hat der Westen einen medialen Psychokrieg gegen den Iran begonnen und mit militärischen Angriffen der US-Armee gedroht. Bestimmte politische Kreise der iranischen Regierung haben angekündigt, dass das iranische Militär am Ende der 60tägigen Frist des UN-Sicherheitsrates ein Großmanöver starten wird neue Waffen zur Schau stellen wird. Diese Manöver sollen Mitte Februar stattfinden.“

Inspekture der IAEA dürfen nicht in den Iran einreisen

Alaoldin Borujerdi, Vorsitzender der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des Iran hat angekündigt, dass das „Majless vor einiger Zeit einen Beschluss gefasst hat, der vom Wächterrat abgesegnet worden ist. Darin werden Einschränkungen der IAEA-Inspektionen vorgesehen. Dieser Beschluss ist dann an den Obersten Rat für Nationale Sicherheit geschickt worden, der eine Sonderkomitee gegründet hat, um diese Fragen zu behandeln. Dieses Komitee hat nach langer Untersuchung entschieden, dass die 38 Inspekture der IAEA nicht in den Iran einreisen dürfen. Diese Einschränkung ist auch der IAEA gemeldet worden. [...] Für uns ist es wichtig, dass die Majlessabgeordneten diesen Beschluss gefasst haben, damit diese Maßnahme greifen kann. Für uns ist es gleichgültig welche Nationalität die Inspekture haben, die nicht in den Iran einreisen dürfen.“

In letzter Zeit wird Ahmadinejad auch mal kritisiert:

Ayatollah Montaseri protestiert

Ayatollah Montaseri hat die iranische Regierung vor der „Macht Amerikas“ gewarnt. Er forderte die Regierung auf die „Feinde nicht mehr zu bedrohen.“

⁷⁶⁶ 22.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/22/reformislamistische-kritik-an-der-konfrontationspolitik-der-iranischen-regierung/>



Er fügte hinzu: „Wir wiederholen täglich, dass dies und jenes unser selbstverständliches Recht sei. Gut. Es ist euer Recht. Man muss doch aber sein Recht so fordern, dass nicht noch mehr Schwierigkeiten entstehen. Wir dürfen deswegen niemandem irgendeinen Vorwand liefern. Haben wir eigentlich kein anderes Recht, als das, was diese Herrschaften als unser Recht definieren? Es gibt arme Staaten, die keine Öl- und Gasressourcen haben, dennoch funktioniert ihr Wirtschaftssystem. Aber wir geben unser Geld für so viele sinnlose Sachen aus.

Wir denken dabei an andere Staaten, aber nicht an uns. Die Regierung muss aufhören das Geld für sinnlose Zwecke auszugeben. Die Regierung muss aufhören Reisen zu unternehmen, die dem Volk nicht dienen. Die Öl- und Gasressourcen gehören dem ganzen Volk, und nicht nur wenigen.

Emadol-Din-Baqi protestiert

Vor dem Hintergrund der Entlassung verschiedener reformorientierter Universitätsmitarbeiter und dem wachsenden Druck auf Studenten hat sich Emadol-Din-Baqi zu Wort gemeldet. Er ist Direktor des im Iran arbeitenden „Vereins zur Verteidigung der Rechte der Gefangenen“ und meint die Tatsache, dass Studenten von Staats wegen keine Erlaubnis zum Studium bekommen, würde dem islamischen Gesetz widersprechen und betonte, dass „die Regierung und das Ministerium für Wissenschaft nicht befugt sind mittels ihrer falschen Beschlüsse mit dem Schicksal der Bürger und mit der Psyche der Jugend zu spielen.“ Baqi sprach von einem „irrationalen Radikalismus“, der an den Universitäten vorherrsche. Zudem habe die Regierung keine „Erlaubnis sich gegenüber den Universitäten unnormal zu verhalten. [...] Die Regierung hat die Macht und kann leicht mit dem Schicksal der Bürger spielen und kann in der Gesellschaft Stress verursachen. Die Regierung darf dennoch nicht wie ein aggressives Kind seine Macht gegenüber den Studenten missbrauchen. [...] Die Regierung hat eine falsche Vorstellung von der Gesellschaft. Daher versucht sie die Struktur der Universitäten zu ändern. Sie wollen nur, dass bestimmte ihnen genehme Studenten promovieren, damit später nur diejenigen in den wissenschaftlichen Gremien sitzen, die für die Regierung sind. Auf diese Art und Weise werden wir die Probleme der Universitäten nicht lösen, so werden die wissenschaftlichen Standards der Universitäten immer mehr sinken. Außerdem wird die Stellung der iranischen Universitäten im internationalen Vergleich abnehmen.“

Baqi, Reformislamist, kritisierte auch, dass die Situation der Gefangenen sich unter der Regierung von Ahmadinejad verschlechtert habe. Es gäbe kaum noch Möglichkeiten für Kontaktaufnahme mit den Inhaftierten. Es sei noch nicht einmal mehr möglich, als eine NGO, die reformislamistischen Majlessmitglieder, die eine Minderheit im islamistischen Parlament darstellen, zu treffen. Es gäbe auch keinen Kontakt mehr zu den Regierungsmitgliedern, wie es unter Ex-Präsident Khatami der Fall war.



Journalist darf nicht ausreisen

Taqi-Rahmani, iranischer Journalist [45 Jahre] hat schon mehr als 5000 Tage in Haft verbracht, hebt die Organisation „Reporters sans frontiers“ hervor. Er dürfte im Januar nicht nach Dänemark ausreisen, um dort einen Preis des Internationalen Pen-Clubs zu erhalten. Zudem wurde Kaweh Javanmard, Journalist, vor über einem Monat in seiner Wohnung entführt und an einen geheimen Ort verbracht, wo er offenbar von der iranischen Geheimpolizei verhört wird.

Regierung widerspricht, Khatami dementiert und Ganji kritisiert⁷⁶⁷

Aus dem Iran kommen unterschiedliche Signale, wie weit es eigentlich mit dem Atomprogramm schon gediehen ist. In den letzten Tagen und Wochen wurde sehr unterschiedlich über den Stand der Inbetriebnahme der Zentrifugen berichtet.

Interessant ist auch, dass Ex-Präsident Khatami offensichtlich nicht bereit ist, die Teheraner Holocaustkonferenz zu kritisieren. Dafür kritisiert Akbar Ganji aus dem Exil den angeblichen Sieg von Reformern bei den Kommunalwahlen.

Unterschiedliche Signale über das iranische Atomprogramm

Offenbar wissen die iranischen Machthaber nicht, wie sie das iranische Atomprogramm nach außen verkaufen sollen. Allaoldin Borujerdi, Vorsitzender der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des islamistischen Parlaments, Majless, verriet iranischen Journalisten, dass die „Inbetriebnahme der 3000 Zentrifugen zum Regierungsprogramm gehören.“ Auf die Frage, wann die Inbetriebnahme vollzogen sein wird, antwortete er: „So Gott will, wenn die Zeit dafür reif ist.“

In Hinblick auf die Inbetriebnahme der Zentrifugen zitiert ISNA Borujerdi: „Solange die Zentrifugen nicht aneinander angeschlossen sind, werden wir sicher kein Gas hinein pumpen. Die Zentrifugen werden gegenwärtig aneinander geschlossen. [...] Zwei Kaskaden mit jeweils 164 Zentrifugen sind aneinander angeschlossen worden. [...] Es kann sein, dass der vertrauensschaffende Dialog wieder aufgenommen wird, solange kein Gas in die Zentrifugen hineingeführt worden ist. Ich sage dies, obwohl ich fest davon überzeugt bin, dass alles getan worden ist, damit Vertrauen erweckt wird.“

Offenbar ist Borujerdi der Regierung zu weit vorgeprescht. Prompt dementierte Dr. Mohammad Saidi, Sekretär der internationalen Abteilung der iranischen Atombehörde die Aussagen von Borujerdi und sagte: „Diese Berichte sind nicht richtig. Wir verfolgen unsere Arbeit gemäß unseres Berichtes, den wir der IAEA geliefert haben.“

⁷⁶⁷ 29.01.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/01/29/regierung-widerspricht-khatami-dementiert-und-ganji-kritisiert/>



Dabei hatte der iranische Außenminister schon am 27. Dezember 2007 angekündigt, dass die „3.000 Zentrifugen zur Inbetriebnahme“ bereit stünden.

Majid Mirahmadi, ein Sprecher der Bassiji kündigte an, dass am 6.2.2007 menschliche Ketten um verschiedene iranische Atomreaktoren in den Provinzen Hormuzegan und Isfahan organisiert werden. Auch Schüler, die in den Bassijeeinheiten organisiert sind, werden an den Aktionen teilnehmen.

Indessen berichtete die iranische Nachrichtenagentur Asre Iran, dass Ex-Präsident Mohammad Khatami sich mit dem US-Senator John Kerry getroffen hat:

Khatami dementiert, dass er die Teheraner Holocaust-Konferenz verurteilt hat

Khatami widersprach einem Bericht der israelischen Zeitung Yediot Aharanot, dass er mit dieser Zeitung ein Interview geführt habe und gemeint habe, dass er gerne Israel besuchen wolle, um Moshe Katzaf zu treffen: Khatami dementierte auch, dass er gegenüber der Zeitung, den Holocaust als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet habe. Ein enger Mitarbeiter des Ex-Präsidenten Khatami, Abtahi meldet, dass er mit Khatami während der Davos-Konferenz gesprochen habe. Dieser habe ihm versichert, dass er während seines Aufenthaltes in Davos „niemals einer israelischen oder nicht-israelischen Zeitung ein Interview gegeben habe. Es sei ein teuflisches Spiel der Israelis, die ihn ins schlechte Licht bringen wollten. Er hat auch alles, was er laut der israelischen Zeitung über die Teheraner Holocaust-Konferenz gesagt haben soll, dementiert.“ Die Aharanot hatte berichtet, dass Khatami die Teheraner Holocaust Konferenz verurteilt habe.

Tatsächlich hat Khatami jedoch ein Gespräch mit dem US-Senator John Kerry führt. Gemeinsam haben sie die Politik des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten kritisiert.

Benzin rationiert

Die reformislamistische Zeitung Kargozaran berichtet, dass in vier Provinzen Benzin rationiert worden ist. Es handelt sich um die Provinzen Sistan, Belutschistan, Kurdistan und West-Aserbajan. Voraussichtlich werde der Iran im nächsten Jahr 2,5 Milliarden Dollar Benzin und 1,3 Milliarden Gasoline importiert. Im nächste Jahr müsse der iranische Staat 6 Milliarden Subventionen für den Benzinverbrauch ausgeben.

Der iranische Dissident Ganji greift Reformislamisten an

Wie die Zeitung Asre Iran berichtet, hat Akbar Ganji in einer Rede, die er im Exil gehalten hat, gesagt: „Die Reformen in Iran können nicht mehr von Personen wie Behsad Nabawi vollzogen werden. Es sind neue Kräfte in die Kommunalräte gekommen, die keine Unterschiede zu den Machthabern aufweisen. Reformer, wie Nabawi konnten nichts erreichen. Wehe den Reformern, die als Reformer ins Feld gezogen sind, aber lediglich im Dienste der Machthaber stehen. Nabawi hat mir vor sieben Monaten erzählt, dass mindestens 15 Personen bei den Kommunalwahlen



den Reformern angehören werden. Heute sehen wir jedoch, dass sie auf Personen setzen, die nur äußerlich reformistisch sind. Aber sie werden noch beweisen, dass sie nichts machen können.“ Ganji fragt, ob diese gewählten Reformer jemals in ihrem Leben auch nur einen Satz über Menschenrechte und Demokratie geschrieben haben.

„Das ist die Stimme der Revolution des iranischen Volkes.“

⁷⁶⁸

Am 1.2.1979 kehrte Ayatollah Khomeini in den Iran zurück. Am 16.1.1979 war Schah Reza Pahlavi ins Ausland gegangen. Sein Premierminister Schapour Bakhtiar, ein bürgerlich-liberaler Politiker, übernahm die Macht, erhielt aber keine Unterstützung durch die Bevölkerung, weder von revolutionären Säkularisten noch von den revolutionären Islamisten. Am 11.2.1979 besetzten Revolutionäre die Zentrale der staatlichen Medien. Sie erklärten: „Das ist die Stimme der Revolution des iranischen Volkes.“

Rund zwei Monate später ließ Khomeini in einem Pseudo-Referendum das Volk befragen. Die Iraner konnten sich entweder für oder gegen die Islamische Republik Iran entscheiden.

Seit 28 Jahren nunmehr wird der 11. Februar als der Tag der Revolution gefeiert.

Wie berichtet wird, nahmen in diesem Jahr viel weniger Menschen an den Demonstrationen teil, als angekündigt worden ist. Obwohl Tausende Demonstranten mit Bussen aus dem ganzen Land nach Teheran gekarrt worden waren, nahmen nur „Hunderttausende“ teil. In Teheran leben mindestens 7 Millionen Menschen. Die meisten von ihnen sind zu Hause geblieben.

Im Folgenden werden einige Stellungnahmen iranischer Politiker zu den diesjährigen Demonstrationen dokumentiert.

Kayhan: „Niemand wird zu Hause bleiben.“

Kayhan beklagt zunächst den wachsenden Druck auf die Islamische Republik Iran. Alle Iraner würden sich der „Verschwörungen der Feinde“ widersetzen und an den Demonstrationen des 11. Februar teilnehmen. Kayhan schrieb: „Morgen wird die iranische Bevölkerung in größerer Anzahl als je zuvor an den Demonstrationen teilnehmen müssen. Denn die Iraner werden mehr denn je zuvor bedroht.“ Kayhan schrieb, dass „alle morgen präsent sein werden, [...] und niemand wird zu Hause bleiben.“

Jannati spricht von der islamischen Weltherrschaft und dem Märtyrertod.

Der Vorsitzende des totalitären Organs des Wächterrates, Ayatollah Jannati, spricht von der islamischen Weltherrschaft: „Der Sieg der islamischen Revolution war der

⁷⁶⁸ 15.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/15/das-ist-die-stimme-der-revolution-des-iranischen-volkes/>



Beginn der islamischen Weltregierung. Mit diesem Sieg konnte sich der Islam, unter der Führung eines Wissendenden und eines frommen Kleriker, nach Jahren der Isolation wieder in Szene setzen. Im Schatten des Sieges der islamischen Revolution erfolgte ein Welterwachen, eine neue Philosophie entstand, die ‚nicht östlich und nicht westlich‘ [weder sozialistisch noch kapitalistisch] sein will. Der verstorbene Imam Khomeini betonte, dass dieser Ansatz ein Schlüssel zur Lösung der Probleme dieser Welt sei. Imam Khomeini hat der Menschheit erklärt, dass sie frei sein könne und dies ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Sieges der islamischen Revolution für die ganze Welt.“

Jannati zufolge haben die Anhänger Khomeinis während der islamischen Revolution von 1979 bewiesen, dass sie bereit sind, gegen die Vormachtstellung Amerikas zu kämpfen. Er warnte die arabischen Regierungen vor dem „Tag des jüngsten Gerichts“: „Wir müssen die islamischen Regierungen warnen, dass der Prophet ihnen am Tag des jüngsten Gerichts an den Kragen gehen wird. Sie tun doch nichts gegen das zionistische Regime, das sie umzingelt.“ Für Jannati ist die größte Gefahr, die den Islam bedrohe, die Spaltung der Sunniten und der Schiiten. Dazu sagte er: „Wenn ein solcher Plan realisiert wird, werden der Islam und die Muslime in ernste Gefahr geraten. [...] Und unsere Strafe ist die Tatsache, dass wir Unterdrückung nicht dulden. Wir sind stolz auf den Märtyrertod.“

Khamenei lobt die „Größe des iranischen Volkes“.

Und der religiöse Führer des Iran, Ayatollah Khamenei, sagte: „Der 11. Februar ist der Tag, an dem die Geheimdienste der Amerikaner, der Israelis und der Briten sehr besorgt und verärgert sein werden. Auch in diesem Jahr wird die Bevölkerung zahlreich auf den Straßen erscheinen.“ Der religiöse Führer des Iran meint, dass es nicht vernünftig sei, die Gefahr der Feinde nicht sehen zu wollen, aber es sei auch nicht vernünftig, die „Größe des iranischen Volkes zu unterschätzen.“

Khamenei weiß: „Die guten Feinde wissen, dass jede Form der Aggression dazu führen wird, dass das iranische Volk allseitig reagieren und alle Interessen der Aggressoren weltweit gefährden wird. Wir sind uns sicher, dass niemand so weit gehen wird und so irrational sein wird. Niemand wird seine Interessen einfach gefährden. Dennoch sagen manche Leute, dass der amerikanische Präsident in der Regel nicht gewöhnt ist zu kalkulieren und auch nicht an die Folgen seiner Taten denkt. Aber wir werden sogar solche Leute zur Besinnung bringen. Die amerikanischen Analytiker und die Politikmacher wissen, dass das iranische Volk keine Aggression ohne Antwort dulden wird.“ Zudem lobte er die iranische Luftwaffe und die Iraner, die einen „einheitlichen Glauben, einen Führer und einheitliche Ziele für alle Schichten der Bevölkerung haben.“

Ahmadinejad: „Die Machtdemonstration mancher Staaten ist nicht mehr als nur eine Show.“

Ahmadinejad meint: „Die Machtdemonstration mancher Staaten ist nicht mehr als nur eine Show. Denn alle Völker der Welt seien erwacht und loben den Gott.“ Weiter sagte der iranische Präsident: „Wir sagen ihnen, betrachtet die Geschichte und öffnet die Augen und schaut wohin es geführt hat, als der Pharaon sich dem Moses entgegen stellte, oder wozu es führte, als die Kaiser sich gegen Christus stellten. Sie



wurden vernichtet. Die Islamische Republik Iran ist gegründet worden, um die göttlichen Versprechen zu erfüllen und Gott wird uns helfen. Die islamische Revolution war ein großer Schritt, damit das iranische Volk und die Menschheit einen Höhepunkt ihrer Entwicklung erreichen.“

Ahmadienjad ist davon überzeugt, dass das iranische Volk mit „all seiner Macht die Werte der islamischen Revolution schützen wird.“

Zudem sei die „Herrschaft des Klerus das Rätsel für die Weiterexistenz des iranischen Volkes.“ Ahmadinejad meint: „An der Spitze der Errungenschaften des iranischen Volkes steht die heilige Ordnung der Islamischen Republik, die unter der Führung eines gerechten Klerus steht. Und der Führer setzt den Weg der 12 Imame und der Propheten fort, um dem iranischen Volk Unabhängigkeit und Einheit zu ermöglichen.“ Ahmadinejad ist fest davon überzeugt, dass die „Herrschaft des Klerus im Iran heute die Fortsetzung der Herrschaft Mohammads und der Imame ist.“

Mehdi Karrubi sagt, dass das revolutionäre Bewusstsein aus dem Iran in die gesamte islamische Welt exportiert worden ist.

Die Staatsbeamten müssen sich dem reformislamistischen Politiker zufolge „verantwortlich verhalten, damit die Einheit bewahrt wird.“

Karrubi, der Vorsitzender der „Hezbe Etemade Melli“ ist, der „Partei des nationalen Vertrauens“, bezeichnete die „Einheit als den wichtigsten Faktor des gesellschaftlichen Erfolges, die in allen Dimensionen erhalten bleiben muss. [...] Die wichtigste revolutionäre Parole war, dass das revolutionäre Bewusstsein sich in der gesamten Region durchsetzen muss, was erfolgt ist. Dieses revolutionäre Bewusstsein wurde von Iran aus exportiert, so dass es Wellen in den palästinensischen Gebieten und in der gesamten islamischen Welt schlug.“

Mohammad Khatami sagt, dass der Westen keine andere Alternative hat, als das iranische Atomprogramm anzuerkennen.

Khatami: „Die Unterstützung des iranischen Volkes für die iranische Regierung ist eine gute Gelegenheit, damit die Gesellschaft noch schneller wachsen kann.“ Zudem ist Khatami der Meinung: „Der Westen hat keine andere Alternative als das iranische Atomprogramm anzuerkennen. Und Iran ist auch bereit für jede Form der Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen.“

General der Pasdaran verteidigt die „religiöse Volksherrschaft“.

General der Pasdaran: Seyyed Yahya Rahim Safawi: „Eine der Errungenschaften der Revolution war die Erweckung der freiheitsliebenden Bewegungen auf der Grundlage der religiösen Volksherrschaft und unter der Führung von Imam Khomeini.“ Die religiöse Volksherrschaft sei „global betrachtet eine neue Lektion für die Muslime, die Unterdrückten und Freiheitskämpfer.“ Die islamische Republik sei gar ein „Modell für die Kämpfe, die sich für Gerechtigkeit einsetzen.“ Die Kämpfe würden sich in Ostasien, in Lateinamerika und in Westafrika gegen den US-Imperialismus richten. Außerdem habe der Zionismus durch die Errungenschaften der islamischen Revolution große Niederlagen erlitten: „Die westliche Welt und Amerika werden nichts gegen das iranische Volk ausrichten können.“

Ramin meint, dass die „zionistischen Medien“ den Iranern Angst einjagen wollen.



Mohammad Ali Ramin, Organisator der Holocaust-Ausstellung, bezeichnete die Präsenz der Bevölkerung bei den Demonstrationen als eine „Heldentat.“ Die Bevölkerung sei gekommen, obwohl die „zionistischen Medien, die von der amerikanischen, britischen und israelischen Regierung betrieben werden, der iranischen Bevölkerung Angst einjagen wollen.“

Ramin, der auch vorsitzender der „Weltstiftung für Holocaust“ ist, hatte kürzlich die europäischen Regierungen, insbesondere die deutsche, die österreichische und die polnische aufgefordert alle authentischen Akten und Dokumenten für die Ermordung der europäischen Juden einem „unabhängigen internationalen Komitee zur Wahrheitsfindung, die von der Weltstiftung anhängig ist, zur Verfügung zu stellen,“ berichtet die offizielle staatliche Nachrichtenagentur.

Über das noch gültige Todesurteil gegen Salman Rushdie

769

Amir Mohssen Soltan-Ahmadi ist Reporter der ‚Iranian Quran News Agency‘. In seinem Artikel betont er, dass die islamische „Stiftung der Märtyrer“ auch in diesem Jahr alle Muslime der Welt dazu aufgerufen hat, das Todesurteil gegen Salman Rushdie auszuführen. Rushdie wurde von Khomeini als ein Abtrünniger in Abwesenheit verurteilt. Für Abtrünnige ist im Islam die Todesstrafe vorgesehen.

Auch die staatliche Farsnews hat in diesem Jahr ausführlich betont, dass das Todesurteil gegen Rushdie nicht aufgehoben werden kann und ausgeführt werden muss. In Farsnews wird sogar ein Attentäter, der beim Versuch Rushdie zu töten, selbst umkam, als Märtyrer bezeichnet. Rajanews meint zudem die Schuldigen gefunden zu haben. Selbstverständlich sind es die „Zionisten“, die für Beleidigungen gegen den Islam sorgen. Leser der Rajanews beten indessen in deren Weblog, Gott möge ihnen helfen Rushdie zu töten.

Iranian Quran News Agency fordert die Tötung von Salman Rushdie

IQNA [Iranian Quran News Agency] schreibt, dass die iranische ‚Märtyrerstiftung‘ in einer Erklärung das „historische Urteil von Imam Khomeini gegen Salman Rushdie bestätigte.“ IKNA zitiert aus der genannten Erklärung, dass die „Satanischen Verse von Salman Rushdie eine Manifestation der teuflischen Verschwörungen der globalen Arroganz und des usurpatorischen Zionismus gegen den Islam“ seien.

Iqna zufolge heißt es weiter in der Erklärung der ‚Märtyrerstiftung‘: „Die historische Fatwa des Imam Khomeini gegen den abtrünnig gewordenen Salman Rushdie, zeigt, dass man gegenüber dem Missbrauch der Meinungsfreiheit nicht gleichgültig sein darf. Denn man muss in angemessener Form die Gesetze Gottes umsetzen.“

Weiter heißt es in der Erklärung: „Das entschlossene und revolutionäre Urteil des Imam Khomeini, das dem reinen mohammadanischen Islam entstammt, kann nie

⁷⁶⁹ 20.02.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/02/20/uber-das-noch-gultige-todesurteil-gegen-salman-rushdie/>



revidiert werden und wie der religiöse Führer [Ayatollah Khamenei] sagte: „Das Urteil des Imam über Salman Rushdie steht im Kontext göttlicher Verse und ist genauso wie die göttlichen Verse unveränderbar. In den ‚*Satanischen Versen*‘ werden die Heiligtümer des Propheten in einer unverschämten Art und Weise beleidigt. Der Verschwörer [Salman Rushdie] ist eine gottlose Person. Er glaubt sogar, dass er sich in totaler Sicherheit befindet. Aber sicherlich wird das historische Urteil von Imam Khomeini schließlich dazu führen, dass dieser Ketzer und areligiöse Mensch seine verdiente Strafe erhält. Die Bildung und Erziehung einer solchen Person [Rushdie] ist von den kranken und verführerischen Vorstellungen, die der große Satan Amerika propagiert, beeinflusst worden. Sie werden nie den Islam in Ruhe lassen. Sie beleidigen den Islam immer weiter. Auch in den letzten Monaten wurde in den westlichen Medien der Prophet des Islam beleidigt. Die Feinde des Islam verhalten sich unethisch, was ihre Niederträchtigkeit beweist. Die Bemühungen der Feinde, die Muslime der Welt zu beleidigen, werden dennoch die Einheit der religiösen Menschen nicht erschüttern.“ Die religiöse Erziehung der Muslime werde jedoch keine Beleidigung von religiösen Heiligtümern zulassen und mit einem die Zähne der Feinde brechenden „Widerstand“ antworten.

Farsnews fordert, dass die „moralischen Kinder“ Rushdie töten sollen

Farsnews betitelt seinen Artikel über Salman Rushdie wie folgt:

„Der achtzehnjährige Streit um den abtrünnigen Salman Rushdie, der in seinen Alpträumen Todesängste hat.“

Weiter schreibt Farsnews, dass „obwohl vor 18 Jahren Imam Khomeini eine historische Fatwa gegen den Verfasser der *Satanischen Versen*, Salman Rushdie, verfasst hat, flieht der Abtrünnige, der inzwischen 59 Jahre alt ist und von Todesträumen gequält wird, vor den moralischen Kindern des Imam Ruhollah Khomeini.“

Farsnews druckte das Todesurteil, das am 14.2.1989 verkündet wurde, noch einmal ab. Darin heißt es:

„ [...] Ich erkläre allen stolzen Muslimen weltweit, dass der Verfasser des Buches *Satanische Verse* gegen den Islam, den Propheten und den Koran ein Buch verfasst, gedruckt und veröffentlicht hat. Auch die informierten Verleger solcher Inhalte sind zum Tode verurteilt. Ich fordere die mutigen Muslime auf, überall wo sie diese finden, sie sofort hinrichten, damit sich niemand mehr traut die Heiligtümer der Muslime zu beleidigen. Jeder, der auf diesem Wege stirbt, ist ein Märtyrer, Inshallah, so Gott will.

Darüber hinaus, falls jemand den Aufenthaltsort des Verfassers kennt, ihn jedoch nicht persönlich hinrichten kann, soll er die Bevölkerung informieren, damit dieser [Rushdie] seinen Lohn bekommt.“

Farsnews berichtet weiter, dass infolge von Khomeinis Urteil gegen Rushdie, Mirhussein Mussavi [Ministerpräsident von 1981-1990] den 15.2.1989 als einen „allgemeinen Volkstrauertag“ erklärte. Farsnews betont: „Die westlichen Medien



wollten das Problem so darstellen, dass im Falle einer Reuebekundung von Rushdie sein Todesurteil zurückgenommen wird, aber das Büro von Imam Khomeini reagierte sofort und neutralisierte diese Verschwörung.“

Das Büro von Imam Khomeini gab dann am 18.2.1989 eine Erklärung, „gerichtet an das islamische Volk des Iran und die Muslime der Welt“ ab. Die Erklärung habe sich „auf die Notwendigkeit der Hinrichtung von Salman Rushdie“ bezogen und „dementierte alle Gerüchte, die eine Aufhebung des Urteils verbreiteten.“ In der Erklärung hieß es:

„Die kolonialistischen ausländischen Medien wollen mit Lügen den Verantwortlichen der Islamischen Republik die Behauptung unterstellen, dass falls der Verfasser der *Satanischen Verse* Reue bekundet, sein Todesurteil aufgehoben wird. Dazu hat Imam Khomeini gesagt: ‚Dieses Thema wird hundertprozentig dementiert. Auch wenn Salman Rushdie alles bereut und sogar der größte Asket der Gegenwart wird, ist es die Pflicht eines jeden Muslims mit seinem gesamten Lebenseinsatz und mit dem Einsatz seines gesamten Eigentums ihn zur Hölle zu jagen. Wenn ein Nicht-Muslim in Erfahrung bringt, wo er sich befindet, und wenn er ihn schneller als ein Muslim töten kann, ist es die Pflicht aller Muslime, ihm alles zu zahlen, was er zur Vollendung dieser Tat braucht.‘ “

Farsnews setzt seinen Bericht damit fort, dass am 28. Februar 1989 das Majless [islamistisches Parlament] in einer außerordentlichen Sitzung bekannt gegeben habe, dass die Beziehungen zu England überdacht werden müssen, weil die britische Regierung nicht eindeutig zu den „*Satanischen Versen*“ Stellung bezogen habe. Farsnews zufolge habe damals der „britische Außenminister sein Bedauern darüber geäußert, dass die *Satanischen Verse* erschienen“ sind. Er habe sogar erklärt, dass „seine Regierung keine Verantwortung für die Veröffentlichung des Buches“ trage. Zudem habe sich die „britische Regierung nicht offiziell und öffentlich bei den Muslimen entschuldigt.“ Am 7.3.1989 habe dann die iranische Regierung alle „ihre politischen Beziehungen zu England abgebrochen.“

Nach Farsnews haben auch 46 arabische Staaten, die Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz sind, am 16.3.1989 die „*Satanischen Verse*“ scharf verurteilt. In einer Resolution beschlossen die islamischen Regierungen, sich Khomeini unterzuordnen und haben das Buch „des Abtrünnigen Salman Rushdie verboten.“ Daraufhin beriefen „zunächst 14 europäische Staaten ihre Botschafter von Teheran ab. Wenig später waren sie verschämt gezwungen, ihre Botschaften wieder zu öffnen. Salman Rushdie lebt seit der Verkündung des Urteils von Imam Khomeini unter Schutz von Scotland Yard, der britischen Polizei. Man schätzt, dass seine Schutzmaßnahmen jährlich etwa 10 Millionen Pfund kosten.“ Farsnews schreibt, dass Prinz Charles zufolge Salman Rushdie „sehr teuer für den britischen Steuerzahler“ ist. Auch British Airways habe Rushdie bis 1998 nicht mehr befördert. Und Air Canada habe erklärt, dass der Transport von Rushdie für die kanadische Fluggesellschaft unmöglich sei. Rushdie habe dennoch auf eine weitere



Veröffentlichung seines Buches nicht verzichtet und habe weiterhin in den Vereinigten Staaten die „*Satanischen Verse*“ neu verlegt.

Farsnews schreibt: „Salman Rushdie hat in einem seiner letzten Bücher auf sein schlimmes Leben nach der Veröffentlichung der *Satanischen Verse* hingewiesen. Er erinnert in seinem Buch daran, wie sein italienischer Übersetzer von italienischen Muslimen schwer verletzt wurde, sowie an die Tötung des japanischen Übersetzers seitens japanischer Muslime und zudem an die Hinrichtung seines norwegischen Verlegers. Rushdie schreibt: ‚Der Tag, an dem mein norwegischer Verleger erschossen wurde, war einer der schlimmsten Tage meines Lebens. Damals änderte Rushdie allein in zwanzig Tagen 13 Mal seinen Schlafplatz. Sein Leben wurde ihm zur Hölle, so dass seine Frau ihn verließ. In den Medien wurde er als ein feiger Mensch bekannt. Einige Monate nach der Fatwa von Imam Khomeini konnte sich ein junger Libanese, Mostafa Masej, in einem Hotel niederlassen, wo Salman Rushdie untergebracht war. Die Bombe explodierte jedoch, bevor die Operation begann. Und Mostafa wurde bei dem Versuch der Hinrichtung Salman Rushdis zum Märtyrer. Rushdie lebt in den letzten Jahren in Amerika und leitet den amerikanischen Pen-Club, der von der amerikanischen Regierung kontrolliert wird.“

Die westlichen Medien hätten mehrfach erklärt, dass das Todesurteil von Salman Rushdie seitens der iranischen Regierung zurückgenommen worden sei, was immer wieder sofort von Ayatollah Khamenei zurückgewiesen worden sei. Farsnews schreibt, dass „das Urteil Khomeinis auch nach dessen Tod nicht revidierbar“ sei. Schließlich habe im Jahr 2004 Ayatollah Khamenei die „Notwendigkeit der Hinrichtung Salman Rushdis betont.“

Farsnews fährt fort: „In den letzten 18 Jahren haben Rushdie und seine Unterstützer immer wieder versucht den Muslimen zu widerstehen, damit vielleicht das historische Urteil gebrochen oder geschwächt wird. Aber sie haben nichts erreicht. Und die Muslime der Welt warten immer noch auf ihre Gelegenheit, um ihre revolutionäre und gesetzliche Pflicht zu tun.“ Viel Geld sei ausgegeben worden, aber „niemand konnte etwas anderes erreichen, als das Todesurteil, das ihm bescheinigt worden war.“ Farsnews: „Der 59-jährige Salman Rushdie muss in aller Ewigkeit Todesträume haben und vor den moralischen Kindern von Ayatollah Khomeini fliehen.“

Rajanews glaubt, dass die Zionisten das Maß der Beleidigungen erhöhen

Es ist erwähnenswert, dass in einem der drei Rushdie-Artikel, die in den letzten Tagen in Rajanews erschienen sind, beklagt wurde, dass der iranische Botschafter in Mexiko öffentlich Positionen bezogen habe, die das Urteil Khomeinis relativierten. Mehr dazu wurde leider nicht ausgeführt.

Nachdem die generelle Meinung vertreten wird, dass deutsche und italienische Fernsehanstalten in den letzten Jahren mehrfach den Islam beleidigt hätten, wird behauptet, dass die westliche Politik von „Zionisten“ gesteuert werde. Rajanews schreibt, dass „zionistische Kreise eine Verschlechterung der Beziehungen des Iran zu anderen Ländern, insbesondere zu westlichen Staaten anvisierten. Der beste Weg, um die Beziehungen krisenhaft zu machen, war Pläne zu schmieden, wie diese



Länder die Heiligtümer der Islamischen Republik beleidigen könnten. Zumal die iranische Regierung und das iranische Volk gegenüber den Beleidigungen nicht tatenlos bleiben können.“ „Kolonialistische und zionistische Kreise“ würden Salman Rushdie vor den Protesten der islamischen Welt schützen. Mit Hilfe von westlichen Handlangern würden die „Zionisten das Maß der Beleidigungen erhöhen. Der Autor des Artikels mutmaßt, dass „Psychologen kolonialistischer westlicher Organisationen davon ausgehen, dass wenn man die Heiligtümer eines Volkes beleidigt und wenn man ihre Proteste unterdrückt, sie bald gezähmt werden und sich ergeben.“

Ayatollah Khomeini habe „jedoch das Problem gelöst, so dass keiner mehr bereit ist, sein Leben aufs Spiel zu setzen. Insgesamt habe das Todesurteil Khomeinis zwar die Konfrontation der westlichen Welt mit dem Iran herbeigeführt, aber dennoch sei dadurch verhindert worden, dass noch größere Probleme entstünden. Denn obwohl der Westen immer wieder versuche das Problem herunterzuspielen, traue sich kein Schriftsteller oder Verleger mehr, den Islam zu beleidigen. Khomeini habe mit seinem Todesurteil die „Wurzel der Beleidigungen“ ausgetrocknet. Ganz gleich, ob Salman Rushdie bei einem Terroranschlag stirbt oder wenn selbst dies nicht gelingen sollte, ist er nur noch ein toter Mensch. [...] Diejenigen, die eine Aufhebung des Todesurteils fordern, tun dies nicht, weil ihnen das Leben Rushdis teuer ist. [...] Sie wollen nur erreichen, dass die Heiligtümer des Islam in Zukunft noch mehr beleidigt werden. [...] Inzwischen haben die Pfarrer des Weißen Hauses auch damit begonnen, die Heiligtümer des Islam zu beleidigen. Sie bereiten wohl gemeinsam mit den Zionisten und dem Weißen Haus einen Krieg gegen die islamische Welt vor und haben dabei vergessen, wie das Urteil wegen Beleidigung des Islam aussieht. Es handelt sich um ein Urteil, das nicht immer wieder neu ausgesprochen werden muss. Denn jeder Muslim fühlt sich verpflichtet einem solchen Urteil zu folgen.“

Rajanews veröffentlichte ebenfalls den Wortlaut des Todesurteils Khomeinis und schreibt, dass der „Befehl Imam Khomeinis in Hinblick auf die Notwendigkeit der Hinrichtung Rushdis so machtvoll war, dass er heute nach 18 Jahren nicht ohne Schutzmaßnahmen leben kann.“

In einem Weblog von Rajanews äußerten sich einige Leser zu Khomeinis Fatwa. Zwei Beispiele: „Als ein junger Mensch ist es mein tiefer Wunsch, dass ich eines Tages den Befehl meines Führers ausführen kann.“ Oder ein anderer iranischer Weblogger sagte: „Sicherlich werden wir eines Tages den Befehl unseres Führers ausführen und den abtrünnigen Salman Rushdie in die Hölle jagen. Wenn ich diese Arbeit machen dürfte, würde ich Gott jeden Tag eine Million Mal danken. Inshallah“.

Dariche news site monierte, dass Salman Rushdie bei seiner letzten Reise nach Österreich gegenüber den Medien „seine Macht zur Schau stellt und in einem sehr unhöflichen Ton davon gesprochen hat, dass die Auswirkungen der Fatwa von Imam Khomeini abgenommen“ hätten. Dies äußere sich darin, dass er ohne Schutz auftreten könne. Die iranische Nachrichtenwebsite beklagte, dass sozialdemokratische Politiker sich mit Rushdie getroffen haben.



Studenten fordern die Hinrichtung der britischen Soldaten

770

Einige Medizinstudenten der Teheraner Universität protestierten gegen die ursprünglichen Pläne der Freilassung der Britin, Faye Turney. Auf Plakaten forderten sie, die britischen Soldaten hinzurichten, da im Iran auf Spionage die Todesstrafe stehe. Diese Soldaten seien offensichtlich Spione.

Zuvor hatten auch Bassiji-Studenten die Todesstrafe für die britischen Soldaten gefordert. Faktisch sind die britischen Soldaten jedoch Geiseln des Iran.

„Wir können auch illegal handeln“

Der religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei, sagte: „Die Feinde wollen die Einheit des Wortes im Iran zerstören, in dem sie ethnische, religiöse und gewerkschaftliche Probleme als Vorwand nehmen. Sie wollen sogar in der gesamten islamischen Welt religiöse Konflikte herbeiführen und einen Krieg zwischen den Schiiten und den Sunniten entfachen, um die islamische Welt zu spalten.“

Und in Hinblick auf das iranische Atomprogramm sagte der religiöse Führer des Iran:

Iran hat bisher gemäß der internationalen Vereinbarungen gehandelt, um die iranische Atomforschung voranzutreiben. Wenn sie aber illegal handeln, in dem sie den UN-Sicherheitsrat gegen den Iran instrumentalisieren, dann haben sie das selbstverständliche Recht des Iran nicht beachtet. Indem Fall können wir auch illegal handeln und das werden wir auch tun.“

Er kennt auch die „Feinde des Iran“: „Der Weltzionismus und die gegenwärtige US-amerikanische Regierung sind das Symbol des äußeren Feindes des Iran.“

Khamenei ist der festen Überzeugung, dass die „liberale Demokratie immer mehr erschüttert wird.“ Die Islamische Republik Iran sei in Lateinamerika besonders beliebt, die amerikanische Regierung sei dagegen die „Manifestation des Terrorismus und der Menschenrechtsverletzungen.“

„Zwangsgeständnisse von britischen Soldaten“⁷⁷¹

Jafar Puye, iranischer Autor, verurteilt in einem Artikel in der Exilwebsite Iranpressnews die Geiselpolitik des iranischen Regimes. Er sagt, dass das iranische Regime die britischen Soldaten als Geiseln erniedrigt, um von der Niederlage seiner Diplomatie abzulenken. Inzwischen haben zwei britische Soldaten sich im iranischen Fernsehen entschuldigt, fälschlicherweise in iranische Gewässer eingedrungen zu sein. Nach Faye Turney hat Natahn Thomas Summers dem unerträglichen Druck der iranischen Drohungen nachgegeben. Beide sind gezwungen worden die Unwahrheit

⁷⁷⁰ 29.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/29/iranische-studenten-fordern-die-todesstrafe-fur-die-britischen-geiseln/>

⁷⁷¹ 30.03.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/03/30/zwangsgestandnisse-von-britischen-soldaten/>



zu sagen. Wie Satellitenbilder belegen haben die britischen Soldaten das irakische Gewässer nicht verlassen. Als der folgende Artikel veröffentlicht wurde, war erst Faye Tueny, im Stile der stalinistischen Schauprozesse, im iranischen Fernsehen vorgeführt worden.

„Eine niederträchtige Vorführung“

„Die hässliche und niederträchtige Vorführung der Verhaftung der britischen Militärs im Fernsehen des Regimes der Islamischen Republik und der offensichtliche Zwang, der den Soldaten auferlegt worden ist, damit diese Geständnisse ablegen, hat eine Welle von Hass in der gesamten Welt entfacht.

Das Regime der Islamischen Republik hat die Verhafteten gezwungen im Fernsehen auszusagen, so dass eine von ihnen schließlich „gestanden“ habe. Sie hat eingestanden, was die ekelregende Propagandapolitik ihr vorschrieb. Es handelt sich um eine Methode, die seit Jahren in den iranischen Gefängnissen praktiziert wird. Die politisch, gesellschaftlich und menschenrechtlich aktiven Iraner und Iranerinnen kennen diese Methoden seit Jahren und waren die ersten, die darunter litten.

Die Tatsache, dass eine verhaftete Soldatin nun gezwungen wird Eingeständnisse zu machen, während Angst und Schrecken in ihren Augen sichtbar sind, hat dazu geführt, dass die ganze Welt diese Methoden kennen lernt.

Das Regime der Islamischen Republik, das die verhafteten Personen in dieser Show zwingt Reue zu bekennen, will in Wirklichkeit seine diplomatische Niederlage vertuschen. Immerhin hat der UN-Sicherheitsrat inzwischen zwei Resolutionen und Sanktionen gegen den Iran ausgesprochen, so dass der Iran die Flucht nach vorne übt. Das Regime flieht vor Fragen, die das iranische Volk ihm täglich stellt. In der Tat hat das Regime keine Antwort auf die Fragen.

Das Regime versucht mit der Schau der britischen Geiseln auf einer Welle der Krisen zu schwimmen, die nun nach der diplomatischen Niederlage erfolgen werden. Sie wissen ganz genau, dass im Falle der Fortsetzung der Atomkrise und des mangelnden Gehorsams des Iran gegenüber der internationalen Gemeinschaft die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Intervention wachsen wird. Daher versucht das Regime seine Macht zu demonstrieren, indem es die britischen Soldaten erniedrigt. Aber das Regime ist nicht mehr als ein Papiertiger, der in einen Sturm gerät.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass das iranische Volk für den Bumerangeffekt solcher Politik zahlen wird. Die Politik eines Regimes, das dauernd neue Krisen erzeugt, verschlimmert die Lage des Landes täglich.“

Übergelaufener iranischer General und die britischen Geiseln ⁷⁷²

Die Geiselnahme der 15 britischen Soldaten wurde von einem iranischen Politiker im Zusammenhang mit dem in Istanbul verschwundenen General der revolutionären

⁷⁷² 02.04.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/04/02/ubergelaufener-iranischer-general-und-die-britischen-geiseln/>



Garden, Ali Reza Askari gebracht. Nachdem der Ex-General Askari offenbar in den Westen übergelaufen ist, versucht die iranische Regierung nun eine neue Rechnung aufzumachen, indem die Freilassung der 15 britischen Geiseln mit dem Fall des Überläufers verknüpft wird.

Zudem sollen die 15 britischen Geiseln verurteilt werden, falls es bewiesen wird, dass diese absichtlich in den Iran eingedrungen seien. Das Urteil für Spionage kann nach iranischem Gesetz ein Todesurteil bedeuten. Gleichzeitig räumen iranische Politiker die Freilassung der 15 britischen Geiseln ein, falls die britische Regierung sich bei der iranischen Regierung entschuldigen würde.

Während im Irak immer wieder iranische Militäreinheiten wegen Unterstützung der Aufständischen verhaftet werden, geht die iranische Regierung immer mehr in die Offensive.

Bassiji-Studenten werfen Steine auf die britische Botschaft in Teheran

Ein übergelaufener Iraner und die 15 Geiseln

Ein hoher iranischer Beamter, General Askari, Stellvertreter eines ehemaligen Verteidigungsministers, ist Anfang Dezember 2006 übergelaufen und soll inzwischen mit westlichen Geheimdiensten zusammenarbeiten.

Mohammad Nabi Rudaki, Mitglied in der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des Iran, stellt nun die Geiselnahme der 15 britischen Soldaten in einen neuen Zusammenhang. Rudaki behauptet indessen, dass eine 35-jährige Britin und ein 40-jähriger Brite den hohen iranischen Beamten aus einem türkischen Hotel entführt hätten. Rudaki bekräftigte, dass die 15 britischen Soldaten keine Geiseln des Iran seien, aber dennoch müsse sehr wohl geklärt werden, was mit Askari passiert sei.

Rudaki fuhr fort: „Ein Mitarbeiter des iranischen Verteidigungsministers ist von den Briten mit Hilfe der Amerikaner und der Israelis verhaftet worden.“

„Freiwilliges Geständnis“

Jawad Arian Manesh, Mitglied der Kulturkommission des islamistischen Parlaments, Majless, sagte, dass der „UN-Sicherheitsrat all zu schnell zugunsten der britischen Aggressoren Position bezogen habe und daher an Glaubwürdigkeit verloren“ habe. Der Iran habe vollkommen gemäß des internationalen Rechts gehandelt, als die bewaffneten Briten in den Iran eingedrungen seien. Die britischen Soldaten hätten immerhin selber der britischen Regierung widersprochen. Die iranische Regierung müsse endlich alle britischen Versuche, im Iran zu spionieren, unterbinden. Das iranische Volk habe die koloniale Rolle der Briten in seinem „historischen Gedächtnis“ fest gespeichert.

Ein Kommentator der Mehrnews psychologisiert, dass die „Aufregungen und diese unermessliche Sensibilität von Tony Blair zeige, wie zerbrechlich die Lage der britischen Regierung ist.“ Iran habe die britische Regierung aufgefordert, sich zu



entschuldigen, aber man wolle „den Iran zwingen“ die Soldaten sofort frei zu lassen. Aber der Iran habe Großbritannien „in Schach“ gehalten.

Nachdem der iranische Botschafter in Russland angekündigt hat, dass die britischen Soldaten „bestraft werden, falls es bewiesen wird, dass sie illegal in das iranische Gebiet eingedrungen sind“, hat sich die Lage weiter verschärft.

Auch Mohammad Reza Bahonar, Mitglied des Majless, ist der Meinung, dass die „Britten verurteilt werden, falls es bewiesen wird, dass sie absichtlich in das iranische Gewässer eingedrungen sind. Wenn aber bewiesen wird, dass sie nur einen Fehler begangen haben, müssen sie sich lediglich entschuldigen und der Fall ist dann erledigt.“

Die iranische Regierung versucht auch die britischen Soldaten nicht nur gegenüber dem iranischen Volk lächerlich zu machen, sondern auch gegenüber der ganzen arabischen Welt:

Die britischen Soldaten haben im arabischsprachigen iranischen Sender Alalam.ir und im staatlichen iranischen Fernsehen IRIB erneut ausgesagt. Felix Carman sagte, dass er „die Wut über den Eintritt in das iranische Gewässer versteht.“ Carman erklärte, dass sie 450 Meter weit im iranischen Gebiet verhaftet worden seien.

Kapitän Chris Air wurde offenbar gezwungen vor einer Landkarte genau die Route zu zeigen, auf der sie angeblich in das iranische Gewässer geraten sind.

Die Geiselpolitik wird als eine Verteidigungsstrategie verbrämt

Hassan Firusabadi, General der Bassiji-Einheiten, meint, dass die Verhaftung der Briten dem „iranischen Volk eine Freude“ bereitet habe. Gott habe im Koran gesagt, dass – hier sinngemäß zusammengefasst – die frommen Muslime im Jihad gegen Ungläubige ihre Macht zeigen werden. Daher werde man den Koran, den Islam und die Herrschaft des Klerus, sowie die Interessen des Iran verteidigen.

Iranpressnews berichtete, dass im Irak erneut mindestens 12 Personen, die Mitglieder der revolutionären Quds-Einheiten der iranischen Armee sein sollen, verhaftet wurden. Insgesamt sollen mehr als 300 Mitglieder der iranischen Armee im Irak verhaftet worden sein.

Britische Soldaten frei. Iranische Frauen verhaftet. ⁷⁷³

Die britischen Soldaten sind freigelassen worden, nachdem der britische Premierminister dem Iran ein Ultimatum von 48 Stunden gesetzt hatte.

⁷⁷³ 05.04.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/04/05/britische-soldaten-frei-iranische-frauen-verhaftet/>



Als Grund für die „Amnestie“ gab Präsident Ahmadinejad das „jüdischen Passah Fest und das Osterfest“ an. Er sprach von einem „menschlichen und islamischen Schritt“ der unternommen worden sei.

Indessen wird aber auch spekuliert, dass stillschweigend ein Gefangenenaustausch stattgefunden haben könnte. Dies wird von beiden Seiten dementiert.

Und während die Freilassung der britischen Soldaten gefeiert wird, verschlechtert sich die Menschenrechtslage im Iran. Zwei Aktivistinnen der Frauenbewegung wurden in das berüchtigte Ewinggefängnis geführt, weil sie gegen Frauendiskriminierung aktiv waren.

Der religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei, genehmigte aus Gründen der oben genannten religiösen Festlichkeiten, einen Antrag des Justizministers, Mahmoud Hashemi Shahroudi, auf Hafterleichterung. Dieser hatte für 1553 Gefangene Haftmilderung gefordert, was der Gipfel des Zynismus ist.

Britische Soldaten dürfen wieder nach Hause.

Ahmadinejad ist traurig

Omid Memarian diskutiert in seinem Artikel das Ultimatum von Tony Blair, der dem Iran lediglich 48 Stunden Zeit gegeben hatte, bis ernsthafte Reaktionen folgen würden.

Memarian zitiert die These eines iranischen Wissenschaftlers, Karim Sajadpur, der die iranische Regierung scharf kritisierte, da diese zwar davon ausgehe Europa mit der Verhaftung der britischen Soldaten diszipliniert zu haben, aber das Gegenteil sei der Fall. Denn Europa und die USA seien gegenüber dem Iran nicht mehr gespalten und hätten ein gemeinsames Bündnis geschmiedet. Ahmadinejad habe aber schließlich eine Show inszeniert.

Memarian schreibt, dass sowohl die Iraner als auch die westlichen Instanzen einen Gefangenenaustausch dementiert hätten, dennoch gäbe es solche Vermutungen. Diese seien von der Tatsache genährt worden, dass Jalal Sharafi, der stellvertretende Botschafter des Iran, der vor einigen Wochen in Bagdad verhaftet worden war ein Tag vor der Freilassung der britischen Soldaten freigelassen wurde.

Memarian zitiert den iranischen Geheimdienstminister wie folgt: „Diese zwei Vorgänge haben nichts miteinander zu tun. Das Irak-Problem hat nichts mit dieser Geschichte zu tun. Der Iran hat auf der Grundlage der islamischen Barmherzigkeit, so wie der Präsident es betont hat, diese Maßnahmen getroffen. Das war ein Geschenk an das englische Volk. Es gab keinen Austausch.“

Der iranische Geheimdienstminister wollte Memarian zufolge auch nichts über das Verschwinden eines Amerikaners auf der Insel Kish wissen. Der Iran bemühe sich weiterhin um die Freilassung der übrigen im Irak verhafteten Iraner, wobei die Amerikaner bisher keine „effektiven Schritte“ unternommen hätten.



Ahmadinejad ist nicht traurig

Frau Fariba Saraf ist eine Journalistin, die für Roozonline schreibt.

Sie zitiert Ahmadinejad, der sagte: „Diese Militärs und diese britischen Soldaten sind wie alle anderen Völker, als Menschen verehrens-wert.“ Ahmadinejad sei für den Frieden, für anhaltende Sicherheit und für Gerechtigkeit unter allen Menschen. Ahmadinejad: „Wir sind wirklich traurig, dass junge Engländer zum Militär gehen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und dann Tausende von Kilometern entfernt von ihrer Heimat illegale Handlungen zu begehen. Wir sind deswegen traurig.“

Fariba Saraf schreibt, dass genau in dieser Zeit, in der Ahmadinejad seine Trauer bekundete, zwei Frauen, Aktivistinnen der Frauenbewegung in Teheran in die Gefängniszellen gebracht worden, wo die kanadisch-iranische Journalistin Zahra Kazemi unter den Tritten und Schlägen von „gerechten“ Verhörbeamten zu Tode gekommen war.

Saraf zufolge sind Nahid Keshawars und Mahbube Husseinsadeh schon am Montag, den 2. April 2007 verhaftet und offenbar zwei Tage verhört worden. Am 4. April, am Tag der Freilassung der britischen Soldaten, habe auch Shirin Ebadi, Anwältin der iranischen Frauenbewegung gesagt: „Sie haben uns nicht [ins Gerichtsgebäude] reingelassen. Niemand wollte uns antworten. Wenn sie noch nicht einmal eine Anwältin ins Gerichtsgebäude einlassen, dann kann man tatsächlich jede Form von illegalen Handlungen erwarten.“ Ebadi zufolge sind die Frauen in den berüchtigten Abschnitt 209 des Evin-Genfängnisses gebracht worden. Die Richter hätten zwar zuvor gesagt, dass die Frauen gegen Kautio-n fre-i kommen könnten, diese seien jedoch schließlich in den Abschnitt 209 des Evin-Gefängnisses geführt worden.

Und da Ahmadinejad religiöse Gründe, wie das Passahfest, den Ostern und ein islamisches Fest als Ursache für die Freilassung der britischen Soldaten geliefert hatte, stellt Fariba Saraf fest, dass offenbar solche Gründe nicht für die jungen Iranerinnen gelten würden, die gerade letztlich ohne Grund in den schlimmsten Kerker geführt wurden. Und sie stellt fest, dass Ahmadinejad zwar traurig sei, dass junge Briten vom britischen Militär ausgenutzt werden würden, aber offenbar sei er nicht traurig, dass junge Iranerinnen, die gegen die Frauendiskriminierung gewaltlos ins Gefängnis kommen. Sie schreibt: „Und Herr Ahmadinejad scheint wegen der Verhaftung der Frauen keineswegs traurig zu sein.“

Nahin Keshawars und Mahbube Husseinsadeh wurden ins berüchtigte Evin-Gefängnis geführt, weil sie Unterschriften für die Frauenrechtskampagne sammeln wollten.

„Iran könnte auch illegal handeln“

Die Freilassung der britischen Soldaten wurde in jelveh-sobh-Weblogg wie folgt kommentiert:

„Die Freilassung der britischen Soldaten war sicher eine erfreuliche Nachricht, aber dennoch waren die Form der Verhaftung, die Vorwürfe, die Geständnisse im Fernsehen, die staatlichen Befehle, die Warnungen des iranischen Botschafters in Russland, die darauf folgenden Dementi, die Proteste der Bassiji und einiger



Studenten, die Forderungen nach Hinrichtung der Geiseln, die Warnungen vor Beendigung der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zwischen England und dem Iran, die Forderung der britischen Regierung an den UN-Sicherheitsrat, sich um die britischen Soldaten zu kümmern und die Verurteilung des Iran seitens des UN-Sicherheitsrates, das Ultimatum des britischen Premierministers an Iran, die Pressekonferenz von Ahmadinejad und die Medaillenverleihung für das mutige Verhalten eines Offiziers der Revolutionären Garden, sowie die Amnestie für die Soldaten knapp einen Tag vor dem Ablauf des Ultimatums durch Ahmadinejad, zeigen die Angst und äußerste Schwäche des Regimes und nicht dessen Verteidigung der nationalen Interessen und dessen Macht. Die Herrschenden im Iran stellen ihre Angst und Furcht zur Schau. Sie beweisen, dass sie nicht in der Lage sind mit politischer Vernunft die Spannungen zu verringern. Im Gegenteil wurde damit der ganzen Welt gegenüber bewiesen, dass wir mit einem üblen und rebellischen Staat zu tun haben, der eine Bedrohung für den Frieden und für die ganze Menschheit darstellt.

Das war die erste illegale Handlung von Ali Khamenei, nachdem er davor gewarnt hatte, dass auch der Iran illegal handeln könnte.“

Die Diktatur lobt die Opposition ⁷⁷⁴

Die politischen Analysen in westlichen Staaten zur der Ankündigung des Iran, 3000 Zentrifugen in Betrieb genommen zu haben, fallen sehr unterschiedlich aus. Die einen sehen, dass der Iran ein ernstes sicherheitspolitisches Problem für Europa wird. Die anderen dagegen gehen davon aus, dass es eine reine atomare Kraftmeierei sei und daher keine reale Gefahr davon ausgehe.

Fakt ist, dass der Iran sich offenbar nicht in die Karten schauen lässt. Noch nicht einmal die IAEA kann bis heute sicher sagen, ob die 3000 Zentrifugen erfolgreich laufen. Denn in diesem Fall könnte in der Tat der Iran in die Lage kommen, binnen weniger Monate ausreichend hoch angereicherten Brennstoff für die Atombombe zu bauen.

Mohammad Imani macht in seinem Kommentar mehrere Punkte deutlich: Der Iran werde verhandeln, aber nicht über sein Atomprogramm und er werde nur aus der Position einer Atommacht verhandeln. Die Logik ist einfach. Der Iran will seine Verhandlungsposition als Atommacht stärken. Im Klartext heißt dies, dass der Westen nicht nur den iranischen Atomstaat, sondern auch die islamistische Diktatur akzeptieren müsse, wenn auch unter Zwang. Iran kann sich eigentlich nicht auf Lorbeerblättern ausruhen, dennoch prahlt der Kommentator mit einer Reihe von Erfolgen, die der Iran in den letzten Jahren hatte.

Iran werde verhandeln, aber nur wenn der Westen die Anreicherung von Uran akzeptiere. Dies bedeutet schließlich, dass der Westen das Potential des Baus einer iranischen Atombombe hinnehmen müsse, um mit dem Iran verhandeln zu können.

⁷⁷⁴ 11.04.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/04/11/die-diktatur-lobt-die-opposition/>



Wie diese Logik der Diktatur in Zukunft durchbrochen werden kann, wird hier nicht diskutiert.

Besonders interessant ist, dass der Kommentator der Zeitung Kayhan sogar mit dem Konsens der islamistischen Hardliner und der Opposition angibt. Kayhan gilt als ein Sprachrohr des religiösen Führers des Iran.

„Duell mit einer Waffe, ohne Munition“

Mohammad Imani, Kommentator der Zeitung Kayhan, beschreibt die Entwicklung des iranischen Atomprogramms wie folgt:

„Die außerordentliche Geschwindigkeit und die explosionsartigen Schritte, die der Iran innerhalb der letzten zwei Jahren unternommen hat, sind so stark, dass die feindlichen amerikanischen und britischen Regierungen kaum die Möglichkeit haben, effektiv zu reagieren. Betrachtet, was im letzten Jahr geschehen ist. Der Schock über die erfolgreiche Installation einer Kaskade mit 164 Zentrifugen war noch gar nicht überwunden, als eine noch größere Nachricht wie eine Bombe explodierte. Iran hat 3000 Zentrifugen in Betrieb genommen, diese mit Gas injiziert und damit den Schritt in die industrielle Produktion von atomarem Brennstoff vollzogen. Die Weltmächte und die Öffentlichkeit haben sich schon daran gewöhnt, sich alle paar Wochen überraschen zu lassen.“

Die Weltmächte und der UN-Sicherheitsrat seien so „wütend“ geworden, hohnt Imani, dass niemand mehr ihre Reaktionen ernst nehmen kann. Er fährt fort:

„Nun ergreift der Iran die Initiative und handelt effektiv. Drei UN-Resolutionen innerhalb von 7 Monaten wurden gegen den Iran verabschiedet. Und dennoch haben diese mitnichten das Verhalten der iranischen Regierung beeinflusst. Man kann die Situation mit einem Duell vergleichen. Sie haben die Waffe gezogen. Leider hat aber ihre Waffe keine Munition. Drei Resolutionen, 1696, 1737, 1747 wurden innerhalb von drei Monaten verabschiedet. Jede Resolution setzte ein Ultimatum. Es war alles genau wie eine Waffe ohne Munition. Ping. Das war alles!“

Zwar hätte die „Propagandamaschinerie der Weltmächte“ versucht, ein Problem mit dem Namen der „atomaren Krise des Iran“ zu schaffen, aber für den Iran sei alles nicht weniger als eine „große atomare Gelegenheit“. Imani meint, dass es nur so „schien, als ob der Iran sich mit seinem Problem gefährde, denn in dieser bedrohlichen Stimmung, gab es eine Menge von Chancen, die sonst später gekommen wären.“ Die Entwicklung des Atomprogramms im letzten Jahr habe bewiesen, dass unter Druck der „Wille zur nationalen Einheit“, die sich gegen die Aggressionen der Feinde herausbilde, „stählern“ sei.

Imani macht sich über die westlichen Reaktionen lustig und schreibt: „Das Rätsel des Atomkonflikts mit der Front der Weltmächte liegt darin, dass die Feinde denken, dass die iranische Einheit unter Druck auseinander bricht, dass die Iraner sich unter Angstzuständen leidend gegenseitig bekämpfen und somit den roten, breiten Teppich für die Fremden ausbreiten.“ Aber das Gegenteil sei der Fall gewesen.

Imani gibt sogar mit der iranischen Opposition an und schreibt: „Sogar die Oppositionsgruppen, ganz gleich, ob sie sich Druck fühlen oder freiwillig handeln,



haben die Methoden der Islamischen Republik gelobt. Es handelt sich um einen sehr seltenen und vorher nie da gewesenen Konsens.“

In den letzten zwei Jahren sei der Iran immer mächtiger geworden, während die anderen immer schwächer geworden seien, so Imani. Es sei inzwischen jedem klar, dass der UN-Sicherheitsrat nur „ein schrecklicher Dracula“ sei, der jedoch schon tot sei.

Jeder Iraner, im Ausland und im Iran dürfe sich fragen, was eigentlich die drei Resolutionen bewirkt hätten, meint der Autor. Nach einem Jahr sei die Gruppe 5 plus 1 erst zu dem Schluss gekommen, dass man minimale Sanktionen ausüben wolle. Nachdem jedoch der iranische General Mohammad Baqer Solfaqar in Russland Gespräche geführt hatte, musste sogar Associated Press melden, dass die Reise des Generals „die Ineffektivität der Resolution 1747 bewiesen habe.“

Sogar die „iranische Propaganda in der Welt“ sei so stark, dass die Medien der Feinde keine andere Lösung sehen würden, außer die iranische Perspektive zu übernehmen.

Er schreibt: „Nachdem vorgestern die Inbetriebnahme der 3000 Zentrifugen in Natanz erklärt wurde, erklärte das deutsche Fernsehen, dass das „Problem der atomaren Technologie und Urananreicherung in Iran sich zu einer nationalen Frage entwickelt hat. Der Iran werde auf sein Atomprogramm nicht verzichten. Es ist wichtig, dass wir nun ganz schnell einen Dialog mit dem Iran führen, damit das Potential des iranischen Atomprogramms friedlich bleibt. Wir müssen sehr schnell einen Vertrag mit dem Iran schließen, um dessen Atomprogramm langfristig zu kontrollieren. Es sieht so aus, als ob wir nicht rechtzeitig dem Iran unsere Vorschläge unterbreitet haben. Vielleicht haben wir nicht beachtet, dass die einheitliche Meinung über die Frage des Atomprogramms im Iran so stark ist. Wir können nicht die Erniedrigung des Iran fordern, sondern müssen mit den Iranern sprechen.“

Gleichzeitig soll die französische Nachrichtenagentur folgendes geschrieben haben: „Die Inbetriebnahme der 3000 Zentrifugen ist letztlich die Grundlage eines Gesprächs, das Iran und Europa bei der nächsten Dialogrunde haben werden.“ Dies alles würde die neutrale Reaktion Europas zeigen, mit Ausnahme von Großbritannien. Sean McCormack, Sprecher des amerikanischen Außenministeriums habe in einer Pressekonferenz großen Widerspruch von Journalisten bekommen. Sogar amerikanische Journalisten hätten dem Sprecher des US-Außenministeriums vorgehalten, dass die Iraner nie auf die amerikanischen Tricks hereinfallen würden und ihre Arbeit machen würden, meint Imani zu wissen.

Imani schreibt: „Der Puls der Krise ist in der Hand des Iran.“ Dies habe sogar die CIA eingestanden. Ein CIA-Experte habe bereits in Hinblick auf die Verhaftung der britischen Soldaten gesagt, dass der Iran auf einen Dialog und sein Atomprogramm bestehe. Die Iraner hätten klar gemacht, dass der Westen mit überraschenden Reaktionen konfrontiert werde, falls der Westen das iranische Atomprogramm nicht hinnehme.



Imani zitiert eine französische Agenturmeldung, wonach sogar die Berater des US-amerikanischen Präsidenten, Bush, sich gegen ihn gestellt haben. Das Verhalten des amerikanischen Präsidenten habe dazu geführt, dass die „USA reihenweise Niederlagen einstecken“ müsse. Newsweek habe sogar davor gewarnt, dass der Iran einen Dominoeffekt herbeiführen könnte, sprich: die militärischen US-Einheiten müssten infolge dessen nicht nur Irak, sondern auch Afghanistan, Spanien und gar Philippinen räumen.

In der irakischen Stadt Najaf haben laut Imani am letzten Wochenende über zwei Millionen Menschen demonstriert. Diese seien auf die Straße gegangen, um gegen die USA zu demonstrieren. Imani zitiert erneut eine englischsprachige Zeitung, Daily Telegraph, die geschrieben haben soll, dass „Iran potentiell die Führung der irakischen Schiiten übernommen habe.“ Und Ayatollah Sistani, der irakische Führer der irakischen Schiiten, sei in Iran geboren und spräche arabisch sogar mit einem persischen Akzent.

Imani meint, dass „Amerika seine gesamte Munition verschossen hat. Nun ist es der Iran, der in der schockierten Welt intelligente Entscheidungen trifft, wie man die „Achillesferse der großen Mächte treffen kann.“ Iran habe noch viele Möglichkeiten, um weitere Entscheidungen zu treffen.

Weblogger: Die Islamische Republik Iran ist ein „legitimer Staat“⁷⁷⁵

Der auch hierzulande bekannte Blogger, Hussein Derakhshan, berichtet von der Teilnahme an einer Konferenz des Aspen-Instituts. Derakhshan begründet im folgenden, warum und wie er auf der Konferenz die „Legitimität der Islamischen Republik Iran“ verteidigt habe. Derakhshan sieht keinen Unterschied zwischen den westlichen Demokratien und dem iranischen Regime, da aus seiner Sicht, die Menschenrechte überall verletzt werden.

„So, ich bin wieder zurück. War eine interessante Konferenz. Natürlich war die Konferenz anders als ich ursprünglich angenommen hatte, nicht offen und frei für alle, leider herrschte dort das Prinzip von Chatham House Rule. Daher ist es nicht erlaubt über die Teilnehmer und Anwesenden zu berichten. Und wenn über die Konferenz berichtet wird, darf man nicht den Namen oder andere Eigenschaften der Teilnehmer bekannt geben. Daher kann ich auch nicht erzählen, was die anderen genau erzählen. Ich kann aber über meine eigenen Ausführungen und zu den allgemeinen Reaktionen einige Erläuterungen liefern.

In Anbetracht der Tendenzen, die das rechts orientierte Aspen-Institut hat und in Anbetracht der Tatsache, dass der neokonservative Ex-Direktor, Jeffry Gedmin, seit neuestem Direktor von Radio Farda geworden ist, ist es selbstverständlich, dass ich zu einer Minderheit gehört habe. Die Veranstalter der Konferenz haben mir erzählt, dass einer ihrer Verbindungsleute mich zur Teilnahme an der Konferenz

⁷⁷⁵ 23.04.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/04/23/weblogger-die-islamische-republik-iran-ist-ein-legitimer-staat/>



vorgeschlagen hat. Andere Berater hatten jedoch empfohlen mich nicht einzuladen. Derakhshan sei eine „controversal person“, am besten übersetzt man dieses Wort mit aufrührerisch? Daraufhin haben die Veranstalter gesagt, besser geht es nicht. Genau das wollten sie haben. Denn es habe doch keinen Sinn, wenn ein paar Leute, die ohnehin gleicher Meinung sind, miteinander einen Dialog führen und diskutieren. Meine Rede über die Zivilgesellschaft im ersten Panel am zweiten Konferenztag, hat jedoch einige verärgert. Ich habe gesagt, dass die Islamische Republik nach den Krisen am Ende der [Regierungs-] Zeit von Rafsanjani verstanden hat, dass das Volk eine Rolle spielen muss. Daher hat die Regierung Khatami, mit einer impliziten Zustimmung von Khamenei [Führer] damit begonnen das Bewusstsein über die Zivilgesellschaft zu erweitern. In den acht Jahren Regierungszeit von Khatami wurden Tausende Nichtregierungsorganisationen, die in unterschiedlichen Bereichen tätig sind, gegründet. Sie wurden vom Staatsministerium der Reformregierung unterstützt.

Aber seitdem die Amerikaner verstanden haben, dass sie vom existierenden Potential der Zivilgesellschaft im Iran profitieren können, gerieten viele dieser Institutionen unter den Druck des iranischen Informationssystems. Ich habe [auf der Konferenz] gesagt, dass dieser Druck gewachsen ist, seitdem das Auswärtige Amt der Niederlande eines seiner 15 Millionen Euro Projekte, die dem Pluralismus der Medien dienen sollten, an das neokonservative Freedom House, das einen sehr schlechten Namen hat, vergeben hat. Und seitdem es sich herausgestellt hat, dass Teile der amerikanischen Regierung offiziell den zivilen Ungehorsam im Iran unterstützen und dabei das Ziel des Regimewechsels verfolgen, ist der Druck gestiegen. Und seitdem amerikanische Institutionen in verschiedenen Teilen der Welt, wie z.B. in Dubai, Werkstätten zum Sturz der [iranischen] Regierung gründeten, verstärken die Hardliner und Pessimisten des iranischen Informationssystems ihren Druck auf die gesamte Zivilgesellschaft, besonders wenn sie Zeugen der offenen Berichterstattung von amerikanischen und europäischen Journalisten sind.

Beispielsweise habe ich [auf der Konferenz] gesagt, dass das Institut, das sich ‚Koneshgaran‘ nennt, geschlossen wurde. Dessen Direktor heißt Sohrab Rasaqi, der im Staatsministerium eine hohe Verantwortung trug. Er war auch ein Vertrauensmann des Informationsministeriums [Geheimdienst] und der Regierung. Dennoch wurde das Institut im letzten Monat verboten, nachdem es mehrere Jahre offen war. Und obwohl Rasaqi selbst gesagt hat, dass das Auswärtige Amt und das Informationsministerium des Iran zuvor alle Verträge des Instituts mit den europäischen Institutionen kannten und die finanzielle Unterstützung abgesegnet hatten. Oder nehmen wir das Beispiel Shadi Sadr. Auch sie hatte die Regierung vollständig informiert. Dennoch wurde ihr Familienberatungsinstitut geschlossen. Sie wurde kürzlich verhaftet, obwohl sie eng mit einem Büro des Justizministeriums gegen die Todesstrafe und Steinigungen aktiv war.

Ich habe in Tat gesagt, dass die Ausnutzung der iranischen Zivilgesellschaft zur Durchführung eines Regimewechsels seitens der Amerikaner, das ganze Regime ernsthaft in Gefahr gebracht hat.



Wenn ich ehrlich bin, endeten alle Diskussionen damit, dass die Anwesenden, bis auf zwei oder drei Personen, ihre gesamte Argumentation und Analyse auf die unausgesprochene Hypothese aufbauten, dass die Herrschaft der Islamischen Republik nicht legitim sei. Ich habe diesen Punkt bestritten. Ich habe gefragt, mit welchen juristischen Argumenten denn oder auf der Grundlage welcher ethischer Maßstäbe man zu dem Schluss kommen könne, dass die Islamische Republik nicht über eine Legitimität verfüge. Ich habe sie gefragt, wie denn sie ihre Schlussfolgerungen aus solchen Annahmen ziehen können?

Ich habe ihnen gesagt, dass wenn man argumentiert, dass die Islamische Republik Iran ihre Legitimität verliert, weil sie die Menschenrechte ihrer Bürger verletzt, dann müsste man mit dem selben Argument auch viele andere Staaten als illegitim bezeichnen, obwohl Ihr [Westen] mit ihnen gute Beziehungen pflegt. Pakistan, Saudi-Arabien, Ägypten, Türkei, Jordanien, Vereinte Arabische Emirate verletzen doch die Menschenrechte mehr als der Iran. [sic!] Sogar Amerikas Legitimität könnte mit einer solchen Argumentation aufgehoben werden, gerade wegen des Gesetzes des USA Patriot Act und wegen der Maßnahmen, die nach dem 11.9 getroffen wurden, und wegen Guantanamo und Abu Ghareib usw.

Und [ich habe gefragt] warum Ihr, wenn Ihr mit Demokratie argumentiert, so vielen Staaten, die überhaupt kein Wahlsystem haben, Legitimität verleiht, aber im Falle des Iran anders argumentiert, weil etwa im Iran die Wahlen nicht vollständig frei sind?

Wenn ihr juristisch argumentiert, dann muss man doch sagen, dass die Islamische Republik ihre Legitimität von der Mehrheit der Bevölkerung bekommt. Zwei mal wurde ihre Verfassung zur Wahl gestellt. Bis heute nimmt die Mehrheit der iranischen Bevölkerung an den stattfindenden Wahlen teil.

Schließlich wurde ein nicht-iranischer Teilnehmer vor Wut rot. Seine Lippen, sein Gesicht und seine Hände zitterten. Er fragte mich dann, wer ich sei, woher ich käme, dass ich so etwas behaupten würde? Ich müsse beweisen, dass ich kein Agent des Regimes sei.

Das war sehr interessant. Ich habe überhaupt nicht erwartet, dass ein studierter und zivilisierter Mensch sich so über eine ihm widersprechende Meinung ärgert. Ich habe ihn gefragt, ob er mich denn verhören wolle? Dann habe ich gewitzelt, dass Ja, dass er einen richtigen Verdacht hatte. Ich habe ihn gefragt, ob er den Scheck über eine Million Euro, den Khamenei persönlich für mich unterschrieben hat, sehen will. Dann habe ich ihm erklärt, dass die Islamische Republik mein Weblog seit drei Jahren filtere, weil sie gerade zu wenig Geduld mit meinem Weblog hat. Ich habe ihm gesagt, dass ich, als ich im Iran war, wegen meiner Schriften, verhört wurde, und dass ich sogar gezwungen wurde, einen Reuebrief zu unterschreiben. Ich kann noch nicht einmal in den Iran zurückkehren, weil ich eines der größten Tabus gebrochen habe und nach Israel gereist bin. Ich habe gesagt, dass wenn das israelische Informationssystem den kleinsten Verdacht bekommen hätte, ich nicht zwei Mal eine Einreiseerlaubnis bekommen hätte.

Ich habe gesagt, dass ich selbst Opfer der Ungeduld dieser Regierung bin. Dennoch können solche Dinge nicht die Legitimität der Islamischen Republik Iran vernichten.



Genauso wie Guantanamo, Abu Gharreib und die Katastrophe des Irak nicht die gesamte Legitimität des amerikanischen Systems in Frage stellen kann.

Ich habe von dieser Konferenz gelernt, dass die Diskussionen immer so enden. Und diese Leute waren auch deswegen verärgert, dass jemand ihre Hypothese der Illegitimität der Islamischen Republik bestritten hat. Das ist eine große Schwäche in der gesamten Argumentation der Gegner der Islamischen Republik. Denn wenn man auf ihre Schwächen hinweist, ärgern sie sich, weil sie keine Antwort haben.

Jedenfalls war es insgesamt sehr gut. Und die Veranstalter waren auch zufrieden, weil im Gegensatz zu den meisten Konferenzen, in denen alle Teilnehmer dieselben Positionen teilen, dieses Mal unterschiedliche Meinungen geäußert wurden.“

Zensur und Selbstzensur ⁷⁷⁶

Seit über einem Monat dauert der Kampf der iranischen Regierung gegen nicht islamische Bekleidung an. In manchen Provinzen des Iran wurden offizielle Statistiken veröffentlicht, die Roozonline veröffentlichte.

Demnach seien insgesamt 14635 Männer und Frauen in 10 iranischen Provinzen verhaftet worden. Rund 67.000 Menschen seien verwarnt worden.

Der folgende Text behandelt die Probleme der Zensur und der Selbstzensur. Es ist eine Zusammenfassung eines Artikels von Issa Saharkhis.

Reports für Ayatollah Khomeini

Nach Issa Saharkhis sollen die Medien im Iran prinzipiell den Machtinstanzen im Staat dienen. Schon Ayatollah Khomeini habe stets darauf bestanden auch freitags [Feiertag] einen Nachrichtenreport zu erhalten. Saharkhis ist der Meinung, dass sich das Problem der Zensur und der Selbstzensur nach dem Tod des ersten Revolutionsführers Ayatollah Khomeini verschärft habe.

Saharkhis, der selbst schon in den 80er Jahren als Journalist gearbeitet hat, schreibt, dass in den ersten Jahren der Revolution die Informierung der politischen Führung im Vordergrund stand. Besonders wichtig waren beispielsweise Berichte über die „Kämpfer und Märtyrer“ des achtjährigen Krieges gegen den Irak [1980-88]. Er weiß, dass in den 80er Jahren auch Berichte und Analysen über Probleme wie „Prostitution und Ungleichheit in ärmeren Provinzen, wie Sistan und Beluchestan“ verfasst wurden, die von den staatlichen Instanzen nicht gern gesehen wurden. In dieser Zeit durften soziale und ökonomische Probleme offenbar gar nicht benannt werden.

Saharkhis vertritt die eindeutige Position, dass man „gar nicht erwarten darf, dass es eine freie, unabhängige Presse im Iran gab und gibt, die keinem Befehl folgt.“

⁷⁷⁶ 30.05.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/05/30/zensur-und-selbstzensur/>



Minister für islamische Führung verbietet das Schreiben über die staatlichen Repressionen

Saharkhis zufolge werden im Iran nicht nur die UN-Menschenrechtscharta in Hinblick auf das Presserecht und Meinungsfreiheit verletzt, sogar die eigene Verfassung werde nicht eingehalten. Beispielsweise habe Herr Safar Harandi, Minister für islamische Führung, die iranischen Journalisten mit „Drohgebärden gewarnt über den Kampf gegen die schlechte Bekleidung“ zu schreiben. Und ein hoher Mitarbeiter des Ministeriums in Sanjan habe sogar die „kritischen Journalisten als „listige Tiere bezeichnet, die in Wunden kratzen.“

Zensur und Selbstzensur

Saharkhis stellt fest, dass nicht nur die Regeln des Journalismus und der Meinungsfreiheit im Iran verletzt werden, sondern „Zensur und Selbstzensur beherrscht die Medien des Landes.“ Zudem würden Websites und Weblogs zensiert und Exil-Radio- und TV-Stationen werden mit Hilfe von Störsendern blockiert.

Laut Artikel 24 der iranischen Verfassung seien die Medien frei, so lange sie sich innerhalb der islamischen Prinzipien bewegen. Worin eine Verletzung des islamischen Gesetzes liege, werde wiederum vom staatlichen Gesetz definiert.

Das Pressegesetz sei 1985, während des Krieges gegen den Irak formuliert worden. Gegenwärtig würden „Angst und Schrecken das politische Klima beherrschen. In einem Gefängnis, das sich Iran nennt, herrschen Zensur und Selbstzensur. Journalisten dürfen noch nicht einmal ins Ausland reisen. Die Gefängnisse warten auf sie,“ schreibt Saharkhis.

Der Minister für islamische Führung sei der Meinung, dass „nicht das Gesetz und nicht der Gesetzgeber, sondern die Regierung und die Regierungsinstanzen festlegen, was bestraft wird.“ Es sei die Regierung, die nach „dem eigenen Geschmack und politischen Interessen bestimmt, was gedruckt und veröffentlicht werden darf. Die Lage ist so schlimm, dass sich gegenwärtig sieben oder acht verschiedene Instanzen direkt in die inhaltliche Themenwahl der Medien und der Zeitungen und Zeitschriften einmischen. Sie üben derartigen Druck aus, dass die Chefredakteure automatisch Selbstzensur ausüben.“ Er schreibt weiter: „Mindestens neun Instanzen und spezifische Organe üben direkten und indirekten Druck auf Journalisten und Zeitungsdirektoren aus.“ Er nennt die folgenden staatlichen Organe, die täglich für die direkte Zensur der Print- und Internetzeitungen zuständig sind:

„1] Der Oberste Rat der nationalen Sicherheit.

2] Die Medienvertreter des Ministeriums für Kultur und islamische Führung.

3] Das Informationsministerium.

4] Das Büro für Beobachtung der Medien.



5] Die Teheraner Staatsanwaltschaft, insbesondere die zuständige Stelle für Sicherheitsfragen.

6] Die Mediengerichte der Judikative.

7] Eine spezielle Expertengruppe, die für die Pressebeobachtung in der klerikalen Akademie von Qom zuständig ist.

8] Die besondere Einheit innerhalb der Ordnungskräfte in den Provinzen und in Teheran.

9] Die ernannten Verantwortlichen in den Provinzen.

Zu den genannten Stellen muss man das Expertenteam von der Zeitung Kayhan und von den parallel existierenden Sicherheitsorganen nennen.“

Saharkhis zufolge werde Druck insbesondere bei spezifischen Themen, wie Atomprogramm, steigende Inflation oder Proteste der Lehrer ausgeübt. In einem Fall soll ein Staatsanwalt sich direkt eingemischt haben und eine Zeitung aufgefordert haben ein Photo herauszunehmen, das die Wahlfälschung als Thema hatte.

Konkret soll sich erst kürzlich ein Mitarbeiter des Ministeriums für islamische Führung in Bezug auf das Treffen von Ali Larijani mit Solana direkt eingemischt haben. Dabei sei „in Paragraph 4 des iranischen Mediengesetzes explizit verboten worden, dass staatliche Instanzen auf die Medien Druck ausüben.“

In einer neuen Fatwa hat der Revolutionsführer Ali Khamenei gesagt: „Die Kontrolle der Massenmedien muss dem Führer der Muslime unterstehen. Die Medien müssen dem Islam und den Muslimen dienen. Sie müssen der Publikation der wertvollen göttlichen Schriften dienen. Die Medien müssen der geistigen Entwicklung der islamischen Gesellschaft, der Lösung ihrer Probleme, ihrer Einheit und der Brüderlichkeit zwischen den Muslimen etc. dienen.“

Erinnerungen an den iranischen Revolutionsführer

Ayatollah Khomeini ⁷⁷⁷

Am 3. Juni 1988 starb der Revolutionsführer Ayatollah Khomeini, dessen achtzehnter Todestag in diesem Jahr gefeiert wurde.

⁷⁷⁷ 05.06.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/06/05/erinnerungen-an-den-iranischen-revolutionsfuhrer-ayatollah-khomeini/>



Der 5.6.1963 zählt als der Beginn der khomeinistischen Bewegung im Iran. Damals protestierte Khomeini gegen das Schahregime, was seine Verbannung aus dem Iran zu Folge hatte.

Im Folgenden werden Auszüge aus Zeitungskommentaren und Reden ausgewählter Politiker zusammengefasst, übersetzt und dokumentiert.

Ahmadinejad glaubt, dass „wir bald Zeugen der Zerstörung Israels sein werden.“

Am Sonntag, dem 3.6.2007 wurde der 18. Todestag von Ayatollah Khomeini gefeiert. Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad sprach:

„Wenn wir in einem Satz Imam Khomeini beschreiben, müssen wir sagen, dass er die Manifestation aller guten Dinge und Werte war.“ Im militaristischen Grundton setzte der Präsident fort:

„Der Imam glaubte, dass wer an Gott glaubt, niemals besiegt werden kann.“

Er fuhr fort: „Der Imam hat immer an die Armen gedacht. Er litt für das iranische Volk genauso wie für das libanesische, palästinensische und für die afrikanischen Völker. Der Imam gab den Menschen Würde und sagte stets, dass die Menschen nicht erniedrigt werden dürfen. [...] Es ist doch wahr, dass die Afrikaner unschuldige Menschen sind, die von den Unterdrückern und reichen Menschen ausgebeutet werden. Dieselben Unterdrücker propagieren, dass Afrika arm und rückschrittlich ist. Mit ihrer Propaganda bezwecken sie, dass niemand an die Rechte der Afrikaner denkt.“

Ahmadinejad meint, dass mit der Unterstützung des Volkes und dank Gottvertrauen alle aggressiven Mächte gezwungen wurden „vor dem iranischen Volk in die Knie zu gehen.“ Er sagte: „Heute folgen auch das palästinensische Volk im Libanon und die islamischen Länder dem Weg des Imam. Sie haben das zionistische Regime und seine Unterstützer gezwungen vor den Kindern des Libanon und Palästinas in die Knie zu gehen. Sie müsse ihre Rechte respektieren. [...] Dank der Arbeit der Libanesen und der Palästinenser läuft der Countdown für die Zerstörung Israels. So Gott will, werden wir bald Zeugen der Zerstörung Israels sein. Jeder der sich für Gott bewegt und an den Willen des Volkes glaubt, wird immer siegen, das war das Denken Khomeinis.“ Er meinte weiter, dass die „Mächte nicht den Lehren der Propheten folgen“ würden, daher würden sie „Kriege entfachen und todbringende Waffen bauen.“

Ähnlich wie die realsozialistische Propaganda bezog sich Ahmadinejad auf die „Freiheit der Völker.“ „Die Völker der Welt sind jedoch aufgewacht und kämpfen für Gerechtigkeit, Moral und Monotheismus. [...] Wir befinden uns in einer Übergangsphase. [...] Wir bewegen uns auf eine strahlende und helle Periode zu. So Gott will, werden die aggressiven Mächte zusammenbrechen.“



Fars News Agency berichtete, dass Präsident Ahmadinejad gesagt habe, dass „der Weg des Imam Khomeini der Weg zur Freiheit der Völker sei.“ Zudem warnte er das libanesische Volk vor einer Aufgabe des Kampfes gegen Israel: „Gott bewahre euch vor einer Versöhnung mit dem zionistischen Regime und dessen Unterstützer.“ Dann warnte er auch die israelische Regierung: „Wenn ihr noch einmal einen Fehler macht und erneut einen Krieg gegen das unschuldige libanesische Volk führt, müsst ihr davon ausgehen, dass die Wut der Völker in der Region sich in einen Sturm verwandeln wird und eure verfaulten Wurzeln zerstören wird.“

Khatami spricht über Tausendundeine Nacht

Ex-Präsident Mohammad Khatami sprach: „Die Geschichte der Menschenkenntnis ist wie die Geschichten über Tausendundeine Nacht, die irgendwo von irgendjemandem gesungen worden ist.“ [...] „In einem Zeitalter, in dem die Menschenrechtsparen einen Menschen taub machen, besitzt der Mensch weder Würde noch verfügt dieser über die elementarsten Rechte, die ein Mensch haben müsste. Für manche Menschen wird leider nur die Willkür, die ihnen auferlegt wird, als ihr Menschenrecht bezeichnet.“ ISNA schreibt, dass sie auf die Lage im Irak und in Palästina eingegangen sei und hervorgehoben habe, dass „manche Staaten sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen und dadurch menschliche Katastrophen schaffen. Dies sei die größte Missachtung der menschlichen Würde.“ Khatami wird zitiert: „Die Ewigkeit des Islam beruht auf der Tatsache, dass der Islam immer eine Antwort auf die Fragen der Zeit hat. Eines der wichtigen Themen von Imam Khomeini, das vernachlässigt worden ist, ist die Fähigkeit des Islam auf alle komplizierten Fragen der Welt eine Antwort zu haben. Der Islam hat für alle Probleme der Menschen eine Antwort.“

Rafsanjani spricht über die „Frustration seiner Feinde“

Ex-Präsident Rafsanjani kommentierte die Demonstrationen zum Jahrestag der Protestbewegung von Juni 1963: „Diese Massenversammlungen frustrieren unsere Feinde, erfreuen aber die Herzen unserer Freunde und verursachen die Fortsetzung unserer Revolution und unserer politischen Ordnung. Täglich sind wir Zeugen neuer Sanktionen und Drohungen seitens unserer Feinde, dennoch versammelt sich die Bevölkerung an der Grabstätte des Imam Khomeini.“ Rafsanjani sagte, dass Khomeini während seines Exilhaftes im Irak das Konzept des „Welayate Faqih“, der Herrschaft des Klerus entwickelt habe. Auch in seinem Pariser Exil habe Khomeini die „Botschaft der Revolution“ über Medien dem iranischen Volk bekannt gegeben.

Der Unterschied zwischen den „Feinden“

Die Zeitung Jomhuriye Eslami feierte in einem Leitartikel Ayatollah Khomeini als den „Befreier“ und als denjenigen, der den „Grundstein der Unabhängigkeit des iranischen Volkes“ gelegt habe. Da alle westlichen und östlichen Staaten gegen die islamische Revolution von 1979 gewesen seien, habe sich Ayatollah Khomeini lediglich auf „Gott verlassen.“



Jomhuriye Eslami warnte davor, dass die iranische Jugend sich immer mehr von den Ideen des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini „entfremden“ könnte.

Nachdem in dem Artikel den „westlichen und zionistischen Medien“ vorgeworfen wird, die interne Kritik mancher iranischer Zeitungen für sich zu instrumentalisieren, wird die Frage aufgeworfen: „Was ist eigentlich der Unterschied zwischen denjenigen, die von innen die Freunde des Imam Khomeini, die das Kapital der islamischen Revolution darstellen, angreifen und denjenigen Fremden, die diese Angriffe begrüßen? Was haben sie gemeinsam, dass sie mit geeinter Stimme die Schätze der Revolution angreifen? Wo liegen die gemeinsamen Interessen der inneren und ausländischen feindlichen Bewegungen? Wollen sie etwas anderes als die Beseitigung der Freunde des Imam Khomeini? Die Beseitigung der Freunde des Imam bedeutet das Ende der Linie des Imam Khomeini.“ [...]

„Die Wahrheit ist die, dass die neue Generation nichts über die revolutionären Jahre und über den Sieg der islamischen Revolution weiß. Diese Generation wird von der ausländischen Propaganda verführt. Diese Generation und die kommenden Generationen können sich vom Imam und von der Revolution und von den Prinzipien der islamischen Ordnung entfremden. Das ist eine große Gefahr für unseren Staat, für das Volk und für die großen Errungenschaften der Revolution und es ist eine große Möglichkeit für deren Feinde. Müssen wir nur Zuschauer dieser gefährlichen Entwicklung sein?“

Wie der iranische Wächterratt betonte, müsse die „heilige politische Ordnung“ vor den Fremden und Feinden des Islam geschützt werden. Die Menschen müssten aufgefordert werden den „göttlichen Gesetzen zu folgen.“

Ein iranischer Weblogger über Khomeinis Todestag

„Worüber schreibst du Bruder? Es war alles nur Mord und Hinrichtungen. Vergeblich versuchen sie, einer Generation, die seine Verbrechen nicht erlebt hat, diesem blutrünstigen Menschen ein unschuldiges und sauberes Gesicht zu geben. Was hat ein guter Charakter mit Todesurteilen und Vergewaltigungen zu tun? Wird ein Vater jemals vergessen, wie ein hässlicher, bärtiger Mensch die Nachricht der Hinrichtung seiner Tochter brachte und schändlicherweise sogar das Geld für die Patronen verlangte, die das Herz seiner Liebe durchlöchern haben? Wird eine Mutter das Gesicht eines Unbarmherzigen vergessen, der die Nachricht der Hinrichtung ihrer Tochter brachte, sich als deren Bräutigam vorstellte und der Mutter einen Koran als Brautgeld schenkte? Es ist so bedauerlich, dass die Erde nicht spricht, sonst würde man die Schreie der Erde hören. Die Erde würde schreien und sich schämen die Verkörperung des Mordes und der Hinrichtungen in sich aufgenommen zu haben. Von welcher guten Natur spricht ihr? Welchen Platz im Himmel meint ihr? Welche Würde? Wovon sprichst du Bruder? Es war alles nur Mord und Hinrichtungen.“



Ein iranisches Gericht hat Ayatollah Borujerdi zum Tode verurteilt ⁷⁷⁸

Die Nachrichtenagentur der polytechnischen Universität von Teheran berichtete heute, dass am vergangenen Sonntag der bekannte Geistliche, Ayatollah Kazemeini Borujerdi und 17 seiner engsten Mitarbeiter von einem speziellen Kleriker-Gericht, das nur für die Bestrafung des muslimischen Klerus eingerichtet worden ist, zum Tode verurteilt worden sind.

Ayatollah Borujerdi tritt als schiitisch-muslimischer Geistlicher für die Trennung von Staat und Religion ein.

Gegen die Vermischung von Staat und Religion

Wie die Nachrichtenagentur der polytechnischen Universität Amirkabir berichtete, wurden am 10. Juni 2007 Ayatollah Kazemeini Borujerdi und mehr als 80 seiner Mitarbeiter in einer geheim gehaltenen Sitzung des Klerikersondergerichts verurteilt. Ayatollah Kazemeini Borujerdi und 17 seiner engsten Anhänger wurden zum Tode verurteilt. Die übrigen Personen haben lange Gefängnisstrafen bekommen. Wie Angehörige von Ayatollah Borujerdi mitteilten, warf das Klerikergericht ihm mehr als 30 Anschuldigungen vor, die nur teilweise bekannt wurden:

- „1) Wegen des Kampfes und anderer Maßnahmen gegen die nationale Sicherheit.
- 2) Wegen der Abhaltung von Vorträgen und der Aufwiegelung der Bevölkerung gegen die politische Ordnung.
- 3) Wegen der Bezeichnung der „Welayate Faqih“, d.h. der Herrschaft des Klerus als illegitim.
- 4) Wegen der Bezeichnung des [Staats-] Klerus als Vertreter des Geheimdienstministeriums.
- 5) Wegen der Bezeichnung des Begründers der Islamischen Revolution und des Revolutionsführers als einen religiösen Ketzer und Lügner.
- 6) Wegen des Kontakts zu bekannten konterrevolutionären Personen und wegen geheimdienstlicher Tätigkeit und Informierung dieses Personenkreises über die inneren Zustände des Landes.
- 7) Wegen der Bezeichnung von hochrangigen Staatsbeamten als unverantwortliche Personen, die sich nicht um die Rechte und Forderungen des Volkes kümmern und wegen der Nutzung des Begriffes „religiöser Diktatur“ statt „islamische Republik“ in Interviews mit ausländischen Radio- und Fernsehsendungen.
- 8) Wegen der Gründung einer neuen Religion, die sich ‚traditionelle Religion‘ nennt.

⁷⁷⁸ 12.06.2007, <http://honestlyconcerned.info/2007/06/12/ein-iranisches-gericht-hat-ayatollah-borujerdi-zum-tode-verurteilt/>



9) Wegen des Missbrauchs der klerikalen Kleidung.

10) Wegen der Benutzung von Kleinwaffen in Konfrontation mit Beamten der Justiz und der Ordnungskräfte.“

„Nach Auskunft seiner Angehörigen soll Ayatollah Kazemeini Borujerdi, der unter Parkinson leidet, dem Richter folgendes gesagt haben: „Ich war in den Jahren zwischen 1995 und 2000 wegen unabhängiger religiöser Aktivitäten verhaftet worden, obwohl meine Aktivitäten von der Bevölkerung gut aufgenommen worden sind. Ich bin nicht wegen politischer Fragen oder Sicherheitsfragen verhaftet worden. Mein Konflikt mit der Regierung ist eine Glaubensfrage. Dieser bescheidene Mensch hat keineswegs die Religion erneuert. Im Gegenteil bin ich Anhänger meiner Vorfahren und von Geistlichen, wie Großayatollah Borujerdi, Ayatollah Schariatmadari und Ayatollah Khoi. Alle waren gegen eine Vermischung von Staat und Religion. Für sie war das Konzept des Welayate Faqih, der Herrschaft des Klerus, Polytheismus, d.h. Vielgötterei. Ich akzeptiere nicht mehr Vorwürfe als was ich hier schon gesagt habe. Und ich bitte das verehrte Gericht, mir die Möglichkeit zu geben einen Anwalt zu nehmen, damit ich mich in einer freien Atmosphäre verteidigen kann.“

In der studentischen Erklärung heißt es, dass die „Geschichte, die internationalen Menschenrechtsorganisationen und Nachrichtenagenturen, die diese Geschichten aus dem Iran verschweigen, verurteilt wird.

Interessant ist, dass Ayatollah Borujerdi, der für die strikte Einhaltung der Trennung von Staat und Religion eintritt, als Erfinder neuer Tendenzen im Islam bezeichnet wird und Ayatollah Borujerdi wiederum Khomeini als Ketzler bezeichnete. Damit wird ein innerislamischer Konflikt sichtbar, der die gegenwärtige iranische Gesellschaft prägt.

Zudem hat sich die Lage der verhafteten Studenten, Arbeiterführer und Lehrer in den letzten Wochen verschlechtert.

Selbstverbrennungen im islamischen Gottesstaat⁷⁷⁹

Der folgende Beitrag stammt aus der reformislamistischen Zeitung Sharq. Die Autorin Parvin Bakhtiarnejad thematisiert ein in der Tat grausames und verdrängtes Problem der iranischen Gesellschaft: die Selbstverbrennung. Für Bakhtiarnejad sind Selbstverbrennungen nur ein Problem der ungebildeten zurückgebliebenen Landbevölkerung, die die Hilfe der städtischen Bevölkerung braucht.

Bakhtiarnejad gelingt es nicht die Gründe für die Selbstverbrennungen zu nennen, die für Soziologen und Psychologen im Exil offensichtlich sind: Die diktatorische Unterdrückung durch den Staat. Denn zwar tauchen die Probleme in den Provinzen eher auf als in den Städten, aber es gibt auch in den Städten immer wieder Berichte von Selbstverbrennungen.

⁷⁷⁹ 25.06.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/06/25/selbstverbrennungen-im-islamischen-gottesstaat/>



In einer iranischen Zeitung kann nicht thematisiert werden, dass diese grausame Form von Selbstmord auch etwas mit der Hilflosigkeit der Menschen gegenüber der Unterdrückung der Diktatur und ihrer anachronistischen Gesetze zu tun hat.

Im Folgenden wird der gesamte Artikel übersetzt und dokumentiert.

„Ursache der Selbstverbrennungen“

„Die Selbstverbrennungen von Frauen, von Kindern und sogar von jungen Männern ist nicht nur ein Problem der Menschen in der Provinz Ilam, sondern auch von denen, die in den Provinzen Lorestan, Kurdistan, Kermanshah, Khusistan, Chaharmahal und Bakthiari, Ardebil, Ost-Aserbaidjan, oder in dem turkemenischen Teil von Golestan und Bushehr leben. Es handelt sich um ein wachsendes Problem, das viele Ursachen hat.“

„Änderungen der Bevölkerungszahl“

„Soziologen analysieren die 80er Jahre in Iran als ein Jahrzehnt immenser gesellschaftlicher Probleme. Die Bevölkerung ist sehr jung, so dass 35 Prozent der Bevölkerung zwischen 15-20 Jahre alt sind.

Der Bevölkerungsanteil der Landwirte sinkt, so dass gegenwärtig 68 Prozent der gesamten Bevölkerung in den Städten wohnt. Und infolge dieser Flut an Migration sind die Armut und die Ungleichheit als ein bitterer Beigeschmack der Veränderung der Bevölkerungsstruktur gestiegen.

Psychologen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass solange der Mensch sein Umfeld beherrscht, seine Unruhe und sein ungesundes Verhalten nicht so stark sind, dann fühlt er sich eher nützlich und verantwortlich, um auch auf die ungesunden Verhaltensformen der anderen Menschen hinzuwirken, damit diese geringer werden.

Die asozialen Verhaltensformen beruhen auf einem Gefühl der Nichtzugehörigkeit. Ein Mensch, der keiner Gemeinschaft und keiner sozialen Gruppe angehört, fühlt sich nicht sicher. Es ist als ob ein verlorener Mensch versuchen würde, ruhiger zu werden, indem er sich asozial verhält.“

„Familiäre Widersprüche“

„Infolge der Bewusstwerdung der Frauen über ihre individuellen Rechte haben familiäre Konflikte in einer sichtbaren Form zugenommen.

Die Normen einer jeden Gesellschaft zeichnen die Werte und die Verhaltensorientierungen, seien diese persönliche oder allgemeine, der Vergangenheit und der Zukunft aus und wenn eine Person diese Gesetze verletzt, wird diese Person schwerwiegende Reaktionen ihrer Umwelt erleben müssen und da das Individuum nicht die Kraft hat die Normen zu ändern, geht es unterschiedliche Wege, manche tun sich selbst Gewalt an.



Beispielsweise können familiäre Konflikte entstehen, wenn junge Mädchen mit älteren Herren verheiratet werden, wenn Cousins und Cousinen miteinander heiraten, wenn patriarchalische Strukturen so stark vorherrschen, dass eine Frau überhaupt keine Rechte besitzt, wenn Zwangsverheiratungen vorgenommen werden, weil die Frauen sich den Stammeskonflikten, die Männer geschaffen haben, fügen und sich verheiraten lassen.

Die Mädchen, die in weit entlegenen ländlichen Gebieten leben, werden von den Medien beeinflusst und genießen auf unterschiedlichen Ebenen Bildung oder treten in Kontakt mit Menschen aus anderen Städten oder Dörfern, werden sich über ihre eigene Lage immer bewusster, so dass sie in gedankliche und psychische Konflikte geraten. Da die Fragen der Frauen unbeantwortet bleiben, werden sie immer introvertierter, apathisch und enttäuscht.“

„Depressionen“

„Die psychologische Erklärung für Depression ist das Gefühl der Trauer, mangelndes Interesse für die anderen, eine Sensibilisierung für die eigenen Schwächen, Selbsterniedrigung, die Müdigkeit des Geistes, die Unfähigkeit Entscheidungen zu treffen, zu schnelle Ermüdung und körperliche Leiden. Die Psychologen sehen wirtschaftliche Probleme und Arbeitslosigkeit als Ursache solcher Krankheiten, insbesondere wenn die Erwartungen eines Menschen den Realitäten nicht entsprechen.

Wie manche offizielle Statistiken belegen, leiden in der Provinz Ilam die Frauen zwei bis drei Mal häufiger unter Depressionen als Männer. Wie die Forschungsergebnisse der Studenten der Ilam-Universität ergeben haben, leiden auch 12 Prozent der Studenten dieser Provinz unter starken Depressionen.

29,5 Prozent der Studenten der Provinz Ilam haben Gedanken der Hoffnungslosigkeit und 26 Prozent dieser Personen leiden unter Selbstmordgedanken. Dr. Yarmohammad Qassemi, Ilamer Soziologe, sagte uns bezüglich der Selbstverbrennungen von Frauen: „Wir sind eine Nomadengesellschaft. Die zwischenmenschlichen Beziehungen beruhen auf Blutsverwandtschaft und Stammeszugehörigkeit. Eine Frau aus Ilam ist mit ihrem machtbewussten Mann konfrontiert, wobei die Macht des Mannes, der in die Stadt ausgewandert ist, geringer geworden ist. Die Frauen aus Ilam fühlen sich machtlos. Seit zwei Jahrzehnten sind wir Zeugen von Selbstverbrennungen der Frauen und haben seitdem keine vorbeugenden Maßnahmen getroffen. Was ich bisher verstanden habe, ist, dass die Frauen unter Einsamkeit und Machtlosigkeit zu Hause und in der Gesellschaft leiden.“

„Offenheit ist besser“

„Wir haben die Hälfte dieses Jahrzehnts hinter uns gelassen. Seit zwei Jahrzehnten kennen wir das Phänomen der Selbstverbrennungen unter Frauen, Jugendlichen und den Kindern der genannten Gebiete. Bisher haben wir aber keine prinzipiellen



Strategien entwickelt, um die menschlichen Kräfte dieser unheil drohenden Krisen zu zügeln.

Die schweren wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die Bevölkerung leben muss, hat uns nicht dazu veranlasst wissenschaftliche, kulturelle oder bildungspolitische Vorsorgen zu treffen. Es gibt weder eine kurz- noch mittel- oder langfristige Planung, um diese Probleme zu beheben. Es wäre wichtig zu begreifen, dass die Frauen und Männer, die in den entlegenen und zurückgebliebenen Gegenden wohnen, sehr stark auf Bildung angewiesen sind. Sie sind angewiesen darauf, ihre Schwächen und Stärken zu lernen. Diese verletzten Menschen sind darauf angewiesen mit Frauen und Männern, die in den Zentren wohnen, zu kommunizieren.

Ist es nun nicht besser, dass wir auf unser tiefes Verständnis, auf unser Gefühl der Menschlichkeit und auf unser Expertenwissen vertrauen und die gesellschaftlichen Probleme offen ansprechen und wissenschaftliche und handlungsorientierte Lösungsstrategien für unsere Bürger finden?“

Unterdrückung und Widerstand ⁷⁸⁰

Parvin Ardalan ist eine der bekanntesten in Iran lebenden Frauenrechtlerinnen. Im folgenden Artikel gibt sie ein Bild des Widerstandes gegen die Willkürherrschaft wieder.

Der Artikel ist zunächst in der Frauenweblog Sanestan und dann in der Exilzeitung Rooz erschienen.

„Der permanente Widerstand fordert die permanente Unterdrückung heraus“

Von Parvin Ardalan

„Am Morgen des 9. Juli 2007 erschüttert die aufständische Kreativität erneut den Körper unserer verwirrten Gesellschaft. Sehr schnell verbreitete sich die Nachricht der Verhaftung der Mitglieder des ‚Zentralkomitees des Büros zur Festigung der Einheit‘, Bahare Hedayat, Mohammad Hashemi, Ali Nikounesbati, Mehdi Arabshahi, Hanif Yasdani, Ali Waqfi. Sie sitzen auf dem Boden und sprechen mit uns, durch die eingerahmten Bilder, die sie hochhalten. Der Sitzstreik und das Bild des Sitzstreiks dieser sechs Personen vor dem Gebäude der Amirkabir-Universität ist die kreative Wiederbelebung der Ereignisse von 1999 auf dem Universitätscampus, besonders für die Vergeßlichen. Sie [Studenten] sind es dieses Mal, die anders als die Pressuregroups [Bassiji-Gruppen] uns überfallen und uns auffordern gegen die ansteckende Verwirrung der Zeit kreativ Widerstand zu leisten. Sie zwingen uns die Ereignisse auf dem Universitätscampus vom 9. Juli nicht zu vergessen, sie zwingen uns, den Kampf für die Freilassung der acht Studenten der Amirkabir-Universität

⁷⁸⁰ 22.07.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/07/22/unterdruckung-und-widerstand/>



nicht zu vergessen. Sie haben ihren Sitzstreik nicht vorher öffentlich angekündigt, aber ihre Präsenz war öffentlich, damit sie den Ängstlichen und den Wohlgesinnten etwas entgegen setzen. Der Preis dieser Präsenz ist ihre Verhaftung und die Verhaftung von zehn weiteren Mitgliedern des Büros zur Festigung der Einheit.

In einem Klima, das von der Maklerökonomie und vom Leben auf der Grundlage des Kosten-Nutzen-Denkens bestimmt wird, in dem alle Dimensionen des Lebens kontrolliert und die intellektuelle Angeberei zur politischen Methode der Zeit wird, wird jeder Preis, der zu zahlen wäre, als irrational erklärt, nicht wegen des Druckes und der Unterdrückung, sondern wegen des Schutzes der eigenen politischen und opportunistischen Wirtschaftsinteressen.

Jede Veränderung wird in die Zukunft verschoben. Die Widerstandsbewegungen aber sind ein Zeichen einer bewussten Wahl gegen den ansteckenden und gängigen Fatalismus.

Sie setzen unser Bewusstsein in Aufruhr, nicht weil sie Helden spielen wollen oder Extremisten sind, sondern weil sie sich gegen den Opportunismus der Zeit wenden.

Das öffentliche Zeigen ihrer Bilder, hätte sogar bevor die Nachricht des Sitzstreiks bekannt wurde, ihre Wirkung gehabt. Vielleicht weil ihre Bilder die gewohnten Bilder ihrer Zeit angreifen und den Geist der Menschen bewegen. Niemand kann das blutige Hemd in der Hand von Ahmad Batebi am 9. Juli 1999 vergessen. Wer kann die Bilder vergessen, wie Delalarm Ali auf dem Boden liegt, wie Jila Bijaqub in Handschellen, wie die Frauen am 22. Khordad geschlagen werden.

Welche Legende kann das blutige Bild eines Mädchens ersetzen, das wegen seiner Bekleidung von der Polizei attackiert worden ist?

Welche Legende kann das Bild eines Arbeiters, der sich aus Protest selbst erhängt hat, ersetzen, welche Legende kann das Leid, die Unterdrückung und den Protest dieses Arbeiters übertreffen? Wer kann die blutige Grausamkeit einer Regierungspolitik übertreffen, wenn wir an das Bild eines Mannes denken, dem sie eine Wasserkanne an den Hals gehängt haben, um ihn zu erniedrigen. [Eine Wasserkanne, die man auf der Toilette benutzt]

Welche Geschichte kann mehr Ekel hervorrufen, als das Bild einer Frau oder eines Mannes, die halb im Boden stecken, um gesteinigt zu werden?

Diese eindringlichen und bleibenden Bilder, die sich täglich vermehren, setzen dort ein, wo sonst die offiziellen Medien die Proteste verschweigen oder demagogisch als 8 Uhr 30 Nachrichten verkehren und verdrehen. Diese Bilder bleiben und führen zu Augenschmerzen, wie ‚der Hut von Clemenz‘, der sogar Alpträume verursacht. Die Bilder von den vielen Delarams und Ahmad Batebis jagen einem Menschen Angst ein, denn sie werden nie, wegen den listigen Antworten der Politiker erweichen. Diese Bilder sind Fragmente einer Wahrheit, die sie immer verheimlichen wollen. Es sind Bilder einer offenen Grausamkeit, die kein verklärendes Lächeln der Medien und keine goldenen und illusionären Sätze verheimlichen können. Es sind Bilder von Wirklichkeiten, die die Erinnerungen wach halten.

Im Schatten des schleichenden Putsches



In den letzten Monaten haben die Angriffe gegen Einzelpersonen und gesellschaftliche Gruppen zugenommen. Der schleichende Putsch der sanften Sicherheit ähnelt den Maschinengewehrsalven, die abgeschossen werden, um die Gedächtnisse, die Aktivitäten der Frauenbewegungen, die Arbeit der Syndikate, der Studenten- und der Menschenrechtsbewegung zu zerstören. Sie werden in die Gerichte zitiert, bekommen schwere Urteile, wie Auspeitschen und Gefängnisstrafen. Die illegalen Verhaftungen werden fortgesetzt und ausgeweitet.

Die Verhaftung von Hale Esfandiari, das Ausreiseverbot für Nasi Asima, die unerwarteten Urteile für die weiblichen Mitglieder der Studentenbewegung, für Delaram Ali und Aliye Eqdamdust, die Fortsetzung der Haft der acht Studenten der Amirkabiruniversität, die Verhaftung der Mitglieder des Büros zur Festigung der Einheit, die mit Luftschüssen bei Überfällen auf Wohngemeinschaften einher ging und das Versiegeln eines studentischen Büros, die Verhaftung von Mansur Osanlou, Führer der Busgewerkschaften, die Verhaftung von Amir Jaqubali, Mitglied der Kampagne 'Eine Million Unterschriften', gehören zu den sich übertreffenden Handlungen der Retter der Sicherheit, damit jedes zivilgesellschaftliche Aufatmen der Aktivisten verhindert wird. Es sieht nicht so aus, als ob diese Maßnahmen aufhören. Die Sicherheitsleute sind in Stellung gegangen. Sie wollen nicht, dass es einen nächsten 7. Dezember 1953 gibt [Studentendemonstration gegen den Schah]. Sie sind in Stellung gegangen, damit es keinen 8. März mehr gibt, damit keine Möglichkeit mehr für gewerkschaftliche Proteste existiert, damit keine Gelegenheit mehr entsteht, um bei Wahlen zivilgesellschaftliche Rechte einzufordern, damit sie nicht mehr zulassen müssen, dass wir uns überhaupt bewegen, damit sie sich in einem Klima der kontrollierten Wahlen die Ansammlung der Polizei anschauen - und dies in einer Geschichte machenden Zeit der zivilgesellschaftlichen Bewegungen.

Der Schatten dieser sanften militärischen Sicherheit ist breit. Die Menschen sollen sich an Angst und an militärische Ordnung gewöhnen. Dafür haben sie Instrumente geschaffen, wie der ‚Kampf gegen die schlechte Bekleidung‘ oder der ‚Kampf gegen den Mob‘, damit jeder seinen vorgeschriebenen Weg geht. Die Beamten wissen sehr genau, dass wenn auch in den ersten Jahren der Revolution der Widerstand gegen die Verschleierung oder gegen die Kleidungs Vorschriften an sich als eine Auflehnung gegen die ideologischen Werte betrachtet wurde, heute dagegen jedem Beamten, der das Gesetz durchsetzen will klar ist, dass es nicht mehr um die Werte geht. Denn ihre Ansprechpartner sind meistens junge Frauen und Mädchen, die die Revolution nicht kennen. Im Zeitalter der atomaren Ruhe, geht es nur noch um eine illegitime Machtdemonstration, die auf bebenden ideologischen Säulen beruht. Sowohl die Staatsbeamten als auch die Frauen wissen, dass diese Machtdemonstrationen weder dazu führen, dass jemand den religiösen Vorschriften folgt noch dass ein religiöser Führer auch nur versucht Überzeugungsarbeit zu leisten. In Wirklichkeit ist der Krug schon lange zerbrochen. Sogar die Staatsbeamten führen nicht immer die Befehle aus. Dies kann aber selbst ein Grund dafür sein, warum in der Stadt ein militärisches Klima vorherrscht. Vielleicht kann man sagen, dass die nächtliche



Verursachung der Benzinkrise und die daraus folgende allgemeine Wut und die polizeiliche Reaktion, um wieder Ordnung herzustellen, in einem bestimmten Maß einfach dazu diente die Präsenz der Polizei in der Stadt und an den öffentlichen Plätzen zu legitimieren, um letztlich der Illegitimität Legitimität zu verschaffen.

Angstlos gegenüber dem Projekt der Schaffung von Angst

Wir sind bereit und dieses Projekt des Schreckens steht uns gegenüber. Sollen wir denn Angst bekommen und uns isolieren oder wie die anderen, denen es zu eng wurde, auswandern? Sollen wir uns erschrecken lassen, Angst haben vor den Verhören, vor Verhaftungen, Inhaftierungen, ob auf Bewährung, oder ohne? Müssen wir uns vor den Auspeitschungen oder vor den langen Haftstrafen erschrecken lassen? Oder müssen wir gegen diese Umzingelungspolitik Widerstand leisten und unsere Stimme an die Allgemeinheit richten?

Ich schaue mir die Bilder der verhafteten Studenten, Frauen und Arbeiter an. Ich betrachte die Ruhe und die Standhaftigkeit dieser mutigen Menschen. Bekommt die Unterdrückung immer die adäquate Antwort? Es sieht so aus, als ob die Strategie des politischen Systems, die gesellschaftspolitischen Aktivisten zu unterdrücken nicht mehr wie früher aufgeht. Früher zog jeder Schlag gegen die politischen Aktivisten große Folgen nach sich. Manche emigrierten, manche kamen in die Kerker, manche wurden isoliert und blieben zu Hause. In Wirklichkeit gehört es zu den langfristigen Zielen der Herrschaft, die Aktivisten, die sozialen Bewegungen und die gesellschaftlichen Institutionen heimatlos zu machen, damit diese sich nicht langfristig organisieren können. Die größten Angriffe dieser Art waren die systematischen Angriffe gegen die Büros der nationalreligiösen Gruppen. Das Erstarken der studentischen Bassiji-Gruppen und die Einschränkung der Aktivitäten der muslimischen Vereine, zudem die Verhaftung der Verantwortlichen der studentischen Zeitschriften, der Angriff auf die gewerkschaftlichen Büros, die Plombierung der zivilgesellschaftlichen Institutionen und die Schließung des Büros der Festigung der Einheit gehören alle zum Programm unserer teuren Sicherheit. Wie Erdbeben schlagen diese Programme ein, um erneut eine Bewegung auszulöschen.

In Wirklichkeit lässt jedes Treffen, an dem sich die Bewegung organisieren will, die Sicherheitsorgane nicht ruhig schlafen. Die Bewegung könnte doch ein Denken hervorbringen, das eine effektive Macht werden könnte. Daher wird sofort die Kontrollmaschinerie in Bewegung gesetzt, in dem Glauben, dass durch jeden Angriff eine der Bewegungen gestoppt wird.

Es sieht so aus, als ob sich ein solcher Glaube in der Regel durchsetzt und bis zu einem gewissen Maß auch die Aktivitäten einer Gruppe oder einer Bewegung kurzfristig still legt. Aber in den heutigen Zeiten, in denen die zivilgesellschaftlichen Bewegungen ihre Bündnisse mit anderen Bewegungen unter Beweis stellen, in einer Zeit, in der die Bewegungen nicht an einem Ort ausfindig zu machen sind, hauchen diese sich gegenseitig Leben und Geist ein. Ihre allgemeinen Forderungen bewirken, dass sich auch ihre Familienangehörigen nicht nur als eine isolierte heilige Familie



schützen, sondern eine aktive Familie werden, so dass keine Angst mehr existiert, wenn sie ohne einen festen Ort leben müssen. In unseren Häusern finden Bewegungen statt, die niemand mehr aufhalten kann. Anders als das, was die Strategen der Unterdrückung sich vorgestellt haben, findet gegen die permanente Unterdrückung ein permanenter Widerstand statt. Denn wenn die staatliche Unterdrückung so direkt und offensichtlich wird, werden Reaktionen hervorgerufen, Ängste verwandeln sich in Mut. Daher erzeugt die permanente Unterdrückung auch nicht mehr so viel Angst und Schrecken. Die Widerstandsbewegung ist bereit jeden Preis zu zahlen, und wird keine Ruhe geben. Die Bewegung wird überall auftauchen.

Ich starre auf die Photos von Bahare Hedayat, von Abdullah Momeni, von Delaram Ali, von Mansour Osanlou, von Aliyeh Eqdamdust. Wie soll ich sie beschreiben? Studentische Aktivisten, Frauenrechtlerinnen, Gewerkschaftler? Oder nennen wir sie alle? Die Delarams, die Bahares, die Mariam Sia, die Osanlous, die Momenis, und und und, wie kann ich sie alle beschreiben? Die gesellschaftlichen Bewegungen haben eine große Macht, die uns Glauben, Standhaftigkeit und Bewegung verleihen, ein glücklicher Zufall, der die Strategen der Unterdrückung in Schrecken versetzt, so dass sie die Unterdrückung verstärken.

Ich starre auf die Photos. Ein kreativer Aufstand, aber friedlich, selbstbewusst und machtvoll schreitet voran und jagt der Angst Angst ein. Es ist kein Schrecken, es ist Wärme, Leidenschaft und Liebe, die der gereizten Gesellschaft Wärme gibt. Es hängt von uns ab, dass dieses pulsierende Herz nicht aufhört zu schlagen.“

Shirin Ebadi fordert die Kontrolle durch die UNO ⁷⁸¹

Shirin Ebadi, Juristin, Menschenrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin, hat Louis Arbour, Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, aufgefordert sich um die Lage der Frauen in Iran zu kümmern.

Der 27. August war der Jahrestag der Gründung der Kampagne „Eine Million Unterschriften zur Änderung der diskriminierenden Gesetze“.

Vor diesem Hintergrund warf Shirin Ebadi der iranischen Regierung und den staatlichen Instanzen des Iran vor, die Aktivistinnen der iranischen Frauenbewegung, die sich für die Menschenrechte der Frauen einsetzen, permanent zu verhaften. Ebadi zufolge sind in den letzten Monaten über 50 Aktivistinnen der Frauenbewegung inhaftiert worden. Manchen von ihnen warf man sogar „Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit“ vor.

⁷⁸¹ 30.08.2007, <https://honestlyconcerned.info/2007/08/30/shirin-ebadi-fordert-die-kontrolle-durch-die-uno/>



Ebadi forderte in einem Schreiben an Louis Arbour, UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, die Einrichtung einer Untersuchungskommission, die die Situation der Frauen im Iran untersucht. Ebadi meint, dass eine spezifisch auf die Lage der Frauen sich konzentrierende UNO-Berichterstatteerin in den Iran geschickt werden müsse.

Ebadi hatte sich einige Tage zuvor in einem Interview mit der Exilzeitung Rooz gegen die „Hinrichtung von Kindern“ gewandt. Die Friedensnobelpreisträgerin ist gemeinsam mit Müttern verhafteter Menschenrechtlerinnen aktiv geworden. Sie hob die Brutalität der Folter in den iranischen Gefängnissen hervor. Es sei schwer Folterspuren nachzuweisen, wenn Gefangene nach langem Gefängnisaufenthalt wieder freigelassen werden. Zumal Einzelhaft an sich eine „Art Folter“ sei. Die Psychologen sprächen von „weißer Folter“.

Immer wieder weist Ebadi auf die Hinrichtung von Menschen unter 18 Jahren hin. Sie betonte: „Das Todesurteil gegen Kinder wird ohne weiteres verhängt. Ich habe die Akten eines Todesurteils, das sich in der Stadt Saweh ereignet hat. Mein Mandant war nur 15 Jahre alt, als er die Strafe beging, aber er hat ein Todesurteil bekommen. Auch im Revisionsverfahren wurde das Urteil bestätigt. Wir versuchen die Hinrichtung zu verhindern. Ich weiß aber nicht, ob wir erfolgreich sein werden.“

Die Frauenaktivisten wollen unter anderem Gesetze ändern, wonach beispielsweise „ein neunjähriges Mädchen vollständig strafmündig“ ist. Todesstrafen können demnach auch gegen Mädchen verhängt werden.

Eine weitere rechtliche Diskriminierung ist beispielsweise, dass Frauen nach dem islamischen Strafgesetz nach einem Unfall halb so viel Schmerzensgeld wie ein Mann erhalten, auch wenn ihre Schuld nicht nachgewiesen werden kann. Ein Vater darf sogar seine 13-jährige Tochter an einen 70-jährigen Mann verheiraten.

Schulmädchen-Kopftuch-Uniformen

Schulmädchen sollen nach einem jüngst beschlossenen staatlichen Plan streng uniformierte Kopftücher tragen. Die Angaben über die Kosten der staatlichen Maßnahmen zur Disziplinierung von Schulmädchen werden zwischen 5 bis 10 Millionen Euro angegeben.

Im Iran gehen 7,5 Millionen Mädchen zur Schule. Eine Mitarbeiterin des iranischen Bildungsministeriums sagte, das Kopftuch, Hijab, werde in Zukunft „sittsam“ angezogen werden müssen. Vorgesehen ist offenbar eine strenge Hijabform, die den ganzen Kopf bedeckt. Für den langen Mantel kämen verschiedene „Moden“ in Frage. Im Bildungsministerium sei ein spezieller „Rat“ gegründet worden, der sich um Fragen des Kopftuches und der „Sittlichkeit“ landesweit kümmern werde.

Rooz berichtete, dass alle Schuldirektoren Anleitungen, die auf einer CD kopiert sind, bekommen haben. Darin werde genau beschrieben, wie die Mädchenkleidung



auszusehen habe. Die Schuldirektoren könnten jedoch „unabhängig“ über die Farbe der Kopftücher entscheiden.

Roos berichtet, dass die strenge Bekleidung von Frauen zwar immer wieder in den letzten Jahren diskutiert wurde. Aber die Regierung von Ahmadinejad sei jetzt entschlossen einen Plan der „Sittlichkeit“ in allen Mädchenschulen des Landes durchzusetzen.

Iranische Sportlerinnen setzen sich ab

Die iranische Frauen-Ruder-Nationalmannschaft hat in den letzten Wochen eine Krise erlebt. Eine Sportlerin setzte sich in Deutschland und zwei in den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Sie haben jeweils Asylanträge gestellt. Die Sportlerinnen sind Mitglieder der iranischen Nationalmannschaft. Der Vorsitzende der Föderation der Ruderboot-sportlerinnen sagte dazu: „Wir verfügen in einem Fall über einen Scheck von ca. 16.000 Euro und über ein Zeugnis.“ Wenn die Sportlerinnen nicht zurückkehren würden, gingen die Wertgegenstände in den Besitz der Föderation. Später wurde berichtet, dass die in die USA geflohenen Frauen von der iranischen Nationalmannschaft ausgeschlossen worden seien.

Eine US-amerikanische Rudermannschaft hatte vier iranische Sportrunderinnen eingeladen. Eine der Trainerinnen, die für die Organisation der Reise verantwortlich war, habe sich Roos zufolge ebenfalls mit ihrer Tochter in den USA abgesetzt. Immer wieder nutzen Sportler und Sportlerinnen Einladungen im Ausland dazu, aus dem Iran zu fliehen.

Im Iran wird nicht über den Frauensport berichtet

Über den iranischen Frauensport wird kaum im staatlichen Fernsehen des Iran berichtet. Iranische Männer dürfen sich Frauen-Fußball nicht anschauen. Aber ausländische Männer dürfen beispielsweise im Ausland zuschauen, wie iranische Frauen Fußball spielen. Kürzlich eine jordanische Frauen-Fußballmannschaft gegen die iranische gespielt. Zwar war keine iranischen Männer zum Spiel zugelassen, aber die jordanischen Männer schon.

Diese Absurdität der Gesetze wird im Iran durchaus erkannt. Immer wieder werden daher Stimmen laut, die diesen Zustand beklagen. Beispielsweise sagte Frau Abolqassemi, leitendes Mitglied der iranischen Sportföderation: „Wenn Sie heute einfache Leute auf den Straßen über den Frauenfußball befragen, werden diese erstaunt fragen, ob Frauen überhaupt Fußball spielen? Denn im Iran wird gar nicht über den Frauensport berichtet. Zumindest steht ein Gespräch über den Frauensport nicht im Widerspruch mit der Scharia,“ sagte sie.

Zahra Puramin, Mitglied der iranischen Frauen-Judo-Föderation beschwerte sich gegenüber der Zeitung Roos, dass viele Iraner die männlichen Sportler kennen würden, aber die Frauen nicht. Mit einer loyalistischen Überzeugung meinte sie, dass auch „muslimische Frauen durchaus ein „Mittel für Propaganda“ sein können. Aber die herrschenden Verhältnisse haben unseren Kontakt mit der Welt abgebrochen.“



Dr. Farideh Hadewi, Fußballtrainerin, meinte, dass es ungerecht sei, wenn „Schauspielerinnen die Chance bekommen, dass alle ihre Gesichter kennenlernen, aber eine Sportlerin, die in einem gesunden und sportlichen Umfeld aktiv ist, hat diese Chance nicht.“

Verhaftungen in einer Provinz

Baztab berichtete am 14. August, dass in den Wochen davor allein in der am kaspischen Meer gelegenen Provinz Gilan 3.925 Frauen verhaftet wurden. 25.214 Frauen wurden verwarnet. Mehr als 1.849 Frauen mussten in dieser Provinz, wo die Iraner meist Sommerurlaub machen, schriftlich versprechen, dass sie nie wieder ihr Kopftuch „unsittlich“ tragen.

Die Polizei und die Medien propagieren, dass die nicht-Beachtung der Kleiderordnung die Kultur des Landes verwandle und zu einer Kulturinvasion aus dem Ausland führe.

Der neue alte „Diskurs“ der islamischen Revolution ⁷⁸²

Zunächst werden Auszüge aus dem letzten „Freitagsgebet des Führers der islamistischen Diktatur im Iran wiedergegeben. Khamenei hatte die USA stark kritisiert. Im Anschluss werden einige Positionen von Ahmadinejad zusammengefasst. Abschließend wird eine Analyse eines Kolumnisten von Baztab zusammengefasst, der den „neuen politischen Diskurs“ im Iran diskutiert. Der „neue Diskurs“ steht im Dienste der alten revolutionären Ideologie der Islamischen Republik.

Khamenei und Ahmadinejad über die USA, Israel und das Atomprogramm

Der Führer der „Islamischen Republik Iran“ Ali Khamenei kritisierte das Konzept eines Broader Middle East, das nach dem 11.9.2001 von den USA entwickelt worden ist.

Er sagte: „Die Amerikaner haben in einem mehrdimensionalen Plan versucht einen Mittleren Osten zu schaffen, der auf den Interessen des zionistischen Regimes beruht. Ein Mittlerer Osten, dessen Hauptstadt Israel ist. Aber dieser Plan ist in allen seinen Dimensionen gescheitert.“

Für Khamenei ist allein der „Sieg der Hamas“ ein Beweis für die Niederlage der USA. Er fügte hinzu: „Trotz der Verschwörungen der USA und trotz der traurigen Hilfestellung einiger Palästinenser ist die Volksregierung der Hamas an der Macht. Diese Wirklichkeit ist ein starker Faustschlag in das Gesicht Amerikas und Israels.“

⁷⁸² 17.09.2007, HC



Das iranische Volk und andere muslimische Völker unterstützen mit ihren Schreien das palästinensische Volk.“

Er sprach auch den anstehenden Al-Quds-Tag an und kündete die „Unterstützung der muslimischen Völker für Palästina an.“

Die Zeitung Kayhan zitierte auch Ahmadinejad, der erneut die „Illegitimität“ Israels hervorhob, wie folgt: „Wir haben eine menschliche Lösung für das zionistische Regime. Wir fordern ein Referendum für alle Palästinenser.“

Und über den Holocaust sagte er wie üblich, dass „erlaubt sein müsse über die historische Wahrheit des Holocaust zu forschen.“

In Bezug auf die Atomverhandlungen sagte der iranische Präsident: „Sie haben fälschlicherweise angenommen, dass wir nachgeben würden, falls sie uns unter Druck setzen. Wir haben gesehen, dass das iranische Volk, das eine siebentausendjährige Geschichte hat, sich niemals beugen wird. Leider haben diejenigen, die dem Westen Informationen zukommen lassen, auch uns gesagt, dass wir einen falschen Weg gehen, aber wir sehen doch, dass der Weg des iranischen Volkes ein gerechter Weg ist.“ Der iranische Präsident geht davon aus, dass die IAEA gegenwärtig durchaus den richtigen Weg geht.“

Baztab kritisiert die „neue Politik“

Der Kolumnist der Nachrichtenagentur Baztab, Seyyed Mohammad Hussein, schreibt, dass sich infolge der „neuen Politik“ des Präsidenten Ahmadinejad das „politische Verhalten verändert hat.“ Mit dem Erscheinen der neuen Gruppe der „Abadgaran“, die Ahmadinejad nahe steht, sei eine „anderer Diskurs als unter Khatami und Rafsanjani zustande gekommen.“ Die neue politische Strategie betrachte „nicht das große Geschäft, sondern die kleinen“, versuche „nicht die Zukunft aufzubauen, sondern die Gegenwart zu gestalten, konkurriere nicht mit den anderen, sondern nur mit sich selbst.“ Zudem „kündige die Politik vorher an, was unternommen werde, und bevor neue Freunde angeschafft werden, werden welche ausgeschlossen.“

Die neue Politik habe „paradoxe Tendenzen“. Sie „reden“ nur, wenn sie handeln, sie „wirtschaften, missachten aber die Wirtschaftswissenschaft, sie handeln intelligent, ignorieren aber die Eliten, sie sind Prinzipialisten, feilschen aber gerne, sie versuchen sich als eine junge Kraft zu geben, sind aber radikal und fundamentalistisch.“ Er kritisiert, dass in dieser Zeit nicht mehr über „neue Wege und Modernität und über Zivilgesellschaft diskutiert werde.“ Stattdessen werde über die „Arbeitszeiten der Banken, über U-Bahn und Rationalisierung des Benzins, über afghanische und iranische Arbeiter,“ etc. gesprochen. Gegenwärtig würde es nur auf die „Männer der Tradition“ ankommen. Alles habe sich verändert. Ehemalige rechtsgerichtete Politiker wie Bahonar würden nun für Gerechtigkeit eintreten, Traditionalisten wie Larijani seien nun „aktiv und modern“, Karrubi sei nicht „links und



Vorsitzender der kämpfenden Geistlichkeit, sondern Begründer der Organisation „Etemade Melli“(nationales Vertrauen) und Rafsanjani sei nicht mehr Präsident, sondern Ayatollah und Vorsitzender des Expertenrates.

Eigentlich gäbe es überhaupt keinen Traditionalismus mehr. Es gäbe keine „Linken und keine Rechten“ mehr, es gäbe nur noch „Handelnde“.

Alles sei möglich. Rückblickend auf die Wahl Ahmadinejads schreibt er: Auf dem Höhepunkt der Beliebtheit von Khatami kann Ahmdinejad gewählt werden, auch wenn ein „liberaler Diskurs“ vorherrsche, könne der „revolutionäre“ die Oberhand gewinnen. Der „fundamentalistische Bürgermeister“, gemeint ist Ahmadinejad, habe auch die Stimme der „Reformer“ bekommen.

Unter der Präsidentschaft Khatamis seien faktisch zwei neue Klassen entstanden: Eine neue Mittelschicht und eine große Schicht von Armen. Die Armen seien weder an „Khatamis Diskurs“ interessiert gewesen noch zuvor an den Wirtschaftszahlen von Rafsanjani. Unter Khatami seien dann schließlich sowohl die Mittelschicht enttäuscht worden als auch die Armen noch mehr ausgeschlossen worden. Ahmadinejad sei dann im Ergebnis des „Krieges zwischen Süd und Nord“ an die Macht gekommen. Im Süden der Hauptstadt Teheran wohnen die Armen und im Norden der Stadt die Wohlhabenden.



VIII. ANHANG



HC IRAN FORSCHUNG:

Staatswitz als Hasspropaganda: Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

Über den staatlich produzierten heimtückischen Witz aus der „Islamischen Republik Iran“ kann man kaum lachen. Dennoch ist dieser ein realer Bestandteil der staatlichen Hasspropaganda und muß als solches ernst genommen werden.

Die antisemitischen und die antijüdischen Stereotypen sind hinlänglich bekannt. Die Brisanz besteht in der Tat in der perfiden Form der Verschiebung und der Projektion.

Es sind einfache Verdrehungen von Fragen, die hier zunächst formuliert werden. Wer ist ein Terrorist? Wer will wen zerstören? Wollen „die Juden“ etwa den Islam eliminieren? Beherrschen Juden die Welt und alle wichtigen Finanzinstitute oder lenken Juden und Israelis gar die Internationale Atomenergiebehörde? Können Juden tatsächlich alle Medien der Welt kontrollieren und diese gegen die Muslime instrumentalisieren? Oder ist etwa der Holocaust von den Juden erfunden worden, um einerseits die Meinungsfreiheit aufzuheben und andererseits die Palästinenser leichter zu unterdrücken? Und haben die prowestlichen arabischen Politiker nichts anderes im Sinn, als ausgerechnet den Israelis zu dienen oder gar als Dummköpfe in ihre Gruben zu fallen? Und wer etwa finanziert das israelische Militär? Nicht nur die reichen arabischen Ölstaaten, sondern auch McDonald's und Coca Cola natürlich. Und nicht vergessen, wer finanziert die Zionisten? McDonald's, natürlich.

Ein gesunder Menschenverstand würde diese Fragen gleich als tendenziös und banalisierend abtun. Und doch funktioniert der Witz, sonst würden solche Un-Witze nicht seit Jahren produziert werden, um Hass zu erzeugen, nicht Humor.

Die Redaktionsmitglieder des iranischen „Führerblattes“ Kayhan, das als Sprachrohr von Ayatollah Ali Khamenei gilt, wissen, dass die Nazis die Juden als „Volksschädlinge“ und „Ratten“ bezeichneten. Bewusst werden rassistische Stereotypen übernommen und dennoch ist der islamistische Juden Hass nicht rassistisch bedingt.

In Kayhan wird der Jude als Ratte dargestellt, der kleine Terroristen züchtet. Der Palästinenser wird durchweg als Opfer dargestellt. Und wenn er Juden mordet und wenn durch einen Anschlag Juden sterben, wird darüber gewitzelt. Denn der Jude wird als Kindermörder dargestellt. Der eigene Terror wird als Heldentat gefeiert und verharmlost.

Im iranischen Staatswitz kann ein einfacher Rabbiner den Mord an einem Palästinenser befähigen. Ja, der Holocaust wird nicht nur verleugnet, sondern in billigster Form auf die Palästinenser übertragen. Dabei befürwortet ein Gros der Israelis einen demokratischen palästinensischen Staat, dessen Politiker wenigstens das Existenzrecht Israels anerkennen sollen. Kann man aber von islamistischen Staatsdemagogen und ihren Marodeuren ein Mindestmaß an zivilisiertem Verhalten verlangen?

Es war nicht nur der iranische Präsident Ahmadinejad, der den Holocaust verleugnete. Seit Jahren wird der Holocaust relativiert, der nur als ein Film, in jüdischen Köpfen existieren soll, wenn man dem khomeinistischen Witz folgt. Und in dem Zusammenhang sind es natürlich Juden, die den Holocaust instrumentalisieren, um die Meinungsfreiheit einzuschränken.



In der Tat überschreiten die Karikaturen jede Grenze von Moral und der Ethik, wenn in einem Holocaustdenkmal palästinensische Köpfe aufgereiht werden, oder wenn „der Jude“ als jemand dargestellt wird, der die Beine und Arme eines Schriftstellers zerhackt. Soll etwa in Vergessenheit geraten, oder gar kaschiert werden, was in der iranischen Strafgesetzgebung geschrieben steht? In einer angeblich von Gott diktierten Staatsgesetzgebung, die Körperamputationen als Strafe festschreibt?

Genauso wird „der Israeli“ in den islamistischen Antiwitzen als ein Mörder dargestellt, der Palästinenser mit einer Axt köpft. Ist dies nicht ein weiterer Beleg für eine grausame Form der Projektion, wenn man die Exekutionsmethoden der islamischen Welt kennt und vor Augen führt?

In den Karikaturen soll neben Hass und Verachtung, auf perverseste Weise Angst geschürt werden. „Die Juden“, „die Israelis“ werden als Zerstörer des Islam dargestellt. Wie das geschehen soll, fragt sich niemand. Statt dessen lacht man über die eigene Propaganda. Man unterstellt den Israelis alle internationalen Institutionen zu unterwandern, um den Iran zu beherrschen. Wie sieben Millionen Israelis siebzig Millionen Iraner beherrschen wollen und warum sie sogar eine Milliarde Muslime beherrschen sollten, fragt sich der (un-) geistige Gewalttäter, der über seinen eigenen Gewaltakt lacht, nicht.

Schon Ayatollah Khomeini kündigte zu Beginn der Revolution an, dass die Propagandamedien besonders wichtig seien, um die Ziele der Revolution voran zu bringen. Daher muss man sich nicht wundern, wenn die iranischen Agenturen, Fernseh- und Radiostationen in Dutzenden Sprachen die Botschaft der khomeinistischen Diktatur weitergeben.

Die Juden wollen also die Welt beherrschen? Ist dies nicht die Umkehrung der Botschaft von Ayatollah Jannati, der erst am 11. Februar 2007 erneut die Staatsdoktrin des Iran wiedergab, wonach die islamische Revolution der Beginn der islamischen Weltherrschaft gewesen ist? Wer will also die Welt beherrschen? Sieben Millionen Israelis? Oder ist es das erklärte Ziel der iranischen Staatspolitik die Welt zu islamisieren?

In der sich selbst erniedrigenden Psyche des islamistischen Witzes wird obendrein der Israeli verlieren, denn er ist der Schwächere. Eine solche Darstellung ist die beste Methode, um sich selbst ein Gefühl der Überlegenheit zu verleihen, in dem der andere erniedrigt dargestellt wird.

Diese Witze sollten als eine Mahnung betrachtet werden. Sie belegen in einer besonders traurigen Form, wie der vermeintliche Feind nicht nur dämonisiert, sondern erniedrigt werden soll. Die weltweite Verdammung der totalitären Hasspropaganda sollte zu einer *conditio sine qua non* werden. Diese (nicht-) staatliche Propagandaform, ob in Form des Un-Witzes oder trockener Staatsideologie einer totalitärer Diktatur, muss weltweit als staatlich betriebene Volksverhetzung verurteilt werden.

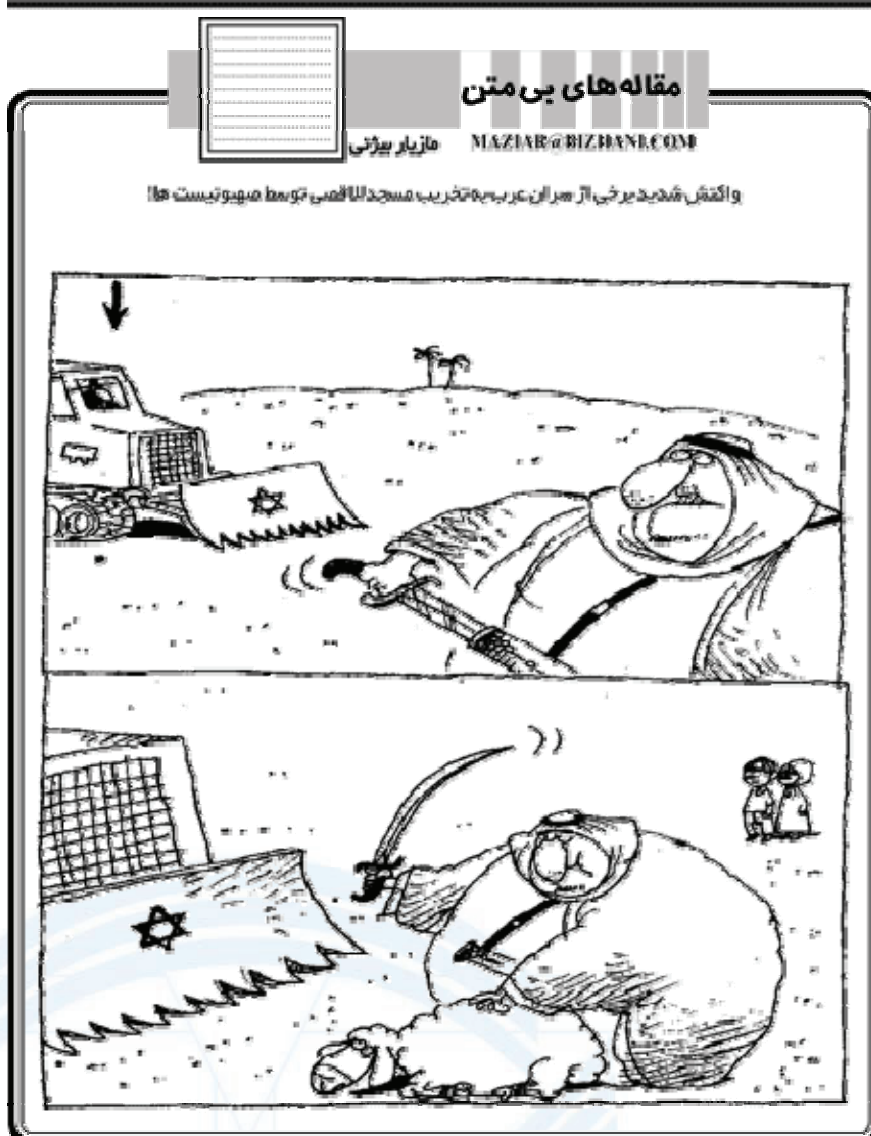
w.w.



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

Im Folgenden dokumentieren wir Karikaturen, die in der größten iranischen Tageszeitung Kayhan erschienen sind. Kayhan steht dem religiösen Führer des Iran, Ayatollah Khamenei, nahe und ist ein Instrument der Staatspropaganda im Iran.



„Die Reaktion mancher arabischer Führer auf die Zerstörung der Al-Aqsa Moschee seitens des zionistischen Regimes.“

[Religiöse Fanatiker unterstellen, dass die israelische Regierung die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zerstören wolle. Dabei hat die israelische Regierung erklärt, lediglich eine Treppe bauen zu wollen.]

Kayhan, 10.2.2007

<http://www.kayhannews.ir/851121/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Der Bauarbeiter sagt: „Ich habe die Hauptsäule der Al-Aqsa Moschee gefunden. Arabisches Öl.“
Auch hier wird unterstellt, dass die israelische Regierung die Al-Aqsa-Moschee von unten zerstören wolle.

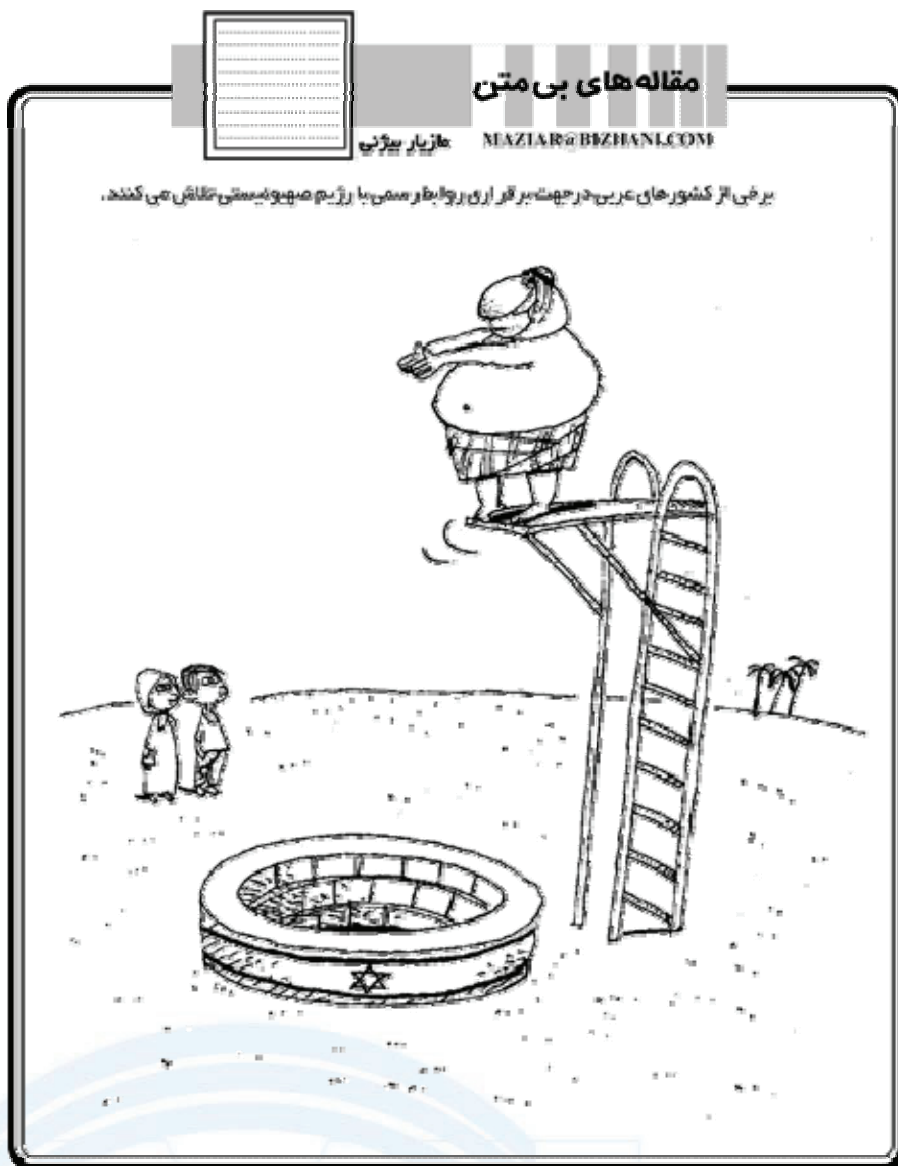
Kayhan, 11.2.2007

<http://www.kayhannews.ir/851123/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Manche arabische Staaten bemühen sich Beziehungen zum zionistischen Regime aufzunehmen.

Kayhan, 6.2.2007

<http://www.kayhannews.ir/851115/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Die neue UN-Resolution hat die Leugnung des Holocaust bedingungslos verurteilt.

Kayhan; 5.2.2007

<http://www.kayhannews.ir/851114/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



البرادعي: صبر بين المللي در مقابل برنامه هسته اي ايران سرآمده است.

Al-Baradei: Die Geduld der Welt ist in Hinblick auf das iranische Atomprogramm zu Ende.

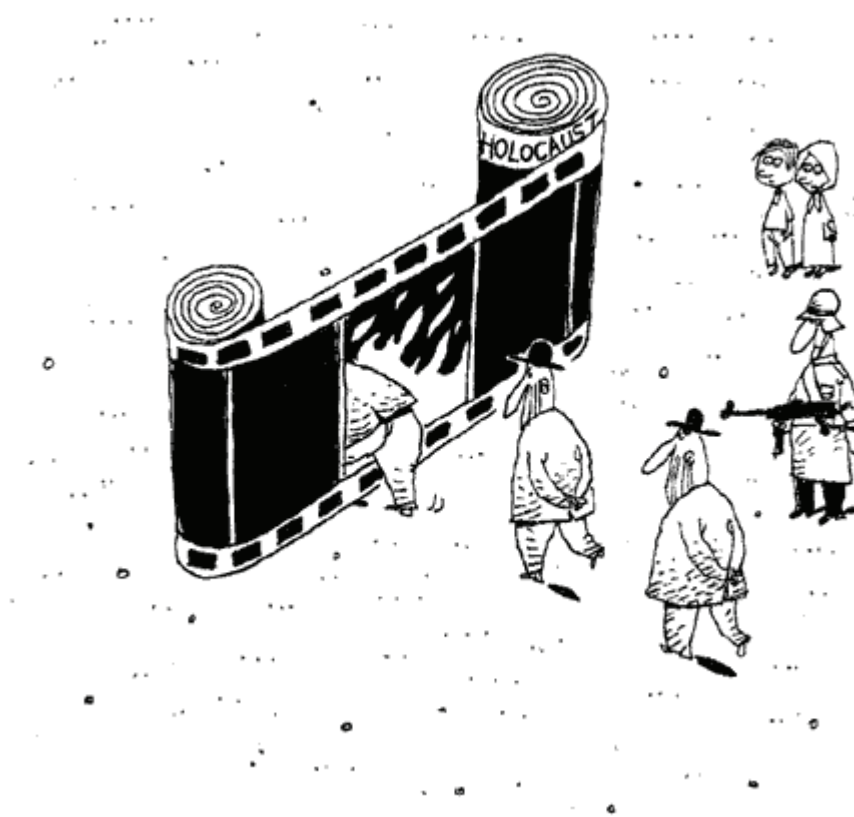
Kayhan, 15.1.2007

<http://www.kayhannews.ir/841025/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



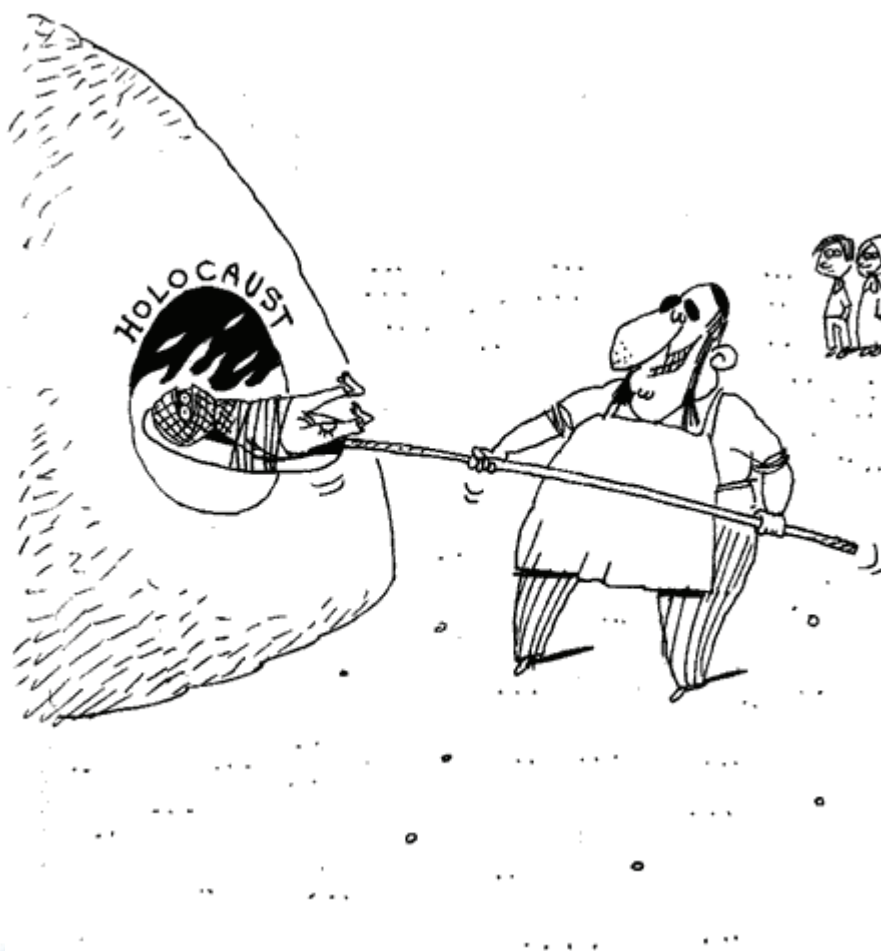
Kayhan, 8.1.2007

<http://www.kayhannews.ir/841018/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



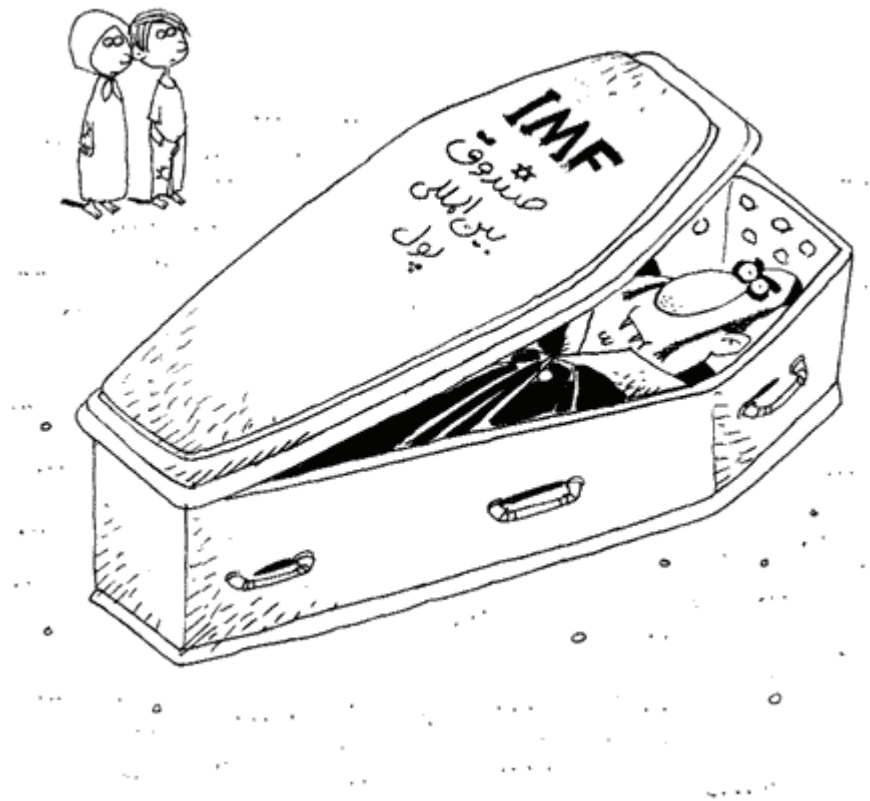
Kayhan, 2.1.2007

<http://www.kayhannews.ir/841012/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 1.1.2007

<http://www.kayhannews.ir/841011/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



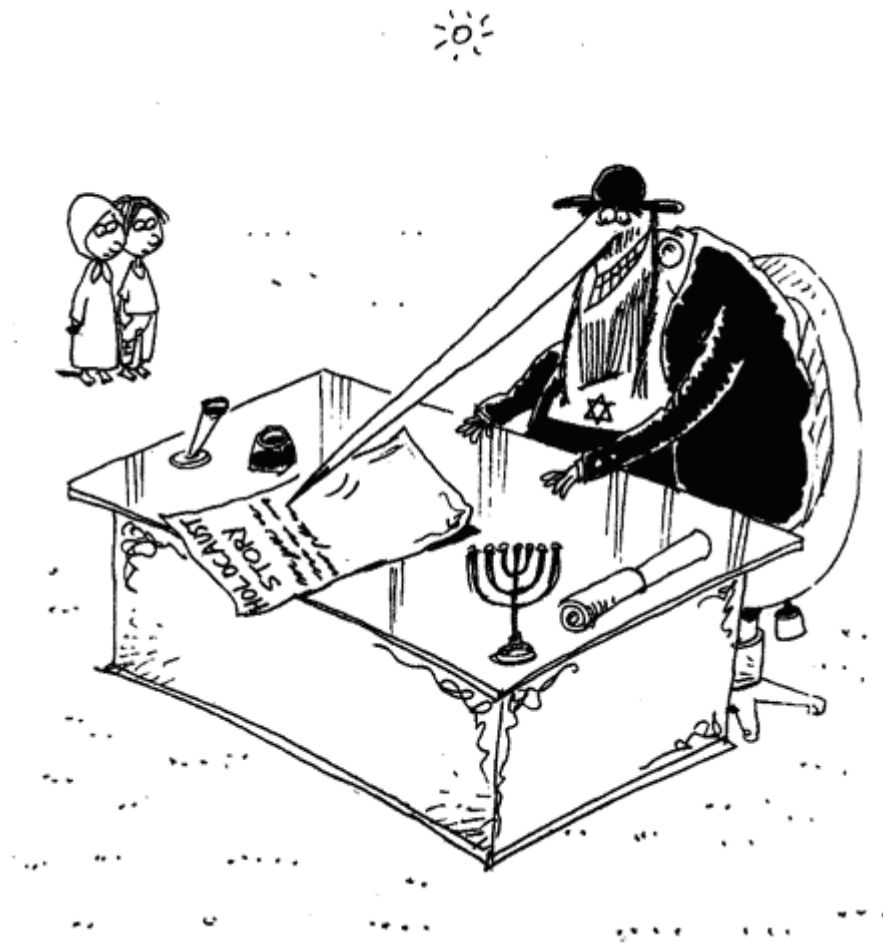
Kayhan, 17.12.2006

<http://www.kayhannews.ir/850926/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



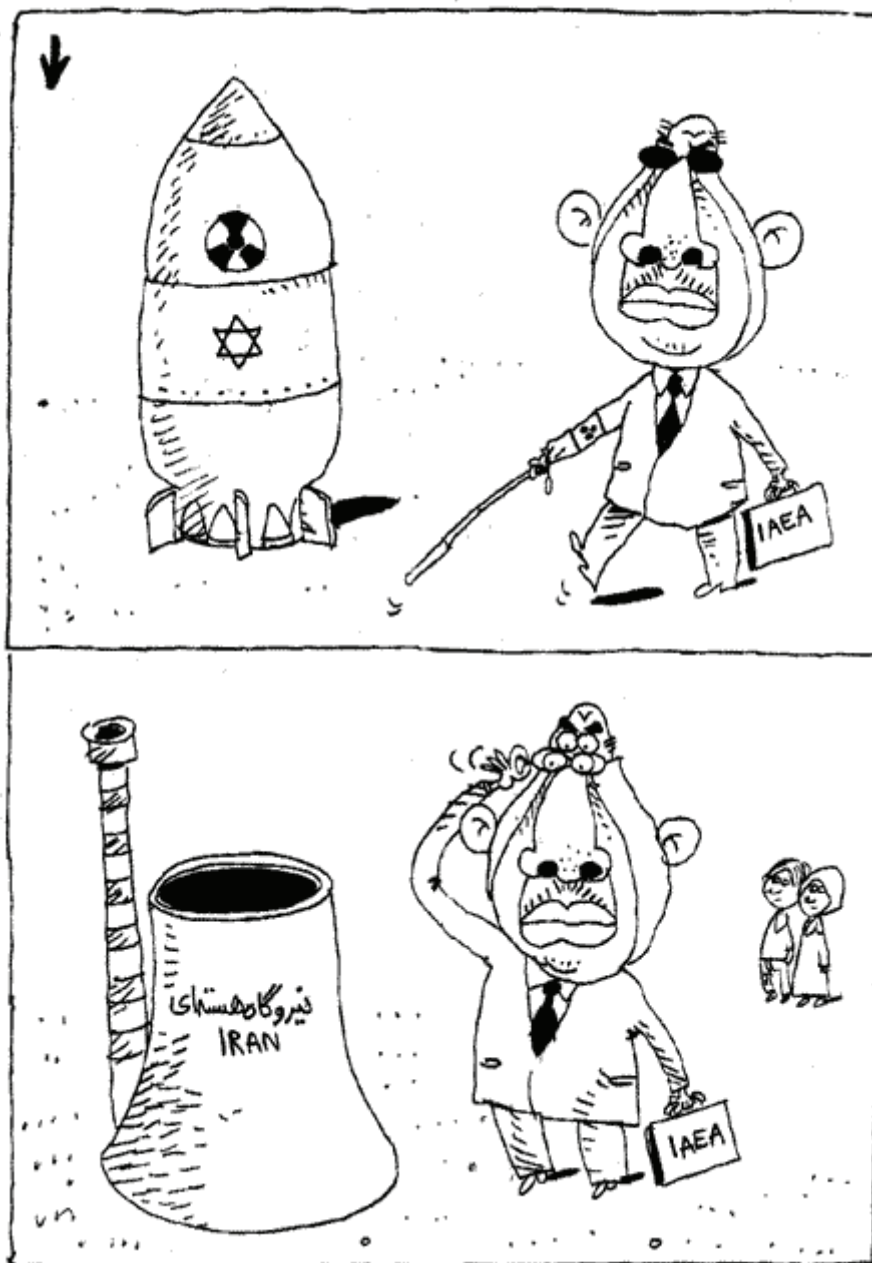
Kayhan, 16.12.2007

<http://www.kayhannews.ir/850925/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 18.11.2006

<http://www.kayhannews.ir/850827/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Besetzte Gebiete

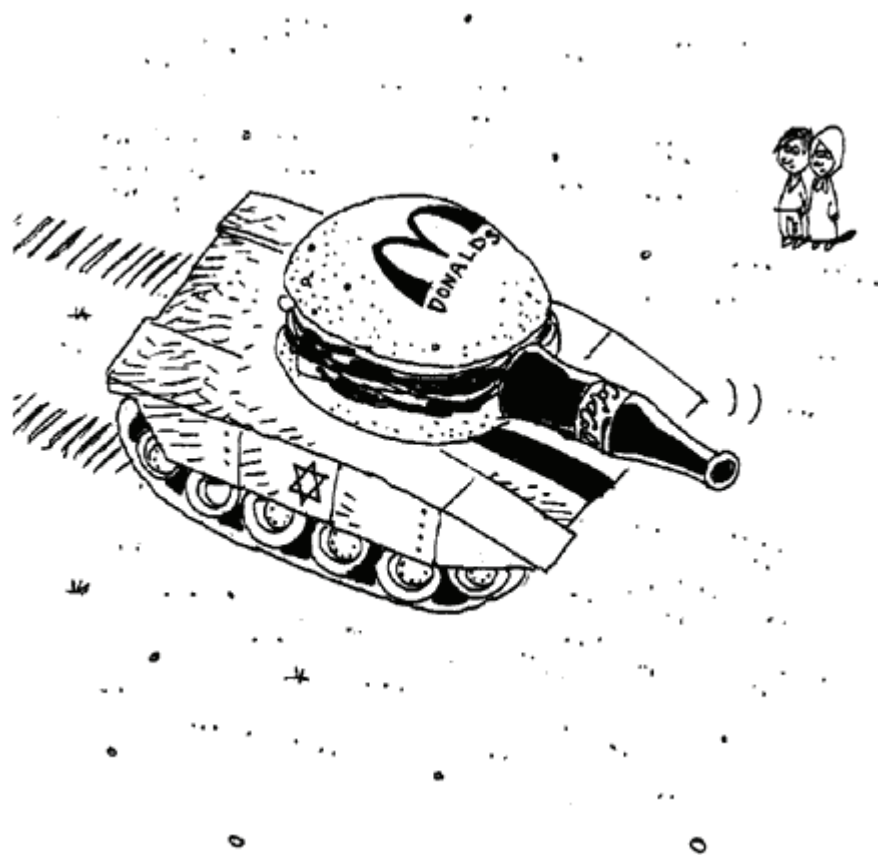
Kayhan, 16.11.2006

<http://www.kayhannews.ir/850825/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



شرکت کوکاکولا در يك آگهي تبليغاتي: با خرید هر شیشه نوشابه کوکاکولا از اسرائیل حمایت کنید.

Coca-Cola Werbung: Sie können mit dem Kauf jeder Flasche von Coca Cola Israel helfen.
Kayhan, 11.11.2006

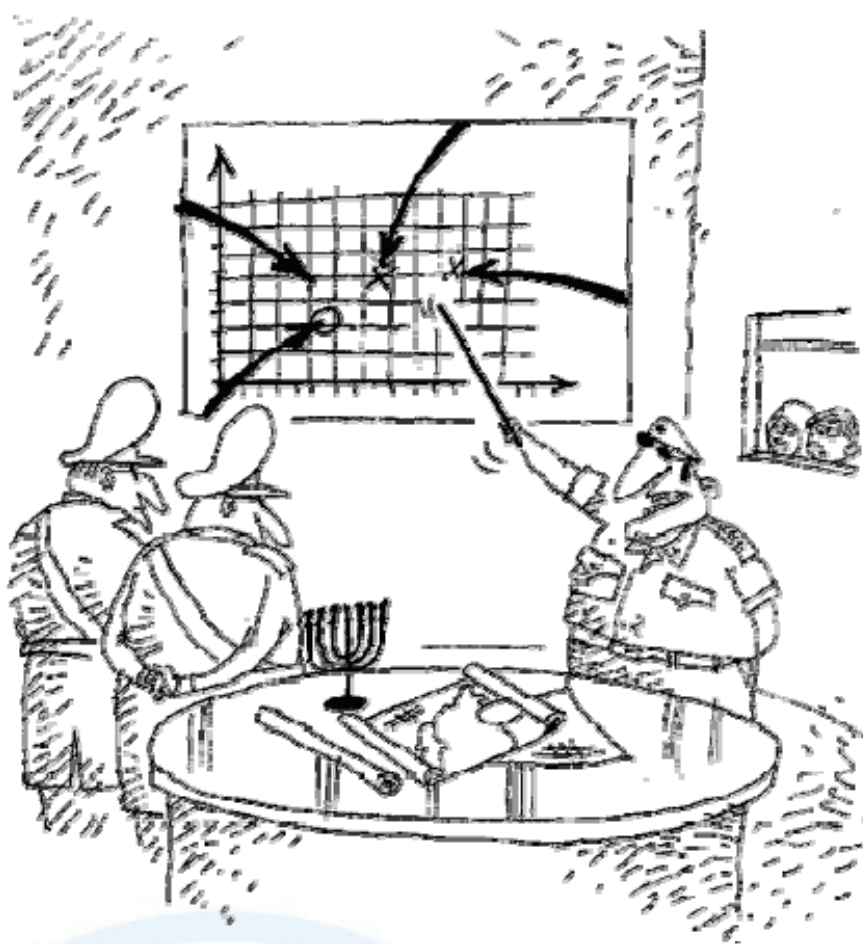
<http://www.kayhannews.ir/850820/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

بانك جهاني استراتژي مسكن در ايران را تدوين مي كند.
بانك جهاني استراتژي مسكن در ايران را تدوين مي كند.



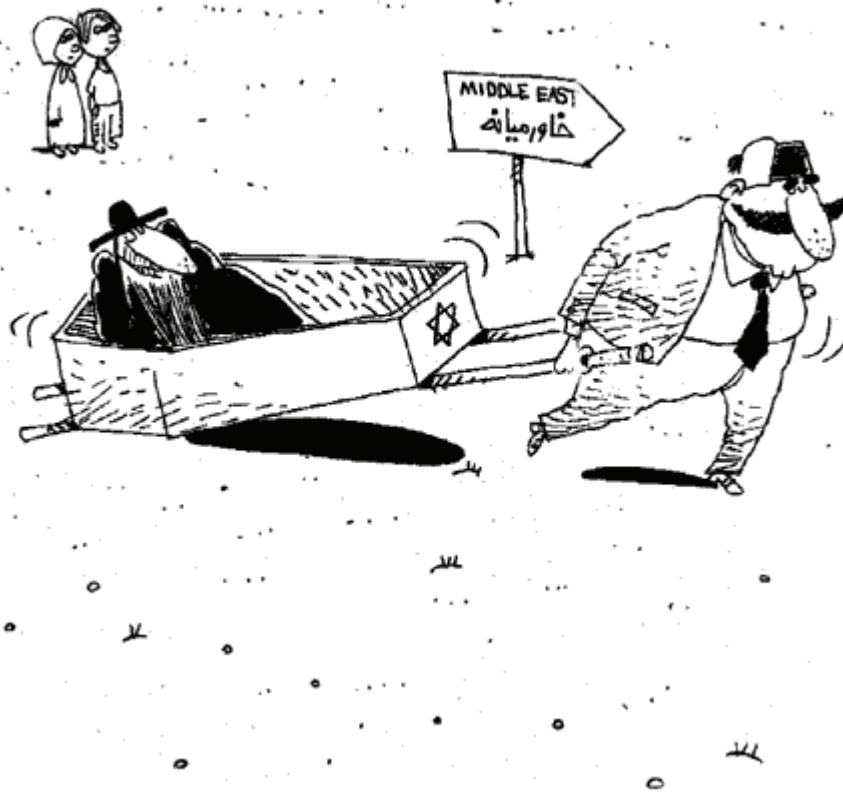
Die Weltbank entwickelt Strategien für den Wohnungsbau im Iran.
Kayhan, 5.11.2006
<http://www.kayhannews.ir/850814/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

ارتباط بین رژیم صهیونیستی و سران سازشکار عرب!

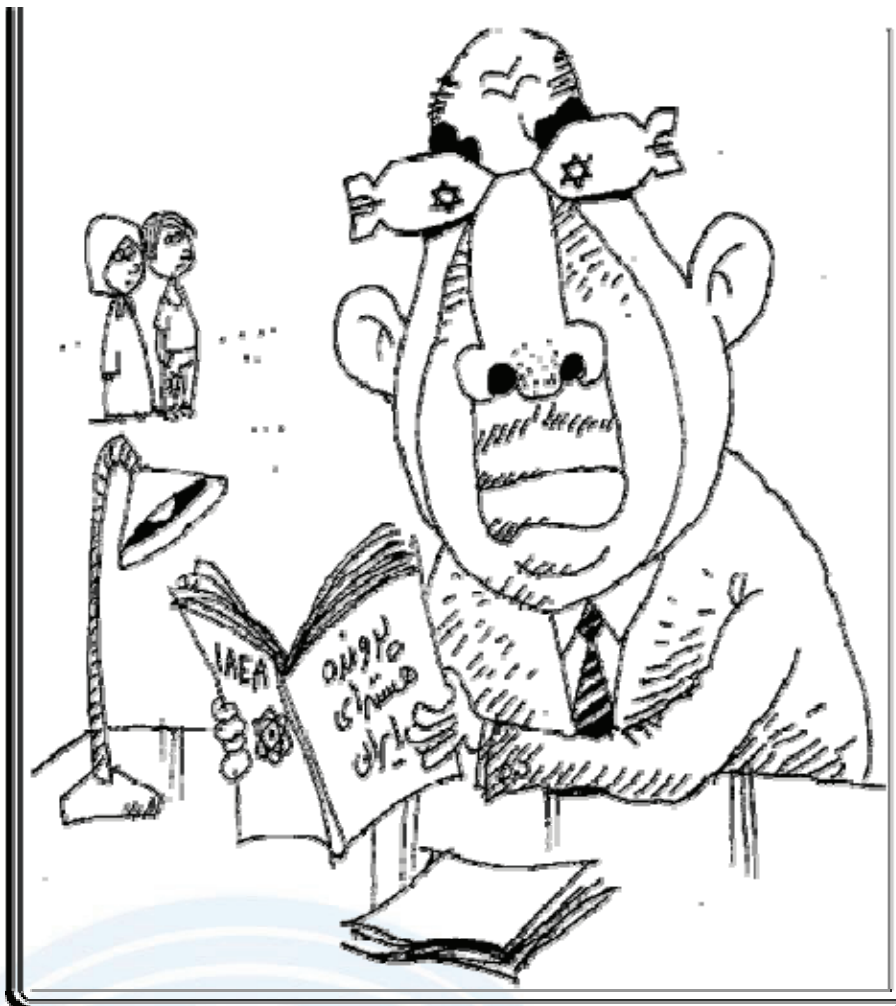


Die Beziehungen der arabischen Führer zum zionistischen Regime.
<http://www.kayhannews.ir/850806/3.HTM>
Kayhan, 28.10.2006



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Die iranische Atomakte
Kayhan, 21.10.2006

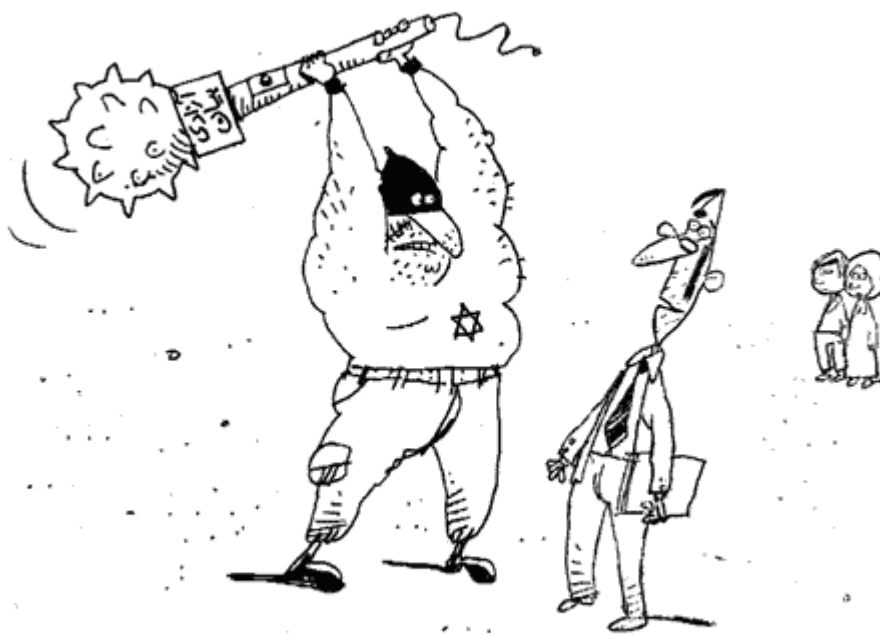
<http://www.kayhannews.ir/850729/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

يك محقق و استاد فرانسوي به علت انكار هولوكاست به حبس و جريمه نقدي محكوم شد



Ein französischer Wissenschaftler wurde wegen Holocaustleugnen verurteilt.

Keule: Meinungsfreiheit.

Kayhan, 9.10.2006

<http://www.kayhannews.ir/850717/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

سينماي هاليوود و صهيونيسم!



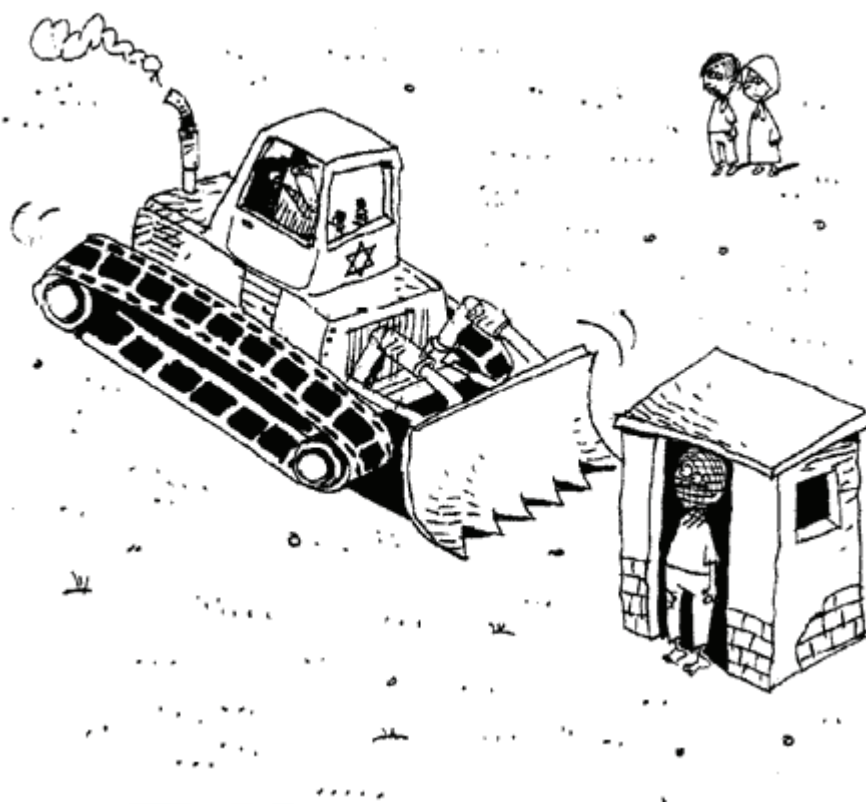
Hollywood-Kino und Zionismus
Kayhan, 5.10.2006
<http://www.kayhannews.ir/850713/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

تعدادی از بازیگران و فیلمسازان هالیوود، با محکومیت حزب الله لبنان از رژیم صهیونیستی حمایت کردند.



Einige Schauspieler und Filmemacher von Hollywood verurteilen die Hisbollah in Libanon und verteidigen die Zionisten.

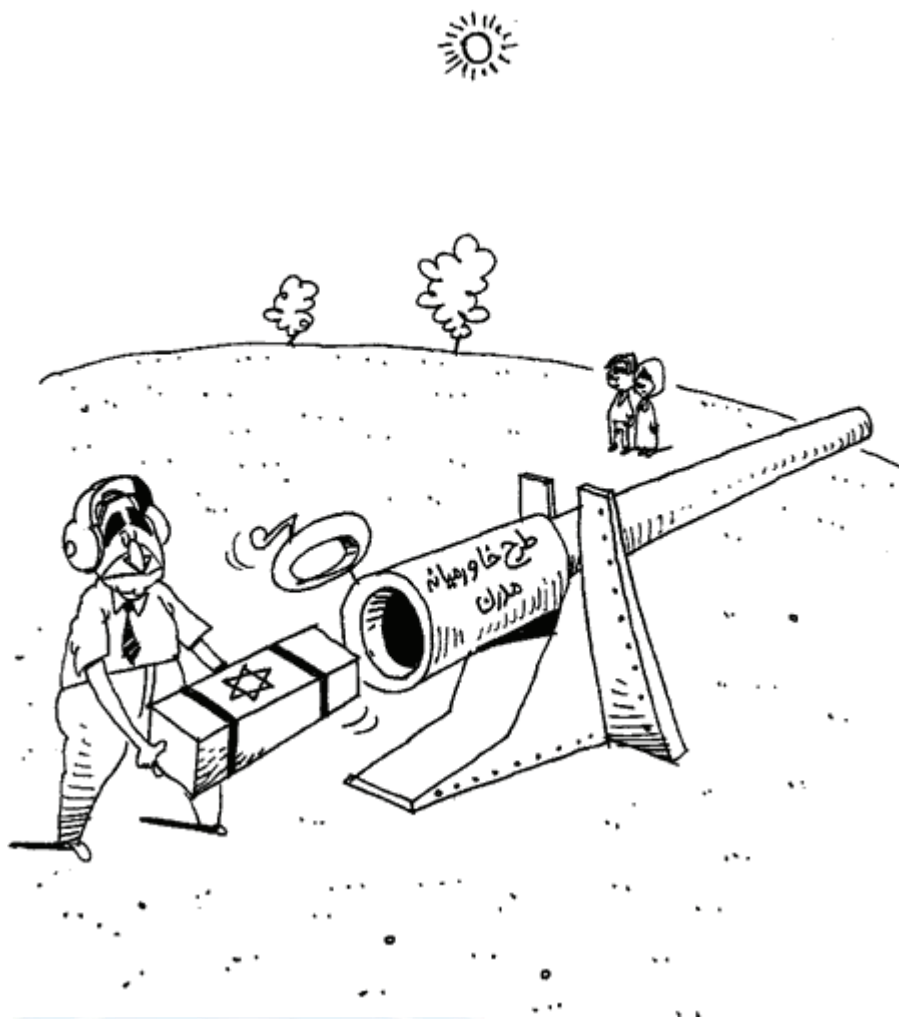
Kayhan, 30.9.2006

<http://www.kayhannews.ir/850708/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Der Plan für einen modernen Mittleren Osten.

Kayhan, 28.9.2006

<http://www.kayhannews.ir/850706/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 24.9.2006

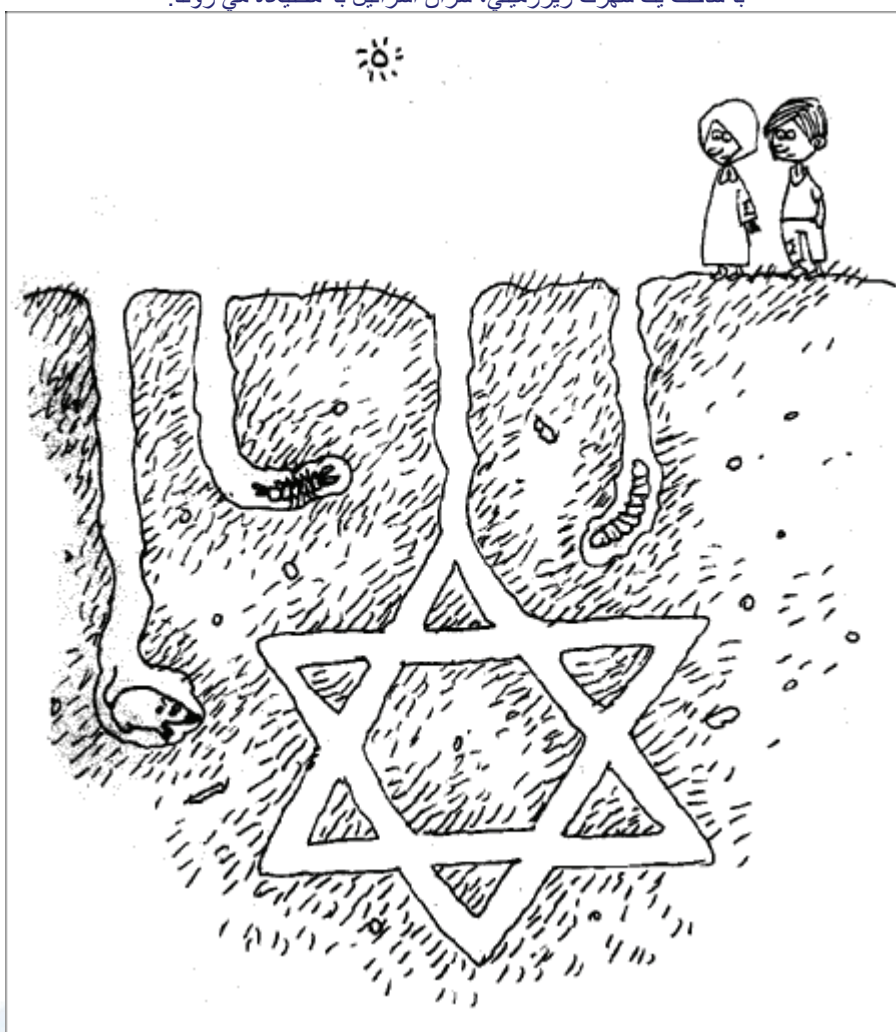
<http://www.kayhannews.ir/850702/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

با ساخت يك شهرک زیر زميني، سران اسرانیل به مخفیگاه می روند.



Die israelischen Politiker verstecken sich in einer unterirdischen Stadt.

<http://www.kayhannews.ir/850629/3.HTM>

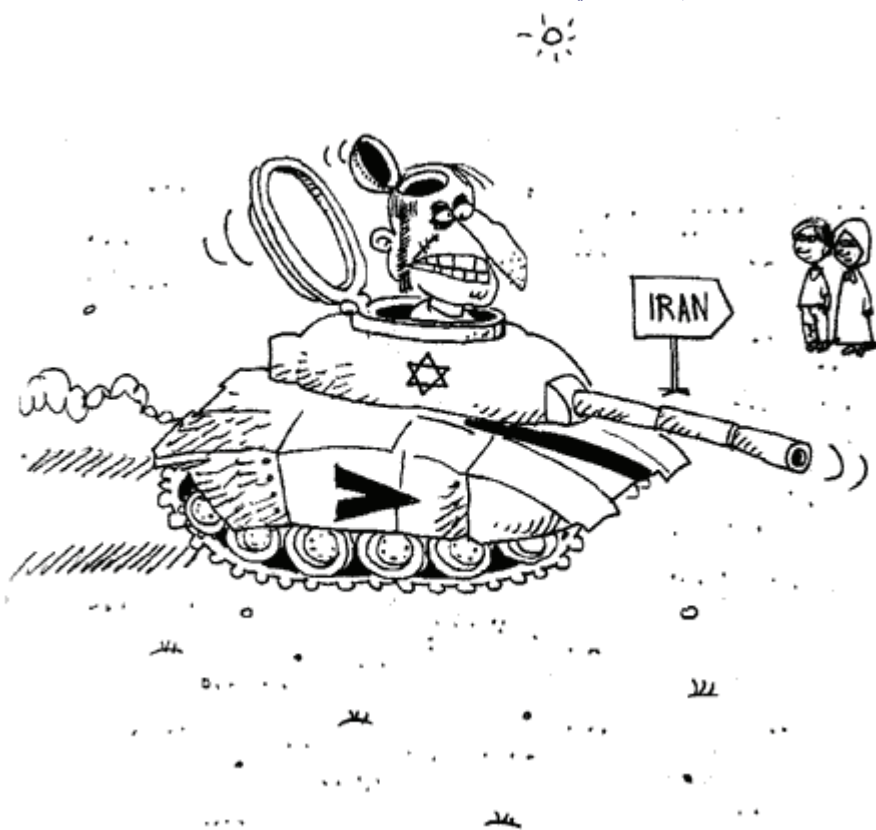
Kayhan, 20.9.2006



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

رژیم صهیونیستی فرمانده جبهه جنگ با ایران را منصوب کرد.



Das zionistische Regime hat den General, der den Krieg gegen den Iran führen soll, ernannt.

Kayhan, 10.9.2006

<http://www.kayhannews.ir/850619/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

عنان: نمایشگاه کاریکاتور هولوکاست در تهران را ندیدم ولی آنچه راجع به آن شنیده ام بسیار ناخوشایند است.



Annan: Ich habe die Teheraner Holocaustkonferenz zwar nicht gesehen, aber was ich gehört habe, ist sehr beunruhigend.

Kayhan, 7.9.2006

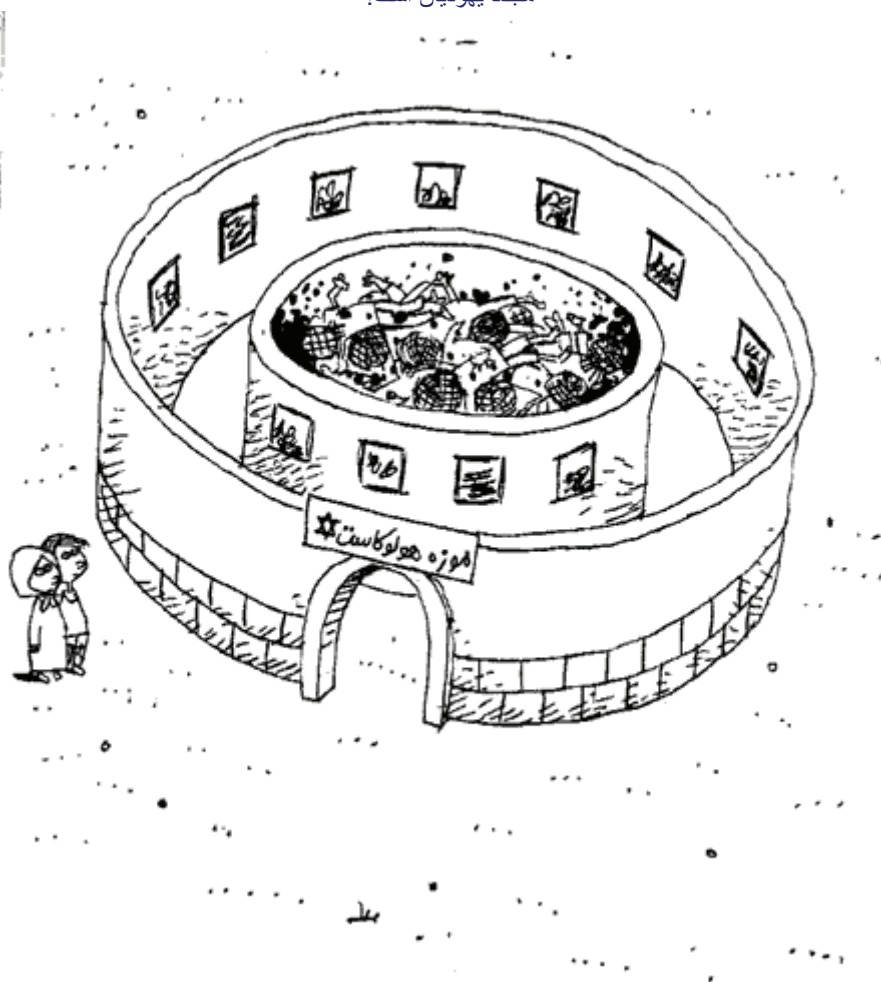
<http://www.kayhannews.ir/850616/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

يك سايت صهيونيستي در واكنش به نمايشگاه بين المللي كاريكاتور هولوكاست: اين اقدام ايران زمينه سازي رواني براي كشتار مجدد يهوديان است!



Holocaustmuseum

Eine zionistische Website reagierte auf die internationale Holocaustausstellung und schrieb: Dieser Schritt des Iran ist die psychologische Vorbereitung für eine erneute Ermordung von Juden.

Kayhan, 29.8.2006

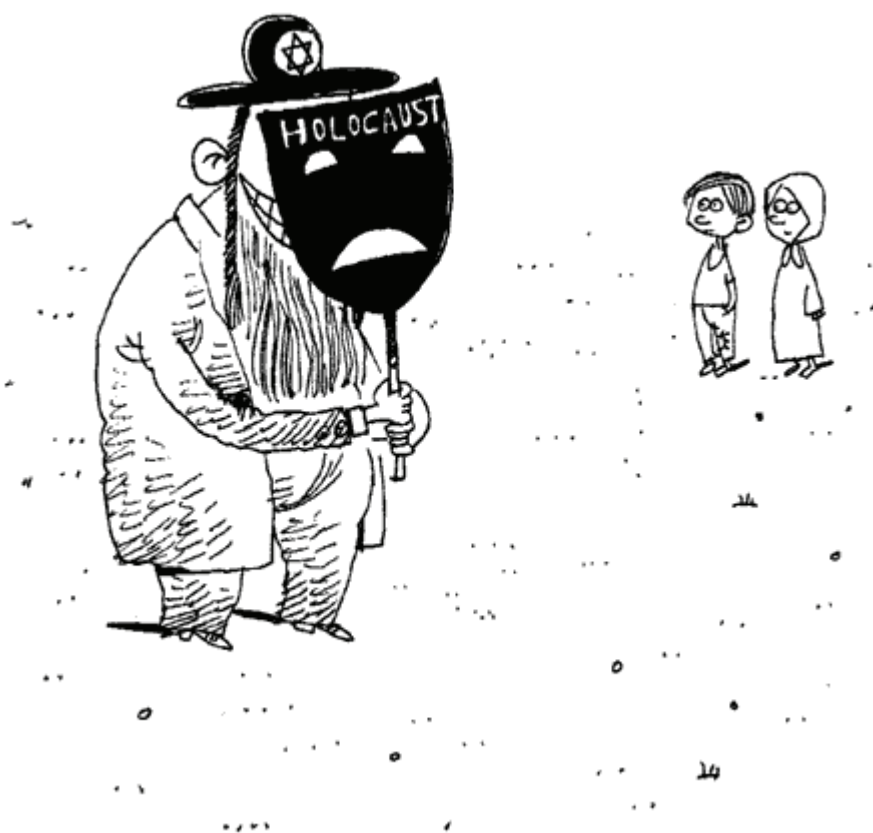
<http://www.kayhannews.ir/850607/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

يك روزنامه صهيونيستي در واكنش به مسابقه بين المللي كاريكاتور هولوكاست: اگر هولوكاست موضوع خنده داري بود ما هم كلي به آن مي خنديديم!



Eine zionistische Zeitung schrieb in Hinblick auf das internationale Holocaust-Karikatur-Wettbewerb: Wenn Holocaust so witzig ist, dann lachen wir auch darüber.

Kayhan, 27.8.2006

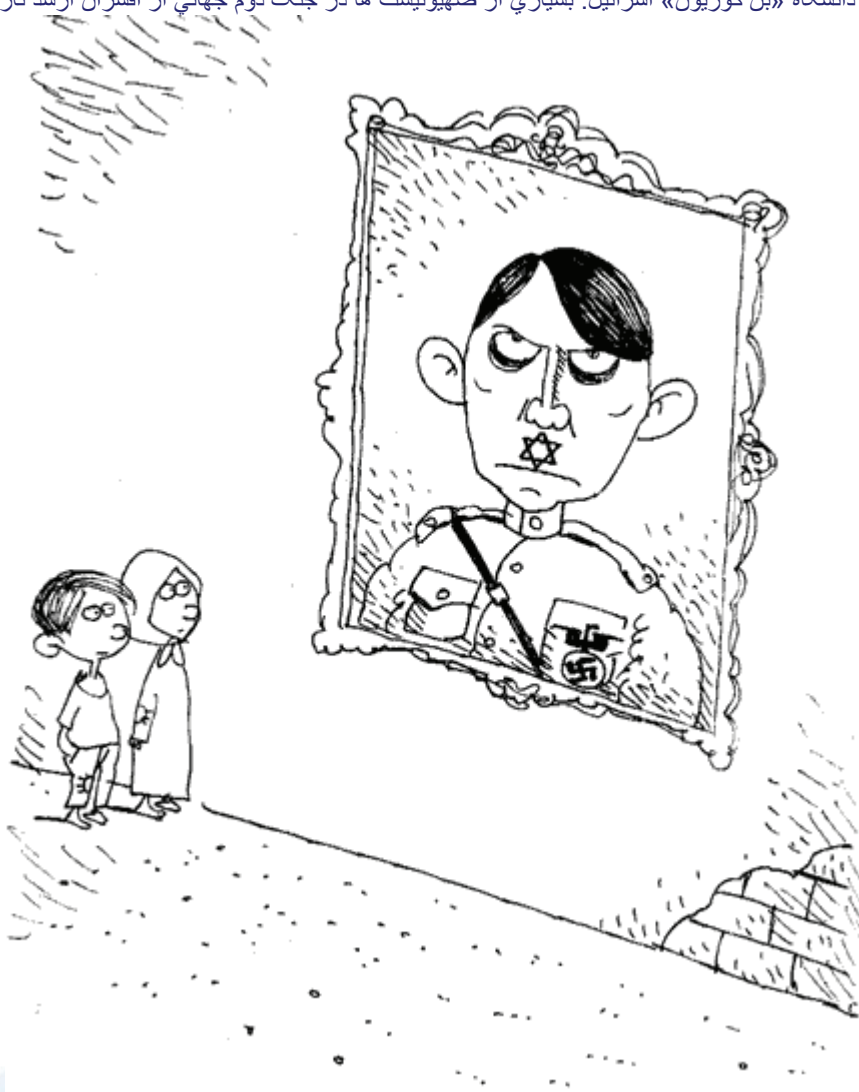
<http://www.kayhannews.ir/850605/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

پروفیسور و استاد دانشگاه «بن گوریون» اسرائیل: بسیاری از صهیونیست ها در جنگ دوم جهانی از افسران ارشد نازی بوده اند.



Ein Professor der israelischen Ben Gurion Universität sagte: Während des zweiten Weltkrieges waren viele Zionisten hochrangige Nazioffiziere.

Kayhan, 26.8.2006

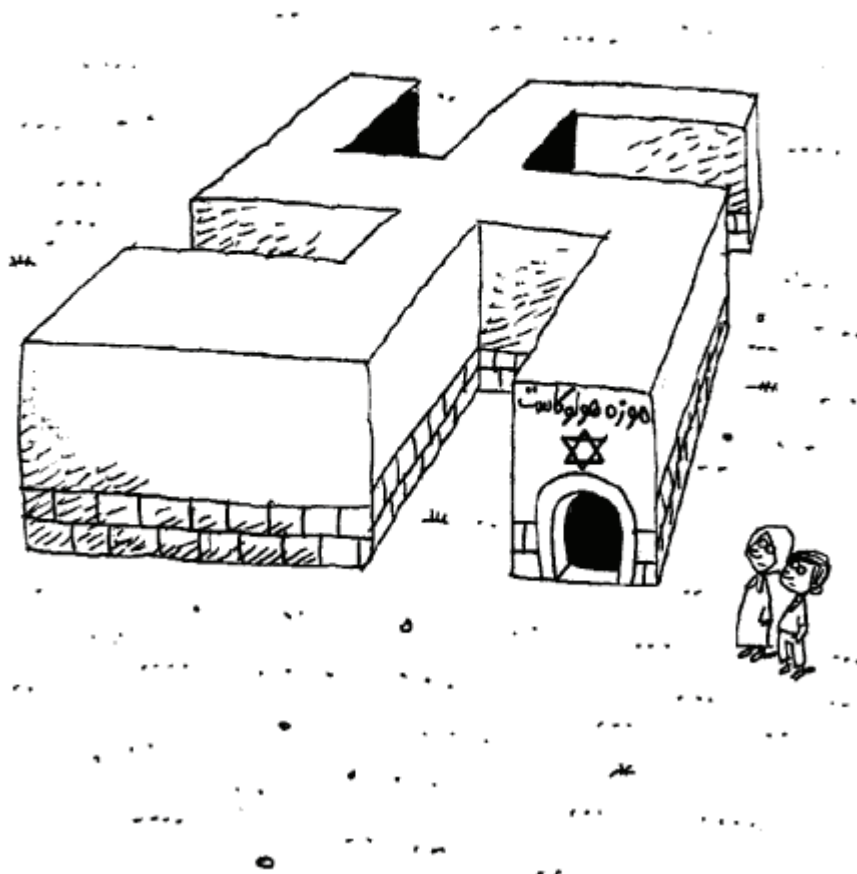
<http://www.kayhannews.ir/850604/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

به مناسبت افتتاح نمایشگاه بین المللی کاریکاتور هولوکاست در تهران!



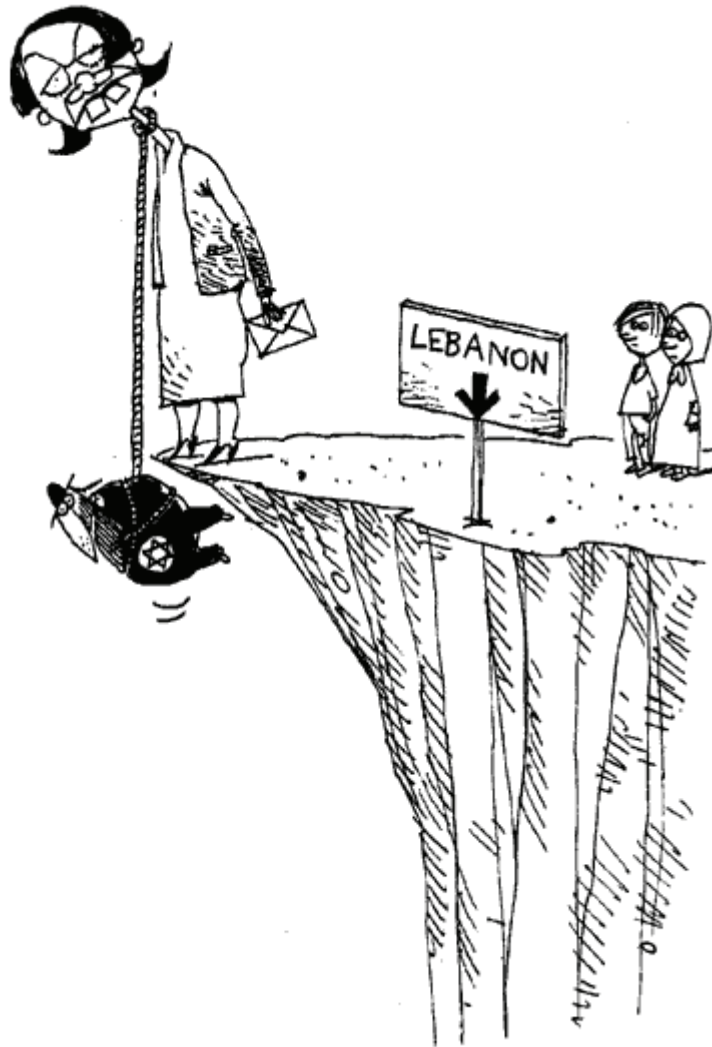
Holocaust-Museum
Aus Anlass der Eröffnung der Teheraner Holocaustausstellung
Kayhan, 24.8.2006
<http://www.kayhannews.ir/850602/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

وزیر دفاع رژیم صهیونیستی: مرحله دوم جنگ با لبنان را آغاز می کنیم.



Der zionistische Verteidigungsminister sagt: Wir werden die zweite Phase des Libanon-Krieges beginnen.

Kayhan, 21.8.2006

<http://www.kayhannews.ir/850530/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

در پی شکست رژیم صهیونیستی در لبنان، برکناری و مجازات نظامیان اسرائیلی آغاز شد.



Infolge der Niederlage des zionistischen Regimes in Libanon wurden die verantwortlichen israelischen Militärangehörigen entlassen.

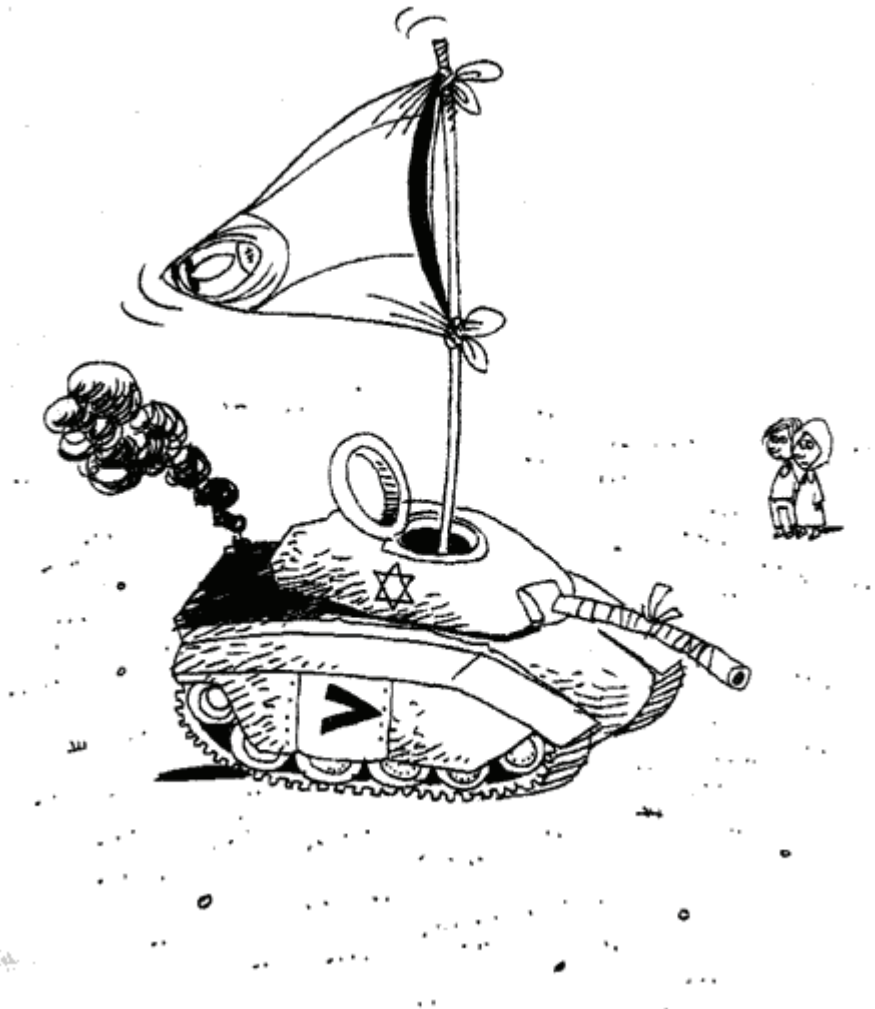
Kayhan, 20.8.2006

<http://www.kayhannews.ir/850529/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



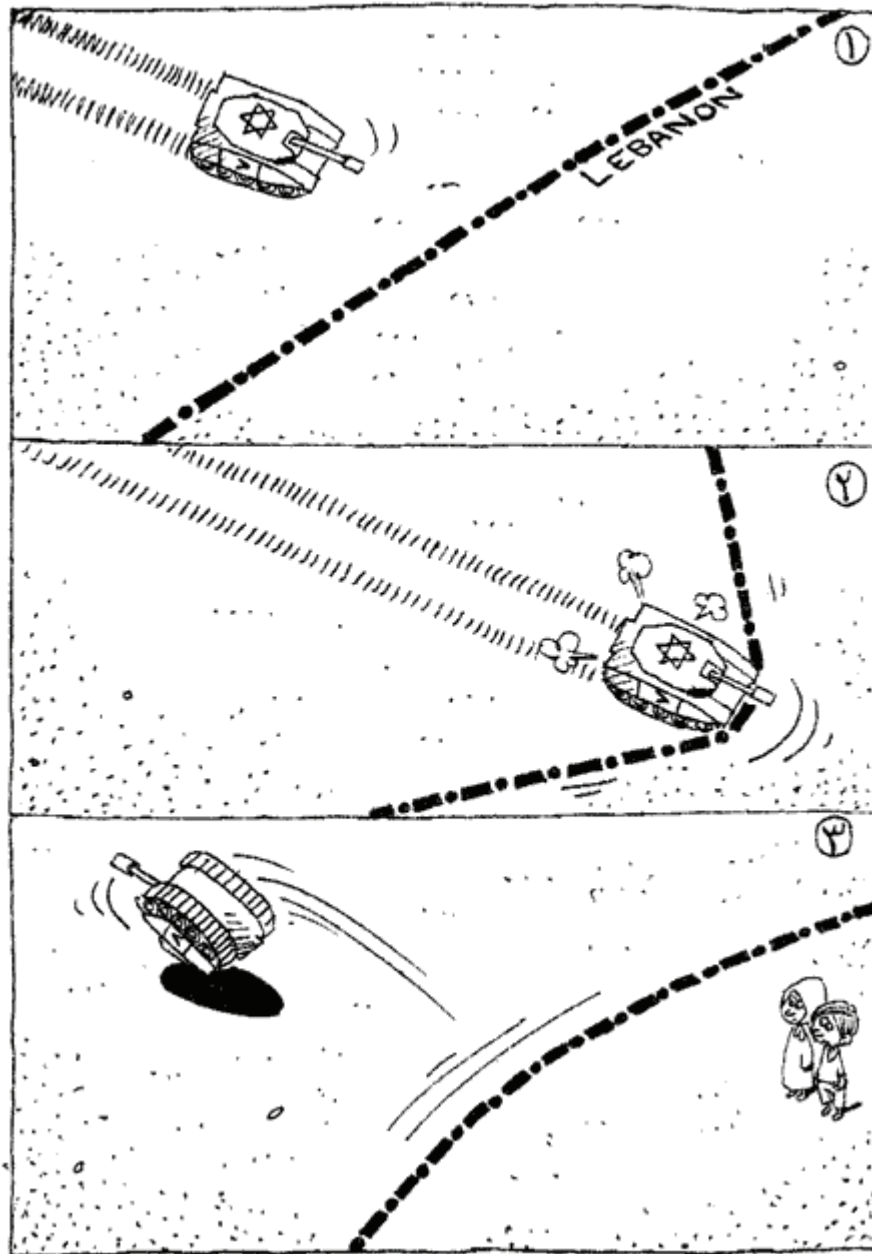
Kayhan, 17.8.2006

<http://www.kayhannews.ir/850526/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



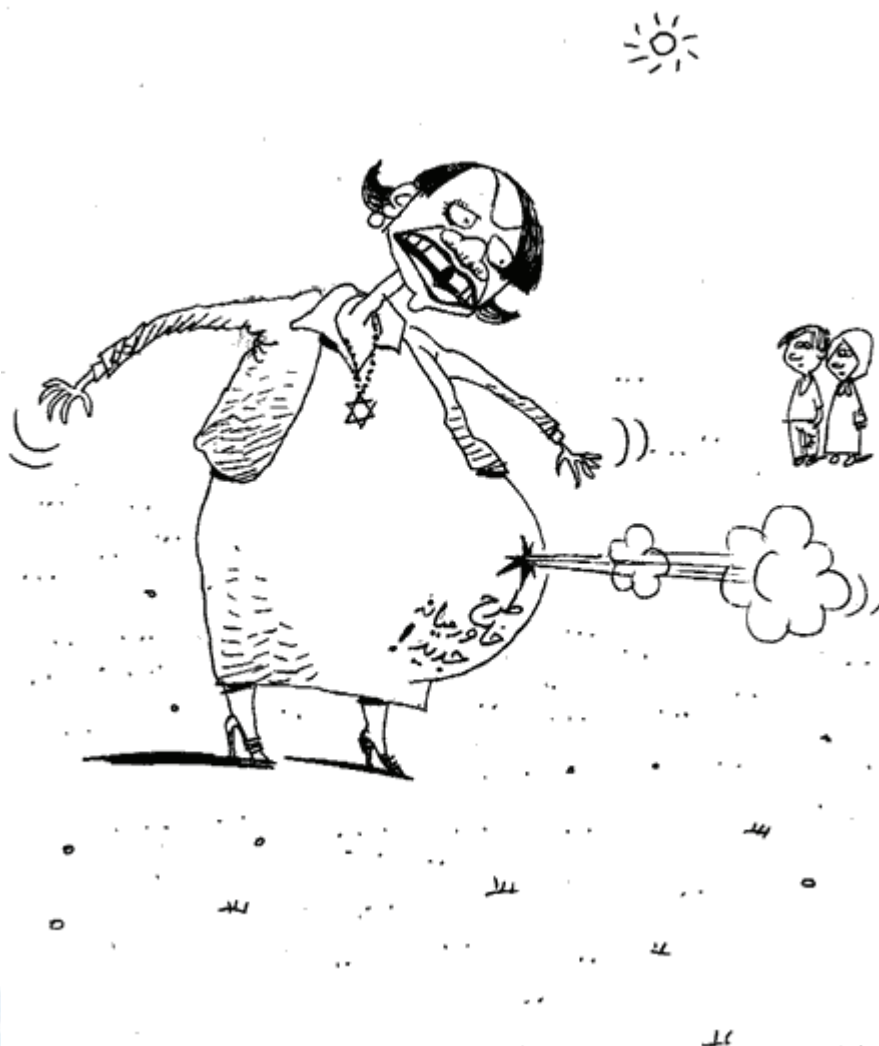
Kayhan, 16.8.2006

<http://www.kayhannews.ir/850525/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



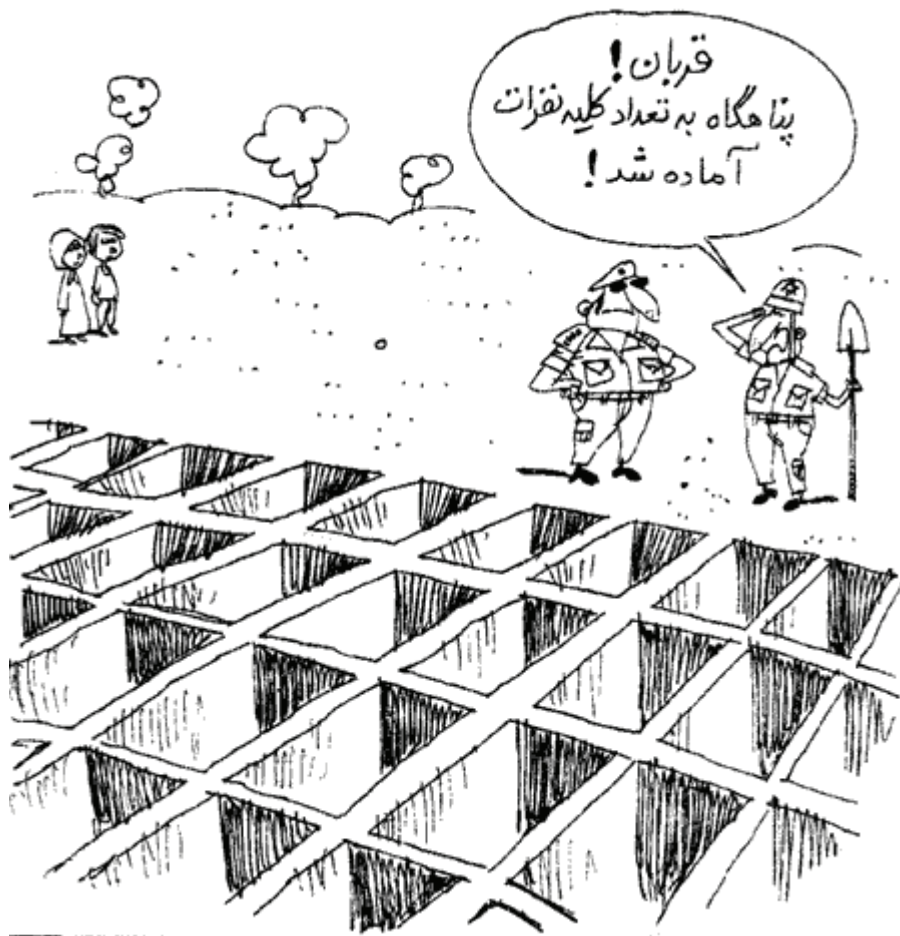
Der Plan für einen neuen Mittleren Osten
Kayhan, 14.8.2006
<http://www.kayhannews.ir/850523/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

روزنامه صهیونیستی معاریو: اسرائیل جز زیرزمینی شدن دیگر راهی برای دفاع از خود نخواهد داشت.



Die zionistische Zeitung Maariv schreibt: Israel hat keinen anderen Weg als in den Untergrund zu gehen.

Kayhan, 13.8.2006

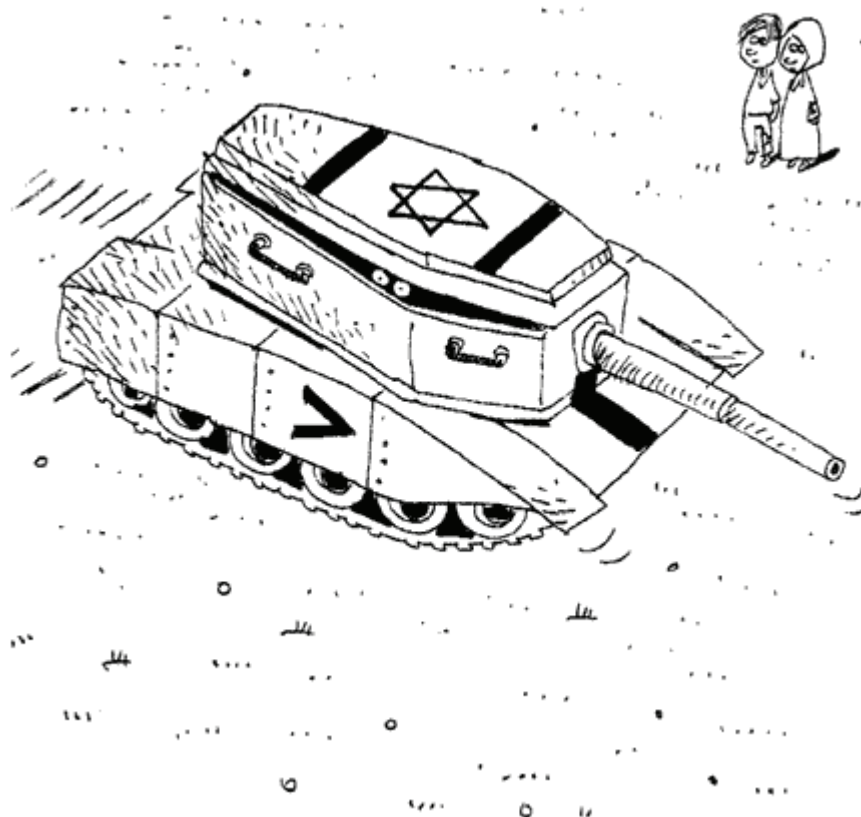
<http://www.kayhannews.ir/850522/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

رژیم صهیونیستی آخرین نسل از تانکهای پیشرفته «مرکاوا» را وارد عرصه نبرد می کند.



Das zionistische Regime wird seine neuesten Panzer im Krieg einsetzen.

<http://www.kayhannews.ir/850521/3.HTM>

Kayhan, 12.8.2006



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 7.8.2006

<http://www.kayhannews.ir/850516/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 5.8.2006

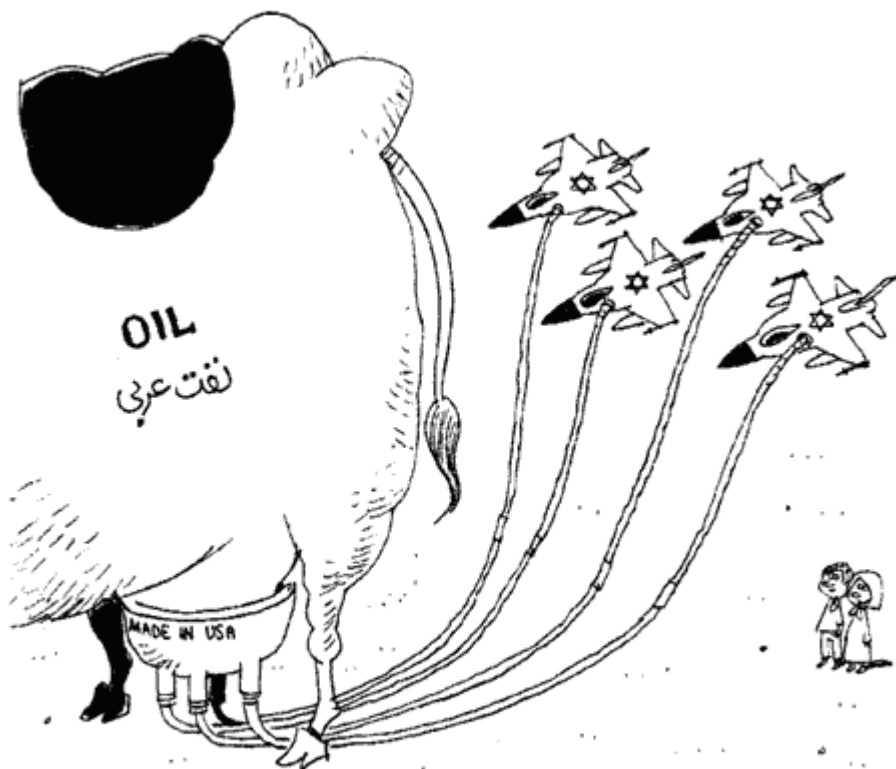
<http://www.kayhannews.ir/850514/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

برخي منابع خبري: عربستان سعودي سوخت جنگنده هاي رژيم صهيونيستي را تأمين مي کند.



Manche Nachrichtenagenturen berichten: Saudi-Arabien finanziert den Brennstoff für die zionistischen Flugzeuge.

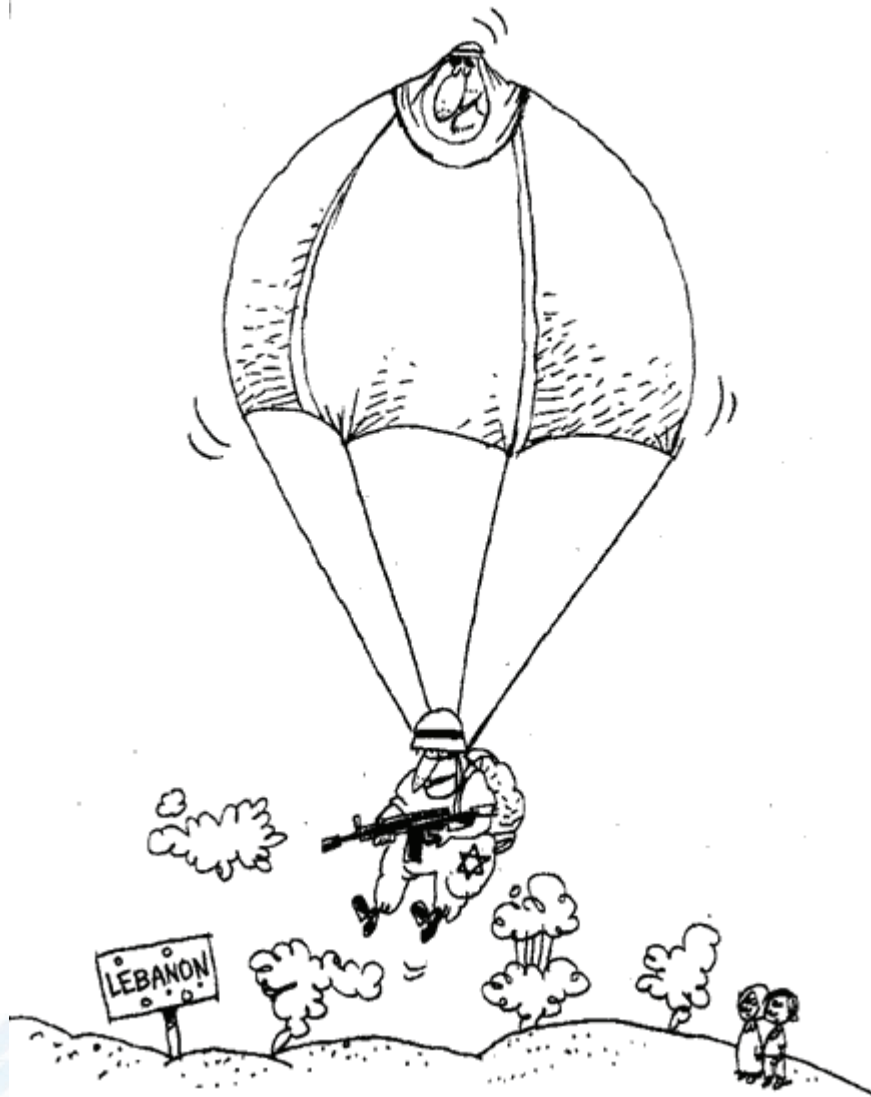
Kayhan, 1.8.2006

<http://www.kayhannews.ir/850510/3.htm>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 31.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850509/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Libanon

Kayhan, 29.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850507/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Arabisches Öl

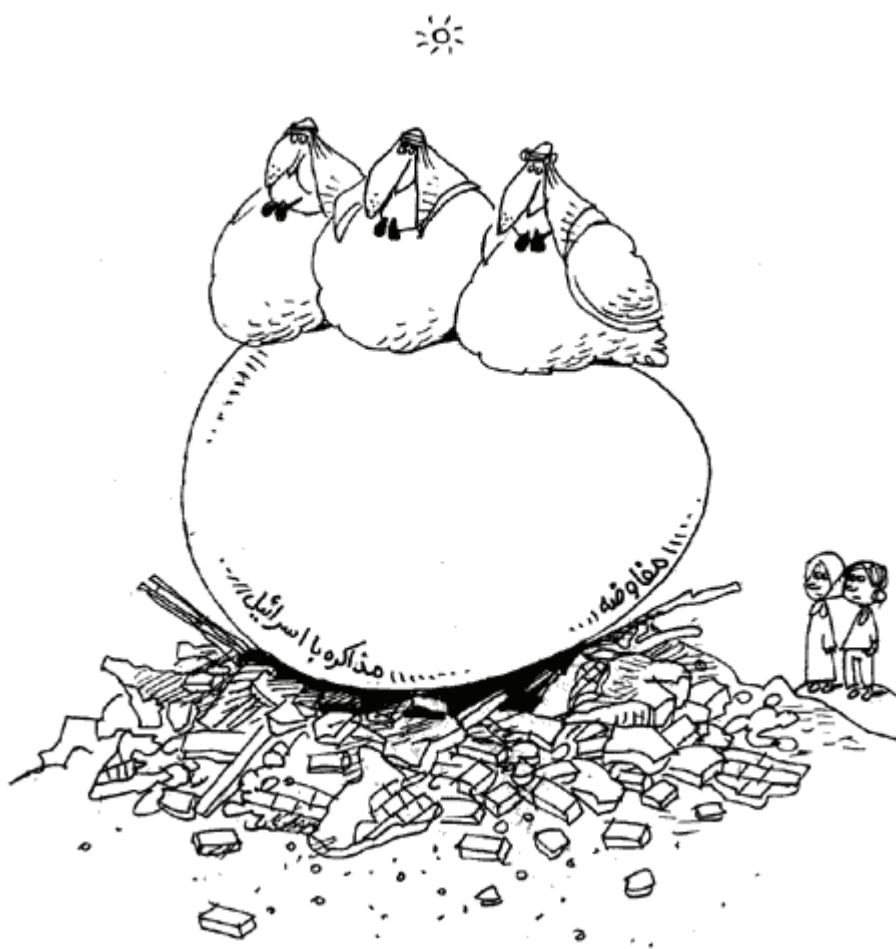
Kayhan, 27.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850505/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Die Saudis brüten ein Ei: Intifada und Dialog mit Israel.

Kayhan, 26.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850504/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

دبيركل حزب الله: جنگ بر عليه لبنان با حمايت برخي سران عرب انجام مي گيرد.



Der Vorsitzende der Hisbollah sagte: Einige arabische Führer sind an dem Krieg gegen Libanon beteiligt.

Kayhan, 25.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850503/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

«القاعده» حزب الله لبنان را به شدت مورد حمله قرار داد و محكوم كرد.

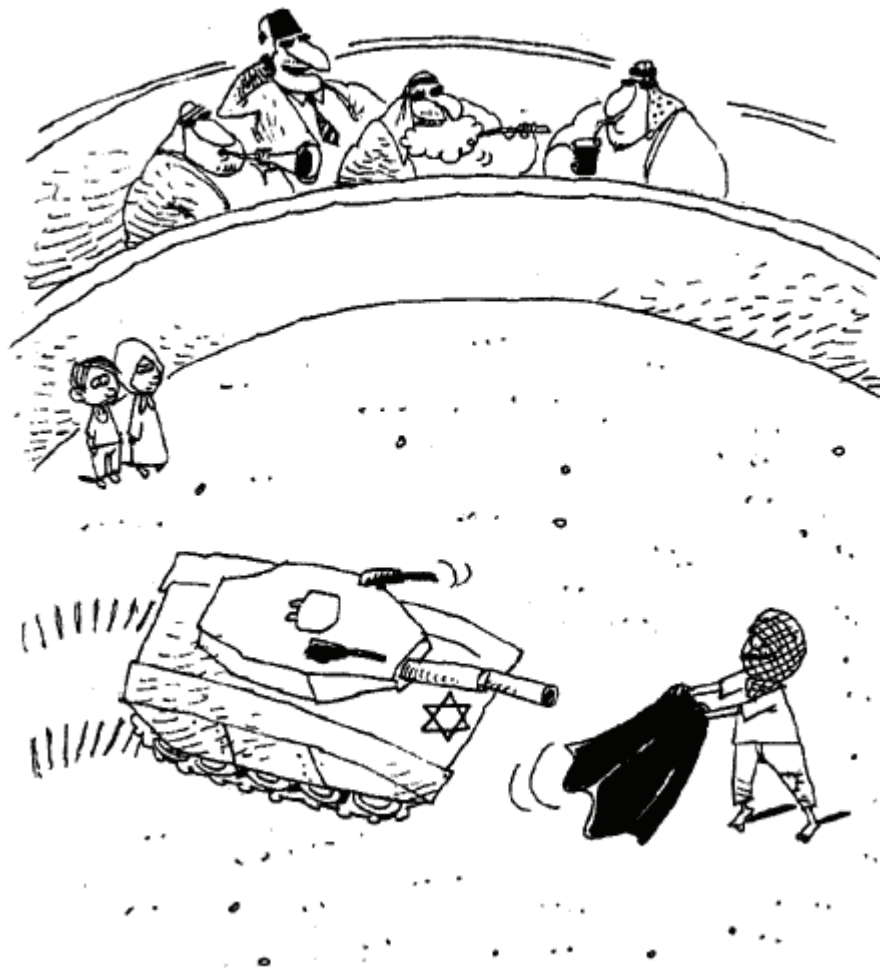


Al-Kaida hat die Hisbollah stark kritisiert.
Kayhan 24.7.2006
<http://www.kayhannews.ir/850502/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 23.7.2006

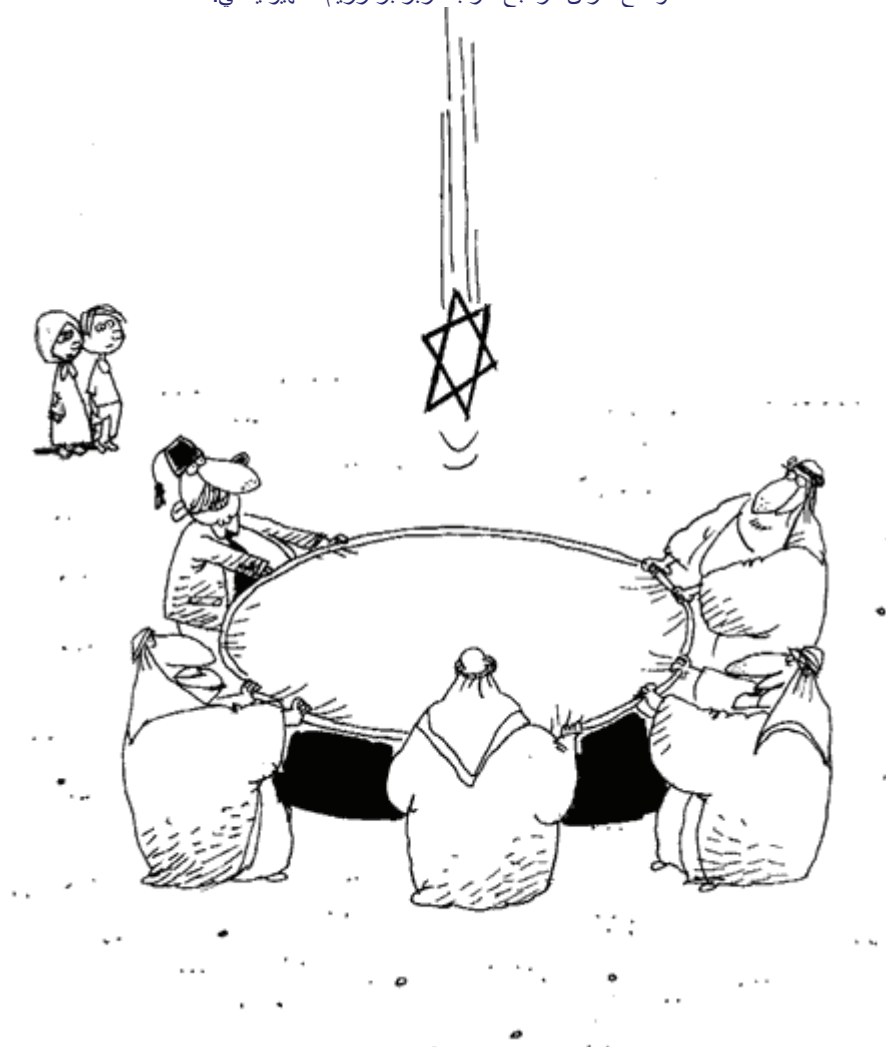
<http://www.kayhannews.ir/850501/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

موضع سران مرتجع عرب در برابر رژیم صهیونیستی!



Die Position der arabischen Führer in Hinblick auf das zionistische Regime.

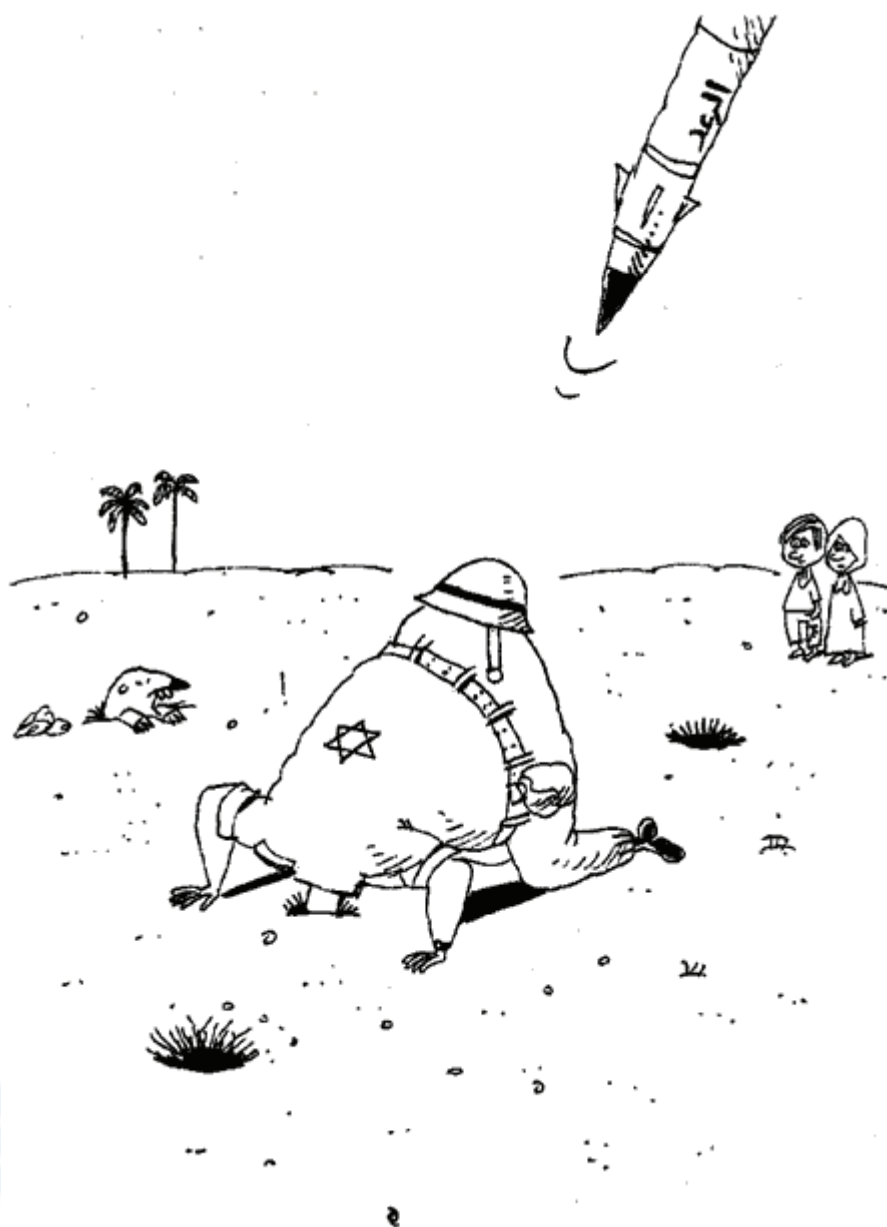
Kayhan, 20.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850429/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

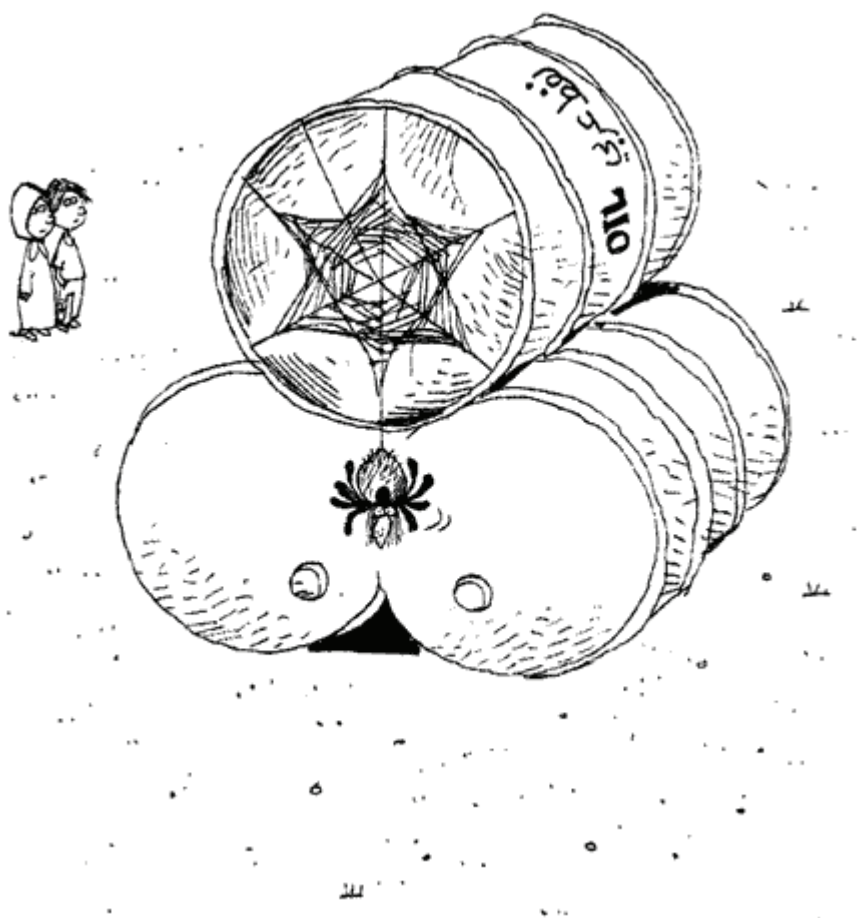


Auf der Rakete: Al-Raad. [Rakete made in Iran]
Kayhan, 19.7.2006
<http://www.kayhannews.ir/850428/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

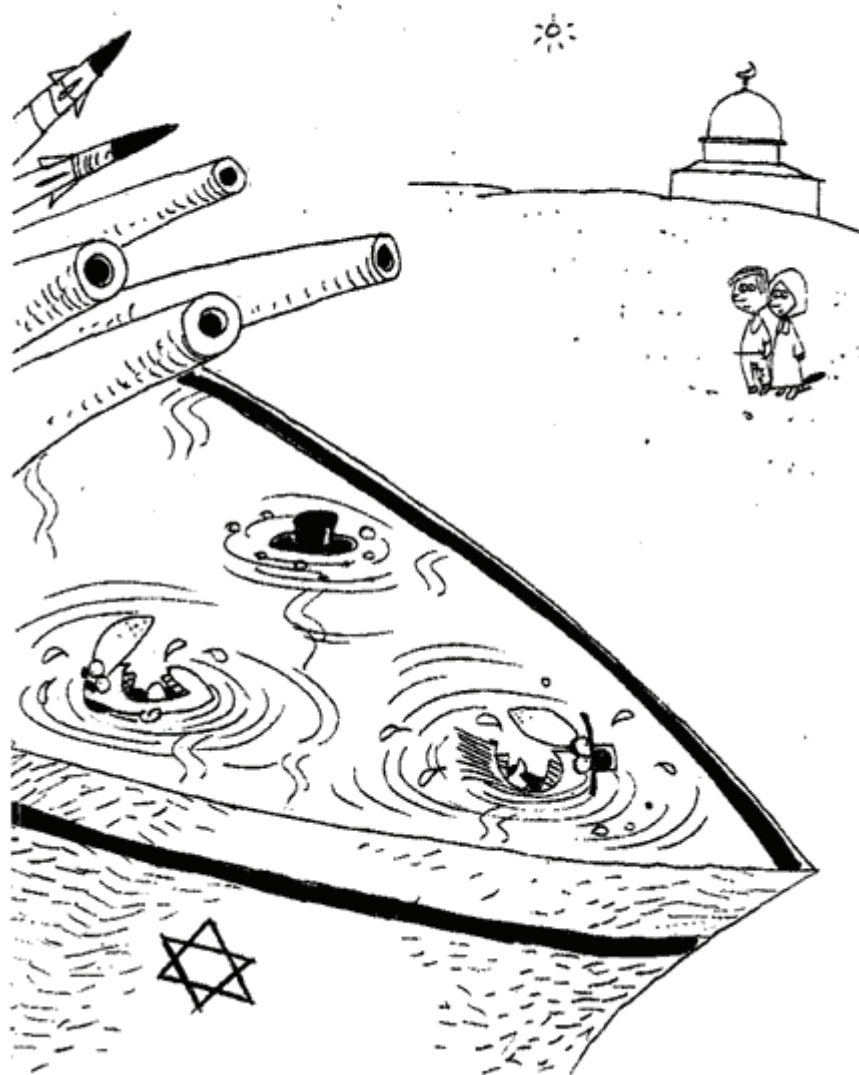


Arabisches Öl
Kayhan, 18.7.2006
<http://www.kayhannews.ir/850427/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 17.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850426/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 9.7.2006

<http://www.kayhannews.ir/850418/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

لشکر زرهی ارتش اشغالگر قدس وارد غزه شد.



Die Jerusalem besetzende Armee ist in Gaza eingedrungen.

Wie Olmert die Holocaust story sieht.

Kayhan, 5.7.2006

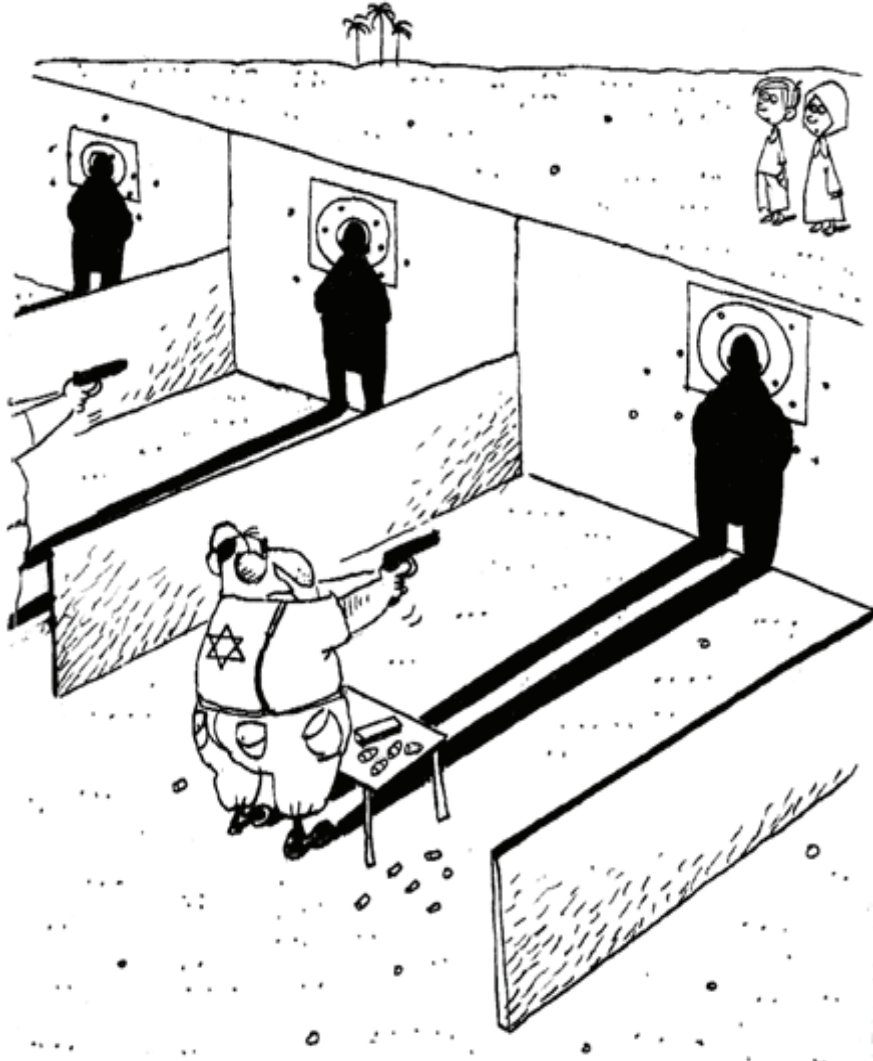
<http://www.kayhannews.ir/850414/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

تروریسم با مبارزه!



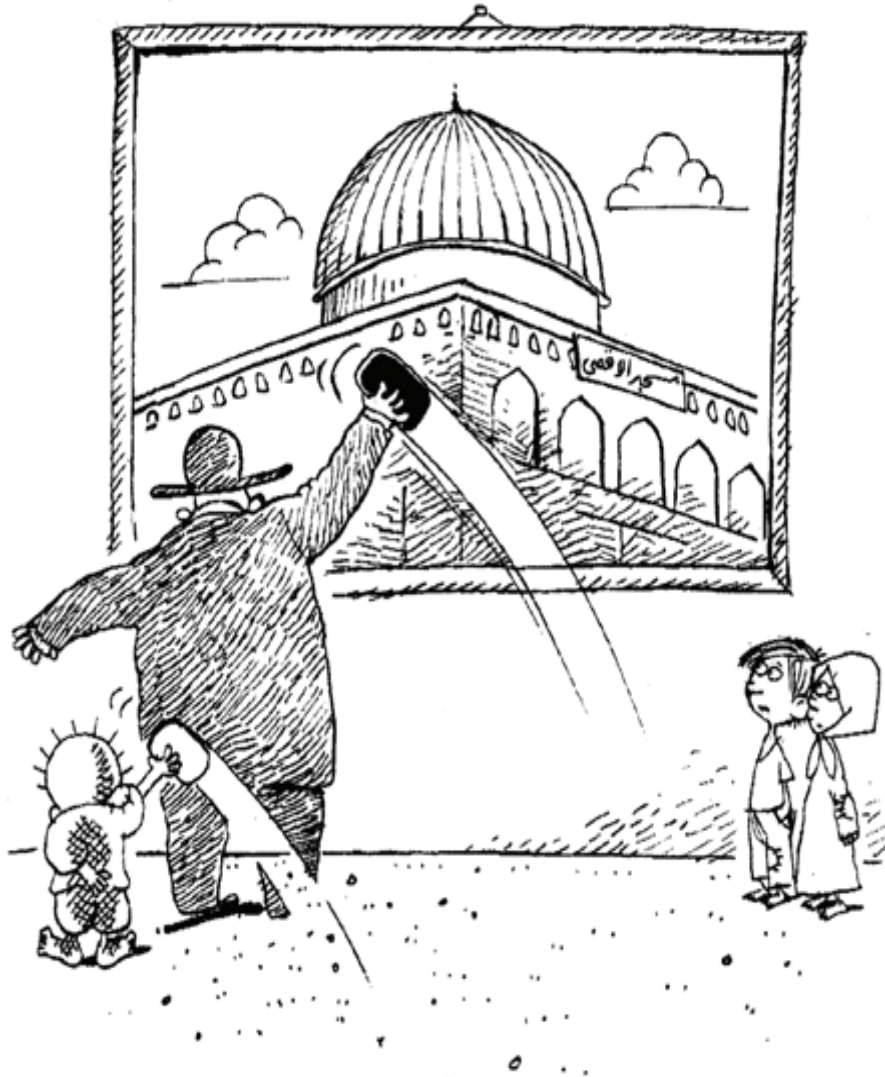
Kampf gegen den Terrorismus
Kayhan, 3.4.2004

<http://www.kayhannews.ir/830115/kindex3.htm>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



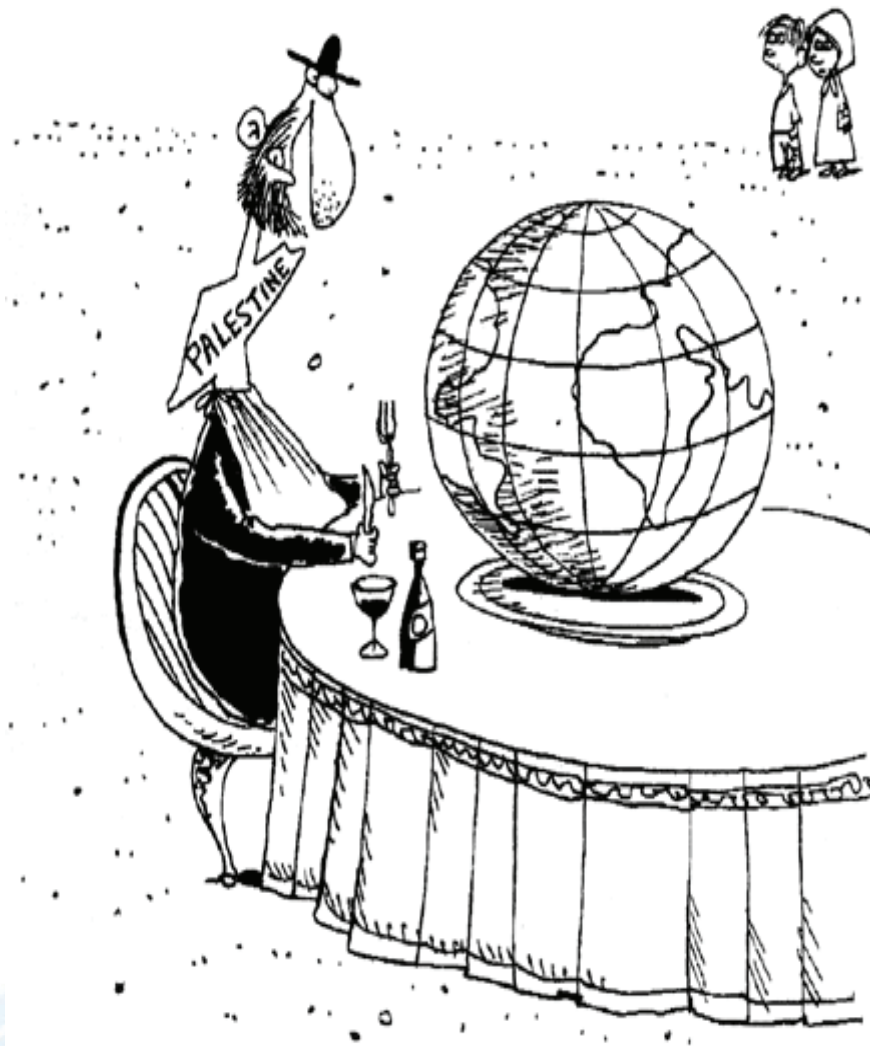
Kayhan, 21.4.2004

<http://www.kayhannews.ir/830202/kindex3.htm>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 24.4.2004

<http://www.kayhannews.ir/830205/kindex3.htm>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

يك مقام رژيم صهيونيسي تي: البرادعي دوست ماست !



Al Baradei: Es ist eindeutig, dass Sie hier nur Gurken produzieren!

Ein Zionist sagt: Al-Baradei ist unser Freund!

Kayhan, 11.7.2004

<http://www.kayhannews.ir/830421/2.htm#other300>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

سخنگوي آژانس بين المللي انرژي اتمی: ما همچنان بي طرف باقي خواهيم ماند.

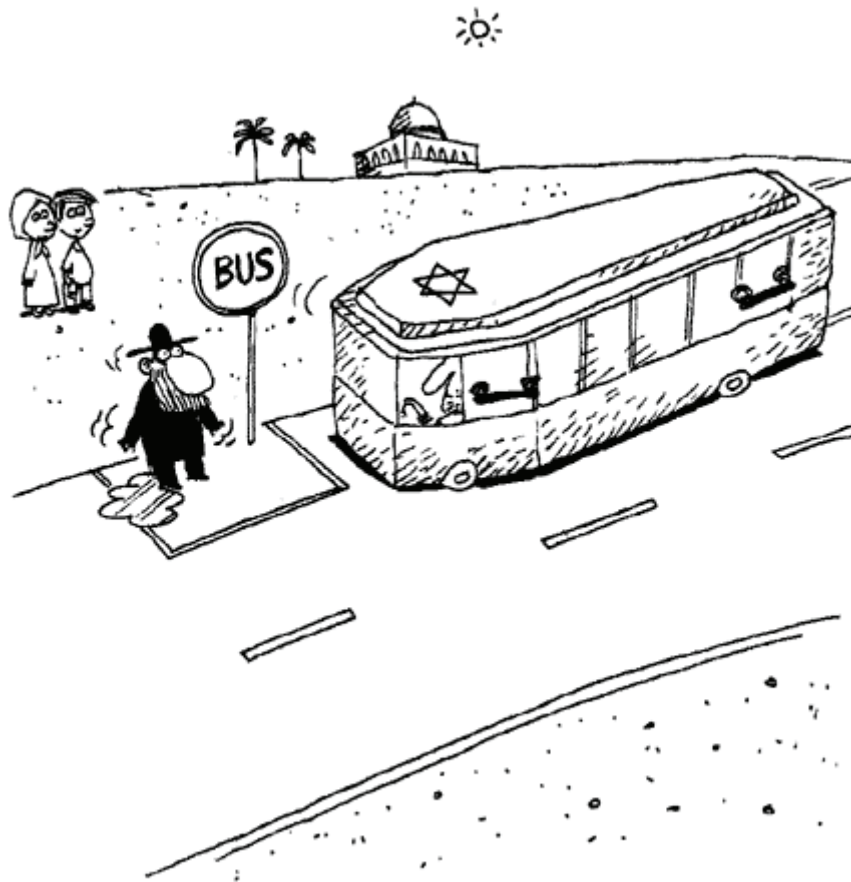


Ein Sprecher der IAEA: Wir sind immer noch unabhängig.
Al Baradei: Wir sind unabhängig und bleiben genau hier in der Mitte.
Kayhan, 3.8.2004
<http://www.kayhannews.ir/830513/2.htm#other300>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



مبارزان شهادت طلب فلسطيني با انفجار دو اتوبوس بيش از 611 صهيونيست را به هلاکت رسانده يا زخمى کردند.

Die palästinensischen Märtyrer haben zwei Busse in die Luft gesprengt. Dabei sind mehr als 611 Zionisten gestorben oder verletzt.

Kayhan, 2.9.2004

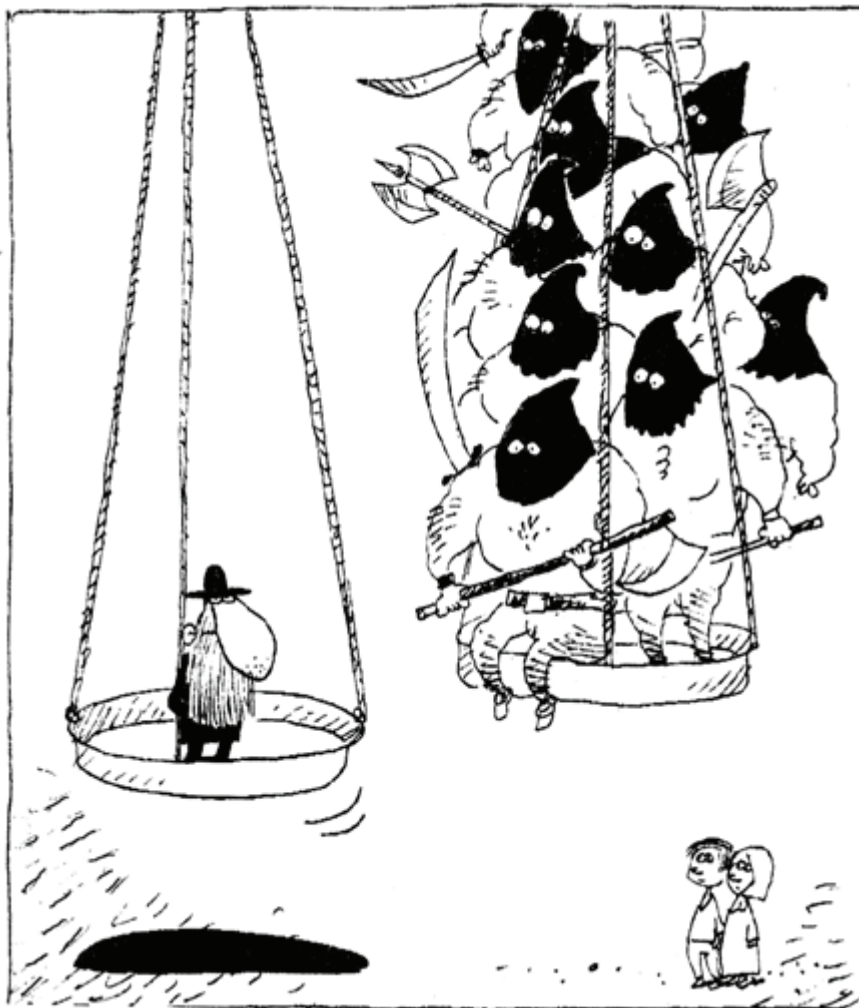
<http://www.kayhannews.ir/830612/2.htm#other300>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

خاخام بزرگ رژیم صهیونیستی حکم قتل مجروحان فلسطینی را صادر کرد.



Ein zionistischer Rabbiner hat die Ermordung von verletzten Palästinensern angeordnet.

Kayhan, 13.1.2005

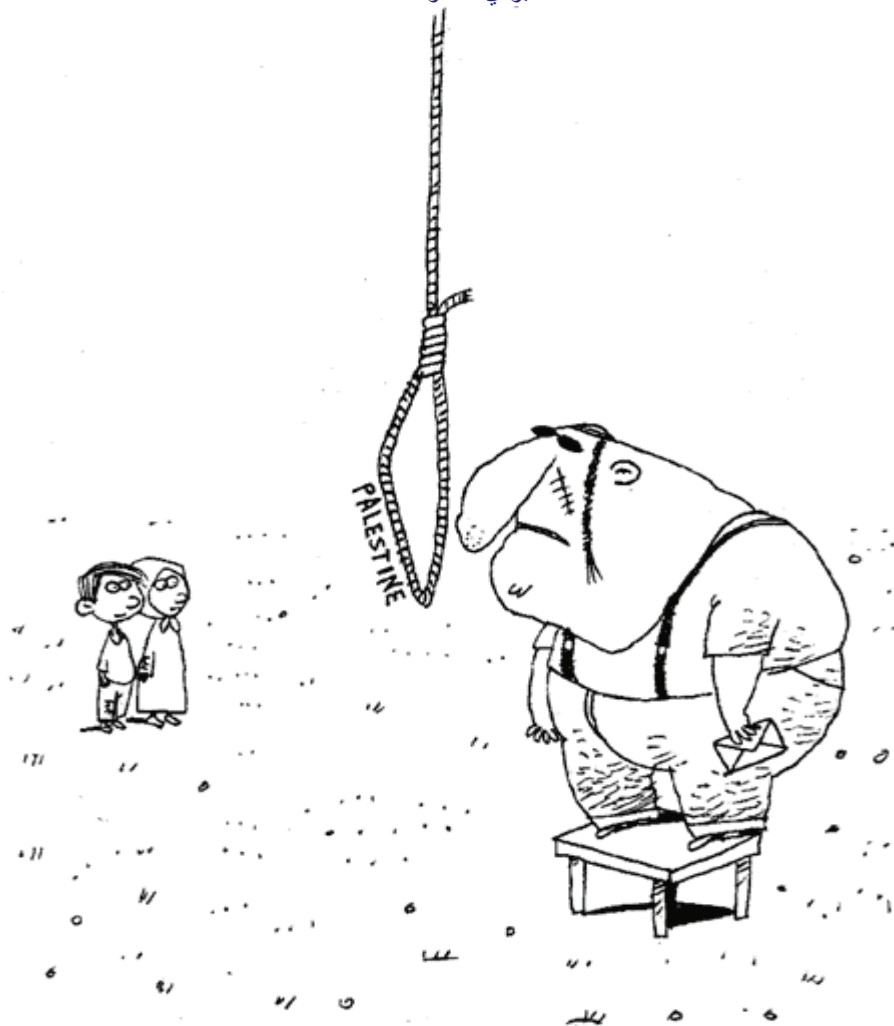
<http://www.kayhannews.ir/831024/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

يك كارشناس نظامي صهيونيست: مبارزه ما عليه فلسطيني ها از همان روز اول انتفاضه شكست خورده بود و بطور حتم باعث نابودي ما خواهد شد.



Ein zionistischer Militärexperte: Wir haben unseren Kampf gegen die Palästinenser vom Beginn der Intifada verloren. Sie werden uns sicher zerstören.

Kayhan 6.2.2005

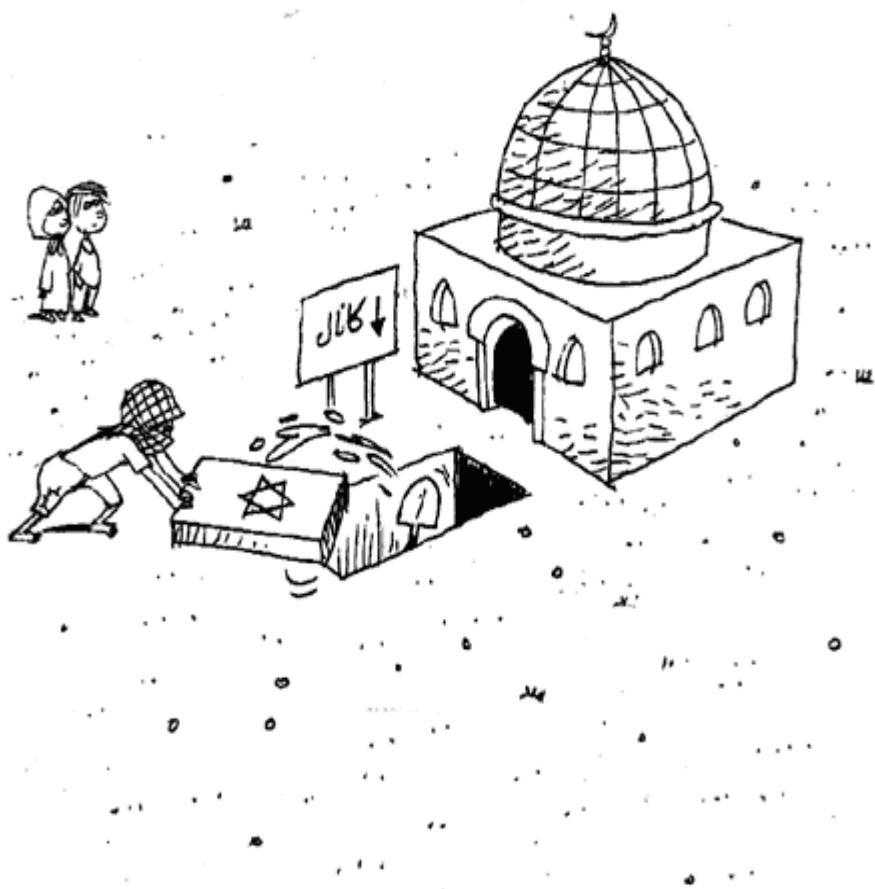
<http://www.kayhannews.ir/831118/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

رژیم صهیونیستی با حفر کانال های متعدد زیرزمینی قصد دارد مسجد الاقصی را تخریب کند.



Das zionistische Regime baut unterirdische Kanäle, um die Al-Aqsa-Moschee zu zerstören.

Kayhan, 1.5.2005

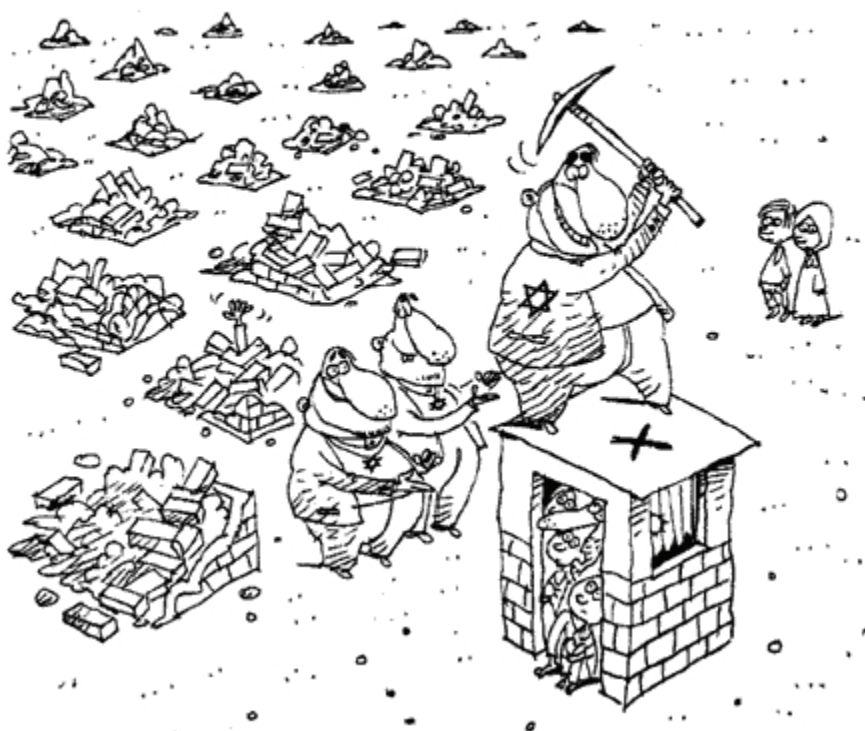
<http://www.kayhannews.ir/840211/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

شارون: در نوار غزه به وظیفه انسانی خود عمل کرده ایم.



Scharon: Wir haben in Gaza unsere menschliche Pflicht getan.

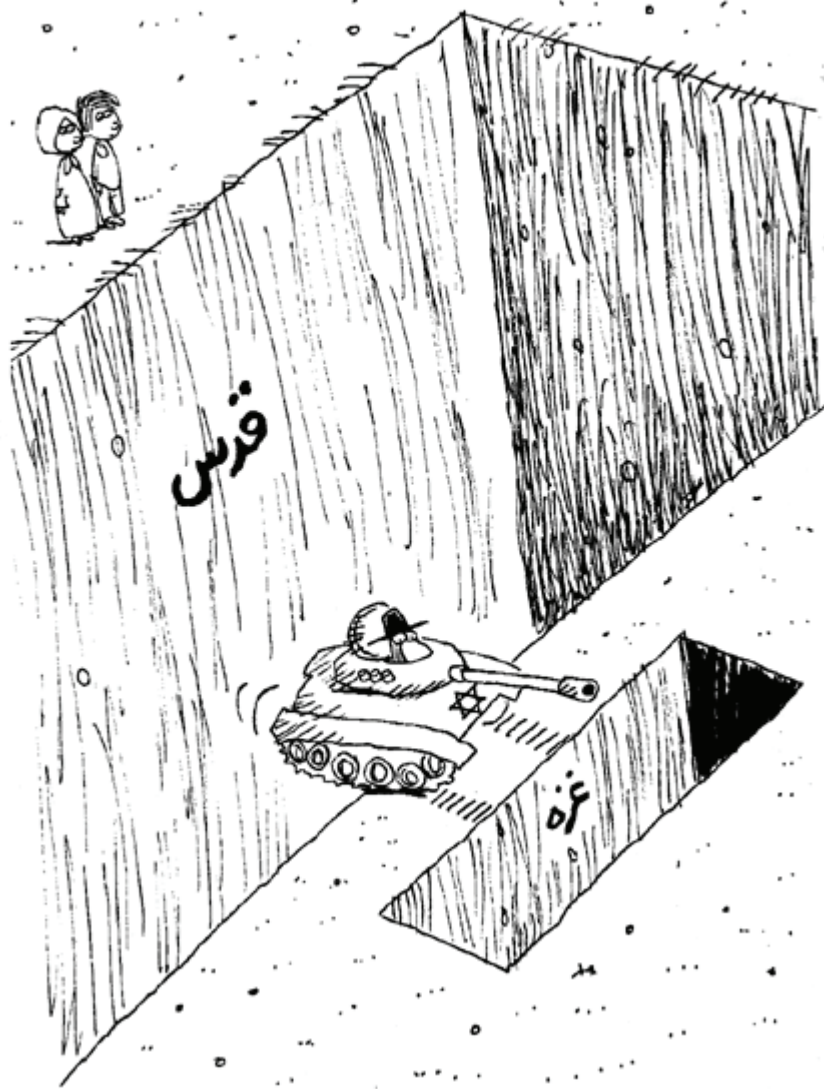
Kayhan, 1.8.2005

<http://www.kayhannews.ir/840510/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Auf der Mauer steht geschrieben: „Jerusalem“

In der Grube: „Gaza“

Kayhan, 22.8.2005

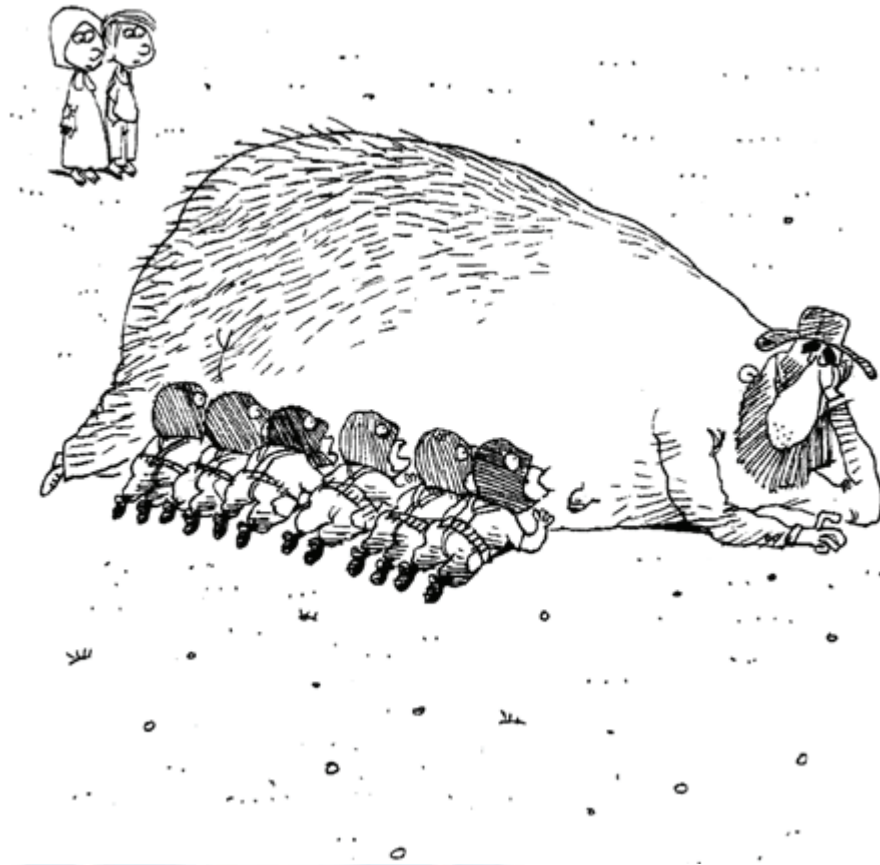
<http://www.kayhannews.ir/840530/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

رژیم صهیونیستی و مبارزه با تروریسم!



Das zionistische Regime und der Kampf gegen den Terrorismus.

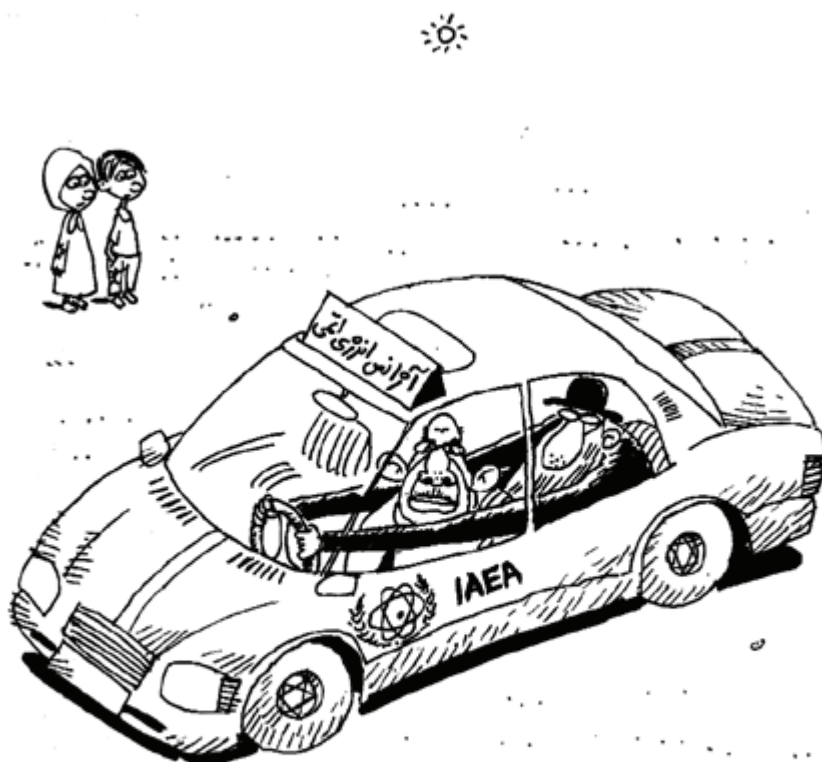
Kayhan, 30.8.2005

<http://www.kayhannews.ir/840608/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



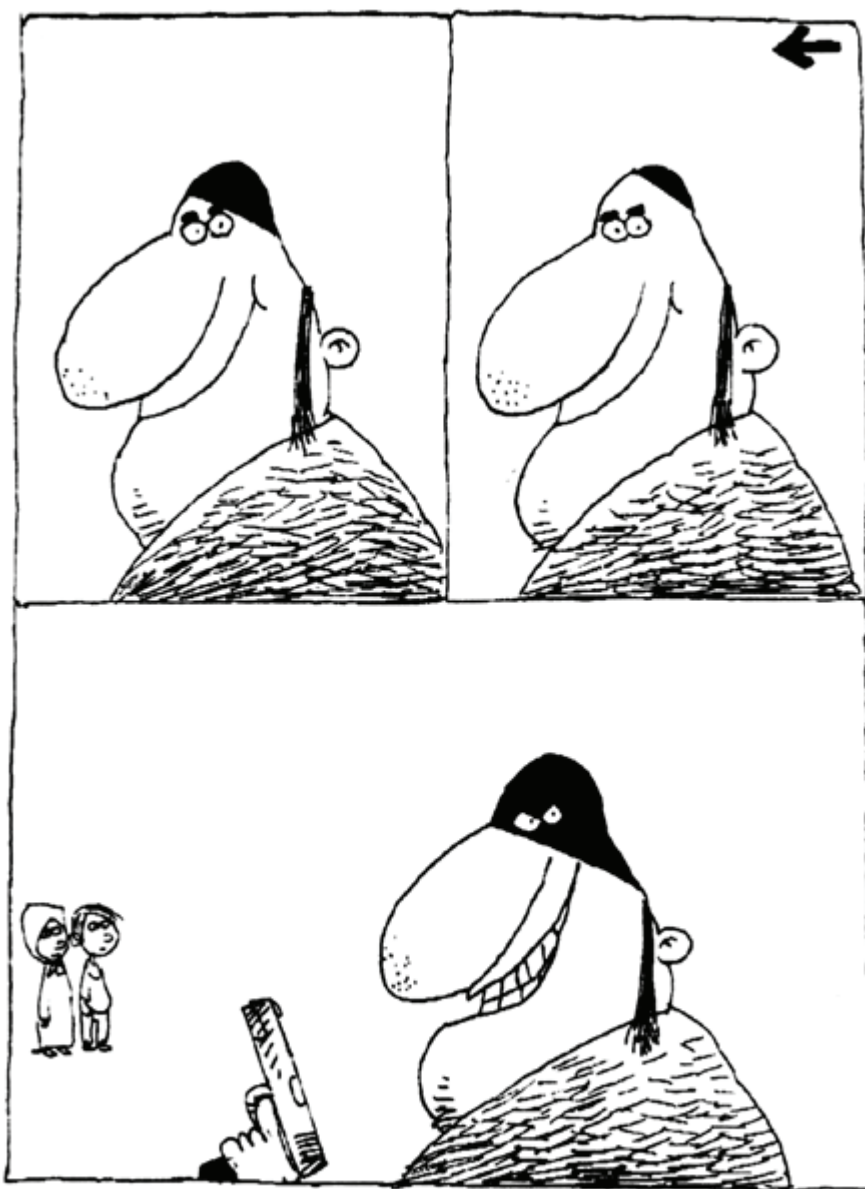
Kayhan, 7.9.2005

<http://www.kayhannews.ir/840616/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



توريسم!

Terrorismus.

Kayhan, 10.9.2005

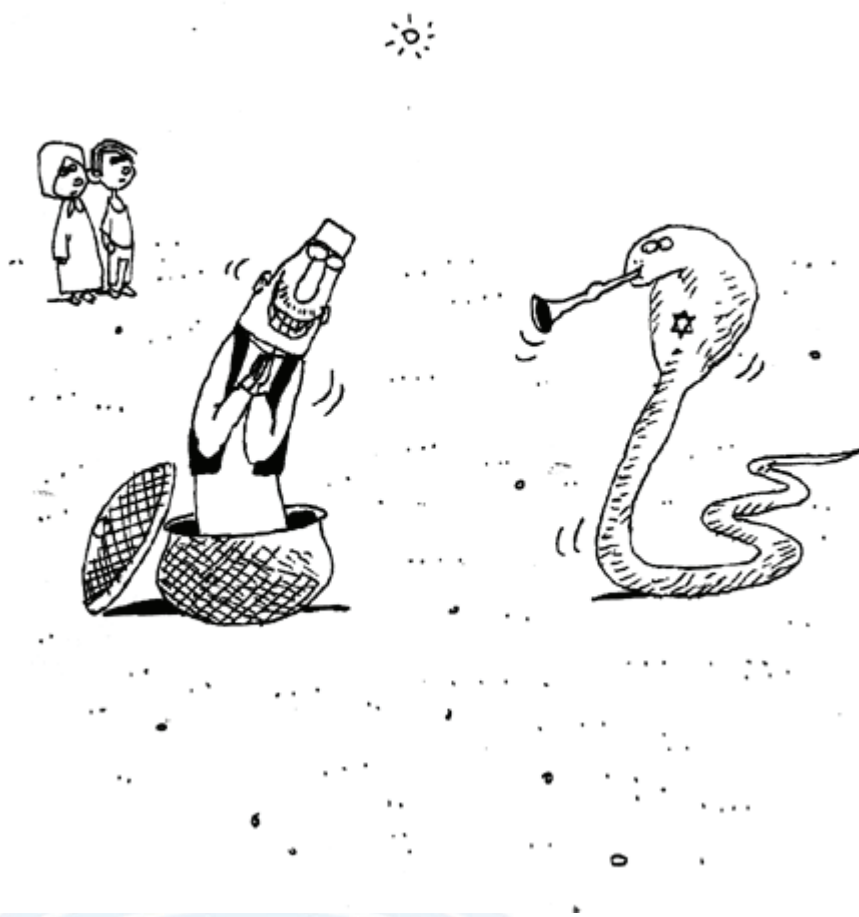
<http://www.kayhannews.ir/840619/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

سران رژیم پاکستان برای برقراری روابط آشکار با رژیم صهیونیستی تلاش می کنند.



Die pakistanische Regierung versucht offene Beziehungen mit dem zionistischen Regime aufzubauen.

Kayhan, 19.9.2005

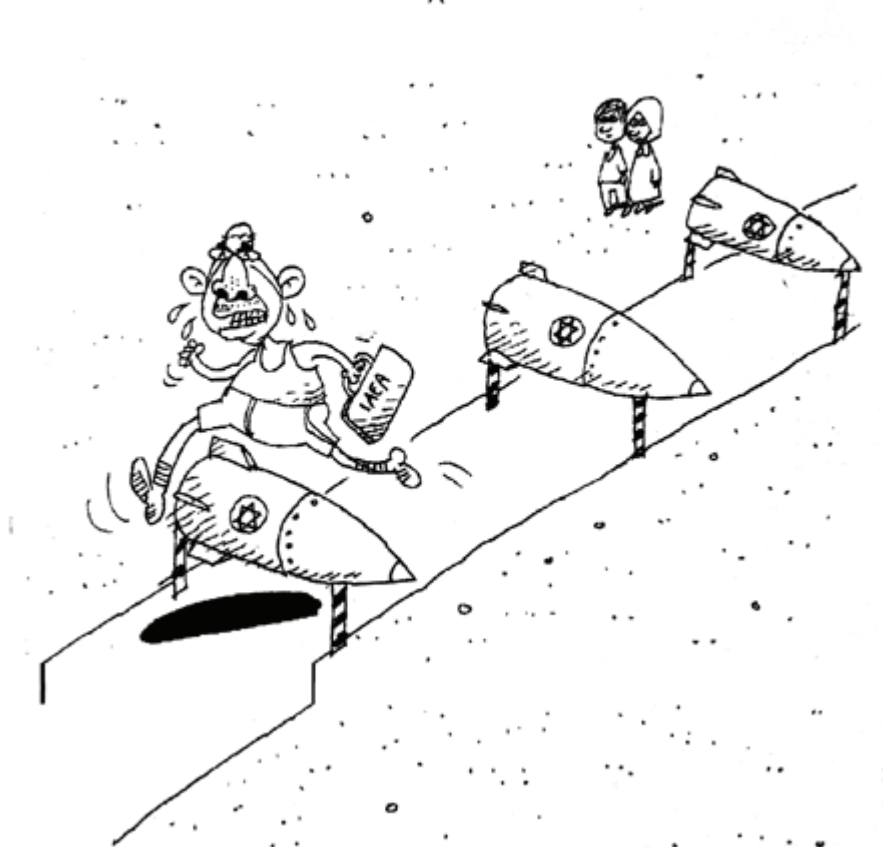
<http://www.kayhannews.ir/840628/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

جدیت دبیر کل آژانس بین المللی انرژی اتمی در راه انجام وظیفه!



Die Ernsthaftigkeit des Vorsitzenden der IAEA bei Erfüllung seiner Aufgaben.

Kayhan, 21.9.2005

<http://www.kayhannews.ir/840630/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



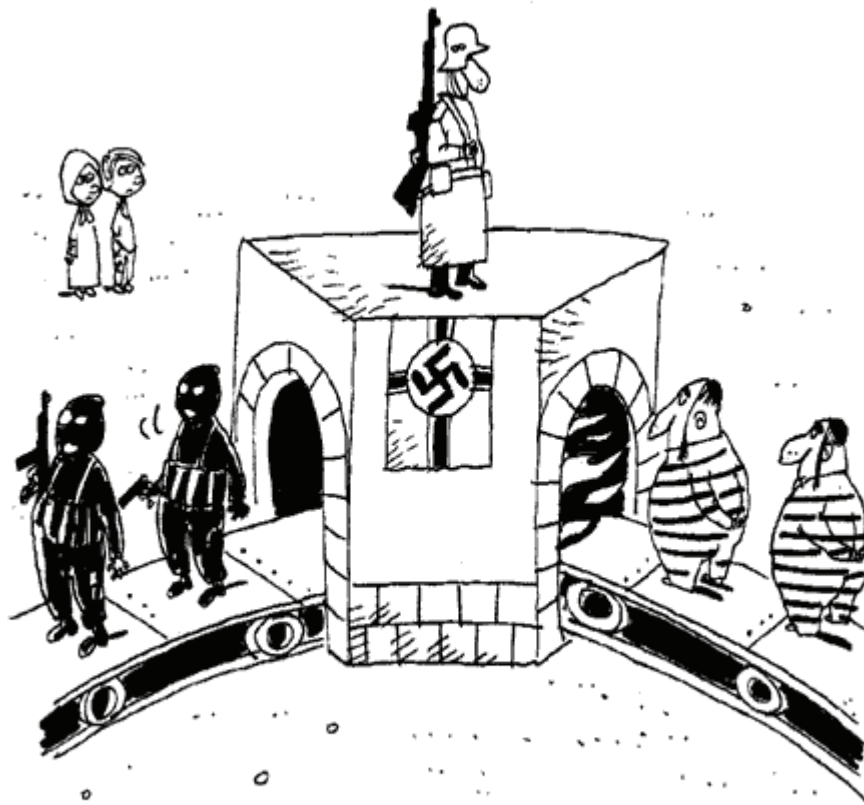
Kayhan- 5.10.2005

<http://www.kayhannews.ir/840713/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



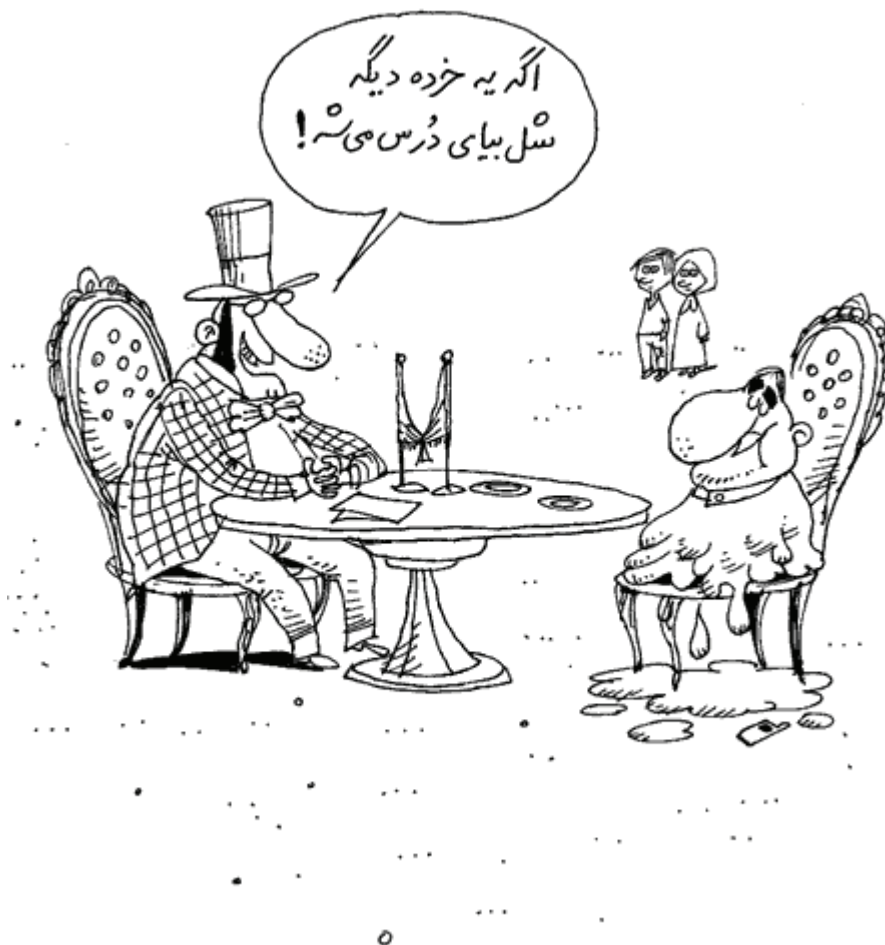
Kayhan, 29.10.2005
<http://www.kayhannews.ir/840807/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

سفیر یک کشور اروپایی در ملاقات با وزیر خارجه: باز هم صبر می کنیم تا موضع شما نرم تر شود.



Der Botschafter eines europäischen Staates traf sich mit dem Außenminister: Wir warten noch ein wenig bis Ihre Position weicher wird.

Wenn Du noch ein wenig nachgibst, dann klappt es.

Kayhan, 10.11.2005

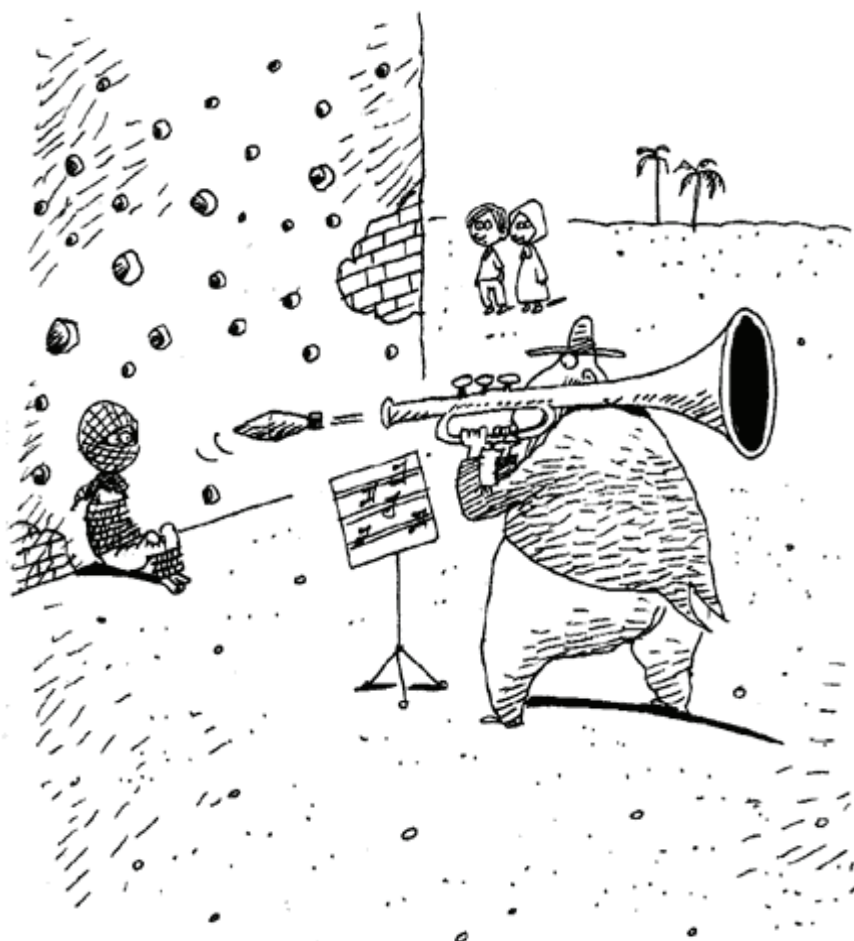
<http://www.kayhannews.ir/840819/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

یک موسیقی دان اسرائیلی برای کودکان فلسطینی «نواي صلح» می نوازد.



Ein israelischer Musiker komponiert Friedensgesänge für palästinensische Kinder

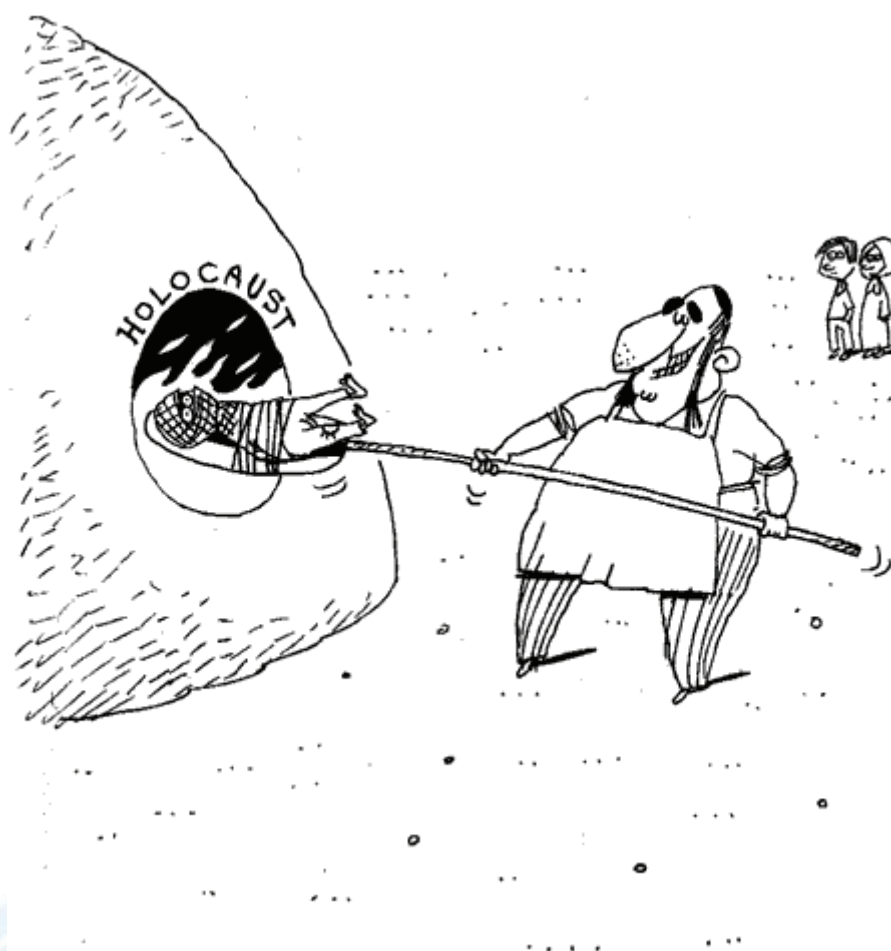
Kayhan 8.12.2005

<http://www.kayhannews.ir/830917/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



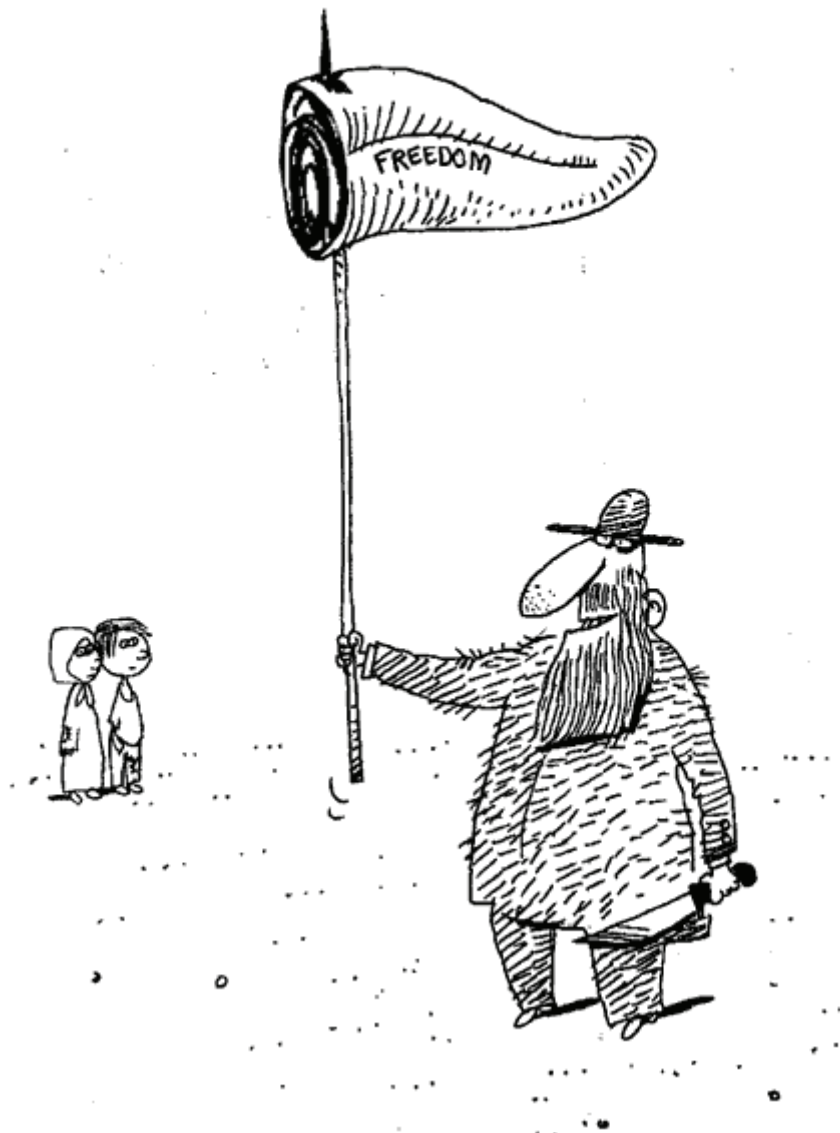
Kayhan, 2.1.2006



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

آزادی بیان در غرب!



Meinungsfreiheit im Westen!

Kayhan, 13.2.2006

<http://www.kayhannews.ir/841124/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Mahnmal für die Opfer des Holocaust
Kayhan, 14.2.2006
<http://www.kayhannews.ir/841125/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

رسانه های بین المللی و صهیونیسم!

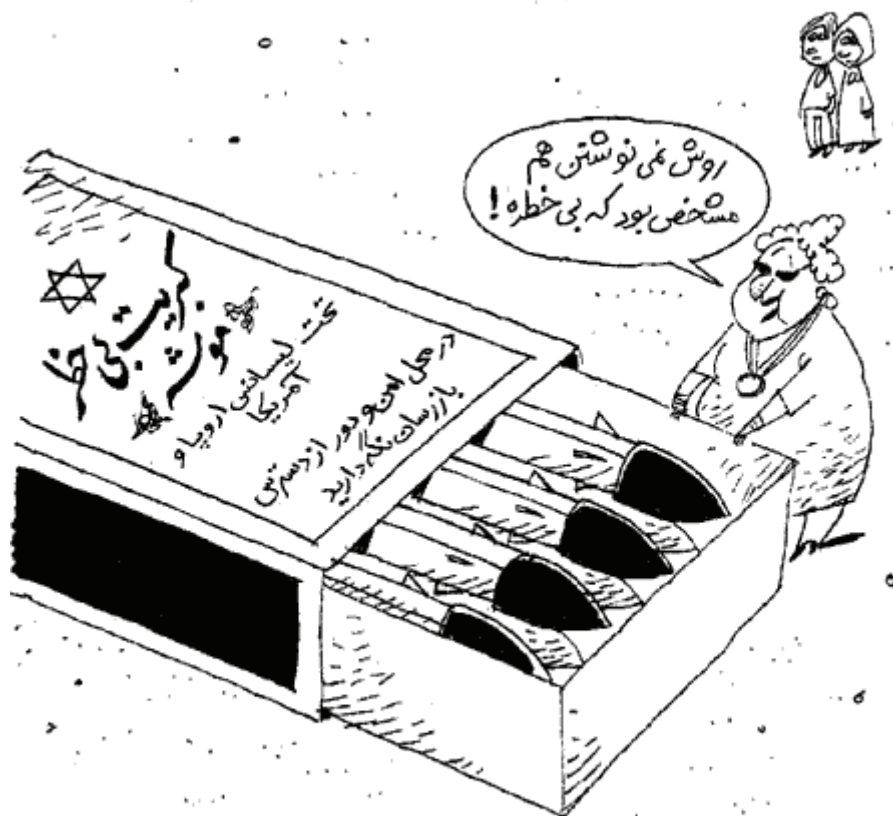


Internationale Medien und Zionismus
Kayhan, 31.1.2006
<http://www.kayhannews.ir/841111/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Ungefährliche Streichhölzer von Moshe. Unter der Lizenz von Europa und Amerika. Halten sie diese in einem sicheren Ort und fern von den Inspektoren

Shirin Ebadi: Auch wenn es nicht drauf gestanden hätte, weiß man, dass sie ungefährlich sind. (Frau Ebadi wird vorgeworfen, die israelischen Raketen als harmlos darzustellen.)

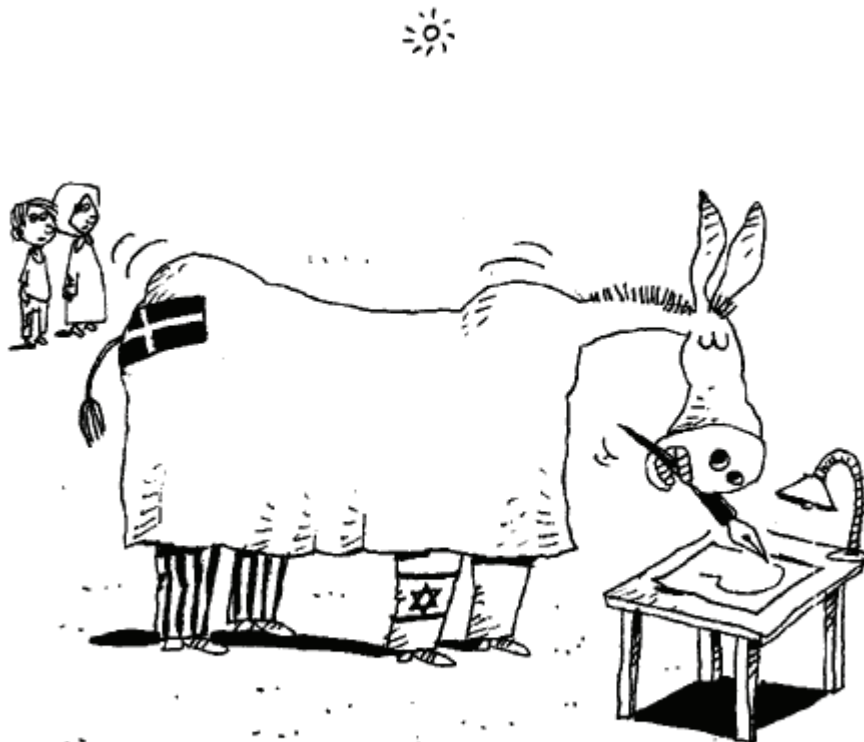
<http://www.kayhannews.ir/841115/3.HTM>

Kayhan, 4.2.2006



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 20.2.2006

<http://www.kayhannews.ir/841201/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Meinungsfreiheit im Westen für Kritiker des Holocaust.
„Sie sind nun frei. Ich mache nichts mehr mit eurem Stift.“
Kayhan, 21.2.2006

<http://www.kayhannews.ir/841202/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran



Kayhan, 25.2.2006

<http://www.kayhannews.ir/841206/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

يك مقام رژيم صهيونيستي: شارون نمرده ولي يك طرف بدنش فلج شده است.



Ein Politiker des zionistischen Regimes sagt: Sharon ist nicht tot. Er ist nur zur Hälfte gelähmt.

Sprechblase: Die eine Seite ist gelähmt.

Linke Körperhälfte: Unter Einfluss der Hamas, rechts: Unter Einfluss der Hisbullah.

Kayhan, 1.3.2006

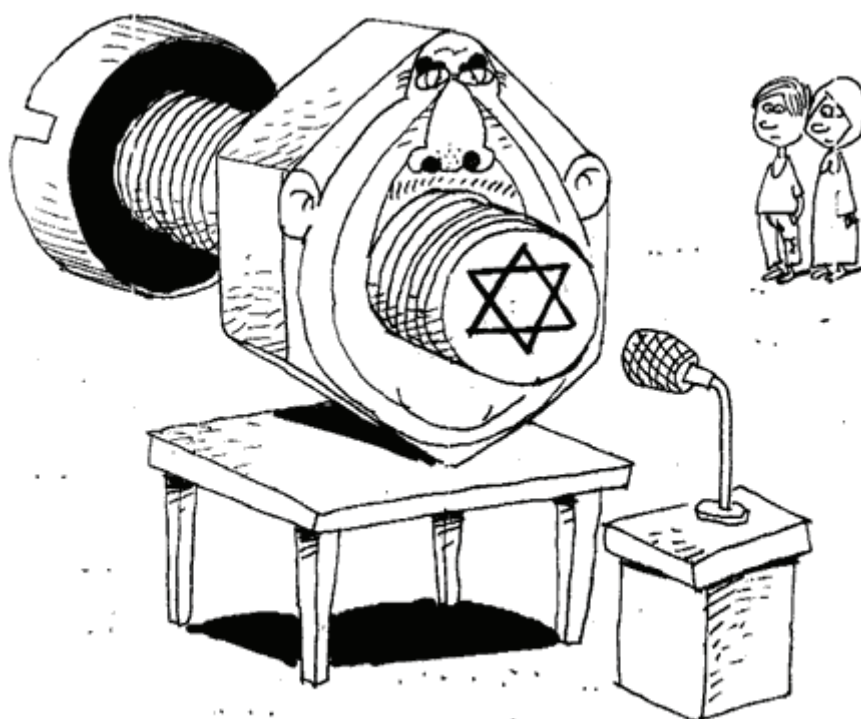
<http://www.kayhannews.ir/841210/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

البرادعي: مجبور بودم پرونده هسته اي ايران را به شوراي امنيت گزارش کنم



Al-Baradei: Ich war gezwungen die iranische Atomakte an den UN-Sicherheitsrat zu schicken.

Kayhan, 14.3.2006

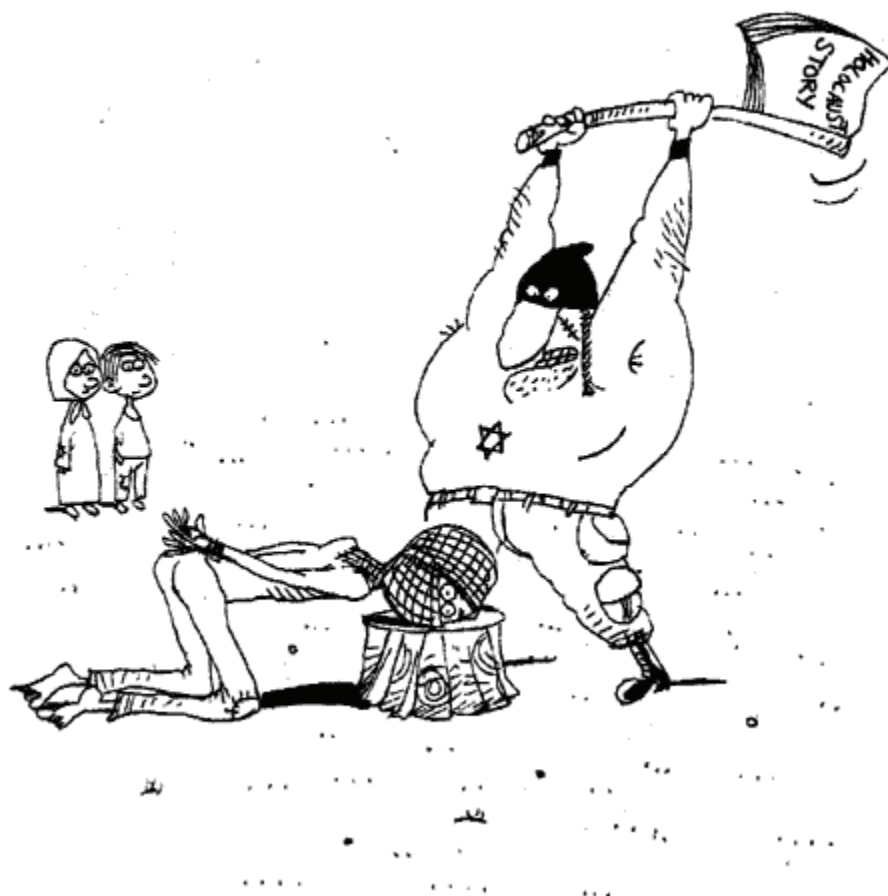
<http://www.kayhannews.ir/841223/3.HTM>



HC IRAN FORSCHUNG:

Antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran

مللي قدس: هولوكاست بيش از 60 سال است كه در فلسطين جريان دارد رئيس جمهور در كنفرانس بين ال



Der Präsident sagte in der Qods-Konferenz: In Palästina herrscht seit über 60 Jahren der Holocaust.

Kayhan, 17.4.2006

<http://www.kayhannews.ir/850128/3.HTM>

EINLADUNG unsere IRAN-FORSCHUNG UPDATES kostenlos zu abonnieren

Nachdem MEMRI Deutschland seinen deutschen Übersetzungsdienst für Nachrichtenmeldungen aus dem Iran eingestellt hat, hat sich Honestly Concerned entschieden, die Iranischen Medien genauer zu beobachten und im November 2006 eine spezielle „Iran“-Mailingliste gestartet: Eine Mailingliste für Kurznachrichten und Übersetzungen aus den Iranischen Medien. Dieser neue Dienst richtet sich an alle diejenigen, die sich über die aktuellen Geschehnisse und deren Darstellung in Iranischen Medien informieren möchten. Empfänger dieser Mailingliste erhalten **ausschließlich** Meldungen in Bezug auf den Iran und keine anderen Honestly-Concerned-Nachrichten. Diese Nachrichtenmeldungen werden ca. 1-2 Mails pro Woche verschickt.

Um die IRAN-FORSCHUNG Mails zukünftig zu erhalten, schicken Sie bitte ein leeres (blanko) Email an:
HC-Iran-Forschung-subscribe@yahogroups.com

Weitere Informationen über unsere anderen Mailinglisten finden Sie unter <http://www.honestlyconcerned.info>